VERHANDLUNGEN

DES RATES DER STADT KÖLN

VOM JAHRE

2012

Herausgeber: Stadt Köln – Der Oberbürgermeister
Amt des Oberbürgermeisters
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst (01/211)

31. Sitzung

vom 14. Februar 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Verschiebung der Haushaltsverabschiedung auf den 26. Juni 2012 und drohende städtische Haushaltskrise mit dem Abgleiten in den Nothaushalt“

AN/0178/2012

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers

hier: Schenkung von zwei Brottellern durch Herrn Bürgermeister Manfred Wolf

5129/2011

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Einrichtung einer Elektro-Buslinie“

AN/0153/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0208/2012

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Schaffung touristischer Magnete zwischen Weihnachten und Dreikönig“

AN/0154/2012

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Aufstellung eines Gebührensicherungskonzeptes“

AN/0124/2012

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Resolution für die Beibehaltung der bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie im Einzelhandel bewährten Ladenöffnungszeiten“

AN/0155/2012

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Studie zum türkischen Rechtsextremismus durchführen“

AN/0125/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Waffenrechtliche Genehmigungen rechtsextremer Kölner“

AN/0107/2012

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Mögliche genehmigungswidrige Bauausführung der Ditib-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld“

AN/0123/2012

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Bürgerhaushalt: Hallenbäder in Nippes und Weiden offen halten!“

AN/0169/2012

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstand zum Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“

AN/0171/2012

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Verabschiedung einer Resolution für eine Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge

0445/2012

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Verleihung der Jabach-Medaille

0308/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

4716/2011

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für das 2. Quartal 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Severinsviertel, Sürth, Sülz/ Klettenberg, Lindenthal, Vogelsang, Nippes, Longerich, Porz-City, Rath-Heumar, Höhenhaus

5152/2011

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln

hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung

1017/2011

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011

0485/2012

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz

hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011

1350/2011

10.2 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 400 in Köln-Hahnwald

3928/2011
(zurückgezogen)

10.3 Änderung eines Ratsbeschlusses zur Umsetzung eines die Stadtbibliothek betreffenden Task-Force-Vorschlags

4639/2011

10.4 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung, hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung

„Elsa-Brandström-Str./Oppenheimstr. 7, 50668 Köln“

4963/2011

10.5 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim

5183/2011

10.6 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung, hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung „Taubengasse 9, 50670 Köln“

5234/2011

10.7 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr im Bereich der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013

5253/2011

10.8 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse – Geschäftsprozessoptimierung

0064/2012
(zurückgezogen)

10.9 Fortführung des Projektes „Tag des offenen Denkmals ab dem Jahr 2012“

0073/2012

10.10 Neuaufstellung des Unterausschusses Kulturbauten

3175/2011

10.11 Essensgeld in Kindertageseinrichtungen; hier: Anpassung an das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zum 01.01.2011

4327/2011

10.12 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Übernahme der Mehrkosten für den Abriss und Neubau der Brücke Perlengraben

2334/2011

10.13 Sportagenda 2015

hier: Vereinsgründung Sportstadt Köln e.V.

2124/2011

10.14 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße

3058/2011

10.15 4. Frauenförderplan 2011 – 2013

5259/2011

10.16 Realisierung des Koordinationszentrums der Kinder- u. Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln, Aachener Str. 90-98; Bedarfsfeststellung sowie Mittelfreigabe für die Ersteinrichtung

4999/2011

10.17 Gründung der Akademie der Künste der Welt gGmbH

0200/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0210/2012

10.18 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler

Weiterplanungsbeschluss

3038/2011

10.19 „Rheincharta Version 1.0“

4641/2011

10.20 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss 2008

0366/2012

10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

0370/2012

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7538/04

Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Urbach in Köln-Porz-Urbach

4642/2011

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62460/02

Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg in Köln-Vogelsang

2751/2011

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

17. Wahlen

17.1 MÜLHEIM 2020

hier: Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und dessen Stellvertretung für den Veedelsbeirat

0367/2012

17.2 Berufung einer Vertreterin/eines Vertreters der Bezirksschüler/ innenvertretung Köln als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft als sachkundige/r Einwohner/in

5178/2011

17.3 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates

0386/2012

17.4 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin im Wirtschaftsausschuss

AN/0175/2012

17.5 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde

AN/0176/2012

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden

AN/0179/2012

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

hier: Entsendung in die Lenkungsgruppe „Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“

AN/0182/2012

17.8 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Wahl Sachkundiger Einwohner in Ausschüsse des Rates

AN/0180/2012

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.

hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Schulausschuss

AN/0185/2012

17.10 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien

AN/0181/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0209/2012

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Straße und Zülpicher Straße

5139/2011

18.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Einführung eines verbundweiten SozialTickets

5153/2011**/1**

18.3 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B

5268/2011

18.4 Verlängerung der Wertgrenzenregelung KP II für 2012

5208/2011

19 …

Anwesend waren:

Vorsitzender: *Oberbürgermeister Jürgen Roters*

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Möller, Sandra Dr.; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael*

Bezirksbürgermeisterin: *Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Homann, Mike; Hupke, Andreas; Schößler, Bernd*

Verwaltung:
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenografen*:*
Herr Becker
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder:
Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeisterin:
Blömer-Frerker, Helga

Bezirksbürgermeister:
Wirges, Josef; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

(Beginn: 15.47 Uhr – Ende: 19.27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie natürlich, die Mitglieder des Rates, ganz besonders.

Begrüßen möchte ich auch Herrn Dr. Walter Schulz, den wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

Eine besondere Ehre für uns alle ist, dass auch sein Bruder, Herr Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, hier im Ratssaal anwesend ist und die Ernennung seines Bruders begleiten möchte. Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal im Namen aller An-

wesenden für die beeindruckende Rede, die Sie im Hansasaal gehalten haben, bedanken.

(Beifall)

Begrüßen möchte ich auch unseren Herrn Beigeordneten Streitberger, der es sich hat nicht nehmen lassen, seinen 63. Geburtstag im Rahmen unserer Sitzung zu feiern. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall)

Auf Ihren Tischen finden Sie heute zusätzlich Informationen über das China-Jahr, darunter auch ein Veranstaltungskalender und einen Sticker. Das China-Jahr ist ja schon erfolgreich angelaufen und wird am kommenden Sonntag und an Rosenmontag einen ganz besonderen Höhepunkt finden.

Jetzt wollen wir mit unseren heutigen Beratungen beginnen. Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Thor-Geir Zimmermann heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Frebel, Frau Dr. Herbers und Herrn Thelen.

Zu Beginn unserer Sitzung möchte ich nun Herrn Dr. Walter Schulz als neues Ratsmitglied einführen. Wie Sie wissen, hat Herr Alfred Schultz sein Mandat im Dezember niedergelegt. Dr. Walter Schulz ist sein Nachfolger. Er wurde gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes als solcher benannt.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, und bitte Herrn Schulz, zu mir zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Walter Schulz, im Sinne des § 5 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall – Glückwünsche)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die FDP-Fraktion hat am 8. Februar fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zur Verschiebung der Haushaltsverabschiedung und der drohenden städtischen Haushaltskrise eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln wollen.

Des Weiteren schlägt die Verwaltung die Zusetzung folgender Punkte vor – ich bitte um Aufmerksamkeit; es sind nicht so viele wie in den letzten Sitzungen –: 4.3, 4.4, 12.2, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9 und 17.10. – So weit die Zusetzungen.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 10.2 und 10.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktion Die Linke. hat am 13. Februar einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“ gestellt. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? – Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte kurz die Dringlichkeit begründen. Wir werden gleich noch eine ausführliche Diskussion führen. Der Rat der Stadt Köln hat auf Grundlage der späten Verabschiedung des Haushalts die Mittel für die Freien Träger für das erste Quartal genehmigt. Durch Verschiebung der Haushaltsberatungen auf den 28. Juni und der damit einhergehenden Verzögerung der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten wäre es meines Erachtens dringend erforderlich, auch die Teilpläne 2 und 3 zu genehmigen bzw. die Kämmerin formal zu bitten, entsprechend tätig zu werden. Deswegen unser Antrag. Ich glaube, es macht Sinn, so zu verfahren. Wir könnten diesen Antrag im Rahmen der Aktuellen Stunde diskutieren. Er müsste also nicht extra aufgerufen werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Gegenstimmen? – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir sehen die Dringlichkeit als nicht gegeben an. Deshalb schlagen wir vor, diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu nehmen. Aufgrund der Empfehlung des Rates an die Verwaltung erfolgen ja zurzeit Abschlagszahlungen an die Träger. In der Ratssitzung im März können wir immer noch überprüfen, wie wir weiter vorgehen. Insofern gibt es überhaupt keine Notwen-

digkeit, diesen Antrag als dringlich zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung und zur Abstimmung über die Tagesordnung. Wer ist gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung? – Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln beantragt, Tagesordnungspunkt 26.2 aus dem nichtöffentlichen Teil, in dem es um den Erwerb der Liegenschaften der Savor GmbH & Co. KG geht, in den öffentlichen Teil vorzuziehen und ihn zu Beginn von Punkt 10, Allgemeine Vorlagen, zu behandeln.

Es ist ja allgemein bekannt, dass es dabei auch um die Liegenschaft der ehemaligen KHD-Werkskantine und das Linksautonome Zentrum geht. Ich denke, dieser Punkt ist von so großem öffentlichen Interesse, dass die Öffentlichkeit transparent informiert werden sollte, welches Vorgehen geplant ist und was mit diesem Gelände zukünftig passieren soll. Ich denke auch, dass man das Thema durchaus so behandeln kann, ohne dass wirtschaftliche Interessen oder schutzbedürftige Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Da das Linksautonome Zentrum in Köln-Kalk ein großes Thema in der Stadtgesellschaft gewesen ist, beantragen wir, diesen Punkt in die öffentliche Sitzung vorzuziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Verschiebung in den öffentlichen Teil ist nicht zulässig, weil es sich hier um den Erwerb und die Veräußerung von Liegenschaften handelt. Deswegen ist es geboten, diesen Punkt weiterhin im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Zurück zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die soeben festgestellte Tagesordnung? – Bei Gegenstimmen der Fraktion pro Köln ist diese jetzt so festgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Frebel, Frau Herbers-Rauhut und Herrn Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister führt das neue Ratsmitglied Herrn Dr. Walter Schulz in sein Amt ein und verpflichtet ihn gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.

III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion am 08.02.2012 fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zur Verschiebung der Haushaltsverabschiedung und einer drohenden städtischen Haushaltskrise eingereicht habe (AN/0178/2012). Die Angelegenheit wurde als TOP 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

<u>Zusetzungen</u>

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Bürgerhaushalt: Hallenbäder in Nippes und Weiden offen halten!"
AN/0169/2012

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Sachstand zum Konzept für Nachhaltigkeit in Köln"
AN/0171/2012

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg in Köln-Vogelsang
2751/2011

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

17. Wahlen

17.4 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin im Wirtschaftsausschuss
AN/0175/2012

17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/0176/2012

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden
AN/0179/2012

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Entsendung in die Lenkungsgruppe „Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
AN/0182/2012

17.8 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl Sachkundiger Einwohner in Ausschüsse des Rates
AN/0180/2012

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Schulausschuss
AN/0185/2012

17.10 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0181/2012
Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0209/2012

<u>Absetzungen</u>

10. Allgemeine Vorlagen

10.2 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 400
in Köln-Hahnwald
3928/2011

10.8 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse - Geschäftsprozessoptimierung
0064/2012

23. Grundstücksangelegenheiten

23.1 Vorzeitige Erbbaurechtsverlängerung Gereonswall 110
Köln-Altstadt-Nord
3653/2011

V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktion Die Linke. einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger eingereicht habe (AN/0187/2012), die Angelegenheit wurde unter TOP 3.1.6 in der Tagesordnung vorgemerkt.

Ratsmitglied Detjen begründet die Dringlichkeit. Ratsmitglied Frank entgegnet, dass die Angelegenheit auch noch in der Ratssitzung am 27.03.2012 behandelt werden könne.

Der Rat lehnt die Aufnahme in die Tagesordnung – wegen der fehlenden Dringlichkeit – mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln ab.

VI. Ratsmitglied Wiener beantragt,

26.2 Erwerb der Liegenschaften der Savor GmbH & Co. Objekt Kalk KG
5264/2011

im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Der Oberbürgermeister weist, darauf hin, dass es sich um einen Liegenschaftsangelegenheit handele und dieser Vorgang daher zwingend im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu behandeln sei.

VII. Der Rat legt die Tagesordnung im Übrigen gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir treten nun in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Verschiebung der Haushaltsverabschiedung auf den 26. Juni 2012 und drohende städtische Haushalts-

krise mit dem Abgleiten in den Nothaushalt“
AN/0178/2012

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich das Schreiben der Kämmerin zur Verschiebung des Haushaltes 2012 auf den 26. Juni dieses Jahres in den Händen hielt und in der Begründung las, was sie zu tun gedenkt, um den städtischen Haushalt wieder ins Lot zu bringen, fragte ich mich ernsthaft: Ja, sind wir denn hier in Griechenland? Ankündigungen, man wolle sparen, ersetzen kein Handeln, meine verehrte Frau Kämmerin! Das ist doch die Lehre, die wir aus der griechischen Haushaltskrise ziehen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Einfach eine fiktive Kürzung von 60 Millionen Euro in den Haushalt einzuspeisen, ohne irgendwo real eine Kürzung vorzunehmen, ist eine Luftbuchung. Keiner hier im Saal, auch der Oberbürgermeister nicht, kann sagen, wo die 60 Millionen Euro im Haushalt schlummern. Solange dieser Wert nicht mit konkreten Maßnahmen im Haushalt unterlegt ist, ist das alles wie die Ziehung der Lottozahlen, nämlich reiner Zufall.

(Beifall bei der FDP)

Dabei ist das alles eine Wiederholungstat. Bei der Einbringung des Haushaltes 2012 am 13. Oktober 2011 waren die Zahlen schon so schlecht, dass ein Haushaltssicherungskonzept drohte. Also wurden die Zahlen „parat“ gemacht. Die Kämmerin legte uns einen Beschluss des Stadtvorstandes vor, der besagt, dass man ab 2013 Maßnahmen ergreifen wolle, um das Defizit um 150 Millionen Euro zu reduzieren. Um welche Maßnahmen es sich konkret handelt, sagte sie jedoch nicht.

Genau vier Monate später liegt uns nun der erste Veränderungsnachweis zum Haushalt 2012 vor. Die Zahlen haben sich nochmals verschlechtert und führen die Stadt nun schnurstracks in die Haushaltssicherung oder gar in einen Nothaushalt, heißt es im Schreiben der Kämmerin. Ach, Sie können sich die Mühe sparen, den Nachweis genau zu studieren. Ich habe es gemacht. Den Beschluss des Stadtvorstands zur Reduzierung des Defizits werden Sie dort nicht finden. Er ist schlichtweg nicht umgesetzt worden. Der Beschluss ist auch nach vier Monaten bloße Ankündigung geblieben. Da sind wir wieder bei Griechenland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Angenommen, wirklich nur angenommen, die Troika aus IWF, Europäischer Zentralbank und der Europäischen Kommission würde sich verfliegen und nicht in Athen, sondern in Köln landen, um die Umsetzung von Konsolidierungsbeschlüssen zu kontrollieren, wir Liberale würden keine Wette abschließen, ob sie den Unterschied zwischen Athen und Köln feststellen würde, insbesondere dann nicht, wenn einem das Schreiben der Kämmerin zum ersten Veränderungsnachweis in die Hände fiele. Die Botschaft lautet da nämlich: Wir haben zwar einen Konsolidierungsbeschluss des Stadtvorstands vom September 2011, er ist aber noch nicht umgesetzt. Wir ziehen wegen noch schlechterer Haushaltslage ohne weitere Konkretisierung einfach 60 Millionen Euro vor. Wir wissen zwar noch nicht, woher wie sie nehmen und ob und wie wir das umsetzen, aber dafür verschieben wir einfach die Haushaltsverabschiedung; denn die Hoffnung stirbt zuletzt. Da hilft wahrlich nur noch Beten, dass die Troika sich nicht verfliegt.

Die FDP-Fraktion gewinnt den Eindruck, dass dem Oberbürgermeister und seinem Stadtvorstand langsam die Muffe geht, dass mit dieser Ankündigung à la Athen ohne vorzeigbare Taten der städtische Haushalt an die Wand gefahren wird. Auf einer Klausurtagung haben sich der Oberbürgermeister und sein Stadtvorstand nun darauf verständigt, einen Fahrplan auszuarbeiten, wann sie dem Rat ihre Vorschläge zum Defizitabbau vorstellen wollen. Doch solange nicht gesagt wird, wo und wie im Haushalt eingespart werden soll, bleibt auch dies eine reine Ankündigung. Das befriedigt vielleicht SPD und Grüne im Rat, den Rest des Rates kann das jedoch wohlweislich nicht befriedigen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU – Martin Börschel [SPD]: Das war jetzt aber nicht der Rest des Rates!)

Seien wir doch mal ehrlich: Was wir in Deutschland Athen abverlangen, nämlich Taten bei der Haushaltskonsolidierung statt bloße Ankündigungen, müssen wir doch zuallererst auch uns selbst abverlangen. Da gibt Köln wahrlich ein mieses Beispiel ab.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

(Beifall bei der FDP – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr aber auch!)

Damit muss jetzt Schluss sein. – Da haben Sie vollkommen recht, Frau Barbara Moritz, damit muss Schluss sein. Da machen wir gerne mit.

Die FDP-Fraktion erwartet einen mit konkreten Maßnahmen unterlegten Defizitabbau im städtischen Haushalt. Mit den bisherigen Luftbuchungen kann der Rat nicht arbeiten. Verehrter Herr Oberbürgermeister, Ihr Stadtvorstand ist in der Bringschuld. Machen Sie Ihre Arbeit! Legen Sie einen verabschiedungsfähigen Haushalt vor! Lassen Sie endlich nach vier – ich betone: vier – Monaten der Haushaltseinbringung den Worten Taten folgen! – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Klug hatte sich gemeldet. Bitte schön.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen wir die Kirche im Dorf! Schauen wir uns an, was sich entwickelt hat und was eigentlich passiert ist. Wir haben einen Haushalt eingebracht. Wie in jedem Jahr ist der Haushalt ein dynamischer Prozess. Wir haben Veränderungen zu konstatieren, die sich nach der Haushaltseinbringung im Oktober ab November 2011 ergeben haben. Was hat der Stadtvorstand gemacht? Er hat Ihnen transparent den Veränderungsnachweis 1 vorgelegt einschließlich der Rahmenbedingungen, die zu dieser Haushaltslage geführt haben.

Die Verwaltung hat im Anschreiben zum Veränderungsnachweis 1 dargelegt, dass sich für das Haushaltsjahr 2012 zwar eine Ergebnisverbesserung – Ergebnisverbesserung! – in Höhe von 19,7 Millionen Euro, für die übrigen Jahre des Finanzplanungszeitraums aber Verschlechterungen ergeben: In 2013 sind es 59,6 Millionen Euro, in 2014 sind es 62,5 Millionen Euro, und in 2015 sind es 57,4 Millionen Euro. Diese Veränderungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Erstens. Infolge der Anpassungen der Steuereinnahmen an die Steuerschätzung vom November 2011 und die aktuelle Entwicklung mussten wir Mindererträge in Höhe von 61 Millionen Euro in 2012 ansetzen, die bis 2015 auf 92,1 Millionen Euro steigen werden.

Zweitens. Wir haben, bedingt durch die Veränderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von circa 70 Millionen Euro jährlich zu erwarten. In 2012 verbessern sich die Schlüsselzuweisungen einmalig abrechnungsbedingt aufgrund der unterdurchschnittlichen Steuerkraftentwicklung Kölns im zugrunde zu legenden Zeitraum auf 105 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Das ist doch keine Pressekonferenz!)

Mit dem eingebrachten GFG gibt das Land den Kommunen übrigens so viel Geld wie noch nie. Gleichzeitig profitiert Köln über den aufgewerteten Zentralitätsansatz.

Drittens. Die Veränderungen auf der Ertragsseite führen insgesamt in jedem Jahr des Finanzplanungszeitraums zu Verbesserungen. Allerdings stehen diesen Ertragsverbesserungen an anderer Stelle erhebliche Mehraufwendungen gegenüber. Diese ergeben sich aus Veränderungen bei den Personalaufwendungen. Aufgrund von Anpassungen im Bereich der Fachkräfte der Feuerwehr, im Bereich U3 sowie einer Tarifanpassung und sich daraus ergebenden Rückstellungen sind zum einen in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils Mehraufwendungen zwischen 44 und 49 Millionen Euro notwendig. Zum anderen ergeben sich durch die Anmeldungen der Dezernate – auch das wird aus dem Ihnen vorliegenden Veränderungsnachweis deutlich – für alle Haushaltsjahre des Finanzplanungszeitraums Mehraufwendungen zwischen 24,1 Millionen Euro in 2012 und 20,6 Millionen Euro in 2015.

Aufgrund dieser Entwicklung bzw. wegen der zweimaligen Überschreitung der 5 Prozent Eigenkapitalentnahme in den Jahren 2014 und 2015 wäre es nach § 76 Gemeindeordnung erforderlich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. So weit, so schlecht.

Was tun wir?

(Zurufe von der CDU: Ja?)

Natürlich sind Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu informieren, wenn sich erhebliche Änderungen in den Rahmendaten ergeben.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Vorher! Bevor die Pressekonferenz stattfindet!)

Und natürlich arbeitet der Stadtvorstand daran, den Sanierungsprozess vorzuziehen. Denn was hat sich geändert? Bereits im Herbst letz-

ten Jahres haben wir ein Sanierungsvolumen in Höhe von 120 Millionen Euro für die Jahre bis 2015 beschlossen. Erzielt werden sollen diese Ergebnisverbesserungen in Höhe von 120 Millionen Euro durch wirkungsorientierte Aufgabenkritik und Standardreduzierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Prozess, und diesem Prozess stellen wir uns.

Wir haben uns diese Ergebnisverbesserungen vorgenommen, um zu verhindern, dass wir ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NW aufstellen müssen. Ich habe mit meinen Kolleginnen und Kollegen darüber Einigung erzielt, dass wir ein freiwilliges Sanierungskonzept aufstellen. Das bedeutet, dass wir, anders als ursprünglich geplant, bereits in den Jahren 2012 und 2013 ein erheblich höheres, nämlich ein um 15 Millionen Euro höheres Konsolidierungsvolumen stemmen müssen. Das bedeutet aber auch, dass im Stadtvorstand der Stadt Köln die Möglichkeit bestehen muss, sich über diese geänderten Rahmenbedingungen zu verständigen und in einen wirkungsorientierten Prozess zu überführen, der nicht – und das haben der Oberbürgermeister und ich ausdrücklich bei Einbringung dieses Haushalts gesagt – diesen Haushalt in die Ecke führt.

Da hier heute jemand das Beispiel Griechenland angeführt hat, darf ich darauf hinweisen, dass zu Recht darüber gesprochen wird, wie eine Wachstumsorientierung die Konsolidierung in Griechenland begleiten kann. Genau darüber machen wir uns auch in Köln Gedanken. Das müssen wir auch tun, weil wir Verantwortung gegenüber der Wirtschaft und den sozialen und kulturellen Einrichtungen dieser Stadt tragen. Natürlich ist ein Stadtvorstand gut beraten, einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 30 Millionen Euro nicht ohne gründliche Beratung vorzuziehen. Das lässt sich nicht so einfach aus der Hüfte schießen. Ich meine, eine solche Möglichkeit muss auch und gerade hier in Köln bestehen; denn wir tragen die Verantwortung für knapp 1 Million Menschen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Mehr als 1 Million!)

- Inzwischen mehr als 1 Million Menschen. – Und das müssen wir auch in unseren Haushaltsplanungen zum Ausdruck bringen können.

Die Konsolidierungsvorschläge, die der Stadtvorstand erarbeitet, werden Sie Ende März, Anfang April zugestellt bekommen. Damit haben Sie Zeit für ausführliche Beratungen bis zur geplanten Verabschiedung des Haushaltes 2012, einschließlich einer verbindlichen Finanzplanung für die Folgejahre bis 2015, die am 26. Juni 2012 vorgesehen ist. Am 11. Juni soll dazu der Finanzausschuss tagen.

Wir machen das in einem strukturierten Verfahren. Das ist Ausdruck der Verantwortung, die wir auch für die Folgejahre übernehmen wollen; denn wir haben nicht nur jahresbezogene Kürzungen vorzunehmen. Wir haben dafür zu sorgen – und das ist entscheidend –, dass bis 2015 120 Millionen Euro, 60 Millionen Euro davon vorgezogen bis zum Haushaltsjahr 2014, erbracht werden. Diese Vorgehensweise des Stadtvorstands – damit komme ich zum Ende – dient vor allem der Erhöhung der Planungssicherheit in der Stadt; denn wir bzw. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, können in die endgültige Beschlussfassung nun die Steuerentwicklung im ersten Quartal, die Steuerschätzung im Mai 2012 und vor allem auch das noch zu verabschiedende GFG 2012 einbeziehen. Dabei geht es um nicht weniger als 70 Millionen Euro in den Folgejahren.

Damit, so meine ich, stellen wir uns verantwortlich für die Zukunft dieser Stadt auf. Der Haushalt ist ein Beitrag dazu, und wir ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um eine nachhaltige Wirkung in diesem nicht unerheblichen Finanzvolumen zu erzielen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zu § 82 Gemeindeordnung sagen. Natürlich bedingen die Verschiebungen von Haushaltsberatungen auch, dass die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung auch im zweiten Quartal 2012 vorliegen. Diese Situation ist in § 82 Abs. 2 Gemeindeordnung geregelt, der besagt: Die Kommune darf ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen, für die im Haushalt des Vorjahres Finanzpositionen oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen sind, fortsetzen. Daher ist zwingend in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die oben ausgeführten Voraussetzungen bei einer beabsichtigten Zahlung an Empfänger von Transferaufwendungen vorliegen. Dies tut die Verwaltung. Ich habe meine Kolleginnen und Kollegen gebeten, unter Berücksichtigung dieser rechtlichen Verpflichtung in jedem Einzelfall Prüfungen vorzunehmen. Eine generelle Mittelfreigabe ohne Berücksichtigung der Vorgaben des § 82 ist rechtlich nicht zulässig.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Vor uns liegen schwere Aufgaben. Die Probleme sind zu lösen. Sie erfordern erhebliche Anstrengungen, und sie erfordern auch erhebliche Vorbereitungen durch die Verwaltung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Redner, Herrn Klipper.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nicht Herr Börschel? – Gegenruf von Martin Börschel (SPD): Wenn Sie noch nicht so weit sind, gehe ich gerne vor!)

Bitte schön, Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, wir haben wenigstens die Möglichkeit, in der zweiten Runde noch darauf zu antworten.

Meine Damen und Herren! Frau Kämmerin, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Vieles von dem hier eben Vorgetragenen haben Sie ja auch schon in der Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Meiner Meinung nach war das nicht erforderlich, auch weil wir alle uns der Bedeutung dieser schwierigen Situation durchaus bewusst sind.

Lassen Sie mich beginnen. Am 8. Februar 2012 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, zusammen mit der Stadtkämmerin den ersten Veränderungsnachweis für den Haushalt 2012 vorgelegt. Ich will eines vorab klarstellen: Wir sind von dieser Vorlage äußerst enttäuscht. Ich sage Ihnen auch, warum: weil sich nach Einbringung des Haushalts an den Zahlen mit Ausnahme von Anpassungen aufgrund vorgegebener neuer Daten, erwarteter Korrekturen, Notwendigkeiten bei der Gewerbesteuer wie auch bei den Schlüsselzuweisungen nichts verändert hat. Von einem Beitrag zur Konsolidierung und einem klaren Bekenntnis zum Sparen bzw. zur Sicherung der Nachhaltigkeit der kommunalen Finanzierung ist dieser Haushalt zurzeit sehr weit entfernt. Aber genau darauf kommt es an. Auch deswegen ist es unverständlich, die Beschlussfassung über den Haushalt auf den 26. Juni zu verschieben.

(Beifall bei der CDU)

Im Mai wird zwar die neue Steuerschätzung erfolgen und Sie, Herr Oberbürgermeister und Frau Kämmerin, hoffen wohl darauf, dass sich dann günstigere theoretische Werte ergeben, um so das Defizit formal senken zu können, allerdings allein mit dem Ziel, an notwendigen Einschränkungen bzw. Einsparungen vorbeizukommen. Wir halten dies nicht nur für falsch, wir halten dies – das sage ich Ihnen von vornherein – auch für nicht zielführend.

Herr Oberbürgermeister, ich darf Sie daran erinnern, welche Ziele Sie einmal formuliert haben. Sie haben sie geradezu gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragen, sowohl in Ihrer Einbringungsrede zum Haushalt 2010 vom 13. Juli 2010 wie auch in Ihrer Rede vom 13. Oktober letzten Jahres. Was ist denn geschehen mit Aussagen wie diesen? Ich zitiere aus Ihren Reden, Herr Oberbürgermeister:

> Der Stadtvorstand hat dazu die Kämmerei beauftragt, bis zum Ende der Sommerpause 2010 den Entwurf eines Konzepts zur „Konsolidierung des Haushalts der Stadt Köln“ zu erarbeiten und in Gremien Ihnen vorzulegen.

Oder wie die Aussage in Ihrer Rede vom 13. Oktober 2011, also ein Jahr später:

> Mit dem Haushaltsentwurf 2012 und den darauf aufbauenden mittelfristigen Finanzplanungen gehen wir diesen geraden Weg. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der bisherige Kurs der Vernunft und des sozialen Ausgleichs nicht verlassen wird.

An anderer Stelle haben Sie damals gesagt:

> Wir in Köln schaffen den unverzichtbaren Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Zukunftssicherung und Vertrauen.

(Beifall von Michael Zimmermann [SPD])

Herr Oberbürgermeister, diese Ziele haben Sie nicht mehr im Blick.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bisher haben Sie von diesen Zielen nicht eines umgesetzt, nicht einmal andeutungsweise. Ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen, wie sich das Vermögen der Stadt Köln während Ihrer Amtszeit vermindert hat.

Nach dem nun vorliegenden Veränderungsnachweis, Herr Oberbürgermeister, Frau Kämmerin, hat sich die Situation noch einmal dramatisch verschlechtert. Bei Einbringung des Haushaltes war von Defiziten in Höhe von 1 Milliarde Euro zwischen 2012 und 2015 die Rede. Nun sind es 1,16 Milliarden Euro. Das heißt, dieser Veränderungsnachweis beinhaltet nicht eine Konsolidierungsmaßnahme, sondern das Defizit erhöht sich noch um weitere 160 Millionen Euro. Hier von Konsolidierung und von Sparen zu sprechen, halte ich für Hohn.

Jeder ist der Meinung – ich führe viele Gespräche in der Stadt –: Damit werden die Bürger unserer Stadt über das wahre Ausmaß der Notwendigkeit, zu sparen, bewusst getäuscht. Das heißt, sie werden nicht jetzt, sondern erst am 26. Juni erfahren, was auf sie zukommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn das, was ich gerade vorgetragen habe, das Ergebnis von vier Monaten Arbeit der Kämmerin, des Stadtvorstandes, des Oberbürgermeisters und allen anderen städtischen Stellen ist, um Einsparungen zu erreichen, dann sehe ich schwarz, wie wir an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei kommen sollen. Ob Sie, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, bis Ende März – so ist jedenfalls der vorläufige Zeitplan von Ihnen definiert worden – die zusätzlichen Einsparungen über Standardreduzierungen, Abgabe von Aktivitäten, die nicht unbedingt von der Stadt übernommen werden müssen, und anderes mehr in Höhe von 60 Millionen Euro ab 2013 – lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen: 60 Millionen Euro ab 2013! – stemmen können, daran habe ich große Bedenken angesichts des Ergebnisses der bisher durchgeführten Klausurtagungen des Stadtvorstands.

Es wird ja wohl der Wahrheit entsprechen, was der Rathaus-Flurfunk berichtet, nämlich dass die vorgelegten Einsparvorschläge der einzelnen Dezernenten und deren Sparwille nur minimal gewesen seien und es sich bisher gar nicht gelohnt habe, diese zu erfassen und in den Veränderungsnachweis aufzunehmen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte dazu sagen, die Beschlussfassung auf den 26. Juni zu verschieben. Diese Verschiebung bedeutet nichts anderes, als dass der Haushaltsbeschluss voraussichtlich erst am 1. August rechtskräftig wird. Mit dieser Taktik – ich muss es wirklich als Taktik bezeichnen – haben Sie, Herr Oberbürgermeister und Frau Klug, erreicht, dass wir sieben Monate lang mit einer vorläufigen Haushaltsführung und den damit verbundenen Unsicherheiten und Einschränkungen leben müssen und erst in den letzten fünf Monaten dieses Jahres Gegensteuerungsmaßnahmen, die für viele Projekte Planungssicherheit bedeuten, ergreifen können. Mit Blick auf die Dynamik des Verwaltungsvorgangs muss davon ausgegangen werden, dass Impulse vonseiten der Stadt in diesem Jahr überhaupt nicht mehr ausgesandt werden können.

Wir befinden uns in einer katastrophalen Situation hinsichtlich des Haushalts 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung. Aber ich möchte auch noch auf die unverantwortliche Vorgehensweise im Hinblick auf den Vermögensverzehr eingehen. Von den Rücklagen in Höhe von rund gerechnet 6,6 Milliarden Euro, die zu Beginn des Jahres 2008 vorhanden waren, werden nach dem vorgelegten Veränderungsnachweis höchstens noch 4,786 Milliarden Euro übrig bleiben. Das heißt, die derzeit verantwortliche Koalition einschließlich der Kämmerin und des jetzigen Oberbürgermeisters hat den zukünftigen Generationen rund gerechnet 1,8 Milliarden Euro entzogen bzw. sie auf Kosten zukünftiger Generationen verausgabt. Konsolidierung sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Konsolidierung bedeutet, eisern zu sparen auf Grundlage der vorhandenen Möglichkeiten. Dies haben Sie sträflich vernachlässigt. Sie, meine Damen und Herren, fordern hier immer Nachhaltigkeit im politischen Handeln. Wir von der CDU verlangen diese Nachhaltigkeit auch für den Haushalt, damit die zur Verfügung stehenden Rücklagen auch noch zukünftigen Generationen nutzen und nicht schon vorher aufgebraucht sind.

Der fehlende Mut vonseiten der Kämmerin wie auch vonseiten der Stadtspitze ist katastrophal für Köln und nimmt vieles von der Zukunftskraft, die diese Stadt gewonnen hatte, wieder zurück. Das lässt nichts Gutes für die Stadt erwarten. Wir fordern deshalb, mit radikalen, gegebenenfalls auch harten, aber wohldurchdachten Sparbemühungen zu beginnen, die Klientelpolitik der letzten Jahre aufzugeben und die politische Handlungsfähigkeit wieder zurückzugewinnen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da spricht der Richtige!)

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

In Punkten wie den sinnvollen, durchdachten Reduzierungen von Standards, einer wirklich kritischen Aufgabenkritik, der Verminderung des Wasserkopfs in der Verwaltung, der Rückübertragung der Verantwortung auf die entsprechenden Mitarbeiter in den Dezernaten, der Verschiebung von langfristigen und unseren Haushalt sehr stark beeinträchtigenden Investitionen auf einen späteren Zeitpunkt, wenn sich die Finanzsituation verbessert hat, stimmen wir mit Ihnen überein, Herr Oberbürgermeister. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Wir brauchen das Park Café nicht jetzt zu renovieren; denn das wird über 2,5 Millionen Euro kosten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Café brauchen wir nicht?)

- Ja, ja, Herr Frank. Ich weiß, das ist Ihr Bereich.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Welches denn? Wir haben es nicht verstanden!)

- Ich meine das Parkcafé. P-A-R-K und dann Café dahinter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann muss die CDU einen Antrag auf Denkmalentwidmung einreichen!)

Herr Oberbürgermeister, unser Angebot an Sie lautet: Wenn Sie all diese Aufgaben ernsthaft durchführen, bieten wir Ihnen an, daran mitzuwirken. Sollte sich aber nichts am grundsätzlichen Finanzgebaren innerhalb der Stadt ändern und sollten insbesondere auch die Rücklagen weiter aufgebraucht werden, und zwar in einem Maße, wie ich es eben dargestellt habe, werden wir die Zusammenarbeit verweigern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich habe es schon erwartet, dass diese durchaus ernste Situation Anlass gibt für viel Schaumschlägerei und auch viel Dampfplauderei wie die, die die FDP geboten hat.

Hier mit dem Griechenland-Vergleich zu kommen, mag vielleicht eine Schlagzeile in einer Boulevardzeitung bringen; aber das ist weit weg von der Realität. Wenn Sie sich die Haushaltsdaten wirklich so genau angeschaut haben, wie Sie gesagt haben, hätten Sie feststellen müssen, dass zwischen 2004 und 2005 immerhin 186 Millionen Euro Schulden abgebaut wurden. Um der Wahrheit willen sollte man dies hier auch einmal sagen.

Sie von der CDU und insbesondere von der FDP haben hier eben gefragt: Wo sind denn die Einsparvorschläge? Ich halte Ihnen entgegen: Vielleicht sollten Sie erst einmal in der eigenen Fraktion damit anzufangen. Oder wie ist es zu verstehen, wenn der kulturpolitische Sprecher der FDP sagt: 5 Millionen Euro mehr beim Bühnenbudget wären doch kein Problem, die müssten unbedingt her? Oder wie ist es zu verstehen, wenn die FDP den Antrag in den Rat einbringt: „Ein drittes Frauenhaus? – Kein Problem, die 500 000 Euro werden doch noch zu finden sein“? Oder wenn die CDU einen Ratsantrag zur Orangerie einbringt: „Wir brauchen einen weiteren Spielort, dafür werden wir doch noch 2 Millionen Euro haben“? Ich könnte diese Liste bis zum Ende meiner Redezeit fortsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ganz abgesehen von dem tollen Vorschlag Ihrer Fraktion, Herr Klipper, den Rheinufertunnel für mal eben 60 Millionen Euro aus dem Stadthaushalt zu finanzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles ist keine ernsthafte Haushaltspolitik. Das lenkt davon ab, sich um die wirklichen Probleme zu kümmern. Das ist letztendlich eine Politik der Verweigerung. Ich bin gespannt darauf, wie sich CDU und FDP in den nächsten Wochen positionieren werden, wenn die Stadtverwaltung tatsächlich Vorschläge macht, um die sie nicht umhinkommt.

Wir haben ja schon einen Vorgeschmack bekommen. Zum Glück haben wir eine Gewerbesteuererhöhung gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben gesehen, dass der sogenannte Aufschwung durch mehr Steuereinnahmen an Köln voll vorbeigelaufen wäre. Was wäre denn gewesen, wenn wir den Hebesatz nicht erhöht hätten? Wir würden jetzt schon an der 5-Prozent-Marke schrammen. Aber damals war sich die CDU dafür zu fein, und die FDP war sich erst recht zu fein dafür.

Deshalb sage ich an die gesamte Verwaltung gerichtet: Es wäre sicherlich verkehrt, auf die Mai-Steuerschätzung zu setzen. Das allein kann es nicht sein. Notwendig sind jetzt tatsächliche Sparbemühungen und Vorschläge, die aber von der gesamten Verwaltung erarbeitet werden müssen. Das ist nicht das Privatvergnügen der Stadtkämmerin. Jedes Fachdezernat ist gefragt, Vorschläge einzubringen, über die man dann im Einzelnen diskutieren muss. Das ist die Erwartung unserer Fraktion an die nächsten Wochen, insbesondere mit Blick auf das Vorschlagspaket, das ja laut Pressemitteilung der Verwaltung Ende März zu erwarten ist. Denn eines ist sicher: Wir werden uns bemühen, und wir werden darum kämpfen, dass wir nicht in eine Nothaushaltssituation abrutschen. Wir haben dies 2010/2011 abwenden können. Damals konnte erreicht werden, dass die Stadt Köln die haushaltspolitische Souveränität weiterhin behält. Das wird auch die Aufgabe für dieses Jahr und insbesondere für die kommenden Wochen sein. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen dann zu weiteren Wortmeldungen. Herr Wiener. Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Köln steht wieder einmal kurz vor dem Nothaushalt. Doch die Verantwortlichen betreiben weiterhin eine Vogel-Strauß-Politik. Schlimmer noch: Man verschließt nicht nur die Augen vor den Problemen, sondern unterlässt gleich ganz jeden Versuch, etwas dagegen zu unternehmen. Statt wie geplant im März einen vernünftigen Haushaltsplan mit wirksamen Sparanstrengungen zu verabschieden, sagt die Stadtspitze die Haushaltsplandebatte einfach kurzfristig ab. Das, meine Damen und Herren, ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid, den es so in Köln noch nicht gegeben hat. Es zeugt vom völligen Versagen der Stadtspitze bei den Konsolidierungsbemühungen des Haushaltes. Was haben Oberbürgermeister Roters und Stadtkämmerin Klug eigentlich all die Monate gemacht? Es war doch lange bekannt, dass der Haushalt im März verabschiedet werden sollte.

Die Fraktion pro Köln hat immer wieder auf die ausufernde Schuldenentwicklung und die katastrophale Finanzpolitik der etablierten Parteien in Köln hingewiesen. Zum Dank wurden wir als Störenfriede und Nestbeschmutzer beschimpft, und geändert haben die Altparteien an ihrem Finanzgebaren nichts, und zwar alle Altparteien nicht. Das sei auch den Kollegen der CDU und der FDP ins Stammbuch geschrieben, die zwar hier heute manch klugen Satz gesprochen haben, aber jahrzehntelang mit dazu beigetragen haben, den Haushalt der Stadt Köln an die Wand zu fahren. Kölns Finanzmisere hat ja nicht erst unter Rot-Grün begonnen, sondern hat sich seit Jahrzehnten aufgebaut.

Weder CDU noch SPD noch FDP und erst recht nicht den Grünen gelang es jemals, den Schalter in Richtung Haushaltskonsolidierung langfristig umzulegen. Im Gegenteil, heute hat Köln ein Defizit in Milliardenhöhe. Das ist eine Zahl mit neun Nullen. Allein im neuen Haushaltsjahr werden wohl weitere 250 Millionen Euro fehlen. Die sogenannte fiktive Haushaltsrücklage wird schon in Kürze aufgebraucht sein, wobei auch dieses Hilfskonstrukt nur zum Kaschieren und Hinauszögern der tatsächlichen Finanzmisere gedient hat; denn die in dieser fiktiven Haushaltsrücklage veranlagten Vermögenswerte der Stadt beinhalten unter anderem öffentliche Straßen, Plätze, Brücken usw. Wollen Sie demnächst zum Bezahlen der Schulden die Kölner Brücken oder Straßen verkaufen, Herr Oberbürgermeister, oder vielleicht wieder Brücken- oder Wegezölle wie im Mittelalter einführen?

Prinzipiell ausschließen kann man ja hier leider gar nichts mehr – außer vielleicht eine vernünftige Personalpolitik, die zu diesem Themenfeld mit dazugehört. Als es darum ging, die richtige Persönlichkeit zur Eindämmung der Schuldenkrise zu finden, hat der Rat bei seinen Entscheidungen leider versagt. Während der letzte CDU-Stadtkämmerer Soénius wenigstens, sagen wir mal, noch bemüht war, vermissen wir bis heute jegliche Sparimpulse vonseiten der neuen, grünen Stadtkämmerin Frau Klug. Wo bleibt ein durchgreifendes und durchdachtes Konzept, mit dem der Schuldenkollaps in letzter Minute doch noch abgewendet werden kann? Wann kommen endlich Kürzungen bei den zig Millionen Kosten für eigentlich ausreisepflichtige illegale Personen in Köln? Wann werden endlich rigoros die Zuschüsse an linksextreme Vereine und ideologisch verbohrte Multikulti-Einrichtungen gestrichen? Wollen Sie darauf warten, bis Köln unter dem Nothaushaltsrecht direkt von der Bezirksregierung kontrolliert wird? Ist das vielleicht insgeheim Ihr Plan, weil Sie dann unbequeme Sparvorschläge nicht mehr selbst durchsetzen müssen?

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Dann bräuchten wir aber keinen Stadtrat mehr, sondern könnten die Arbeit gleich ganz der Verwaltung und der Bezirksregierung überlassen, meine Damen und Herren.

Fakt ist: Rot-Grün ist schon jetzt jämmerlich an der Haushaltskonsolidierung gescheitert. Man hat es bereits versäumt, durch eine richtige Personalpolitik die notwendigen Weichen zum Sparen zu stellen. Anstelle eines überparteilichen und durchsetzungsstarken Sparkommissars als Stadtkämmerer versuchten SPD und Grüne, zuerst den fachlich nicht geeigneten grünen Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank als neuen Stadtkämmerer zu installieren, was Gott sei Dank in letzter Minute durch den Regierungspräsidenten noch verhindert werden konnte. Dann wurde uns Frau Klug als neue Stadtkämmerin präsentiert. Ich glaube, sowohl Frau Klug als auch wir alle hier hatten jetzt genügend Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Diese fällt, wie eingangs beschrieben, ernüchternd aus, um es höflich zu formulieren.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich zum Abschluss noch einmal ganz ausdrücklich: Die Verschiebung der Haushaltsplanberatung ist der Beweis der finanzpolitischen Inkompetenz von Rot-Grün. Die Bürgerbewegung pro Köln wird nicht müde werden, das laut und deutlich auszusprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich lege mein Redekonzept zur Seite und möchte Ihnen noch einmal konkret darlegen, wie sich die Situation meines Erachtens darstellt.

Die Kämmerin hat die Richtlinienkompetenz, und so müssen wir hier auch die Diskussion führen. Herr Klipper, auch wenn Sie hier herumeiern, um es sich nicht mit den Grünen und mit der SPD zu verderben, eines muss klar sein: Die Kämmerin macht den Haushalt, und die Kämmerin legt die Rahmenrichtlinien fest. Das macht nicht der Oberbürgermeister, sondern das macht die Kämmerin. Deswegen werde ich mich auch nicht am Oberbürgermeister, sondern an der Kämmerin abarbeiten, um es einmal ganz klar zu sagen.

(Henk van Benthem [CDU]: War das eine Drohung oder ein Versprechen?)

Wir müssen ja offen und fair miteinander diskutieren. Ansonsten kommen wir in der ganzen Angelegenheit nicht weiter.

Ich finde das Vorgehen der Kämmerin wirklich bedauerlich. Erst teilt sie uns die Terminverschiebung mit, als Nächstes hält sie eine Pressekonferenz dazu ab, und dann erzählt sie uns hier im Rat praktisch noch einmal dasselbe wie auf dieser Pressekonferenz. Ich muss sagen: So kann man mit dem Rat nicht umgehen. Es wäre vernünftiger gewesen, zumindest die Fraktionsvorsitzenden zusammenzurufen und ihnen zu sagen: Hören Sie mal, wir haben da ein Problem.

Frau Kämmerin, Sie haben in der Haushaltsrede gesagt, dass Sie Prioritäten setzen wollen. Sie haben SPD und Grünen gesagt, etwas Neues entwickeln zu wollen. Es ist aber nichts gekommen. Das muss man einfach einmal nüchtern feststellen. Es ist gar nichts gekommen. Das Einzige, was Sie durchsetzen konnten, war die Grundsteuererhöhung um 15 Prozent, wobei Sie ja ursprünglich für eine noch stärkere Erhöhung waren. Das Ganze ist dann im Chaos geendet. Zum Glück gibt es ja die Koalition Rot-Grün noch, aber sie stand kurz davor, zu zerbrechen.

(Ralph Sterck [FDP]: Zum Glück?)

- Na gut, das ist immer eine Frage der Betrachtung, Herr Sterck. Mir ist Rot-Grün lieber als Schwarz-Gelb. Das muss ich ganz klar sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Da bin ich beruhigt!)

Mir ist Rot-Grün auch lieber als eine Große Koalition. Aber Sie haben recht: Das ist alles relativ, was aber an der Sache an sich nichts ändert.

(Martin Börschel [SPD]: Das war ein Wahlaufruf für Rot-Grün!)

Zurück zum Thema. Wir haben hier im Oktober 2010 einen Antrag eingebracht, in dem wir gefordert haben, den Haushalt frühzeitig einzubringen. Die FDP ist der Sache gefolgt, aber die anderen Parteien haben das abgelehnt. Jetzt haben wir genau die gleiche Situation: Wir haben im Prinzip ein Haushaltschaos. Es muss doch ganz klar gesagt werden: Wir haben eine Verunsicherung bei den Freien Trägern, und wir haben eine Verunsicherung bei den Belegschaften. Am Montag war die Belegschaftsversammlung der Bühnen, eine nichtöffentliche Veranstaltung. Es war nicht schön. Es

besteht erhebliche Verunsicherung bei den Personen.

Kollege Geheimrat Frank, es ist ja so, dass Sie im Prinzip eine Art Bleidecke über den Rat legen. Man kann ja gar nichts mehr vorschlagen. Denn immer dann, wenn man etwas vorschlägt – und wir machen hier keine Vorschläge mit einem Volumen von 60 Millionen Euro, sondern schlagen für gute Projekte sehr viel kleinere Beträge von etwa 50 000 Euro vor –, wird gesagt: Das schieben wir in die Haushaltsberatungen. Der Rat wird durch diesen Vorgang gelähmt. Das muss man hier auch einmal ganz klar sagen. Es ist nicht demokratisch, wenn wir hier nicht ernsthaft miteinander reden und Vorschläge machen können. Man kann Vorschläge ja aus sachlichen Gründen ablehnen. Aber dass Vorschläge einfach so abgelehnt werden, das lasse ich mir nicht gefallen. So können wir nicht miteinander umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Frau Kämmerin, Sie haben als Gründe für die Terminverschiebung die Gemeindefinanzierung, die Steuerschätzung usw. genannt. Ich meine, das wussten Sie doch vorher schon. Die Mai-Steuerschätzung gibt es doch immer im Mai.

(Zustimmung bei der FDP)

Das führt uns doch nicht weiter.

Eine weitere Sache möchte ich hier offenlegen, Frau Kämmerin. Nach der Pressekonferenz war die Kämmerin so freundlich, uns den Haushalt darzustellen. Danach haben wir die Frage diskutiert, bis wann uns die Vorschläge vom Stadtvorstand zur Kenntnis gegeben werden müssen. Damals sagte Frau Klug: Mitte April. Darauf haben wir gesagt: Njet, das ist zu spät. In der Presseerklärung vom Montag wurde nun mitgeteilt: Ende März. Da habe ich gesagt: Na gut, immerhin Ende März. Heute haben Sie gesagt: Ende März bzw. Mitte oder Anfang April; ich habe es jetzt nicht mehr so genau in Erinnerung. Ich fordere Sie auf, an dem Termin festzuhalten, der in der Presseerklärung steht, nämlich Ende März. Dann können wir das wirklich ausführlich diskutieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kölnerinnen und Kölner, stellen Sie sich politisch darauf ein, dass wir ab Ende März, Anfang April in der Öffentlichkeit darüber diskutieren müssen, wie wir diesen Haushalt gestalten wollen. Ich befürchte, dass Kürzungen auf uns zukommen. Denn wie will man sonst 30 Millionen Euro einsparen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir warten auf eure Vorschläge!)

- Ich bin gespannt!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich erst recht!)

Um es ganz offen zu sagen, in dem Gespräch mit der Kämmerin habe ich schon einmal ausprobiert, was machbar ist.

(Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Bravo!)

Beispielsweise habe ich gesagt: Wir könnten die Gewerbesteuer noch einmal erhöhen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Da gehen wir mit. Dann machen wir auch bei einer weiteren Grundsteuererhöhung mit. Aber da war nichts. Da gab es keine Verhandlungsbasis.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habt ihr auch Einsparvorschläge?)

- Sehen Sie, da ist nichts. Wir denken zumindest schon einmal nach. Aber von Ihnen kommt seit einem Dreivierteljahr gar nichts.

Deswegen, meine Damen und Herren, liebe Kölnerinnen und Kölner, fordere ich Sie auf: Mischen Sie sich ein! Engagieren Sie sich! Lassen Sie uns gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die sozialen Strukturen in dieser Stadt erhalten können! – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich halte mich mehr ans Konzept. Am 13. Oktober haben die Kämmerin, Frau Klug, und der Oberbürgermeister, Herr Roters, den Haushalt eingebracht. Damals hieß es in der Rede von Frau Klug:

> Der neu gefasste § 76 der GO NRW zeichnet einen solchen Weg für Kommunen in der Pflichtkonsolidierung vor

> – das ist für Köln nicht der Fall, weder 2012 noch im Finanzplanungszeitraum.

Weiter hieß es:

> Der Haushalt 2012 hat diesen Konsolidierungsansatz fortgeschrieben und fortentwickelt – im Sinne eines ständigen Verbesserungsprozesses mit realistischer Sanierungszielsetzung.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Wie kann es sein, dass nicht einmal vier Monate vergangen sind und die Aussage bedeutungslos wurden, dass man die 5-Prozent-Grenze bei der Entnahme aus der Rücklage überschreitet und somit auf den Nothaushalt zusteuert, auch wenn der erste Veränderungsnachweis anders aussieht? In diesem Zeitraum waren die Zinsen für Kreditmarktschulden und Kassenkredite so günstig wie nie.

Die Anfragen der Freien Wähler bezüglich der Kassenkredite vom 10. Oktober letzten Jahres und bezüglich der Zinsbelastungen am 21. November im Finanzausschuss geben Auskunft darüber. Wir hatten unter anderem gefragt: Wo stünde man zum jetzigen Zeitpunkt, wenn wir eine Hochzinsphase verzeichnet hätten? Warum konnten wir die Schulden bei diesen geringen Zinsen nicht weiter abbauen?

Zur zuerst genannten Anfrage bezüglich der strukturellen Haushaltsdefizite: Es ist bis heute kein wirklich brauchbares Konzept vorgelegt worden.

(Zuruf: Pfui!)

Das wollen Sie nun in den nächsten 100 Tagen schaffen. Ich glaube nicht daran. Damit hätte man schon viel früher beginnen müssen; denn auf unsere Anfrage vom 10. Oktober 2011 antworteten Sie, Frau Klug:

> Die Verwaltung wird dem Rat Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits vorschlagen.

Das war vor drei Monaten. Wir warten immer noch darauf.

Weiterhin verweisen Sie in Ihrer Antwort auf unsere Anfrage vom 21. November auf eine Anfrage der CDU, deren Frage und Verwaltungsantwort dem Finanzausschuss am 19. Dezember zur Kenntnis gegeben werde. Diese Frage lautete:

> Wann wird die Stadtspitze mit der Umsetzung des Aufgabenabbaus und der Standardreduzierungen beginnen? Ist dies noch vor der Verabschiedung des Haushalts anvisiert?
>
> Antwort der Verwaltung:
> Wie bereits ausgeführt, ist eine der Voraussetzungen für die geplanten Maßnahmen die Definition strategischer Ziele. Dieser Prozess steht kurz vor dem Abschluss.

Ich weiß nicht, was Sie unter „kurz vor dem Abschluss“ verstehen. Das war Stand 25. November 2011. Wo sind die Ergebnisse? Heißt das: in einem halben Jahr? Hätte man sich nicht schon im Dezember damit auseinandersetzen können?

Was die Gewerbesteuereinnahmen in 2011 betrifft: Wir stehen zwar nicht so gut da wie der Landesdurchschnitt, aber auch nicht so schlecht, dass wir unter der allgemeinen Finanzkrise so richtig gebeutelt wurden.

Es ist schon ein Armutszeugnis, wenn man einen Haushalt präsentiert bekommt, der so auf Kante genäht ist, dass er schon beim leisesten Husten an die Wand gefahren werden kann. Ich glaube, es ist ein Novum in diesem Rat, für die Verabschiedung eines Haushaltes neue Daten zu terminieren. Ich stelle mir die Frage: Kann es sein, dass man mit dieser Aufgabe überfordert ist? Frau Klug, Herr Roters, in der Schule hätte man früher den Schülerinnen und Schülern gesagt: Aufgabe nicht gelöst! Ungenügend! Setzen!

(Beifall bei Teilen der FDP sowie von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt schon Etliches gehört haben und nun endlich auch – das ist die Erkenntnis aus der ersten halben Stunde zu Beginn dieses Rates – mit Konsolidierungsvorschlägen der Linken rechnen dürfen, ist der heutige Tag eigentlich schon gut gelaufen. Ich bin sehr gespannt, Herr Kollege Detjen, wann von Ihnen Erhellendes dazu kommt. Ihre Ankündigung habe ich jedenfalls mit großem Interesse aufgenommen.

Nun noch ein paar Gedanken zum Thema dieser Aktuellen Stunde. Aus meiner Sicht sollten wir das Grundanliegen, das die FDP mit ihrem Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Stunde verfolgt, schon etwas ernster nehmen. Sie wollte nämlich darüber diskutieren – daran muss ich hier auch Sie von der FDP noch einmal erinnern –, welche Auswirkungen die Verschiebung der Haushaltsplanberatungen hat.

Herr Kollege Hoffmann, es ist übrigens längst nicht das erste Mal in der Geschichte der Stadt Köln, dass der Rat und die Stadtverwaltung sich dazu entschließen müssen, die Haushaltsplanberatung zu verschieben.

Wir inklusive die Verwaltung sind uns sicherlich einig hier im Haus, dass der Haushaltsplanentwurf einschließlich des uns jetzt vorliegenden Veränderungsnachweises 1 nicht verabschiedungsreif ist. Das ist vollkommen klar. Darüber sind wir uns einig. Das wollte ich hier zur Sicherheit noch einmal feststellen.

Damit er verabschiedungsfähig wird, muss noch einiges passieren. Auch das ist völlig klar. Die Mindestvoraussetzung für das, was passieren muss, damit er verabschiedungsfähig wird, ist, dass wir ein Abgleiten in den Nothaushalt oder in das von der Bezirksregierung überwachte Haushaltssicherungskonzept sicher vermeiden können. Ich glaube, auch darüber können wir uns schnell einig sein.

Insofern will ich zumindest in diesem einen Punkt Herrn Kollegen Breite recht geben, der nämlich gesagt hat: Damit wir die Mindestziele erreichen, können wir nicht aufgrund von Luftbuchungen operieren, sondern wir brauchen konkrete Maßnahmen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Herr Kollege Breite, just in diesem einen Punkt haben Sie recht; viel mehr kam ja von Ihrer Seite nicht.

Jetzt müssen wir feststellen, dass die Kämmerin, nachdem sie die Richtlinien vorgegeben und Vorschläge eingesammelt hatte, offensichtlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend viele konkrete Maßnahmen identifizieren konnte, damit diese beiden Mindestvoraussetzungen erfüllbar sind, zumal sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten noch verschlechtert haben. Das hat die Kämmerin eben noch einmal dargelegt. Die Lücke ist also größer geworden, auf Deutsch gesagt.

Wenn das aber so ist – und das soll meine erste Conclusio sein –, dann handeln doch all diejenigen, die jetzt lautstark beklagen, die Verschiebung von März auf Juni sei nicht richtig, unlauter. Entweder ist man dafür, dass konkrete Maßnahmen identifiziert werden, um die beiden Mindestziele zu erreichen, dann muss man, Stand heute, die Verabschiedung des Haushalts verschieben; oder aber man gibt zu, dass es einem schnurzpiepegal ist, ob wir diese Mindestziele erreichen und in den Nothaushalt steuern, in dem Fall kann man den Haushalt im März verabschieden. Man kann nur einen Tod sterben bzw. eine Strategie verfolgen. Deshalb ist es konsequent, zu sagen: Die Haushaltsplanberatungen müssen verschoben werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Was ist in den letzten vier Monaten passiert? Nichts!)

Aber diese Zeit muss dann auch genutzt werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Wir brauchen für die Zeit bis zur Haushaltsplanverabschiedung im Juni eine Dramaturgie. Wir müssen schnell vom Grundsätzlichen ins Konkrete kommen. Die Flughöhe ist mir noch viel zu hoch. Wir erwarten eine Struktur, und wir erwarten Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung. Und die kann – das sieht auch die Gemeindeordnung eindeutig so vor – nur die Kämmerin geben. Nachdem die Kämmerin diese Vorgaben gemacht hat, ist der gesamte Stadtvorstand mit allen Beigeordneten in der Pflicht, diese Vorgaben auszufüllen, und zwar mit Leben und mit konkreten Maßnahmen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis: Nach meiner festen Überzeugung ist die Ebene der Produkte noch keine taugliche Ebene, um in der notwendigen Tiefenschärfe konkrete Einsparmaßnahmen zu definieren. Das reicht nicht. Man muss tiefer gehen, man muss konkreter werden. Das heißt: Der Stadtvorstand muss nach den Vorgaben der Kämmerin ganz konkrete einzelne Maßnahmen der Standardreduzierung, des Aufgabenabbaus, der Einsparmöglichkeiten definieren. Am Ende ist dann in der Tat der Rat in der Verantwortung. Niemand hier im Saal, jedenfalls nicht die Koalition aus SPD und Grünen, will sich vor der Verantwortung drücken. Am Ende ist immer der Rat verantwortlich, wir alle hier im Saal. Wir können das an niemand anderen abdrücken.

Aber auf dem Weg dorthin bleibt die Verwaltung in der Pflicht. Die Gemeindeordnung sieht hier eindeutige Zuständigkeiten vor, was wann in welchen Abständen wie und wo zu passieren hat und welche Schritte dafür notwendig sind. Und genau darauf warten wir. Das heißt, die ganz klare Erwartungshaltung, jedenfalls der

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Koalition bzw. der SPD-Fraktion, ist die, dass die Zeit, die jetzt bis Juni gewonnen wurde, genutzt wird, damit wir vom relativ Allgemeinen ins Konkrete kommen. Darauf warten wir in der Tat alle miteinander.

Erlauben Sie noch eine Schlussbemerkung. Herr Kollege Klipper wollte hier, so meine ich, mit seiner Bemerkung zu den 1,8 Milliarden Euro einen bestimmten Eindruck erwecken. Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet, wahrscheinlich ist die Summe richtig; da habe ich keinen Zweifel. Wenn Sie hier den Eindruck erwecken wollten, eine strukturelle Lücke von 1,8 Milliarden Euro in einem addierten Zeitraum von fünf Jahren ließe sich ausschließlich in einer konjunkturellen Normallage, also nicht im Boom, geschweige denn in einer Krise, mit lokalen Möglichkeiten schließen, dann sage ich Ihnen: In diese Tasche dürfen wir uns nicht lügen.

Die Gemeinden, auch Köln, sind strukturell unterfinanziert. Das bedeutet nicht nur im Ruhrgebiet, nicht nur in strukturschwachen Städten, sondern auch in einer Stadt wie Köln, die wächst, die eine breite, diversifizierte Wirtschaftsstruktur hat, die Zuzug hat, die viele junge und auch gut verdienende Familien in dieser Stadt halten will, dass sie in jeder Zeit außerhalb einer Boom-Phase Hilfe von außen braucht. Und diese Hilfe kann nur von Bund und Land kommen. Nur dann ist es möglich, diese strukturelle Lücke final zu schließen. Alle Ebenen – egal, wer dort regiert: ob im Land früher Schwarz-Gelb oder jetzt Rot-Grün, ob im Bund früher Schwarz-Rot oder Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Gelb – müssen endlich verstehen, dass Städte und Gemeinden ausschließlich dann die Basis ihrer lokalen Infrastruktur legen können.

Lassen Sie es uns doch konkret benennen, was eben auch der Präsident des Europäischen Parlaments gesagt hat. *Hier* findet die Graswurzelarbeit statt. *Wir* schaffen die Rahmenbedingungen und die Grundlagen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, in den Städten ein gutes Leben führen können. Das funktioniert aber nur dann, wenn das auch die Parlamente in Europa, vor allem aber auch die in Land und Bund kapieren.

Es war – das sage ich Ihnen ganz ehrlich – ein starkes Stück Arbeit, die unsere Landesregierung geleistet hat, um eine breitere Mehrheit, als die Koalitionsfraktionen rein rechnerisch haben, davon zu überzeugen, dass die Hilfen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz aufgestockt werden müssen. Mit den Rekordzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz ist jetzt ein erster Schritt getan worden. Sowohl in Richtung Land, aber erst recht in Richtung Bund muss man sagen: Das allein reicht nicht.

(Ralph Sterck (FDP): Der Bund hat auch etwas getan! Das kannst du dann auch sagen!)

- Ja, es geht um die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter. Das hat tatsächlich die Opposition im Bundesrat dem Bundesfinanzminister in mühsamen Konsensgesprächen abringen müssen.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

- War das richtig, oder war das falsch?

(Zurufe von der FDP)

- Aber sei's drum. Ich will Ihnen das ja gar nicht wegnehmen. Diese Milliarde, die der Bundesfinanzminister dafür zur Verfügung stellt, ist ja auch nicht schlecht, ganz im Gegenteil. Aber sie reicht eben nicht. Und dieser Verantwortung muss sich die aktuelle Bundesregierung stellen, wie übrigens auch die nächste. Darüber werden wir uns ja dann Sorgen machen müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern meine ich, wir täten gut daran, wenn der Stadtrat in Köln dieses Signal an alle Parlamentarier in Land und Bund senden würde: Wir machen gerne unsere Hausaufgaben, so schwer sie auch sind; aber alleine geht es nicht. Das sollte uns hier, glaube ich, zusammenführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. – Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht schon ein politisches Signal, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses erst einmal alle anderen sprechen lässt, ehe er selbst Position bezieht. Lieber Herr Börschel, ja, das Land tut etwas und der Bund auch. Deswegen befinden wir uns schon auf einem Niveau, wo man durchaus weiter diskutieren kann.

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, damit wir nach dieser Pressekonferenz die Möglichkeit haben, hier über das Thema zu sprechen. Wenn wir uns alle so einig sind, dass die Lage schwierig ist, dann ist es, finde ich, durchaus angebracht, dieses Thema hier im Rat zu behandeln. Es sind ja auch interessante Gedanken entwickelt worden. Man sollte nicht so tun, als sei das nur Schaumschlägerei und Wichtigtuerei, wie Sie, Herr Frank, gesagt haben. Ich glaube, andere Beiträge haben gezeigt, dass uns alle das sehr stark angeht.

Einige Bemerkungen an Sie, Frau Klug: Es ist ja wirklich nicht so, dass die Situation uns völlig überraschend trifft. Wir von der FDP haben allerdings die Sorge, dass wir eine Art Stadtvorstandsmikado erleben werden,

(Heiterkeit bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

unter dem Motto: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Deswegen sind wir sehr gespannt, ob die zusätzlich gewonnene Zeit wirklich den gewünschten Erkenntnisvorsprung bringt, den Herr Börschel mit Hinweis auf die Gemeindeordnung vollkommen richtig dargestellt hat.

Ich will Ihnen noch einen Tipp geben. Einer Ihrer Vorgänger – er war nur relativ kurz im Amt; er ist jetzt auf einer anderen Ebene tätig; ich meine Norbert Walter-Borjans – hatte ja eine, salopp gesagt, Giftliste erstellt, die durchaus Möglichkeiten enthielt, strukturell zu sparen. Ich erinnere mich daran, dass wir die Vorschläge des damaligen Kämmerers sehr freundlich begleitet haben. Ich erinnere mich allerdings auch daran, dass von diesem Rat hier ganz viele Maßnahmen, die er angeregt und auch schon angeschoben hatte, ganz schnell wieder begraben worden sind, als die neue rot-grüne Glückseligkeit das Zepter übernahm.

Meine Damen und Herren, noch eine Erkenntnis: Es gab jetzt eine Runde von allgemeinen Gebühren- und Steuererhöhungen. Die Vorstellung, nur durch Einnahmeverbesserungen einen Haushalt sanieren zu können, ist eben auch irrig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Ich sage Ihnen: Sie können natürlich rein rechnerisch die Grundsteuer – wir haben sie jetzt um 3 Prozentpunkte erhöht – noch einmal um 60 Prozent erhöhen. Damit könnten wir ungefähr 120 Millionen Euro Einnahmen wup-pen. Aber das ist nicht der politische Weg, der zum Ziel führen wird. Man muss sich eben auch von Aufgaben verabschieden können. Wenn man aber im Wahlkampf sagt: Ja, wir wollen sparen, aber keinem wehtun, dann gestaltet sich die Sanierung eines Haushaltes relativ schwierig. Das ist das Problem, das ich sehe.

Wir sind auf jeden Fall gespannt, was uns jetzt auf die Schnelle vorgelegt wird. Ich stelle hier auch die Frage: Warum müssen wir, wenn wir schon Mitte April wissen, was passieren soll, noch bis Ende Juni warten, um das zu entscheiden? Das hat mir noch keiner so richtig erklären können. Ach doch, da war ja diese Mai-Steuerschätzung. Sie wird uns bestimmt alle sehr glücklich machen.

Ich denke, die Verwaltung könnte das Ziel der Konsolidierung vielleicht auch etwas zielstrebiger angehen, wenn sie bei diesem Thema den entsprechenden politischen Rückenwind der Mehrheitsfraktionen wirklich hätte. Ich glaube, Sie sind sich intern nicht so ganz einig darüber, wohin die Reise gehen soll. Deswegen eiert die Verwaltung an dieser Stelle auch ein bisschen herum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kollege Detjen hat eben schon unsere Kritik am Herumeiern der Kämmerin dargestellt. Ich möchte jetzt zwar nicht für Verständnis werben, aber doch erklären, worauf dieses Herumeiern basiert.

Der Kämmerin ist natürlich klar, dass die Finanzausstattung Kölns genauso wenig reicht wie die anderer Kommunen und dass die kommunalen Finanzen unweigerlich tiefer in die Krise rutschen. Weiterhin gibt es mehr Aufgaben ohne entsprechende Ausstattung. Weiterhin wird das Konnexitätsprinzip verletzt. Weiterhin liegen die wirtschaftlichen Risiken – sei es aufgrund eines ökonomischen Abschwungs und damit verbundener geringerer Gewerbesteuereinnahmen, sei es aufgrund des Anstieg der Sozialausgaben – zu einem überwiegenden Teil bei den Kommunen.

In dieser Lage bleiben der Kämmerin drei Möglichkeiten, die sich am Ende faktisch auf zwei reduzieren: Entweder sie verfolgt eine Strate-

gie, mit der endlich die Besitzenden belastet und Gelder von Land und Bund erkämpft werden. Ich glaube, das ist jetzt keine Spezialität von Frau Klug; das ist bei Rot-Grün insgesamt politisch nicht gewollt, bei Schwarz-Gelb sowieso nicht, aber darüber brauchen wir nicht zu reden. Oder aber sie rückt mit der Wahrheit heraus und sagt genau, wo sie kürzen will. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass man sich darüber noch keinen Kopf gemacht hat. Man will es nur jetzt noch nicht sagen. Man will keine öffentliche politische Debatte. Man will keine breite Debatte in der Bevölkerung, weil man möglichen Widerstand fürchtet. Also greift man zur Option C, dem Herumeiern. Dies wird natürlich irgendwann wieder zur Option B führen, den Kürzungen. Aber man möchte sie möglichst auf verschlungenen Pfaden diskutieren. Man möchte sie möglichst kleinteilig halten und möglichst technisch aussehen lassen. Nur, das ändert für die Betroffenen unter dem Strich nichts, außer dass die Klarheit, was eigentlich gekürzt wird, erst mit dem Kürzungsbeschluss und dessen Umsetzung kommt.

Insofern sagen wir: Wir versuchen unser Bestes, das zu durchkreuzen und eine wirklich öffentliche Debatte darüber zu führen. Herr Börschel, unsere Konsolidierungsvorschläge hat Kollege Detjen schon gemacht; insofern brauchen Sie jetzt gar nicht zu warten. Die Kommune hat nicht so viele Möglichkeiten: Gewerbesteuer herauf, das ist eine Möglichkeit,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Grundsteuer war das!)

und im Übrigen überflüssige Repräsentations- und Prestigeprojekte streichen. Aber wir werden keine einzige Kürzung akzeptieren bei den Menschen, die auf soziale Dienstleistungen dieser Stadt angewiesen sind. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Insofern ist es auch nicht überraschend, was wir dazu vortragen. Wir werden vor allen Dingen dafür sorgen, dass eine öffentliche Debatte über den Charakter der Kürzungen hier geführt wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu Herrn Breite und seinem offensichtlich auf Medienwirksamkeit abzielenden Vergleich mit Griechenland sagen. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich; schon klar. Aber dieser hinkt besonders. Ich finde ihn auch zynisch. Denn in Griechenland findet gerade die Zerstörung eines großen Teils der Sozialleistungen statt. In Griechenland haben wir es mit beginnendem Massenelend zu tun. In Griechenland fliegen noch in diesem Jahr Zehntausende Menschen raus aus ihren Jobs, ohne eine Perspektive zu haben, neue zu finden. In Griechenland werden wir ziemlich viele Elemente sozialer Verrohung erleben, weil dieses Land tatsächlich kaputtgespart und kaputtgekürzt wird.

So weit ist es, hoffe ich, noch nicht in Köln, so weit soll es hier nie kommen. Aber das zeigt auch, was die FDP sich unter einer soliden, vernünftigen Wirtschaftspolitik vorstellt, nämlich öffentliche Ausgaben herunterzufahren, egal, welche Folgen das hat und welche Zerstörungen dadurch angerichtet werden. Nun ist Köln eine Kommune und kein Land. Da zählen noch andere Faktoren. Aber in Griechenland sehen wir, wie die gesamte Ökonomie

(Widerspruch bei der FDP)

- ja, Sie können abwinken; das ist schon okay – in den Abgrund gerissen, wie sie kaputtgekürzt wird. Ich unterstelle Ihnen jetzt nicht, dass Sie das auch in Köln wollen. Wie gesagt, in einer Kommune geht es so einfach nicht. Aber diese Tendenz wären Sie offensichtlich bereit, hier in Kauf zu nehmen, ein Kaputtkürzen, ein Kaputtprivatisieren von sozialen Dienstleistungen unter der Parole der wirtschaftlichen Gesundung, die aber unter dem Strich nur zu einem führt: Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird dadurch nicht beseitigt, nicht einmal gemildert, aber das Leben in der Kommune wird für viele Menschen verdammt schlechter. Das ist die Alternative, die Herrn Breite und der FDP vorschwebt. Auch dagegen werden wir uns wehren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe jetzt nur noch eine Wortmeldung, nämlich die von Herrn Uckermann. Ich will darauf hinweisen, dass nach der Geschäftsordnung die Dauer der Aktuellen Stunde eine Stunde nicht überschreiten sollte. Aber er hatte sich vorher gemeldet. – Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich höre, dass die Stunde um ist. Dann müssen wir uns natürlich fragen: Was hat die Stunde gebracht? Was hat die Stunde gekostet? Diese zusätzliche Stunde im Rat hat mehr gekostet als alle Sondersitzungen, die unsere Fraktion je beantragt hat. Das muss man sagen.

(Beifall bei pro Köln – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Am teuers-

ten seid ihr! – Weiterer Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Herr van Benthem, ich kann nicht dafür, dass Sie nicht reden durften. Sie hätten sich ja zu Wort melden können.

Was hat uns die Diskussion gebracht? Gar nichts. Gestern hatten wir Finanzausschusssitzung. Das ist der dafür zuständige Fachausschuss. Ich darf dort meine Fraktion vertreten. Da hätten wir die Debatte führen können, und das haben wir dort auch getan. Ich habe heute nichts substanziell Neues gehört. Ich habe heute nur gehört, dass dieses Überraschungspaket weiter läuft. Irgendwann werden wir eingeladen und dürfen eine Haushaltssatzung beschließen. Dann werden die Fraktionen in der Redezeit beschnitten; das heißt, man darf noch nicht einmal nachfragen.

Was meinen Sie mit „Standardreduzierungen“? Meinen Sie mit Standardreduzierungen, dass die Schultoiletten nur noch einmal im Jahr geputzt werden? Heißt das, dass in den Kindergärten jetzt die Heizungen gedrosselt werden müssen? Was heißt das? Wir hören einerseits, dass Sie die U3-Betreuung ausbauen wollen, andererseits sagen Sie, Sie wollen Standards reduzieren. Das interessiert uns.

Sie haben gestern angekündigt, dass die ganze Haushaltsplaneinbringung nur eine Formalität war, um der Gemeindeordnung zu genügen. Ich habe vor diesem Hintergrund angeregt, uns beim nächsten Mal, wenn Sie uns alle einladen, lediglich ein leeres Blatt hinzulegen und darauf zu schreiben: Haushaltsplanberatungen, Details folgen später. Dann hätten wir viel Geld gespart.

Ein Beispiel: Der Jugendhilfeausschuss hat per Post erfahren, dass die Leute ihre Haushaltspläne abholen sollen. Sie haben also dieses ganze Druckzeug – das ist ja ein Stapel von Druckwaren – abgeholt und werfen es jetzt in den Müll.

Es ist ja nicht schlimm, wenn man umplanen muss. Aber was planen Sie? Decken Sie die Sachen endlich auf!

Ich habe gestern angeregt, dass sich wegen der Fülle alle Fachausschüsse mit dem Veränderungsnachweis befassen müssen. Dann könnten wir nämlich klären, was es heißt, wenn das Sportamt auf einmal 50 Prozent weniger Geld für kleinere Sportmaßnahmen bekommt. Dann könnten wir fragen: Was bedeutet das für die Vereine? Was bedeutet das für die Vorhaben, die wir schon länger in Angriff genommen haben und dann aufschieben mussten? Müssen wir sie jetzt noch zwei Jahre lang aufschieben? Müssen wir wieder einen Bolzplatz schließen? Wird dort ein Schild angebracht, auf dem steht: „Irgendwann geht es hier weiter! Machen Sie sich keine Sorgen! Ihre Stadt Köln“?

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Sie haben die Bürger aufgerufen, wieder beim Bürgerhaushalt mitzumachen. Die Losung lautet ja: „Deine Stadt – Dein Geld“. Klar, die Bürger haben mitgemacht. Sie haben dafür plädiert, die Schwimmbäder zu erhalten. Und was haben Sie gemacht? Sie haben die Schwimmbäder abgerissen. So einfach ist das.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben Prunkveranstaltungen im Gürzenich abgehalten und die Bürger aufgefordert, dort vorbeizukommen und mit zu entscheiden. Wenn sie das aber mal getan haben, haben Sie das Gegenteil gemacht.

Unser Vorschlag wäre, einen Unterausschuss Haushaltskontrollwesen zu gründen. Wie beim Finanzausschuss könnte in diesem Unterausschuss jeweils ein Mitglied der Fraktionen vertreten sein. Dieser trifft sich dann alle zwei Wochen und prüft genau, ob die Sparvorschläge, die jetzt –

(Zuruf von der CDU)

- Sie wollen doch heute wieder einen neuen gründen. Sie gründen doch heute wieder einen neuen Ausschuss. Sie gründen heute eine neue GmbH. Sie gründen heute einen neuen Verein.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie können ja noch was Neues gründen, um Steuergeld zu verschwenden!)

- Natürlich. Ich mache so viele Arbeitskreissitzungen, bis wir unsere Aufgaben erledigt haben. Das lasse ich mir von einem Typ wie Ihnen nicht sagen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sind der Brandstifter im Haushalt!)

- Was haben Sie gesagt: Brandstifter? Herr Roters, Ordnungsruf!

(Henk van Benthem (CDU): Wenn Sie so lange für die Beratung brauchen, kann ja nichts rauskommen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Machen Sie weiter.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein, aber bei uns hat das alles Hand und Fuß. Und das ärgert Sie.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

- Ja, lachen Sie ruhig. – Ich kann das hier zusammenfassen: Eine Stunde, außer Spesen nichts gewesen. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen damit zum Ende der Aktuellen Stunde. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass die Angelegenheit an die Verwaltung überwiesen wird. – Ich sehe keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Der Rat beschließt gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Angelegenheit, zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers
hier: Schenkung von zwei Brottellern durch Herrn Bürgermeister Manfred Wolf
5129/2011

Herzlichen Dank an Bürgermeister Wolf!

(Beifall)

- Ihrem Beifall entnehme ich, dass allgemeine Zustimmung herrscht. Keine Enthaltungen. Damit ist das großzügige Geschenk hier angenommen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Gegenstimmen von den Grünen!)

- Einzelne Gegenstimmen aus der Fraktion der Grünen, wie gehabt. Das für das Protokoll.

Der Rat bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Manfred Wolf für die Stiftung von zwei Brottellern im Wert von insgesamt 1.700,- EUR.

Der Rat nimmt die Schenkung als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Bürgermeister Wolf nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Einrichtung einer Elektro-Buslinie“
AN/0153/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0208/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Überraschenderweise möchte der Antragsteller dazu sprechen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag auf detaillierte Prüfung der Möglichkeit, eine oder mehrere Elektrobuslinien einzurichten, verfolgen wir ein Ziel, das wir in unserer Fraktion schon seit längerer Zeit als ein Schwerpunktthema ansehen, nämlich zu prüfen, ob mit der Elektromobilität Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden können und gleichzeitig den Verkehrsnotwendigkeiten einer Großstadt Rechnung getragen werden kann.

Schon im Mai letzten Jahres haben wir mit unserem Antrag zum Thema Nachhaltigkeit in eine ähnliche Richtung argumentiert. Damals haben Sie uns unseren Antrag mit einem fadenscheinigen Ersetzungsantrag kaputtmachen wollen und das natürlich mit Ihrer Mehrheit auch geschafft. Zur Problemlösung haben Sie allerdings gar nichts beigetragen. Wie sich das jetzt entwickelt, werden Sie das wohl heute wieder tun wollen. Ihrem Änderungsantrag entnehme ich, dass Sie einen Bericht dazu wollen, aber mehr nicht.

Uns geht es jedoch darum, die vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen. Leider hinkt Köln in vielen Entwicklungen, die es in manchen Städten in Deutschland und in Europa in diesem Bereich bereits gibt, deutlich hinterher. Das steht uns nicht an. Uns geht es darum, Möglichkeiten zu eruieren und auszuprobieren, was unter den hiesigen Bedingungen und mit Blick auf die Zukunft gelingen kann.

Elektromobilität ist sicher auf längere Zeit ein Nischenprodukt, aber eines, das in einer Großstadt eine wichtige Rolle spielen kann. Deswegen möchten wir gerne ernsthaft prüfen und ausprobieren lassen, welche Möglichkeiten es für den Einsatz eines Elektrobusses im Bereich der Stadt Köln gibt. Es gibt auch in anderen Städten solche Versuche, darunter auch solche mit Hybridfahrzeugen und mit wasserstoffbetriebenen Bussen. Bei der Hybridtechnologie zeichnet sich inzwischen ziemlich deutlich ab, dass sie nicht zu kostengünstigen oder vertretbaren Preisen umgesetzt werden kann; vielleicht bei Dieselpreisen über 3 Euro, auf absehbare Zeit aber nicht.

Die E-Technik bietet deutlich mehr Chancen. Wir sollten sie ausprobieren. Wir müssen sehen, was in Köln geht. Unsere Busse laufen ja pro Tag zwischen 200 und 300 Kilometer, je nach Linie. Wir müssen ernsthaft prüfen, mit welchem Ladezustand sie unterwegs sein können, wo Stationen aufgebaut werden müssen, ob mehr Busse erforderlich sind, um einen Umlauf zu ermöglichen, ob man mit Schnellladungen arbeiten kann oder ob man einen Bus länger laden muss und dafür einen mehr beschaffen muss. Dafür kann man natürlich auch Fördergelder nutzen. Das alles hätten wir gerne ernsthaft in Angriff genommen.

Nun verweisen Sie in Ihrem Änderungsantrag darauf, dass das alles schon beauftragt sei. Abgesehen davon, dass dieser Auftrag nicht zu nennenswerten Konsequenzen geführt hat – ich sehe jedenfalls keine –, sind wir der Auffassung, dass ein politischer Beschluss auch noch aus einem anderen Grund mehr als sinnvoll, ja sogar notwendig ist. Selbstverständlich kostet ein solcher Versuch Geld. Wir wissen, dass die KVB und der Stadtwerke-Konzern finanziell nicht mehr so üppig ausgestattet sind wie früher. Es wäre also ein wichtiges politisches Zeichen, wenn wir hier erklärten: Macht das! Wir stehen dazu, dass es vernünftig ist, dass ihr Geld dafür ausgeben müsst. Dafür geben wir euch politische Rückendeckung. – Es ist nicht damit getan, zu sagen: Das läuft alles schon von selbst.

Aus diesem Grund und um das Ganze zu beschleunigen, brauchen wir einen politischen Beschluss. Denn in vielen Städten ist man uns voraus. Köln als Großstadt läuft technisch und in der Sache weit hinterher. Das sollte nicht sein. Wenn in Solingen oder in einer anderen kleineren Stadt ein solcher Bus ausprobiert wird, dann ist das zwar schön, aber für unsere Verhältnisse nicht aussagekräftig genug. Deswegen sind wir der Auffassung: Man soll dieses Projekt ernsthaft prüfen, Erfahrungen anderer Städte nicht ausgenommen.

Das Einzige, was mich bei Ihrem Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag wirklich wundert, ist, dass Sie zwei Wochen gebraucht haben, einen nichtssagenden Versuch zu machen, nur um unserem Antrag nicht zustimmen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal der Appell an Sie: Überlegen Sie es sich noch einmal und stimmen Sie unserem Antrag zu! Es ist ein Prüfauftrag, aber ein ernsthafter und fundierter.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Hermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Möring, ich würde Ihnen ja gerne zustimmen,

(Karsten Möring [CDU]: Tun Sie es!)

dass Ihr Antrag ein ernsthafter Prüfauftrag sei. Aber ich muss feststellen: Er ist nichts anderes als ein billiger Versuch unter Vortäuschung falscher Tatsachen. Sie tun hier geradezu so, als hätten Sie die Elektromobilität für den ÖPNV erfunden. Herr Möring, ich muss Sie daran erinnern, dass leider genau das Gegenteil der

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Fall ist. Am 26. Mai letzten Jahres – das Datum haben Sie ja eben erwähnt – haben SPD und Grüne aus gutem Grund einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag eingebracht, in dem wir gerade die Berücksichtigung des ÖPNV bei der Förderung der Elektromobilität eingefordert haben.

Weiterhin darf ich Sie daran erinnern, was Ihr Kollege Kienitz damals gesagt hat – ich zitiere wörtlich –:

> Sie

- also SPD und Grüne -

> konzentrieren sich im zweiten Punkt Ihres Antrags primär auf den ÖPNV. Das zeigt, dass Sie auch hier wieder zu kurz denken.

Herr Möring, ich sage Ihnen: Nicht die SPD und die Grünen haben zu kurz gedacht, sondern die CDU hat viel zu langsam gedacht. Deswegen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die KVB Sie inzwischen meilenweit überholt hat. Meines Wissens hat sie nämlich Anfang des Jahres eine Projektgruppe eingerichtet, die genau die Fragen, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, bereits klärt. Wenn das so ist, brauchen wir auch keinen Beschluss zu Dingen, die schon passieren.

Deswegen ist unser Änderungsantrag auch völlig konsequent. Wir erwarten, dass die Prüfung nicht ewig dauert, sondern dass sie in einem überschaubaren Zeitrahmen bleibt, und dass die Ergebnisse dann dort diskutiert werden, wo sie nach den demokratischen Grundregeln unseres Rates auch diskutiert werden sollen, nämlich im Fachausschuss. Das ist in erster Linie der Verkehrsausschuss, aber sicherlich auch der Wirtschaftsausschuss. Deswegen unser Änderungsantrag. Er bringt Ihre Ideen sozusagen in einen vernünftigen Rahmen. Abgesehen davon – ich erinnere noch einmal daran –, es war nicht Ihre Idee, sondern es war unser Änderungsantrag, der das auf den Weg gebracht hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Oberbürgermeister! Zum wiederholten Male versucht die CDU, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen

(Widerspruch bei der CDU – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Pfui!)

und den Rat mit vermeintlich umweltfreundlichen Verkehrsanträgen zu behelligen. Auch dieser Antrag gehört in diese Kategorie. Das Thema „Elektromobilität“ hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie versuchen, politisch auf diesen Zug aufzuspringen. Jedoch sind Sie auch in diesem Fall leider zu kurz gesprungen. Sie erwecken nämlich insbesondere in der Begründung den Anschein, dass Elektromobilität gleich klimaschonende Mobilität sei.

> (Karsten Möring [CDU]: Ach, komm, hör auf! Nehmen wir halt regenerative Energie!)

Dies ist aber leider nicht der Fall. Denn immer noch werden nicht einmal 20 Prozent des Stroms aus regenerativen Energien gewonnen. Deshalb ist Elektromobilität eben nicht grundsätzlich ökologischer. Doch den Ausbau erneuerbarer Energien hat gerade die CDU mit ihrem Atomprogramm und der Verhinderung von Windkraftanlagen auf Bundes- und Landesebene stark behindert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und auf Kölner Ebene!)

Ohne Sie wären wir da schon ein ganzes Stück weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch verkehrspolitisch macht Ihre Kampagne keinen Sinn. Wenn man sich die Politik der CDU im Bund genau anschaut, stellt man fest, dass die Förderung der Elektromobilität in erster Linie dem Erhalt des Status quo beim Autoverkehr dient, nur dass Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden sollen. Dies ist jedoch weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, da die Herstellung der Batterien sehr teuer ist und wir den wenigen erneuerbaren Strom für andere Dinge benötigen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wer wirklich eine Verkehrspolitik will, die zu besserer Luftqualität, weniger Lärm und mehr Freiraum in der Stadt führt, muss auf andere Verkehrsmittel als das Auto setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Ulrich Breite [FDP]: Pferde! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

- Ja! Da könnt ihr noch so viele Anträge stellen. Das ist so. Solange ihr nicht zu dieser Erkenntnis kommt, nützt das alles nichts.

In anderen Bereichen macht der Einsatz von Elektromobilität tatsächlich Sinn.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aha!)

Die Förderung von Pedelecs und E-Bikes kann über kurz oder lang zu einer tatsächlich spürbaren Verminderung des MIV führen, insbesondere was die Pendlerströme angeht. Andere Städte sind da deutlich weiter als Köln. Beispielsweise baut Münster jetzt kilometerlange Fahrradschnellstraßen vom Umland bis in die City und gibt Fahrspuren frei, um einen Umstieg auf Elektrofahrräder zu begünstigen.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich sehe uns beide schon auf dem Fahrrad!)

Auch Kopenhagen, Amsterdam und andere innovative Städte haben damit viel Erfolg bei der Luftreinhaltung und deutlich mehr Lebensqualität erreichen können.

Interessant an Ihrem Antrag ist, dass Sie sich auf Busse beziehen; denn eines wird immer gerne vergessen: Wir haben schon einen großen Anteil an Elektromobilität, und er wird gerade hier in Köln trotz Ihrer verheerenden Verkehrspolitik im Bund immer größer, nämlich die Bahnen der KVB und des Regionalverkehrs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Karsten Möring [CDU]: Das müssen Sie ausgerechnet mir sagen!)

Doch auch dabei wird wie überall, wo die CDU das Sagen hat, in die falsche Richtung gesteuert. Statt dringend benötigte Bundesmittel in den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu stecken, werden auch hier in Köln Millionen von Fördergeldern zur Förderung des elektrischen Individualverkehrs ausgegeben. Die Autolobby und die Stromkonzerne lassen schön grüßen.

Wie Sie vielleicht wissen, haben wir bereits im letzten Jahr einen Antrag – Frau dos Santos hat dazu eben ausgeführt – mit diversen Prüf- und anderen Aufträgen an die Verwaltung beschlossen. Dazu gehörte beispielsweise auch der Punkt, die Betriebshöfe von KVB und anderen für Elektrofahrzeuge auszurichten. Insofern ist Ihr Antrag eigentlich schon in Bearbeitung, er schadet aber auch nicht, da der Einsatz von Bussen mit alternativen Antriebsformen in jedem Fall auf die Agenda der Verkehrsbetriebe gehört. Dies und anderes haben wir bereits beschlossen. Ihre darüber hinausgehenden Fragen können in dem Zusammenhang geklärt werden, wie in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie von der CDU uns mit tatsächlich innovativen Vorschlägen auf den Weg in eine ökologische und menschengerechte Mobilitätspolitik hier in Köln unterstützen würden. In dieser Hoffnung verbleibe ich und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Frau Kirchmeyer. Bitte schön.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin doch etwas überrascht ob der bei meinen beiden Vorrednerinnen herrschenden Aufregung bezüglich des Antrags der Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Am besten, Bettina Tull, ist keine Mobilität; das ist mir schon klar. Freiheit für Fußgänger und Radfahrer. Wunderbar!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ihr hättet besser daran getan, einen Antrag zu stellen unter dem Motto: Freie Fahrräder für alle! Das wäre wahrscheinlich besser gewesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: „Freie Fahrt für freie Bürger“ heißt das!)

Aber dann hätte der Antrag immer noch auf dem falschen Kopfbogen gestanden; denn auch dieser Antrag wäre vonseiten der Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün bestimmt nicht angenommen worden. Es hat mal wieder die falsche Fraktion den falschen Antrag gestellt. Das kennen wir von der FDP zur Genüge. Wir wissen, wie das geht. Deswegen: Macht euch nichts daraus! Trotzdem: Man soll nie aufgeben.

Ich habe den Antrag der CDU als Anknüpfung an den vom Mai 2011 verstanden, in dem sie gefordert hatte, einiges zu veranlassen und zu prüfen. Der Antrag der CDU knüpft auch deshalb daran an, weil es sich um einen Prüfauf-

trag handelt, um den zuständigen Menschen endlich zu entlocken, was denn jetzt passieren soll. Es werden Fragen gestellt, und es wird um Antworten gebeten, die uns als Rat vorgelegt werden sollen.

Es hat 14 Tage gedauert, bis den Kollegen von SPD und Grünen aufgefallen ist, dass das nur ein Prüfauftrag ist. Aber weil er, wie gesagt, von der falschen Fraktion kommt, musste schnell noch etwas anderes her, wobei man sich auf den Antrag von damals bezieht. Wenn Sie aber den Antrag noch einmal richtig durchsehen, werden Sie feststellen, dass zwar im ersten Absatz von E-Mobilität die Rede ist, diese sich aber im zweiten Absatz überwiegend auf hybrid- und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge bezieht. Das sollte man nicht miteinander vermischen.

Wir von der FDP werden dem CDU-Antrag heute zustimmen, weil wir ihn als Fortsetzung des Antrags und der Beschlussfassung vom Mai 2011 verstehen, und werden den anderen Antrag ablehnen, weil er nur einen freundlichen Hinweis darauf gibt, dass endlich etwas getan werden soll und dass seit März 2011 nichts vorgelegt worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. – Ich gebe das Wort Herrn Fenske. Er will sich hierzu noch äußern.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie erlauben, möchte ich Ihnen einen ersten kurzen Zwischenbericht geben, diesen aber mit einer Vorbemerkung versehen. Es tut natürlich ein bisschen weh und verletzt auch den Stolz der KVB, wenn hier gesagt wird: Die KVB hinkt technologisch hinterher. Wir sind in der Tat nicht bei jedem Thema das Flaggschiff im deutschen ÖPNV, aber verstecken müssen sich die Kölner Verkehrs-Betriebe auch nicht.

Ich habe versucht, jetzt auf die Schnelle zu bilanzieren, was die KVB unter der Überschrift „Technologie, Technologiepolitik“ zu bieten hat. Dazu fallen mir auf Anhieb drei Beispiele ein:

Erstens. Auf die neue Buswerkstatt schaut die gesamte Fachwelt in Deutschland. Sie ist unter laufendem Rad umgebaut und auch unter ökologischen Kreisläufen etc. sehr gut ausgerichtet worden.

Zweitens. Nur wenigen in dieser Stadt ist bekannt, dass in unserer großen Hauptwerkstatt in Weidenpesch Stadtbahnaufbereitungsarbeiten für viele, viele andere große Unternehmen quer durch Europa gemacht werden. Das ist ein zweites Beispiel dafür, dass das Unternehmen auch technologisch und technisch innovativ ist.

Drittens. Ich darf an das rekordverdächtige Tempo bei der Streckenerweiterung der Linie 5 erinnern. Das innerhalb von nur zehn Monaten hinzubekommen, war eine beachtliche Leistung der KVB.

(Reinhard Houben [FDP]: Das war der Werbeblock!)

Jetzt zum eigentlichen Thema, dem Thema „Elektromobilität“. Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben im Herbst letzten Jahres dazu eine Arbeitsgruppe gegründet. Wir gehen davon aus, dass uns im Herbst dieses Jahres ein Ergebnis vorliegen wird. Jetzt können Sie sagen: Das sind aber lange zwölf Monate. Dazu muss ich Ihnen sagen: Der Teufel steckt im Detail. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie auch Herr Möring hier dargestellt hat.

Übrigens hatten wir in Köln schon einmal einen Elektrobus. In den 50er-Jahren fuhr ein Oberleitungsbus, der seinerzeit aus Kostengründen eingestellt worden ist.

Zurück zu den verschiedenen Möglichkeiten. Das Teuerste, was es derzeit am Markt gibt, ist die sogenannte induktive Stromführung; das heißt, der Strom kommt im Grunde aus der Straße über eine Stromschiene. Schauen Sie sich einmal die Stadtbahnsysteme in Frankreich an; dort wurde das schon realisiert. Auch Hamburg will in eine induktive Stromzuführung für den Bus einsteigen. Das Investitionsvolumen beträgt – hören Sie genau zu! – 20 Millionen Euro. 20 Millionen Euro sind aber nur die Infrastrukturkosten für das induktive Element.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Batterietechnologie, aber Schnellladesysteme sind in der Tat noch lange nicht entwickelt.

Wir sind also insgesamt dabei, die gesamte Bandbreite dessen, was es an technischen Möglichkeiten gibt, zu sortieren. Wir und die Branche insgesamt befinden uns zurzeit in einer Art Jäger-und-Sammler-Phase. Aber wir müssen uns auch nicht verstecken. Es gibt zurzeit nur zwei deutsche, wenn ich das etwas

süffisant sagen darf, Großstädte, die das gemacht haben: Die eine Stadt ist Offenbach, die kurz vor Weihnachten mit einem Elektrobus – das war übrigens ein Kleinbus mit 23 Sitzplätzen – gestartet ist, diesen aber schon nach wenigen Wochen wieder einstellen musste, weil die Batterie es nicht hergab,. Die zweite Stadt ist die Weltstadt Osnabrück, die ebenfalls einen Kleinbus mit 23 Sitzplätzen fahren lässt. Aber das Busangebot, das in Osnabrück vorgehalten wird, wird für Kölner Verhältnissen nicht passen.

Natürlich müssen wir – das ist auch unsere Verpflichtung – sowohl aus ökologischen als auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen mittelfristig und längerfristig eine neue Flottenstrategie aufstellen. Sie sehen ja alle, wohin sich der Dieselpreis entwickelt. Bei dem Verbrauch, den die KVB hat, ist der Dieselpreis nicht ohne. Insofern suchen wir nach der richtigen Lösung. Eine einfache und schnelle Lösung wird es bei diesem Thema nicht geben. Vom Öko-Institut Freiburg kam letzte Woche eine bemerkenswerte Stellungnahme, die sehr deutlich relativiert hat, was das Thema Elektromobilität tatsächlich bringt.

Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz. Eminent wichtig für unsere Branche, für unsere KVB und auch für den städtischen Haushalt ist Folgendes: Wer das Thema Elektromobilität in dieser Stadt weiter bewegen will, braucht die finanzielle Grundlage über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Denn daraus finanzieren wir den großen Beitrag der Elektromobilität. Erlauben Sie mir, dass ich hier mit einem gewissen Temperament sage: Es besteht eine Schieflage in den Bund-Länder-Verhandlungen. Es ist ernsthaft zu befürchten, dass beim GVFG gestrichen wird, während 1 Milliarde Euro an Fördergeldern für die automobile Elektromobilität bereitgestellt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Skandal!)

Ich glaube, wir müssten uns gemeinsam aufmachen und auch im Interesse des Stadthaushaltes dem Bundesfinanzminister deutlich signalisieren: Das kann nicht sein; denn diese Elektromobilität ist erprobt. Sie erreicht übrigens ungefähr 20 Millionen Fahrgäste in Deutschland pro Tag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske, für die ergänzenden Informationen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den endgültigen Antrag. Wer für den Antrag in der Form des gerade beschlossenen Änderungsantrages ist, bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist er so angenommen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Rat hat am 26. Mai 2011 einen Beschluss zur Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region gefasst, der u. a. Arbeitsaufträge an die Verwaltung und an die KVB AG beinhaltet. Die im o. a. Antrag aufgeführten Fragestellungen werden im Rahmen dieses vom Rat erteilten Auftrags bearbeitet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Sachstand der Bearbeitung dem Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss Umwelt und Grün mitzuteilen. Ein erster Bericht soll zu den Ausschuss-Terminen im Mai 2012 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung:

Der Rat hat am 26. Mai 2011 einen Beschluss zur Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region gefasst, der u. a. Arbeitsaufträge an die Verwaltung und an die KVB AG beinhaltet. Die im o. a. Antrag aufgeführten Fragestellungen werden im Rahmen dieses vom Rat erteilten Auftrags bearbeitet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Sachstand der Bearbeitung dem Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss Umwelt und Grün mitzuteilen. Ein erster Bericht soll zu den Ausschuss-Terminen im Mai 2012 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, gerade noch rechtzeitig vor Weihnachten:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Schaffung touristischer Magnete zwischen Weihnachten und Dreikönig“
AN/0154/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weihnachten kommt ja immer überraschend. Damit uns das als Stadt Köln nicht wieder passiert, sind wir jetzt nach den Winterferien wieder mit diesem Thema beschäftigt, auch ausgelöst durch Presseberichterstattungen, die wir, wie Sie bei der Lektüre der Sitzungsunterlagen feststellen konnten, unserem Antrag sehr großzügig beigefügt haben. Lassen Sie mich zwei Zitate daraus aufgreifen, um Ihnen die Initialzündung für unseren Antrag deutlich zu machen.

In der *Kölnischen Rundschau* vom 14. Dezember heißt es:

> Der Hotel- und Gaststättenverband wie auch Kölntourismus sprechen sich dafür aus, die Weihnachtsmärkte wie in Wien über den Heiligen Abend hinaus bis in den Januar hinein auszudehnen.
>
> Verbunden mit einem Kulturfestival könnten die kleinen Dörfer als Wintermärkte auch in der Zeit zwischen den Jahren Magnetkraft für Touristen und Einheimische entfalten.

Es folgt ein Zitat von Herrn Becker von der DEHOGA:

> Viele Menschen haben erst nach Weihnachten Zeit, einen solchen Markt überhaupt zu besuchen.

Außerdem finden Sie unserem Antrag beigefügt ein Interview des *Kölner Stadt-Anzeigers* mit Herrn Sommer, dem Kölntourismus-Chef vom 5. Dezember, in dem Herr Sommer sagt:

> Die Weihnachtsmärkte enden am 23. Dezember. Aber viele Veranstalter von Winterreisen machen Angebote bis zum 6. oder 7. Januar. Da fehlt es in Köln an entsprechenden Konzepten.

Das war für die FDP der Anlass, dieses Thema noch einmal aufzugreifen. Wir haben das schon einmal vor Jahren hier getan, mit durchaus überschaubarem Erfolg. Wir glauben aber nach wie vor, dass es wichtig ist, den Empfehlungen dieser Fachleute zu folgen und hier in Köln entsprechende Angebote zu schaffen. Zu diesem Ergebnis kam übrigens auch das Kölner Tourismusforum in 2008. Auch das haben wir in unserem Antrag dargestellt.

Jetzt müsste man denken, wenn solche Fachleute wie die von der DEHOGA und von Kölntourismus ein solches Konzept, ein solches Angebot einfordern, müsste es hier im Rat eigentlich eine breite Mehrheit dafür geben. Ich habe so meine Bedenken, ob das heute der Fall ist. Denn leider ereilt die von Herrn Sommer und Herrn Becker propagierte Idee nun das Pech, dass sie in Form eines Antrags von der FDP eingebracht wurde. Die Vorredner haben ja eben schon beim Antrag zur Elektromobilität gesagt: Wenn der Antrag von der falschen Seite kommt, ist es hier manchmal schwer, eine Mehrheit dafür zu bekommen.

Klar, für die Grünen ist alles suspekt, was eine Belebung der Innenstadt ausmachen könnte. Die SPD legt leider eine zu große Gleichgültigkeit an den Tag. In den vergangenen Jahren musste immer der Kollege Alfred Schultz hier nach vorne kommen und solche Sachen schlechtmachen,

> (Martin Börschel [SPD]: Das war der wirtschaftspolitische Sprecher, Herr Kollege! Ihr mögt das geringschätzen, aber bei uns ist das anders!)

wofür er sich dann im Nachhinein im Vieraugengespräch entschuldigt hat. Aber ihr werdet sicher schon ein neues Opfer gefunden haben, das die Sache heute kleinreden wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Die FDP will nicht einfach eine Verlängerung der Weihnachtsmärkte. Nein, wir wollen ein Konzept, das die von Herrn Sommer angesprochenen Aspekte aufgreift und Angebote zwischen Weihnachten und Dreikönig enthält. Es geht darum, Erfahrungen aus Städten wie Wien oder Lübeck – den Markt dort habe ich selber einmal besucht – einzubeziehen, Fachleute sowohl außerhalb als auch innerhalb der Verwaltung breit zu beteiligen und möglicherweise sogar externen Sachverstand hinzuziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben sich ja in den vergangenen Jahren einiges einfallen lassen, um der Kölner Wirtschaft gerade in den Segmenten Hotellerie, Gastronomie, Dienstleistungen und Handel Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ich denke an die heute schon erwähnte Gewerbesteuererhöhung, an die Schneesteuer oder an die Bettensteuer, die Sie hier erfunden haben. Wir als Stadt Köln schöpfen, auch wenn Ihr Landesminister etwas anderes glauben machen will, die vier verkaufsoffenen Sonntage nicht aus. Darüber freut sich insbesondere das Umland, das dann entsprechende Angebote in Frechen, in Rösrath oder in Hürth macht. Jetzt wird sogar darüber nachgedacht, den Ladenschluss hier in Köln einzuschränken, wieder eine Maßnahme gegen den Handel.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das die falsche Rede? Das ist zum nächsten TOP!)

Es wäre jetzt an der Zeit, dass Sie hier eine Maßnahme umsetzen, dass Sie hier etwas Gutes mit anstoßen: für die Gastronomie, für den Handel und für die Dienstleistungen. Das würde Köln guttun.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen: Nehmen Sie diesen Vorschlag nicht als Geisel, nur weil er von der FDP gemacht worden ist! Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie der Maßnahme zu! Wie sie dann ausgestaltet wird, wird das noch zu erarbeitende Konzept zeigen. Darüber können wir dann immer noch streiten. Jetzt geht es erst einmal darum, der Verwaltung ein „Go!“ zu geben. Ich glaube, das haben die Stadt Köln und die Kölner Wirtschaft verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. – Herr van Geffen, bitte.

(Zuruf von der FDP: Ach, der ist jetzt der Nachfolger! Das Opfer! – Heiterkeit – Martin Börschel [SPD]: Bei der FDP darf der wirtschaftspolitische Sprecher nicht reden! Da ist er nämlich nichts wert!)

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In zwei Tagen startet mit Weiberfastnacht die heiße Phase des Straßenkarnevals, und doch habe ich, seitdem ich den FDP-Antrag gelesen habe, eher das schöne Weihnachtslied: „Alle Jahre wieder“ im Ohr. Das passt auch irgendwie.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt! – Martin Börschel [SPD]: Aber das Lied ist schön!)

Denn der Antrag, über den wir hier im Augenblick diskutieren, entspricht im Kern einem Antrag der FDP-Fraktion vom 2. Februar 2010. Damals haben Sie die Verlängerung der Weihnachtsmärkte gefordert, heute heißt es etwas blumiger: Schaffung touristischer Magnete zwischen Weihnachten und Dreikönig. Sehr schön! Etwas länger ist Ihr Antrag diesmal ausgefallen, aber im Kern ist es der gleiche Antrag. Die Kreativität der FDP zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Reiseziels Köln hält sich offenbar in sehr überschaubaren Grenzen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] – Ralph Sterck [FDP]: Wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt!)

Die Kölner Weihnachtsmärkte sind weit über die Grenzen unserer Stadt bekannt und beliebt. Darüber freuen wir uns alle. Sie ziehen sehr, sehr viele Besucher an. Das wird niemand ernsthaft bezweifeln. Das gilt sicherlich in noch weit höherem Maße für den Karneval. Und danach? Im März findet die Lit.Cologne statt, im April der Radklassiker „Rund um Köln“, im Juli der CSD und die Kölner Lichter, um nur einige der bekanntesten Top-Events zu nennen, die wir nicht nur in diesem Jahr in unserer Stadt haben werden. Ein Public Viewing zur Fußball-

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

EM ist natürlich auch wieder angedacht. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Zu all diesen Veranstaltungen strömen nicht nur die Kölnerinnen und Kölner, sondern auch viele Besucherinnen und Besucher von nah und fern. An Top-Events mangelt es uns in Köln also wahrlich nicht.

Führt man sich diesen Umstand vor Augen, muss man sich fragen, warum man, namentlich die FDP-Fraktion, auf Biegen und Brechen ein weiteres Event zwischen Weihnachten und Karneval unterbringen muss. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, führen in erster Linie kommerzielle Gründe an. Aber es gilt, hier eine Abwägung zu treffen; denn eine Stadt, in der beinahe pausenlos große und sehr große Veranstaltungen stattfinden, muss auch einmal ein wenig Luft holen können.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gönnen Sie der Stadt, gönnen Sie den Kölnerinnen und Kölnern nach Weihnachten und der im Vorfeld damit verbundenen Hektik doch ein paar ruhige Tage! Berechtigte wirtschaftliche Interessen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie das Konsuminteresse von Touristen sind das eine; die genauso berechtigten Interessen zum Beispiel der Anwohner in der Innenstadt sind das andere.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir als SPD-Fraktion sind nachdrücklich für eine bewusste Ruhepause in der Stadt. Wir sind für eine kurze Phase der Entschleunigung. Wir sind für Erholung und fürs Durchatmen. Da muss auch der Kommerz einmal eine Ruhepause einlegen.

Wer dennoch Unterhaltung sucht, findet auch in dieser Zeit jede Menge Angebote aus den unterschiedlichsten kulturellen Bereichen. Daneben ist Köln auch ohne einen konstruierten Dreikönigs- oder Wintermarkt eine Top-Adresse für Shopping, auch in der Zeit nach Weihnachten. In Ihrer Begründung ist von den Heiligen Drei Königen und dem Krippenweg die Rede. Beides ist bereits heute und im Fall der Heiligen Drei Könige bereits seit Jahrhunderten für zahllose Gläubige Grund genug, unsere Stadt gerade in dieser Zeit zu besuchen. Im Übrigen gibt es in dieser Zeit noch ein weiteres Event, das viele Menschen nach Köln zieht, eben weil bekannt ist, dass die Kölnerinnen und Kölner zu feiern verstehen. Ich spreche vom Event Silvester. Auch ohne Wintermarkt ist also in unserer Stadt zwischen Weihnachten und dem Dreikönigstag jede Menge los.

Wir Sozialdemokraten werden heute Ihren Antrag wie auch vor zwei Jahren, damals gemeinsam mit den Grünen, der CDU, den Linken sowie den Kollegen Zimmermann und Dr. Müser, ablehnen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Koke, bitte.

Klaus Koke (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie mein Vorredner gerade festgestellt hat: Alle Jahre wieder. In der Tat, das kann man so sagen. Vor genau zwei Jahren haben wir einen sehr ähnlichen FDP-Antrag auf Verlängerung der Weihnachtsmärkte hier im Rat ausgiebig diskutiert.

(Ralph Sterck [FDP]: Kommt in zwei Jahren auch wieder, können Sie sicher sein! – Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber langweilig!)

- Genau, das wird dann langweilig. – Unsere Fraktion hat ihre Meinung zu diesem Thema nicht geändert. Neue Erkenntnisse, die ein Umdenken rechtfertigen würden, konnten in den letzten zwei Jahren nicht gewonnen werden.

Zum Thema. Schaffung touristischer Magnete in Köln: prinzipiell ja; dies zwischen Weihnachten und Dreikönigstag am 6. Januar: nein. Am 23. Dezember werden nach 32 Tagen Betriebsamkeit – im Vorjahr von Montag, dem 21. November, bis Freitag, dem 23. Dezember – die Stände des Weihnachtsmarktes geschlossen. Ein Tag vor Heiligabend im heiligen Köln, und das ist gut so! Der Besuchererfolg der Kölner Weihnachtsmärkte ist absolut unstrittig und kommt der Kölner Seele, der Gastronomie, dem Einzelhandel und damit der ganzen Stadt zugute.

Die Zeit nach den Weihnachtstagen bis zum Dreikönigstag – wir reden hier von einer Zeitspanne von nicht einmal 14 Tagen – ist unseres Erachtens ohnehin ausgefüllt: Nach den

Feiertagen beginnen die obligatorischen drei Umtauschtage – nach Aussage des Einzelhandelsverbands ist die Innenstadt zu dieser Zeit überfüllt –, dann ist Silvester, wie schon mein Kollege von der SPD festgestellt hat, und ab 2. Januar beginnt in Köln die fünfte Jahreszeit mit etlichen Karnevalssitzungen. Wie wir alle wissen, ist der Karneval in Köln ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn wir einer Verlängerung zustimmen würden, liefe das darauf hinaus, dass christliche Feste und Brauchtum nur noch unter dem Aspekt Kommerz zu sehen sind. Und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU)

Für uns stellt sich die Frage: Warum Verlängerung einzelner Weihnachts- bzw. Wintermärkte? Was soll auf den vorgeschlagenen Wintermärkten inhaltlich überhaupt angeboten werden? Christbaumschmuck, Weihnachtskrippen wären nicht mehr saisongemäß. Ein Weihnachtsartikel-Schlussverkauf ist ebenfalls nicht erstrebenswert. Alternative Köln-Artikel gibt es in einer Vielzahl von Geschäften rund um den Dom und in der Altstadt. Mir fehlen auch die emotionalen Gründe, nach Weihnachten auf einen weihnachtsmarktähnlichen Markt zu gehen.

Das Beispiel Wien passt in diesem Zusammenhang wirklich nicht. In Wien gibt es einen Wintermarkt am Riesenradplatz, der vom 19. November bis zum 8. Januar abgehalten wird. Der Wintermarkt am Riesenradplatz im Wiener Prater gewinnt seinen Charme dadurch, dass er in einer außergewöhnlichen Idylle und einem nostalgischen Ambiente unter dem hell erleuchteten Riesenrad stattfindet.

(Zuruf)

- Ja, wenn Sie da waren, dann wissen Sie, dass dieser Markt von allem anderem lebt, nur nicht vom Kommerz. – Da der Riesenradplatz mit einem mitreißenden Show-Programm auch eine Station des Wiener Silvesterpfades ist, stürmen jedes Jahr Tausende Besucher aus aller Welt den Wiener Prater,

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

aber sie kommen nicht zum Wintermarkt. Die Marktsaison beginnt in Wien mit dem Fastenmarkt – man könnte auch sagen: Ostermarkt –, der heuer von Mittwoch, dem 22. Februar, also Aschermittwoch, bis Ostermontag geht. Ob dies eine Option für Köln und die Kölner Marktkultur sein kann, wird unsere Fraktion als Prüfantrag in den nächsten Wirtschaftsausschuss einbringen. Dort können wir das diskutieren, auch unter wirtschaftlichen Aspekten.

(Lachen bei der FDP – Ralph Sterck [FDP]: In der christlichen Fastenzeit! Das ist ja unglaublich!)

Die Idee eines Kulturfestivals rund um die Heiligen Drei Könige könnten wir nur dann unterstützen, wenn dies kostenneutral im städtischen Haushalt dargestellt werden könnte. Ob die paar Tage bis zum Dreikönigstag der richtige Zeitpunkt dafür sind, mögen dann die Sponsoren, die dieses Kulturfestival finanzieren, entscheiden. Dieses Festival sollte dann aber so bedeutend und inhaltsvoll sein, dass auch Besucher aus dem Umland nach Köln kommen. Wir würden es zweckmäßig finden, das Thema Kulturfestival aus dem Prüfantrag auszugliedern, es einzeln, gerne auch als ersten Aufschlag im Wirtschafts- oder im Kulturausschuss, zu diskutieren und danach noch andere Ausschüsse einzubinden, bevor ein schlüssiges Konzept abschließend hier im Rat vorgestellt wird. Aufgrund der angespannten Haushaltslage möchten wir Sie darum bitten, vorläufig keine Mittel für dieses Projekt in den Haushalt einzustellen, um nicht wieder ein neues Finanzierungsloch aufzumachen.

Mit diesen guten Argumenten lehnt die CDU-Fraktion diesen Antrag ab. Fazit: Man sollte die Feste feiern, wie sie fallen, aber irgendwann muss Schluss sein. Sonst liegt uns demnächst ein Antrag vor, den Karneval über den Aschermittwoch hinaus zu verlängern, weil das ja so wirtschaftlich sei und viele Besucher nach Köln ziehe. In diesem Sinne. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Frau Thelen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Kollegen van Geffen und Koke haben schon vieles gesagt, was auch mir auf der Seele lag. Beide haben begonnen mit den Worten: Alle Jahre wieder. Das steht auch auf meinem Zettel an erster Stelle.

Alle Jahre wieder traktiert die FDP den Kölner Rat mit ihren beiden Lieblingsthemen, nämlich der Bespielung der zentralen Kölner Plätze und

– dazu kommen wir gleich noch – den Ladenöffnungszeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Wer sonst nichts hat!)

Vor genau zwei Jahren – wir haben es eben schon gehört – war das Thema Verlängerung –

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sollen Ihre Rede nicht ablesen, sondern jetzt darauf reagieren, was hier dazu gesagt worden ist! – Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Macht bessere Anträge! – Weiterer Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Erst mit einem alten Antrag nerven und dann meckern!)

- Es ist ja schön, dass Sie mich hier belehren wollen. Dafür stehe ich hier.

Sie haben eben gesagt, Herr Sterck, dass Ihr Antrag hier bereits vor zwei Jahren mit breiter Mehrheit abgelehnt worden ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Haben Sie meinen Antrag gelesen, oder hat Ihnen die Rede ein Referent aufgeschrieben?)

Habe ich das Wort, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, lassen Sie Frau Thelen bitte Ihre Rede fortführen.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Unsere Argumente sind wie Ihre vor zwei Jahren die gleichen. Am 23. Dezember reicht es mit den Weihnachtsmärkten. Sowohl für die Anwohner als auch für die Innenstadtplätze ist es hilfreich, wenn dort Ruhe einkehrt, wenn auch nur die Ruhe vor dem Sturm, die Ruhe vor dem Karneval.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben dankenswerterweise den Anlagen zu Ihrem Antrag einen Kommentar aus der *Kölnischen Rundschau* beigefügt, der richtig beschreibt – ich zitiere –:

> Die Anziehungskraft der Märkte liegt in ihrer zeitlichen Begrenztheit. Rund ein Monat Budenzauber in der Stadt, das sollte schon reichen, um den Behaglichkeitsspeicher aufzufüllen.

Weiter heißt es dort:

> Die Verlängerung würde das Angebot insgesamt entwerten.

Ich finde, das trifft es genau auf den Punkt. Dass verlängerte Weihnachtsmärkte in anderen Städten zu mehr Tourismus führen, muss erst noch bewiesen werden; denn bei Städtereisen in den Weihnachtsferien sind Städte in Südeuropa klimatisch klar im Vorteil.

Wir haben ein Platzkonzept, das Ihnen zwar nicht gefällt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das aber für Qualität und für den Schutz der Anwohner sorgen soll. Auf dem Roncalliplatz beispielsweise sind über das Jahr sechs Veranstaltungen erlaubt. Wir müssten also von einer anderen Kulturveranstaltung auf diesem Platz im Sommer Abschied nehmen. Ähnliches gilt für Alter Markt, Heumarkt und Neumarkt.

Richtig ist, dass die Anzahl der Touristen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Es ist richtig und wichtig, Angebote und Attraktionen zu schaffen für Zeiten, in denen Köln schwächer besucht ist. Das betrifft aber nicht nur den Jahresbeginn, sondern auch die Zeit vor Ostern. Über ein attraktives Kulturfestival in dieser Zeit nachzudenken, wäre wesentlich sinnvoller, als es in der Zeit zwischen Weihnachten und Dreikönig vorzusehen.

Wir werden im Rahmen des Markenprozesses, der mit einer tollen Veranstaltung in der letzten Woche eingeleitet worden ist, auch untersuchen, aus welchen Motiven die Touristen nach Köln kommen. Diese Ergebnisse sollten wir abwarten und dann daraus unsere Schlüsse ziehen. Was sind unsere touristischen Stärken? Wie können wir diese ausbauen? Wie kommunizieren wir die touristischen Highlights werblich? Was kostet eine zielgenaue Werbung, und wer bezahlt das?

Wir sollten uns weiterhin darum bemühen, ein abgestimmtes Kulturmarketing für Köln, insbesondere für die Wintermonate und die Zeit vor Ostern, auf die Beine zu stellen. Auch zum Thema gemeinsame Aktivitäten von Kulturinstitutionen und Kölntourismus – da liegt ja einiges im Argen – werden wir als Grüne aktiv werden.

Fazit: Der FDP-Antrag ist viel zu kurz gegriffen und falsch, was das Thema Budenzauber im Januar angeht. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, wollen Sie es vom Platz aus machen? – Nein. Es ist schon so viel gesagt worden.

(Helmut Jung (CDU): Aber noch nicht von jedem!)

Aber bitte, ich will Sie nicht daran hindern.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich weiß das doch, Herr Oberbürgermeister! Wir verstehen uns doch! Zunächst einmal will ich sagen: Ich finde es ganz toll, dass hier so oft die Stadt Wien genannt worden ist. Wie Sie wissen, hat unsere Fraktion hat ja enge Beziehungen dorthin. Die FPÖ hat bei der letzten Kommunalwahl in Wien 27,5 Prozent erreicht. Das werden wir beim nächsten Mal schaffen, und dann wird es vielleicht in Köln auch besser laufen. Also: Herzlichen Dank für Ihre nette Einführung zu diesem Thema.

Ich kann eines nicht verstehen: Wir haben eben eine Aktuelle Stunde vom selben Antragsteller gehabt, in der er mokiert hat, die Stadt würde nicht genug sparen. Wenn ich diesen Antrag ernst nehme, dann wollen Sie die Verwaltung beauftragen, tätig zu werden. Dafür muss sie ja Geld ausgeben. Das wird so sein, wenn das, was Sie hier vorlegen, sinnvoll ist. Die Stadtverwaltung soll also etwas initiieren, und sie soll das gemeinsam mit anderen tun; das haben Sie ja in Ihrem Antrag so geschrieben. Da frage ich mich: Wie passt das Ganze zusammen? Überlassen Sie das doch von den Leuten, die ein solches Highlight schaffen wollen. Es kann doch nicht sein, dass die Stadtverwaltung hier jetzt eine Art Kasperletheater aufführt, damit Köln attraktiver wird.

Uns geht es darum – wir sind dem Anliegen nicht grundsätzlich abgeneigt –, dass die Stadtverwaltung außen vor bleibt und die Initiative von denen ausgeht, die das angeregt haben. Diese Leute können das durchaus selber machen. Sie können ja ihr Konzept dann dem Rat vorlegen. Aber wir halten es für falsch, dass jetzt die Stadtverwaltung federführend wieder Geld in die Hand nimmt und dafür ein großes Konzept entwirft. Ich nehme an, dass dieses Konzept dann auch vorfinanziert werden muss, schon damit viele Veranstalter darauf einsteigen und nicht sagen: Ich weiß ja gar nicht, ob sich das für mich lohnt.

Vor diesem Hintergrund wären wir sehr dankbar, wenn Sie das noch einmal überdenken und die Sache kostenneutral gestalten würden. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, aber nur ganz kurz. Das ist ein Thema, das eigentlich in den Wirtschaftsausschuss gehört. Wir haben es jetzt schon sehr ausgiebig hier besprochen.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, entschuldigen Sie, dass wir selbst entscheiden, welche Anträge wir hier stellen. Da brauchen wir, glaube ich, von der Verwaltung keine Nachhilfe.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt komm aber mal runter!)

- Ja, ich meine, das gehört dann auch mal gesagt.

Lassen Sie mich hier zum Abschluss noch Folgendes sagen: „Alle Jahre wieder“ stand zwar nicht auf meinem Zettel, aber ich hatte es ja eingangs ähnlich formuliert. Ich hoffe, Sie haben sich das nicht nur von Ihren Referenten aufschreiben lassen, sondern haben auch festgestellt, dass unser aktueller Antrag eine Weiterentwicklung unseres damaligen ist. Es geht uns eben nicht mehr darum – das habe ich auch in meiner Rede vorhin gesagt –, Weihnachtsmärkte zu verlängern, sondern uns geht es insbesondere um den Aspekt, den Herr Sommer angesprochen hat, nämlich ein Konzept für ein Kulturfestival zu entwickeln. Das war unser Ansinnen. Das ist leider hier nicht richtig durchgedrungen.

Ich wundere mich schon über einige Wortbeiträge, die wir uns hier anhören mussten. Herr Koke, ich muss sagen, ich habe Sie nicht so ganz verstanden. Sie sagten: Kulturfestival, ja. Auch einem Fastenmarkt schienen Sie nicht abgeneigt zu sein, wobei ich nicht weiß, wie Sie den mit den christlichen Gefühlen im heiligen Köln in Einklang bringen wollen. Das passt für mich nicht so ganz zusammen.

Dass gerade Sie, Frau Thelen, als Vorsitzende des Aufsichtsrates von Kölntourismus die Vorschläge Ihres – in Anführungszeichen – eigenen Unternehmens in der Form abbügeln, wundert mich schon. Das muss ich Ihnen sagen, Frau Thelen. Ich meine, Herr Sommer ist ja nicht irgendein Angestellter vorne an der Theke im Tourist Office unter fetten Hennen,

sondern er ist der Chef von diesem Laden, dessen Aufsichtsratsvorsitzende Sie sind. Und wenn Sie am Ende sagen, das sei von der FDP zu kurz gegriffen, dann halte ich Ihnen entgegen: Ich bin ja mal gespannt auf die Vorschläge von SPD und Grünen. Ausgerechnet Sie, die es noch nicht einmal schaffen, einen einzigen Antrag in eine solche Ratssitzung einzubringen,

(Beifall bei der FDP)

werfen den Kollegen von CDU und FDP vor, sie würden hier nicht die richtigen Vorschläge einbringen. Machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben! Dann können wir uns unterhalten, ob unsere Anträge vielleicht zu kurz gegriffen sind. Dann beschäftigen wir uns einmal mit Ihren Initiativen. Die fehlen in diesem Rat nämlich leider seit mehreren Sitzungen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Thelen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Nur ganz kurz dazu: Wenn Sie die Presseartikel, die Sie uns dazu gelegt haben, gründlich gelesen hätten, Herr Sterck, hätten Sie festgestellt, dass Herr Sommer im Interview des *Stadt-Anzeigers* zum Thema Weihnachtsmärkte auf die Frage, ob er denn für eine Verlängerung des Weihnachtsmarktes sei,

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, das sind wir auch nicht! Sie haben überhaupt nicht unseren Antrag gelesen! Das sind wir doch auch nicht! – Ulrich Breite [FDP]: Sie hat den Antrag gar nicht gelesen!)

antwortet: „Nein, das gerade nicht.“ Wir wollen ein Kulturfestival.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben nur Ihre Rede von vor zwei Jahren wiederholt! Sie haben sich den Antrag gar nicht durchgelesen! Sonst könnten Sie so etwas gar nicht sagen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der FDP. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat möge beschließen:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien des Rates und der Bezirksvertretung Innenstadt ein qualitativ hochwertiges Konzept zur Schaffung eines neuen Angebots für die Kölner Bürgerinnen und Bürger und die Besucherinnen und Besucher der Stadt jährlich im Zeitraum zwischen Weihnachten und dem Dreikönigstag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.*

2. *Inhaltlich ist eine Verlängerung einzelner Weihnachtsmärkte – ggf. unter dem Titel Wintermärkte bzw. -dörfer – und/oder ein Kulturfestival rund um die Heiligen Drei Könige als zusätzliche touristische Anziehungskraft für Köln in die Überlegungen einzubeziehen. Dabei sind Erfahrungen mit entsprechenden Märkten aus anderen Städten wie z. B Wien auszuwerten und darzustellen.*

3. *An der Erarbeitung dieses Konzeptes sind KölnTourismus, die katholische und die evangelische Kirche, der Einzelhandelsverband, DeHoGa, CityMarketing, die IHK, der DGB sowie die Veranstalter des Krippenweges, der Weihnachtsmärkte und der Eislaufbahn am Heumarkt zu beteiligen.*

4. *Sollte die Verwaltung zur Erarbeitung dieses Konzeptes auf externen Sachverstand zurückgreifen müssen und damit höhere Kosten verursachen, so sind in einem der kommenden Veränderungsnachweise zum Haushaltsplanentwurf 2012 entsprechende Mittel einzusetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Aufstellung eines Gebührensicherungskonzeptes“
AN/0124/2012

Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Antrag sieht vor, ein Gebührensicherungskonzept aufzustellen. Wir haben eben gehört, dass

die Verwaltung wohl nur noch eine Möglichkeit sieht, den Haushalt halbwegs genehmigungsfähig zu bekommen, nämlich indem die Einnahmen erhöht werden. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass die stadteigenen Betriebe, die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürger erbringen wie zum Beispiel die Verkehrsbetriebe oder die Energiebetriebe, ihre Gebühren um ein Maß erhöhen, das sie nicht nur in die Lage versetzt, ihre Leistungen zu erbringen, sondern gleichzeitig auch Gewinne in einer Quertransferierung an den Stadthaushalt abzuführen. Das möchten wir nicht. Wir möchten nicht, dass die Bürger hier auf kaltem Wege zur Ader gelassen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Wir möchten, dass die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Geld behalten können und nur das bezahlen, was für die Leistungserbringung tatsächlich nötig ist. Es handelt sich ja nicht um Steuern, sondern es handelt sich hier um Gebühren.

Wir als Mitglieder des Rates haben in diese stadteigenen Betriebe, die früher einmal ganz normale Ämter waren, die wir kontrollieren konnten, Aufsichtsratsmitglieder entsandt, die dort den Vorstand kontrollieren bzw. als Mitunternehmer das Unternehmen führen. Wir möchten, dass aufgrund eines Weisungsbeschlusses, den wir hiermit beantragen, nur noch Gebührenerhöhungen zulässig sind, damit die Leistungen tatsächlich erbracht werden können, nicht aber um Gewinne zu erwirtschaften, die dann an die Stadt Köln umgelenkt werden, um hier die Haushaltslöcher zu stopfen.

Wir möchten, dass es allen Mitbürgern weiterhin möglich ist, mit der KVB zu fahren. Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich das gar nicht mehr in dem Umfang leisten können, wie sie es eigentlich tun möchten. Es ist ja kein Geheimnis, dass in unserer Stadt die Energiekosten so hoch sind, dass viele Bürger sie nicht mehr tragen können. Sie trauen sich zwar nicht darüber zu reden, aber das ist tatsächlich so. Wir können doch nicht zulassen, dass gerade diese Leute dennoch mit dazu beitragen müssen, unseren Haushalt auszugleichen, nur weil man hier die Aufgaben nicht richtig regelt, nur weil hier die Kosten in der Verwaltung weglaufen. Das geht unserer Meinung nach nicht.

Darum fordern wir hier einen Weisungsbeschluss, der beinhaltet: Wenn überhaupt eine Gebührenerhöhung, dann nur eine, die innerhalb der Inflationsrate für das Jahr 2011 gerechtfertigt ist. Und: Selbstverständlich sollen Unternehmen nicht zur Querfinanzierung missbraucht werden. Damit würden wir unseren Bürgern einen guten Gefallen tun. Das ist auch unsere Aufgabe. Ich bitte Sie um Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat weist alle Mitglieder in Entscheidungsgremien von privatrechtlich organisierten Betrieben, die Leistungen im Rahmen der so genannten öffentlichen Daseinsfürsorge erbringen, an, bereits bei der Vorplanung beziehungsweise bei dem Aufstellen von Wirtschaftsplänen Erhöhungen von Gebühren beziehungsweise Entgelten nur dann zuzustimmen, wenn diese gerechtfertigt sind und die Inflationsrate des Jahres 2011 nicht übersteigen.

Gebührenerhöhungen zur Querfinanzierung des städtischen Haushaltes oder Tochtergesellschaften, die keine Aufgaben im Rahmen des öffentlichen Wohles erfüllen, sollen ausgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Resolution für die Beibehaltung der bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie im Einzelhandel bewährten Ladenöffnungszeiten“
AN/0155/2012

Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Sie drücken auf den Startknopf, Herr Oberbürgermeister?

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das habe ich schon getan.

Reinhard Houben (FDP): Das war jetzt aber ein bisschen kurz. Jetzt bin ich wieder bei null, Herr Oberbürgermeister.

(Niklas Kienitz (CDU): Bei null seid ihr noch nicht! Bei zwei seid ihr! – Heiterkeit)

- Danke für die freundliche Begrüßung durch die CDU-Fraktion. Ich möchte Sie fragen, wie Sie noch bürgerliche Politik in Bund und Land umsetzen wollen, wenn es uns nicht mehr gibt. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel (SPD): Das war jetzt aber weitsichtig! Fast philosophisch!)

- Genau. Man muss sich die strategischen Ziele immer langfristig überlegen, bevor man etwas laut von sich gibt, Herr Börschel. Das haben manche schon begriffen, andere wiederum noch nicht. Da teilt sich halt die Spreu vom Weizen.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt zum Thema kommen: Ladenöffnungszeiten. Ich freue mich schon auf den Beitrag von Herrn van Geffen. Wahrscheinlich wird wieder in altbekannter Form gesagt, ihr seid zu früh oder ihr springt zu kurz. Irgendein Referent scheint den Begriff „zu kurz springen“ unheimlich gut zu finden. Man hört das jedenfalls in den Reden hier immer öfter. Wahrscheinlich werden Sie uns wieder erklären, dass unser Antrag nicht nötig sei, weil das Thema von Düsseldorf aus zufriedenstellend gelöst werden wird.

Warum ist das ein Dauerthema für uns? Weil wir festgestellt haben, dass es den Leuten guttut, dass es ihnen gefällt und dass es auch unserer Stadt guttut. Deswegen machen wir bei diesem Thema weiter.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt nun eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema. Deswegen will ich an dieser Stelle ein paar Zahlen nennen. Von 2007 bis 2011 hat es 39 000 Beschäftigungsverhältnisse mehr im Einzelhandel gegeben, davon 26 000 sozialversicherungspflichtige.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Es ist hier also nicht die Rede von den berüchtigten 400-Euro-Kräften, sondern von 26 000 voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist in dieser Zeit um 26 Prozent gestiegen. „Einzelhandelskaufmann“ ist damit eines der beliebtesten Berufsbilder überhaupt. Das zeigt auch, dass die angeblich so schlechten Arbeitsbedingungen, weil man vielleicht mal sonntags oder mal besonders lange arbeiten muss, die Menschen offensichtlich nicht abschrecken. Daher glaube ich, dass es sich lohnt, für dieses Thema weiter zu kämpfen.

Der Tourismus wird gestärkt. Gerade durch die Sonntagsöffnungszeiten ist es den kleineren Zentren möglich, auch einmal ein wenig Rahm von der City abzuschöpfen. Deswegen ist es für uns ganz besonders wichtig, dass wir nicht nur bei den normalen Öffnungszeiten, sondern gerade auch beim Thema Sonntagsöffnung die Linie beibehalten, die seinerzeit von der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf beschlossen worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist so ähnlich wie mit den Sonntagsbrötchen. Jeder kauft sie und findet das inzwischen vollkommen normal. Auch für dieses Ziel haben wir lange kämpfen müssen, wir sind dafür belästert und belächelt worden. Ich glaube, so wird es am Ende auch mit dem Ladenschluss sein. Alle werden es nutzen, und keiner will mehr wissen, wer ihn durchgesetzt hat – die FDP.

Falls Sie jetzt sagen, wir brauchen das doch jetzt nicht zu entscheiden, will ich Ihnen einige schöne Zitate vorhalten. Alfred Schultz hat in der Sitzung am 19. November 2009 gesagt:

> ... verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt sind für eine Metropole wie Köln richtig und auch wichtig.

Er hat damals auch gesagt: Im Rahmen des Modells „21 plus 3“ gibt es ausreichend Konstellationen, dass alle Stadtteile profitieren können.

Herr Frank hat in derselben Sitzung gesagt, es sei wichtig für die Stadtteilzentren, dass wir Sonntagsöffnungen haben, um sich auch gegenüber dem Einzelhandel in der City durchsetzen zu können.

Was haben wir seitdem in Köln erlebt? Wir hatten einen vorauseilenden Gehorsam beim Stadtdirektor festzustellen. Wir haben Lösungen gefunden, die hinter dem kölschen Kom-

promiss – so will ich es einmal nennen; denn es waren ja im Grunde nur drei Sonntagsöffnungen – zurückblieben, weil wir dachten, das Land würde eine Entscheidung treffen. Wir haben dann beantragt: Gebt den Leuten Sicherheit und lasst uns zumindest über ein Jahr abstimmen. Das ist abgelehnt worden. Wir werden gleich eine Vorlage beraten und entscheiden, in der es um die Sonntagsöffnungszeiten im zweiten Quartal geht. Die Verwaltung hat im Wirtschaftsausschuss schon angekündigt, demnächst auch noch eine Vorlage für das zweite Halbjahr zu machen. Wenn Sie unserem Vorschlag damals gefolgt wären, wären wir schneller zu dem Ergebnis gekommen, was wir jetzt de facto bekommen werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen!)

Alle hätten schneller und besser arbeiten können. Alle hätten besser reagieren können. Aber das war offensichtlich nicht gewünscht.

Ich glaube, inzwischen merken die Fraktionen im Düsseldorfer Landtag, dass dieses Thema kein Gewinnerthema ist. Es gibt noch keine vernünftigen Vorlagen geschweige denn einen Gesetzesentwurf. Man zieht sich zurück zu Beratungen. Es gibt eine Internetumfrage der Grünen, wo man entscheiden kann. Die Zeitungen schreiben, dass alle Leute es eigentlich so haben wollen, wie es jetzt ist.

Meine Damen und Herren, das muss man bei dem bestehenden Gesetz auch ganz klar sagen: Wenn wir denn in Köln der Meinung wären, der Sonntag sei so heilig, dass wir die Geschäfte sonntags nicht öffnen wollen, dann können wir das auch heute schon beschließen. Es gibt ja so weise Stadtväter wie zum Beispiel die in Bochum, die sagen: Es gibt keinen offenen Sonntag bei uns, weil der Sonntag schützenswert ist. – Ich sage nur: Liebe Bochumer, kommen Sie nach Köln! Stärken Sie den Wirtschaftsstandort Köln! Geben Sie den Leuten hier Arbeit und Beschäftigung! – In dem Sinne: Verabschieden Sie sich nicht von der Sonntagsöffnung! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Börschel.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Gegenruf von Martin Börschel (SPD): Euch zuliebe! – Reinhard Houben (FDP): Darf der wirtschaftspolitische Sprecher nicht reden, Herr Börschel?)

Martin Börschel (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, erstens praktizieren wir das Prinzip der Arbeitsteilung und zweitens hat mich der Kollege von der FDP-Fraktion, Herr Sterck, über öffentlich zugängliche Medien sozusagen eindringlich gebeten, hier meine Position deutlich zu machen. Ich kann ihm zwar den einen oder anderen Wunsch abschlagen, aber diesen nicht. Insofern bin ich gerne bereit, dazu Stellung zu nehmen.

Den Königen unter den Aus-dem-Zusammenhang-Reißern sei gesagt – mit dieser Selbstverständlichkeit will ich beginnen; aber aus gegebenem Anlass erscheint mir das wichtig –: Ich vertrete hier wie üblich natürlich die Meinung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. Diese Meinung entspricht meiner persönlichen, die ich auch im Landtag in Düsseldorf vertreten werde. Ich vertrete hier nicht die Meinung der SPD-Landtagsfraktion. Diese ist nämlich noch in der Meinungsbildung.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Das sage ich hier vorweg, damit es an dieser Stelle kein Missverständnis gibt.

Offenkundig hat Herr Houben etwas von der Debatte des vorvorigen Tagesordnungspunktes mitbekommen, wenn er hier beklagt, ja, wer packt denn da welche Reden aus. Sie haben hier offensichtlich antizipieren wollen, was die SPD-Fraktion heute sagen würde. Offen gestanden, ich frage mich, wieso Sie überhaupt auf diese Idee kommen. Insofern: Hören Sie jetzt zu! Dann wissen Sie, welche Position wir haben.

Warum gibt es diese Debatte überhaupt? Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte damals in ihr eigenes Ladenöffnungsgesetz, offensichtlich aus Zweifeln ob der Bestands- und Überzeugungskraft, hineingeschrieben, dass es eine Evaluation geben muss. Diese Evaluation gibt es jetzt. Es hat dazu, wie immer im Landtag, eine Sachverständigenanhörung auf Grundlage eines sogenannten Evaluationsberichts gegeben. Diese Sachverständigenanhörung wird im Wirtschaftsausschuss des Landtags im März dieses Jahres ausgewertet. Dann wird es, so denn Änderungsbedarf gesehen wird, vor den Sommerferien eine Gesetzesnovelle geben oder eben nicht. Sollte es eine Gesetzesnovelle geben, ist mit einem Beschluss nach den Sommerferien zu rechnen. – Das nur

vorweg, bevor Sie wieder behaupten, schon ganz genau zu wissen, wie es angeblich weitergeht.

Ein Zitat aus diesem Evaluationsbericht hat mich, ehrlich gesagt, besonders beeindruckt. Das Evangelische Büro in Nordrhein-Westfalen hat die Sachlage ganz klar und knapp zusammengefasst mit den Worten:

> Ein Ladenöffnungsgesetz solle einen Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher, der Verkaufsstelleninhaber und der Beschäftigten schaffen.

Zitatende. – Ein Kompromiss im wirklich guten Sinne, und den streben wir auch an.

Es geht hier um zwei unterschiedliche Themen. Zum einen ist die Frage zu beantworten: Wie hält man es mit den Sonntagsöffnungszeiten? Die andere Frage lautet: Wie hält man es mit den Öffnungszeiten an den Werktagen? Ich glaube, das muss man differenzieren. Deswegen will ich mich zunächst den Sonntagen widmen und auf die Bedeutung eines freien Sonntags hinweisen. Ich klaue frank und frei aus der Gründungserklärung der Kölner Allianz für den freien Sonntag, in der es heißt – ich darf zitieren mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister –:

> Der Sonntag ist eine frühe soziale Errungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar. Leben ist mehr als Arbeit, Produktion und Geld verdienen. Die Sieben-Tage-Woche gestaltet einen Rhythmus in unserer Gesellschaft, der seit fast 4000 Jahren das Leben vieler Völker prägt. Der Sonntag stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, da er es den Menschen ermöglicht, am sozialen, religiösen, sportlichen, politischen und kulturellen Leben teilzunehmen und sich ehrenamtlich zu engagieren. Der Sonntag schützt den Menschen, die Familie und die persönliche Gestaltung von gemeinsamer freier Zeit.

Ich finde, das ist eine sehr vernünftige Darstellung und Zusammenfassung dessen, was alles mit dem Sonntag zusammenhängt.

Selbstverständlich muss in die Abwägung auch die Besonderheit der Kommune einbezogen werden. Eine Millionenstadt wie Köln ist anders als ein Dorf. Eine Stadt mit 86 Stadtteilen ist anders als eine Kleinstadt. Ein touristisches Ziel, wie es Köln gottlob nun einmal ist, ist sicher anders zu beurteilen als ein Kurort oder eine andere Form von Kommune. All diese Dinge müssen wir in die Abwägung, die wir anstellen müssen, mit einbeziehen.

Für uns von der Sozialdemokratie steht fest: Wir müssen den Sonn- und Feiertagsschutz stärken. Das ist das Bekenntnis, das ich zu diesem Thema hier abgeben möchte.

(Beifall bei der SPD)

Wie kann das umgesetzt werden? Ich will auch hier konkret werden, aber noch vorweg erwähnen, dass natürlich auch das Grundgesetz den Sonntagsschutz, übrigens noch aus der Zeit der Weimarer Reichsverfassung, ganz klar heute noch postuliert.

Was ist passiert, seitdem wir immer mal wieder über Ihre diesbezüglichen Anliegen diskutieren, seitdem die damalige schwarz-gelbe Landesregierung das Ladenöffnungsgesetz eingebracht und mit Mehrheit beschlossen hat? Es hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben, nämlich am 1. Dezember 2009. Das Bundesverfassungsgericht sagt darin ziemlich eindeutig, dass der Sonn- und Feiertagsschutz verstärkt werden muss, dass ein bloßes Shopping-Interesse, ein bloßes Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber allein eben nicht reicht, sondern dass mit dem Sonntagsgebot der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ebenso verbunden ist wie der Schutz der Familie. Diesem komplizierten Verfassungsgeflecht, diesem Gebot zur Gerechtigkeit und zum Ausgleich muss man sich umso mehr stellen, als das Bundesverfassungsgericht gleichzeitig das Ladenöffnungsgesetz von Berlin für verfassungswidrig erklärt hat. Und dem stellen wir uns jetzt.

(Reinhard Houben [FDP]: Rot-Rot!)

- Ja, lieber Herr Kollege Houben, aus gegebenem Anlass rufe ich der Partei Rainer Brüderles zu: Urteile des Bundesverfassungsgerichts gelten auch für Marktliberale, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Bei anderer Gelegenheit hat Herr Brüderle das ja der Sozialdemokratie zugerufen. Aber Urteile des Bundesverfassungsgerichts gelten eben auch für Sie. Da zeigen vier Finger auf Sie zurück.

Also: Was kann man tun? Ich glaube, grundsätzlich bewährt hat sich die maximale Öffnung

von vier Sonntagen im Jahr pro Verkaufsstelle. Man wird sicherlich darauf eingehen müssen, dass sich durch die Kumulierung von verkaufsoffenen Sonntagen eine Problemlage in den Stadtteilen ergeben hat. Ich darf nur darauf hinweisen, dass wir in Köln in 2010 auf Grundlage des bisherigen Gesetzes 73 Öffnungen an 24 Sonntagen genehmigt haben. Das ist sicherlich eine Zahl, die man reduzieren kann. Das heißt: Uns schwebt eine Deckelung der Zahl der Kalendersonntage in toto vor, bei Beibehaltung der vier Sonntage maximal pro Verkaufsstelle.

Man wird, wenn man den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts folgen will – und wir wollen das und müssen das –, sicherlich auch die Wiedereinführung des Erfordernisses eines Sachgrundes zu Sonn- und Feiertagsöffnungen postulieren müssen. Anders wird man schlicht und einfach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht. Auf dieser Grundlage findet man, so glauben wir, einen sehr vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen der Einzelhandelsinhaber, aber auch der Beschäftigten und deren Familien. Diesen Teil der Novelle würden wir unterstützen.

Anders sieht es sicherlich bei den werktäglichen Öffnungen aus. Das Schutzinteresse ist da deutlich geringer. Die Lebensgewohnheiten haben sich geändert. Insbesondere Städte mit überdurchschnittlich junger und mit studierender Bevölkerung haben einfach andere Gewohnheiten als die Bevölkerung auf dem Land. Wenn wir uns die Praxis hier in Köln anschauen, müssen wir feststellen: Das ist noch kein Massenphänomen. Deswegen sagen wir: Für uns ist es besonders wichtig, dass die Beschäftigten nach ordentlichen Tarifen bezahlt werden und sie zudem die notwendigen Zuschläge erhalten, die die Tarife richtigerweise vorsehen. Ansonsten sieht die Kölner SPD-Ratsfraktion an Werktagen bis auf weiteres keinen Veränderungsbedarf.

Mit diesen Positionen zur deutlichen Verstärkung und Verbesserung des Sonn- und Feiertagsschutzes bei Beibehaltung des Status quo der Zeit an den Werktagen, eben weil dieses Phänomen keine Änderung begründet, werden wir in Düsseldorf antreten und dort um Mehrheiten dafür werben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. – Wir kommen zu Herrn Gey.

Herbert Gey (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Habe ich da etwas läuten hören, Martin Börschel? Mein Vortrag wird sich im Wesentlichen mit den Ladenöffnungszeiten an Werktagen beschäftigen. Ich habe das Gefühl, auch da wäre die SPD im Zweifelsfall bereit, in gewisser Weise mitzugehen.

(Martin Börschel [SPD]: Mit wem?)

Das würde mich sehr freuen. Denn normalerweise ist der Anspruch von rot-grünen Koalitionen ja eher, den Bürgern gewisse Regeln vorzugeben. Das ist stark ausgeprägt bei der politischen Klasse von Rot-Grün.

(Martin Börschel [SPD]: So diffamiert ihr das immer! Ihr passt aber nicht auf!)

Manchmal trägt das sogar krankhafte Züge. Davon können wir ja in Köln ein Lied singen, allein schon wenn wir an Verkehrspolitik denken.

Aber bei diesem Thema geht es ja ums Land und nicht um Köln. Die rot-grüne Landesregierung will das gut funktionierende Ladenöffnungsgesetz durch Änderungen erheblich einschränken und damit weitgehend verschlechtern. Wie gesagt, ich beziehe mich nur auf die Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Ich sagte: gut funktionierendes Ladenöffnungsgesetz. Das will ich an einigen Beispielen festmachen:

Im Jahre 2011 wurden gegenüber dem Vorjahr 62 000 – meine Damen und Herren, hören Sie genau hin: 62 000! – neue Arbeitsplätze im Einzelhandel geschaffen. Das ist erwiesen und nachvollziehbar. Von diesen 62 000 Arbeitsplätzen waren 60 297 sogenannte voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und nur 1 700 Minijobs. Das ist sehr beachtlich. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den *Express Köln* vom 23. Januar 2012, der das recherchiert hat.

Ein weiteres Beispiel: Eine große Kölner Lebensmittelkette hat nicht nur 500 bis 600 Vollzeitarbeitsplätze zusätzlich schaffen können, sondern erzielt in der Zeit von 20 bis 22 Uhr rund 10 Prozent ihres Wochenumsatzes. Das belegt, dass die Geschäfte nach 20 Uhr nicht

leer sind, wie ja von vielen Regelungspolitikern irrigerweise behauptet wird.

Ich könnte weitere Beispiele anführen, möchte mich aber im Interesse der Kölner Bürgerinnen und Bürger darauf beschränken, Ihnen mitzuteilen, dass in manchen Kölner Veedeln – ich denke, das gilt für andere Gemeinden in NRW in ähnlicher Weise – nur 25 Prozent der Bevölkerung in der Lage ist, einen Nahversorger fußläufig zu erreichen. Das macht es unter anderem notwendig, den Nahversorgern möglichst viel Freiheit in der Entscheidung zur Ladenöffnung zu geben, um auch solche Standorte attraktiv zu halten.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal den bereits erwähnten *Express* vom 23. Januar zitieren – Zitat –:

> Irgendwie fühlt man sich an Kindertage erinnert, wenn Verdi die Läden spätestens um 20 Uhr zwangsschließen will. Ab ins Bett und Zähneputzen nicht vergessen, hieß es früher! Reglementierungen. Mutter meint es ja so gut.

Zitatende. – Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün ist Gott sei Dank nicht unsere Mutter

(Martin Börschel [SPD]: Gott sei Dank!)

- Gott sei Dank, Martin! So sehr ich dich schätze, aber: Gott sei Dank!

(Martin Börschel [SPD]: Seit es Inklusion gibt, ist das ein echtes Problem!)

- Da reden wir noch mal drüber. – Jeder Einzelhändler sollte selbst entscheiden können, ob er seinen Laden auch nach 20 Uhr noch offenhalten will. Übrigens wollen laut *Stadt-Anzeiger* vom 8. Februar 60 Prozent der Betroffenen liberale Öffnungszeiten.

Liebe Landesregierung – Martin, bitte, nimm das mit –

(Martin Börschel [SPD]: Ich bin ja nicht die Landesregierung!)

- Aber im weitesten Sinne bist du dabei. – Liebe Landesregierung, lass bitte die Finger vom funktionierenden Ladenöffnungsgesetz in der jetzigen Form. Wir stimmen der Resolution selbstverständlich zu. – Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Frank. Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die FDP hat in der Begründung ihres Antrags geschrieben:

> Nach nahezu einhelliger Einschätzung der Sachverständigen hat sich das liberale Ladenöffnungsgesetz in der Praxis voll und ganz bewährt. Das hat bereits die Evaluierung des Gesetzes durch die Landesregierung ergeben und wurde in der Anhörung im Landtag noch einmal bestätigt.

Das hat mich etwas stutzig gemacht. Daher habe ich mir noch einmal die Evaluierung angeguckt – und festgestellt, dass es sich um ein anderes Dokument gehandelt haben muss. Wer sich die Kerndaten der Evaluierung anschaut, stellt nämlich folgende wesentlichen Aussagen fest:

Es hat im Zeitraum der Wirksamkeit des neuen Gesetzes keine signifikante Erhöhung des Umsatzes gegeben.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwar gestiegen; gleichzeitig gab es jedoch einen deutlichen Rückgang der Vollzeitbeschäftigung. Zu verzeichnen ist eine Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung sowie geringfügiger Beschäftigung, also Beschäftigung auf Basis der berühmten 400-Euro-Jobs.

Insgesamt sieht die Situation so aus, dass viele Menschen, die dort beschäftigt sind, dies als Zweit- oder Drittjobs machen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist also eine äußerst ambivalente Entwicklung. Das neue Gesetz hat tatsächlich nicht zu einer Ausdehnung von Vollzeitbeschäftigung geführt. Vielmehr haben wir es zum Teil mit prekären Beschäftigungssituationen zu tun. Das ist nichts, auf das man unbedingt stolz sein muss.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen der repräsentativen Befragung der Konsumenten zu. Dort stellen wir fest, dass sich das Einkaufsverhalten nicht signifikant verändert hat. Die Warengruppen, die man normalerweise bei Vollsortimentern oder bei Discountern findet, werden hauptsächlich wochentags gekauft, Kleidung samstags.

(Zurufe von der FDP)

Die Ladenöffnungszeiten nach 18 Uhr werden nur noch von Minderheiten genutzt. Der größte Anteil zu dieser Zeit – etwa 15 Prozent – entfällt auf die Stunden zwischen 18 und 20 Uhr.

(Zurufe von der FDP)

- Man muss Evaluierungen schon einmal lesen. Dieser Mühe muss man sich schon unterziehen.

Des Weiteren geben 50 Prozent der Konsumenten an, dass sie die Möglichkeit der neuen Öffnungszeiten nur teilweise nutzen. Gleichzeitig sagen sie, dass dies bei ihnen nicht unbedingt zu mehr Konsum führt.

Insgesamt haben wir also eher eine Diversifizierung des Verhaltens zu verzeichnen. Dadurch kommt es auch weder zu zusätzlichen ökonomischen Effekten noch zu einem wirklich relevanten Beschäftigungszuwachs.

Auf der einen Seite muss man dies wissen, wenn man sich mit diesen Dingen näher befasst.

Auf der anderen Seite ist seinerzeit im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen festgehalten worden: SPD und Grüne werden

> die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Damit wird wieder mehr Wert auf Familienfreundlichkeit gelegt.

> Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten.

Dazu hat Herr Börschel eben schon Stellung genommen. Das ist eine wesentliche Zielsetzung.

Wenn man es sich genau anschaut, stellt man ferner fest, dass sich Spätöffnungen außerhalb von Großstädten wie Köln wirtschaftlich nicht lohnen. Das ist auch die Meinung der Branche. Entsprechend schließen zum Beispiel die Rewe-Märkte, die in Köln am meisten von dieser Regelung profitieren, in Bergisch Gladbach, Gummersbach, Brühl und Euskirchen werktags spätestens um 22 Uhr. So lange haben die Discounter Aldi, Lidl und Penny in der Regel nicht geöffnet. Das heißt: Im Grunde ist es in einer Großstadt wie Köln, der größten Stadt NRWs, eher eine Lex Rewe.

Des Weiteren muss man festhalten, dass wir in Köln, obwohl wir eine reduzierte Regelung für die Sonntagsöffnung genommen haben, nämlich die 21+3-Regelung, immer noch an 46 Prozent aller Sonntage des Jahres irgendwo in Köln einkaufen können – natürlich in unterschiedlichen Stadtteilen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Bahnhof immer!)

Das ist die Situation.

Wer in der heutigen Ausgabe des *Kölner Stadt-Anzeigers* den Artikel „Der Sonntag wird zum Werktag“ liest, findet darin folgendes Zitat von Wissenschaftlern, die sich mit der Gesundheitssituation beschäftigen:

> Aus gesundheitlicher Sicht ist der Trend zu flexiblen Arbeitszeiten problematisch. Nachtarbeit führt nicht automatisch zu Krankheiten, ist aber ein zusätzlicher Risikofaktor, heißt es in der Antwort des Arbeitsministeriums.

(Reinhard Houben [FDP]: Was ist mit der Feuerwehr und der Polizei?)

Deshalb werde Nachtarbeit inzwischen höchstrichterlich als im Grunde schädlich definiert.

Uns ist es wichtig, alle diese Argumente genau abzuwägen. Wir befinden uns zurzeit in einem Diskussionsprozess darüber – sowohl bei uns in der Stadt als auch in der Landtagsfraktion.

Ich denke aber – und das ist die entscheidende Botschaft –, dass wir es nicht so belassen können, wie es ist; denn es sind tatsächlich Korrekturen notwendig. Über diese Korrekturen wird man in den nächsten Wochen und Monaten sprechen.

Deshalb ist dieser Antrag nicht sinnvoll, weil er alle diese Fakten schlicht und einfach ignoriert. Das ist ein Antrag von Ignoranten.

(Lachen bei der FDP – Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Sterck, einen

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Augenblick, bitte. Zunächst bekommt noch Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir als Linke unterstützen die Allianz für den freien Sonntag. Inzwischen haben 6 400 Menschen ihren Aufruf unterstützt. Darunter sind auch relativ viele Linke. Die Allianz für den freien Sonntag wird im März dieses Jahres auch in Köln eine Veranstaltung zu diesem Thema durchführen. Übrigens gehören diesem Bündnis auch christliche Menschen an.

Herr Börschel hat gerade etwas aus dem Aufruf der Allianz für den freien Sonntag vorgelesen. Das war in der Tat ein gutes Zitat. Wir werden über diesen freien Sonntag auch eine Diskussion bekommen.

Mir sind die vier Sonntage auch zu viel. In Köln waren wir ja – Herr Kahlen wird es bestätigen können – bei drei Sonntagen. In allen Stadtteilen konnte an drei Sonntagen geöffnet werden. Das war die Vereinbarung. Diesen Konsens, den es mal gegeben hat, haben dann sowohl die Gewerkschaften als auch die Kirchen aufgekündigt und erklärt, das sei ihnen zu viel – nicht nur bezogen auf die Ausweitung auf die vielen Stadtteile, sondern auch bezogen auf die drei Sonntage. Ich betone: auf die drei Sonntage und nicht auf die vier Sonntage.

Kollege Börschel, das heißt, dass wir über diese Frage eine Diskussion bekommen werden. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zitiert haben. Das haben wir auch schon mehrfach getan und darauf hingewiesen, dass in Bezug auf Sonntagsöffnungen nicht alleine wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend sein dürfen. Das ist ein wichtiges Zitat aus diesem Urteil.

Es kann allerdings nicht sein, dass wir diese vier Sonntage dann komplett in alle Stadtteile übernehmen. Ich könnte mir vorstellen, dass man sich auf zwei Sonntage verständigt und sie eventuell auf die verschiedenen Stadtteile bzw. Stadtbezirke herunterbricht. Das könnte ich mir als einen Kompromiss vorstellen. Die Kirchen gehen da eher noch weiter und argumentieren in Richtung null. – So viel zum Thema „sonntags“.

Zum Thema „werktags“ muss ich Folgendes sagen: Kollege Börschel, da bin ich doch etwas verblüfft; denn ich hatte gehofft, dass SPD und Grüne sagen: Um 20 Uhr ist Schluss. – Damit hatte ich gerechnet. Wenn man liest und hört, was so herüberkommt, war das bis jetzt mein stehender Eindruck. Wenn die Regelung zu den Öffnungszeiten aber so bliebe, wie sie jetzt ist – das haben Sie ja als Ihre persönliche Meinung bzw. die Meinung der Kölner SPD dargestellt –, wäre das ein Rückschritt und eine Bestätigung des Schlechten.

An dieser Stelle ist der Hinweis des Kollegen Frank völlig richtig. Wenn Sie heute den *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen haben, wissen Sie, dass die Nachtarbeit und die Sonn- und Feiertagsarbeit deutlich ausgeweitet worden sind. Wir haben eine Ausweitung der Nachtarbeit von 43 Prozent im Jahr 2001 auf jetzt 47 Prozent sowie eine Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit von 24 Prozent im Jahr 2001 auf jetzt 28 Prozent zu verzeichnen.

(Helmut Jung [CDU]: Aber doch nicht im Einzelhandel!)

Das sind beunruhigende Zahlen, die wir einfach sehen müssen. Deswegen halte ich es für wichtig, etwas gegen die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit zu unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und von der CDU, vielleicht sollten Sie auch einmal diesen Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen. Darin wird nämlich Ihre Bundesregierung wie folgt zitiert:

> Diese Entwicklung führt dazu, dass die Risikofaktoren für gesundheitliche Schäden steigen werden.

Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Ihrer Bundesregierung. Lesen Sie also doch bitte ein bisschen mehr zu diesem Thema. Dann können Sie vielleicht auch kompetenter in der ganzen Sache mitdiskutieren.

Was die neuen Arbeitsplätze betrifft, von denen Sie immer sprechen, ist es doch so, dass die prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich angestiegen sind. Darauf hat der Kollege Frank auch hingewiesen.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Meine Damen und Herren, Frau Kirchmeyer, 12 Prozent aller Beschäftigten im Einzelhandel

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ich bin im Einzelhandel!)

verdienen um 5 Euro. Wenn Sie sich das zu Gemüte führen, müssen Sie als FDP doch auch einmal darüber nachdenken. Sie sind die

Partei des Mittelstandes. Und dass Sie die Köln Arcaden in Kalk unterstützt haben, hat dazu geführt, dass der Mittelstand in Kalk sozusagen den Bach heruntergegangen ist – und dass der Mittelstand in Köln insgesamt langsam stirbt.

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Detjen!)

Ich bin nur froh, dass die Bürgerbeteiligung in Ehrenfeld rund um das Helios-Gelände ergeben hat: Wir wollen dort kein Einkaufszentrum. – Diese Entwicklung muss man nämlich stoppen; auch um den Mittelstand zu bewahren. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich Herrn Sterck das Wort. Bitte schön.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, fast hatte ich schon befürchtet, dass Sie hier Entsprechendes äußern. Ich kenne jemanden, der bei RTL in der Technikzentrale arbeitet und dort in Nachtarbeit die Nachtsendungen abfahren muss. Man müsste also doch mal wieder zu dem Sendeschluss um 24 Uhr zurückkommen. Dann wird die Nationalhymne gespielt,

(Beifall bei pro Köln)

und dann ist Schluss; dann kann jeder ins Bett gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt werden Sie wahrscheinlich sagen, dass dann nicht die Nationalhymne gespielt werden soll, sondern die Sozialistische Internationale oder so etwas. Aber das ist doch das, zu dem Sie wahrscheinlich zurückwollen.

(Martin Börschel [SPD]: Du gehst doch ohnehin um 21 Uhr ins Bett!)

Sie haben den Mittelstand und die Kalker Hauptstraße angesprochen. Das ist eine andere Diskussion. Die brauchen wir hier nicht zu führen. Natürlich haben wir auf unseren Einkaufsstraßen – und auf anderen Einkaufsstraßen noch viel mehr als auf der Kalker Hauptstraße – das Problem, dass der mittelständische Einzelhandel dort zurückgeht. Das sind aber andere Phänomene. Die brauchen wir heute nicht zu diskutieren.

Im Übrigen glaube ich, dass die Ansiedlung der Köln Arcaden in Kalk das Trading-down auf der Kalker Hauptstraße gestoppt bzw. reduziert hat. Ich war in Kalk Bezirksvertreter, als die CFK zugemacht hat. Daher weiß ich, wovon ich rede.

Herr Frank, ich wundere mich; denn Sie haben hier viele Zahlen vorgetragen, und zwar aus einer, wie Sie selbst gesagt haben, repräsentativen Konsumentenbefragung, die ja durchgeführt worden ist und die uns auch durchaus bekannt ist. Sie picken sich dann ein paar Zahlen heraus, die Ihnen passen. Wenn Sie als Grüne zur Kenntnis genommen haben, dass es eine repräsentative Kundenbefragung durch die Landesregierung gibt, wundert es mich, dass die Grünen jetzt noch so eine komische Online-Befragung machen, bei der man nachher nicht weiß, was dabei herauskommt, wie die Zahlen interpretiert werden, wie die Fragen gestellt werden. Ich wundere mich wirklich, dass Sie hier nicht die Zahlen nehmen, die Ihre eigene Landesregierung festgestellt hat.

Dann hilft es auch nichts, wenn Sie sagen, dass 50 Prozent dieses Angebot gar nicht in Anspruch nehmen. Es muss doch keiner in Anspruch nehmen. Weder die Einzelhändler noch die Kunden müssen es in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen schreckt es uns gar nicht, wenn Sie sagen, dass nur eine Minderheit zu diesen Zeiten einkaufen geht.

Mit den Zahlen kann man auch viel spielen. Sie haben jetzt gesagt, 46 Prozent aller Sonntage seien in Köln verkaufsoffen. Ich meine, die Menschen außerhalb von Köln fragen sich sowieso: Was muss das für eine christliche Stadt sein, in der es nicht nur 52 Sonntage gibt? In Köln gibt es ja sogar 63 Sonntage. Das ist ganz toll.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Herr Frank, beim Thema Einzelhandel müssen Sie aber auch noch etwas anderes berücksichtigten. Heute können Sie nämlich an 100 Prozent aller Sonntage in Köln einkaufen, und zwar an jeder Tankstelle, im Hauptbahnhof und im Flughafen; da gibt es auch einen großen Rewe. Darauf müssen Sie doch Rücksicht nehmen,

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen auf die Verfassung Rücksicht nehmen!)

wenn Sie den Einzelhandel in den Stadtteilen stärken wollen. Und darum geht es uns doch. Wir wollen den Einzelhandel durch die verkaufsoffenen Sonntage in den Stadtteilen halten, indem wir damit dafür sorgen, dass das Geld nicht abfließt. Deshalb muss man auf diese Dinge doch Rücksicht nehmen.

Martin Börschel, deine Rede hat mich nachdrücklich beeindruckt; das muss ich sagen. Wir unternehmen hier ja seit mehreren Sitzungen den Versuch, eine Position der Stadt Köln in dieser Frage in Richtung Düsseldorf zu schicken. Da die SPD nicht die ganze Stadt Köln ist, fände ich es toll, wenn wir es schaffen würden, hier im Rat zu formulieren, was uns als Kölnern wichtig ist.

Ich finde es schade, dass euer Landesminister die Stadt Köln als abschreckendes Beispiel nimmt. Er zieht nämlich mit genau diesen Zahlen – in Köln gibt es 63 verkaufsoffene Sonntage – durch die Lande, um damit nachzuweisen, dass dringender Regelungsbedarf besteht. Wir haben aber doch mal in Chorweiler und mal in Porz einen verkaufsoffenen Sonntag. Das hat hier in Köln bisher noch keinen gestört. Euer Landesminister nimmt das aber zum Anlass.

Deswegen finde ich es wichtig, dass wir eben nicht gleichgemacht werden. Du hast selber gesagt, dass es einen Unterschied machen muss, ob man über Frechen oder noch kleinere Städte irgendwo auf dem Lande redet, wenn es um vier offene Sonntage geht, oder über eine Stadt wie Köln. Da hast du ja entsprechende Modelle vorgegeben. Das finde ich wirklich nachdenkenswert. Es wäre schön, wenn wir uns darüber verständigen könnten.

Ich finde es schade, dass Rot-Grün anscheinend nicht einen gemeinsamen Änderungsantrag formulieren konnte. Bei den Dingen, die du hier eben gesagt hast, sind wir nämlich ganz schnell zusammen. Wenn wir uns auf so etwas einigen können, haben wir kein Problem mit den tarifvertraglichen Zuschlägen und kein Problem damit, eine Zahl von 20 oder so etwas festzuschreiben, wenn wir an jeder Verkaufsstelle hier vier offene Sonntage haben. Das sind Dinge, über die wir reden können.

Herr Oberbürgermeister, lieber Martin Börschel, wenn vonseiten der SPD jetzt ein Signal käme, dass es Sinn machen würde, sich über so etwas zu unterhalten, würden wir unseren Antrag heute zurückziehen. Wir würden uns mit den vier demokratischen Fraktionen zusammensetzen und versuchen, eine von der breiten Mehrheit des Rates der Stadt Köln getragene Position zu finden, mit der wir in Düsseldorf in den Beratungen vorstellig werden. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist, damit die größte Stadt im Land Nordrhein-Westfalen nicht bei den ganzen kleinen Interessen auf dem Lande untergepflügt wird.

Deswegen möchte ich dieses Angebot machen. Wenn ich von dir für die SPD dazu ein Nicken bekomme, ziehen wir unseren Antrag heute zurück und treten in entsprechende Gespräche ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Sterck. – Ich gebe Herrn Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Eigentlich sollte es eine Zwischenfrage werden; aber dann mache ich eine Schlussbemerkung daraus. – Lieber Kollege Sterck, bevor Sie sich als Landesgeschäftsführer der FDP in Schwierigkeiten begeben, möchte ich Sie mit einem Zitat konfrontieren und Sie bitten, danach zu überlegen, ob das Angebot dann –

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Ich bin doch lösungsorientiert!)

- Das will ich ja nur noch einmal herausfinden; aber ohne dass der Landesgeschäftsführer der FDP Schwierigkeiten kriegt.

(Ralph Sterck [FDP]: Mach dir um mich keine Sorgen!)

- Dann ist es ja gut.

Meine Rede bewegte sich auf Basis folgender Aussagen – ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen –:

Erstens. Wir werden

> die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Dazu habe ich etwas gesagt.

Zweitens.

> Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten.

Dazu habe ich konkrete, ausfüllende Vorschläge gemacht. Wenn die FDP auf dieser Grundlage in Gespräche eintreten kann, ist sie herzlich willkommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich will jetzt hier gar keine Differenzen herausstellen. – Lieber Martin Börschel, ich habe in deiner Rede eben sehr viel gehört, was ich unterschreiben kann und wo ich mir vorstellen kann, dass das eine Position sein kann. Das ist zwar keine Maximalposition, also nicht das, was die FDP am liebsten hätte. Ich glaube aber, dass das eine Position sein kann, mit der wir als Kölner in Düsseldorf auftreten können.

Wenn wir uns darauf verständigen können, da in Gespräche einzutreten, wäre ich bereit, unseren Antrag heute zurückzuziehen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann frage ich, ob eine solche Bereitschaft besteht.

(Martin Börschel [SPD]: Auf Basis des Gesagten ja!)

- Auf der Basis des Gesagten gibt es die Bereitschaft, hier in Gespräche einzutreten.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir versuchen es!)

- Gut. – Herr Uckermann.

(Ralph Sterck [FDP]: Der Antrag ist zurückgezogen! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen!)

- Okay. Entschuldigung, bitte.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Nein. Wenn der Antrag zurückgezogen ist, ist die Debatte zu diesem Thema erledigt. – Ich frage aber noch einmal nach, Herr Sterck. Sie haben eben gesagt, dass Sie den Antrag zurückgezogen haben.

(Ralph Sterck [FDP]: Ja, ich habe den Antrag zurückgezogen!)

- Er ist zurückgezogen. Damit ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt zu Ende. – Vielen Dank.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die Angelegenheit zieht die FDP-Fraktion ihren Antrag zurück.

Anmerkung:
Ratsmitglied Gey verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Studie zum türkischen Rechtsextremismus durchführen“
AN/0125/2012

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ausführlich debattiert worden. Es ist entschieden worden.

Zudem hat Frau Beigeordnete Reker dazu eine Erklärung abgegeben, dass sie auf der Zeitschiene genau das durchführen will. Die Stadt Köln hat dazu eine Presseerklärung aus ihrer Feder abgegeben, die uns hier vorliegt.

Da der Antrag somit erledigt ist, beantrage ich Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die antragstellende Fraktion hat einen Anspruch darauf, innerhalb von drei Minuten zu diesem Geschäftsordnungsantrag Stellung zu nehmen – nicht in der Sache, nur zum Geschäftsordnungsantrag.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Granitzka! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns geht es hier um die Sache. Wir sind genauso wie viele andere der Meinung, dass es ein verkehrtes Signal gewesen wäre, diese Studie nicht durchzuführen. Dieses Thema wurde in der Tat

auf Antrag der CDU schon in den Ausschüssen behandelt. Von der CDU ist unser Antrag sozusagen aufgegriffen worden. Das war eine sehr positive Aktion.

Die Sozialdezernentin hat in der Tat auch noch einmal ausdrücklich festgestellt, dass das alles nur ein großes Missverständnis war und dass die Studie zum türkischen Rechtsextremismus selbstverständlich durchgeführt werden soll.

Damit können wir leben. Dann sind wir zufrieden. Wie gesagt, geht es uns hier um die Sache. Ich stimme dem Kollegen Granitzka gerne zu, dass dieser Antrag damit erledigt ist, weil er bereits umgesetzt wurde – im Sinne des oft zu beobachtenden Pro-Köln-Effekts. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, ist der Antrag damit zurückgezogen?

(Markus Wiener [pro Köln]: Ja!)

- Er ist zurückgezogen und damit erledigt. Wir brauchen also nicht darüber abzustimmen.

Ratsmitglied Granitzka verweist auf den Beschluss des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, der sich in seiner Sitzung am 06.02.2012 bereits mit der Angelegenheit befasst habe. Die Angelegenheit sei deshalb erledigt und er beantrage aus diesem Grunde, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen.

Ratsmitglied Wiener sieht die Angelegenheit nach der Behandlung im Ausschuss ebenfalls als erledigt an und zieht den Antrag im Namen seiner Fraktion aus diesem Grunde zurück.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. Betreffend „Waffenrechtliche Genehmigungen rechtsextremer Kölner“
AN/0107/2012

Antwort der Verwaltung vom 10.02. 2012
0554/2012

Keine weiteren Nachfragen? – Okay.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Mögliche genehmigungswidrige Bauausführung der Ditib-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld"
AN/0123/2012

Antwort der Verwaltung vom 10.02. 2012
0581/2012

Gibt es dazu eine Nachfrage? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das auch erledigt.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Bürgerhaushalt: Hallenbäder in Nippes und Weiden offen halten!“
AN/0169/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.02. 2012
0597/2012

Herr Zimmermann ist heute nicht da, kann also selbst nicht nachfragen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Sachstand zum Konzept für Nachhaltigkeit in Köln"
AN/0171/2012

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstand zum Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“
AN/0171/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.02. 2012
0628/2012

Bitte schön.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte die vorkarnevalistische gute Stimmung ja nicht trüben. Aber ich bin doch einigermaßen erstaunt, wenn ich mir diese doch sehr kurz gehaltene Antwort anschaue.

Ich muss zunächst einmal feststellen: Wir haben –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie wollten doch nachfragen.

Niklas Kienitz (CDU): Ja. Ich muss das aber kurz einleiten. – Wir haben am 7. April 2011 hier gemeinsam ein Konzept zur Nachhaltigkeit in Köln beschlossen. Sie beantworten die hier gestellte Frage aber wie folgt – ich zitiere –:

> Die Verwaltung ist der Auffassung, dass hierfür kein eigenes „Nachhaltigkeitskonzept“ erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund – der mich doch zutiefst erschüttert und verärgert; das muss ich auch sagen – habe ich erstens folgende Nachfrage: Wie bewerten Sie, Herr Oberbürgermeister, eine Antwort, die eine klare Arbeitsverweigerung der Verwaltung beinhaltet?

Meine zweite Nachfrage lautet: Sie führen in der Antwort aus, dass verwaltungsinterne Prozesse unter dem Stichpunkt Nachhaltigkeit konzipiert werden sollen. In welchen Prozessen ist dies bisher geschehen bzw. wo wird der Beschluss vom 7. April 2011 berücksichtigt? – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Ich will von meiner Seite die Antwort geben, weil das auch im Dezernat des Oberbürgermeisters bearbeitet wird.

Ich kann Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass hier in vielen Einzelprojekten und -konzepten das Thema Nachhaltigkeit bearbeitet wird – angefangen beim Klimaschutzkonzept Köln, zu dem wir in diesem Rat am 20. Dezember 2011 ein vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm beschlossen haben, bis hin zu vielen anderen Punkten.

Hier handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe. Diese Themen werden in vielen Bereichen der Verwaltung – in fast allen, in denen wir tätig sind, von der Bildung über Verkehr und Mobilität bis zur Stadtentwicklung – behandelt. Das Ganze ist eine Frage der Einstellung von sowohl Verwaltung als auch Politik bei allen Fragen, die auf die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sowie auf die Fragen der Nachhaltigkeit gerichtet sind. Diese Dinge werden im Stadtvorstand in die Beratungen eingebracht und dann über Mitteilungen an Sie gehen.

Ich will noch einmal betonen, dass Nachhaltigkeit nicht bedeutet, nachhaltig viel Papier zu beschreiben, sondern, etwas in die konkrete Realisierung umzusetzen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Der Oberbürgermeister beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Kienitz.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Ich rufe auf:

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Verabschiedung einer Resolution für eine Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge
0445/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen eine solche Resolution ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln übernimmt die Resolution des Integrationsrates aus dessen Sitzung am 23.01.2012 und unterstützt den von der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates NRW am 03.12.2011 einstimmig gefassten Beschluss ‚Für eine neue Bleiberechtsregelung', und bittet den Landtag und die Landesregierung in NRW zu prüfen, ob und inwieweit die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene ausgeschöpft werden können, um den Ausländerbehörden die Erteilung von Aufenthaltstiteln für geduldete Flüchtlinge zu erleichtern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Verleihung der Jabach-Medaille
0308/2012

Ich weise darauf hin, dass wegen einiger orthografischer Fehler die Fassung der Tischvorlage gilt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Gegen die Stimmen von pro Köln ist diese Satzungsänderung so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Neufassung der Satzung für die Verleihung der Jabach-Medaille in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4716/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie gestern im Finanzausschuss schon gesagt, lehnen wir diese Vorlage ab. Wir sehen es weiterhin mit Bedauern, dass sich immer mehr Kölner im Umland beerdigen lassen, weil dort die Gebühren oder Bedingungen offensichtlich günstiger sind. Die Stadtverwaltung täte wirklich gut daran, die Bedingungen zu verbessern, damit auch alle Kölner die Möglichkeit haben, sich hier in ihrer Heimat beerdigen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? – Das sind die Fraktion pro Köln, die FDP, die CDU und die Linken. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Satzung so beschlossen.

1. Der Rat nimmt die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2012 (Anlagen 1 – 9) zur Kenntnis.

2. Der Rat beschließt die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 10).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für das 2. Quartal 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Severinsviertel, Sürth, Sülz/Klettenberg, Lindenthal, Vogelsang, Nippes, Longerich, Porz-City, Rath-Heumar, Höhenhaus
5152/2011

Die Abstimmung erfolgt über die Vorlage, wie sie im AVR beschlossen worden ist – Anlage 6 –; der Wunsch der BV 8 ist also mit eingebracht.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Linke. Bei Enthaltung der Linken ist dies angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / internationales aus seiner Sitzung am 06.02.2012:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit dem derzeit geltenden § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage B1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufstellen im 2. Quartal 2012 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Der Beschluss erfolgt unter der Maßgabe, dass die von der Bezirksvertretung Kalk gewünschte Ergänzung um einen Sonntagsöffnung im Stadtteil Kalk am 24.06.2012 berücksichtigt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
1017/2011

Wir stimmen ab wie Anlage 4.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wer ist gegen die Änderung der Zuständigkeitsordnung? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit ist sie angenommen. – Damit haben wir dem einen oder anderen aus der Verwaltung eine Freude bereitet.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür sitzen wir doch hier, Herr Oberbürgermeister!)

Der Rat beschließt die Änderung der Zuständigkeitsordnung durch die in Anlage 2 enthaltene 4. Änderungssatzung.

Der Beschluss erfolgt unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderungen gemäß Anlage 4.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011
0485/2012

Diese Vorlage ist hier zur Kenntnis zu nehmen. Das ist mangels Gegenstimmen und Enthaltungen damit auch geschehen.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 06.12.2011 bis 31.01.2012 für das Haushaltsjahr 2011 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. *2.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen); Finanzstelle 6700-1301-0-0001*

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 2.000,00 EUR in Teilplan 0301 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen)

2. *1.914,17 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)*

   Deckung:
   Mehreinzahlungen i. H. v. 1.914,17 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 4 (Beiträge und ähnlichen Entgelten)

Aufwendungen für die im Haushaltsjahr 2011 keine Mittel veranschlagt sind (außerplanmäßige Aufwendungen)

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *34.209,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)*

   Deckung:
   Mehrerträge i. H. v. 34.209,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 3 (sonstige Transfererträge)

2. *3.720,33 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.720,33 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

3. *142,00 EUR in Teilplan 0208 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 142,00 EUR in Teilplan 0103 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

4. *100.000,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)*

   Deckung:
   Mehrerträge i. H. v. 100.000,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 04 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

5. *13.000,00 EUR in Teilplan 0411 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) sowie*

   34.000,00 EUR in Teilplan 0411 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

   Deckung:
   Mehrerträge i. H. v. 47.000,00 EUR in Teilplan 0404 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun kommen wir zu:

10. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz hier: Teilplan 1202 – Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011

Dazu folgender Hinweis: Abstimmung wie im Verkehrsausschuss – Anlage 7 – und auch im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 31.01. 2012:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung zur Umrüstung der Haltestelle Barbarossaplatz (Teilhaltestelle der Linien 16 und 18) auf eine Bahnsteighöhe von 90 cm über Schienenoberkante aufzunehmen, die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Die Pläne der Bahnsteiganhebung sind dem Verkehrsausschuss vor der Beantragung des Genehmigungsverfahrens noch einmal vorzustellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 87.556,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6304 Barbarossapl. – Umsetz. Niederflurkonzept, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Zusätzlich sollen Möglichkeiten eines Mittelbahnsteiges geprüft werden. Die Planungen sind jeweils der BV vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.2 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 400 in Köln-Hahnwald
3928/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Änderung eines Ratsbeschlusses zur Umsetzung eines die Stadtbibliothek betreffenden Task-Force-Vorschlags
4639/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Damit ist sie einstimmig angenommen.

1. *Der Rat beschließt, den zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und Ertragssteigerung im Band 2 der Haushaltssatzung 2010/2011 unter Aufgabe 43.0, berücksichtigten Einsparvorschlag Nr. 4 „Einsparung von Softwarepflegekosten im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Bibliotheksmanagementverfahrens“ aufzuheben.*

2. *Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, zum endgültigen Haushaltsplan 2012 zusätzlich je 27.000 € für die Jahre 2012 ff. im Teilplan 0418 – Stadtbibliothek, in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung
hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung „Elsa-Brandström-Str. / Oppenheimstr. 7, 50668 Köln“
4963/2011

Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt, die Kindertageseinrichtung der „Kita Glückskind Köln gemeinnützige UG“. Elsa-Brandström-Str./Oppenheimstr. 7, 50668 Köln (Neustadt-Nord) ab der geplanten Eröffnung im Februar 2012 auch ohne Landesförderung mit Zuschüssen in Höhe von 91% der Summe aus den Kindpauschalen und der Miete nach §§ 19, 20 KiBiz zu fördern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim
5183/2011

Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die Verlängerung der Stellzeit für den temporären Bau am Herler Ring 2 in Köln-Buchheim für weitere 4 Jahre sowie die Fortführung als Kindertageseinrichtung in städtischer Trägerschaft.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung – die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 € zur Beschaffung der Erstausstattungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung, Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3)).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung
hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung „Taubengasse 9, 50670 Köln“
5234/2011

Dazu ist Ihnen noch eine weitere Erklärung der Verwaltung als Vorlage zugegangen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt, die Kindertageseinrichtung des „Charabia e.V.“. Taubengasse 9, 50670 Köln (Altstadt-Süd) ab der geplanten Eröffnung im März 2012 auch ohne Landesförderung mit Zuschüssen in Höhe von 96 % der Summe aus den Kindpauschalen und der Miete nach §§ 19, 20 KiBiz zu fördern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr im Bereich der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013
5253/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Erhebung einer Vorverkaufsgebühr für die Eintrittskarten der Puppenspiele in Höhe von einem Euro je Karte ab der Spielzeit 2012/2013.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln, den zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und Ertragssteigerung im Band 2 der Haushaltssatzung 2010/2011 unter Aufgabe 4101.0 berücksichtigten Einsparvorschlag „Ausstieg KölnTicket (bei gleichzeitigem Wechsel des Buchungssystems)“ nicht umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.8 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse – Geschäftsprozessoptimierung
0064/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Fortführung des Projektes „Tag des offenen Denkmals ab dem Jahr 2012“
0073/2012

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, dazu habe ich eine Nachfrage!)

- Bitte schön, Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir haben heute eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung zu den Fragen aus dem Finanzausschuss bekommen. Ich würde gerne noch einmal Folgendes wissen: Es wird ja eine Stelle zugesetzt. Hat das eine finanzielle Bedeutung, oder wird das rein aus dem Kulturhaushalt bezahlt? Ich möchte einfach nur wissen, wie das dann geregelt ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Eigentlich sollte Ihnen dazu auch noch eine schriftliche Mitteilung zugehen. Das scheint nicht funktioniert zu haben, oder?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch, die haben wir bekommen! Aber sie ist ein bisschen schwer verständlich!)

- Nein, nein. Darin steht erst einmal: Die Stelle ist da. Sie wird nicht zugesetzt. Diese Stelle gibt es im Stellenplan.

Die Finanzierung soll über Drittmittel sichergestellt werden. Soweit sie nicht über Drittmittel sichergestellt ist, wird sie aus dem Teilergebnisplan Denkmalpflege, also aus dem Finanzbudget der Stadtkonservatorin, bezahlt. Es gibt keine zusätzlichen Mittel.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Also ist das das Gleiche wie vorher? Da haben Sie nämlich das Gleiche geschrieben! Dann verstehe ich gar nicht, warum wir das hier noch auf der Tagesordnung haben!)

- Weil es beschlossen werden muss, Herr Klipper.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben doch gerade gesagt, dass die Stelle da ist und bisher mit Drittmitteln finanziert wird! Außerdem haben Sie gesagt, wenn nicht genügend Geld da sei, werde die Stelle von der Stadtkonservatorin bezahlt! Das ist doch das Gleiche, was wir schon seit 2007 machen! Ich verstehe das nicht ganz! Deswegen habe ich nachgefragt!)

- Zwischendurch gab es ja mal Vorschläge der Task-Force, diese Maßnahme einzusparen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann kann ich also für das Protokoll feststellen: Wir schaffen keine neuen Stellen und geben keine zusätzlichen Mittel frei, sondern es wird aus dem Kulturbereich im weitesten Sinne bezahlt!)

- Genau richtig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Und es soll weiter bei einem Tag des offenen Denkmals bleiben?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja!)

- Okay. – Dann ist das noch einmal klargestellt, und wir kommen zur Abstimmung über diese Vorlage. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist sie so angenommen.

Der Rat beschließt die Fortführung des Projektes „Tag des offenen Denkmals“ ab dem Jahr 2012.

Die Finanzierung erfolgt innerhalb des Teilergebnisplans 1002 - Denkmalpflege.

Zudem beschließt der Rat, die für die Durchführung des jährlich stattfindenden Projektes bei 48 – Stadtkonservator/in, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege – ausgewiesene Planstelle ab 2012 im Umfang von 0,77 Verwaltungsangestellte/r VGr. II Fg. 1a BAT, jeweils für 6 Monate, zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Neuaufstellung des Unterausschusses Kulturbauten
3175/2011

Hier geht es um die Zusammenführung zweier Unterausschüsse zu einem Unterausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, wir müssen jetzt doch Vorschläge machen, oder nicht?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das kommt noch. Zunächst müssen wir den bisherigen Unterausschuss Opernquartier auflösen. Außerdem wird die Entsendung der sieben Vertreter in den Unterausschuss Kulturbauten vom 23. März 2010 aufgehoben. Das machen wir jetzt mit der ersten Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig beschlossen.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

In Punkt 2 der Beschlussvorlage geht es um die Neuwahl der Mitglieder des Unterausschusses Kulturbauten.

Hier schlage ich folgende Veränderung vor – ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit –: Die Formulierung soll so lauten, dass nicht nur Ratsmitglieder entsandt werden können, sondern auch sachkundige Einwohner und Bürger.

Dazu müssen wir jetzt entsprechende Benennungen vornehmen. Ich darf zunächst einmal die Benennungen vorlesen, die bislang vorliegen.

(Ralph Sterck [FDP]: Darf ich eine Frage stellen?)

- Ja, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Haben Sie gerade „sachkundige Bürger“ oder „sachkundige Einwohner“ gesagt?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Beides.

Ralph Sterck (FDP): Das heißt also, dass die Fraktionen zusätzlich sachkundige Einwohner entsenden dürfen?

(Zurufe)

- Entschuldigung. Sachkundige Bürger sind stimmberechtigte Mitglieder. Das wissen die Kollegen wahrscheinlich. Sachkundige Einwohner sind zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme. Wenn Sie also sachkundige Einwohner meinen, finde ich das gut. Ich will das nur wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auch sachkundige Einwohner.

(Ralph Sterck [FDP]: Wunderbar!)

Das ist ja unabhängig davon. Wenn sie da nicht mitstimmen können, ist das ihr Problem. Es hängt von Ihrer Benennung ab.

Dazu ist folgendes Verfahren vorgesehen – ich bitte um Aufmerksamkeit –: Wir bilden sechs Listen. Es muss dann jeweils über die Einzelliste abgestimmt werden.

Für die Liste 1 der SPD sind Frau Dr. Bürgermeister, Frau Brunn und Herr Bosbach benannt.

Für die Liste 2 der CDU sind Herr Klipper, Herr Dr. Elster und Frau Welcker benannt.

Für die Liste 3 der Grünen sind Frau Moritz und Frau von Bülow benannt.

Für die Liste 4 der FDP ist Herr Görzel benannt.

Wir brauchen jetzt noch eine Benennung für die Liste 5, pro Köln. – Bitte schön, Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Auf unserer Liste steht Herr Jörg Uckermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Wer ist für die Liste 6 der Linken benannt?

Jörg Detjen (Die Linke.): Thor-Geir Zimmermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen.

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Ich weise noch einmal darauf hin, dass jeweils für die einzelne Liste abzustimmen ist.

Wer für die Liste 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. – Es wird gleich ausgezählt.

Wer für die Liste 2 der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU.

Wer für die Liste 3 der Grünen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer ist für die Liste 4 der FDP, Herrn Görzel? – Das ist die Fraktion der FDP.

Wer ist für die Liste 5 der Fraktion pro Köln, Herrn Uckermann? – Das ist die Fraktion pro Köln.

Wer ist für die Liste 6 der Linken, Herrn Thor-Geir Zimmermann? – Das sind Herr Hoffmann und die Fraktion Die Linke.

Damit haben wir die Abstimmung durchgeführt. Jetzt muss die Auszählung stattfinden. Vorher frage ich aber der Ordnung halber noch: Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen.

Wir geben gleich das Ergebnis bekannt, wer jeweils für den Unterausschuss gewählt worden ist. Sind Sie damit einverstanden, dass wir zunächst in der Tagesordnung weitergehen? – Das ist gar nicht notwendig, weil das Ergebnis bereits vorliegt. Nach unseren Berechnungen sind alle genannten Kandidaten gewählt. Ich darf ihnen zur Wahl gratulieren.

I. Grundsatzbeschluss:

In Abänderung seiner Beschlüsse vom 23.3. 2010 bzw. 17.6.2010 beschließt der Rat:

1. Zur inhaltlichen Unterstützung des Ausschusses Kunst und Kultur, des Betriebsausschusses Bühnen, des Betriebsausschusses Wallraf-Richartz-Museum/ Fondation Corboud, des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und des Stadtentwicklungsausschusses führt der Rat die Unterausschüsse Kulturbauten und Opernquartier wieder zusammen zu einem Unterausschuss Kulturbauten. Der Unterausschuss Opernquartier wird aufgelöst.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die personelle Besetzung:

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Liste 1 (SPD)

1. Frau Dr. Eva Bürgermeister
2. Frau Anke Brunn
3. Herr Wolfgang Bosbach

Liste 2 (CDU)

4. Herr Karl-Jürgen Klipper
5. Herr Dr. Ralph Elster
6. Frau Katharina Welcker

Liste 3 (Bündnis 90/Die Grünen)

7. Frau Barbara Moritz
8. Frau Brigitta von Bülow

Liste 4 (FDP)

9. Herr Volker Görzel

Liste 5 (pro Köln)

10. Herr Jörg Uckermann

Liste 6 (Die Linke.)

11. Herr Thor-Geir Zimmermann

Auf die Listen werden folgende Stimmen abgegeben:

Wahlvorschlag	*Anzahl der abgegebenen Stimmen*
Liste 1 (SPD)	*25*
Liste 2 (CDU)	*25*
Liste 3 (Bündnis 90/Die Grünen)	*20*
Liste 4 (FDP)	*9*
Liste 5 (pro Köln)	*5*
Liste 6 (die Linke.)	*5*

Unter Berücksichtigung der auf die einzelnen Listen entfallenen Stimmen sind alle vorgeschlagenen Personen gewählt.

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

2. Der Rat entsendet in den neu aufgestellten Unterausschuss Kulturbauten:

1. Frau Dr. Eva Bürgermeister
2. Frau Anke Brunn
3. Herr Wolfgang Bosbach
4. Herr Karl-Jürgen Klipper
5. Herr Dr. Ralph Elster
6. Frau Katharina Welcker
7. Frau Barbara Moritz
8. Frau Brigitta von Bülow
9. Herr Volker Görzel
10. Herr Jörg Uckermann
11. Herr Thor-Geir Zimmermann

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Essensgeld in Kindertageseinrichtungen
hier: Anpassung an das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zum 01.01. 2011
4327/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt in Ergänzung seines Beschlusses vom 29.01.2008, 4975/2007 mit

Rückwirkung zum 01.01.2011 das Essensgeld in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege nachrangig zu Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu ermäßigen. Durch die Anspruchsberechtigten ist vorrangig ein Antrag auf Zuwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Übernahme der Mehrkosten für den Abriss und Neubau der Brücke Perlengraben
2334/2011

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist dagegen? – Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Erhöhung der Kosten von 2.070.000,- € um rund 943.000,- € auf 3.013.000,- € für den Abriss und Neubau der Straßenbrücke Perlengraben zur Kenntnis

Die Mehrkosten in Höhe von 943.000,- € sind aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 943.000,- € im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Sportagenda 2015 hier: Vereinsgründung Sportstadt Köln e. V.
2124/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es stellt sich ernsthaft die Frage, warum wir als Stadt Köln hier an einem Verein beteiligt sein müssen, der einen schönen Namen trägt, aber tatsächlich außer Kosten nichts wirklich Greifbares bringt. Im Kölner Sport haben wir eine Mitbestimmung über die Stadtbezirks-Sportverbände und mehr als 50 Sportfachverbände. Daher sind die Interessen des Kölner Sportes gut vertreten.

Wir brauchen keine neue, elitäre Einrichtung – die uns zudem gegebenenfalls noch Geld kostet. Es ist zum Beispiel gestern im Finanzausschuss ja nicht ausgeschlossen worden, dass für die Bürokratie dieses Vereins Haushaltsmittel benötigt werden. Dem können wir in der Situation des heutigen Tages, wenn wir ehrlich sind, natürlich überhaupt nicht zustimmen.

Herr Oberbürgermeister, ich finde es gut, dass Sie sich da auch persönlich eingebracht haben. Aber warum muss es denn eine solche Rechtsform haben, dass wir beispielsweise die Arbeitskraft einer Hauptverwaltungsbeamtin in Form einer Dezernentin dorthin abstellen?

Auch dazu habe ich gestern im Finanzausschuss nachgefragt, welche Kosten uns entstehen. Ich habe keine Antwort bekommen. Das finde ich sehr bedauerlich. Kostenneutral ist es ja nicht. Es ist eine weitere Ausgabe. Gleichzeitig ist aber nicht klar, was wir als Stadt Köln, unsere Sportvereine und die Menschen, die vereinsungebunden Sport treiben, dafür bekommen.

Wir haben auch schon ähnliche Erfahrungen gemacht. Denken Sie einmal an den Sportförderverein oder an andere Dinge, bei denen es hieß: Wir müssen abseits der amtlichen Sportmitverwaltung solche Vereine initiieren. – Das hat sich bisher nicht bewährt.

Aufgrund der jetzigen Haushaltslage ist ein weiteres Experiment nicht angebracht. So etwas kommt auf der einen Seite dem Kölner Sport nicht zugute und belastet auf der anderen Seite unseren Haushalt. Das ist sehr schade. Ich bitte Sie alle, dem nicht zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Wir kommen dann zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir stimmen ab über die Vorlage wie Sportausschuss und Finanzausschuss.

Wer gegen diese Vereinsgründung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist sie so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Sportausschusses aus seiner Sitzung am 24.01.2012:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass*

   a) *die Stadt Köln Mitglied im Verein Sportstadt Köln e.V. wird,*

   b) *der/die Sportdezernent/in als Vertreterin der Stadt Köln in den Verein entsendet wird und gemäß Vereinssatzung die Stadt Köln als geborenes Mitglied im Vereinsvorstand vertritt. Der/die Sportdezernent/in wird im Verhinderungsfall durch die Leitung des Sportamtes vertreten.*

2. *Der Rat nimmt*

   a) *die Sportagenda Köln 2015 (Anlagen 1 und 2) und*

   b) *die Satzung des Sportstadt Köln e. V. (Anlage 3)*

   zur Kenntnis und trifft die Festlegung, dass der in der Sportagenda Köln 2015 vorgeschlagene jährliche Ansatz für zu initiierende und fortzuführende Projekte i.H.v. 500.000,-- € nicht über städtische Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wird. Diese Mittel sollen zur Unterstützung der Sportstadt Köln aus der Stadtgesellschaft eingeworben werden.

   Mittel, die bereits im städtischen Haushalt zur Umsetzung von Projekten der Sportagenda vorgesehen sind, sind hiervon unabhängig.

3. *Zur besseren Vernetzung zwischen Sportstadt Köln e.V. und den politischen Gremien empfiehlt der Sportausschuss, dass vier vom Rat gewählte Personen in den Beirat der Sportstadt Köln e.V. entsendet werden.*

4. *Sofern kommunale Aufgaben der Sportverwaltung oder neue Initiativen der politischen Gremien für die Sportverwaltung auf den Verein Sportstadt Köln e.V. einmalig oder dauerhaft übertragen werden sollen, so muss der Sportausschuss dieser Übertragung vorher zustimmen.*

5. *Die auf Seite 3 der Beschlussvorlage aufgeführten haushaltsmäßigen Auswirkungen sind zu entfernen. In der Begründung ist auf Seite 5 der letzte Absatz zu streichen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße
3058/2011

Dazu möchte Ihnen Herr Streitberger eine Erklärung oder Information geben.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann hat gestern im Finanzausschuss die Frage gestellt, was eine Neuerrichtung der Brücke kosten würde und welche jährlichen Kosten sie verursachen würde. Dazu habe ich Daten zu zwei Alternativen.

Ein einfacher Neubau der Brücke würde circa 1 Million Euro kosten. Ein aufwendigerer Neubau, der auch die heutige Breite wiederherstellen würde, beliefe sich auf ungefähr 1,95 Millionen Euro. Dabei wird jeweils eine Nutzungsdauer von 70 Jahren unterstellt, sodass wir die Abschreibungen für die 1 Million Euro teure Brücke mit 14 286 Euro im Jahr und für die teurere Brücke mit 27 857 Euro im Jahr kalkulieren müssten. Die jährlichen Unterhaltungskosten betrügen bei der einfachen Brücke 11 000 Euro im Jahr und bei der etwas aufwendigeren Brücke 21 450 Euro im Jahr. Das würde sich bei der einfachen Brücke auf 25 286 Euro im Jahr und bei der größeren Brücke auf 49 307 Euro im Jahr summieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie sich jetzt fragen, ob es nicht ein bisschen kleinlich ist, dieses Thema hier im Rat

noch einmal anzusprechen, will ich das tun. Es geht nämlich um eine Fußgängerbrücke, die für die Bewohner des Görlinger Zentrums die einzige Möglichkeit ist, fußläufig den Militärring zu überqueren. Dort wohnen viele ältere Menschen. Davon sind auch Schulkinder betroffen, und zwar nicht nur aus dem Stadtteil, weil dort eine Gesamtschule ist. Die Bezirkssportanlage ist ebenfalls nur über diese Fußgängerbrücke zu erreichen. Wie soll das denn im praktischen Alltag ablaufen? Dieses Wohngebiet hat eine Insellage.

Hier ist eben viel von ökologischem Verkehr gesprochen worden. Sie reden davon, dass es immer mehr Elektrofahrräder geben soll. Wie sollen die Leute, die sich so etwas anschaffen, denn dann aus ihrem Wohnquartier herauskommen?

Als diese Siedlung errichtet wurde, war diese Fußgängerbrücke von Anfang an Teil eines Verkehrskonzeptes. Nun mussten Sie ja weiterbauen mit Burauen. Daher hat man diese Sache dahin gebaut.

Nur weil Sie an den Unterhaltungskosten gespart haben und diese Brücke schon verrottet ist, reißen Sie sie jetzt einfach nieder und sagen, es sei zu teuer, sie neu zu errichten. Warum muss die Brücke denn neu errichtet werden? Weil immer an den Unterhaltungskosten gespart wird.

Gerade sind die entsprechenden Summen genannt worden. Für den Einzelnen ist das in der Tat viel Geld. Als eine Millionenstadt wie Köln sollten wir uns aber doch überlegen, ob wir nicht diese Brücke wieder errichten. Schließlich war es auch der Fehler der Stadt Köln, dass man bei der Bauunterhaltung so sehr gespart hat.

Damit würden wir den Bewohnern des Görlinger Zentrums wirklich einen großen Gefallen tun. Wenn wir die Brücke jetzt einfach abreißen, werden die Leute natürlich denken: Die Stadt Köln will immer so schöne große Dinge tun; große Events sollen veranstaltet werden; dafür soll viel Geld in die Hand genommen werden. Aber zur Unterhaltung einer solchen Brücke ist die Stadt Köln nicht in der Lage.

Ich halte das für ein Armutszeugnis und bitte Sie, dagegen zu stimmen. Zur nächsten Ratssitzung sollten wir eine Vorlage bekommen, in der uns eine Alternative dargestellt wird. Man sollte wirklich noch einmal nachdenken. Vielleicht gibt es ja eine günstigere Möglichkeit, sicherzustellen, dass die Bürger den Militärring fußläufig überschreiten können. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Weil ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist sie so angenommen.

Der Rat stimmt der dargestellten Variante 3 zu und beschließt, auf den Neubau der beiden Brückenbauwerke (Fußgängerbrücke über der Militärringstraße in Verlängerung der Tollerstraße sowie Verbindungsbrücke zwischen den Schulgrundstücken) zu verzichten. Die derzeit getrennten Schulhöfe der Max-Ernst-Gesamtschule sollen zukünftig zusammengelegt werden.

Als Ersatz für den in Verlängerung der Tollerstraße zwischen den Schulgrundstücken liegenden Gehweg wird im Zuge der Stadtbahnmaßnahme eine neue Wegeverbindung vom Wendehammer Schumacherring zum Militärring realisiert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 4. Frauenförderplan 2011 – 2013
5259/2011

Dazu bitte ich Frau Kronenberg ans Mikrofon.

Gleichstellungsbeauftragte Christine Kronenberg: Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mal ganz ehrlich: Haben Sie nicht die Augen verdreht, als Sie diese Vorlage zur Frauenförderung gesehen haben? Haben Sie sich nicht gefragt, ob wir nach 30 Jahren Frauenamt immer noch Frauenförderung brauchen? Haben Sie nicht gedacht, dass diese Aufgabe mittlerweile erledigt sein müsste, so wie die Ausgleichszahlungen für Kriegsschäden? Haben Sie sich nicht gefragt, ob wir nicht wahnsinnig viel Geld sparen könnten oder ob wir nichts Wichtigeres zu tun haben? Vielleicht haben Sie aber auch ge-

dacht: Arbeitet die Gleichstellungsbeauftragte so schlecht, oder warum haben wir immer noch nicht halbe-halbe in den Chefetagen? – Um ganz ehrlich zu sein: Ich kann das ein bisschen verstehen.

Dennoch sollten Sie bestimmte Dinge wissen. In dieser Stadtverwaltung arbeiten 11 000 Frauen. 11 000 Frauen bedeuten einen Anteil von 63 Prozent. Das Zauberwort heißt aber Fair Share oder, auf Deutsch ausgedrückt, gerechte Verteilung; denn die Verteilung von Frauen und Männern auf den Einkommensebenen ist alles andere als fair. Stellen Sie sich das Ganze einmal in einer Pyramide vor. In den unteren drei Einkommensgruppen sind fast 100 Prozent Frauen. Je höher Sie schauen, finden Sie nur noch 20, allenfalls 25 Prozent Frauen. Aber auch bei der Verteilung der Familienpflichten und erst recht bei der Alterssicherung geht es unfair und nicht gerecht zu.

Das wollen wir mit dem 4. Frauenförderplan ändern. Dabei sind mir drei Dinge wichtig.

Erstens. Natürlich brauchen wir noch mehr Frauen in höheren Funktionen. Wir haben immerhin 33 Prozent, wollen aber 43 Prozent.

Zweitens. Wir wollen, dass das Gehalt städtischer Mitarbeiterinnen existenzsichernd ist. Es darf in dieser Stadtverwaltung auch keinen Gehaltsunterschied geben. Derzeit beträgt er beim Vergleich der Bruttostundenlöhne 2 Euro. Frauen verdienen bei der Stadt Köln also 10 Prozent weniger, wie man beim Vergleich der Bruttostundenlöhne feststellt – und dabei spielt die Frage von Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung keine Rolle. Sie spielt erst dann eine Rolle, wenn wir uns die Nettogehälter ansehen. Dort muss man auch konstatieren, dass Frauen bei der Stadt Köln mit 10 000 Euro im Jahr weniger nach Hause gehen als Männer.

Drittens. Wir brauchen Quoten für Männer. Ihr Anteil an Teilzeitbeschäftigung und ihr Anteil an vollzeitnaher Beschäftigung müssen deutlich erhöht werden. Denn nur so fördern wir die aktive Vaterschaft; nur so fördern wir sogenannte partnerschaftliche Lebensmodelle, die nachweislich langlebiger sind; nur so sichern wir die Existenz von Frauen und deren berufliche Entwicklung; und nur so reduzieren wir auch die Krankenquote in unserem Unternehmen.

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen von Ihnen, also aus der Politik, und von uns. Das beginnt bei der Beschäftigtenumfrage und geht mit einem Mentoring weiter. Sie als Politiker wollen, dass die Stellenbewertungen analysiert werden. Sie wollen regelmäßig informiert werden. Wir wollen aber auch diesen Verdienstunterschied analysieren. Außerdem wollen wir ein Personalmarketing, damit gute Frauen zur Stadt kommen und damit gute Frauen bei der Stadt bleiben – und natürlich auch Männer. Denn es gibt den alten Spruch: Wenn den Zeiten der leeren Kassen nicht die Zeiten des schlechten Personals folgen sollen, dann müssen wir in Gleichstellung und Frauenförderung investieren.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, diesen Frauenförderplan zu beschließen.

Und wenn Sie jetzt immer noch die Augen verdrehen, dann tun Sie das vielleicht nach links und nach rechts, um festzustellen, dass auch der Rat letztlich halbe-halbe besetzt werden muss. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön für diesen Appell, Frau Kronenberg.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den 4. Frauenförderplan. Wir stimmen ab wie AVR, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Die Fraktion pro Köln enthält sich. Dann ist der 4. Frauenförderplan ansonsten einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt den beigefügten 4. Frauenförderplan 2011 – 2013 und fordert die Verwaltung auf zu folgenden Punkten zu berichten:

1. *Ziffer 1.6: Jährlicher Bericht über die Umsetzung des FFP*

   Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales jährlich in der letzten Sitzung vor der Winterpause über den Stand der Umsetzung der Vorgaben des Frauenförderplans zu berichten.

2. *Ziffer 2.2.4: geschlechterdifferenzierter Bericht über Stellenhebungen*

   Die Verwaltung wird aufgefordert dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales,

jährlich zum Stellenplan über die gestellten Stellenhebungsanträge sowie über die erfolgten Stellenhebungen je Laufbahn geschlechterdifferenziert zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Realisierung des Koordinationszentrums der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln, Aachener Str. 90-98; Bedarfsfeststellung sowie Mittelfreigabe für die Ersteinrichtung
4999/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Vorlage hätte eigentlich schon in der heutigen Aktuellen Stunde zum Haushalt behandelt werden können; denn wir sprechen hier über die Mehrkosten bei der Möblierung des Koordinationszentrums der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen der Stadt Köln.

An dieser Stelle bitten wir Sie, dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes dahin gehend zu folgen, dass die 140 Besucherstühle, die im Stuhllager aufbewahrt werden sollen und folglich nur zeitlich begrenzt zum Einsatz kommen, in der vorgeschlagenen preisgünstigeren Variante angeschafft werden. Diese Einsparung hat keinen Einfluss auf die Qualität der Arbeit des Hauses und erfüllt die orthopädischen Anforderungen an eine Bestuhlung der vorgegebenen Verwendung. Und nur ästhetischen Ansprüchen folgend Mehrkosten von 16 000 Euro zu produzieren, lehnen wir mit Hinweis auf den notleidenden Haushalt der Stadt Köln ab.

Meine Damen und Herren, wer nicht fähig ist, im Kleinen zu sparen, dem gelingt auch nicht der große Wurf.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Wir stellen den Antrag, die Vorlage dahin gehend zu ergänzen, dass der Vorschlag des RPA in die Vorlage aufgenommen wird. Es geht nicht mehr – auch zwei Tage vor Weiberfastnacht nicht –, bei den Normen der Ausstattung städtischer Bauvorhaben permanent den Prinzen Karneval zu spielen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind ja in einem Punkt dem RPA gefolgt. In diesem Punkt – das haben wir auch auf Seite 3 oben ausgeführt – sind wir allerdings der Auffassung, dass sich diese Investition lohnt, auch wenn die Kosten – die von Ihnen genannte Zahl ist völlig korrekt – etwas höher sind. Wir wollen die Gesamtimmobilie nämlich mit einheitlichen Stühlen ausstatten,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber kein Grund!)

um dann auch innerhalb des Hauses tauschen zu können, anstatt eine eigene Rubrik für Besucherstühle zu bilden, die dann innerhalb des Hauses nicht mehr anders verwendet werden können. Deshalb meinen wir, dass dieses zwar etwas teurer, aber unter dem Strich wirtschaftlicher ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Herr Strahl, ich habe es so verstanden, dass Sie gerade einen Änderungsantrag der CDU formuliert haben. Darüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Henk van Benthem [CDU]: So viel zum Sparen in dieser Stadt! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und Herr Hoff-

mann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der FDP ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

I. Beschluss über den mündlichen Änderungsantrag von Ratsmitglied Dr. Strahl:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemäß Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, zumindest die 140 Besucherstühle, die im Stuhllager aufbewahrt werden sollen, in einer preiswerteren Ausstattungsvariante zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bedarf zur Ersteinrichtung des neuen Koordinationszentrums der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln Aachener Str. 90–98 in Höhe von brutto 845.876,78 € zu und beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von brutto 845.876,78 € im Teilfinanzplan 0601 – Kinder- und jugendpädagogische Einrichtung – bei der Finanzstelle 5111-0601-0-0002 „Neubau Kid S – Zentrum“ in der Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Hj. 2012.

Zur Finanzierung erfolgt eine entsprechende Veranschlagung im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Hpl. - Entwurf 2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Gründung der Akademie der Künste der Welt gGmbH
0200/2012

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0210/2012

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Herr Klipper, bitte, und danach Herr Görzel.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, bei dem gesamten Aufwand für den Zeitraum bis 2015, der hier voraussichtlich auf den städtischen Haushalt kommt, und der Bedeutung dieses Betrages möchten wir Sie bitten, dies in die Haushaltsberatungen zu verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Verweisung in die Haushaltsberatungen; ja. – Dann Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Wir schließen uns dem voll und ganz an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dazu gibt es auch einen Änderungsantrag.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Den verweisen wir direkt mit!)

- Er soll mit verwiesen werden; okay.

Wir stimmen jetzt ab. Wer für den Antrag auf Verweisung in die Haushaltsberatungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Dann kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom heutigen Tage. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur endgültigen Abstimmung über den Beschlussvorschlag unter Tagesordnungspunkt 10.17. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Die Fraktion pro Köln enthält sich. Damit ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

I. Gemäß Antrag der Ratsmitglieder Klipper und Görzel, beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Gesellschaftsvertrag der Akademie der Künste der Welt wird wie folgt geändert:

§ 9 Aufsichtsrat (1) wird wie folgt neu gefasst:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Ihm gehören mindestens 8 Mitglieder an, die vom Rat der Stadt Köln entsandt werden. Die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister der Stadt Köln bzw. eine von ihr bzw. von ihm vorgeschlagene städtische Dienstkraft muss dazuzählen. Die Gesellschafterversammlung kann den Aufsichtsrat um bis zu 7 weitere Mitglieder erweitern, die ebenfalls vom Rat der Stadt Köln entsandt werden. Diese Sitze sollen Personen vorbehalten sein, die die Akademie der Künste der Welt substanziell finanziell oder überragend ideell unterstützen.

§ 18 Künstlerischer Beirat (1), wird wie folgt neu gefasst:

Zur Beratung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung in wichtigen inhaltlichen Fragen der Gesellschaft wird ein künstlerischer Beirat gebildet, dem bis zu 15 Mitglieder angehören. Der/Die Präsident/in und der/die Geschäftsführer/in der Akademie der Künste der Welt nehmen an den Sitzungen des künstlerischen Beirates teil.

Absatz (2) entfällt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. Der Rat beschließt, den Ratsbeschluss vom 14.07.2011 zu Vorlage-Nr. 2374/2011 zu TOP 10.45 insoweit aufzuheben, dass der Rat die Verwaltung beauftragt, die zur Gründung der Akademie der Künste der Welt, Köln in der Rechtsform der Stiftung erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

2. Der Rat beschließt die Gründung der Akademie der Künste der Welt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrag.

3. Der Rat beschließt die Veranschlagung von 25.000 EUR im Teilfinanzplan 1601, Teilplanzeile 10 (Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen) zum endgültigen Hpl 2012 sowie die Mittelfreigabe in Höhe von 975.000 EUR im Teilergebnisplan 0416, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen).

4. Der Rat ermächtigt die Vertreterin bzw. den Vertreter der Stadt Köln sowohl in der Gesellschafterversammlung der Akademie der Künste der Welt gGmbH als auch vor dem beurkundenden Notar die zur Umsetzung des Beschlusses zu 2. notwendigen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

5. Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Der Beschluss erfolgt unter der Maßgabe, dass der Gesellschaftsvertrag der Akademie der Künste der Welt wie folgt geändert wird:

§ 9 Aufsichtsrat (1) wird wie folgt neu gefasst:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Ihm gehören mindestens 8 Mitglieder an, die vom Rat der Stadt Köln entsandt werden. Die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister der Stadt Köln bzw. eine von ihr bzw. von ihm vorgeschlagene städtische Dienstkraft muss dazuzählen. Die Gesellschafterversammlung kann den Aufsichtsrat um bis zu 7 weitere Mitglieder erweitern, die ebenfalls vom Rat der Stadt Köln entsandt werden. Diese Sitze sollen Personen vorbehalten sein, die die Akademie der Künste der Welt substanziell finanziell oder überragend ideell unterstützen.

§ 18 Künstlerischer Beirat (1), wird wie folgt neu gefasst:

Zur Beratung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung in wichtigen inhaltlichen Fragen der Gesellschaft wird ein künstlerischer Beirat gebildet, dem bis zu 15 Mitglieder angehören. Der/Die Präsident/in und der/die Geschäftsführer/in der Akademie der Künste der Welt nehmen an den Sitzungen des künstlerischen Beirates teil.

Absatz (2) entfällt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Weiterplanungsbeschluss
3038/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Damit ist sie angenommen.

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die Kostenschätzung für den Abriss der bestehenden Schulgebäude und den Neubau einer Grundschule in Köln-Volkhoven/Weiler, Fühlinger Weg 7, mit Gesamtbaukosten (inkl. Abbruchkosten) in Höhe von 13.225.000,- € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 „Rheincharta Version 1.0“
4641/2011

Dazu sehe ich auch keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit angenommen.

Der Rat nimmt die „Rheincharta Version 1.0“ zur Kenntnis und fordert die Verwaltung auf, alle daraus noch zu entwickelnden Planungen, Projekte und Maßnahmen den jeweils zuständigen Fachausschüssen zur Vorberatung und Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss 2008
0366/2012

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2008 für die eigenbetriebsähnliche Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 337.928.616,71 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 3.017.476,41 Euro fest.*
2. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2008 von 3.017.476,41 Euro auf das Geschäftsjahr 2009 vorgetragen wird.*
3. *Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
0370/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von pro Köln ist es so angenommen.

31. Sitzung vom 14. Februar 2012

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2003 stammenden Verlustes von 10.153.090,88 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7538/04
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Urbach in Köln-Porz-Urbach
4642/2011

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Die FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 7538/04 für das Gebiet des Stadtteilzentrums Urbach entlang der Kaiserstraße ausgehend vom Kreuzungsbereich Kaiserstraße/Frankfurter Straße nach Westen bis zur Einmündung Egmontstraße, Ausläufer nach Osten in die Waldstraße bis zur Leuschhofgasse und entlang der Frankfurter Straße nach Norden bis zur Fauststraße und nach Süden bis zur Zündorfer Straße in Köln-Porz-Urbach – Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Urbach in Köln-Porz-Urbach – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07. 1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg in Köln-Vogelsang
2751/2011

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen. – Herzlichen Dank. Das ist sehr schön.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 62460/02 für das Gebiet zwischen der Vitalisstraße, dem Girlitzweg einschließlich der Bahnunterführung Girlitzweg - Widdersdorfer Straße, der Straße Am Wassermann, der Nordwestgrenze des Flurstücks 2632, der West- und Nordgrenzen der Flurstücke 2053 und 2062, der Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 2067, der Süd- und Ostgrenze des Flurstücks 2069 sowie der Südgrenze des Flurstücks 1231 (alle in Flur 76 der Gemarkung Müngersdorf) in Köln-Vogelsang – Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg in Köln-Vogelsang – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 62460/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (Bau GB) zu ändern;*

3. *den Bebauungsplan 62460/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07. 1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassun – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

17. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und dessen Stellvertretung für den Veedelsbeirat
0367/2012

Abstimmung wie BV 9, Anlage 2. Gewählt werden sollen Herr Franz Legewie und seine Stellvertreterin Frau Regina Bieger.

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim als Vertreter für das Forum Bildung folgende Personen als stimmberechtigtes Mitglied und dessen Stellvertretung in den Veedelsbeirat MÜLHEIM 2020:

Herr Franz Legewie
Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Regina Bieger
Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Berufung einer Vertreterin/eines Vertreters der Bezirksschüler/innenvertretung Köln als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft als sachkundige/r Einwohner/in
5178/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit angenommen.

Der Rat beschließt, als Vertreter/in für die Bezirksschüler/innenvertretung Köln

als ständiges Mitglied mit beratender Stimme

Frau Anna Gazel Ugurlu

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
0386/2012

Hier geht es um die Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist der Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gem. § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreter/innen

als sachkundige Einwohner/innen in die entsprechenden Fachausschüsse zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin im Wirtschaftsausschuss
AN/0175/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit angenommen.

Herr Turadj Zarinfar hat sein Amt als Sachkundiger Einwohner im Wirtschaftsausschuss niedergelegt.

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als Nachfolgerin Frau Christi Degen, wohnhaft Oberländer Ufer 190a, 50968 Köln zur Sachkundigen Einwohnerin des Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
AN/0176/2012

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So geschehen.

Die FDP-Fraktion nimmt im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen Austausch vor.

Der Rat wählt daher auf Vorschlag der FDP-Fraktion zum Nachfolger der Sachkundigen Einwohnerin Yvonne Bußmann

Herrn Robert Wande,

wohnhaft Gereonswall 17, 50668 Köln, zum neuen Sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden
AN/0179/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So angenommen.

Der Rat benennt anstelle von Herrn Georg Scheferhoff als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Anregungen und Beschwerden

Herrn Frank Hauser.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Entsendung in die Lenkungsgruppe „Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
AN/0182/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Angenommen.

Der Rat entsendet in die Lenkungsgruppe „Europäische Charta der Gleichstellung“ anstelle von Frau Bürgermeisterin Angela Spizig das Ratsmitglied

Frau Kirsten Reinhardt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl Sachkundiger Einwohner in Ausschüsse des Rates
AN/0180/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion folgende Personen in die nachfolgend genannten Gremien:

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel,
Ursulagartenstraße 16 a, 50668 Köln,

anstelle von Frau Lisa Steinmann

als Sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren

Herrn Gerrit Krupp,
Gütersloher Str. 89, 51109 Köln

als Sachkundigen Einwohner in den Stadtentwicklungsausschuss

Frau Marlu Quilling,
Rheinaustr. 3, 50999 Köln

anstelle von Frau Hanne Kirchhoff

als Sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herrn Sven Kaske,
Kochwiesenstr. 53, 51067 Köln

als Sachkundigen Einwohner in den Gesundheitsausschuss

Frau Waltraud Blümcke,
Hermann-Espenmüller-Str. 8, 50999 Köln

als Sachkundige Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss.

Frau Lisa Steinmann,
Luxemburger Str. 325, 50939 Köln

anstelle von Herrn Jochen Ott

als Sachkundige Einwohnerin in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:
Ratsmitglied Börschel sowie der Oberbürgermeister nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Schulausschuss
AN/0185/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So angenommen.

Der Rat der Stadt Köln bestimmt nach dem Rücktritt von Frau Elke Hoheisel-Adejolu

Herrn Oswald Pannes

zum sachkundigen Einwohner des Schulausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0181/2012
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion
AN/0209/2012

Abstimmung entsprechend dem Änderungsantrag.

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion die folgenden Personen in die genannten Gremien:

1. *Herr Dr. Walter Schulz wird in den Wirtschaftsausschuss entsandt.*
2. *Herr Michael Frenzel, Kirschweg 17, 51143 Köln, wird als stimmberechtigter Sachkundiger Bürger in den Stadtentwicklungsausschuss entsandt.*
3. *Herr Dr. Walter Schulz wird mit Wirkung vom 01.05.2012 als Vertreter für die Stadt Köln in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH entsandt.*
4. *Herr Jörg van Geffen wird in Nachfolge von Herrn Alfred Schultz den zweiten stellvertretenden Vorsitz im Wirtschaftsausschuss übernehmen.*
5. *Herr Jörg van Geffen wird als Vertreter für die Stadt Köln in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH entsandt.*
6. *Herr Jörg van Geffen wird als Vertreter für die Stadt Köln in den Aufsichtsrat der Kölntourismus GmbH entsandt.*
7. *Herr Jörg van Geffen wird als Vertreter für die Stadt Köln in den Aufsichtsrat der KölnKongress GmbH entsandt.*
8. *Herr Jörg van Geffen wird als Vertreter für die Stadt Köln in den Aufsichtsrat der Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln entsandt. Herr Malik Karaman wird als Stellvertreter für das Aufsichtsratsmitglied Herrn Jörg van Geffen benannt.*
9. *Herr Dr. Walter Schulz wird als stimmberechtigter Vertreter in die Mitgliederversammlung des Region Köln/Bonn e.V. entsandt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Hier geht es um die Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen, die am 9. Januar 2012 im Hauptausschuss behandelt worden sind.

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Straße und Zülpicher Straße
5139/2011

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der FDP ist dagegen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so genehmigt.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 09.01.2012:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir, dass die Verwaltung die DB AG beauftragt, in die Planungen zur Sanierung der DB-Brückenbauwerke über die Zülpicher Straße und Luxemburger Straße eine Erweiterung im Interesse der verkehrsgerechten Gestaltung des Straßenraumes aufzunehmen sowie die entsprechende Vereinbarung mit der DB AG nach Eisenbahnkreuzungsgesetz abzuschließen.

Außerdem soll in die Planungen der Bau eines zusätzlichen Bahnsteigzugangs von der Zülpicher Straße aus zum Bahnhof Köln Süd aufgenommen und im Zuge der Brückenerneuerung durch die DB AG umgesetzt werden.

Die Planungskosten in Höhe von 400.000 € sind im Haushaltsplanentwurf 2012 nicht enthalten. Die Finanzierung erfolgt haushaltsneutral im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze im Rahmen des bestehenden Budget-

ansatzes durch entsprechende Umschichtungen durch Reduzierung der Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens.

Die Verwaltung wird beauftragt, sorgfältig mit den Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung umzugehen und solange wie möglich mit der Deutschen Bahn zu verhandeln, um ein für die Stadt Köln möglichst günstiges und eventuell kostenneutrales Ergebnis zu erzielen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Einführung eines verbundweiten SozialTickets
5153/2011/1

Wortmeldungen gibt es nicht. Dann frage ich: Wer ist gegen diese Genehmigung? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Herrn Ludwig ist dies damit genehmigt.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 09.01.2012:

1. er Hauptausschuss stimmt gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW der Einführung eines verbundweiten SozialTickets zum 01. März 2012 zu. Er nimmt die Einführung von rabattierten 4er- bzw. MonatsTickets in den Preisstufen 1a bis 5 gemäß Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu nachfolgend aufgeführten Preisen im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) zur Kenntnis:

Preis 2012	1a	1b	2a	2b
4erTicket MobilPass	4,60 €	5,60 €	5,60 €	7,70 €
Monats Ticket MobilPass	25,70 €	34,50 €	34,50 €	39,50 €

Preis 2012	3	4	5
4erTicket MobilPass	9,90 €	15,20 €	22,40 €
Monats Ticket MobilPass	48,20 €	57,20 €	69,10 €

Bezugsberechtigt für dieses Ticketangebot ist die in den Richtlinien Sozialticket 2011 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr vom 08.08. 2011 benannte Zielgruppe (SGB II-Empfänger, SGB XII-Empfänger, Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz und Empfänger von Leistungen der Kriegsopferfürsorge). Darüber hinaus sind auch die übrigen Inhaber des KölnPasses (Geringverdiener, Wohngeldberechtigte etc.) berechtigt, das Ticketangebot MobilPass des VRS zu nutzen. Das Angebot von KölnPass-Tickets wird zum 01.03. 2012 durch dieses Ticketangebot ersetzt.

2. In Anlehnung an das bisherige KölnPass-Angebot beschließt der Hauptausschuss einen Preis von 31,80 € für das MonatsTicket MobilPass ausschließlich für das Stadtgebiet Köln (Preisstufe 1b). Die sich hieraus ergebenden nicht realisierten Verkaufserlöse (Differenz zwischen 34,50 € und 31,80 €) der Kölner Verkehrs-Betriebe AG sind vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008 aufzunehmen. Aufgrund der voraussichtlich höheren Zuweisung von Landesmitteln an den VRS wird der Vorstand der Kölner Verkehrs-Betriebe AG aufgefordert, zur Entlastung des gesamtstädtischen Haushalts eine angemessene Beteiligung an den verfügbaren Landesmitteln beim VRS zu erreichen.

3. Die Stadt Köln überträgt die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Sozialticket 2011) für den Zeitraum ab 01.03.2012 an den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Die Fördermittel sind zweckgebunden und vollständig tarifmindernd für das unter 1. und 2. genannte Ticketangebot einzusetzen.

4. Das Tarifangebot des MobilPasses ist gekoppelt und befristet an eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Ludwig (Fraktion Die Linke.) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
5268/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Sache möchte ich mich an dieser Stelle nicht äußern. Dass wir gegen die Schneesteuer waren und sind und auch sein werden, ist hinlänglich bekannt.

Wir möchten an dieser Stelle jedoch mit Vehemenz zum Ausdruck bringen, dass uns die Verfahrensweise, dieses Thema hier im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung durchzupeitschen, massiv gestört hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit hat man die Grenzen des Vertretbaren überstrapaziert. Es kann nicht sein, dass am 20. Dezember 2011 hier eine Koalition gekittet werden sollte, die uns in den Abgrund hätte reißen können, und nur wenige Tage danach eine Dringlichkeitsentscheidung zum gleichen Thema getroffen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir so nicht durchgehen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer für die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 09.01.2012:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die Hebesatzsatzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze für das Jahr 2012 in der zu diesem Beschluss beigefügten paraphierten Fassung (Anlage).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.4:

18.4 Verlängerung der Wertgrenzenregelung KP II für 2012
5208/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltungen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Die Regelungen zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens, die mit Beschluss des Rates vom 26.03.2009 unter TOP 9.26 getroffen wurden, gelten bis zum 31.12. 2012 fort.

Köln, den 22.12.2011

gez. Jürgen Roters	*gez. Michael Zimmermann*
Oberbürgermeister	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.27 Uhr)

32. Sitzung

vom 27. März 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“

AN/0440/2012

1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen“

AN/0442/2012

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord

2974/2011

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012“

AN/0396/2012

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container“

AN/0356/2012

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Als Feuer vom Himmel fiel: Den Opfern des Tausend-Bomber-Angriffs ein ehrendes Andenken bewahren!“

AN/0357/2012

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“

AN/0187/2012

3.1.5. Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd-Stadtbahn“

AN/0391/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0443/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0447/2012

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“

AN/0358/2012

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Güterbahnhof Mülheim“

AN/0388/2012

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abtretung der durch Aufsichtsratsmandate erworbenen Entgelte an die Stadtkasse Köln“

AN/0359/2012

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Jahnwiese für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten“

AN/0360/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/ Bonn“

AN/0399/2012

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Flughafen Köln/Bonn“

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn

AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0451/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln“

AN/0422/2012
(zugesetzt)

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe“

AN/0425/2012
(zugesetzt)

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Folgen der vorläufigen Haushaltsführung“

AN/0429/2012
(zugesetzt)

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein

4933/2011
(zurückgezogen)

6.1.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung

0327/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln

3170/2011

6.2.2 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln

4986/2011

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011

1064/2012

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012

5278/2011
(zurückgezogen)

10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012

5279/2011
(zurückgezogen)

10.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption

0507/2012

10.4 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Anpassung der Zweckverbandssatzung an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007

0526/2012

10.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße

hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht

0701/2012

10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage

1005/2011
(zurückgezogen)

10.7 Kölner Haus der Innovationen

hier: Gründungsprozess

4514/2011
(zurückgezogen)

10.8 Einrichtung Logistikforum Köln

0705/2012

10.9 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

hier: Wirtschaftsplan 2012

0791/2012

10.10 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) – Retentionsraum Worringer Bruch

4162/2011

10.11 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes

0270/2012

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB): Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen des „Investitionsprogramms Abwasser NRW“ des Landes NRW und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW.BANK

0849/2012

10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Wirtschaftsplan 2012

0947/2012
(zurückgezogen)

10.14 Errichtung eines Bildungsganges: Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales, Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales, Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/ Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie) am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2012.

0112/2012

10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)

4290/2011
(zugesetzt)

10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung

1152/2012
(zugesetzt)

10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln

1158/2012
(zurückgezogen)

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02

Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich

4547/2011
(zurückgezogen)

13. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Braunsfeld

Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld

0008/2012

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide

Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyler Straße in Köln-Holweide

0049/2012

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0072/2012

17. Wahlen

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

0330/2012

17.2 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Nachwahl eines Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW

AN/0372/2012

17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

0951/2012
(zurückgezogen)

32. Sitzung vom 27. März 2012

17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates

0972/2012

17.5 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss

AN/0432/2012
(zugesetzt)

17.6 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien

AN/0449/2012
(zugesetzt)

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Landtagswahl 2012 – Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss

1084/2012
(zugesetzt)

19. …

Anwesend waren:

Vorsitzender: *Oberbürgermeister Jürgen Roters*

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Möller, Sandra Dr.; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Bezirksbürgermeister:
Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef

Verwaltung:
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenografen:
Herr Becker
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Görzel, Volker; Nesseler-Komp, Birgitta; Wiener, Markus*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: Schößler, *Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus*

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 19.35 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 32. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Görzel und Herr Wiener entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Heinen, Herrn Jung und Frau Thelen.

Jetzt kommen wir zur Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Wie üblich sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen im Entwurf besonders gekennzeichnet.

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: zum einen der Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachtfluglärm am Flughafen Köln/Bonn, der im Entwurf die Ziffer 1.1 hat, zum anderen ein Antrag der Fraktion Die Linke, in dem es um Angriffe des Bundesumweltministers Röttgen gegen die RheinEnergie geht, Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, sich einvernehmlich auf eines der beiden Themen zu einigen. Ich schaue mich um und frage Sie: Gibt es eine einvernehmliche Einigung? – Das ist nicht der Fall.

Dadurch sind wir in der Situation, dass wir heute zwei Aktuelle Stunden haben. Wer gegen die Durchführung der beiden Aktuellen Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Bei Ablehnung von der CDU sind zwei Aktuelle Stunden beschlossen.

Wir kommen nun zur Festlegung der heutigen Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor – ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit –: 4.1, 4.2, 4.3, 10.15,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Langsam! Langsam!)

10.16, 10.17. – Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben versucht, diesen kurzfristig zugesetzten Antrag noch zu beraten. Das ist uns nicht gelungen. So muss ich Fristeneinrede geltend machen. Wir würden das gerne zu einem späteren Zeitpunkt ordentlich und umfassend diskutieren. – Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr wollt die verhindern!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Einwendungen gegen diese Fristeneinrede? – Frau dos Santos.

Susana dos Santos Herrmann (SPD)**:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung: Es ist natürlich guter Brauch, dass wir den Fraktionen zugestehen, dass Sie noch Beratungsbedarf haben. Was wir hier aber erleben, ist eine Ungeheuerlichkeit. Die CDU hat zusammen mit FDP und Linke schon im Landtag den Haushalt durchfallen lassen und damit den Kommunen erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dieser Punkt gehört dazu. Das SozialTicket ist nicht finanziert. Jetzt versuchen wir, eine städtische Lösung zu finden und das alte KölnPass-Modell wiederherzustellen. Dass das jetzt wegen Fristeneinrede nicht beschlossen werden kann, ist unglaublich und ein politisches Spielchen auf dem Rücken der sozial Schwachen in dieser Stadt. Herr Oberbürgermeister, das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir machen das übliche Verfahren selbstverständlich mit, aber ich fordere Sie auf, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie erlauben,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das geht gar nicht!)

diese Verwaltungsvorlage möglichst rasch in eine Dringlichkeitsentscheidung umzuwandeln. Ich kann Ihnen jetzt schon für die SPD zusagen: Wir unterschreiben diese Dringlichkeitsentscheidung.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann brauchen wir darüber nicht abzustimmen. Ich gehe davon aus, dass der Tagesordnungspunkt 10.17 damit abgesetzt ist und im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung möglichst bald zur Entscheidung vorgelegt wird.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Wir kommen jetzt zu weiteren Zusetzungen: 17.5, 17.6 und 18.1. – So weit die Zusetzungen.

(Zuruf von der CDU: 17.6 steht aber nicht auf der Tagesordnung!)

- In 17.6 geht es um die Mitgliedschaft im Kreiswahlausschuss.

(Zuruf von der CDU: Steht aber nicht auf der Tagesordnung!)

- Der Punkt 17.6 wurde ja auch zugesetzt. Dazu wird Ihnen gleich noch eine Tischvorlage ausgehändigt. Es geht um die Zusammensetzung des Kreiswahlausschusses. Durch das Ausscheiden des ehemaligen Mitglieds Alfred Schultz muss eine Nachbesetzung erfolgen, und das müssen wir heute ordentlich hinkriegen.

Jetzt kommen wir zu den Absetzungen. Abgesetzt sind: 2.1, 6.1.1, 10.1, 10.2, 10.6, 10.7, 10.13, 12.1, 17.3 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1 und 24.4. – Sie sollten sich nicht täuschen: Es bleiben noch einige Punkte auf der Tagesordnung, die es zu debattieren gilt.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen vom 26. März zum Thema Flughafen Köln/Bonn vor. Das ist Tagesordnungspunkt 3.1.11. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Damit ist sie so als Tagesordnungspunkt 3.1.11 angenommen und auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung:

Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.1 und 3.1.4 gemeinsam zu behandeln, da sich beide mit den Abschlagszahlungen an die Freien Träger beschäftigen.

Weiterhin schlage ich vor, die Anträge zum Flughafen unter 3.1.10 und 3.1.11 gemeinsam mit der Aktuellen Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1, also gleich zu Beginn der Beratungen, zu behandeln. Ich glaube, es ist sehr logisch, wenn wir das so machen. Die Redeordnung wird dann der für die Aktuelle Stunde vorgesehenen entsprechen.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Tagesordnung? – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben zum Punkt 3.1.11 – das ist der Dringlichkeitsantrag von SPD und Grünen zum Flughafen Köln/Bonn – einen Änderungsantrag eingebracht, in Session und schriftlich gerade der Sitzungsleitung übergeben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der kommt bei uns auch noch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dieser wird dann unter Umständen noch vorgelegt. Das werden wir im Laufe der Aktuellen Stunde sehen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Dr. Heinen, Herrn Jung und Frau Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde vorlägen. Es handelt sich um folgende Angelegenheiten:

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“ AN/0440/2012

1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen“ AN/0442/2012

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren Anträgen bestehe nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklären die Antragsteller, dass eine

diesbezügliche Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Rat beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung – zwei aktuelle Stunden durchzuführen.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln“
AN/0422/2012

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe“
AN/0425/2012

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Folgen der vorläufigen Haushaltsführung“
AN/0429/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
4290/2011

10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung
1152/2012

10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012

17. Wahlen

17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss
AN/0432/2012

17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Landtagswahl 2012 – Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012

Absetzungen

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter
KölnAlt-stadt/Nord
2974/2011

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein
4933/2011

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011

10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011

10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011

10.7 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011

10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012

32. Sitzung vom 27. März 2012

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02
Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich
4547/2011

17. Wahlen

17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

23. Grundstücksangelegenheiten

23.1 Vorzeitige Erbbaurechtsverlängerung Gereonswall 110
Köln-Altstadt-Nord
3653/2011

24. Allgemeine Vorlagen

24.4 Einführung von SAP PSCD als neues Kassenverfahren der Verwaltung
0731/2012

IV. Ratsmitglied Granitzka erklärt, seine Fraktion habe zu Punkt

10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012

noch Beratungsbedarf und beantrage daher, die Beschlussfassung zurückzustellen.

Ratsmitglied dos Santos Herrmann verweist auf die Notwendigkeit, in der Angelegenheit eine rasche Entscheidung zu treffen und bittet den Oberbürgermeister, die Sache so schell wie möglich als Dringlichkeitsentscheidung wieder vorzulegen.

Der Oberbürgermeister zieht nach diesen Erklärungen die Vorlage für die heutige Sitzung zurück und erläutert, dass er es für erforderlich halte, die Sache alsbald zu entscheiden und die Verwaltung daher umgehend eine Dringlichkeitsentscheidung vorlegen werde.

V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Dringlichkeitsantrag zum Thema

Flughafen Köln/Bonn

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

vorgelegt hätten, hierzu seien bereits folgende Änderungsanträge eingegangen:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung – wie von der Verwaltung vorgeschlagen als Punkt 3.1.11 – einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Punkte

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012“
AN/0396/2012

und

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. Betreffend „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“
AN/0187/2012

wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln. Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Der Oberbürgermeister schlägt des weiteren vor, die Punkte

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“
AN/0440/2012

und

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verhinderung eines Luftdreh-kreuzes

der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn“ AN/0399/2012

sowie

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Flughafen Köln/ Bonn“

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn AN/0441/2012

wegen des Sachzusammenhangs ebenfalls gemeinsam zu behandeln. Der Rat stimmt auch diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VIII. Der Rat stimmt der so festgelegten Tagesordnung einvernehmlich zu.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum ersten Tagesordnungspunkt:

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“
AN/0440/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn“
AN/0399/2012

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Flughafen Köln/ Bonn“
„Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen“
Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms
Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofs zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Herr Granitzka, ich darf Sie ans Pult bitten.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion, und wir haben eine Aktuelle Stunde, beantragt von der CDU-Fraktion. Es ist in der Tat wichtig und dringlich, dass wir uns über dieses Thema aktuell unterhalten. Dringlich ist es deswegen, weil es sowohl um die Gesundheit der Menschen als auch um die wirtschaftliche Prosperität dieser Stadt geht.

Dringlich ist es aber auch, weil der Öffentlichkeit einmal erklärt werden muss, wie es sein kann, dass ein grüner Parlamentarischer Staatssekretär, der das nun gar nicht mehr ist und schon sein Büro geräumt hat, in die Presselandschaft streut, die Landesregierung würde noch vor ihrem Ableben

(Martin Börschel [SPD]: Der Wiedergeburt!)

- erst einmal muss sie ableben, um wiedergeboren zu werden –

(Martin Börschel [SPD]: Auferstehung! Es ist bald Ostern!)

über ein Nachtflugverbot für den Köln/Bonner Flughafen entscheiden. Ich war zuerst ein bisschen erschrocken, habe aber dann gemerkt, dass Herr Parlamentarischer Staatssekretär Becker seinen Minister, der sich, als er mit dieser Aussage konfrontiert wurde, im Ausland aufhielt, voll vorgeführt hat. So sieht rot-grüne Zusammenarbeit im Land aus. Deswegen musste diese Regierung auch scheitern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun, der Minister hat, wie wir wissen, zurückgerudert.

Hier in Köln haben sich Rot und Grün auf einen wirklich netten Antrag verständigt. Ich finde es unheimlich toll – ich komme gleich noch darauf zurück –, dass Sie sich heute dagegen wenden, dass die Canadian Royal Air Forces hier in Köln ihre Schrottflugzeuge umladen wollen.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Ich bin froh, dass Sie das mit aufgenommen bzw. von uns übernommen haben. Wir haben uns bereits am 15. Februar dazu positioniert und das auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht. Herzlich willkommen in unserem Boot!

(Beifall bei der CDU)

Das heißt: Hier gibt es kein Zögern und Zaudern mehr. Ich bin froh, dass auch Sie jetzt darauf gekommen sind, sich dagegen zu wenden.

Der Schlingerkurs, der im Nachtflug, im besten Sinne des Wortes, geflogen wird, dient weder dem Flughafen noch den Menschen, die in dessen unmittelbarer Nähe wohnen und ihre Nachtruhe brauchen. Beide Parteien fordern einen klaren Kurs von uns, und den müssen wir auch fahren. Wir wollen, dass die Interessen beider Seiten Berücksichtigung finden, aber ohne dass hier ein Kahlschlag stattfindet und ohne dass weiße Salbe verteilt wird, weil eigentlich nicht die gemeint sind, die wirklich Lärm machen, sondern nur die, die zu bestimmten Zeiten fliegen, was den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft. Denn viele, die sich dagegen wenden, fliegen eben mit, wie uns der Flughafenchef mitgeteilt mit.

Es geht nicht nur um die Gesundheit der Menschen, es geht auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Köln/Bonn. Auf der einen Seite ist der Flughafen ein wirklich wichtiger Wirtschaftsfaktor. 12 000 Menschen arbeiten unmittelbar vor Ort, in der ganzen Region hängen 24 000 Arbeitsplätze davon ab. Auf der anderen Seite müssen wir berücksichtigen, dass die Menschen Schlaf brauchen. Es heißt ja, dass im Schlaf die Batterie wieder aufgeladen wird, und wenn das dauernd gestört wird, ist es nicht in Ordnung.

Aber das ändern wir nicht durch politisches Hickhack oder politische Taktiererei, die nur kurzfristig wirkt. Vielmehr müssen wir wirklich etwas tun, und zwar jetzt. Wir müssen jetzt etwas tun, statt nur Strafen zu verhängen, wie Sie fordern, obwohl auch das richtig ist. Wir müssen dafür sorgen, dass Maßnahmen gegen den Lärm ergriffen und Incentives für weniger lärmende Maschinen geschaffen werden, beispielsweise dass solche Maschinen billiger starten können. Das werden wir auch mittragen. Aber all das reicht bei weitem nicht aus, meine Damen und Herren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Sondern?)

Sondern: Wir müssen Anregungen geben, dass die Flugzeugflotten modernisiert werden. Die erste „Triple Seven“ – ein bisschen Englisch müssen wir können –, also Boeing 777, die am Flughafen starten wird, wird dann eine laute MD-11 ablösen. Dieser Weg muss fortgesetzt werden.

Die Anfluglinien müssen optimiert werden. Die Deutsche Flugsicherung hat jetzt endlich anderen, weniger lärmintensiven Anflugwinkeln zugestimmt.

Es gibt Möglichkeiten, die Flugzeuge, die jetzt im Betrieb sind, so zu verbessern, dass sie leiser sind, indem man entsprechende Verkleidungen an den Fahrwerken der Maschinen anbringt. Der Chef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt hat uns klar gemacht, was da alles möglich ist.

Und wir müssen die Verwaltung auffordern, schneller und unbürokratischer zu prüfen, ob den Menschen, die vom Lärm geplagt sind, schneller mit passivem Schallschutz geholfen werden kann.

All das sind umsetzbare Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, und zwar jetzt. Statt noch lange herumzupalavern und ideologisch herumzueiern, müssen wir jetzt etwas für die Menschen tun. Wir wollen damit anfangen. Und da, wo Sie das auch wollen, werden wir Ihrem Antrag sicherlich gerne zustimmen.

Ich will Ihnen keinen Sand in die Augen streuen. Es wird nicht einfach sein; denn wir bewegen uns auf einem schmalen Grat zwischen Wirtschaftlichkeit und schützenswerten Gesundheitsinteressen der Anwohner, aber wir müssen es versuchen. Das darf uns nicht davon abbringen, die notwendigen Schritte *jetzt* zu tun, *jetzt* damit anzufangen.

Punkt 1 des Antrages von Rot-Grün können wir gerne zustimmen. Ich hatte ja schon erwähnt, dass wir schon seit dem 15. Februar darauf warten, dass Sie sich unserer Position anschließen.

Zum Punkt 2: Da gehen wir ein bisschen weiter als Sie. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt, der gerade noch umgedruckt wird und das wiedergibt, was ich hier gesagt habe. Wenn Sie also der Meinung sind, dass wir nicht nur das Abfliegen teurer machen sollten, sondern dass auch die Maschinen lärmtechnisch verändert werden müssen, um den Anwohnern mehr Ruhe zu verschaffen, bit-

te ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

In Punkt 3 geht es um die Anbindung des Fernlinienbusses. Da haben wir wahrlich genug hin und her palavert. Wenn es denn so ist – das werden wir nachher noch beim Oberbürgermeister hinterfragen –, dass Sie damit einverstanden sind, einvernehmlich mit dem Flughafen eine Ebene für diesen Busbahnhof zu finden – Herr Garvens hat zum Beispiel das Rückhaltebecken erwähnt –, dann könnten wir damit leben. Wenn Sie jedoch die Vorfahrtebene, die der Flughafen dringend braucht, favorisieren, können wir nicht damit leben. Das werden wir dann im weiteren Verlauf sehen.

Ich bitte Sie sehr herzlich, im Interesse der Menschen, die ihren gesunden Schlaf brauchen, aber auch im Interesse der Kölner Wirtschaft unserem Änderungsantrag zuzustimmen, und bedanke mich sehr herzlich für Ihr Zuhören. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. – Wir kommen zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, Sie haben mich ein wenig ratlos zurückgelassen, Herr Kollege Granitzka. Sie haben jetzt mit lauten und vielen Worten im Grunde nichts Neues gesagt. Ihr Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde hat wesentlich mehr versprochen: irgendeine neue Positionierung der CDU, irgendeinen neuen Impuls, der uns hier in der Sache selbst weiter bringen könnte. Stattdessen haben Sie nur olle Kamellen gebracht. Im Grunde haben Sie die Dinge, die Sie angesprochen haben, nur mit einer Radikalrhetorik verbrämt, weil Entsprechendes entweder längst auf die Schiene gesetzt worden ist oder von der Durchsetzung bestimmter anderer Maßnahmen abhängig. Darauf will ich jetzt im Einzelnen kurz eingehen.

Ich beginne mit dem vermeintlich Leichtesten, dem Fernlinienbusbahnhof. Ich gebe ganz offen zu: Wir haben uns gemeinsam mit den Grünen überlegt, ob wir aus diesem Antrag zwei Anträge machen. In der Sache hängen sie ja nur insoweit zusammen, als es um den Flughafen geht. Man hätte das auch trennen können, aber aus sitzungsökonomischen Gründen haben wir das zusammengepackt. – Die Gespräche stocken; ich will es einmal so sagen. Deswegen ist es gut und richtig, dass die Flughafengeschäftsführung weiß, dass der Rat der Stadt Köln dazu eine Position hat, um sich endlich zu bewegen.

Zur Sache selbst, dem Lärmschutz. Sie, Herr Kollege Granitzka, und Ihre CDU-Fraktion sind eigentlich die Letzten, die hier glaubwürdig mehr Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner einfordern können. Es sind die SPD-Fraktion, die Grünen und andere gewesen, darunter übrigens auch Ihre Parlamentarische Staatssekretärin a. D. in spe Frau Heinen-Esser, die vom Verteidigungsminister de Maizière gefordert haben, der Verlagerung des Luftdrehkreuzes der kanadischen Streitkräfte die Zustimmung zu versagen. Wenn Sie gelegentlich Zeitung lesen würden, Herr Granitzka,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bisschen Zurückhaltung, Herr Börschel!)

hätten Sie das einem Gastkommentar des Landtagsabgeordneten Ott und des Bundestagsabgeordneten Dörmann entnehmen können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben es in die Zeitung gesetzt! Wir haben sie nicht nur gelesen!)

- Darauf will ich hinaus. Ihre Erfolgsbilanz, Herr Kollege Granitzka, die sich ja im Regelfall in Aldi-Toiletten erschöpft, sieht wie folgt aus: Sie sagen, Sie haben das in die Zeitung gesetzt. Das ist aber ein toller Erfolg. Sie haben in die Zeitung gesetzt, dass Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister de Maizière diese kanadischen Luftstreitkräfte anwirbt. Das ist ja eine ganz tolle Aktion für eine christdemokratische Fraktion. Sie sollen das verhindern, statt es in die Zeitung zu setzen. Auf diesen gemeinsamen Nenner müssen wir doch kommen.

(Beifall bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister wirbt die an, Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister trifft diese Entscheidung. Insofern: Sorgen Sie bei Ihrer Bundesregierung dafür, dass das so nicht kommt.

Ein zweiter Punkt, der Sie jede Glaubwürdigkeit verspielen lässt: Es war Ihr aktueller Wahlkampfmanager der NRW-CDU, der ehemalige Landesverkehrsminister Oliver Wittke, der die

32. Sitzung vom 27. März 2012

Nachtfluggenehmigung am Köln/Bonner Flughafen vorzeitig 2008 um 15 Jahre verlängert hat. Wer auf der einen Seite so etwas tut und auf der anderen Seite dann lautstark Lärmprobleme beklagt, ist unglaubwürdig, Herr Kollege Granitzka. Das müssen Sie sich hier gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür haben wir 5 000 Arbeitsplätze gesichert!)

Ich gebe gerne zu: Die Angelegenheit ist kompliziert. Die SPD-Fraktion bleibt dabei: Wir wollen eine differenzierte Abwägung dieser Problematik vornehmen. Diesem Punkt Ihrer Rede stimme ich ausdrücklich zu. Wir haben auf der einen Seite die enormen wirtschaftlich positiven Auswirkungen des Flughafens inklusive der 12 000 direkten und der weiteren mehr als 12 000 indirekten Arbeitsplätze zu konstatieren und auf der anderen Seite Anliegen und Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern zu berücksichtigen, die sich in ihrer Nachtruhe gestört fühlen und Gesundheitsschäden geltend machen. Das ist das Problem, das man als ehrlicher Makler angehen muss. Man kann hier nicht luftleere Versprechen abgeben und sagen, das gehe jetzt alles ganz einfach.

Insofern hat die aktuelle Landesregierung, die sich am 13. Mai bestätigen lassen will, nach dem Verfahren gehandelt: Betroffene zu Beteiligten machen. Alle Beteiligten, sowohl die Nachtfluggegner, die Passagierflugunternehmen als auch der Flughafen selbst, werden in einem Anhörungsverfahren zusammengebracht und sollen dort ihre Sicht der Dinge darlegen. Ich persönlich gehe davon aus, dass dieses Anhörungsverfahren um die Landtagswahl herum, möglicherweise noch vorher, beendet sein wird.

Aber – da greife ich Ihre Worte auf – wir sollten den Leuten keinen Sand in die Augen streuen. Selbst wenn das Anhörungsverfahren so ausginge, dass die Landesregierung beispielsweise ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge beantragen kann, dann obliegt es Ihrem Bundesverkehrsminister Ramsauer, darüber zu entscheiden, und dann müssten Sie sich dazu verhalten. Selbst wenn er positiv entschiede, würden hinterher die Gerichte diesen unzweifelhaft belastenden Verwaltungsakt zum Nachteil des Flughafens und zum Nachteil der Luftverkehrsunternehmen auf rechtliche Auswirkungen überprüfen müssen. Das heißt: Das muss man den Leuten ehrlich sagen. Man muss Ihnen doch sagen, dass wir wegen der von Oliver Wittke erteilten Betriebsgenehmigung ein Problem haben, bestimmte Maßnahmen hier durchzusetzen. Man kann doch nicht so tun, als ließe sich das einfach so mit einem Federstrich beseitigen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann kriegen Sie aber nicht die Arbeitsplätze! Das ist doch der Punkt!)

Deswegen muss man neben einem Plan A auch einen Plan B in der Tasche haben. Da haben wir durchaus Schnittmengen. Natürlich muss man den passiven Schallschutz verbessern. Natürlich muss man auf leiseres Fluggerät drängen. Der Einsatz der „Seven-Seven-Seven“, wie Sie so schön auf Hochenglisch gesagt haben, ist ja längst bekannt; das ist ja längst passiert. Dafür braucht man Ihren Antrag gar nicht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Es kommt die erste Maschine!)

- Genau, es kommt die erste Maschine. – Aber wir müssen auch für weitere Anreize sorgen. Und in dieser Hinsicht geht der heutige Antrag von SPD und Grünen weiter; denn wir fordern, die Lande- und Startentgeltregelungen zu verändern. Dabei dürfen

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist doch schon längst so!)

- nein, das ist eben nicht „schon längst so“ – auch Lärmzuschläge, wie sie beispielsweise Frankfurt am Main und Hamburg praktizieren, kein Tabu sein. Das muss man ernsthaft in die Prüfung aufnehmen. Momentan gibt es ja am Flughafen Köln/Bonn ein Bonussystem. Die Frage ist: Reicht das? Andere Flughäfen praktizieren ein anderes Modell, und da fliegen auch heute noch Flugzeuge, wenn ich richtig informiert bin. Die Frage ist, ob deren Modell auch für den Flughafen Köln/Bonn das richtige Modell ist, um zu gewährleisten, dass Anwohnerinnen und Anwohner insbesondere in der Nacht wirksamer vor Lärm geschützt werden.

Es bleibt das Grundproblem: Der wirkliche Lärm in der Nacht kommt von den Frachtflugzeugen,

(Winrich Granitzka [CDU]: So ist es!)

nicht von Passagierflugzeugen, wobei man rein rechtlich an Letztere möglicherweise leichter herankommt und diese möglicherweise auch verzichtbarer sind, im Sinne unserer wirtschaftlichen Prosperität und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Aber das muss man dann auch ehrlich sagen. Man muss damit als ehrlicher Makler

umgehen und nicht, wie Sie das hier vorgemacht haben, den Leuten Sand in die Augen streuen. Ob wir nun Wahlkampf haben oder nicht: Ich finde, Authentizität, Ehrlichkeit und Redlichkeit sind in einer solchen Debatte von ganz hoher Bedeutung.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dies mahne ich an. Wenn Sie sich gemeinsam mit uns auf diesen Weg aufmachen wollen, dann sind Sie herzlich willkommen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Nachfrage von Herrn van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Kollege Börschel, Sie haben wie immer mit geschliffener Zunge ein gutes Referat gehalten. Sie haben sehr viel über Ehrlichkeit geredet. Es kann natürlich sein, dass der Vorsitzende der SPD nicht immer mit dem Fraktionsvorsitzenden redet. Ich zum Beispiel war vor ein paar Monaten auf einer Veranstaltung von Verdi am Flughafen. Da hat Jochen Ott mit Vehemenz – Sie haben ja hier von Wahlkampf gesprochen – darum gerungen, zu betonen: „Mit mir ist ein Nachtflugverbot im Frachtbereich nicht zu machen.“ Das wird Ihnen wahrscheinlich entgangen sein, Herr Börschel; denn Sie haben ja gerade gesagt, Nachtflüge von Frachtflugzeugen würden die schwersten Lärmbelästigungen verursachen.

Des Weiteren scheint Ihnen entgangen zu sein, dass sich Ihr Oberbürgermeister – er ist natürlich auch unser Oberbürgermeister, aber er ist in Ihrer Partei – immer für den Nachtflug am Flughafen, auch für den Frachtnachtflug, eingesetzt hat. Herr Oberbürgermeister, ich müsste mich schwer vertun, wenn dem nicht so ist. Wenn Sie als ehrlicher Makler agieren wollen, Herr Börschel, dann sollten Sie wirklich ehrlich bleiben. Ich finde die Legende, die Sie hier vorgetragen haben, schon sehr befremdlich.

(Beifall bei der CDU)

Martin Börschel (SPD): Ich versuche, aus Ihrem Statement drei Fragen zu extrahieren:

Erstens. Freue ich mich, dass er auch Ihr Oberbürgermeister ist? – Ja.

Zweitens. Hält Jochen Ott am Flughafen Wahlkampfreden? – Wenn das, wie Sie sagen, vor einigen Monaten war, kann das denknotwendigerweise nicht der Fall gewesen sein.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Tja, war nun Wahlkampf oder nicht? Der Landtag ist ja erst seit knapp zwei Wochen aufgelöst. Daher kann es gar kein Wahlkampfauftritt gewesen sein.

Ich will aber drittens auf die Sache selbst eingehen; denn das ist viel entscheidender. Wir haben es beim Thema Passagiernachtflug und Frachtnachtflug mit zwei sich überkreuzenden Interessen zu tun. Der Frachtnachtflug ist ökonomisch bedeutender; denn er bildet das wirtschaftliche Rückgrat für den Flughafen Köln/Bonn und unsere Region. Insofern möchte und wird die SPD daran nicht rütteln. Das Problem beim Frachtflug ist, dass die Maschinen lauter sind. Der Passagierflug ist im Vergleich zum Frachtflug zwar ökonomisch auch wichtig, aber verzichtbarer. Wenn man aber darauf verzichten würde, wären im Verhältnis zum Frachtflug die Lärmemissionsauswirkungen jedoch geringer. Das heißt: Wirkung und Bedeutung überkreuzen sich. Das ist ein Punkt, mit dem man umgehen muss.

Schon rechtlich ist das problematisch; denn die Betriebsgenehmigung, die Herr Wittke als Landesverkehrsminister ausgesprochen hat, als eine Einheit zu sehen ist. Die große Frage ist, ob es überhaupt rechtlich möglich ist, diese Betriebsgenehmigung sozusagen künstlich in Fracht- und Passagierflug zu unterteilen. Genau deswegen ist das Anhörungsverfahren, das die Landesregierung durchführt, so wichtig. Vielleicht kann man mit den Beteiligten ja zu einem Konsens kommen – wer weiß, ob das nicht am Ende sogar möglich ist –, statt einfach nur zu behaupten, das wäre so.

Sie haben gerade auch auf einen angeblichen Widerspruch zur Position des Oberbürgermeisters hingewiesen. – Der Oberbürgermeister hat sich sehr klar zum nächtlichen Frachtflug bekannt. Wir auch. Das steht übrigens auch in einem gemeinsamen Brief, den die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Oktober vergangenen Jahres an den Landesverkehrsminister Voigtsberger geschrieben haben. Insofern weiß ich gar nicht, warum Sie hier einen Widerspruch konstruieren. Unsere Position dazu ist klar, wenn auch kompliziert; das gebe ich zu. Umso wichtiger ist, dass man mit den Menschen ehrlich umgeht, und das nehmen wir für uns in Anspruch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächsten bitte ich Herrn Frank ans Mikrofon.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben: Es ist ja schön, dass Sie von der CDU sich hier vehement gegen die Ansiedlung der kanadischen Luftwaffe am Flughafen Köln/Bonn aussprechen. Aber wenn Sie die Presse wirklich genau verfolgt haben, werden Sie auch gelesen haben, dass Staatssekretär Horst Becker, den Sie hier so gescholten haben, laut *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 16. Februar gesagt hat, dass er dies für eine Provokation hält, und de Maizière scharf kritisiert hat, der diese Maßnahme ohne jede Rücksprache mit den betroffenen Kommunen bzw. mit der Landesregierung verfügen will. Damals war von Ihrer Seite nichts zu hören. Ich finde es aber prima, dass Sie dies jetzt aufgreifen wollen; denn es ist speziell Ihre Aufgabe als CDU in Köln, auf de Maizière und insbesondere auch auf Ihren neuen Spitzenkandidaten, Umweltminister Röttgen, einzuwirken, der ja schon des Öfteren im Rhein-Sieg-Kreis gesagt hat, der Fluglärm sei ein Problem. – Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Es gibt, verkehrspolitisch gesehen, sicherlich keinen besseren Ort für einen Fernlinienbusbahnhof als den Flughafen Köln/Bonn. Damit ist eigentlich alles schon gesagt. Aber wir haben es hier mit einer Flughafengeschäftsführung unter Führung von Herrn Garvens zu tun, die derzeit jede Frage der konkreten Umsetzung abblockt. Insofern, denke ich, muss von hier aus das eindeutige Zeichen ausgehen, dass der Rat die Richtung klar und deutlich vorgibt. Wenn wir das alle gemeinsam tun, umso besser.

Was den Fluglärm bzw. den Nachtflug angeht, so stellt man fest, dass immer mehr Wissenschaftler und Wirtschaftsmanager die These entkräften, von Nachtflügen hänge das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft ab. Es sind nur spezielle Branchen, speziell die Touristik- und Logistikbranche, die unverbrüchlich daran festhalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis einer aktuellen Umfrage zum Rhein-Main-Kompass, die in Frankfurt gemacht wurde. 220 Führungskräfte von großen Unternehmen wurden befragt, ob sie den Nachtflug für entscheidend halten. Nur 10 Prozent der befragten 220 Manager befürchten tatsächlich erhebliche Nachteile. Auch da ist die Frage angekommen, und es macht sich ein Wandel bemerkbar.

Wir wissen hingegen sicher – das ist inzwischen empirisch erwiesen; die UBA-Studie „Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ ist auf der Webseite des Umweltbundesamtes nachzulesen und herunterzuladen –: Fluglärm macht krank. Durch nächtlichen Fluglärm steigt insbesondere das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auf der Basis der Daten, die von Professor Greiser ermittelt worden sind, muss man in den nächsten zehn Jahren von 6 300 fluglärmbedingten Neuerkrankungen in der Flughafenregion Köln/Bonn ausgehen. Man muss sich einmal vorstellen, was dies auch volkswirtschaftlich bedeutet, wenn all diese Menschen dadurch in ihrem Leben, aber auch in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Fluglärm ist heute eine der größten Umweltbeeinträchtigungen für Menschen, die in der Nähe von Flughäfen leben. Das hat erst kürzlich der Präsident des Umweltbundesamtes, Professor Jochen Flasbarth, festgestellt. Er sagte: „Lärm ist das am stärksten unterschätzte Umweltproblem in Deutschland.“ Der Köln/Bonner Flughafen ist wie kein anderer deutscher Flughafen nachtoffen. Auf keinem deutschen Flughafen ist deshalb dieses Problem so groß. In der nächtlichen Kernzeit von 0 bis 5 Uhr gibt es durchschnittlich 60 Flugbewegungen. Damit liegt Köln weit vor den Großflughäfen Paris, Madrid und Brüssel. Auch deshalb ist es an der Zeit, hier Maßnahmen zu ergreifen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat in ihrer kurzen Regierungszeit einen neuen Anlauf unternommen. Das ist sehr löblich. Es wurde erkannt – ich denke, bei beiden Partnern gleichermaßen –, dass der Passagierverkehr nur 5 Prozent des Nachtflugverkehrs insgesamt in Köln ausmacht und sich daher die Frage nach der wirtschaftlichen Existenz des Flughafens Köln/Bonn gar nicht stellt, wie es uns manche, insbesondere der Flughafenchef, glauben machen wollen.

Eines ist aber auch klar: Wenn diese veränderte Genehmigung, sprich: das Nachtflugverbot für Passagierflüge, vom Landesverkehrsminister unterschrieben ist, hängt es letztendlich an der Entscheidung des Bundesverkehrsministers. Und in dieser Frage sind Sie von der CDU wieder gefragt. Sie haben ja hier so oft das Wort „herumeiern“ in den Mund genommen.

Ich merke, das Herumeiern und das Um-die-eigene-Achse-Rotieren sind bei Ihnen am deutlichsten ausgeprägt. Sie haben nämlich nicht gesagt, was Sie in dem Falle unternehmen wollen und ob Sie sich auf einen Konflikt mit Ihrem Bundesverkehrsminister und Ihrem Bundesumweltminister einlassen wollen. Dazu habe ich nichts von Ihnen gehört.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist die große Frage!)

Umso wichtiger ist es – diese Bundesregierung wird ja wahrscheinlich noch ein Jahr lang regieren, erst danach stellt sich die Frage mit einer neuen Bundesregierung erneut –, anderweitige Maßnahmen zur Verminderung des Fluglärms zu realisieren, die auch kurzfristig wirken können. Deshalb unser Antrag. In Ziffer 2 – das ist der wichtigste Punkt – fordern wir eine veränderte Regelung der Nachtflugentgelte. Es geht darum, Lärmzuschläge einzuführen. Ich will Ihnen dazu nur ein Datum nennen: Die maximale Lärmgebühr am Frankfurter Flughafen beträgt 128 000 Euro. Die maximale Lärmgebühr am Flughafen Köln/Bonn 1 120 Euro. Ansonsten gibt es eine Staffelung – da hat Herr Klipper sogar recht –, aber diese Staffelung ist ein Hohn.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da habt ihr mitgestimmt, Herr Frank! Wissen Sie das noch? 2002!)

In dieser Frage ist der Köln/Bonner Flughafen ein „Billigheimer“. Selbst unter Wettbewerbsbedingungen ist es möglich, wirksame Lärmzuschläge einzuführen, die dazu führen werden, dass es sich für die Fluggesellschaften nicht mehr lohnt, mit Krachmachern nachts in Köln/Bonn zu landen. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank.

Ich möchte, auch in meiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen GmbH, noch einmal zur Klarstellung sagen, dass sich der Geschäftsführer des Flughafens für eine Ansiedlung des Fernlinienbusbahnhofs durchaus aufgeschlossen gezeigt hat und es für notwendig hält, jetzt Gespräche über den konkreten Standort zu führen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nur nicht an dem Standort, der da vorgeschlagen ist! – Winrich Granitzka [CDU]: Herzlichen Dank für die Richtigstellung, Herr Oberbürgermeister! Das war notwendig!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! So ist das, wenn man meint, ein schönes Thema für den Landtagswahlkampf gefunden zu haben, und dann merkt man, lieber Herr Granitzka, dass man eine Aktuelle Stunde auch mit Inhalten füllen muss.

(Beifall bei der SPD)

Das macht die Situation dann schon ein bisschen schwierig. Im Moment wird ja Ihr Änderungsantrag verteilt. Auch wir haben uns erlaubt, kurzfristig noch einen Ergänzungsantrag zu stellen.

Ich möchte zuerst auf den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen eingehen. Interessant an diesem Antrag ist für uns: Darin findet sich relativ viel SPD und relativ wenig Grün, was die Positionierung zum Flughafen angeht. Deswegen haben wir etwas recherchiert und einen Ergänzungsantrag eingebracht, ganz einfach formuliert, nur ein Satz, nämlich:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Kernruhezeit bei Starts und Landungen von Passagierflugzeugen zwischen 0.00 Uhr und 6.00 Uhr auf dem Flughafen Köln/Bonn aus.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Unser Antrag wird gerade hier verteilt. Das ist ja auch die bekannte Position der Grünen. Das haben Sie auf verschiedenen Parteitagen, auch in Köln, beschlossen. Das hat Herr Becker mehrfach so vorgetragen; das ist im Internet nachzulesen. Das ist eine Position, die wir gemeinsam so übernehmen können, wenn ich es richtig verstanden habe. Deswegen wundert es uns ein wenig, dass im gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen diese gemeinsame Position offensichtlich nicht erarbeitet werden konnte.

Deswegen, Herr Granitzka, trotzdem vielen Dank.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bitte sehr!)

Die von Ihrer Fraktion beantragte Aktuelle Stunde hat zumindest an der Stelle eine gewisse Differenz zwischen vollmundigen Erklärun-

gen auf der einen Seite und praktischer Politik im Rat der Stadt Köln auf der anderen Seite aufgezeigt.

Nun zu den einzelnen Punkten des Antrags von SPD und Grünen: Wir können Ihrem Antrag in der Art und Weise folgen. Wir haben damit kein Problem.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir kennen den Antrag immer noch nicht!)

- Wie gesagt, unser Antrag umfasst einen Satz, Frau Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sagen Sie ihn mir doch mal!)

- Den habe ich gerade eben vorgetragen. Aber, Frau Moritz, für Sie lese ich ihn gerne noch einmal vor. Mit besonderem Dank an Frau Moritz:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Kernruhezeit bei Starts und Landungen von Passagierflugzeugen zwischen 0.00 Uhr und 6.00 Uhr auf dem Flughafen Köln/Bonn aus.

Okay, Frau Moritz?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Zu Punkt 1 Ihres Antrags, Stichwort Kanadier: Da sind wir vollkommen auf der Linie dieses Antrags. Auch wir halten es nicht für sinnvoll, dass militärische Flugzeuge, die natürlich keiner Klassifizierung nach Geräuschentwicklung unterworfen sind und sich im Zweifelsfall an gar keine Regelung halten müssen, ausgerechnet in einem Ballungsraum wie hier bei uns starten und landen müssen. Deswegen können wir Sie an der Stelle durchaus unterstützen.

Ich glaube – ich konnte nur einen kurzen Blick auf den CDU-Änderungsantrag werfen; er wurde ja gerade erst verteilt –, dass Punkt 2 Ihres Antrags im Grunde ungefähr dem entspricht, was auch die CDU-Ratsfraktion wünscht. Deswegen können wir an der Stelle durchaus mitmachen. Nach unseren Informationen wird das zum großen Teil schon praktisch in die Arbeit des Flughafens und dessen Verhalten eingearbeitet. Herr Frank, wir hatten nicht die Möglichkeit, zu prüfen, ob die von Ihnen eben vorgetragenen Zahlen zu den Lärmentgelten tatsächlich so weit auseinanderliegen. Wenn das der Fall sein sollte, dann haben Sie uns an der Stelle durchaus an Ihrer Seite.

Wenn es so ist wie in Punkt 3 dargestellt, nämlich dass der Fernlinienbusbahnhof am Flughafen ohne Beschränkungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens gebaut werden kann, finden Sie uns an der Stelle auch an Ihrer Seite.

Wenn Sie also unserer Ergänzung, die ja im Grunde der Position der Grünen entspricht, zustimmen könnten, können wir gerne auch Ihrem gemeinsamen Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Wir haben jetzt die Aktuelle Stunde zum Thema Lärmbelastungen durch den Flughafen durchgeführt. Damit zusammengefasst war auch ein Antrag der Fraktion pro Köln zum gleichen Thema, den wir bereits vor über zwei Wochen gestellt haben. Damals ging es noch gar nicht um das Thema Landtagswahl.

Als ich eben aus den Unterlagen unseren Antrag noch einmal herausgesucht habe und diesen mit dem von SPD und Grünen verglichen habe, war ich schon etwas überrascht; denn Ihr Antrag unterscheidet sich nicht von dem Antrag, den wir gestellt haben. Was muss denn in der Zwischenzeit passiert sein, dass Sie auf unseren Kurs einschwenken?

Zum einen hat das natürlich mit dem Phänomen zu tun, dass die Presse unsere inhaltliche Arbeit ja immer totschweigt. Da denken Sie: Wenn wir das einfach bei pro Köln kopieren, merkt das ja keiner, und dann steht morgen in der Zeitung, wie toll wir uns für die Menschen eingesetzt haben. – Das ist ja sehr löblich. Wir werden Sie auch unterstützen und alle Ihre Anträge mit einem zustimmenden Votum versehen.

Zum anderen ergeben sich daraus weitere Fragen. Zurzeit werden die Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt. Als vor zwei Wochen klar war, dass wir hier in NRW Neuwahlen bekommen, kam das in Gang. Es werden also Kandidaten neu aufgestellt; es werden ent-

sprechende Programme neu geschrieben. Haben Sie alle sich denn dafür eingesetzt, dass die Anträge, die Sie hier im Stadtrat stellen, auch im jeweiligen Wahlprogramm stehen? Das interessiert mich, und das interessiert die Bevölkerung. Nicht, dass Sie hier im Stadtrat, der ja primär überhaupt nicht dafür zuständig ist und primär gar nichts damit zu tun hat, die dicke Lippe riskieren, und wenn Sie zu Ihrem eigenen Parteitag fahren, dann kommt nichts.

Ich frage mich: Was haben wir denn hier für komische Politiker? Sie schwingen sich hier immer auf und tun so, als seien Sie die Größten. Sie sitzen nicht nur im Landtag, Sie sitzen auch noch im Finanzausschuss. Da hört man Sie immer groß tönen, was Sie alles tun können. Doch es kommt nichts dabei heraus. Die Frage beantworten Sie uns bitte einmal. Die Frage beantworten Sie dem Bürger. Das ist gerade ein Lackmustest. Die Kandidaten müssen neu aufgestellt werden. Haben Sie die Kandidaten für die Landesliste Ihrer Parteien befragt, ob sie Ihren Beschlussanträgen auch im Landtag tatsächlich folgen werden?

Dort sitzt ja auch eine Mini-Partei, die gerade bei 1,2 Prozent gelandet ist. Sie hat sich jetzt einen ganz großen Fisch aus der Bundespolitik geangelt, der sie wieder in Richtung 2 Prozent bringen soll. Da hätte ich gerne gewusst: Wie steht er denn zu der Sache? Haben Sie das am Wochenende auf Ihrem Parteitag auch beschlossen? Sie haben uns hier ja erst während der Debatte ein Papier zukommen lassen, um aufzuzeigen, wie dringlich das alles für sie ist.

Das sind Fragen, auf die wir von Ihnen Antworten erwarten. Das wollen wir wissen. Die Themen müssen auch in den richtigen Gremien behandelt werden. Nur Show bringt gar nichts. Das kostet nur Zeit. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Uckermann. – Wir kommen dann zu Herrn Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich frage mich, was Sie gerade so aufgeschreckt hat: Die zunehmenden Demonstrationen an den Flughäfen, die zunehmende Betroffenheit, oder war es nicht doch der Wahlkampf? Angesichts der inhaltsleeren Töne, die von einigen hier kamen, denke ich: Es war wohl eher der Wahlkampf.

SPD und Grüne schlagen vor, durch gestaffelte Gebühren Lärm finanziell stärker zu belasten. Das ist schon einmal besser als das, was Herr Garvens vorschlägt; denn er schlägt vor, leisen Maschinen weitere Rabatte zu gewähren. Das würde jedoch keinesfalls dazu führen, dass Maschinentypen ausgetauscht werden, sondern eher dazu, dass Gesellschaften, die diese leisen Maschinen nutzen, zusätzlich nach Köln fliegen würden, um hier diese Subventionen abzukassieren. Das geht gar nicht. Insofern ist klar: Unternehmen dürfen nicht auch noch Geschenke erhalten, sondern sie müssen den Einsatz lauterer Maschinen teurer bezahlen. Die Menschen von Köln-Mülheim bis nach Hennef brauchen keine Nachtflugspende und keine Subventionierung, sondern sie brauchen – verflucht noch mal! – Ruhe in der Nacht.

Die ganze Debatte sollte sich aber nicht in der Frage der leisen Maschinen erschöpfen. Es muss auch darum gehen, Nachtflug grundsätzlich zu erschweren, indem ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen – das ist ganz klar – verhängt wird, und im Bereich der Frachtmaschinen so zu agieren, dass Nachtflüge wesentlich teurer werden als Flüge am Tage, um zu erreichen, dass nur wirklich notwendige Eiltransporte nachts erledigt werden.

(Beifall bei der Linken)

Leise Maschinen sind ja auch nur relativ leise. Dazu sagt ein Anwohner: „Wenn ich nachts um vier von so einem lauten Frachtflieger geweckt werde, dann bin ich nicht wirklich beruhigt, dass die Passagiermaschine, die fünf Minuten später kommt, nicht ganz so laut ist.“ – Dazu kommt, dass die Kategorie lautes oder leises Flugzeug nichts, aber auch gar nichts mit einem Hör- oder Lärmereignis zu tun haben, sondern mit dem Verhältnis von Nutzlast zu erzeugtem Lärm. Insofern kann auch ein leiser Flieger verdammt laut sein. Er ist nur als leise definiert, weil er besonders viel Last transportieren kann.

Bisher haben sich alle um die Antwort auf die Frage herumgedrückt, wie wir erreichen können, dass der Nachtflug wirklich reduziert wird. Dazu wurde hier nichts gesagt. Alle eiern hier wahlkampfmäßig herum.

Hier gilt das Gleiche wie bei der Debatte um den Godorfer Hafen. Der Transport wächst weit schneller als die Wirtschaft insgesamt, und diese wächst schneller als der Lebensstandard der Masse der Menschen. Genau genommen wächst Letzterer überhaupt nicht mehr. Selbst im Aufschwungland Deutschland stagniert der

32. Sitzung vom 27. März 2012

Lebensstandard der breiten Massen. Der gewaltige Anstieg des Transports hat nichts mit unserem Wohlstand zu tun. Transporte nehmen zu: auf der Straße, in der Luft, zu Wasser und auf der Schiene, weil unterschiedliche Lohnhöhen in verschiedenen Ländern und Regionen und künstlich subventionierte Transportkosten es für Unternehmen profitabel machen, Waren von einem Ende der Welt zum anderen zu verschieben. Das hat mit Wohlstand oder Lebensstandard nichts zu tun.

Auch Nachtflüge haben nur zu einem geringen Anteil mit der Notwendigkeit schnellen Transports zu tun, sondern dienen in den meisten Fällen der Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten, um das eingesetzte Kapital an Flughäfen und Maschinen richtig zu nutzen. Auch deshalb müssen Nachtflüge eingeschränkt werden. Die Linke nimmt aber auch die Bedenken und Sorgen der Beschäftigten auf den Flughäfen ernst und setzt sich dafür ein, dass diesen keine Nachteile durch die Einschränkung des Nachtflugverkehrs und des Flugverkehrs insgesamt entstehen. Es trifft auch nicht zu, dass dies automatisch ist. Der Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner wird konstruiert. Beides ist vereinbar: vernünftige Jobs in dem Bereich und Nachtruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Zu den Punkten 1 und 3 des Antrags nur kurze Kommentare:

Es ist, um ehrlich zu sein, nicht allzu mutig, zu fordern, es dürfe kein Luftdrehkreuz der kanadischen Luftstreitkräfte in Köln/Bonn geben. Das hat ja nun schon jeder getan. Als einzige Partei setzt sich übrigens die Linke dafür ein, auch die Flugaktivitäten der Bundeswehr in Köln/Bonn zu reduzieren bzw. zu beenden. Denn immerhin werden von hier aus Versorgungsflüge nach Afghanistan geflogen, um dort die militärische Besatzung des Landes und die Kriegführung zu ermöglichen.

Zum Fernlinienbusbahnhof: Wir sehen eigentlich keinen Grund, von unserer Forderung abzurücken, dass er in der Innenstadt bleiben soll. Eine Anbindung an den Hauptbahnhof halten wir für wichtiger als eine an den Flughafen. Wir wollen nicht, dass die Leute, die statt mit dem PKW mit dem Bus anreisen, noch einmal umsteigen müssen. Insofern halten wir es nicht für zielführend, das hier heute zu beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Herr Frank, war das eben noch eine Wortmeldung? – Ja. Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lieber Kollege Houben, ich weiß ja, dass Ihnen das Wasser bis zum Hals steht,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

aber warum denn so ein Spektakel? Die FDP hat doch in den letzten Jahren und Jahrzehnten keine Sitzung des Rates und keine Sitzung des Landtages, in der dieses Thema zur Debatte stand, ausgelassen, um für die völlige Nachtoffenheit des Flughafens Köln/Bonn zu streiten.

Ich habe mir einen Beschluss des Rates herausgesucht

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- hören Sie zu, Herr Sterck! – zum Thema „Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/Bonn“ vom 3. Februar 2000.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Das ist schon etwas her; das gebe ich ja zu. – Dieser Ratsbeschluss beinhaltet unter anderem das Verbot planmäßiger Starts und Landungen von Passagierflügen, auch denen mit PAX-Bonus, in einer Kernzeit von 0 bis 5 Uhr und fordert die Landesregierung auf, entsprechend zu handeln. Genau dieser Abschnitt findet sich in der Verordnung, die derzeit dem Landesverkehrsministerium vorliegt und über die wir eben gesprochen haben, wieder. Das heißt: Wir haben einen Ratsbeschluss. Dieser Ratsbeschluss ist noch abzuarbeiten, aber er steht. Wir brauchen also keinen neuen Ratsbeschluss.

Um unsere Diskussion und Beschlussfassung komplett zu machen,

(Zuruf von der FDP: Schlechtes Gewissen, Herr Frank?)

liegt Ihnen das Schreiben der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2011 vor, in dem auf das aktuelle Verfahren Bezug genommen wird und aus dem deutlich hervorgeht, dass die Landesregierung, hier das Verkehrsministerium, beabsichtigt – Zitat –,

die Nachtflugbeschränkungen dahin gehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0 und 5 Uhr Ortszeit unzulässig sind.

Ich will das Schreiben jetzt nicht vollständig vorlesen, aber noch darauf hinweisen, dass dies auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. August 2007 beruht.

(Reinhard Houben [FDP]: Einstimmig!)

Ich denke, wir können und sollten die heutige Beschlussfassung abrunden, indem wir – das schlagen wir Ihnen jetzt vor – dieses Schreiben der Fraktionen zum Ratsbeschluss erheben, weil damit einerseits die Position und andererseits die Aufforderung an die Landesregierung klipp und klar ist und nach den Wahlen dann mit Sicherheit so vollzogen werden kann. Wenn Sie dazu stehen, stimmen Sie mit. Einstimmige Beschlüsse sind schöner als knappe Beschlüsse. Insofern erübrigt sich Ihr Sätzchen, das Sie hier eingereicht haben. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben, haben Sie noch eine Nachfrage an Herrn Frank?

Reinhard Houben (FDP): Nein, ich will ihn nichts fragen. Aber wenn ich darf –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, natürlich. Sie können natürlich noch etwas hinzufügen.

Reinhard Houben (FDP): Vielen Dank. – Herr Frank, uns liegt ja dieses Schreiben vor. Da Sie sich eben so echauffiert haben, wir hätten eine Position in 2000 gehabt, will ich Sie darauf aufmerksam machen, das darin steht: 2007 hat der Landtag einstimmig beschlossen. Soweit ich mich erinnern kann, war damals auch die FDP dabei. Deswegen: Keine Sorge!

Noch eines, Herr Frank: Wir tragen zumindest unsere Sorge um die politische Kraft der Liberalen mit einer gewissen Zurückhaltung und ohne auf andere einzuprügeln. Wenn ich an interne Ergebnisse in anderen Parteien denke, geht es mir zumindest sehr viel besser als Ihnen an diesem Wochenende.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU – Zuruf von der CDU: Der Mann hat Humor!)

Zurück zum Inhaltlichen: Herr Frank, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie Ihren gemeinsamen Antrag jetzt zurückziehen wollen und stattdessen dieses Schreiben als Antrag einbringen wollen, oder wollen Sie dieses Schreiben als Anhang zu Ihrem ursprünglichen Antrag beschließen? Das wäre zumindest ein interessantes Verfahren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank, direkt dazu.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nur zur Klarstellung: Das Schreiben, das wir gerade an Sie verteilt haben, erheben wir jetzt zum Antrag, und zwar als Ersetzungsantrag zu Ihrem Änderungsantrag, und wenn dieser beschlossen wird, wird das zur Ziffer 4 unseres Gesamtantrages. So würde ich das zunächst einmal sehen. Auf jeden Fall stellen wir das hier zur Abstimmung. Dadurch haben Sie von der FDP auch die Möglichkeit, ein klares Bekenntnis zum Verbot des Passagiernachtflugs abzugeben. Wenn das so eintrifft, finde ich das super.

(Ralph Sterck [FDP]: Klarer als unserer Antrag geht es ja wohl nicht, Herr Frank!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben noch einmal.

Reinhard Houben (FDP): Nur kurz zur Erklärung unseres Abstimmungsverhaltens: Wir werden natürlich unserem Antrag zustimmen, weil er an Eindeutigkeit nicht zu übertreffen ist.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

In diesem Brief steht ja manches drin, was nicht verkehrt ist, aber er hat nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun hat. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bisschen verwirrend, worüber wir gleich abstimmen sollen. Ich versuche, es wieder zu vereinfachen.

Zunächst einmal eine kurze Anmerkung zu der hier so heftig diskutierten Frage der kanadischen Flieger. Machen wir das Problem doch nicht so groß! Wir wissen doch, dass es temporär ist, weil es relativ klein ist und sich zudem in Kürze erledigt haben wird, weil dann der sachliche Grund für diese Flüge entfällt. Es ist zwar nicht schädlich, dass dieser Passus im Antrag steht – wir sind auch der Meinung, dass sie hier weg sollen –, aber sollten uns auf die Dinge konzentrieren, bei denen wir wirklich etwas bewegen können.

Das ist in der Tat die in Punkt 2 Ihres Änderungsantrages aufgeführte Frage der Gebührenpolitik für Starts und Landungen, die auch wir in unserem Änderungsantrag thematisiert haben. Da kann der Flughafen aus eigener Kompetenz einiges tun, ohne dass es zu rechtlichen Problemen kommt. Diesen Weg sollten wir unter anderem gehen.

Wir haben in unserem Änderungsantrag aber noch eine Reihe weiterer Punkte aufgeführt. Ich würde Sie von SPD und Grünen bitten und Ihnen vorschlagen, unseren Änderungsantrag textlich als Ergänzung zu Ihrem Punkt 2 aufzunehmen. Dann wäre für uns auch die Zustimmung zu den Punkten 1 und 2 Ihres Änderungsantrages in dieser Form problemlos möglich. Wir gehen einfach auf eine Reihe weiterer Möglichkeiten ein, als Sie in Punkt 2 Ihres Antrags erwähnt haben. In der Sache sind wir da nicht auseinander, wenn ich die Wortbeiträge aus Ihren Fraktionen eben richtig verstanden habe.

Auf Punkt 3, den Fernlinienbusbahnhof, möchte ich hier allerdings noch einmal kurz eingehen. Der Entscheidungsprozess über die Standortsuche des Fernlinienbusbahnhofs läuft jetzt seit knapp drei Jahren. Drei Jahre lang wurde die Frage diskutiert: Kann er zum Flughafen verlagert werden, und, wenn ja, an welcher Stelle und an welcher nicht? Wir haben im Verkehrsausschuss in nahezu jeder Sitzung des letzten Jahres darüber beraten und uns jedes Mal von der Verwaltung sagen lassen müssen: Die Flughafengeschäftsführung ist nicht bereit, den Standort am Flughafen, der eigentlich Sinn macht, zu nehmen, sondern hat einen eigenen Vorschlag gemacht, in dem sie sich für einen anderen Standort ausgesprochen hat.

Natürlich, von der Sache ist das nicht schlecht: Der Flughafen ist an sich ein guter Standort für den Busbahnhof. Trotzdem haben wir uns immer dagegen ausgesprochen, weil wir den Flughafen nicht mit der Ansiedlung eines Fernlinienbusbahnhofs in einer Entwicklung beschränken wollten, die aus seiner Sicht wesentlich für Betriebsabläufe ist. Im letzten Verkehrsausschuss haben wir zu unserer Überraschung von der Verwaltung die Auskunft bekommen: Es wird jetzt noch einmal ein Gespräch geführt – der Herr Oberbürgermeister wird es führen –, und das, nachdem wir vor einem halben Jahr gehört haben: Im März können wir das aber entscheiden.

Für unser Abstimmungsverhalten ist es wesentlich, dass wir den Flughafen durch einen Beschluss nicht nötigen, auf betriebswichtiges Gelände zugunsten dieses Busbahnhofs zu verzichten. Deswegen hätte ich gerne noch einmal genauere Auskunft, Herr Oberbürgermeister, über welchen Standort und über welche Lösung wir hier reden. Wenn es das berühmte Regenrückhaltebecken ist, das Herr Garvens vor einiger Zeit ins Spiel gebracht hat, könnten wir damit leben, nicht aber mit der Lösung, die ursprünglich in der Diskussion war. Wenn diese nach wie vor intendiert ist durch den Änderungsantrag von SPD und Grünen, würden wir diesem Punkt nicht zustimmen. Deswegen bitte ich hier um Aufklärung und gegebenenfalls um getrennte Abstimmung der Punkte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. – Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben zwar den Oberbürgermeister gefragt, Herr Möring, aber ich kann nicht zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen. Dieses berühmte Regenrückhaltebecken, das von Herrn Garvens vorgeschlagen worden ist, wäre uns als Standort natürlich auch lieber als eine Fläche, die er sich – zwar nicht im Moment, aber optional – nicht zubauen lassen will, was man auch nachvollziehen kann. Dagegen muss er als Geschäftsführer ein Veto einlegen. Beim vorgeschlagenen Standort Regenrückhaltebecken ist allerdings noch zu prüfen, unter welchen Bedingungen das möglich ist. Deshalb kann man jetzt nicht so formulieren, als würde das schon feststehen. Dazu müsste man das Ergebnis dieser Prüfung kennen, und diese Prüfung wird zurzeit erst gemacht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, Sie hatten ja mich angesprochen. Lassen Sie mich deshalb noch darauf hinweisen, dass in Nr. 3 des Antrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nur von einer Verlagerung und nicht von einem konkreten Standort die Rede ist. Jetzt müssen natürlich noch weitere Gespräche geführt werden. – Bitte, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Wir gehen mit dieser Formulierung hinter all das zurück, was wir in vielen Sitzungen des Verkehrsausschusses diskutiert haben.

(Widerspruch vom Bündnis 90/ Die Grünen)

- Doch, gehen wir schon. Da haben wir auch über konkrete Dinge gesprochen.

Wir würden Punkt 3 zustimmen und gleichzeitig zu Protokoll erklären, dass wir nicht damit einverstanden sind, den Flughafen zu nötigen, eine betriebswirtschaftlich wichtige Fläche – ich will das jetzt einmal so bezeichnen; hier jetzt Flurstücke zu benennen, halte ich für wenig sinnvoll; ich habe sie auch gar nicht im Kopf – aufzugeben. Ob es das Regenrückhaltebecken ist oder ein Nachbarflurstück ist, ist dann eine zweite Frage. Aber das ist für uns ein wesentlicher Gesichtspunkt. Wenn das zum Ausdruck gebracht wird, können wir dem Änderungsantrag so zustimmen, vorausgesetzt, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen unseren Änderungsantrag in Ihren Antrag mit auf. Ich denke, das verschlägt nichts.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde zu diesem Thema beendet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung der entsprechenden Anträge, die dazu aufgerufen wurden.

Ich will noch einmal das aufgreifen, was Herr Frank gerade zum Ausdruck gebracht hat, um die entsprechende Abstimmung vorzubereiten. Herr Frank hat das Schreiben der Fraktionen der SPD und der Grünen im Rat der Stadt Köln vom 24. Oktober als Ersetzungsantrag von SPD und Grünen zum Änderungsantrag der FDP eingebracht. Wir lassen also zunächst über den Ersetzungsantrag, dieses Schreiben, abstimmen. Für den Fall, dass sich daraus eine Mehrheit ergeben sollte, ist der Änderungsantrag der FDP damit erledigt. Danach stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU ab.

(Ulrich Breite [FDP]: Eine Frage, Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Man kann ja vieles ersetzen,

(Zuruf von pro Köln: Insbesondere die FDP!)

aber soll das heißen, dass wir einen Antrag haben, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger!“ und das am Ende von den Ratsfraktionen SPD und Grünen unterzeichnet ist? Ich bin der Meinung: Der Rat macht sich doch lächerlich, wenn wir hier so etwas beschließen. Ich kann es von der Sache her verstehen; die Mehrheit wird das jetzt so machen. Aber es ist ja nicht so, dass das Schreiben nur Bestandteil des Ersetzungsantrags ist. Es wundert mich schon ein wenig, dass der Rat so etwas beschließt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Breite, das kann man doch redaktionell ohne Weiteres anpassen. So hat es doch auch Kollege Frank formuliert. Das Schreiben soll als Position des Rates an den Landesverkehrsminister gerichtet sein. Es bekommt damit heute den Gehalt eines Ratsbeschlusses. Es würde an den Minister gerichtet. Das heißt: Es beginnt mit dessen Anschrift, wird mit einem neuen Datum versehen und endet dann: Im Auftrag des Rates der Stadt Köln, Ihr Oberbürgermeister. – So oder so ähnlich, je nachdem, wie der Oberbürgermeister üblicherweise solche Schreiben unterzeichnet; das weiß ich nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, wenn wir schon einmal beim redaktionellen Überarbeiten sind, dann will ich noch Folgendes anmerken:

Sie haben in diesem Schreiben auch gefordert, dass die Lufthansa Cargo-Frachtflüge dann endgültig aufhören. – Definitiv ist, dass keine dieser Maschinen nach dem 1. April mehr hier sein wird.

(Widerspruch von Martin Börschel [SPD])

- Doch, das ist definitiv so. Das hat uns der Flughafenchef versichert, und die Lufthansa hat das bestätigt. Das trifft dann nicht mehr zu.

Im ersten Absatz intendieren Sie, Sie wollten den Nachtflug von 0 bis 5 Uhr untersagen. Sie zitieren zwar hier geschickterweise den Minister, intendieren aber, dass Sie das wunderbar finden. Und wir finden das nicht wunderbar.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Ersetzungsantrag, den ich Ihnen genannt habe, ab. Ich will noch einmal nachfragen, weil es eben entsprechende Ankündigungen gab, dass die CDU dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen kann, wenn der Punkt 2 entsprechend dem Votum des CDU-Antrages übernommen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, übernehmen wir nicht!)

- Okay. Das ist nicht der Fall. Dann brauche ich das so nicht zu formulieren.

Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Ersetzungsantrag so angenommen. Der Änderungsantrag der FDP ist damit erledigt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU in der neuen Fassung. Wer für diesen Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der FDP ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen in der ursprünglichen Fassung, aber mit der Ergänzung des jetzt beschlossenen Ersetzungsantrages. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die SPD, die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Enthaltungen bei der FDP, Herrn Hoffmann und der Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag so angenommen.

Jetzt kommen wir noch zur Abstimmung über den Antrag von pro Köln. Wer stimmt für den Antrag von pro Köln? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit ist die Aktuelle Stunde zum Thema Fluglärm am Flughafen Köln/Bonn beendet.

Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn“
AN/0399/2012

und

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn"

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

behandelt.

Unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu Punkt 3.1.11 ist die vorliegende Sache gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung erledigt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen“
AN/0442/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, da machen die großen Energiekonzerne in den letzten Jahren Riesengewinne – RWE 2010 4,9 Milliarden Euro, Eon 2011 5,4 Milliarden Euro –, und dann stürzt sich Ihr Umweltminister auf die RheinEnergie und diffamiert dieses Unternehmen wegen einer Preiserhöhung, die bereits 500 andere Energieunternehmen vollzogen haben. Was haben Sie denn für einen Spitzenkandidaten, der jetzt seinen Stromvertrag mit der RheinEnergie öffentlich kündigt und damit Wahlkampf betreibt, und zwar nicht gegen einen politischen Konkurrenten, sondern gegen ein kommunales Kölner Unternehmen? Das finde ich schäbig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich will mir nicht ausmalen, ob Dr. Röttgen Freunde bei den großen Energieunternehmen hat, wie der aktuelle *Spiegel* spekuliert. Auf jeden Fall kann man feststellen, dass Herr Röttgen nicht rechnen kann. Die Strompreise des RWE-Konzerns sind schon seit Jahren immer 10 Prozent höher als die der RheinEnergie. Herr Röttgen will uns Sand ins Auge streuen, wenn er, wie gestern in der *Rheinischen Post*, behauptet – Hört! Hört! – Energiewende und Strompreiserhöhungen hätten nichts miteinander zu tun. Das ist falsch. Die Förderung erneuerbarer Energien wird in den nächsten Jahren Milliarden Euro kosten. Die Frage ist aber, wie diese Kosten verteilt werden sollen.

Wie Herr Röttgen sich die Verteilung der Kosten vorstellt, können wir derzeit schon sehen: Die Bundesregierung hat nämlich energieintensive Konzerne entlastet. Damit allein geht schon eine Anhebung der Strompreise um 1 Prozent auf das Konto von Herrn Röttgen. Das ist die Wahrheit, die dahintersteckt.

Die Energiekosten sind schon seit Jahren im steigenden Maß die zweite Miete. Deshalb finde ich Energiepreiserhöhungen für private Haushalte generell schwierig. „Energie-Armut“ wird ein Thema sein, das uns in den nächsten Jahren begleiten wird. „Energie-Armut“ zu bekämpfen ist schon heute eine kommunale Aufgabe.

Die Großkonzerne, meine Damen und Herren von der CDU, unternehmen dagegen gar nichts; die kommunalen Unternehmen müssen noch mehr dagegen unternehmen. Immerhin unterstützt die RheinEnergie das Projekt „StromsparCheck“ mit einem größeren Geldbetrag und wird das noch ausbauen. Die NRW-Verbraucherzentrale arbeitet ebenfalls an einem neuen Projekt zur Energieberatung für arme Leute.

Deshalb brauchen die Kommunen eigene Unternehmen, die sich dieses Themas annehmen. Darüber hinaus ist der Beitrag der RheinEnergie für den Stadthaushalt unverzichtbar: für den ÖPNV und für soziale Leistungen. Sie alle hier im Rat wissen, dass das unverzichtbar ist und dass wir diese 200 Millionen Euro, die es ja schlussendlich sind, für die Subventionierung der KVB brauchen.

Mit großer Sorge verfolgen wir die steigenden Zahlen von Stromsperren. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mitbekommen hat, dass in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 insgesamt 120 000 Menschen der Strom abgestellt worden ist. Das ist eine enorme Anzahl von Personen, die davon betroffen sind. Deswegen unsere Forderung, unsere Position: Jeder Mensch muss einen Anspruch haben auf eine Mindestmenge an Strom. Das muss Inhalt von kommunaler Energiepolitik werden. Energie-Multis haben nur das Euro-Zeichen im Auge. Deshalb brauchen wir mehr kommunale Energieunternehmen, die dieses Problem anpacken.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer von Ihnen die heutige Ausgabe der *FAZ* gelesen hat.

(Henk van Benthem [CDU]: Wir müssen arbeiten! Dafür haben wir keine Zeit!)

- Sie müssen arbeiten, gut. Ich lese sie auch nicht während der Arbeitszeit, sondern morgens beim Kaffee.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So viel kannst du gar nicht lesen!)

Die *FAZ* hat einen Artikel über die Wahlkampfführung von Herrn Röttgen mit dem Titel versehen: „Der Kümmerer“. Ich kann nur sagen: Auf solche „Kümmerer“, die auf Kosten anderer Karriere machen wollen und die Arbeitsplätze

in Köln gefährden, auf solche Leute, meine Damen und Herren von der CDU, können wir gut verzichten. –

(Henk van Benthem [CDU]: Den habt ihr ja im Saarland!)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. – Ich würde jetzt gern Herrn Dr. Dieter Steinkamp das Wort geben, um hier eine Erklärung auch aus der Sicht des Vorstands der RheinEnergie abzugeben. Bitte schön, Herr Dr. Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich hier die Gelegenheit bekomme, zur Aufklärung beizutragen und vielleicht damit auch klarzumachen, warum sich die RheinEnergie genötigt sieht, öffentlich zu werden.

Zunächst zu den harten Fakten: Wir haben zum 1. April eine Strompreiserhöhung von 9,3 Prozent an die Kunden weitergeben müssen. Meine erste Feststellung: Dabei ist völlig klar gewesen, dass wir diese Strompreiserhöhung nicht zur Margenerhöhung machen, sondern es werden lediglich Kosten, die die RheinEnergie selbst zu tragen hat weitergegeben. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Von den 9,3 Prozentpunkten sind 4,48 Prozentpunkte eine Erhöhung der Netznutzungsentgelte. Die Spezialisten, aber auch diejenigen, die mit offenen Augen Zeitung lesen, wissen, dass diese Netznutzungsentgelte seit Jahren reguliert sind und die Bundesnetzagentur sehr akribisch und sehr kritisch die jeweils dahinterliegenden Kosten prüft und wir insoweit überhaupt keine Freiheit haben, an der Stelle zu gestalten. Das heißt, die Netzentgelterhöhung, die fast die Hälfte der jetzigen Preiserhöhung ausmacht, ist von der Bundesnetzagentur genehmigt worden.

Der zweite Posten mit 3,49 Prozentpunkten ist eine Erhöhung der Beschaffungskosten. Wir, die RheinEnergie, wie alle Energieversorgungsunternehmen spekulieren nicht darauf, den Strom für heute an irgendeinem Tag zu kaufen, sondern es gibt ausgeklügelte Beschaffungsstrategien. Wir kaufen in Tranchen 15 Monate im Vorhinein auf Termin, insbesondere um Preisglättungen herbeizuführen. Das heißt, unser Strom, der hier heute durch das Netz geht, ist im längsten schon vor 15 Monaten eingekauft worden.

Die Ereignisse des letzten Jahres – Fukushima und das folgende Moratorium, die Diskussion, wie es jetzt mit der möglichen Energiewende weitergeht, sowie die daraufhin gefassten Beschlüsse – haben am Strommarkt dazu geführt, dass wir über einen Zeitraum von circa sechs Monaten deutlich gestiegene Preise hatten, die dann im vierten Quartal des letzten Jahres bis heute sukzessive wieder abgebröckelt sind. Trotzdem haben wir in dieser Zeit natürlich Tranchen an Strom gekauft. Diese erhöhten Beschaffungskosten von 2011 gehen nun in den Strompreis 2012 ein. Das ist der Punkt, an dem wir in unserem Kundenschreiben, wie ich finde, auch richtigerweise und mit völliger Transparenz darauf hingewiesen haben, dass die erhöhten Beschaffungskosten diesem Effekt unterliegen. An diesem Punkt vor allem reibt sich Herr Röttgen.

Der dritte Teil unserer Strompreiserhöhung entfällt mit 0,94 Prozentpunkten auf den sogenannten § 19 Netzentgeltverordnung, eine Umlage, die zur Entlastung stromintensiver Unternehmen eingeführt worden ist. Die Kosten der Entlastung der stromintensiven Industrie werden auf alle Kunden umgelegt, und das macht in unserer Strompreiserhöhung diese 0,94 Prozentpunkte aus. Auch das ist eine Position, die wir nicht beeinflussen können.

Wir haben in unserem Kundenschreiben lediglich auf den Effekt in den erhöhten Strombeschaffungskosten hingewiesen, nicht aber die Strompreiserhöhung pauschal mit der Energiewende begründet; das wäre in der Tat auch falsch. Herr Röttgen behauptete dieses mehrfach öffentlich, obwohl wir ihn schon nach der ersten öffentlichen Verlautbarung schriftlich darauf hingewiesen haben, dass er hier mit nicht zutreffenden Unterstellungen unterwegs ist, weiter. Das ist der Grund, weshalb wir, nachdem er es letzte Woche in einer zweiten Fernsehsendung wiederholt hat, dann auch den Weg in die Öffentlichkeit gesucht haben. Wir werden an jeder Stelle gegen solche Falschbehauptungen, die RheinEnergie täusche ihre Kunden, vorgehen. Uns ist es wirklich egal, ob es der Bundesumweltminister ist oder sonst jemand. Gegen jemanden, der unser Unternehmen schädigt und nachweislich die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, müssen wir uns zur Wehr setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp. – Herr Börschel, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Ich warte erst einmal ab! Es ist alles gesagt!)

Dann kommen wir zu Herrn Brust.

(Gerd Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich warte auch ab!)

- Er wartet auch ab. – Wer als Erstes zuckt, ist dran. Dann Herr Klipper. Bitte schön.

(Henk van Benthem [CDU]: SPD und Grüne kneifen, die CDU geht nach vorne!)

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Wir kennen ja das kleine Spielchen: Wer geht zuerst in die Bütt rein. Ich lasse das mal sein. Das bringt doch nichts.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind unser Aufsichtsratsvorsitzender! Ich habe Sie gewählt!)

- Danke schön nochmals.

Lassen Sie mich zu dem, was Sie, Herr Detjen, zu den großen Konzernen zum Ausdruck gebracht haben, nur eine Bemerkung machen: Wenn Sie hier über Wahrheit sprechen, dann sollten Sie die Daten auch richtig zitieren und nicht die Gewinne von RWE in 2010 mit den Gewinnen von Eon in 2011 vergleichen. Und noch eines: Sie sagten ja, die Strompreise von RWE lägen immer 10 Prozent höher. Ich habe eben eine Mitteilung über den Energiekostenindex der Städte bekommen. Allen voran ist Essen, also RWE, mit 0,99 Prozent, und zwar noch vor der Erhöhung, während wir mit Erhöhung 1,0 Prozent haben. Wie Sie dazu kommen, zu sagen, die Strompreise von RWE lägen 10 Prozent höher als die der Rheinergie, das müssen Sie mir einmal erklären. – So viel zum Bereich Ehrlichkeit.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich will jetzt auf die einzelnen Punkte eingehen. Wer gestern im Wohnungsbauforum bis zum Schluss geblieben wäre – leider waren zu diesem Zeitpunkt nur noch die Vertreterin der FDP und ich anwesend –

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

- genau, Sie haben Ihre Vertreterin, die Architektin, dorthin geschickt –, hätte erfahren, dass insbesondere der GAG und den Genossenschaften die „zweite Miete“ auf den Nägeln brennt; die „zweite Miete“ definiert als die Gebühren der Stadt und die Energiekosten insgesamt. Steigende Abgaben der Stadt, nicht durch effektive Kostensteigerungen belegt, durch kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen in die Höhe getrieben, Preiserhöhungen für Wasser, Gas und Öl sowie insbesondere steigende Strompreise machen es immer mehr Menschen in diesem Land schwerer, mit ihrem Geld auszukommen. Das gilt insbesondere für alte Menschen mit einer niedrigen Rente, für die das nahezu unmöglich geworden ist. Im letzten Jahr konnten 600 000 Haushalte – so die aktuellen Zahlen – die Rechnungen Ihres Stromversorgers nicht mehr bezahlen. Wenn dies nicht einen Politiker alarmiert, dann weiß ich nicht, was Sie für Bürgernähe halten.

Deswegen war die Reaktion von Herrn Röttgen verständlich, insbesondere deshalb, weil das Schreiben der RheinEnergie für viele Menschen nicht eineindeutig war, anscheinend auch nicht für Herrn Röttgen. Mehr als 11 000 Anrufe pro Tag – ich wiederhole: 11 000 Anrufe pro Tag – bei der Rheinenergie deuten darauf hin, dass dort etwas nicht in Ordnung ist bzw. die Kunden mit diesem Schreiben nicht zurande kamen.

(Beifall bei de CDU)

Die inzwischen erfolgte Pressemitteilung – deren Inhalt hat Herr Dr. Steinkamp gerade noch einmal wiederholt –, in der die Kosten der Preiserhöhung aufgegliedert worden sind, hat mittlerweile für mehr Klarheit gesorgt. Ein Dankeschön an den Vorstand der RheinEnergie, dass er die Öffentlichkeit mit der gebotenen Sachlichkeit informiert hat.

Richtig ist aber auch: Das Schreiben zum Tarifwechsel per 1. Oktober 2011, das vonseiten der RheinEnergie versandt wurde, konnten nur die wenigsten Menschen, die mit Strom nicht viel zu tun haben, außer dass sie Strom beziehen, verstehen. Viele Menschen haben nachgefragt, was sie tun sollen. Obwohl ich sowohl den Inhalt als auch den Hintergrund sehr genau kenne, war immer viel Überzeugungsarbeit notwendig, damit sie dem neuen Tarif zustimmen. Bei künftigen Aktionen bedarf es mehr Sensibilität und Verständnis, damit die Menschen das auch verstehen. Denn das verlangen sie von ihrem regionalen Versorger.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Eines hat die jetzige Diskussion in der Öffentlichkeit bewirkt – als Aufsichtsratsvorsitzender freue ich mich über die Flexibilität des Vorstands –, nämlich dass nunmehr rückwirkend zum 1. Oktober 2011 die Menschen aus der Grundversorgung, die ja den teuersten aller Tarife darstellt, in einen günstigeren Tarif wechseln können. Das ist normalerweise rückwirkend sehr schwierig. Das bedeutet aber – und das will ich hier betonen –, dass bei der RheinEnergie ein Antrag gestellt werden muss. Das geht nicht von allein, sondern hier bedarf es der aktiven Mitwirkung von all denjenigen, die umgestellt werden wollen. Das kann auch per Telefon gemacht werden; das ist ganz einfach. Ich habe gerade vonseiten der RheinEnergie die Information bekommen, dass dieser Schritt noch bis Ende April rückwirkend zum 1. Oktober 2011 gemacht werden kann. – Mein Dankeschön gilt der RheinEnergie, dass sie das möglich macht.

Wichtig ist auch, das Vertrauen der Menschen in ihren Versorger einschließlich der besonderen Leistungen für die Stadt und die Region zu erhalten bzw. noch zu verstärken. Ich glaube, dass dies in den letzten Tagen erreicht werden konnte. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Bei mindestens einem Satz, den Kollege Klipper hier gerade gesagt hat, musste man schon trocken schlucken. Der Aufsichtsratsvorsitzende der RheinEnergie sagt: 11 000 Anrufe deuten darauf hin, dass bei der RheinEnergie etwas nicht in Ordnung ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, ist so!)

Herr Kollege Klipper, wenn Sie das so sehen und das auch nachhaltig so vertreten wollen, dann rege ich an, dass wir mit vielen anderen gemeinsam, mit dem Vorstand der RheinEnergie, aber auch mit Vertretern der Belegschaft Ihre Vorwürfe einmal erörtern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Würde ich gerne machen!)

Ich glaube, Sie haben eine andere Rolle, Herr Kollege Klipper. Wir haben Sie hier aus dem Rat der Stadt entsandt, um innerhalb des Unternehmens Dinge, die Sie für kritikwürdig halten, anzusprechen. Ohne die Vertraulichkeit zu verletzen, sage ich: Da ist mir diese Form von Kritik bisher aus Ihrem Munde nicht untergekommen. Sie sollen sich öffentlich vor das Unternehmen stellen, dessen Konzern 11 000 Beschäftigte hat, das zig Millionen Euro Gewinn

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 3 000!)

mittelbar an den städtischen Haushalt abführt, und das über den Querverbund wichtige Dienstleistungen der Stadt wie den Nahverkehr, die Bäder und andere mehr sichert. Ich bin wirklich zutiefst erschüttert,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

wie Sie Ihr Rollenverständnis sehen, Herr Kollege Klipper, und das hier auch noch öffentlich vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es beißt die Maus keinen Faden ab: Der Wahlkämpfer Röttgen hat hier wirklich ein Fanal gesetzt. Es ist wirklich beispiellos, dass man auf dem Rücken eines einzelnen Unternehmens, noch dazu eines kommunalen Unternehmens, wirklich Unwahrheiten verbreitet. Die RheinEnergie hat über verschiedene Stellungnahmen diese Punkte Stück für Stück widerlegt. Wir halten das für hoch plausibel. Es gibt Verbraucherschutzverbände wie den Bund der Energieverbraucher und die Verbraucherzentrale NRW, die ausdrücklich die Plausibilität der Zahlen der RheinEnergie anerkannt haben. Ich erwarte von Ihnen, Herr Klipper, dass Sie sich an die Seite der RheinEnergie stellen und das auch nach außen vertreten, selbst wenn das vielleicht schwer und unpopulär ist, statt hier lautstark Dinge zu beklagen, wogegen Sie, obwohl Sie da Bedarf sehen, nach innen keinen Schlag an einer möglichen Veränderung tun. Das finde ich schon ungeheuerlich.

Sie stellen sich damit im Grunde an die Seite des Bundesumweltministers, der hier in einer unsäglichen Art und Weise ein Tabu gebrochen hat. Er hat damit schon begonnen, als der Wahlkampf noch gar nicht angefangen hatte. Das war ganz offensichtlich auch kein Ausrutscher von ihm, sondern er hat sich wiederholt so geäußert, als ganz gezielter Angriff enttarnt, der aber nicht substantiiert war.

Deswegen ist die gemeinsame Aufforderung von SPD und Grünen heute an die anderen Fraktionen des Rates: Stellen Sie sich hinter das, was Verbraucherschutzverbände als plau-

sibel kennzeichnen! Stellen Sie sich hinter das, was der RheinEnergie-Vorstand hier getan hat! Stellen Sie sich hinter die Belegschaft! Stimmen Sie der Resolution, die wir hier vorgelegt haben, zu! Ich sage ganz offen und klar: Die Resolution haben wir bewusst in diesem Duktus abgefasst. Man hätte das ganz anders formulieren können: viel mehr Wahlkampf, viel mehr Angriffe in Richtung des Bundesumweltministers. Darauf haben wir in Gänze verzichtet, damit Sie die Chance haben, dieser Resolution zuzustimmen. Wenn nicht, Herr Kollege Klipper, haben wir ernsthaften Gesprächsbedarf; denn dass sich eine CDU-Fraktion hinter dieses Unternehmen stellt, das muss man schon erwarten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, ich finde es schon abenteuerlich, was Sie hier behaupten. Das Unternehmen selbst hat bekannt gegeben, dass nach der Berichterstattung in Presse und Fernsehen über 11 000 verunsicherte Kunden angerufen haben.

Ferner haben Sie behauptet, ich hätte nichts dagegen getan, die Sache aufzuklären. Herr Börschel, ich darf Sie daran erinnern, dass ich, als voriges Jahr die erste Mailing-Aktion bezüglich der Änderung des Tarifes lief, vom Vorstand verlangt habe, das zweite Schreiben verständlicher abzufassen, damit die Leute das überhaupt kapieren. Das zweite und dritte Schreiben war dann auch verständlicher. Da habe ich meinen Einfluss zugunsten der Bürger, und zwar 100-prozentig, geltend gemacht.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Gerade haben Sie gesagt, es war nicht verständlich!)

Sie können mir hier nicht das Wort herumdrehen und behaupten, ich hätte mich dafür nicht eingesetzt. Ich habe auch in der letzten Sitzung gesagt: Wir müssen mehr die Sprache der Kunden benutzen, damit sie verstehen, warum wir dies machen. Und das ist der entscheidende Punkt. Sonst hätte das Unternehmen doch keine 11 000 Anrufe bekommen.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Weil Herr Röttgen das im Fernsehen gesagt hat!)

Deswegen: Drängen Sie mich bitte nicht in diese Ecke hinein. Ich stehe zur RheinEnergie – das kann der Vorstand bestätigen –, und zwar in jeglicher Form. Unterlassen Sie bitte Behauptungen, ich würde die Interessen der RheinEnergie und der Bürger der Stadt Köln nicht vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. – Dann kommen wir zu Herrn Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Klipper, ich kann ja verstehen, dass Sie heute in einer schwierigen Lage sind: Sie wollen im Wahlkampf nicht Ihren Parteifreund anreifen; gleichzeitig sind Sie Aufsichtsratsvorsitzender der RheinEnergie. Sie versuchen, den Konflikt zu lösen, indem Sie zwei ganz verschiedene Sachverhalte vermischen.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Die Mailing-Aktion, die Sie gerade angesprochen haben, hat überhaupt nichts mit der jetzigen Preiserhöhung zu tun, sondern sie ist im letzten Sommer bzw. Herbst gelaufen, als es darum ging, die Verträge der Kunden umzustellen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es sind noch 200 000, die sind nicht auf diesem Tarif!)

- Ja, richtig. Aber das ist doch ein völlig anderer Sachverhalt. Er hat mit den jetzigen Preiserhöhungen nicht das Geringste zu tun.

Sie wissen, dass es Urteile gab, wonach die RheinEnergie gezwungen war, ihre Verträge rechtlich abzusichern. Daraufhin sind die Kunden mehrmals angeschrieben worden, weil man Unterschriften unter korrekte Verträge brauchte. Das war die Aktion, die im letzten Jahr gelaufen ist. Als jetzt in der Presse wieder Artikel dazu auftauchten, gab es in der Tat Tausende von Nachfragen bei der RheinEnergie zu diesen Verträgen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich habe doch gesagt, dass das nicht klar war! Das verstehen die Leute nicht! – Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat nichts mit

den Preiserhöhungen zu tun, Herr Klipper!)

Das hat aber überhaupt nichts zu tun mit den jetzigen Preiserhöhungen, die Herr Röttgen anspricht. Die Preiserhöhungen zum 1. April betreffen die neuen Tarife in den Verträgen, die im Herbst umgestellt worden sind. Herr Röttgen hat behauptet, dass die Begründung der RheinEnergie falsch sei. Er hat das bis heute nicht zurückgenommen, sondern er tut weiterhin so, als wäre er im Recht, indem er sagt: Die Preise an der Börse sinken doch wieder.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Stimmt alles, versteht aber keiner hier!)

Er scheint überhaupt kein Fachmann zu sein und nicht zu wissen, wie Energiewirtschaft funktioniert. Denn sonst müsste er wissen, dass – Herr Steinkamp hat das eben noch einmal erläutert – die Preise, die heute an der Börse verlangt werden, sich erst in der Stromrechnung des nächsten Jahres niederschlagen werden, dass wir aber dieses Jahr leider mehr bezahlen müssen, weil die Preise im letzten Jahr zwischenzeitlich um fast 2 Cent gestiegen sind. Genau das hat die RheinEnergie völlig zu Recht und auch nicht widersprüchlich den Kunden mitgeteilt. Sie hat geschrieben:

> Unsere Bezugskosten sind, insbesondere durch den Atomunfall in Fukushima und die folgende Energiewende, gestiegen. Zusätzlich wurden die Netzentgelte deutlich angehoben und eine neue Abgabe zur Entlastung energieintensiver Unternehmen durch die Bundesregierung eingeführt.

Die RheinEnergie hat also ganz korrekt auf die drei Aspekte der neuen Preisbildung hingewiesen.

Sie haben versucht, sich jetzt aus der Affäre zu ziehen, indem Sie darum herumreden und allgemein auf Nebenkosten eingehen. Da sind wir völlig bei Ihnen. Nur, Sie haben eben wieder eine falsche Behauptung aufgestellt, nämlich dass die Wasserpreise erhöht worden seien. Die Wasserpreise sind in den letzten acht Jahren nicht erhöht worden. Von daher hat die RheinEnergie auch in diesem Punkt nichts mit höheren Nebenkosten zu tun.

Wir sind bei Ihnen, wenn Sie sagen: Die Nebenkosten sind ein Problem. Aber Sie müssen dann auch so ehrlich sein, zu sagen, warum die Nebenkosten gestiegen sind.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Habe ich doch gesagt!)

Ich kann Ihnen sagen, warum: In einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 15. September letzten Jahres hat das schwarz-gelbe Kabinett und damit auch Minister Röttgen eine Befreiung der stromintensiven Betriebe von den Netzentgelten beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 0,9 Prozent! Herr Brust, haben Sie doch gerade von Herrn Steinkamp gehört!)

- 0,9 Prozent ist auch Geld.

(Lachen bei der CDU)

Die entscheidende Frage ist doch: Ist das gerechtfertigt? Es gibt überhaupt keine Rechtfertigung dafür, gerade energieintensive Betriebe von den Netzentgelten freizustellen. Gerade diese Unternehmen belasten die Netze am meisten.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Herr Klipper, es gibt überhaupt keine Rechtfertigung für diesen Beschluss der Bundesregierung. Gerade die energieintensiven Betriebe belasten doch die Netze am meisten. Warum ausgerechnet diese jetzt keine Netzgebühren mehr zahlen sollen und das auf die privaten Haushalte umgelegt wird, ist überhaupt nicht einzusehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir wollen die Arbeitsplätze in Deutschland halten!)

Dass ein Minister, der diesen Beschluss mit verbrochen hat, anschließend ein Unternehmen, das diesen Beschluss umsetzen muss, als Preistreiber darstellt, ist an sich schon eine Unverschämtheit, umso mehr, da er das nun auch noch im Wahlkampf für seine Partei ausschlachten will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die RheinEnergie hat dem Minister mehrmals angeboten, das richtigzustellen. Er will davon anscheinend gar nichts wissen. Er will damit weiter Wahlkampf machen. Ich denke, dann müssen wir im Aufsichtsrat darüber reden, rechtliche Schritte einzuleiten. Es kann nicht sein, dass Ihr Wahlkampf zu dem Ergebnis

führt, dass wir Kunden verlieren, dadurch weniger Geld in den städtischen Haushalt fließt und Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. – Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann das heutige Statement des Vorstandssprechers der RheinEnergie, Herrn Dr. Steinkamp, sehr gut verstehen. Er muss das Unternehmen verteidigen.

Es ist sicherlich richtig, was in der Resolution steht, nämlich dass es ein beispielloser Vorgang ist, dass ein Politiker ein Unternehmen von vielen herausgreift. Man muss sicherlich auch über Konsequenzen nachdenken. Das muss aber Herr Röttgen selber entscheiden.

Mir war wichtig, was Herr Steinkamp hier gesagt hat; denn er hat heute die Begründung anders formuliert als in den im Januar versandten Briefen. Ich bin damals zu Herrn Schöneberg gegangen – Herr Steinkamp weiß das –, weil mir bestimmte Formulierungen in der Begründung nicht gepasst haben,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

weil sie so nicht stimmig sind und zu Missdeutungen führen können. Ob man, wenn man dieser Meinung ist – Dr. Norbert Röttgen ist ja wohl auch Kunde der RheinEnergie –,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: War!)

einen solchen Auftritt hinlegen muss, das ist eine ganz andere Sache.

Trotzdem gefällt mir diese Resolution nicht; denn sie gibt in Punkt 2 nicht das wieder, was Herr Dr. Steinkamp hier eben ausgeführt hat. Gerade in der Energiepolitik wird gerne mit der Wahrheit gespielt; ich möchte es einmal so formulieren. In Punkt 2 der Resolution wird der Anstieg der Strombeschaffungskosten wie folgt begründet:

> Das war eine Folge des Unglücks von Fukushima und der damit verbundenen Stilllegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende.

Das ist faktisch so nicht richtig. Das wird sicherlich auch Einfluss gehabt haben. Aber wir wissen doch ganz genau, dass es zu dem Zeitpunkt, als das Unglück in Fukushima passiert ist, noch andere externe Faktoren gab, die zur Erhöhung der Strombeschaffungskosten geführt haben. Das drang nur nicht so sehr an die Öffentlichkeit, weil wir alle uns mit diesem sehr schlimmen, schweren Unglück beschäftigt haben. Dass die Preise auf dem deutschen Strommarkt so hoch waren, hatte mit einem ökologischen Faktor zu tun. Zudem hatte Norwegen, Europas größter Exporteur von Öl und Gas, der aber selbst nur Wasserkraftwerke besitzt, das Problem – vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, welches Wetter wir, aber auch Skandinavien im März, April und Mai letztes Jahr hatten –, dass es viel zu trocken war und dadurch zu wenig Wasser zur Verfügung stand, um die Wasserkraftwerke betreiben zu können. Deshalb musste Norwegen auf dem europäischen Strommarkt massiv zukaufen. Deshalb ist es zu diesem Anstieg gekommen.

Selbstverständlich hat auch die Energiewende etwas mit der Preisfindung zu tun. Aber wenn wir uns das Jahr 2011 insgesamt – die RheinEnergie kauft ja 15-mal im Jahr ein – einmal genauer anschauen, stellen wir fest: Der Strompreis ist gefallen. Darum sollte man mit einer solchen Formulierung vorsichtig sein. Das hat Herr Dr. Steinkamp vollkommen richtig ausgeführt. Er hat hier deutlich gemacht, dass die RheinEnergie das auch nicht so begründet hat. Das wollte ich nur hier nur richtigstellen. Vielleicht kann diese Formulierung in der Resolution noch geändert werden.

Das eben vorgetragene Beispiel zeigt aber auch: Der Strommarkt wird unberechenbarer. Das hat jedoch nichts mit der Stilllegung der Atomkraftwerke zu tun, sondern es gehört zur Wahrheit dazu, zu sagen, dass es die regenerativen Energien sind, die den Markt so unberechenbar machen. Eigentlich müsste man sich vor der Preisfindung den Wetterdienst anschauen. Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass der Strompreis im November 2011 hochgegangen ist,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Spotmarkt!)

- du weißt das –, weil die Herbstwinde gefehlt haben?

(Karsten Möring [CDU]: Kann die FDP doch mehr Wind machen, dann geht es!)

Das war der Grund dafür, dass der Preis auf dem Spotmarkt hochgegangen ist, und nicht, weil wir da ein Atomkraftwerk abgeschaltet haben. Wir haben es doch selber erlebt – vielleicht erinnern Sie sich noch daran –, welche Tiefstände der Rhein damals hatte. Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Wasserkraft und diese wiederum auf die Herstellung von Elektrizität in den Kraftwerken. Das heißt. Wir begeben uns immer mehr in Abhängigkeit von Wind und Wetter. Das hat auch etwas mit den Preisen zu tun, auch mit denen, die in 2011 gezahlt werden mussten. Herr Steinkamp hat das mit der Formulierung deutlich gemacht, dass das nicht die unmittelbare Folge ist. Deshalb wollte ich das noch einmal ganz sachlich ansprechen.

Selbstverständlich wird die Energiewende, in der es ja vor allem auch um den Ausbau der Netze geht, uns viel Kraft abverlangen, die notwendigen Investitionen zu stemmen. Ganz eindeutig. Aber machen wir uns nichts vor: Die Preisfindung ist nicht so eindimensional und eindeutig, wie das in der Resolution formuliert worden ist. Wenn dem so wäre, könnte man die Kritik verstehen. Aber dann könnte man, glaube ich, zum Hörer greifen. Herr Steinkamp hat ja darum gebeten. Dieser Bitte ist Herr Röttgen bis jetzt nicht nachgekommen. Ich hätte das eigentlich von Herrn Röttgen erwartet. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. – Ich will jetzt direkt das Wort an Herrn Dr. Steinkamp geben. Danach ist Herr Uckermann an der Reihe.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG): Meine Rolle hier ist ja, ein bisschen zur Objektivierung und zur Wahrheitsfindung beizutragen.

Herr Breite hat völlig exakt beschrieben, wie die Mechanismen am Strommarkt sind. Aber er hat den Spotmarkt beschrieben. Entscheidend für unsere Langfristbeschaffung sind jedoch die Preise am Terminmarkt. Wenn man sich diese einmal beginnend am 11. März 2011, an dem das Unglück in Fukushima stattgefunden hat, anschaut – wohlgemerkt: die Terminmarktentwicklung –, dann stimmt das, was ich vorhin gesagt habe: Es gab über einen Zeitraum von ca. sechs Monaten im Markt „erhebliche Unsicherheiten“ – so würden es die Analysten beschreiben – mit der Folge steigender Preise. Zum Teil waren es am Anfang 5 bis 6 Euro Differenz je Megawattstunde – das ist sehr, sehr viel –, was sich dann bis zum Ende des Jahres wieder normalisiert hat, wie ich vorhin schon gesagt habe.

Der Spotmarkt läuft daneben und folgt in Teilen wirklich anderen Gesetzen. Herr Breite hat richtig beschrieben, dass auch das im letzten Jahr eine Rolle gespielt hat, allerdings nicht für die Kalkulation der Preise im Jahr 2012. Das sind vielmehr die Kurzfristmengen, die wir im Grunde genommen im Tagesgeschäft dann noch als Restmengen kaufen müssen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Steinkamp. – Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine sehr interessante und lehrreiche Aktuelle Stunde liegt hinter uns. Ich darf heute in dieser Angelegenheit wohl wieder den Schlussredner machen.

Selbstverständlich ist das, was ein Bundesminister hier tut, sehr ungehörig. Als Kölner Stadträte stehen wir natürlich zu unserem Unternehmen RheinEnergie. Ich sage aber auch: Die Bürgerbewegung pro Köln / pro NRW steht auch für die Forderung nach mehr Gebührentransparenz. Die Kölner Bürger müssen die Energie tatsächlich noch bezahlen können. Dass Herr Röttgen hier diesen Strohhalm ergreift, zeigt, wie er – bei immer weiter sinkender Wahlbeteiligung – seine Chancen bei dieser Wahl einschätzt.

Die Linken haben den Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Stunde eingebracht, der ja eher substanzlos ist; denn sie haben ja noch nicht einmal beschrieben, wie sie diese Aktuelle Stunde beschließen wollen und welche Konsequenzen für unser Tun daraus folgen sollen. Daraufhin haben die Grünen und die SPD uns während dieser Sitzung noch etwas zum Lesen gegeben.

Für die Bürgerbewegung pro Köln kann ich sagen: Wir wollen uns in dieser Angelegenheit enthalten. Grund dafür ist, dass wir den Ein-

druck haben, einer ist hier schlechter als der andere. Das Ganze ist ein Ränkespiel. Das, was wir hier erlebt haben, vermittelt das Gefühl, als sei man hier auf einem politischen Abenteuerspielplatz bzw. in einer Wahlkampfarena. Die Bürgerbewegung pro NRW stellt sich mit drei Stadträten auch zur Landtagswahl. Die 11 000 Bürger, die so unzufrieden sind, haben ja dann eine gute Wahlalternative. – In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch eine Wortmeldung? – Ja, von Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne die Anregung des Kollegen Breite aufnehmen und eine Veränderung im Resolutionsentwurf vorschlagen, und zwar in Ziffer 2, dritte Zeile, die beiden Wörter „die unmittelbare“ zu streichen und zu ersetzen durch „eine“.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. – Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Resolution, die Ihnen als Tischvorlage präsentiert worden ist. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann sowie die Fraktion der Grünen und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion pro Köln und Herr Ludwig. Damit ist die Resolution so angenommen. Die Resolution wird an die Verwaltung überwiesen, um sie entsprechend umzusetzen.

Damit haben wir das Ende der beiden Aktuellen Stunden erreicht und kommen jetzt zur weiteren Tagesordnung.

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat die nachfolgende Resolution:

Resolution des Rates der Stadt Köln zu den öffentlichen Vorwürfen von Bundesumweltminister Röttgen gegen die RheinEnergie AG

Es ist ein bislang beispielloser Vorgang, wenn ein Bundespolitiker mehrfach in der Öffentlichkeit ein einzelnes Unternehmen angreift und ihm Täuschung der Kunden vorwirft. Überdies ist das Vorgehen fragwürdig, wenn der Bundespolitiker vorgibt, aus privater Betroffenheit als Kunde heraus zu handeln, dann aber sein öffentliches Amt dazu einsetzt, seiner Kritik eine entsprechende Bühne zu verschaffen.

Dies ist der RheinEnergie bei zwei Gelegenheiten widerfahren: Am Abend des 12. März in der ARD und am Abend des 22. März im ZDF. In beiden Fällen griff Bundesumweltminister Röttgen namentlich die RheinEnergie und deren bevorstehende Preiserhöhung an, wohl wissend, dass mehr als 200 Unternehmen ihre Preise anpassen müssen.

Der Vorwurf lautete in beiden Fällen: Die Rhein Energie begründe eine anstehende Preiserhöhung einseitig mit der Energiewende, und damit täusche sie die Kunden, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende seien marginal.

In die Kritik geriet das Anschreiben an die Kunden zur Preiserhöhung im April 2012, im dem die RheinEnergie tatsächlich aber mehrere Gründe für die Preiserhöhung genannt hat:

1. *Eine erhebliche Erhöhung der Netznutzungsentgelte im Januar 2012 um mehr als 16 Prozent, bezogen auf einen Privathaushalt. Diese sind vom Kostenrahmen her nach Prüfung durch die Bundesnetzagentur festgelegt und genehmigt.*

2. *Ein erheblicher Anstieg der Strombeschaffungskosten für 2012. Im Jahr 2011 stiegen die Strombeschaffungskosten für das Lieferjahr 2012 fast sechs Monate erheblich an. Das war eine Folge des Unglücks von Fukushima und der da-mit verbundenen Stillegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende. Genau so hat es die RheinEnergie im Brief auch dargestellt.*

3. *Einführung einer zusätzlichen Umlage auf Basis § 19 Netzentgeltverordnung zur Entlastung der energieintensiven Industrie mit Übertragung der Kosten auf die Allgemeinheit. Am 15. Dezember 2011 beschloss die Bundesregierung in einer Nachtsitzung, eine zusätzliche Umlage einzuführen, mit deren Hilfe die energieintensive Industrie von Netznutzungsentgelten entlastet werden soll. Diese Umlage ist von allen Stromkunden zu bezahlen.*

Die RheinEnergie hat ein positives Beispiel der Transparenz geliefert, indem sie in der Folge der Vorwürfe alle relevanten Fakten offengelegt hat. Die Plausibilität dieser Zahlen wird auch von zwei Verbraucherverbänden aner-

kannt. Überdies sind alle Positionen überprüfbar.

Die RheinEnergie hat den Auftrag, Versorgungssicherheit mit Energie und Trinkwasser für ihre Kunden zu gewährleisten und daran ihre Angebote auszurichten.

Sie leistet mit ihrer Wertschöpfung als Arbeitgeber einen wertvollen Beitrag für die Prosperität von Stadt und Region, sie investiert vielfach in Sachanlagen, Güter und Dienstleistungen, und sie ist vielfach gesellschaftlich wie sozial in der Stadt engagiert.

Die RheinEnergie sichert auf diese Weise Arbeitsplätze und Beschäftigung bei sich und Dritten.

Als mittelbarer Mehrheitsaktionär der RheinEnergie sind die Stadt Köln und damit auch ihre Bürger am wirtschaftlichen Erfolg der RheinEnergie beteiligt. Als ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen muss das Unternehmen seine Preise und Angebote marktgerecht entwickeln. Dazu orientiert sich die RheinEnergie in der Kalkulation ihrer Angebote an tatsächlichen Kosten und der jeweiligen Marktsituation.

Dabei hat sie stets Augenmaß bewiesen und gehörte jetzt aktuell über 15 Monate hinweg zum Fünftel der günstigsten Stromanbieter. In den vergangenen vier Jahren hat sie teils antizyklisch die Strompreise auch gesenkt.

Der Rat der Stadt Köln spricht dem Vorstand und der Belegschaft der RheinEnergie sein Vertrauen aus und baut weiterhin auf die Leistungskraft dieses Unternehmens und dessen wichtige Rolle für die Stadt Köln und die rheinische Region.

Der Rat der Stadt Köln verwahrt sich gegen einseitig und verkürzt geäußerte Vorwürfe, welche die wesentlichen Fakten außer Acht lassen. Er fordert Bundesumweltminister Röttgen auf, sich auf die öffentliche Verantwortung seines Amtes zu besinnen und seine ungerechtfertigten Angriffe auf das kommunale Stadtwerk RheinEnergie sofort einzustellen. Der Rat appelliert an Herrn Röttgen, das mehrfach unterbreitete Angebot direkter Gespräche anzunehmen.

Der Rat überweist die Sache gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen an die Verwaltung und beauftragt diese, den Resolutionstext weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, mit einem Teil der Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zim-mermann (Deine Freunde) sowie Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Ratsmit-glied Claus Ludwig (Fraktion Die Linke.) zugestimmt.

Anmerkung:
Der Resolutionsentwurf wurde von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Änderungsantrag in der Sitzung vorgelegt.

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir hatten uns zu Beginn geeinigt, die Tagesordnungspunkte 3.1.1 und 3.1.4 gemeinsam abzuhandeln. Diese Punkte rufe ich jetzt auf:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012“
AN/0396/2012

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“
AN/0187/2012

Herr Frank, bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wie Ihnen bekannt ist, werte Kolleginnen und Kolle-

gen, werden alle Änderungsanträge zum Haushalt am 11. Juni im Finanzausschuss diskutiert und beschlossen. Der Rat wird den Haushalt dann am 26. Juni endgültig verabschieden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Regelungen zu den Abschlagszahlungen fortzuführen, die wir ja bereits im Dezember für das erste Quartal beschlossen bzw. der Kämmerin empfohlen haben, so zu verfahren, damit die Arbeit insbesondere der Freien Träger weiterhin gewährleistet ist. Ich denke, das ist von allen Seiten unterstützenswert. Wir sollten dieses deutliche Signal auch jetzt wieder für das nächste Quartal an die Verwaltung geben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Meine Damen und Herren! Wir wollen mit unseren Antrag erreichen, dass die Verwaltung gemäß § 82 Gemeindeordnung schnell prüft, ob die Mittel für das zweite und dritte Quartal den Freien Trägern angewiesen werden können, und dies dann auch tut. Wir hätten gerne schon auf der letzten Sitzung diesen Schritt getan. Aber Rot-Grün wollte diesen Antrag für die heutige Sitzung selber stellen, obwohl die Formulierungen wortgleich sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ist nicht wortgleich!)

Man sollte meines Erachtens diese Sache nicht als lächerlich betrachten, sondern es bestehen hier ernsthafte Differenzen, die ich im Folgenden darstellen will:

Erstens. Unser Antrag beinhaltet das zweite und dritte Haushaltsquartal, der Antrag von Rot-Grün dagegen nur das zweite Quartal 2012. Jetzt wird der finanzpolitische Sprech-Kämmerer der Grünen, Kollege Frank, einwenden, das dritte Quartal machen wir in der Mai-Sitzung. Das ist einfach Blödsinn, weil die Anweisung letztendlich sowieso von der jeweiligen Prüfung der Kämmerin abhängt. Wir können als Rat nur politische Zeichen an die Verwaltung, an die Öffentlichkeit und vor allem an die Träger, Initiativen und Vereine senden. Und da wollen wir, meine Damen und Herren, das stärkste Signal senden, das wir senden können. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass die Freien Träger ihre wichtige Arbeit fortsetzen. Wir wollen deutlich machen: Wir stehen an eurer Seite. – Dieses Signal will Rot-Grün nicht senden.

Zweitens. Rot-Grün geht es darum, Verzögerungen bei der Zahlung der Finanzmittel zu legitimieren. So können Sie auf kaltem Wege Kürzungen erreichen, ohne politische Debatte und ohne großen Widerstand. In Fachkreisen spricht man davon, dass es hier um 30 Millionen Euro geht. Im Kulturbereich gibt es heftige Auseinandersetzungen, weil verschiedene Projekte geplant und teilfinanziert werden müssen. Kluge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung erklären den Trägern, wie man Unaufschiebbarkeit und eine vorzeige Auszahlung begründen kann. Danke an diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Stadtverwaltung, die sich bemühen, auf diesem Wege die sozialen und kulturellen Interessen voranzutreiben.

Rot-Grün dagegen mauert und feilscht um jeden Cent und trägt dazu bei, dass soziale und kulturelle Projekte nicht umgesetzt werden können. Auf dem Wege der Verfügungsbeschränkung wurden zum Beispiel die Mittel für die Mitarbeiterqualifizierung 2010 um 50 Prozent und 2011 um 20 Prozent gekürzt. Das ergibt eine Summe von 300 000 Euro. Wer im AVR ist, kennt diese Vorlagen ganz genau. Man will schlussendlich auf eine Summe von 30 Millionen Euro kommen. Bei der Mitarbeiterqualifizierung hat man schon einmal 300 000 Euro eingespart.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da müsst ihr noch ein bisschen sammeln!)

Drittens. Wie kleinlich, durchtrieben und kenntnislos Rot-Grün beim Haushalt agiert, können wir aktuell bei den Landesfinanzen sehen. Am 15. März erklärte Martin Börschel in einer Presseerklärung, das Land würde die Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetzt jetzt nicht zahlen, weil unter anderen DIE LINKE dem Landeshaushalt nicht zugestimmt habe.

(Martin Börschel [SPD]: Alles richtig!)

Diese Fehlinformation schaffte es bis auf Seite 1 der Tagespresse. Nur, dumm gelaufen: Einige Tage später erklärte der Innenminister – ich zitiere –:

> Die Landesregierung wird auch ohne gültigen Haushalt 2012 … Abschläge aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 auszahlen.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Kollege Börschel, da haben Sie einfach danebengelegen. Insofern finde ich es einfach schade, dass Sie jetzt FDP, CDU und uns dafür verantwortlich machen.

(Lachen bei Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Wer in der letzten Ratssitzung ein bisschen aufgepasst hat, hat gesehen, dass Herr Börschel sehr mit Herrn Sterck geturtelt hat. Das hat anscheinend aber nicht für den Landeshaushalt ausgereicht. Insofern: Sie sollten *Ihre* Hausaufgaben machen, statt andere dafür verantwortlich zu machen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ja, Herr Detjen, da kann ich Ihnen nur den alten Spruch entgegenhalten: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“ – Aber das ist eine andere Sache.

Meine Damen und Herren, wir werden dem vorliegenden Antrag in vollem Umfang, ohne Abänderungsantrag zustimmen. Das will ich vorweg sagen.

Aber die Passivität der Kämmerin und ihr Nichtstun hinsichtlich der Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts wollen wir in keiner Weise hinnehmen oder gar tolerieren. Wir hatten erwartet, Herr Oberbürgermeister, dass der Rat der Stadt Köln umgehend, das heißt, schon im Februar oder Anfang März, eine Vorlage gleichen Inhalts erhalten würde, um den verschiedenen Trägern von Wohlfahrtspflege, Jugendhilfe, freier Kulturarbeit, Förderern von Projekten der Sportvereine, dem TAS etc. Planungssicherheit zu geben. Aber wie immer in den letzten Monaten ist nichts geschehen. Was sind das für eine Kämmerin und ein Oberbürgermeister!

(Befall bei Teilen der CDU)

Mehr als fünf Monate hat sich nichts getan: keine Vorschläge von Einsparungen für den Haushalt 2012 und insbesondere keine für die mittelfristige Finanzplanung 2013/2015. Sie stehen da wie das Kaninchen vor der Schlange in der Hoffnung, doch nicht von der Realität gebissen zu werden und mit der Steuerschätzung im Mai formal aus der Bredouille zu kommen. Ihre eigenen Zahlen gestern im Finanzausschuss zeigen deutlich an, dass diese Hoffnung irrational ist; denn die Gewerbesteuereinnahmen lagen, wie gestern zu erfahren war, sogar unter dem Ansatz vom letzten Jahr. Also: Legen Sie die Daten auf den Tisch mit allen Konsequenzen, transparent und ehrlich.

(Zuruf der Stadtkämmerin Gabriele C. Klug)

- Ja, ein Plan braucht immer fünf Monate, höchstwahrscheinlich ein ganzes Jahr. Aber Frau Kämmerin, ich bin der Meinung, langsam ist es Zeit. Wir werden höchstwahrscheinlich sowieso erst im September die Zustimmung der Regierungspräsidentin bekommen. Dann haben wir genau dreieinhalb Monate Zeit, um hier noch etwas gestalten zu können. Die Bürger dieser Stadt erwarten, jetzt – jetzt! –

(Beifall bei der CDU)

von Ihnen zu erfahren, wo Straßenreparaturen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden sollen, wo Grünflächen nicht mehr gepflegt werden, in welchen Stadtteilen – ich erinnere an die Demonstration unten – der Ausbau von Ü3- und U3-Kindertagesstätten in die Zukunft verschoben werden soll. Frau Dr. Klein hatte ja schon vor vier Wochen angekündigt, dass man eine Chance sieht, dies aufzuschieben. Die Bürger erwarten, dass ihnen reiner Wein und nicht nur Wasser eingeschenkt wird. Ehrlichkeit, Offenheit, Transparenz – das wird von Ihnen, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, hier heute erwartet.

Ich will noch einmal auf den Ausbau der Ü3-Kindertagesstätten zu sprechen kommen. Ihnen, Herr Oberbürgermeister, der Sie noch auf dem Neujahrsempfang Anfang dieses Jahres die Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen zur Chefsache erklärt haben, müssten eigentlich die Ohren klingen, dass der südliche Teil von Rodenkirchen der mit Kindertagesstättenplätzen am schlechtesten versorgte Stadtbezirk von Köln ist. Wir haben dafür gesorgt haben, dass insgesamt nahezu 900 neue Wohnungen gebaut wurden, in die auch viele Familien mit Kindern eingezogen sind. Wenn ich aber höre, dass erst in drei Jahren eine zweite Kindertagesstätte gebaut wird, dann bereue ich fast, dass wir das Sürther Feld zur Bebauung freigegeben haben, ohne vorher die nötige Infrastruktur zu schaffen. Aber das ist ja Sache des Chefs.

Die Bürger wollen jetzt wissen, welche Projekte *nicht* realisiert werden können oder sollen, wie

zum Beispiel ein modernes Messe-Kongresszentrum, obwohl es für die Wirtschaft äußerst wichtig wäre – dafür müsste man aber einen Zeitplan haben –, oder der massive Ausbau von Wohnbauflächen oder das Jüdische Museum, das die Stadt bestimmt 40 Millionen Euro kosten wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger dieser Stadt erwarten von Ihnen, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, jetzt zu erfahren, in welchen Bereichen Standards reduziert werden sollen, an welcher Stelle Sie auf die Erfüllung von parteipolitischen Wünschen verzichten und wie Sie die mittelfristige Finanzplanung in Ordnung bringen wollen.

Es ist unverantwortlich, den Kapitalverbrauch in den Jahren 2012 bis 2015 bis nahezu 1 Milliarde Euro in die Höhe zu treiben, ohne strengste Einsparmaßnahmen durchzuführen. Zum Sparen, zum Abwägen und zum Treffen unpopulärer Entscheidungen gehört aber Mut und Überzeugungsarbeit und nicht nur reine Parteitaktik.

Sie hatten uns – ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, Herr Oberbürgermeister – ebenso wie die Kämmerin versprochen, bis Ende März, Anfang April Ihren abgestimmten – ich betone: abgestimmten – Vorschlag für das Jahr 2012 wie auch für die mittelfristige Finanzplanung auf den Tisch zu legen, ohne mit pauschalen Werten zu arbeiten.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da haben sie ja noch drei Tage Zeit!)

- Genau, dafür bleiben Ihnen genau noch drei Tage Zeit. Ich bin gespannt, ob wir das noch bekommen. Bis heute: Fehlanzeige! Sie verweisen nun auf die Auflösung des Landtages und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Was für eine billige Vorgehensweise! Sie können jederzeit Ihre Vorstellungen vom Haushalt auf den Tisch legen. Sie können oder müssen dann eben nach dem 13. Mai bis zur Sitzung des Finanzausschusses und der abschließenden Ratssitzung korrigiert werden. Frau Kämmerin, Herr Oberbürgermeister, Sie werden bis zum 11. Juni bzw. bis zum 26. Juni keine rechtsverbindlichen Auskünfte aus Düsseldorf erhalten, weil der Haushalt NRW für 2012 bis dahin nicht verabschiedet werden kann. Legen Sie also jetzt den Haushalt 2012 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung für die Stadt Köln vor, damit die Öffentlichkeit heute und nicht erst nach der Landtagswahl das von Ihnen verursachte Desaster in voller Höhe erkennen kann. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den Beitrag des Kollegen Detjen will ich trotzdem noch ganz kurz eingehen, mittelbar auch auf den von Herrn Klipper.

Herr Detjen, Sie haben ja auf die öffentliche Stellungnahme von mir rekurriert – in anderen Medien habe ich aber ebensolche von den Grünen gesehen –, was die Gefährdung des kommunalen Kölner Konsolidierungskurses durch die Ablehnung des GFG 2012 im Landtag angeht. Davon ist nichts zurückzunehmen. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Herr Ludwig Ihnen aus dem Finanzausschuss gestern berichtet hat. Wenn dem nicht so ist, will ich Ihnen Folgendes sagen: Das, was dort gestern gesagt wurde, mache ich mir noch einmal zu eigen, damit Sie das entsprechend nachlesen können. Ich will hier jetzt nur noch einmal auf folgenden kleinen Unterschied eingehen.

Für den Konsolidierungskurs einer Stadt gibt es einen Unterschied zwischen einem rechtlichen Anspruch, also Geld, das uns gehört, und einem Darlehen bzw. Abschlägen. Was die Landesregierung zurzeit macht, ist, uns unter äußerst großzügiger Auslegung der vorläufigen Haushaltsführung Abschläge zu geben. Abschläge sind aber nichts anderes als eine Leihgabe an die Kommunen. Sofern CDU, FDP und Linke wie im alten Landtag wieder eine gemeinsame Mehrheit hätten und wiederum aktiv das GFG 2012, das für Köln Mehreinnahmen in Höhe von 105,3 Millionen Euro gemäß Haushaltsentwurf bedeuten würde, ablehnen würden, dann müssten wir das Geld zurückzahlen. So einfach ist das. Das heißt: Momentan gibt die Landesregierung uns Abschläge. Abschläge haben es nun einmal in sich, dass sie zurückgefordert werden, wenn eine Landtagsmehrheit das nicht beschließt. Es beißt die Maus keinen Faden ab: CDU, FDP und Linke haben zum kommunalfreundlichsten GFG aller Zeiten Nein gesagt. So einfach ist die Wahrheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Kollege Börschel, dass Sie mich jetzt provoziert haben, muss Ihnen klar sein. Sie haben ja eben auch die FDP genannt, obwohl Sie wissen, dass die FDP dem Stärkungspakt Stadtfinanzen zugestimmt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Aber beim GFG dagegen!)

Das jetzt mit dem Haushalt zu verbinden, halte ich für nicht redlich.

Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, das sind Abschläge; das ist immer so. Aber ich gehe nicht davon aus, dass eine neu gebildete Landesregierung entscheiden muss.

(Martin Börschel [SPD]: Der Landtag!)

Ich sah im Landtag dafür schon eine Mehrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Rot-Grün! Sie waren doch dagegen!)

Zeichnen Sie jetzt nicht ein falsches Bild, nur weil Sie dem Landtag einen nicht verabschiedungswürdigen Haushalt vorgelegt haben, dem andere Fraktionen nicht zustimmen konnten und Sie auf diese Fraktionen nicht zugegangen sind. Aber das war doch nicht die Schuld von CDU, Linken und FDP. Das ist Ihre eigene Schuld. Sie haben das nicht geschafft. Sie müssen hier schon deutlich zugeben, Sie haben da versagt. Darum kommt es jetzt zu Neuwahlen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie wollten es so!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal direkt dazu Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Das muss natürlich sein. – Herr Kollege Breite, mit Verlaub, da spricht Unkenntnis aus Ihnen.

(Lachen bei der FDP)

Ich könnte ja in der Sache politisch noch nachvollziehen, dass Sie den Haushaltsentwurf der Regierung kritisieren. Sie müssen aber wissen – und eigentlich tun Sie das auch –: Die Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz erfolgt separat. Da wird über nichts anderes abgestimmt als über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Kein Einzelhaushalt, kein Vor oder Zurück, kein Links oder Rechts, sondern nur über die Finanzierung der Städte und Gemeinden. Das war übrigens am fraglichen Mittwoch im Landtag die erste Abstimmung, deren Ergebnis noch nicht zur Auflösung des Landtags führte. Erst das Ergebnis der Abstimmung über den Haushalt führte dann dazu.

Um es noch einmal klar zu sagen: Abstimmung Gemeindefinanzierungsgesetz separat, 105,3 Millionen Euro mehr für Köln, Zustimmung: SPD und Grüne, Ablehnung: CDU, FDP und Linke.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht schön, Herr Breite! Das war scheiße!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nur kurz zur Sache: Unsere Fraktion stimmt diesem Anliegen selbstverständlich zu. Wir sind nicht der Meinung, dass die Bürger das Versagen der etablierten Politik ausbaden müssen, sei es das Versagen im Landtag, sei es das Versagen hier im Stadtrat, wo man keinen Haushalt auf die Reihe bekommt. Gemeindefinanzierung hin, Gemeindefinanzierung her: Die 60 Millionen Euro, die diese unnötige Neuwahl jetzt kosten wird, würden wir viel lieber bei den Gemeinden sehen. – In dem Sinne, wir stimmen zu.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch, vom Platz aus.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Herr Börschel, nach der Auflösung des Landtages dauerte es einige Tage, bis vonseiten der Landesregierung klar war, was an Geld gezahlt wird.

(Martin Börschel [SPD]: Ist doch klar!)

- Ja, natürlich ist das klar. – Es ist ganz normal, dass das in Ruhe geklärt werden muss. Während dieser Prozess lief, haben Sie eine Presseerklärung losgebrettert und mitgeteilt, dass Köln die 105 Millionen Euro, die der Stadt nach

dem neuen GFG zustehen würden, nicht bekommen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Ich habe sie hier.

(Martin Börschel [SPD]: Vorlesen!)

Das war eine Fehlinformation, und diese Fehlinformation ging durch die Kölner Presse.

(Martin Börschel [SPD]: Sie lügen, Herr Detjen! Lesen Sie es doch vor!)

Das ist Fakt. Darüber habe ich mich geärgert; denn ich finde, solche Sachen muss man in Ruhe klären. Das hat eben ein paar Tage gedauert. Dann hat Herr Minister Jäger eine schriftliche Stellungnahme dazu abgegeben, dass diese Gelder fließen werden.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Frage an die Kämmerin: Können Sie sagen, wann uns die neuen haushaltspolitischen Positionen des Stadtvorstandes zugestellt werden?

(Andreas Köhler [CDU]: Nicht vor der Landtagswahl! – Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kämmerin.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Herr Detjen, Sie haben vieles schon geschildert, was die Rahmenbedingungen geändert hat. Wir haben heute Morgen im Stadtvorstand diese Problematik erörtert. Es stellte sich heraus, dass die Kolleginnen und Kollegen noch weiteren Prüfungsbedarf haben, was die konkrete Umsetzung von Leistungsgesetzen anbelangt. Es ist nämlich nicht einfach damit getan, jetzt zu sagen: Es gibt Abschlagszahlungen aus dem GFG. Vielmehr gibt es konkrete Leistungsgesetze, die abgelehnt wurden oder nicht in Kraft treten. Diese Ausfälle machen es erforderlich, zum Beispiel im U3-Bereich sehr konkret nachzurechnen. Deswegen werden wir vor Ostern keine Aussagen treffen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kämmerin. – Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Antrag 3.1.1 von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion Die Linke, das sind die Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die FDP, das sind Herr Hoffmann und Herr Zimmermann sowie die Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag 3.1.4 erübrigt sich damit. – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Nein, unser Antrag erübrigt sich überhaupt gar nicht, weil unser Antrag weiter geht. Warum soll ich gegen das zweite Quartal stimmen, wenn wir eine Abstimmung über das zweite und dritte Quartal beantragt haben? Dann stimme ich doch erst einmal für das zweite und danach noch für das dritte Quartal.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut, okay. – Wir stimmen dann über den Antrag 3.1.4 der Fraktion Die Linke ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, alle Spielräume im Rahmen des § 82 GO NRW auszunutzen und die in den jeweiligen Teilplänen des Hpl-Entwurfs 2012 veranschlagten Mittel für Träger der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit, der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sowie zur Förderung von Projekten der Sportvereine und des VFJ e.V. als Betreiber der TAS, für das 2. Quartal in Höhe von bis zu 50 % zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“
AN/0187/2012

behandelt.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container“
AN/0356/2012

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht nicht um einen Container, sondern es geht um viele Container, die diese Stadt vermüllen.

Ich habe den schönen Morgen heute genutzt, um vor der Ratssitzung, in der man ja viel sitzen muss, eine Runde durch das wunderschöne östliche Köln-Brück zu ziehen, einem wunderschönen Naturschutzgebiet. Da komme ich immer an einem Gebiet mit Einfamilienhäusern vorbei. Am Rande dieses Gebiets steht einer dieser hässlichen, mit Graffiti verschmierten Container, der absolut nicht in diese schöne Landschaft passt. Das ist das, was uns heute dazu bringt, nach den wichtigen, harten Themen Energie und Haushalt einen weichen Standortfaktor anzusprechen, der aber in Köln ein ganz, ganz wichtiger ist.

Wir wollen nicht, dass diese Stadt weiterhin mit illegal aufgestellten Altkleider-Containern vermüllt wird.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein bisschen recherchiert. Der AVR und der Umweltausschuss haben sich bereits 1999 mit diesem Thema befasst. Ich weiß auch, dass die Verwaltung, lieber Herr Streitberger, seit April 2011 Maßnahmen eingeleitet hat, um die Müllcontainer zu entfernen. Aber wir haben den Eindruck, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Wenn ein Container an einer Stelle weggeschafft wird, wird drei Häuser weiter ein neuer aufgestellt. Auch die Strafzahlungen, die Sie eingeleitet haben, sind ein ganz langwieriges Verfahren. Ich habe auch den Eindruck, dass sich in dieser Verwaltung viel zu wenige Menschen um dieses Problem kümmern können. Deshalb möchten wir Sie auffordern, Strukturen zu schaffen, Aufgaben zu bündeln, auch über die Ämter hinaus, um diesem Problem Herr zu werden.

Und noch etwas: Wenn man die Großstadt am Rhein betritt, die circa 70 Kilometer nördlich liegt, stellt man fest, dass auch dort Altkleider-Container stehen. Aber diese sind von den Maltesern. Sie haben alle das gleiche Bild. Das sieht vernünftig aus.

Deshalb möchten wir, dass die Verwaltung einen Benchmark, einen Vergleich, macht und sich ansieht, wie andere Großstädte das regeln. Meine Damen und Herren, liebe Vertreter der Verwaltung, bitte sorgen Sie endlich dafür, dass wir von diesen Containern verschont bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Drei kurze Anmerkungen zu diesem Antrag:

Dieses Thema haben wir, wie Frau Manderla eben gesagt hat, schon mehrfach im AVR besprochen. Es wird auch in mehreren Bezirksvertretungen diskutiert. Ich denke, in diese Gremien gehört dieser Antrag.

(Gisela Manderla [CDU]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Zum Inhaltlichen: Die Verwaltung hat mehrfach dargestellt, was sie in letzter Zeit erreicht hat und was sie zu tun gedenkt. Dafür möchte ich sie an dieser Stelle loben und ihr unsere weitere Unterstützung zusagen.

Wir stimmen der Vorlage zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus. Ganz kurz: Wir stimmen dem Antrag zu. Die Verwaltung soll im Sinne des Antrags die angesprochenen Probleme lösen. Es geht aber nicht nur um ordnungsrechtliche Probleme – Frau Manderla, Sie haben sie eben schon angesprochen –, das ist auch eine Frage von Entwicklungszusammenarbeit. Zwei Anmerkungen dazu, mit der Bitte um Berücksichtigung:

Es gibt offensichtlich Kölner, die den Bedarf haben, Schuhe und Kleidung nicht einfach in den Müll zu werfen, sondern sie einer Wiederverwertung zuzuführen, und das trotz Kenntnis der unsinnigen Transporte in Entwicklungsländer oder von illegaler Entsorgung. Dem sollte man auch noch einmal nachgehen.

In anderen Städten gibt es eine Zusammenarbeit mit Initiativen, die sich unter dem Dach der Agenda-21-Initiativen befinden. Ich weiß, dass das in München so ist. Diese Initiativen haben zusammen mit der Stadt München ein Konzept entwickelt, wie man das nachhaltig gestalten kann. Um Sortierung und Verteilung dieser Altkleider kümmern sich zum Beispiel Langzeitarbeitslosenprojekte. Das finde ich sehr gut. Das steht andeutungsweise auch im Antrag, aber es wäre gut, wenn das klar benannt würde. – Danke.

(Gisela Manderla [CDU]: Können wir gerne aufnehmen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Wolter. – Wir kommen dann zu Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dem Antrag zu. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass er wirklich gut im AVR aufgehoben ist und dort auch weiter beraten werden sollte.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt in die Debatte einbringen, der bis jetzt noch nicht angesprochen worden ist. Wir haben uns bisher nur mit dem Problem von illegal aufgestellten Altkleider-Containern beschäftigt. Man muss aber auch sehen: Das Altkleidergeschäft ist durchaus einträglich. Viele Bürger, die Kleidung in diese Container werfen, glauben ja, dass sie etwas Gutes tun und damit soziale Projekte unterstützen. Diese Altkleider-Container scheinen also für die Bevölkerung immer noch interessant zu sein, obwohl es ständig Kampagnen gibt, Kleidung doch bitte zu Kleiderkammern usw. zu bringen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob diese Angebote den Bürgern vielleicht nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wer möchte schon gerne zu einer Kleiderkammer im Nieselregen mit Kleidersäcken bepackt hinlaufen, die wer weiß wie weit entfernt ist und noch dazu Öffnungszeiten hat, die nicht unbedingt sehr kundenfreundlich sind? Insofern möchte ich mich dem anschließen, was Herr Wolter gesagt hat, nämlich wir müssen dieses Problem noch ein bisschen weiter denken.

Sie haben in Ihrem Antrag ja einen Vergleich mit anderen Städten angeregt. Vielleicht erfahren wir dadurch, dass die Altkleiderverwertung anderswo seriöser gehandhabt wird. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. – Herr Granitzka noch ganz kurz dazu.

Winrich Granitzka (CDU): Ich möchte mich den Wortmeldungen von Herrn Wolter und Frau Hoyer vollinhaltlich anschließen. Wir werden es nicht schaffen, mithilfe von Verwaltungsmitteln diese Unternehmen, die mit diesem „Schammel“ 350 Millionen Euro umsetzen, zu verdrängen, obwohl sich die Verwaltung – das muss ich einräumen – heftig darum bemüht. Wir müssen ihnen etwas entgegensetzen. Das einzig Wirksame scheint mir zu sein, dafür zu sorgen, dass diese Altkleider einer wirklichen Weiterverwendung zugeführt werden, sei es über Agenda-21-Initiativen oder Kleidersammlungen für die Malteser oder andere Organisationen. Damit erreichen wir auch, dass ordentliche, saubere Container aufgestellt werden. Wir müssen einfach anerkennen, dass es Menschen gibt, die Sachen, die teilweise noch gut sind, nicht in den Müll werfen wollen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung ist dieser Antrag an sich ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Nichtsdestotrotz stimmen wir hier zu. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe allgemeine Zustimmung. Die Zielrichtig ist klar. Dazu wollen wir jetzt noch ein Votum einholen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist er einstimmig angenommen.

Ich glaube, Sie werden mir genauso einstimmig beipflichten, wenn ich unserem heutigen Geburtstagskind, Herrn Dr. Walter Schulz, im Namen aller zum Geburtstag gratuliere.

(Beifall)

32. Sitzung vom 27. März 2012

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags, wie die illegale Aufstellung von Altkleidercontainern auf städtischem Straßenland künftig wirksam – gfs. durch eine Straffung des Verwaltungsverfahrens - unterbunden werden kann. Hierbei ist im Rahmen eines Benchmarks die Problem-, insbesondere aber auch die Lösungslage in anderen vergleichbaren Großstädten zu eruieren und zu bewerten.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei festgestellten Altkleiderstandorten auf Privatgelände den jeweiligen Grundstückseigentümer zu ermitteln und zu informieren.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Als Feuer vom Himmel fiel: Den Opfern des Tausend-Bomber-Angriffs ein ehrendes Andenken bewahren!“
AN/0357/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Geschichts- und Erinnerungskalender in Deutschland hat viele wichtige Termine, die alle ihren Sinn und ihre Berechtigung haben. Neben den großen nationalen Gedenktagen wird an vielen Orten der Republik auch besonderen Ereignissen auf lokaler Ebene gedacht, im Guten wie im Bösen. Selbstverständlich bezieht sich vieles in unserer Gedenkpraxis auf Ereignisse mit deutschen Tätern. Hier können und dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung für unsere Geschichte im 20. Jahrhundert stehlen. Genauso selbstverständlich sollte es aber sein, Ereignissen mit Deutschen als Opfern in Würde und Ehrlichkeit zu gedenken; denn wer deutsche Opfer betrauert, verleugnet damit nicht die Wunden und Opfer anderer Nationen.

(Beifall bei pro Köln)

Jedes Opfer ist eines zu viel. Eine nachträgliche Unterteilung in Opfer erster und zweiter Klasse wäre menschenverachtend und pietätlos.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist gespickt mit Verbrechen, Kriegen und furchtbarem Leid hier mitten unter uns, wo nunmehr schon so lange Frieden herrscht, ein Frieden, dem am besten gedient ist, wenn wir das gegenseitig zugefügte Leid niemals vergessen und dabei ehrlich und fair miteinander umgehen. Genau das vermissen wir von der Fraktion pro Köln aber manchmal im Hinblick auf das den Deutschen zugefügte Leid. In dem Bemühen, unbedingt aus dem Schatten der verbrecherischen NS-Herrschaft zu treten und nur ja nicht des angeblichen Aufrechnens bezichtigt zu werden, wird eher verschämt an Termine und Ereignisse erinnert, die furchtbare Konsequenzen für die Städte und die Menschen in unserem Land hatten.

Bekanntestes Beispiel hierfür ist wohl die Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen nach Ende des Krieges, bei der über 2 Millionen Menschen elendig ums Leben kamen bzw. ermordet wurden. Immer wenn ich in unser Fraktionsbüro am Heumarkt komme, werde ich daran erinnert. Im gleichen Haus sitzt auch die Breslauer Sammlung, einer der letzten verbliebenen Hinweise auf Zehntausende Schlesier, die nach dem Krieg eine neue Heimat in Köln fanden.

In ebenso würdiger Form wird derzeit im Landgericht Köln an den ersten sogenannten Tausend-Bomber-Angriff auf Köln erinnert, der sich am 30. Mai dieses Jahres zum 70. Mal jährt. Ich möchte hier jetzt nicht weiter auf die Details und Zahlen eingehen; denn das zugefügte menschliche Leid und die Zerstörungswucht dieses Angriffs durch über 1 000 Bomber werden ohnehin nur ungenügend durch Zahlenkolonnen in Statistiken wiedergegeben. In unserer schriftlichen Begründung zum Antrag findet jeder Interessierte darüber hinaus die besagten Zahlen.

Vielmehr möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, für eine weitere Verwendung der Landgerichtsausstellung mit dem Titel „Feuer, Schutt und Asche“ im Rathaus zu werben. Was hindert uns eigentlich daran, diese Ausstellung, die noch bis Ende April im Landgericht zu sehen sein wird, ab Mai in den Räumlichkeiten des Rathauses zu präsentieren? Das Rathaus verfügt über genügend geeignete Plätze dafür, an denen regelmäßig Ausstellungen für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Ich denke zudem, dass eine für ein Gerichtsgebäude angemessene Erinnerungskultur auch für unser Rathaus sinnvoll ist.

Des Weiteren plädiert die Fraktion pro Köln für eine offizielle Gedenkveranstaltung zu diesem traurigen Jubiläum. In diesem Jahr könnte zudem im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung die genannte Ausstellung in den Räumlichkeiten des Rathauses eröffnet werden.

In diesem Sinne bitte ich um eine wohlwollende Prüfung unseres Antrages; denn gerade die Mehrheit sollte mit ihrem Stimmrecht verantwortungsbewusst umgehen und nicht Vorschläge allein deshalb ablehnen, weil sie von der angeblich falschen Fraktion kommen. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Ich habe eine Frage an die Verwaltung. Nach Kenntnis unserer Fraktion hat es zum Beispiel zum 50. Jahrestag des sogenannten Tausend-Bomber-Angriffs hier in Köln eine entsprechende Veranstaltung gegeben. Ich möchte dem Eindruck vehement widersprechen, dass die demokratischen Parteien und die Stadt Köln als Heimatstadt der Betroffenen auf solche Vorschläge nicht reagieren. Das möchte ich pro Köln so nicht durchgehen lassen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich kann das bestätigen, Herr Houben. Eine solche Veranstaltung hat in würdiger Form stattgefunden und ist auch entsprechend von der Bevölkerung aufgenommen worden. – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mich wundert es schon, dass zu einem so wichtigen Thema nur ein einziger Sachbeitrag kommt, noch dazu von einer 1,2-Prozent-Partei.

Das 50-jährige Jubiläum ist eben schon angesprochen worden. Das ist 20 Jahre her. Wie gerade gehört, gibt es zurzeit hier in der Stadt eine eindrucksvolle Ausstellung; ich selbst habe sie mir schon angeschaut. Wir haben vorgeschlagen, sie auch im Rathaus zu zeigen.

Wenn eine solche Veranstaltung vor 20 Jahren so gut angenommen worden ist, wäre es doch hoch an der Zeit, sie noch einmal zu wiederholen. Aber anscheinend gibt es da auf Ihrer Seite gewisse Versäumnisse, die die Bürgerbewegung pro Köln hier im Rat thematisieren muss. Dafür sind wir eben gewählt. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Vorläufige Haushaltsführung – Finanzierung der Freien Träger“
AN/0187/2012

Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, die in den jeweiligen Teilplänen des Haushaltsplanes 2012 veranschlagten Mittel zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit, der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sowie Förderungen von Projekten der Sportvereine in Höhe von weiteren 50% für das zweite und dritte Quartal zu verausgaben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012“
AN/0396/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.5:

32. Sitzung vom 27. März 2012

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd-Stadtbahn“
AN/0391/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0443/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0447/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Möring, Frau dos Santos, Frau Tull, Herr Sterck und Frau Stahlhofen. Das ist hier notiert. – Zuerst hat Herr Möring das Wort.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute einen Beschluss fassen – das zeichnet sich schon ab –, der die Frage der vorzeitigen Inbetriebnahme ein ganzes Stück voranbringt.

(Beifall bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Vielen Dank, Frau Kollegin. – Alle Insider wissen, dass wir schon seit mehr als einem halben Jahr darüber diskutieren, ob wir uns eine Investitionsruine unter der Erde leisten können oder ob wir die Teile, die schon fertig gestellt ist, vorzeitig nutzen, nachdem sich durch das tragische Unglück die Gesamtfertigstellung massiv verzögert hat.

Die vorzeitige Inbetriebnahme des nördlichen Astes haben wir vor einiger Zeit beschlossen, die des südlichen nicht. Sie ist auch nicht umsonst zu haben. Es ist sicherlich auch eine Frage der Finanzierung. Die Frage, wie man das finanzieren kann, ist ja bisher noch nicht beantwortet.

Wir wollten mit unserem ursprünglichen Antrag eigentlich erreichen, dass uns eine belastbare Vorlage der Verwaltung hier vorgelegt wird, weil wir den Eindruck hatten, die Verwaltung verzögert das Ganze oder kann sich nicht entscheiden, wie sie damit umgehen will. Dabei wäre es doch ganz einfach gewesen, zu sagen: Das sind die Fakten. So und so viel kostet das. Das ist der Nutzen. Wir empfehlen Ja oder Nein bzw. folgende Alternativen. – Dass das nicht geschehen ist, bedauern wir. Wir stehen ja unter einem gewissen Zeitdruck; denn wenn wir nicht in diesem Frühjahr bzw. Frühsommer entscheiden, ob wir das machen wollen, verlieren wir ein weiteres Jahr der Nutzung. Je mehr Zeit wir verlieren, desto teurer wird natürlich auch die Nutzung.

Von daher war ich und auch meine Fraktion sehr angetan, dass SPD und Grüne im Großen und Ganzen eine ähnliche Position vertreten wie wir, sodass wir hier heute einen Antrag von drei Fraktionen vorlegen, der sich von dem der FDP nur in einem zentralen Punkt unterscheidet, nämlich jetzt nicht einfach zu beschließen, das zu machen, sondern auf einer Beschlussvorlage der Verwaltung zu bestehen, in der die Einzelheiten klar benannt sind.

Wenn das Thema in den Haushaltsberatungen behandelt wird, ist das nachvollziehbar; denn wir brauchen ein Finanzierungskonzept, das man vertreten kann. Das verschlägt höchstens eine Sitzungsrunde. Ich hoffe, wir kommen dann zu einem Ergebnis, dass wir sagen können: Ja, wir wollen das.

Wir können es auch den Bürgern in Köln nicht verständlich machen, dass wir eine solche Investition getätigt haben, ohne sie so weit wie möglich zu nutzen. Um diese Frage geht es. Wir können das Mittelstück nicht nutzen, weil die Baustelle am Waidmarkt leider immer noch nicht abgeschlossen ist. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Frage, wer an diesem Unglück Schuld hat, immer noch ungeklärt ist; zum anderen ist noch unklar, wie dieses Teilstück zu Ende gebracht werden soll. Das ist zwar sehr bedauerlich, soll uns aber nicht ernsthaft daran hindern, die anderen Teilstücke schon in Betrieb zu nehmen und zu erproben. Es wäre auch völlig irrsinnig, fertig gebaute U-Bahn-Stationen und fertig gebaute Streckennetze im Untergrund über Jahre ungenutzt zu lassen und für deren Unterhaltung viel Geld auszugeben, ohne dass der Kölner Bürger und die Kölner Bürgerin etwas davon haben.

Insofern appelliere ich an alle hier im Haus, diesen Antrag zu unterstützen und zu beschließen. Dann werden wir, so hoffe ich, bei den Haushaltsplanberatungen mit einem belastbaren Finanzierungskonzept konfrontiert, um dessen Gestaltung sich die Verwaltung noch ein paar Gedanken machen muss. Aber wir aus der Politik werden ihr dabei sicher Hilfestellung leisten, um dann eine verantwortbare Entscheidung für eine Teilinbetriebnahme zu treffen. Das wäre für Köln ein wirklich guter Tag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. – Dann kommen wir zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist schon seit langem der Überzeugung, dass die Nord-Süd-Bahn, in welcher konkreten Ausgestaltung auch immer, eine richtige Entscheidung für die Stadt Köln war und ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Oh!)

Dass wir durch das Unglück am Waidmarkt in die Bredouille gekommen sind, nicht nur wegen der Katastrophe an Ort und Stelle, sondern auch wegen der verkehrlichen, der baulichen und der finanziellen Folgen, die damit verbunden sind, ist eine andere Geschichte.

Wir stehen nun vor der Frage: Was machen wir mit dem Teilstück im Süden, das in relativ kurzer Zeit fertig gestellt sein wird? Was machen wir mit diesem Teilstück, wenn es fertig ist, aber nicht genutzt wird?

Wir glauben, dass es gute Gründe dafür gibt, weshalb die Verwaltung uns noch keine Vorlage vorgelegt hat, die eine Teilinbetriebnahme des südlichen Teilstücks vorsieht. Ich bin ziemlich sicher, dass das auch etwas mit den Kosten zu tun hat. Deswegen kann ich meinem Vorredner, Herrn Möring, zustimmen: Ja, man sollte das im Grundsatz beschließen. Aber wir können nicht einfach sozusagen die Katze im Sack kaufen und sagen: Wir machen das unter allen Umständen. Der verkehrliche Nutzen muss auch den möglichen finanziellen Belastungen gegenübergestellt werden. Wir brauchen eine solide Grundlage. Ich gehe davon aus, dass das im Wesentlichen der Grund ist, weshalb die Verwaltung selbst noch nichts vorgelegt hat.

Deswegen haben wir versucht, einen konstruktiven Beitrag in die Debatte zu bringen, der genau diese Dinge aufgreift und die Verwaltung bittet, uns die verschiedenen Möglichkeiten, die es für die Teilinbetriebnahme gibt, darzustellen sowie die Kosten einer Teilinbetriebnahme den Kosten, die mit einer Nicht-Inbetriebnahme verbunden wären, gegenüberzustellen. Denn – das hat Herr Möring völlig richtig dargestellt – auch wenn wir uns nicht für eine Teilinbetriebnahme entscheiden, müssen wir mit Kosten rechnen, weil dieses Teilstück dann über Jahre in irgendeiner Form gepflegt werden müsste.

Wir sind der Auffassung, es ist in der Tat an der Zeit, das jetzt zu machen. Wir sind weiterhin der Auffassung, das ist überhaupt nur machbar im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Wir bitten deswegen die Verwaltung, uns genau das im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorzulegen, damit wir eine solide Grundlage für eine Entscheidung haben. Wir sind bereit, uns in diesem Punkt sehr intensiv mit dem, was da kommt, auseinanderzusetzen, und warten gespannt auf das, was dann da kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen dann zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die vorzeitige Inbetriebnahme sprechen aus meiner Sicht drei gewichtige Gründe:

Erstens. Es macht keinen Sinn, die fertig gestellten Haltestellen und Schienenstrecken jetzt auf Jahre stillzulegen. Die Menschen in der südlichen Innenstadt halten uns doch für bekloppt, wenn wir jetzt nach dem ganzen Theater, dem Archiveinsturz, den mittlerweile jahrzehntelangen Baustellen, dem Lärm und dem Dreck, ganz abgesehen von der latenten Angst vor weiteren Einstürzen, das Ganze im wahrsten Sinne des Wortes für Jahre begraben. Eines ist doch klar: Die komplette Strecke wird vermutlich erst nach 2020 fertig. So lange können und wollen wir nicht mehr warten.

Zweitens. Es hat in den letzten Jahren einen enormen Anstieg der Fahrgastzahlen gegeben. Wir müssen dringend das Angebot und die Kapazität im ÖPNV ausweiten, um dem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen. Gerade die Linie 16 ist in den Spitzenstunden überlastet, eine Taktverdichtung aber aufgrund des Innenstadttunnels nicht möglich. Eine weitere Linie in Richtung Süden würde deshalb Sinn machen, auch wenn damit nur die Verknüpfungshaltestelle an der Severinstraße erreicht wird. Umso wichtiger ist es deshalb aus unserer Sicht, dass die neue Linie wenigstens bis Sürth geführt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Auch eine stillgelegte U-Bahn-Linie kostet Geld. Je länger sie ungenutzt ist, umso teurer wird es. Deshalb sind die notwendigen

32. Sitzung vom 27. März 2012

Investitionen auf keinen Fall hinausgeworfenes Geld. Irgendwann werden die Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen die Investitionskosten übersteigen. Auch dies wäre fatal. Ganz davon abgesehen machen die zusätzliche Signaltechnik und die Weichen auch nach der Gesamtfertigstellung betrieblich Sinn, zum Beispiel bei Störungen.

Ich bitte Sie deshalb, dem gemeinsamen Antrag zuzustimmen und die Nord-Süd-Stadtbahn endlich auf die Strecke zu bringen. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Möring hat eben gesagt: Wir diskutieren schon seit einem halben Jahr über dieses Thema. Das veranlasst mich, hier noch einmal auf die Geschichte dieses Projekts hinzuweisen.

Im Juni/Juli 2009 hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* das erste Mal über diese Idee berichtet; das sind nicht ganz sechs Monate, Karsten. Im Oktober 2010, also 15 Monate später, haben wir die Teilinbetriebnahme Nord beschlossen. In der damaligen Vorlage hieß es, der Bereich Süd werde entsprechend geprüft. Seither, also seit Oktober 2010, ist sehr viel Wasser den Rhein herunter geflossen. Es hat Verhandlungen zwischen Stadt und KVB gegeben, die zu einer Vorlage im Verkehrsausschuss im September letzten Jahres führen sollten. Elf Monate haben diese Verhandlungen gedauert, 26 Monate nach der ersten Bekanntmachung dieser Idee. Leider hat diese Vorlage nie das Licht der Welt erblickt, und leider ist seitdem auch nicht viel passiert. Es hat keine neue Vorlage gegeben.

Die Verwaltung hat jetzt gesagt, es seien noch einmal Alternativen geprüft worden. Leider ist uns keine dieser Alternativen bekannt. Ich muss Ihnen sagen, Herr Oberbürgermeister: Es ist diese Tatenlosigkeit, die mich bei dieser Frage so ärgert, vor allem weil man ja weiß, wie zeitkritisch das Ganze ist. Herr Möring hat es gesagt: Mit jedem Monat, um den wir eine Entscheidung verzögern, verlieren wir hinten heraus vielleicht ein ganzes Jahr der Teilinbetriebnahme. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass die entsprechende Verwaltungsvorlage nicht vorangebracht wird, dass nicht nach Lösungen gesucht wird. Das ist nicht nur ärgerlich, in diesem Fall ist das skandalös. Im Grunde ist es politische Sabotage, wenn an einer solchen Stelle nichts passiert und die Bürgerinnen und Bürger im Nachhinein darunter leiden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die Rentierlichkeit dieser Maßnahme nimmt natürlich mit jedem Jahr der Nicht-Inbetriebnahme ab. Deshalb ist es kritisch zu sehen, dass interessierte Kreise – ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es wird kolportiert, es sei die Kämmerin gewesen – diese Vorlage im Grunde kaputtwarten. Man wartet einfach so lange ab, bis nichts mehr zu ändern ist.

Jetzt sind nach der damaligen Verwaltungsvorlage noch einmal sechs Monate vergangen. Wir sehen verschiedene Versuche der Politik, dieser Vorlage per Geburtshilfe doch noch zum Durchbruch zu verhelfen. Wir als FDP haben versucht, sie selber zu beantragen. Da hat der Oberbürgermeister einen Riegel vorgeschoben. Die CDU wollte mit ihrem ursprünglichen Antrag die Verwaltung zwingen, diese Vorlage hier heute einzubringen.

Nun gibt es diesen gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, SPD und Grünen. Dazu muss ich sagen, Karsten Möring: Ich sehe da doch mehr als einen Unterschied. Ja, die FDP hätte das hier heute so beschlossen, wie es die Verwaltung in ihrer Vorlage vom September 2011 vorgeschlagen hat. Aber jetzt ist in diesen gemeinsamen Antrag ein kleiner Halbsatz aufgenommen worden, der mir zu denken gibt, nämlich dass neben der Teilinbetriebnahme auch „ersatzweise eine weitere Taktverdichtung der bestehenden Linie 16“ geprüft werden soll. Das Wort „ersatzweise“ ist das Wort, das mich stört. Die Kollegin Tull hat die Überlastung dieser Linie eben schon dargestellt. Wenn auf der Linie 16 eine Taktverdichtung nötig ist, dann machen wir die. Natürlich habe ich nichts dagegen.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht doch nicht!)

Aber es kann doch nicht sein, dass wir diese Taktverdichtung *ersatzweise* für die Teilinbetriebnahme vorsehen. Das bringt doch die Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn nicht voran. All die Probleme, die Sie hier eben genannt haben, wie die toten Haltestellen und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger bleiben damit doch weiterhin ungelöst.

Wegen dieses Wortes „ersatzweise“ werden wir als FDP dem Antrag nicht zustimmen. Wir möchten heute deutlich machen: Wir wollen die Teilinbetriebnahme Süd, und die lassen wir jetzt nicht kaputtprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Also: Das Problem ist das Hinauszögern dieser Vorlage. In Ihrem Änderungsantrag ist als Zeitpunkt der Teilinbetriebnahme auch nicht mehr von Anfang 2015 die Rede, sondern „bis zum Fahrplanwechsel 2015/2016“, also fast ein Jahr später. Die KVB hatte ursprünglich einmal gesagt: Wir schaffen das sogar 2014. Da war sie sehr optimistisch. Vielleicht wäre das tatsächlich möglich gewesen, wenn wir es früher beschlossen hätten. Jetzt sind wir also schon bei Ende 2015. Das heißt, ein Jahr Rentierlichkeit wird schon eingebüßt.

32 Monate seit Bekanntmachung dieser Idee sind vergangen. Wir haben eine Milliardeninvestition, wir haben massive Belastungen für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen, und für die Kölner Wirtschaft. Wir wollen nicht weitere siebeneinhalb Jahre warten, bis der Betrieb aufgenommen werden kann. Wir wollen uns hier auch nicht mit einer Taktverdichtung der Linie 16 abspeisen lassen. Wir wollen die Teilinbetriebnahme Süd. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. Herr Oberbürgermeister, ich sehe ihn als den weitestgehenden an und bitte Sie, darüber zuerst abstimmen zu lassen, damit wir klar machen können: Die FDP ist für die Teilinbetriebnahme Süd. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Schiele.

Karel Schiele (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Während ich mich auf diese Ratssitzung vorbereitet habe, bekam ich den Vorschlag der CDU in die Hand. Im ersten Augenblick habe ich spontan gedacht: Na klar, wir haben Wahlkampf in NRW. Als ich aber heute den Ratssaal betreten und den Antrag der drei Fraktionen als Tischvorlage bekam, wurde mir bewusst, dass die Sache ernster gemeint ist als ich dachte. Diese drei Fraktionen entsenden ja Vertreter in den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe. Herr Fenske, informieren Sie die Mitglieder nicht vollumfänglich?

Wir haben am 7. November ein interfraktionelles Gespräch zu dieser Problematik mit Herrn Streitberger – er wird das bestätigen können – geführt. Da waren die verkehrspolitischen Sprecher und auch die Fraktionsvorsitzenden anwesend. Alle Fraktionen haben unisono Zustimmung signalisiert, nachdem Herr Höhn von der KVB dargestellt hat, dass Unterhalt und Bewachung dieses Bauwerkes für die Stadt wesentlich teurer wäre als die vorzeitige Inbetriebnahme. Plötzlich weiß niemand mehr etwas davon, aber alle wollen es jetzt vorantreiben.

Das einzig Positive ist – bei mir in der Stube hängt weiß Gott kein Bild von Herrn Breite –, dass die FDP, die bei diesem Gespräch auch dabei war, das verstanden hat und sich selbst treu geblieben ist. Ich empfehle, den Antrag der FDP so anzunehmen. Ich schließe mich im Namen der Fraktion pro Köln dem Antrag der FDP an, weil sich darin die Zustimmung der interfraktionellen Sitzung vom 7. November wiederfindet. In diesem Sinne erwarte auch ich von der Stadtverwaltung eine anständige Beschlussvorlage, damit wir die Kölner Bürger nicht länger mit der Baustelle belästigen müssen und sie wenigstens einen Teilerfolg nach dem sehr langen Leiden sehen können. Ich unterstütze in diesem Sinne den Antrag der FDP. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich will es kurz machen: Wir werden dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen, aber aus einer ganz anderen Intention heraus, als die FDP diesen Antrag ablehnt.

Wir sind der Meinung: Herr Fenske braucht Arbeit.

(Heiterkeit)

Er muss das prüfen. Dann soll er das auch prüfen. Wir werden ja sehen, wie das ausgeht. Wir befürchten, dass nach der Wahl die Realität über uns hereinbricht und dann zum Beispiel deutlich wird, dass die Inbetriebnahme einen fast zweistelligen Millionenbetrag kosten wird und jährliche Betriebskosten von weit über 1 Million Euro hinzukommen. Das ist jetzt nur grob geschätzt; denn Herr Fenske hat darum

gebeten, die genauen Zahlen, die schon bekannt sind, hier nicht zu nennen. Das mache ich jetzt auch nicht. Nur so viel, damit man überhaupt weiß, über welche Beträge wir hier reden. Ich befürchte, die Zahlen werden eher noch höher sein. Aber was soll's! Wenn sie niedriger liegen sollten, können wir darüber reden, gar keine Frage, auch wenn ich nicht glaube, dass das in Anbetracht der Haushaltssituation dann noch so realisierbar ist. Aber gut.

Wenn die FDP dann den Haushalt macht, kann sie ja unter dem Motto „Wünsch dir was" sagen: Wir wünschen uns diesen Millionenbetrag. Aber ob der in der Tüte „Wünsch dir was" noch vorgesehen ist, wage ich zu bezweifeln. Denn „Wünsch dir was" liegt in Köln meines Erachtens bei einer Summe von ungefähr 1 Million Euro. Insofern kann es sein, dass das nicht reicht.

Deswegen werden wir dem Antrag heute zustimmen. Wir werden ja dann sehen, welche Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Aber wir sehen das ziemlich skeptisch bis ablehnend. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Herr Fenske, bitte.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte kurz überlegt, ob ich zu diesem Thema etwas sage. Eigentlich muss ich natürlich zu dem Thema etwas sagen. Aber jetzt hat mich Herr Detjen geradezu herausgefordert. Herr Detjen, ich habe es als sehr fürsorglich empfunden, dass Sie sich darum kümmern wollen, dass ich in meinem Arbeitsalltag nicht nur Sudoku löse, sondern auch wirklich arbeite. Insofern vielen Dank für Ihre Fürsorge angesichts dieses Themas.

Stichwort: Teilinbetriebnahme. Meine Damen und Herren im Rat, Sie kennen die Position der KVB. Wir haben sie ja auch kommuniziert. Das ist ja eine Debatte, die auch im öffentlichen Raum geführt worden ist. Ich will an dieser Stelle nur drei Anmerkungen machen:

Erste Anmerkung. Nach dem gegenwärtigen Zeitplan gehen wir davon aus, dass die Gesamtinbetriebnahme in 2019 möglich ist. Ich will das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, weil ja die unterschiedlichsten Zahlen herumgeistern und darüber spekuliert wird. Wenn der Fahrplan, insbesondere mit der Besichtigungsbaugrube, so eingehalten werden kann – das ist immer die Voraussetzung –, dann können wir im Jahr 2019 mit der Gesamtinbetriebnahme rechnen.

Zweite Anmerkung. Der Rat hat aus unserer Sicht jetzt in der Tat bis zur Sommerpause Zeit, eine Entscheidung zu treffen, damit die Teilinbetriebnahme zum Fahrplanwechsel Dezember 2015/2016 gewährleistet werden kann.

Dritte und abschließende Anmerkung: Sie erinnern sich sicherlich alle noch, dass wir im Rat die Teilinbetriebnahme Nord, ich glaube, einstimmig beschlossen haben. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der drei Fraktionen, die eben genannt worden sind. Wer gegen diesen Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

I. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat beschließt die vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Bahnhof Rodenkirchen. Die Verwaltung erhält den Auftrag, den südlichen Abschnitt der 1. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Bonner Wall sowie den Abschnitt der 2. Baustufe zwischen Bonner Wall und Schönhauser Straße möglichst noch zum Jahr 2015 in Zusammenarbeit mit den KVB in Betrieb zu nehmen. Zur fristgerechten Umsetzung der Teilinbetriebnahme Süd werden Verwaltung und die KVB mit der recht-

zeitigen Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen 2012 eine Beschlussvorlage zur vorzeitigen Teilinbetriebnahme des südlichen Astes der Nord-Süd-Stadtbahn vorzulegen.

Dabei sind darzulegen,

- *alternative Teilbetriebskonzepte für eine zusätzliche Pendellinie von Severinstraße bis/ab Rodenkirchen bzw. Sürth sowie ersatzweise eine weitere Taktverdichtung der bestehenden Linie 16 und deren jeweiliger verkehrlicher Nutzen*
- *die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten, Einnahmeerwartungen und ihre jeweilige Finanzierung,*
- *die Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Teilbetriebs, die auch für den kompletten Betrieb der Nord-Süd-Stadtbahn von Nutzen sind, sowie die Investitionen, die nur für den Teilbetrieb notwendig sind,*
- *die entstehenden Kosten, sofern keine Teilinbetriebnahme erfolgt.*

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen und darzustellen, welche rechtlichen – insbesondere steuer- und finanzrechtlichen Rahmenbedingungen – bei einer Realisierung zu beachten sind.

Es sind zudem die notwendigen Schritte darzulegen, wie eine Teilinbetriebnahme bis zum Fahrplanwechsel 2015/16 realisiert werden könnte.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“
AN/0358/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In unserem Antrag fordern wir Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie alle bekommen das derzeitige Geschehen mit. Es gibt Streiks bei kommunalen und stadtnahen Unternehmen. Die Bürgerbewegung pro Köln meint, dass die Ansprüche, die geltend gemacht werden, sehr wohl ihre Berechtigung haben.

In unserem Antrag fordern wir zum einen, eine Resolution zu verabschieden, in der der Rat seine Solidarität mit den Beschäftigten erklärt.

Zum Zweiten fordern wir, alle Mandatsträger in den Aufsichtsräten, die vom Stadtrat dorthin entsandt worden sind, anzuweisen, darauf hinzuwirken, dass den berechtigten Anliegen der Beschäftigten nachgekommen wird.

Uns geht es nicht darum, dass irgendwelche Luxusbezüge verbessert werden. Wir haben ja eben über die KVB gesprochen. Da gibt es ja einen solchen Fall. Da wurde jemand als Vorstandsmitglied gewählt. Inzwischen ist er das nicht mehr, aber er bezieht weiterhin sein Luxusgehalt und wird später auch noch eine Luxuspension bekommen.

Darum geht es hier nicht. Vielmehr geht es uns um die einfachen Arbeiter, um die Angestellten, um die Auszubildenden, um die Erzieherinnen, um die Verwaltungsmitarbeiter, deren Einstiegsgehälter zum Teil so bemessen sind, dass sie netto weniger als 1 000 Euro herauskommen. Das geht einfach nicht. Wir als Stadträte können konkret etwas daran ändern. Diese Menschen sind nicht dafür verantwortlich, dass die kommunalen Haushalte durch die etablierte Politik fahrlässig ruiniert worden sind, aber sie müssen das jetzt ausbaden. Es geht auch nicht an, dass Geld in dreistelliger Milliardenhöhe außer Landes gebracht wird und für die eigenen Leute nichts da ist. Die Anliegen der Beschäftigten sind berechtigt. Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, dass diese Forderungen dann auch erfüllt werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

32. Sitzung vom 27. März 2012

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wird niemanden überraschen, dass wir den Antrag mit der Überschrift „Solidarität mit den Beschäftigen des öffentlichen Dienstes“ wie jeden Antrag von pro Köln ablehnen.

(Zurufe von pro Köln: Oh!)

Solidarität mit den Streikenden und Verdi ist nötig, aber durch pro Köln werden diese geradezu beschmutzt.

(Zurufe von pro Köln: Oh!)

Faschisten haben kein konsistentes Programm. Sie vertreten einander widersprechende Forderungen, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen, und hoffen, dass diese Widersprüche nicht auffallen oder dass der rassistische Kitt ihre Anhängerschaft schon zusammenhält.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Pfui!)

In dieser Ratssitzung möchte pro Köln besonders viele Zielgruppen ansprechen: Mit dem Tausend-Bomber-Antrag bedient man revanchistische Stimmungen, Alt- und Neonazis. Mit dem Antrag zu den Aufsichtsratsgeldern wollen ausgerechnet die Rekordhalter im Sitzungsgeld-Kassieren sich als Kämpfer gegen Politikerabzocke aufspielen.

(Beifall bei Gisela Stahlhofen [Die Linke.])

Und mit dem vorliegenden Antrag zur Tarifrunde will pro Köln suggerieren, sie vertrete die Interessen der einfachen Beschäftigen.

Der Antragstext selbst ist überwiegend sinnfrei. Anstatt an Sie, Herr Oberbürgermeister, zu appellieren, der Sie als Vorsitzender der Kommunalen Arbeitgebervereinigung in NRW tatsächlich einen Einfluss auf die Verhandlungen haben, werden die Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen angesprochen, die mit den Tarifverhandlungen nicht das Geringste zu tun haben.

In der Überschrift ist von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Rede; im Text geht es dann nur noch um die Beschäftigten der städtischen Beteiligungsunternehmen. Statt um Tarifforderungen geht es um Bonuszahlungen als Beteiligung am Unternehmensgewinn. Das ist eine völlig absurde Formulierung; denn der öffentliche Dienst ist per Definition verlustbringend, weil er die Infrastruktur der Gesellschaft bereitstellt und aus Steuern finanziert wird.

Im vorliegenden Antrag werden Gehaltserhöhungen gefordert. Gleichzeitig jammert pro Köln bei jeder Gelegenheit über die Haushaltsdefizite. Auch das ist typisch für die faschistische Demagogie.

(Zurufe von pro Köln: Pfui!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte um etwas mehr Zurückhaltung.

Claus Ludwig (Die Linke.): Hier ist Zurückhaltung nicht angebracht, sondern Aufmerksamkeit und Ehrlichkeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, auf Ihre Wortwahl zu achten.

Claus Ludwig (Die Linke.): Nein, Herr Oberbürgermeister. Die Wortwahl ist vollkommen korrekt und auch durch gerichtliche Entscheidungen gedeckt. Das ist hier kein Thema.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn ich Ihnen sage, Sie möchten sich zurückhalten, dann bitte ich das zu akzeptieren.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, es geht hier nicht um Zurückhaltung, sondern um eine politische Analyse, und die ist korrekt.

(Lachen bei pro Köln – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das brauchen Sie nicht zu kommentieren, Herr Ludwig! – Andreas Köhler [CDU]: Sie sind vom Oberbürgermeister darauf hingewiesen worden!)

Das Programm der Rechten ist geradezu lächerlich widersprüchlich. Ernst gemeint ist allerdings die Stoßrichtung, die sich aus diesen Widersprüchen ergibt: Pro Köln will die Illusion verbreiten, man könne die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern, ohne die Interessen der Konzerne und der Vermögenden anzutasten; denn bezahlen sol-

len immer nur die anderen, die „Randgruppen“, wie sie von pro Köln in ihrem Programm genannt werden: die Flüchtlinge, die Migranten.

Meine Damen und Herren, die Tarifrunde wird nicht hier im Rat entschieden, sondern durch die Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben und Verwaltungen. Dort arbeiten deutsche und migrantische Kolleginnen und Kollegen zusammen und stehen gemeinsam in dieser Tarifauseinandersetzung. Die Linke steht geschlossen an der Seite der Beschäftigten. Viele unserer Mitglieder sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, sind selbst Verdi-Mitglieder und Vertrauensleute, sind aktiv bei den Streiks dabei.

Am Tarifkampf sind weder pro Köln noch andere rassistische Gruppen beteiligt. Sie haben keinen Platz bei Verdi und in anderen Gewerkschaften. Würden Sie bei Streikversammlungen und Kundgebungen auftauchen und erkannt werden, würden die Kolleginnen und Kollegen Sie davonjagen. Es ist daher bizarr, dass die Rechten, die Feinde der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften, versuchen, dies zu ihrem Thema hier im Rat zu machen.

Der Antrag ist natürlich abzulehnen. Nur, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen: Eigentlich bin ich es leid, mich immer wieder hier mit den Anträgen von pro Köln auseinanderzusetzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Lass es doch sein!)

Sie von der SPD, der CDU, der FDP und den Grüne stellen Ihr Schweigen als Strategie der Ausgrenzung gegen pro Köln dar. Faktisch überlassen Sie damit aber den Rechten politischen Raum,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Quatsch! Du machst sie erst groß!)

weil Sie nicht willens oder nicht in der Lage sind, Kontra zu geben. Ich denke, wir hätten weitaus interessantere Debatten, wenn nicht nur immer ich hier stehen würde, sondern auch Sie argumentativ gegen diese Leute etwas sagen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die falsche Strategie!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo, Herr Roters! – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ja klar!)

Sie können es auch vom Platz aus machen, Herr Uckermann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die direkte Folge!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, Frau Moritz, Sie haben recht: Das ist die direkte Folge, dass man sich mit einem so irren, sinnfreien Kram auseinandersetzen muss. Das, was der Herr eben hier als „Analyse“ bezeichnet, war ja im Prinzip eine ganz üble Beschimpfung. Seien Sie mal ehrlich: Würde ich das in irgendeiner Form machen, was aber nicht meine Absicht ist, hätte ich schon längst drei Ordnungsrufe bekommen. Das ist das eine. Das ist Ihr Problem.

Aber anscheinend ist unser Antrag tatsächlich substanziell so richtig. Ich will jetzt nur auf einen Punkt eingehen, den Herr Ludwig hier erwähnt hat. Wir appellieren im ersten Satz – nehmen Sie sich das Blatt mal vor; wenn Sie es lesen und verstehen können – als Stadtrat an die Verwaltung, und Vorsitzender der Verwaltung ist unser Oberbürgermeister. Er hat solche Beschlüsse dann entsprechend umzusetzen. Also macht dieser Antrag sehr wohl Sinn.

Sie haben ja eben auch von Streikkundgebungen gesprochen. Die Demonstrationszüge kommen ja regelmäßig bei uns vorbei. Unsere Fraktionsräumlichkeiten sind am Heumarkt in der Markmannsgasse 7. Nach einer solchen Demonstration kommen durchaus Teilnehmer ein Tässchen Kaffee trinken oder gehen auch mal zum WC. Das lassen wir natürlich gerne zu. Das, was Sie hier erzählt haben, ist wirklichkeitsfremd. Kommen Sie aus Ihrem roten Raumschiff heraus und hören Sie auf, hier einen solchen inhaltlosen Unsinn zu verbreiten! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir jetzt endgültig zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist er abgelehnt.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Der Rat der Stadt Köln erklärt seine Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die derzeit eine signifikante Erhöhung ihres Reallohns fordern.

Ferner weist der Rat die von ihm in die Aufsichtsräte der stadteigenen und stadtnahen Unternehmen entsandten Mitglieder an, in diesen Gremien darauf hinzuwirken, dass der Forderung der Beschäftigten Folge geleistet wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Güterbahnhof Mülheim“
AN/0388/2012

Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem der Rat der Stadt Köln das Handlungskonzept Mülheim-Nord verabschiedet hatte, fand im Juni 2009 auf Betreiben einer Nachbarschaftsinitiative und der Volkshochschule Mülheim eine Veranstaltung zur weiteren Entwicklung der Industriebrache Alter Güterbahnhof Mülheim statt. Von den heutigen Ratsmitgliedern waren Bürgermeister Bartsch, der Kollege Thelen von den Grünen und ich anwesend, von der FDP Herr Dr. Peters, von der SPD Herr Lünenbach und für die Verwaltung Herr von Wolf.

Die Veranstalter trugen ihr Anliegen vor, auch soziale Projekte auf dem Gelände zu berücksichtigen. So schlug Herr Ali Demir, damals von der IG Keupstraße, ein Ärzte- und Geschäftshaus und ein Haus der Religionen vor und favorisierte die Anbindung der Keup-straße an das Gelände. Die Geschäftsleute auf der Keupstraße wären bereit, Grundstücke zu erwerben, sagte Herr Demir.

Die damalige Eigentümerin der Liegenschaft, die aurelis Real Estate GmbH, war im Publikum mit dem Regionalleiter Herrn Geist vertreten. Auf beharrliche Nachfrage des Moderators, Herrn Keimich, machte der Investor klar, das sie das Gelände schrittweise vermarkten wollen. In lockerem und freundlichem Tonfall habe ich Herrn Geist gebeten, nicht nur Verwertungsinteressen im Kopf zu haben, sondern auch etwas Neues zu probieren und in diesem Prozess auch soziale Projekte zu berücksichtigen.

Nichts, aber auch gar nichts geschah dann auf dem Gelände! Im November 2011, also zwei Jahre später, kaufte die OSMAB Holding GmbH das Gelände. Auf ihrer Internetseite schreibt sie – Zitat –:

> Neben der OSMAB Holding AG tragen auch die Projektpartner aurelis Real Estate und die Drösser-Gruppe dazu bei, die Voraussetzungen für weitere Investitionen in Millionenhöhe zu ebnen und in Mülheim neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Was auch immer das heißen mag: Auf jeden Fall hat der Investor weder bei der Verwaltung noch in der Öffentlichkeit dargestellt, was er auf dem Gelände unternehmen will.

Es kann nicht angehen, dass ein so wichtiges Gelände wie der alte Mülheimer Güterbahnhof vor sich hin vegetiert. Deshalb beantragen wir, die Verwaltung zu beauftragen, umgehend Gespräche mit den Investoren aufzunehmen. Wenn aurelis noch Projektpartner ist, spricht vieles dafür, dass auf dem Gelände so schnell nichts geschieht. Auch deshalb unser Vorschlag in Punkt 2, der Verwaltung Werkzeug mit an die Hand zu geben, wie der Investor freundlich, aber deutlich unter Druck gesetzt werden kann. Der Investor selber ist gut aufgestellt. Wenn er ein solches Gelände erschließen will, kann er es auch.

Das Projekt Mülheim 2020 soll den abgehängten Stadtteil fördern. Barrieren, die den Stadtteil zerschneiden, sollen überwunden werden. Neue Arbeit soll entstehen. Die zügige Entwicklung der Brache Güterbahnhof könnte einen Beitrag leisten, die Ziele von Mülheim 2020 zu erreichen. – Herr Zimmermann, Sie schütteln mit dem Kopf. Der neue Investor wirbt damit sogar schon auf seiner Internetseite. Ich halte das auch für unsinnig; denn so schnell kann das gar nicht passieren. Aber der Investor schreibt das genau so auf seiner Internetseite. Das ist nur als Hinweis zu verstehen; an eine Realisierung glaube ich auch nicht.

Meine Damen und Herren, der Anschlag in der Keupstraße ist aufgeklärt. Jetzt heißt es, Konsequenzen zu ziehen und etwas zu unternehmen. Unser Respekt und unsere Achtung vor den Menschen in der Keupstraße sollten uns dazu bewegen, Projekte in Gang zu setzen, die

das Leben der Menschen erleichtern und verbessern. Eine zügige Erschließung des Güterbahnhof-Geländes wäre ein solcher Schritt. Wir verlangen ja nicht viel. Es soll kein Geld ausgegeben werden. Vielmehr sollen Gespräche aufgenommen und geprüft werden, ob man eine solche Satzung aufsetzen kann. Das ist unser Anliegen. Insofern könnte man eigentlich diesem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn er sinnvoll wäre! Aber er ist nicht sinnvoll!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch! Wenn sich keiner meldet, dann will noch was sagen!)

- Selbstverständlich. Frau Moritz, Sie haben das Wort.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen, Sie lesen uns hier schöne Sachen vor. Gegen diese Ziele hat niemand von uns etwas, weder die SPD noch die Grünen noch die CDU. Aber Sie schlagen uns Instrumente vor, die einfach völlig untauglich sind. Sie wissen offensichtlich nicht, wofür eine Sanierungssatzung da ist und welche Bedingungen der Gesetzgeber an Sanierungssatzungen stellt. Denn wenn Sie das wüssten, würden Sie das gar nicht in die Prüfung geben, weil Sie wüssten, was dabei herauskommt.

Eine Sanierungssatzung setzt voraus, dass es Voruntersuchungen gibt. In den Voruntersuchungen soll abgeklärt werden, ob die Eigentümer bereit sind, an den städtebaulichen Zielsetzungen mitzuwirken. Diese Eigentümer sind dazu bereit. Diese Gespräche finden bereits statt.

Ich glaube, dass Ihr Antrag einen ganz anderen Sinn hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Warum sind Sie denn so angestochen, Frau Moritz?)

- Ich bin nicht angestochen.

(Lachen bei pro Köln)

Ich finde es einfach blödsinnig, dass Sie uns einen Instrumentenkoffer vorschlagen, der einfach nicht zieht. Das ist alles. Und auch nur deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Nur eine kurze Anmerkung: Herr Detjen, ich bin der gewählte Abgeordnete für diesen Bereich von Mülheim. Sie können davon ausgehen, dass wir alle hohes Interesse daran haben, dass dieses Gebiet schnell entwickelt wird. Die Frage ist bloß: Welche Instrumente sind tauglich? Frau Moritz hat dazu gerade etwas gesagt.

Ich will mich an dieser Stelle an den Beigeordneten Streitberger wenden. Der Antrag der Linken besagt ja in Punkt 1, umgehend Gespräche aufzunehmen. Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass es keine Gespräche gibt. Ich bitte Sie, Herr Streitberger, etwas dazu zu sagen. Wie ist da der Stand?

Des Weiteren würde ich von Ihnen, Herr Streitberger, gerne eine Einschätzung zum zweiten Punkt des Antrags haben. Frau Moritz hat ja gerade etwas zur Sanierungssatzung gesagt. Ich möchte von Ihnen wissen: Würde es überhaupt Sinn machen, eine solche Satzung aufzulegen, und, wenn ja, würde das den Prozess beschleunigen? Uns kommt es wirklich darauf an, dass das schnell geht und dieses Gebiet wirklich so zügig wie möglich in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer entwickelt wird. Wenn Sie dazu etwas sagen könnten, Herr Streitberger, hätten wir eine sachliche Grundlage und könnten vernünftig entscheiden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich will gerne auf Ihre beiden Fragen antworten.

Zu Ihrer ersten Frage: Ja, wir sprechen mit dem neuen Eigentümer OSMAB. Ich habe ihn sogar vor sechs Wochen zu mir zitiert, weil die Gespräche nicht so laufen, dass ich sagen würde: Es ist jetzt alles klar; wir wissen genau, wo die Reise hingeht. Mit dem Voreigentümer

aurelis haben wir in den Jahren 2009/2010 gemeinsam ein städtebauliches Konzept erarbeitet. Dieses Konzept ist für uns nach wie vor Grundlage der Entwicklung auf diesem Areal. OSMAB hat sich aber noch nicht abschließend dazu geäußert, uns aber zugesagt, in absehbarer Zeit mit eigenen Vorstellungen auf uns zuzukommen. Also: Die Gespräche werden geführt, aber sie sind nicht so, dass wir da schon etwas binden können; das ist noch nicht ganz zufriedenstellend.

Außerdem gibt es, wie Sie wissen, eine weitere Eigentümergemeinschaft im Süden des Areals. Sie ist sehr schwierig. In der Regel sprechen wir nur mit einem der Eigentümer, der sich aber immer ein wenig hinter seinen Miteigentümern versteckt und das alles erst mit denen besprechen will. Da kommt auch relativ wenig.

Zu Ihrer zweiten Frage, der Einschätzung einer Sanierungssatzung: Grundsätzlich ist eine Sanierungssatzung für die Entwicklung solcher Gebiete das vom Gesetzgeber gewünschte und gewollte Instrument. Das muss man deutlich sagen. Aber richtig ist auch das, was Frau Moritz gesagt hat. Bevor eine Satzung erlassen werden kann, muss eine vorbereitende Untersuchung gemacht werden. Eine solche vorbereitende Untersuchung muss sich mit allen Chancen und Bedingungen dieses Areals und – Frau Moritz hat darauf hingewiesen – mit der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer auseinandersetzen.

Wir haben das jetzt gerade gemacht für das Gelände des Großmarktes. Sie haben das verfolgen können. Es hat über zwei Jahre gedauert, eine solche vorbereitende Untersuchung durchzuführen. Das ist natürlich auch eine Kapazitätsfrage innerhalb der Verwaltung respektive eine Kostenfrage, ob man das macht. Grundsätzlich ist das natürlich ein Instrument, das man einmal zeigen sollte, um mit den Bauherren gegebenenfalls ein bisschen zügiger und ein bisschen abschließender ins Gespräch zu kommen. Aber in Abwägung der Chancen, die wir hier haben, und in der Gesamtbetrachtung würde ich sagen. Dieses Instrument müssen wir im Moment nicht ziehen. Wenn man das im Hintergrund aufleuchten lässt, ist das vielleicht nicht ganz schlecht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. – Noch eine Nachfrage oder Erklärung, ehe wir zur Abstimmung kommen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Streitberger, das, was Sie gesagt haben, fand ich sehr interessant. Ich fühle mich eigentlich ein bisschen bestärkt durch Ihren Beitrag. Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, in absehbarer Zeit würde der neue Investor zum städtebaulichen Konzept Stellung nehmen. Was verstehen Sie unter „absehbarer Zeit“: drei Monate oder weniger oder mehr? Das würde mich noch interessieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ich erinnere mich an das letzte Gespräch mit ihm. Da habe ich gesagt: Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass die lokale Öffentlichkeit hier auch Antworten erwartet. Natürlich muss er die Chance haben, das auch vernünftig erarbeiten zu können. Ich weiß auch, dass der Eigentumsübergang sehr viel länger gedauert hat, als man es von außen wahrgenommen hat. Ich habe ihm, glaube ich, eine Frist bis zum Sommer gesetzt und gesagt: Dann wollen wir etwas von ihm haben. Ich werde noch einmal nachschauen; ich bin mir jetzt nicht ganz hundertprozentig sicher. Ich kümmere mich aber darum und werde den Eigentümer jetzt auch noch einmal unmittelbar ansprechen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Danke!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. – Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend Gespräche mit dem neuen Eigentümer der Industriebrache „Alter Güterbahnhof Mülheim“ aufzunehmen.*

   Das Ziel der Gespräche soll die zügige Entwicklung des Geländes im Sinne des integrierten Handlungskonzeptes „Mülheim 2020“ sein.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Ausweisung des Geländes als Sanierungsgebiet und der Erlass einer Sanierungssatzung für der Durchsetzung der*

städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Ziele hilfreich oder erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.8:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abtretung der durch Aufsichtsratsmandate erworbenen Entgelte an die Stadtkasse Köln“
AN/0359/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als roter Faden hat sich ja durch die ganze Sitzung gezogen, wie wir die Einnahmeseite des kommunalen Haushalts verbessern können. Wir von pro Köln haben eine sehr gute Anregung, wie man dem Verwaltungshaushalt der Stadt Köln tatsächlich weitere Einnahmen zuführen kann.

Wir fordern:

> Der Rat weist alle Mitglieder, die er in Aufsichtsräte entsandt hat, an, die aus diesem Mandat erzielten Einnahmen an die Stadt Köln abzutreten.
>
> Die Verwaltung wird beauftragt, die Ratsmitglieder, die vom Stadtrat in Aufsichtsräte entsandt wurden, nach den Maßgaben des § 45 GO in Verbindung mit der Hauptsatzung § 24 zu entschädigen.

Jetzt ist es ja so: Der Innenminister legt diese Entschädigung nach § 45 fest, und wir übernehmen sie mit unserer Hauptsatzung. Nach den Vorgaben des Innenministers erhält man ein Sitzungsgeld von 17,30 Euro, so auch für die heutige Ratssitzung. Wir meinen, dass das durchaus eine Grundlage sein kann, auch die Mitglieder, die in Aufsichtsräten sitzen, zu entschädigen. Exemplarisch möchte ich Ihnen aufzeigen, was das tatsächlich bringt:

Nehmen wir einmal den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrs-Betriebe, hier das Jahr 2010. Da hat eine grüne Ratsfrau 12 800 Euro im Jahr an Sitzungsgeldern bekommen. Das Sitzungsgeld dort beträgt nicht 17,30 Euro, wie vom Innenminister festgelegt, sondern 500,11 Euro pro Sitzung. Diese Dame muss also einigen Sitzungen beigewohnt haben, um auf diese 12 800 Euro zu kommen. In diesem Falle wäre es so: Sie würde ihr Sitzungsgeld an die Stadt Köln abtreten. Im Gegenzug würde die Stadt Köln diese Dame, wie sie das auch bei den Mandatsträgern in den ganz normalen Ausschuss- und den Ratssitzungen tut, entsprechend entschädigen.

Oder nehmen wir einen Vertreter der Linken. Herr Ludwig ist ja heute sehr interessiert an unserer Ratsarbeit. Im Moment ist er nicht im Saal. Ich weiß nicht, ob er sein Sitzungsgeld schon verbraucht hat und deshalb schon gegangen ist.

(Zuruf: Er sitzt auf der Tribüne!)

- Ach, Sie sind dort oben, wohl um mich besser sehen zu sehen. – Der Vertreter der Linken im KVB-Aufsichtsrat hat nur 4 300 Euro bekommen.

Ich sagte ja gerade, die Sitzungsgelder liegen dort nicht bei 17,30 Euro, sondern bei 500,11 Euro. Wir meinen: Angelegenheiten der KVB können selbstverständlich auch im Verkehrsausschuss besprochen werden. Dafür würde es allerdings dann nur 17,30 Euro geben. Wenn Sie sich hingegen im KVB-Aufsichtsrat treffen, gibt es 500,11 Euro.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 350!)

- Ich kann Ihnen das zeigen. Ich habe den Geschäftsbericht dabei.

> (Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich wollte Sie nur ein bisschen schlauer machen, als Sie sind!)

- Sie können sich ja gleich noch einmal melden, Herr Klipper, und die Sache richtigstellen. Dann haben wir eine Diskussionsgrundlage. Ich schätze Ihre Meinung.

Auf diesem Wege würden wir dem Verwaltungshaushalt der Stadt Köln Einnahmen zuführen und könnten damit dann wieder die Kindergärten verschönern und die Schulen sanieren. Da würde einiges zusammenkommen. Das ist doch eine gute Lösung. Sie sind bestimmt alle dafür. Ich bitte Sie um Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Der Rat weist alle Mitglieder, die er in Aufsichtsräte entsandt hat, an, die aus diesem Mandat erzielten Einnahmen an die Stadt Köln abzutreten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ratsmitglieder, die vom Stadtrat in Aufsichtsräte entsandt wurden, nach den Maßgaben des §45 GO in Verbindung mit der Hauptsatzung §24 zu entschädigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.9:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Jahnwiese für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten“
AN/0360/2012

Herr Uckermann noch einmal.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum Schluss komme ich Ihnen mit sportlichen Dingen. Sie haben, glaube ich, das Rubrum unseres Antrags nicht vollständig vorgelesen. Es geht darin um die Jahnwiese. Wir wollen sie für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten.

Sie, lieber Herr Oberbürgermeister, haben sich beim Deutschen Fußball-Bund darum bemüht, ein zukünftiges Leistungszentrum nach Köln zu holen. Dafür haben Sie die volle Unterstützung vonseiten der Bürgerbewegung pro Köln. Nicht unterstützen können wir aber, dass Sie bei der Standortauswahl die Jahnwiese vorgeschlagen haben. Das geht natürlich auf keinen Fall. Es gibt in unseren Sportanlagen im Bereich Müngersdorf bestimmt noch andere exzellente Standorte, mit denen Sie für Köln werben können.

Unser Antrag sieht vor, Sie in Ihren Bemühungen zu unterstützen. Wir meinen, dass der Stadtrat Ihnen selbstverständlich ein positives Votum an die Seite stellen sollte, damit Sie in der Sache gestärkt sind. Aber auf keinen Fall darf die Jahnwiese irgendwelchen Bebauungen geopfert werden. Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, sich weiterhin zu engagieren, aber lassen Sie die Jahnwiese den Sportvereinen und den Familien. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit ist er abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Aktivitäten des Oberbürgermeisters, das geplante Leistungszentrum des Deutschen Fußballbundes (DFB) in Köln anzusiedeln. Der Rat der Stadt Köln beauftragt den Oberbürgermeister, in diesem Zusammenhang und grundsätzlich auf eine Bebauung der Jahnwiese zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn"
AN/0399/2012

Der Rat spricht sich deutlich gegen ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn aus und fordert den Oberbürgermeister auf, sich bei Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière dafür einzusetzen, dass auf eine Verlagerung der kanadischen Militärluftstaffel aus der Eifel auf den Köln-Bonner Flughafen verzichtet wird.

Der Oberbürgermeister soll des Weiteren mit der Flughafenleitung und allen Anteilseignern des Konrad-Adenauer-Flughafens alle Möglichkeiten nutzen, damit die Situation durch Fluglärm für die Anwohner nicht noch weiter verschärft wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“
AN/0440/2012

und

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Flughafen Köln/Bonn“

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

behandelt.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend „Flughafen Köln/Bonn“

Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/ Bonn

Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms

Verlagerung des Fernlinienbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn
AN/0441/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012

I. Beschluss über den in der Sitzung vorgelegten Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die nachfolgende Resolution und bittet den Oberbürgermeister, diese entsprechend weiterzuleiten:

Resolution des Rates der Stadt Köln aus seiner Sitzung am 27. März 2012 Verkehrsflughafen Köln/Bonn: Neuregelung der Nachtflugbeschränkung

hier: Kernruhezeit für Passagierflüge 0.00 bis 5.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger,

Ihr Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt die Nachtflugbeschränkungen dahingehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0.00 und 5.00 Uhr Ortszeit unzulässig sind. Davon ausgenommen sind Starts und Landungen der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung und Flüge in dessen Auftrag sowie von Regierungsflügen ausländischer Staaten.

Die Maßnahme fußt auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags NRW vom 24.08.2007: „Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass neben den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens auch die berechtigten Interessen der Anwohner an einer Verminderung der Lärmbelastung durch Einführung einer Kernruhezeit im Passagierflugbetrieb Berücksichtigung finden.“

Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich wirksame Anstrengungen zur Verminderung der Lärmauswirkungen während der Nacht, um den Gesundheitsschutz für die betroffene Bevölkerung zu verbessern.

Wir betonen, dass der Flughafen Köln/Bonn ein wirtschaftlich sehr relevanter Logistikstandort für Köln und die Region ist, dessen Weiterentwicklung nicht gefährdet werden darf. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung, dies durch ihr Handeln sicher zu stellen.

Die Geschäftsführung des Flughafens Köln/ Bonn, die dort tätigen Unternehmen und die Fluggesellschaften brauchen auch bei der in Erwägung stehenden Änderung der Betriebsgenehmigung Planungssicherheit, um Wettbe-

werbsnachteile zu vermeiden. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung auch auf eine europaweit geltende Nachtflugbeschränkung für Passagierflüge an Verkehrsflughäfen hinzuwirken.

Wir setzen uns gegenüber der Geschäftsleitung des Flughafens Köln/Bonn dafür ein, verstärkt auf den Einsatz von lärmarmen Flugzeugen hinzuwirken und dies durch die Differenzierung der Gebühren für Luftfahrtgesellschaften auch zu befördern.

Wir halten es zudem für geboten, gezielte Verstöße gegen Nachtflugregelungen sowie die Nichteinhaltung von Flugrouten zu sanktionieren und bitten die Landesregierung, dies in geeigneter Weise zu unterstützen.

Aus aktuellem Anlass kritisieren wir die Verlagerung von LH Cargo-Frachtflügen vom Frankfurter zum Köln/Bonner Flughafen, weil ab dem 30.10.2011 für den Flughafen Frankfurt ein vorläufiges Nachtflugverbot von 23.00 bis 05.00 Uhr gerichtlich erlassen wurde.

Wir möchten Sie, Herr Minister, darum bitten, ebenfalls Ihren Einfluss gegenüber allen Beteiligten geltend zu machen, von dieser auch ökonomisch unsinnigen Verlagerung abzusehen, um zusätzlichen Lärmbelastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt, Punkt 2 des Antragstextes der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu ergänzen:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für die unverzügliche Reduzierung des Nachtfluglärms durch den Betrieb des Konrad-Adenauer-Flughafens Köln/Bonn aus.

Zu diesem Zweck wird die Verwaltung aufgefordert, in einem Lärmminderungskonzept alle sofort umsetzbaren Maßnahmen zur Lärmreduzierung darzustellen und die Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung aus der Sicht der Stadt Köln als Gesellschafterin des Flughafens aufzuzeigen.

In die Betrachtungen sind alle denkbaren Ansätze, z. B. die Modernisierung der Flugzeugflotten, die Verteuerung des Flughafens für lärmintensive Maschinen, die Optimierung des Anflugverfahrens oder schnellere Verfahren für die Finanzierung von Maßnahmen des passiven Lärmschutzes, aufzunehmen. Zudem ist ein Monitoring für die vorgeschlagenen Maßnahmen vorzusehen, durch welches die Effekte der Lärmschutzmaßnahmen regelmäßig bewertet und dokumentiert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

III. Beschluss über den ergänzten Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der Rat spricht sich nachdrücklich gegen ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn aus und fordert Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière auf, das Angebot an die Kanadische Regierung zurückzuziehen. Die Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH werden beauftragt, die Geschäftsführung des Flughafens in Ihrem Bemühen zu unterstützen, entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit den kanadischen Streitkräften hinsichtlich einer eventuellen Nutzung des zivilen Teils des Flughafen Köln/Bonn abzuwehren. Ziel muss es sein, jegliche zusätzliche Belastungen der Anwohner, insbesondere in der Nacht, zu vermeiden, um die Akzeptanz der Bevölkerung für den wirtschaftlich absolut notwendigen Flugverkehr nicht zu gefährden.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung sowie die vom Rat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates in der Flughafen Köln/Bonn GmbH gegenüber der Geschäftsleitung darauf hinzuwirken, zügig die notwendigen Schritte zu ergreifen, um durch eine veränderte Gestaltung der Lande- und Startentgelte eine deutliche Verminderung der Fluglärmemissionen – insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 6 Uhr – zu erreichen. Lärmzuschläge, wie sie an anderen deutschen Großflughäfen, wie z.B. Hamburg und Frankfurt, gelten, sind in die Prüfung einzubeziehen.

3. Der Rat spricht sich für einen Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofs vom Breslauer

Platz an den Flughafen Köln/Bonn aus. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH ein Umsetzungsszenario zu entwerfen.

4. Als weiteren Schritt zur deutlichen Verminderung der Fluglärmemissionen beschließt der Rat darüber hinaus die nachfolgende Resolution und bittet den Oberbürgermeister, diese entsprechend weiterzuleiten:

Resolution des Rates der Stadt Köln aus seiner Sitzung am 27. März 2012

Verkehrsflughafen Köln/Bonn: Neuregelung der Nachtflugbeschränkung

hier: Kernruhezeit für Passagierflüge 0.00 bis 5.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger,

Ihr Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt die Nachtflugbeschränkungen dahingehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0.00 und 5.00 Uhr Ortszeit unzulässig sind. Davon ausgenommen sind Starts und Landungen der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung und Flüge in dessen Auftrag sowie von Regierungsflügen ausländischer Staaten.

Die Maßnahme fußt auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags NRW vom 24.08.2007: „Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass neben den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens auch die berechtigten Interessen der Anwohner an einer Verminderung der Lärmbelastung durch Einführung einer Kernruhezeit im Passagierflugbetrieb Berücksichtigung finden.“

Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich wirksame Anstrengungen zur Verminderung der Lärmauswirkungen während der Nacht, um den Gesundheitsschutz für die betroffene Bevölkerung zu verbessern.

Wir betonen, dass der Flughafen Köln/Bonn ein wirtschaftlich sehr relevanter Logistikstandort für Köln und die Region ist, dessen Weiterentwicklung nicht gefährdet werden darf. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung, dies durch ihr Handeln sicher zu stellen.

Die Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn, die dort tätigen Unternehmen und die Fluggesellschaften brauchen auch bei der in Erwägung stehenden Änderung der Betriebsgenehmigung Planungssicherheit, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Die Stadt Köln erwartet daher von der Landesregierung auch auf eine europaweit geltende Nachtflugbeschränkung für Passagierflüge an Verkehrsflughäfen hinzuwirken.

Wir setzen uns gegenüber der Geschäftsleitung des Flughafens Köln/Bonn dafür ein, verstärkt auf den Einsatz von lärmarmen Flugzeugen hinzuwirken und dies durch die Differenzierung der Gebühren für Luftfahrtgesellschaften auch zu befördern.

Wir halten es zudem für geboten, gezielte Verstöße gegen Nachtflugregelungen sowie die Nichteinhaltung von Flugrouten zu sanktionieren und bitten die Landesregierung, dies in geeigneter Weise zu unterstützen.

Aus aktuellem Anlass kritisieren wir die Verlagerung von LH Cargo-Frachtflügen vom Frankfurter zum Köln/Bonner Flughafen, weil ab dem 30.10.2011 für den Flughafen Frankfurt ein vorläufiges Nachtflugverbot von 23.00 bis 05.00 Uhr gerichtlich erlassen wurde.

Wir möchten Sie, Herr Minister, darum bitten, ebenfalls Ihren Einfluss gegenüber allen Beteiligten geltend zu machen, von dieser auch ökonomisch unsinnigen Verlagerung abzusehen, um zusätzlichen Lärmbelastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Der Rat bzw. die zuständigen Fachausschüsse sind über den Sachstand in regelmäßigen Abständen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn“
AN/0440/2012

und

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn“
AN/0399/2012

behandelt.

Hinweis:
Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben damit die Anträge abgearbeitet und kommen jetzt zu:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans 2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln“
AN/0422/2012

Antwort der Verwaltung vom 27.03.2012
1193/2012

Gibt es zu der Ihnen vorliegenden Antwort des Dezernats VII noch Nachfragen? – Sie haben zwei Nachfragen. Eine Nachfrage kommt jetzt.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister, woher wissen Sie, dass ich zwei Nachfragen habe?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben zwei Nachfragen, weil in der Geschäftsordnung steht: höchstens zwei Nachfragen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Genau. – Ich habe in der Tat zwei Nachfragen, Herr Oberbürgermeister, und zwar insbesondere zu Ihrer Antwort auf die Teilfrage 4.

Dort wird auf den Konsolidierungsbeitrag hingewiesen, den die Kämmerin von allen Dezernaten einfordert. Da gibt es ja Diskussionen, dass er in der Höhe von etwa 4 Prozent liegen soll. Das wären, grob gerechnet auf die Budgets der Bühnen von ungefähr 50 Millionen Euro, 2,5 Millionen Euro, die offensichtlich bei den bisherigen Antworten zu den anderen Anfragen, die wir gestellt haben, noch nicht berücksichtigt worden sind. Ist das tatsächlich der Fall? Das heißt: Käme zu den 5 Millionen Euro, die vorher bei der Beantwortung der anderen Anfragen Grundlage gewesen sind, noch einmal ein Konsolidierungsbeitrag dazu? Reden wir dann über 7,5 Millionen Euro? Wenn das der Fall sein sollte – vielleicht kann Herr Beigeordneter Quander ja die Antwort geben –, würde sich das ja auf 15 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag summieren, den die Bühnen in den nächsten zwei Jahren leisten müssten.

Dann stellt sich für uns natürlich die Frage: Herr Oberbürgermeister, welche dieser beiden Institutionen wollen Sie denn dann schließen, das Schauspiel oder die Oper?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander zur Klarstellung.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Elster, in dem Schreiben, auf das Sie Bezug nehmen, bin ich ja aufgefordert, mit der Bühnenbetriebsleitung über eine Anpassung des Wirtschaftsplanentwurfs zu verhandeln. Das habe ich selbstverständlich getan. Und die Bühnen – aus unserem Sonder-Betriebsausschuss heute wissen Sie das Ergebnis – haben glaubhaft versichert, dass sie dies so nicht umsetzen können, zumindest nicht kurzfristig. Das leitet sich ja auch aus den zuvor beschriebenen Auswirkungen ab. Das gilt selbst dann, wenn die Förderung auf dem bisherigen Standard bliebe, also ohne Nachbesserung.

In der Tat ist es so, dass dann, wenn die Kürzungsquote auf die Bühnen in vollem Umfang umgelegt werden müsste, wie es vorgesehen ist, pro Jahr jeweils noch einmal etwa 2,5 Millionen Euro Absenkung erforderlich wären. Allerdings müssten die Bühnen das nicht innerhalb von zwei Jahren ausgleichen, sondern hätten fünf Jahre Zeit, dies zu erwirtschaften.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Beigeordneter Prof. Quander beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Dr. Elster.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe“
AN/0425/2012

Antwort der Verwaltung vom 27.03.2012
1123/2012

Gibt es dazu noch Nachfragen? – Ja. Frau Senol, bitte.

Sengül Senol (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Anfrage. – Ich habe zwei Nachfragen.

Erste Nachfrage: Bis wann ist mit einer Klärung der Frage zu rechnen, ob die Mittel an den Bund zurückgezahlt werden müssen?

Zweite Nachfrage: Für den Fall, dass die Gelder nicht zurückgezahlt werden müssen: Wird die Verwaltung sicherstellen, dass das Geld für den Bereich „Bildung und Teilhabe“ ausgegeben wird? – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ob und inwieweit zurückgezahlt werden muss, wird sich im Rahmen der Revision, also erst 2013, ergeben. Erst dann werden wir Rechtssicherheit darüber haben, ob und in welcher Höhe Rückzahlungen fällig werden oder auch nicht.

Was man dann mit nicht verausgabtem Geld zu tun gedenkt, obliegt dann der Haushaltsplanung und letztlich auch der Beschlussfassung hier im Rat. Ich denke, dass wir kein Geld verteilen können, das uns noch gar nicht gehört und von dem wir überhaupt nicht wissen, ob wir es auch wirklich behalten können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Dazu gibt es keine weiteren Nachfragen. Dann haben wir das auch abgearbeitet.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Frau Beigeordnete Dr. Klein beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Senol.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Folgen der vorläufigen Haushaltsführung“
AN/0429/2012

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2012
1160/2012

Dazu liegt Ihnen zumindest ein Zwischenbericht vor. Ich gehe davon aus, dass keine Nachfragen gestellt werden sollen. Die weiteren Informationen werden Ihnen gegeben.

Hierzu liegt eine schriftliche Vorabinformation der Verwaltung vor.

Die Verwaltung weist diesbezüglich darauf hin, dass für die Beantwortung der Fragen 1 – 4 ein hoher Rechercheaufwand erforderlich sei, die vollständige Beantwortung könne daher frühestens zur Sitzung des Hauptausschusses am 16.04.2012 erfolgen.

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu den weiteren Tagesordnungspunkten, den Beschlussvorlagen, und zwar zunächst zu:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein
4933/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

6.1.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung
0327/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, mit einigem Erstaunen habe ich in der letzten Sozialausschusssitzung zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie gegen genau diese Beschlussvorlage, nämlich zur Nachfolgeregelung zur Zweckentfremdungsverordnung, gestimmt haben. Es steht auch zu befürchten, dass Ihre beiden Fraktionen das heute ebenfalls tun werden.

Mit Verlaub: Als Bürger dieser Stadt und als Mitglied des Rates kann ich das beim besten Willen nicht nachvollziehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kapieren Sie auch nicht!)

Denn wir sind uns hier im Rat selten einig, meine lieben Kollegen – ich merke es auch jetzt schon wieder –; aber bei einer Aussage werden Sie mir kaum widersprechen, nämlich bei der Aussage, dass Wohnraum in Köln ein knappes Gut ist[1].

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das predige ich seit Jahren!)

- Sehen Sie; da sind wir doch mal einer Meinung, Herr Klipper. Das freut mich sehr. – Wenn es irgendwo in NRW Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf gibt, wie es im Gesetz heißt, dann doch wohl hier in Köln als einer der wenigen noch wachsenden Metropolen!

Über ein Weiteres werden wir uns dann hoffentlich auch noch einig werden können, nämlich darüber, dass es zu den vornehmsten Aufgaben von Rat und Verwaltung gehört, dafür zu sorgen, dass Menschen hier in Köln Wohnungen finden.

Wenn dem aber so ist, dann können wir doch drei Dinge in dieser Stadt überhaupt nicht gebrauchen.

Wir können es erstens überhaupt nicht gebrauchen, dass Wohnraum in gewerblichen Raum umgewandelt wird, gerade in der Innenstadt. Das mag – Herr Klipper, ich verstehe Sie – für den einen oder anderen lukrativ sein. Aber es tut überhaupt keine Not. Wir haben einen Leerstand von 610 000 Quadratmetern Büroraum.

Wir können es zweitens überhaupt nicht gebrauchen, dass in dieser Stadt über längere Zeit Wohnraum einfach leersteht. – Herr Klipper, auch wenn Sie den Kopf schütteln, ändert das nichts daran.

Wir können es drittens überhaupt nicht gebrauchen, dass Wohnraum vergammelt und schließlich abgerissen wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Kommen Sie mal in die Ausschüsse! Dann wäre das schon beantwortet!)

- Sie können ja auch mal in den Sozialausschuss kommen. Das ist ja auch kein Problem.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Laden Sie mich mal ein!)

- Gerne, Herr Klipper; das mache ich hiermit.

[1] Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt nun die Sitzungsleitung.

Diese drei Dinge sind einfach schädlich für Köln und für seine Bürgerinnen und Bürger, deren Wohl wir ja verpflichtet sind.

Da kommt uns die Neufassung des WFNG NRW gerade recht; denn sie ermöglicht es uns, per Satzung genau diese Zweckentfremdung und auch Vernichtung von frei finanziertem Wohnraum zu verhindern. Und genau die Erstellung einer solchen Satzung schlägt uns die Verwaltung heute vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, vielleicht überlegen Sie es sich noch einmal und stimmen dieser Beschlussvorlage doch zu.

(Birgit Gordes [CDU]: Bestimmt nicht!)

Denn die Kölner Bürgerinnen und Bürger würden es Ihnen danken – ich übrigens auch.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir lehnen es ab, die Verwaltung mit der Erstellung einer Wohnraumschutzsatzung und einer Mieterbenennungssatzung zu beauftragen. – Herr Paetzold, das wird Sie nicht erstaunen.

Nun werden Sie vielleicht fragen, wie man etwas ablehnen kann, das es noch gar nicht gibt. Diese Frage lässt sich leicht beantworten. Die seinerzeitigen Vorschriften der Zweckentfremdungsverordnung bzw. der Überlassungsverordnung sind 2005 bzw. 2006 ausgelaufen. Es war eines der großen Verdienste der CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf, sie danach bewusst aufzugeben.

Der inzwischen aufgelöste Düsseldorfer Landtag hat dann bedauerlicherweise mit seiner gescheiterten rot-grünen Mehrheit eine Neuauflage beschlossen, die die Kommunen ermächtigt, entsprechende Satzungen zu erlassen.

Dies ist nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Mit diesem Instrument werden keine zusätzlichen Wohnungen geschaffen, sondern Investitionshemmnisse aufgebaut. Das haben auch Experten in der Anhörung des Landtags bekräftigt.

Dass dies hier in Köln für Rot-Grün voraussichtlich kein Hindernis darstellen wird, die Erstellung der Satzungen in Gang zu setzen, passt in Ihre ideologisch geprägte Wohnungspolitik, die die kontraproduktiven Folgen übersieht.

Wenn die beabsichtigte Zweckentfremdungsverordnung gilt, wird es sich ein potenzieller Investor genau überlegen, ob er in Köln noch bauen will, wenn er über seine eigene Immobilie nicht mehr verfügen kann. Er wird dann nämlich die Nutzungen nicht mehr selbst bestimmen können bzw. bei einer geplanten Nutzungsänderung langwierigen Antrags- und Genehmigungsverfahren unterworfen sein, deren Ausgänge für ihn ungewiss sind und die ihn nicht nur Zeit kosten, sondern auch Geld, und zwar durch eventuelle zwischenzeitliche Leerstände und Verwaltungsgebühren, die er sich heute noch ersparen kann.

Genauso schädlich ist die neue Überlassungsverordnung. Im sozialen Wohnungsbau können Sie ohnehin nur wohnberechtigten Personen eine Wohnung vermieten. Wenn Sie diese aber von der Stadt benannt bekommen – auch wenn es vielleicht drei sein werden –, wird Ihnen kaum ein Spielraum gelassen, zu entscheiden, wer in Ihre Wohnung einzieht. Oft ist es ja gerade in einem sozial schwierigen Umfeld wichtig, die Hausgemeinschaft in Ihrem Haus selbst zusammenzustellen. Das wird Ihnen dann künftig unmöglich gemacht.

Mancher, der heute noch bereit wäre, in sozialen Wohnungsbau zu investieren, wird sich dies künftig sehr überlegen. Es ist zu erwarten, dass er sich gegen die Investition in den sozialen Wohnungsbau entscheiden wird bzw. – umso schlimmer für Köln – in einer Stadt investieren wird, die keine solche Satzung hat. Dann wird der Druck auf den Wohnungsmarkt hier noch viel größer werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die geschilderten negativen Auswirkungen werden auch eintreten, wenn die vorgesehenen Satzungen nur für einzelne Stadtteile erlassen werden. Schließlich hat dies in den betreffenden Stadtteilen eine stigmatisierende Wirkung für die in ihrem Bereich lebenden Menschen. Die Satzung kann nämlich nur erlassen werden, wenn durch entsprechende Indikatoren festgestellt ist, dass in diesem Bereich Probleme bestehen. Damit drücken Sie den Bewohnerinnen und Bewohnern einen Stempel auf, den sicherlich keiner will.

32. Sitzung vom 27. März 2012

Außerdem forcieren Sie eine Abwärtsspirale. Denn wer will dann in einem solchen Gebiet noch in frei finanzierten Wohnungsbau investieren, wenn er befürchten muss, dass dort kaum noch jemand hinziehen will? Damit verhindern Sie die soziale Durchmischung, die wir eigentlich doch alle wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und welcher Investor wird sich nicht die Frage stellen, wann die Satzung auch auf den Stadtteil mit seiner Immobilie ausgedehnt wird?

Daher appellieren wir an Sie: Nehmen Sie Abstand von Ihrem rückwärtsgewandten, überkommenen wohnungspolitischen Instrument. Es vermehrt den Wohnraum nicht, sondern schreckt Investoren ab. Lassen Sie uns besser mit Investoren und der Wohnungswirtschaft partnerschaftlich kooperieren und gemeinsam in Köln zusätzliche Wohnbauflächen ausweisen und auch zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Gärtner. – Herr Helling, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der Tagesordnung befinden wir uns jetzt im Bereich der Satzungen. Unter Tagesordnungspunkt 6.1.2 geht es allerdings nicht um den Erlass einer Satzung. Es geht nicht um den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung. Vielmehr geht es ausschließlich um die Beauftragung der Verwaltung, eine solche Verordnung demnächst vorzuschlagen, die dann hier im Rat zu beschließen ist.

(Ursula Gärtner [CDU]: Wir brauchen sie doch gar nicht!)

Das heißt: Sie verurteilen jetzt tatsächlich schon Satzungen und unterlegen diesen Satzungen Zwecke, Ziele und Gefahren, die überhaupt noch nicht erwiesen sind. Im Übrigen sind es Gefahren –

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch! Das haben wir alles schon gehabt, Herr Helling!)

- Das weiß ich, Herr Klipper. Das ist bis 2006 in Köln so gewesen. Und es war keineswegs so,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch!)

dass in Köln die Investitionstätigkeit auf der Grundlage der Zweckentfremdungssatzung niedriger geworden ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch, doch, doch!)

- Nein, die Investitionstätigkeit ist nicht auf der Grundlage der Satzung niedriger geworden, sondern höchstens auf der Grundlage der Zinsentwicklung.

Ich komme jetzt aber noch einmal zu der Frage, warum Sie diese Satzung ablehnen, und zwar ohne Kenntnis dessen, was tatsächlich konkret in dieser Satzung stehen wird. Ob es zum Beispiel um Stadtteile oder ganze Stadtbezirke oder die Gesamtstadt geht, ist ja alles überhaupt noch nicht klar. Sie praktizieren hier Ihre langjährig entwickelten ideologischen Beißreflexe gegen jede, aber auch jede Form irgendeiner Beeinflussung des Wohnungsmarktes durch kommunale Interventionen oder Landesinterventionen. Das ist der Grund, warum Sie blindlings auch diese Beauftragungen der Verwaltung ablehnen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle propagieren Sie eine Ideologie der freien Marktwirtschaft ohne den dringend notwendigen Zusatz und Appendix „soziale“ Marktwirtschaft. Das wird von Ihnen hier gebetsmühlenartig propagiert. Es wird von Ihnen tatsächlich auch im Wohnungsmarkt durchgängig so vertreten und eingefordert.

Dabei ist das Ganze doch kein Problem von allen Wohnungsbesitzern, sondern ein Problem von einzelnen Vermietern, die im Einzelfall vielleicht unvernünftig oder nachlässig sind. Das sind sozusagen die kleinen schwarzen Schafe unter den Vermietern. Um die geht es hier.

Es geht darum, zu verhindern, dass es in der komplizierten Kölner Wohnungsmarktlage zu monatelangen Leerständen in einzelnen Wohnungen oder ganzen Wohnanlagen kommt.

Es geht darum, zu verhindern, dass nicht genehmigte Abrisse von Wohnungen in dieser Stadt stattfinden.

Es geht darum, zu verhindern, dass einzelne Vermieter Wohnraum in Büro- oder in Geschäftsräume umwandeln können, ohne dass sie es vorher beantragen müssen und ohne dass es überhaupt genehmigt wird.

Darum geht es. Das sind Missstände in dieser Stadt mit ihrem komplizierten Wohnungsmarkt. Von allen Bürgern, die solche Missstände se-

hen, wird auch dringend gefordert, dass die Stadtverwaltung an diesen Punkten aktiv wird.

Meine Damen und Herren, Überlegungen, wie diese Fehlentwicklungen eingeschränkt werden können, sollten von Ihnen, und zwar von allen Parteien dieses Rates, dringend angestellt werden. Stattdessen überlegen Sie nichts anderes, als unter dem Stichwort der Freiheit für Investoren jegliche kleinste Steuerungsmöglichkeit und jegliche kleinste Einwirkungsmöglichkeiten auf diesem Markt hintanzustellen.

Die schwierige Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt ist schon dargestellt worden. Ich brauche das nicht alles zu wiederholen. Lassen Sie mich nur noch zwei Punkte nennen.

Aktuell fordern 16 000 Haushalte durch die Beantragung beim Wohnungsamt neuen preisgünstigen Wohnraum in dieser Stadt.

Während wir 1990 noch 22 Prozent geförderte Wohnungen hatten, haben wir in diesem Jahr nur noch 7,5 Prozent.

Das sind die Fakten des Kölner Wohnungsmarktes.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation kann es doch nicht wahr sein, dass der Kampf um den Erhalt einzelner Wohnungen von Ihnen abgelehnt wird,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch Unfug! Das will doch gar keine Socke!)

bei dem es darum geht, die wenigen schwarzen Schafe unter den Wohnungsbesitzern an die Kandare zu nehmen und sie darauf hinzuweisen, dass Wohneigentum auch eine soziale Verpflichtung bedeutet. Nichts anderes wird mit dieser Verordnung beabsichtigt, meine Damen und Herren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wer will denn eine alte Wohnung in Büroraum umbauen? Das gibt es doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dringend, dieser Politik der unsozialen Ideologie von CDU und FDP einen Riegel vorzuschieben und dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Helling. – Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Herr Helling, wenn ich Sie so höre – der Kampf um die einzelne Wohnung –, habe ich schon das Gefühl, dass wir hier fast im Häuserkampf sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ja, wir sind im Häuserkampf. Da haben Sie uns schon richtig eingestimmt.

Sie haben auch die Frage gestellt, warum wir diesen Vorschlag überhaupt nicht zulassen. Wissen Sie, die Antwort ist ganz einfach. Wenn ich von etwas grundsätzlich nicht überzeugt bin, brauche ich mir den Vorschlag gar nicht anzuhören – ob das nun Variante A oder B ist; ob Sie sagen, dass zwischen drei oder vier oder fünf Mietern ausgewählt werden darf.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Ideologie!)

Deswegen brauchen wir uns die Vorschläge gar nicht anzuhören. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass das, was Sie mit dieser Satzung beabsichtigen, nicht der richtige Weg ist.

Frau Gärtner ist schon darauf eingegangen, dass es im Landtag eine Initiative zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Das ist im Grunde genommen die Rolle rückwärts, die Rot-Grün macht, weil Sie nicht damit leben konnten, dass dieses Gesetz sich bei Schwarz-Gelb bewährt hat.

Das hat die Anhörung auch gezeigt. Die Wohnungswirtschaft hat gesagt, dass dieses Gesetz sich bewährt hat; denn alles das, was wir hier immer fordern – Entbürokratisierung, Deregulierung –, ist in diesem Gesetz enthalten gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir es uns jetzt doch einmal ganz praktisch an, lieber Herr Helling. Wie sieht das denn aus? Ihre Vorstellung ist ja, dass jeder Vermieter irgendwie ein böser Mensch ist. Es gibt aber durchaus Vermieter, die einen sozialen Ansatz pflegen und gerne bereit sind, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Aber irgendwann hört es auch auf, nämlich dann, wenn man nachher kein Mitspracherecht

mehr bei der Auswahl der Mieter hat. Wissen Sie was? Damit verschrecken Sie auch diese sozialen Vermieter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Und das soll dann im Interesse des sozialen Wohnungsbaus sein? Ich denke, dass es besser ist, ein Miteinander mit potenziellen Investoren zu suchen, um einen Weg zu finden, Wohnungen zu schaffen, als sie von vornherein zu verschrecken.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt, der mir ganz wichtig ist. Sie stellen es so dar, als ob es nach diesem Gesetz jetzt in jeder Kommune eine solche Satzung gäbe. Das ist eben nicht der Fall. Jede Kommune kann sich eine Satzung aussuchen, wie sie möchte. Gucken Sie sich doch einmal den Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Kommunen an. Die eine Kommune sagt: Wir gehen sehr freiheitlich damit um und machen es im Hinblick auf Zweckentfremdung so, dass bei uns keine Gebühren für die Leute anfallen, die einen Wohnraum in Büroraum umnutzen.

Mit dem, was Sie beabsichtigen, schaffen Sie auch eine Wettbewerbsverzerrung zwischen den verschiedenen Kommunen. Sogar das Mieterforum hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass der von Rot-Grün vorgelegte Gesetzentwurf überhaupt in die falsche Richtung geht. Sie haben also von der Wohnungswirtschaft die Rote Karte gekriegt und auch vom Mieterforum die Rote Karte gekriegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Von allen, genau!)

Es passt aber einfach nicht in Ihr Bild hinein. Deswegen müssen wir das in Köln jetzt mit dieser Satzung ausbaden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ein anderer Punkt, der ganz wichtig ist: Ich habe das Gefühl, dass Sie mit der Zweckentfremdungsabgabe eine neue Einnahmequelle finden wollen. Vielleicht ist das ja eine ganz schöne Sache, weil wir damit den Haushalt sanieren können. Gleichzeitig haben Sie aber natürlich wieder ein paar Aufgaben mehr, die Sie erfüllen müssen. Das passt doch prima in diese Landschaft! Eigentlich versuchen wir ja, bei uns in der Verwaltung Aufgaben abzubauen. Daher brauchen wir nicht wieder Leute, die im Endeffekt dafür sorgen, dass Zweckentfremdungsabgaben aufgebaut werden.

Aus dieser Argumentation heraus, dass wir mit dieser Satzung nur wieder eine Regulierung und Bürokratie bekommen, aber im Grunde genommen keinen Effekt für den sozialen Wohnungsbau haben, lehnt meine Fraktion, die FDP, diese Satzung ab. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Hoyer. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kann ich ein bisschen zur Klärung beitragen. Ich glaube, dass es hier vor allem um eine Traumatisierung geht,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach du Schreck!)

und zwar sowohl bei der CDU als auch bei der FDP, aber noch stärker bei der CDU.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, wir sind sehr traumatisiert!)

Es war das Jahr 1991, als ein prominenter Bürgermeister dieser Stadt, Angehöriger der CDU, der Wohnraumzweckentfremdung überführt wurde – zusammen mit dem damaligen FC-Präsidenten. Es handelte sich um Professor Rolf Bietmann, der damals noch kein Professor war, und Herrn Artzinger-Bolten, von dem damals in der Zeitung *Exzess* stand, er sei zu dumm für die Bundesliga. Diese beiden Herren haben damals mit ihrem Anwaltsbüro Wohnraumzweckentfremdung betrieben. Das wurde von unserer Fraktion aufgedeckt. Die Folge war: Herr Bietmann musste als Bürgermeister zurücktreten.

Ich kann nachvollziehen, dass das ein Trauma ist,

(Widerspruch bei der CDU)

möchte aber auch dazu beitragen, dass dieses Trauma überwunden wird. Und die Überwindung des Traumas kann dadurch erfolgen, dass man sich dieser Vorlage sachlich nähert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Karsten Möring [CDU]: Dann tun Sie das mal, Herr Frank!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Helling.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch zwei Fragen an Frau Hoyer.

Die erste Frage: Frau Hoyer, wissen Sie, dass die Zweckentfremdungsverordnung sich nicht auf die Investoren im geförderten Wohnungsbau bezieht, sondern nur auf die Investoren im frei finanzierten Wohnungsbau?

Die zweite Frage: Wissen Sie, dass die Einnahmen, die möglicherweise aus Zahlungen auf der Grundlage der Zweckentfremdung resultieren, zweckentsprechend für den Wohnungsbau in Köln verwendet werden müssen und nicht in den allgemeinen Haushalt fließen dürfen?

Das ist sinnvoll, weil es nämlich eine Entschädigung der Kommune dafür ist, dass Wohnraum, der dringend notwendig ist, umgewandelt wurde. Dieses Geld dient auch dazu, dass neuer Wohnraum geschaffen werden kann, und nicht zur Haushaltssanierung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Helling, ich habe ein ganz großes Problem mit Abgaben überhaupt. Sie belasten mit einer Zweckentfremdungsabgabe Bürger, die versuchen, zu investieren. Sie und ich haben also ein ganz anderes Denken. Wir können ja einfach einmal festhalten, dass wir da einen unterschiedlichen Ansatz haben. Dafür bin ich in der FDP – das bin ich gerne –, und Sie sind bei den Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Zum anderen Punkt: Beim frei finanzierten Wohnungsbau gilt genau das Gleiche wie beim geförderten Wohnungsbau. Es geht mir um die Belastung von potenziellen Investoren. Ich glaube, das ist einfach etwas, was Sie überhaupt nicht verstehen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Herr Frank, ich bin jetzt wirklich traumatisiert. Daran komme ich gar nicht mehr vorbei. Ich kann nur Folgendes feststellen – ich muss das wirklich einmal feststellen –: Seit sechs Jahren bekommen wir einmal im Jahr – meistens ist es im November gewesen – einen Antrag zur Wohnungsbauförderung vorgelegt. Immer bekommen wir einen neuen Antrag – mal 25, mal 30, mal zwei Seiten.

Und was ist heute das Resultat? Wir haben hier in ganz Köln die höchsten Preise. Wir haben die schlechteste Versorgung seit ewigen Zeiten. Trotzdem wird jetzt wieder das nächste Instrument benutzt, um die Versorgung nochmals zu verschlechtern.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich das einmal anzuschauen. Wäre gestern einer im Wohnungsbauforum gewesen, hätte er Ihnen sehr schön berichten können, welche Kosten man in Zukunft zu erwarten hat, wie das Ganze weitergeht und dass man im sozialen Wohnungsbau mit den Mieten von 5,25 Euro, die es in Zukunft gibt, keine Wohnung erstellen kann – auch nicht mit staatlicher Förderung.

Deswegen sage ich nur: Passen Sie auf, dass Sie nachher nicht auf einmal etwas bekommen, was für die Wohnungsversorgung in Köln negativ ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir führen hier eine Debatte, als hätte Rot-Grün einen Antrag eingebracht. Das Ganze eskaliert auch ein bisschen.

Ich würde daher darum bitten, dass die Frau Beigeordnete, die ja diese Vorlage eingebracht hat, uns noch einmal sachlich auf die Grundlagen zurückführt und darstellt, warum die Verwaltung die Vorlage eingebracht hat und was der Hintergrund ist. Dann können wir vielleicht auf einer sachlichen Ebene entscheiden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. – Frau Reker, bitte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Diese Beigeordnete kann nur sachlich vortragen!)

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier sind jetzt schon viele Argumente gefallen. Ich habe auch festgestellt, dass Sie das Ganze durch sehr unterschiedliche Brillen betrachten.

Über bestimmte Tatsachen, die in Köln vorliegen, besteht aber wohl Einigkeit.

Köln verzeichnet einen erhöhten Wohnungsbedarf.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt!)

Die Zahl der Wohnberechtigten liegt mit mehr als der Hälfte der Kölner Haushalte auf einem hohen Niveau.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das kriegt man doch nicht mit einer Satzungsänderung geregelt!)

- Das habe ich auch noch nicht gesagt. Aber wir wissen auch alle, dass es kaum eine andere Möglichkeit gibt, als mit einer solchen Satzung auf Leerstände Einfluss zu nehmen und Wohnraum, der nicht angemessen vermarktet wird, dem Markt wieder zugänglich zu machen.

Es ist richtig, dass es hier um frei finanzierten Wohnungsbau geht. Allerdings ist das auch nicht der größte Anteil.

Ich denke, wir wissen auch alle, Herr Klipper, dass es in Zukunft teuer wird, so zu bauen, dass es auch unseren Energieeffizienzanforderungen entspricht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch gestern ganz klar gesagt worden!)

Gerade das ist für mich als Vertreterin der Verwaltung aber ein Argument, zu sagen: Schon Es geht hier nicht darum, Wohnungen, die bisher schon – ich benutze jetzt einmal das in Ihren Ohren vielleicht böse Wort – zweckentfremdet vermietet worden sind, zurückzuholen, sondern es geht darum, ihnen keine neuen mehr hinzuzufügen.

Es gibt Stadtteile, in denen man kaum noch eine Erdgeschosswohnung mieten kann – aus gutem Grund; denn diese Möglichkeit war für einige Jahre eröffnet, seit 2006 die Zweckentfremdungsverordnung wieder zum Ruhen gebracht wurde, um es einmal so zu nennen. Dadurch stehen diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung, obwohl wir sie bitter nötig hätten. Auf der anderen Seite gibt es viele leerstehende Büroräume und Möglichkeiten für Praxisräume, bei denen aber keine Wohnnutzung möglich ist.

Deswegen kann ich Sie nur bitten, uns die Satzung entwerfen zu lassen. Wenn die Satzung im Entwurf vorliegt, wird man ganz genau gucken können: Wo nutzt es? Es mag auch sein, dass die Verwaltung einen Vorschlag macht, der Ihnen nicht gefällt. Dann können Sie ihn korrigieren. Ich glaube aber, dass wir uns insgesamt der Sache annehmen sollten, damit wir von diesem erhöhten Wohnungsbedarf ein Stück weit wegkommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Doch. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. – Frau Beigeordnete, haben Sie denn Zahlen darüber, was Sie durch eine solche Satzung an Wohnungen jährlich sozusagen freischaufeln könnten?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Reker, bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Ich werde Ihnen die Zahlen dann gerne mit der Satzung liefern. Im Vorfeld dieser Satzung mache ich solche Arbeiten nicht, weil ich glaube, dass wir in der Bearbeitung auch sehr genau auf unsere Kapazitäten achten müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete. – Jetzt sehe ich aber wirklich keine Wortmeldungen mehr.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? – Das sind Herr Zimmermann und pro Köln. Damit ist 6.1.2 angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung von Beschlussvorlagen für folgende neue Satzungen:

a) eine Wohnraumschutzsatzung

sowie

b) eine Mieterbenennungssatzung.

Hierbei soll sie auch die Lage der Wohnraumversorgung in Köln anhand geeigneter Indikatoren darlegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln
3170/2011

Ich möchte darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch 6.2.1 angenommen.

Der Rat beschließt die Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln
4986/2011

Abstimmung wie AVR, wie Anlage 6 und wie die Neufassung, die Ihnen als Tischvorlage verteilt wurde.

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann möchte ich auch darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage einstimmig angenommen.

Darüber freut sich sicherlich auch Frau Dr. Schmidt-Czaia, die ich herzlich auf der Tribüne begrüße.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales aus seiner Sitzung am 19.03.2012:

Der Rat beschließt die Neufassung der Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln sowie der Benutzungsordnung für das Historische Archiv der Stadt Köln in den zu diesem Beschluss paraphierten Fassungen (Anlagen 1 und die korrigierte Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011
1064/2012

Das ist eine Mitteilung, die wir alle zur Kenntnis genommen haben. Es gibt keine Wortmeldungen dazu. – Danke schön.

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 31.01.2012 bis 14.03.2012 für das Haushaltsjahr 2011 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

<u>Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen</u>

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 3.720,33 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung:
Wenigeraufwendungen/Mehrerträge i.H.v. 3.720,33 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. *42.000,00 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)*
   Finanzstelle 0000-0414-0-0001

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 42.000,00 EUR in Teilplan 0301 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. *10.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)*
   Finanzstelle 5100-0604-0-2002

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. *6.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)*
   Finanzstelle 5100-0604-0-2002

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 6.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

10.2 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption
0507/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist 10.3 einstimmig angenommen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Anpassung der Zweckverbandssatzung an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007
0526/2012

Abstimmung wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.4 einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt der als Anlage 1 beigefügten Änderung des § 14 Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg sowie der Richtlinie zur Tariffortschreibung und zur Berechnung von Ausgleichsleistungen nach § 14 (Anlage 2) zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße
hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht
0701/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 10.5 einstimmig angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungs-unschädlichen Baubeginns – zur Wahrung eines fristgerechten Baubeginns Bauaufträge inklusive der zugehörigen Ingenieurleistungen für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße ohne rechtskräftiges Baurecht nach Personenbeförderungsgesetz zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.6 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

10.7 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Einrichtung Logistikforum Köln
0705/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine Wortmeldungen.

Wir stimmen zuerst über die Punkte 1, 3 und 4 ab. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu den Personen: für die SPD Herr Jörg van Geffen, in Vertretung Herr Axel Kaske, korrigiert auf Herr Michael Zimmermann; für die CDU Herr Klaus Koke, in Vertretung Frau Dr. Sandra von Möller; für die Grünen Herr Jörg Frank, in Vertretung Herr Manfred Waddey; für die FDP Herr Andreas Feld, in Vertretung Herr Dietmar Repgen.

Gibt es dazu Meldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen. – Schönen Dank.

I. Beschluss zu den Ziffern 1; 3 und 4 :

1.) Der Rat stimmt zur Einrichtung des Logistikforums Köln der Besetzung mit Vertreterinnen und Vertretern aus folgenden Institutionen und Bereichen zu:

Anzahl Vertreter	***Institution/Bereich***
9 – 10	*Infrastrukturbetreiber/-unternehmen*
6 – 8	*Speditionen und Frachtunternehmen*
7 – 8	*Große Verlader, Importeure aus Lebensmittelhandel, Chemie, Automotive etc.*
1	*IT-Dienstleistungsunternehmen*
2	*Forschung und Lehre*
6	*Institutionen und Verbände:* *- Industrie- und Handelskammer zu Köln* *- Umweltverband (BUND)* *- Arbeitgeber Köln e.V.* *- Deutscher Gewerkschaftsbund Köln-Leverkusen-Erft-Berg*

	- *Verband der Kölner Spediteure und Hafenanlieger* - *Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW e.V.*
1	*Bezirksregierung*
4	*Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen*
8	*Stadtverwaltung*

3.) Die namentliche Benennung der Vertreter/innen sowie Stellvertreter/innen aus der Logistikwirtschaft, der Forschung und Lehre, den Verbänden und den weiteren unter Ziffer 1 genannten Institutionen erfolgt durch den Oberbürgermeister auf Vorschlag der jeweiligen Institutionen und Verbände. Ebenso werden die Vertreter/innen und Stellvertreter/innen der Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister benannt.

4.) Die Vertreter des Rates werden für die Wahlzeit des amtierenden Rates bis 2014 benannt. Das Logistikforum tritt circa 2-3mal im Jahr zusammen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 2:

2.) Als Vertreter/innen und Stellvertreter/innen der Fraktionen werden benannt:

Fraktion	***Vertreter/innen***
SPD	*Jörg van Geffen*
CDU	*Klaus Koke*
Grüne	*Jörg Frank*
FDP	*Andreas Feld*

Fraktion	***Stellvertreter/innen***
SPD	*Michael Zimmermann*
CDU	*Dr. Sandra von Möller*
Grüne	*Manfred Waddey*
FDP	*Dietmar Repgen*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2012
0791/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Dann ist 10.9 einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012

im Erfolgsplan

mit Erträgen von	*241.400 Euro*
sowie Aufwendungen von	*145.800 Euro*
und einem Bilanzgewinn von	*95.600 Euro*

fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) – Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011

Abstimmung wie Umweltausschuss, Anlage 7, wie BV 6.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Ja. Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir regen an, diesen Arbeitstitel erst einmal grundsätzlich zu ändern. De facto ist das nämlich kein Hochwasserschutzkonzept für Köln, sondern bestenfalls für Düsseldorf.

Wir finden es bedauerlich, dass der Rat bzw. die Ausschüsse die Bedenken in der Bevölkerung nicht ernst nehmen und dass das hier richtig durchgeboxt wird. Wir bitten Sie alle noch einmal, doch mehr auf die Bevölkerung einzugehen und zu berücksichtigen, dass man mit dieser gigantomanischen Maßnahme sehr viel Schaden im Kölner Norden anrichtet. Unser Anliegen wird es weiterhin sein, für die Belange der Bevölkerung zu kämpfen.

Wir sind für Hochwasserschutz. Das darf aber natürlich nicht zulasten der Bevölkerung gehen. Entsprechend lehnen wir diese Beschlussvorlage ab. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 10.10 angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Umwelt und Grün aus seiner Sitzung am 15.03.2012:

Der Rat stimmt gemäß § 8 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB vom 28.09.2011 über die Umsetzung des Planfeststellungsabschnittes (PFA) 10 auf der Grundlage der durchgeführten positiven Grundlagenermittlung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses und der gesicherten Finanzierung zu.

Als Zielvorgabe für den Betrieb des Notfallpolders wird eine Flutung nur bei sehr großen Hochwasserereignissen knapp unterhalb des 200-jährlichen Bemessungshochwassers (BHW 200) – entsprechend 11,90m Kölner Pegel – im Planfeststellungsverfahren beantragt. Das Prozedere der Flutung wird in einem zu erstellenden Betriebsplan festgeschrieben.

Dabei wird unter „knapp“ frühestens 14 Stunden vor Erreichung der auf der Basis der Oberlieger-Rheinpegel errechneten Überschreitung der 11,90 m Kölner Pegel Marke verstanden.

Es soll ein Konzept für Rettungs- und Fluchtwege im Katastrophenfall entwickelt und ggf. technische Lösungen und bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes ergibt sich unabhängig vom Retentionsraum, da die Rettungs- und Fluchtwege bei jedem größerem Hochwasserereignis erforderlich sein könnten.

Das Konzept soll bis zu den Sommerferien 2012 der Bezirksvertretung Chorweiler vorgestellt werden.

Auch sollen die Altlastenbereiche südlich der Brombeergasse und nördlich des Blumenbergsweges auf Schadstoffe untersucht ggf. beseitigt werden.

Die Schadstoffuntersuchung soll bis zu den Sommerferien 2012 erfolgen.

Die Schadstoffuntersuchung der Altlasten soll unabhängig vom Retentionsraum erfolgen, da auch hier durch steigendes Grundwasser bei jedem größerem Hochwasserereignis eine Gefährdung gegeben ist.

Des Weiteren sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Abpumpleistung bei der Entleerung des Retentionsraums ergriffen werden.

Außerdem soll das FFH-Gutachten, eine Stellungnahme des Düsseldorfer Umweltministeriums und ggf. der EU-Kommission zur FFH-Richtlinie angewendet auf den Retentionsraum bis zu den Sommerferien 2012 vorgelegt werden.

Ferner soll geprüft werden, ob der Deich den Einzelhof „Im Bruch“ in die Ortslage mit einschließen kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Paffen nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes
0270/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. – Doch. Herr Helling, bitte.

(Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Sozialausschuss!)

- Wie Sozialausschuss.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Anlage 2!)

- Abstimmung wie Sozialausschuss, Anlage 2.

Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 08.03.2012:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in*

Kraft getretenen temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden um zwei Jahre zu verlängern.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, dass der seit dem Jahr 2000 geltende Sperrbezirk Köln-Höningen – wie von der Stadt Hürth vorgeschlagen – künftig den südlichen Kreisverkehr der Straße „Am Eifeltor“ mit erfassen soll.

3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den neuen Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Rodenkirchen und den beteiligten Ausschüssen den im Frühjahr 2012 vorliegenden Bericht über die Bedarfserhebung im Bereich des Straßenstrichs im Kölner Süden mit wissenschaftlichen Methoden („rapid assessment) zeitnah vorzulegen.

Handlungsvorschläge für begleitende gesundheitliche und soziale Maßnahmen sind zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen, soweit die Finanzierung gesichert werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB): Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen des „Investitionsprogramms Abwasser NRW“ des Landes NRW und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW.BANK
0849/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

1. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln im Haushaltsjahr 2012 modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) für Förderdarlehen der NRW.Bank, die der Finanzierung von Investitionen im Rahmen der Förderrichtlinie „Investitionsprogramm Abwasser NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen und des diesbezüglichen Ergänzungsprogramms der NRW-Bank dienen, bis zu einer Gesamtsumme von 100 % der Investitionssumme von maximal 50.821.950 Euro übernimmt.

2. Der Rat erklärt sich mit folgenden Bürgschaftskonditionen einverstanden:

a) Hinsichtlich der Bürgschaft, die Darlehen des Investitionsprogramms betreffen, werden als einmaliges Antragsentgelt 0,5% der jeweils beantragten Bürgschaftssumme und als laufende Kostenerstattung 0,5% der am Anfang eines jeden Kalenderjahres bestehenden Restschuld seitens der Stadt Köln als Provision vereinnahmt.

b) Hinsichtlich der Bürgschaft, die Darlehen des Ergänzungsprogramms betreffen, werden als einmaliges Antragsentgelt 0,05% der jeweils beantragten Bürgschaftssumme und als laufende Kostenerstattung 0,05% der am Anfang eines jeden Kalenderjahres bestehenden Restschuld seitens der Stadt Köln als Provision vereinnahmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Errichtung eines Bildungsganges: Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales, Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales, Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie) am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08. 2012
0112/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist 10.14 einstimmig angenommen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was ist denn mit 10.13?)

- 10.13 ist zurückgezogen, Herr Granitzka.

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsganges:

Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales

- *Fachbereich und fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales*
- *Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie)*

*in Vollzeitform gem. § 22 SchulG i. V. m. Anlage D der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK) zum 01.08.2012 am Berufskolleg Humboldtstraße (*BK14*), Sek. II, Humboldtstr. 41, 50676 Köln.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
4290/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 10.15 einstimmig angenommen.

Aufgrund einer Vielzahl von erfolgreichen Präventionsmaßnahmen hin zur Drogensubstitution ist der Bedarf für den Betrieb der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II) so stark zurück gegangen, dass eine Weiterführung nicht mehr erforderlich ist und unwirtschaftlich wäre. Die Drogenhilfe Köln gGmbH (Träger des KAD II) hat die Bereitschaft signalisiert, den Betrieb der Einrichtung bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat

1. *die Einstellung des Betriebes der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II), Siegburger Str. 114, 50679 Köln, zum 30.06. 2012;*
2. *die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen im Rahmen eines Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2012 zu berücksichtigen;*
3. *die Verwaltung zu beauftragen, weitere Verwendungsmöglichkeiten der Räumlichkeiten gemeinsam mit dem Träger zu prüfen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung
1152/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unter Tagesordnungspunkt 10.16 schlagen Sie vor, die Plakatierung zur Landtagswahl zu reduzieren. Das ist aus unserer Sicht einer Partei, die von extremer Medienblockade betroffen ist, natürlich ein enormer Nachteil. Sie sind wohl auch alle der Meinung, dass Parteien sich offen präsentieren dürfen, dass sie über Plakate mit der

Bevölkerung in Kontakt kommen können und dass sie darüber kommunizieren.

Wir halten es also für falsch, dass Sie hier de facto jetzt auch noch eine Art Wahlkampfverbot aussprechen wollen, und bitten Sie, im Sinne der Demokratie allen Parteien die Möglichkeit zu geben, zu plakatieren. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

1.) Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass die Anbringung von Wahlwerbung für die Wahl zum 16. Landtag des Landes NRW am 13. Mai 2012 ab dem Tag nach den Zulassungsentscheidungen des Kreis- und des Landeswahlausschusses (spätestens ab dem 15. April 2012, 00.00 Uhr) zulässig ist.

Sobald der genaue Termin der Zulassungsentscheidung feststeht, ist dieser allen Kandidaten und Kandidatinnen bzw. Parteien und Wählergruppierungen, die bis dahin eine Zulassung zur Landtagswahl 2012 beantragt haben, unmittelbar mitzuteilen und auf der Startseite des Internetauftritts der Stadt Köln (www.stadt-koeln.de) einzustellen.

2.) Die im Grundsatzbeschluss des Rates aus 1999 festgelegte Frist von sechs Wochen wird damit unter den besonderen Bedingungen der Landtagswahl 2012 auf rund vier Wochen verkürzt.

3.) Die Genehmigungsbescheide für die jeweiligen Wahlvorschlagsträger und Wahlvorschlagsträgerinnen können unter der Bedingung, dass die Erlaubnisse erst ab dem unter 1.) genannten Termin gelten, bereits vorab zugestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.17 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer IV).

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02
Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich
4547/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Braunsfeld
Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld
0008/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 14.1 einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der

Ortslage in Köln-Braunsfeld – Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld – für das Gebiet südlich der Stolberger Straße und westlich der Eisenbahnstrecke der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG), betreffend die Grundstücke Stolberger Straße 307 bis 317 sowie Max-Wallraf-Straße 6 und 13 mit den Flurstücken 775, 1017, 1595, 1787, 1788, 1835, 2017, 2118, 2119, 3911/233, 3912/233 und 3913/233 in der Gemarkung Müngersdorf, Flur 77, in Köln-Braunsfeld in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyler Straße in Köln-Holweide
0049/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 14.2 angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide – Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/ Steyler Straße in Köln-Holweide – für das Gebiet betreffend das Gewerbegebiet östlich des Autobahnanschlusses Köln-Dellbrück an der Autobahn A 3, beiderseits der Bergisch Gladbacher Straße, zwischen Honschaftsstraße, südlich der Wohnsiedlung Josef-Wirth-Straße, östliche Grundstücksgrenze Bergisch Gladbacher Straße 423, entlang der Bergisch Gladbacher Straße bis Hausnr. 440, einschließlich der Grundstücke Vischeringstraße 1 bis 5, nördlich Vischeringstraße 12, östliche Grundstücksgrenze des Gewerbegebietes bis zur Kleingartenanlage, nördlich der Kleingartenanlage bis zur Zwickauer Straße, Zwickauer Straße, Bergisch Gladbacher Straße bis zur Honschaftsstraße in Köln-Holweide in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0072/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Helmut Jung [CDU]: Das ist zurückgezogen!)

- Zurückgezogen? Nein, 16.1 ist nicht zurückgezogen. Da hat sich jemand verguckt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Doch, das steht hier!)

- Nein, es ist nicht zurückgezogen, Herr Granitzka; ich bleibe dabei.

(Winrich Granitzka [CDU]: Na gut; Sie sind die Bürgermeisterin!)

Ich lasse also über 16.1, KAG-Satzungen, abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist 16.1 angenommen.

Der Rat beschließt den Erlass der 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Bürgermeister Bartsch übernimmt die Sitzungsleitung.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Nun kommen wir zu:

17. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0330/2012

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Da bist du befangen!)

Da müsste mich Herr Bürgermeister Bartsch bitte vertreten; denn das würde ich ungern selbst zur Abstimmung stellen. – Bitte[2].

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Meine Damen und Herren, so kommt man zu Ehren. – Ich rufe noch einmal auf:

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0330/2012

Vorgeschlagen ist Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Will sich jemand gegen Frau Scho-Antwerpes aussprechen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Dann sind wir alle für Frau Scho-Antwerpes.

(Beifall)

Nimmst du die Wahl an?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Ja!)

Danke.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das war nicht gut! Wir hätten gerne mal die Hand gehoben!)

Der Rat der Stadt Köln beschließt, Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss wieder die Sitzungsleitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das war doch positiv.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW
AN/0372/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 17.2 angenommen.

Der Rat der Stadt Köln benennt anstelle von Frau Hildburg Holländer

Herrn Bürgermeister Hans-Werner Bartsch

als Abgeordneten mit Stimmrecht für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

[2] Bürgermeister Hans-Werner Bartsch übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
0972/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch 17.4 einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gem. § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreter/innen als sachkundige Einwohner/innen in die entsprechenden Fachausschüsse zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss
AN/0432/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist 17.5 angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion,

Herrn Christian Kunze,
wohnhaft Schanzenstr. 22, 51063 Köln,

zum neuen stellvertretenden Sachkundigen Einwohner von Paul Spörl, in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion,

Frau Monika Möller zur Nachfolgerin

für Herrn Alfred Schultz als Beisitzerin in den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl,

rau Elfi Scho-Antwerpes

zur Nachfolgerin für Herrn Markus Gluch als stellvertretende Beisitzerin in den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung.

(Zurufe: Nein!)

- Das stimmt nicht. Ich weiß es besser. Jetzt kommt nämlich noch:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Landtagswahl 2012 – Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Positiv!)

Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist 18.1 einstimmig angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

1. *Wir beschließen zur Finanzierung der Landtagswahl 2012 überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 – Wahlen – in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen – in Höhe von 540.000 € sowie in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- in Höhe von 1.023.000 € im Haushaltsjahr 2012.*

Die Deckung erfolgt

1. *durch Mehrerträge in Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen- i. H. v. 750.000 €*

2. *vorläufig durch Wenigeraufwendungen in Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft-, Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen – i. H. v. 813.000 €.*

Die endgültige Finanzierung erfolgt durch Veranschlagung im Hpl.-Entwurf 2012.

Darüber hinaus beschließen wir investive überplanmäßige Auszahlungen im Teilplan 0211 – Wahlen- in Teilplanzeile 09 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen- i. H. v. 47.000 €. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilplan 0103 - Personal- und Organisationsmanagement- in Teilplanzeile 09 (Finanzstelle 0000-0103-0-0001).

2. *Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Problemstellung und der Begründung beschriebenen, notwendigen Beschaffungen durchzuführen.*

Auf einen Vergabevorbehalt wird verzichtet.

Köln, den 19.03.2012

gez. Jürgen Roters	*gez. Ulrich Breite*
Oberbürgermeister	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt haben wir aber wirklich das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.35 Uhr)

33. Sitzung

vom 15. Mai 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“

AN/0660/2012

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldspende des Vereins „wir helfen: der unterstützungsverein von m.dumont schauberg e. v.“ (wir helfen) zur Unterstützung von JuSch – Jung und Schwanger

1157/2012

2.2 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln

1163/2012

2.3 Schenkung einer Dogon-Skulptur durch Dr. Hans Henrici

1258/2012

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet“

AN/0605/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln

AN/0718/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0724/2012

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt“

AN/0632/2012

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Alternativvorschläge in Verwaltungsvorlagen“

AN/0633/2012

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Nichtraucherschutzgesetz mit Vernunft und Toleranz“

AN/0635/2012

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben“

AN/0636/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0722/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 09.02.2012

hier: Nippesbad

0773/2012

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Akquise von Grundstücken für den Bau von Kindertageseinrichtungen“

AN/0544/2012

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Reinigung städtischer Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen“

AN/0714/2012

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein

4933/2011

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden

0909/2012

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung

0992/2012

6.1.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen;

hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung

1369/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

0817/2012

6.2.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln bzgl. Erhöhung der Eintrittsentgelte, neuer Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums und der Konkretisierung „Freier Eintritte“

0082/2012

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen

0103/2012

6.3.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Deutz, Eigelstein, Innenstadt, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/ Wahn/Wahnheide/Urbach, Kalk, Rath-Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim.

0983/2012

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 **in analoger Anwendung**

1687/2012

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage

1005/2011

10.2 Kölner Haus der Innovationen

hier: Gründungsprozess

4514/2011

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

0703/2012

10.4 Wirtschaftsplan 2012 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

0794/2012

10.5 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln 2012

0856/2012

10.6 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012

5278/2011

10.7 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012

5279/2011

10.8. Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse – Geschäftsprozessoptimierung

0064/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0712/2012

10.9 Resolution: Ausbau des Eisenbahnknotens Köln in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen

1358/2012

10.10 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss von Verträgen für die Einführung der Selbstverbuchung in den Stadtteilbibliotheken

0446/2012

10.11 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012

0647/2012

10.12 Bericht zur Frauenförderung

0855/2012

10.13 MusikTriennale GmbH

hier: Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ im Jahr 2013

1008/2012

10.14 Anhörungsrecht der Peter und Irene Ludwig Stiftung bei Angelegenheiten des Museums Ludwig

1238/2012

10.15 Unterzeichnung der Römerkanalcharta

1274/2012

10.16 Jahresabschluss 2011 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR

1439/2012

10.17 Erweiterungsbau des Gymnasiums Kaiserin-Augusta-Schule, Georgsplatz 10, 50676 Köln und städtebauliche Entwicklung des Georgsviertels

Auslobung eines Architektenwettbewerbs

0494/2012

10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Wirtschaftsplan 2012

0947/2012

10.19 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm

1295/2012

10.20 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln, Baubeschluss

4798/2011

10.21 Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Planungsaufnahme des Ersatz für durch einen Brand zerstörte Räume

0319/2012

10.22 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln

0545/2012

10.23 Bauliche Erweiterung des Bürgerzentrum Vingst, Heßhofstr. 43

0955/2012

10.24 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

1014/2012

10.25 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss 2009

1070/2012

10.26 Verwendung des Jahresüberschusses 2011 der Stadtwerke Köln GmbH

1582/2012

10.27 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung/Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln

1553/2012

10.28 Neubau einer Kindertagesstätte, Elzstraße 8, 50937 Köln, als Ersatzbau für die 3-gruppige Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime Sülz

Baubeschluss

0520/2012

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02

Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich

4547/2011

13. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim

Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Buchheimer Straße in Köln-Mülheim

0020/2012

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Poll

Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll

0532/2012

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/ Süd

Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in Köln-Neustadt/ Süd

0567/2012

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0672/2012

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

0951/2012

17.2 moderne stadt GmbH – Entsendung von Aufsichtsrats-Mitgliedern

1338/2012

17.3 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Planen und Bauen

0928/2012

17.4 Wahl einer Dienstkraft im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln-Bonn nach § 10 Absatz 2 Buchstabe c Sparkassengesetz NRW sowie ggfs. des Stellvertreters einer Dienstkraft im Verwaltungsrat gem. § 12 Sparkassengesetz NRW

1468/2012

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend „Beisitzerin im Kreiswahlausschuss“

AN/0708/2012

17.6 Antrag der Fraktion pro Köln

hier: Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuß

AN/0717/2012

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln

1158/2012**/1**

18.2 Kreditaufnahme und Ermächtigungsgrundlage für die Opernspielzeit 2012/2013

1388/2012

18.3 Ermächtigungsgrundlage für die Spielzeit 2012/13 der Bühnen

1496/2012

19. …

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen,*

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Jörg; von Möller, Sandra Dr.; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeisterin:
Wittsack-Junge, Cornelie

Bezirksbürgermeister:
Homann, Mike

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.*

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenograph:
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bacher, Götz; Hoffmann, Klaus; Ludwig, Claus; Peil, Stefan; Schöppe, Bernd; Stahlhofen, Gisela*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus*

(Beginn: 15.44 Uhr – Ende: 19.27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir mit unserer heutigen Sitzung, der 33. Sitzung des Rates, beginnen können. Ich begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie im Besonderen Herrn Franz-Josef Höing, der heute für die Wahl zum Beigeordneten für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr vorgeschlagen ist, und natürlich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Herrn Möring gratulieren, der am Samstag geheiratet hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Glückwünsche auch an die Ratsmitglieder Frau Gebauer und Herrn Börschel, die am Wochenende in den Düsseldorfer Landtag gewählt wurden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind Frau Stahlhofen, Herr Hoffmann, Herr Ludwig und Herr Bacher heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Herrn Kara – Sie verstehen sich bestimmt ganz gut – und Frau Tull.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie üblich im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Die CDU-Fraktion hat am 3. Mai fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Kölner Kultur-Chaos“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln sollten.

Zur Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 4.2, 6.1.4 – diesen Punkt werden wir aber gleich wieder absetzen –, 10.28, 17.5, 17.6 sowie im nichtöffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 22.1 und 24.7.

Abgesetzt werden die Tagesordnungspunkte 6.1.4, 10.1, 10.2, 10.6, 10.7, 10.12, 10.13, 10.23, 10.27 und 17.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben folgende Vorschläge: Die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 6.1.2, Ortsrecht, bitten wir bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen. Der zweite Vorschlag bezieht sich auf 10.19, Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm. Aufgrund der Bedeutung bitten wir, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen und ihn unter TOP 10, Allgemeine Vorlagen, als Erstes zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine Einwände. Gut. Dann zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage vor, Tagesordnungspunkt 17.3, Wahl des Beigeordneten,

vorzuziehen, und zwar noch vor die Aktuelle Stunde. Weiterhin schlage ich vor, die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1 gemeinsam mit dem FDP-Antrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.2 zu behandeln, da sich beide Punkte auf das Thema Kölner Oper beziehen. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? – Bitte, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Nicht zur Reihenfolge, sondern zum Thema der Aktuellen Stunde, also zur Geschäftsordnung. Das Thema lautet ja „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“. Das ist ein bisschen wenig Substanz für eine inhaltliche Debatte. Daher würde ich anregen, dem Intendanten der Oper innerhalb dieser Aktuellen Stunde Rederecht zu geben. Die Aktuelle Stunde soll ja ein Austausch zwischen Politik und Verwaltung sein. Da wäre es sinnvoll, wenn auch der Intendant in der Aktuellen Stunde reden könnte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind hier nicht im Kulturausschuss, sondern im Rat. Und im Rat beantwortet die Anfragen der zuständige Beigeordnete, der heute hier anwesend ist.

Zurück zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Karaman, Herrn Kara und Frau Tull vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion zur Sitzung fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend “Kölner Kultur-Chaos“ eingereicht habe. Die Angelegenheit wurde als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

<u>Zusetzungen</u>

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Reinigung städtischer Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen“ AN/0714/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.28 Neubau einer Kindertagesstätte, Elzstraße 8, 50937 Köln, als Ersatzbau für die 3-gruppige Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime Sülz Baubeschluss 0520/2012

17. Wahlen

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Beisitzerin im Kreiswahlausschuss" AN/0708/2012

17.6 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuß

22. Anfragen

22.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Akquise von Grundstücken für den Bau von Kindertageseinrichtungen“ AN/0544/2012 (nöT)

24. Allgemeine Vorlagen

24.7 Anmietung einer Kindertagesstätte in Köln-Zollstock, Vorgebirgsgärten 1479/2012

<u>Absetzungen</u>

6.1 Satzungen

6.1.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen; hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung 1369/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage 1005/2011

10.2 Kölner Haus der Innovationen hier: Gründungsprozess 4514/2011

10.6 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012 5278/2011

10.7 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012 5279/2011

10.12 Bericht zur Frauenförderung 0855/2012

10.13 MusikTriennale GmbH, Hier Durchführung des Musikfestivals „ACHT-BRÜCKEN Musik für Köln“ im Jahr 2013 1008/2012

10.23 Bauliche Erweiterung des Bürgerzentrum Vingst, Heßhofstr. 43 0955/2012

10.27 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung / Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln 1553/2012

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde 0951/2012

IV. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnung in ihrer Reihenfolge in zwei Punkten zu ändern. So empfehle er, die Wahl eines Beigeordneten nach vorne zu ziehen und noch vor der aktuellen Stunde zu behandeln.

Des Weiteren schlägt er vor, die Punkte

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“ AN/0660/2012

und

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt“ AN/0632/2012

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt diesen Vorschlägen einvernehmlich zu.

V. Ratsmitglied Frank meldet bezüglich Punkt

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden 0909/2012

Beratungsbedarf an.

Der Rat stimmt einer Vertagung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung einvernehmlich zu.

VI. Dem Vorschlag von Ratsmitglied Frank, Punkt

10.19 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm 1295/2012

an den Anfang der allgemeinen Vorlagen (Oberpunkt 10) zu ziehen, stimmt der Rat ebenfalls einvernehmlich zu.

VII. Der Rat legt die Tagesordnung demnach wie folgt einvernehmlich fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Planen und Bauen
0928/2012

Wie Sie wissen, wird Herr Streitberger in seiner Funktion als Beigeordneter ab dem 1. Juli beurlaubt und die neue Aufgabe als Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft „Moderne Stadt“ übernehmen. Obwohl er sich in den nächsten Wochen noch in seinen wohlverdienten Jahresurlaub begibt, wird er dennoch an der Juni-Sitzung,

(Beigeordneter Bernd Streitberger: An der Haushaltssitzung!)

an der Haushaltssitzung am 26. Juni teilnehmen. Deshalb schlage ich vor – ich bin sicher, dass Sie damit einverstanden sind –, dass wir uns erst dann in gebührender Form von unserem langjährigen Beigeordneten verabschieden und Sie ganz offiziell in Ihr neues Amt einführen.

Zur heutigen Vorlage. Das externe Personalberatungsbüro, das mit dem Verfahren zur Beset-

zung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr beauftragt wurde, hat Herrn Dipl-Ing. Franz-Josef Höing für die Beigeordnetenstelle empfohlen. Die CDU hat mir mitgeteilt, dass sie Herrn Höing für die Wahl vorschlägt. Ich habe daher in der neuen Fassung der Vorlage Herrn Dipl.-Ing. Franz-Josef Höing als Vorschlag eingesetzt.

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Benennung von Herrn Dipl.-Ing. Franz-Josef Höing zum neuen Beigeordneten. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion der FDP, pro Köln, Herr Zimmermann sowie die Fraktion Die Linke.

Damit ist Herr Franz-Josef Höing einstimmig zum neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr gewählt.

(Beifall)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und bitte Sie, zu mir nach vorn zu kommen.

(Herr Franz-Josef Höing nimmt Glückwünsche entgegen)

Sie haben jetzt die Chance, zu sagen, dass Sie die Wahl annehmen. Ich frage Sie also: Herr Höing, nehmen Sie die Wahl an?

Franz-Josef Höing: Ja, ich nehme die Wahl an. Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir erleben jetzt die Invasion aus dem westlichen Münsterland. Herr Höing kommt nämlich aus dem Nachbarort von Coesfeld, wo ich geboren bin.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine gute Lage! Eine hervorragende Lage!)

Alles Gute, Herr Höing, und auf gute Zusammenarbeit!

Der Rat wählt Herrn Dipl. Ing. Franz-Josef Höing zum Beigeordneten der Stadt Köln für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird ihm das Dezernat VI (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Stadtplanungsamt, Bauverwaltungsamt, Bauaufsichtsamt, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, Amt für Stadtentwicklung und Statistik – mit Ausnahme der strategischen Aufgaben, die im Dezernat des Oberbürgermeisters wahrgenommen werden) übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Es werden Bezüge nach der Besoldungsgruppe B 7 Bundesbesoldungsordnung (BBO) gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:
- Herr Franz-Josef Höing erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass er die Wahl annehme.

- Die Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt der Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 1.1, den wir wie vereinbart gemeinsam mit Punkt 3.1.2 behandeln:

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“
AN/0660/2012

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt“
AN/0632/2012

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Dazu gibt es entsprechende Wortmeldungen. Es beginnt Herr Dr. Elster. Ich darf Sie ans Rednerpult bitten.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer hätte vor einem Jahr, kurz vor Beginn der aktuellen Spielzeit, gedacht, dass wir hier heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema, zu den Bühnen und dem Chaos, das es da aktuell gibt, durchführen müssen? Der *Express* verortet aktuell die Kölner „Kultur in Trümmern". Auch der *Stadt-Anzeiger* und die *Rundschau* sind voll von besorgten Berichten. Die *Frankfurter Allgemeine* attestiert uns gar die „Lust auf den Abbau" und meint damit die Lust auf den Abbau an den Bühnen, die seit Wochen Schlagzeilen in ganz Deutschland machen, in allen Medien sind. Aber leider geht es diesmal nicht um Preise und Auszeichnungen, die unsere Häuser holen, sondern diesmal geht es um fehlendes Geld, es geht um Etatüberziehungen, es geht um Personen, es geht um ganz handfeste Dinge, wie zum Beispiel die Tatsache, dass jetzt, drei Monate vor Beginn der Spielzeit 2012/2013, diese immer noch nicht unter Dach und Fach ist. Mittlerweile verlässt die Debatte die Feuilletons und arbeitet sich in den allgemeinpolitischen Teil vor. Das sorgt dafür, dass Köln als Stadt einmal wieder einen Imageschaden erleidet. Und das, meine Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister, dürfen Sie nicht zulassen. Diese Debatte muss endlich ein Ende haben!

(Beifall bei der CDU)

Dabei war das Feld doch gut bestellt. Man hätte mit Zuversicht am kommenden Donnerstag die Premiere von „Tosca" im Ausweichquartier, dem Blauen Zelt in der „Oper am Dom", gemeinsam mit Herrn Laufenberg durchführen können. Man hätte in Ruhe und mit Besonnenheit auf die kommende Spielzeit schauen können. Vielleicht hätten Karin Beier in ihrer letzten Spielzeit und Herr Laufenberg in der Interimspielzeit in der „Oper am Dom" noch einmal große Erfolge einfahren und Auszeichnungen und Preise für ihre Häuser holen können. Aber, meine Damen und Herren, all das ist Konjunktiv. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Die Wahrheit ist, dass aktuell, Stand heute, immer noch kein Wirtschaftsplan für die gerade ablaufende Spielzeit 2011/2012 vorliegt. *Das* ist die Wahrheit! Die Fassung, die der Herr Oberbürgermeister dem nächsten Kulturausschuss vorlegt, damit wir im nächsten Rat, im Juni, darüber befinden, ist so voll von Problemen, birgt so viel Sprengstoff, dass die Probleme der Bühnen durch diesen Wirtschaftsplan nicht gelöst, sondern eher noch verschärft werden. Herr Oberbürgermeister, verantwortungsvolles Verwaltungshandeln sieht definitiv anders aus!

(Beifall bei der CDU)

Wenn zwischen dem Dezernenten und der Bühnenleitung vermittelt werden muss, dann sind Sie es, Herr Oberbürgermeister, und zwar nur Sie, der diese Probleme lösen und diesen Streit schlichten kann. *Sie* müssen handeln. Wer sonst? Wenn innerhalb der Verwaltung kein Einvernehmen erzielt werden kann und eine politische Lösung notwendig wird, ist es an *Ihnen*, die Politik zeitgerecht und angemessen zu beteiligen. Die Sprachlosigkeit im Kulturausschuss muss endlich aufhören!

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch nicht sein, dass wir im Kulturausschuss aus der Zeitung erfahren müssen, ob es eine Spielzeit 2012/2013 gibt.

Und die Geschichte geht gerade so weiter. Die Spielzeit 2012/2013 – das Abschiedsjahr von Frau Beier – ist davon geprägt, dass wir unglaublich viele Streichungen vornehmen. Das ist mit Sicherheit kein Ruhmesblatt für die Stadt Köln. Wie gesagt, die Spielzeit der Oper ist Stand heute immer noch nicht unter Dach und Fach. Und da bringen Sie, Herr Oberbürgermeister, in den letzten Hauptausschuss eine abgestimmte Verwaltungsvorlage ein, die dann, noch während der Verhandlungen im Hauptausschuss, teilweise wieder zurückgezogen wird, sodass nur ein Teil, nämlich die Kreditlinienerhöhung, beschlossen wurde. Die Ermächtigung aber, diesen Kredit auch in Anspruch nehmen zu können, wird kassiert, und zwar von Ihnen noch während der Verhandlungen. Das hat dazu geführt, dass, obwohl der Beschluss im Hauptausschuss gefasst worden ist, die Bühnen seit vier Wochen handlungsunfähig sind und dass wir jetzt, vier Wochen später, immer noch denselben Stand wie vor dem Hauptausschuss haben. *Das* ist kein verantwortungsvolles Verwaltungsverhandeln, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Die 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln, die an den Bühnen arbeiten, und die über 350 000 Besucherinnen und Besucher haben es wirklich verdient, zu wissen, was in

den kommenden Monaten und Jahren an den Bühnen im Interim und am Offenbachplatz passieren soll.

Es stimmt daher hoffnungsfroh, Herr Oberbürgermeister, dass Sie endlich das Heft des Handelns in die Hand genommen haben. Ob der Antrag zur Aktuellen Stunde von der CDU und der Antrag der FDP nun Koinzidenz oder Konsequenz ausdrücken, das sei dahingestellt. Auf jeden Fall ist der Weg richtig, mit Herrn Bolwin einen Vermittler einzusetzen, der Ihnen dabei hilft, endlich den Gordischen Knoten zu lösen. Deswegen stimmen wir prinzipiell dem Antrag der FDP zu, weil dieser Antrag sicherstellt, dass eben auch die kommenden Jahre, die Spielzeiten 2012/2013 und 2014/2015, bis wir den Interim verlassen und wieder an den Offenbachplatz zurückkehren können, mitbetrachtet werden.

Uns ist es recht, wenn der vom Oberbürgermeister eingesetzte Vermittler, Herr Bolwin, diese Rolle übernimmt. Dafür würden wir sehr plädieren; denn er hat sich schon in das Thema eingearbeitet. Für uns wäre aber auch wichtig, Herr Oberbürgermeister, heute einen ersten Zwischenstand zu den Ergebnissen, die Herr Bolwin zusammentragen konnte, zu bekommen; denn wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren.

Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Ich appelliere an Sie, auch wenn Herr Bolwin als Vermittler eingesetzt wird, die kommenden Jahre mit zu beleuchten und künftig den Kulturausschuss wieder sprachfähig zu machen. Setzen Sie uns als Kulturausschuss ein! Machen Sie den Kulturausschuss verhandlungs- und sprachfähig! Denn Kooperationsgespräche, wie Sie sie zurzeit mit Düsseldorf oder Bonn führen, können ja nicht ex cathedra entschieden werden, sondern sie müssen natürlich von der Kulturpartie mit vorbereitet werden. Eine gute, gesunde Kulturpolitik, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, verlangt natürlich auch ein klares Votum des Kulturausschusses.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 23. April 2012 um 17.58 Uhr konnte im *Deutschlandfunk* von Flensburg bis Oberammergau, von Aachen bis Zwickau live und fast in Farbe folgender Satz zum Opernthema in Köln vernommen werden: „Köln wird unter Niveau regiert."

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Jahren der Durststrecke in Schauspiel und Oper ist es Köln sowohl im Schauspiel als auch im Opernbereich gelungen, einen über Köln und Nordrhein-Westfalen hinausgehenden Rang einzunehmen und bundesweit und international Geltung zu erlangen. Hierzu von der FDP-Fraktion ein ganz herzlicher Dank an alle, die an diesem ganz tollen Ergebnis mitgearbeitet haben!

Gleichwohl erleben wir immer wieder, wie die Kultur in Köln – das betrifft auch das Schauspiel, vor allem aber die Oper, über die wir heute reden –, aus welchen Motiven auch immer, anscheinend in die Regionalliga verbannt werden sollen. Diese Kakofonie verunsichert den Kölner Kulturbetrieb.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus ist es unerträglich, kurz vor dieser Aktuellen Stunde lesen zu müssen, dass der Bonner Oberbürgermeister erneut eine Opernfusion anregt. Ob nun Köln und Düsseldorf oder möglicherweise Duisburg und Bonn oder in welcher Konstellation auch immer: Hier erwarten wir als Signal an alle Beteiligten eine klare Ansprache des Rates und der Stadtspitze.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Es ist aber nicht unsere Aufgabe, heute nur die Missstände aufzuzählen. Vielmehr sind wir aufgerufen, konstruktiv an einer Lösung mitzuwirken. Wir als FDP-Fraktion haben den Antrag auf Einsetzung eines professionellen Mediators gestellt. Wir als FDP-Fraktion möchten heute diesen Antrag begründen und im gleichen Zusammenhang einen Vier-Punkte-Plan zur Herstellung einer konstruktiven Lösung in der Kölner Kultur anregen.

Erster Punkt. Wir müssen die aktuellen Konfliktlinien professionell erarbeiten, und wir müssen eine Klärung herbeiführen. Herr Bolwin hat hier bislang einen ganz tollen Beitrag geleistet. Ob es nun Herr Schmitz aus Berlin oder ob es Herr Bolwin ist, das ist zweitrangig. Hauptsache, es wird in die Hand genommen. Also: Konfliktlinien benennen.

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Zweiter Punkt. Ganz aktuell muss die Spielzeit 2012/2013 gesichert werden. Hierfür müssen alle Gremien und auch die Stadtspitze, Herr Oberbürgermeister, sofort alle notwendigen Hebel in Bewegung setzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können es uns nicht erlauben, weiteren Spott auf unsere Stadt zu ziehen. Das schadet uns nicht nur, sondern das führt auch zu finanziellen Einbußen. Denken Sie nur an die Abo-Problematik und an Schadenersatzansprüche von Künstlern, die, obwohl sie einen Vertrag geschlossen haben, nicht engagiert werden. Wir brauchen Klarheit, und zwar jetzt.

Dritter Punkt. Wir müssen über das Jahr hinaus denken. 2013/2014 und 2014/2015 müssen gesichert werden. Hier müssen schon jetzt entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Hier muss vor allem eine klare finanzielle Grundlage geschaffen werden. Insbesondere der Kaufmännische Direktor sollte hierzu ermächtigt werden.

Vierter Punkt. Wir müssen uns bereits jetzt Gedanken machen, wie es gelingen kann, hoffentlich am 1. Juli 2015 – der neue Stadtbaudezernent kann zwar jetzt nicht zuhören; aber das wird zu seinen Aufgaben gehören – ein Top-Haus mit einem Top-Intendanten mit einer Top-Spielzeit mit einem Top-Spielplan mit finanzieller Top-Ausstattung zu übergeben. Dies ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Und dann die Schuldenbremse fordern!)

- Herr Börschel, wenn Sie in der Kreisliga spielen wollen, dann sagen Sie es.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Eben war es noch die Regionalliga!)

Ich möchte es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierzu brauchen wir offensichtlich – die Praxis zeigt es – aus der Wirtschaft bzw. aus der Kultur einen professionellen Vermittler, einen Mediator. Ich hatte bereits angedeutet, dass wir nicht an Herrn Schmitz oder wem auch immer kleben. Wenn Herr Bolwin das kann und sich alle damit einverstanden erklären, dann soll er das gerne tun. Wir brauchen einen Moderator, wir brauchen die Intendanz, und wir brauchen die Stadtspitze, die sich in diesen Prozess begeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht meine Aufgabe, zu bewerten, ob der *Deutschlandfunk* am 23. April recht hatte, als er sagte, live und in Farbe: „Köln wird unter Niveau regiert." Aber es ist unsere Aufgabe, Ziele zu definieren. In dem Ziel, für Köln die bestmögliche Kultur mit den bestmöglichen Gebäuden und Spielstätten und mit den bestmöglichen Köpfen sicherzustellen, sollten wir uns alle einig sein. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Liebe Kulturinteressierte! Liebe Kulturschaffende! Schwierige Zeiten provozieren schwierige Debatten – das ist klar –, und sie erfordern ernsthafte Debatten, in der selbstverständlich klare, vielfältige und widerstreitende Positionen bezogen werden, Verhandlungen geführt und irgendwann Ergebnisse erzielt werden müssen, mit denen alle Beteiligten leben und arbeiten können. Das erfordert Mühen, Überzeugungsarbeit, Vermittlungsarbeit und – das wurde mehrfach angesprochen – lösungsorientiertes Denken. Eine sachdienliche Änderung von Positionen ist dabei nicht immer ein Zeichen von Schwäche.

Die Politik hat sich zuletzt in dieser Frage der Kulturpolitik, also in der Frage der Operndebatte, lösungsorientiert und flexibel gezeigt. Wir haben im Rahmen einer Dringlichkeit vor Abschluss des Gesamthaushaltes und vor Vorlage eines Wirtschaftsplanes den Bühnen einen Mehrbedarf zuerkannt; das heißt, nicht nur nicht gespart, sondern für die laufende Spielzeit rund 2 Millionen Euro draufgelegt. Wir haben also dafür gesorgt, dass die Bühnen wieder handlungsfähig sind.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Mir kommen gleich die Tränen!)

- Die Bühnen sind handlungsfähig.

(Zurufe von der FDP: Die Wahrheit!)

- Das ist die Wahrheit.

Gerade wurde von Herrn Dr. Elster die Zuständigkeit für diesen Konflikt angesprochen. Aus meiner und unserer Sicht obliegt diese ganz klar dem Kulturbeigeordneten. Herr Quander hat aus unserer Sicht in diesem Konflikt leider seine Rolle nur unzulänglich wahrgenommen, viel zu spät moderiert, interveniert und Lösungsvorschläge unterbreitet. Immerhin hat er in der letzten Woche zumindest einen Wirtschaftsplan für die nun – das muss man so sagen – fast abgelaufene Spielzeit 2011/2012 vorgelegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Frau Dr. Bürgermeister, der lag da noch gar nicht vor!)

Ein wichtiger Schritt. Diesen Wirtschaftsplan werden wir uns in den nächsten Tagen genau ansehen und in der nächsten Sitzung dieses Rates beschließen.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Wirtschaftsplan realisiert werden muss, sind seit langem bekannt. Köln befindet sich in einer dramatisch schwierigen Haushaltssituation. Das ist Ihnen, glaube ich, allen bekannt. Es müssen Millionen Euro eingespart werden, um einem Nothaushalt zu entgehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Bühnenetat der größte Einzelposten im Kulturbereich ist

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Deswegen geben wir auch 10 Millionen Euro aus!)

und die immer wieder geforderte Erhöhung um 5 Millionen Euro in etwa dem Etat der gesamten Freien Szene entspricht. Wir haben in Köln aber auch Museen, die Philharmonie, das Gürzenich-Orchester, die Stadtbibliothek, die Denkmalpflege usw. Wir Politiker stehen in der Verantwortung, alle Teilbereiche der Stadt und im Kontext der Kulturpolitik alle Bereiche der Kultur im Blick zu halten – gerade in schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Sie an eines erinnern, das wir in Anbetracht der schwierigen Situation schon mehrfach angesprochen haben: Köln ist die größte Stadt Deutschlands, die alle größeren Kulturinstitutionen – Schauspiel, Oper, Orchester, Museen – alleine tragen muss. Hier sollte sich in Zukunft auch das Land noch stärker engagieren. Das haben wir in der Vergangenheit mehrfach angemahnt, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Seit 50 Jahren hat es das nicht gemacht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Mit 16 Kölner Abgeordneten im Landtag werden wir da sicherlich auch Erfolge erzielen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

- Ich freue mich über so viel Resonanz.

Es hilft aus meiner Sicht wenig, meine Damen und Herren, wenn gerade vonseiten der Politik in der nachvollziehbar emotional aufgeladenen Debatte heftig polarisiert wird. Das ist eine Auseinandersetzung, die wir in Köln nicht brauchen und die der Kultur in Köln insgesamt nicht guttut. Der Wahlkampf ist vorbei, vielleicht können wir die Debatte jetzt wieder etwas sachlicher führen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Ich möchte im Namen meiner Fraktion noch eines klarmachen – das ist schon mehrfach angesprochen worden; auch ich habe das immer wieder gesagt –: Wir wissen die künstlerische Arbeit der Intendanten Herr Laufenberg und Frau Beier, der Beschäftigten im künstlerischen Bereich ebenso wie die aller Mitarbeiter der Bühnen, insbesondere in Anbetracht der zum Teil ja schon praktizierten „Kölner Oper unterwegs“, sehr zu schätzen.

(Karsten Möring [CDU]: Dann müssen Sie auch bezahlen!)

Ich möchte allen Beschäftigen für ihr großes Engagement und ihre überragenden künstlerischen Leistungen danken. Unsere Beschlüsse sind nicht Ausdruck von geringer Wertschätzung, sondern den allgemeinen Rahmenbedingungen geschuldet. Das habe ich immer wieder, zuletzt auch im Betriebsausschuss, sehr deutlich formuliert.

Jetzt geht es um die weiteren Perspektiven. Köln spielt in der Oberliga, und so soll es auch bleiben. Kosten sparen heißt nämlich nicht automatisch: Qualität einbüßen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Oberliga ist dritte Liga!)

- Das sind jetzt die Fußballexperten. Ich meine natürlich: die oberste Liga.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Andere Häuser haben bewiesen, dass man auch mit etwas weniger Geld sehr wohl Qualität erbringen kann. Das wurde auch in einigen Kommentaren von sehr viel vertrauteren Kennern der Opernbetriebe deutlich gemacht. Es wird dann vielleicht heißen: weniger ist mehr.

(Zurufe von der FDP)

Das heißt: weniger, aber trotzdem qualitätsvolles Angebot. Wir brauchen kleinere, feinere Lösungen. Ich erwarte, dass uns dieser Kurs in der Zeit des Interims begleiten wird. Ich hoffe sehr – da bin ich ganz bei Ihnen –, dass wir bei Neueröffnung der beiden Häuser und des Kleinen Hauses den Bühnenetat konsolidiert haben und dann glanzvoll in eine neue Phase starten können.

(Karsten Möring [CDU]: Hoffen allein reicht nicht!)

Apropos klein und fein: Das Schauspiel hat sich den Rahmenbedingungen angepasst und es vorgemacht: ein Spielplan mit Qualitätsanspruch bei reduzierter Anzahl von Premieren. Die Oper, die natürlich weniger flexibel ist und sehr viel längere Vorlaufzeiten hat – das wissen auch wir Politiker –, wird eher in der Perspektive ihren Beitrag leisten können. So sieht es hoffentlich auch der Wirtschaftsplan vor.

Abschließend noch zwei, drei Bemerkungen im Hinblick auf die Perspektiven. Aus meiner Sicht müssen der Beitrag von Kinderoper und Tanz – das ist hier noch gar nicht erwähnt worden – genau geprüft werden. Sie werden ihren Beitrag leisten müssen, dürfen aber auch nicht übermäßig belastet werden.

Wir brauchen, so denke ich, für die Zukunft ein verbessertes Controlling, das sicherstellt, dass die Zahlen nicht weiter aus dem Ruder laufen. Das heißt: Gegebenenfalls muss man ganz konkret über eine weitere Stelle für das Controlling nachdenken.

Wir brauchen selbstverständlich auch – da stimme ich Herrn Görzel zu – eine mittelfristige Planung für die Bühnen. Das habe ich schon ganz frühzeitig gefordert. Ich hoffe, wir werden baldmöglichst entsprechende Zahlen bekommen. Eine mittelfristige Planung ist unbedingt notwendig, damit ein so großer Betrieb wie die Bühnen planen kann und sein künstlerisches und betriebswirtschaftliches Konzept entsprechend der finanziellen Rahmenbedingungen einstellen kann.

Meine Damen und Herren, nun sind die Spielpläne vorgestellt. Es gibt die Spielpläne. Wie ich hörte, gibt es lediglich bei einer Opernproduktion noch ein Fragezeichen. Der Vorverkauf läuft. Ich bin sicher, wir werden eine glanzvolle Schauspiel-, Tanz- und Opernspielzeit erleben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Eine scheinbare Never-Ending-Story geht einer Lösung entgegen. Der Hauptausschussbeschluss und die Dringlichkeitsentscheidung zu den Bühnenfinanzen zeigen: Es gibt Licht am Ende des Tunnels.

In diese Situation stoßen jetzt der FDP-Antrag sowie der CDU-Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde unter dem reißerischen Titel „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“. Beim Lesen der Begründung des Antrags wurde ich das Gefühl nicht los, dass es den Antragstellern nicht wirklich um Lösungen geht. In den Reden vorhin klang es ein bisschen anders. In Reaktion auf meine Vorrednerin sage ich daher: Na ja, wir werden sehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU – die FDP schließe ich ein –, natürlich wäre es schön, wenn wir in dieser Stadt so viel Geld zur Verfügung hätten, dass wir mehr in die Kultur geben könnten. Aber Sie wissen genau, dass das nicht der Fall ist. Sie wissen ganz genau, dass jede Mehrausgabe zugunsten der Bühnen an anderer Stelle im Kulturbereich oder in einem anderen Bereich dieser Stadt fehlt. Die Verantwortung der Abwägung muss man auch als Opposition annehmen und ernst nehmen.

Stichwort „Kölner Kultur-Chaos“: Sehen wir uns doch das sogenannte Chaos einmal genauer an. Ein Blick in die Chaosforschung verdeutlicht, dass im scheinbar regellosen Verhalten chaotischer Systeme bestimmte universelle Strukturen und Prinzipien zu entdecken sind, deren Verhalten dennoch nicht langfristig vor-

hersehbar ist, und dass kleine Ursachen große Wirkungen haben können. Es zeigt sich also ein nicht vorhersehbares Verhalten, das sich zeitlich scheinbar irregulär entwickelt. Ich denke, das beschreibt die Situation der Bühnenfinanzen in den letzten Jahren durchaus zutreffend.

Bleiben wir aber nicht bei der Chaos-Theorie stehen, sondern wenden uns Friedrich Nietzsche zu. Ich zitiere:

(Zurufe von der FDP: Oh!)

- Klasse, nicht wahr? Ein bisschen Kultur in den Rat!

> Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe: Oh!)

Beim Umgang mit knappen Mitteln aber hege ich keine Sympathie für das Chaos, wie Sie sich denken können. Dabei geht es zum einen um kreative Lösungen im Konflikt – dabei kann der Blick über den Kölner Tellerrand hinaus, den Rhein aufwärts und abwärts sicher auch Perspektiven eröffnen –, zum anderen aber auch um Aufarbeitung und Schadensbegrenzung.

Köln steht zu seinen Bühnen. Oper und Schauspielhaus werden saniert. Interimsstätten werden nach den Wünschen von Oper und Schauspiel angemietet. Oper und Schauspiel sind künstlerisch im Aufschwung. Der Sanierungsbeschluss steht dafür: für Häuser mit hohem funktionalen Standard, für zukunftsfähige Orte, für künstlerische Qualität, für die Möglichkeit unterschiedlicher Formate. Damit hätte alles gut sein können, wäre da nicht das wirtschaftliche Führungsdesaster.

Seit 2009 – das ist bekannt – existiert kein Jahresabschluss des Bühnenbetriebs. 4 Millionen Euro Rücklagen, gedacht für die Interimszeit, wurden von der Oper, mit Ausnahme des China-Gastspiels, einfach ohne Beschluss des Betriebsausschusses verbraucht. Ich erinnere an die später vom Dezernat VII zurückgezogene Beschlussvorlage für die Uraufführung der Oper „Sonntag aus Licht“ vom 8. September 2009, in der noch von 5,6 Millionen Euro Rücklagen die Rede war. Jetzt sind sie verschwunden. Seit der Spielzeit 2009/2010 wurden entgegen der Betriebssatzung keine Wirtschaftspläne vorgelegt. Die im Haushalt festgelegten Zuschüsse wurden überschritten. In Zeiten, in denen andere Städte erhebliche Budgetkürzungen und Häuserschließungen beschließen müssen, fordern der Beigeordnete und der Opernintendant 5 Millionen Euro mehr Zuschuss. Die Bühnenleitung ist zerrüttet. Der Kulturdezernent greift nicht konfliktlösend und disziplinierend ein.

SPD und Grüne haben nun den im Haushaltsplanentwurf 2012 ausgewiesenen Betriebskostenzuschuss von knapp 50 Millionen Euro um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Zudem haben wir per Hauptausschussbeschluss eine Kreditaufnahme ermöglicht, um die kommende Spielzeit zu sichern. Damit wird den Bühnen ein Weg aus der Sackgasse eröffnet. Angesichts der tiefen Haushaltskrise ist die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel ein erheblicher Kraftakt. Oper und Schauspiel können ihr Programm nun entsprechend gestalten – meine Vorrednerin hat die Einzelheiten schon benannt –, im Sinne des Publikums, im Sinne der Beschäftigten und im Sinne der Kölner Kultur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir, SPD und Grüne, lassen aber nicht zu, dass die Bühnen auf Kosten anderer Bereiche im Kulturbereich bedient werden. Auch das ist im Sinne des Kulturentwicklungsplans, der Freie Szene und Institutionen als gleichberechtigte Säulen ansieht.

Für die Zukunft sind auch mit der hervorragenden Aussicht auf die sanierten Häuser in 2015 Besonnenheit und Realitätssinn gefragt. Die Kunst besteht darin, mit begrenzten Ressourcen das Maximum an Qualität zu schaffen – dafür stehen Grüne und SPD –, statt das Unmögliche zu fordern, wie zum Beispiel noch einmal 3 Millionen Euro mehr für die Bühnen.

Uns liegt daran, den Bühnen eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung zu geben. Uns liegt daran, die Bühnen in ihren Budgets langfristig zu sichern und dafür unterschiedliche Wege und auch kreative Lösungen zu suchen.

(Karsten Möring [CDU]: Ihrem Handeln merkt man das nicht an!)

Wenig zielführend ist es, wenn sich die Verantwortlichen in dieser Situation wegducken. Ich zitiere aus einem Interview mit dem zuständigen Beigeordneten im aktuellen *Klassik-Info*:

> Die Bühnen haben keine Quartalsberichte vorgelegt, da sie noch nicht einmal einen Wirtschaftsplan hatten.

> Deswegen machten auch Quartalsberichte keinen Sinn. Weil Quartalsberichte eine Fortschreibung eines Wirtschaftsplanes sind, denn da geht es ja drum, dass man die Sollzahlen mit den Istzahlen vergleicht und die Veränderungen kontrollieren kann. Deswegen beißt sich dieser Hund oder die Katze immer wieder in den eigenen Schwanz.

Sind wir da wieder bei der Chaos-Theorie? Ich meine, das darf es nicht, wenn es um die Finanzen geht. Wie gesagt, einige Wege sind geebnet. Der Wirtschaftsplan für 2011/2012 liegt vor. Grüne und SPD arbeiten daran, dass weitere Schritte folgen. Irgendwann werden wir das Chaos ins Positive wenden und das Positive darin sehen können oder wie Nietzsche sagt – ich zitiere ihn noch einmal, weil das vorhin so gut ankam –:

> Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.

Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade beim Gang zum Rednerpult gehört, Herr Benthem, jetzt komme Kultur vom Feinsten.

(Henk van Benthem [CDU]: Van Benthem! So viel Zeit sollte sein!)

- Entschuldigung, Herr van Benthem; so viel Zeit sollte sein.

Hochkultur bekommen Sie jetzt zwar von mir nicht, aber eine Zusammenfassung der Aktuellen Stunde. Als wir in die Debatte eingestiegen sind, hatte ich darum gebeten, auch die Verwaltung in die Debatte mit einzubeziehen, da es sich ja bei diesem Thema um eine Diskussion zwischen Verwaltung und Politik handelt. Ich hatte den Antrag gestellt, auch dem verantwortlichen Intendanten der Oper das Wort zu geben, damit wir eine Grundlage haben und diese Diskussion Sinn macht. Sie hatten daraufhin zugesagt, dass dazu jemand sprechen würde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, Herr Quander ist da. Er ist der zuständige Beigeordnete und wird gleich dazu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ach so. Dann würde ich seinen Beitrag abwarten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein? Das heißt also, Sie scheinen das nicht so zu schätzen. Das ist ja interessant. Die Grundlage für die heutige Debatte ist ja doch sehr schmal. Schauen Sie, das sind ganze sechs Wörter, nämlich: Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter? Ich meine, darauf kann sich doch keine Ratsdebatte aufbauen. Fragt man Sie nach der Grundlage, stellt man fest, dass Sie sie anscheinend auch nicht kennen. Ich habe doch eben zugehört. Das war eine Stunde lang Schwarzer-Peter-Spiel.

> (Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] und Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] halten rote Karten mit der Aufschrift „FLOP“ hoch)

Es wurde zwar bedauert, wie schlimm das alles wäre und dass man das in den Medien lesen musste. Die CDU aber, die das selbst beantragt hat, verfolgt nur ein Ziel, nämlich damit in die Medien zu kommen und so die Stadt auch wieder schlechtzumachen. Sie schreien nach der Feuerwehr und schütten gleichzeitig Öl ins Feuer. Das, was Sie machen, ist doch unglaubwürdig.

Für uns stellt sich in der Tat die Frage: Wie geht es weiter? Hier war zu hören: Wir wollen auf jeden Fall, dass es weitergeht. Es ist erschreckend, wenn hier der Antrag gestellt wird – darüber sprechen wir ja jetzt auch –, einen Schlichter zu Rate zu ziehen. Wir fragen uns natürlich: Was ist das für eine Kommunikationsform zwischen dem Oberbürgermeister, seinem Stadtvorstand und den anderen Beteiligten? Das sieht ja mehr nach Schulhof als nach moderner Verwaltung aus. Auch dazu hätten wir gerne etwas gehört.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommt ja gleich.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ach, das kommt noch. Dürfen wir uns dann noch einmal melden, Herr Oberbürgermeister? Wir wollen ja schon, dass es in dieser Debatte vorangeht und das Ganze einen Sinn hat.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind hier nicht im Kulturausschuss, sondern in der Aktuellen Stunde des Rates, und da können Sie reden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, gut. Aber ich habe gesagt: Sechs Wörter, zu denen man reden muss oder darf, sind ja sehr schön, aber –

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Dann kann man die Rede ja zu Ende führen!)

- Das ist doch so.

(Henk van Benthem [CDU]: Starke Rede!)

- Ja, dazu kann man ja auch wenig sagen.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann hören Sie doch auf!)

Wir werden uns bei der Abstimmung über den Antrag der FDP enthalten, weil wir der Meinung sind, dass das eine originäre Aufgabe des Oberbürgermeisters ist. Und nach dem Beitrag der Verwaltung werde ich mich noch einmal zu Wort melden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen, in der Hoffnung auf einen entsprechenden Beitrag.

(Zurufe von der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.): Das hängt von Ihren Zwischenrufen ab, liebe Kollegen von der CDU.

(Karsten Möring [CDU]: Die werden nicht länger als Ihre Rede! – Heiterkeit)

- Das würde ich doch mal vermuten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielleicht haben Sie im *Spiegel* gelesen, dass die Linke die Oper abschaffen will. Diese Meldung ist schlicht und ergreifend falsch.

(Zurufe)

Wir wollen eine Oper. Wir wollen eine Oper, die möglichst viele Menschen erreicht. Wir wollen eine Oper mit Beschäftigten, die Freude an ihrer guten Arbeit haben und nicht Sorge um ihren Arbeitsplatz. Wir wollen eine Oper, die Teil der Stadtgesellschaft ist und nicht Spielzeug von Eliten in der Stadtgesellschaft.

(Beifall bei der Linken)

Köln ist eine Musikstadt, und das schon seit einigen 100 Jahren. Dazu haben die Kirchen, das Bürgertum, die Arbeiterbewegung und heute die progressiven Mittelschichten einen Beitrag geleistet. Erinnert sei hier an das jahrhundertelange Chorwesen der Kirchen, die Kirchenmusik, die städtische Ratsmusik des 15. Jahrhunderts, die Arbeiterchöre, die Hoforchester des Adels, das Gürzenich-Orchester, das sich seit 1888 in städtischer Trägerschaft befindet, und an die Oper, die in Köln auf eine jahrhundertelange Tradition blicken kann. Erinnert sei auch an die Musikhochschule, an die moderne Musik, an den Bau der Philharmonie, die auch umstritten war, an große Dirigenten und Kommunisten –

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich meine natürlich Komponisten, wobei der Versprecher gar nicht so falsch war. Auch unter Kommunisten hat es Komponisten gegeben; dazu können wir ja auch einmal eine Aktuelle Stunde durchführen.

Warum erinnere ich daran? Das sind die Stärken unserer Stadt: die Strukturen und die Netzwerke, die über Hunderte von Jahren gewachsen sind und für unsere Stadtgesellschaft und unsere Kultur lebensnotwendig sind. Wenn Musik es vermag, Menschen zu verbinden, so ist es Aufgabe der Politik, die Finanzmittel dafür so einzusetzen, dass die Stärken dieser Stadtgesellschaft genutzt werden. Das ist die Quintessenz dessen, was ich damit sagen wollte.

Deshalb begrüßen wir grundsätzlich eine Kooperation mit Bonn, Düsseldorf und gegebenenfalls auch mit Duisburg. Bei einer solchen Kooperation wollen wir nicht dasselbe wie bislang mit weniger Geld und weniger Personal erreichen. Wir wollen, dass den Künstlern

durch die Zusammenarbeit und das Zusammenlegen von Ressourcen neue Spielräume und neue Möglichkeiten eröffnet werden.

Auch wenn Köln nicht mehr die kulturelle Capitale von Bonn ist – Bonn ist weder Hauptstadt noch Landeshauptstadt –, so sind wir doch eine Metropole, die selbstverständlich auch kulturelle Maßstäbe setzen kann; gar keine Frage. Eine Diskussion darüber, ob wir damit in der Regionalliga oder in der Bundesliga oder in der Kreisliga oder in der Oberliga spielen, ist überflüssig. Wir tun gut daran, uns internationalen Ruhm nicht zu erkaufen, sondern ihn durch unsere Strukturen, durch unsere Stärke zu entwickeln. Dorthin müssen wir zurückkehren bzw. dort wollen wir wieder hin. Wir wünschen uns eine Oper, in der sich die Einwohnerinnen und Einwohner Kölns bei großartiger Musik begegnen können, und nicht einen Leuchtturm, mit dem sich die Elite schmücken kann. Diese Sache können wir entwickeln – aus den Strukturen der Stadtgesellschaft selbst.

Damit die Oper zu einem solchen Ort werden kann, sind wir, die Politik, gefordert. Der Rat der Stadt Köln muss verlässlicher Partner werden. Auch deswegen ist es wichtig, die Tariferhöhungen zu zahlen und Personalkürzungen abzulehnen. Ich jedenfalls halte das für wichtig. Verlässlich ist die Politik derzeit jedoch nicht. Jedes Jahr dasselbe Trauerspiel: unproduktive Streitereien im Rat und im Ausschuss auf der einen Seite, ein Opernintendant, der stets mit einigen Millionen Euro mehr plant, als er hat, auf der anderen Seite. Es hilft den Beschäftigten nicht, wenn ihnen von der unseriösen FDP auf der Belegschaftsversammlung gesagt wird: Kein Problem, 5 Millionen Euro stehen jederzeit zur Verfügung, oder wenn sich die SPD oder die Grünen einfach wegducken und gar nichts sagen.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, doch. Auf dieser Belegschaftsversammlung haben Sie gar nichts gesagt.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das war auch keine politische Veranstaltung!)

- Sie haben so lange herumgeeiert, dass Sie gar nicht mehr dazu gekommen sind, eine klare Position darzulegen.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Deshalb unser Vorschlag, meine Damen und Herren, ernsthaft darüber nachzudenken, bei den Bühnen grundsätzlich – die Betonung liegt auf grundsätzlich – längere finanzielle Sicherheiten, zum Beispiel über drei oder fünf Jahre, einzustellen, damit ein gesamter Planungszeitraum entwickelt werden kann, statt wie bisher nur von heute auf morgen zu planen. Dieser Vorschlag ist auch schon in der Presse diskutiert worden. Ich würde dieses Verfahren generell für einen guten Weg halten. Das heißt, insgesamt die Finanzen zu deckeln statt sie zu erhöhen – außer in Bezug auf die Tariferhöhungen; gar keine Frage – und durch längere Fristen eine gewisse Sicherheit zu schaffen, damit auch längerfristige Verträge geschlossen werden können. Das wäre unser Vorschlag, den wir zur Diskussion stellen.

Uns ist es wichtig, sich auf die Stärken der Stadtgesellschaft zu besinnen, statt einfach mehr Geld herüberzureichen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und auf der Tribüne! Lassen Sie mich zu Beginn aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 25. April 2012 zitieren. Kurz nachdem der Streit mit dem Intendanten der Oper offen eskaliert ist, wird Herr Laufenberg interviewt.

> *Sie wissen, dass Köln sich in einer katastrophalen Haushaltslage befindet, in der alle Opfer bringen müssen – und eben auch die Bühnen. Diesem Gesichtspunkt können Sie gar nichts abgewinnen?*
>
> LAUFENBERG: Ich kann das nachvollziehen, aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass diese Argumente 20 Jahre lang wie eine Schallplatte gespielt werden – egal, ob wir eine Wirtschaftskrise haben oder nicht.
>
> *Aber jetzt haben wir unabweisbar eine.*
>
> LAUFENBERG: Wir haben derzeit eine prosperierende Wirtschaft mit einem Wachstum von zwei Prozent.
>
> *Der kommunale Haushalt geht am Stock.*

LAUFENBERG: Der städtische Haushalt scheint nicht in Ordnung zu sein, aber ich bin hier nicht als Kämmerer engagiert.

In ganz Deutschland, in ganz Europa werden zahlreiche Theater, Opern und viele weitere Kulturstätten heruntergefahren oder ganz geschlossen. In Köln bemühen sich Teile der Politik und der Verwaltung, die versprochenen Zusagen an unsere Bühnen einzuhalten. Trotz immensen Konsolidierungsdrucks werden Herrn Laufenberg und Frau Beier 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Doch statt sich positiv oder gar dankbar dazu zu äußern, wird dies lediglich als eine Art Inflations- und Personalkostenausgleich dargestellt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das stimmt ja auch. Vergessen wird aber, dass eine ganze Menge anderer, nicht nur Kultureinrichtungen ebenfalls mit steigenden Personal- und zum Beispiel auch Energiekosten zu kämpfen haben.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Diese erhalten oft jedoch keinen Ausgleich, im Gegenteil: Sie müssen mit Kürzungen ihres Etat rechnen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

Herr Laufenberg und die Antragsteller haben in einem Punkt natürlich recht: Planungssicherheit muss gewährleistet sein. Da ist es vollkommen egal, warum Wirtschaftspläne oder ein Haushaltsplan nicht vorliegen. Die Verantwortung obliegt am Ende dem Oberbürgermeister und der rot-grünen Koalition im Rat. Zu dieser Verantwortung müssen Sie sich auch bekennen.

Doch ob CDU und FDP Herrn Laufenberg wirklich helfen, wenn sie zusammen mit ihm, ebenfalls wütend, wie im Betriebsausschuss Bühnen geschehen, in die gleiche Kerbe schlagen, wage ich zu bezweifeln. So wird es Herrn Laufenberg nicht nur schwerer gemacht, sein vielleicht voreilig ausgesprochenes Kündigungsangebot zurückzunehmen; es wäre auch sinnvoller, ihm einmal die Haushaltslage der Stadt Köln zu erklären.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Gemachte Zusagen an Oper und Schauspiel sollen eingehalten werden. Unsere Hochkultureinrichtungen müssen aber auch Zeichen setzen, dass sie ihren Beitrag zu den finanziellen Realitäten leisten wollen. Wenn das Kulturdezernat seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten soll, der Etat von Oper und Schauspiel aber erhöht wird, wer opfert sich denn dann für die entstehende und größer werdende Lücke? Wenn sich in dieser Situation CDU und FDP wie so oft im Kulturausschuss auch noch auf den Schoß von Tanz, Orangerie und Freie Theater setzen wollen, muss man sich schon fragen, wie diese auch im Landtagswahlkampf oft beschworene und versprochene, diesmal aber wirklich solide Haushaltsführung eigentlich aussehen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Deine Freunde werden den die Bühnen betreffenden Punkten 18.2 und 18.3 zustimmen. Ich halte diese Punkte im finanziellen Sinne für verantwortbar. Sie geben den Bühnen, wenn auch reichlich spät, die geforderte Planungssicherheit.

Ein kurzer Exkurs. Zum Kölner Kultur-Chaos gehören nicht nur Oper und Schauspiel. Lassen Sie mich in aller Kürze, aber auch mit aller Deutlichkeit auf die Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem LVR in Sachen Archäologische Zone hinweisen. Sie erinnern sich: Vergangenen Herbst haben wir hier den Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums beschlossen. Nicht alle in Aussicht gestellten Zuschüsse konnten in den Verhandlungen eingeworben werden. Der Kölner Anteil für den Bau hat sich massiv erhöht. Möglicherweise aufgefangen werden sollte dies durch einen Partner, den LVR, mit dem sich die Stadt Köln die Betriebskosten teilen könnte. Doch dieser Partner ist über den Verhandlungsstil der Stadt Köln zunehmend not amused. Die jährliche Betriebskostenunterdeckung wird inzwischen auf 6,3 bis 6,8 Millionen Euro geschätzt, mit dem erheblichen Risiko, noch höher auszufallen. Was ein Verhandlungsausstieg des LVR für den Kölner Haushalt, auch den Kulturhaushalt, bedeuten würde, möchte ich hier gar nicht ausmalen, sondern stellvertretend Herrn Roters und Herrn Quander nur bitten, die Verhandlungen mit dem LVR fair und auf Augenhöhe zu führen.

Zum Schluss zurück zu Oper und Schauspiel. Das Interview im *Stadt-Anzeiger* endet übrigens mit den Worten von Herrn Laufenberg:

Und ich glaube, dass, wenn ich gelassen bleibe, dies mir, der Oper und der Stadt Köln am besten tut.

In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde auf einige Punkte eingehen, aber sicherlich nicht auf alle, die hier angesprochen wurden; denn sonst würde ich hier eine Stunde lang stehen.

Beginnen will ich mit Ihnen, Herr Dr. Elster. Sie haben vollkommen recht: Es gilt natürlich, die kommende Spielzeit 2012/2013 und die Perspektiven für die nächsten Jahre bei den Bühnen allgemein und insbesondere bei der Oper, die hier heute im Fokus steht, zu sichern. Sie wissen, dass wir in der Stadt Köln in einer schwierigen Haushaltssituation sind, die die Bäume nicht in den Himmel wachsen lässt. Insofern bin ich eigentlich ganz dankbar, dass es, auch wenn nicht alle Forderungen erfüllt werden konnten, die die Bühnen für notwendig erachten, per Dringlichkeitsentscheidung, die am 24. April verabschiedet wurde, gelungen ist, eine Ermächtigung und einen finanziellen Rahmen für die kommende Spielzeit der Bühnen zu setzen.

Nachdem diese Dringlichkeitsentscheidung unterzeichnet war, habe ich noch am gleichen Tag Herrn Laufenberg gebeten, seinen Spielplan an diesen nunmehr gegebenen finanziellen Rahmen anzupassen. Der Opernintendant hat mir in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass er sich dazu zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr imstande sieht. Deswegen haben wir – das heißt: der Herr Oberbürgermeister und ich – das Angebot von Rolf Bolwin, dem Direktor des Deutschen Bühnenvereins, angenommen, sich hier vermittelnd einzuschalten. Der Deutsche Bühnenverein ist ja hier in Köln ansässig. Er ist erst einmal unser normaler Partner. Das ist der Arbeitgeberverband für die öffentlichen Bühnen; wir sind dort Mitglied. Er ist vor Ort, kennt die Details des Bühnengeschehens und genießt auch hohes Vertrauen, sowohl aufseiten der Intendanz als auch aufseiten des Rechtsträgers. Herr Bolwin führt im Augenblick diese Gespräche. Die Ergebnisse werden abzuwarten und dann zu bewerten sein.

Zu der Frage, welche Einsparungen möglicherweise noch für die kommende Spielzeit zu realisieren sind und wie sich das in Zukunft gestalten wird: Immerhin sind rund 70 Prozent des Spielplans, auch der Oper, im Augenblick gesichert. Ich bin sicher, dass auch die restlichen 30 Prozent im Wesentlichen noch gesichert werden können. Wir müssen nur sehen, in welcher Form sich das vollziehen kann.

Herr Görzel, zu Ihnen: Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass es gelungen ist, die Durststrecke, die wir über viele Jahre in Oper und Schauspiel hatten, in überzeugender Weise in den zurückliegenden Jahren zu überwinden. Da Sie das hier so treffend feststellen, frage ich Sie: Wem ist das gelungen? Das ist den Theaterleitungen gelungen, und das ist der Verwaltung gelungen, indem sie Ihnen die richtigen Personen für die Bühnenleitung vorschlagen konnte und die richtigen und notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen hat. Diese sind uns aber durch die Haushalts- und Finanzkrise in den letzten Jahren ein wesentliches Stück weggebrochen. Das ist der Hauptgrund für das Dilemma, vor dem wir heute stehen. Deswegen muss man das schon noch einmal an dieser Stelle berücksichtigen.

In anderen Wortbeiträgen hieß es: Wenn wir im größten Finanzbereich, den wir im Kultursektor haben – das ist aber nicht nur in Köln so; die Bühnen stellen in allen betroffenen Kommunen den größten Brocken dar, einfach weil sie sehr personalintensiv, arbeitsintensiv und damit kostenintensiv sind –, entsprechend hoch draufsatteln, dann müssen wir die Frage beantworten: Wo kommt dieses Geld her? Frau Kollegin Klug und ich sind da eigentlich immer in einem sehr konstruktiven Dialog, aber sie kann die Geldscheine eben auch nicht drucken.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hatte ich jetzt aber etwas anderes erwartet!)

- Das ist eine Binsenweisheit; aber manchmal hilft es, Binsenweisheiten auszusprechen. – Im Kulturetat – Sie kennen die Struktur meines Etats – sind Zuwächse dieser Größenordnung auf Kosten anderer Geschäftsbereiche weder zumutbar noch vertretbar.

Was ich allerdings mit Entschiedenheit zurückweisen muss, ist das, was von Frau Dr. Bürgermeister und auch von Frau von Bülow

gesagt wurde, nämlich dass ich als zuständiger Beigeordneter viel zu spät oder gar nicht eingegriffen oder mich sogar weggeduckt hätte. Ich habe mich im zurückliegenden Jahr, seitdem im Sommer letzten Jahres die Finanzmisere bei den Bühnen offenkundig wurde, in vielfachen Gesprächen mit der Bühnenleitung darum bemüht, erstens das Einvernehmen in der Bühnenleitung wiederherzustellen – das ist über weite Strecken gelungen – und zweitens Grundsatzfragen wie die Aufteilung der Budgets bis hin zu Einzelfragen des Spielplans zu klären. Ich könnte mich jetzt hierhin stellen und eine Vielzahl von Daten über Gespräche, Schriftverkehr etc. ausbreiten, was ich aber nicht tun möchte, um kein Öl ins Feuer zu gießen; denn mir liegt daran, mit der Bühnenleitung auch in Zukunft konstruktive Gespräche zu führen. Deswegen neige ich nicht dazu, interne Arbeitsgespräche und Arbeitspapiere auf dem öffentlichen Markt breitzutreten, wie es sonst in dieser Stadt immer sehr gerne gesehen wird,

(Lachen von Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen])

weil das in der Tat der Sache nicht dient.

Meine Eingriffsmöglichkeiten sind im Übrigen – Frau von Bülow – in gewissem Maße begrenzt; denn wir haben es hier mit einem Eigenbetrieb bzw. mit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu tun. Wenn die Betriebsleitung Einvernehmen herstellt, dann kann sie auch autonom handeln. Das war mein Hauptbestreben, nämlich Einvernehmen in der Bühnenleitung herzustellen. Das ist weitgehend auch gelungen. Dann habe ich keine Möglichkeit, in die laufende Geschäftsführung einzugreifen. Das kann ich nur, wenn es Konflikte gibt und ich von der Bühnenleitung angerufen werde, einzugreifen. Gleichwohl habe ich versucht, über Hinweise und Bitten steuernd einzugreifen.

Sie haben auch die Quartalsberichte angeführt. Es ist nun einmal das Wesen von Quartalsberichten, dass man zunächst einmal einen Wirtschaftsplan braucht, um dann die Abweichungen im Controlling beobachten zu können. Dass die Bühnenleitung im Februar überhaupt einen Wirtschaftsplan für das laufende Jahr vorgelegt hat, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass mir im Januar nach vielen Gesprächen der Geduldsfaden so weit gerissen ist, dass ich die Bühnenleitung angewiesen habe, endlich diesen Wirtschaftsplan vorzulegen.

(Martin Börschel [SPD]: Schlimm genug!)

- Schlimm genug. – Normalerweise setze ich voraus, dass es drei hochbezahlten Persönlichkeiten, die vom Fach sind, möglich ist, dieses zunächst einmal eigenverantwortlich zu lösen, zumal wenn der zuständige Beigeordnete zumindest versucht, Hilfestellungen zu geben, auch wenn das nicht immer von Erfolg gekrönt war und gekrönt ist.

(Martin Börschel [SPD]: „Normalerweise“, da haben Sie recht!)

Ich glaube, das waren die wesentlichen Punkte, zu denen ich an dieser Stelle Stellung nehmen wollte. – Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum Ende der Aktuellen Stunde. Aktuelle Stunde bedeutet: eine Stunde. Die haben wir jetzt hinter uns. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. – Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Breite, möchte Sie aber darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung für die Aktuelle Stunde eine Stunde vorgesehen ist.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, das habe ich schon verstanden. Wir haben dazu hier einen Antrag eingebracht. Ich wollte gerne eine Änderung bekanntgeben, da Sie ja, wie die Debatte gezeigt hat, schon einen Vermittler eingesetzt haben. Darum möchten wir, dass der von uns vorgeschlagene Name gestrichen und durch Herrn Rolf Bolwin ersetzt wird. Das heißt: Im dritten Absatz müsste der Name „André Schmitz“ gestrichen und durch „Herrn Rolf Bolwin“ ersetzt werden. Die folgenden Sätze, in denen es um die Stellung geht, die Herr Schmitz in Berlin bekleidet, müssten dann auch gestrichen werden. So möchten wir das gerne abstimmen lassen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Danke schön. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion in der Fassung, wie sie Herr Breite gerade hier vorgetragen hat. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Wer enthält sich? – Enthaltungen von pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind damit am Ende unserer Aktuellen Stunde. Sie schließt damit, dass sich die Angelegenheit erledigt hat.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen – Beifall von Martin Börschel [SPD])

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, das ist wirklich ein schöner Versuch. Das haben wir ja bei dem Debattenbeitrag auch gesehen. Die Lösung ist ja noch gar nicht da. Darum bin ich der Meinung, dass wir das an die Verwaltung zurückgeben sollten, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Ich glaube, das wäre wohl ehrlicher als Beschlussvorschlag.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. – Wer für den Antrag von Herrn Breite ist, dies an die Verwaltung zurückzugeben, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion pro Köln. Nachdem auch dieser Antrag abgelehnt ist, sind wir nun am Ende der Aktuellen Stunde angelangt und dürfen die Angelegenheit als erledigt betrachten.

Der Rat beschließt gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung, die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Die Sache ist demnach gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung erledigt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt"
AN/0632/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Geldspende des Vereins „wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e. v.“ (wir helfen) zur Unterstützung von JuSch – Jung und Schwanger
1157/2012

Wer gegen die Annahme dieser Geldspende ist, bitte ich um das Handzeichen. – Niemand. Wer enthält sich? – Ebenfalls keiner. Dann ist sie so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Spendenannahme zur Unterstützung junger schwangerer Frauen, junger Mütter und jungen Familien in Höhe von 40.000 € zu.

Der Rat bedankt sich ausdrücklich im Namen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere im Namen der betroffenen Klientel für diese Spende bei „wir helfen“.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln
1163/2012

Wer ist gegen die Annahme dieser Spende? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist diese Geldspende angenommen.

Der Rat nimmt die Spende der Lufthansa AG in Höhe von 50.000 EUR an das Gürzenich-Orchester für das Jahr 2012 mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Schenkung einer Dogon-Skulptur durch Dr. Hans Henrici
1258/2012

Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das so angenommen. Wir danken allen Spendern herzlich.

Der Rat nimmt die Schenkung einer Dogon-Skulptur durch Dr. Hans Henrici an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet“
AN/0605/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln
AN/0718/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0724/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 15.05.2012
1857/2012

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Tagtäglich berichten die Medien über Menschen wie etwa in Syrien, in Libyen, im Iran oder im Irak, die unter schwierigsten Bedingungen leben und Tag für Tag um ihr eigenes Leben, um ihre Gesundheit fürchten müssen. Es gibt, glaube ich, kaum etwas, was sich diese Menschen sehnlicher wünschen, als Sicherheit und Freiheit. Beides hängt unmittelbar und eng zusammen; denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wer aus Angst, aus dem Haus zu gehen, zu Hause bleiben muss, hat keine Freiheit. Er ist kein freier Mensch.

Insofern ist es unsere oberste Pflicht als Demokraten, uns dafür einzusetzen, dass die Menschen in unserer Stadt sicher und damit frei sind und sich auch so fühlen. Leider macht Köln in der letzten Zeit und aktuell verstärkt durch Berichte von gewalttätigen Übergriffen von sich reden. Ich zitiere: „Senior belästigt 10-Jährige in der KVB“, „Jugendliche an Haltestelle belästigt“, „14-Jähriger sticht 18-Jährigen an KVB-Haltestelle nieder“, „Rentner (78) mit Rohrzange niedergeschlagen“, „Jugendlicher in Ehrenfeld erstochen“ – so lauteten einige Schlagzeilen in den letzten Wochen. Im *Express* gab es dazu eine Serie unter dem Titel „Tatort Köln“.

Diese Taten geschehen bei weitem nicht nur im Dunkeln, sondern oftmals am helllichten Tage vor den Augen unserer Mitbürger. Die Geschädigten sind Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, alte Menschen. Jeder kann binnen einer Minute sein Sicherheits- und Freiheitsempfinden oder gar seine Gesundheit und sein Leben einbüßen. Ich zitiere die *Express*-Redakteure Oliver Meyer und Carsten Rust:

> Die Zahlen der Kriminalstatistik 2011 beweisen: Die Polizei ist am Ende, die Straftaten explodieren in Köln und Leverkusen, die Bürger sind in großer Sorge.

Köln hat einen neuen Negativrekord in der Kriminalstatistik aufgestellt: Köln steht mittlerweile auf dem fünften Platz der deutschen Großstädte, was die Kriminalität pro 100 000 Einwohner angeht. Im letzten Jahr wurden rund 163 000 Straftaten in unserer Stadt verübt – so viel wie niemals zuvor. Die Polizei tut, was sie kann; aber sie ist längst am Ende ihrer personellen Möglichkeiten. Hier ist unser aller politische Unterstützung gefragt. Der Innenminister muss erkennen, dass die sogenannte Belastungsbezogene Kräfteverteilung nicht mehr dem Stand der Kriminalität und der Einsatzbelastung der Kölner Polizei entspricht.

Ich weiß, dass der Oberbürgermeister sich einsetzt; wir haben das im AVR schon beschlossen. Er hat das getan, aber der Innenminister hat nicht reagiert. Er hat die Belastungsbezogene Kräfteverteilung, für deren Berechnung

übrigens ein Mittelwert der Belastungen in den letzten zehn Jahren gebildet wird, nicht geändert. Und er hat nicht die besonderen Verhältnisse, die es in Köln gibt, berücksichtigt. Es ist einfach falsch, jetzt weiterhin Stellen zu sparen. Wir brauchen in Köln mehr Polizeibeamte. Die Belastungsbezogene Kräfteverteilung, die sicherlich vor einigen Jahren richtig war, berücksichtigt heute nicht mehr, dass sich, wie eine kriminologische Erkenntnis klar zeigt, die Kriminalität immer mehr vom Land in die Städte verlagert und in den Ballungsräumen und Metropolen einnistet. Dem muss Rechnung getragen werden.

Die Präsenz von Polizeibeamten im öffentlichen Raum ist ein unverzichtbarer Bestandteil für mehr Sicherheit. Die Arbeitsbelastung der Polizei ist jedoch angesichts vielfältiger Aufgaben, die immer wieder dazukommen, zu hoch, als dass für Streifengänge im Veedel und für Besuche in Schulen, Jugendeinrichtungen und Altenheimen noch genügend Zeit bleibt. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind damit beschäftigt, bandenmäßig organisierten Straftätern aus Osteuropa, für die Köln ein beliebtes Ziel ist, das Handwerk zu legen. Sie werden bundesweit, und zwar fast jede Woche, zu Demonstrationen eingesetzt. Sie müssen mittlerweile auf Autobahnrastplätzen im Umland gewalttätige Anhänger drittklassiger Fußballvereine – ich nenne nur Trier und Euskirchen – in Schach halten. Sie müssen zu Hunderten vor der neuen Moschee dafür sorgen, dass unselige Provokateure von rechts und gewaltbereite islamistische Extremisten nicht den Frieden unserer Stadt stören. Diese Arbeitszeit fehlt, um kriminelle Delikte aufzuklären und durch öffentliche Präsenz von der Verübung von Straftaten abzuschrecken.

Köln ist nicht mehr sicher genug. Köln braucht deswegen mehr Polizisten. Das müssen wir erneut dem Innenminister parteiübergreifend deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns weiterhin dafür einsetzen, dass Polizei, Stadt und KVB in enger, frühzeitiger Zusammenarbeit bei Diebstahl, Gewalt und sonstigen Delikten koordiniert präventiv zusammenarbeiten. Hierzu hat uns die Verwaltung mitgeteilt – das Schreiben liegt Ihnen hier heute vor –, dass das alles schon geschieht. Aber mit welchem Ergebnis? Das Ergebnis ist niederschmetternd. Das ist nicht genug. Wir müssen einen neuen Versuch machen, das zu verbessern, damit die Menschen in dieser Stadt wieder sicher leben können.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen das Thema „Angsträume“ bei der Planung nicht nur vor uns her tragen wie eine Fahne; wir müssen es ernst nehmen und vorhandene Angsträume ausschalten, auch durch Videoüberwachung. Wir fordern die KVB auf, ihre Videoüberwachung dahin gehend zu verstärken, dass bestimmte Ecken zusätzlich ausgeleuchtet werden. Dazu sagt die Verwaltung, das geschehe sukzessive. Aber es geschieht auch, dass Tag für Tag und Nacht für Nacht Menschen in der KVB angegriffen, niedergeschlagen, niedergestochen werden. Wir schauen über die Videogeräte zu, aber wir können nicht eingreifen. Deshalb fordern wir, dass man hinschaut. Sie haben gemeinsam mit der Polizei in Köln die Kampagne „Hinsehen, Handeln, Hilfe holen“ gestartet. Doch wir schauen nur hin. Oftmals sind die Videos auch nicht so gut, dass man die Täter bekommen kann. Wir fordern, dass eingeschritten wird, dass nicht zugeschaut wird, wie auf einem Bahnsteig ein alter Herr mit einer Rohrzange zusammengeschlagen wird, sondern dass es Möglichkeiten gibt, frühzeitig einzugreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass die KVB sagt: Das ist zu teuer. Das ist sicherlich richtig. Aber ist es nicht unverantwortbar, wenn wir zuschauen, ohne dass wir den Menschen helfen? Das ist doch viel teurer; denn es kostet das Sicherheitsgefühl einer ganzen Stadt. Dieses Sicherheitsgefühl ist nachdrücklich gestört.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir alle sind der Meinung, dass es keine Toleranz für Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität geben darf. Meldungen über gewalttätige Übergriffe dürfen nicht mehr zur Tagesordnung gehören, sondern müssen uns motivieren, aktiv zu werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie daher den Antrag der CDU nach mehr Sicherheit und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Granitzka. – Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Da-

men und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte einen solchen Satz eigentlich vermeiden, aber nach dieser Rede, Herr Granitzka, und bei allem Respekt vor Ihrer beruflichen Laufbahn und Ihrer Erfahrung in Sachen Sicherheit und Polizeitätigkeit: Der Wahlkampf ist vorbei.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Houben [FDP]: Das Problem ist aber immer noch da!)

Das Problem nehmen wir ernst, wenn es denn vernünftig, richtig und im Verhältnis zu den Tatsachen dargestellt wird. Ich betone noch einmal: Bei allem Respekt vor Ihrer beruflichen Leistung, Herr Granitzka – das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, war ein Zerrbild. Und das kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Überhaupt nicht! Es war die Realität in dieser Stadt!)

Das kann ich so nicht nachvollziehen. Sie haben eine Stadt dargestellt, die im Chaos versinkt. Das tut sie nun wahrlich nicht.

Ich gebe Ihnen recht: Wir haben sehr bedenkliche Fälle von Gewaltdelikten. Das ist wahr.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die höchste Kriminalitätsrate, die es je gegeben hat!)

Wir haben aber auch eine sehr erfreuliche Entwicklung etwa bei der Absenkung von Straftaten von jugendlichen Intensivtätern. Schauen Sie in den Bericht des Hauses des Jugendrechts.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

Sie sitzen mit mir im AVR. Wir haben gemeinsam den Bericht sehr positiv zur Kenntnis genommen. Die Polizei, die Justiz und die Stadt handeln da Hand in Hand.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben eine Zunahme von 34 Prozent bei den Wohnungseinbrüchen! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Herr Oberbürgermeister, so kann man, glaube ich, keine Diskussion führen. Aber okay, das ist in Ordnung.

Wenn Sie das Thema wirklich ernst nehmen – das unterstelle ich einmal –, dann können Sie so nicht damit umgehen. Sie versuchen, ein Zerrbild zu zeichnen, indem Sie ein Chaos darstellen, das so nicht existiert.

(Beifall bei der SPD – Winrich Granitzka [CDU]: Das haben Sie schon gesagt! Ich habe nur die Kriminalitätsstatistik zitiert, sonst nichts!)

- Sie haben erzählt, jeden Tag würden Gewaltdelikte in der KVB passieren. Das ist so nicht richtig, trotz all der bedauerlichen Fälle, die es gibt.

Wir haben festzuhalten: Die Stadt Köln und die KVB – diese beiden Punkte haben Sie in Ihrem Antrag besonders hervorgehoben – handeln bereits, und das ist gut so. Das soll noch ausgeweitet und ausgebaut werden. Aber wir sollten nicht ständig das beschließen, was bereits umgesetzt wird. Damit nehmen wir selber unsere politische Verantwortung nicht ernst. Wir nehmen das, was wir tun, nicht ernst, wenn wir ständig suggerieren, wir täten nichts und deswegen müsse es neu beschlossen werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das reicht nicht!)

Nein, es ist in Ordnung, was die Stadt tut, und sie tut viel. Die KVB hat in den letzten Jahren im Bereich Sicherheit ihre Aktivitäten deutlich ausgeweitet. Mithilfe von Videoaufnahmen konnten viele Fälle aufgeklärt und eine Menge Straftäter zur Verantwortung gezogen werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da war der schon verblutet, als wir das Video gesehen haben!)

Wenn ich das so sage, Herr Granitzka, zeigt das auch: So viele, wie Sie das in Ihrem Wortbeitrag suggeriert haben, sind es Gott sei Dank dann doch nicht.

(Henk van Benthem [CDU]: Nur die Hälfte? Das ist schon schlimm genug!)

Was die Stadt tun kann, sollte sie tun, und sie tut es. Deswegen – in einem Punkt muss ich Ihnen dann doch recht geben – sollten wir unseren Beschluss bekräftigen in Richtung Land, die Personalausstattung der Polizei in Köln zu verbessern. Die Polizei in Köln hat es verdient. Sie hat mit ihrem Personal gerade in den letzten Wochen enorme Erfolge bei der Bekämpfung von Kriminalität, insbesondere von Gewaltkriminalität erzielen können. Ich erinnere an die Aktion zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vor einigen Wochen und an die Aktion gegen die Bandenkriminalität der soge-

nannten Rocker-Banden. Das alles sind wichtige Beiträge zur Erhöhung der Sicherheit.

Dennoch: Es sollte mehr getan werden. Da gebe ich Ihnen recht. Aber wir sollten nicht ständig das erneut beschließen, was wir ohnehin tun; denn damit suggerieren wir den Menschen, wir seien bisher untätig gewesen. Das stimmt nicht. Wir bekräftigen und unterstützen gerne das, was wir schon beschlossen haben, und bitten die Verwaltung, das entschlossen fortzusetzen. In Richtung Land bitten wir den amtierenden Innenminister, der möglicherweise auch der künftige Innenminister sein wird, die Polizei Köln so auszustatten, wie es angesichts der Größe dieser Behörde, der Bedeutung dieser Behörde und der besonderen Aufgaben, die diese Behörde hat, angemessen ist. – Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. – Wir kommen zu Herrn Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum CDU-Antrag „Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet“ hat die Verwaltung eine ausführliche sachliche und nüchterne Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme ist eben auch von Herrn Granitzka angesprochen worden. Anträge wie der heutige Antrag der CDU haben bei den beiden Parteien CDU und FDP, aber leider auch bei den Rechtsextremen von pro Köln eine lange Tradition in diesem Rat. Das wissen Sie alle, meine Damen und Herren.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Anträge haben immer das gleiche Muster:

(Henk van Benthem [CDU]: Ihre Rede auch! – Beifall bei der FDP)

Zunächst wird stets ein Versagen der Stadt Köln wie auch der Kölner Polizei dargestellt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das hat kein Mensch getan! Dagegen wehre ich mich ausdrücklich! Das habe ich mit keinem Wort gesagt!)

- Darf ich meine Rede fortsetzen, Herr Granitzka? – Ich darf zur Begründung dieser Behauptung aus Ihrem heutigen Antrag zitieren:

> Aktuell macht Köln durch die Berichterstattung über eine Gewaltserie in der Kölner U-Bahn, Überfälle auf Friedhöfen oder auch auf offener Straße sowie sexuelle Belästigung am helllichten Tag von sich reden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau so ist es!)

Nebenbei ist zu fragen, ob sexuelle Belästigung in stockdunkler Nacht in den Augen der CDU weniger schlimm ist wie am helllichten Tage.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Das nützt alles gar nichts. Ich werde weiter reden, egal ob sie herumkrakeelen oder nicht.

(Andreas Köhler [CDU]: Reden Sie noch mehr dummes Zeug!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, lassen Sie Herrn Helling zu Wort kommen.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Es geht um das Muster all Ihrer Anträge in den letzten Monaten und Jahren: Zunächst wird stets ein Versagen der Stadt Köln wie auch der Kölner Polizei dargestellt. Sodann werden ein paar Instrumente aus der Mottenkiste alter Wahlprogramme oder auch aus aktuellen boulevardmedialen Aufregungen ultimativ eingefordert, so wie heute zum Beispiel der Punkt KVB-Videoüberwachung, um aber zugleich abschließend festzustellen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung seit Jahren erodiert. So heißt es in der Begründung Ihres heutigen Antrags – ich zitiere –, „subjektives Sicherheitsempfinden“ muss wieder hergestellt werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, damit die Menschen sich wieder sicher fühlen!)

Vielleicht haben sich die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP schon einmal gefragt, welche Rolle sie selber bei der Verunsicherung dieser Kölner Bevölkerung spielen. Haben Sie, meine Damen und Herren, nicht eine Mitverantwortung für die Verunsicherung der Bevölkerung?

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Sie müssen sich das anhören. Das gehört zur Demokratie.

(Beifall bei der SPD – Henk van Benthem [CDU]: Aber nicht so ein Unsinn!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal: Der Redner hat Anspruch darauf, seinen Wortbeitrag störungsfrei vortragen zu können.

(Henk van Benthem [CDU]: Aber da müssen wir nicht zuhören!)

Dann müssen Sie rausgehen.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, hat nicht der verunsicherte Teil der Bevölkerung auch ein Anrecht auf folgende Analysen: Warum wurde zum Beispiel in Ihren Anträgen nicht auf einen außerordentlich aufklärenden Grundsatzartikel der Kölner Lokalpresse, hier: des *Kölner Stadt-Anzeigers* vom 12. März 2012 unter dem Titel „Kriminalität: Datenmaterial lässt sich unterschiedlich interpretieren“, Bezug genommen? Das war ein hochinteressanter zweiseitiger Artikel, der sehr systematisch der Frage nachging, ob man die von Ihnen behaupteten Aussagen über das Ansteigen von Kriminalität auch anders interpretieren kann. Warum werden – auch diese Frage müssen Sie sich gefallen lassen – offensichtliche Erfolge wie die sinkenden Zahlen bei der Beschaffungskriminalität in der Drogenszene, die mit dem hervorragend aufgebauten Hilfesystem in Köln zu tun haben, nicht thematisiert? Warum werden – das ist schon von meiner Vorrednerin gesagt worden – die Erfolge des Hauses des Jugendrechts nicht thematisiert? Warum werden die Erfolge des früheren „Netzwerks gegen Gewalt an Schulen und im schulischen Umfeld“, das heute „Netzwerk Erziehung in Schule“, NEIS, heißt, das hochgradig präventiv arbeitet, nicht thematisiert? Und so weiter, und so fort. Ich könnte diese Reihe unendlich fortsetzen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Weil die Kriminalität trotzdem steigt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, hören Sie auf, manipulativ mit der Verunsicherung unserer Bürger zu spielen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Zeiten, in denen sicherheitspolitische Machos von riesigen Mehrheiten zum Sheriff gewählt wurden, sind selbst in den USA weitestgehend vorbei.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ziehen Sie Ihren Antrag zurück, damit Sie nicht noch mehr Schaden anrichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Ich würde gerne eine persönliche Erklärung nach der Rede von Herrn Helling abgeben.

Herr Helling, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Wir arbeiten sehr gut zusammen im Sozialausschuss. Aber – das muss ich wirklich sagen – Ihre Äußerung zum Thema sexuelle Belästigung, nämlich dass es egal sei, ob sie am helllichten Tag oder in stockdunkler Nacht stattfindet, drückt aus, wie Sie mit der Angst von Frauen umgehen, und das finde ich wirklich ziemlich schwierig

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und schwer nachvollziehbar. So habe ich Sie bisher nicht kennengelernt. Ich möchte noch einmal darauf dringen, sich gerade im Interesse von allen Kolleginnen hier im Rat etwas anders auszudrücken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich empfand die Rede von Herrn Helling als eine Verhöhnung der Opfer, die in den letzten Monaten zu Schaden gekommen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Kein Wort des Mitleids haben Sie für sie gefunden. Stattdessen haben Sie so getan, als hätten wir die Täter dazu animiert, das zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man so nicht stehen lassen. Ich muss klipp und klar sagen: Diese Formulierungen möchte ich für meine Fraktion zurückweisen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Helling hat hier auch das Haus des Jugendrechts angesprochen. Ich erinnere daran: Es waren die Grünen, die mit allen Mitteln versucht haben, dieses zu verhindern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die FDP hat damals den Antrag dazu eingebracht; ich selbst bin der Autor dieses Antrags gewesen. Die SPD das erst abgelehnt, dann aber doch zugestimmt. Jetzt wird das hier als Erfolg dargestellt. Das Haus des Jugendrechts hätten wir schon viel früher haben können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Viele Opfer wären vermeidbar gewesen, hätten die Grünen dem früher zugestimmt. So sieht das aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Darum freuen wir Kölner Liberale uns auch, dass die CDU ein Thema unseres Wahlkampfes zur Köln-Wahl 2009 aufgegriffen hat, nämlich: „Köln ist ein Gefühl. In vielen dunklen Ecken ein Gefühl der Angst.“ Die *Kölnische Rundschau* schrieb am 19. August 2009 zu unserem Thema:

> Das passte wie die Faust aufs Auge: Schlecht beleuchtete öffentliche Räume standen im Mittelpunkt des Rundgangs, zu dem die FDP-Rats-frauen Christtraut Kirchmeyer und Yvonne Gebauer geladen hatten – und kaum stand das Grüppchen an der Unterführung in der Maybachstraße, ging dort auf einen Schlag das Licht aus.

Die *Bild*-Zeitung zitierte Christtraut Kirchmeyer beim Presserundgang mit den Worten:

> Es kann nicht sein, dass sich vor allem Frauen ständig fragen müssen: Welchen Nachhauseweg kann ich nehmen? Welche Bahn kann ich bis wann noch fahren? Welche Straßen und Plätze muss ich meiden, weil sie zu gefährlich sind?

Anscheinend kennen die Grünen solche Bedenken von Frauen nicht. Die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion kennen diese Bedenken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bekanntlich hat die Kölner FDP keine generelle Aversion gegen Videoüberwachung, als ob das Teufelszeug wäre. Dort wo es sinnvoll und nötig ist, sprechen wir uns für die Videoüberwachung aus. So hat die KVB unsere Initiative aufgegriffen, in ihren Bussen zur Sicherheit der Kunden, aber auch der Mitarbeiter eine Videoüberwachung zu installieren. Aber was nützt die beste Videoüberwachung, wenn dann die Unterführung – Stichwort: „Angsträume“ – stockduster ist? Nichts. Darum fordern wir Kölner Liberale viel mehr Licht und hellere Farben in dunklen Unterführungen und Plätzen. Verdreckte Lampen gehören gesäubert, kaputte Leuchten sind auszuwechseln, und mancher helle Anstrich würde bei dem Thema wahre Wunder vollbringen.

Das sage nicht nur ich, das sagt nicht nur die Kölner FDP. Nein, das sagt auch die Kölner Polizei, die für die Thematik „Angsträume“ extra einen Beauftragten eingesetzt hat. Wir Liberale sind der Meinung, dass dieser Experte bei stadtentwicklungspolitischen Projekten viel mehr eingebunden werden müsste, um Angsträume erst gar nicht entstehen zu lassen. Diesem Angstraumverhinderungsprofi der Polizei als Sachkundigem Einwohner eine Stimme im Stadtentwicklungsausschuss zu geben, das wäre eine Präventionsmaßnahme, die mehr bewirken würde als 100 Videoinstallationen an dunklen Ecken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der Antrag der CDU spricht auch ein Thema an, das viele Kölnerinnen und Kölner sehr bewegt, nämlich wie man das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Nahverkehr erhöhen kann. Dazu muss man wissen, dass sich die KVB – das wurde hier schon angesprochen – schon etliche Gedanken macht, wie in den Anlagen der KVB die Sicherheit erhöht werden kann. Hier ist eine rechtliche Prüfung, was die KVB darf und was nicht, einer Umsetzung vorzuschalten. Die Berichterstattung des KVB-Vorstands, Jörn Schwarze, in meiner Fraktion, wie mit den Bilddaten bei der KVB im Sinne von Persönlichkeitsrechten umgegangen wird, hat uns als

liberale Partei schwer beeindruckt, sodass wir zu dem Schluss kommen, dass eine Ausweitung der Videoüberwachung auf Zugängen und Zwischenebenen freiheitsorientiert zumutbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Wertschätzung für die Zunft der Strafverteidiger: Hier stehen wir als Kölner FDP an der Seite des Weißen Rings und der Beweissicherung für die Opfer. Diese Argumentation – das gebe ich zu – hat sicherlich erst in zweiter Linie mit Prävention zu tun; aber es stärkt das Gerechtigkeitsempfinden in unserem liberalen Rechtsstaat, weil wir damit die Rechte der Opfer auf Beweissicherung stärken.

Ich komme zum Schluss. Uns liegt ein Änderungsantrag von SPD und Grünen vor. Der Beschlusstext stammt aus dem schon erwähnten Antrag der FDP, in dem wir ein Sieben-Punkte-Maßnahmenprogramm empfohlen hatten. Die Formulierung wurde damals aus unserem Antrag wortgleich übernommen und im AVR zur Abstimmung gestellt. Schon damals haben wir mehr Polizisten gefordert. Wir können ja schlecht das, was wir formuliert haben, ablehnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, auch wenn hier ein Trick angewandt wurde, stimmen wir dem natürlich zu. Dieser Antrag wird ja als Erstes abgestimmt. Aber ich möchte der CDU-Fraktion sagen: Wir hätten auch eurem Antrag sehr gut zustimmen können. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Breite. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich liegt hierzu auch ein Ergänzungsantrag der Fraktion pro Köln vor. Das wurde offenbar vorhin vergessen, zu erwähnen. Aber das sehen wir Ihnen gerne nach, kein Problem. Pro Köln ist an diesem Thema natürlich sehr interessiert und hat deswegen zu dem sehr guten CDU-Antrag – so viel vorweg – noch einige Ergänzungen vorgeschlagen. Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich noch kurz auf die wirklich skandalösen Einlassungen von Rot-Grün eingehen.

Das war wirklich beispielhaft für die unselige Geisteshaltung hier in Deutschland, die seit Jahrzehnten den Täterschutz vor den Opferschutz stellt, die keinerlei Rücksicht und Empathie für Opfer der Kriminalität aufbringt. Ich sage ganz klar: Schämen Sie sich dafür! Wir müssen endlich wieder die Opfer in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass sich alle in dieser Stadt und in diesem Land sicher fühlen und sicher bewegen können.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, die CDU hat hier sehr wichtige Punkte angesprochen, wobei natürlich einige davon auf die Landesebene weisen, wo man nicht direkten Zugriff hat. Deswegen haben wir in unserem Ergänzungsantrag den Fokus darauf gelegt, wo die Stadt Köln selbst Akzente setzen kann.

Pro Köln bearbeitet dieses Thema schon seit vielen Jahren, seitdem wir hier im Rat sind. Ich bin sehr froh, dass die CDU und die FDP in diesen Punkten nun auf uns zukommen, auch wenn die Bürger natürlich wissen, wer das Original ist und wer die billige Kopie.

(Beifall bei pro Köln)

Trotzdem begrüße ich natürlich ausdrücklich, dass Sie hier auf den pro-Köln-Kurs einschwenken und das in Ihre Agenda aufnehmen. Das ist absolut positiv zu sehen.

Nur, wir als Stadtrat sollten natürlich vor allem die Punkte ins Auge fassen, wo die Stadt selbst etwas machen kann. Da wurde richtigerweise die KVB angesprochen. Aber daneben muss man natürlich auch die Möglichkeiten des Ordnungsamtes ansprechen. Wir alle wissen, dass man in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, aber auch in ganz Deutschland schon einen Schritt weiter ist und das Ordnungsamt in Richtung einer Stadtpolizei, einer Ordnungspolizei ausbaut

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

und es auch personell entsprechend ausrüstet.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

- Natürlich. – Dieser Trend, den es in vielen Städten in Deutschland schon gibt, geht in die richtige Richtung; das sage ich ganz klar. Die Mitarbeiter werden dementsprechend geschult, und sie werden auch mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, eben um die Lücke zwischen Polizei und normaler Verwaltungstätigkeit zu schließen. Die Polizei ist in vielen Dingen überfordert, einfach weil sie personell zu schwach ausgestattet und mit immer mehr Kriminalität konfrontiert wird. Deswegen muss gerade im

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Bereich der öffentlichen Sicherheit, wenn es darum geht, die öffentliche Ordnung zu kontrollieren, aber auch im Bereich der Kleinkriminalität, im Bereich von Graffiti, öffentlicher Verwahrlosung und öffentlicher Verschmutzung das Ordnungsamt der Stadt Köln dementsprechend ausgerüstet und zu einer Art Stadtpolizei weiterentwickelt werden. Es muss Präsenz zeigen, vor allem in diesen Angsträumen.

Vorhin wurde hier im Zusammenhang mit Angsträumen und subjektivem Sicherheitsempfinden höhnisch gesagt: Was haben die Leute überhaupt? Was können wir dafür, wenn sich die Bürger unsicher fühlen? Wenn sich die Oma Schmitz abends nicht mehr auf die Straße traut, dann ist sie doch selber schuld. – So menschenverachtend wurde ja indirekt argumentiert. Da muss ich ganz klar sagen: Natürlich sind die Stadt und die Politik in der Verantwortung, dass sich auch die Oma Schmitz wieder sicher fühlen kann in Köln. Das ist doch ganz klar und eindeutig.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, gerade im Umfeld von KVB-Haltestellen, von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs muss Präsenz gezeigt werden. Hier muss eine Null-Toleranz-Strategie gelten, auch gegen kleine Delikte. Die Erfahrungen aus dem Ausland, aus Amerika, haben doch gezeigt, dass nur eine konsequente Null-Toleranz-Strategie, auch gegen kleine Delikte, für ein Umfeld sorgt, in dem die Kriminalität insgesamt wieder zurückgeht. Das ist empirisch und wissenschaftlich bewiesen. Nur, das wurde hier in Deutschland versäumt, und zwar durch die schon angesprochene Geisteshaltung von Täterschutz vor Opferschutz und eine wirklich verhängnisvolle Ideologie der Alt-68er. Das muss endlich ein Ende haben. Hier muss endlich eine Kurskorrektur erfolgen. Pro Köln kämpft dafür seit vielen Jahren.

Ich lade CDU und FDP ein, auf ihrem Weg der Besinnung weiterzumarschieren. Unsere Unterstützung haben Sie bei diesem Thema auf jeden Fall. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Fenske hat sich bereiterklärt, noch einige Informationen zu geben.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon vor einem halben oder Dreivierteljahr über dieses Thema gesprochen. Leider ist das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum und Sicherheit im ÖPNV – das muss man wirklich sagen – immer noch ein Thema; überhaupt keine Frage. Es ist auch ein schwieriges Thema. Ich denke, wir alle hier im Raum sind uns einig, dass jede einzelne Straftat immer eine zu viel ist. Die Wahrheit ist allerdings auch, dass man nicht jede Straftat verhindern kann. Das gehört zur Wahrheit dazu. Auch durch noch so viel Technik, durch noch so viel Personaleinsatz, durch noch umfassendere Maßnahmen können wir leider nicht jede Straftat verhindern. Das muss man auch sehen. Das hat sicherlich auch viel mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun.

Wir von den Kölner Verkehrs-Betrieben würden uns, ehrlich gesagt, ungern bei diesem Thema treiben lassen. Ich habe mich jetzt auch zu Wort gemeldet, weil ich dem Eindruck entgegenwirken möchte, die Kölner Verkehrs-Betriebe seien im bundesdeutschen Großstadtvergleich ein ÖPNV-Unternehmen, das besondere Herausforderungen und besondere Probleme hat. Die Herausforderungen, die wir haben, sind, ehrlich gesagt, schwierig genug. Sie zu bewältigen, erfordert täglichen Einsatz von uns allen. Gemeinsam mit allen Ordnungskräften und mit der Polizei arbeiten wir daran. Aber – das muss ich schon sagen – wir unterscheiden uns in diesem Bereich jetzt auch nicht so negativ von anderen Unternehmen. Ich habe zwar keine Statistik geführt; aber ich denke, dass das Thema, das wir hier diskutieren, sicherlich auch in anderen Städten erheblich ist.

Ich will drei wesentliche Felder, mit denen die KVB die Sicherheit in ihren Einrichtungen weiter verbessern will, ganz kurz anreißen; zwei sind hier schon genannt worden.

Zum Ersten: Personaleinsatz. Die Menschen müssen spüren: Da ist jemand; da ist jemand ansprechbar. Das ist extrem wichtig. Wir haben in der Mitteilung an die Verwaltung dargestellt, wie viele Mitarbeiter in diesem Bereich inzwischen tätig sind. In den letzten Jahren haben wir den Personaleinsatz kontinuierlich erhöht, weil wir wissen: Persönliche Präsenz ist wichtig. Wir haben heute – über den dicken Daumen gerechnet – knapp über 300 Mitarbeiter im Außendienst, die auch in Uniform auftreten und insofern auch persönlich präsent sind. Das ist wichtig. Vergessen Sie bitte nicht: Gerade in einer Stadt wie Köln, in der es viele Großveranstaltungen gibt, werden viele Zusatzdienste gefahren, und auch da sind wir immer präsent.

Zweiter Punkt: Videoeinsatz im ÖPNV. Dazu will ich nicht nur persönlich, sondern auch im Namen des KVB-Vorstands sagen: Zu diesem Thema gab es in unserer Branche lange Diskussionen. Die Erfolge sind eindeutig. Wir sind – das sage ich hier auch sehr deutlich – für den größtmöglichen Videoeinsatz in unseren Anlagen. Dass datenschutzrechtliche Belange und das Persönlichkeitsrecht berücksichtigt werden, gebietet sich eigentlich von selber. Es gibt bestimmte Möglichkeiten, wie man die Sicherheit auch in den sogenannten Zwischenebenen und im öffentlichen Raum gewährleisten kann.

Letzter Punkt: Prävention. Neben höherem Personaleinsatz und dem Einsatz von Technik und Videoüberwachung muss man natürlich auch präventiv arbeiten; denn mit Personal und Technik ist auch nicht alles machbar. In diesem Zusammenhang seien drei Aspekte genannt:

Wir sind strategisch unterwegs. Gemeinsam mit der Polizei, mit dem Ordnungsamt und den Ordnungsbehörden sind wir Ordnungspartnerschaften eingegangen, beispielsweise was gemeinsame Bestreifungen unserer Einrichtungen oder gemeinsame Begleitung von Großveranstaltungen angeht.

Es gibt zwei weitere Projekte, die im öffentlichen Raum wahrscheinlich noch gar nicht so großartig registriert worden sind, die aber inzwischen sehr viele Menschen hier in Köln erreichen:

Zum einen machen wir ein sogenanntes Mobilitätstraining für Senioren. Das bedeutet: Wir als Kölner Verkehrs-Betriebe gehen ganz gezielt auf ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu und erklären ihnen, wie bestimmte Einrichtungen wie zum Beispiel Notrufsäulen und Notrufeinrichtungen genutzt werden können und genutzt werden sollen und wie man sich in bestimmten Gefahrensituationen verhält. Ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Das Programm läuft jetzt seit über einem Jahr – vielleicht sind es auch anderthalb oder zwei Jahre; ich weiß es gar nicht genau –, es wird immer mehr ausgeweitet und bekommt ein ausgesprochen positives Feedback.

Zum anderen haben wir das Projekt „Fahrzeugbegleiter“ initiiert, das sich an Schülerinnen und Schüler in Köln wendet. Hier spielen wir mit Schülern bestimmte Situationen praktisch durch. Außerdem wird ihnen vermittelt, wie man sich im ÖPNV bewegt. Das ist, wenn Sie so wollen, auch ein Stück weit praktische Verkehrserziehung.

All dies sind Beiträge, die wir jetzt schon zum Thema Sicherheit leisten. Ich hoffe, ich habe Ihnen ein bisschen vermitteln können, dass die KVB erstens an diesem Thema bereits intensiv arbeitet und sich zweitens – wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben – ungern treiben lässt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske, für diese Informationen. – Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist dieser Antrag angenommen und es erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion in geänderter Form.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Der Beschlusstext von 3.1. wird nach dem Unterpunkt 3. und vor der Begründung wie folgt ergänzt:

4. das Ordnungsamt, in sogenannten Angsträumen und im Umfeld von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, verstärkt Personal zu Kontrollzwecken einzusetzen. Dabei sollen insbesondere ordnungsrechtliche Verstöße wie unerlaubtes und aggressives Betteln, Farbschmierereien, Wildpinkeln, Vermüllung des öffentlichen Raums etc. im Mittelpunkt der Kontrollmaßnahmen stehen. Denn Erfahrungen in anderen Städten und Ländern haben gezeigt, dass im Sinne einer Null-Toleranz-Strategie erhöhter Kontrolldruck in sol-

chen Fällen auch insgesamt die Kriminalität zurückdrängen kann. Außerdem erhöhte auch die sichtbare Präsenz von Mitarbeitern des Ordnungsamtes das Sicherheitsgefühl der Bürger.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat bekräftigt den einstimmigen Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales aus seiner Sitzung vom 28.03.2011 und bittet die Verwaltung, sich auch gegenüber der neuen Landesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, die größte und am stärksten belastete Polizeibehörde des Landes in Köln mit dem dringend notwendigen zusätzlichen Personal auszustatten:

Beschlusstext AVR vom 28.03.2011

„Das Benchmarking mit München hat gezeigt, dass in Köln Polizeistellen fehlen, um mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten. Da die Landesregierung in den letzten Jahren stark in die Polizeiausbildung investiert hat und im Sommer 600 Polizeianwärter mehr (von gesamt 1.100) als in den Vorjahren ihre Ausbildung beenden, bittet der Ausschuss den Oberbürgermeister und die „Kölnfraktion der Landtagsabgeordneten“, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass Köln als die größte Stadt des Landes wegen ihres unbestrittenen Mehrbedarfes von den Neueinstellungen auch deutlich [davon] profitiert. Darüber hinaus soll Köln darauf drängen, verstärkt sogenannte Kontingenteinsätze durch Kräfte der Bereitschaftspolizei zu erhalten.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt“
AN/0632/2012

Der Rat möge beschließen, dass der Oberbürgermeister zur Schlichtung des Streits um den Bühnenetat und den Verbleib von Operninten-dant Uwe Eric Laufenberg einen Vermittler (Mediator) einsetzt, der:

zwischen der Verwaltung und der Bühnenleitung vermittelt;

die Notwendigkeit der finanziellen Ausstattung der Bühnen

für die Spielzeiten 2012/2013, 2013/2014 und 2014/2015 feststellt.

Der Rat schlägt auf Empfehlung der FDP-Fraktion als Vermittler Herrn Rolf Bolwin vor, der seit 2006 Berliner Staatssekretär für Kultur ist. Von 1992 bis 2001 war er zunächst Verwaltungsdirektor an mehreren Theatern, ab 1997 geschäftsführender Direktor und seit Dezember 2000 gleichzeitig kommissarischer Intendant der Deutschen Oper in Berlin.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkungen:
Der Namensvorschlag wurde durch Ratsmitglied Breite in der Sitzung modifiziert.

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?“
AN/0660/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Alternativvorschläge in Verwaltungsvorlagen“
AN/0633/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.05.2012
1864/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Seit den letzten Kommunalwahlen ist das Engagement der Kölnerinnen und Kölner in kommunalen Angelegenheiten deutlich gewachsen. Ich verweise auf das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens, das Bürgerbegehren zum Erhalt des Schauspielhauses, aber auch auf das Engagement von „Köln stellt sich quer“, auch dies eine wichtige Aktivität. Immer wieder wird von den Akteuren der Bürgerbeteiligungsprozesse die mangelnde Transparenz von Verwaltungshandeln kritisiert. Wir haben sowohl Gespräche mit Akteuren der Initiative „Köln kann auch anders“ geführt als auch mit dem Journalisten Frank Überall. Dabei ging es immer wieder um das Thema mangelnde Transparenz. Da muss etwas passieren, Herr Oberbürgermeister.

Deshalb möchten wir als Linke erneut auf den Ratsbeschluss vom 13. November 2008 hinweisen, der besagt – Zitat –:

> Der Oberbürgermeister und die Verwaltung werden darum gebeten, in Zukunft bei der Erstellung von Verwaltungsvorlagen in der Regel Alternativen aufzuzeigen ...

Unseres Erachtens ist dieser Beschluss nur unzureichend umgesetzt worden. Es ist etwas passiert, gar keine Frage; aber es kann noch mehr passieren.

Im Jahr 2008 hat die CDU unseren Antrag noch als linksbürokratisches Monster bezeichnet. Im Nachhinein ist klar geworden, dass die Alternativen vorteilhaft sind. Ich glaube, sogar die FDP hat sich kürzlich auf Alternativen bezogen. Das Thema hat sich wohl erledigt. Aber es muss etwas geschehen. Wir müssen die Alternativen insgesamt deutlicher und klarer herausstellen.

In 2008 haben SPD und Grüne unseren Antrag unterstützt. Ein Ratsmitglied, nämlich Herr Zimmermann, sagte damals – ich zitiere –:

> Wir halten es für wichtig, dass das häufiger und breiter gemacht wird. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen.

Nach grobem Überschlag beinhalten nur 20 Prozent der Vorlagen der Verwaltung eine Alternative. Auch die Verwaltung bestätigt in ihrer Stellungnahme, die uns heute zuging – ich zitiere –:

> dass in nur relativ wenigen Beschlussvorlagen ausdrückliche Beschlussalternativen formuliert sind.

Das heißt, die Verwaltung sagt selbst: Das ist oft nicht der Fall.

Selbstverständlich gibt es auch Vorlagen – das ist mir völlig klar –, zu denen es keine Alternative geben kann; gar keine Frage. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Darum geht es mir hier nicht. Mir ist der Anteil von 20 Prozent deutlich zu gering. Wenn wir bei 50 Prozent liegen würden, wären wir in einer anderen Liga. Dann würde ich diesen Antrag auch nicht stellen.

Kollege Frank hat mich gestern darauf angesprochen und gebeten, ihm einen konkreten Fall zu nennen. Nur ein Beispiel: Die Dringlichkeitsvorlagen zur Oper – das sind die Punkte 18.2 und 18.3 der heutigen Tagesordnung – beinhalten keine Alternative. Wir haben diese Diskussion im Hauptausschuss geführt und dort die Verwaltung gefragt: Ja, kann man denn nicht ...? Darauf sagte Herr Wasserbauer: Es sind noch nicht alle Verträge abgeschlossen worden. Da hätte man einhaken und sagen können: Moment mal, wenn das nicht der Fall ist, dann kann man doch da noch was machen.

Mir geht es hier um Folgendes: Es gibt viele Vorlagen, bei denen die Verwaltung mehr und bessere Alternativen darstellen könnte. Das ist doch gerade das Spannende an der Kommunalpolitik. Im Gegensatz zu Bund und Land können wir relativ konkret entscheiden, ob die Straße links oder rechts herum gebaut wird. Der Landtag kann das nicht entscheiden, wir als Rat aber können das. Deshalb muss die Verwaltung die Frage beantworten, warum es besser ist, die Straße rechts herum statt links herum zu bauen. Das ist doch oft eine Alternative. Darum geht es mir in dieser ganzen Diskussion. Der Rat ist ja nicht irgendwer, wir sind der Souverän. Wir als Rat der Stadt Köln wollen über die Meinungsbildung in der Verwaltung umfassend informiert werden. Wir sind der Souverän. Wir können aber nur dann gute Entscheidungen treffen, wenn wir vorher in die Lage versetzt werden, die verschiedenen Meinungen, von denen wir aber Kenntnis haben müssen, abzuwägen. Es spricht ja gar nichts dagegen, dass die Verwaltung dann auch eine eigene Meinung haben darf. Das ist hier überhaupt nicht die Frage. Ich will damit auch nicht erreichen, die Meinung, die in der Verwaltung in der Minderheit ist, zu stärken; darum geht es nicht. Vielmehr geht es mir darum, zu erreichen, dass wir uns als Rat eine gute Meinung bilden können. Da kommt mir einfach zu wenig herüber. Da müssten meines Erachtens Ver-

besserungen stattfinden. Und das ist das Thema dieses Antrags.

Wir haben hier einen relativ seichten Antrag gestellt – wobei sich das vielleicht negativer anhört, als es tatsächlich der Fall ist –, einen freundlich-moderaten Antrag, in dem wir die Verwaltung bitten, noch einmal zu prüfen, was man da machen kann. Herr Oberbürgermeister, Sie haben ja auch die Geschäftsordnung geändert. Es hat sich also schon etwas getan. Bei wichtigen Entscheidungen – Stichwort: Schauspielhaus – waren immer auch Alternativen da. Mir ist das aber einfach noch zu wenig. Deswegen meine Bitte an die Verwaltung, noch einmal zu prüfen, was man in dieser Hinsicht noch verbessern kann, und uns dazu einen Bericht vorzulegen. Das ist keine immense Arbeit, die tagelang Verwaltungsbeamte bindet; das wäre auch nicht meine Absicht. Ich erwarte lediglich eine qualifizierte Stellungnahme, was man da noch machen kann. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Ich verweise noch einmal auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung vom heutigen Tag, die Ihnen vorliegt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

1. *Die Verwaltung möge prüfen, aus welchen Gründen nur in einem Bruchteil der Verwaltungsvorlagen alternative Lösungsmöglichkeiten bzw. Entscheidungen dargestellt werden, obgleich solche Alternativen laut Beschluss des Rates vom 28.11. 2008 die Regel sein sollten.*

Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Rat mitzuteilen.

2. *Die Verwaltung möge ein Konzept erarbeiten, mit dem der Anteil an Verwaltungsvorlagen für Rat und Ausschüsse erhöht werden kann, die alternative Lösungsmöglichkeiten bzw. Entscheidungen beinhalten. Ist keine Alternative darstellbar, so ist dies ausführlich zu begründen.*

Dieses Konzept ist dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Nichtraucherschutzgesetz mit Vernunft und Toleranz“
AN/0635/2012

Dazu hat sich Herr Houben gemeldet. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein schöner Sonntag! Wir haben jetzt auch in Düsseldorf eindeutige Verhältnisse

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, vielen Dank!)

und freuen uns natürlich auf die neue Politik aus Düsseldorf.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich fürchte, es wird die alte Politik!)

Wissen Sie, das zeichnet uns Liberale aus: Wir wollen uns immer in Ton und Art von den anderen Fraktionen abheben. Das möchte ich an dieser Stelle auch gerne tun. Also: Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ergebnis!

Meine Damen und Herren, deswegen ist es ganz besonders interessant, dass wir hier einen Antrag einbringen können – dafür musste ich auch schon relativ lange in der FDP sein –, der genau einem Antrag entspricht, den der SPD-Unterbezirksverband Dortmund als Parteitagsbeschluss auf seinem Landesparteitag einbringen wird. Thema ist der Nichtraucherschutz.

Wir bewegen uns jetzt auf die Fünf-Jahres-Schwelle zu, seitdem wir als freie Bürger noch weiter der – ich will es einmal freundlich sagen – fürsorglichen Dauerbeobachtung ausgesetzt sind und immer noch weitere Vorschriften, Verbote oder zumindest moralische Zeigefinger gezeigt bekommen mit der Begründung, das

sei doch im Sinne des Besten für einen Mann. Dieser Antrag der SPD zur innerparteilichen Diskussion der Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein kleiner Lichtschein, ein schwaches Glimmen. Vielleicht hat man ja auch in der SPD erkannt, dass das permanente Verbieten und das Gängeln der Bürger nicht der ideale Weg ist. Wir als Partei der Freiheit sehen das mit Freude. Deswegen bringen wir diesen Original-SPD-Antrag hier in den Kölner Rat ein.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben unterschiedliche Themen. Sie sind im Wahlkampf ja häufig genug benannt worden. Deshalb brauche ich sie an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Wir haben heute schon manches Mal gemerkt: In den Redebeiträgen aller Fraktionen ist doch eine gewisse Erschöpfung zu erkennen. Ich bitte Sie daher nur darum, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie denn Ihren eigenen Antrag ablehnen wollen, nicht nur den Beitrag, den der Referent Ihnen aufgeschrieben hat, abzulesen,

(Beifall bei der FDP)

sondern auch darauf zu reagieren, dass es sich dabei um einen Antrag handelt, der originär aus der Feder Ihrer eigenen Partei stammt. Das würde die Qualität hier im Rat sicherlich ein wenig stärken.

(Beifall bei der FDP)

Und ich rufe Ihnen zu: Seien Sie mutig! Denn es gibt in Düsseldorf neben Rot-Grün eine zweite Machtalternative. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Frau Schmerbach auf. – Jetzt muss ich eine kleine Raucherpause einlegen.

(Heiterkeit und Beifall)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Schmerbach, bitte.

Cornelia Schmerbach (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Anmerkung, Herr Houben: Die Rede ist nicht von den Referenten geschrieben – meine nicht.

(Gisela Manderla [CDU]: Ihre nicht! – Zurufe von der FDP – Beifall bei der FDP)

Bevor ich auf den Antrag der FDP eingehe, möchte ich darauf hinweisen, dass das Nichtraucherschutzgesetz kein Antidrogengesetz ist, wie die FDP meint, sondern ein Gesundheitsgesetz, also das Gegenteil eines Drogengesetzes. Das Nichtraucherschutzgesetz soll die Menschen, ob Jung oder Alt, vor schweren gesundheitlichen Schäden wie Lungenkrebs, Bauchspeicheldrüsenkrebs und vielen anderen Erkrankungen schützen. Für die FDP scheint das Event wichtiger zu sein als die Gesundheit von Nichtrauchenden oder Rauchenden.

Ich möchte noch einmal betonen: Für uns und für mich ist der Gesundheitsschutz wichtiger als die Interessen von Gastronomen und Tabakindustrie.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Antrag selbst: Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln hat sich wieder etwas ausgedacht – diesmal zum Landtagswahlkampf, wie man feststellt, wenn man das Datum sieht; es war nämlich der 30. April 2012 –,

(Ralph Sterck [FDP]: Die SPD hat sich das ausgedacht!)

und zwar ein Plädoyer für ein sogenanntes liberales Nichtraucherschutzgesetz unter dem Motto „Vernunft und Toleranz“. Das ist Ihnen aber nicht gelungen. Vielleicht haben Sie es schon vergessen: Sie haben zusammen mit der CDU als Landesregierung vor vier Jahren dieses Nichtraucherschutzgesetz beschlossen und stellen heute Ihr eigenes Gesetz infrage – wobei noch dazu anzumerken ist, dass Ihr Nichtraucherschutzgesetz handwerklich schlecht und unklar ist.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie machen durch Ihren Antrag deutlich – das muss man verwundert feststellen –, dass Sie ein schlechtes Gesetz gemacht haben.

Wir brauchen, wie die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt, ein klares, übersichtliches und rechtlich zweifelfreies Nichtraucherschutzgesetz, das die Gaststätten auch klar anwenden können.

In Ihrer Begründung schreiben Sie:

Rauchen gefährdet die Gesundheit, daran besteht kein Zweifel. Aber auch Alkoholgenuss und Übergewicht gefährden die Gesundheit.

Darin sind wir uns einig.

(Karsten Möring [CDU]: Das sehe ich auch so!)

- Dies ist auch meine Meinung.

(Beifall bei der FDP)

- Hören Sie bitte zu. – Ich habe noch nie gehört, dass mich eine neben mir stehende Person an der Theke durch Alkoholgenuss gesundheitlich gefährdet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Durch Zigarettenqualm tut sie das aber. Das ist wissenschaftlich bewiesen.

Das bestehende Nichtraucherschutzgesetz muss im Sinne der gesundheitlichen Vorsorge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Kinder und Jugendlichen besonders aus gesundheitlichen Gründen, aber auch in der Handhabung reformiert werden. Das sehen wir auch so.

Wir werden diesen Antrag aber ablehnen, weil wir uns nach der siegreichen Landtagswahl sicher sind, dass die neu zu bildende Landesregierung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann eine Gesetzesreform vorlegen wird, die besonders dem Wohl und der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von allen Bürgerinnen und Bürgern Kölns dienen wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Schmerbach, bleiben Sie bitte noch kurz hier. Herr Houben möchte eine Nachfrage stellen.

Reinhard Houben (FDP): Frau Schmerbach, nur eine Anmerkung: Wenn Sie auf Ihrem Landesparteitag gegen diesen Antrag Ihrer Parteifreunde aus Dortmund argumentieren werden, dann halte ich Ihre Argumentation auch hier für glaubwürdig. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. – Herr Gey, bitte.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen])

Herbert Gey (CDU): War das eine Frage, Bettina, oder ein Zwischenruf?

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Lass dich nicht ärgern!)

- Nein, das habe ich auch nicht vor.

Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Prosa von Herrn Houben werde ich mich nicht anschließen.

Frau Schmerbach muss ich leider sagen: Es geht nicht darum, dass man Kinder zupafft. In dem Antrag der FDP ist eindeutig und klar gesagt worden, dass man beide Gruppen trennt, und zwar in getrennten Räumen: Räume für Raucher und Räume für Nichtraucher.

Aber da wir heute in einer Chaos-Sitzung sind – wir haben schon so oft über Chaos gesprochen –, möchte ich auch über das Nichtraucherschutzgesetz reden, das diesem Chaos jetzt eigentlich gerecht wird. Dieses Chaos beginnt in Europa und geht über die Bundesrepublik Deutschland bis in die Länder. Soweit ich weiß, ist der Nichtraucherschutz eine Aufgabe, die den Ländern obliegt. Die Länder können hierzu Entscheidungen treffen, die dann auch zu befolgen sind.

Ich will jetzt gar nicht so sehr auf die Einzelheiten eingehen, die in dem FDP-Antrag deutlich dargestellt worden sind, sondern das Ganze an zwei Dingen festmachen.

Ich glaube, wir haben uns alle eine ganze Zeit lang in Kneipen wohlgefühlt, in denen geraucht wurde – ich auch. Bis vor 26 Jahren habe ich selbst geraucht. Heute gehe ich auch in Raucherkneipen. Wenn ich mich mit Freunden treffe, die rauchen, dann gehe ich auch dahin; denn sonst werde ich einsam.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Im Übrigen war es früher so, dass man bei Partys in der Küche stand. Warum stand man in der Küche? Weil in der Küche das Bierfass war, standen alle Leute in der Küche. Heute ist es so, dass der Raucher auf die Terrasse oder auf die Straße geht – und der Nichtraucher bleibt alleine und einsam in der Kneipe zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Im weitesten Sinne verhindern wir also die Kommunikation und führen die Menschen sukzessive in die Einsamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Jetzt haben wir das Problem, dass Rot-Grün einen starken pathologischen Hang zur Regelung hat. Das erinnert mich wiederum sehr an meine Mutter,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Sohn einer rot-grünen Mutter!)

die immer gesagt hat: Zieh dir warme Unterhosen an; denn zu dünne Unterhosen machen krank. – Rauchen macht auch krank. Das weiß ich. Deswegen habe ich ja vor 26 Jahren aufgehört. Das hindert mich aber nicht daran, in Raucherkneipen zu gehen.

Das war der Werbeblock für die Raucherkneipe im Sinne von Kommunikation.

Jetzt gibt es einen zweiten Werbeblock bei mir, nämlich den Werbeblock für die Wirtschaft. Wir haben – und das meine ich jetzt ernsthaft – hier in Köln eine ausgeprägte Kneipenkultur. Das gilt auch für andere Großstädte in Nordrhein-Westfalen. Wir sind als Land Nordrhein-Westfalen mit immerhin 17 Millionen Einwohnern, was die Kneipenkultur anbelangt, gegenüber anderen Bundesländern stark geprägt. In vielen Bundesländern existiert die Kneipenkultur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nicht. Dort gibt es keine Theken. Da sitzt man bei seinem Gläschen Wein; da isst man. Dort wird natürlich nicht geraucht. Das halte ich auch für vernünftig.

Nun gibt es – auch in Köln – Wirte, die ihre Kneipe so umgebaut haben oder umbauen möchten oder würden, dass allen Beteiligten Genüge getan wird. Das ist für die Wirte eine existenzielle Frage – und für uns eine Frage der Gewerbesteuer.

Wir sollten wirklich ernsthaft überlegen, ob man nicht mit Augenmaß und vernünftig unter Berücksichtigung der Belange der betroffenen Gäste und des Personals, aber auch der Wirte, also derjenigen, die dieses kleine Gewerbe betreiben, allen gerecht wird.

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, haben ja die Chance, auf eine Landesregierung einzuwirken, die jetzt in der Lage ist, wirklich souverän Entscheidungen zu treffen. Dazu gratuliere ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich. Das war ein überragender Sieg.

Sie sollten mit Ihrem Großmut hier aus Köln Ihre großmütige Landesregierung bitten, mit Augenmaß zu handeln und bei der Neuschaffung des Nichtraucherschutzgesetzes auch diese Belange, nämlich die Belange der Wirtschaft und die Belange des einzelnen Gastronomen an der Ecke, zu berücksichtigen.

Das sollte mein Appell sein. Wir können das hier von Köln aus nicht ändern. Wir können nur an die Vernunft appellieren. Das tun wir als CDU in Verbindung mit der FDP und hoffen auf Ihr Verständnis. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Gey. – Die Sitzung ist durch dich gerade eher unterhaltsam geworden, lieber Herbert.

(Herbert Gey [CDU]: Ich habe es versucht!)

Ich empfinde sie nicht als Chaos-Sitzung. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich ja, dass es noch unterhaltende Elemente in diesem Rat gibt. Insofern finde ich es auch sehr nett, wie Herbert Gey das vorgetragen hat.

Trotzdem stellt sich die Frage: Warum hat die FDP diesen Antrag überhaupt aufrechterhalten? Denn er ist eigentlich ein typischer Wahlkampf-Gimmick. Das macht man so. Ich kenne das noch aus der Zeit von vor über 30 Jahren. Da hat man es im Studentenparlament auch gerne so gemacht, dass man sich irgendetwas herausgesucht hat, was irgendeine politische Gruppierung mal gesagt hat, und es ihr dann vorgehalten hat. Das ist doch erstsemesterhaft. Jeder weiß, dass das keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema ist. Insofern hätte ich eigentlich gedacht: Der Wahlkampf ist vorbei – die FDP ist dabei ja noch ganz gut weggekommen –, und damit ist es gut, sodass wir die Sitzung etwas beschleunigen können.

Wenn man sich die Dinge genau anguckt, stellt man doch fest, dass das Gesetz, das CDU und

FDP seinerzeit gemacht haben, dazu geführt hat, dass NRW beim Gesundheitsschutz bzw. beim Nichtraucherschutz inzwischen Schlusslicht in Deutschland ist. Daher hat die rot-grüne Minderheitsregierung einen Gesetzentwurf entwickelt, der jetzt formal neu eingebracht werden muss und sicherlich auch eine Mehrheit hat.

Insofern hätten Sie sich eigentlich damit befassen müssen, was denn zum Beispiel andere Bundesländer tun. Mir ist natürlich klar, dass Sie nicht gerne in ein Bundesland schauen, in dem SPD oder SPD und Grüne an der Regierung sind. Insofern hätten Sie sich einmal nach Bayern begeben sollen, wo bekanntermaßen die CSU mit der FDP immer noch die Mehrheit hat. Im Übrigen wissen Sie auch, dass der CSU-Vorsitzende gestern eine Reihe mahnender Worte an die NRW-CDU gerichtet hat. Die hätte man sich jetzt einmal zu Herzen nehmen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz und gut: Dort ist es so – einschränkend muss man natürlich darauf hinweisen, dass die CSU nicht von selbst darauf gekommen ist, sondern es dann tun musste –, dass große Teile ihrer Wähler und Wählerinnen sich für einen sehr rigorosen Nichtraucherschutz entschieden haben, und zwar in Form eines Volksentscheides, den sie dann nachvollziehen mussten.

Das heißt: Wenn man auf der Suche nach den verlorenen Wählerschichten ist, könnte hier ein Ansatzpunkt sein.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor diesem Hintergrund sollten Sie sich die bayerischen Regelungen angucken. Die FDP muss das nicht tun; sie ist jetzt mit dem Wahlergebnis zufrieden.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die CDU wäre es aber ein Hinweis. Dabei werden Sie feststellen, dass der nordrhein-westfälische Gesetzentwurf sehr viel Ähnlichkeit mit der bayerischen Version hat. Insofern sind wir tatsächlich auf einem guten Weg, wenn sich die neu gebildete Koalition jetzt daranmacht.

Dann gibt es natürlich noch ein Argument, dem man sich tatsächlich stellen muss: Führt ein Nichtraucherschutzgesetz zum Niedergang der Wirtschaft – und zwar der Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes, also der Kneipe –, und wird dadurch Ihre Existenzgrundlage untergraben? Da schauen wir noch einmal nach Bayern und stellen fest, dass in der Zeit, in der dieses Gesetz dort in Kraft ist, die insbesondere getränkeorientierte Gastronomie einen Umsatzzuwachs von 7,2 Prozent zu verzeichnen hatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch nicht schlecht. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf Gesundheit Wert legen, sind also nicht davon abgekommen, Bier – Bayern ist ja ein Bierland – und vermutlich auch andere Alkoholika zu trinken. Daher ist die Gefahr, dass wir hier den Niedergang des Kneipenwesens befürchten müssen, nicht gegeben.

Insofern haben die Antragsteller, aber vielleicht auch die CDU Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag nur ablehnen können. Wir werden uns jetzt einmal ernsthaft anschauen, was in Nordrhein-Westfalen im Landtag geschieht. Ich gehe davon aus, dass dieser Gesetzentwurf in nächster Zeit wieder eingebracht wird und dann auch verabschiedet wird. Davon haben wir alle einen Vorteil. Und die Wirtschaft wird daran, wie gesagt, nicht zugrunde gehen. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann möchte ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist dafür? – Das sind die CDU, die FDP, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, dass es auch in der Zukunft Kneipen und Lokale geben kann, in denen geraucht werden darf. Voraussetzung muss auch weiterhin sein, dass inhabergeführte Lokale einen klar getrennten Raucherraum ausweisen können. Dieser Raum darf nicht als Durchgangsraum zum Nichtraucherbereich fungieren und er muss vom Nichtraucherbereich uneinsehbar sein. Im Raucherraum dürfen sich nur Jugendliche über 18 Jahre aufhalten. Inhabergeführte Bier- und Weinlokale jedoch, die nur Erwachsenen zugänglich sind und keinen abgetrennten Raum

aufweisen können, sollen auch weiterhin die Möglichkeit erhalten, sich als Raucherlokal auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben“
AN/0636/2012

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0722/2012

Frau Senol, bitte.

Sengül Senol (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Ausbau der Kindergartenplätze für unter Dreijährige ist eine gewaltige Aufgabe. Die Verwaltung hat bisher Großes geleistet und hat noch viel Arbeit vor sich. Einen Dank dafür an das sehr engagierte Dezernat IV!

Trotzdem sind viele Eltern wütend und verzweifelt. Sie müssen sich in mehreren Einrichtungen bewerben; denn die Nachfrage übersteigt das Angebot. Sie warten nicht nur lange auf einen Platz; auch auf eine Zu- oder Absage müssen sie lange warten.

In Bezug auf die Vergabe der Kindergartenplätze ist für viele Eltern nicht transparent, warum jemand einen Platz bekommt oder nicht. Im SGB ist festlegt, dass arbeitsuchende Eltern einen Platz bekommen sollen. Gerade diese Gruppe geht aber oft leer aus.

Wir meinen: Ein städtisches Internetportal für die zentrale Anmeldung könnte viele dieser Ärgernisse aus der Welt schaffen und Kita-plätze schneller, effizienter und transparenter vergeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt würden entlastet. Die Mehrfachbewerbungen schaffen nämlich einen hohen bürokratischen Aufwand. Die städtischen Angestellten kommen mit der Antragsbearbeitung kaum hinterher. Darüber beschweren sich wiederum viele Eltern direkt bei ihnen. Eine Anmeldung über das Internet würde hier Entlastung schaffen.

Diesen Weg gehen immer mehr Kommunen wie Leipzig, Düsseldorf, Langenfeld und Berlin, zukünftig auch Dresden und Hannover. In diesen Kommunen läuft auch die Anmeldung bei Einrichtungen freier Träger über die zentrale Plattform – und das, obwohl die Träger dazu nicht verpflichtet sind; sie haben sich dem System freiwillig angeschlossen. Die Platzvergabe selbst erfolgt aber wie gehabt durch den jeweiligen Träger.

In einem zweiten Schritt möchten wir als Linke nicht nur die Anmeldung, sondern auch die Vergabe aus einer Hand. Dazu soll die Verwaltung in enger Kooperation mit den freien Trägern ein Konzept erarbeiten und Anreize für diese schaffen; denn solange Betreuungsplätze knapp sind, besteht die Gefahr einer Zweiklassenbetreuung:

- auf der einen Seite die städtischen Kitas, die aufgrund des Rechtsanspruchs für Einjährige alle Kinder aufnehmen müssen; das kann in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf schnell zu einer unausgewogenen sozialen Gruppenstruktur führen; außerdem wird die erlaubte Gruppengröße bereits jetzt ausgereizt, um schnell mehr Plätze zu schaffen

- auf der anderen Seite die freien Träger, die ihre Gruppen nicht überbelegen müssen und auch Einfluss auf die soziale und interkulturelle Struktur der Gruppen haben

Zu einer durchdachten Platzvergabe gehören für uns, DIE LINKE., eine ausgewogene soziale und interkulturelle Struktur der Kindergruppen, die Berücksichtigung der Elternwünsche nach einem Platz in einer bestimmten Kindertagesstätte oder einer wohnort- bzw. arbeitsplatznahen Unterbringung, die Unterbringung von Geschwisterkindern in derselben Einrichtung und die Etablierung von Inklusion als Regel statt Ausnahme.

Wir müssen ein Auseinanderdriften der Systeme – hier städtische Kitas, dort freie Träger – verhindern. Das geht nur über ein Konzept der Vergabe aus einer Hand. Das sind wir den Kindern schuldig, egal wo sie wohnen und welchen kulturellen Hintergrund sie haben.

Meine Damen und Herren, dazu haben die Fraktionen von Grünen und SPD einen kleinen Änderungsantrag eingebracht, den sie gleich vorstellen werden. Wir sind mit dem Ände-

rungsvorschlag einverstanden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. – Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Themen, die mit der Bildungskette und Betreuungskette zusammenhängen, sind für uns alle eine besondere Herausforderung. Ich denke, dass es für die meisten von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Weg dahin, der in vielen Bereichen besprochen wird, kaum Differenzen gibt.

Das Ganze ist eine große Herausforderung, liebe Frau Senol. Wir nehmen die Punkte, die Sie geschrieben haben, auch sehr ernst. Ein paar Dinge möchte ich dennoch – Sie haben schon erklärt, dass Sie dem Änderungsantrag zustimmen wollen – zur Begründung sagen, damit wir dem gerecht werden, was schon passiert und was auf den Weg zu bringen ist.

Diese Herausforderung haben wir schon seit einigen Jahren im Jugendhilfeausschuss diskutiert. Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres wurden die ersten Maßnahmen, die Sie aufgeführt haben, auch schon getroffen.

Ich nenne nur einen Punkt, der von besonderer Wichtigkeit ist oder ein besonderes Schlaglicht auf die Situation legt. Am Ende eines Anmeldejahres sind immer 30 Prozent der Eltern schon versorgt. Daher muss man Kindergartenplätze dann neu organisieren und das Vergabe- und Verteilverfahren neu koordinieren. Das ist heute bei den stark steigenden Zahlen besonders schwierig.

Anfang dieses Jahres wurde seitens der Stadt unter anderem ein neues Internetportal eingerichtet. Dort können von den Eltern auch Vormerkungen für ihre Kinder gemacht werden.

Das ist im Fluss. Wir hatten schon bei der letzten Sitzung diskutiert, dass dort natürlich noch weitergearbeitet werden muss – gerade hinsichtlich der verbindlichen Zusage und der Übersicht über die freien Plätze; denn viele Eltern melden sich an vielen Plätzen in dieser Stadt an.

Dieses gilt bislang auch nur für den Bereich der städtischen Kitas. Die Aufgabe, die zu leisten ist, ist die Schaffung einer kompletten Übersicht. Es geht also darum, wie Eltern ihre Kinder in Köln anmelden können und wie sie eine Übersicht erhalten.

Dafür gibt es aber ein gesetzlich geschaffenes Gremium. Dieses Gremium ist zusammen mit den Trägern sowie der Stadtverwaltung auf dem Weg. Es hat auch schon einige Vorschläge gemacht, die inzwischen umgesetzt sind.

So haben wir jetzt beispielsweise eine einheitliche Servicenummer. Außerdem haben wir schon ein Elternbüro zu diesem Punkt. Allein unter dieser Servicenummer konnten im März 2012 knapp 2 500 Anfragen in Sachen Kitavergabe oder Kitaanmeldung beantwortet und auch gelöst werden.

Insofern sind dort bereits enorme Fortschritte geschehen. Das Ganze wird aber noch weiterentwickelt. Diese Gruppe, die sich darum kümmert, ist inzwischen in Gesprächen und wird uns auch laufend darüber unterrichten.

Insofern nehmen wir den Änderungsantrag als eine zusätzliche Aufforderung, dass dieses Thema in diesem Sinne weiterverfolgt wird, nämlich im Sinne einer Koordinierung eines abgestimmten Anmelde- und Vergabeverfahrens.

Da bitte ich jetzt auch um eine kleine Änderung. Wir haben im Beschlusstext nämlich ein Wort vergessen. In der dritten Zeile muss es heißen:

> … ein abgestimmtes Anmelde- und Vergabeverfahren …

Schließlich hört es nicht mit der Anmeldung auf, sondern die Kinder müssen auch angenommen werden bzw. der Platz muss auch vergeben werden. Daher ist unsere Bitte, das Vergabeverfahren in der dritten Zeile des Beschlusstextes noch mit aufzunehmen.

Insofern bitte ich um breite Zustimmung zu diesem noch einmal bekräftigenden Auftrag an die Verwaltung, mit den freien Trägern in einer guten Abstimmung zu weiteren fortschrittlichen Lösungen zu kommen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Heinen. – Frau Jahn, bitte.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Dann Herr Dr. Schlieben.

Dr. Nils Helge Schlieben (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist ja fast alles gesagt, nur nicht von jedem. Damit es nicht zu langweilig wird, weil Kirsten Jahn jetzt auch schon verzichtet hat, möchte ich die Überraschung nicht zu groß –

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nicht verzichtet!)

- Habe ich das falsch verstanden?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war nur wegen der Reihenfolge etwas irritiert!)

- Ach so. Du bist ja Antragstellerin; also hättest du natürlich vor mir sprechen können. – Frau Jahn verzichtet also nicht. Das macht nichts.

„Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben“ – das ist klar. Da sind wir uns auch alle einig.

Nebenbei erwähnt: Wir brauchen bis August nächsten Jahres auch noch 2 900 neue Kitaplätze oder Betreuungsplätze. Dieses Thema wollen wir hier aber nicht aufmachen. Wir haben es ja schon in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sehr fachgerecht diskutiert.

Da möchte ich auch anschließen. Das hier ist ein klassischer Antrag, der auch zur Diskussion in den Jugendhilfeausschuss gehört. Deshalb bin ich unseren Freunden von Rot und Grün sehr dankbar. In diesem Ersetzungsantrag, der dann auch den Jugendhilfeausschuss einbezieht, beauftragen wir die Verwaltung, zusammen mit den im AK 80 organisierten Trägern der freien Jugendhilfe ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Was mir an dem Ersetzungsantrag besser gefällt, ist, dass nicht alle Ergebnisse schon vorweggenommen sind, wie das in dem sehr umfänglichen Antrag der Linken der Fall ist, sondern dass man sagt: Fragt doch mal die Leute, die sich damit auskennen. – Damit meine ich nicht nur die Verwaltung, sondern auch die freien Träger, die ja vielleicht noch neuen Input geben können. Deshalb gefällt mir das sehr gut.

Ralf Heinen hat zu Recht gesagt – das wurde uns im März dieses Jahres bereits im Jugendhilfeausschuss vorgestellt –, wie sich das Verfahren schon verbessert hat. Wir haben auch schon einen Ausblick bekommen, was noch passieren soll. Das fand ich alles sehr gut.

Die Leute vor Ort interessiert aber auch ein weiterer Punkt; denn nicht jeder weiß: Ist das ein städtischer Kindergarten, oder ist das eine Kita in freier Trägerschaft? Wenn wir das Ganze aus einer Hand hinbekämen – was sicherlich nicht von heute auf morgen geht –, würden wir den Eltern einen großen Gefallen tun.

In diesem Sinne verstehe ich den Ersetzungsantrag, dem wir dann sehr gerne auch vonseiten der CDU zustimmen werden, bevor jetzt auch Kirsten Jahn sicherlich ihre Zustimmung erklärt. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Schlieben. – Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es jetzt auch vom Platz aus. – Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon wahnsinnig viel gesagt worden zu einem Antrag, dessen Ziel eine Selbstverständlichkeit sein sollte – nämlich, dass es für Eltern einfacher wird, ihre Kinder in den Kitas anzumelden.

Mit Blick auf die CDU sage ich noch einmal: Wir haben in den letzten Jahren wahnsinnig viele Kitaplätze geschaffen. Es war manchmal sehr, sehr schwierig – auch auf Grundlage der Situation im Oktober 2010: Ausbaustopp etc.; das hatten wir alles schon. Wir haben hier einen unheimlichen Schwung in der Stadt, was den Ausbau und die Qualitätssteigerung von Kitaplätzen betrifft. Daher müssen wir diese Plätze natürlich schnell und einfach vergeben.

Zwei Punkte, bei denen wir bereits Verbesserungen haben, sind teilweise schon angesprochen worden. So ist das Online-Anmeldeverfahren jetzt am Start. Die Eltern können ihre Kinder dort anmelden. Es wird bald auch mehrsprachig sein, sodass wir wirklich alle Eltern damit einfach erreichen. Auf der Internetseite der Stadt gibt es auch den KiTa-Finder. Dort können Eltern nachgucken, wo sich in Wohnort- und Arbeitsplatznähe Einrichtungen befinden.

Die AK-80-Gruppe hat auf jeden Fall den Vorteil, dass die verschiedenen Träger, die wir in der Stadt haben – nämlich von der kleinen Elterninitiative bis zum sehr großen Träger, die alle sehr Unterschiedliches leisten können und

auch unterschiedliche Verfahren haben –, noch einmal zusammengebündelt werden und gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird.

Ich finde es gut, dass wir das heute alle gemeinsam beschließen können. Ich denke, dass das ein richtiges Zeichen an die Elternschaft ist.

Abschließend noch ein kurzer Hinweis für die Linke: In eurem Antrag steht:

> Inklusion soll von der Ausnahme zur Regel werden.

Im Kitabereich ist Inklusion die absolute Regel. Wir haben nur zwei heilpädagogische Einrichtungen. Alle anderen Kinder werden bereits inklusiv in den Einrichtungen betreut und gebildet. Die Kita ist hier ein Vorbild für viele weitere Bildungseinrichtungen. Da sind wir auf einem guten Weg. Das ist auch gut so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. – Für die FDP Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die Anmeldungen für Kitaplätze schneller als bisher zu bearbeiten. Das haben auch meine Vorredner hier schon festgehalten. Schließlich gilt es, für die Kölner Eltern Planungssicherheit in Bezug auf die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten.

Daher hat die Verwaltung Stellen zugesetzt, die von Herrn Heinen schon erwähnte Rufnummer geschaltet und bereits ein Online-Anmeldeverfahren eingerichtet, welches dem Jugendhilfeausschuss in der März-Sitzung dieses Jahres vorgestellt worden ist. Auch das haben die Kollegen bereits erwähnt.

In dieser Sitzung des JHA ist es nach diesem Vortrag der Verwaltung natürlich zu einer Diskussion gekommen. Auch dort haben wir schon die Einbindung der freien Träger vorgeschlagen, sodass der AK 80 – das ist die besagte Gruppe, von der Herr Heinen gesprochen hat – bereits involviert ist und dieses Thema bearbeiten wird.

Das heißt: Punkt 1 des Antrags wird bereits nach und nach umgesetzt und ist schon in der Mache.

Punkt 2 des Antrags, der darauf abzielt, die Platzvergabe für die freien Träger von der Stadt aus zu regeln, lehnt die FDP ab.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Konzepte aus Düsseldorf und Leipzig, auf die sich die Linken bezogen haben, behalten die Platzvergabe den freien Trägern vor; denn es gibt keinen Anlass, keine Vorfälle, die freien Träger in ihrer Entscheidungskompetenz der Platzvergabe einzuschränken.

Dem Änderungsantrag von Rot-Grün würden wir gerne im Grundsatz zustimmen, obwohl wir der Meinung sind, dass die Einbindung des AK 80 bereits erfolgt und der Antrag dementsprechend überflüssig ist. Er verschlägt aber auch nichts.

Da Sie Ihren Antrag gerade noch einmal geändert haben, hoffe ich jedoch, dass die Vergabe der Plätze weiterhin über die freien Träger erfolgen soll. Ich bin nur damit einverstanden, diesem Antrag jetzt zuzustimmen, wenn dies in den AK 80 geht, dort diskutiert wird und dann dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt wird. Eine Vergabe der Plätze der freien Träger über die Stadt lehnt die FDP ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Laufenberg. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag in der von Herrn Heinen mündlich vorgetragenen geänderten Form? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag einstimmig angenommen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mündlicher Änderung von Ratsmitglied Dr. Heinen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Arbeitskreis nach § 80 SGB VIII (Gremium der Träger der freien Jugendhilfe und der Verwaltung zur Abstimmung der Jugendhilfe-

planung) ein abgestimmtes Anmelde- und Vergabeverfahren für Plätze in Kindertageseinrichtungen zu erarbeiten und das Ergebnis dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 09.02.2012
hier: Nippesbad
0773/2012

Dazu hatte sich Herr Köhler gemeldet.

(Andreas Köhler [CDU]: Nein!)

- Nein, doch nicht? – Dann hat Herr Detjen das Wort. Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Danke schön. – Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Die Versuche, das Bad in Nippes zu erhalten, sind gescheitert. Das Bad wird gerade demontiert. Insofern erledigt sich dieser Antrag der Bezirksvertretung, den wir im Prinzip unterstützen, gerade. Der Wille der Nippeser Bevölkerung ist in gewisser Weise missachtet und mit Füßen getreten worden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Hey!)

- Ja, das würde ich schon so sagen. Ich bin zwar Ehrenfelder, kann das aber aus unserem Stadtbezirk, der direkt daneben liegt, durchaus mitverfolgen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Ehrenfeld daneben liegt, sogar besonders gut!)

Daher kann ich sagen: Es ist schade, dass das so ausgegangen ist, dass Voten des Bürgerhaushalts nicht beachtet worden sind usw. – Aber das haben wir hier schon oft diskutiert; das will ich nicht weiter ausführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir wäre es ein Anliegen, im Rat und auch im Aufsichtsrat darüber nachzudenken, inwiefern es perspektivisch die Chance gibt, dass wir in Nippes ein neues Bad bekommen.

(Beifall bei der Linken – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In Nippes?)

- Kollege Frank, wenn wir noch nicht einmal über Perspektiven nachdenken, dann ist es im Rat natürlich weit gekommen. Insofern gestatte ich mir diesen Hinweis. Ich möchte das Thema ja nur ansprechen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Köln ist die Stadt mit der höchsten Bäderdichte!)

- Es ist mir völlig klar, dass es Informationen gibt, dass wir Bäder haben. Köln ist die Stadt mit der vierthöchsten Dichte. Wir erreichen aber nicht einmal den Richtwert von 1m ² Wasserfläche pro 100 Einwohner. Das ist aber gar nicht die Frage. Kollege Frank, Sie sind aber auch Mitglied im Aufsichtsrat des Stadtwerke-Konzerns. Und Sie, Herr Dr. Steinkamp, werden auch mit Interesse verfolgen, dass die Verluste der KölnBäder GmbH gestiegen sind. Das liegt ja nicht daran, dass das Nippesbad Unmengen von Millionenbeträgen verschlungen hat, sondern einfach daran, dass wir ein Bad gebaut haben, das enorm teuer ist.

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Was heißt Bäder und öffentliche Daseinsvorsorge? Meine Meinung ist: Solche Bäder sehe ich nicht als öffentliche Daseinsvorsorge an; da stelle ich mir andere Bäder vor. Das muss meines Erachtens kritisch diskutiert werden. Es wird uns weiter beschäftigen.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

Wir wissen alle, Herr Kron, dass in Nippes zum Beispiel eine Schule gebaut wird. Es würde natürlich Sinn machen, wenn man Verbindungen zwischen Schulen und Schwimmbädern schafft, um insgesamt die Kosten überschaubar zu halten.

Diese Diskussion würde ich mir in Zukunft wünschen. Ich würde mir eigentlich auch mehr Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat der Bäder in dieser Frage wünschen. Der Kollege Köhler ist da ja sehr engagiert. Das ist gar keine Frage. Sie haben sich auch gegen die Schließung der Bäder ausgesprochen. Aber vonseiten der Sozialdemokraten würde ich mir doch mehr Aufmerksamkeit in dieser Frage wünschen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das Bad in der Lentstraße ist doch für alle zugänglich!)

Lassen Sie uns das Thema „Bäder und öffentliche Daseinsvorsorge in Nippes im Verbund mit dem Ausbau von Gesamtschulen“ also immer im Auge behalten. Vielleicht gibt es ja irgendwann den Moment, in dem man sagen kann: Das müssen wir jetzt diskutieren. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz vom Platz aus: Erstens. Ich möchte ebenfalls zutiefst bedauern, dass dort jetzt Fakten geschaffen werden, noch bevor solche Anträge behandelt werden. Genauso wie Herr Detjen möchte auch ich noch einmal an den Bürgerhaushalt erinnern. Dort ist dieser Vorschlag im Bereich Jugend auf Platz eins gewählt worden – und wir reißen das Bad ab, noch ehe wir den Bürgerhaushalt überhaupt hier im Rat behandeln. Das halte ich für wirklich keinen ordentlichen Umgang mit dem Bürgerwillen.

Zweitens. Im Verkehrsausschuss stand neulich die Anbindung des Lentparks auf der Tagesordnung. Dort hat die KVB berichtet, dass sie große Probleme hat, das Bad von Nippes aus ordentlich anzubinden, also sicherzustellen, dass überhaupt eine Buslinie aus Nippes heraus zu diesem Bad führt. Ich bitte doch, darauf zu achten, dass gewährleistet wird, dass es eine ordentliche verkehrliche Anbindung des neuen Bades an Nippes gibt. – Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen, und zwar wie Vorlage der Verwaltung. Damit alle hier in Schwung kommen, frage ich: Wer ist dafür? – Das sind die SPD, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Linke, pro Köln und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Verwaltungsvorlage angenommen, und der Antrag der Bezirksvertretung ist abgelehnt.

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 09.02.2012 zur Kenntnis und sieht aus den in der Begründung dargestellten Argumenten von einer Beauftragung der Verwaltung ab.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Akquise von Grundstücken für den Bau von Kindertageseinrichtungen“
AN/0544/2012

Antwort der Verwaltung vom 15.05.2012
1875/2012**/2**

Gibt es zu der Antwort der Verwaltung noch Nachfragen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir nehmen das zur Kenntnis!)

Frau Dr. Klein, möchten Sie noch etwas dazu sagen?

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ja. – Wir mussten da ja umfänglich recherchieren, weil wir alle Grundstücke auflisten mussten, was wir jetzt in dieser Beantwortung getan haben. Das hat natürlich auch einige Zeit in Anspruch genommen.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass sich eine weitere Liste unter TOP 22.1 im nichtöffentlichen Teil befindet. Das sind die Grundstücke, die noch in Rede stehen. Diese Grundstücke haben wir nichtöffentlich behandelt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir gucken uns das an und kommen darauf zurück!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Reinigung städtischer Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen“
AN/0714/2012

Die mündliche Beantwortung erfolgt durch den Stadtdirektor. Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Anfrage der CDU-Fraktion beantworten.

Zu Frage 1: Sie werden im Veränderungsnachweis 3, der Sie voraussichtlich am Freitag erreichen wird, vorfinden, dass dort entsprechende Beträge aufgenommen sind: 750 000 Euro für das laufende Jahr 2012 und 1,5 Millionen Euro für die Folgejahre 2013, 2014 und 2015.

Wir können sicherstellen, dass bei einer Beschlussfassung durch Sie zum Haushalt 2012 am 26. Juni dieses Jahres die laufenden Verträge in den Bereichen, wo wir den zusätzlichen Reinigungsbedarf definiert haben, angepasst werden. Das werden wir in den Verträgen zum 1. Juli 2012 dann verankert haben.

Für die Verträge, die zurzeit in der Ausschreibung sind – das ist der TOP 24.3 –, werden wir diesen zusätzlichen DIN-gerechten Aufwand optional schon mit aufnehmen. Für die zukünftigen Ausschreibungen werden wir dann natürlich auch diesen Standard – gute Reinigungsleistungen – zugrunde legen können.

Damit ist auch die Frage 2 beantwortet, welcher Reinigungsstandard dann zugrunde gelegt werden soll.

Die Frage 3 ist damit auch beantwortet. Mit der Verabschiedung des Haushalts ist auf der Grundlage des VN 3 dann auch in den Schulen und Kindertagesstätten, die bisher noch nicht mit guten Reinigungsleistungen beurteilt sind, dieser Standard erreicht. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank für die Beantwortung dieser Anfrage, Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Anfrage mündlich.

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann gehen in der Tagesordnung weiter und kommen zu:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein
4933/2011

Da keine Wortmeldungen zu sehen sind, lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Dann ist diese Satzungsaufhebung beschlossen.

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förm-

liche Festlegung des Sanierungsgebietes Eigelstein in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012

Diese Angelegenheit wurde wegen Beratungsbedarfs vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V – Seite 5).

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung
0992/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die Änderung der Hauptsatzung in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.1.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen;
hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung
1369/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0817/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 beigefügten paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

6.2.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln bzgl. Erhöhung der Eintrittsentgelte, neuer Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums und der Konkretisierung „Freier Eintritte“
0082/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Der Rat beschließt die Änderungen und Ergänzungen der Ziffer II, 1 und 2.1 – 2.3 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln vom 07. Oktober 2010 (Amtsblatt der Stadt Köln Nummer 49 vom 03. November 2010, Seite 1016 ff) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen
0103/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

6.3.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Deutz, Eigelstein, Innenstadt, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/ Urbach, Kalk, Rath-Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
0983/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wer war der Erste? – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin, wir würden gerne abstimmen wie Anlage 7. Die Ehrenfelder hatten ja noch einen zusätzlichen Termin aufgenommen. Das ist dort von allen Fraktionen einstimmig angenommen worden. Dem sollte der Rat doch folgen. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Herr van Geffen.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Bürgermeisterin, wir beantragen, Ehrenfeld hier explizit auszunehmen und den Rest dann entsprechend zu beschließen. Wir haben es hier ja mit einer Vorlage auf Basis der alten Rechtsgrundlage von Schwarz-Gelb aus dem Jahre 2006 zu tun. Die Evaluierung läuft. Wir gehen davon aus, dass wir in Kürze ein neues Ladenschlussgesetz bekommen werden, in dem dann auch dem besonderen Schutz des Sonntags mehr Rechnung getragen wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wie Anlage 6!)

Insofern denken wir als SPD-Fraktion, dass wir mit der Beschlussvorlage der Verwaltung hier in die richtige Richtung gehen. Wie gesagt, wollen wir aber ausdrücklich, dass Ehrenfeld an dieser Stelle ausgenommen wird, weil es da mit Sicherheit noch Klärungsbedarf gibt. – Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr van Geffen. – Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich hätte von Ihnen jetzt gerne ganz genau gewusst, in welcher Form wir abstimmen, also welche Veränderung darin enthalten ist, damit genauestens klar ist, worüber wir abstimmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich Ihnen hier vorschlage, unabhängig von dem gestrigen Votum der Bezirksvertretung Ehrenfeld abzustimmen. Wir haben bis jetzt keinen Antrag der Veranstalter, auf die sich die Bezirksvertretung Ehrenfeld beruft. Ich habe heute auch vergeblich versuchen lassen, mit den beiden Veranstaltern telefonisch Kontakt aufzunehmen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir jetzt Planungssicherheit für die anderen antragstellenden Veranstalter geben.

Ich sage Ihnen zu: Wenn sich da noch ein Handlungsbedarf ergeben sollte, werden wir versuchen, dem Rechnung zu tragen.

Auf der anderen Seite geht es, glaube ich, nicht, dass wir Ihnen jetzt ohne Begründung eine Entscheidung abverlangen, bei der Sie keinen Abwägungsprozess vornehmen können. Meines Erachtens muss das im Interesse der Gleichbehandlung aller Veranstalter schon gleich sein.

Deshalb lautet meine herzliche Bitte, wie Verwaltungsvorlage – ohne jegliche Änderung – abzustimmen.

Wenn wir den Eindruck haben, dass wir da noch nachjustieren müssen, werden wir noch einmal auf Sie zukommen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Okay!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Also wie Anlage 6.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Anlage 6 ist die Verwaltungsvorlage!)

- Wie Verwaltungsvorlage. – Noch einmal Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Stadtdirektor, nach Ihren Worten wird unsere Fraktion dem auch folgen. Ich appelliere aber an Sie – Sie haben das gerade auch zugesagt –, tätig zu werden, wenn die Veranstalter da sind; denn das, was ich von der SPD gehört habe, war ja eine andere Argumentation.

(Beifall bei der FDP)

Die Veranstaltung in der Landmannstraße findet bereits am 1. Juli 2012 statt. Ich kann mir zwar vorstellen, dass SPD und Grüne schnell verhandeln; und Sie haben ja einen guten Draht zur Landesregierung, Herr Stadtdirektor. Aber dass sie schon bis zum 1. Juli dieses Jahres Gesetzesvorlagen einbringen und in der dritten Lesung verabschieden? Da müssen Sie mir aus Ihrer Verwaltungserfahrung doch recht geben: Das schafft selbst Turbo-Rot-Grün nicht.

Bitte denken Sie an die Menschen in Ehrenfeld. Ermöglichen Sie ihnen die Gleichbehandlung, und machen Sie nicht im vorauseilenden Gehorsam schon etwas.

(Beifall bei der FDP)

Da möchte ich nur an Sie appellieren. Mehr können wir nicht tun. – Danke schön, Herr Stadtdirektor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite, wir haben folgende Situation: Der zusätzliche verkaufsoffene Sonntag am 1. Juli 2012 hat den Vorteil, dass an diesem Tag bereits von anderen Veranstaltern Feste geplant sind, die auch in der ordnungsbehördlichen Verordnung, die Ihnen heute zur Genehmigung vorliegt, berücksichtigt sind. Bei dem verkaufsoffenen Sonntag am 12. August 2012 haben wir aber in der Tat das Problem, dass wir damit die Zahl der 20 zugelassenen Sonntage in diesem Jahr überschreiten würden.

Wir haben natürlich ein hohes Interesse – Sie kennen die Diskussion –, möglichst die Zahl der – ich darf das in Anführungszeichen sagen – „bespielten“ Sonntage zu reduzieren. Wie Sie wissen, haben wir uns da auf einen guten Weg gemacht, die Zahl von 32 „bespielten“ Sonntagen im Jahr 2005 auf 20 „bespielte“ Sonntage in diesem Jahr zu reduzieren.

Deshalb ist der 1. Juli 2012 aus meiner Sicht unproblematischer als der 12. August 2012, der einen zusätzlichen „bespielten“ Sonntag bedeuten würde. Wenn man es hinbekäme, dieses Datum auf einen bereits hier im Programm vorgesehenen Sonntag zu verändern, wäre das sicherlich einfacher.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank für die Klärung, Herr Stadtdirektor. – Noch einmal Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Breite, noch einmal deutlich zur Klarstellung – vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt, oder Sie haben mich nicht richtig verstanden –: Ich habe eine grundsätzliche Anmerkung zum Thema gemacht. Uns geht es darum, dass wir hier nicht über die Zahl der 20 von der Verwaltung

jetzt in der Beschlussvorlage vorgegebenen Sonntage hinausgehen wollen.

Deswegen macht es Sinn, so zu verfahren, wie der Stadtdirektor das gerade vorgeschlagen hat.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Herrscht darüber jetzt Einigkeit? Hat jeder jeden verstanden? – Wunderbar.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte ich jetzt darüber abstimmen lassen – wie Anlage 6, um das noch einmal deutlich zu sagen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Geänderter Beschluss gemäß neuem Verwaltungsvorschlag:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage B1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufstellen im 2. Halbjahr 2012 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Die neuen Anlagen (Mitteilung an den Rat sowie die Anlagen B1; B2 und B3) wurden als Anlage 6 für die Ratssitzung bereitgestellt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2012 gemäß § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 in analoger Anwendung
1687/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 15.03.2012 bis 30.04.2012 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen:

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *5.591,88 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwand) sowie*

   3.355,12 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen
   i. H. v. 8.947,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

8. Überplanmäßige Aufwendungen

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

10. Allgemeine Vorlagen

Wir hatten uns darauf verständigt, TOP 10.19 vorzuziehen und als TOP 10.0 zu behandeln. Daher rufe ich jetzt auf:

10.0 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm
1295/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Gärtner meldet sich zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Vertagung in die Haushaltsplanberatungen. Dieses Programm wird nämlich so hohe Kosten für die Stadt verursachen, dass man es nicht losgelöst davon sehen kann. Deshalb möchten wir es erst mit dem Haushalt und nicht schon heute beraten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bevor wir darüber abstimmen, frage ich: Gegenrede?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Formal!)

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich weise darauf hin, dass der Finanzausschuss bereits gestern diese Vorlage beschlossen hat – mit allen notwendigen Ergänzungen und mit dem klaren Votum, dass diese Vorlage heute den Rat erreichen soll und auch hier entschieden werden soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Daher kommen wir jetzt zur Behandlung von TOP 10.0 statt 10.19. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe CDU, auch wenn man drei Mal etwas versucht, kann es schiefgehen. Nach den Versuchen im Sozialausschuss und im Finanzausschuss haben Sie jetzt im Rat probiert, das Ganze in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen. Das hat leider nicht geklappt. Es ist aber auch besser so, glaube ich.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zunächst ein Kompliment an unsere Stadtverwaltung. Mit dieser Beschlussvorlage zum Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm hat sie unseren Ratsbeschluss vom 13. Oktober 2011 mustergültig umgesetzt und so mit harten Daten und Fakten hinterlegt, dass wir alle – alle! – dieser Vorlage mit gutem Gewissen zustimmen können.

(Beifall von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Und wenn wir das gleich tun – und ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung –, dann kann dieser 15. Mai 2012 ein wirklich guter Tag für Köln und seine Bürgerinnen und Bürger werden; denn mit diesem Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung kommen wir unserem Ziel der Sozialen Stadt Köln ein gutes Stück näher.

Wir haben die Diskussion über die kommunale Wohnungsbauförderung bereits in der Sitzung am 13. Oktober 2011 sehr ausführlich geführt. Immerhin nimmt die entsprechende Passage im Wortprotokoll 13 Seiten ein. Das sind mehr als 10 Prozent des gesamten Ratsprotokolls. Ich möchte mich auch nicht unbedingt wiederholen. Deshalb heute nur so viel:

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass wir wieder in die Wohnungsbauförderung einsteigen – wir hatten das ja schon einmal –; denn das Dach über dem Kopf ist ein Grundrecht, und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum gehört zur Daseinsvorsorge. Dieser Verpflichtung kommen wir mit unserem Beschluss ein Stück mehr nach. 1 000 Wohnungen pro Jahr sind vielleicht immer noch nicht genug; es ist aber deutlich mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass wir in die sozialraumverträgliche Verteilung von öffentlich gefördertem Wohnraum einsteigen, damit Sozialwohnungen nicht immer nur da entstehen, wo es billig ist und wo es einen hohen Bestand gibt. Durch die gestaffelte Subventionierung des Erwerbs von nicht städtischen Grundstücken anhand des Förderatlasses, den wir gleich auch mitbeschließen, erreichen wir, dass auch Grundstücke in den besseren Lagen wieder für den sozialen Wohnungsbau interessant werden. Dadurch schaffen wir eine bessere Durchmischung armer und reicherer Bevölkerungsschichten und verhindern wir Sozialwohnungsgettos in unserer Stadt.

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass es auch Anreize für den Bau von barrierefreien

Sozialwohnungen gibt; denn älter werden wir alle – hoffentlich.

Für diejenigen unter Ihnen, die eher wirtschaftspolitisch orientiert sind, habe ich auch noch einige Anmerkungen.

Ja, es ist richtig; wir nehmen eine Menge Geld in die Hand, und das fällt in Zeiten knapper Kassen nicht leicht. Aber ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist eben auch ein Standortfaktor für eine wachsende Stadt wie Köln. Ich kann nun einmal nur dort wohnen, wo ich es mir leisten kann. Und wie die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt aussieht, muss ich Ihnen nicht erzählen. Da sorgt unser kommunales Wohnungsbauprogramm nicht nur ganz konkret für Entlastungen durch die Bereitstellung von Wohnraum; nein, durch die im Vergleich zu dem frei finanzierten Wohnungsbau deutlich niedrigeren Mieten wird auch ein Stück Druck aus dem Kessel der ständigen Mietpreissteigerungen genommen, und Wohnen bleibt in dieser Stadt für alle erschwinglicher.

Dass das Ganze aber auch ein großes Programm zur Belebung der lokalen Wirtschaft und zum Erhalt oder sogar zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, sollten wir bei unserer Entscheidung ebenfalls nicht vergessen – genauso wenig wie die Tatsache, dass Menschen, die weniger Geld für die Miete ausgeben, mehr Geld in der Tasche haben, um zu konsumieren und die Kölner Wirtschaft am Laufen zu halten.

Meine Damen und Herren, so oder so, sozial- oder kommunalpolitisch betrachtet – der Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung nutzt dieser Stadt. Deshalb werbe ich noch einmal herzlich um Ihre Zustimmung. – Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Paetzold. – Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Leider war die Ratsmehrheit nicht bereit, unserem Antrag auf Vertagung in die Haushaltsplanberatungen zu folgen. Herr Paetzold, das ist aber alles andere als gut.

Warum dies nämlich eigentlich unumgänglich ist, sagt schon die Verwaltungsvorlage selbst, die einen geradezu genialen Deckungsvorschlag enthält. Ich zitiere aus der Vorlage:

> Die Finanzierung des Gesamtkonzepts geht zu Lasten des Gesamthaushalts bzw. erhöht das bereits bestehende Defizit.

Das ist doch wirklich ein genialer Deckungsvorschlag.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Um Schlimmeres zu verhindern!)

Damit zeigt die Kämmerin, dass sie vor dem Antrag von Rot-Grün aus der Ratssitzung Mitte Oktober letzten Jahres, das vorliegende Programm aufzustellen, kapitulieren musste.

(Martin Börschel [SPD]: Warum kapitulieren? Sie muss es umsetzen!)

Sie von Rot-Grün wollen, dass die Stadt ihr eigenes Defizit erhöht, um gekürzte Landesmittel auszugleichen.

Auch inhaltlich bleiben viele Fragen offen. Der Programmentwurf hat unsere in der Ratssitzung Mitte Oktober letzten Jahres vorgebrachten Bedenken nicht zerstreuen können.

Ich will hier nicht ausführlich alle Argumente wiederholen, die wir damals vorgebracht haben. Deshalb nur ein kurzes Statement:

Sie wollen massive Eingriffe in die Wohnungs- und Grundstückswirtschaft vornehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, so ein Quatsch! Wieder dieses Märchen! – Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habt ihr doch gemacht!)

Dies wird zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen, aber die Zahl der Wohnungen unter dem Strich nicht wirksam erhöhen.

Eine Kosten-Nutzen-Berechnung fehlt völlig.

Mit Ihrem Förderatlas stigmatisieren Sie sogar eine Reihe von Stadtteilen und damit auch deren Bewohnerinnen und Bewohner. Herr Paetzold, hier geht es überhaupt nicht um den Gegensatz zwischen Wirtschaft und Sozialem. Nur: Mit diesem Programm können Sie gar keinen sozialen Fortschritt erreichen.

Deshalb sagen wir: Lassen Sie die Finger weg von einem solchen teuren, ineffizienten und sogar schädlichen Programm. Sorgen Sie – und da spreche ich insbesondere Sie an, Herr

Börschel – lieber im Landtag dafür, dass die Stadt wieder das Geld erhält, das die schwarz-gelbe Vorgängerregierung dafür zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Die Stadt hat im letzten Jahr so viel bekommen wie in fünf Jahren Schwarz-Gelb nicht! Das ist doch Autosuggestion, Frau Gärtner!)

Den Ersatz gestrichener Landesmittel aus dem Stadtsäckel – und das auch noch außerhalb der Haushaltsplanberatungen – lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Gärtner. – Frau Moritz, bitte. – Entschuldigung; das waren gerade zwei Hände bei der FDP.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin, ich habe nur eine kurze Zwischenfrage. Ich bin ja noch nicht so lange im Rat.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug betritt den Ratssaal)

- Ah ja; dann bin ich ja beruhigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: War das jetzt ein Geschäftsordnungsantrag? Hatten Sie deswegen beide Hände oben?

Reinhard Houben (FDP): Ja, Frau Bürgermeisterin. Der Geschäftsordnungsantrag hat sich aber erledigt, weil die Kämmerin gerade gekommen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Okay; danke schön. – Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss jetzt ein bisschen von meiner geplanten Rede abweichen; denn ich finde es ärgerlich, dass Ihr Gedächtnis so kurz ist. Denn genau das, was Sie heute gesagt haben, Frau Gärtner, haben Sie im Oktober letzten Jahres auch gesagt, und Herr Börschel hat sich die Mühe gemacht, Ihnen wirklich ganz ausführlich zu erklären, wie es sich mit dem Landesbauvermögen und dem Transfer zur NRW.BANK verhält, wie das mit dem Eigenkapitalbedarf der NRW.BANK zusammenhängt und warum das, was Sie da herausgenommen haben, eigentlich viel zu viel war, weil Sie nämlich verzehrt haben.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das stimmt doch alles nicht!)

- Wenn Sie es immer noch nicht verstehen, würde ich mich bereit erklären – ich habe mich nämlich gut vorbereitet –, noch einmal das vorzulesen, was Herr Börschel Ihnen erklärt hat – didaktisch wirklich gut erklärt hat, finde ich; und das kann ich beurteilen.

(Beifall bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das braucht doch nicht richtig zu sein!)

- Wenn Sie immer wieder so einen Unsinn behaupten, dann muss ich Sie belehren.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann aber auch darauf verweisen. Jeder, der lesen kann, kann das ja nachlesen. Dann schenke ich mir das.

(Ursula Gärtner [CDU]: Dann lesen Sie auch einmal das, was die CDU dazu gesagt hat!)

- Ich habe auch alles das gelesen, was die CDU dazu gesagt hat. Und ich muss sagen: Dabei kommt die CDU schlecht weg.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir können uns aber auch darauf einigen – wir wollen ja heute nicht böse sein –, dass ich eine ganz normale Rede halte. Dann hören Sie aber bitte auf, immer dazwischenzubrüllen, dass die CDU in Bezug auf die Wohnungsbauförderung so viel Gutes über das Land geschickt hat. Ich kann mich nämlich noch erinnern, dass Ihre Meinung war: Wir brauchen gar nicht so viel Wohnungsbauförderung;

(Martin Börschel [SPD]: Außer im Münsterland!)

wir müssen nur die allergrößten Notfälle am Markt versorgen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ich möchte Sie an dieser Stelle auf etwas anderes aufmerksam machen, nämlich auf die angespannte Lage, die wir in Köln zurzeit haben, und zwar nicht erst seit heute. Wir beschäftigen uns auch nicht erst seit heute damit. Wir haben 2005, 2007, 2009 und 2011, also alle zwei Jahre, jeweils einen wohnungsbaupolitischen Antrag gestellt und dann geschaut, ob die Maßnahmen, die wir ergreifen, das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben. Und siehe da: Die Stützungsmaßnahmen, die Subventionierung, die Anreize waren nicht stark genug, um die Lage tatsächlich zu verändern.

Auch das, was wir heute beschließen, ist nur ein weiteres Instrument, um die Zielzahl von 1 000 Wohnungen zu erreichen. Herr Detjen hat in seiner Rede bei der letzten Sitzung Herrn Corneth zitiert, der für den Mieterverein Köln darauf hingewiesen hat, dass wir eigentlich 2 000 brauchen. Davon sind wir aber weit entfernt.

Deshalb müssen wir uns etwas anderes einfallen lassen, Herr Klipper. Wir müssen uns wirklich etwas anderes einfallen lassen; denn diese Lage betrifft über 40 Prozent der Kölner Bevölkerung. Über 40 Prozent der Kölner Bevölkerung können sich nicht normal und ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum versorgen.

Die knappen Flächen, die wir in Köln haben – da hat die CDU ja recht; wir haben knappe Flächen –, sowie die hohe und sogar noch wachsende Nachfrage führen weiter dazu, dass die Preise in die Höhe getrieben werden, was die Lage zusätzlich verschärft.

Wenn Sie sich vorbereitet haben, wissen Sie, dass auch andere Wachstumsregionen in Deutschland, besonders die großen Städte, solche Programme auflegen. Als Beispiele nenne ich nur einmal München, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart. Das sind Städte, die prosperieren. Diese Städte kennen Sie. Sie werfen uns oft vor – beispielsweise in der Opern-Debatte –, dass wir uns an diesen Städten ein Beispiel nehmen sollen. Wir gucken nicht nur auf die Oper, sondern auch auf bezahlbaren Wohnraum und versuchen auch da, von anderen zu lernen. Auch diese Städte machen es so, dass sie kommunale Wohnungsbauförderungsprogramme auflegen. Das versuchen wir jetzt auch. Wir hoffen, dass wir damit die Zielzahlen erreichen.

Die Vorlage sagt aber nicht nur, dass wir die Zielzahlen erreichen wollen, sondern auch, dass wir, anders als früher, öffentlich geförderte Wohnungen in Viertel einmischen wollen, die heute sozusagen sozialwohnungsfrei sind. Es ist nämlich ein Phänomen in Köln, dass wir eine immer stärkere Entmischung bekommen – und das ist genau das Gegenteil einer urbanen und lebendigen Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Leiter des Wohnungsamtes hat uns versichert, dass er im letzten Jahr und auch im vorletzten Jahr über genügend Anträge verfügte, die aber nicht mehr aus dem Landeswohnungsbauvermögen per Darlehen bedient werden konnten. Daher können wir hoffentlich – das hoffe ich sehr – davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren mehr Wohnraum herstellen können.

Ich sage aber auch: Wir müssen uns die Zahlen am Ende eines Jahres genau angucken. Dazu wird in den Fachausschüssen berichtet. Falls das nicht gelingt, können wir uns damit dann auch nicht abfinden.

Die Blockierhaltung von CDU und FDP, was Baulandmodelle und städtebauliche Verträge zur Verpflichtung privater Investoren betrifft, die wir hier in Köln haben – die wir nicht in Frankfurt, nicht in Stuttgart, nicht in Hamburg und nicht in München haben, aber in Köln –,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

verhindert, dass dieser Mangel kurzfristig oder mittelfristig behoben wird.

Diesen Mangel können wir aus zwei Gründen nicht akzeptieren: erstens aus sozialer Verantwortung und zweitens, weil das langsam auch zu einem Standortnachteil für Köln und für die Kölner Wirtschaft wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU] – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann machen Sie es doch bitte, Frau Moritz, und fordern Sie nicht immer weniger, wie es gestern wieder passiert ist! – Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Dann stimmt doch zu!)

- Herr Klipper, ich bin ja immer froh über Einwände. Aber wenn zwei verschiedene kommen, muss ich mich auf einen konzentrieren. Herr Elster warf gerade ein: Wieso nehmen Sie Rücksicht darauf, wenn die Opposition blockiert? Dazu darf ich kurz etwas sagen, Herr Elster. In München hat zum Beispiel die CSU mit für das Baulandmodell gestimmt. Im Übri-

gen haben wir gerade über Nichtraucherschutz geredet. Offensichtlich ist die bayerische CSU auch noch zu anderen Dingen in der Lage.

Ich möchte jetzt aber meine Rede beenden, weil meine Redezeit zu Ende ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Moritz. – Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich muss schon sagen: Ich finde es sehr fürsorglich von Herrn Börschel und Frau Moritz, dass sie immer meinen, Frau Gärtner und mir erklären zu müssen, wie das denn eigentlich mit der Finanzierung der Wohnraumförderung im Lande auszusehen hat.

Es ist doch ganz klar. Das sieht man schon allein in Ihrer Vorlage, die wir heute beschließen sollen. Darin steht nämlich – ich zitiere aus der Vorlage –:

> Das Land hat den Ansatz für die Wohnraumförderung in NRW von der zeitweisen Überschreitung auf bis zu 1 Mrd. € nicht weiter fortgesetzt, sondern diesen Ansatz ab 2011

- da war doch irgendein Regierungswechsel, wenn ich mich recht erinnere -

> wieder auf 800 Mio. € zurückgeführt.
>
> (Martin Börschel [SPD]: Ja, weil Sie das Geld ausgegeben haben! Das ist doch nicht so schwer zu verstehen!)

Meine lieben Damen und Herren, es hat also etwas mit politischem Willen zu tun. Und der politische Wille von Rot und Grün, den sozialen Wohnungsbau zu finanzieren, war nicht mehr da.

> (Beifall bei der FDP und der CDU – Martin Börschel [SPD]: Um so etwas zu sagen, sind Sie eigentlich zu klug!)

Das ist in der Vorlage ja sehr gut dargelegt.

Aufgrund der gesunkenen Wohnraumförderung des Landes können statt 1 000 nur noch 650 Wohnungen errichtet werden.

Nachdenklich stimmt mich folgender Satz in der Vorlage – ich zitiere auch hier –:

> Trotz großzügiger Berücksichtigung der Kölner Interessen durch das Ministerium ist davon auszugehen, dass dauerhaft nur Mittel für 650 Wohnungen bereitgestellt werden können.

Das ist eine Formulierung, die sich auch Herr Oberbürgermeister Roters zu eigen gemacht hat.

Ich sage ganz offen, dass ich da schon meine Probleme habe. 1 000 Sozialwohnungen jährlich unter Schwarz-Gelb, 650 Wohnungen unter Rot-Grün: Wenn man dies als großzügig bezeichnet, mag ich mir gar nicht vorstellen, wie das aussieht, wenn uns SPD und Grüne in Düsseldorf mal nicht großzügig behandeln.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist in der Tat eines der zentralen sozialen Probleme unserer Stadt. Dieses Problem resultiert aus Umständen, die an sich recht positiv sind. Wir sind eine wachsende Stadt, in der sich junge Familien ansiedeln und die auch für junge Menschen, die hier studieren wollen, attraktiv ist.

Gerade beim studentischen Wohnungsbau werden wir in einem Jahr, wenn der doppelte Abiturjahrgang an die Unis drängt, vor enormen Herausforderungen stehen.

Schade ist nur, dass auch hier in Köln von der Landesebene nicht die nötige Unterstützung kommt. So hat laut *Kölner Stadt-Anzeiger* Ministerpräsidentin Kraft bei ihrem Wahlkampfbesuch in Köln der Forderung nach weiteren Studentenwohnheimen mit dem Hinweis auf sinkende Kinderzahlen eine klare Abfuhr erteilt.

(Zurufe von der FDP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das Land hat Köln in eine schwierige Situation gebracht. Wie reagieren wir darauf?

Das hier vorgelegte Wohnungsbauförderungsprogramm hält die FDP nicht für den richtigen Ansatz. Ich sage Ihnen auch, warum: Wir halten es für unverantwortlich, in der jetzigen Haushaltslage Jahr für Jahr 35 Millionen Euro für dieses Programm zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, gestatten Sie mir auch ein Wort zum Verfahren. Es ist schon bemerkenswert, wie schnell der Ratsan-

trag von Rot-Grün zum städtischen Wohnungsbauprogramm in eine Vorlage umgesetzt wurde -

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Bravo! – Beifall bei der SPD)

eine Vorlage von enormer finanzieller Tragweite, die nun im Hauruckverfahren noch vor den Haushaltsberatungen durch den Rat gebracht werden soll.

Die FDP ist der Auffassung, dass man auch im sozialen Wohnungsbau ernsthaft über Standardreduzierungen nachdenken sollte. In der jetzigen Situation gilt es, möglichst viele Wohnungen zu bauen. Aber nicht alle müssen über den Höchststandard verfügen.

Darüber hinaus dürfen wir private Investoren im sozialen Wohnungsbau nicht durch städtische Vorgaben und Vorschriften verprellen. Ich nenne hier nur das Stichwort Zweckentfremdungs- und Überlassungsverordnung.

Die FDP will nicht, dass die Kölner und Kölnerinnen zwei Mal unter den Folgen rot-grüner Politik zu leiden haben -

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

erst die rot-grünen Kürzungen auf Landesebene

(Martin Börschel [SPD]: Das war Schwarz-Gelb vorher!)

und dann jährlich 35 Millionen Euro neue Schulden für den städtischen Haushalt. Deshalb werden wir die Vorlage ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Hoyer. – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Ratssitzung am 13. Oktober 2011 ein größeres Wohnungsbauprogramm gefordert, als es in Ihrer Vorlage enthalten ist, mit dem bis zu 1 350 Wohnungen hätten gebaut werden können. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Trotzdem ist es für uns selbstverständlich, dass wir diese Vorlage so, wie sie hier vom Oberbürgermeister vorgelegt wurde, unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch gemeinsam mit der Verwaltung und dem Oberbürgermeister an der Umsetzung dieses Programms arbeiten. Verstehen Sie es also bitte nicht so, dass wir herummäkeln werden. Wenn wir Kritik üben werden, dann sind das Anregungen, damit wir dieses Programm auch tatsächlich durchsetzen können. Uns ist völlig klar, dass es schwer genug ist, dafür zu sorgen, dass das auch tatsächlich alles passiert.

Dann werden wir im Jahre 2015 darüber diskutieren, wie wir weitermachen. Das ist die Situation, und das müssen wir machen. Dann werden wir auch diskutieren und wieder fragen, ob wir da nicht mehr machen können usw. Das werden wir dann im Lichte dieser Erfahrungen diskutieren.

Meine Damen und Herren, deswegen können Sie davon ausgehen, dass wir voll dabei sind. Wir werden das entsprechend mit durchsetzen und dafür sorgen, dass es auch stattfindet.

Wir freuen uns auch, dass Herr Corneth vom Mieterverein Köln diese Vorlage und diese Politik voll unterstützt.

Leider konnte er sich nicht in der CDU durchsetzen. Die CDU trägt diese Vorlage also nicht mit. Das ist leider so. Spannend fand ich, dass in den Diskussionen, die im Landtagswahlkampf geführt wurden, einzelne CDU-Kandidaten dieses Programm, das jetzt angelegt wird, sogar positiv unterstützt haben. Das hat mich sehr gefreut. Die Ratsfraktion kommt aber nicht zur Besinnung und will einfach weitermachen.

Kollege Klipper, deshalb finde ich auch Ihr Argument, Köln werde mit diesem 35-Millionen-Euro-Programm zu einer Bank, völlig deplatziert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Diesen Vergleich haben Sie angestellt. Das steht so im Protokoll. Dann müssen Sie eben die Protokolle des Ausschusses lesen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Gucken Sie nach; das stand darin. – Ich finde eine solche Äußerung deplatziert. Das bringt es nicht. Schließlich gibt es Bestimmungen der Wohnraum –

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Erzählen Sie nicht etwas Falsches!)

- Gut; wenn Sie sich davon distanzieren, ist das umso besser. Dann nehme ich alles zurück. Dann sind wir uns ja einig.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper, dann sind wir uns doch einig, dass die Stadt Köln hier nicht als Bank auftritt, sondern als Förderer des sozialen Wohnungsbaus, als Investor. Das ist in Ordnung. Ich nehme alles zurück.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie sind aber auch nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Debatte, die bei Ihnen auf Landesebene geführt wird, macht mir nämlich schon ein bisschen Sorgen. Ich möchte Sie daher Folgendes fragen: Der Kollege Priggen hat Ende April dieses Jahres erläutert, dass das Wohnungsbauprogramm um 200 Millionen Euro gekürzt werden soll.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist auch so!)

Damit meint er – ich könnte es auch zitieren; darauf kann ich aber verzichten, weil das völlig klar ist – die Eigenheimförderung.

Bisher entfallen von den 850 Millionen Euro 450 Millionen Euro auf den sozialen Wohnungsbau, 200 Millionen Euro auf die Eigenheimförderung und 200 Millionen Euro auf die Bestandssicherung. Jetzt sollen die 200 Millionen Euro für die Eigenheimförderung wegfallen. Das ist natürlich nichts, woran mein Herzblut hängt; gar keine Frage.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das ist das Problem!)

Aber denken wir einmal daran – das ist ja ein Projekt, Herr Oberbürgermeister –, dass wir Chorweiler sanieren wollen. Dann würde es natürlich Sinn machen, aus dem Topf der Eigenheimförderung einen kleinen Betrag herauszunehmen, um Eigenheime in Chorweiler einzumischen. Das könnte Sinn machen.

Deswegen ist meine Frage: Wäre es nicht eher sinnvoll, die Eigenheimförderung zu reduzieren – beispielsweise um 150 Millionen Euro – und sie dann dem sozialen Wohnungsbau zugute kommen zu lassen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Können Sie das nicht im Landtag besprechen? Da sind Sie aber nicht mehr vertreten!)

Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, das wäre mir ein stärkeres Anliegen. Diese Frage muss meines Erachtens ernsthaft diskutiert werden. Das wäre die Möglichkeit, da zu reparieren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Detjen, es ist schön, dass Sie hier im Kölner Rat über den Landtag sprechen!)

- Herr Kollege Klipper, wenn Sie SPD und Grünen hier alten Tobak von anno dunnemals vorhalten und überhaupt nicht aufpassen, was sich in der Landesdebatte abspielt, dann seien Sie lieber ganz ruhig. Wir müssen doch über die Dinge reden, die aktuell sind. Und es müsste Sie doch noch viel mehr interessieren als uns, wenn die Eigenheimförderung gekürzt werden soll. Da müssen Sie doch aufspringen und „Um Gottes willen!“ schreien. Das ist doch Ihr Thema.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habe ich schon vor einem halben Jahr gesagt! Da waren Sie nicht dabei!)

Sie haben es einfach verschlafen. Sie passen einfach nicht auf. Das ist doch der Vorgang.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, meine Anregung ist, diese Umverteilung von Eigenheimförderung in Richtung sozialer Wohnungsbau vorzunehmen. Das wäre eine Möglichkeit, insgesamt eine kleine Erleichterung zu schaffen, auch zwar auch für den sozialen Wohnungsbau – ohne jetzt dieses Programm infrage zu stellen; um Gottes willen. Das will ich gar nicht. Es wäre aber schön, wenn aus dem Topf der Eigenheimförderung vielleicht auch kleine Einheiten in den sozialen Wohnungsbau einfließen würden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen, und zwar wie Finanzausschuss, neue Anlage 7.

Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen der CDU und der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

I. Beschluss über den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Gärtner:

Der Rat beschließt, die Angelegenheit in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 14.05.2012:

In konkretisierender Umsetzung seines Beschlusses vom 13.10.2011 beschließt der Rat ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm für die Dauer von 5 Jahren mit folgenden Fördertatbeständen:

1. Zur Sicherung der Zielzahl von 1.000 neuen preisgünstigen geförderten Mietwohnungen vergibt die Stadt aus eigenen Haushaltsmitteln Wohnungsbaudarlehen zum Neubau von Mietwohnungen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung entsprechend den in Anlage 1 dargestellten Förderbedingungen, sobald das der Stadt Köln zugewiesene Mittelkontingent der Landesförderung für den Mietwohnungsneubau vor Erreichen der realisierbaren Zielzahl von 1.000 Wohneinheiten aufgebraucht ist.

   Dazu werden im Teilfinanzplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in den Jahren 2012 bis 2015 jährlich 33 Mio. € veranschlagt. Mit diesen Mitteln können jährlich ca. 330 Wohnungen neu mit Darlehen gefördert werden.

2. Als weiterer Fördertatbestand wird der Erwerb nichtstädtischer Grundstücke durch Zuschüsse im Gesamtumfang von 1 Mio. € jährlich subventioniert. Die Zuschussgewährung ist verbunden mit der öffentlichen Darlehensförderung von Wohnungen durch das Land bzw. nachrangig durch die Stadt. Die sozialraumverträgliche Verteilung der mit städtischen Mitteln geschaffenen Wohnungen in diesem Rahmen wird durch Anwendung des Förderatlasses erreicht (Anlage 2). Dazu werden im Teilfinanzplan 1003, Wohnraumförderung, Wohnungserhaltung und -pflege, Hilfen für Wohnungssuchende, in den Jahren 2012 bis 2015 Mittel von jährlich 1 Mio. € veranschlagt.

3. Die sozialraumverträgliche Verteilung der mit städtischen Mitteln geschaffenen Wohnungen innerhalb des Stadtgebietes erfolgt nach einem Schwerpunktesystem (Förderatlas). Grundlage des Konzeptes ist der Anteil geförderter Mietwohnungen am Gesamtmietwohnungsbestand auf Stadtteilebene. Der in Anlage 2 beschriebene Förderatlas wird mit beschlossen.

4. Weiterhin werden Mittel für den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen (Anlage 3) im Teilfinanzplan 1003, Wohnraumförderung, Wohnungserhaltung und -pflege, Hilfen für Wohnungssuchende, in den Jahren 2012 bis 2015 von jährlich 1 Mio. € veranschlagt.

   Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modell in Abstimmung mit der Wohnungswirt-chaft zu entwickeln und dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, durch interne Richtlinie sicherzustellen, dass das bestehende Baulückenprogramm mit dem vom Rat beschlossenen Schwerpunkt weitergeführt wird.

6. Für die Bearbeitung des Antrags auf Gewährung eines Zuschusses für den Grundstücksankauf verzichtet der Rat auf die Erhebung der Verwaltungsgebühr nach Nr. 56.1 der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln vom 10.02. 2011. Diese beträgt 0,4 % der bewilligten Zuschusssumme.

Neben der laufenden Information des Ausschusses für Soziales und Senioren berichtet die Verwaltung rechtzeitig über den Erfolg des städtischen Programms. Auf der Grundlage der weiteren Beschlussfassung zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen, das sich u. a. mit dem künftigen Bedarf an preiswerten Wohnungen auseinandersetzt und Handlungsvorschläge erarbeiten wird, soll unter Berücksichtigung der dann aktuellen Landesförderung sowie der aktuellen Haushaltslage über eine evtl. Anschlussförderung entschieden werden.

Parallel zum Förderergebnis des Landesprogramms teilt die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales und Senioren jährlich das Ergebnis des städtischen Förderprogramms mit.

Deckungsvorschlag:

Die Finanzierung des Gesamtkonzepts geht zu Lasten des Gesamthaushalts bzw. erhöht das bereits bestehende Defizit.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über eine Veranschlagung im Teilfinanzplan 1003 und 1601. Die Auswirkungen auf die Veranschlagungen bei den Teilplanzeilen in den Teilergebnisplänen 1003 und 1601 können zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen fehlender Anhalts- und Erfahrungswerte nur grob beziffert werden (siehe Anlage 4).

Gemäß Empfehlung des Finanzausschusses werden folgende Ergänzungen der Verwaltung zum Bestandteil des Beschlusses:

Ergänzende Erläuterung zur Berichtspflicht und Evaluation durch Frau Beigeordnete Reker.

Wie in der Beschlussvorlage festgehalten wird die Verwaltung:

1. *Jährlich dem Sozialausschuss über den Verlauf des Programms berichten.*

2. *Dem Rat rechtzeitig vor Ablauf der 5 Jahre eine abschließende Evaluation vorlegen.*

   Diese orientiert sich an den Zielen des Ratsbeschlusses vom 13.10.2011 und wird die Auswirkung des Programms mit Hilfe folgender Indikatoren überprüfen:

   - *Anzahl der Wohnungen die im Rahmen des Programms erstellt wurden*

   - *damit können die Ziele:*

     - *Entlastung der Kölner Haushalte;*

     - *positive Auswirkung auf das Konsumverhalten und auf die Auftragslage des Handwerks;*

     - *Entlastung für den städt. Haushalt*

     erreicht werden.

   - *Sozialverträgliche Bebauung – ist es gelungen Grundstücke entsprechend dem Förderatlas zu gewinnen –*

     damit kann das Ziel:

     - *gleichmäßige Verteilung von preisgünstigem Wohnraum im Stadtgebiet*

     erreicht werden.

   - *Anzahl der Wohnungen, die durch Verlängerung der Belegungsbindung dem preisgünstigen Segment erhalten bleiben – soweit es sich bei den Mietern um Transferleistungsbezieher handelt, wirkt sich dies auch als direkte Einsparungen aus –*

     damit können die Ziele:

     - *Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum für WBS-Berechtigte*
     - *Vermeidung des Anstiegs der KDU*

     erreicht werden.

   - *Einsparungen von Transferleistungen, die unmittelbar mit dem Bezug dieser Wohnungen respektive mit der Verlängerung von Mietpreisbindungen in Verbindung zu bringen sind.*

   Zusammenfassung:

   D.h. je mehr geförderte Wohnungen die Stadt mit Hilfe dieses Programms zusätzlich und gleichmäßig verteilt im Stadtgebiet errichten respektive erhalten kann – desto näher kommen die Verwaltung den Zielen die der Rat mit diesem Programm verfolgt.

3. *Ergänzung zur Vorlage 2 (Förderatlas) im Absatz 3:*

   Zuschusshöhe

   - *20% bei Stadtteilen mit weniger als 10% an öffentlich geförderten Wohnungen*

   - *15% bei Stadtteilen mit weniger als 15% an öffentlich geförderten Wohnungen*

   es sei denn, sozialpolitische Gründe sprechen dagegen (z.B. Köln-Meschenich)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.1 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

10.2 Kölner Haus der Innovationen hier: Gründungsprozess
4514/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0703/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

1. *Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2010 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest und beschließt, aus dem Jahresüberschuss von EUR 46.559.571,84 einen Betrag von EUR 45.179.600,00 an den Haushalt der Stadt Köln abzuführen und den verbleibenden Betrag von EUR 1.379.971,84 der Gewinnrücklage zuzuführen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

10.4 Wirtschaftsplan 2012 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0794/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Der Rat stellt gemäß § 4 I b) der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 50,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

10.5 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln 2012
0856/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch das angenommen.[1]

Der Rat der Stadt Köln beschließt das Abfallwirtschaftskonzept in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

[1] Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

10.6 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

10.7 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Anmerkung:
Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu:

10.8. Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse – Geschäftsprozessoptimierung
0064/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0712/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ja. Bitte, Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage unter TOP 10.8 ist überschrieben mit „Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse – Geschäftsprozessoptimierung“. Wer sich inhaltlich mit dieser Vorlage auseinandersetzt, merkt allerdings sofort, dass von Beschleunigung bzw. Geschäftsprozessoptimierung nichts in dieser Vorlage enthalten ist. Die Vorlage hat kein durchgängiges Konzept und ist zu wenig konkret. Außerdem fehlt die Umsetzung in Rechts- bzw. Satzungsänderungen komplett.

Schauen Sie sich nur einmal den Beschlussvorschlag an. Hier wird von der Verwaltung in die Fachgremien verwiesen, in denen dann wahrscheinlich wieder über Jahre rumgewuselt werden wird.

Der Superhammer des Stadtdirektors ist aber, dass ausgerechnet die Gebäudewirtschaft als Eigenbetrieb, also die Stelle in dieser Stadt, die am allermeisten mit Vergaben zu tun hat, in der Beschleunigungsvorlage gar nicht erwähnt wird.

Wahrscheinlich dreht diese Vorlage deshalb jetzt auch die zigste Ehrenrunde durch alle Gremien, da keiner von uns diese ziemlich sinnentleerte und nicht konkretisierende Vorlage überhaupt verabschieden will. Hier scheint weder ein Umsetzungsinteresse noch ein Umsetzungswille vorhanden zu sein.

Meine Damen und Herren, da wird im vergangenen Herbst in einem teuren, zeitaufwendigen Vergabeverfahren erst einmal die Kölner Wirtschaft von Herrn Kahlen beschäftigt und vorgeführt.

Anschließend warten wir auf die Organisationsanalyse und hören dann durch Zufall im Fachausschuss auf Anfrage der Fraktion der SPD vom Beigeordneten Streitberger, dass die städtischen Mitarbeiter die Wirtschaftsanalyse durchführen sollen. Ich kann gar nicht begreifen, dass die Organisationsanalyse nicht von Externen durchgeführt werden soll, sondern von Internen. Interne Laien sollen also eine Gebäudewirtschaft mit einer Jahresbilanz von 1,5 Milliarden Euro prüfen. Da kann ich mir doch einfach nur einen lachen.

Durch Zufall hören wir dann weiter, dass diese Organisationsanalyse in frühestens zwei Jahren abgeschlossen sein soll.

Weiterhin haben wir im Fachausschuss erfahren, dass die Gebäudewirtschaft – vorbildhaft, wie in der Beschlussvorlage gefordert – eine eigene Beschleunigungsvorlage eingebracht hatte, der Stadtdirektor diese aber gar nicht gezeichnet hat, da er ja auf die von Laien erstellte Organisationsanalyse warten will. Er will also wiederum zwei Jahre warten, bevor er in der Gebäudewirtschaft irgendetwas beschleunigen will.

Herr Oberbürgermeister, da sind Sie gefordert, die Dienststelle des Stadtdirektors einmal zu beschleunigen – ich möchte fast sagen: machen Sie ihm mal Beine –; denn diese Taktik der Verzögerung des Herrn Stadtdirektors ist unerträglich für alle Beteiligten, vor allen Dingen in den Fachausschüssen.

(Beifall bei der CDU)

Das Argument des Budgets lasse ich an dieser Stelle überhaupt nicht gelten; denn wir alle

wussten im vergangenen Jahr, dass eine professionelle Organisationsanalyse Geld kostet. Das wusste auch Frau Klug. Da kann sie jetzt nicht sagen, dieses Geld habe sie nicht im Kästchen.

Wir dürfen hier wirklich nicht zulassen, dass der Stadtdirektor offensichtlich nicht dem Beschluss des Rates aus dem letzten Jahr nachkommen will. Das machen wir nicht mit – ich sowieso nicht.

Herr Kahlen, deshalb haben wir mit einem Änderungsantrag Ihre Vorlage erst einmal mit Sinn und mit Leben gefüllt; denn wir, die Politik, meinen es ernst mit dem Beschleunigen von Vorhaben in unserer Stadt. Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen Vorhaben schneller vorantreiben. Wir wollen zum Wohle des Kölner Bürgers schneller entscheiden – und auch zum Wohle der Stadtkasse.

(Michael Zimmermann [SPD]: Wollen Sie deshalb die Entscheidung noch einmal verschieben?)

Deshalb sehen wir die Anhebung der Wertgrenzen vor, die sich erwiesenermaßen als konjunkturbelebend herausgestellt hat, Herr Zimmermann, auch die heimische Wirtschaft berücksichtigt und wirtschaftsfördernd ist.

Hier appellieren wir an den Landtag, die unter dem Konjunkturpaket II eingeführten Verfahrenserleichterungen aufrechtzuerhalten.

Zudem muss die Verwaltung in die Lage versetzt werden, die Vielzahl der Projekte selber zu realisieren, statt die Entscheidungen durch umfängliche, aufwendige Vorlage in zig Gremien zu verzögern.

Außerdem brauchen wir eine konkretere Langfristplanung. Wir wollen weg von der Planung, die einfach nur Summen in den Haushalt einspeist. Es muss konkret geplant werden, wann welche Personal- und Finanzressourcen zur Verfügung stehen. Es kann doch nicht so sein, wie es in den letzten Jahren war und wie wir es gleich auch wieder verabschieden werden, dass wir jede Menge Planungsaufträge, zum Beispiel im Bereich des Schulbaus, an die Verwaltung erteilen und die Verwaltung auch plant, wir aber dann, wenn es ans Bauen geht, erst einmal gucken müssen, ob die Kämmerin noch ein bisschen Geld im Portemonnaie hat und ob wir überhaupt Personal für die Realisierung dieser Bauvorhaben haben. Die Planung muss zwingend vorher erfolgen. Ressourcenplanung ist das A und O. Das macht uns der Stadtwerke-Konzern vor, die StEB machen es so, und jedes andere Wirtschaftsunternehmen macht das auch.

Meine Damen und Herren, wir müssen unbedingt dazu kommen, Personal- und Finanzressourcen schon beim Planungsauftrag in der Vorlage zu berücksichtigen. Diese Änderung der Beschlussvorlage ist für uns alle eminent wichtig. Hier geht es nicht nur um Schulbau und Kitas; hier geht es um Tunnelbauwerke, Brücken, Feuerwehrwachen und Kulturbauten.

Ich wollte heute an Ihre Vernunft appellieren, dass Sie unserem Änderungsvorschlag folgen. Anscheinend haben sich die Sprecher des Fachausschusses nicht durchsetzen können. Dann müssen Sie aber auch in der Öffentlichkeit die Verantwortung übernehmen, meine Herren und Damen von der SPD und von den Grünen, und dem Bürger erklären, dass Sie gegen die Beschleunigung von Vorhaben sind und ein „Weiter so wie bisher“ bevorzugen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Frau Gordes, für manche Stellungnahme, die Sie jetzt hier eingebracht haben, habe ich durchaus Verständnis. Es besteht durchaus Interesse, darüber zu diskutieren.

Ich verstehe aber Ihr Verfahren nicht. Diese Vorlage ist am 18. Januar 2012 schlussgezeichnet und wurde erstmals am 30. Januar 2012 in einen Ausschuss eingebracht. Heute haben wir den 15. Mai 2012. Der Verkehrsausschuss hat einstimmig zugestimmt usw. Ich will das jetzt nicht alles vorlesen; Sie haben es vorliegen.

Ich frage mich, warum Sie nach vier Monaten mit einem Änderungsantrag kommen. Das ist mir völlig unerfindlich.

Genauso wenig kann ich nachvollziehen, dass Sie diesen Änderungsantrag hier im Rat stellen. Sie wissen doch, dass so komplexe Dinge nur in Ausschüssen beratbar sind. Sonst brauchen wir doch gar keine Ausschüsse mehr und können sie auflösen.

Das Verfahren, wie Sie das machen, ist also nicht korrekt. Sie haben sogar letzte Woche in den Ausschüssen auf „ohne Votum in den Rat“ gedrängt und sich einer Debatte verweigert – zum Beispiel im Rechnungsprüfungsausschuss, wo ich selbst als Vertreter eines Kollegen dabei war.

Kurz und gut – der Auftrag an die Verwaltung ist doch erst einmal, entsprechende Änderungsvorschläge zur Beschleunigung zu machen, nämlich Satzungen zu ändern usw. usf., also die ganze Liste. Das ist ein Arbeitsauftrag. Wenn diese Vorschläge vorliegen, dann wird man sich damit befassen, ob diese Satzungen von uns im Hinblick auf die Beschleunigung für vernünftig gehalten werden.

Das heißt: Jetzt geht es darum, diese Vorlage, und zwar mit der Anlage aus dem AVR, zu beschließen. Es ist bestenfalls möglich, Ihren Änderungsantrag der Verwaltung als Material mitzugeben. Dann wird sie sich schon einmal damit befassen können. Wir können jetzt aber nicht eine Detaildebatte führen, nachdem diese Vorlage fast vier Monate durch die Ausschüsse gelaufen ist und von Ihnen nichts zu hören war. Mir fehlt also jedes Verständnis; das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Da sehen Sie mich jetzt recht erstaunt; denn in vielen Gremien ist sie mehrmals diskutiert worden. Wir haben den Stadtdirektor in jeder Sitzung aufgefordert, diese Vorlage nachzubessern und sie mit Fakten, Satzungsänderungen und bestimmten konkreten Vorgaben anzufüttern. Da ist nichts passiert – bis heute nicht. Deshalb haben wir dazu jetzt unseren Änderungsantrag gestellt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer sich für den Änderungsantrag der CDU ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Vorlage selbst. Wer sich für die Beschlussvorlage in der Anlage 2 ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann, die Fraktion der FDP und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

1) Der Rat der Stadt Köln begrüßt die positiven Erfahrungen zur Beschleunigung von Bauprojekten und Vergabeprozessen aus der Umsetzung des Konjunkturprogramms II. Aus diesem Grund appelliert er an die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II eingeführten Verfahrenserleichterungen aufrecht zu erhalten sowie die heraufgesetzten Wertgrenzen für die Wahl der Vergabeart dauerhaft einzuführen und mit den Beträgen für andere Vergabearten (VOL, VOF) zu vereinheitlichen. Die Regelungen im neuen Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen sind, sofern erforderlich, entsprechend anzupassen.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend den nachfolgend aufgeführten Bedingungen die in der Begründung aufgeführten Maßnahmenpakete zu überarbeiten und dem Rat in der ersten Sitzung nach der Sommerpause erneut zur Beschlussfassung vorzulegen:

- *Die Wertgrenzen in den verschiedenen städtischen Regelungen sind zu vereinheitlichen.*
- *Entscheidungen zu Planung und Durchführung von Projekten sind durchgängig bis zu einer Wertgrenze von 2,5 Mio. € als Geschäfte der laufenden Verwaltung zu behandeln. Vergabeentscheidungen sind grundsätzlich als Geschäfte der laufenden Verwaltung zu behandeln.*
- *Gleiches gilt für die Entscheidung bei Kostenüberschreitungen, sofern diese nicht über 20 % der Kostenberechnung und mindestens bei 500.000 € liegen.*
- *Die Vorgaben und Verfahren für die Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnli-*

chen Einrichtungen – insbesondere Gebäudewirtschaft – sind in die Analysen und Maßnamen einzubeziehen.

- *In das Maßnahmenpaket sind personalwirtschaftliche Ansätze aufzunehmen, durch die der erhebliche Personalmangel insbesondere bei technischen Berufen kurzfristig und dauerhaft abgebaut bzw. ausgeglichen werden kann.*

- *Für die vorgesehenen Maßnahmen ist eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen, in der die zusätzlichen Ressourcen für die geänderten Verfahren (z. B. Einführung und Bedienung der Informationsplattform) eventuellen Synergien bzw. Einsparungen an Personal- und Sachmitteln gegenüber zu stellen sind.*

- *Die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen ist zu konkretisieren und in einer Zeit-Maßnahmen-Planung (inkl. Kosten) darzustellen.*

- *Die zur Umsetzung erforderlichen Satzungsänderungen, inkl. Betriebssatzungen u. ä. und Anpassungen weiterer ortsrechtlicher Bestimmungen sind ebenfalls in das Maßnahmenpaket aufzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

A) Der Rat nimmt das von der Verwaltung erarbeitete Maßnahmenpaket (siehe unter I. der Beschlussvorlage, Projektmanagement, IT-Unterstützung u. a.) zur Kenntnis und sieht hierin geeignete Schritte zur Beschleunigung von städtischen Baumaßnahmen.

B) Der Rat beschließt die von der Verwaltung erarbeiteten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung der politischen Beratung und Beschlussfassung (siehe unter II. der Beschlussvorlage, Heraufsetzung und Harmonisierung der städtischen Wertgrenzen, Zusammenfassung/Reduzierung politischer Beschlüsse, Verzicht auf politisch nicht beeinflussbare Entscheidungen) und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Änderungen in den städtischen Satzungen, Richtlinien und Regelungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Resolution: Ausbau des Eisenbahnknotens Köln in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen
1358/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung NRW auf, den Ausbau des Eisenbahnknotens Kölns bei der Bundesregierung prioritär als Maßnahme mit vordringlichem Bedarf für den 2015 neu aufzulegenden Bundesverkehrswegeplan zu beantragen und die Bundesregierung zu bitten, die relevanten Maßnahmen des Güter- und Fernverkehrs im Knoten Köln im Rahmen des Anmeldeverfahrens positiv zu begleiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss von Verträgen für die Einführung der Selbstverbuchung in den Stadtteilbibliotheken
0446/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit angenommen.

1. Der Rat ermächtigt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 zur Durchführung von Vergabeverfahren zur Beschaffung von Hardware für die Einführung der RFID-Selbstverbuchung in den Stadtteilbibliotheken. Er verzichtet zugleich auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

2. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, zum endgültigen Haushaltsplan 2012 einmalig für das Hj. 2012 zusätzliche Ermächtigungen in Höhe von 107.493 € im Teilfinanzplan 0418 – Stadtbibliothek zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012
0647/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i. V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 in der Variante A fest.

Die Variante A sieht einen Ausgleich des strukturell bedingten Mehrbedarfs im Bereich der Energie in Höhe von 172.916 € vor. Die Deckung erfolgt aus dem städtischen Gesamthaushalt analog zur Anpassung der Haushaltsplanansätze der anderen Museen.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.12 Bericht zur Frauenförderung
0855/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

10.13 MusikTriennale GmbH
hier: Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ im Jahr 2013
1008/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Anhörungsrecht der Peter und Irene Ludwig Stiftung bei Angelegenheiten des Museums Ludwig
1238/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. So angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung eine Vereinbarung mit folgendem Regelungsinhalt zu treffen:

- *Anhörung der Stiftung vor der Berufung des/der Direktors/in und des/der Stellvertreters/in für das Museum Ludwig,*
- *laufende Information der Stiftung über die Arbeit des Museum Ludwig.*

Die laufende Information der Stiftung über die Arbeit des Museum Ludwig soll in Art und Umfang den Regelungen im Schenkungsvertrag vom 23.02.1976 entsprechen. Die Vereinbarung soll für die Dauer von zehn Jahren gelten. Für die Zeit danach soll es eine Verlängerungsoption für jeweils zehn weitere Jahre geben, soweit nicht eine der Parteien der Verlängerung widerspricht.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Unterzeichnung der Römerkanalcharta
1274/2012

Zu diesem zentralen Thema unserer heutigen Tagesordnung frage ich nun: Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann fra-

ge ich: Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Unterzeichnung der Römerkanalcharta.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Jahresabschluss 2011 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
1439/2012

Nach dem Römerkanal kommen wir zu den Stadtentwässerungsbetrieben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Jung.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister, zu diesem Punkt beantragen wir getrennte Abstimmung: einmal über die Feststellung des Jahresabschlusses und einmal über den Vortrag des Jahresüberschusses.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich getrennt abstimmen.

Wir beginnen mit dem Punkt 1, der Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2011. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von pro Köln ist der Jahresabschluss so festgestellt.

Nun kommen wir zu Punkt 2, dem Vortrag des Jahresüberschusses. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann, die FDP und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Beschluss so gefasst. Wegen des klaren Votums verzichte ich auf eine Gesamtabstimmung.

I. Beschluss über Ziffer 1:

Der Rat der Stadt Köln stimmt folgenden Beschlüssen des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) zu:

1. der Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2011

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss über Ziffer 2:

Der Rat der Stadt Köln stimmt folgenden Beschlüssen des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) zu:

2. dem Vortrag des Jahresüberschusses (nach Abzug der Vorabgewinnausschüttung an die Stadt und unter Berücksichtigung einer Kapitalentnahme) in Höhe von 4.756.260,84 EUR auf neue Rechnung, so dass sich ein Bilanzgewinn von 29.789.849,42 EUR ergibt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Die Einzelabstimmung erfolgte gemäß Antrag von Ratsmitglied Jung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Erweiterungsbau des Gymnasiums Kaiserin-Augusta-Schule, Georgsplatz 10, 50676 Köln und städtebauliche Entwicklung des Georgsviertels
Auslobung eines Architektenwettbewerbs
0494/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Wettbewerbs auf Basis des in der Anlage beigefügten zusammengefassten Auslobungstextes für den Erweiterungsbau des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums mit einer städtebaulichen Konzeption für das Georgsviertel.

Unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichts wird einer der Preisträger des Wettbewerbs mit den weiteren Planungsleistungen des Schulneubaus sowie einer städtebaulichen Rahmenplanung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2012
0947/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 20,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm
1295/2012

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt der allgemeinen Vorlagen unter dem Oberpunkt 10.0 behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln, Baubeschluss
4798/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen ab wie Anlage 8, Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat gestern Modifikationen im Hinblick auf die Begrüßung des Vorschlags der Verwaltung und den Auftrag der Erstellung einer Kostenrechnung an die Verwaltung vorgenommen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dies so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 14.05.2012:

Da für die Sanierung des VHS-Studienhauses keine Kostenrechnung vorliegt, ergeht folgende geänderte Beschlussfassung:

1. *Der Rat begrüßt den Vorschlag der Verwaltung für eine Sanierung und Umgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine belastbare Kostenrechnung über das Projekt zu erstellen und damit schnellstmöglich die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass die zuständigen Gremien den Beschluss über die Einleitung eines Vergabeverfahrens und zur Ausführung der Baumaßnahme durch einen Generalunternehmer treffen können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Planungsaufnahme des Ersatz für durch einen Brand zerstörte Räume
0319/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so beschlossen.

Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung zur Errichtung eines Ersatzbaus auf dem Gelände der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln nach gesicherter Finanzierung, um das Raumprogramm nach dem Brand eines Pavillons mit 9 Klassenräumen und einem Lehrerzimmer wieder erfüllen zu können.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln
0545/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann frage ich: Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so beschlossen.

Der Rat beschließt die Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln, um das Raumprogramm für ein Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II (Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium) bzw. für das zweite Gymnasium mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II (Schillergymnasium) zu erfüllen. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen und im Rahmen der Ganztagsoffensive der Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben.

Der Planung ist das in beigefügter Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Gleichzeitig beschließt der Rat gemäß § 81 Schulgesetz die Erhöhung der Zügigkeiten für das Schillergymnasium in der Sekundarstufe I von 3 auf 4 Züge und in der Sekundarstufe II von 5 auf 6 Züge ab Fertigstellung der Erweiterungsbauten.

Die Zügigkeiten des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.23 Bauliche Erweiterung des Bürgerzentrum Vingst, Heßhofstr. 43
0955/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage
1014/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2004 stammenden Verlustes von 11.638.236,44 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss 2009
1070/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Keine. Auch so beschlossen.

1. Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2009 für die eigenbetriebsähnliche Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von
319.115.157,19 Euro
und einem Jahresfehlbetrag von
4.501.689,59 Euro fest.

2. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2009 von 4.501.689,59 Euro auf das Geschäftsjahr 2010 vorgetragen wird.

3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Verwendung des Jahresüberschusses 2011 der Stadtwerke Köln GmbH
1582/2012

Auch hier frage ich: Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. – Herzlichen Dank.

Der Rat beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 79.452.230.97 €, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftet hat, ein Betrag von
60.000.000,00 € an die Stadt Köln ausgeschüttet und der verbleibende Betrag von
19.452.230,97 € in die Gewinnrücklagen der Gesellschaft eingestellt wird.

Der Vertreter/die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.27 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung / Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
1553/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Neubau einer Kindertagesstätte, Elzstraße 8, 50937 Köln, als Ersatzbau für die 3-gruppige Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime Sülz
Baubeschluss
0520/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau einer Kindertagesstätte, Elzstraße 8, in 50937 Köln als Ersatzbau für die 3-gruppige Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime Sülz mit Gesamtbaukosten in Höhe von 2.332.400 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorha-

benbezogener Bebauungsplan)
Nr. 58457/02
Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich
4547/2011

Wir stimmen ab wie Anlage 8.

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit haben wir das so beschlossen.

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02 für das Gebiet Brauweilerstraße, Kölner Straße und dem Odemshof – Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;

2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58457/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07. 1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Buchheimer Straße in Köln-Mülheim
0020/2012

Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim – Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Buchheimer Straße in Köln-Mülheim – für den Bereich beiderseits der Buchheimer Straße von der Mülheimer Freiheit bis zum Clevischer Ring und im Gebiet zwischen Mülheimer Freiheit, Altstraße, westliche Grundstücke Wallstraße, Neustraße, Wallstraße, südlich der Ratsstraße, südlich der Gymnasiumstraße, Adamstraße, südlich der Julius-Bau-Straße und Clevischer Ring in Köln-Mülheim in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Poll
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
0532/2012

Auch da frage ich wieder: Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Poll – Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll – für das Gebiet zwischen der östlichen Zubringerstraße L 124, der Rolshover Straße, der nördlichen Grenze des Verkehrsübungsplatzes und den westlichen Grenzen des TÜV-Parkplatzes in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd
Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in Köln-Neustadt/Süd
0567/2012

Wortmeldungen? – Keine. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd – Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in Köln-Neustadt/Süd – für das Gebiet beidseitig der Bonner Straße zwischen Hausnummer 25 und Hausnummer 98 in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0672/2012

Abstimmung wie Vorlage im Verkehrsausschuss.

Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. So zugestimmt.

Der Rat beschließt den Erlass der 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

17.2 moderne stadt GmbH – Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1338/2012

Hier geht es um die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern, die vom Rat noch bestätigt und gewählt werden müssen. Ich lese die Liste in der Ratsvorlage vor:

1. Frau Berg (vom OB vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)
2. Herr Böllinger (SPD)
3. Herr Zimmermann (SPD)
4. Frau Gordes (CDU)
5. Herr Götz (CDU)
6. Frau Moritz (Grüne)
7. Herr Sterck (FDP)

Über diese Liste stimmen wir jetzt ab. Wer gegen die Benennung der eben vorgeschlagenen Personen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist der Beschluss entsprechend gefasst.

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende sieben Mitglieder in den Aufsichtsrat der „moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städ-

tebaues und der Gemeindeentwicklung mit beschränkter Haftung":

1) Frau Ute Berg

Gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln

2) Herr Werner Böllinger

3) Herr Michael Zimmermann

4) Frau Birgit Gordes

5) Herr Stefan Götz

6) Frau Barbara Moritz

7) Herr Ralph Sterck

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

17.3 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Planen und Bauen
0928/2012

Anmerkungen:
- Herr Franz-Josef Höing erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass er die Wahl annehme.

- Die Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt der Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Wahl einer Dienstkraft im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Abs. 2 Buchstabe c Sparkassengesetz NRW sowie ggfs. des Stellvertreters einer Dienstkraft im Verwaltungsrat gemäß § 12 Sparkassengesetz NRW
1468/2012

Hier sind folgende Namen als Wahlvorschlag genannt: Frau Mohr und als ihr Stellvertreter Herr Brünjes – und Herr Brief.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Brünjes ist als Vertreter von Herrn Brief benannt! Herr Brief ist aber schon gewählt!)

- Wir klären das gerade ab; Entschuldigung.

(Andreas Köhler [CDU]: Schieben oder ganz weg!)

Noch einmal, um es deutlich zu machen, was die Personen anbelangt: Frau Mohr wechselt auf die Position von Herrn Mertens. Ihr Stellvertreter ist Herr Brünjes. Dadurch wird Herr Brief Vertreter von Herrn Brünjes. Oder?

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister, wenn ich mich recht erinnere, ist Frau Mohr bisher Stellvertreterin. Sie rückt jetzt auf die frei gewordene Stelle von Herrn Mertens. Dafür wird die Stellvertreterposition von Frau Mohr frei. Diese Position besetzt der Teilnehmer mit der höchsten Stimmenzahl. Das ist Herr Brünjes.

Damit das auch die CDU-Fraktion versteht, weil Herr Köhler gerade fragte: Anders als die CDU-Fraktion gehen wir strikt danach vor, die Menschen mit den höchsten Stimmenzahlen zu wählen und sie nicht politisch zu greifen. Das war hier eine andere Tradition, die früher praktiziert wurde. Wir machen das anders.

(Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Irritation ist aufgelöst. Wie Herr Börschel gerade gesagt hat, werden jetzt also Frau Mohr als Dienstkraft im Verwaltungsrat und Herr Brünjes als Vertreter gewählt – nicht mehr und nicht weniger. Jetzt habe ich es auch verstanden.

Wer gegen diese Personenbenennung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit sind die beiden Personen gewählt.

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn die Wahl von Frau Inge Mohr als Dienstkraft im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Absatz 2 Buchstabe c Sparkassengesetz NRW ab dem 01. November 2012 vor.

Die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter werden vom Rat angewiesen, in der Zweckverbandsversammlung entsprechend dem Vorschlag des Rates der Stadt Köln zu votieren.

Ergänzender Beschluss bei Vorschlag eines bisherigen stellvertretenden Mitgliedes, welches zuvor vom Rat der Stadt Köln vorgeschlagen wurde, zum ordentlichen Mitglied:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn die Wahl von Herrn Andreas Brünjes als Stellvertreter/in einer Dienstkraft im Verwaltungsrat (Vertretung von Herrn Rolf Brief der Sparkasse KölnBonn nach § 12 Sparkassengesetz NRW ab dem 01. November 2012 vor.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Beisitzerin im Kreiswahlausschuss“
AN/0708/2012

Wer ist gegen diesen Vorschlag? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Der Rat wählt anstelle von Frau Katharina Dröge für diese Wahlperiode

Frau Dr. Diana Siebert

als Beisitzerin im Kreiswahlausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuss
AN/0717/2012

Für Herrn Breuer wird Frau Wolter benannt.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln, anstelle von Herrn Gereon Breuer,

Frau Judith Wolter

zum Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir den Bereich der Wahlen hinter uns und kommen zu:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 VRS-SozialTicket: Weiterführung des SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012**/1**

Wer gegen diese Regelung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese Dringlichkeitsentscheidung genehmigt.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Wir betrauen die Kölner Verkehrs-Betriebe AG mit dem weiteren Angebot von rabattierten 4er- und MonatsTickets für Inhaber des Köln-Passes auf dem Kölner Stadtgebiet (Tarifzone 1b) auf der Grundlage der Tarifbestimmungen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) zum MobilPass sowie unter Beachtung der weiteren Regelung der vom Rat am 14.02.2012 genehmigten Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses nach § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW vom 09.01.2012 (DS-Nr. 5153/2011/1).

Soweit im Haushaltsjahr 2012 keine Fördermittel des Landes zur Finanzierung der hierdurch entstehenden Mindereinnahmen der Kölner Verkehrs-Betriebe AG zur Verfügung stehen, sind die sich hieraus ergebenden Mindereinnahmen vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/ 24.06.2008 aufzunehmen.

Köln, den 02.04.2012

gez. Jürgen Roters — *gez. Jörg Frank*
Oberbürgermeister — *Ratsmtglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 Kreditaufnahme und Ermächtigungsgrundlage für die Opernspielzeit 2012/ 2013
1388/2012

Genehmigung in der Fassung des Hauptausschusses.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so genehmigt.

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 16.04.2012:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 16.04.2012:

1. *Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln zur Sicherung des Spielbetriebes der Oper in der Spielzeit 2012/2013 Kassenkredite bis zu einem Höchst-betrag von 6,0 Mio. € aufzunehmen. Diese Ermächtigung wird auf den in der Haushaltssatzung der Stadt Köln festgesetzten Höchstbetrag von 1,2 Mrd. € angerechnet, so dass gesamtstädtisch keine Ausweitung des Kassenkredites erfolgt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Ermächtigungsgrundlage für die Spielzeit 2012/13 der Bühnen
1496/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von FDP und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung der Fraktion Die Linke. Somit ist die Ermächtigungsgrundlage als Dringlichkeitsentscheidung genehmigt.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt auf der Basis eines Betriebskostenzuschusses für die Spielzeit 2012/13 in Höhe von 51.148.000 € Verträge abzuschließen und Verpflichtungen einzugehen, um den Spielbetrieb in Oper und Schauspiel fortführen zu können. In diesem Betrag ist ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 700.000 € für die Spielzeit 2012/13 enthalten. Aus den für Tanzgastspiele in der Spielzeit 2012/13 vorgesehenen Mitteln in Höhe von 1 Mio. Euro werden 300.000 € zur Erhöhung des Konsolidierungsbeitrages der Bühnen verwendet.

Weitere Einsparungen sind in den Spielzeiten 2013/14 und 2014/15 mit den künstlerischen Leitern unter Beachtung ihrer Individualverträge umzusetzen.

Die Betriebsleitung wird aufgefordert, im Halbjahresbericht besonders zum aktuellen Stand der noch anstehenden Ausgaben Stellung zu nehmen.

Derzeit ist im gesamtstädtischen Haushaltsplanentwurf ein Betriebskostenzuschuss für den Spielbetrieb der Bühnen in Höhe von 49.167.600 € vorgesehen.

Dieser aktuelle Betriebskostenzuschuss (ohne Interim und Sanierung)

	Bühnen insgesamt	davon Anteil Oper
BKZ Spielbetrieb lt. Haushaltsplanentwurf	***49.167.600 €***	***30.384.122 €***

	davon Anteil Schauspiel	davon Anteil Tanz
BKZ Spielbetrieb lt. Haushaltsplanentwurf	***17.783.478 €***	***1.000.000 €***

wird um die folgenden Positionen erhöht:

Ausgleich Tariferhöhungen für 2010 und 2011	566.000 €	357.146 €
Mehrbedarf Bühnenservice	300.000 €	189.240 €
Kostensteigerung Gürzenich Orchester	400.000 €	400.000 €
Ausgleich Tariferhöhungen für 2012 und 2013	350.000 €	220.780 €
Spielzeitbezogener Mehrbedarf infolge der vollständigen Auflösung der Rücklagen	1.364.400 €	860.936 €
Zuschuss Spielbetrieb insgesamt	**52.148.000 €**	**32.412.224 €**

Ausgleich Tariferhöhungen für 2010 und 2011	208.854 €	0 €
Mehrbedarf Bühnenservice	110.760 €	0 €
Kostensteigerung Gürzenich Orchester	0 €	0 €
Ausgleich Tariferhöhungen für 2012 und 2013	129.220 €	0 €
Spielzeitbezogener Mehrbedarf infolge der vollständigen Auflösung der Rücklagen		
Zuschuss Spielbetrieb insgesamt	**18.735.776 €**	**1.000.000 €**

Konsolidierungsbeitrag

Aufgrund der gesamtstädtisch erforderlichen Haushaltskonsolidierungen werden die Bühnen einen Einsparbeitrag in Höhe von 1.000.000 € erbringen.

Damit ergeben sich folgende vorläufige Budgetansätze für die künstl. Sparten:

	Bühnen insgesamt	davon Anteil Oper
Konsolidierungsbeitrag	-1.000.000 €	- 441.560 €
BKZ Spielbetrieb nach Konsolidierung: (inkl. Serviceanteile)	***51.148.000 €***	***31.970.664 €***

	davon Anteil Schauspiel	davon Anteil Tanz
Konsolidierungsbeitrag	- 258.440 €	- 300.000 €
BKZ Spielbetrieb nach Konsolidierung: (inkl. Serviceanteile)	***18.477.336 €***	***700.000 €***

Köln, den 24.04.2012

gez. Jürgen Roters — *Oberbürgermeister*

gez. Jörg Frank — *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie mit Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung beendet.

(Schluss: 19.27 Uhr)

34. Sitzung (Hpl.)

vom 28. Juni 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Budgeterweiterung für Mitternachtssport“

AN/0484/2012

2.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kürzung der Fraktionszuwendungen um 50 Prozent“

AN/0006/2012

2.3 Änderungsantrag der LIGA

hier: Verweisung des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 21.11.2011

3. Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung

AN/1089/2012

5. Anregungen und Stellungnahmen zur Haushaltsplanberatung

6. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für Haushaltsjahr 2012

7. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

7.1. Haushaltsplan-Entwurf 2012

Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

2471/2011

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1844/2011

7.2 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012-2014

3226/2011

7.3 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012-2014

4185/2011

7.4 Kölner Haus der Innovationen

hier: Gründungsprozess

4514/2011

7.5 HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland e. V.

hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln

4564/2011

7.6 Hochschulgründernetz Cologne e.V. – hgnc

hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln

4565/2011

8. Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8.1 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2011/12

1759/2012

8.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012

5278/2011

8.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012

5279/2011

8.4 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes

5293/2011
- zurückgezogen -

8.5 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung

2131/2012

8.6 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen

3132/2011
- zurückgezogen -

8.7 KölnMusik GmbH

hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des Festivals „Acht-Brücken für Köln“ in den Jahren 2013 – 2015

1989/2012

8.8 Offene Ganztagsschule im Primarbereich – bedarfsgerechter Ausbau auf 24.000 Plätze

1050/2012

8.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13

2230/2012

9. Bürgerhaushalt 2012 – Umsetzung der Vorschläge

1838/2012

10. Stellenpläne

10.1 Stellenplan für das Jahr 2012

0011/2012

10.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2012

4981/2011

10.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012

5141/2011

10.3. 11. Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012

1718/2012

10.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2012

5212/2011

10.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012

5175/2011

11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012

2399/2012

12. Sonderhaushalte

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Roters, Jürgen Oberbürgermeister

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia;*

Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir

Verwaltung:
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder:
von Möller, Sandra Dr.; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeisterinnen:
Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie

Bezirksbürgermeister:
Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Verwaltung:
Streitberger, Bernd Beigeordneter; Steinkamp, Dieter Dr

(Beginn: 9.08 Uhr – Ende: 11.56 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014 und heiße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates herzlich willkommen. In ganz besonderer Weise begrüße ich Herrn Dr. Rolf Albach, den wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

(Beifall bei der FDP sowie von Martin Börschel [SPD])

Heute haben wir uns viel vorgenommen. Heute Morgen geht es um die Verabschiedung des städtischen Haushaltes. Ab 14 Uhr folgt eine reguläre Ratssitzung mit zahlreichen Beschlüssen. Wir haben also einen umfänglichen Arbeitstag vor uns.

Es besteht die Möglichkeit, im Consilium ein Mittagessen einzunehmen –

(Zurufe: Oh!)

Klammer auf: auf eigene Kosten; Klammer zu.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf eigene Kosten? Großzügig!)

Zu Beginn möchte ich Herrn Dr. Rolf Albach als neues Ratsmitglied einführen.

Frau Gebauer hat nach ihrer Wahl in den Landtag Nordrhein-Westfalen in der letzten Woche ihr Ratsmandat niedergelegt. Sie wird uns aber erhalten bleiben und im Schulausschuss weiterhin als sachkundige Bürgerin vertreten sein.

Als ihr Nachfolger im Rat wurde nach § 45 des Kommunalwahlgesetzes Herr Dr. Rolf Albach festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte deshalb alle Anwesenden, auch die Gäste auf der Tribüne, sich von den Plätzen zu erheben. Herrn Dr. Albach darf ich bitten, zu mir zu kommen.

Herr Dr. Albach, Sie haben mir mitgeteilt, dass Sie als Ratsmitglied weiter im Ausschuss für Umwelt und Grün sowie im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft, denen Sie bereits als sachkundiger Einwohner angehörten, mitarbeiten werden.

Ich komme jetzt zur Verpflichtung. Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Ich darf Sie ganz herzlich in unseren Kreis aufnehmen.

(Dr. Rolf Albach [FDP]: Vielen Dank!)

Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Jetzt geht es mit den folgenden Punkten weiter:

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Entschuldigt hat sich für diese Sitzung Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Kaske, Herrn Kienitz und Frau von Bülow.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Wie ich gerade höre, ist auch Frau Dr. von Möller heute leider nicht anwesend. Sie ist entschuldigt, weil sie heute in Hamburg heiratet.

(Zurufe: Oh!)

Beides zusammen geht nicht. Da muss man abwägen, was einem wichtiger ist.

(Heiterkeit)

Ich kann mir vorstellen, dass dies in dem Sinne –

(Beifall bei der CDU)

Heute geht es um den Haushalt, der den Rahmen für unsere Ratspolitik gibt. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir wie in den Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch machen, unsere Geschäftsordnung zu ändern und die Redezeit für diesen Einzelfall abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, hier im Rat einmal zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen. Diese verlängerte Redezeit soll dann auch die sonstigen Punkte und Anträge dieser Sitzung erfassen, sodass wir in dieser Sitzung möglichst effektiv arbeiten können.

Die Redezeit soll, wie bisher üblich, nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das bedeutet: Die Fraktionen von SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 30 Minuten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 25 Minuten. Die Fraktion der FDP hat die Möglichkeit, 20 Minuten zu sprechen. Die Fraktionen pro Köln und Die Linke. erhalten eine Redezeit von jeweils bis zu maximal 15 Minuten. Die Einzelmandatsträger Herr Hoffmann und Herr Zimmermann haben die Möglichkeit, jeweils bis zu zehn Minuten zu sprechen.

Die verlängerte Redezeit gilt für alle Vorlagen und Anträge, also alle bei den Tagesordnungspunkten 1, 2, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 aufgeführten Punkte einschließlich möglicher Dringlichkeits-, Änderungs- und Zusatzanträge. Es bleibt dann also bei einer Rederunde.

Gibt es dazu Fragen? – Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich begrüßen wir diese Kontingentierung. Wir stellen aber fest, dass hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt ist. Unsere Fraktion hat nur fünf Minuten länger Rederecht als ein Einzelmandatsträger und genauso viel Rederecht wie eine kleinere Fraktion. Ich bin der Meinung, dass man das jetzt noch einmal korrigieren sollte. Wir beanspruchen mehr Redezeit. Ich bitte Sie, entsprechende Regelungen zu treffen. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gehe davon aus, dass diese Redezeit der jeweiligen Bedeutung der Fraktionen angemessen ist. Über diese Festlegung werden wir auch gleich abstimmen. Ich sehe keinen Grund, jetzt von dieser bewährten Regelung, die wir auch beim letzten Mal praktiziert haben, abzuweichen.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Herrn Uckermann abstimmen. Wer für eine Verlängerung der Redezeit der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über das Verfahren, das ich eben dargestellt habe. Gibt es Einwände gegen diese Festlegung der Redezeiten? – Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist dies so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir die Haushaltsreden direkt an den Beginn der Sitzung legen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge, sofern vorhanden, finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 8.8 und 8.9.

Abgesetzt werden die Tagesordnungspunkte 8.4 und 8.6. In der heutigen Sondersitzung des Verkehrsausschusses gab es noch Beratungsbedarf. Deswegen habe ich mich gehalten gesehen, den Tagesordnungspunkt 8.6 von der Tagesordnung zurückzuziehen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, das ist eine gravierende Angelegenheit, die jetzt sehr lange diskutiert worden ist. Es hat heute eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses gegeben, um diesen Punkt noch rechtzeitig für diese Ratssitzung zu verabschieden. Das ist bestimmt für Sie nicht angenehm. Jetzt wollen Sie diese Sache im Prinzip aus der Welt schaffen, indem Sie nicht darüber abstimmen lassen.

Meines Erachtens sollte man so viel politischen Anstand haben, dass man dieses Thema hier zur Debatte stellt, weil es für die Stadt und insbesondere für die städtischen Finanzen enorm wichtig ist. Ich bitte Sie also, bei der ursprünglich vorgesehenen Beratungsfolge zu bleiben. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Uckermann, den Punkt 8.6 auf der Tagesordnung zu belassen. Wer ist dafür? – Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Tagesordnung ab. Wer gegen die jetzt so festgelegte Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Reden zu der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan. Ich darf Herrn Börschel bitten, nach vorne zu kommen.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Das Mikrofon ist noch nicht eingeschaltet)

- Kein Saft mehr? Das geht ja gut los am frühen Morgen.

(Andreas Köhler [CDU]: Kein Geld mehr für den Strom!)

- Freut euch nicht zu früh. Eine halbe Stunde ist bald vorbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das gleich im Eifer des Gefechts vergesse, möchte ich, da wir heute den Haushalt beraten, ganz herzlich allen Beteiligten in der Stadtverwaltung dafür danken, dass wir hier überhaupt ein solches beratungsfähiges Werk vor uns haben. Ich weiß, dass es die gesamte Stadtverwaltung, nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei und die Kämmerin selbst, über die Monate der Entstehung immer sehr in Aufruhr versetzt, und finde schon, dass der Rat sich an dieser Stelle bei der Verwaltung für die Vorarbeit bedanken sollte – insbesondere bei dem heute zum letzten Mal einem solchen Akt beiwohnenden Leiter der Kämmerei, Herrn Körber, der 15 Jahre als Chef der Kämmerei das alles hier vorbereitet hat und heute sozusagen in den gleitenden Ruhestand verabschiedet wird. Herr Körber, Ihnen, Ihrem Team und Frau Stadtkämmerin Klug ganz herzlichen Dank für die Vorarbeit!

(Beifall)

Wir beraten heute den Haushalt 2012 und die Mittelfristplanung bis 2015 – einen Haushalt, der 2012 mit einem Defizit von etwa 220 Millionen Euro abschließt, und eine Mittelfristplanung, die in den nächsten Jahren einen Eigenkapitalverzehr von weiteren etwa 750 Millionen Euro ausweist.

Das kann keinen zufriedenstellen. Ganz im Gegenteil: Wer diese Zahlen sieht, muss darüber in Sorge geraten, obwohl Köln mit dieser schwierigen Finanzsituation nicht alleine steht. Keiner der 40 größten Städte in NRW, die im Städtetag Nordrhein-Westfalen organisiert sind, bekommen es derzeit hin, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Alle 40 größten Städte Nordrhein-Westfalens schaffen das derzeit nicht. Überhaupt nur acht kleinere Städte in Nordrhein-Westfalen, acht der 396 Städte und Gemeinden in NRW, haben zurzeit einen ausgeglichenen Haushalt.

Das macht es – damit gar kein Missverständnis aufkommt – für uns natürlich nicht besser. Aber wenn wir nach Lösungen für unser Problem suchen, müssen wir dessen Gründe kennen. Und schon allein die Statistik zeigt, dass es Gründe geben muss, die außerhalb Kölns liegen, also externe Faktoren, und dass nicht alles, was wir an Problemlage haben, hausgemacht ist.

Das Finanzsystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist erkennbar nicht in Ordnung, und das seit Jahren und Jahrzehnten. Wesentliche Leistungen des Staates für die Bürgerinnen und Bürger werden von den Kommunen erbracht: Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Kultur, Straßen, Nahverkehr, um nur einige zu nennen. Die Kommunen bekom-

men dafür aber seit Jahren und Jahrzehnten vom gesamtstaatlichen Einnahmekuchen schlicht und einfach ein zu kleines Stück ab.

Im Gegenteil; es kommen noch weitere Belastungen obendrauf: Die Kommunen finanzieren sogar etliche Leistungen, die vollkommen ohne Zweifel und ohne jeden parteipolitischen Streit eigentlich gesamtstaatliche Aufgaben sind. Denken Sie nur an die Sozialtransferleistungen, die insbesondere die Großstädte immer mehr zu erdrosseln drohen. Oder denken Sie an den Fonds Deutsche Einheit, der bis 2019 gilt und für den die Stadt Köln alleine in diesem Haushalt, also im Jahr 2012, 78 Millionen Euro einzahlen muss. Über die Laufzeit des Solidarpakts Ost hat Köln ungefähr das Zehnfache eingezahlt, also etwa 750 Millionen Euro. Das ist ein Umstand, den man zumindest kennen sollte.

Hinzu kommt, dass uns insbesondere der Bund immer wieder wichtige Einnahmequellen und Einnahmen insgesamt entzieht. Der ehemalige Kämmerer von Leverkusen, Rainer Häusler, hat kürzlich errechnet, dass der Deutsche Bundestag seit November 2008 alleine 14 steuerentlastende Gesetze beschlossen hat, die den Kommunen 4,8 Milliarden Euro Ausfälle bescheren.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Literaturtipp. Rainer Häusler, der die Situation der Städte und Gemeinden in der Republik durchaus boulevardtauglich zu Papier bringen kann, hat ein Buch mit dem Titel „Deutschland stirbt im Westen“ geschrieben. Dieses Buch kann ich sehr zur Lektüre empfehlen.

Wenn Sie nur diesen Teil – 14 steuerentlastende Gesetze des Deutschen Bundestages mit einem Entlastungsvolumen von 4,8 Milliarden Euro – rein mathematisch auf Köln herunterbrechen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass ein Achtzigstel dieser Summe 60 Millionen Euro sind. Das heißt: Alleine seit 2008 hat uns der Deutsche Bundestag durch diese Entscheidungen weitere 60 Millionen Euro pro Jahr für die Stadt Köln schlicht und einfach entzogen.

Addieren wir hierzu die Kosten des Fonds Deutsche Einheit, kommen wir auf 138 Millionen Euro, und zwar Jahr für Jahr. Daran sieht man schon: Nur um diese beiden Punkte bereinigt, wäre unser aktuelles Problem schon um die Hälfte kleiner. – So einfach und so kompliziert ist die Angelegenheit gleichermaßen.

Ich will die Beschreibung der externen Faktoren jetzt nicht ins Unendliche fortsetzen. Alleine das Gesagte beweist aber: Ohne Hilfe von Bund und Land kann die Stadt Köln ihren Haushaltsausgleich ihre Haushaltssanierung nicht schaffen.

Deswegen ist mein Anliegen und meine Erwartung: Der Rat der Stadt Köln muss – wie übrigens auch alle anderen Kommunen – noch viel deutlicher und viel lautstärker für seine Interessen im Land und vor allem im Bund eintreten und ganz klar den Grundsatz einfordern: Wer bestellt, muss auch bezahlen. – Gesetze, die zu Steuerausfällen führen, kann der Bund natürlich beschließen, wie er will; denn das ist seine Hoheit. Wenn er das zulasten unserer Kassen tut, muss er den Kommunen dann aber auch einen Ausgleich dafür geben. Da müssen wir einfach lauter, penetranter und deutlicher einfordern.

Übrigens bin ich fest davon überzeugt, dass die Frage der Kommunalfinanzierung, also der Ausstattung von Gemeinden in Bezug auf Infrastruktur und damit für Kindergärten, für Schulen, für Bibliotheken, für Kultur usw. ein wichtiges Thema des Bundestagswahlkampfs werden wird. Ich bin überzeugt: Wer da einigermaßen gute Rezepte anbieten kann, wird tatsächlich gute Argumente haben, Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Das ist an dieser Stelle Maßstab für uns alle.

Trotzdem – damit will ich auf den Haushalt 2012 in dieser Stadt zu sprechen kommen – dürfen wir natürlich nicht alleine auf andere zeigen und sagen, jetzt müssten Bund und Land die Probleme für uns lösen. Wir müssen unseren eigenen Teil der Verantwortung wahrnehmen. Es wäre wohlfeil, nur auf die anderen zu schauen.

Gespart wurde auch schon früher, nicht erst jetzt. In aller Regel hat man sich allerdings in den vergangenen Jahren darauf beschränkt, im Wesentlichen alles so weitermachen zu wollen wie bisher, nur eben mit ein bisschen weniger Personal, mit ein bisschen höheren Gebühren, mit ein bisschen eingeschränkteren Öffnungszeiten usw. Aber richtig an die Sachen herangegangen sind wir alle miteinander nicht.

(Zurufe von der CDU)

Warum ist das so? Das müssen wir ehrlich miteinander analysieren, finde ich. Ich glaube, es ist so, weil es über all die Jahre immer gerade noch so ging. Das beweist auch unser interkommunaler Vergleich, was Köln angeht, so-

wohl in Nordrhein-Westfalen als auch in der Bundesrepublik. Wir sind als Stadt Köln keine wirklich arme Kommune. Unser Eigenkapital ist durchaus sehenswert. Uns fehlt es im Wesentlichen an der Liquidität. Uns erdrosseln die Soziallasten – wie andere auch. Aber es geht uns insgesamt längst nicht so schlecht wie vielen anderen, insbesondere im Ruhrgebiet. Das ist vermutlich der Grund dafür, weswegen wir sowohl hier im Rat als auch in der Verwaltung als auch in der Stadtgesellschaft noch nicht die Situation hatten, dass man sich wirklich traue, an die Aufgaben und an die Strukturen so heranzugehen, wie es eigentlich der Sache angemessen gewesen wäre.

(Zurufe von der CDU)

Schauen wir uns einmal alleine die letzten Jahre an. In der Hochphase der Konjunktur ist es uns in dieser Stadt sogar gelungen, etwa 250 Millionen Euro Schulden abzubauen. Wir hatten hier sogar einmal drei Jahre mit Haushaltsüberschüssen. In dieser Zeit haben wir dann 250 Millionen Euro Schulden abgebaut. Auch das hat bei uns zu der Fiktion einer einigermaßen beherrschbaren Gemengelage geführt. Heute müssen wir erkennen, dass wir das so nicht aufrechterhalten können.

(Zurufe von der CDU)

Da ich das in den Zwischenrufen jetzt schon höre, will ich es gleich aufgreifen. Ich nehme an, dass wir in den nachfolgenden Reden gleich eine Reihe von Schuldzuweisungen hören werden: gegen den Oberbürgermeister, der das alles nicht hinbekomme; gegen die Kämmerin, die das nicht ordentlich regle; gegen die rot-grüne Ratsmehrheit, die viel zu zaghaft agiere.

(Beifall bei pro Köln sowie von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Sein Sie bitte nicht so schnell. Bevor Sie das tun, möchte ich Ihnen zumindest eine kurze Statistik zeigen, die belegen soll, dass wir alle miteinander hier im Rat Verantwortung für die Situation tragen und auch weiter gemeinsam tragen sollten. Seit der Jahrtausendwende hat es in diesem Rat der Stadt Köln insgesamt acht Haushalte gegeben, die zur Abstimmung standen. Wegen diverser Doppelhaushalte sind es weniger Haushalte als Jahre. Diesen acht Haushalten hat sieben Mal die CDU zugestimmt. Sechs Mal haben die Grünen zugestimmt. Vier Mal hat die FDP zugestimmt, die sich ein weiteres Mal enthalten hat. Vier Mal hat die SPD zugestimmt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Und pro Köln niemals!)

Interessanterweise sind wir da sogar Schlusslicht; das hätte ich, ehrlich gesagt, vorher gar nicht gedacht. Diese Zahlen sollen aber belegen, dass wir alle miteinander in den vergangenen zwölf Jahren seit der Jahrtausendwende Verantwortung für die Haushalte in dieser Stadt zu tragen haben und diese Verantwortung auch übernehmen sollten.

Gemessen an der eigentlichen Aufgabe ist dieser Haushalt für 2012 so etwas wie ein Übergangshaushalt – ein Haushalt, der zwar die Weiche umlegt, dem aber noch nicht zu entnehmen ist, wo wir wirklich in der Struktur, in der Substanz aufgabenkritisch herangehen sollen und wo es, alleine durch die Zwangslagen, Einschnitte geben muss.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion haben uns vorgenommen, alle Entscheidungen an der Frage zu messen: Trägt ein Vorschlag dazu bei, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu verbessern, oder schadet ein solcher Vorschlag? Schließlich geht es um die Zukunftsfähigkeit einer wachsenden Stadt – je nach Statistik können und dürfen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit bis zu 100 000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern in dieser Stadt rechnen –, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die den Familien ausreichend Wohnraum bieten muss, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die ein gutes Bildungs- und Betreuungssystem anbieten muss, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die attraktiv ist für Unternehmen und damit für Arbeitsplätze und Investitionen sowie die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist. An diesen Maßstäben haben wir den Haushalt 2012 gemessen. An diesen Maßstäben müssen wir auch messen, was wir in den nächsten Jahren tun müssen.

Im Wesentlichen – das kann ich zusammenfassend sagen – konnten wir die Vorschläge des Stadtvorstandes akzeptieren. Wir haben allerdings mit der Koalition von SPD und Grünen an einigen Stellen noch Korrekturen vornehmen tun.

Zum Beispiel gilt das bei aus unserer Sicht völlig falschen Einsparungen bei der Sanierung von Brücken, Tunneln und Kulturbauten. Hier hat man wirklich versucht, uns eine Milchmädchenrechnung vorzumachen, als es darum ging, Sanierungen auf spätere Jahre zu verschieben – ohne jeden realen Einspareffekt, aber mit dem Risiko, dass die Verschiebung

am Ende eventuell sogar teurere Sanierungen nach sich ziehen würde. Das ist ein Punkt, den wir nicht akzeptieren und deswegen durch unsere Änderungsanträge im Finanzausschuss zurückgenommen haben.

Ähnliches gilt für die Streckung des U-3-Ausbaus. Auch wenn – das ist vollkommen unbestritten – uns Bund und Land viel zu lange bei diesem Thema alleingelassen haben und wir uns gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen sogar erst gerichtlich die Konnexitätsmittel für die lokale Umsetzung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe einklagen mussten, ist es trotzdem keine Lösung, den dringend notwendigen U-3-Ausbau zu strecken; denn mit Blick auf Zukunftsfähigkeit ist ein einigermaßen ausreichendes Bildungs- und Betreuungsangebot elementar.

Aus demselben Grund haben wir in diesen Haushalt auch die Finanzierung weiterer Plätze in der offenen Ganztagsgrundschule aufgenommen, die wir mittlerweile auf einen Rekordstand von 24 000 Plätzen anheben konnten. Das ist, wenn man sich die letzten Jahre ansieht, eine wirklich bemerkenswerte Leistung. Die Ganztagsbetreuung in der Grundschule, die noch vor wenigen Jahren ideologisch massiv bekämpft wurde, ist mittlerweile Standard. Die Eltern reißen uns diese Plätze aus der Hand. Wir müssen hier unbedingt einen weiteren Schwerpunkt setzen.

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit begrüßen wir ausdrücklich die Umsetzung des Projekts Internetstadt Köln in diesem Haushalt 2012. Die Stadt beweist auch hier Zukunftsfähigkeit, indem sie moderne und wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft aufgreift.

Als letzten Punkt für den Haushalt 2012 selbst möchte ich das Rote Haus erwähnen. Die Stadtspitze hatte vorgeschlagen, auf die Schließung dieser Baulücke am Alter Markt zu verzichten. Sie wissen, dass insbesondere SPD und Grüne hier mit unterschiedlichen Positionen in die Beratung hineingegangen sind. Ich möchte mich bei der Grünen-Fraktion ausdrücklich dafür bedanken, dass es gelungen ist, jetzt einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Ich weiß, dass es kein leichter Weg dahin war, will das aber umso mehr begrüßen, weil wir jetzt versuchen werden, mit diesem Beschluss über den Haushalt 2012 eine optimale städtebauliche Lösung mit keiner Belastung für den städtischen Haushalt, auch nicht einer mittelbaren Belastung für den Haushalt der Gebäudewirtschaft, zu verbinden. Wir wissen nicht, ob das wirklich klappen wird. Aber der Versuch, den wir hier gegangen sind, ist es allemal wert.

Ich bin deswegen auch froh, dass die CDU-Fraktion im Finanzausschuss über die Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft diesen Kompromiss als tragfähig anerkannt und diesem zugestimmt hat.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das kann man einmal bemerken, finde ich.

Last, but not least helfen wir auch in diesem Jahr wieder, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu stärken, indem wir die Kulturförderabgabe erheben. Dazu will ich ein bisschen ausholen. Was hat es in dieser Stadt und in der Republik nicht für ein Geschrei gegeben? Das Abendland drohte unterzugehen; es hieß, die Touristen würden Köln in Scharen verlassen, und das Beherbergungsgewerbe sehe der sicheren Pleite entgegen. Das waren die gemeinsam vorgetragenen Vorwürfe des DEHOGA, aber auch von CDU und FDP in diesem Rat.

Was Übernachtungen in Köln angeht, hatten wir 2010 ein Rekordjahr. Dann haben wir zum 1. Oktober 2010 die Kulturförderabgabe erhoben. Und was ist passiert? Nichts. Ganz im Gegenteil: Die Übernachtungszahlen sind sogar noch gestiegen – in 2011 um 8,6 Prozent und in den ersten vier Monaten des Jahres 2012, also bis einschließlich April, um weitere 6,1 Prozent.

(Zuruf von der FDP: Es sind doch mehr Hotels in die Statistik aufgenommen worden!)

Damit will ich nicht behaupten, dass die Zahlen nicht auch mal nach unten gehen können. Das hängt nämlich von völlig anderen Faktoren ab. Damit ist aber bewiesen, dass die Kulturförderabgabe der Zukunftsfähigkeit und der Attraktivität Kölns nicht schadet. Das sollten CDU und FDP auch endlich hier eingestehen und ihren ideologischen Streit beerdigen, finde ich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind auch in diesem Jahr aus Gründen der Sicherheit und der konservativen Planung dabei geblieben, bei der Kulturförderabgabe nur 7 Millionen Euro einzustellen. Sie wissen, dass vor dem höchsten Bundesgericht noch ein letzter Rechtsstreit anhängig ist. Alle Verfahren bis dahin haben wir gewonnen. Aber solange wir

nicht den kompletten Rechtsweg gewonnen haben, kalkulieren wir sicherheitshalber, weil wir im schlimmsten Fall des Unterliegens sonst die Ausgaben aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren müssten, nur mit 7 Millionen Euro. Die realen Einnahmen dürften deutlich höher liegen. Meines Erachtens gebietet es die Zurückhaltung allerdings, hier zunächst nicht alles Geld zu verplanen.

Alleine mit diesen 7 Millionen Euro konnten wir aber wichtige Impulse geben, die sonst schlicht und einfach nicht möglich und nicht finanzierbar gewesen wären.

Ich erinnere an die Etablierung der Akademie der Künste der Welt, die in diesen Tagen ihre Arbeit aufnehmen wird und die weit über Köln hinaus schon jetzt Beachtung gefunden hat und Beachtung finden wird.

Ich erinnere daran, dass wir mit Mitteln der Kulturförderabgabe die freie Szene in der Kultur deutlich stärken und besser ausstatten konnten, als es ohne Kulturförderabgabe möglich wäre.

Ich erinnere daran, dass wir Wirtschaftsförderung, Standortmarketing und Tourismus mit mehr Mitteln ausstatten konnten, als wir das ohne Kulturförderabgabe tun könnten.

Ich erinnere daran, dass es uns nur durch die Kulturförderabgabe möglich war, ein Stadtverschönerungsprogramm aufzulegen und damit insgesamt die Attraktivität Kölns zu erhöhen. In diesem Jahr werden wir übrigens, nachdem der Schwerpunkt im letzten Jahr auf den Brunnen lag, einen Schwerpunkt auf die Gewässersanierung legen. Es ist wohl vollkommen unstreitig, dass hier eine Menge im Argen liegt. Alleine aus dem Haushalt wäre das kaum zu finanzieren. Die Kulturförderabgabe macht es aber möglich.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Kolleginnen und Kollegen von der CDU und insbesondere von der FDP, ich finde Ihre Zwischenrufe entlarvend. Sie machen deutlich, dass Sie sich hier wirklich ertappt fühlen. Die Kulturförderabgabe ist eine Erfolgsgeschichte, die bundesweit kopiert wird. Sie bringt uns die Luft zum Atmen, die dringend notwendig ist. Das sollten Sie akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Alles in allem haben wir also einen Haushalt 2012 vorliegen, der beschlussfähig ist. Wir haben das Minimalziel, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, erreicht und müssen uns jetzt den nächsten Aufgaben zuwenden, auf die ich auch meine verbleibende Redezeit verwenden will.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wird vermutlich in den nächsten Monaten eine Veränderung der Regularien für Haushaltssicherungskonzepte beschließen – übrigens mit breiter Mehrheit; nach allem, was ich weiß, haben SPD, Grüne, FDP und CDU ebenso Zustimmung signalisiert wie die kommunalen Spitzenverbände. Die vorgesehene Regelung führt dazu, dass Kommunen in Zukunft weniger schnell in ein Haushaltssicherungskonzept abrutschen, weil man bei dem Kriterium „zwei Mal hintereinander Entnahme von 5 Prozent aus der allgemeinen Rücklage“ eine Verdoppelung auf 10 Prozent vornimmt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Hören Sie doch zu. – Diese Regelung, von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, wird einmütig durch den Landtag gehen.

Ich bin der Meinung, dass wir diese Regel, die vielen Kommunen im Ruhrgebiet eine wichtige Existenzsicherung bietet, hier in Köln nicht anwenden sollten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der FDP: Griechenland!)

Mein Vorschlag wäre, dass wir beim Haushalt 2013 – gleichzeitig richte ich an die Verwaltung die Bitte, das entsprechend vorzubereiten – hier freiwillig bei den alten Regeln bleiben und das Kriterium „zwei Mal hintereinander Entnahme von 5 Prozent“ weiter anwenden. Diese Regel, die für viele Kommunen im Ruhrgebiet existenzsichernd ist, brauchen wir in Köln nicht. Wir sollten sie in Köln nicht anwenden. Deswegen bitte ich darum, das entsprechend vorzusehen.

Die Verwaltung ist jetzt schon dabei, den Haushalt 2013 und die Mittelfristplanung für die folgenden Jahre vorzubereiten. Was müssen wir also tun, damit wir nach dem Umlegen der Weiche dann die entscheidenden Impulse geben können?

Erstens sollten wir gemeinsam mit der Öffentlichkeit dafür sorgen, dass wir insgesamt einen Rahmen haben, der auch in der Bürgerschaft Offenheit dafür schafft, dass es ohne Einschnit-

te und ohne eine wirklich substanzielle Aufgabenkritik nicht geht.

Ich möchte die Vertreter der Medien auch herzlich bitten, hier dem Rat der Stadt Köln und der Verwaltung zu helfen und Verständnis dafür zu wecken, dass wir jetzt in einer neuen Zeitrechnung angekommen sind.

Ganz beeindruckend fand ich, dass die Redakteure des *Kölner Stadt-Anzeigers* in den letzten Tagen in einer Art Selbstversuch – sozusagen nach dem Motto: ich spiele für einen Tag Ratsmitglied – Einsparvorschläge in ihrer Zeitung abgedruckt haben. Die Resonanz hat nicht lange auf sich warten lassen. In Leserbriefspalten, die vermutlich längst nicht alles wiedergeben, was sie an Resonanz aus ihrer Leserschaft bekommen haben, war zu lesen: „äußerstes Befremden“, „schlichte Denkungsart“, „kulturpolitisch kurzsichtig“, „wenig Ahnung“. Diese Antworten kennen wir Ratsmitglieder; denn wir hören sie tagein, tagaus.

(Heiterkeit bei Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Insofern finde ich dieses Selbstexperiment sehr respektabel, bei dem auch Medienvertreter herausgefunden haben, dass es tatsächlich nicht leicht ist, auch populäre Dinge einmal auf den Prüfstand zu stellen. Ich möchte aber ausdrücklich dafür werben, dass Sie weitermachen und helfen, diese Öffentlichkeit herzustellen und darauf vorzubereiten, dass es ohne bestimmte Vorschläge eben nicht geht.

An dieser Stelle möchte ich der CDU-Fraktion ausdrücklich Respekt dafür aussprechen, dass Sie Vorschläge für die Haushaltsplanberatungen eingebracht haben. Für 2012 – das haben wir im Finanzausschuss besprochen – war noch kein Vorschlag dabei. Sie haben aber etliche Vorschläge gemacht, die für die Mittelfristplanung gelten sollen.

Manches davon dürfte nicht umsetzbar sein. Denken Sie zum Beispiel an Ihre Forderung, Kulturinstitutionen sang- und klanglos an das Land zu übergeben. Das hat schon bei der Regierung Rüttgers nicht geklappt. Ich nehme an, dass die Bereitschaft der Landesregierung – egal wer sie stellt –, einfach von der Stadt Kulturinstitutionen zu übernehmen, nicht besonders ausgeprägt sein wird.

Ich fände es aber spannend, wenn es uns gemeinsam gelänge, im Land eine Diskussion anzuregen, die zum Beispiel bei der Verteilung von Fördermitteln im Kulturbereich Anreize für regionale Kooperation schafft.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wer über regionale Kooperation Qualität sichert und überhaupt Angebote aufrechterhält, sollte dabei durch Förderung besonders profitieren und daran partizipieren. Das halte ich für einen Weg, den wir im Land gemeinsam nach vorne tragen sollten.

Andere Vorschläge der CDU dürften längst nicht die Einspareffekte erzielen, die Sie sich vorgenommen haben – zum Beispiel bei der von Ihnen vorgeschlagenen Verwaltungsreform, nehme ich an. Aber wir werden das sehen. Schließlich haben wir alle Ihre Vorschläge an die Verwaltung zur Prüfung gegeben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Ich finde es aber gut, dass Sie überhaupt Vorschläge gemacht haben. Das ist nicht selbstverständlich.

Wir werden auch das, was Sie in die Debatte einbringen werden, einzig und allein an dem Kriterium der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt messen und nur das verwerfen, bei dem wir der Überzeugung sind, dass die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt negativ betroffen ist.

Wir haben Ihnen daher direkt gesagt: Ihrem Vorschlag, das Wohnungsbauprogramm einzustellen, werden wir nicht folgen können. Wenn schon Bundeswohnungsbauminister Ramsauer den dringenden Wert des öffentlich geförderten Wohnungsbaus erkennt, dann sollte das auch die Kölner CDU erkennen.

(Zuruf von der CDU: Es wäre schön, wenn das Land etwas täte!)

Hier geht es um die Attraktivität für Familien und eine Sicherung des Wirtschaftsstandortes Köln, weil man Arbeitsplatzinhabern immer auch Wohnungen anbieten muss. Das ist schon wichtig. Deswegen wollen wir diesen Vorschlag nicht aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass Sie im Finanzausschuss spontan unser Angebot angenommen haben, an den Aufgaben der nächsten Jahre konstruktiv mitzuarbeiten. Darauf freue ich mich und lade Sie herzlich dazu ein, das jetzt zu tun.

Jetzt bleibt für die nächsten Monate zunächst die Verwaltung am Zug. Der ehrenamtliche Rat kann nicht die Arbeit der 17 000 hauptamtliche Beschäftigte umfassenden Stadtverwaltung ersetzen. Insofern muss es bei dem von der Gemeindeordnung vorgesehenen Ablauf bleiben, dass die Verwaltung Vorschläge macht und der Rat darüber beschließt.

Es ist aber – das will ich ganz ausdrücklich sagen – Aufgabe dieses Rates, parteiübergreifend eine Atmosphäre zu schaffen, die der Verwaltung Rückendeckung gibt, wirklich alle Bereiche kritisch zu durchleuchten, sich auch von Aufgaben komplett zu trennen, Strukturen neu zu definieren und alles ohne die berühmten Tabus auf den Prüfstand zu stellen. Wir können der Stadtverwaltung nicht versprechen, jeden ihrer Vorschläge mitzutragen. Aber wir können und müssen zusagen, alles ernsthaft und ohne die üblichen Reflexe kritisch zu prüfen. Dabei dürfen wir auf Liebgewonnenes oder Wünschenswertes nicht pauschal Rücksicht nehmen, sondern müssen das in jedem Einzelfall überprüfen. Ich finde, dass die Stadtverwaltung diese Rückendeckung des Rates verdient hat. Diese Rückendeckung sage ich hiermit für die SPD-Fraktion auch zu.

Ich möchte Ihnen für die kommenden Debatten der nächsten Wochen und Monate noch einige Überlegungen mit auf den Weg geben, die Sie bei Ihren Beratungen innerhalb der Stadtverwaltung bedenken könnten.

Erstens. Aktuell wird über die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn diskutiert. Der Oberbürgermeister und die Stadtkämmerin haben jetzt vorgeschlagen, wegen der damit verbundenen Kosten von über 30 Millionen Euro darauf zu verzichten. Ich frage mich – und damit Sie alle –: Ist es richtig, sozusagen reflexhaft und vorschnell diesen Vorschlag zu verwerfen, nur weil er unpopulär ist, weil wir uns alle miteinander vermutlich eine vorzeitige Inbetriebnahme auch des südlichen Abschnitts wünschen? Ist es richtig, das reflexhaft zu tun? Man kann zu Recht dagegenhalten, dass trotz eines überschaubaren verkehrlichen Nutzens die Menschen entlang der Baustelle darauf brennen, endlich zu sehen, warum sie die immensen Belastungen der letzten Jahre getragen und ausgehalten haben. Es kann gut sein, dass das am Ende das entscheidende Argument für eine vorzeitige Inbetriebnahme sein mag.

Aber dürfen wir dann, wenn wir uns dafür entscheiden, so tun, als sei dieses Projekt sozusagen umsonst zu haben? In der Debatte der letzten Tage habe ich immer gehört, das zahle doch der Stadtwerke-Konzern; es habe mit dem städtischen Haushalt gar nichts zu tun. Ich habe gehört, es gehe doch erst um das Jahr 2016 und die Folgejahre, also um einen Zeitpunkt, zu dem dieser Rat gar nicht mehr amtiert, zu dem viele von uns vermutlich gar nicht mehr im Rat sitzen werden. Das sind aber doch genau die Punkte, die wir nicht weiter zur Grundlage unserer Entscheidungen können wie bisher. Falls wir uns für eine solche Maßnahme entscheiden, müssen wir den Menschen offen und ehrlich sagen: Wenn wir 30 Millionen Euro für ein solches Projekt ausgeben, steht diese Summe an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung. Hierdurch wird der Einspardruck erhöht – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir haben uns dafür entschieden, eine Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Bundesgartenschau im Jahr 2025 in Auftrag zu geben. Die Bundesgartenschau – das haben wir im Rat übereinstimmend festgestellt – ist eine immense Chance der Stadtentwicklung in diesem neben dem Deutzer Hafen letzten riesengroßen innerstädtischen Areal, das sozusagen einer Entwicklung entgegensieht – und Bundesgartenschauen moderner Art sind nicht Blümchen pflanzen und Rabatten anlegen, sondern ein Bestandteil von Infrastrukturentwicklung, Stadtentwicklung und Stadtumbau.

Trotzdem muss man auch die Risiken eines solchen Projektes ehrlich abwägen. Sollte sich also herausstellen, dass wir wegen des Zeitpunktes 2025, der uns unter Zugzwang setzt, durch den Ankauf von Grundstücken und die vorzeitige Ablösung von Mietverträgen zu einer Belastung im dreistelligen Millionenbereich oder knapp darunter kommen: Müssen wir dann, nur weil wir uns alle dieses Projekt wünschen, pauschal dabei bleiben, dass es auch durchgeführt werden muss? Oder müssen wir nicht die Kraft haben, es dann, wenn sich das herausstellen sollte, zumindest den Zeitpunkt noch einmal infrage stellen zu dürfen?

Drittens: Archäologische Zone. Sie wissen, dass die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Linken im Rat glühende Befürworter dieses kulturpolitisch einmaligen Projekts auf dem Rathausvorplatz sind, das übrigens eine Touristenattraktion sondergleichen werden wird. Deswegen sind wir auch bereit, trotz angespannter Haushaltssituation eine Menge Geld in die Hand zu nehmen, um den Bau zu reali-

sieren. Übrigens gibt das Land uns ja einen Zuschuss.

Zum Glück sind wir auf einem sehr guten Weg, mit dem Landschaftsverband Rheinland über die Übernahme eines wesentlichen Teils der Betriebskosten von mehreren Millionen zu verhandeln. Wenn das klappt, ist alles gut, und wir stehen an der Spitze der Bewegung, uns darüber zu freuen. Aber müssen wir dann, wenn sich das zerschlagen sollte, nicht auch die Kraft haben, zu sagen, dass das ein Projekt der nächsten Generation und nicht der heutigen ist?

Viertens. Viele städtische Gebäude stehen unter Denkmalschutz, alleine 86 Schulen. Manchmal kommen sich Denkmalschutz und notwendige Sanierungsarbeiten ins Gehege. Denken Sie nur an den Fall, dass eine unter Denkmalschutz stehende Schule energetisch saniert werden muss. Wegen des Denkmalschutzes kann die Dämmung nicht außen angebracht werden, sondern muss innen erfolgen. Das kann zum Ersten teurer werden und führt zum Zweiten zu einer Reduzierung des den Schülern zur Verfügung stehenden Raums. Das kann Probleme bei der schulischen Nutzung geben; es kann Probleme bei der Inklusion und ähnlichen Dingen machen.

Müssen wir nicht in einer finanziell prekären Situation wie der heutigen bei den zulässigen, auf der heutigen Rechtsgrundlage möglichen Abwägungsprozessen zwischen Denkmalschutz auf der einen Seite und wirtschaftlicher Zumutbarkeit auf der anderen Seite den Mut haben, auch hier die Prioritäten anders zu setzen? Ich sage ganz bewusst: auf der bestehenden Rechtslage. Denkmalschutz, die Bewahrung des kulturellen und baulichen Erbes, ist ein hohes Gut. Aber ist es in Zeiten prekärer Finanzlage ein absolutes Gut? Dieser Meinung bin ich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. An vielen Stellen in Köln gehen wir über gesetzliche Standards hinaus. Wahrscheinlich liegt in den allermeisten Fällen, möglicherweise sogar in allen, ein Ratsbeschluss zugrunde – mit breitester Mehrheit, mit bunter Mehrheit, mit welcher Mehrheit auch immer zustande gekommen.

Müssen wir nicht die Verwaltung ermutigen, auch Vorschläge zu machen, solche Standards, die über das Gesetzliche hinausgehen, zu reduzieren? Müssen wir nicht sogar von der Verwaltung erwarten können, dass sie uns auf Punkte hinweist, bei denen die Einhaltung selbst gesetzter Standards noch einmal hinterfragt werden sollte.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben hier im Rat beschlossen, dass öffentliche Gebäude im Passivhausstandard errichtet werden. Die durch diese Maßnahmen, die über die Vorschriften der Energieeinsparverordnung hinausgehen, entstehenden Kosten sind enorm. Natürlich ist auch der Effekt enorm.

Zum Ersten glaube ich aber, dass wir insbesondere mit dem Bund ganz klar darüber reden müssen. Solange Städte und Gemeinden in einer finanziell so prekären Situation sind wie heute werden wir vom Bund erwarten müssen, dass er beispielsweise dann, wenn wir im Interesse der Energiewende über gesetzliche Standards hinausgehen, akzeptiert, dass wir dafür Fördermittel und dass wir das nicht mehr ewige Zeiten alleine machen können.

Zum Zweiten geht es um die Frage – dieser Gedanke ist mir mindestens genauso wichtig –, ob die Einhaltung eines solchen Standards wirklich an jeder Stelle Sinn macht. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Bei der Feuerwehr gilt der Passivhausstandard derzeit auch für Sozial- und Spindräume. Aus diesen Räumen führen aber, wie das jeder Laie noch aus Kinderträumen vor Augen hat, die berühmten Rutschen in die offene Wagenhalle hinein. Wir bauen also Teile der Feuerwehrwachen im Passivhausstandard, obwohl wir sozusagen durch das offene Rolltor nach draußen heizen.

Macht das Sinn? Muss ich nicht von der Verwaltung erwarten können, dass sie den Rat darauf hinweist, dass hier eine stereotype Einhaltung von Standards keinen Sinn macht? Muss ich nicht von der Verwaltung erwarten können, dass sie differenziert? Der Passivhausstandard mag in geschlossenen Räumen und Systemen wirklich Sinn machen, aber dort, wo man die Energie aus der Tür oder dem Fenster herausbläst, eben nicht. Das erwarten wir von der Verwaltung. Dazu möchten wir offensiv ermutigen.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Die Kosten der wirtschaftlichen Erziehungshilfe sind zwischen 2006 und 2011 um 50 Prozent gestiegen – von 99 Millionen Euro auf 146 Millionen Euro. Das sind 22 000 Euro pro Kind und Jahr. Wenn wir schon eine so schlimme Situation haben, dass es über Inobhutnahmen tatsächlich dieser Hilfe bedarf – Jedes Kind soll einen optimalen Schutz vor

schlimmen Bedingungen haben. Hinter diesem Satz können wir uns alle versammeln, glaube ich.

Aber die Zeiten haben sich verändert. In den letzten Jahren – ich habe es eben angedeutet – sind mittlerweile mehr und mehr Kinder ganztags in Betreuung: in Kindertagesstätten, in Schulen. Bei dem Hilfesystem der wirtschaftlichen Jugendhilfe haben wir diese Trendwende nicht berücksichtigt. Wir machen einfach weiter wie bisher. Wenn es mehr Fallzahlen gibt, wird auf Basis des alten Systems weitergemacht. Die Frage ist, ob wir nicht von der Verwaltung erwarten dürfen, weniger Energie darauf zu verwenden, zu erklären, warum es so sein muss, wie es ist, und mehr Energie darauf zu verwenden, zu überlegen, ob wir nicht mit der gewaltigen Summe von 146 Millionen Euro mehr Hilfe – bessere Hilfe, effizientere Hilfe – bereitstellen können. Auch das muss der Rat der Stadt Köln von der Stadtverwaltung erwarten können, glaube ich.

Siebtens. Mit einem letzten Punkt will ich sozusagen in der Perspektive schließen. Wir alle wünschen uns, dass der 1. FC Köln so bald wie möglich wieder erstklassig wird. Sollte er das nicht werden, haben wir auf der derzeitigen Vertragslage ein Problem. Nach unserer Auffassung völlig sachfremd wird dem 1. FC Köln für die Dauer seiner Zweitligazugehörigkeit nämlich die Pacht für das Stadion um die Hälfte rabattiert. Warum?

Wir hätten nichts dagegen, wenn die Stadtverwaltung im Jahr 2014 bei der Neuverhandlung dieses Vertrages substanziell anders verhandelt. Die letzten Zweitligasaisons, die es leider gegeben hat, haben bewiesen, dass die Fans dem 1. FC Köln auch in der 2. Bundesliga die Treue halten. Im Durchschnitt gab es fast 43 000 Besucher pro Spiel. Es besteht also kein Grund für eine solche Rabattierung. Auch das sind 3 Millionen Euro mehr für die Stadtkasse.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein amerikanisches Sprichwort lautet:

> Zukunft – das ist die Zeit, in der du bereust, dass du das, was du heute tun kannst, nicht getan hast.

Ich hoffe sehr und wünsche uns, dass diese Weisheit nicht auf uns zutrifft, sondern dass unsere Ratsgeneration ihrer Verantwortung gerecht wird. Das sollten wir gemeinsam anpacken. Dazu lade ich ein und freue mich auf die Debatten der nächsten Monate. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. – Herr Granitzka, bitte.

(Winrich Granitzka [CDU] stellt ein schwarzes Sparschwein auf das Rednerpult)

Winrich Granitzka (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzte Rede hat mit einem Zitat geendet, wie das immer wieder gerne gemacht wird. Ich möchte mit einem Zitat beginnen.

George Bernard Shaw, irisch-britischer Dramatiker und Nobelpreisträger, hat einmal gesagt:

> Was man Sparen nennt, heißt nur, einen Handel für die Zukunft abschließen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin Klug! Lieber Hans-Dieter Körber! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dieses Motto möchte ich meine heutige Rede zum Haushaltsplanentwurf 2012 stellen und ein Plädoyer für eine nachhaltige Finanzpolitik halten. Dabei wird es vorkommen, Herr Börschel, dass ich in dem einen oder anderen Fall auf Ihre Ausführungen und Angebote gerne zurückkomme.

Doch zunächst einmal zu den harten Fakten: Sie, Herr Oberbürgermeister, haben im Schulterschluss mit der Kämmerin, Frau Klug, einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 vorgelegt, der uns und die Kölner Bürgerinnen und Bürger das Fürchten lehrt.

Sie haben über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ein Defizit eingeplant, das nur durch den Rückgriff auf die Rücklagen gedeckt werden kann, meine Damen und Herren. Herr Börschel hat das sehr klug gemacht. Er hat zunächst von 2012 gesprochen – da beträgt das Defizit rund 250 Millionen Euro – und anschließend die drei nächsten Jahre genannt. Dann kommen nur noch 750 Millionen Euro heraus.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Mittelfristplanung!)

In Wirklichkeit sind es, von heute an gerechnet, rund 1 Milliarde Euro – darüber sollten wir uns klar sein –, die wieder aus dem Vermögen der Stadt verschwinden: Geld, das wir unseren Kindern und Kindeskindern wegnehmen, ohne dass wir 2015, wie Sie glauben, auf Erleichterungen hoffen dürfen; denn in Anbetracht der Finanzkrise kann doch wirklich keiner an eine so schnelle Erholung glauben, dass wir dann mit den Finanzen wieder super dastehen könnten. Ich glaube nicht daran. Nach meiner Einschätzung glauben Sie auch selber nicht daran.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2014 steht uns ein Haushaltssicherungskonzept unmittelbar bevor, weil Sie nur noch einen Spielraum von 15 Millionen Euro haben, um das abzuwenden. In den Plänen, die Sie uns vorgelegt haben, sagen Sie auch immer noch nicht die ganze Wahrheit, da die Kosten für Großprojekte – Sanierung von Oper und Schauspielhaus, Neubau des Historischen Archivs, Sanierung der Museen – in Schattenhaushalten verschwunden sind, nämlich bei den einzelnen Betrieben, beispielsweise der Gebäudewirtschaft. Die Zinsen und Tilgungen, die damit erst viel später erforderlich sind, sind in diesen Haushalten überhaupt noch nicht eingepreist. Deshalb werden die 15 Millionen Euro dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne. Ab diesem Zeitpunkt droht daher jederzeit der Kollaps der städtischen Finanzen.

Die Neigung in dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, Frau Kämmerin, Herr Oberbürgermeister, ist – auch mit Blick auf Ihre Konsolidierungsversuche, nämlich Ausgaben zu erhöhen und Kosten zu verschieben – eindeutig: Schulden, Tendenz steigend.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es bei diesen knappen Hinweisen bewenden lassen.

Der Haushaltsplanentwurf ist die eine Seite. Die CDU-Fraktion hat im Detail – Herr Börschel hat das hier lobend erwähnt und anerkannt – ihr eigenes Konzept vorgelegt und entsprechende Ansätze zur Haushaltskonsolidierung gemacht, die nicht Ausgaben heißen. Ich will das heute nicht wiederholen. Wir haben es im Finanzausschuss rauf und runter diskutiert. Ich denke, dass wir weiterhin darauf zurückkommen werden.

Als Mitglied des Rates bewegen mich heute andere Überlegungen. Da habe ich fast ähnliche Gedanken wie Herr Börschel. Die Kernfrage für mich lautet: Wer ist eigentlich für die Verabschiedung des Haushaltes und damit für die Umsetzung dieser Pläne verantwortlich? Nicht nur das historisch gewachsene Budgetrecht des Parlaments, sondern auch die Gemeindeordnung sprechen hier eine ganz klare Sprache. Der Erlass des Haushaltes ist Sache des Rates.

Meine Damen und Herren, das ist eine Sache von uns allen. Wir alle sind in der Verantwortung dafür. Wir alle haben das für die Zukunft zu verantworten. Deshalb appelliere ich an Ihre Verantwortungsfähigkeit, mit den Haushalten für diese Stadt so umzugehen, dass wir nicht die Zukunft kommender Generationen verspielen. Ich bitte Sie wirklich, daran zu denken.

(Beifall bei der CDU sowie von Martin Börschel [SPD] und Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir sind es also, die die Finanzplanung für unsere Stadt zu vertreten haben. Wir sind es, die darüber entscheiden, welche und wie viel Schulden wir unserer Stadt zumuten können bzw. wann wir glauben, diese Schulden zurückzahlen zu können. Die Entscheidung über den Haushalt ist daher unser Handeln für die Zukunft.

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Mitglieder des Rates, mit welchem Ziel sind wir hier in der neuen Legislaturperiode alle gemeinsam angetreten? In der Ratssitzung im April des vergangenen Jahres haben wir auf Initiative meiner Fraktion ein Konzept für Nachhaltigkeit beschlossen. Schwerpunkt der damaligen Entscheidung waren – ich zitiere -

> … die Herstellung einer auf selbsttragenden wirtschaftlichen Effekten beruhenden Finanzierung [der Stadt], eine langfristige Planung [des Haushaltes] auf Basis einer konsequenten Aufgabenkritik und die Erreichung von Kostenklarheit [für die städtischen Investitionen].

Meine Damen und Herren, diese Forderungen haben mich damals glauben machen, dass wir es alle mit einer soliden Haushaltspolitik ernst meinen und dass wir alle daran arbeiten wollen, für diese Stadt eine gesunde wirtschaftliche Basis zu erreichen.

Mittlerweile machen sich bei mir und den Kolleginnen und Kollegen aus meiner Ratsfraktion schwere Zweifel breit, ob Sie das wirklich alle wollen. Bei den hier vorgelegten Haushaltsplänen bis 2015 müssen einem tatsächlich solche Zweifel kommen.

Ich sage aber noch einmal: Wir sollten nicht immer auf die Verwaltung schimpfen, sondern unser Recht in die Hand nehmen, dieses zu korrigieren, indem wir entsprechende Vorschläge machen und sie der Verwaltung an die Hand geben.

Herr Börschel, ich sehe sehr wohl, dass Sie heute damit angefangen haben. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das schon viel früher einmal in Betracht gezogen.

(Beifall bei der CDU)

Betrachte ich die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung, des Oberbürgermeisters und der Kämmerin sowie die Versuche der rot-grünen Ratsmehrheit, eine Verteilungsliste – die ich für ziemlich kläglich halte – aufgrund der neuen Bettensteuer – so nenne ich sie immer noch – zu erstellen, besteht für mich noch nicht wirklich die Einsicht, dass wir unseren Haushalt konsolidieren müssen; denn durch Steuermehreinnahmen und durch Verschieben von Ausgaben, die unaufschiebbar sind, erreichen wir nicht, dass wir mehr Geld bekommen. Das muss man noch einmal sagen, glaube ich.

(Beifall bei der CDU)

Statt konstruktiver Ideen zum Aufgabenabbau liefern der Oberbürgermeister und seine Kämmerin immer wieder neue Ansätze, wie Besucher Kölns noch mehr zur Kasse gebeten werden können.

Begleitet werden diese Ansätze von einer noch weiter gehenden Abzocke. Jetzt sind die Parkgebühren dran: unter dem immerwährenden Lamento – ich kann es bald nicht mehr hören – der chronischen Unterfinanzierung; nein, nicht der Oper – das hören wir in anderem Zusammenhang –, sondern der städtischen Haushalte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war jetzt ein Schlüsselreiz!)

Meine Damen und Herren, eine chronische Unterfinanzierung können wir ja alle miteinander beklagen. Aber was haben denn Land und Bund noch zu verteilen? Land und Bund haben doch auch nur noch Schulden zu verteilen. Daher können wir doch nicht wirklich damit rechnen, dass wir jetzt, nur weil wir das hier im Rat gemeinsam fordern, plötzlich von Land und Bund mehr Gelder bekommen.

Herr Börschel, Sie haben von Zukunftsfähigkeit gesprochen und angekündigt, dass Sie unserem Vorschlag, die Wohnungsbauförderung zu reduzieren, nicht zustimmen werden. Ich sage Ihnen: Sie haben doch im Landtag mit beschlossen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt geht das wieder los!)

dass die 500 Millionen Euro erst einmal wieder weg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden! Es bleibt unwahr, Herr Granitzka!)

Wir sollen das dann hier in der Kommune kompensieren. Sie denken also nicht daran, strukturelle Einschnitte vorzunehmen. Stattdessen herrscht bei Ihnen immer noch die Verteilungsmentalität vor.

Ich glaube, in unserer Gesellschaft haben sich oben und unten längst von dieser Diskussion der Politik verabschiedet. Wir merken das an dem starken Zulauf zu Leuten, die überhaupt kein Programm haben, nämlich zu den Piraten. Das ist ein Zeichen dafür. Die Leute sind es leid, immer wieder diese Sprüche zu hören, denen dann keine Taten folgen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann wirklich den Eindruck bekommen: Der wichtigste Mann in Köln ist –

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: War das gerade eine Selbstanalyse?)

- Nein, das ist das Sankt-Florians-Prinzip; frei nach dem Motto: Lass doch die anderen unsere Probleme lösen; lass doch Bund und Land machen; wir geben weiter munter das Geld aus. – Ich sage Ihnen: Das ist der falsche Weg.

Im Rat der Stadt Köln steht die CDU-Fraktion für eine bürgernahe und zukunftsfähige Politik dieser Stadt, wie Sie sie auch gefordert haben, Herr Börschel. Ich biete Ihnen wirklich an, dass wir dabei zusammenarbeiten. Bei vernünftigen Vorschlägen tun wir das gerne.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Wie schwer es mit den aktuellen Diskussionen und Einsparvorschlägen aber ist, erleben wir Tag für Tag. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die Redakteure des *Kölner Stadt-Anzeigers* es einmal versucht haben. Wir haben es auch versucht. Daraufhin haben wir, teilweise auch aus den eigenen Reihen, einiges zu hören bekommen. Diese Argumente werden natürlich immer wieder vorgetragen.

Meine Damen und Herren, wir lassen uns davon aber nicht beirren. Wer keinen Stein ins Wasser wirft, kann auch nicht erwarten, dass plötzlich Wellen kreisen. Deshalb müssen wir einen solchen Versuch wagen. Wir sagen nicht, das sei der Weisheit letzter Schluss. Wir sagen nicht, wir hätten in Bezug auf die Haushaltssanierung das Ei des Kolumbus erfunden. Aber wir sagen: Wir müssen anfangen. Wir müssen über diese Dinge diskutieren. Wir müssen uns fragen: Können wir uns eine solche Verwaltungsgröße noch erlauben? Können wir sie nicht, ohne den Bürgern irgendetwas wegzunehmen, reduzieren und deutlich Kosten einsparen?

(Michael Zimmermann [SPD]: Eben!)

Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken. Ich bin dankbar, dass Sie heute noch einmal erklärt haben, dass wir sauber über diese Vorschläge debattieren wollen.

Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie wirklich: Nehmen Sie das, was wir vorgeschlagen haben, nicht als Kritik oder Besserwisserei, sondern versuchen Sie, mit uns gemeinsam diese Vorschläge zu prüfen, um zu sehen, wie viel Geld damit wirklich gespart werden kann. Denn wir brauchen strukturelle Einsparungen. Wir brauchen nicht da und dort Einsparungen von 100 000 Euro, sondern strukturelle Einsparungen, die in die nächsten Jahre und Jahrzehnte hinein wirken.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich glaube, dass wir es gemeinsam schaffen können; aber nicht auf die Art und Weise, dass der eine immer sagt: Wir haben ja alles; es ist alles in Ordnung mit dem Haushalt. – Es ist nichts in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von pro Köln)

- Die Zwischenrufer kann ich ja damit bedienen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Diese Zwischenrufer würde ich gar nicht bedienen!)

dass wir unsere sehr konkreten Vorschlägen gemacht haben, ich Sie aber nicht langweilen will.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hier ist der Rat! – Beifall von pro Köln)

Ich bediene diese Zwischenrufer aber überhaupt nicht mehr.

Die vorgelegten Haushaltsdaten können nicht dazu führen, dass wir diesem Entwurf zustimmen. Allerdings laden wir alle nochmals ein. Herr Börschel hat es gesagt. Wir können das gemeinsam tun, Herr Oberbürgermeister. Wir können gemeinsam diese Dinge überlegen und die Haushaltspolitik der kommenden Jahre begleiten. Das muss aber – Sie haben es eben gesagt – auf Augenhöhe erfolgen. Dann können wir miteinander diese Dinge zum Wohle unserer Stadt diskutieren.

Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, gibt es nur einen Weg. Dieser Weg lautet nicht verschieben. Dieser Weg lautet nicht Steuern einfordern, also die Bürger auffordern, weiterhin das Geld hierher zu tragen. Vielmehr gibt es nur ein Ziel. Das kann nur heißen: Sparen, sparen, sparen.

(Der Redner und die anderen Mitglieder der CDU-Fraktion halten schwarze Sparschweine hoch – Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Die CDU applaudiert sich selbst! Das sind ja wirklich Spontis! So etwas gibt es doch gar nicht!)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben gemerkt, dass wir hier nicht nur herumschimpfen wollen – nach dem Motto: alles ist schlecht –, sondern wirklich dazu beitragen möchten. Damit Sie ständig daran erinnert werden, dass wir gemeinsam sparen wollen, darf ich Ihnen dieses schwarze Schwein überreichen.

(Winrich Granitzka [CDU] übergibt dem Oberbürgermeister ein schwarzes Sparschwein – Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Heute Abend steht ja noch eine Entsendung in den Aufsichtsrat des Kölner Zoos auf der Tagesordnung. Das prädestiniert den einen oder anderen vielleicht dazu, sich dafür zu bewerben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: In dem Schwein ist aber nichts drin!)

- Es kann noch angefüllt werden. – Aber ich verstehe das wirklich als Angebot, uns gemeinsam auf diesen Weg zu begeben, wie es gerade auch beide Redner gesagt haben.

Ich darf jetzt Frau Moritz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufrufen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass wir weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt sind, haben meine beiden Vorredner bereits betont. Deswegen müssen wir uns tatsächlich Gedanken darüber machen – das ist völlig richtig, Herr Granitzka –, wie wir langfristig aus dieser Misere herauskommen und wieder Gestaltungsspielräume für kommende Generationen zurückgewinnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu muss es eine Einsicht in Politik und Verwaltung, bei den unterschiedlichen Interessengruppen und nicht zuletzt in der gesamten Stadtgesellschaft geben, damit nicht das passiert, was Herr Frangenberg erdulden musste und was für uns tagtägliches Geschäft ist: dass, sobald ein Vorschlag kommt, der entsprechende Schlüsselreiz einsetzt.

Drei große Herausforderungen müssen unserer Meinung nach bewältigt werden. Wir sind auch dazu aufgerufen, uns darüber Gedanken zu machen – ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls darüber nachzudenken –, welche Dinge wir priorisieren und welche Dinge nachrangiger sind.

Die erste dieser Herausforderungen ist die Bildung von Kindern und Jugendlichen als wichtigstem Entwicklungspotenzial für die Zukunft. Die Ganztagsbetreuung in den Schulen, die Unterdreijährigenbetreuung und die gerechte Teilhabe aller am Bildungssystem durch Inklusion sind Voraussetzung dafür, dass Deutschland international den Bildungsanschluss nicht verpasst. Trotz prekärer Finanzlage hält die Haushaltsmehrheit daher an diesen ehrgeizigen Zielen fest.

Erst jüngst hat die Kultusministerkonferenz den Ausbau der Kinderbetreuung als Hauptgrund für das leicht gestiegene Bildungsniveau bestätigt. Eine geringere Zahl von Schulabbrechern und der gestiegene Anteil der Abiturienten sind die Grundvoraussetzung zur Deckung des wachsenden Bedarfs an qualifizierten Beschäftigten und die Basis für eine Weiterentwicklung unseres Wirtschaftstandorts.

Gleichzeitig führt ein breites Betreuungsangebot zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und der Teilhabe von Eltern am Wohlstand.

Es bleibt die große Debatte über die Frage, schneller die Zielzahlen der Plätze zu erhöhen und gleichzeitig – oder auch nachrangig – einen hohen Qualitätsanspruch in den Einrichtungen für Kleinkinder sicherzustellen.

Im Zusammenhang damit müssen wir auch die Frage diskutieren, ob grundsätzlich der Wunsch nach Beitragsbefreiung für alle, unabhängig von ihrer sozialen Belastbarkeit, oder der Ausbau der Qualität, zum Beispiel durch einen besseren Personalschlüssel bei Kleinkindern, Vorrang haben muss.

Die zweite Herausforderung ist aus unserer Sicht der demografische Wandel. Er beschert uns nach neuesten Erhebungen einen auf den ersten Blick erfreulichen Bevölkerungszuwachs, der aber langfristig – darüber müssen wir uns im Klaren sein – dazu führt, dass die Kölner Bevölkerung um das Volumen einer ganzen Großstadt zunimmt. Die entsprechenden Bedürfnisse müssen auf knapper Fläche bedient werden.

Aus diesem Grund – und nicht aus Lust und Laune – hat die rot-grüne Mehrheit trotz angespannter Lage ein kommunales Wohnungsbauprogramm aufgelegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ziel ist, die Menge der zur Verfügung stehenden Flächen für den Wohnungsbau allgemein zu steigern, also das Wohnungsangebot insgesamt zu vergrößern – leider oft gegen den Widerstand der örtlich angrenzenden Bevölkerung –, aber auch das Segment der öffentlich geförderten, mietbegrenzten Wohnungen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, keine andere Stadt in NRW ist so stark von sozialer Entmischung betroffen wie Köln. Dieser Entmischung möchten wir mit einem Anreizmodell begegnen, welches mehr öffentlich geförderten Bau von Wohnungen in sozial stabilen Stadtteilen fördert. Dabei sollen uns auch städtebauliche Verträge mit privaten Investoren helfen. Ob das beschlossene Instrumentarium wirkt und aus-

reicht, muss wie bei allen Anreizmodellen überprüft werden, um es gegebenenfalls feiner zu justieren und zu ergänzen. Der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist die Voraussetzung für Prosperität.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Das ist aber wenig Beifall. Dabei ist das ein wichtiges Ziel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mir tut es für das Ziel leid. Ich dachte, der soziale Zusammenhalt sei der CDU auch sehr wichtig – schon aus christlichen Motiven.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf von der CDU)

- Wunderbar.

Der demografische Wandel beschert uns aber auch eine Änderung der Bevölkerungspyramide. Die Alterung der Gesellschaft verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir haben daher einen Betrag für hauswirtschaftliche Hilfen zur Vermeidung von Heimunterbringung von Senioren eingestellt. Dabei gehen wir davon aus – deswegen finde ich das ganz pfiffig –, dass diese Maßnahme wiederum höhere Kosten für Heimunterbringung einspart und dem Wunsch vieler älterer Menschen entspricht, möglichst lange eigenverantwortlich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, müsste der Betrag in den kommenden Jahren ausgeweitet werden.

Dies ist übrigens ein Beispiel dafür, wie wir mit Pflichtaufgaben umgehen müssen. Wir müssen uns wirklich fragen, ob man das gleiche Ziel nicht mit einer anderen Maßnahme erreichen kann.

Nun komme ich zu der dritten zukunftsrelevanten Herausforderung für die Politik – bisher hat sie niemand genannt; ich lege aber nicht zuletzt darauf großen Wert –, nämlich der Sicherung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens. Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um? Gelingt es uns, Luft, Wasser und Boden vor Verunreinigungen zu schützen? Schaffen wir es, die Beeinträchtigungen der Menschen durch Lärm zu reduzieren? Welchen Beitrag leistet Köln bei der Energiewende für den Klimaschutz? Wie gehen wir mit unseren wertvollen Grünflächen um? Wie bereiten wir die Stadt auf die erwartete zusätzliche Klimaerwärmung vor?

Drei Bereiche werden dafür in Zukunft entscheidend sein.

Das ist erstens die Energieproduktion. Unsere Stadtwerke sind der wichtigste Partner bei der Energiewende. Eine Strategie des Ausbaus hin zur Produktion von Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien, aber auch mehr Energieeffizienz sollen den CO_2-Ausstoß deutlich reduzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hohe Energiestandards beim Neubau, aber auch bei der Sanierung des Altgebäudebestandes sind der zweite Baustein. Dabei muss die Stadt beim eigenen Gebäudebestand ein Vorbild sein. Die Kämmerei ist dabei, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik eine strategische Gesamtinfrastrukturplanung, unter anderem auch für den Gebäudebestand, zu erstellen.

Einsparung von Energie ist der wichtigste Beitrag zum Schutz des Klimas. Herr Börschel hat gerade auch die Frage diskutiert, ob wir energetische Standards absenken sollten. Das ist deshalb nicht sinnvoll, weil es sich langfristig nicht rechnet. Durch eine neue EnEV wird sich diese Frage aber perspektivisch von selbst erledigen.

(Martin Börschel [SPD]: Das kann sein!)

Eine Änderung der Mobilität ist der dritte Baustein der städtischen Umweltpolitik. Es muss gelingen, den Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Fahrrad- und Fußverkehrs im Umweltverbund zu steigern – durch bessere Angebote, durch attraktive Verknüpfungen und durch eine kompakte Siedlungspolitik, die kurze Wege und fußläufige Grundinfrastruktur sichert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere an Herrn Sterck gerichtet füge ich hinzu: Die Reduzierung des Individualverkehrs hat nicht den Zweck, die Autofahrer zu schikanieren,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch! – Zuruf von der FDP: Natürlich!)

sondern sorgt dafür, die schädlichen Umweltauswirkungen wie Luftverschmutzung und Verlärmung zurückzufahren und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu steigern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss sich jeder hier im Saal entscheiden, was wichtiger ist: schneller von A nach B zu kommen oder saubere Luft einzuatmen. Auf diese Frage gibt es unterschiedliche Antworten. Darin unterscheiden wir uns.

Die ersten Schritte eines Klimaschutzkonzeptes sind eingeleitet. Seine Wirkungen müssen evaluiert werden und im Hinblick auf die ehrgeizigen Ziele mit Sicherheit erweitert werden.

Meine Damen und Herren, die Bewältigung dieser drei Hauptherausforderungen sichert die Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Aber neben der Sorge um die Zukunft dürfen wir die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger heute und jetzt nicht aus dem Auge verlieren.

Kölle es e Jeföhl – auf Hochdeutsch: Köln ist ein Gefühl.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

- Das habe ich für die Presse und auch für die Immis gesagt. – Wir müssen dafür sorgen, dass dies so bleibt, dass die Kölnerinnen und Kölner weiterhin sagen, dass sie gerne in ihrer Stadt leben, und dass Menschen, die ihre Ausbildung in dieser wunderbaren großen Universitätsstadt machen, nach ihrem Abschluss gerne hierbleiben.

Die Struktur der unterschiedlichen und vielfältigen Quartiere Kölns muss gestärkt werden. Köln ist nicht nur Innenstadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- Und das sage ich als überzeugte Innenstädterin. – Das Einzelhandelskonzept ist eine geeignete Grundlage für die Stabilisierung der Bezirks- und Nebenzentren und die Voraussetzung für die lebendige Dezentralität. Aber auch die Parks, die Plätze und das Stadtbild müssen entsprechend den Gestaltungskriterien, die wir mithilfe des Masterplans Innenstadt erarbeitet haben, auf die Außenbezirke übertragen werden.

Wir stellen ein erfreulich steigendes Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung und Planung fest. Werkstattverfahren und vertiefte Beteiligung an großen Maßnahmen wie zum Beispiel am Helios-Gelände, beim Projekt Mülheim 2020 und beim Bürgerplan West zeigen, mit wie viel Einsatz und Kompetenz sich engagierte Bürgerinnen und Bürger in die Planung einbringen. Dies sollten wir unterstützen, aber auch überlegen, wie wir solche moderierten Prozesse möglich machen können. Beispielsweise hat die Volkshochschule Köln bei der Bürgerbeteiligung im Georgsviertel vorgemacht, dass wir auch selbst als Stadt solche Prozesse organisieren können, und zwar meist wesentlich kostengünstiger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Martin Börschel [SPD] und Michael Zimmermann [SPD])

Was unternehmen Menschen in ihrer Freizeit? Spielen und Sport treiben, am liebsten draußen und in der nahen Umgebung, ist der Trend. Sport wird dabei zunehmend nicht mehr nur in Vereinen, sondern mehr und mehr ungebunden an frei zugänglichen Orten getrieben. Mehrgenerationenspielplätze, Skateranlage und Beachvolleyballplätze im Rheinauhafen, der Familienpark unter der Zoobrücke, Streetballkörbe in Parks und beleuchtete Joggingstrecken sollen diesem veränderten Sportverhalten entgegenkommen.

Trotz vieler Proteste vor Ort sind wir der Meinung, dass auch die Umsetzung unseres Bäderkonzepts ein großer Gewinn für Köln ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Martin Börschel [SPD] und Michael Zimmermann [SPD])

Das neue Eisstadion Lentpark mit dem Naturfreibad ist eine echte Attraktion. Die Besucherzahlen geben uns recht. Bei allem nachvollziehbaren Protest und aller Kritik im Detail sollten wir stolz darauf sein, dass Köln Bäder nicht schließt, sondern durch bessere Schwimmangebote ersetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Sich treffen, zusammensitzen und klönen – das findet heute meist nicht mehr nur im eigenen Wohnzimmer, auf dem Balkon oder im Schrebergarten statt, sondern zunehmend im öffentlichen Raum: in Parks, auf Plätzen, am Rheinufer. Dieses Phänomen führt leider häufig zu Konflikten – am ausgeprägtesten am Brüsseler Platz, aber auch in der Altstadt oder im Kwartier Lateng. Das Kommunikationsbedürfnis großer Gruppen kollidiert mit dem berechtigten Ruhebedürfnis von Anwohnern.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Wir müssen deshalb mehr Orte in der Stadt finden und bereitstellen, an denen diese Bedürfnisse konfliktfreier befriedigt werden können. Beispielsweise müssen wir mehr aus unseren Rheinufern machen. Da sind andere Städte weiter.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Feiernden sich in den Parks und auf den Grünflächen sozialer benehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

An den am stärksten frequentierten Orten muss die Stadt, eventuell mit privaten Partnern – ich denke da beispielsweise an den neuen Werbenutzungsvertrag –, für ein menschenwürdiges Toilettenangebot sorgen. Wir haben in diesen Haushalt schon einmal einen Ansatz eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir sind immer noch beim Lebensgefühl. Das Salz in der Suppe ist die Kultur. Ich weiß, dass die Opernfreunde Rot-Grün des Kulturbanausentums bezichtigen.

(Volker Görzel [FDP]: Das kommt gleich noch!)

- Dann könnt ihr das ja ganz relaxed nehmen und euch gleich austoben.

Die Leistungen von Schauspiel und Oper im vergangenen Jahr waren herausragend. Dafür sind wir den Beteiligten dankbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ob Sie es mir glauben oder nicht: Ich bedaure den Weggang von Intendant Laufenberg

(Karsten Möring [CDU]: Den Rausschmiss oder den Weggang?)

- der Triebaufschub funktioniert irgendwie nicht – genauso wie den des Generalmusikdirektors Stenz sehr. Ich kann aber die Untergangsprophezeiungen nicht nachvollziehen. Bei der Sanierungsplanung am Offenbachplatz liegen wir voll im Zeit- und Budgetplan. Die Interimsorganisation steht. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine geeignete Nachfolge finden werden, die das jetzt erreichte Niveau halten kann.

Dass es gelungen ist, bei der freien Kulturszene nicht zu kürzen, dass wir mittlerweile für fast alle Sparten Förderkonzepte aufgelegt haben, dass wir für die Künstler des Clouth-Geländes preisgünstige Ersatzateliers gefunden haben, dass wir im letzten Jahr ein wunderbares neues Museum am Neumarkt eröffnet haben, dass wir unser NS-Dokumentationszentrum erweitern, dass wir mit der Neubauplanung des Historischen Archivs, des Rheinischen Bildarchivs und der Kunst- und Museumsbibliothek begonnen haben, dass trotz Haushaltsdefizit die Schließung von Stadtteilbibliotheken von niemandem mehr diskutiert wird, sondern dass sich im Gegenteil die Stadtbibliothek außergewöhnlich erfolgreich weiterentwickelt, das scheint kaum wertgeschätzt zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich appelliere an Sie. Das Glas ist nicht halbleer. Es ist mehr als halbvoll. Diese ständige Schwarzmalerei hängt einem zum Hals heraus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir müssen das erst einmal bezahlen!)

Ich komme zum Schluss zu einem wichtigen Kulturthema, welches nie im Zusammenhang mit der Kultur diskutiert wird, weil es im städtischen Haushalt unter Soziales geführt wird. Das sind unsere Bürgerhäuser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Er scheint noch nie in einem Bürgerhaus gewesen zu sein. – Jedes Dezernat muss sparen. Und der Sozialbereich hat ein riesiges Budget. Was nur leider vergessen wird, ist die Tatsache, dass es in diesem Budget fast nur Pflichtausgaben gibt. Eine der wenigen freiwilligen Leistungen sind die Bürgerhäuser.

Hier werden neben anderen Angeboten – Herr Breite, ich lade Sie gerne einmal ein – Kulturveranstaltungen wie Musik, Lesungen, Kabarett und Theater ganz nah an die Menschen vor Ort gebracht – ein dezentrales Angebot, welches meiner Meinung nach unverzichtbar ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Wie viel Zeit habe ich noch, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch neun Minuten.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Das schaffe ich noch.

Herr Börschel hat schon gesagt, dass wir das nicht alles finanzieren können. Ohne die Hilfe von Bund und Land wird das in der Tat nicht gelingen. Da gibt es aber schon erste positive Ansätze. Es ist ja nicht so, als wenn es nicht die Konnexitätsurteile gäbe und als wenn wir nicht endlich eine kommunalfreundlichere Landesregierung hätten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Außerdem sollen wir jetzt einen Fiskalpakt bekommen. Wir können zwar noch nicht genau beziffern, was dabei herauskommt. Aber ein bisschen muss dabei ja herauskommen. Oder versickern die dort zur Verfügung gestellten Millionen im Sand? Ich hoffe zumindest, dass wir davon ein wenig profitieren werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das Kleingedruckte kennen wir noch nicht!)

Zwar dürfen wir – da hat Herr Granitzka völlig recht – einerseits mit unseren Forderungen gegenüber Bund und Land nicht nachlassen. Andererseits müssen wir uns aber darüber im Klaren sein, dass das gebetsmühlenartige Verweisen auf die Verantwortung anderer nicht ausreicht. Eigene Anstrengungen zum Aufgabenabbau und zu mehr Effizienz bei der Aufgabenerledigung sowie die Reduzierung von Standards sind notwendig.

Vom Tage der Verabschiedung dieses Haushalts an muss in der Vorbereitung der kommenden Haushalte die gesamte Palette der kommunalen Ausgaben ohne Tabus bedingungslos auf den Prüfstand gestellt werden – dem Grundsatz, dem Ziel sowie dem Umfang nach.

Da ist nicht nur – das habe ich schon gesagt – die Bereitschaft der Politik und des Rates gefragt. Vor allem sind auch die Stadtgesellschaft und die Interessengruppen zu beteiligen. Es muss Schluss sein mit dem Sankt-Florians-Prinzip: Sparen ja, aber bitte nicht bei mir, sondern lieber bei den anderen.

Das gilt übrigens für uns alle. In diesem Zusammenhang habe ich gerade an das Bild der CDU-Fraktion mit den Schweinen gedacht. Jörg Frank meinte, wir sollten dieses Foto einrahmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Laminieren!)

Jedes Mal, wenn etwas gefordert wird, heben wir es dann hoch.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau! Dann müssen Sie es immer oben haben!)

Deshalb gehe ich gerne auf das Angebot von Herrn Granitzka ein und lade alle hier im Rat, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, ausdrücklich ein, sich an diesem großen Kraftakt zu beteiligen – ebenso wie die Stadtgesellschaft. Auch sie können wir nicht außen vor lassen. Bürgerhaushalt und Bürgerbeteiligung bekommen da einen ganz neuen Stellenwert.

Deshalb finden wir es auch gut, wie die CDU sich in die Debatte eingebracht hat, auch wenn vielleicht nicht alle Vorschläge ausgereift sind. Die Art und Weise, in der Sie darangegangen sind, begrüße ich aber.

Meine Damen und Herren, viele kommunale Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe, im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie im Kulturbereich werden nicht von der Stadt selbst, sondern von freien Trägern erledigt. Die Vielfalt der Trägerlandschaft schafft ein außerordentliches Spektrum an Angeboten, ohne welches unsere Stadt sehr viel ärmer wäre.

Die freien Träger haben im Haushalt 2012 keine Mittelkürzungen hinnehmen müssen. Diese gute Nachricht darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dort natürlich auch eine Reduzierung der Aufgaben erfolgen muss, weil mit den gleichen Zuschüssen auch Tariferhöhungen bezahlt werden müssen.

Deshalb begrüßen wir es, dass der Oberbürgermeister und die Kämmerin angekündigt haben, im Rahmen eines Kontraktmanagements Ziel- und Leistungsvereinbarungen abzuschließen und das Ganze anschließend auch zu überprüfen.

Wir müssen auch wissen, was die aktuellen Entwicklungen für die freien Träger bedeuten. Herr Börschel hat darauf hingewiesen, dass das Ganztagsangebot auch alle möglichen anderen Angebote in dieser Stadt verändert. Das fängt bei den Jugendzentren an. Es hat bei den Sportvereinen und auch in anderen Bereichen Konsequenzen. Das kann heißen, dass Einzelangebote wegfallen. Es kann aber auch bedeuten, dass einzelne Angebote erhöht werden müssen. Auch darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Damit verbunden erwarten wir aber von der Kämmerin, dass dafür auch eine gewisse Pla-

nungssicherheit über einen mittelfristigen Planungszeitraum gegeben wird – für die freien Träger genauso wie für die Eigenbetriebe.

Meine Damen und Herren, Sparen allein wird – auch wenn die CDU und die Interessenverbände schreien – nicht ausreichen. Die Spielräume für die Budgets werden nämlich immer geringer. Sie sind zu klein, um das strukturelle Defizit auszugleichen und gleichzeitig das städtische Leben attraktiv zu machen.

Daher müssen wir auch Einnahmen erhöhen. Das steht übrigens auch im Haushaltsrecht, wie der Finanzpolitiker der CDU sicherlich weiß.

Die Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer B bewegen sich zwar auf hohem Niveau, sind aber im Städtevergleich durchaus vertretbar und zumutbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP)

- Dass Sie schreien, ist doch klar. Ich bin daran gewöhnt. Das perlt an mir ab.

Die Kulturförderabgabe hat weitere Einnahmen generiert, die vor allem zur Steigerung der Attraktivität – ich zähle das nicht im Einzelnen auf – der Stadt eingesetzt werden und die allen Unkenrufen zum Trotz nicht zu einem Einbruch der Touristenzahlen geführt haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte über die neue Haushaltsdarstellung sagen. Das NKF mag besser und strategisch steuerbarer sein als die kamerale Haushaltsführung. Es bildet nachhaltig auch zukünftige Haushaltsbelastungen und Risiken ab. Die uns versprochene Transparenz des Haushalts hat sich jedoch nicht eingestellt.

(Beifall bei der FDP)

- Das ist das erste Mal, dass die FDP klatscht. Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP]: Dieser Satz steht bei mir auch!)

- Dann kannst du ihn ja weglassen.

Die Kämmerin beabsichtigt für die Zukunft die Darstellung eines produktbezogenen und wirkungsorientierten Haushalts. Allerdings weiß ich nicht, wie lange die Verwaltung dafür braucht und ob sie das schon zum nächsten Haushalt schafft.

Bis dahin wollen wir – darf ich einen Wunsch äußern, Herr Oberbürgermeister? – zukünftig die Teilbudgets sowie die Teilstellenpläne in den betreffenden Fachausschüssen erläutert bekommen und diskutieren – ganz unabhängig davon, dass die Zuständigkeit von Finanzausschuss und Rat bei der Beschlussfassung anschließend natürlich nicht angegriffen werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Karsten Möring [CDU])

Dann habe ich noch einen letzten Wunsch, den ich hier übrigens schon mehrfach geäußert habe. Wir haben harte Zeiten vor uns. Frau Klein sagte mir vorhin zwar, dass sie das mit dem Sparen gar nicht anders kennt. Ich glaube aber schon, dass wir jetzt eine neue Qualität haben. Aufgrund dieser großen Änderungen sollten wir vielleicht auch ein bisschen mit der Praxis des Redenhaltens aufräumen. Ich würde mir für die Zukunft hier im Rat eine Haushaltsdebatte über die Vorstellungen der Einzelnen wünschen – und nicht nur ein Ablesen der Haushaltsreden. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. – Ich erteile Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Moritz, so weit waren wir vor Jahren sogar schon einmal. Wir hatten hier schon einmal zweite Runden. Ich weiß nicht, warum das wieder in Vergessenheit geraten ist. Es ist aber richtig: Wir müssen uns nicht nur heute in der Debatte damit beschäftigen, sondern auch in den Fachausschüssen mehr mit den Dingen befassen, weil dort die Fachleute des Rates sitzen, die sie besser beurteilen können, als wir das hier in der Schwarmintelligenz des Rates können.

Die Verabschiedung des Haushaltes 2012 ist gleichzeitig Halbzeit dieser Wahlperiode. Doch die Bilanz – dazu gab es auch schon entsprechende Ausführungen von Herrn Börschel – ist ernüchternd. Die rot-grüne Mehrheit unter Führung des Oberbürgermeisters hat die Stadt seit der Köln-Wahl 2009 leider nicht spürbar nach vorne gebracht. Ganz im Gegenteil: In den

meisten Städterankings muss sich Köln mit einem Platz unter „ferner liefen“ zufrieden geben; Tendenz leider fallend.

Dazu ist es gekommen, obwohl Sie inzwischen alle Instrumente der Macht in der Hand haben. Die Grünen sind seit 1999 – Herr Börschel hat das eben angedeutet, als er dargestellt hat, wie oft die einzelnen Fraktionen den Haushaltsplänen zugestimmt haben – in verschiedener Intensität und mit Unterbrechungen Teil der Mehrheit, die SPD seit 2004, und seit 2009 haben wir einen rot-grünen Oberbürgermeister. Die Tatsache, dass sich die CDU erfolgreich aus dem Stadtvorstand herausmanövriert hat und die beiden grünen Dezernentinnen schön eingemauert wurden, lässt das Herz eines jeden Sozialdemokraten höher schlagen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, „die SPD gewinnt immer“, hat Ulrich Breite bei der vorletzten Sitzung des Finanzausschusses mit Blick auf Haushaltsbeschlüsse wie den Verzicht auf den Wiederaufbau des Roten Hauses oder die Einsparungen bei der Lokalen Agenda formuliert. Seit der Sitzung des Verkehrsausschusses heute Morgen muss man die Inbetriebnahme des südlichen Teils der Nord-Süd-Stadtbahn auch noch in diese Liste aufnehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat es immer noch nicht verstanden!)

Besonders teuer und schmerzlich war diese Regel im vergangenen Jahr bei der mehr als 1 Million Euro teuren Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen, die erwartungsgemäß ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen.

Schade ist nur, dass diese vermeintlich paradiesischen Zustände für die SPD auch dem einen oder anderen kritischen Beobachter aufgefallen sind. So kommentiert zum Beispiel die *Kölnische Rundschau* am 22. Juni 2012, der Oberbürgermeister sei „aus der SPD-Zentrale ferngelenkt“. Es ist bedauerlich, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre zusätzliche Macht, die Ihnen noch die alte, schwarz-gelbe Landesregierung gegeben hat,

(Martin Börschel [SPD]: Der Bürger und die Bürgerin haben sie ihm gegeben, Herr Sterck! Was ist das denn für ein Verständnis?)

nur nutzen, um die Amtsleiterstellen nach dem Strickmuster „einen links, einen rechts, einen fallen lassen“ zu besetzen, wie es der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 5. Juni 2012 berichtet hat.

(Beifall bei der FDP)

Um den Oberbürgermeister unabhängiger von den Strippenziehern in Parteien und Fraktionen zu machen, hatten wir in der schwarz-gelben Landeskoalition durchgesetzt, seine Wahl von der Kommunalwahl zu trennen.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat bei Herrn Schramma ja gut geklappt!)

Dass Rot-Grün das nun wieder zusammenführen will, ist ein Verlust an Demokratie – gerade für eine Stadt wie Köln. Ich bin gespannt, Herr Oberbürgermeister, ob Sie der Versuchung widerstehen können, die nächste OB-Wahl schon 2014 zu ermöglichen.

Leider fehlen den handelnden Personen bei Rot-Grün im Rathaus der Gestaltungswille, die Initiativkraft und auch der Mut für Leuchtturmprojekte. Wenn ich gerade gehört habe, wie der Kollege Börschel das Einzige, was wir dann vielleicht noch haben, nämlich die Bundesgartenschau 2025, hier schon infrage stellt, habe ich eine Ahnung, wo solche Debatten nachher enden können.

Ablesen kann man diesen Mangel, den ich gerade beschrieben habe, sehr schön an der Zahl der Anträge, die die einzelnen Parteien in den vergangenen zweidreiviertel Jahren in diesen Rat eingebracht haben, um Köln – jeweils in ihrem Sinne – nach vorne zu bringen. Von den demokratischen Fraktionen haben SPD und Grüne – heute mitgerechnet – insgesamt 45 Anträge gestellt, CDU und FDP 104.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon waren die meisten nicht zu gebrauchen!)

45 zu 104! Ich finde, dass diese Zahlen schon Bände sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Wo sind Ihre Ideen für die Zukunft dieser Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün? Wo soll Köln am Ende der Ratsperiode 2014 oder im Jahr 2020 oder im Jahr 2030 stehen? Wie stellen wir Mutter Colonia im Wettbewerb mit den anderen Städten auf der Rheinschiene, in Deutschland und in Europa optimal auf? Entweder sind Sie so damit beschäftigt, hinter den Kulissen zu klüngeln, oder der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Rot und Grün reicht nicht aus. Meine Damen und Herren, beide Alternativen sind keine guten Aussichten für Köln.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

(Beifall bei der FDP)

Köln lebt immer stärker von der Substanz. Das gilt auch politisch. Bestes Beispiel ist der Rheinauhafen – ein Aushängeschild –, der zur Ansiedlung von Microsoft und weiteren IT-Unternehmen geführt hat. Dessen Bebauungsplan wurde von Schwarz-Gelb im Rat beschlossen. Die SPD hat sich damals enthalten; die Grünen haben dagegen gestimmt. Leider fehlen bis heute entsprechende Nachfolgeprojekte.

Dabei ließe sich auch ohne großen Finanzaufwand einiges bewegen. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Der erste Bereich ist die Kulturpolitik. Frau Moritz hat sie eben angesprochen. Heute Nachmittag werden wir in einer Aktuellen Stunde auch noch dazu kommen. Doch schon jetzt muss festgehalten werden, dass SPD und Grüne sowie die Stadtspitze hier einen Scherbenhaufen hinterlassen haben.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Die Namen Beier, Blühm, Laufenberg und Stenz stehen für den Aderlass führender Kulturkräfte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt das nicht gleich noch einmal?)

Herr Börschel, Sie können sich ja gerne vom neuen Arbeitsdirektor der KVB das KVB-Orchester zur Bespielung der Oper ausleihen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Ich glaube, das ist eher das Niveau, das Sie sich – ähnlich ist übrigens auch Frau Moritz heute in der Zeitung zitiert worden – für die Oper hier vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch beim Umgang mit Mäzenen, die der Stadt großzügige Spenden gemacht haben oder machen wollen, zeigt man sich unglaublich stiefmütterlich, wie aktuell der Frust von Herrn Corboud zeigt, weil die Stadt ihre Zusagen – wie im Fall Laufenberg – nicht einhält. Und die verprellte Stiftung für den Anbau an das Stadtmuseum ist wohl die größte politische Hypothek auf dem Konto der Kollegin Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf bin ich stolz!)

- Das ist sehr traurig, Frau Kollegin. – Neuerdings beteiligt sich sogar die CDU am Mäzenen-Mobbing, wie ihr aktueller Vorstoß in Sachen Skulpturenpark zeigt.

(Heiterkeit bei Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Leider wurde unsere Initiative, auch ohne Bezahlung einen Kurator zur Betreuung der Mäzene zu benennen, abgelehnt. Der Kulturdezernent wollte das lieber selber machen. Ich kann leider nicht erkennen, dass dies passiert.

In der Bildungspolitik – das ist mein zweites Beispiel – stellt man sich für den Wunsch der Eltern nach einem neuen, zusätzlichen Gymnasium zum Beispiel für den Stadtbezirk Lindenthal taub. Aber die Einrichtung neuer Gesamt- und Sekundarschulen kann gar nicht schnell genug über die Bühne gehen. So sorgt der gerade aus dem Hut gezauberte Vorschlag, alle Haupt- und Realschulen im Stadtbezirk Porz in Sekundarschulen zwangsumzuwandeln, für Aufruhr.

Von der Hochbegabtenförderung brauche ich hier gar nicht erst anzufangen; denn die gibt es nach den heutigen Haushaltsbeschlüssen in Köln schlicht und ergreifend nicht mehr. Dabei ist die individuelle Förderung der Kinder ein zentraler Schlüssel für den Erfolg unserer Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man hoch- und weniger begabte Kinder gegeneinander ausspielt, gelingt dies sicherlich nicht. Mit einer solchen Politik vertreibt man die Eltern aus der Stadt, die für ihre Kinder keine angemessene Bildungseinrichtung mehr finden.

(Zurufe von der SPD)

Drittes Beispiel ist die Wirtschaftspolitik. Hier werden Möglichkeiten für Wintermärkte, die Durchführung des NRW-Tages in Köln oder die Veranstaltung von verkaufsoffenen Sonntagen ohne Not ausgeschlagen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch alles Dünnpfiff!)

Darüber freuen sich insbesondere unsere Mitbewerberstädte wie Bonn und Düsseldorf oder das Kölner Umland, wo die Gäste und Touristen dann stattdessen ihr Geld ausgeben.

Ebenso werden wichtige Investitionen wie das Regionale-Projekt Butzweilerhof, die Umsetzung des Masterplans oder die Wiederherstellung der Oberfläche über der neuen U-Bahn wie am Breslauer Platz sträflich verschleppt. Das ist wahrscheinlich das Mediterrane an uns Kölnern, das die Römer bei uns als nördlichster Stadt Italiens hinterlassen haben: Kommst du heut nicht, kommst du morgen.

Den besten Beweis für diese geografische Verortung als nördlichste Stadt Italiens wird es sicherlich heute Abend geben, wenn – egal wer gewinnt – entsprechende Autokorsos durch die Innenstadt stattfinden werden.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, der österreichische Dramatiker Johann Nepomuk Nestroy hat einmal gesagt:

> Die Phönizier haben das Geld erfunden, aber warum so wenig?

Diese Weisheit hat Rot-Grün in den vergangenen Jahren mit allen Kräften außer Kraft zu setzen versucht. Vorhandene Steuern wurden erhöht und neue Steuern erfunden.

Die Gewerbesteuer wurde angehoben, was den Wirtschaftsstandort Köln unattraktiver macht. Sie ist nun höher als die Gewerbesteuer in allen anderen Gemeinden und Städten der umliegenden Kreise.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja Landkreisniveau, Herr Sterck!)

Die IHK schreibt dazu in ihrer Stellungnahme zum Haushalt:

> Das Hebesatzniveau mindert in zunehmendem Maße die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Wohnstandortes Köln und verschärft in erheblicher Weise die Standortkonkurrenz im Rheinland, insbesondere im Vergleich zu Düsseldorf.

Die Gewerbesteuereinnahmen stiegen in den letzten zehn Jahren von 565 Millionen Euro im Jahre 2002 auf sage und schreibe 1,095 Milliarden Euro im aktuellen Haushaltsplan. Das ist fast eine Verdoppelung der Gewerbesteuereinnahmen. In der Summe betragen die Gewerbesteuermehreinnahmen der letzten zehn Jahre 3,3 Milliarden Euro zusätzlich für die Stadt Köln. Das zeigt, dass Köln kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Leider sind die Bemühungen der Bundes-FDP, die sehr konjunkturabhängige Gewerbesteuer durch eine solide kommunale Steuerbasis zu ersetzen, am Widerstand insbesondere der gut verdienenden Großstädte und der Lethargie des Bundesfinanzministers gescheitert.

Dabei gilt für alle Regierungen in Bund und Land, egal welcher Couleur – das hat Herr Börschel eben auch schon gesagt –, dass die Kommunen insbesondere für immer neu übertragene Aufgaben finanziell besser ausgestattet werden müssen. Die neuen Schlüsselzuweisungen im Land und die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund können dabei nur erste Schritte sein.

Hier in Köln nutzt die Ratsmehrheit zahlreiche Chancen für neue Steuern.

Es gibt jetzt eine Zweitwohnungssteuer, die meist die in Köln studierenden auswärtigen Studentinnen und Studenten belastet.

Neueste Daumenschraube der Kämmerin ist die Schneesteuer, die alle Kölnerinnen und Kölner bezahlen müssen, egal ob Sommer ist oder Winter, ob es schneit, regnet oder die Sonne scheint.

Höhepunkt dieses Erfindungsreichtums ist die Sexsteuer nicht nur für Prostituierte, sondern auch für einvernehmlichen Sex in Swingerklubs. Leider – das haben wir am Montag im Finanzausschuss gelernt – sprudelt diese Steuer nicht mehr so, wie das einmal der Fall war. Wir haben jetzt nur noch 750 000 Euro Einnahmen, nachdem es vor fünf Jahren einmal 1,2 Millionen Euro waren.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das jetzt gut oder schlecht, Herr Sterck?)

Meine Damen und Herren, haben die Kölnerinnen und Kölner wegen dieser Steuer weniger Spaß am Sex? Ich weiß es nicht.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Der größte Etikettenschwindel ist aber natürlich die Bettensteuer, meine Damen und Herren, die Sie geschickt als Kulturförderabgabe getarnt haben. Einer Mitteilung der Verwaltung vom März dieses Jahres kann man entnehmen, dass in den ersten 15 Monaten 20 Millio-

nen Euro eingenommen wurden, aber nur 4,5 Millionen Euro für kulturelle Zwecke im weitesten Sinne ausgegeben wurden. Den Rest hat die Kämmerin eingesackt.

(Beifall bei der FDP – Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Blödsinn! Lesen Sie den Haushalt einmal genau!)

Herr Börschel, es wundert mich, dass Sie selber das Thema der nach den Statistiken steigenden Übernachtungszahlen hier aufgebracht haben. Wenn Sie die Unterlagen richtig gelesen haben, wissen Sie, dass dies durch eine Zunahme der Hotelzimmerkapazitäten in Köln, die in die Statistik aufgenommen worden sind, bedingt ist. Darüber hat es entsprechende Berichterstattungen gegeben.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Sommer wird Ihnen bestätigen, dass das völlig unerheblich ist!)

Wir werden das gerne im Nachhinein noch einmal ansprechen. Hier gehen Sie aber nach dem Motto vor: Man darf nur der Statistik glauben, die man selber gefälscht hat. – Dass Sie dieses Thema hier selber aufbringen, wundert mich sehr.

Nun sollen die Parkgebühren um 50 Prozent steigen. Der Einzelhandelsverband prognostiziert deshalb Nachteile für die Einkaufsstadt Köln. Die Parkgebühren auf der Düsseldorfer Kö sind nur halb so hoch wie in Köln.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Die FDP verweigert sich der Realität! – Beifall bei der SPD)

Und im Giftschrank der Kölner Grünen schlummern Parteitagsbeschlüsse für eine Citymaut und eine Parkhaussteuer. Dann gute Nacht, Kölner Einzelhandel!

Der Kölsche Schutzmann hatte in seiner Büttenrede in der letzten Session schon den nächsten Vorschlag für Ihre rot-grüne Steuerspirale: Wer sich beim Marathon einen Wolf läuft, muss Hundesteuer zahlen. – Auf diesem Niveau sind wir mittlerweile angekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP hat trotz ihrer Oppositionsrolle im Stadtrat versucht, Köln mit kreativen Ideen nach vorne zu bringen. So bekommt die Flora auf unsere Initiative hin derzeit ihr im Zweiten Weltkrieg zerstörtes Tonnendach zurück, unter dem Ebertplatz wird vor der Neugestaltung der Bau einer Quartiergarage geprüft, und die Nord-Süd-Stadtbahn wird trotz des schrecklichen Unglücks am Waidmarkt jetzt vorzeitig wenigstens von Norden her in Betrieb genommen. Es ist schade, dass wir das heute nicht auch für die südliche Teilstrecke beschließen können.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte meinen, das Motto der FDP-Fraktion sei: Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie. – Aber nein, so ist es nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr gebt vor allem nur Geld aus!)

Denn man hat durchaus eine Chance, etwas zu bewegen, wenn man konstruktive Vorschläge macht. Diese versöhnlichen Worte sollten an einem solchen Tag der politischen Abgrenzung auch einmal gestattet sein.

Es gibt im Rat und den Ausschüssen keine Abstimmungsguillotine. Wenn den politischen Gegner die Argumente gegen die FDP-Initiativen ausgehen, wird gesagt, dass sie wahlweise zu früh oder zu spät oder zu laut sind.

(Michael Zimmermann [SPD]: Oder zu schlecht!)

Aber die meisten Beschlüsse in den Ausschüssen und im Rat werden einstimmig oder mit breiter Mehrheit gefasst. Im Kölner Rathaus herrscht, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, ein sehr kollegiales Klima. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kolleginnen von SPD, CDU und Grünen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung einmal bedanken – auch wenn es natürlich schön wäre, wenn noch mehr Initiativen der FDP umgesetzt würden.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, der Haushalt der Stadt Köln wird die Stimmen der FDP nicht bekom-men. Dies hat insbesondere zwei Gründe.

Erstens fehlt uns die nötige Transparenz der Zahlen, die die Kollegin eben auch schon angemahnt hat. Frau Kämmerin, wir haben Sie vor anderthalb Jahren mit gewählt, weil wir uns davon versprochen haben, dass moderne Steuerungsinstrumente des Neuen Kommunalen Finanzmanagements auch für uns erschlossen werden. Leider befindet sich die Stadt in Sachen Haushalt immer noch in einem

Blindflug; denn trotz der dicken Haushaltsbände kann man nicht erkennen, was für Ausgaben geplant sind, wohin das Geld wirklich fließt und insbesondere, wo es versickert. In dieser Frage stehen Sie bei unserer Fraktion noch gewaltig in der Bringschuld.

Dass heute mit der Eröffnungsbilanz für das Jahr 2008 eine Bilanz ohne uneingeschränkten Prüfvermerk vorgelegt wird, bringt das Fass dann zum Überlaufen.

Und kommen Sie bitte nicht mit der Idee, als Nächstes einen Doppelhaushalt für 2013/2014 vorzulegen, um vor der Köln-Wahl eine Haushaltsdebatte zu vermeiden. Wir haben dieses Instrument immer abgelehnt und fordern den Verzicht darauf vor dem Hintergrund der sehr beweglichen Zahlen im Sinne von Klarheit und Wahrheit vehementer denn je.

Ein zweiter Grund für unsere Ablehnung ist der fehlende Sparwille von Verwaltung und Ratsmehrheit. Herr Börschel hat das eben im Grunde auch schon zugegeben. Der Plan liefert zwar viel Kosmetik und Ausgabenverschiebungen. Aber nur 60 Prozent der Einsparungen sind mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Eine Zustimmung käme damit einem Blankoscheck gleich, den wir Ihnen beim besten Willen nicht ausstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Selbst die Kämmerin fordert ein Sparkonzept. Herr Börschel hat es eben auch gefordert. Das Ziel, erst bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist eigentlich eine politische Bankrotterklärung.

Doch solange für Lieblingsprojekte von Rot-Grün noch Geld da ist, scheint es noch nicht so schlimm zu sein.

(Martin Börschel [SPD]: Sei doch ehrlich! Die Flora! Die Archäologische Zone! Was ist das denn für eine Heuchelei?)

Ich denke an die Kühlschränke für Hartz-IV-Empfänger. Hier wurde beschlossen, nicht AA-Kühlschränke zu nehmen. Vielmehr mussten es AAA-Kühlschränke sein, was 89 000 Euro gekostet hat.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist die FDP auch noch gegen Triple A! Gibt es denn so etwas?)

Ich denke an den Verkauf der Häuser an der Boltensternstraße – darüber wird heute im *Express* berichtet –, den wir nachher beschließen werden und der uns 200 000 Euro kostet.

Ich denke an die Akademie der Künste der Welt für 1 Million Euro. Sie ist sicherlich eine gute Institution, aber an dieser Stelle auch entbehrlich.

Ich denke – damit sind wir sogar im achtstelligen Bereich – an die 35 Millionen Euro, die wir für die Wohnungsbauförderung ausgeben. Das können wir uns als Stadt leider nicht leisten.

Das sind nur einige Beispiele für entbehrliche Ausgaben, die wir zulasten kommender Generationen machen.

Herr Oberbürgermeister, ich komme zum Schluss.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Köln hat enorme Potenziale, um uns im Wettbewerb mit den anderen Metropolen in Deutschland und Europa nach vorne zu bringen. Doch leider wird die Stadt unter ihren Möglichkeiten regiert. Die FDP gibt aber die Hoffnung nicht auf. Wir sagen nach wie vor: Köln kann mehr. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. – Wir kommen jetzt zu Herrn Uckermann.

(Unruhe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Guten Morgen zusammen! Ich habe mich gefreut, dass der Aufruf, hier ans Rednerpult zu kommen, bei Ihnen wieder zu einem Lebenszeichen geführt hat. Daher freue ich mich auf eine lebendige Debatte.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Oberbürgermeister, würden Sie mir bitte die Uhr richtig einstellen? – Jetzt steht sie.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltssatzungsdebatte, also das Verabschieden des Haushaltes, hat ja eine unwahrscheinliche mediale Aufmerksamkeit gefunden. Es ist traurig, dass nicht mehr Bürger den Weg in den Rat gefunden haben, um

mitzuerleben, wie es um ihre Stadt steht, wie es um ihre Finanzen steht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist Donnerstagvormittag! Die meisten arbeiten!)

Das ist sehr bedauerlich. Für uns ist das kein Zeichen von Zufriedenheit, sondern ein Zeichen von politischer Verdrossenheit.

Wer diese Debatte hier seit 9 Uhr miterlebt hat – das sind jetzt fast zwei Stunden –, der kann wirklich sagen: Die Bürger haben nichts verpasst, wenn sie heute Morgen nicht in den Rat gekommen sind.

Die Frage ist natürlich auch: Warum macht man so eine wichtige Sitzung morgens um 9 Uhr? Will man vielleicht gar nicht, dass die Bürger dabei sind, Herr Oberbürgermeister?

Herr Börschel von der SPD hat eben richtig gesagt, dass uns hier ein beratungsfähiger Haushalt vorliegt. Man kann ja über vieles beraten, Herr Oberbürgermeister. Die Frage ist nur: Ist das genehmigungsfähig?

(Beifall bei pro Köln)

Ist so etwas genehmigungsfähig? Sie waren früher selber Regierungspräsident. Damals waren Sie als Aufsichtsorgan für die Kommunalfinanzen zuständig. Würden Sie einen solchen Haushalt heute noch als Regierungspräsident genehmigen? Na ja, Sie sind Optimist. Ich nehme an, dass Sie auch die Möglichkeit wahrnehmen, die Ihnen die rot-grüne Landesregierung gegeben hat, 2014 gegebenenfalls aus dem Amt zu scheiden, wenn die ganzen Auswirkungen für die Bürger tatsächlich zum Tragen kommen.

Denn was erleben wir hier? Wir erleben einen städtischen Haushalt, der ein Haushaltsloch von 220 Millionen Euro aufzuweisen hat. 750 Millionen Euro entnehmen Sie dem Eigenkapital. Für 2,7 Milliarden Euro Altschulden müssen Sie entsprechende Zinsen bezahlen. Und was erleben wir hier? Wir erleben eine zweistündige Debatte, die inhaltsleerer und faktenleerer nicht sein kann.

Eines sagen wir direkt: Wenn Sie meinen, Sie könnten sich mit einem Doppelhaushalt, den Sie erst nach der Kommunalwahl 2014 verabschieden, über die Runden retten, machen wir dabei nicht mit. Da kündigen wir von der Fraktion pro Köln Widerstand an.

(Beifall bei pro Köln)

Mit diesem beratungsfähigen Zahlenwerk ist Ihnen einiges gelungen, was die Griechen seinerzeit gemacht haben, um in den Euro-Raum zu kommen. Damit ist das hier vergleichbar. Eben ist gesagt worden, Köln sei die nördlichste Stadt Italiens. Herr Roters, mit diesem Haushalt wird Köln die nördlichste Stadt Griechenlands.

(Beifall bei pro Köln)

In dieser Debatte haben wir jetzt das eine oder andere gehört. Herr Börschel hat eben gesagt, man könne an allem nichts machen; es sei eben alles so schlimm, und man sei nicht verantwortlich. Er hat dann ein Beispiel genannt, nämlich die Gebühren des 1. FC Köln für das RheinEnergieStadion, und die Verwaltung, also Sie, gemahnt, entsprechend neu zu verhandeln. Herr Börschel, unseres Wissens gehört das Stadion der Sportstätten GmbH, deren Aufsichtsrat rot-grün dominiert ist. Daher frage ich Sie: Was haben Sie damals für Verträge geschlossen?

(Beifall bei pro Köln)

Solche Ausreden können Sie hier morgens um 9 Uhr bringen, wenn niemand zuhört. Die Zeitung wird ja nichts darüber schreiben. Schließlich haben Sie eben bei den Medienleuten geschleimt, die könnten es auch nicht besser, die würden solche Leserbriefe bekommen usw. Sie wünschen eine gute Hofberichterstattung.

Aber wir werden Gegenöffentlichkeit betreiben. Wir werden selbstverständlich die hierfür Verantwortlichen, die Schuldigen, ganz konkret benennen.

An sich erwartet man von der Opposition, dass konkrete Sparvorschläge gemacht werden. Das hat Herr Granitzka gerade angesprochen. Die CDU hatte aber zwölf Jahre selber hier den Haushalt und die Finanzpolitik zu verantworten. Sie sind mit daran schuld, dass wir heute an dieser Stelle stehen. Im Übrigen können Sie nicht einfach sagen, Sie hätten Vorschläge gemacht. Wir haben die Tagesordnung der Sitzung gesehen: kein einziger vernünftiger Sparvorschlag; alles nur Medientheater, damit die Zeitung voll wird und besser Anzeigen verkaufen kann.

Nehmen wir nur Ihren abstrusen Vorschlag, Köln in vier Stücke einzuteilen; ein Teil heißt dann Köln-Ost, ein anderer Köln-Nord oder sonst wie. Was soll das denn bringen? Benennen Sie doch einmal ganz konkret, welches Sparpotenzial eine Zusammenlegung von Be-

zirksvertretungen haben soll. Eine Bezirksvertretung hat für alle Serviceangebote wie zum Beispiel die Vergabe der Turnhallen und die Vergabe der Schulräume sechs Mitarbeiter. Und Sie wollen Millionenbeträge erwirtschaften, indem Sie das zusammenlegen? Das kann doch nicht wahr sein.

Die Stadt Düsseldorf, die nur halb so groß ist wie Köln, hat zehn Bezirksvertretungen. Solingen, eine Stadt mit 125 000 Einwohnern, hat fünf Bezirksvertretungen. Köln hat neun Bezirksvertretungen. Was wollen Sie denn dann für Großbezirke haben? Ist das die neue Idee einer Massenveranstaltung? Wollen Sie den Menschen hier die Heimat nehmen? Wir Kölner identifizieren uns mit unseren Veedeln. Das muss auch so bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei pro Köln)

Ein ganz abstruses Beispiel für Missmanagement in der Kommunalpolitik ist die Nord-Süd-Bahn. Die Kölner haben große Opfer dafür bringen müssen. Es war hoch umstritten, ob wir diese U-Bahn brauchen oder nicht. Das Ganze mussten wir mit einem Kirchturm, der fast eingestürzt ist, und dem Einsturz des Historischen Archivs bezahlen. Und jetzt, wo diese Nord-Süd-Bahn fertig wird, sagt man: Wir wollen aber nicht darauf fahren; das wollen wir erst in zwei Jahren machen.

Das können Sie mit einem Autokauf vergleichen, der wie folgt abläuft: Jemand plant, ein Auto zu kaufen. Er bestellt das Auto. Das Auto ist da. Er bezahlt es im Autohaus und lässt es vier Wochen dort stehen. Dann ruft man ihn an und fragt ihn, warum er sein Auto nicht abholt. Darauf sagt er: Das mache ich in zwei Jahren; dann habe ich wieder Geld fürs Benzin.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Das hätten Sie doch alles früher wissen müssen. So etwas können Sie dem Bürger doch nicht mehr erklären. Erzählen Sie das zum Beispiel einmal jemandem auf der Severinstraße. Dort haben die Leute sich darauf gefreut, dass wieder Kunden zu ihnen kommen können. Jetzt müssen sie darauf verzichten. Das ist die Sache, die hier läuft.

Die einzige Opposition ist pro Köln. Eben ist von einem anderen Redner gesagt worden, wie furchtbar aktiv Sie seien. Herr Sterck, wir rechnen nicht nach, wie viele Anträge wir hier eingebracht haben. Aber wir haben dreimal so viele Anträge eingebracht wie Sie. Außerdem haben wir in den Ausschüssen immer mitgewirkt. Wir von der Fraktion pro Köln kommen nicht nur dorthin, wenn eine große Mediensitzung stattfindet, sondern arbeiten konkret in den entsprechenden Ausschüssen mit.

Was noch überhaupt nicht angesprochen worden ist, ist die Frage: Was bedeutet das, was wir hier gehört haben, für die Bürger? Es ist ja etwas von globaler Verantwortung für den Klimaschutz gesagt worden. Frau Moritz hat erklärt, wir müssten dichter und höher bauen. Was wollen Sie denn? Wollen Sie mehr Wohnsilos haben, Frau Moritz? Sie haben auch nicht gesagt, wie Sie es finanzieren. Wollen Sie das als Einsparpotenzial nehmen? Das wollen wir eben nicht. Pro Köln möchte, dass es wieder ein lebenswertes Köln gibt.

Ein lebenswertes Köln bedeutet auch, dass man sich Köln als Normalbürger leisten kann. Da tut die Erhöhung der Grundsteuer natürlich weh. In der Folge heißt das Motto: Wer kann, zieht weg. – Frau Moritz, Sie wundern sich über die sogenannte – das ist Ihr Wortgebrauch – soziale Entmischung. Bei dieser Grundsteuer überlegen sich die Bürger natürlich: Baue ich mein Einfamilienhaus in Köln oder ein paar Kilometer weiter, wo es billiger ist? – Das ist Ihre soziale Entmischung. Damit verprellen Sie die Steuerzahler in dieser Stadt, die etwas beitragen können, weil sie die entsprechende Leistungsfähigkeit haben. Das ist Ihr Motto.

Man kann das mit dem Satz „Roters macht das Wohnen in Köln teuer“ zusammenfassen. Dazu kommen ja auch noch die Müllgebühren. Eine Gewerbesteuererhöhung erfolgt in diesem Jahr nicht. Wir haben sie aber derart angehoben, dass man sagen kann: Arbeitsplätze werden in Köln künstlich teuer gemacht. – Menschen müssen hier mehr leisten als anderswo, um konkurrenzfähig zu sein, weil Sie ihre Arbeit mit Steuern belegen. Das ist das Phänomen.

Die Eintrittspreiserhöhung in den Schwimmbädern tut mancher Familie weh. Sie macht manche Familien arm. Das muss nicht sein. Übrigens ist es in Köln auch so, dass immer mehr Kinder im dritten Schuljahr kaum noch schwimmen können. Diese Entwicklung geht rapide nach unten. Das ist auch klar. Denn wer kann sich das tatsächlich noch leisten?

Nun komme ich zu den Strompreisen. Insbesondere treffen sie die Alleinstehenden, ganz besonders die Rentner, die hier an den Rand gedrängt werden. Wie kann es eigentlich sein, dass in der stadteigenen Stromfirma eine au-

tomatische Gehaltserhöhung von 87 000 Euro für ein Vorstandsmitglied stattfindet? Wie wollen Sie das den Leuten erklären? Dort werden ohnehin Gehälter bezahlt, die nicht niedrig sind. Sie liegen bei 1,5 Millionen Euro. Dann gibt es einfach so noch einmal 87 000 Euro mehr. Da oben macht man sich die Taschen voll, und die Bürger können sich den Strom nicht leisten.

(Beifall bei pro Köln)

Hier sind wir als Eigentümer dieses Unternehmens gefordert. Als Vertreter der Bürger müssen wir dafür sorgen, dass so etwas nicht möglich ist und dass der Strom in Köln selbstverständlich bezahlbar bleibt.

Jetzt komme ich zu den Kölner Verkehrs-Betrieben. Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben sehr viele Mitarbeiter, die sehr motiviert sind. Wenn sie mitbekommen, was im Vorstand und im Aufsichtsrat los ist, können sie das Ganze aber nicht mehr verstehen. Ist es eigentlich normal, dass wir bei der KVB, die früher ein städtisches Amt war, das von einem Inhaber einer A-16-Stelle und einem Stellvertreter geleitet wurde, mittlerweile vier Vorstandsposten haben?

Jetzt hat man mitbekommen – das wurde auch wieder vor der Öffentlichkeit versteckt –, dass dort ein 45 Jahre alter Betriebsschlosser einen Fünfjahresvertrag bekommt und 395 000 Euro pro Jahr als Grundgehalt verdienen soll. Erklären Sie das einfach einmal den Leuten. Das ist mehr Geld, als die Bundeskanzlerin bekommt – und das bei den Kölner Verkehrs-Betrieben. Es muss doch möglich sein, zu einem angemessenen Gehalt hier den Nahverkehr zu organisieren.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, es ist ohnehin eine Forderung von uns – das haben wir in etlichen Anträgen eingebracht –, dass wir bei der Diskussion über die Einnahmeseite nicht nur die Bürger meinen dürfen.

Jetzt sollen die Parkgebühren auf 3 Euro pro Stunde erhöht werden. Damit wird Parken zum Luxus. Wir wollen, dass auch der normale Bürger wieder mit dem Auto in die Kölner City fahren kann, ohne abgezockt zu werden. Ich frage mich sowieso, welchen Sinn das machen soll. Auf der einen Seite wollen wir mit unserem Einzelhandelskonzept die Leute in die City locken, und auf der anderen Seite verprellen wir sie mit solchen Parkgebühren. Das funktioniert doch nicht.

Darum muss unser Credo sein: Die Stadt muss für die Bürger da sein – und nicht die Bürger für die Stadt. Pro Köln wird sich weiterhin für die Bürger einsetzen. Wir lassen es nicht zu, dass hier widerspruchslos abgezockt wird. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war Herr Uckermann. – Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als Übergangshaushalt wird dieser Haushalt inzwischen von vielen bezeichnet. Eines ist sicher: Mit dieser Ratsmehrheit wird ein Übergang zum Besseren schwierig.

Die Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner am gesellschaftlichen Leben muss für uns der entscheidende Grundsatz für jede Haushaltspolitik sein. Die Realität ist aber eine andere: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Armut wächst in unserer Stadt.

Im vergangenen Jahr wurde 10 000 Haushalten der Strom gesperrt. Das ist ein deutlicher Anstieg. Der Hartz-IV-Regelsatz ist allein bei der Stromberechnung um 11 Euro zu niedrig.

Erschütternd ist die Feststellung der Sozialverwaltung, dass es – Zitat – „größtenteils“ arme Menschen sind, die überhaupt keine staatlichen Leistungen beziehen. Das heißt, dass wir viele dieser Menschen gar nicht mehr erreichen. Deshalb darf es nicht sein, dass in der Sozialpolitik die Mittel gekürzt werden.

Interessant ist, dass Herr Börschel zu diesem Thema gar nichts gesagt hat, obwohl er über die Zukunft gesprochen hat; denn wenn man über die Zukunft der Stadt redet, muss man auch darüber sprechen, wie wir die Armut in der Zukunft bekämpfen wollen.

(Beifall bei der Linken)

Andersherum, meine Damen und Herren: Wir müssen das Gute, das wir in dieser Hinsicht tun – da gibt es ja auch etwas Gutes, zum Beispiel den Köln-Pass –, verbessern und ausbauen.

(Beifall bei der Linken)

Wir brauchen in Köln dringend mehr Wohnungen. Deshalb unterstützt die Linke das Kölner Wohnungsbauprogramm, weil wir auf diesem Weg auch in Stadtteilen mit geringen Einkommen soziale Stadtentwicklung betreiben können. Leider ist das Kölner Programm deutlich zu klein geraten. Es reicht gerade einmal für 300 Wohnungen im Jahr. Die doppelte Zahl wäre allein nötig, um den derzeitigen Stand an Wohnungen mit Sozialbindung zu halten.

Wir müssen Stadtteile wie Chorweiler, Vingst und Finkenberg stärken und weiterentwickeln.

Deshalb haben wir überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung das Baulückenprogramm schließen will. Lassen Sie diesen Unsinn sein, meine Damen und Herren. In den Jahren 2004 bis 2010 haben vier Mitarbeiter durchschnittlich 76 Baulücken im Jahr geschlossen und zusätzlich 509 Wohneinheiten im Jahr geschaffen. Das wurde uns auf unsere Anfrage geantwortet, Herr Oberbürgermeister. Dafür bedanken wir uns. Wir bitten aber darum, dass diese Arbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortgesetzt wird.

(Beifall bei der Linken)

Es ist ein Unding, dass die Verwaltung den Kitaausbau verzögern wollte. Wir schlagen vor, nicht nur die Kürzungen zurückzunehmen, sondern noch in diesem Jahr 2,5 Millionen Euro in die Hand zu nehmen und für den Bau von 235 weiteren Kitaplätzen einzusetzen.

(Beifall bei der Linken)

Die Politik erreicht viele Kölnerinnen und Kölner nicht mehr. In Chorweiler betrug die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 29 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist der Umgang von SPD und Grünen mit dem Bürgerhaushalt mehr als kontraproduktiv. Sie benutzen den Bürgerhaushalt, als wäre er ein Versandhauskatalog. Sie picken sich dieses und jenes heraus, was Ihnen gefällt, und schieben den Rest beiseite – mit dem bequemen Argument, dafür gäbe es kein Geld. So funktioniert Bürgerbeteiligung nicht. Damit machen Sie von Rot-Grün den Bürgerhaushalt kaputt.

(Beifall bei der Linken)

Lassen Sie uns den Bürgerhaushalt mit einem Mindestetat ausstatten. Lassen Sie uns außerdem in die Stadtbezirke gehen und um Teilhabe am Bürgerhaushalt werben.

(Beifall bei der Linken)

Teilhabe, Transparenz und Partizipation spielen in der rot-grünen Machtschacherei inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Der KölnAgenda, die seit Jahren in Köln eine wichtige Rolle spielt und Teil der Agenda-Bewegung ist, sollen die finanziellen Fördermittel von 76 000 Euro entzogen werden, und die Stadt will ihre Mitgliedschaft kündigen.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Die KölnAgenda hat ja heute Morgen hier ihr Flugblatt verteilt.

Das halten wir für einen Skandal. Schließlich moderiert die KölnAgenda inzwischen zusammen mit der Stadtverwaltung und den Ratsfraktionen die Klimapolitik in Köln. Sie ist also aktiv an diesem Moderationsprozess beteiligt. Trotzdem hat man mit der KölnAgenda noch nicht einmal vorher über die Kürzung der Mittel geredet. Das ist wirklich ein Skandal. So kann man mit Initiativen in dieser Stadt nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bis heute ist es weder der Bundesregierung noch der EU gelungen, den Finanzspekulanten das Handwerk zu legen. Deshalb verwundert uns der Vorschlag der Kölner CDU, die Zusatzversorgungskasse und die Beihilfekasse der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Rheinischen Versorgungskassen anzugliedern. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass die Zusatzversorgungskasse und die Beihilfekasse eine hohe, solide Kapitaldeckung haben, während die Rheinischen Versorgungskassen in dieser Hinsicht nicht gut aufgestellt sind. Unseres Erachtens hat die CDU damit einen abenteuerlichen Vorschlag eingebracht, der faktisch auf eine Plünderung der Kölner Betriebskassen hinausläuft.

(Winrich Granitzka [CDU]: Raub!)

Aber SPD und Grüne finden diesen Vorschlag nach eigener Aussage attraktiv.

(Ursula Gärtner [CDU]: Es geht um Verwaltungskosten!)

SPD und Grüne kritisieren die Verwaltung, sie habe keine Sparvorschläge gemacht. In gewisser Weise haben Sie ja recht: Die Vorschläge der Verwaltung haben meines Erachtens keinen roten Faden, weder im Positiven noch im Negativen.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, aber welche Vorschläge haben Sie denn? Von Ihnen sind ja auch keine Vorschläge gekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Auf Ihre Vorschläge sind wir einmal gespannt, Herr Kollege!)

Herr Börschel, die Rede, die Sie heute gehalten haben, war ganz interessant. Wir haben aber im Prinzip gesagt: Da kommt etwas. – Was da kommen wird, kann man sich ja vorstellen. Aber Sie haben völlig offengelassen, was Sie machen wollen. Nur dass Sie auf die CDU zugehen wollen, haben Sie nicht offengelassen. Zur Sozialpolitik haben Sie auch nichts gesagt. Das finde ich für einen sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden schon bemerkenswert.

(Beifall bei der Linken)

Deswegen frage ich Sie: Stürzen Sie sich bewusst auf die Vorschläge der CDU, weil Sie keine eigenen haben? Soll das CDU-Papier aus dem Finanzausschuss Ihre Übergangspolitik sein? Das ist meine Frage. Und wenn Sie dieses Papier als konstruktiv bezeichnen, kann ich nur sagen: Gute Nacht, Marie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten sich dieses Papier unbedingt besorgen; Sie sind ja nicht alle im Finanzausschuss. Darin geht es nämlich nicht nur um die Abschaffung der Stadtbezirke – dieser Vorschlag ist ja bekannt und durch die Presse gegangen –, sondern auch um andere Dinge. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen.

Zum Ersten ist darin die Reduzierung der Mittel für das Projekt Lebenswerte Veedel enthalten. Die Sozialraumprojekte sollen also infrage gestellt werden.

Zum Zweiten schlägt die CDU die Reduzierung der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Bezieher durch Zwangsumzüge in kleine Wohnungen vor. Die kleinen Wohnungen haben wir bekanntlich nicht. Trotzdem ist das bezeichnend.

Während Sie diese Vorschläge der CDU als konstruktiv bezeichnen, kann ich nur sagen: Diese Vorschläge sind reaktionär und sozialfeindlich. Da gibt es kein Vertun.

(Beifall bei der Linken – Henk van Benthem [CDU]: Gut, dass Sie nichts zu sagen haben!)

Das Problem der Kommunen ist die Einnahmeseite. Das haben verschiedene Redner hier schon gesagt. Andere haben es nicht gesagt. Ich glaube trotzdem, dass die Einnahmeseite das Problem ist. Dafür werden vonseiten der Verwaltung ein paar kleine Vorschläge gemacht. Ein Konzept zur Verbesserung der Einnahmeseite existiert aber nicht.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Veränderungsnachweis im Finanzausschuss Vorschläge dazu gemacht: zusätzliche Betriebsprüfer bei der Gewerbesteuer zusammen mit der Finanzverwaltung, Automatenkontrollen usw. usf. Diese Vorschläge gibt es also. Auch sie sollten einmal geprüft werden.

Wir möchten noch einmal betonen, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer im vergangenen Haushalt unseres Erachtens völlig richtig war. Rot-Grün hatte endlich verstanden, dass es sinnvoll ist, Schritt für Schritt die Gewerbesteuer zu erhöhen, und dass es ein Fehler war, über 20 Jahre in dieser Hinsicht nichts zu machen. Wir sind der Meinung, dass 490 der richtige Hebesatz für Köln wäre. Das würde im Jahr 2012 noch 20 Millionen Euro bringen.

Deswegen werden wir weiter an diesem Thema arbeiten, auch wenn das Wehklagen der FDP nicht zu überhören ist, um es einmal salopp zu sagen. Die Realität ist aber eine andere, meine Damen und Herren. Wer sich die neue Liste der IHK über die Entwicklung der Gewerbesteuer in Nordrhein-Westfalen anschaut, wird deutlich sehen, dass wir da im Mittelfeld liegen und nicht an der Spitze. Das muss man einmal klar sagen.

Rot-Grün vertagt Konflikte lieber, als sie auszutragen. Das sehen wir seit langem im Kulturausschuss. Mehr als ein Jahr lang haben Sie es nicht vermocht, von der Verwaltung die Wirtschaftszahlen der Bühnen zu erhalten. So etwas bringt den Ausschuss, aber auch die öffentliche Debatte in eine schwierige Situation. Das fanden wir überhaupt nicht konstruktiv.

Dasselbe sehen wir bei der U-Bahn. Die SPD hat die Vorrichtung für eine Tunnellösung mitfinanziert. Die Grünen waren – zu Recht – dagegen. Jetzt ist es andersherum. Heute sind die Grünen für die vorzeitige Inbetriebnahme, obwohl sie den Bau der U-Bahn prinzipiell abgelehnt haben, und wollen dafür mal locker 40 Millionen Euro ausgeben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es umgekehrt gemacht hätten und die Tunnellösung nicht vorfinanziert hätten, wäre es jetzt viel-

leicht möglich, die U-Bahn vorzeitig in Betrieb zu nehmen. Es wäre also doch besser, wenn Sie als gemeinsames Bündnis ab und zu Ihre Diskussionspunkte frühzeitig besprechen würden.

(Karsten Möring [CDU]: Aber besser rechnen können sollte man schon, Herr Detjen!)

- Ja, natürlich. Rechnen können muss man. Und das kann man immer verbessern. Das ist gar keine Frage.

Rot-Grün hält sich bei Konflikten lieber zurück und wagt sich nicht aus der Deckung, sondern versucht, die Probleme der Verwaltung zuzuschieben.

Wenn im Hause vonseiten der Oppositionsparteien konstruktive Vorschläge gemacht und Anträge gestellt werden – ob sie nun von der FDP, der CDU oder den Linken kommen –, reagiert Rot-Grün normalerweise wie folgt darauf: Das haben wir doch schon; das brauchen wir nicht; die Verwaltung macht das sowieso schon; das ist haushaltstechnisch nicht zu machen.

Das finde ich nicht konstruktiv. So kann man meines Erachtens mit der Politik hier im Stadtrat nicht umgehen. Da muss etwas passieren. Interessant ist, dass es in Köln den Grundsatz „Man muss auch gönnen können“ gibt. Aber das kann Rot-Grün überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei Dinge zur Schulpolitik sagen. Die Entwicklung der Fachhochschule in Deutz ist der richtige Weg. Darum haben wir gekämpft. Ich hoffe, dass wir hier positiv weitergehen. Die Entwicklung in Deutz hat jetzt dazu geführt, dass wir in der Innenstadt eine Gesamtschule bauen können. Ich bitte darum, dass wir diesen Weg gehen; denn es muss möglich sein, neben dem Justizzentrum auch die Gesamtschule in der Innenstadt zu bauen.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich festhalten, dass die Bürgerbeteiligung beim Helios-Gelände auf jeden Fall der richtige Weg war. Die Ehrenfelder haben gesagt: Wir wollen eine inklusive Universitätsschule und kein Einkaufszentrum. – Dieser Prozess ist abgeschlossen. Jetzt ist entscheidend, dass dieser transparente Prozess fortgesetzt wird und dass die Ehrenfelder und Ehrenfelderinnen an dem weiteren Prozess der Errichtung der inklusiven Schule beteiligt werden.

(Beifall bei der Linken)

In Köln findet nicht nur soziale Ausgrenzung statt. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer religiösen Glaubensrichtung, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Lebensform diskriminiert. Diese Menschen müssen wir schützen, ob sie nun in Mülheim in der Keupstraße wohnen oder im besetzen Haus in Kalk. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der jeder mit all seinen Besonderheiten seinen Platz finden kann.

Wir können uns streiten und uns mit Ihnen auseinandersetzen. Das muss allerdings in einer Atmosphäre von Respekt und Wertschätzung erfolgen.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, mit Ihrer Gleichstellungspolitik ist aber nicht viel Staat zu machen. Das Integrationskonzept und das Maßnahmenprogramm lassen auf sich warten. Oder nehmen wir das Beispiel des Autonomen Zentrums in Kalk. Inzwischen sind der ehemalige Beigeordnete Streitberger und die Kölner Polizei viel fortschrittlicher und aufgeschlossener für eine Lösung mit dem Autonomen Zentrum als die SPD in Köln. Das lässt tief blicken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Herr Oberbürgermeister, ich komme zum Schluss. Ich würde mir wünschen, dass Sie in Sachen Minderheiten in dieser Stadt einen noch offeneren Kurs einschlagen und Ihre politischen Möglichkeiten, die Sie haben, nutzen. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam in dieser Stadt gegen Rassismus und Rechtsextremismus kämpfen.

Das dürfen nicht nur spontane Events sein. Vielmehr müssen wir hier eine kontinuierliche Arbeit leisten. Deshalb unterstützen wir die Überlegungen des NS-Dokumentationszentrums, ein jährliches Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus zu entwickeln.

Köln stellt sich quer, heute und in der Zukunft. Wir tun das auf jeden Fall auch beim Haushalt. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. – Dann erteile ich Herrn Hoffmann das Wort.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

(Der Redner trägt diese Anrede auf Griechisch vor)

Vielleicht hat die griechisch gesprochene Begrüßung schon dazu beigetragen, Ihr Bewusstsein, Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Verantwortung für das Haushaltsdefizit und die Schuldenhöhe zu stärken.

(Winrich Granitzka [CDU]: Kalimera! – Weiterer Zuruf von der CDU: War das Altgriechisch oder Neugriechisch?)

- Eine Mischung, damit es jeder versteht.

(Heiterkeit und Beifall)

Wegen der begrenzten Redezeit möchte ich nicht näher auf Einzelpositionen eingehen, sondern auf den gesamten Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung. Ich stelle die Frage: Wie ernst kann man eigentlich die Sparpläne von Rat und Verwaltung im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltspolitik und Konsolidierung nehmen?

Um die zu erwartenden jahresbezogenen Defizite in Zukunft zu reduzieren, stellt die Kämmerei nun fest, dass ein Sanierungskurs mit Konsolidierungsprogramm erforderlich ist. Weiter heißt es in ihrem Vorbericht:

Hierfür werden

- man spricht also wieder über die Zukunft -

zahlreiche Managementmaßnahmen zu treffen und Ratsbeschlüsse herbeizuführen sein.

Was sind das denn für tolle Neuigkeiten? Hatte man nicht schon in den vergangenen Jahren viel zu hohe Defizite und Schulden und hat deshalb beim Doppelhaushalt 2010/11 gemäß Ratsbeschluss vom 10. November 2009 eine Taskforce eingerichtet?

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Hoffmann, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? – Meine Damen und Herren, wir haben hier ein Grundgeräusch durch Unterhaltungen. Ich bitte Sie doch, dem jeweiligen Redner auch entsprechend zuzuhören.

(Beifall bei der FDP)

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister, ich kann das schon verstehen. Wir sind mittlerweile nicht bei einer Debatte, sondern bei Vorträgen. Ich habe früher in meiner Schule auch die Erfahrung gemacht, dass man kaum so lange konzentriert zuhören kann. Daher habe ich durchaus Verständnis, wenn hier ab und zu Gespräche geführt werden. Aber vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ich darf deshalb noch einmal ganz kurz an die Zahlen von damals erinnern. Ohne das Einsparvolumen der Arbeitsgruppe betrug das vorläufige Defizit im eingebrachten Doppelhaushalt 2010 circa 413 Millionen Euro und 2011 circa 350 Millionen Euro. Dann wurden Einsparvolumen für 2010 von circa 30 Millionen Euro und für 2011 von circa 65 Millionen Euro laut Arbeitsgruppe und Verwaltung benannt. Deshalb wurde in der mittelfristigen Finanzplanung unter Berücksichtigung des Einsparergebnisses der Arbeitsgruppe „nur“ noch ein Defizit für 2013 von knapp 200 Millionen Euro und für 2014 von ungefähr 125 Millionen Euro prognostiziert.

Das klang gut und sah auch gut aus. Warum nun im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf 2012 wieder ein wesentlich höherer Fehlbetrag – 2013 von 238 Millionen Euro und 2014 von 254 Millionen Euro – prognostiziert wird, ist nicht nachvollziehbar. Wir haben zwar schon einiges zu den Transferleistungen gehört; lassen wir sie aber einmal außen vor. Das klingt nicht gut und sieht auch nicht gut aus. Auch der neue Sanierungsbeschluss vom 13. September 2011 ändert nichts an den Zahlen. Für 2015 wird sogar ein Fehlbetrag von circa 280 Millionen Euro erwartet.

Im Prinzip sind wir wieder da, wo wir vor zwei Jahren waren. Für die Haushaltsdefizite werden bereits seit Jahren strukturelle Defizite und Fehlentwicklungen in Köln verantwortlich gemacht, und es wird auf diese verwiesen. Was sind das denn für Aussagen? Viel stärkere strukturelle Defizite – Herr Börschel hat eben auch darauf hingewiesen – haben viele Kommunen im Ruhrgebiet und in den neuen Bundesländern, denen die entsprechende Wirtschaftskraft fehlt. Es muss doch gerade die Aufgabe der Politik und der Verwaltung sein, in einem vertretbaren Zeitraum Lösungen zu finden und Veränderungen herbeizuführen.

Ich glaube – ich muss es hier sagen –, dass die strukturellen Defizite zum Teil eher an unseren Entscheidungsträgern liegen. Schon bei der Vergabe von Posten wird nicht unbedingt

auf die Qualifikation, sondern mehr auf den Parteienproporz geachtet. Überfällige und notwendige Reparaturen an öffentlichen Einrichtungen – besonders sind hier Schulen, Kitas und Verkehrswege zu nennen – fehlen. Stattdessen versuchen die verantwortlichen Entscheidungsträger, nicht notwendige, in der Regel aber mit hohen Folgekosten verbundene Prestigeobjekte und parteiideologische Träumereien mit Investitionen von erheblichen Millionenbeträgen selbstherrlich durchzusetzen, ohne hierbei den Willen der Bürger und die Realität der leeren Kassen zu berücksichtigen. Das ist ein Problem in dieser Stadt.

Wer zum Beispiel hat die Stadt Köln veranlasst, den Erwerb von Finanzanlagen der Sparkasse KölnBonn aufgrund der Neuordnung der Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Prüfverfahren der EU-Kommission mit 172 Millionen Euro zu finanzieren? Was will die Stadt mit diesen Beteiligungen, die teilweise auch noch verlustbringend sind? Ich möchte hier keine Beispiele aufführen; das würde wahrscheinlich meine Redezeit von zehn Minuten überschreiten.

Die Kassenkredite haben Ende 2010 wieder eine Höhe erreicht, die letztmalig 2005 bestand. In den Jahren 2006 und 2009 waren diese Kredite kontinuierlich gesunken; zum Stichtag 31. Dezember lagen sie immer wesentlich niedriger.

Die Sparversuche der rot-grünen Mehrheit bestehen meistens nur darin – das wurde heute schon erwähnt; ich muss es aber auch sagen –, Einnahmen durch Steuern und Gebühren zu erhöhen sowie neue Steuern und Gebühren festzusetzen: Gewerbesteuer, Grundsteuer, Bettensteuer, Zweitwohnungsteuer, Parkgebühren, Schneegebühren usw.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Armutszeugnis hierzu hat Rot-Grün im Dezember 2011 mit der Diskussion um die Erhöhung der Grundsteuer abgegeben. Das haben wir alles noch in Erinnerung.

Was haben Sie denn bisher Vorzeigbares erreicht?

Aktuell registriert der Bürger die Schließung – ich muss noch einmal darauf zu sprechen kommen – zweier Schwimmbäder gegen den Willen der Bürger. Natürlich ist der Lentpark ein Leuchtturm und ein Vorzeigeprojekt. Wir sollten aber erst einmal abwarten. Die Nachhaltigkeit eines solchen Projektes kann nicht nach einem knappen Jahr beurteilt werden. Dafür muss man ein paar Jahre vergehen lassen. Der Neuigkeitswert führt dazu, dass viele Leute kommen. Die Nachhaltigkeit – vor allen Dingen in der Richtung, dass die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt dieses Bad annehmen und es auch im schulischen Rahmen nutzen können – wird sich aber erst später herausstellen.

Weiterhin ist das Verkehrschaos rund um die Uhr mit unzähligen – sicherlich auch schlecht organisierten und mangelhaften – Baustellen bzw. Großbaustellen prägend für diese Stadt.

Mit dieser Haushaltspolitik und besonders der desaströsen Verkehrspolitik treffen Sie die Wirtschaftskraft Kölns mitten ins Herz. In den nächsten Jahren werden Sie es bestimmt schaffen, sie weiter zu schwächen.

Unter diesen Voraussetzungen besteht für maßgebliche Politiker nicht nur die Gefahr, sondern durchaus die Chance, das aktuell sehr geringe Image von Bankern noch zu toppen. Das kann doch nicht unser Ziel sein.

Normalerweise haben Bürger in der heutigen Zeit viel Verständnis für sinnvolle Sparmaßnahmen. Aber auffällig ist doch, dass vermehrt die verantwortlichen Politiker es immer wieder schaffen, durch Realitätsfremde, Borniertheit und die beharrliche Durchsetzung fragwürdiger und kostspieliger Imageprojekte jegliches Bürgervertrauen zu zerstören.

Die Haushaltsfehlbeträge werden aus der allgemeinen Rücklage genommen. Schön, dass wir demnächst vielleicht 10 Prozent nehmen können! Dann hätten wir unser Vermögen wahrscheinlich innerhalb von zehn Jahren abgebaut. Jährlich werden Summen entnommen. Jetzt sind es 3,8 Prozent, sodass die Messlatte noch nicht gerissen wird. 2015 wären es 5,5 Prozent. Damit hätten wir die Messlatte gerissen.

Wie lange kann man so etwas eigentlich praktizieren, bis man pleite ist? Die Griechen haben uns doch gezeigt, wohin das führt. Das ist Vernichtung von Vermögen und Allgemeineigentum.

Durch schöne Reden und Beschlüsse, Zahlenspielereien und Arbeitsgruppen wird doch kein Euro gespart, wenn die Umsetzung nicht funktioniert oder vielleicht auch bewusst boykottiert wird.

Es ist legitim und ehrlich, wenn man zur Vermeidung der Zwangskonsolidierung versucht, die Entnahme des Fehlbetrages aus der Rück-

lage für zwei aufeinanderfolgende Jahre unter 5 Prozent zu halten, um die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu vermeiden. Ziel müsste es aber sein, möglichst schnell ohne neue Schulden auszukommen.

Im Übrigen: Wie wollen wir denn über Zahlen entscheiden, wenn noch nicht einmal zuverlässige Vergleichswerte vorliegen? Ich erinnere beispielsweise an die unsägliche Diskussion des Wirtschaftsplans im Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln. Das, was dort vor zwei Tagen noch diskutiert wurde und im Grunde genommen immer noch nicht schlüssig war, ist eigentlich keine Grundlage für einen heutigen Beschluss.

Ich kann verstehen, dass sich viele meiner Kolleginnen und Kollegen nicht mit den Einzelzahlen beschäftigen können. Man sollte sich aber etwas näher mit der Frage befassen, wer die Zahlen ermittelt und zusammenstellt und wer auf diese Personen in Köln vielleicht einen gewissen Einfluss ausüben kann.

Ich komme zum Schluss. In der freien Wirtschaft könnten solche Nachlässigkeiten zwangsläufig zu einer Insolvenz führen.

(Beifall bei der FDP und pro Köln)

Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass es andere Städte bzw. Gemeinden gibt, die es besser machen bzw. besser gemacht haben? Kann Köln sein haushaltspolitisches Image nicht auch noch verbessern – das wurde heute schon angesprochen –, indem man einmal zusammenrückt und dann schaut, was man für diese Stadt gemeinsam erreichen kann?

Die Verantwortung hierfür tragen Sie. Diese Verantwortung sollte nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ auf die nächste Generation verschoben werden.

Wegen der vorläufigen und fragwürdigen Zahlen und des nicht erkennbaren bzw. umgesetzten Sparwillens – das wurde von einigen Rednern hier auch schon angedeutet – kann ich für die Freien Wähler Köln diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hoffmann. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Sparen habe ich bislang immer so verstanden, dass ich von meinem mir zur Verfügung stehenden Geld einen Teil zurücklege, ob nun für schlechte Zeiten oder für größere Investitionen.

Sparen in Köln bedeutet jedoch etwas anderes. Geld, das zur Seite gelegt werden könnte, ist nicht vorhanden. Sparen bedeutet in Köln daher ein zwar zaghaftes, aber für manche sehr schmerzhaftes Kürzen. Von einem wenigstens ausgeglichenen Haushalt sind wir weit entfernt. Heute wurde schon mehrfach betont, dass das ohne Hilfe von Land und Bund vermutlich gar nicht klappen wird.

Was mich in diesem Zusammenhang immer wieder irritiert, ist die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Kommunen in Land und Bund. Hier haben doch die meisten den Mitgliedsausweis einer in Bund oder Land regierenden Partei in der Tasche. Doch innerhalb der eigenen Partei scheint die Durchsetzungsfähigkeit eher gering zu sein.

(Beifall bei pro Köln und der Linken)

Wenn Sie die Kommunalfinanzen wirklich neu sortieren und retten wollen, fassen Sie bitte auch die entsprechenden Beschlüsse.

Mir ist durchaus bewusst, dass hier ein Umdenken beginnt, etwa in der Landesregierung. Doch dies geschieht viel zu langsam.

Der Schuldner als Sklave – einmal sehr frei nach David Graeber – oder: nach einem langen und schmerzhaften Konsolidierungsprozess endlich wieder die Freiheit zurückgewinnen; die Freiheit, hier im Rat endlich auch einmal wieder zu gestalten. Es würde doch auch mehr Spaß machen, unsere Stadt hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft fortzuentwickeln, als immer nur am Nothaushalt entlangzuschrammen.

Um dieses Ziel, die finanzielle Freiheit, wieder zu erreichen, sind zunächst jahrelange Kürzungen notwendig. Auch wenn Kürzungen unpopulär sind, hat doch jeder Vorschläge – allerdings stets abhängig davon, welcher Lobby oder Klientel man sich verpflichtet fühlt.

Wir müssen es aber schaffen, die Haushaltssanierung zu einer gesamtstädtischen Aufgabe zu machen, bei der jede und jeder Einzelne ihren und seinen Teil dazu beiträgt, das gerade erwähnte große Ziel zu erreichen. Lediglich Pfründe zu verteidigen, ist zwar legitim, muss

im Sinne einer gemeinsamen Lösung aber überwunden werden.

Wie wäre dies zu erreichen? Hier gilt es, besser als bislang den Prozess der Konsolidierung zu erläutern und zu moderieren. Im Falle Oper/Laufenberg ist dies etwa nicht gelungen. Wir müssen in Zukunft Interessenverbände, aber auch jeden Einzelnen der Stadtgesellschaft früher und besser einbinden. Dies kann nur gelingen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen auch wirklich ernst nehmen; denn sonst ist eine Mitarbeit nicht zu erreichen.

Gescheitert sind diese Versuche etwa beim Bürgerhaushalt. Man stellt dem Bürgerhaushalt nicht nur keine Mittel mehr zur Verfügung; man akzeptiert noch nicht einmal die Ergebnisse dieser besseren Umfrage.

Wünschen sich die Bürger auf Platz eins im Bereich Jugend den Erhalt ihres Hallenbades, ist die Antwort darauf der Abriss.

Gespannt bin ich auch auf die Reaktion von Verwaltung und rot-grüner Mehrheit auf das Ergebnis des Bürgerhaushalts im Kulturbereich. Mit Abstand auf Platz eins fordern die Bürgerinnen und Bürger Kölns den Erhalt des Autonomen Zentrums in Kalk. Wird dieser Wille ernst genommen, oder droht auch hier die Abrissbirne? Erhalten Sie das AZ in Kalk! So günstig gewinnen Sie selten Sympathien in Köln-Ost.

(Beifall bei der Linken)

Es gab in den letzten Monaten aber auch positive Beispiele, um die angestrebte bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Ein gutes Signal war die heute auch schon erwähnte Bürgerbeteiligung beim Helios-Gelände. Die Ergebnisse der Beteiligung sind eindeutig und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger oft bis ins Detail formuliert. Jetzt müssen die Verwaltung und die Ratsmehrheit aber auch beweisen, dass sie diesen Willen ernst nehmen, und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in rechtsverbindliche Beschlüsse umsetzen. Dies könnte ein Baustein auf dem Weg zu einem Konsens in der Stadtgesellschaft sein – einem Konsens, den wir dringend benötigen, wenn wir gemeinsam sparen wollen.

Herr Oberbürgermeister, bereits bei Ihrer Amtseinführung sagten Sie, dass in Köln ob der Sparmaßnahmen ein großes Zähneklappern beginnen werde. Noch sind Ihre Schritte aber zu zaghaft. So spricht Rot-Grün ja auch von einem Übergangshaushalt. Ich bin gespannt, wann Sie sich auch an die dicken Brocken herantrauen.

Dies ist auch meine Kritik. Mit Entsetzen lese ich von der geplanten Schließung einer Drogenberatungsstelle im Rechtsrheinischen und dem Ausstieg aus der KölnAgenda. Im Haushalt sind das kleine Fische. Aber einer generellen Neubewertung etwa des Projekts Archäologische Zone verweigern sich Stadtverwaltung und Rot-Grün. Herr Börschel erwähnte zwar die Verhandlungen mit dem LVR. Doch auch dann, wenn diese erfolgreich verlaufen, bleiben der Stadt Köln immense Baukosten. Auch die Betriebskosten in Millionenhöhe gehen ja nicht auf null zurück. Sie werden nur an anderer Stelle vom Steuerzahler bezahlt; in diesem Fall ausgerechnet – durch die Landschaftsumlage – auch von den ärmeren Kommunen im Ruhrgebiet. – So viel am Rande zum Thema „Solidarität in der kommunalen Familie“.

Wir wollen hier im Rat wieder gestalten. Dazu ist nicht nur eine Neuverteilung der landes- und bundesweit zur Verfügung stehenden Mittel nötig; dazu gehört auch der zwingend notwendige Mut, unpopuläre Sparmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Sparziele zu definieren, sollte im Konsens mit der Stadtgesellschaft gelingen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

Ich wünsche der Verwaltung und dem Rat dazu gutes Gelingen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Damit schließe ich die Rednerliste.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Oberbürgermeister Roters verpflichtet als neues Ratsmitglied Herrn Dr. Rolf Albach als Nachfolger für Frau Gebauer und benennt als Stimmzähler Herrn Kaske, Herrn Kienitz und Frau von Bülow.

Anschließend schlägt der Oberbürgermeister vor – wie in den Haushaltssitzungen üblich und entsprechend der Geschäftsordnung möglich – die Redezeiten zu ändern und für diese Sitzung wie folgt festzulegen:

- *je 30 Minuten für die Fraktionen SPD und CDU*
- *25 Minuten für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*
- *20 Minuten für die FDP-Fraktion*
- *je 15 Minuten für die Fraktionen pro Köln und Die Linke.*
- *je 10 Minuten für die Einzelmandatsträger Herrn Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Herrn Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)*

Die verlängerte Redezeit umfasse alle Tagesordnungspunkte der Sitzung.

Herr Uckermann beantragt, die Redezeit für die Fraktion pro Köln zu verlängern, da die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt sei. Der Rat lehnt dies mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

Der Oberbürgermeister lässt über die von ihm vorgeschlagene Änderung der Redezeiten abstimmen. Der Rat stimmt diesem Vorschlag gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln mehrheitlich zu.

Darüber hinaus teilt der Oberbürgermeister folgende Änderungsvorschläge zur Tagesordnung mit:

<u>Zusetzungen</u>

4.1 Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung
AN/1089/2012

8.8 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 24.000 Plätze
1050/2012

8.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13
2230/2012

<u>Absetzungen</u>

8.4 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes
5293/2011

8.6 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011

Herr Uckermann beantragt, dass TOP 8.6 nicht von der Tagesordnung abgesetzt wird. Der Rat lehnt dies mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab und legt ebenfalls gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln folgende Tagesordnung fest.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu den Einzelabstimmungen und danach zur Gesamtabstimmung über den Haushalt 2012.

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

2. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Budgeterweiterung für Mitternachtssport“
AN/0484/2012

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den seit 2008 jährlich bereitgestellten Etat zur Förderung des Mitternachtsports auf 120.000,00 Euro anzuheben, damit das erweiterte Sportangebot für Jugendliche auch in Zukunft sichergestellt wird. Die zusätzlichen Mittel, sollen aus dem zur Verfügung stehenden Etat des Projektes “Kids in die Clubs“ finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP – <u>abgelehnt.</u>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kürzung der Fraktionszuwendungen um 50 Prozent“
AN/0006/2012

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die aus dem städtischen Haushalt an die Fraktionen erbrachten Geldleistungen und geldwerten Leistungen um 50 Prozent zu kürzen und die gesparte Summe für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Änderungsantrag der LIGA
hier: Verweisung des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 21.11. 2011

Wir stimmen ab, wie in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Für Kindertagesstätten in freier Trägerschaft sind ab dem 01.08.2012 ebenfalls haushaltswirtschaftliche Unterstützungskräfte im Umfang von je 1 Stunde je Gruppe/Tag kommunal zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. – abgelehnt.

3. Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung
AN/1089/2012

Eine schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass eine schriftliche Beantwortung nachgereicht wird.

5. Anregungen und Stellungnahmen zur Haushaltsplanberatung

6. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für Haushaltsjahr 2012

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

7. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

7.1. Haushaltsplan-Entwurf 2012
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
2471/2011

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1844/2011

Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

34. Sitzung vom 28. Juni 2012

Beschluss über den Änderungsantrag:

Vor die Summe von 504.000 Euro wird das Wort „zunächst“ eingefügt.

Der vollständige Satz lautet dann: „Für das Hj. 2012 werden die Mittel auf zunächst 504.000 Euro festgesetzt.“

Des Weiteren wird der Beschluss erweitert um folgende Passage:

Die Verwaltung verifiziert im aktuellen Haushaltsentwurf die Bereiche und Haushaltsbeträge, die rein bezirksorientiert sind und unterbreitet dem Rat im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen eine Beschlussvorlage, die vorsieht, dass über diese Maßnahmen dann allein vom jeweiligen Bezirk entschieden wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – abgelehnt.

Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, wie folgt fest:

Für das Hj. 2012 werden die Mittel auf 504.000 Euro festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	*59.500 €*
2 Rodenkirchen	*51.600 €*
3 Lindenthal	*64.300 €*
4 Ehrenfeld	*52.400 €*
5 Nippes	*55.500 €*
6 Chorweiler	*44.700 €*
7 Porz	*53.900 €*
8 Kalk	*55.300 €*
9 Mülheim	*66.800 €*

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei Enthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 7.2:

7.2 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 – 2014
3226/2011

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012- für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich der Filmkulturförderung nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung zu gewährleisten:

Afrika-Filmfestival „Jenseits von Europa“ von FilmInitiativ Köln e.V	*50.000 €*
„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH	*25.000 €*

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Der Rat beschließt außerdem die Aufhebung der im Filmkulturförderkonzept festgelegten maximalen Zuschusshöhe der neu beschlossenen dreijährigen Projektförderung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 7.3:

7.3 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012 -2014
4185/2011

Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Damit ist sie bei Enthaltung der Fraktion pro Köln angenommen.

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 – für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich des Freien Tanzes nachfolgende Betriebskostenzuschüsse zu gewährleisten:

Kompanie Mouvoir/ Stefanie Thiersch	*30.000,- €*
Kompanie Silke Z./ Silke Giles	*30.000,- €*

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 7.4:

7.4 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit einstimmig angenommen.

Der Rat nimmt die nachfolgenden Ausführungen und den als Anlage 1 beigefügten Konzeptentwurf für das Kölner Haus der Innovationen zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis die zur Gründung und zum Betrieb des Kölner Hauses für Innovationen erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen:

- *zur Realisierung des Kölner Hauses für Innovationen aktuell einen Dialogprozess mit begleitendem Moderationsverfahren unter Einbezug aller interessierten Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und der Stadtgesellschaft auszurichten,*
- *zur Schaffung einer tragfähigen Kooperationsstruktur mit Partnern aus Unternehmen, Verbänden, Wirtschaftskammern, Hochschulen und Forschungsinstituten die Gründung eines Trägervereins einzuleiten,*
- *den Konzeptentwurf weiterzuentwickeln und auf dieser Basis ein Anforderungsprofil für das Kölner Haus der Innovationen in Abstimmung mit den zukünftigen Kooperationspartnern als Vorstufe für eine Machbarkeitsstudie/Realisierungskonzept zu entwickeln,*
- *für die Anschubfinanzierung einen Betrag in Höhe von 130.000 € zur Verfügung zu stellen.*

Die Finanzierung in 2012 erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 – Stadtentwicklung – Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsplans 2012 inkl. Finanzplanung bis 2015.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 7.5:

7.5 HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland e. V.
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4564/2011

Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Damit so angenommen.

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland e.V.“ zum 01.01.2012 zu beantragen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf derzeit 10.000,- €. Er setzt sich zusammen aus einem Mitgliedsbeitrag in Höhe von 5.000,- € zuzüglich einer jährlichen Förderumlage in Höhe des Jahresbeitrags (s. Anlagen Satzung und Beitragsordnung).*
2. *Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.*
3. *Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe von 10.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 7.6:

7.6 Hochschulgründernetz Cologne e. V. – hgnc
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4565/2011

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so angenommen.

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „Hochschulgründernetz Cologne e.V.“ (hgnc) zum 01.01. 2012 – alternativ mit Gründung des Vereins, sofern dieser Zeitpunkt nach dem 01.01.2012 liegt – zu beantragen.*

Die Jahresbeiträge werden gemäß § 8 Punkt 8.1. der Satzung des hochschulgründernetz cologne e.V. (beigefügter Satzungsentwurf vom 24.11.2011) durch die ordentliche Mitgliederversammlung festgesetzt. Die Mitgliedsbeiträge sollen für ordentliche Mitglieder zwischen 1.000,- € und 2.000 € jährlich betragen.

2. Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.

3. Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe von maximal 2.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

8. Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8.1 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2011/12
1759/2012

Abstimmung wie im Finanzausschuss.

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und von Herrn Zimmermann so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Betriebsausschusses Bühnen (13.06.2012) sowie des Finanzausschusses (18.06.2012):

Angesichts der Tatsache, dass die Spielzeit 2011/2012 kurz vor dem Abschluss steht, nimmt der Rat den vorgelegten Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2011/2012 zur Kenntnis.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss (gemeint ist der Betriebsausschuss Bühnen) vor der Sommerpause folgende Fakten zur Darlegung des realen Finanzstatus des Bühnenbetriebs vorzulegen:

a) Das vorläufige wirtschaftliche Ist-Ergebnis der Spielzeiten 2009/2010 und 2010/2011 sowie 2011/2012 sowie Aussagen der Wirtschaftsprüfer, zu welchem Zeitpunkt Testate für die ausstehenden Jahresabschlüsse vorgelegt werden. Entstandene Verluste sind auf neue Rechnung vorzutragen. Grundlage zu Ermittlung des Ist-Ergebnisses für 2011/2012 ist der vom Rat am 07.10.2010 beschlossene Betriebskostenzuschuss im Rahmen des Hpl. 2011/2012.

b) In der Ergebnisdarstellung und der weiteren Wirtschaftsplanung sind der Aufwand für das Interim und die Bezuschussung des Interims aus dem Hpl. darzustellen.

c) Die Entnahmen aus den Rücklagen sind ab der Spielzeit 2009/2010 mit Zeitpunkt, Hö-he und Grund darzulegen.

2. Durch die Dringlichkeitsentscheidung des Rates vom 15.05.2012 (1496/2012) ist der wirtschaftliche Rahmen für den Bühnenbetrieb festgelegt. Die Verwaltung wird nun nachdrücklich aufgefordert, den Wirtschaftsplan 2012/2013 noch vor der Sommerpause vorzulegen und als dessen Bestandteil die geplanten ergebnisverbessernden Maßnahmen darzulegen, um die aufgelaufenen Verluste aus den früheren Spielzeiten sowie die Konsolidierungserfordernisse aus o. a. DE zu erfüllen.

3. Als weitere Maßgaben für die mittelfristige Wirtschaftsplanung der Bühnen sind zu berücksichtigen und darzulegen:

a) Eine mittelfristige Planung über 5 Jahre, einschließlich der Rückführung der aufgelaufenen Verlustvorträge innerhalb der Spartenbudgets aufzustellen.

b) Die Umsetzung des bereits beschlossenen Controllings.

4. Der Betriebsausschuss (Bühnen) ist unmittelbar verbindlich darüber zu unterrichten, wie die Instrumente .aus der „Zielvereinbarung Bühnenbetriebsleitung vom 29.05.2012“ (z.B. die Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung) umgesetzt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

8.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011

Abstimmung wie im Finanzausschuss vom 18. Juni 2012, Anlage 8.

Wer ist gegen diesen Wirtschaftsplan? – Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist dies so angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses vom 18.06.2012:

1. *Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).*

   Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2012 erforderlich ist, wird auf EUR 161,3 Mio. festgesetzt.

   Zur Vorbereitung des Geschäftsjahres 2013 wird die Betriebsleitung zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen bis EUR 10,1 Mio. ermächtigt.

   Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird unverändert auf EUR 25,0 Mio. festgesetzt.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die mittelfristige Finanzplanung, die ein Bestandteil der Vorlage (5278/2011) ist, gemäß folgenden Maßgaben zu überarbeiten und den zuständigen Gremien in 2012 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.*

   Die mittelfristige Planung geht von folgenden Rahmendaten aus:

   Die derzeitige Finanzplanung weist bis 2015 eine Kreditaufnahme von 946,38 Mio. Euro und eine Verdreifachung der Tilgungsleistung (Steigerung um ca. 50 Mio Euro) und eine Steigerung der Zinszahlungen um das 2,5-fache (Steigerung um 20,5 Mio Euro) aus. Demgegenüber steigen die Umsatzerlöse aus Mietzahlungen der Verwaltung um ca. 15 % auf 286 Mio. Euro.

   Bis 2015 sollen in Schulbauten 1,184 Mrd. Euro in Schulbauten investiert werden. Dies ist mit Abstand die höchste Investitionssumme, gefolgt von 128,44 Mio. Euro für Verwaltungsgebäude (einschl. Flora) und ca. 32 Mio. Euro für Kitas. (Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012 - 5278/2011 - Anlage 4)

   Die mittelfristige Finanzplanung soll folgenden Zielsetzungen folgen:

   a) *Das Investitionsvolumen für Schulbauten ist zu priorisieren. Die Priorisierung soll differenziert nach Sanierung, Erweiterungsbauten und Neubauten einschließlich der daraus resultierenden Mietbelastungen im städtischen Haushalt dargestellt werden.*

   b) *Die derzeitige Finanzplanung geht von einer jährlichen Abführung an den Haushalt von 45,578 Mio. Euro aus. Um der weiteren Eigenkapitalminderung entgegenzuwirken, ist darzustellen, ob und wie diese Abführung bis 2015 signifikant verringert werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP und die Stimme von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

8.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011

Wir stimmen ab über die Vorlage in der Neufassung, wie es im Veränderungsnachweis 5 vorgelegt worden ist.

Wer für diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die

Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist das so angenommen.

1. Der Rat beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für 2012 Vorauszahlungen an den Haushalt der Stadt Köln in Höhe von EUR 45.593.500 leistet.

2. Die Auszahlung erfolgt in 4 Raten zum jeweiligen Quartalsende.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. – zugestimmt.

8.4 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes
5293/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.5:

8.5 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
2131/2012

Dazu gibt es Neufassungen in den Anlagen 1 und 2, die Ihnen gestern zugegangen sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussfassungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist dies entsprechend angenommen.

Zur teilweisen Umsetzung der im Veränderungsnachweis 4 dargestellten Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung fasst der Rat die in Anlage 1 (Änderung früherer Beschlussfassungen) und Anlage 2 (neue Beschlussfassungen) aufgeführten Beschlüsse, die da lauten:

Beschlüsse gemäß Anlage 1:

Dezernat OB – Oberbürgermeister

1. Beschluss:
In Abänderung seines Haushaltsbeschlusses vom 24.06.2008 beschließt der Rat eine Reduzierung der Zuschüsse für den Freiwilligendienst aller Generationen um 3.000,- auf 79.800,- Euro.

2. Beschluss:
In Abänderung seines Beschlusses vom 01.02.2005 beschließt der Rat eine Reduzierung der Netzwerkmittel für das Kölner Netzwerk Bürgerengagement in Höhe von 5.000,- auf 37.500,- Euro ab dem Haushaltsjahr 2013.

3. Beschluss:
In Abänderung der Beschlüsse vom 27.01.1983, 16.12.1993, 18.11.1997 und 29.07.2003 über die Zahlung von Ehrengaben anlässlich von Ehejubiläen beschließt der Rat mit Wirkung vom 01.08.2012 folgende Änderung: Die Ehrengabe bei diamantenen Ehejubiläen in Höhe von je 60,- Euro wird ersatzlos gestrichen.

4. Beschluss:
Der Rat beschließt, aus dem Verein Köln Agenda e.V. zum 31.12.2012 auszutreten. Der Ratsbeschluss vom 18.11.1999 (1527 /099) wird somit aufgehoben.

5. Beschluss:
Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Zuschuss an den Verein Köln Agenda e.V. zum 31.12.2012 einzustellen. Die Ratsbeschlüsse vom 18.11.1999 (1702/099), 23.05.2000 (0627/000) und 06.02.2007 (0062/007) werden somit aufgehoben.

6. Beschluss:
Der Rat hebt den Beschluss des Verkehrsausschusses vom 02.12.2008 (AN/ 2319/2008) auf. Die Fortschreibung des Gesamtverkehrkonzeptes wird vorerst zurückgestellt.

Dezernat I – Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht

7. Beschluss:
In Abänderung seines Beschlusses vom 25.09.2008 beschließt der Rat, folgende Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung sofort umzusetzen und

1. *die geplante Einführung der Einheitssachbearbeitung im Kundenzentrum Innenstadt und in den Servicezentren nicht vorzunehmen. Zur Realisierung der Haushaltseinsparung werden 4,5 Stellen abgesetzt.*

2. *die Maßnahme „mobile Dienstleistungsangebote“ aufzuheben. Zur Realisierung der Haushaltseinsparung werden 4,5 Stellen abgesetzt.*

3. *den Samstagsdienst im Kundenzentrum Innenstadt (1 x pro Monat mit 3 Std.) zum September 2012 einzustellen. Im Rahmen des Saisongeschäfts wird an einem von 02-1 – Bürgeramt Innenstadt festgelegten Samstag vor den Sommerferien das Kundenzentrum Innenstadt geöffnet sein.*

   Das bisherige Leistungsspektrum der Kfz-Zulassungsstelle in Poll, Max-Glomsda-Str. 4, wird jeden Samstag von 10:00 bis 15:00 Uhr um die Ausstellung von vorläufigen Personalausweisen und vorläufigen Reisepässen („Ausweise in letzter Minute in Papierform“) erweitert.

Dezernat III - Wirtschaft und Liegenschaften

8. *Beschluss:*
   Die Verwaltung wird beauftragt in Abänderung ihres Beschlusses Ds. Nr. 1626/002 vom 14.11.2002 eine Erhöhung der Parkgebühren in den Tiefgaragen Am Dom, Philharmonie, Hauptbahnhof /Breslauer Platz, Groß St. Martin und Kaiser-Wilhelm-Ring vorzunehmen und die entsprechenden Beschlussvorlagen nach der Sommerpause vorzulegen.

Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport

9. *Beschluss:*
   In Abänderung seines Beschlusses vom 24.06.2008 beschließt der Rat, die Fachstelle für Hochbegabung beizubehalten und unter dem Begriff Begabtenförderung neu auszurichten.

10. *Beschluss:*
    Der Rat beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 20.05.2010 (Ganztagsangebote – Vorlagen-Nr. 1243/2010) bei Nr. 4 die Höhe der kommunalen Förderung für die Durchführung von Ganztagsangeboten der SEK I um 145.000,- Euro auf 836.346 € zu reduzieren.

Dezernat VI – Planen und Bauen

11. *Beschluss:*
    Der Rat ändert die Beschlüsse vom 06.12.1990 "Programm Wohnungsbau 2000", vom 29.01.2008 "Wohnungsbauprogramm 2015" (2606/2007), vom 13.10. 2011 "Städtische Wohnungsbauförderung" (1724/2011) und vom 15.05.2012 "Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm" (1295/ 2012) ab. Der Rat beauftragt die Verwaltung, für die Bearbeitung des Baulückenprogramms kein zusätzliches Personal mehr einzusetzen. Der Rat ändert seinen Beschluss vom 20.12.2011 zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans Köln (4348/ 2011) ab. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln eine Abänderung des Luftreinhalteplans Köln zu beantragen und dabei auf die Maßnahme Baulückenschließung zu verzichten.

Beschlüsse gemäß Anlage 2:

Amt des Oberbürgermeisters

1. *Beschluss:*
   Der Rat stimmt der Reduzierung der in den Fraktionszuwendungen enthaltenen monatlichen Pro-Kopf-Pauschale von 450 Euro auf 426 Euro je Mitglied der Fraktion zu.

2. *Beschluss:*
   Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Änderung der Hauptsatzung vorzubereiten, durch die auf die Veröffentlichung der Sitzungstermine des Rates im Kölner Wochenspiegel verzichtet wird. § 8 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Hauptsatzung werden gestrichen. Auch auf die Bekanntmachung von Sitzungsterminen weiterer Gremien im Kölner Wochenspiegel wird verzichtet.

3. *Beschluss:*
   Der Rat stimmt der Reduzierung der Höchstzahl abzurechnender Fraktionssitzungen auf 150 Sitzungen für Mitglieder des Rates und 60 Sitzungen für Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, zu und beauftragt die Verwaltung, dem Rat die erforderliche Änderung der Hauptsatzung zur Entscheidung vorzulegen.

4. *Beschluss:*
Der Rat stimmt der Reduzierung der in den Fraktionszuwendungen enthaltenen jährlichen Fortbildungspauschale von bisher 800 Euro auf 400 Euro pro Mitglied der Fraktion zu.

5. *Beschluss:*
Der Rat beschließt die Kündigung der seit 1993 bestehenden Mitgliedschaft im Städtenetzwerk POLIS.

6. *Beschluss:*
Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin die Ergebnisse von Wahlen am Wahltag der Kölner Bevölkerung, den politischen Mandatsträgern, der Presse und den Medien zu präsentieren. Die Standards sind so zu ändern, dass bei gleichbleibend guter Qualität die bisherigen Kosten in Höhe von 75.000,- Euro um 20.000,- Euro pro Wahltag auf 55.000,- Euro gesenkt werden.

Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport

7. *Beschluss:*
Die Verwaltung wird beauftragt, die Sportstättengebührensatzung ab 2013 so zu ändern, dass sich die Gebühren durch Nutzungen durch Dritte um 20 % erhöhen.

8. *Beschluss:*
Die Verwaltung wird beauftragt, die Beihilfenordnung ab 2014 so zu ändern, dass durch die Aufnahme einer Differenzierung bei der Anspruchsberechtigung (keine Pflege- und Unterhaltungsbeihilfen mehr für Golfclubs) jährlich 30.000 € Pflege- und Unterhaltungsbeihilfen weniger gewährt werden können.

9. *Beschluss:*
Der Rat der Stadt Köln beschließt ein Pilotprojekt zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung an Schulen ab 01.09. 2012 an der Gesamtschule Porz, Stresemannstraße.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, Die Linke. und die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Enthaltung von Ratsmitglied Hoffmann – zugestimmt.

8.6 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.7:

8.7 KölnMusik GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff., Durchführung des Festivals „AchtBrücken für Köln“ in den Jahren 2013 – 2015
1989/2012

Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann so angenommen.

1. *Die an die KölnMusik GmbH zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse werden wie folgt festgesetzt:*

2013	*= 4.785.800 €*
2014	*= 4.881.500 €*
2015	*= 4.979.100 €*

Sollten die für die einzelnen Jahre von der KölnMusik GmbH aufzustellenden Wirtschaftspläne geringere Betriebskostenzuschüsse ausweisen, reduzieren sich die vorstehenden Beträge entsprechend, die im Übrigen Höchstbeträge darstellen. Auf der Grundlage der jeweiligen Jahresabschlüsse der Kölnmusik GmbH erfolgt eine Spitzabrechnung. Überschüsse sind an die Stadt abzuführen, Fehlbeträge müssen vom Unternehmen nachgespart werden.

2. *Zur Durchführung des jährlichen Musikfesitivals „AchtBrücken Musik für Köln“ die Musiktriennale Köln GmbH Zuschüssse in Höhe von:*

2013	*= 628.800 €*
2014	*= 500.000 €*
2015	*= 500.000 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.8:

8.8 Offene Ganztagsschule im Primarbereich – bedarfsgerechter Ausbau auf 24 000 Plätze
1050/2012

Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke., Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und die Fraktion der FDP. Dann hätte ich auch andersherum abstimmen lassen können. Damit ist diese Vorlage aber einstimmig angenommen. Das ist auch ein gutes Zeichen für die Bildungspolitik in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

1. *Der Rat nimmt den 1.800 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagsschulen im Primarbereich zur Kenntnis und*

2. *beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2012/2013 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 24.000 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 Euro je Platz bzw. 1.890 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.*

3. *Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2012 die notwendigen zusätzlichen 0,83 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 1,44 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 BBO zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2012 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung dieser Stellen sind im Haushaltsjahr 2012 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 54.490 Euro zu veranschlagen. Eine Deckung dieser Kosten erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben. Ab dem Haushaltsjahr 2013 sind jährlich 130.776 Euro zu veranschlagen. Die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt durch erhöhte Landesmittel im Rahmen des Kostenausgleiches für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Konnexitätsmittel U3-Ausbau).*

4. *Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Außerdem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagsschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht. Ab dem Haushaltsjahr 2013 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 1.013. 528 Euro. Die im Rahmen des Veränderungsnachweises ab dem Haushaltsjahr 2013 im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich zu veranschlagenden Mittel werden durch die Erhöhung der Landesmittel im Rahmen des Kostenausgleiches für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Konnexitätsmittel U3-Ausbau) gedeckt.*

5. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass ein zukünftiger Ausbau der Platzkapazität vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation und des hohen freiwilligen kommunalen Anteils nur durch Verschiebungen im Rahmen des Gesamtkontingentes von 24.000 Plätzen an Schulstandorten in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf erfolgen kann.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.9:

8.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13
2230/2012

Wir kommen zur Abstimmung.

(Zurufe)

- Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung wollte doch eine Erklärung abgeben!)

- Dazu ist Folgendes zu sagen: Es gibt einen entsprechenden Wirtschaftsplan. Er ist im Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln vorgelegt worden und von mir auch weitergeleitet worden, da die Kämmerin mir anheimgestellt hatte, ihn entsprechend weiterzuleiten. Es gibt aber noch Nachfragen, auch vonseiten der Kämmerin, bezogen auf das Istergebnis des Vorjahres, das noch nicht vorliegt, und auch weitere Fragen, die noch im Einzelnen geklärt werden sollen.

Deswegen schlage ich vor, dass wir diese Vorlage heute in die Sitzung des Hauptausschusses verschieben, die für den 6. August 2012 vorgesehen ist, um in der Zwischenzeit noch die weiteren Vorklärungen vornehmen zu können. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, im Grundsatz teilen wir das. Der vorliegende Wirtschaftsplan entspricht nicht den gesetzlichen Erfordernissen der Eigenbetriebsverordnung. Das könnte zu Beanstandungen führen.

Wir haben auch den Vorteil, dass dieser Wirtschaftsplan erst am 1. September 2012 zur neuen Spielzeit in Kraft tritt. Daher besteht noch eine Korrekturmöglichkeit.

Wir möchten heute aber beschließen, dass der Betriebskostenzuschuss, wie in der Vorlage beinhaltet, 51 148 000 Euro beträgt und entsprechend der Vorlage auf die Sparten aufgeteilt wird. Das wollen wir heute hier festhalten, um damit auch gegenüber den Bühnen ein klares Signal zu setzen, wofür wir stehen.

Dann würden wir Ihrem Vorschlag folgen, den Beschluss über den Wirtschaftsplan zu vertagen. Nach meiner Kenntnis ist im Laufe des Monats August dieses Jahres eine Sitzung des Hauptausschusses geplant. Die Betriebsleitung und das Dezernat VII haben dann die Gelegenheit, im Einvernehmen mit der Kämmerin dort einen gesetzlich sauberen Wirtschaftsplan vorzulegen. Wenn er dort beschlossen würde, würde er auch noch rechtzeitig zum 1. September 2012 in Kraft treten können. – Das ist der Vorschlag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Wir nehmen das als Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Fraktion der SPD!)

- und der Fraktion der SPD – entgegen und kommen deshalb zur Abstimmung über diesen Antrag. – Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei uns herrscht noch Unklarheit. Die 51 Millionen Euro sind doch in Bezug auf die DE schon beschlossen worden. Machen wir das jetzt noch einmal?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Wie ich es verstanden habe, ist das noch einmal eine Bekräftigung dessen. Das möchte man als Signal in die Öffentlichkeit senden. – Okay.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, dass wir noch einmal den Betriebskostenzuschuss von 51 148 000 Euro zugunsten der Bühnen unter Berücksichtigung der bisherigen Spartenauftrennung bekräftigen und gleichzeitig den Wirtschaftsplan zur weiteren Beschlussfassung in die Sitzung des Hauptausschusses am 6. August 2012 weiterleiten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Enthaltungen der Fraktion Die Linke. und von Herrn Hoffmann. Damit ist das so beschlossen.

Der Rat beschließt folgende Verteilung des Betriebskostenzuschusses für den Spielbetrieb in Höhe von 51.148.000 €:

- *auf die Oper entfallen 31.970.700 € (inkl. 11.964.000 € für den Bühnenservice)*
- *auf das Schauspiel entfallen 18.477.300 € (inkl. 7.002.400 € für den Bühnenservice)*
- *auf den Bühnenservice entfallen 700.000 € für das Engagement hochklassiger Tanzgastspiele.*

Im Übrigen verweist der Rat den Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13 in die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) – zugestimmt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

9. Bürgerhaushalt 2012 – Umsetzung der Vorschläge
1838/2012

Wir stimmen ab, wie im Finanzausschuss am 18. Juni 2012 beschlossen.

Dazu gibt es aber eine Wortmeldung. Haben Sie eine Frage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein, eine Bitte. Ich bitte, punktweise abzustimmen und dann noch einmal eine Gesamtabstimmung zu machen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bei TOP 9?)

- Ja, beim Bürgerhaushalt. Da gibt es mehrere Punkte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben eben beschlossen, dass wir ohne weitere Wortbeiträge über die Vorlagen so abstimmen, wie sie Ihnen vorgelegt worden sind. – Meine Damen und Herren, der Beschlusstext ist vom Finanzausschuss in drei Punkten modifiziert worden. Das liegt Ihnen mit der Vorlage vor – Finanzausschuss, Anlage 9. Ich bitte Sie, dies aufzuschlagen, damit ich es nicht im Einzelnen vorlesen muss. Wir stimmen jetzt also über jeden Punkt einzeln ab.

Ziffer 1: Wer gegen diese Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und von Herrn Zimmermann so angenommen.

Ziffer 2: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Angenommen.

Ziffer 3: Wer ist dagegen? – Dagegen ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Herr Zimmermann enthält sich. Damit angenommen.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung zu Tagesordnungspunkt 9. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses vom 18.06.2012:

1. *Der Rat nimmt die jeweils 25 am besten bewerteten Vorschläge der Themenbereiche „Kinder/Jugend“, „Kultur“, „Wirtschaftsförderung“ und „Sparen“ (zum Gesamthaushalt) aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einschl. der Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Voten der Bezirksvertretungen und die Ergebnisse aus den Sitzungen der Fachausschüsse zur Kenntnis.*

   Der Rat verweist auf die beigefügte Übersicht (Anlage 2 gemäß Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen AN/1057/2012 zum Finanzausschuss am 18.06.2012), aus der ersichtlich ist, welche TOP 25 Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 von der Verwaltung bereits umgesetzt werden.

2. *Die von der Verwaltung vorgelegte Liste haushaltswirksamer Vorschläge (Anlage 1 gemäß Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen AN/1057 /2012 zum Finanzausschuss am 18.06. 2012) wird – soweit die Vorschläge nicht bereits im Haushaltsplanentwurf Berücksichtigung gefunden haben – an die Verwaltung verwiesen. Sollte die Verwaltung einzelne Vorschläge zur Umsetzung vorschlagen wollen, hat sie diese mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag zu versehen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten.*

   Beschlüsse der Fachausschüsse sind von der Verwaltung mit einer Stellungnahme zu versehen.

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Bürgerhaushalt fortzuentwickeln und eine veränderte moderne Form der Bürgerpartizipation zu finden, um die Attraktivität des Beteiligungsverfahrens zu*

erhöhen und sicherzustellen, dass Anregungen und insbesondere auch Beiträge zur Haushaltskonsolidierung aus der Bürgerschaft auf geeignete Weise auch weiterhin in die Haushaltsplanberatungen einfließen können.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1.:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2.:
Einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3.:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Enthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Gesamtabstimmung:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

10. Stellenpläne

10.1 Stellenplan für das Jahr 2012
0011/2012

Wer ist gegen diese Vorlage? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion der FDP, der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist dieser Stellenplan so angenommen.

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2012 im Saldo rd. 258 Mehrstellen. Für 2012 sind 505,23 Stellen zusätzlich erforderlich. Hiervon entfallen

309,51 (= rd. 61 %)
Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,

39,48 (= rd. 8 %)
Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur

Erfüllung nach Weisung und
156,24 (= rd. 31%)
Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

Demgegenüber werden 247,55 Stellen abgesetzt. Darin sind die Ergebnisse der „Task-Force“ in einem Umfang von 147,91 Stellen enthalten.

Von den 505,23 Mehrstellen sind

231,61 Stellen (= rd. 46 %)
in vollem Umfang refinanziert,

90,90 Stellen (= rd. 18 %)
teilweise refinanziert und

182,72 Stellen (= rd. 36 %)
nicht refinanziert.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis,

- *dass außerhalb des Stellenplanbeschlusses Ziffer 1. ein kalkulierter Risikozuschlag bei den Personalaufwendungen von 7,3 Mio. € um 6 Mio. € auf nunmehr 1,3 Mio. p. a. reduziert wurde.*

Diese Maßnahme vermindert die im Februar im Veränderungsnachweis 1 für 2012 noch ausgewiesenen Personalaufwendungen ab 2014. Auf den zwischenzeitlich vorgelegten Veränderungsnachweis 4 wird verwiesen.

3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zur Abwehr eines drohenden Nothaushaltes im Finanzzeitraum 2013 bis 2015 keine weiteren Stellen geschaffen werden können. Sollten Stellen für zusätzliche neue unabweisbare Aufgaben nicht durch im Rahmen des Aufgabenabbaus freigesetztes Personal besetzt werden können, ist eine Einrichtung und Besetzung von Stellen nur dann möglich, wenn hierfür nachhaltig finanzierte Sachkosten in Anspruch genommen oder entsprechende Ertragssteigerungen erzielt werden.

Ansonsten bildet der mit dem Stellenplan 2012 ausgewiesene Personalkörper die Ressourcen und Kapazitätsgrenze für den Finanzzeitraum bis einschließlich 2015 ab.

4. Der Rat bekräftigt den einstimmigen Beschluss des AVR vom 10.11.2011 unter Zif. 5 (TOP 8.1).

„Der Rat der Stadt Köln teilt die Auffassung der Verwaltung, dass ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Krankenstand und möglichen Arbeitsüberlastungen infolge zunehmender Arbeitsverdichtung und Einsparmaßnahmen im Personalbereich wahrscheinlich ist. Aus Sicht des Rates kann deshalb ein weiterer Stellenabbau nur einhergehen mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen."

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung bittet der Rat den Oberbürgermeister, dass bei künftigen Ratsbeschlüssen neben der gesicherten Finanzierung auch der Grundsatz beachtet wird, keine weitere Arbeitsverdichtung zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktionen FDP, pro Köln und Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2012
4981/2011

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dieser Stellenplan so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012
5141/2011

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 des Gürzenich-Orchesters Köln mit dem Hinweis zu, dass im Vergleich zum Stellenplan des Vorjahres keine Veränderungen im Hinblick auf Mehr-/Wenigerstellen, Hebungen etc. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu 10.3.1:

10.3.1 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012
1718/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2012 des Gürzenich-Orchesters Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2012
5212/2011

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012
5175/2011

Wer ist dagegen? – Gegenstimmen der CDU. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist das so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Stellenplanübersicht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einschließlich der für diesen im Stellenplan der Stadt Köln geführten Stellen für Beamtinnen und Beamten zu.

Besonderheiten:

I. BAN
Für die bauliche Realisierung der Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) wird eine bis 31.12.2017 befristete Stelle eingerichtet. Über den weiteren Stellenbedarf während der Realisierungsphase wird im Fortgang des Verfahrens entschieden. Zur Deckung des voraussichtlich entstehenden Stellenbedarfes wird die Gebäudewirtschaft in Abstimmung mit der Schulverwaltung auch eine veränderte Prioritätensetzung für Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen zur Freisetzung von Personalkapazitäten für die Realisierung der BAN prüfen.

II. Klimaschutzkonzept Köln – Sofortmaßnahmenprogramm 2012
Die mit Ratsbeschluss vom 20.12.2011 in der Maßnahme A 6 einzurichtende Stelle ist in der Stellenplanübersicht enthalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit kommen wir zur endgültigen Abstimmung unter Tagesordnungspunkt 11:

11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
2399/2012

Abstimmung mit der Ergänzung des Beschlusstextes, wie er Ihnen vorliegt, einschließlich Prüfungsauftrag aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 18. Juni 2012.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und der OB. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan angenommen. – Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehrausgaben nach § 82 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzunterhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.

Gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 18.06.2012 wird die Verwaltung gebeten, auf Basis der Mittelfristplanung 2013-2015 folgende Hinweise zu prüfen:

a. Tanzgastspiele
Der Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung im Bereich Bühnen in Höhe von 700.000 Euro ab der Spielzeit 2013/2014 wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Streichung der Sparte Tanzgastspiele bei den Bühnen der Stadt Köln zum Einen noch einmal dahingehend zu prüfen, ob der dauerhafte Einsparbeitrag von 700.000 Euro p.a. zutreffend beziffert wurde. Zum anderen wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit die Einsparsumme von 700.000 Euro ggf. durch eine andere strukturelle Einsparmaßnahme erbracht werden sollte.

Die Tanzgastspiele bei den Bühnen finden ausschließlich in ausverkauften Häusern

statt. Die Bühnen der Stadt Köln „erwerben“ das überwiegend fertige Produkt des Tanzgastspiels. Es gibt ein geringes betriebswirtschaftliches Risiko, Einnahmen und Ausgaben lassen sich genau kalkulieren. Ggf. kann durch eine Verbesserung der Einnahmesituation, durch mehr Aufführungen und eine Anpassung der Eintrittsgelder eine betriebswirtschaftliche Optimierung erfolgen. Zudem könnten über eine gemeinsame Gastspielstrategie mit den Städten Leverkusen, Neuss und Bonn Synergien gewonnen werden.

b. Personalaufwendungen mobiler Bürgerservice

Die Verwaltung wird gebeten, Alternativvorschläge zu machen, die geringere Auswirkungen auf den Bürgerservice haben.

c. Reduzierung der Anzahl der Wettbewerbsverfahren bei Schulneubauten

An einem Architektenwettbewerb wird bei Bauten in exponierten Lagen festgehalten; die Verwaltung prüft, mit welchen weniger aufwendigen Gutachterverfahren eine Qualitätssicherung unter Erhalt des Einsparziels zu erreichen ist.

d. Baulückenprogramm

Die Antragsteller bezweifeln, dass der Erhalt der Qualitätsstandards beim Baulückenprogramm nach Streichung von zwei Stellen erhalten werden kann. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt darzulegen, wie unter Erhalt des Einsparziels im Dezernat VI der Qualitätsstandard aufrecht erhalten werden kann.

e. KölnAgenda e.V.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Einsparsumme von 76.000,00 Euro beim Zuschuss KölnAgenda e.V. durch eine andere strukturelle Einsparmaßnahme erbracht werden kann.“

Über die Ergebnisse der Prüfung sind die Fraktionen schriftlich zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Oberbürgermeisters – zugestimmt.

12. Sonderhaushalte

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir – Herr Granitzka hat noch eine Frage. Bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister, da wir keinen Punkt „Verschiedenes“ haben, muss ich das an dieser Stelle ansprechen. Sie haben eben ein Datum für die Sitzung des Hauptausschusses genannt. Das liegt uns nicht vor. Ist das der 6. August 2012?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist noch offen. Es wird möglicherweise der 6. August 2012 sein.

Winrich Granitzka (CDU): Okay. Den Termin bekommen wir also noch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, der Termin wird noch mitgeteilt. – Ein vorheriger Termin ist deswegen schwierig, weil Vorsitzender und Stellvertreter jeweils im Urlaub sind.

Dann beende ich diese Sitzung und lade Sie für 14 Uhr zur weiteren Plenardebatte ein.

(Schluss: 11.56 Uhr)

35. Sitzung

vom 28. Juni 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Das aktuelle personelle Ausbluten in den städtischen Kulturbetrieben – Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen“

AN/1096/2012

2. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud durch Herrn Prof. Alfred Neven DuMont

hier: Ölgemälde von Georges Méliès „Bildnis eines Mannes“, um 1883

2057/2012

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers

2034/2012

2.3 Annahme der Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle 05.September 1962 durch Herrn Konrad Adenauer

2248/2012

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Resolution „Neue städtebauliche Perspektiven durch ein modernes IWZ“

AN/0989/2012

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. sowie der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Keinen Doppelhaushalt 2013/14!“

AN/0949/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 26.06.2012

2368/2012

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erarbeitung eines Konzepts gegen die Ausbreitung des islamistischen Extremismus und Salafismus“

AN/0980/2012

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten“

AN/0867/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln

Stellungnahme der Verwaltung vom 28.06.2012

2428/2012

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Straßenschäden durch Baustelle an Großmoschee sollen vom Verursacher bezahlt werden“

AN/0983/2012

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“

AN/0975/2012
(zurückgestellt)

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Diesjährige Durchführung der Weihnachtsmärkte in Köln“

AN/1093/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Weiterhin städtische Unterstützung für linke Hausbesetzerszene in Köln?“

AN/0828/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06. 2012

2415/2012

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Sozialer Wohnungsbau“

AN/1010/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06. 2012

2468/2012

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer von Hexenprozessen in Köln

1997/2012

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen;

hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung

1369/2012

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden

0909/2012
(zurückgestellt)

6.1.3 Beschleunigung Bauprojekte der Gebäudewirtschaft,

hier: 11. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

1293/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln

1879/2012

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

7. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8. Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßer zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, Hj. 2011

1778/2012

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortsetzung Baumaßnahme Freiluft- u. Gartenbauschule (Freiluga) nach KP II

4784/2011

10.2 Bericht zur Frauenförderung

0855/2012

10.3 Trägerschaft diverser Kindertageseinrichtungen (Übertragung auf freie Träger)

1026/2012

10.4 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln;

hier: Buserschließung Kalk-West/ Odysseum und Dillenburger Straße

1370/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0974/2012

10.5 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags

1427/2012
(zurückgestellt)

10.6 KVB: Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn

1459/2012

10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.04.2013

1498/2012

10.8 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung / Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln

1553/2012
(zurückgestellt)

10.9 Co-Finanzierung des Forschungsprojektes „Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln“

1724/2012

10.10 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.Vm. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung

1791/2012

10.11 Bocklemünd-Mengenich 2. Baustufe, Verlängerung der Stadtbahnlinie 3

hier: Einleitung eines Vergabeverfahrens für Rodungsarbeiten ohne rechtskräftiges Baurecht

1880/2012

10.12 Umwandlung von drei städtischen Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen

2075/2012

10.13 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln

hier: Nachtverkehr der Stadtbahnlinie 7 zwischen Köln und Frechen

2101/2012

10.14 Barrierefreier Ersatz von Fertigbaueinheiten am Schulstandort „Auf dem Sandberg 120, 51105 Köln-Poll“

1254/2012

10.15 Errichtung einer zweizügigen Grundschule zum Schuljahr 2013/14 am Standort Mommsenstraße 5-11 in 50935 Köln-Sülz

1465/2012

10.16 Weiterführung und Transfer des Projektes „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“

1856/2012

10.17 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH

2089/2012

10.18 Neubau einer Ganztagserweiterung für die Realschule Neusser Straße 421, 50737 Köln-Nippes

Baubeschluss

5272/2011

10.19 Ganztagserweiterung Stadtgymnasium Porz, Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln-Porz

hier: Baubeschluss und Vergabeentscheidung

(zurückgestellt)

10.20 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG)

hier: Kooperation HGK AG und Neuss-Düsseldorfer Häfen (NDH)

2070/2012

10.21 Eröffnungsbilanz der Stadt Köln 2008

2148/2012

10.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln

hier: Zweite Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum „KVB-Nachtverkehr“ vom 26.05.2011

0104/2012

10.23. Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage

1005/2011

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

AN/1148/2012

10.24 2. Fortführung von „Win-Win für Köln“ – ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude

1055/2012

10.25 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2010
– Beteiligungsbericht 2010 –

2080/2012

10.26 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud

0533/2012

10.27 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012

2233/2012
(zurückgestellt)

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 155. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz

Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll

hier: Feststellungsbeschluss

1686/2012

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02

Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll

0998/2012

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den

Bebauungsplan-Entwurf 64457/02

Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld

1126/2012

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67511/02

Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl

1135/2012

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07/00/03

Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung

1182/2012

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59470/02

Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf

2231/2012

13. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0971/2012

16.2 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

1873/2012

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

0951/2012
(zurückgestellt)

17.2 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in die Fachausschüsse

1733/2012

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie –

2111/2012

17.4 Akademie der Künste der Welt gGmbH

hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

2184/2012

17.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds

2349/2012

17.6 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Wahl eines Vertreters in der Zweckverbandsversammlung

2350/2012

17.7 Antrag der Fraktion pro Köln betr. „Umbesetzung Sportausschuss“

AN/1144/2012

17.8 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Nachwahl eines Mitgliedes des Integrationsrates

AN/1159/2012

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln

hier: Umbesetzung Kulturausschuss

AN/1173/2012

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke.

hier: Rechnungsprüfungsausschuss: Benennung eines Mitgliedes beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

AN/1174/2012

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend Nachbesetzung von Gremien

AN/1175/2012

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19. …

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen*

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenograf:
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Kara, Efkan; von Möller, Sandra Dr.*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Nor-bert; Thiele, Markus*

Verwaltung: *Streitberger, Bernd Beigeordneter; Steinkamp, Dieter Dr.*

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

(Beginn: 14.09 Uhr – Ende: 18.36 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, zu unserer 35. Sitzung Platz zu nehmen, und möchte wie üblich unsere Gäste auf der Tribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sehr herzlich begrüßen.

Wir haben heute einiges vor. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass ich gelegentlich einen besorgten Blick auf die Uhr werfen werde, allerdings nur, weil wir alle das Großereignis, dem heute viele hier entgegenfiebern, nicht verpassen wollen. Natürlich sollten wir die Diskussionen mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und in der notwendigen Ausführlichkeit führen. Ich bitte aber auch zu bedenken, dass wir uns, wenn wir unsere Beratungen rechtzeitig beenden, heute Abend noch das Fußballspiel anschauen können. Damit würden wir vielen einen Gefallen tun.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wie immer sehr fürsorglich, Herr Oberbürgermeister!)

- Danke, danke. Das ist die einfache Lösung. Ansonsten müsste ich mich ab 20 Uhr hier oben vertreten lassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf Sie wieder um Aufmerksamkeit bitten; es geht jetzt um ein ernstes Thema.

Ich möchte unseres im Mai verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeisters und Ehrenbürgers, Dr. Norbert Burger, gedenken. Mit ihm hat Köln eine herausragende Führungspersönlichkeit verloren. Norbert Burger hat seine Laufbahn bei der Stadt Köln im Rechtsamt begonnen und dann das Schulverwaltungsamt geleitet. 1970 wurde er Beigeordneter für Jugend und Soziales. Auch wenn ihn berufliche Herausforderungen später nach Bonn und Düsseldorf führten, blieb Norbert Burger dem politischen Geschehen seiner Heimatstadt Köln immer verbunden. 1975 wurde er in den Rat der Stadt gewählt und gehörte diesem beinahe ein Vierteljahrhundert an. Als Vorsitzender des Sozialausschusses konnte er viele Projekte, die er in seiner Zeit als Dezernent auf den Weg gebracht hatte, weiter vorantreiben.

1980 wählte ihn der Rat der Stadt zum Oberbürgermeister, ein Amt, das er 19 Jahre lang ausfüllte. Sein Wirken in den verschiedenen Funktionen hat an vielen Stellen in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Er hat die Gründung von Schulen und Kindergärten genauso begleitet wie die Umstrukturierung der städtischen Alten- und Pflegeheime und wichtige Projekte des sozialen Wohnungsbaus. Verbunden mit seiner Amtszeit sind auch der direkte Zugang zum Rhein durch die Tieferlegung der Rheinuferstraße, der Bau von Museen und Philharmonie sowie die Entwicklung Kölns zur Medienstadt. Besonders im Gedächtnis ist vielen sein Engagement für die Kölner Städtepartnerschaften. Es gehörte zu seinen wichtigsten Anliegen, auf kommunaler Ebene zur Völkerverständigung und Aussöhnung beizutragen und gegenseitige Toleranz zu fördern. Ohne sein Wirken insbesondere für soziale Belange und Verständigung wäre unsere Stadt nicht das geworden, was sie heute ausmacht.

Heute erinnern wir aus traurigem Anlass auch an den ehemaligen Bürgermeister Jan Brügelmann, der in der letzten Woche verstorben ist. Er hat sich im Rat und in den Ausschüssen ganz besonders für die Kulturpolitik eingesetzt. Diese Leistung war eingebettet in ein jahrzehntelanges umfassendes bürgerschaftliches Engagement, das von Sport über Natur, Kirche bis hin zur Brauchtumspflege reichte.

Ich bitte Sie, sich für einen Augenblick von Ihren Plätzen zu erheben und der beiden Verstorbenen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

- Vielen Dank.

Wir treten nun in die Sitzung ein. Als entschuldigt gilt Frau Dr. von Möller. Als Stimmzähler benenne ich Frau Möller, Herrn Köhler und Herrn Dr. Welpmann.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor, mit all den Zu- und Nachträgen.

Die FDP-Fraktion hat fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt – ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit – die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.2, 10.26, 10.27, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 sowie 17.11, der Ihnen als Tischvorlage präsentiert wird. Weiterhin zugesetzt werden im nichtöffentlichen Teil die Punk-

te 23.8, 24.11, 24.12, 24.13, 24.14, 24.15 und 24.16.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.2, 10.5, 10.19 – dieser Punkt wird unter TOP 24.10 behandelt; er ist also in den nichtöffentlichen Teil verschoben – sowie 17.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Klipper, bitte; danach Herr Breite.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir würden gerne Punkt 10.8 von der Tagesordnung absetzen lassen. Wir haben da noch Beratungsbedarf und wollen damit erreichen, dass es hier im Rat zu einer einheitlichen Meinungsbildung kommt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die CDU-Fraktion beantragt Absetzung des Tagesordnungspunkts 10.8. Ich schlage vor, direkt darüber abzustimmen. Wer dafür ist, dass wir diesen Punkt absetzen, bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe, das ist die Mehrheit. Dann ist das so beschlossen. 10.8 ist damit abgesetzt.

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Ersten bitten wir um Absetzung des Punktes 10.27, Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012. Meine Fraktion plädiert dafür, das heute nur zur Kenntnis zu nehmen und es im Finanzausschuss zu beraten. Wir würden das gerne erst einmal durchschauen. Das konnten wir aber nicht, weil es so kurzfristig kam. Deshalb bitten wir darum, das nur zur Kenntnis zu nehmen, es erst im Finanzausschuss zu beraten und dann in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.

Das Zweite betrifft 24.16 im nichtöffentlichen Teil. Das konnten wir uns gar nicht anschauen, weil es ganz kurzfristig gekommen ist. Ich bitte, auch diesen Punkt abzusetzen, und hätte den Wunsch, das auch in den Umweltausschuss zu geben, damit die Fachpolitiker das beraten. Das Papier ist gestern erst gekommen. Bei aller Liebe, das ist nicht zu schaffen!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen es nacheinander. – Bei 10.27 habe ich den Eindruck, dass die Mehrheit für den Antrag ist, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. – Ich sehe keinen Widerspruch und keine Enthaltungen. Damit ist das so geschehen.

Bei TOP 24.16, Sanierung und Schließung der Melia-Deponie, ist die Beschlussfassung – das weiß ich – sehr dringlich, um das Verfahren weiter vorantreiben zu können und zu verhindern, dass es zu Schadensersatzforderungen oder finanziellen Verschlechterungen kommt. Deswegen liegt mir sehr daran, heute doch zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Die Freien Wähler haben unter 10.23 einen Änderungsantrag –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind noch bei 24.16!

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler]: Okay!)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Könnten wir es dann nicht wenigstens in den Hauptausschuss verweisen und per Dringlichkeitsentscheidung beschließen? Es ist ja erst gestern eingegangen. Wir müssen uns das doch erst einmal anschauen, bevor wir darüber beraten. Die Beigeordnete hat auch nicht wie sonst angerufen, um auf die Dringlichkeit hinzuweisen; das ist nicht passiert. Darum bitten wir darum, das in den Hauptausschuss zu verweisen und per Dringlichkeitsentscheidung zu beschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Breite, ich würde gerne einen Vorschlag zur Güte machen. Vielleicht kann man diesen Punkt zunächst auf der Tagesordnung belassen. Frau Reker kann ja im Laufe der Sitzung versuchen, Sie noch in die Details so einzuweisen, dass Ihnen das ausreicht. Dann können wir nachher bei Aufruf des Punkts entscheiden,

(Ralph Sterck [FDP]: Wir können es heute nicht entscheiden, weder jetzt noch später!)

ob man entweder daraus eine Dringlichkeitsentscheidung macht oder ob das in den Hauptausschuss geht. Wir würden uns schwer damit tun, von vornherein zu sagen: Es kann nicht gehen. Wenn sich im Laufe der Sitzung herausstellt, dass das wirklich nicht geht, kann man immer noch zu einer Vertagung oder einer DE kommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sind Sie mit diesem vermittelnden Vorschlag einverstanden?

(Martin Börschel [SPD]: Wir halten uns das offen!)

- Okay. Wir belassen diesen Punkt jetzt auf der Tagesordnung, werden ihn aber absetzen, wenn Sie bei Aufruf des Tagesordnungspunktes immer noch den Eindruck haben, Sie könnten nicht darüber entscheiden, weil Sie noch nicht genügend informiert sind. Einverstanden? – Okay. Damit ist diese Verfahrensweise so beschlossen. Der Punkt bleibt bis zur endgültigen Diskussion weiterhin auf der Tagesordnung.

Herr Detjen und Herr Hoffmann hatten sich noch zur Tagesordnung gemeldet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Wir würden unseren Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.6, Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz, in die nächste Ratssitzung schieben wollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Im Hinblick auf die Zeitproblematik ist Ihnen das gesamte Plenum sehr dankbar.

(Heiterkeit)

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Unter 10.23 hatten die Freien Wähler einen Änderungsantrag eingebracht. In der Tagesordnung ist er jedoch nicht aufgeführt. Haben Sie den übersehen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir werden der Sache gleich nachgehen. – Ich höre gerade, er ist auf der Tagesordnung.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Dann ist die Tagesordnung, die ich habe, nicht mehr aktuell. Entschuldigung vielmals!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit hat sich das erübrigt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung insgesamt besprochen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zu einem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 22. Juni zum Thema Weihnachtsmärkte. Gibt es Bedenken gegen die Anerkennung der Dringlichkeit? –

(Martin Börschel [SPD]: Das ist denen ja früh aufgefallen! – Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Okay, die Dringlichkeit wird anerkannt. Wir werden dies unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 behandeln.

Es gibt drei weitere Dringlichkeitsanträge, allesamt von der Fraktion pro Köln: zum einen den Dringlichkeitsantrag „Schluss mit Luxusrenten bei städtischen Unternehmen“, zum Zweiten die Resolution „Rettet die Jahnwiese“ und zum Dritten „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplans der Stadt Köln“. Wir stimmen jetzt über die Dringlichkeit ab.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie haben einen Dringlichkeitsantrag nach § 12 gestellt. Darin heißt es, die Rente ab 67 gelte auch für Großverdiener der Stadtwerke, die in den Ruhestand gehen. Sie haben dies auch ausführlich begründet. – Wer für die Dringlichkeit dieser Entscheidung ist, bitte ich um das Handzeichen. –

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie müssen erst mal den Text vorlesen! – Gegenrufe: Nein, muss er nicht!)

- Nein, Herr Uckermann. Aber Sie haben das Recht, die Dringlichkeit – und nur die Dringlichkeit! – zu begründen, nicht aber, sich zur Sache selbst einzulassen. Ich werde darauf achten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwer, dem Plenum hier eine Dringlichkeit zu begründen, wenn diesem der Beschlusstext von Ihrer Seite überhaupt nicht zu-

gänglich gemacht worden ist. Sie haben hier eben keine Begründung vorgelesen.

Wir haben hier einen aktuellen Antrag eingereicht. Die Problematik ist auf uns zugekommen, und darauf wollten wir außerhalb der Fristen reagieren, weil das die Bevölkerung sehr interessiert. Es wäre daher hilfreich, wenn Sie dem Plenum, das darüber entscheiden soll, auch den Beschlusstext zugänglich machen und nicht nur die Überschrift. Ich kann das aber für Sie übernehmen.

(Zurufe: Nein!)

- Ich kann die Dringlichkeit nicht begründen, wenn Ihnen der Beschlusstext unbekannt ist. Wie wollen Sie denn seriös entscheiden, oder ist das für Sie nur noch eine Formalie? Sie machen einfach Blockadepolitik, die Fakten interessieren Sie gar nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben die Dringlichkeit gerade begründet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag: Resolution „Rettet die Jahnwiese“. Darin heißt es: Die Verwaltung wird beauftragt, sofort alle Planungsüberlegungen bezüglich der etwaigen Bebauung der Jahnwiese einzustellen und auch zukünftig diesbezüglich keine Aktivitäten zu entwickeln. – Herr Wiener zur Begründung der Dringlichkeit.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir alle auch den Medien entnehmen konnten, schädigt jeder Tag, wo dieses Vorhaben in der Diskussion und in der Schwebe ist, das ganze Vorhaben. Deswegen ist unser Antrag mehr als dringlich. Ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir, sollte die Ratsmehrheit das wiederum als „nicht dringlich“ verwerfen, uns eventuell gezwungen sehen würden, das in einer Sondersitzung in den Ratsferien zu thematisieren.

(Beifall pro Köln – Lachen bei der CDU, der SPD, der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

- Doch, natürlich. Wichtige Sachen, dringende Sachen müssen auch zeitnah behandelt werden. Dafür wurden wir hier alle gewählt. Ich wollte das nur aus Fairnessgründen vorab zur Kenntnis geben.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Dringlichkeit begründet worden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag: „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplans der Stadt Köln“. Darin heißt es: Die Verwaltung wird beauftragt, einen Unterausschuss zur Begleitung und Umsetzung des Inklusionsplans an Kölner Schulen einzusetzen. – Gibt es den Wunsch, die Dringlichkeit zu begründen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist erst in der letzten Woche in der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss aufgeworfen und auch von der Elternschaft angeregt worden. Da die Antragsfrist für die Einbringung in den Rat zu diesem Zeitpunkt aber bereits abgelaufen war, haben wir das als Dringlichkeitsantrag formuliert. Die Verwaltung möchte den Inklusionsplan umsetzen. Eine Begleitung für die Verwaltung ist bisher nicht vorgesehen. Das heißt, erst 2014 werden wir erfahren, was daraus geworden ist. Das können wir als verantwortliche Politiker nicht zulassen.

Hier gilt natürlich dasselbe, was der Kollege Wiener eben gesagt hat: Wir halten das für höchst aktuell. Es muss doch möglich sein, das heute in der Sitzung zu behandeln. Ich appelliere an Sie, die Dringlichkeit anzuerkennen. Wundern Sie sich nicht, wenn wir eine Sondersitzung einberufen! Die Bürger haben sich in dieser Sache an uns gewandt, und wir haben den Bürgern versprochen, das schnellstmöglich in den Rat einzubringen. Das haben wir heute getan. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion pro Köln. Wer

enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die so geänderte Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Möller, Herrn Köhler und Herrn Dr. Welpmann vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion zur Sitzung fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Das aktuelle personelle Ausbluten in den städtischen Kulturbetrieben - Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen“ eingereicht habe. Die Angelegenheit sei als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen worden.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Sozialer Wohnungsbau“
AN/1010/2012

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.3 Beschleunigung Bauprojekte der Gebäudewirtschaft,
hier: 11. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1293/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.26 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
0533/2012

10.27 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012
2233/2012

17. Wahlen

17.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds
2349/2012

17.6 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Wahl eines Vertreters in der Zweckverbandsversammlung
2350/2012

17.7 Antrag der Fraktion pro Köln betr. „Umbesetzung Sportausschuss“
AN/1144/2012

17.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Mitgliedes des Integrationsrates
AN/1159/2012

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Kulturausschuss
AN/1173/2012

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Rechnungsprüfungsausschuss: Benennung eines Mitgliedes beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
AN/1174/2012

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend Nachbesetzung von Gremien
AN/1175/2012

23. Grundstücksangelegenheiten

23.8 Städtisches Grundstück Stresemannstraße 60, 51149 Köln-Porz-Eil

hier: Verlängerung der Erbbaurechtsbestellung für die Sportfreunde 1963 Porz-Eil e.V.
2329/2012

24. Allgemeine Vorlagen

24.11 Anmietung einer Erweiterung einer Kindertageseinrichtung in Weidenpesch, Jesuitengasse 61-63
1513/2012

24.12 RheinEnergie AG
hier: Mittelbare Beteiligung der Stadt Köln an der von der rhenag Rheini-

sche Energie Aktiengesellschaft zu gründenden energienatur Gesellschaft für Erneuerbare Energien mbH
2295/2012

24.13 RheinEnergie AG
hier: Gründung der RheinEnergie Solar GmbH
2299/2012

24.14 RheinEnergie AG
hier: Neuordnung der Partnerschaft und Änderung der Beteiligung an der Stadtwerke Troisdorf GmbH; Anteilserhöhung an der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH
2302/2012

24.15 RheinEnergie AG
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH an das Drittelbeteiligungsgesetz und an das Transparenzgesetz NRW
2351/2012

24.16 Sanierung und Schließung der Melia-Deponie
hier: öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Umsiedlung von auf der Melia-Deponie beheimateten Kreuzkröten und Wechselkröten auf das Gelände einer Kiesgrube in Köln-Rondorf und notarielle Vereinbarung über eine Ankaufverpflichtung für Teilflächen dieser Kiesgrube
2265/2012

<u>Absetzungen</u>

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.5 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
1427/2012

10.19 Ganztagserweiterung Stadtgymnasium Porz, Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln-Porz
hier: Baubeschluss und Vergabeentscheidung

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

IV. Ratsmitglied Klipper beantragt, die Beschlussfassung über Punkt

10.8 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung/Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
1553/2012

zurückzustellen, da seine Fraktion in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf habe.

Der Rat stimmt einer Vertagung einvernehmlich zu.

V. Ratsmitglied Breite beantragt, die Erörterung von Punkt

10.27 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012
2233/2012

ebenfalls zurückzustellen. Diese Angelegenheit solle auch im Finanzausschuss erneut beraten werden. Der Rat stimmt dem Vertagungsantrag ebenfalls einvernehmlich zu.

Des Weiteren bittet Ratsmitglied Breite, Punkt

24.16 Sanierung und Schließung der Melia-Deponie
2265/2012

heute nicht zu behandeln. Die Angelegenheit sei sehr kurzfristig vorgelegt worden. Die Sache sollte zunächst an den Ausschuss Umwelt und Grün zur Beratung weitergeleitet werden. Der Oberbürgermeister weist auf die Dringlichkeit hin, die eine längere Verzögerung nicht zulasse. Ratsmitglied Breite erwidert, dass man unter diesen Voraussetzungen dem Hauptausschuss die Sache vorlegen könne. Ratsmitglied Börschel schlägt vor, die Vorlage zunächst auf der Tagesordnung zu

belassen und dann bei Aufruf des Punktes über das weitere Verfahren zu entscheiden. Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VI. Ratsmitglied Detjen bittet, die Beratung des von seiner Fraktion vorgelegten Antrages

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“ AN/0975/2012

bis zur folgenden Ratssitzung – am 20.09.2012 – zurückzustellen. Der Rat stimmt dieser Bitte einvernehmlich zu.

VII. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Diesjährige Durchführung der Weihnachtsmärkte in Köln“, AN/1093/2012, vorgelegt haben.

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung – wie von der Verwaltung vorgeschlagen – als Punkt 3.1.7 einvernehmlich zu.

VIII. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass ihm Ratsmitglied Uckermann im Namen der Fraktion pro Köln soeben drei weitere Dringlichkeitsanträge übergeben habe.

Es handelt sich um folgende Angelegenheiten:

- *„Schluss mit den Luxusrenten bei städtischen Unternehmen – Rente mit 67 auch für Großverdiener in den Vorständen der Stadtwerke“*
- *„Resolution: Rettet die Jahnwiese!“*
- *„Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplan der Stadt Köln“*

Nach jeweiliger Begründung der Dringlichkeit durch die Ratsmitglieder Uckermann und Wiener lehnt der Rat die Aufnahme in die Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

IX. Der Rat stimmt der nachfolgenden Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zu:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit kommen wir zur Aktuellen Stunde:

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Das aktuelle personelle Ausbluten in den städtischen Kulturbetrieben – Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen
AN/1096/2012

Ich rufe den Vertreter der FDP-Fraktion, Herrn Görzel, auf.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

> Köln kann es nicht. Die Stadt blamiert sich weiter. ... Wer in Köln etwas zu gut macht, ... stört das Mittelmaß.

Deutschlandradio, 24. Juni 2012, vor knapp einer Woche. – Und in der Tat: Karin Beier verlässt die Stadt; sie bekommt in Hamburg ein besseres Umfeld. Andreas Blühm verlässt die Stadt aus privaten Gründen. Markus Stenz macht wenige Stunden vor einer denkwürdigen Hauptausschusssitzung zu einer anderen Personalie die Tatsache öffentlich, dass auch er Köln verlassen wird. Kurze Zeit später, am Nachmittag des vergangenen Donnerstags, wird Uwe Eric Laufenberg aus der Stadt gejagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Spitzenkulturleute in Köln müssen gehen oder werden gegangen. Dies tut uns weh!

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün juckt das nicht; denn Rot-Grün steht für Mittelmaß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Moritz hat vorhin in ihrer Haushaltsrede – ich hoffe, das ist nicht untergegangen – gesagt: Ich bin stolz darauf, dem Mäzen, der uns einen Anbau zum Stadtmuseum schenken wollte, die kalte Schulter zu zeigen. – Ich finde das beschämend, Frau Moritz.

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün steht für Mittelmaß. Frau Moritz, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede vorhin versucht, Ihre Leistungen in der Kulturpolitik herauszustellen, dabei aber unerwähnt gelassen, dass

der Zuschuss für das Musikfestival „Acht Brücken“ gekürzt wurde.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist es überhaupt nicht!)

Herr Börschel, Sie haben die Archäologische Zone erwähnt, haben allerdings versäumt, zu sagen, dass die Archäologische Zone nach Veränderungsnachweis 4 oder 5 zur Disposition steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün steht für Mittelmaß.

(Götz Bacher [SPD]: Ja, jetzt wissen wir es! – Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Moritz, es mag ja sein, dass Sie das wissen. Aber klar ist: Rot-Grün und insbesondere die grüne Fraktion behauptet zwar immer, sich vor die Leute aus dem Kulturbereich zu stellen. Wenn es aber darauf ankommt, schweigen Sie. In Wahrheit verfolgen Sie nämlich eine ganz andere Kulturpolitik. Der herausgeworfene Intendant der Oper hat dies in seiner Abschiedsmail an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr deutlich gemacht. – Ganz herzlichen Dank, Frau Moritz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sind eigentlich die kulturpolitischen Sprecher der Grünen und der SPD in den letzten Monaten gewesen? Statt sich vor die Spitzenkulturschaffenden zu stellen, hat man in Personalversammlungen weder von Frau Bülow noch von Frau Bürgermeister irgendein klares, entscheidendes Wort gehört. Es entstand der Eindruck, sie schauen weg oder sie müssen wegschauen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Görzel, Sie waren nicht da! Ich schon!)

- Gleichwohl bleibt meine Aussage richtig. Sie haben kein klares Wort gesagt.

(Beifall bei der FDP – Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie waren doch gar nicht da!)

Rot und Grün in dieser Stadt stehen für Mittelmaß.

(Beifall bei der FDP – Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist mehr als Mittelmaß!)

Um dieses Mittelmaß zu kaschieren, bekommt der Fraktionsvorsitzende der SPD sein Lieblingsprojekt, nämlich eine Akademie der Künste der Welt, die den Steuerzahler 1 Million Euro im Jahr kosten wird. Das ist rote Kulturpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP)

Kurz: Bestehenden Strukturen wie Musikfestivals werden die Mittel gekürzt und Personalköpfe werden gerollt, aber Herr Börschel bekommt sein Lieblingsprojekt. Das ist rot-grünes Mittelmaß.

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün spielt – das haben wir vorhin sowohl in der Haushaltsrede von Herrn Börschel als auch in der von Frau Moritz sehr deutlich gehört – Soziales und Umwelt gegen Kultur aus. Lieber Kollege Börschel, liebe Kollegin Moritz, Theater, Musik und Tanz gehören wie Soziales und Umwelt zu einer funktionierenden Stadtgesellschaft, ja, sie bilden den Kern unserer Stadtgesellschaft. Sie gehören nicht gegeneinander ausgespielt. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Börschel, mit Ihrer Rede in der letzten Sitzung haben Sie den Eindruck erweckt, Sie möchten mit unserer Spitzenkultur eher in der Kreisliga spielen. Was damals noch Vermutung war, ist heute Gewissheit geworden: Rot-Grün möchte unsere Spitzenkultur ins Mittelmaß führen. Da machen wir nicht mit.

Herr Oberbürgermeister, Ihnen kommt an dieser Stelle eine entscheidende Aufgabe zu: Übernehmen Sie das Zepter! Lassen Sie Ihre Kontakte spielen! Ich weiß, Sie sind ein Mann der Kultur, auch der Spitzenkultur. Bitte tragen Sie persönlich Sorge dafür und bürgen Sie dafür, dass unsere Spitzenkultur nicht ausblutet! Köln hat mehr verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. – Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Ich muss mich schon wundern über die FDP, die sich bereits in der Haushalts-

rede und auch jetzt wieder so eindeutig gegen ein derart wichtiges Projekt ausgesprochen hat, das nicht nur ein Lieblingsprojekt von Herrn Börschel, sondern eines der ganzen Fraktion und auch von mir persönlich ist, nämlich die Akademie der Künste der Welt. Ein so weltoffen tuende und kulturbeflissene Partei wie die FDP wendet sich in dieser Form gegen ein Projekt, das wir aus einem zusätzlichen Etat, nämlich aus der Kulturförderabgabe, finanzieren und auf den Weg bringen können.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Ich finde das ausgesprochen verwunderlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist sicher wichtig, dass die Kulturpolitik, die im Moment viele Menschen in der Stadt bewegt, auch hier in der Aktuellen Stunde im Rat Aufmerksamkeit erhält. Deshalb zunächst zu Herrn Laufenberg: Ganz sicher kann man sagen, dass er große künstlerische Erfolge verzeichnet, die gar nicht genug zu loben sind und viele Menschen für die Oper begeistert haben. Auch die Stimmung unter den Mitarbeitern war enthusiastisch. Sie haben begeistert für ihre Oper gearbeitet. Sie waren ebenso wie ein großer Teil des Publikums stolz auf ihr Haus. Laufenberg hat überragende Künstler – Sänger, Regisseure, Bühnenbildner etc. – nach Köln geholt. Er hat sich – auch das hat ihn ausgezeichnet – mit Haut und Haaren dem Interim verschrieben und mit Begeisterung und aus Überzeugung neue Orte künstlerisch mit einbezogen. Für all dies möchte ich Herrn Laufenberg ganz ausdrücklich – gerade auch hier in diesem Rahmen – sehr herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der FDP: So etwas Heuchlerisches!)

Diese hohe und erfolgreiche Kunst hat ihren Preis.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Elster, ich bitte, der Rednerin zuzuhören. Das gilt auch für Herrn Breite.

(Zuruf von der FDP: Das bereitet Schmerzen!)

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Mir bereiten auch manche Dinge körperliche und seelische Schmerzen. – Diese hohe und erfolgreiche Kunst hat ihren Preis. Natürlich, meine Damen und Herren! All dies hat mehr – deutlich mehr – gekostet, als zur Verfügung stand. Der Streit um Vertragsverabredungen, um den Gesamtetat der Bühnen, auch in Anbetracht der erheblichen Bau- und Interimskosten, auch um Zugriffe des Intendanten auf Rücklagen für künstlerische Add-ons wie – wir erinnern uns – die China-Gastspiele oder die Stockhausen-Uraufführung, mit denen Laufenberg seinen Etat ja deutlich erhöht hat – all dies war lange Zeit Thema im Kulturausschuss, Herr Kollege Görzel, und ist mehr und mehr eskaliert. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Dieser Streit – das habe ich schon beim letzten Mal zum Ausdruck gebracht – ist aus meiner Sicht nur unzureichend gesteuert und moderiert worden. Diesbezüglich habe ich den Beigeordneten Professor Quander zu kritisieren.

Welche Kultur wollen wir, wie viel und zu welchem Preis? Das ist ein Standardthema in deutschen Städten und Gemeinden. Standardantworten gibt es hierauf nicht. Sicher ist, eine einzelne Kulturinstitution kann sich nicht darauf beschränken – eine Institution wie die Oper, die den höchsten Einzeletat im Kulturhaushalt hat, schon gar nicht –, ihre hohen Ziele und ihren Erfolg ohne Rücksicht auf die Haushaltslage zu formulieren und sich auf keinerlei Kompromisslinie einzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Beier hat ja vorgemacht, wie man als Intendantin mit einer angespannten Haushaltslage umgehen kann. Die Frage, ob wir derart viele höchst anspruchsvolle Premieren bei der Oper, noch dazu im Interim, brauchen, muss zumindest gestellt werden dürfen; denn alternativlose Forderungen sind zurzeit nicht möglich. Das hätte auch Herr Laufenberg als verantwortlicher Intendant bei allem Enthusiasmus begreifen müssen.

Ich frage mich auch, ob es stimmt, was man manchmal hört, nämlich dass es quasi zur Grundausstattung eines Künstlers gehören muss, nicht oder nur schlecht mit Geld umgehen zu können oder sich nicht an gewisse Grundregeln im Umgang mit Vorgesetzten oder Kollegen halten zu müssen. So jedenfalls ist aus unserer Sicht die Führung eines ganz wichtigen Hauses der Kölner Kultur auf Dauer nicht zu machen.

Ich möchte noch ein paar Worte zur allgemeinen Situation sagen. Köln ist eine Kulturstadt mit herausragenden Künstlerpersönlichkeiten, Kulturveranstaltungen und vielen Kunsträumen. Das gilt übrigens für die städtischen Institutionen ebenso wie für den freien Bereich. Im Kulturbereich – das wissen auch Sie, meine Damen und Herren von der FDP; ich gehe zumindest davon aus – ist ein Wechsel in Spitzenpositionen durchaus üblich.

(Zurufe von der FDP)

Man kann es keinem Künstler verwehren, Köln als Sprungbrett für eine weitere, auch internationale Karriere zu nutzen. Ein Abschied fällt immer schwer, gerade wenn es sich um so hervorragende Künstler handelt wie Frau Beier, Herrn Dr. Blühm und Herrn Stenz. Jeder hat für die Kunst in Köln, für ihre jeweilige Kulturinstitution tatsächlich Außerordentliches geleistet. Davon haben Kunst und Kultur der Stadt, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch das Ansehen der Stadt insgesamt profitiert. Also: Austausch, Wechsel, Neubeginn sind nicht nur üblich; diese Veränderungen können der Kultur einer Stadt auch guttun und neue Inspirationen bringen. Wir müssen uns – wie übrigens andere Städte auch; Sie wissen, dass es gerade bei Intendanten in Spitzenpositionen einen permanenten Wechsel gibt – von Top-Namen verabschieden.

(Ulrich Breite [FDP]: Von allen!)

Dafür kommen neue Leute in unsere Stadt, die neue Herausforderungen suchen und sich hier weiterentwickeln. Köln birgt nämlich auch das Potenzial bzw. die Rahmenbedingungen und vor allem ein neugieriges Publikum, was dazu führt, dass sich Künstler hier enorm weiterentwickeln und bundesweit und international Aufmerksamkeit erhalten. Dieses Licht fällt dann natürlich auch auf Köln, und alle gewinnen.

(Ulrich Breite [FDP]: Abwarten!)

Meine Damen und Herren, ich will nicht verleugnen, dass in dieser sehr schwierigen Zeit im Interim der Bühnen und der sehr engagierten, zum Teil hochemotional geführten öffentlichen Debatten viel zusammengekommen ist. Aber Herr Stenz wird uns noch zwei Spielzeiten erhalten bleiben, im Schauspiel dürfen wir uns auf einen jungen und jetzt schon erfolgreichen Herrn Bachmann freuen, und eine Übergangsregelung im Wallraf-Richartz-Museum ist sichergestellt.

Auch wir als Politik werden einige Stellschrauben neu justieren. Wichtig ist zum Beispiel, bei den Bühnen harmonisierte Verträge – das heißt Verträge, die zueinanderpassen – zu schließen mit klaren Kompetenzverteilungen, klar abgegrenzten Sparten sowie einer schlüssigen Mittelfristplanung.

Die Oper steht vor immensen Herausforderungen. Das Interim an sich fordert Höchstleistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich hoffe jedenfalls sehr, dass mit Unterstützung der gesamten Belegschaft und der Operndirektorin die Ruhe zurückkehrt und die kreative Kraft der Mitarbeiter weiter zum Wirken kommt.

Ich komme zum Schluss. Entschuldigung, aber ich glaube, dieses Thema verdient es, in ausreichender Zeit erörtert zu werden. – Ich habe den Eindruck, dass nach den fulminanten Spielzeiten, in denen ein Höhepunkt dem nächsten folgte, nun perspektivisch ein Interimspielplan aufgelegt wird, der ein wenig Luft holen lässt vor dem großen Aufschlag mit der Eröffnung der neuen Häuser am Offenbachplatz. Köln ist eine Kulturstadt, eine stolze Kulturstadt, die sich nicht selbst in Grund und Boden reden sollte,

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

sondern sich sachlich, im Rückblick durchaus selbstkritisch, aber immer auch nach vorne orientiert den Herausforderungen stellen muss.

Wir können mit Pfunden wuchern wie einem immer noch stattlichen Opernetat, einem begeisterungsfähigen Publikum, einem sehr, sehr engagierten Team an den Bühnen und der Perspektive eines fulminanten Neubeginns in einem wunderschönen Opernhaus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Karsten Möring [CDU]: Träumen Sie weiter!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen dann zu Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer diese Rede gerade eben gehört hat, muss denken, er sei im falschen Film.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

Denn diese Rede implizierte, Herrn Laufenbergs Vertrag wie von ihm gefordert zu verlängern und eine Harmonisierung mit dem Vertrag von Herrn Bachmann herbeizuführen. Das war doch genau Ihre Rede. Dann hätten wir uns alle gefreut. Dann hätten wir in 2015/16 tatsächlich das erleben können, was Sie jetzt gerade noch einmal dargestellt haben, nämlich die Wiedereröffnung der Bühnen mit einem strahlenden Opernauftritt mit einem tollen Orchester. Dann hätten wir uns hier keine Sorgen machen müssen. Dann hätte diese Aktuelle Stunde nicht stattfinden müssen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Innerhalb von sechs Wochen findet zum zweiten Mal eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema statt. Das belegt doch: Die Situation ist dramatisch. Deshalb war es so wichtig, dieses Thema heute noch einmal auf die Agenda zu bringen.

Ich will kurz Bilanz ziehen, was passiert ist, seitdem wir den Antrag vor sechs Wochen gestellt hatten. Wir haben einen Museumsdirektor verloren, wir haben einen Generalmusikdirektor verloren, und wir haben einen Intendanten verloren, letzteren sogar fristlos. Ungeachtet dieser Personalien – auch das muss an dieser Stelle erwähnt werden – haben wir auch die hochgelobte Sparte Tanz, die heute schon mehrfach thematisiert worden ist, versenkt: 330 000 Euro per Dringlichkeitsentscheidung, vom Oberbürgermeister und Herrn Frank unterschrieben, sowie weitere 700 000 Euro, von der Kämmerin im Veränderungsnachweis 5 eingebracht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat sie nicht gesagt!)

Das hat man davon, wenn man unter das Protektorat rot-grüner Politik gerät, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es vergeht keine Veranstaltung in der Stadt, wo den Tänzerinnen und Tänzern nicht vorgehalten wird, wie toll Rot-Grün sich um die Belange dieser Sparte kümmert. Was dabei herauskommt, wird jetzt klar: Sie wird abgeschafft. Das passt natürlich zu einer Stadt, in der es eine Hochschule für Musik und Tanz gibt. Köln ist einer der wenigen Standorte in Deutschland, wo Tänzer eine Hochschulausbildung machen können. Nun werden wir die einzige Großstadt sein, wo man Tanz sich nur noch im Fernsehen anschauen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Oberbürgermeister, ich weiß nicht, ob Sie die Wirklichkeit genauso wahrnehmen wie meine Kollegin von der SPD. Ich habe Ihnen die Pressespiegel der letzten drei Tage mitgebracht, in denen es einzig und allein darum geht, was Deutschland zum Thema Oper zu sagen hat. Ganz kurz: Der *Tagesspiegel* schreibt: „Köln versenkt die Oper“. In der *Bild*-Zeitung heißt es: „Deutschland lacht über Kölns Opern-Theater“.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja auch ein Fachblatt für Kultur!)

Letztlich könnte man diese 30 eng beschriebenen Seiten an Presseartikeln so zusammenfassen: Deutschland lacht über Kölns Opern-Theater.

Ich sage Ihnen auch, warum Deutschland lacht: Weil Sie, Herr Oberbürgermeister – das können Sie zwischen den Zeilen lesen –, Ihrer Verantwortung überhaupt nicht gerecht werden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, dem Beispiel Laufenberg, das ja ganz prominent ist. Es kommt eine Hauptausschusssitzung zustande, zu der verfristet und nicht formgerecht eingeladen worden ist. In dieser Hauptausschusssitzung müssen Sie die einzige Beschlussvorlage, die die Verwaltung dazu produziert hat, teilweise zurücknehmen. Ich meine: Was sind das für Vorgänge?

Ein Opernintendant wird entlassen. Heute wird ja so getan, als wäre das ein tagtägliches Geschehen. Meine Damen und Herren, das passiert zum allerersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland, abgesehen von einem einzigen Fall.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, da lachen Sie. – Einen einzigen Fall hat es gegeben, nämlich im Umfeld der RAF-Terroranschläge. Damals ging es um die Verhältnisse in Stammheim. Da ist ein Intendant fristlos entlassen worden. Aber abgesehen davon ist die Entlassung von Laufenberg die einzige Entlassung eines Intendanten seit Existenz der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und dann gehen Sie, Herr Oberbürgermeister, noch nicht mal in die Pressekonferenz und erklären der Bundesrepublik, warum das jetzt notwendig war, sondern schicken Ihren Dezernenten und einen schlecht vorbereiteten Rechtsanwalt, der der Presse eben nicht erklären

kann, warum diese Entlassung erforderlich gewesen ist. Meine Damen und Herren, man muss sich über die Presse in Deutschland nicht wundern.

Die Geschichte geht aber noch weiter. Das Ganze ist jetzt eine Woche her. Seit einer Woche ist der Intendant entlassen. Sie glauben doch nicht, dass der Oberbürgermeister oder sein Dezernent in dieser Woche einmal den Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bühnen gesucht hätte! Das ist ja auch nicht schlimm; es ist ja nur der Bühnenchef, einer der beiden künstlerischen Leiter, abhanden gekommen; das muss mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht diskutiert werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Ein bisschen Schwund ist immer!)

Das betrifft 700 Mitarbeiter bei den Bühnen plus das Orchester, summa summarum 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Meine Damen und Herren, das entspricht 5 Prozent Ihrer Mitarbeiter, Ihrer Angestellten, und Sie haben es bis zum heutigen Abend immer noch nicht geschafft, zu ihnen Kontakt aufzunehmen!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal! Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung als Oberbürgermeister gerecht und beenden Sie diesen rot-grünen Mummenschanz!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen!

(Henk van Benthem [CDU]: Jetzt aber loslegen!)

- Nein, ich dachte mir, ich bringe jetzt erst einmal wieder etwas Ruhe in die Debatte; denn es geht ja hier um ein ernstes Sachthema und nicht darum, wer sich am lautesten produziert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP)

- Vielleicht hören Sie erst einmal zu, ehe Sie darauf reagieren. Das macht die Sache leichter.

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei der FDP bedanken, und zwar dafür, dass sie uns im Rahmen dieser Aktuellen Stunde Gelegenheit gibt, mit der Legendenbildung, die durch die Medien und auch durch diese Stadt geistert, aufzuräumen und das Thema im Sinne von Wahrheit und Klarheit darzustellen.

Personelles Ausbluten, wie Sie in der Betreffzeile Ihres Antrags zur Aktuellen Stunde schreiben, impliziert Massenentlassungen von Mitarbeitern. Diese gibt es glücklicherweise aber nicht; sie sind auch laut Stellenplan nicht vorgesehen. Das ist ein Thema, was eigentlich nicht existent ist.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Zuhören! Okay? – Seitdem SPD und Grüne die Ratsmehrheit bilden, hat auch keine Kultureinrichtung Kürzungen hinnehmen müssen, die ein personelles Ausbluten verursacht hätten.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Ich kann lesen. – Stattdessen wurde endlich das Sanierungsprogramm für die Museen und Kulturbauten aufgelegt, das NS-Dok wird erweitert, die Stadtbibliothek wurde personell und strukturell besser ausgestattet, die Bühnen werden saniert, und das Historische Archiv erhält von uns größtmögliche Unterstützung – der Neubau ist auf dem Weg –, um nur einiges zu nennen. Die Bühnen – das will ich noch einmal klarstellen – erfahren keine Kürzungen, sondern per Dringlichkeitsentscheidung eine Aufstockung um 2 Millionen Euro pro Spielzeit,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

auch wenn von einigen Medien immer noch etwas anderes behauptet wird. Für all das hat Rot-Grün mit seiner Mehrheit gesorgt.

Für die Freie Szene, die laut Kulturentwicklungsplan den gleichberechtigten zweiten Pfeiler der Kölner Kultur bildet, sind die Gelder stabil geblieben, auch wenn es angesichts steigender Personal-, Energie- und Mietkosten gut und richtig wäre, diese Mittel ebenfalls aufzustocken. Aber angesichts der dramatischen Haushaltslage der Stadt Köln – ich darf Sie an die Haushaltssitzung heute Morgen erinnern – ist bereits die Aufrechterhaltung der Zuschüsse eine Kraftanstrengung. Ich bin stolz, dass wir das dieses Jahr wieder geschafft haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn der Kölner Kulturindex eine schlechte Stimmung analysiert, so ist es trotz-

dem bzw. gerade deswegen wichtig, das, was geleistet und geschafft wird, in den Fokus zu nehmen.

Kommen wir zum vermuteten Anlass der Aktuellen Stunde: die Situation an der Oper. Bis vor kurzem gab es die Hoffnung, die Probleme im Bühnenbetrieb bewältigen zu können. Die entsprechenden Beschlüsse eröffneten Lösungsmöglichkeiten im Dauerstreit, wenn denn alle mitgespielt und sich kompromissfähig und kompromissbereit gezeigt hätten. Aber statt zu deeskalieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wurde polarisiert. Hier sind auch CDU und FDP zu nennen, die die Lösung vor allem darin sahen, das Opernbudget weiter aufzustocken, und zwar in einer Höhe, die fast dem Gesamtetat des Kulturamtes für die Freie Szene entsprochen hätte. Vielleicht hätten Sie die schwarzen Sparschweine noch stehen lassen sollen. Dann hätten Sie mal gucken können, ob da noch Geld drin ist.

(Michael Zimmermann [SPD]: In der Fraktion stehen die nicht!)

- Ja, eben. – Statt die Reißleine zu ziehen und auf Budgeteinhaltung hinzuwirken, wurden mit diesen Äußerungen Begehrlichkeiten geweckt, die nicht zu erfüllen waren. Die Wirtschaftspläne und die inzwischen vorliegenden Statusberichte der Bühnen offenbaren das gesamte Ausmaß der Verschuldung.

Wir alle haben mit großer Freude – Frau Dr. Bürgermeister hat es bereits gesagt – erlebt, dass Oper und Schauspiel in Köln in den letzten Jahren zu neuer Blüte gekommen sind. Ich danke allen, die daran beteiligt waren und sind.

Der Schritt der Kündigung des Opernintendanten am letzten Donnerstag ist niemandem leicht gefallen; denn unbestreitbar – auch das wurde schon gesagt – hat Uwe Eric Laufenberg mit großer Leidenschaft und Kreativität die Oper nach vorne gebracht. Allerdings gehört zur Führung eines solchen Hauses auch ein hohes Maß an Kooperation und ein intaktes Vertrauensverhältnis zu Verwaltung und Rat, und das wurde nachhaltig zerstört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu hoffen ist, dass langfristig die Chance besteht, Ruhe in den Opernbetrieb zu bekommen. Als kulturpolitische Sprecherin und als Mitglied des Rates mit Verantwortung für den Haushalt erwarte ich gerade am heutigen Tage von allen Spitzenkräften die Einhaltung der zur Verfügung gestellten Budgets. Wir brauchen und wir setzen in dieser schwierigen Haushaltslage auf Führungspersonal, das kreativ das Bestmögliche mit den gegebenen Mitteln erreicht.

Einer Führungskraft wurde fristlos gekündigt. Wir haben versucht, zu vermitteln. Wir bedauern, dass das nicht gelungen ist. Andere Führungskräfte – auch das wurde hier schon angesprochen – gehen aus unterschiedlichen Gründen, sei es aus Altersgründen, sei es, um weiterzuziehen. Frau Beier, Herr Stenz und Herr Dr. Blühm verlassen Köln, weil sie neue Herausforderungen und Perspektiven suchen. Dafür braucht es den Ortswechsel. Schon bei Shakespeare und Molière war das nicht anders. Für Köln ist es ein großer Verlust, aber eben auch der normale Gang der Dinge. Es kommen neue großartige Kulturschaffende nach Köln, wie zum Beispiel Stefan Bachmann als Nachfolger von Karin Beier und Philipp Kaiser als Nachfolger von Kaspar König.

Vergessen seien aber auch nicht die vielen anderen Kulturschaffenden, die Großes zur Vielfalt der Kölner Kultur beitragen – in städtischen Institutionen und an kreativen Orten und Freiräumen in dieser Stadt, die es zu erhalten gilt. Dazu gibt es neue Entwicklungen. Angesprochen wurde hier schon die Akademie der Künste der Welt, die Rot-Grün angeschoben hat und die wir mit Freude im Entstehen begriffen sehen. Die Gründungsmitglieder der Akademie kommen an diesem Wochenende zum ersten Mal in Köln zusammen. Auch das ist ein Beitrag zum Erhalt – da komme ich auf Ihren Antrag zurück – der Spitzenleistungen in Kölner Kultureinrichtungen und eine großartige Chance zur Neupositionierung der Kölner Kulturszene, auch über das hinaus, was bisher in Köln geleistet worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen uns – es ist mir wichtig, das abschließend zu sagen – bei allen, die Köln verlassen, bedanken und ihnen und auch ihren Nachfolgern das Beste für die Zukunft wünschen. Wir alle – da bin ich mir sicher – werden alles tun, damit Köln auch künftig eine lebenswerte Stadt ist, in der die Kultur einen breiten Raum einnimmt und das reiche Kulturangebot erhalten bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für pro Köln Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne! Ich freue mich, dass sich die Tribüne jetzt etwas gefüllt hat. Heute Morgen, als wir den Haushalt verabschiedet haben, war das Interesse nicht so groß. Ich habe mich auch gewundert, dass die Debatte, in der es um Ausgaben von über 3 Milliarden Euro ging, nicht so lebhaft war wie diese jetzt nach der Mittagspause. Da fragt man sich doch, woran das eigentlich liegt.

Ebenso wundert mich, dass hier Redner mit Beiträgen auftreten, die ich – bisher jedenfalls – nur als substanzlos bezeichnen kann, obwohl sie den Fraktionen angehören, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben

(Zurufe)

die aus unserer Sicht allerdings entbehrlich gewesen wäre, auch wenn dieses Thema zweifellos wichtig ist. Wie kann denn der Eröffnungsredner sagen: „Köln kann es nicht“? Dagegen verwahren wir uns. Es kann sein, dass Sie es nicht können; das bestätige ich Ihnen. Aber Köln kann mehr,

(Beifall bei pro Köln)

wenn Sie die Menschen in Köln nur lassen würden.

Aufhänger für diese Aktuelle Stunde ist doch die denkwürdige Hauptausschusssitzung in der letzten Woche, die im geheimen Rahmen durchgeführt werden sollte. Hier sollte mal gewürdigt werden, unter welch miesen Umständen dort ein Personalsachverhalt abgearbeitet wurde. Erst wurde nicht fristgerecht schriftlich dazu eingeladen. Irgendwann, viel zu kurzfristig, ging eine E-Mail auf einem Computer ein. Wir haben davon über das Radio erfahren und sind dann in diese Hauptausschusssitzung gekommen. Sie war für 16.45 Uhr terminiert. Schon für 17 Uhr hatten Sie eine Pressekonferenz, auf der Sie ein Ergebnis präsentieren wollten.

Worum ging es? Sie als Oberbürgermeister haben vorgeschlagen, der Hauptausschuss möge dafür sorgen, dass der Opernintendant auf der Stelle aus der Oper entfernt wird. Das wollten Sie schon nach einer Viertelstunde bekanntgeben. Als wir danach gefragt haben, ob wir dazu etwas Schriftliches haben könnten, haben Sie das auf Ihren Kulturdezernenten abgewälzt. Sie selber hatten in dieser Sitzung einen Rechtsanwalt dabei, der Sie als Stadt Köln vertritt, also die rechtlichen Voraussetzungen schaffen sollte, dass Herr Laufenberg noch am selben Abend aus der Oper entfernt wird. Wir haben gefragt: Ist denn Herr Laufenberg auch eingeladen worden? Denn ich als Ratsmitglied hätte gerne beide Seiten gehört. Wir tragen schließlich die Verantwortung für die Gesamtstadt und für die Gesamtoper. Gerade weil man ja immer wieder hört, welch gute Arbeit er geleistet hat – auch in dieser Sitzung wurde das mehrfach erwähnt –, haben wir gefragt: Ja, warum soll er dann fristlos entlassen werden?

Dass er dort noch nicht einmal dazu angehört wurde, hat doch Methode. Das hat man doch gespürt. Es beschlich einen das Gefühl, dass Sie bei der Kultur nach dem Motto handeln: Jeder, der den Mund aufmacht, wird abgestraft. Hier wollte man ein Exempel statuieren. Hier wollte man jemandem klarmachen: Wir wollen Kulturapparatschiks; Kritik ist hier nicht erwünscht.

Wir möchten, dass Kultur kreativ ist, dass sie frei agieren und den Glanz unserer Stadt wieder in die Welt hinaus tragen kann. Sie aber wollen eine Form von Beamtenschaft. Darum geht es letzten Endes. Wir haben diese Sitzung umgehend bei der Kommunalaufsicht beanstandet. In dem Fall waren Sie das ja, und Sie haben das natürlich abgelehnt. Wir haben das jetzt an die Bezirksregierung gegeben.

Wir werden nicht nur Herrn Laufenberg viel Glück wünschen, wenn es gegebenenfalls zu einem arbeitsgerichtlichen Verfahren kommt; wir wünschen auch der Oper weiterhin alles Gute. Herr Roters, so etwas darf hier nie wieder vorkommen. Ich bitte Sie: Gehen Sie mit Ihren Mitarbeitern fair und menschlich um! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

(Zurufe von der CDU und der FDP:
Der will auch die Oper schließen!)

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier wird wieder einmal diskutiert, als gäbe es kein Mor-

gen. Das gibt es aber. Es trifft ja nicht zu, dass die Bühnen keine zusätzlichen Mittel bekommen. Sie bekommen sowohl Mittel für das Interim als auch für die Sanierung der Oper. Das darf man nicht vergessen.

Die allseits beliebte Karin Beier hat das Problem als Erste erkannt, als sie 2009 feststellte: Verflixt noch mal, die Sanierung der Oper wird ja nicht aus dem Investitionshaushalt bezahlt, sondern aus dem Betriebskostenzuschuss Bühnen, schlussendlich also aus dem Verwaltungshaushalt. Sie hat gesagt: Es kann doch nicht sein, dass die Oper für viel Geld saniert wird und ich den Kulturbetrieb nicht mehr organisieren kann, und hat Neubau und Sanierung der Oper unter dem Gesichtspunkt der Kosten thematisiert. Das war, wie ich damals fand, eine interessante Diskussion. Frau Beier hatte das richtig erkannt.

Herr Laufenberg jedoch hat aber zu diesem Zeitpunkt einen völlig anderen Kurs gefahren. Er hat nämlich das Geld mit vollen Händen ausgegeben, so auch bei der Betriebsrücklage der Bühnen – die für die Sanierung gedacht war. Ich erinnere hier nur an die von ihm regelrecht inszenierten und zusammen mit Herrn Quander initiierten Ratsvorlagen, die vorsahen, viel Geld für die Stockhausen-Oper – die Beträge waren ja anfangs viel höher, als sie schlussendlich beschlossen worden sind – und für die China-Reise auszugeben. – So weit zur Vorgeschichte.

Frau Beier hat meines Erachtens das Problem, in dem wir jetzt stecken, relativ früh erkannt. Teile des Rates wachten dann langsam auf und merkten: Hallo, da haben wir langfristig ein Problem. Nur Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben damals gesagt: Komme, was wolle, wir geben 350 Millionen Euro für den Neubau der Oper. So lief doch damals die Diskussion.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Wenn wir das damals gemacht hätten, dann wären wir doch jetzt schon pleite. Das muss man doch auch mal sagen, wenn Sie hier von Kostensparen reden. Jetzt beschweren Sie sich wieder, obwohl die Bühnen – das muss man noch einmal feststellen – 2 Millionen Euro mehr bekommen. Es ist ja nicht so, dass sie gar nichts kriegen.

Herr Granitzka, Sie haben vorhin gerufen: Sparen, sparen, sparen! Dreimal! Wir haben das gehört. Ja, und was machen Sie? In der Realität wollen Sie Mehrausgaben, Mehrausgaben, Mehrausgaben. – Jetzt winken Sie ab. Natürlich ist es so. Ihre schwarzen Schweine können Sie mit nach Hause nehmen. Damit passiert doch nichts; sie waren doch sowieso leer.

(Beifall bei der Linken, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Ihre Hingabe, Ihre Leidenschaft und Ihre schwärmerische Verehrung für Herrn Laufenberg und seine Oper sind ja rührend. Dennoch würden wir uns wünschen –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darf ich einmal kurz unterbrechen? – Herr Dr. Elster, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Es stört, wenn Sie hier durch den Saal gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – van Benthem [CDU]: Darf man jetzt nicht mehr aufstehen? Was ist das denn?)

Jörg Detjen (Die Linke.): Also, ich möchte jetzt meine Rede zu Ende halten. Ich darf doch auch mal eine Kritik innerhalb des Oppositionslagers führen. Das darf ich doch, oder? Es muss doch möglich sein, dass Sie das aushalten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Darf ich eine Frage stellen?)

Ihre Verehrung, meine Damen und Herren von der CDU –

(Winrich Granitzka [CDU]: Sie haben die Unwahrheit gesagt!)

- Ich habe nicht die Unwahrheit gesagt. Ich sage: Ihre schwärmerische Leidenschaft für Herrn Laufenberg ist ja rührend. Dennoch wäre es besser, wenn Sie das ganze Problem reflektieren würden. Dann würden Sie vielleicht aus der Geschichte lernen.

(Beifall bei der Linken. – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Vor 130 Jahren empfand König Ludwig II. für Richard Wagner eine schwärmerische Liebe. Das hat damit geendet, dass er schlussendlich pleite war. Der damalige Finanzminister hat Ludwig II. einen Brief geschrieben. Daraus möchte ich vorlesen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wollen wir hören!)

Zitat:

> Die Lage der königlichen Kabinettskasse ist eine sehr ernste … was in einer Zeit wie die gegenwärtige, wo die sozialen Verhältnisse mehr und mehr unterwühlt werden, doppelt bedenklich erscheint.

Ich finde, das ist ein sehr interessantes Zitat, weil es eigentlich auch auf die heutige Zeit passt. Nur, König Ludwig II. hat auf seinen Finanzminister nicht gehört und war schlussendlich pleite. Das war der Sachstand.

(Ralph Sterck [FDP]: Tot war er! – Weitere Zurufe von der FDP und der CDU)

- Klar. Aber erst mal war er pleite, und dann hat er sich das Leben genommen. So muss man das doch sehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Wir haben sicher noch eine zweite Runde, dann können Sie darauf eingehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, es gibt keine zweite Runde.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Redezeit ist fast zu Ende.

(Zurufe)

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen. Herr Görzel, Sie haben die Belegschaftsversammlung der Bühnen erwähnt. Es war wirklich so, dass dort die Diskussion über 5 Millionen Euro mehr Mittel geführt wurde. Und es war wirklich so, dass SPD und Grüne nichts dazu gesagt haben,

(Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- lassen Sie mich doch mal ausreden! –, obwohl der Personalrat sie aufgefordert hat, die Politik möge doch jetzt mal dazu Stellung nehmen. Und es war auch wirklich so, dass der Kollege Wackerhagen von der FDP der Belegschaft der Bühnen Versprechungen gemacht hat. Ich war der Einzige, der dort gesagt hat: Angesichts der Haushaltslage kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie 5 Millionen Euro mehr bekommen. Betonung liegt auf „mehr“. Ich habe nur gesagt: Ich kann es mir nicht vorstellen.

(Zuruf von der FDP)

Sie haben dort Wahlkampf gemacht. Es ist doch ganz klar: Das war Wahlkampf. Ja, aber Sie haben doch nichts zu kamellen gehabt. Wie können Sie denn der Belegschaft der Bühnen 5 Millionen Euro versprechen? Das ist doch die Realität gewesen. Sie haben schlicht und ergreifend dort Bonbons verteilt, statt die Realität ins Auge zu fassen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken., der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach Herrn Detjen kommen wir zu Herrn Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich zum Thema dieser Aktuellen Stunde gar nicht äußern. Aber mein Puls ist mittlerweile auf 180. Darf ich Sie einmal daran erinnern, dass wir hier über Menschen reden?

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

Es ist schon richtig, dass wir hier auf die Geldseite schauen müssen. Nichtsdestotrotz stehen die Menschen im Mittelpunkt. Und was ist mit den Menschen in der letzten Zeit passiert? – Ich werde meine Rede kurz halten, keine Sorge. – Einerseits haben wir einen Mercedes – Herrn Laufenberg – nach Köln bestellt. Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass dieser Mercedes entsprechend gepflegt wird.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Andererseits – Frau von Bülow, da haben Sie recht – haben wir ihn im Kulturausschuss mehrfach aufgefordert, uns den Wirtschaftsplan vorzulegen. Wenn ich dann im *Stadt-Anzeiger* lese, dass er den Wirtschaftsplan für Firlefanz hält, dann frage ich an dieser Stelle: Wie verletzt muss ein Mensch sein?

Im Kulturausschuss wurde immer wieder gefordert, dazu einen Runden Tisch einzurichten. Frau Bürgermeister und Frau von Bülow waren der Meinung, das brauchen wir nicht. Ich glaube, das haben wir auch hier im Rat diskutiert.

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

Wir wollen einen Runden Tisch. Über bilaterale Gespräche habe ich zwar mitbekommen, dass dies und jenes gemacht wurde; aber es wäre sicherlich einfacher gewesen, die Menschen – das geht an Sie, Herr Oberbürgermeister – an einen Runden Tisch zu bringen und mit ihnen offen über die Probleme zu sprechen. Sie aber haben im Grunde genommen das Zepter aus der Hand gegeben. Nun ist es so weit gekommen, dass es Köln nach außen hin wirklich geschadet hat.

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Puls ist nicht auf 180. Ich spreche auch nicht über einen Mercedes, ich spreche über Menschen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zum Anfang, der Rede von Herrn Görzel und dem Antrag zur Aktuellen Stunde – Stichwort „Ausbluten“. Frau von Bülow hatte es zwar vorhin schon erwähnt und ihren Aussagen ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aber zwei, drei Anmerkungen kann ich mir dann doch nicht verkneifen.

Wirklich gehen musste ja nur einer, das war Herr Laufenberg. Das haben Sie, Herr Görzel, selber gesagt. Die anderen hatten andere Gründe, andere Motive. Auf Neudeutsch kann man sagen: Shit happens! Dass das alles zum gleichen Zeitpunkt passiert, macht natürlich keinen guten Eindruck. Aber wirklich gehen musste nur Herr Laufenberg.

Was ist in den Wochen und Monaten im Vorfeld geschehen? Ich bin ja auch Mitglied im Kulturausschuss. Ehrlich gesagt, ich habe mich immer klammheimlich gefreut, wenn ich gesehen habe, dass Herr Laufenberg in die Sitzung kommt; denn dann war für Stimmung garantiert.

(Zuruf: Er ist Schauspieler!)

- Er ist Schauspieler, wird hier gesagt. – Es war doch wirklich so: Herr Laufenberg hat dort eine ordentliche Show abgeliefert. Er hat sich fantastisch für sein Haus eingesetzt; ganz großartig. Er ist aber auch sehr oft über das Ziel eindeutig hinausgeschossen. Er hat aus vertraulichen Unterlagen zitiert, er hat Dokumente herumgehen lassen, die noch gar nicht öffentlich sind, etc. Das alles war schon immer sehr grenzwertig gewesen. Eskaliert ist der Streit jetzt an dem Punkt, wo Herr Laufenberg gemerkt hat, dass er im zukünftigen Etat nur – in Anführungszeichen – 2 Millionen Euro mehr bekommt und nicht das, was ihm vertraglich zugesichert worden ist. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der FDP: Eben!)

Dazu sind zwei Dinge festzustellen: Das eine ist – das möchte ich hier auch sagen; da möchte ich Rot-Grün den Rücken stärken –: Der Etat ist trotz aller Widrigkeiten erhöht worden. Das ist erst mal positiv anzuerkennen. Was fehlt, ist die Differenz, die Herrn Laufenberg versprochen wurde. Das ist natürlich ein Fehler, den man tatsächlich auch feststellen muss. Wir alle waren bei den Vertragsverhandlungen damals nicht dabei; aber ich gehe davon aus, dass Köln auch zu der Zeit, als der Vertrag mit Herrn Laufenberg geschlossen wurde, schon klamm war. Vielleicht war es etwas voreilig, ihm dieses Geld zu versprechen. Jetzt ist das Geld aber nicht da. Deshalb sah sich Rot-Grün offensichtlich gezwungen, ihm mitzuteilen, dass sein Vertrag nicht eingehalten werden könne.

Dieses Problem hätte man vielleicht noch vermitteln können. Das hätte man vielleicht sogar noch auf die Reihe bekommen können. An dieser Stelle möchte ich die CDU und die FDP, aber auch die Presse kritisieren, aber auch in die Pflicht nehmen. Man kann sich natürlich sehr an den Auftritten von Herrn Laufenberg weiden, von Skandal reden und die Konfrontation mit Rot-Grün suchen. Viel geschickter wäre es aber gewesen, das Ganze im Stillen zu lösen.

(Katharina Welcker [CDU]: Das haben wir doch versucht! – Zuruf von der FDP: Das haben wir ein Jahr gemacht!

- Ja, aber in der Öffentlichkeit nicht.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Der *Stadt-Anzeiger* führte diverse Gespräche und Interviews mit Herrn Laufenberg. Auch ihm hätte vollkommen klar sein müssen, dass dieses letzte große Interview mit Herrn Laufenberg zum Knall führen wird. Man könnte jetzt bösartig sagen: Die Presse macht das, um die Auflage zu steigern. Aber meiner Meinung wäre es insgesamt, auch von Ihrer Seite aus, viel bes-

ser gewesen, das Problem im Stillen zu lösen und Herrn Laufenberg auch mal zu erklären, warum kein Geld mehr da ist, anstatt auf den Zug aufzuspringen und die Konfrontation zu suchen.

Das ist das, was ich hier anmerken wollte. Ansonsten mache ich mir keine Sorgen über die Zukunft der Kölner Kulturpolitik. Gerade auch in personellen Entscheidungen hat Herr Quander bislang immer das richtige Händchen gehabt. Ich vertraue einfach mal darauf, dass wir in der nächsten Saison einen tollen, fulminanten Neustart hinlegen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist viel zu dem Thema gesagt worden. Es ist eine ganze Menge Richtiges gesagt worden; es ist aber auch einiges Falsches und einiges Unsinniges gesagt worden. Deswegen würde ich dazu ganz gerne Stellung nehmen.

Ich möchte sagen, dass das, was Frau Moritz heute Morgen in der Haushaltsrede zum Thema Kultur gesagt hat, und das, was von den Vertreterinnen von Rot-Grün eben gesagt wurde, in vielen Teilen meine volle – - meine Meinung darstellt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist nicht so schwer! Sagen Sie es ruhig!)

- Mir fiel nicht die richtige Formulierung ein. – Es besteht nach meiner Auffassung für Kassandrarufe überhaupt kein Grund.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben schon deutlich gesagt worden: Es handelt sich um eine nicht geplante Koinzidenz von Wechseln in Leitungspositionen, die hier zusammenkommt und so nicht geplant war. Aber deswegen von einem Ausbluten der Kölner Kulturlandschaft und der Leitungspositionen zu sprechen, ist schlichtweg unangemessen.

Die Gründe für die verschiedenen Veränderungen sind sehr unterschiedlich gelagert. Auch wenn das hier schon geschildert wurde, lassen Sie es mich dennoch noch einmal kurz rekapitulieren, ohne in die Einzelheiten zu gehen.

Herr Dr. Blühm geht aus ganz persönlichen Gründen. Er geht aus Köln weg an ein Haus, was sich mit den Sammlungsbeständen des Wallraf-Richartz-Museums in keiner Weise messen kann, das finanziell nicht besser dasteht, sondern größere Schwierigkeiten hat als unser Kölner Haus. Er geht aus ganz persönlichen, aus familiären Gründen, hauptsächlich deshalb, weil er seine Kinder in den Niederlanden an einer niederländischen Schule einschulen will.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das wissen die! Das ist das Verlogene! – Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weiß jeder! – Zuruf von der FDP)

Karin Beier – es ist wirklich wichtig, das noch einmal zu erwähnen, auch weil hier gesagt wurde, wir berufen gute Leute nach Köln und sind unfähig, sie zu halten –: Wir haben mit Karin Beier einen Verlängerungsvertrag verhandelt und im Juli 2010 abgeschlossen. Noch während der Pressekonferenz, auf der dies bekannt gegeben wurde, hat Karin Beier gesagt, sie sei trotz der Querelen und Auseinandersetzungen um das Thema Sanierung oder Neubau sowohl von Herrn Oberbürgermeister Roters als auch von mir – wörtlich – nett umworben worden, und das sei ein absolut cooler Vertrag, den wir ihr angeboten hätten. Sie hat aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass in der gleichen Zeit, in der wir mit ihr verhandelt haben, sich viele andere Städte um sie bemüht haben, sie als Intendantin zu bekommen, es aber im deutschsprachigen Raum nur drei Städte gebe, die sie interessieren würden. Unser Pech war, dass Hamburg aufgrund einer bestimmten Situation – das wissen Sie; der dortige Intendant hat hingeschmissen – frei war und das eine der drei Städte war, die Karin Beier interessiert hat.

Im Übrigen möchte ich an der Stelle daran erinnern, dass der in dieser Stadt immer noch sehr hoch – zu Recht sehr hoch – im Kurs stehende Jürgen Flimm genau das Gleiche getan hat. Er hat nämlich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, nach sechs Jahren, also im ersten Jahr nach seiner Verlängerung, auch die Stadt verlassen. Und wohin? Nach Hamburg, aber nicht ans Deutsche Schauspielhaus, sondern ans Thalia Theater.

Markus Stenz: Auch mit Markus Stenz haben wir einen Verlängerungsvertrag geschlossen. Wenn Markus Stenz diesen voll und ganz er-

füllt, was er tun wird, und im Sommer 2014 ausscheidet, dann war er elf Jahre – ein Jahr als Gürzenich-Kapellmeister, zehn Jahre als Generalmusikdirektor – Chef des Gürzenich-Orchesters. Er hat das mit Leidenschaft getan, er tut es mit Leidenschaft. Aber er möchte sich verändern, und das ist vollkommen normal in diesen Positionen. Auch ein Claudio Abbado war nicht länger als zehn Jahre bei den Berliner Philharmonikern, ebenso ein Zubin Mehta beim Bayerischen Staatsorchester, James Levine oder Lorin Maazel.

(Ulrich Breite [FDP]: Karajan!)

- Karajan ist die eine große Ausnahme. Der musste bis zum Grabe. Aber das ist die eine große Ausnahme.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das war nicht die FDP. Zur FDP komme ich noch, Herr Breite.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum letzten Fall, zu Uwe Eric Laufenberg. Das ist in der Tat ein ungewöhnlicher Vorgang. Herr Elster hat es vorhin angesprochen, es ist der zweite Fall in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Intendant fristlos entlassen wurde. Dem können Sie entnehmen, dass man das nur im äußersten Notfall tut und wenn wirklich gewichtige Gründe vorliegen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle auch etwas dazu sagen, um einer weiteren Legendenbildung vorzubeugen.

Zunächst einmal: Die Stadt Köln hat alle vertraglichen Zusagen an Herrn Laufenberg erfüllt, und zwar vollumfänglich.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Entgegen anderer Aussagen haben wir den Vertrag erfüllt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wir haben das vorgesehene, nicht das vertraglich verbindlich für sieben Jahre zugesicherte, künstlerische Budget Herrn Laufenberg zum Amtsantritt zur Verfügung gestellt.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Wir, besser gesagt, Sie haben das künstlerische Budget der Oper zur Spielzeit 2009/2010 um 1,2 Millionen Euro angehoben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Obwohl dieses passiert ist, wissen wir, seitdem der Jahresabschluss 2009/2010 testiert vorliegt, dass Herr Laufenberg in dieser, seiner ersten Spielzeit, über die wir bislang hier noch gar nicht gesprochen haben, den Opernetat um einen Betrag von in etwa der gleichen Höhe überzogen hat.

(Martin Börschel [SPD]: Hört! Hört!)

Schon in der ersten Spielzeit! Das hat sich dann, nachdem die Stadt aufgrund der finanziellen Situation auch bei den Bühnen kürzen musste, sozusagen lawinenartig fortgesetzt und hätte sich weiter fortgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss auch mal gesagt werden! Das ist ein Desaster! – Martin Börschel [SPD]: Aber da schweigt Schwarz-Gelb! – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo sind denn jetzt die Schreihälse?)

- Ich komme noch dazu.

Herr Elster hat auf die Pressekonferenz hingewiesen und gesagt, dort sei ein schlecht vorbereiteter Anwalt gewesen. Herr Dr. Kade, der von der Stadt beauftragte Anwalt, ist exzellent vorbereitet. Er ist in allen Vorgängen drin. Er hat deutlich gesagt, dass er sich in einem schwebenden Verfahren nicht über die Gründe, die zur Kündigung geführt haben, öffentlich äußern möchte. Ich glaube, das muss eigentlich allen verständlich sein. Es sollte allen, die Schaden von der Stadt Köln abwenden wollen, am Herzen liegen, dass so verfahren wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen die das denn?)

Dass mit den Mitarbeitern der Bühnen noch nicht gesprochen wurde, lieber Herr Elster, hat einen ganz simplen Grund: Sie sind in den Theaterferien. Es ist nur noch eine Rumpfmannschaft, etwa ein Drittel, da, zwei Drittel sind weg. Der Chor zum Beispiel ist schon weg, die Technik ist größtenteils weg, das Ensemble, soweit es nicht noch in den letzten Vorstellungen eingesetzt war, ist auch weg. Daher macht ein Gespräch zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Ich habe zu einer Versammlung zu Be-

ginn der Spielzeit eingeladen. Da werde ich selbstverständlich hingehen und den Mitarbeitern auch Rede und Antwort stehen.

(Martin Börschel [SPD]: Ist das peinlich für Schwarz-Gelb!)

Aber im Augenblick, in den Theaterferien macht das schlichtweg keinen Sinn. Im Gegenteil, das führt zu unnötiger Unruhe.

Ich muss gestehen, Herr Elster, auch ich habe mich immer gewundert, warum Sie – wie hat es Herr Detjen so schön gesagt? – eine schwärmerische Verehrung für Herrn Laufenberg haben.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Ich dachte, das bezieht sich auch auf Herrn Elster. – Nachdem ich das Ende Ihrer Rede gehört habe, habe ich es begriffen. Ich glaube, Sie hatten Rhetorikunterricht bei Herrn Laufenberg. Einen solch schönen Ausbruch kenne ich in dieser Stadt sonst nur von Laufenberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt will ich noch einmal zu Herrn Görzel kommen, der die These aufgestellt hat: Wer in dieser Stadt etwas gut macht, muss gehen. Sie haben den *Deutschlandfunk* zitiert; aber es muss ja nicht deswegen die Wahrheit sein, weil es so im *Deutschlandfunk* kommentiert wurde. – Herr Laufenberg hat es eben nicht gut gemacht. Ich habe es gerade schon gesagt: schon in der ersten Spielzeit mit einer erheblichen Überziehung abgeschlossen, in der zweiten Spielzeit mit einer noch viel höheren, in dieser Spielzeit wieder mit einer, und so würde sich das in den nächsten Jahren nach seinen Planungen fortsetzen. Ein Intendant ist eben nicht nur ein genialer Programmmacher oder möglicherweise auch ein genialer Regisseur, sondern er ist auch für die Betriebsleitung verantwortlich.

(Martin Börschel [SPD]: Es geht ja um Konfliktsteuerung!)

Wir haben hier einen Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebsverordnung des Landes NRW. Darin ist festgelegt:

> Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbstständig geleitet ... Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung.

Und – hört, hört –:

> Sie ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich ...

Da kann man nicht nur planen und ausgeben, sondern da muss man auch die wirtschaftliche Führung beherrschen und beachten.

An dieser Stelle, liebe Frau Dr. Bürgermeister, ein Wort zu Ihnen und Ihrer Rüge der unzureichenden Steuerung: Herr Oberbürgermeister sowie ich als zuständiger Beigeordneter in seiner Vertretung, wir sind Dienstvorgesetzte der Mitarbeiter der Bühnen. Uns obliegt nicht die Steuerung der Bühnen. Die Steuerung obliegt der Betriebsleitung gemäß Eigenbetriebsverordnung. Darüber hinaus gibt es ein Aufsichtsgremium. Das ist der Betriebsausschuss unter Ihrer Leitung, liebe Frau Dr. Bürgermeister. Diesem Ausschuss ist zu berichten. Dieser Ausschuss hat zu entscheiden, soweit es nicht Rechte sind, die den Rat betreffen und die der Rat zu entscheiden hat, wie zum Beispiel die Verabschiedung oder die Feststellung des Wirtschaftsplans. Der Betriebsausschuss muss auch die Bühnenbetriebsleitung entlasten. Und das hat der Betriebsausschuss in den zurückliegenden Jahren nie getan. Also: Ich gebe den Blumenkorb, den Sie mir überreicht haben, an der Stelle ein Stück weit zurück und würde vorschlagen, wir schauen uns gemeinsam an, wie wir das in Zukunft besser steuern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie machen doch bestimmt die Vorbereitung der Sitzung!)

- Nein, das macht der Eigenbetrieb.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber Sie bereiten doch die Sitzung vor!)

- Nein, wir stellen die Tagesordnung auf, in Absprache mit der Vorsitzenden, und verschicken sie. – Ich will damit nur sagen: Es gibt hier auch Versäumnisse an anderer Stelle. Darauf wollte ich zumindest hinweisen.

Ich will jetzt noch einmal auf ein Thema zurückkommen, das Frau Dr. Bürgermeister hier zu Recht angesprochen hat. Es gibt eine völlig normale Fluktuation in Kulturbetrieben. Da Sie hier vom Ausbluten der Kultur in Köln sprechen: Warum reden Sie denn nicht gleich vom Ausbluten der Kultur im Rheinland? Schauen Sie mal 30 Kilometer den Rhein aufwärts nach Bonn. Im nächsten Sommer wird nicht nur Karin Beier die Kölner Bühne Richtung Hamburg verlassen. Im nächsten Sommer scheidet auch Klaus Weise als Generalintendant der Bonner Bühnen nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit

aus. Er hat gerade in diesem Jahr das Bonner Schauspiel zum Theatertreffen nach Berlin geführt. Er scheidet aus, weil der Rat ihm nicht mehr die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt,

(Zurufe von der FDP: Die Grünen waren das!)

- und die Schwarzen auch; es war eine schwarz-grüne Ratsmehrheit –, die er meint, zu brauchen. Es kommt ein Nachfolger, der meint, mit dem Geld auskommen zu können. Noch einmal Bonn: Gerade vor drei Tagen ging durch die Presse, dass der Vertrag mit Robert Fleck, Intendant der Bundeskunsthalle, nach drei Jahren nicht verlängert wird. Wenn ich es richtig sehe, untersteht die Bundeskunsthalle einer Bundesregierung, die von Ihren Parteifreunden von FDP und CDU geführt wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nein!)

Nach drei Jahren ist da schon Schluss.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Sagen Sie doch mal, warum!)

- Weil er nicht erfolgreich ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Aber Laufenberg war erfolgreich!)

- Aber nicht wirtschaftlich. – Schauen Sie rheinabwärts in die nächstgrößere Stadt, nach Düsseldorf. Dort ist nach nur einer Amtszeit der Vertrag der Schauspielintendantin Amélie Niermeyer, mit hohen Vorschusslorbeeren ausgestattet, nicht verlängert worden. Auch der Nachfolger, Herr Holm, reüssiert nicht, wenn ich die öffentlichen Resonanzen von Presse und Publikum verfolge. Ich bin sicher, dass wir mit Stefan Bachmann einen Nachfolger von Karin Beier haben, der mit wesentlich weniger Geld als das Schauspielhaus Düsseldorf einen hochspannenden Schauspiel-Spielplan auf die Beine stellen wird. Ich würde Sie sehr darum bitten, aber auch warnen, Herrn Bachmann nicht im Vorhinein schlechtzureden, nur weil sie ihn noch nicht kennen. Warten Sie das Ergebnis ab!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Hinweis dazu: Sie haben die Diskussion um den Fortbestand der Deutschen Oper am Rhein verfolgt. Sie stand auf der Kippe, scheint aber nach dem jüngsten Ratsbeschluss nun gerettet zu sein, weil der Rat der Stadt Duisburg dem Vorschlag meines Duisburger Kollegen Janssen – im Übrigen ein Parteifreund von Ihnen, Herr Elster – nicht gefolgt ist, diese Theaterehe zu kündigen, sondern sie fortzusetzen, allerdings unter schwierigen Auflagen, nämlich den Zuschuss heftig, um 1,5 Millionen Euro zu kürzen mit dem Ergebnis, dass wahrscheinlich das hoch erfolgreiche und künstlerisch hoch angesehene Ballett der Rheinoper gefährdet ist. Düsseldorf hat schon angefragt, ob wir uns hier nicht für eine Partnerschaft interessieren können. Das ist sicherlich eine interessante Option, aber ich sage: Ohne was in der Tasche wird diese Option schwer umzusetzen sein.

Das heißt: Ich sehe keinen Anlass, hier über ein Ausbluten der Kulturlandschaft aufgrund der personellen Situation zu reden. Im Gegenteil: Wir bekommen eine Menge neuer kreativer Köpfe in die Stadt. Aber – und das kann nicht verschwiegen werden; aber das ist für uns alle auch kein Geheimnis – die finanziell schwierige Situation kann dazu führen, dass auch in der Kultur das eine oder andere, wenn Sie so wollen, ausblutet, so nicht fortgesetzt werden kann wie bislang, zumal die Kommunen immer weniger Spielraum zur Wahrnehmung der ihnen verfassungsmäßig übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben haben. Diese sogenannten freiwilligen Aufgaben sind ja nicht deshalb freiwillig, weil man sie einfach weglassen kann, sondern weil sie in die Entscheidungsfreiheit der Städte gestellt sind. Es ist bewusst den Städten anheimgestellt, selber vor Ort zu entscheiden, was sie mit diesen Selbstverwaltungsaufgaben machen. Das sind eben keine gesetzlichen Aufgaben von Bund und Land, wo die Stadt letztendlich nur die Vorgaben erfüllt, also Erfüllungsgehilfe ist, aber keinen Entscheidungsspielraum hat. Meine Damen und Herren, diese Entscheidungen gehören zu Ihren vornehmsten Aufgaben. Lassen Sie sie sich bitte nicht wegnehmen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Professor Quander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind ja die Gestalter der Aktuellen Stunde. Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass die Dauer der Aussprache auf eine Stunde beschränkt ist. Das heißt, wir können nicht ohne Weiteres überziehen, wenn wir das nicht vorher festgelegt haben. Ich habe noch einige Wortmeldun-

gen gesehen. Das würde dazu führen, dass wir eine zweite Runde einläuten müssten, allerdings mit der Maßgabe, dass diese zweite Runde nicht zu Ende geführt werden kann, weil nach einer Stunde Schluss sein muss.

(Zurufe von der CDU: Herr Professor Quander hat so lange gesprochen!)

- Ich habe Ihnen doch nur ein Angebot gemacht, der Fairness halber. Wenn jetzt eine zweite Runde eingeläutet würde, müsste sie nach einer Stunde abgebrochen werden. Wir rechnen den Redebeitrag vonseiten der Verwaltung, von Professor Quander, nicht an. Wir hätten also noch zehn Minuten Zeit.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das schaffe ich!)

- Ja, Sie schon. Aber alle anderen Fraktionen müssen auch die Gelegenheit haben, sich entsprechend einzubringen. Von daher: Sie sind der Souverän. Ich will das von hier aus nicht beurteilen. Ich meine aber, es würde sich vor dem Hintergrund des Umgangs miteinander empfehlen – es sei denn, Sie haben noch ganz konkrete Fragen; die können selbstverständlich noch gestellt werden –, auf eine zweite Runde zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Sterck hatte sich eben gemeldet und dann Herr Granitzka.

Ralph Sterck (FDP) Ich habe einen Geschäftsordnungsvorschlag. – Herr Quander, ich stehe auch auf der Rednerliste, weil ich auf das, was die Redner vor Ihnen gesagt haben, natürlich noch reagieren will. Ich kann nicht verstehen, dass wir uns angesichts dieses wichtigen Themas von der Geschäftsordnung in dieser Form einbinden lassen. Dass das dem einen oder anderen hier im Hause unangenehm ist, mag ja sein; aber die Sache muss geklärt werden, und sie muss hier und jetzt geklärt werden. Es kann ja nicht sein, dass wir eine weitere Sondersitzung des Hauptausschusses dafür nutzen müssen. Ich möchte, dass die Debatte heute beendet wird und dass wir hier eine zweite Runde aufmachen, in der wir die Chance haben, auf die Redebeiträge von eben zu reagieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, zur Geschäftsordnung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, zur Geschäftsordnung nicht!)

- Es wurde ja gerade der Antrag gestellt, die Geschäftsordnung so weit zu ändern, dass die Debattenzeit über eine Stunde hinaus ausgedehnt wird. So habe ich den Antrag verstanden.

(Ralph Sterck [FDP]: Das war die Reaktion auf Ihren Vorschlag, die Debatte zu beenden!)

- Ja, okay. – Es wurde der Antrag gestellt, eine zweite Runde aufzumachen bzw. eine Verlängerung der Debatte vorzusehen. Über diese Änderung der Geschäftsordnung kann hier im Rat abgestimmt werden. Deswegen meine ich, wir sollten jetzt darüber abstimmen, ob wir die Aktuelle Stunde verlängern, ja oder nein. Wer dafür ist, dass hier eine Verlängerung vorgenommen wird, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP, das ist die CDU selbstverständlich sowie Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Geschäftsordnung nicht geändert. Es bleibt bei einer Stunde. – Herr Granitzka.

(Winrich Granitzka [CDU]: Kann ich mich jetzt in den zehn Minuten melden?)

- Ich habe eben von Fairness im Umgang miteinander gesprochen. Natürlich können wir eine zweite Runde innerhalb dieser zehn Minuten machen, auch wenn das nicht gerade besonders prickelnd sein dürfte. Auch wenn Sie noch einiges auf dem Herzen haben, meine ich, den Vorschlag machen zu dürfen, dass wir jetzt keine zweite Runde einläuten, sondern es dabei belassen. Das würde auch dem Gebot der Fairness im Umgang der Fraktionen untereinander entsprechen.

(Beifall bei pro Köln – Henk van Benthem [CDU]: Erst dürfen wir nicht aufstehen, und jetzt dürfen wir nicht reden! Das ist doch keine Demokratie mehr, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich sehe, trotz eines inneren Widerspruchs wollen Sie sich darauf einlassen, dass wir die Aktuelle Stunde nicht weiter ausdehnen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

- Nein, wir können sie nicht über eine Stunde ausdehnen. Das haben wir gerade beschlossen. Es kann noch zehn Minuten dazu geredet werden.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann geben Sie ihm doch das Wort! Wir haben noch zehn Minuten! Je länger Sie reden, desto weniger wird es! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Fairnessgründen sollte man an dieser Stelle jetzt die Aktuelle Stunde beenden. Es kann nicht sein, dass eine zweite Runde nur zur Hälfte oder zu einem Viertel durchgeführt wird, in der nur einige Fraktionen ein zweites Mal in die Bütt dürfen, andere aber nicht mehr erwidern können. Ich stelle hiermit den Antrag, die Aktuelle Stunde zu beenden.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war ein Geschäftsordnungsantrag. – Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister, kann ich dann eine Erklärung abgeben?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, sicher, jederzeit. Eine Erklärung kann abgegeben werden. Danach stimmen wir ab über den Antrag auf Beendigung der Aktuellen Stunde.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte gerne zu Herrn Detjen etwas gesagt; das sage ich jetzt nicht. Ich hätte auch gerne zu Herrn Zimmermann etwas gesagt. Aber zu Herrn Quander muss ich etwas sagen.

(Zurufe von pro Köln)

- Nein, das ist jetzt eine persönliche Erklärung. – Ihnen steht es nicht zu, Mitglieder des Rates hier zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

noch dazu in einer Form, die satirisch ist, die nicht angemessen ist. Das will ich Ihnen sagen. Wir haben auch darauf verzichtet. Sie, Herr Quander, stehen in der Kritik. Sie stehen genauso in der Kritik wie Herr Laufenberg. Wir finden es nicht angemessen, was Herr Laufenberg gesagt hat. Aber wir finden es genauso unangemessen, was Sie hier gesagt haben. Wir haben es vermieden, zu erwähnen, dass Zeitungen geschrieben haben, dass es besser gewesen wäre, Sie zu entlassen statt Herrn Laufenberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Beendigung der Aktuellen Stunde. Das ist ein Geschäftsordnungsantrag. Wer dafür ist, dass die Aktuelle Stunde hiermit beendet ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Henk van Benthem [CDU]: Das haben Sie doch schon längst gemacht! Das ist doch schon längst erledigt! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

- Es liegt ein Antrag von pro Köln vor, die Aktuelle Stunde zu beenden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Ich bitte um Ruhe. – Wer für den Antrag von pro Köln ist, die Aktuelle Stunde zu beenden, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind für den Vorschlag des Oberbürgermeisters! – Zurufe von pro Köln)

Wer enthält sich? – Niemand.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist unglaublich!)

Okay. Dann haben wir noch zehn Minuten. – Ich gebe nun Herrn Sterck die Möglichkeit, sich zu äußern.

Ralph Sterck (FDP): Ich will es kurz machen, damit auch der eine oder andere noch Gelegenheit hat, etwas zu sagen.

Herrn Professor Quander möchte ich Folgendes sagen: Es ist natürlich das eine – Herr Professor Quander, da waren Sie sehr erfolgreich –, gute Leute nach Köln zu holen. Es ist etwas anderes, gute Leute auch in Köln zu halten. Das ist uns nicht gelungen. Und das ist eine schlechte Werbung für die Stadt, wenn sie wieder neue Leute nach Köln holen will. Diese Leute lesen ja auch die Zeitungsberichte, die

eben hier zitiert worden sind, und denken sich: In dieses Tollhaus möchtest du nicht gehen.

Kollege Hoffmann hat richtig darauf hingewiesen, dass von unserem Vertreter Ulrich Wackerhagen mehrfach der Runde Tisch beantragt worden ist. Das wäre eigentlich die Lösung gewesen, um die jetzt offen zutage getretenen Probleme zu klären. Herr Quander stellt sich jetzt hier vorne hin und sagt: Es hat keine Vertragsverletzung gegeben. Ich habe Herrn Wolwin anders verstanden, nämlich dass es diese sehr wohl gegeben hat. Aber das können wir natürlich hier jetzt nicht klären. Mit einem Runden Tisch hätte es aber vielleicht die Möglichkeit gegeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist eigentlich sträflich, dass die Stadt darauf verzichtet hat, eine solche Möglichkeit zu nutzen, um diese Dinge zu klären. Wir wissen ja, dass bei der Zusammenstellung des Haushaltes die vertraglichen und gesetzlichen Bindungen der Stadt in jedem Fall vorgehen. Uns wird immer gesagt, wir können gar nicht so schnell sparen, weil wir ja gesetzlich oder vertraglich zu diesem oder jenem verpflichtet sind. Wenn wir bei den Bühnen vertraglich verpflichtet gewesen wären, wäre die Sache möglicherweise zu umgehen gewesen. Ich habe zum Beispiel auch in Erinnerung, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, Herrn Laufenberg zu dem China-Engagement geraten haben, auch wenn es eine ganze Menge gekostet hat. Natürlich war es ein großer Erfolg für unsere Stadt, aber solche Aspekte muss man in die Debatte einfließen lassen.

Mir liegt noch ein Letztes auf dem Herzen. Herr Detjen, ich will König Ludwig II. hier in Schutz nehmen. Denn er hat eines geschafft, auch wenn er mit seinem Finanzminister nicht übereingekommen ist: Er hat es geschafft, durch das, was er kulturell geschaffen hat – und das betraf ja nicht nur Richard Wagner, sondern auch den Bau der Schlösser, die den Herrschaften in München gar nicht gefallen haben –, unsterblich zu werden.

(Martin Börschel [SPD]: Bankrott ist er geworden!)

Ich würde mich freuen, wenn in dieser Stadt etwas gemacht würde, was ähnlich nachhaltig ist wie das, was König Ludwig II. für Bayern getan hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beendigung der Aktuellen Stunde. Ich schlage vor, dass die Angelegenheit in den zuständigen Ausschuss, den Kulturausschuss, überwiesen wird. Wer für die Verweisung in den Kulturausschuss ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Betriebsausschuss, Herr Oberbürgermeister!)

- ja –, die FDP, die CDU, pro Köln, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Damit ist das einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich für die Diskussion.

Gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung, in den zuständigen Fachausschuss, d. h. den Betriebsausschuss Bühnen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Den Antrag von Ratsmitglied Sterck, die aktuelle Stunde über die in der Geschäftsordnung vorgesehene Zeit von einer Stunde zu verlängern, lehnt der Rat gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud durch Herrn Prof. Alfred Neven DuMont
hier: Ölgemälde von Georges Méliès „Bildnis eines Mannes“, um 1883
2057/2012

Es wird das Ölgemälde „Bildnis eines Mannes“ von Georges Méliès aus dem Jahr 1883 im Wert von 120 000 Euro geschenkt, und zwar von Herrn Professor Alfred Neven DuMont. Gibt es Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei Herrn Professor Neven DuMont. Die Schenkung ist angenommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat nimmt die Schenkung des Ölgemäldes von Georges Méliès „Bildnis eines Mannes“, um 1883, durch Herrn Prof. Alfred Neven DuMont an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers
2034/2012

Herr Botermann, Herr Farina, Herr Veerbeek und Frau Petra Adenauer haben jeweils entsprechende Teile des Ratssilbers geschenkt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? –

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich!)

Gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ist dies so angenommen. Ich bedanke mich bei den Schenkern.

Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei

- *Herrn Dr. Walter Botermann*
- *Herrn Johann Maria Farina*
- *Herrn Prof. Dr. Hans Veerbeek*
- *Frau Petra Adenauer*

für die Stiftung jeweils eines Brottellers (im Wert von jeweils 929,-- EUR) sowie bei

- *Herrn Eugen-Alexander Pirlet*

für die Stiftung von zwei Brottellern (im Wert von jeweils 929,-- EUR).

Der Rat nimmt die Schenkungen als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Annahme der Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle am 5.September 1962 durch Herrn Konrad Adenauer
2248/2012

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine weitere Gegenstimme von Herrn Ludwig aus der Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Herrn Konrad Adenauer.

Der Rat nimmt die Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am 05.September 1962 durch Herrn Konrad Adenauer an die Stadt Köln mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen eine Stimme aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie gegen eine Stimme aus der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3. Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Resolution ‚Neue städtebauliche

Perspektiven durch ein modernes IWZ‘ “
AN/0989/2012

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der sehr hitzigen Debatte gerade eben freue ich mich, dass ich zu einem Antrag sprechen darf, mit dem wir allein schon durch die antragstellenden Fraktionen, nämlich die vier großen hier im Rat vertretenen Fraktionen, ein deutliches Zeichen der Einigkeit setzen, was die Zukunft der Fachhochschule in Köln und insbesondere die Zukunftsfähigkeit des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums in Deutz betrifft.

Auch wenn ich Herrn Sterck sicher nicht immer, vielleicht sogar eher selten, recht gebe:

(Martin Börschel [SPD]: Heute weniger denn je!)

In einem Punkt gebe ich ihm recht. Ich zitiere dazu einen Satz aus einer Debatte, in der es, glaube ich, um die Frage ging: Ist der Dom weiterhin Weltkulturerbe, wenn es im Rechtsrheinischen stadtentwicklungspolitische Perspektiven gibt, die auch Hochhäuser zulassen? Herr Sterck hat damals – das ist schon einige Jahre her – gesagt:

> Wenn es damals schon den Denkmalschutz gegeben hätte, hätte es den Kölner Dom nicht gegeben.

Ich fürchte, dass der Denkmalschutz in der Tat ab und an Zeichen setzt, die nicht gut sind. Er setzt Zeichen, die rückwärtsgewandt sind, die die Zukunftsfähigkeit nicht darstellen.

Erlauben Sie mir auch noch diese Bemerkung: Ich bin Historikerin, und ich weiß sehr wohl, dass wir in einer Stadt wie Köln auch den Denkmalschutz brauchen, dass wir Gebäude brauchen, dass wir sichtbare Stellen brauchen, die uns an unsere Geschichte erinnern und zeigen, wie die Entwicklung unserer Stadt verlaufen ist. Dennoch: Denkmalschutz verfehlt seine Aufgabe, wenn er rückwärtsgewandt ist und Zukunftsfähigkeit und neue Perspektiven nicht zulässt.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Genau da droht die Gefahr, meine Damen und Herren. Der Vorschlag, das IWZ in Deutz unter Denkmalschutz zu stellen, bedroht die Zukunftsfähigkeit des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums und damit einhergehend auch die Zukunftsfähigkeit der Fachhochschule.

Wir waren uns vor einem Jahr hier im Stadtrat einig: Indem wir in Deutz einen Neubau zulassen, eröffnen wir die Chance, etwas für die Bildung in Köln, gerade auch für die wissenschaftliche Ausbildung in Köln zu tun. Wir schaffen damit die Möglichkeit, hier in der Stadt Menschen auszubilden, die im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich in Zukunft dringend gebraucht werden. Das setzt nicht nur arbeitsmarktpolitische und wissenschaftliche Akzente für Deutz. Ich glaube sogar, es besteht die große Chance, eine städtebauliche Perspektive aufzubauen, die das gesamte Areal des Rechtsrheinischen umfasst.

Wir als Stadt haben damals ein deutliches, ein gemeinsames Zeichen gesetzt und gesagt: Wir sind auch bereit, dafür Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, wir alle haben uns darüber gefreut, dass das Land wenige Wochen später gesagt hat: Ja, wir wollen Geld für einen Neubau in Deutz zur Verfügung stellen,

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

und wir möchten das in Zusammenarbeit mit der Stadt realisieren.

Wenn das, was der Denkmalschutz jetzt vorschlägt, nämlich dieses Gebäude in Deutz unter Denkmalschutz zu stellen, Realität wird, dann verbauen wir ebendiese großartige Zukunftsperspektive. Wir vergeben die Chance, die ingenieurwissenschaftliche Hochschulausbildung mit der technischen Ausbildung in den umliegenden Berufskollegs zu verknüpfen. Wir vergeben die Chance, das ganze Areal neu zu gestalten.

Wir setzen jetzt darauf, dass das Land seine Entscheidungsbefugnis und seine Entscheidungskompetenz nutzt, dass es die eigene richtungweisende Entscheidung von vor einem Jahr bestätigt und an dieser Stelle – ich betone: an dieser Stelle – zu Recht sagt: Hier ist der Denkmalschutz nicht gerechtfertigt, weil die Chancen für die Zukunft wichtiger sind als die Erinnerung an die Vergangenheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht davon sprechen, was vor einem Jahr passiert ist. Ich bin unheimlich dankbar, dass wir die Entscheidung getroffen haben, etwas zu tun. Ich bin aber auch der alten CDU-FDP-Regierung dankbar, dass sie in der letzten Legislaturperiode den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Erneuerung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gelegt hat. Dass sich das Projekt nun verzögert, ist schade. Die Entscheidung, das IWZ drüben im Rechtsrheinischen zu bauen, wird von uns akzeptiert.

Ich sage Ihnen auch – deshalb will ich jetzt gar nicht auf den Denkmalschutz eingehen –: Die Landesregierung muss darauf achten, dass sie das jetzt zügig hinbekommt; denn eigentlich sollte die renovierte Hochschule bereits 2013/2014 in Betrieb gehen. Das war auch deshalb so wichtig, weil in diesem Zeitraum die doppelten Abiturjahrgänge an die Hochschulen drängen. Dieser Termin ist natürlich jetzt in weite Zukunft gerückt. Erst haben wir zwei Jahre gebraucht, einen Ort zu finden und das Projekt auszuschreiben; diese Woche wird ja noch das Preisgericht tagen. Wahrscheinlich wird es erst 2017, 2018 oder 2019 fertig sein. Wir als Stadt müssen alles dafür tun – und da liegt meine Sorge –, dies zu ermöglichen, sei es durch Tausch von fremden oder stadtnahen Grundstücken oder anderes, was Sie ja damals geleugnet haben.

Von unserer Seite kann ich Sie daher nur auffordern: Lassen Sie uns vonseiten der Stadt – das geht in Ihre Richtung, Herr Oberbürgermeister – alles dafür tun, dass dieses Objekt möglichst schnell realisiert werden kann. Mit Drohungen, einen Bau, der wirklich marode bis dort hinaus ist, als Industriedenkmal oder als wissenschaftliches Denkmal – ich kenne die Begründung gar nicht – unter Denkmalschutz zu stellen, können wir uns nicht auch noch befassen. Sollten dafür Resolutionen notwendig sein, stimmen wir immer gerne zu, wenn das Verfahren dadurch beschleunigt wird. Aber ich bitte die Verwaltung hier, mit der Verwaltung im Land so zu kommunizieren, dass die Einweihung möglichst schnell, vielleicht sogar schon 2017/2018, erfolgen kann. – Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. – Herr Oberbürgermeister! In diesem Kontext müssen wir, glaube ich, kein Symposium abhalten. Vielmehr müssen wir hier im Rat über Denkmalschutz im Allgemeinen, über seine Bedeutung und darüber sprechen, wie er in Zukunft gehandhabt werden muss. Mit diesem Thema haben wir uns ja heute schon mehrfach beschäftigt. Herr Börschel hat es heute Morgen angesprochen, und auch in diesem Falle ist Denkmalschutz wieder ein Thema. Denkmalschutz muss für die Menschen sein, nicht gegen die Menschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der CDU)

Darüber müssen wir auch im Kontext der immer enger werdenden Rahmenbedingungen hier in dieser Stadt reden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ja, mit dem Denkmalschutz ist das so eine Sache. Es gab ja mal das Gerücht, dass Herr Krings den Ebertplatz unter Denkmalschutz stellen wollte: als herausragendes Verkehrsbauwerk der 70er-Jahre. Das spielt in den heutigen Debatten über die Neugestaltung des Ebertplatzes Gott sei Dank keine Rolle mehr. Aber hier haben wir einen Fall, wo uns mit dem Denkmalschutz gedroht wird. Von daher kann ich mich, auch als Begründung für diesen gemeinsamen Antrag, den drei Vorrednerinnen bzw. Vorrednern entsprechend anschließen.

Ich möchte diese Debatte nutzen, um noch einen Aspekt hinzuzufügen. Es ist gesagt worden: Nächste Woche tagt das Preisgericht in der ersten Runde für die Neubebauung. Ich bin der Verwaltung sehr dankbar – wir haben diese Debatte im Stadtentwicklungsausschuss geführt –, dass sie beim BLB, also beim Land, nachverhandelt hat, sodass wir auf die Grundstücke in Richtung Gießener Straße/Deutzer Ring einen besonderen Fokus legen konnten. Diese hatte der BLB ursprünglich nur als Reservefläche für eine spätere Erweiterung vorgesehen. Der BLB tut sich nach wie vor etwas schwer mit diesem Grundstück. Aber wir als Stadt Köln wollen das mit hereinnehmen, weil wir damit die Hoffnung verbinden, dass sich die Fachhochschule an dieser Kreuzung in Richtung der Stadtteile Kalk und Humboldt-Gremberg entsprechend öffnet.

Ich wäre dankbar, wenn alle Vertreter, sowohl die Vertreter der Verwaltung als auch die Vertreter der Politik, nächste Woche im Preisgericht mit darauf achten, dass wir genau diese Chance erhalten und sie dafür nutzen, dass die Fachhochschule im Stadtbild auch deutlich sichtbar ist, statt irgendwo einen Campus zu haben, den man von draußen gar nicht erkennen kann. Ich glaube, da hat die Fachhochschule mehr verdient. Wenn wir als Stadt nächste Woche im Preisgericht gemeinschaftlich auftreten, haben wir die große Chance, genau dafür zu sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen. – Oder hat sich das erübrigt?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Frau Stahlhofen!)

Ach so. Dann Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Mein Kollege war so freundlich, Bescheid zu sagen, dass ich rede. – Ich mache es auch vom Platz aus. In Anbetracht der Uhrzeit will auch ich mich ganz kurz fassen; denn ich glaube, für Solitärbauten wie zum Beispiel Fußballstadien besteht momentan ein größeres Interesse. Deshalb schnell zum Thema.

Die Linke hat sich von vornherein immer für den rechtsrheinischen Standort ausgesprochen. Wir begrüßen daher sehr die Entscheidung des Landtags von NRW vom 26. Juli 2011, dass es beim Standort Deutz bleibt.

Zum Thema Denkmalschutz. Einerseits tut es mir natürlich schon ein bisschen leid, wenn ein solcher Flügelbau abgerissen wird. Auf der anderen Seite muss man aber sehen – das hat ja auch die Sanierung des Altbaus gezeigt –, dass eine so umfassende Sanierung während des laufenden Betriebs nicht zu leisten ist.

Wir sprechen uns an der Stelle auch für die Resolution aus und freuen uns – da möchte ich mich den Worten von Herrn Sterck anschließen, auch wenn er mir gerade nicht zuhört –, dass sich durch diese Öffnung auch für Kalk, Humboldt etc. eine Chance ergibt. Auch wir halten das für einen ganz wichtigen stadtentwicklungspolitischen Akt. Darum werden wir diesem Antrag bzw. der Resolution auch zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Damit sind wir am Ende der Rednerliste. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Dann können wir der Landesregierung mitteilen, dass dies einstimmig im Rat der Stadt Köln so beschlossen worden ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

R e s o l u t i o n

Neue städtebauliche Perspektiven durch ein modernes IWZ

Der Rat der Stadt Köln begrüßt nochmals ausdrücklich die Entscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 26.07.2011, das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der Fachhochschule Köln am jetzigen Standort in Deutz zu modernisieren und zu erneuern. Mit dieser Entscheidung wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass der derzeit in sich geschlossene Campus des IWZ zu den umgebenden Vierteln Deutz, Kalk und Humboldt-Gremberg hin geöffnet werden kann. Nur so kann gelingen, dass das IWZ ein lebendiger und integraler Bestandteil wird und kein Fremdkörper bleibt. Nur so kann das IWZ als wichtigster Wissenschaftsstandort im rechtsrheinischen Köln Impulse für die Entwicklung der genannten Stadtviertel, aber auch darüber hinaus, geben. Voraussetzung hierfür ist der Abriss des maroden Hauptgebäudes des IWZ.

Durch die beantragte denkmalschutzrechtliche Unterschutzstellung des IWZ würde die an den Bedürfnissen eines modernen Wissenschaftsbetriebs orientierende Neuausrichtung des Geländes des IWZ erschwert. Untragbar wäre außerdem ein Sanierungszeitraum, der von Gutachtern bei einer denkmalgerechten Erhaltung des IWZ-Hauptgebäudes mit 15 bis 18 Jahren beziffert wird. In diesem Zeitraum, der der Ausbildungszeit von drei bis vier Generationen von Ingenieuren entspricht, wäre ein störungsfreier Betrieb ausgeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass der exzellente Ruf des IWZ nachhaltig beschädigt würde. Aus diesen Gründen haben sich auch Präsidium, Senat und die Studierendenvertretung der FH Köln strikt gegen eine Unterschutzstellung ausgesprochen. Eine denk-

malgerechte, charaktererhaltende Sanierung des IWZ-Hauptgebäudes hätte zudem weitaus höhere Kosten als ein Neubau zur Folge. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Stadt Köln die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf, auf eine Unterschutzstellung des IWZ zu verzichten.

Das in den Jahren 1974 bis 1978 errichtete Hauptgebäude des IWZ (der sogenannte Kreuzbau) befindet sich in einem maroden Zustand, der den heutigen Anforderungen an einen modernen Wissenschaftsbetrieb längst nicht mehr entspricht. Der ursprünglich für 4.000 Studierende konzipierte Komplex wird bereits heute von weit mehr als der doppelten Zahl von Studierenden genutzt, was nicht hinnehmbare Einschränkungen mit sich bringt. Der Rektor der Fachhochschule Köln, Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Metzner, geht zudem von einem überproportionalen Anstieg der Studierenden in den ingenieurwissenschaftlichen Bereichen der Fachhochschule Köln aus. Um dieser Herausforderung, aber auch den Veränderungen, die sich in der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung in den letzten 40 Jahren ergeben haben, Rechnung zu tragen, ist ein Abriss des Hauptgebäudes des IWZ unabdingbar.

Abschließend ist festzustellen, dass es sich bei dem Hauptgebäude des IWZ keineswegs um einen architekturhistorisch wertvollen Solitär der Baukunst der 1970er Jahre handelt. Vielmehr wurden zu jener Zeit vergleichbare Zweckbauten auch an anderen Hochschulstandorten des Landes Nordrhein-Westfalen wie z.B. Bochum, Duisburg und Wuppertal errichtet.

Trotz der genannten Gründe hat das Rheinische Amt für Denkmalpflege die Denkmalwürdigkeit des IWZ bejaht. Sollte ungeachtet der in dieser Resolution dargestellten Aspekte dennoch eine Eintragung des Objektes in die Denkmalliste erfolgen, wäre ein Abriss des Hauptgebäudes des IWZ nach § 9 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes NRW möglich. Danach ist ein Abriss dann zulässig, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse dies verlangt. Der Rat der Stadt Köln ist der festen Überzeugung, dass hier ein weit überwiegendes öffentliches Interesse gegeben ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. sowie der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Keinen Doppelhaushalt 2013/14!“
AN/0949/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 26.06.2012
2368/2012

Herr Hoffmann, bitte.[1]

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Derselbe Bezug wie heute Morgen: Wie wir alle wissen, befindet sich die Stadt Köln wie viele andere Kommunen dieses Landes in einer der schwersten Finanzkrisen ihrer Geschichte. Wir haben heute Morgen den Haushalt 2012 verabschiedet, allerdings wieder nur knapp das rettende Ufer erreicht mit der Gewissheit – so wurde es immer wieder gesagt –, dass hinter uns die Sintflut kommt. Schuld sind eine bisher unzureichende Haushaltskonsolidierung sowie eine schwache und nur schwer einzuschätzende wirtschaftliche Entwicklung. Steuererhöhungen sind nicht die Lösung, sondern Augenwischereien bezüglich der Probleme. Eine Rückführung der Nettoverschuldung auf Null ist vielleicht – ich glaube nicht daran – in zehn Jahren zu erwarten. Von der Tilgung der Schuldenlast ist keine Rede mehr. Die Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit dieses Gremiums tritt immer deutlicher zutage. Aber es wurden heute Morgen Signale gesendet, dass man aufeinander zugehen will, um vielleicht doch noch gemeinsam aus dieser Finanzmisere herauszukommen.

Ist der eine Haushalt verabschiedet, Frau Kämmerin, muss der nächste eingebracht werden. Viel Arbeit! Wir kennen die Möglichkeit der Aufstellung eines Doppelhaushaltes. Ob dies zum derzeitigen Zeitpunkt allerdings angebracht ist, wagen wir zu bezweifeln; denn die Ausgangslage für die Erstellung eines Haushaltes ist schon für das kommende Jahr sehr, sehr schwer und noch unsicherer für das zweite Jahr eines Doppelhaushaltes.

---

[1] Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Lassen Sie mich hier ganz kurz sechs Gründe gegen das Ansinnen der Aufstellung eines Doppelhaushaltes aufzeigen.

Erstens. Die derzeitigen Haushaltsprobleme zeigen, dass die Voraussage künftiger Entwicklungen schon für einen kürzeren Zeitraum sehr schwer sein wird. Eine verlässliche Prognose wäre somit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Zweitens. Der Doppelhaushalt schränkt unserer Meinung nach die Budgethoheit des Stadtparlamentes für das zweite Haushaltsjahr ein. Es bleibt nur die Möglichkeit für Nachtragshaushalte. Dabei ist es unbedingt angebracht, nach einem Jahr neu zu beraten, einen Haushalt neu aufzustellen und nicht nur an den Stellschrauben zu drehen, sondern auch Strategien neu zu überdenken.

Drittens. Wie bei einem Jahreshaushalt müssen auch bei einem Doppelhaushalt zwei getrennte Haushalte aufgestellt werden. Der arbeitswirtschaftliche Aspekt zeigt keine signifikanten Unterschiede.

Viertens. Zurzeit ginge die Aufstellung eines Doppelhaushaltes zulasten von Planungsgenauigkeit. Darunter litten auch Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Fünftens. Haushaltssanierung, insbesondere durch Behebung des strukturellen Defizits, ist mittel- bis langfristig angelegt, sollte jedoch jedes Jahr auf den Prüfstand.

Sechstens, einer der wichtigsten Punkte. Der Bürgerhaushalt wäre bereits zum zweiten Mal auf zwei Jahre angelegt. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ernst zu nehmen, sie an einer jährlichen Diskussion über das Sparen, die Ausgaben und die Einnahmen zu beteiligen, muss unser Ziel sein; denn nur stetiges Eingebundensein in eine der wichtigsten Aufgaben dieser Stadt, dem Verwalten von Geldern, wird das Interesse an unserer politischen Arbeit steigern. Und das sollte insbesondere auch dann stattfinden, wenn Wahlen, egal welcher Art, anstehen; demnächst gibt es ja bekanntlich zwei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Stadtparlament, lassen Sie uns zusammen mit der Verwaltung – das wurde ja heute Morgen schon angekündigt – diesen Weg in Zukunft gehen. Bauen wir durch eine jährliche Aufstellung und rechtzeitige Verabschiedung des Haushaltes zusammen mit einem Bürgerhaushalt, der allerdings anders gewichtet werden muss, die Distanz zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern und der Politik ab! Bieten wir ihnen alles nur Erdenkliche an Möglichkeiten, sich einzubringen! Unterstützen Sie den Antrag der Linken, Deine Freunde und den Freien Wählern Kölns! – Danke.

(Beifall bei der Linken. und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hoffmann. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Ich möchte nur ganz kurz auf die Punkte 1 und 3 unseres gemeinsamen Antrags eingehen.

Ziel unseres Antrags ist unter anderem auch, dass wir mit der Einbringung des Haushaltes 2013 im Oktober dieses Jahres mehr Planungssicherheit für die freien Träger im kulturellen und sozialen Bereich schaffen wollen. Der heute Vormittag sehr spät verabschiedete Haushalt 2012 brachte und bringt gewaltige Probleme für die freie Szene mit sich.

Die Kölner Theaterzeitung *aKT* berichtet in der März-Ausgabe dieses Jahres von dramatischen Zuständen und schildert recht eindringlich, welche Auswirkungen nicht auszahlbare Projektförderungen für freie Gruppen haben. Was nützt eine Willensbekundung des Kulturamtes, wenn klamme Kulturveranstalter keine Mittel ausgezahlt bekommen können? Auch unsere Ratskollegin und kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitta von Bülow, stellt in der Theaterzeitung fest, dass „die Haushaltsverschiebung“ – gemeint ist 2012 – „eindeutig zulasten der freien Träger“ geht und sieht die große Gefahr, „dass gewachsene Strukturen zerstört werden“.

Die Verwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag, dass ein Doppelhaushalt 2013/2014 „den freien Trägern Planungssicherheit für zwei Jahre gewähren“ würde. Würde aber der Doppelhaushalt 2013/2014 wieder derart spät verabschiedet, ist die Planungssicherheit der freien Träger schnell dahin. Deswegen, liebe Kämmerin, wünschen wir uns lieber einen zügig und fristgerecht aufgestellten Haushalt 2013 statt eines wieder verspäteten Doppelhaushaltes.

Welche Auswirkungen die vorläufige Haushaltsführung etwa im Jahr 2010 auf die Projektförderung durch das Kulturamt hatte, kann man sehr schön, besser gesagt, sehr schaurig in einer Antwort der Verwaltung vom 29. Juni 2010 nachlesen. Seitenweise listete Herr Quander damals auf, welche Projekte nicht realisiert werden konnten. Um dieses in Zukunft zu vermeiden, möchten wir die Verwaltung dringend bitten, es dem Rat zu ermöglichen, den Haushalt 2013 fristgerecht zu verabschieden. Ferner wäre es sehr zu begrüßen, wenn, wie in Punkt 3 gefordert, die Kämmerin einen Weg finden würde, freien Trägern im sozialen und kulturellen Bereich mehrjährige Haushaltssicherheit zu gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Zimmermann. – Herr Böllinger, bitte.

Werner Böllinger (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eigentlich dachte ich, wir hätten die Haushaltsberatungen hinter uns; aber nun lassen wir sie teilweise wieder aufleben. – Ich möchte zunächst auf die Stellungnahme der Verwaltung hinweisen, in der sie überzeugend dargestellt hat, von welchen unverzichtbaren Rahmenbedingungen die Aufstellung eines Haushaltsplanes und die mittelfristige Finanzplanung zeitlich wie auch inhaltlich bestimmt werden.

Wenn wir aus der Haushaltsplanberatung einen eindeutigen Schluss ziehen wollen, dann diesen: dass wir mit Sicherheit vor schwierigen Konsolidierungsentscheidungen stehen, die ein sorgfältiges – vor allen Dingen ein sorgfältiges – Vorgehen und Abwägen erfordern. Dabei ist zwangsläufig zunächst einmal die Verwaltung am Zug. Es obliegt ihr, Vorschläge zu erarbeiten und sie uns vorzulegen. Dies ergibt sich im Übrigen auch aus der Gemeindeordnung, auf die ich aber jetzt nicht näher eingehen will. Bei allen Vorschlägen hat die Verwaltung selbstverständlich einen eigenen Ermessensspielraum. Den sollten wir ihr auch nicht nehmen. Wir sind daher gegen Denkverbote, und wir wollen auch keine Vorfestlegungen.

Die Verwaltung sagt in ihrer Stellungnahme, dass sie selbst bislang keine Vorfestlegungen für einen Einzelhaushalt oder für einen Doppelhaushalt getroffen hat. Daran wollen wir uns orientieren, zumal neben den vielen Nachteilen, die es möglicherweise gibt und die im Antrag wie in den Wortbeiträgen beschrieben worden sind, mit Sicherheit auch eindeutige Vorteile für einen Doppelhaushalt sprechen. Nicht ohne Grund wird bereits seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland über die Sinnhaftigkeit von Doppelhaushalten kontrovers diskutiert. Insoweit lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Böllinger. – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Liebe Frau Bürgermeisterin, es ist für mich wie immer eine Ehre, sprechen zu dürfen, wenn Sie hier die Sitzung leiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war etwas verunsichert ob dieses Antrags. Ich dachte, Herr Detjen von den Linken würde dazu reden. Stattdessen redete der Kollege Klaus Hoffmann.

(Jörgen Detjen [Die Linke.]: Taktik, Herr Breite!)

Die Linke hat ja diesen Antrag mit unterschrieben. Das finde ich schon sehr erstaunlich. Das freut mich aber auch; denn das zeigt: Die Linke ist anscheinend lernfähig. Immerhin sind Sie von der Linken die Urmutter der sozialistischen Fünfjahrespläne.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und der CDU)

Nichtsdestotrotz sprechen Sie sich jetzt gegen einen Doppelhaushalt aus. Auch wenn sicherlich ein gehöriger Schuss Opportunismus bei der Ablehnung der Aufstellung eines Doppelhaushaltes mitschwingt, so ist diese Forderung richtig, Herr Detjen. Ich beglückwünsche Sie, dass Sie dieses auch erkannt haben.

(Zustimmung bei der Linken.)

- Ja, dafür dürfen Sie sich auf die Schulter klopfen lassen. Das kommt ja nicht so häufig vor, ein Lob von den Liberalen.

2008/2009 hatten wir schon einmal einen Doppelhaushalt; Sie werden sich daran erinnern. Auch damals lautete die Argumentation, insbesondere auch vonseiten der FDP, dass man den Wählerinnen und Wählern keinen reinen Wein einschenken wollte, weil die Kommunalwahl 2009 bevorstand. Auch wir haben die Sor-

ge – darum kann ich den Antrag gut verstehen –, dass man den Haushalt nur deshalb schon in 2013 verabschieden will, weil 2014 wieder eine Wahl bevorsteht

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird preiswerter!)

und die Ratsmehrheit bzw., wie ich immer sage, die Börschel-SPD Ruhe im Karton haben möchte, statt mitten im Wahlkampf eine Diskussion über den Haushalt führen zu müssen. Und das halten wir für falsch. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu wissen, was jedes Jahr auf sie zukommt, insbesondere mit Blick auf das Neue Kommunale Finanzmanagement, das künftig zur Anwendung kommt. Wir werden ja heute noch über die Eröffnungsbilanz reden und sie vermutlich auch beschließen. Da sehen wir ja, welche Probleme mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement auf uns zukommen, allein schon bei den Bewertungen. Die Stadt Köln hat zum Haushaltsjahr 2008 ihre Haushaltsplanung und das Rechnungswesen darauf umgestellt. Das heißt, die Jahre 2009 fortfolgende müssen entsprechend der aufgestellten Eröffnungsbilanz verändert werden. Da hilft meiner Meinung nach ein Doppelhaushalt nicht. Wir müssen schnell die Werkzeuge, die wir haben, nutzen, um die Stellschrauben zu positionieren.

Darum glaube ich, dass allein wahltaktische Gründe für die Aufstellung eines Doppelhaushaltes sprechen. Das halten wir für falsch. Der Haushalt ist zu wichtig. Die jahresbezogene Haushaltsaufstellung ist insbesondere auch deshalb fortzuführen, damit der politische Wille des Rates deutlich wird. Das ist bei einem Doppelhaushalt so nicht möglich. Darum werden wir den Antrag unterstützen. Selbstverständlich kann das nur eine Bitte sein – so ist es auch im Antrag formuliert –; denn die Kämmerin bzw. der Stadtvorstand können das selbst beschließen, das ist ihr Recht. Aber wir haben das Recht, darauf hinzuweisen, wie wir es gerne hätten. Bei Zustimmung zu diesem Antrag würde zum Ausdruck kommen, was wir als Rat wollen, nämlich: keinen Doppelhaushalt. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Herr Böllinger, wir sind überhaupt nicht für Denkverbote; ganz im Gegenteil: Wir haben diesen Antrag gestellt, damit man relativ früh denkt und die Verwaltung frühzeitig über das Gedachte informiert,

(Michael Zimmermann [SPD]: Weiß, was sie tun soll, oder was?)

sie frühzeitig anspricht und sagt: Hallo, eine große Mehrheit im Rat, nämlich fast die Hälfte: CDU, FDP und Linke, ist dieser Meinung.

(Michael Zimmermann [SPD]: Fast die Hälfte ist nicht die Mehrheit!)

- Ja, klar: fast die Hälfte. Aber Kollege Zimmermann, der Haushalt ist ja nicht allein Sache von Rot-Grün, sondern der Haushalt ist Sache von uns allen. Von uns allen! Alle beteiligen sich daran.

(Zuruf von Michael Zimmermann [SPD])

- Ihr Zwischenruf ist ja ein bisschen verräterisch. – Das ist ein Prozess, an dem sich alle beteiligen. Deswegen muss man als Kämmerei hinhören, wenn gesagt wird: Hallo, eine große Minderheit – jetzt sage ich es mal andersherum – ist der Meinung, man soll den Haushalt jährlich aufstellen. Das würde mich als Verwaltung schon stark interessieren, weil ich diese Minderheit – im Übrigen auch Ihre CDU, die Sie ja gerade umgarnen -

(Lachen bei der SPD und der CDU)

in diesen Prozess einbeziehen will. Deshalb verfolgen wir die Politik, zu sagen: Hallo, lasst uns das frühzeitig klären. Wir, diese Parteien – Herr Breite hat es ja angesprochen; wir haben das auch schon öfter diskutiert –, sind der Meinung, wir wollen das jährlich haben und wollen mit der Verwaltung frühzeitig darüber reden.

Herr Böllinger, selbstverständlich muss die Verwaltung sorgfältig abwägen, aber natürlich im Rahmen von § 78 der Gemeindeordnung. Darin heißt es: In der Regel ist der Haushalt jährlich aufzustellen, im Ausnahmefall kann er auch zweijährlich gemacht werden. Das heißt: Die jährliche Aufstellung wird als Regel angesehen. Wenn ich über sorgfältige Abwägung nachdenke, denke ich also erst mal im jährlichen Rhythmus, ehe ich dazu komme, zu sagen: Okay, in diesem Fall mache ich es einmal zweijährlich. Sie tun hier so, als würden Sie es sorgfältig tun und müssten es deshalb verschieben – wie wir es in Kölle ja immer machen, es mal

wieder zu verschieben. Das ist doch die Frage. Uns gefällt das aber so nicht. Wie gesagt, es ist eine qualifizierte große Minderheit der Meinung, wir sollten das jährlich machen. Wenn ich Verwaltung wäre, würde ich mir auf jeden Fall genau überlegen, was ich jetzt machen würde.

Ich möchte hier noch auf eine Sache hinweisen. Wir haben eine Anfrage zur vorläufigen Haushaltsführung gestellt. Für die Verwaltung bedeutete es einen Riesenaufwand, die Antwort darauf zusammenzustellen; denn die Frage lautete: Welche Auswirkungen hat es, wenn der Haushalt verschoben wird? Alle Dezernate mussten darauf antworten. Das Spannende ist, dass schlussendlich die Gelder – wir haben das mal ausgerechnet; ich glaube, es waren 5 Millionen Euro – später ausgezahlt wurden. Das heißt, die Verwaltung zahlt das Geld im Großen und Ganzen sowieso aus. Es ist ja nicht so, dass das Geld nicht ausgezahlt wird. Es wird nur ein Riesenbrimborium darum gemacht. Die Leute, die Initiativen, die Träger, alle sind unruhig und nervös. Die Verwaltung muss alles fünfmal rechnen. Es wird ein Riesenaufwand betrieben, wenn wir nicht in diesem Rhythmus sind. Ich möchte Ihnen allen ans Herz legen, die Antwort der Verwaltung noch einmal genau nachzulesen. Wir machen einen Popanz aus der ganzen Sache, statt kontinuierlich, Jahr für Jahr, diesen Haushalt zu machen, wie das zum Beispiel auch beim Landschaftsverband die Regel ist. Im Landschaftsverband wird das seit Jahren jährlich gemacht. Auch wenn sich die Situation dort anders darstellt – er hat mit anderen Problemen zu kämpfen –: Dort ist es möglich.

Deshalb mein Appell an die Kämmerin und an die Verwaltung: Lassen Sie uns versuchen, diesen Haushalt jährlich aufzustellen und es nur in Ausnahmefällen anders zu handhaben!

Abschließend möchte ich mich für die Unterstützung vonseiten der CDU und der FDP bedanken. Ich glaube, das ist ein gegenseitiges Unterstützen. Wir ziehen da an einem Strang und werden auch in dieser Frage nicht lockerlassen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken. – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Neue Freunde! – Weitere Zurufe und Gegenrufe – Heiterkeit)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich sehe, hier ist noch gute Stimmung; ich höre Gelächter. Das sollte uns zu denken geben.

Wir haben heute Vormittag die Haushaltssatzung verabschiedet. Da hätte das Thema hineingehört. Deshalb müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Ist das nur ein Schaufensterantrag, oder meinen Sie das ernst? Wir finden, dass das ein ernstes Anliegen ist. Wir haben es auch in die Haushaltsplanberatungen mit eingebracht, insbesondere als wir darauf hingewiesen haben, dass ein Doppelhaushalt verknüpft mit den neuen Koalitionsbeschlüssen im Land verheerende Folgen haben könnte. Das wollen wir Ihnen noch einmal aufzeigen.

Stellen Sie sich einmal vor, man entscheidet sich hier dafür, einen Doppelhaushalt im Jahr 2014 aufzustellen. In dem Fall wäre es rechtlich möglich, dass Sie beispielsweise Ende 2014 einen Doppelhaushalt verabschieden – wobei die Kommunalwahl im Frühjahr 2014 stattfindet. Daran sieht man – das wurde auch heute Morgen immer so gesagt –, dies kann nur ein Übergangshaushalt sein. 2014 werden Sie so richtig zuschlagen, und danach kommt eine Amtsperiode von insgesamt sechs Jahren. Der Bürger kann Sie also erst sechs Jahre später wieder abwählen. Dann haben wir so was wie eine Demokratie nach dem EU-Kommissar-Modell. Man kann da ein Parlament wählen, das hat aber nichts zu sagen. Es muss hier auf jeden Fall verhindert werden, dass die Kämmerin erst nach dieser Kommunalwahl in die Giftküche geht und mit einer Liste der Grausamkeiten wieder herauskommt. Das müssen wir unserer Bevölkerung ersparen.

Von daher ist der Antrag natürlich richtig. Er ist zwar unehrlich; denn er hätte heute in die Haushaltsplanberatungen gehört. Nichtsdestotrotz stimmen wir ihm zu. Das sollten Sie alle bitte auch tun, im Sinne unserer Bürger. – Danke.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Mir fällt nach den letzten beiden Reden jetzt wirklich nichts mehr ein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann sind wir mit der Rederunde durch. Jetzt warten wir auf die Worte der Kämmerin. Bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich kann mich sehr kurz fassen; denn es stimmt ja, was Herr Detjen gesagt hat. Alle Argumente sind vorgetragen worden. Weil diese kompliziert und vielfältig sind, vor allem aber auch weil es für uns als Verwaltung eine sehr große Aufgabe ist, jetzt zeitnah mit dem 2013er-Haushalt die Restrukturierung dieser Verwaltung auf den Weg zu bringen, um die Sanierungsziele, die Sie ja heute im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die kommenden Haushalte verabschiedet haben, tatsächlich mit Leben zu erfüllen, ist es für uns noch nicht entschieden, ob wir einen Doppelhaushalt machen oder ob wir Ihnen den 2013er-Haushalt gesondert zur Abstimmung vorschlagen.

Das ist eine Entscheidung, die der OB und ich sehr gründlich beraten müssen; denn die Argumente, die Sie hier vorgetragen haben, sind richtig und zutreffend. Was wir machen, wollen wir nicht politisiert machen, um irgendetwas zu erreichen, sondern um das Bestmögliche – da komme ich auf Herrn Hoffman und Herrn Zimmermann im Besonderen zurück – für die Stadtgesellschaft in einer schwierigen, in einer Sanierungszeit auf den Weg zu bringen.

Lassen Sie mich den Blick auf den Finanzplanungszeitraum ein Jahr plus drei Jahre lenken. Den müssen wir ausschöpfen. Den müssen wir nutzen, um unseren Sanierungskurs konsequent weiter fortzusetzen. Dabei wird das Kriterium: „Wie erreichen wir das am besten mit unserer hier arbeitenden Verwaltung?“ für den OB und mich im Vordergrund der Entscheidung stehen. Das möchte ich Ihnen hier heute ganz eindeutig sagen. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die CDU, die FDP, die Linke, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und pro Köln. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Eine Stimme fehlt an der Mehrheit.

(Henk van Benthem [CDU]: Und der Oberbürgermeister? Der ist gar nicht anwesend!)

- Der Oberbürgermeister enthält sich.

(Henk van Benthem [CDU]: Der Oberbürgermeister ist doch gar nicht da! – Beifall bei der CDU und der FDP – Gegenruf von der SPD: Bei der CDU fehlt auch einer!)

Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltungen. Dann bleibt es dabei. Es fehlt an der Mehrheit.

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung, die Vorbereitungsarbeiten für den Haushalt 2013 unmittelbar anzugehen und den Haushaltsentwurf 2013 – wie im vergangenen Jahr – im Oktober 2012 vorzulegen.*

2. *Einen Doppelhaushalt hält der Rat der Stadt Köln nicht für zielführend, weil*

   - *die Haushaltsberatungen aus dem normalen Rhythmus, wie sie in der Gemeindeordnung vorgesehen sind, herausfallen,*

   - *das laufende Verwaltungshandeln erschwert wird,*

   - *die laufende, ährliche Bürgerbeteiligung, z. B. im Rahmen des Bürgerhaushalts, blockiert wird.*

3. *Die Kämmerin wird gebeten, ihren Vorschlag aus dem vergangenen Jahr, freien Trägern im sozialen und kulturellen Bereich mehrjährige Haushaltssicherheit zu gewähren, erneut zu prüfen und anzugehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 3.1.3:

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erarbeitung eines Konzepts gegen die Ausbreitung des islamistischen Extremismus und Salafismus“
AN/0980/2012

Bitte schön.

Judith Wolter (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 1. Mai in Solingen und am 5. Mai in Bonn haben Salafisten und andere islamische Extremisten ihr wahres Gesicht gezeigt. Mit Steinen, Gullydeckeln, Messern und angespitzten Fahnenstangen gingen sie auf Polizisten und Passanten los. Sie haben während des Landtagswahlkampfes 34 Personen zum Teil schwer verletzt. Im Zuge der Ermittlungen gegen einzelne Salafisten kam es in Bonn auch zur Anklage wegen Mordversuchs. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Anschläge in Solingen und Bonn detailliert geplant waren. In Köln konnte am 8. Mai nur ein Großangebot von 1 000 Polizisten weitere Ausschreitungen verhindern.

Verdeutlichen Sie sich einmal Folgendes: Als pro NRW um 10 Uhr morgens die Kundgebung in Solingen startete, hatte das Verwaltungsgericht erst kurz zuvor entschieden, dass die Westergaard-Karikaturen gezeigt werden dürften. Wie sich im Zuge der Ermittlungen herausstellte, befanden sich in der Moschee der mittlerweile verbotenen Millatu-Ibrahim-Gemeinde aber schon vor diesem Zeitpunkt mehrere Gewehre, angespitzte Fahnenstangen und Hunderte Steine. Es wurde sich also bewusst auf diese Ausschreitungen vorbereitet, unabhängig davon, ob irgendwelche Karikaturen gezeigt würden oder nicht.

Unter den festgenommenen Salafisten befand sich auch ein verurteilter Terrorist. Mohamed Mahmoud plante 2008 Anschläge auf Fußballstadien in Österreich und der Schweiz während der damaligen EM. Nur durch Zufall konnten seine Pläne in einem al-Qaida-Internetforum entdeckt werden. Er wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

In Bonn spielten sich noch viel schlimmere Szenen ab. Im Internet wurde damals schon zu Gewalt und Märtyrerattacken aufgerufen. Zudem wurde europaweit für die Gegenkundgebung mobilisiert. Und es kam, wie es kommen musste: Auch wenn die Salafisten die Karikaturen kaum sehen konnten, reichte dies aus, damit sie insgesamt 29 Polizisten verletzten. Zwei Polizisten wurden so schwer verletzt, dass sie notoperiert werden mussten.

Es stellt sich die Frage, wieso jemand Messer auf eine Demo nimmt, der einer friedlichen Religion angehört. Unter den Teilnehmern in Bonn befanden sich mit Reda Seyam und Denis Mahmadou Cuspert zwei der führenden Köpfe der Salafisten in Deutschland. Seyam wird mit den Terroranschlägen in Bali, bei denen 202 Menschen starben, in Verbindung gebracht. Er saß mehrere Untersuchungshaft in Indonesien und ist dann mithilfe des BKA nach Deutschland gebracht worden. Mittlerweile hat er die deutsche Staatsbürgerschaft. – Im Zuge der bundesweiten Razzien vor zwei Wochen sind im Cusperts Wohnung in Berlin mehrere Sprengstoffgürtel gefunden worden. Zudem ist er mehrfach wegen illegalen Waffenbesitzes vorbestraft und saß deswegen auch mehrere Jahre im Gefängnis. Aktuell ruft er in diversen Internetvideos zum „Heiligen Krieg“ auf.

Doch wie ist die Situation der Salafisten in Köln? Ibrahim Abou-Nagi, Initiator der bundesweiten Koranverteilungen, ist wohnhaft in Köln-Esch. Er gibt an, Unternehmer zu sein, bezog aber in Wahrheit über Jahre hinweg Hartz IV. Er betreibt mit dem Verein „Die wahre Religion“ einen der größten salafistischen Vereine in Europa. Bundesinnenminister Friedrich hat gegen diesen Verein ein Verbotsverfahren eingeleitet, weil von diesem eine Gefährdung für die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgeht.

Wir fragen uns, wieso von der Stadt Köln jahrelang nichts gegen diese Gefahr unternommen wurde. Wir fragen uns, wieso eine solche Person jahrelang mit Steuermitteln alimentiert wird. Wir fragen uns, wie eine solche Person sich drei Wohnungen und zwei Lagerhallen leisten kann. Wir fragen uns, wie eine solche Person eine bundesweite Koranverteilung organisieren kann. Hätte er nicht von der zuständigen Agentur für Arbeit während dieser Zeit Vorstellungsgespräche, Weiter- und Umschulungsmaßnahmen als Auflage für seine staatliche Hilfe bekommen und absolvieren müssen?

(Beifall pro Köln)

Wieso mussten erst 34 Menschen zum Teil schwer verletzt werden, damit die Politik dieses Thema überhaupt erst auf die politische Tagesordnung setzt?

Sie mögen ja von den Mohammed-Karikaturen halten, was Sie möchten. Aber Opfer der Gewalttaten waren schließlich Polizisten als Repräsentanten des deutschen Rechtsstaates. Das ist das eigentlich Besorgniserregende. Wir fordern daher von der Stadt Köln ein umfassendes

Konzept zur Bekämpfung des islamischen Extremismus und vor allem des Salafismus.

Die Journalistin Sybille Georg hat über vier Monate die As-Sahaba Moschee in Berlin besucht. Geleitet wird diese unter anderem von ebenjenem Reda Seyam. Durch Tonmitschnitte wurde deutlich, welche Hasspredigten dort gehalten werden. Wir dürfen nicht länger mit ansehen, wie sich der Extremismus unter dem Banner des Halbmondes hier immer weiter ausbreitet.

(Beifall pro Köln)

Die Stadt Köln ist verpflichtet, die Bevölkerung vor solchen Extremisten zu schützen. Besonders brisant ist dabei, dass die Spielart des radikalen Islams ihre Anhänger bevorzugt bei Jugendlichen rekrutiert. Deshalb muss die Aufklärung darüber bereits im Jugend- und Schulbereich einsetzen und nahtlos in den Moscheegemeinden fortgesetzt werden. Dann könnten angeblich gemäßigte Islamverbände -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte zum Schluss kommen.

Judith Wolter (pro Köln): – ich bin sofort fertig – nachprüfbar unter Beweis stellen, dass sie es ernst meinen mit ihren Integrationsbekundungen. – Danke schön.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich möchte über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat ein Konzept gegen die Ausbreitung des islamistischen Extremismus bzw. Salafismus an Schulen und Jugendeinrichtungen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten“
AN/0867/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln
AN/##/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 28.06.2012
2428/2012

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! „Es darf keine Tabus mehr geben“, so schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger Online* am 4. Mai 2012. Dieses Tabu bezieht sich auf die Verhältnisse und Problematiken des Brüsseler Platzes. Unser Antrag heute mit dem Titel „Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten“ geht jedoch weit über die Problematik des Brüsseler Platzes hinaus. Das ist für uns nur die Spitze des Eisberges.

Wie wichtig das Thema nicht nur im Moment, sondern schon seit längerem in unserer Stadt ist, zeigt auch die aktuelle Ausgabe der *Stadt-Revue*, eigentlich nicht so sehr der CDU zugeneigt, die sich auf mehreren Seiten positiv mit uns und unserem Anliegen befasst.

Meine Damen und Herren, Köln ist eine junge, eine jung gebliebene, eine dynamische Stadt mit zum Beispiel 70 000 Studentinnen und Studenten. Auf diese Stadt sind wir stolz. Für diese Stadt müssen wir Lösungen finden.

Wir haben inzwischen ein vollkommen verändertes Freizeitverhalten. Wir haben andere Ladenöffnungszeiten. Wir haben andere Zeiten der Berufstätigkeit. Menschen wollen sich in der Stadt treffen, und sie wollen sich an öffentlichen Plätzen treffen. In Köln gibt es aber nur ganz, ganz wenige kleine Plätze, an denen die Menschen sich treffen können und die zudem so gestaltet sind, dass die Anwohner mit solchen Treffen teilweise nicht einverstanden sind. Aber das ist nicht die einzige Problematik.

Am Brüsseler Platz hat man zum Beispiel festgestellt, dass die Lärmbelästigung, auch wenn sich keine Gruppen dort treffen, so hoch ist, dass sie eigentlich belästigend ist. Es gibt viele Probleme, die die Plätze in dieser Stadt betreffen. Wer würde sich denn heute gerne am Rudolfplatz treffen oder am Neumarkt? Da komme ich zu einem Punkt, den wir schon seit 2008

diskutieren: Der Masterplan von Albert Speer ist immer noch nicht umgesetzt. Das müssen wir in den nächsten Jahren schaffen.

Deshalb sollten wir, vielleicht auch auf internationaler Ebene, mit Fachleuten diskutieren; denn mit Fachleuten können wir Erfahrungen aus anderen Städten mit den Erfahrungen, die wir in Köln gemacht haben, und mit den Ansätzen, die ja bereits da sind, diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Dazu sind wir da. Die Politik ist gefordert, Lösungen für alle Bürger und Bürgerinnen zu finden.

Ich will noch auf die Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag eingehen. Darin schreibt Herr Oberbürgermeister Roters bzw. seine Verwaltung: Seit der WM 2006 ist ein verändertes Freizeitverhalten zu beobachten. – Nein, meine Damen und Herren, das gibt es nicht nur aufgrund von Public Viewing; dieses veränderte Freizeitverhalten gibt es schon länger. – Weiter heißt es dort: Dieser Trend ist kein kölnspezifisches Phänomen. – Natürlich nicht, das gebe ich zu. – Und natürlich ist das Mediationsverfahren nicht gescheitert. Das muss fortgesetzt werden, auf jeden Fall.

Aber was mir überhaupt nicht gefällt, ist der Satz: „Die Stadt Köln hat bereits alle Lösungsmöglichkeiten eruiert." – Woher wollen Sie denn wissen, dass alle Lösungsmöglichkeiten eruiert worden sind? Wir haben über ein eventuelles Alkoholverbot in Innenstädten, das es in anderen europäischen Studentenstädten auch gibt, überhaupt noch nicht gesprochen. Wir haben noch nicht über Flaschenverbot gesprochen. Wir haben das Problem des Wildpinkelns nicht in den Griff gekriegt. Und was ist mit Drogenkonsum und Drogendeal? Ich glaube, dass wir diese Probleme in den nächsten Jahren für unsere Stadt in den Griff bekommen müssen. Deshalb hilft uns diese Mitteilung der Verwaltung als Rechtfertigung überhaupt nicht weiter.

Ich glaube, das von uns vorgeschlagene Symposium wäre ein guter Weg, Lösungen für die Menschen, für diese wunderschöne, jung gebliebene Stadt Köln zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Manderla. – Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich kann das auch kurz vom Platz aus machen; kein Problem. – Frau Manderla, Ihre Ausführungen in allen Ehren: Aber diesen Antrag können wir nicht annehmen. Ich will Ihnen auch sagen, warum nicht.

Das Erste. Ich bekomme einfach nicht überein, wie Sie als Christdemokraten so extrem unterschiedliche Gesellschaftsbilder vermitteln können, ohne rot zu werden. Auf der einen Seite unterstützen Sie rückwärtsgewandte Verhaltensmuster, die das Betreuungsgeld auslösen. Auf der anderen Seite präsentieren Sie sich als urbane, moderne Volkspartei. Das passt nicht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das Zweite. Ihr Antrag enthält ja auch eine recht ausführliche Begründung. – Inhaltlich stimme ich allerdings mit dem überein, was die Verwaltung gesagt hat; dem ist nichts hinzuzufügen. Insofern kann ich das vom Platz aus machen. – In Ihrer Begründung schreiben Sie – ich zitiere –:

> Wer in einem inhaltlich hochstehenden Job bis 22.00 Uhr arbeitet, ... sucht den Ausgleich bei ähnlich lebenden Menschen.

Ich frage Sie: Was ist denn mit der Verkäuferin bei Aldi: Gilt für sie das moderne Freizeitverhalten nicht? Das intendiert dieser Antrag. Ein sehr merkwürdiges Gebaren.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines möchte ich Ihnen zugutehalten, nämlich dass Sie in der Haushaltssitzung von Sparvorschlägen geredet haben; Sie hatten ihre schwarzen Schweine aufgestellt. Insofern mache ich einen Vorschlag, wie wir mit Ihrem Antrag verfahren sollten – das sollte für Sie eigentlich unwiderstehlich sein –: Da dieses Symposium natürlich auch Geld kostet, stecke ich Ihren Antrag einfach in eines Ihrer Sparschweine.

> (Dr. Ralf Heinen [SPD] steckt den Antrag in das auf dem Tisch von Henk van Benthem [CDU] stehende schwarze Sparschwein – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Heinen. – Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es auch vom Platz aus. – Ich habe ja

schon in meiner Haushaltsrede das veränderte Freizeitverhalten thematisiert. Das legen übrigens nicht nur Jugendliche an den Tag, sondern die Bevölkerung insgesamt. Man fährt eben nicht mehr zur Bergischen Kaffeetafel oder am Wochenende mal kurz in die Eifel, sondern man bleibt gerne in Köln, in unseren Parks, Grünanlagen usw. Dieses Phänomen ist eine Herausforderung. Das verlangt auch eine Reaktion unserer Stadtentwicklung.

Trotzdem kann ich dem Symposiumsvorschlag nicht zustimmen. Ich finde, wir sollten mit Symposien, Tagungen, Konzepterstellungen ein bisschen zurückhaltend sein, bis wir einen Überblick haben. Es gibt nämlich schon massig Untersuchungen dazu. Der Städtetag hat sich damit beschäftigt, das Difu hat sich damit beschäftigt, in Fachzeitschriften wird das diskutiert. Ich bin sicher, dass auch die Verwaltung dieses Phänomen schon mitbekommen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Moritz. – Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade schon in dem Beitrag von Frau Moritz angeklungen: Es werden immer wieder Symposien zu irgendwelchen Themen, je nach Couleur und Ausrichtung, durchgepeitscht oder eben nicht. Ich darf daran erinnern, dass wir just vor einem Jahr an einem sommerlich heißen Tag das Fach-Symposium „Winterdienst“ durchgeführt haben, eine wunderschöne Veranstaltung, die Geld gekostet hat, deren Nutzen aber durchaus überschaubar war. Gleichwohl haben einige von Ihnen diesem Symposium beigewohnt. Ich darf daran erinnern, dass wir auf Antrag der Börschel-SPD ein Symposium zur Vergabepraxis der Stadt Köln, getarnt als Fachtagung, durchgeführt haben. Auch zu diesem Thema, liebe Frau Moritz, finden regelmäßig Expertentagungen statt.

Gleichwohl ist es wichtig, das Thema, was die CDU hier heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, mit Ernsthaftigkeit, mit Seriosität zu betrachten. Ich denke, wir sind den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern am Brüsseler Platz, in der Friesenstraße und an anderen Hotspots unserer Stadt eine seriöse und sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema schuldig.

Die Probleme des Nutzungskonflikts im urbanen Raum beschäftigen nicht nur unseren Rat hier, sondern auch den Stadtentwicklungsausschuss, den Kulturausschuss, die Bezirksvertretungen usw. In der Tat, wir brauchen einen Austausch von Informationen, einen Austausch von Ansätzen, vor allem aber brauchen wir den Austausch mit den Betroffenen. In dieser Hinsicht ist uns jedes Mittel recht, wenn es dazu führt, dass der Austausch in alle Richtungen stattfindet. Gleichwohl möchten wir anregen, Herr Granitzka, dass dieses Symposium einen bestimmten Kostenrahmen nicht überschreiten darf. Ich bin der Auffassung, die Kosten für ein solches Symposium müssen dann gekappt werden, wenn sie die Kosten beispielsweise des Vergabe-Symposiums übersteigen.

Ein wenig verwundert – das möchte ich hier schon anmerken – bin ich ob der sehr vorauseilenden Stellungnahme der Verwaltung. Liest man diese Verwaltungsmitteilung, traut man seinen Augen nicht. Ganz zum Schluss heißt es da: „Die Durchführung eines solchen Symposiums macht ... für die Stadt Köln keinen Sinn ...“ An anderer Stelle wird jedoch ausgeführt, dass wir unsere Kölner Experten zu sämtlichen Symposien der Nation schicken, darunter auch zu einer Fachtagung zu diesem Thema in München.“ – Mit anderen Worten: Unsere Leute fahren durch die Bundesrepublik, aber wir wollen hier in Köln so etwas nicht durchführen. Hier scheint mir der politische Wunsch der Börschel-SPD eine etwas vorauseilende Verwaltungsstellungnahme beflügelt zu haben.

(Beifall bei der FDP – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das macht die immer!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier als Vertreter einer liberalen Partei. Ich möchte an dieser Stelle für meine Partei und meine Fraktion betonen, dass das Thema „Nutzungskonflikte in urbanen Räumen“ ein Freiheitsthema ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Was?)

Erst gestern haben wir erfahren, dass die neue Landesregierung „zero tolerance“ beim Rauchen in gastronomischen Betrieben walten lassen möchte. Dies muss in diese Diskussion mit einfließen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass zunehmend Menschen, die sonst in den Kneipen ihr Bierchen getrunken haben, deswegen vor die Kneipen gehen, also Parallelkneipen aufmachen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Frau Manderla, die Antwort auf die Nutzungskonflikte kann nicht sein, Alkoholverbote durch-

zusetzen. Die Antwort kann nicht sein, Flaschenverbote zu verlangen. Die Antwort kann auch nicht sein, wie es insbesondere die Grünen jetzt im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, den Ladenschluss vorzuverlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Freiheitsthema. Es hat etwas mit dem Freiheitsverhalten und mit dem Freizeitverhalten zu tun. Vor diesem Hintergrund sind wir Liberale äußerst aufmerksam, äußerst sorgfältig und werden den Finger stets in die Wunde legen, wenn unter dem Deckmantel eines anderen Interesses die Bürgerrechte und die Bürgerfreiheiten in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen und in Köln beschnitten werden sollen. Deswegen: Lassen Sie uns das diskutieren, aber nicht vorschnell Verbote fordern! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Stellvertretend für den Oberbürgermeister danke für Ihren Redebeitrag, Herr Görzel. – Jetzt Herr Uckermann.

(Zuruf von der SPD: Schneller!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich mache ich das schneller. Ich bringe die Sache nämlich jetzt auf den Punkt. – Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag zu diskutieren, der ein Symposium vorsieht. Ursprünglich war ein Symposium mal ein philosophisches Gespräch. Aber beim Thema Brüsseler Platz geht es nicht um philosophische Gespräche, sondern es geht darum, dass man die Bürger schützen muss, und zwar vor Ungerechtigkeit.

Der Brüsseler Platz ist als reines Wohngebiet ausgewiesen. Dort leben Menschen, seit es da Bebauung gibt. Das sind Menschen, die sehr wohl froh sind, dass sie in einer Großstadt leben. Das sind Menschen, die sehr wohl Toleranz dafür haben, dass es da auch mal etwas lauter werden kann. Aber das, was die Menschen, die am Brüsseler Platz leben, ertragen müssen, würde in keinem anderen Wohngebiet geduldet. Diese Menschen bitten darum, dass wenigstens um 24 Uhr Ruhe eintritt, damit sie zur Ruhe kommen und in den Schlaf finden können. Dabei hilft ihnen keiner von Ihnen.

Sie gehen dorthin und versprechen ihnen, Ihren Wählern: Wir kümmern uns darum. Aber wie sieht dieses Kümmern aus? Die Stadtverwaltung hat einen Mediator eingesetzt. Dieser hat das Ganze jetzt ein Jahr lang betreut. Ergebnis: trotz Umbaumaßnahmen gleich null. Eine andere Fraktion hat versprochen, das zum Dauerthema im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu machen. Was hatten die Bürger davon? Nichts ist geschehen. Nichts haben Sie verbessert. Wie man jetzt auf die Idee kommen kann, das mit dem Freiheitsgedanken zu verbinden, halte ich für schwierig. Was heißt denn Freiheit in Ihrem Sinne: dass da überhaupt keine Regeln mehr gelten und die Mehrheit entscheidet?

Dort hat sich eine Masse festgesetzt. Dort treffen sich Leute zum Feiern, die das in ihren eigenen Wohnquartieren nicht machen würden. Sie behaupten hier immer, das sei ein Konflikt zwischen den Bürgern vor Ort. Wenn Sie mit den Anwohnern sprechen, tun Sie so, als würden die einen nachts um 22 Uhr Ruhe haben wollen und die anderen nachts um 22 Uhr Spektakel auf dem Platz machen wollen. Nein, so ist es nicht.

Es ist auch nicht so, dass sich diese Situation seit langer Zeit entwickelt hat. Vielmehr hat es einen einschneidenden Zeitpunkt gegeben, nämlich als Sie vor vier Jahren ein großes Areal am Aachener Weiher gesperrt und an einen Biergartenbesitzer verpachtet haben. Dort hat es keinen gestört, wenn sich die Leute um 24 Uhr getroffen haben und laut gewesen sind. Als die Leute dort nicht mehr hingehen konnten, haben sie sich ein Ausweichquartier gesucht, und das ist der Brüsseler Platz. Das heißt, die Leute, die da abends stehen, sind nicht etwa diejenigen, die dort wohnen.

Es muss doch eine Möglichkeit geben, dafür zu sorgen, gerade auch in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, dass Menschen sich an gewisse Regeln zu halten haben. Es ist ein Menschenrecht, dass man nachts zur Ruhe kommen kann. Diese Anwohner sind tolerant. Sie haben ja selber Maßnahmen ergriffen, beispielsweise indem sie ihre Schlafzimmer mit der Küche getauscht haben in der Hoffnung, dass sie, wenn sie nach hinten heraus schlafen, mehr Ruhe haben.

Vielleicht kann Stadtdirektor Kahlen auch noch etwas zu den Lärmmessungen sagen; das habe ich jetzt vermisst. Es ist eben so, dass dort in einer Wohnung im dritten Stock um 22 Uhr abends mehr Lärm gemessen wird als am Flughafen, und das in einem reinen Wohngebiet. So etwas muss doch nicht sein. Wir wollen auch, dass die Menschen feiern können, aber bitte nicht auf Kosten anderer Leute.

(Beifall pro Köln)

Sagen Sie doch nicht immer: Hauptsache, die Mehrheit. Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie einfach Stimmen kriegen wollen. Sie haben überhaupt keine Grundpositionen mehr. Es war früher mal ein Markenkern der CDU, dass sie eine Ordnungspolitik gemacht hat, die ordoliberal geprägt war. Aber daran halten Sie sich schon lange nicht mehr. Ich meine, es ist ja schon ein Ding, dass die *StadtRevue* inzwischen zur Hauspostille der CDU geworden ist. Sie biedern sich bei Leuten an, von denen Sie meinen, dass sie hipp sind, nur weil sie in der Mehrheit sind und am Brüsseler Platz das machen, was sie in ihrem Wohnquartier nicht machen würden.

Ich weiß natürlich um die Konflikte in Ihrer Partei, Herr Granitzka. Sie sind ja heute sehr sprachlos geworden. Ich nehme an, zu diesem Thema kommt von Ihnen gar nichts, obwohl das ein ganz zentrales Thema ist. Da werden Sie von Ihrem Stadtbezirksverband Innenstadt aufgefordert: CDU-Ratsfraktion, mach doch mal was! Aber statt Maßnahmen vorzuschlagen, sagen Sie: „Man muss ein Symposium machen“ – also im eigentlichen Sinne ein Gelage zu philosophischen Themen. Das hilft weder den Anwohnern noch den Menschen, die sich irgendwo treffen wollen. Sie selber haben das Problem verursacht, indem Sie die Leute damals vom Aachener Weiher, wo es keinen gestört hat, vertrieben haben. Da sind die Leute eben zum Brüsseler Platz gezogen. Das ist Ihr Versagen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich komme ich zum Schluss. – Darum haben wir uns erlaubt, einen Ersetzungsantrag zu stellen; das heißt, Ihren Antrag abzusetzen und stattdessen einen Antrag zu verabschieden, der allen gerecht wird. Wir schlagen nicht nur vor, dass ein vernünftiges Nutzungskonzept für den Brüsseler Platz aufgestellt wird, mit dem alle leben können, das klar regelt, dass ab einer bestimmten Zeit wie auch auf dem Böllplatz – -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie wollten zum Schluss kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nun haben Sie bitte noch ein bisschen Geduld.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein, ich habe keine Geduld. Sie können den Satz jetzt noch zu Ende bringen, und dann ist gut.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Jörg Uckermann (pro Köln): Gut. Dann muss ich diesen Antrag in der nächsten Ratssitzung erneut stellen. Zur Not müssen wir dazu eine Sondersitzung machen.

(Unruhe)

- Ja, natürlich. Das interessiert die Bürger ja. Das ist ein ganz elementares Thema.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist beendet. – Ich bitte jetzt die nächste Rednerin ans Pult. Frau Stahlhofen, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist unglaublich! – Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag, Frau Bürgermeisterin! Sie hat die ganze Zeit geschwätzt! Tolle Demokratie!)

- Halten Sie sich bitte mit Ihren Äußerungen zurück!

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist aber so!)

Bitte schön, Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin! – Meine Damen und Herren von der CDU, obwohl Sie den beschlossenen Haushalt noch heute Morgen als dramatisch empfanden, schlagen Sie jetzt vor, Geld für ein Symposium auszugeben, das Lösungsmöglichkeiten bringen soll, die Anwohner und die Verwaltung schon alle kennen. Es gibt Anträge, die man eigentlich gar nicht erst stellen sollte. Aber sei’s drum!

(Beifall bei der Linken.)

Die Linke würde, wenn dieses Geld in die Hand genommen würde – also Konjunktiv über Konjunktiv –, eher ein soziales Projekt zur Konfliktlösung allgemein bevorzugen. Sie haben natürlich recht: Es gibt ein geändertes Freizeitverhal-

ten von Menschen und dadurch mehr Konflikte zwischen Anwohnern und Besuchern. Es ist aber nicht so, dass es an Ideen mangelt, den schwierigen Konflikt am Brüsseler Platz zu befrieden. Manche Vorschläge wie das helle Licht ab 24 Uhr haben sich als untauglich erwiesen. Andere Vorschläge wie die Ansprache der Besucher durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben sich als auf Dauer zu aufwendig dargestellt. Nun soll die erweiterte Gastronomie auf dem Platz eine Lösung bringen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt.

Zum Freizeitverhalten der Raucher will ich noch etwas ganz Persönliches sagen. Hier stimme ich der FDP ausnahmsweise absolut zu. Die Verschärfung führt tatsächlich dazu, dass die Leute draußen auf der Straße stehen, sei es am Brüsseler Platz, am Ebertplatz oder anderswo. Die Landesregierung sollte noch einmal darüber nachdenken, wie sie mit solchen Konflikten, die per Gesetz heraufbeschworen werden, in Zukunft umgehen will.

Moderne Stadtentwicklung trägt sowohl den Bedürfnissen von Anwohnern als auch den Unterhaltung suchenden Großstädtern Rechnung. Für die Konflikte, die trotzdem entstehen werden, gibt es leider keine passgenaue Lösung aus dem Werkzeugkoffer, den wir in einem Symposium zusammentragen müssten. Keine Gemengelage ist wie die andere. Ob für den Brüsseler Platz oder für das AZ: Man muss passgenaue Lösungen finden.

Einer Maßnahme, die beispielsweise am Brüsseler Platz für mehr Ruhe sorgen würde, verweigern sich die Herren der CDU jedoch beharrlich, nämlich einer stärkeren Begrenzung der Ladenöffnungszeit. Stecken Sie das Geld, das Sie für das Symposium aufwenden wollen, in Ihr schwarzes Sparschwein! – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Stahlhofen. – Bitte schön.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz: Die CDU legt mit diesem Antrag den Fokus auf junge Erwachsene, also Menschen ab 18. Halten Sie einen etwa 50-Jährigen auch noch für einen jungen Erwachsenen?

(Zurufe von der CDU: Klar!)

- Wunderbar. Okay. Das ist eine Definitionsfrage; alles klar.

Ich glaube, eine Veranstaltung zu initiieren, sei es nun ein Symposium oder wie immer man sie benennen will, wäre für die Stadt, speziell für diese Stadt, ganz wichtig. Allerdings müsste sie der Frage nachgehen: Wie hat sich das Verhalten von Jugendlichen und von Menschen bis ins hohe Alter hinein verändert, und welche Reaktionen erfordert das vonseiten der Stadt?

Ich werde diesem Antrag zustimmen. Allerdings rege ich an, dass man, wenn man eine solche Veranstaltung wirklich plant, die Formulierung „junge Erwachsene“ ersetzt durch „Menschen in dieser Stadt“ und die Fragestellung ergänzt: Was hat sich hier in den letzten Jahren verändert, und wie sieht das in Zukunft aus? – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hoffmann. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Zunächst lasse ich über den Ersetzungsantrag von pro Köln abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Ersetzungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der CDU. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die CDU, Herr Hoffmann und die FDP. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

1.) Die Verwaltung wird beauftragt, für den Brüsseler Platz ein Nutzungskonzept beziehungsweise eine öffentlich-rechtliche Nutzungsverordnung zu erlassen, die zu den allgemein anerkannten Ruhezeiten wie etwa der Nachtruhe öffentliche Versammlungen und Veranstaltungen ausschließt.

2.) Die vom Rat beschlossene Maßnahme soll durch eine Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters umgehend in Kraft gesetzt werden.

3.) Zur Umsetzung der vom Rat beschlossenen Verordnung sollen im Amt für öffentliche Ordnung die erforderlichen Personalstellen bereitgestellt werden. Gegebenen-

falls soll geprüft werden, ob die Verordnung mit Hilfe eines anerkannten privaten Wachdienstes durchgesetzt werden kann (analog zum Böll-Platz).

4.) Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat Vorschläge zu machen, welche Möglichkeiten bestehen, im innenstadtnahen Bereich attraktive Platzflächen zu schaffen, auf denen insbesondere im Sommer eine gastronomische Freiluftnutzung beziehungsweise Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden können, ohne permanente Ruhestörung für die Anwohner.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, ein Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten und der damit einhergehenden Inanspruchnahme öffentlicher Räume zu veranstalten, bei dem Wissenschaftler aus diversen Fachdisziplinen, Fachleute aus deutschen Großstädten und andere beteiligte Gruppen (Künstler, Medienfachleute etc.) über die Thematik sowie deren Folgen und mögliche Lösungsansätze diskutieren sollen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Der Änderungsantrag der Fraktion pro Köln wurde in der Sitzung vorgelegt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Straßenschäden durch Baustelle an Großmoschee sollen vom Verursacher bezahlt werden“
AN/0983/2012

Spricht niemand dazu? – Herr Uckermann, sprechen Sie vom Platz aus?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Immer bei Ihnen! Das wissen Sie doch!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Elfi Scho-Antwerpes, ich stehe Ihnen doch gerne hier zur Seite. Zumindest sind Sie ja nicht so sprachlos wie Ihr Kollege von der CDU. Von daher mache ich das immer sehr gerne, zumal Sie es stets versäumen, unsere Anträge korrekt aufzurufen. Normalerweise ist es in einer Debatte üblich, dass man beim Aufruf eines Tagesordnungspunktes auch sagt, worum es geht.

Hier geht es um Straßenschäden, die durch den Bau der Großmoschee an der Venloer Straße und an der Fuchsstraße verursacht worden sind. Da wird man natürlich fragen: Handelt es sich dabei nicht um eher kleine Schäden? Nein, da ist ein ganz gravierender Schaden entstanden. Um diesen zu beseitigen, musste die Fahrbahndecke an der Venloer Straße komplett erneuert werden. Die Straße war deshalb über mehrere Wochen gesperrt, was für die Geschäftsleute an der Venloer Straße mit einem enormen Einnahmenverlust einherging. Diese tun sich eh schon sehr schwer, insbesondere natürlich durch den Bau der Großmoschee. Inzwischen merken viele, dass sich dort etwas verändert. Kaufkräftige Kundschaft zieht weg. Einzelhändler, die keine Filialisten sind, sagen: Hier kann man kein Geschäft mehr machen; das wird hier zu einem orientalischen Bezirk, das ist nichts mehr für Einheimische.

Nichtsdestotrotz – das ist der Sinn unseres Antrages – bitten wir darum, die enormen Kosten für die Beseitigung dieser Bauschäden jetzt nicht auf die Anlieger umzulegen. Es ist unser Ziel, dass das zum Beispiel in der Fuchsstraße nicht über KAG-Gebühren geregelt wird. Das würde nämlich bedeuten, dass die Anwohner, die jetzt schon leiden, noch dafür bezahlen müssten, dass ein Bauherr die Infrastruktur kaputtmacht. Wir sagen: Hier muss das Verursacherprinzip greifen. Hier muss der Moscheebau-Betreiber die enormen Schäden wiedergutmachen und bezahlen.

Des Weiteren stellen wir fest, dass wir dort eine Art von Dauerbauruine haben. Wir hören schon den Ruf nach Steuergeldern. Das gilt insbesondere für die Nebenbauten. Da wird gesagt: Mensch, das ist doch eine kulturelle Einrichtung. Kann das nicht von der Stadt später angemietet werden? Dadurch hätte man eine bessere Finanzierung beim Bau. – Auch dazu sagen wir klipp und klar: Wir wollen keine Manifestation von Parallelgesellschaften haben. Hier braucht die Stadt gar keine Zusagen zu ma-

chen, dass sie sich in kleinere Nebenbauten in diesem Moscheebereich einmietet. Wir fordern klipp und klar: Kein Steuergeld für diese Großmoschee! In dem Sinne bitte ich Sie alle, meinem Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Kosten für die Schäden, die durch den Bau der Großmoschee an der Venloer Straße entstanden sind, durch den Verursacher bezahlen zu lassen. Die Verwaltung wird aufgefordert für die Fertigstellung der Großmoschee keine Steuergelder zur Verfügung zu stellen. Dem Moscheebauträger sind daher keinerlei Zuschüsse zu gewähren, weder für den Baukörper an sich, noch für angebliche Jugend- und Kultureinrichtungen im Gebäude.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“
AN/0975/2012

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde bis zur folgenden Sitzung des Rates am 20.09. 2012 zurückgestellt (siehe hierzu auch Ziffer VI. vor Eintritt in die Tagesordnung).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 3.1.7 rufe ich auf:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Diesjährige Durchführung der Weihnachtsmärkte in Köln“
AN/1093/2012

Herr Marx, bitte.

Werner Marx (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit ihrem unverwechselbaren Charme verzaubern die Kölner Weihnachtsmärkte Groß und Klein. Engel sowie funkelnde Sterne und der Duft nach gebrannten Mandeln und Glühwein laden zum stimmungsvollen Bummeln

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh! – Claus Ludwig [Die Linke.]: Das ist der Stadtrat einer Großstadt!)

und Stöbern in die festlich geschmückte Innenstadt ein.

Mit diesem Text wirbt die Stadt Köln für ihre über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannten und unverändert beliebten Weihnachtsmärkte.

Angelockt von diesem Zauber strömt jedes Jahr eine Vielzahl von Besuchern in das adventliche Köln. Viele von ihnen verbinden einen solchen Besuch auch mit einer Städtereise nach Köln, um die Vorweihnachtszeit in der festlich geschmückten Domstadt besonders zu nutzen. In diesem Jahr ist am 23. Dezember jedoch gleichzeitig der vierte Advent, sodass sich der Zeitraum der Weihnachtsmarktdauer aufgrund der bestehenden Regelungen verkürzt. Sowohl aus touristischer Sicht der Besucher als auch aus wirtschaftlicher Sicht der Aussteller stellt sich dieser Umstand als nicht gewinnbringend dar.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU-Fraktion dafür aus, die Weihnachtsmärkte ab dem 22. November 2012 mit einem Ruhetag am 25. November 2012, dem Totensonntag, durchzuführen. Andere Städte in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel Düsseldorf, Dortmund und Essen, haben diesem Umstand bereits Rechnung getragen und den Beginn ihrer Weihnachtsmärkte auf den 22. November 2012 vorverlegt. Schaffen auch wir in unserer Stadt eine Win-win-Situation – für Köln, die Aussteller und die Besucher. Daher sollte der Rat der Stadt Köln diese Chance für Köln ergreifen und dem vorliegenden Antrag von CDU und FDP zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Marx. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und

Kollegen! *Nicht nur zur Weihnachtszeit*, das ist ja eine bekannte Erzählung von Heinrich Böll. Dies scheint auch auf Ihre beiden Fraktionen zuzutreffen, weil mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder versucht wird, die Verkaufsspanne für Weihnachtsmärkte auszudehnen. In 2012 stehen ununterbrochen 28 Tage für den Weihnachtskommerz zur Verfügung. Das ist eine stolze Zeitstrecke, die meines Erachtens reichen muss. Wir sollten es hier nicht übertreiben.

Ich selbst gehöre keiner Religionsgemeinschaft an und habe mit den Feiertagen wenig am Hut. Aber mich wundert schon, dass sich eine Fraktion, die das „C“ im Namen führt, über bestimmte Dinge einfach hinwegsetzt und der ungehemmten Kommerzialisierung der Weihnachtszeit das Wort redet.

(Beifall bei der Linken.)

Deshalb müssen wir wahrscheinlich jetzt ihre christliche Pflicht übernehmen, und diese besteht darin, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es war eigentlich nur interessant, festzustellen, mit welcher Begründung unser Antrag abgelehnt wird; denn dass er abgelehnt wird, stand ja schon vorher fest.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ihnen geht es doch gar nicht um Weihnachten, Herr Houben! Geben Sie es zu!)

Ich finde es schon interessant, dass die SPD gar nichts dazu sagt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich sage auch nichts dazu!)

Herr Frank, dass Sie sagen, wir müssten uns schon aus ideologischen Gründen gegen den Kalender wehren, ist schon ein tolles Ding.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern in unserem Antrag ja nicht mehr, als den Leuten auch in diesem Jahr ungefähr genauso viele Tage zu geben wie in den Jahren davor. Es geht auch nicht darum, die Dauer von 20 auf 28 Tage zu verlängern. In den Vorjahren hatten wir sogar immer mehr als 28 Tage.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Manchmal 29, manchmal 27! – Michael Zimmermann [SPD]: Dazu fällt einem nichts mehr ein!)

Was wird das für Folgen haben?

(Michael Zimmermann [SPD]: Jedes Jahr neu!)

Was wird das denn für Folgen haben, Herr Zimmermann? Wenn wir davon ausgehen, dass genauso viele Menschen wie in den Jahren davor kommen, bedeutet das eine zusätzliche Belastung der Innenstadt: noch mehr Probleme am Busterminal, noch mehr Gedränge in der Innenstadt. Da können Sie natürlich sagen: Das wollen wir nicht; wir hoffen, dass weniger Leute kommen.

(Manfred Wolf [FDP]: Ja, genau!)

Ist das das Ziel, das Sie verfolgen? Das würde aber den Ausführungen von Herrn Börschel und anderen zum Thema Tourismus widersprechen, es sei doch toll, dass so viele Leute nach Köln kommen. Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie mehr Tourismus? Dann müssen Sie doch zumindest die Bedingungen der letzten Jahre sicherstellen und es nicht zur ideologischen Frage machen, ob am Totensonntag geschlossen ist.

Herr Frank, es hat meiner Meinung nach auch nichts mit der Frage zu tun, dass man, wenn man einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehört, nicht auf den Weihnachtsmarkt geht. Auch das halte ich für eine etwas irre Auslegung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Houben!)

- Ja, gut.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie müssen schon genau zuhören! Aber diese Mühe machen Sie sich ja nicht mehr!)

- Herr Frank, leider mache ich mir immer die Mühe, Ihnen zuzuhören. Sie sollten es bitte bei der FDP auch tun.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Wir nehmen es mit großer Gelassenheit zur Kenntnis, dass Sie diesen Antrag nun mit Ihrer großen Mehrheit ablehnen werden. Aber seien Sie versichert: Wir wollen, dass Köln weiter prosperiert. Das ist natürlich manchmal auch mit Unannehmlichkeiten verbunden. Aber wir werden nicht ruhen, dieses Thema immer wieder in den Rat einzubringen. Sie können das natürlich wieder und wieder ablehnen. Aber jammern Sie bitte hinterher nicht herum über schlechte Presse oder sinkende Einnahmen bei bestimmten Steuern, die Sie selbst eingeführt haben!

(Michael Zimmermann [SPD]: Die Besucherzahlen gehen nicht zurück, sondern steigen!)

Deswegen: Lehnen Sie mit Freude ab und profilieren Sie sich an der Stelle! Wir können das nicht nachvollziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Sehe ich keine. Dann lasse ich über diesen Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung von Herrn Hoffmann. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Durchführung der Weihnachtsmärkte im Jahr 2012 bereits ab dem 22. November – mit Ausnahme des Totensonntages am 25.11.2012 – aus und beauftragt die Verwaltung, die hierzu erforderlichen Vorbereitungen zu treffen bzw. eine entsprechende Genehmigung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Die Ratsmitglieder Nesseler-Komp, Möring und Dr. Strahl nehmen an der Abstimmung nicht teil.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Weiterhin städtische Unterstützung für linke Hausbesetzerszene in Köln?“
AN/0828/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06.2012
2415/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dieser – wie soll ich es freundlich umschreiben – sehr wortkargen Antwort der Verwaltung gibt es selbstverständlich Nachfragen. Nur, ich kann diese Nachfragen erst stellen, wenn der zuständige Dezernent auch wieder anwesend ist. Ich vermute mal, dass wahrscheinlich Stadtdirektor Kahlen dafür zuständig ist. Wer auch immer, ich kann die Nachfragen nur stellen, wenn die zuständigen Dezernenten wieder da sind.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Berg, würden Sie bitte dazu Stellung nehmen? – Sie hatten sich vertan, Frau Berg ist zuständig.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Berg ist zuständig. Das ist ja schön. Es ist ja von Herrn Roters –

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann hören Sie doch auch zu.

Markus Wiener (pro Köln): – direkt gekennzeichnet. Die Nachfrage kommt doch noch, Frau Bürgermeister. Vielleicht einfach mal zuhören!

(Zurufe)

In der Stellungnahme der Verwaltung heißt es auf unsere erste Frage, ob es richtig sei, dass die Stadt Köln nach Ausweichobjekten für die Hausbesetzerszene in Köln-Kalk sucht und ob dies unter Mitwirkung der Stadtverwaltung und auf Anweisung des Oberbürgermeisters erfolgt: „Ja, dies entspricht den Tatsachen." – Gleichzeitig antworten Sie auf unsere nächste Frage: „Die Stadt unterstützt weder Hausbesetzer noch Linksextreme." – Nun mag man ja vielleicht trefflich darüber streiten können, ob es sich bei den Hausbesetzern um Linksextreme handelt.

(Martin Börschel [SPD]: Bei Ihnen handelt es sich auf jeden Fall um Rechtsextreme!)

Meine konkrete Nachfrage: Verstehe ich es richtig, dass die Stadt Köln, wenn sie sagt, sie unterstütze keine Hausbesetzer, dieses Vorgehen, nämlich in fremdem Eigentum stehende Gebäude zu besetzen, nicht als Hausbesetzungen und nicht als kriminellen und illegalen Akt versteht? – Das ist die erste Nachfrage.

In der Antwort der Verwaltung heißt es auf unsere dritte Frage, welche Ausweichquartiere für diese Hausbesetzerszene in Betracht kommen: „Derzeit stehen keine geeigneten Ausweichquartiere zur Verfügung ..." Darauf bezieht sich meine zweite Nachfrage, nämlich: Ist das der Grund dafür, dass der Kaufvertrag mit der Sparkassentochter immer noch nicht geschlossen worden ist? Es wurde ja hier im Stadtrat vor einigen Monaten beschlossen, dass die Stadt die ehemalige KHD-Werkskantine in Köln-Kalk von der Sparkasse kauft, dass das zügig zu erfolgen hat und dass das Objekt vorher geräumt sein muss. Nun sind einige Monate ins Land gezogen, und es ist bisher noch gar nichts geschehen. Darum meine Nachfrage: Ist der Grund dafür, dass bisher gar nichts geschehen ist, dass noch keine Ausweichquartiere zur Verfügung stehen? – Vielen Dank.

Beigeordnete Ute Berg: Zunächst muss ich feststellen, dass Sie hier sehr viel weitergehende Fragen stellen, als Sie in Ihrer Anfrage gestellt haben. Die Anfrage haben wir beantwortet, und zwar in der Form, wie sie Ihnen vorliegt. Die Stadt unterstützt keine illegalen Hausbesetzer. Wir haben lediglich gesagt: Wir suchen nach Ersatzquartieren, und das stimmt. Dass wir noch keine gefunden haben, stimmt auch. Mit irgendwelchen Verträgen, sei es mit der Stadtsparkasse oder anderen, was Sie jetzt konstruieren, hat das alles überhaupt nichts zu tun.

Markus Wiener (pro Köln): Sie haben es ja jetzt gerade noch einmal gesagt. Eine Nachfrage noch von mir: Das sind also keine Hausbesetzer?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Nachfragen haben Sie schon gestellt.

Markus Wiener (pro Köln): Natürlich habe ich das Recht, noch eine Nachfrage zu stellen, Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie haben schon nachgefragt.

Markus Wiener (pro Köln): Ja, aber ich kann noch ein zweites Mal nachfassen. Das ist völlig üblich, bei allen anderen auch.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt zwei Nachfragen, und die haben Sie gestellt. Damit ist Ihre Redezeit jetzt beendet.

(Beifall bei der SPD – Martin Börschel [SPD]: Die Geschäftsordnung ist eindeutig!)

Markus Wiener (pro Köln): Das ist ja unglaublich. Sie leisten hier einen Offenbarungseid vor den Zuschauern. Wirklich unglaublich!

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Halten Sie sich bitte zurück!

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Beigeordnete Berg beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Wiener.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Sozialer Wohnungsbau“
AN/1010/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06.2012
2468/2012

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5.1:

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.1.1 auf:

5.1.1 Rehabilitation der Katharina Henoth und anderer Opfer von Hexenprozessen in Köln
1997/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt, den wir jetzt behandeln, geht auf eine Anregung von Pfarrer Hartmut Hegeler im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zurück. Als dessen Vorsitzender möchte ich hier zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen.

Herr Hegeler, der auf der Besuchertribüne sitzt und den ich herzlich begrüßen möchte, hat eine symbolische und sozialethische Rehabilitation der in Köln ermordeten Hexen, insbesondere von Katharina Henoth, durch den obersten Repräsentanten der Stadt, den Rat, gefordert. Von Anfang an war es umstritten, ob sich der Rat mit diesem Thema befassen sollte. Zwei Argumente wurden vorgetragen bzw. standen im Hintergrund des Widerstands dagegen:

Erstens. Die Stadt Köln habe – Zitat – „das ihr Mögliche“ für die Rehabilitation getan. Es sei eine Schule nach Katharina Henoth benannt worden, eine Straße habe ihren Namen erhalten, und am Rathausturm sei eine Figur aufgestellt worden, um sie zu ehren.

Zweitens. Die Geschichte sei über den Hexenwahn hinweggegangen, hätte ihn gewissermaßen entsorgt und als zeitgeschichtliche Verirrung vor allem des dunklen Mittelalters entlarvt und überwunden.

In dieser Annahme steckt natürlich ein gewaltiger historischer Irrtum. Die meisten „Hexen“ wurden in der beginnenden Neuzeit bis hin ins Zeitalter der Aufklärung ermordet.

Der logische Schluss aus den Einwänden war, es handele sich damit um eine überflüssige Übung für den Rat der Stadt Köln. Dem hat der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden in seinem einstimmigen Beschluss widersprochen. Der AVR und der Ausschuss Kunst und Kultur sind dem gefolgt.

Warum? Ehe ich direkt darauf eingehe, sollten wir einen Moment innehalten und uns der wesentlichen Gründe vergewissern, die zur Überwindung des Hexenwahns geführt haben. Ideengeschichtlich ist es die Aufklärung, in deren Zentrum das Herausarbeiten universaler Menschenrechte steht, und historisch gesehen ist es die politische Durchsetzung des säkularen demokratischen Rechtsstaats. Denken und Handeln haben sich dem Prinzip vernünftiger Erkenntnis unterstellt. Die menschliche Vernunft ist als das Vermögen allgemeingültiger Prinzipien zum einzig legitimen Ratgeber und Richter für das politische und rechtliche Handeln geworden.

Sind damit die Gegner der an Vernunft und Recht gebundenen Machtausübung endgültig besiegt? Die historische Erfahrung seit dem Zeitalter der Aufklärung spricht nicht unbedingt dafür. Ich nenne nur die humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts, aber auch die Probleme, die in dem Titel „Dialektik der Aufklärung“ angedeutet sind. Selbst unter uns sitzen Menschen, die grundlegende Rechte aller Menschen nicht anerkennen.

Natürlich vertrauen wir in Köln und die Gesellschaft im Ganzen darauf, dass wir hinter einen der allgemeinen Vernunft geschuldeten Zustand nicht mehr zurückfallen, ja sogar nicht mehr zurückfallen können. Dagegen aber spricht zweierlei:

Erstens: Die zivilen und humanen Standards müssen in jeder Generation, insbesondere natürlich in der heranwachsenden Generation, wieder neu erworben werden. Sie sind kein Besitz. Viele von uns werden jetzt sicher an das Goethe-Wort erinnert: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Zweitens die wirkliche und existenzielle Bewährung humaner gesellschaftlicher Strukturen. Ihre Stärken beweisen sich nur in einer krisenhaften Situation.

Aus diesen beiden Gründen ist zu folgern: Es bleibt ständige Aufgabe einer Gesellschaft, sich ihrer humanen, die Menschenrechte verbürgenden Prinzipien und Verhältnisse zu vergewissern. Das geschieht vor allem im tagtäglichen konkreten Handeln. Dies jedoch bedarf einer intensiven Auseinandersetzung, insbesondere auch mit der Geschichte.

Der vernunftgegründete gesellschaftliche Zustand, in dem wir leben, verdankt sich der Durchsetzung gegen Kräfte, die sich ideologisch auf irrationale Strömungen und Überzeugungen gründeten, die sich oft mit religiösen Überzeugungen verbrüdert haben bzw. durch diese befördert wurden. Die Einsichten, die in einer solchen Auseinandersetzung gewonnen werden, hier im Hinblick auf den Hexenwahn, bündeln sich oft auch in symbolischen Handlungen, wie hier in Köln schon geschehen. Allerdings haben die höchsten Repräsentanten eine solche Handlung noch nicht direkt – und ich ergänze – feierlich vollzogen.

Am Entstehen und der Durchsetzung der wahnhaften Vorstellungen und Verbrechen waren christliche und weltliche Instanzen maßgeblich beteiligt. Deshalb ist es konsequent, dass der Beschwerdeausschuss nicht nur den Rat der Stadt Köln, sondern auch das Erzbistum zu solch einem symbolischen Akt der Rehabilitation aufgefordert hat. Der Rat wird dies voraussichtlich heute vollziehen. Das Erzbistum hat bis heute versäumt, mit einer für mich äußerst problematischen Begründung, dies zu tun. Das kann jeder nachlesen in dem Brief des Generalvikars Schwaderlapp, der öffentlich ist.

Ich möchte mit einem an Kant anschließenden Gedanken enden. Kant fragt sich: „Leben wir jetzt in einem aufklärten Zeitalter?“ Er antwortet: „Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung.“ – Das heißt, der Prozess des auf Vernunft begründeten Lebens ist niemals abgeschlossener Besitz. Es bleibt ständige Aufgabe, sich der Gefährdungen eines humanen Zusammenlebens bewusst zu sein, sich um die Schaffung vernünftiger Verhältnisse zu bemühen und auch in symbolischen Handlungen Zeugnis abzulegen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag in der gemäß Beschluss des Beschwerdeausschusses veränderten Fassung des AVR. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Thelen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön.

Dr. Cornelia Herbers (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeister! Liebe Ratskollegen! Zitat:

> Man darf mit Menschenblut nicht spielen, und unsere Köpfe sind keine Bälle, die man nur so hin und her wirft.

Diese Äußerung stammt von keinem unserer Zeitgenossen, sondern von Friedrich Spee von Langenfeld, Jesuit und Dichter, die er schon im Jahr 1631 in seiner *Cautio Criminalis* formulierte. Ausgerechnet dieses Buch eines Jesuiten, die ja nun nicht eben als die fortschrittlichste Gruppierung der katholischen Kirche galt und gilt, trug mit seiner Argumentation gegen die Folter entscheidend zum Ende des Hexenwahns im frühneuzeitlichen – nicht im Mittelalter, Herr Thelen – Deutschland bei.

> (Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Sie haben nicht zugehört! Genau das hat er gesagt!)

Warum erwähne ich das hier? Die *Cautio Criminalis* entstand als eine unmittelbare Reaktion auf die intensive Phase der Hexenverbrennungen, die sich in den späten 1620er-Jahren hier in Köln ereigneten.

Der bekannteste Fall ist eben der der Katharina Henoth. Nur aus wirtschaftlichen Gründen – es ging um ein einträgliches Postmeisteramt – wurde sie, die Tochter des verstorbenen Postmeisters Jacob Henoth, wohl aus Missgunst eines Konkurrenten um besagtes Amt als Hexe denunziert. Katharina Henoth betrieb sowohl den Rechtsstreit um das Amt wie auch den Prozess intensiv und mit einem hohen persönlichen Engagement. Zunächst vom kurfürstlichen, dem geistlichen Gericht – ich betone das hier ganz bewusst – von den haltlosen Verdächtigungen freigesprochen, zog das weltliche Gericht durch den Kölner Rat das Verfahren an sich. Nach schwerer Folter wurde sie trotz weiterer Beteuerung ihrer Unschuld wiederum durch ein kurfürstliches, weltliches Gericht auf Melaten vom Henker erwürgt.

Die CDU-Fraktion bekennt sich deutlich zu der ausgesprochenen moralischen und sozialethischen Rehabilitierung und ihrer Bekräftigung.

35. Sitzung vom 28. Juni 2012

Allerdings möchten wir eine differenzierte Abstimmung über die ursprüngliche Ratsvorlage und die Ergänzungen aus dem Hauptausschuss. Dieser fordert in einer der Ergänzungen, wie eben erwähnt, insbesondere das Erzbistum auf, sich der Rehabilitation anzuschließen. Wir halten es für wesentlich zielführender, dass der Kölner Rat, der seinerzeit durch seine Aktivität erst die erneute Verfahrensaufnahme möglich machte, sich zu seiner eigenen Verantwortung bekennt. Zur Erinnerung: Das geistliche Gericht hatte sie freigesprochen. Rein juristisch, wie eben erwähnt, ist die Rechtsnachfolge eines kurfürstlichen Gerichts ohnehin nicht zu klären. Das Erzbistum mag seine eigene Entscheidung über den Umgang mit dem Verfahren treffen; das ist nicht unsere Aufgabe. Auch das Land NRW könnte über eine ähnliche Entscheidung mal nachdenken; es kommt nämlich genauso als Rechtsnachfolger infrage.

Lassen Sie uns diese Resolution gemeinsam beschließen und uns der Vergangenheit dieses Hauses bewusst werden, ohne noch bei anderen Institutionen, die ganz ohne Zweifel genauso in das Verfahren verstrickt waren, nach weiteren Verantwortlichkeiten zu suchen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Darf ich bitte noch einmal nachfragen: Ist das jetzt ein abweichender Antrag, oder bleibt es bei dem, so wie im AVR entschieden?

(Dr. Cornelia Herbers [CDU]: Nein, bitte über die einzelnen Punkte abstimmen!)

Der ist doch längst einstimmig entschieden worden. Ich habe das hier vorliegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, das ist nicht einstimmig entschieden!)

- Doch.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch so im Protokoll! – Gegenruf von Winrich Granitzka [CDU]: Dann stimmt das Protokoll nicht! – Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsst ihr das Protokoll vorher anzweifeln! – Gegenrufe von der CDU)

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Ach, lasst den Frank doch reden. – Frau Bürgermeister! Wir haben im AVR – und ich bin dessen Vorsitzender – getrennte Abstimmung beantragt. Wir haben darüber abgestimmt, dass wir diesen Punkt da nicht hereinnehmen wollten. Dann haben wir gemeinschaftlich den grundlegenden Antrag abgestimmt. Dem haben wir zugestimmt. Und diesmal möchten wir das genauso machen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie kann der Vorsitzende denn dann das Protokoll unterschreiben? Liest der das nicht?)

Wir haben abgestimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Aber es gibt doch ein Protokoll! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht: einstimmig zugestimmt!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Eben. Ich habe es vorliegen. Da steht: einstimmig zugestimmt.

(Unruhe)

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich durfte bei der entsprechenden Sitzung des Beschwerdeausschusses auch mit dabei sein. Ich denke, das ist eine sehr löbliche Initiative, die ja von einer Privatperson gekommen ist, die aber im Beschwerdeausschuss auf große Zustimmung gestoßen ist. Ich denke auch, man sollte sich durchaus mit solchen Kapiteln, die wirklich schon lange zurückliegen, beschäftigen. Allerdings – das hat mir auch damals schon nicht gefallen – werden hier in kleinkarierter rot-grün-links motivierter Art und Weise gleich noch Seitenhiebe in Richtung Erzbistum, in Richtung katholische Kirche eingebaut.

Hier wurde jetzt von der Vertreterin der CDU sehr Richtiges vorgetragen. Ergänzen möchte ich noch – das ist vielen vielleicht nicht so geläufig –, dass die Inquisition und die sogenannte Hexenverfolgung ja nicht nur eine Handlung der katholischen Kirche war, sondern auch die weltlichen Gerichtsbarkeiten eingebunden waren und auch die protestantische Kirche keineswegs unbeteiligt war; im Gegenteil. Ich möchte hier nur einen nicht so häufig zitierten Satz aus einer Predigt von Martin Luther vortragen:

Sie

- gemeint sind die Zauberinnen -

schaden mannigfaltig. Also sollen sie getötet werden, nicht allein weil sie schaden, sondern weil sie Umgang mit dem Satan haben.

Dementsprechend hat sich natürlich auch die protestantische Kirche mit genauso großem, fehlgeleitetem Eifer an solchen Dingen beteiligt; das sollte nicht unerwähnt bleiben, denke ich. Denn diese ständigen Seitenhiebe gegen die katholische Kirche treffen mich als Katholik genauso wie all jene unter uns, die überzeugte Katholiken sind. Da muss man schon auch historische Ehrlichkeit, historische Fairness walten lassen.

Wenn wir schon bei Fairness und Objektivität sind: Genauso könnte man hinzufügen, dass nach Schätzungen von Historikern ein Viertel der Opfer Männer waren. Es sind ja nicht nur Frauen verfolgt und grausam umgebracht worden, sondern auch viele, viele Männer. Das sollte man nicht vergessen und in dieser Perspektive auch darauf hinweisen. Wenn wir uns hier schon zu einem Geschichtsseminar weiterentwickeln, dann sollte man das alles im Auge behalten.

Deswegen unterstützt pro Köln hier ganz klar die Ausführungen der CDU, nämlich dass man diese Resolution natürlich gerne verabschieden kann, dass aber unnötige und auch völlig ungerechtfertigte Seitenhiebe gegen das Erzbistum und gegen die katholische Kirche hier zu unterlassen sind. – Vielen Dank.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich getrennt abstimmen.

Wir stimmen erst über Punkt a ab. Wer ist für diesen Punkt a?

(Unruhe)

Das war der ergänzte Beschluss.

(Michael Zimmermann [SPD]: Könnte die CDU ihren Änderungsantrag einmal formulieren?)

Okay. Wer formuliert? – Ja, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Die Sache ist ja viel einfacher. Wir brauchen das nicht formulieren. Das ist die ursprüngliche Fassung, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Mit Ergänzungen sexueller Orientierungen.

Dr. Helge Schlieben (CDU): – die nicht von Rot-Grün geänderte Fassung, die dem AVR vorlag. Wenn Sie das Protokoll, was jedem Ratsmitglied hier vorliegt, durchgucken, sehen Sie den ursprünglichen Antrag und finden den rot-grünen Ergänzungsantrag. Wir wollen in der ursprünglichen Fassung abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist nicht richtig!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Entschuldigung, ich bin jetzt etwas verwirrt. Es gibt einen einstimmigen Beschluss des AVR, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Richtig.

Michael Zimmermann (SPD): – der uns jetzt vorliegt. Und wenn Sie dazu einen Änderungsantrag formulieren wollen, dann sollten Sie das bitte tun, damit wir wissen, worüber wir abstimmen. Mich verwundert es, dass ein Beschluss, der im AVR einstimmig gefasst worden ist, jetzt plötzlich und gerade in einer solchen Frage infrage gestellt wird. Ich finde das sehr bedauerlich, dass es so ist. Aber wenn Sie denn abstimmen möchten, formulieren Sie bitte, worüber wir abstimmen müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Wenn es denn der Wahrheitsfindung dient, machen wir jetzt auch noch einen Änderungsantrag. Ich bitte, den Änderungsantrag so zu formulieren – wir haben das ja hier vorliegen –, dass das Fettgedruckte, nämlich: „und bittet das Erzbistum, dies ebenfalls zu tun“, herausgenommen wird. Dann

können wir wie im AVR getrennt abstimmen. Und dann stimmen wir hinterher dieser Resolution selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Michael Zimmermann [SPD]: Jetzt habe ich es verstanden! Danke!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gut. Dann lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? – Die FDP. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Gesamtantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag, wie AVR? – Das sind die SPD, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Linke. Herr Wiener enthält sich? -

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Pro Köln ist auch dafür. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Das ist einstimmig angenommen.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich bei der Bürgermeisterin für die Vertretung. – Ich will noch einen kurzen Hinweis geben, weil ich ja gebeten worden bin, ab und zu auf die Uhr zu schauen. Schauen Sie sich einmal unsere Tagesordnung an! Sie umfasst diesmal zehn Seiten, und wir beginnen jetzt gerade mit den Punkten auf der Seite 3. Das nur als kurzer Hinweis.

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Granitzka:

Der Rat beschließt, folgende Ergänzung aus dem Beschlusstext zu nehmen:

"…und bittet das Erzbistum Köln, dies ebenfalls zu tun."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales aus seiner Sitzung am 18.06.2012:

Der Rat der Stadt Köln folgt dem Votum des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe und ihr Engagement für eine Rehabilitation der Opfer der Hexenprozesse.

Durch die von der Stadt Köln umgesetzten Maßnahmen zur Ehrung und zum Andenken an Katharina Henoth hat der Rat der Stadt Köln das ihm Mögliche getan, um eine moralische und sozialethische Rehabilitation auszudrücken. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt erneut diese Rehabilitierung und verurteilt die seinerzeit vollstreckten Hinrichtungen. Der Rat nimmt die Anregung der Petenten zum Anlass, sich ausdrücklich gegen jegliche Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte, ganz unabhängig von Ideologie oder Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Nationalität auszusprechen und bittet das Erbistum Köln, dies ebenfalls zu tun.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Anmerkungen:
- Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

- Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach der Behandlung diesen Punktes endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 6:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung
1369/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Die Rednerliste haben Sie gar nicht aufgerufen!)

- Ich habe doch gerade gefragt, ob es Wortmeldungen gibt.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wir haben angemeldet!)

- Tut mir leid, Herr Schlieben. Aber wir sind schon in der Abstimmung. – Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU, sonst niemand. Wer enthält sich? – Damit ist das gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.08. 2011 die Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagsschulen“ vom 13.10.2011 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung, die

- *eine 18-monatige Beitragsbefreiung vor der Einschulung eines Kindes vorsieht, außerdem*
- *die Gleichbehandlung von vorzeitig eingeschulten Kindern und*
- *eine Änderung für eine sozial gerechtere Beitragsstaffel bei der Ermäßigung für Geschwisterkinder.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

6.1.3 Beschleunigung Bauprojekte der Gebäudewirtschaft
hier: 11. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1293/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das damit entschieden.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 11. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6.2:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln
1879/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt zum 01.08.2012 die Neufassung der „Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln“ vom 01.08.2012 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung, und damit die Erhebung eines Entgeltes für Mittagessen durch einen privatrechtlichen Betreuungs- und Verpflegungsvertrag.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nicht. Das wird damit also übereinstimmend zur Kenntnis genommen.

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, Hj. 2011
1778/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem so zugestimmt.

Der Rat beschließt zur Finanzierung zusätzlicher Musikschulunterrichte einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 80.659,61 EUR, Hj. 2011.

Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, in Teilplanzeile 4, öffentlich rechtliche. Leistungsentgelte, so dass sich für den Gesamthaushalt keine Verschlechterung ergibt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 10:

10. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Fortsetzung Baumaßnahme Freiluft- und Gartenbauschule (Freiluga) nach KP II
4784/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig so beschlossen.

Der Rat stimmt der Baumaßnahme der Freiluft- und Gartenbauschule (Freiluga) mit Gesamtkosten von 714.000 € zu.

Gleichzeitig beschließt er eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 616.000 € im Haushaltsjahr 2012 im Teilplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, bei neuer Finanzstelle 5100-0604-3-4100, Freiluft- und Gartenbauschule (Freiluga) sowie die Freigabe in gleicher Höhe.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung,Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-0-1060, Investitionsprogramm Sportstätten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Bericht zur Frauenförderung
0855/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die Entgegennahme des Berichtes ist, bitte ich um das Handzeichen. – Keiner. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Dann ist dem Bericht so zugestimmt.

Der Rat nimmt den Stand der Frauenförderung per 31.03.2012 sowie den Bericht zum 3. Frauenförderplan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Trägerschaft diverser Kindertageseinrichtungen (Übertragung auf freie Träger)
1026/2012

Hierzu darf ich Frau Dr. Klein das Wort geben.

Beigeordnete Dr. Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt eine abweichende Beschlussfassung der Bezirksvertretung Porz hierzu, die im Kern besagt, die Einrichtungen sollen keine Zeitverträge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abschließen. Wir würden Sie gleichwohl bitten, wie Finanzausschuss und wie Vorlage zu beschließen. Die Verwaltung wird diesen Hinweisen aus Porz konstruktiv nachgehen. Es geht um einen speziellen Träger. Wir greifen das auf. Gleichwohl würden wir empfehlen, das nicht in den Beschluss zu übernehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das ist ein entsprechender Hinweis. – Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, wie Finanzausschuss. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Unter teilweiser Änderung seiner Beschlüsse vom 07.04.2011 (TOP 24.4, Session 0693/2011) und vom 14.02.2012 (TOP 14.2, Session 5183/2011) beschließt der Rat unter Berücksichtigung des in § 4 Abs. 2 SGB VIII verankerten Subsidiaritätsgrundsatzes sowie der wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung, dass die folgenden, sich in der Planung befindlichen Kindertageseinrichtungen (temporäre Bauten) in freier Trägerschaft geführt werden.

- *Kopernikusstraße*
- *Düstemichstraße*
- *Herler Ring*
  (nach Wegfall einer notwendigen Auslagerung im Zuge einer Umbaumaßnahme)
- *Glashüttenstraße*

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Trägern entsprechende Schritte einzuleiten. Diese erhalten die gesetzlich vorgesehenen Betriebskostenzuschüsse für den Betrieb der Einrichtung nach dem Gesetz zur frühen Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) sowie – auf entsprechenden Antrag hin – Förderungen nach dem Ratsbeschluss zur zusätzlichen freiwilligen Mietkostenförderung vom 14.07.2011 (TOP 24.3, Session 1689/2011).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Buserschließung Kalk-West/ Odysseum und Dillenburger Straße
1370/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0974/2012

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Verkehrsausschuss!)

Wir stimmen ab, wie Bezirksvertretung Kalk, der sich der Verkehrsausschuss heute angeschlossen hat. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung 8 (Kalk) aus der Sitzung vom 21.06.2012:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Erschließung der Bereiche Kalk-West/Odysseum und Dillenburger Straße in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben durch eine Verlängerung der Buslinie 150 ab dem Fahrplanwechsel Dezember 2012 zu gewährleisten mit der Maßgabe,

- *dass die Linienführung nicht im Bereich Dillenburger Straße/Kapellenstraße (Kreisverkehr) endet, sondern die Linienführung wie folgt erweitert wird: Dillenburger Straße – Christian-Sünner-Straße – Heinrich-Bützler-Straße – Kapellenstraße – und dann wieder*

auf die Dillenburger Straße in westlicher Richtung.

Die erforderlichen Haltestellen sind zunächst provisorisch einzurichten. Der Bau von barrierefreien Haltestellen ist umgehend zu planen und schnellstmöglich umzusetzen. Die Finanzierung soll aus Mitteln der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 (2) ÖPNVG NRW erfolgen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus der neuen Linienführung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linienführung.

Nach Inbetriebnahme der Weiterführung der Linie 150 ist zu prüfen, wie zur besseren Anbindung des bisher nicht ausreichend angebundenen nordöstlichen Bereiches von Vingst (vgl. dazu Vorlage Nr. 3264/2011) alle oder zumindest ein Teil der Fahrten der neuen Buslinie 150 über Kalk hinaus verlängert und über die Ostheimer Straße unter Einrichtung einer Haltestelle in Höhe der Kuthstraße/Oranienstraße bis in Höhe der Nobelstraße geführt werden können, wenn dies technisch möglich ist; für diesen Fall ist die verlängerte Linienführung in Richtung Vingst zum dann nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen. Falls eine Umsetzung dieser Variante grundsätzlich nicht möglich sein sollte, wird die Verwaltung aufgefordert, Alternativen zu prüfen und den Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
1427/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 KVB: Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn
1459/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nicht. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen, die der Teilfinanzierung der Tunnel- und Haltestellenanlagen des Projekts Nord-Süd Stadtbahn dienen, bis zu einer Gesamthöhe von 136 Mio. € übernimmt. Die Darlehensbesicherung erfolgt zugunsten der Kölner Verkehrs-Betriebe AG – kann aber alternativ auch zugunsten der Stadtwerke Köln GmbH erfolgen mit der Auflage, die Mittel zweckgebunden für das Projekt Nord-Süd Stadtbahn an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG weiterzuleiten.

Bei der Aufnahme der einzelnen Tranchen sind die jeweils am Kapitalmarkt erreichbaren günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Außerdem besteht die Verpflichtung, vor der Aufnahme eines jeden Darlehens unter Mitteilung der angebotenen Konditionen die Zustimmung der Stadt Köln einzuholen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.04.2013
1498/2012

Ich sehe schon, es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Der Rat erkennt den Bedarf zur Durchführung einer Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Versetzen, Abschleppen, und Verwahren von sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet voraussichtlich ab dem 01.04.2013 an und verzichtet auf den Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 10.8 ist abgesetzt.

Diese Angelegenheit wurde wegen Beratungsbedarfs bis zur folgenden Sitzung des Rates am 20.09.2012 zurückgestellt (siehe hierzu auch Ziffer IV – vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Co-Finanzierung des Forschungsprojektes „Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln“
1724/2012

Ich erspare mir jetzt das Vorlesen des Titels; Stichwort: Co-Finanzierung. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf zur Beteiligung an dem Forschungsprojekt „Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln“ als Partner im Rahmen einer Co-Finanzierung i.H.v. 1.760.605,- € bzw. rund 40% der Gesamtkosten von kalkulierten 4.414.900,-- € an.

Auf Erteilung des Vergabevorbehalts wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 **der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.-B.anhebung**
1791/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wir stimmen darüber ab. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig so beschlossen.

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung beim städtischen Finanzierungsanteil für die „Umrüstung der Stadtbahnlinie 5, Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße in Form von Seitenbahnsteigen“ über 300.771,34 € brutto zur Kenntnis.

Der städtische Eigenanteil für die Stadtbahnbaumaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen beträgt nunmehr für die „Umrüstung der Stadtbahnlinie 5, Neubau von Seitenbahnsteigen an der Haltestelle Gutenbergstraße“ 1.394.680,00 € statt 1.093.908,66 €.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei gleicher Finanzstelle in Höhe von 300.771,34 €, Hj. 2012.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltssatzung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Bocklemünd-Mengenich 2. Baustufe, Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 hier: Einleitung eines Vergabeverfahrens für Rodungsarbeiten ohne rechtskräftiges Baurecht
1880/2012

Abstimmung, wie Verkehrsausschuss. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Wahrung eines fristgerechten Baubeginns ohne rechtskräftiges Baurecht nach Personenbeförderungsgesetz, das Vergabeverfahren für die Rodungsarbeiten im Zuge der Verlängerung der Linie 3 einzuleiten. Die Vergabe der Rodungsarbeiten erfolgt erst nach Vorlage des

rechtskräftigen Baurechts und eines Baubeschlusses des Rates.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Umwandlung von drei städtischen Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
2075/2012

Dazu sehe ich wiederum keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so einstimmig beschlossen.

Der Rat beschließt gem. § 81 Nr. 2 Schulgesetz NRW die Umwandlung der Katholischen Grundschulen

1. *Volberger Weg 17, 51107 Köln (Rath)*
2. *Dagobertstr. 79, 50668 Köln (Altstadt-Nord), Celestin-Freinet-Schule*
3. *Overbeckstr. 71-73, 50823 Köln (Neuehrenfeld)*

in Gemeinschaftsgrundschulen ab dem Schuljahr 2012/2013.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Nachtverkehr der Stadtbahnlinie 7 zwischen Köln und Frechen
2101/2012

Wir stimmen ab, wie Anlage 3. Das will ich noch einmal sagen. Das ist ein neuer Kostenverteilungsvorschlag. Da ich keine Wortmeldungen sehe, können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so wie Anlage 3 beschlossen.

Der Rat beschließt, die Linie 7 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember im Nachtverkehr (freitags, samstags und vor Feiertagen) stündlich bis Frechen durchzubinden, sofern die Stadt Frechen zwei Drittel der entstehenden Mehrkosten übernimmt. Zur teilweisen finanziellen Kompensation wird die Buslinie 136 ihren Betrieb nach der Abfahrt um ca. 2.15 Uhr einstellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG umzusetzen und mit der Stadt Frechen bzw. dem Rhein-Erft-Kreis eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung zu treffen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus dem neuen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12. 2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des erweiterten Angebots.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Barrierefreier Ersatz von Fertigbaueinheiten am Schulstandort „Auf dem Sandberg 120, 51105 Köln-Poll“
1254/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so beschlossen.

Der Rat beschließt die Errichtung eines barrierefreien Ersatzbaus für die temporären Fertigbaueinheiten am Schulstandort „Auf dem Sandberg 120, 51105 Köln“ nach gesicherter Finanzierung.

Die Stadt Köln hat sich in ihrem Inklusionsplan zum Ziel gesetzt, dass alle Kinder inklusiv beschult werden können. Da der Elternwille zur Schulwahl bestehen bleibt, ist aber davon auszugehen, dass spezialisierte Schulen mittelfristig bestehen bleiben werden.

Der barrierefreie Ersatzbau ist unerlässlich, um dringende aktuelle, aber auch mittelfristige Bedarfe zu decken. Die momentan genutzten temporären Fertigbaueinheiten können den aktuellen Bedarf weder qualitativ noch quantitativ ausreichend decken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die zu schaffenden Räume zwar für

die aktuelle Nutzung einer Förderschule geeignet sind, aber auch bei einer Veränderung der Schulstruktur durch eine allgemeine Schule genutzt werden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Errichtung einer zweizügigen Grundschule zum Schuljahr 2013/14 am Standort Mommsenstraße 5-11 in 50935 Köln-Sülz
1465/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dagegen? – Keine Stimmen. Enthaltungen? – Damit einstimmig beschlossen.

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung einer 2-zügigen Grundschule im Stadtteil Köln-Sülz zum 01.08.2013, beginnend mit dem Jahrgang 1, im Gebäude der derzeitigen Hauptschule Mommsenstraße 5-11, 50935 Köln-Sülz.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Bestimmungsverfahren gem. § 27 Abs. 1 SchulG durchzuführen und die Schulart der neuen Schule festzulegen, bevor die Elternanschreiben zur Schulanmeldung zum Schuljahr 2013/14 verschickt werden.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung noch vor dem Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2013/14 die erforderliche Genehmigung zur Errichtung der Grundschule bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.*

4. *Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2013 die Zusetzung der insgesamt 0,30 Stelle Schulsekretär/in in der EG 5 TVöD. Die jeweils für die Schuljahre anteilig ausgewiesenen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend zum Stellenplan bereitgestellt (2013/14: 0,13 Stellenanteil; 2014/15: 0,15 Stellenanteil; 2015/16: 0,22 Stellenanteil; ab 2016/17: 0,30 Stellenanteil).Sollte der Stellenplan 2013 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

5. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die ab dem Haushaltsjahr 2013 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 2.296,67 € für 0,13 Stellenanteil, Hj. 2014 = 5.835,67 € für 0,15 Stellenanteil, Hj. 2015 = 7.598,99 € für 0,22 Stellenanteil, Hj. 2016 = 10.743,40 € für 0,30 Stellenanteil und ab 2017 = 12.577,64 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen. Die Deckung erfolgt im Teilergebnisplan 0301 durch entsprechenden Wenigeraufwand bei den Sachmitteln.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Weiterführung und Transfer des Projektes „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“
1856/2012

Wir stimmen ab, wie Finanzausschuss in der Anlage 2. Dazu gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So einstimmig beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 25.06.2012:

Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 die Fortführung und den Transfer des Projekts „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“ auf weitere drei Kölner Gewerbegebiete im Zeitraum 01.10. 2012 – 30.09.2014 unter der Voraussetzung einer Förderung in Höhe von 60% durch das Land NRW und die EU.

Für die Durchführung des Projektes werden keine zusätzlichen Stellen eingerichtet.

Der Sachaufwand für die Zeit vom 01.10.2012 – 30.09.2014 beträgt insgesamt 228.700 EUR.

Die teilweise Refinanzierung dieser Sachkosten und anteiliger Personalkosten erfolgt durch Erträge in Form von Landeszuweisungen in Höhe von insgesamt 143.220 EUR. Es verbleibt ein städtischer Eigenanteil in Höhe von insgesamt 85.480 EUR. Es wird angestrebt, diesen Eigenanteil von derzeit 40% des Gesamtaufwandes auf bis zu 20% durch Kofinanzierungen von potentiellen Kooperationspartnerinnen und -partnern zu reduzieren.

Die Finanzierung des Projektes erfolgt im Haushaltsplan 2012 durch entsprechende Umschichtungen im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus - innerhalb der Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen). Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird der Teilergebnisplan 1501 im Rahmen der HPL.-Anmeldung zum Hpl. 2013 ff. angepasst werden. Die Finanzierung erfolgt auch in diesen Jahren durch Aufwandsreduzierungen an anderer Stelle des Teilplanes 1501.

Nach Ablauf der Förderperiode ist zu prüfen, in welchem Umfang die durch das Projekt positiv betroffenen Unternehmen bereit sind, sich an einer Fortführung der Maßnahme finanziell zu beteiligen. Der Rat behält sich die Entscheidung über eine Verlängerung des Projekts ausdrücklich vor.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH
2089/2012

Auch dazu keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen in Höhe von bis zu 2.573.000 € für die Finanzierung der Herstellung der Regionalligatauglichkeit der beiden Sportanlagen Höhenberg und Südstadion sowie die Instandsetzung der breitensportlichen Anlagen im Südstadion übernimmt. Bei der Aufnahme der Darlehen sind die jeweils am Kapitalmarkt günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Auf die Erhebung eines Bürgschaftsentgeltes wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Neubau einer Ganztagserweiterung für die Realschule Neusser Straße 421, 50737 Köln-Nippes
Baubeschluss
5272/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit auch so einstimmig beschlossen.

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung einer Ganztagserweiterung für die Realschule Neusser Str. 421, 50737 Köln mit Gesamtbaukosten von 5.015.000 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Ganztagserweiterung Stadtgymnasium Porz, Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln-Porz
hier: Baubeschluss und Vergabeentscheidung

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG)
hier: Kooperation HGK AG und Neuss-Düsseldorfer Häfen (NDH)
2070/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Sehr erfreulich, eine einstimmige Beschlussfassung hier im Rat der Stadt Köln.

Der Rat stimmt der Gründung einer gemeinsamen Betreibergesellschaft RheinCargo GmbH & Co. KG, einschließlich Komplementärin und Geschäftsführerin RheinCargo Verwaltung GmbH, jeweils mit Sitz in Neuss, durch die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und die Neuss Düsseldorfer Häfen GmbH & Co. KG (NDH) gemäß dem dieser Vorlage als Anlage 00 beigefügten Konsortialvertrag inkl. Anlagen 1 bis 17 rückwirkend zum 01.01.2012 zu.

Der Rat erklärt sein Einverständnis zum Organisationsstatut zu § 11 des Gesellschaftsvertrages der RheinCargo GmbH & Co KG zur Umsetzung des § 108 a GO NRW in der Gesellschaft (freiwillige Arbeitnehmermitbestimmung im fakultativen Aufsichtsrat, Anlage 18).

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörden oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Eröffnungsbilanz der Stadt Köln 2008
2148/2012

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Jung, dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, das Wort geben. Dazu hat sich auch Herr Wolf gemeldet.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses einige Sätze zu der von uns geprüften Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008. Die Rechtsgrundlage hierfür ist das NKF für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen und stammt vom 16. November 2004. Damit wurden die Städte und Gemeinden im Land verpflichtet, ihre Buchführung von der Kameralistik auf die sogenannte Doppik umzustellen. Verbunden damit war der Wechsel weg von einer Haushaltsführung auf der Basis von Aus- und Einzahlungen hin zu Aufwendungen und Erträgen als Maßstab.

Zielsetzungen, die mit der Reform verbunden sind, können umschrieben werden mit besseren Steuerungsmöglichkeiten durch Produktorientierung und Steuerung über Ziele, dem Wechsel vom Geld- zum Ressourcenverbrauchskonzept sowie größerer Transparenz im kommunalen Haushalt. Zusammenfassend könnte man auch sagen, dass aus den kommunalen Bilanzen zukünftig die Ressourcenmehrung oder der Ressourcenverbrauch ablesbar werden soll. Diese Zielsetzung setzt naturgemäß die erstmalige Vermögens- und Schuldenerfassung, also eine Eröffnungsbilanz, voraus.

Bereits 2004, also noch vor der Verabschiedung des Gesetzes, hat die Verwaltung ein Projekt zur Umstellung auf NKF aus der Taufe gehoben. Im Februar 2010 haben wir dann den Entwurf der Eröffnungsbilanz hier im Rat an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Dieser hat sich in der Folgezeit anhand einer Reihe von Zwischenberichten des Rechnungsprüfungsamtes mit der Thematik beschäftigt. Der abschließende Bericht wurde am 31. Mai 2012 im Ausschuss beschlossen und Ihnen allen mit dieser Vorlage zur Verfügung gestellt.

Zwischen Projektbeginn und erstem Entwurf lagen sechs Jahre. Die Prüfung dauerte anderthalb Jahre. Man fragt sich vielleicht: Was hat daran so lange gedauert? Ein großes Problem, mit dem sowohl die Bilanzaufsteller wie auch die Prüfer zu kämpfen hatten, ist altbekannt: das Thema Inventur. Immer noch ist in vielen Bereichen der Verwaltung unbekannt, was eigentlich genau bewirtschaftet wird. Das gilt nicht nur für unsere Kunstgegenstände und die technische Ausstattung unserer Schulen, sondern auch für Bankkonten, Softwarelizenzen und einiges mehr.

So gab es bislang zum Beispiel keine zentrale Stelle, die überhaupt eine Übersicht über alle auf die Stadt laufenden Konten führte, geschweige denn fortlaufend fortschrieb, wie der Kontostand aussieht und wem dieses Geld rechtlich zusteht. Genauso wenig gibt es ein zentrales Vertragsregister, in dem alle für die Stadt wirtschaftlich bedeutenden Verträge nachgehalten werden, oder ein Lizenzmanagement, das die erworbenen Softwarelizenzen nachhält.

Auch waren Widerstände gegen Neuerungen zu verzeichnen. Es fehlte die Einsicht in die Notwendigkeit zu erledigender Arbeiten. Die erforderlichen Ressourcen wurden nicht überall bereitgestellt. Das erschwerte die Arbeit bei der Ermittlung der Vermögensgegenstände und der Schulden für die Bilanz und letztlich auch für die Prüfung.

Negativ bzw. problematisch hat sich auch die Tatsache ausgewirkt, dass immer noch das alte Kassenverfahren aus kameralen Zeiten im Einsatz ist. Es sollte schon seit Jahren aus technischen Gründen abgelöst sein. Spätestens mit der Umstellung auf das NKF hätte es wegen seiner Untauglichkeit für die doppelte Buchführung ausgemustert werden müssen. Die aktuelle Planung sieht dies jedoch erst zum Haushaltsjahr 2016 vor. Es ist jetzt vorgezogen worden auf 2015, aber auch das ist zu spät. Ein Mangel, der die Qualität der Jahresabschlüsse bis dahin beeinflussen wird.

Was haben wir bis jetzt erreicht? Wir wissen nun erstmals mit Einschränkungen, dass die Stadt über ein Vermögen von rund 15,8 Milliarden Euro verfügt, das zu rund 6,4 Milliarden Euro – das entspricht etwa 40 Prozent – durch Eigenkapital finanziert ist. Das klingt gut; wirklich beruhigend ist das jedoch nicht, wie wir aus den Berichten der Kämmerin zur Haushaltsentwicklung bereits wissen.

Ob wir die Ziele des Landesgesetzgebers zur Einführung des NKF bereits vollumfänglich erreicht haben, mag jeder für sich selbst beantworten. Ich für meinen Teil kann das jedoch nicht bejahen. Zweifel an der Frage, ob die Stadt Köln in ihrer Denk- und Handlungsweise wirklich im NKF angekommen ist, sind wohl berechtigt.

Was ist noch zu tun? Wie der vorliegende Bericht aufzeigt, besteht noch Korrekturbedarf an der Eröffnungsbilanz. Das führte letztlich auch dazu, dass wir nur ein eingeschränktes Testat erteilen konnten. Auf Einzelheiten hierzu möchte ich nicht eingehen. Die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen, ist die Aufgabe der Verwaltung in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen dazu Bericht erstatten lassen. Die Jahresabschlüsse von 2008 an müssen erstellt, geprüft und durch uns hier festgestellt werden. Das ist wichtig, da Änderungen an der Eröffnungsbilanz und die wahrscheinlich erforderlichen Korrekturbuchungen anhand der Jahresabschlussprüfungen die Daten, auf denen unsere aktuelle Haushaltsbewirtschaftung fußt, beeinflussen.

Ich darf für heute zum Schluss kommen. Als Ergebnis der Beratungen des Berichts über die Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 1. Januar 2008 und nach einstimmiger Beschlussfassung empfiehlt Ihnen der Rechnungsprüfungsausschuss den folgenden Text zum Beschluss:

Erstens. Der Rat stellt die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 01.01.2008 fest. Die Ratsmitglieder erteilen dem Oberbürgermeister die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

Zweitens. Die erforderlichen Änderungen der Eröffnungsbilanz sind in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt durchzuführen. Über die Beseitigung der Mängel ist im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Jung, für die sehr dezidierte Darstellung. – Ich gebe das Wort an Herrn Bürgermeister Wolf.

Bürgermeister Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Vorlage hier studiert habe, habe ich mich gefragt: Was ist das denn? Es kann doch nicht wahr sein, dass hier eine fehlerhafte Eröffnungsbilanz vorgelegt und trotzdem erwartet wird, dass sie festgestellt und der Stadtspitze Entlastung erteilt wird. Damit wird der Schwarze Peter an den Rat weitergegeben.

Ich möchte nur Teile der Schlussbemerkung vorlesen:

- Die Prüfung hat zu einigen Einwendungen geführt, aufgrund derer das Testat einzuschränken ist.
- Die Fehlerquote bei den bebauten und unbebauten Grundstücken hinsichtlich Ausweis und Bewertung war hoch. Eine Kontrolle bzw. Korrektur ist hier erforderlich.
- Inventuren wurden nicht ordnungsgemäß durchgeführt.

- Insbesondere sind die Festlegungen der Wertabschläge bei Straßen nicht nachvollziehbar und bedürfen der Kontrolle.

- Für die erhaltenen Zuwendungen aus der Investitionspauschale wurde ein Sonderposten gebildet, dem nicht Vermögensgegenstände auf der Aktivseite zugeordnet wurden. Diese Vorgehensweise steht nicht im Einklang mit den Vorschriften des NKF.

- Die Prüfung ergab, dass nicht unwesentliche Beträge mit Fremdkapitalcharakter dem Eigenkapital zugeordnet wurden.

- Große Teile der Bilanzforderungen, Forderungen und Verbindlichkeiten, wurden als Sammelbuchungen in das Buchhaltungssystem eingebucht. Eine ordnungsgemäße Zuordnung der Ausgleichszahlungen und deren Prüfung ist daher in der Folgeperiode nicht möglich und eine den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung konforme Buchhaltung nicht gegeben.

Warum das hier nur zu einem eingeschränkten Testat geführt hat, verstehe ich überhaupt nicht. Unter diese Bilanz darf kein Testat gesetzt werden. Wenn in der Wirtschaft ein Vorstand eine solche Bilanz vorlegen würde, die Arbeitsverträge der Leute wären beendet.

(Reinhard Houben [FDP]: System Laufenberg!)

Ich erinnere mich daran, dass es auch anders geht. Nach meinem Studium war ich bei einer WP-Gesellschaft, und wir haben die Ruhrkohle geprüft. 1970 wurden da 16 Bergbaugesellschaften zusammengeführt, jede hatte ein anderes System. Da musste man auch die ganzen Grundstücke aufnehmen und bewerten. Damit war man in anderthalb Jahren fertig, und dann gab es ordnungsgemäß testierte Abschlüsse.

Wir Liberalen übernehmen hierfür keine Verantwortung. Ich kann Ihnen hier im Rat nur empfehlen, dies auch nicht zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für die Annahme dieses Beschlussvorschlages ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und Herrn Zimmermann ist dies so angenommen und eine Entlastung ausgesprochen. Vielen Dank.

1. *Der Rat stellt die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 01.01.2008 fest: Die Ratsmitglieder erteilen dem Oberbürgermeister die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO.*

2. *Die erforderlichen Änderungen der Eröffnungsbilanz sind in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt durchzuführen. Über die Beseitigung der Mängel ist im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Zweite Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum „KVB-Nachtverkehr“ vom 26.05.2011
0104/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU-Fraktion werden dieser Vorlage nicht zustimmen, jedenfalls nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Bei der Diskussion über die Einführung der Nachtverkehre war in der zunächst vorliegenden Vorlage die Finanzierung von der Einführung abgekoppelt, und zwar mit der Begründung: Wir wollen das schnell einführen, möglichst schon zum nächsten Fahrplanwechsel. Deshalb soll die Finanzierung nachträglich geregelt werden. – Das war einvernehmlich zwischen allen Fraktionen zu dem Zeitpunkt.

Dann hat die Verwaltung aufgelistet und begründet, warum es effektiv keine Möglichkeit gibt, diese zusätzlichen Nachtverkehre zu finanzieren. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Nachtverkehre zwar zusätzliche Kosten verursachen, aber keine Einnahmen generieren. Wir sind der Auffassung, dass der erste Abschnitt, der jetzt an den Wochenenden implementiert worden ist, Sinn macht und genauso wenig wie das andere rückgängig zu machen ist. Allerdings sind wir angesichts der aktuellen Situation der Auffassung, dass wir diesen zweiten Schritt ohne eine Gegenfinanzierung oder eine Deckung jetzt nicht umsetzen sollten. Deswegen lehnen wir die Vorlage an dieser Stelle ab.

Ich will nicht verhehlen, dass bei uns im Nachhinein der Eindruck entstanden ist, dass das gewählte Verfahren der Abkopplung der Finanzierung kein besonders seriöses Ver-fahren war, um eine solche Entscheidung zu treffen. Auch das trägt dazu bei, dass wir im Augenblick dieser Vorlage, die eine Ausweitung auf die zweite Stufe vorsieht, nicht zustimmen können. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir eine Lösung für zusätzliche Nachtverkehre brauchen, allerdings nicht auf diese Weise.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. – Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Punkt. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und der Fraktion pro Köln ist dies so angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, die zweite Stufe des in der Anlage vorgestellten Konzeptes zur Weiterentwicklung des Nachtverkehrsangebotes in Köln mit Mehrleistungen auf den Stadtbahnlinien 1, 7, 15 und 18 unter Optimierung des bestehenden Rendezvous-Systems zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2012 umzusetzen. Auf Basis der künftigen Fahrgeldeinnahmen muss gegebenenfalls im Jahre 2013 über die Fortführung der Maßnahme entschieden werden.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Angebotsausweitung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Regelung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage
1005/2011

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/1148/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Eine Wortmeldung von Herrn Hoffmann zu seinem Änderungsantrag; danach Herr Ludwig und Herr Uckermann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Änderungsantrag ist entstanden, weil die Verwaltungsvorlage – ich meine, ich hatte ja diese Anfrage von der CDU gelesen – im Grunde genommen aussagt, dass es hier nur ein Entweder-oder gibt, nämlich: Entweder wir akzeptieren die Anlieferung auch internationalen Mülls, oder die Gebühren steigen. In der Vorlage sind keine anderen Möglichkeiten aufgeführt. Ich bezweifle das. Beispielsweise könnten doch auch Gelder, die in dem Betrieb eingenommen werden, dafür verwendet werden, dass die Müllgebühren nicht steigen.

Des Weiteren will ich Sie an dieser Stelle an die Ratssitzung vom 24. April 2008 erinnern. Im Protokoll kann man auf acht Seiten nachlesen, dass über diese Problematik intensiv diskutiert worden ist. Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie, dass ich daraus ganz kurz zitiere.

Michael Paul von der CDU:

> Der Müll, sowohl der Gewerbe- als auch der Hausmüll, soll dort entsorgt werden, wo er anfällt. Der italienische

> Müll soll in Italien und der Kölner Müll soll in Köln entsorgt werden.

Dr. Alexander Fladerer von der SPD:

> Ich kann versichern, dass die SPD-Ratsfraktion all ihren Einfluss geltend machen wird, einen internationalen Mülltourismus nach Köln zu verhindern.

Der Vertreter der FDP war damals schon auf einem moderneren Weg:

> ... den Müll als Wertstoff, als ein Handelsgut ansehen. Das sollten wir angesichts einer globalisierten Welt anerkennen und unsere Müllverbrennungsanlage hier nicht schlechtreden. ... Wenn wir hier Müll verbrennen können, was unsere Gebühren stützen und da-mit den Bürgern unserer Stadt helfen würde, dann habe ich damit kein Problem.

Laut Protokoll haben sich die Grünen nicht eingebracht, jedenfalls nicht mit Wortbeiträgen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben das abgelehnt!)

- Die Anträge, okay. – Dann wurde darüber entschieden. Heute sagt man zum gleichen Problem – das muss man eindeutig feststellen – entweder „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ oder „Ich habe meine Meinung geändert; heute sehe ich die Problematik des Mülls total anders.“ Hochinteressant, wie schnell man seine Meinung ändern kann.

Angesichts der schwierigen Haushaltssituation, in der wir uns befinden, kann ich zwar verstehen, wenn Sie versuchen, diese Sache anders zu lösen und sagen: Das, was wir vor vier Jahren hier entschieden haben, ist überholt. Ich frage mich, ob das in anderen Bereichen genauso laufen wird. Ich persönlich habe hier meine großen Probleme. Ich war damals bei der Diskussion zwar nicht dabei; aber ich glaube, damals wurden die richtigen Entscheidungen getroffen. Und kommen Sie mir jetzt bitte nicht damit, damals wäre es um Italien gegangen. Sie hätten die Entscheidung damals auch getroffen, wenn es Frankreich gewesen wäre.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Italien verliert aber heute Abend!)

- Darüber können wir gleich noch sprechen. Da können wir noch Wetten abschließen.

In diesem Zusammenhang steht dieser Änderungsantrag. Mir ist nicht ganz klar, ob das wirklich so alternativlos ist, wie Sie sagen, nämlich: Wenn wir das nicht machen, müssen die Bürger unserer Stadt tiefer in die Tasche greifen. – Gibt es tatsächlich nicht noch andere Möglichkeiten? Eine Alternative konnte man zwar zwischen den Zeilen lesen; aber wirklich seriös dargestellte vermisse ich hier. Deswegen bitte ich darum, diese Sache noch einmal zu prüfen; denn so kann es nicht stehen bleiben.

Und noch etwas hat mich ein bisschen erschreckt. Ich glaube, der Punkt stand schon auf der Tagesordnung des Rates vor der Landtagswahl. Dann wurde er in den Ausschuss für Umwelt und Grün bzw.

(Götz Bacher [SPD]: Nein, in den Betriebsausschuss!)

in den Betriebsausschuss – danke schön – geschoben. Dann wurde er noch mal in den Mai geschoben. Ich lief der Sache immer hinterher; dabei wollte ich einfach nur mal hören, was die Politiker in den einzelnen Gremien dazu sagen. Dann habe ich beim Sitzungsdienst angerufen, bin dann aber zu spät gekommen, weil man es vorgezogen hatte, es beim zweiten Mal –

(Zuruf)

- Nein, ich möchte das einfach sagen. Denn ich glaube, dass das eine wichtige Entscheidung ist, die hier getroffen wird.

(Zuruf: Das weiß doch jeder!)

- Ja, gut. – Ich bitte um positive Abstimmung zu meinem Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Ludwig hatte sich gemeldet. Dann Herr Brust, Herr Uckermann und Herr Zimmermann.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

> ... wir wollen für Köln überhaupt keinen ausländischen Müll. Es ist uns auch egal, ob sich dafür eventuell gute Verbrennungspreise erzielen lassen.

So weit damals Dr. Fladerer, SPD-Fraktion, am 24. April 2008. – Heute beteiligt sich die SPD hingegen an einer politischen Erpressung der Bevölkerung. Wenn wir keinen Mülltourismus zulassen, steigen die Gebühren, heißt es. Dies

wird uns auch noch ganz dreist als „automatisch“ und alternativlos verkauft.

Die überdimensionierte Müllverbrennungsanlage ist ein Kind von Klüngel und Korruption. Sie ist gegen den Widerstand vieler Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt worden. Heute bestätigen sich alle Warnungen der Kritikerinnen und Kritiker dieser Anlage. Dass die Anlage zu groß ist, ist keineswegs überraschend. Es war klar, dass durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, durch verstärktes Recycling und den Einsatz von Wertstofftonnen usw. die Abfallmenge insgesamt schrumpft. Gleichzeitig schrumpfen in der Bundesrepublik auch die Bevölkerung und das produzierende Gewerbe. Auch dadurch geht die Abfallmenge zurück.

Während diese Entwicklungen absehbar waren, wurden nicht nur in Köln, sondern auch im Umland unsinnige Überkapazitäten geschaffen. Die Verbrennungsanlagen und die hinter ihnen stehenden öffentlichen Beteiligungsbetriebe und Kommunen konkurrierten heftig miteinander. Eine Studie von Prognos im Auftrag des BUND kommt 2009 zu dem Schluss – ich zitiere –:

> So werden bereits heute etwa zwei Millionen Tonnen mehr Abfall nach Deutschland importiert als exportiert. Diese Menge entspricht der Kapazität von vier großen Müllverbrennungsanlagen oder einem mit Müll beladenen Güterzug von 1000 km Länge.

Und die etablierten Parteien in Köln wollen noch einige Kilometer Waggons an diesen Müll-Intercity anhängen. Statt einen Beitrag zu leisten, Abfallmengen zu reduzieren, wollen sie hier die Logik des Mülls als Ware im Sinne der FDP befördern.

Es kann nur einen vernünftigen Weg geben, mit der Frage der Überkapazitäten umzugehen: Es muss Reduzierung von Kapazitäten geben; Abfallwirtschaft darf kein Konkurrenzgeschäft sein, sondern muss von Städten und Gemeinden in Kooperation geregelt werden.

Die Stadt Köln hat seinerzeit mit dem Bau des Niehler Müllofens den Müllkonkurrenzkampf massiv angeheizt. Im Gegenzug könnte sie jetzt eine Rolle dabei spielen, die Kooperation mit anderen Gemeinden und Städten zu suchen und die Überkapazitäten zu reduzieren.

Falls es trotz der Einleitung dieses Abbaus von Überkapazitäten noch Lücken bei den Gebühren geben sollte, schlagen wir vor, dass sich die Stadt an diejenigen halten möge, die damals mit korrupten Methoden das Projekt vorangetrieben und davon profitiert haben. Bei Herrn Trienekens und den mit ihm verbündeten Politikern dürfte es ja noch Restbestände von Vermögen geben.

Zu den Verkehrsfolgen eines vermehrten Mülltransports: In der Verwaltungsvorlage heißt es, es würde zu keiner Erhöhung der LKW-Frequenz kommen. – Mag ja sein. Aber andersrum wird ein Schuh draus: Es bietet sich hier die Chance, den stark belasteten Kölner Norden – das hat ja auch die SPD bei der Debatte um den Godorfer Hafen immer betont – zu entlasten und die LKW-Frequenz zu reduzieren. Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, sorgen Sie dafür, dass dies auf keinen Fall passiert.

Eigentlich geht es hier lediglich um eine Maßnahme, um die überdimensionierte MVA auszulasten. Aber ein bisschen will man sich auch ökologisch geben und behauptet, die Müllverbrennung in Deutschland wäre so viel besser als die Deponierung in anderen Ländern. Merken Sie selbst nicht, wie bizarr dieses Argument ist? Die Logik daraus wäre, offensiv dafür zu plädieren, möglichst viel hier zu verbrennen oder zu produzieren und fröhlich durch ganz Europa zu fahren, weil der vermehrte Transport angeblich weniger ökologisch belastend wäre als die Verarbeitung vor Ort.

Was ist denn, wenn die Grünen, die ja immer für die lokale Wirtschaft eintreten, feststellen, dass die Milchviehhaltung in Deutschland so viel ökologischer läuft als in Spanien? Treten Sie dann für eine Joghurt-Offensive in Richtung Iberische Halbinsel ein? Die ganze Argumentation ist doch absurd. Richtig wäre hingegen: Keinen Mülltourismus, keine weitere Verstärkung des Verkehrs und den jetzigen reduzieren sowie vor Ort, hier, aber natürlich auch in anderen Ländern – nur, das können wir hier nicht beschließen – Recycling, Deponierung und Verbrennung verbessern nach ökologischen Maßstäben.

Ich denke, die ökologischen Argumente sind nur vorgeschoben. Die Müllofen-Fans wollen nicht zugeben, dass ihr Projekt irrsinnig war, und die Grünen frönen scheinbar wieder einmal ihrem fehlgeleiteten Pragmatismus, der schon bei der Nord-Süd-U-Bahn und anderen Projekten erprobt wurde, als es hieß: „Wir wollten es nicht, aber jetzt, wo es das gibt, sind wir dabei“. Aber mit dieser Logik – das kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren – wäre kein einziges Atomkraftwerk abgeschaltet worden.

Deswegen wendet sich die Linke gegen die Gebührenerpressung und steht zu ihren ökologischen Zielen: Kein Mülltourismus, sondern Vermeidung und Reduzierung der Abfallmengen. Wir unterstützen den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Brust, bitte.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir wollten dazu eigentlich nicht reden; aber ein paar Dinge müssen einfach richtiggestellt werden, weil sie sonst zur Legendenbildung beitragen.

Zunächst einmal: Es gibt keine Meinungsänderung, Herr Hoffmann, sondern es gibt eine geänderte Situation. Herr Ludwig hat es gerade richtig gesagt: In den letzten Jahren gab es einen drastischen Zubau an neuen MVAs, die wirklich unsinnig und überflüssig sind. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir die Müllgebühren stabil halten wollen. Deswegen sind wir auch weiterhin gegen die Einführung von Müll aus dem Ausland. Wir beschließen ja heute nicht, Müll einzuführen, sondern wir beschließen lediglich, dass für den Fall, dass die MVA mal nicht ausgelastet ist, die MVA über die Einfuhr von ausländischem Müll verhandeln darf. Es ist im Moment nicht geplant, ein Geschäft mit dem Ausland abzuschließen.

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler]: Tür und Tor geöffnet! – Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir sind doch nicht blöd!)

Sie schreiben in Ihrer Begründung, Herr Hoffmann, die Kapazitäten wären niemals ausgelastet gewesen. – Das ist natürlich Unfug. Die MVA ist, obwohl sie groß war und obwohl sie gegen unseren Willen gebaut wurde, immer voll ausgelastet gewesen, und das ist auch notwendig. Ansonsten läge die Müllgebühr heute viel höher. Uns geht es darum, dass diese MVA auch weiterhin sinnvoll ausgelastet wird.

An der Stelle muss ich Herrn Ludwig widersprechen. Es ist schon ein Unterschied, ob man Joghurt oder Müll transportiert; denn Müll zu deponieren, ist nun mal ein ökologisches Verbrechen. Das ist mit Recht in der EU verboten. Wenn er aber irgendwo anders noch deponiert werden muss, weil es keine Verbrennungsanlagen gibt, dann ist es in der Tat sinnvoller, ihn zu transportieren und zu verbrennen, als ihn weiter dort zu deponieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Hoffmann, Sie schreiben weiter, als Alternative bleibe nur, mehr Müll zu produzieren. – Das ist ein Märchen, das schon immer erzählt worden ist. Die tatsächliche Situation stellt sich ganz anders dar: 2002 wurden 386 000 Tonnen Hausmüll und Sperrmüll an die MVA geliefert. Im letzten Jahr waren es 307 000 Tonnen. Also: innerhalb von zehn Jahren ein Rückgang von knapp 80 000 Tonnen, und zwar Jahr für Jahr ziemlich konstant: fast jedes Jahr 8 000 Tonnen weniger.

Das ist nur durch die gemeinsame Anstrengung der Politik in Köln wie auch der MVA und der AWB möglich geworden, beispielsweise durch Angebote wie die kostenlose Biotonne, das Holsystem, die Vorsortierung von Sperrmüll usw. Dadurch konnte die Menge des Mülls, der verbrannt wird, ständig gesenkt werden. Das soll auch weiter so gemacht werden. Das kann aber nur dann sinnvoll weiter so gemacht werden, wenn wir den Kölnern versprechen: Wenn ihr weiter Müll vermeidet, bezahlt ihr auch weniger.

Wir haben in diesem Jahr die Müllgebühren gesenkt, weil die MVA weniger Kosten an die Bürger weitergibt. Das können wir im nächsten Jahr auch machen, wenn wir für die entsprechend wegfallenden Kölner Tonnen Gewerbemüll einsetzen, der uns dann Geld bringt. Dieses Geld können wir von den Gebühren abziehen und damit die Gebührenzahler entlasten.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ja richtig!)

Zum Letzten: Herr Hoffmann, Sie sagten, die Verwaltung habe Ihnen keine Alternativen vorgestellt. – Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Die Politik muss beschließen, was sie will. Die Verwaltung hat die CDU-Anfrage korrekt beantwortet. Dort können Sie alles nachlesen. Eine Stilllegung der vierten Linie würde überhaupt nichts bringen; denn nach Gebührenrecht müsste man die weiterlaufenden Zinsen, Abschreibungen usw. einrechnen auf weniger Tonnen, was automatisch zu höheren Kosten führen würde.

Eine Alternative steht im rot-grünen Koalitionsvertrag der Landesregierung. Da heißt es nämlich, dass die Landesregierung in Zukunft den MVAs den Müll aus den nächsten Kommunen

zuweisen wird. Das ist die einzig richtige Vorgehensweise, um Mülltourismus zu vermeiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass der Müll zugewiesen und dadurch Mülltourismus vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. – Wir kommen zu Herrn Uckermann. – Hat sich das erledigt? – Ach so, zuvor Herr Dr. Albach. Ihre Jungfernrede, bitte.

Dr. Rolf Albach (FDP): Ich muss mich noch daran gewöhnen, dass es nicht nach Körpergröße, sondern nach Fraktionsgröße geht. – Meine Damen und Herren! Herr Hoffmann hat mich ja richtig zitiert. Jetzt könnte ich Herrn Hoffmanns Rede ins Lächerliche ziehen und, anknüpfend an unsere anfangs geführte Debatte zur Kulturpolitik, sagen: Wir könnten ja, rein rechnerisch, die Müllverbrennungsanlage in Niehl zur Hälfte stilllegen und die Anlieferhalle als Ersatzspielstätte für die Oper nutzen,

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

dann aber mit dem KVB-Orchester; das hat sich ja schon bewährt. Aber das Thema Lärm und Dieselabgase ist eindeutig zu ernst, um es ins Lächerliche zu ziehen. Nicht nur im Kölner Norden sind wir, was Lärm angeht, noch nicht da, wo uns die Bürger haben wollen. Das gilt genauso für den Rendsburger Platz bei uns in Mülheim, das gilt für Marsdorf, das gilt für Godorf, das gilt überall in Köln.

Es gibt aus unserer Sicht drei Gründe, diese Anlage nicht zur Hälfte stillzulegen:

Den ersten Grund hat Herr Hoffmann auch schon genannt: Wir können unseren Bürgern keine höheren Gebühren zumuten. Würden wir nämlich 360 000 Tonnen stilllegen – bedenken Sie bitte, dass jede Tonne mit 70 Euro angesetzt ist –, hätten die Kölner Bürger 25 Millionen Euro mehr zu schleppen. Das geht nicht. Wir haben in Köln zu viele Bürger, die auch ein Haushaltsproblem haben. Dass Herr Brust von Gebührenstabilität spricht, fand ich absolut bemerkenswert. Das werde ich mir merken.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen: So sind wir!)

Der zweite Grund ist: Wir leben nun mal in einem europäischen Binnenmarkt. Müll – zumindest der, über den wir hier reden – ist nicht gefährlich. Wir schippern Chemikalien aus Köln quer durch Europa, weil es effizient ist, das so zu tun, auch um Großanlagen effizient betreiben zu können. Lüttich ist genauso weit weg wie Arnsberg. Das heißt, ob Belgien oder ein anderer Regierungsbezirk in Nordrhein-Westfalen, das macht keinen Unterschied. Es gibt einen europäischen Binnenmarkt, und Müll wird immer mehr zum Wertstoff; Herr Hoffmann hat es zitiert. Das ist ja auch der Grund, warum es immer weniger Müll gibt, den wir entsorgen müssen.

Der dritte Grund: die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Wollen wir Ineffizienz, indem wir die besten Anlagen in Europa, die von der Europäischen Union als „vorbildlich“ bezeichnet werden, stilllegen, oder wollen wir Effizienz? Das heißt – wir haben das auch im letzten Umweltausschuss diskutiert – zum Beispiel, dass Müllfahrzeuge zum Einsatz kommen müssen, die lärmarm und ohne Emissionen fahren, Stichwort: Elektrofahrzeuge, gasbetriebene Fahrzeuge. Was ist passiert bei den Elektroprojekten, die gerade laufen? Wer bekommt den Zuschlag für Müllfahrzeuge? Das Ruhrgebiet. Köln muss an der Stelle eindeutig besser werden. Ich rufe Sie dazu auf, mit uns diesen Weg hin zu mehr Effizienz zu gehen. Lassen Sie uns in dem Bereich gemeinsam vorangehen und den Menschen helfen! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Albach. – Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben das Thema ja im Ausschuss schon angesprochen und dort klargemacht, dass es nicht angehen kann, Müllmassen aus Neapel per Güterzug oder LKW hierherzukarren, weil man sie woanders nicht haben will. Es gilt natürlich das Verursacherprinzip: Jeder ist für seinen Müll selber zuständig. Das sollte in Köln auch so bleiben. Es gibt sehr wohl heute schon von betroffenen Anwohnern, nicht nur von denen im direkten Umfeld, sondern auch von Menschen, die an den Zufahrtstraßen leben, Beschwerden, dass sie das nicht haben möch-ten.

Denken Sie bitte an die Widerstände, die es damals, als es um dasselbe Thema ging, gegeben hat, wie überhaupt gegen diese Müllverbrennungsanlage. Denken Sie bitte auch daran, wer damals Genehmigungsbehörde war: Genehmigungsbehörde war damals die grüne Ministerin Bärbel Höhn. Statt hier jetzt alles groß zu kritisieren, sollten Sie sich erst einmal an die eigene Nase packen. Herr Brust, ich schätze Sie ja sehr; aber Ihre Partei scheint Sie nicht so ernst zu nehmen. Sie müssten Ihre Rede mal auf einem grünen Parteitag halten und nicht hier im Stadtrat.

Für uns kommt das auf keinen Fall infrage, insbesondere auch deswegen, weil es nicht immer ein gutes Geschäft für Köln ist. Wir haben ja schon dafür bezahlt, damit wir Müll überhaupt verbrennen dürfen. Das ist natürlich eine ganz groteske Situation. Das wollen wir in Zukunft verhindern. Daher unser Appell: Schließen Sie sich dem Votum unserer Fraktion an und lehnen Sie es ab, dass hier anderer Leute Müll verbrannt wird. – Danke.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann, Freie Wähler, ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Damit ist sie so beschlossen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann:

Der Rat stimmt nicht der Anlieferung und Verbrennung von internationalem Müll in der Restmüllverbrennungsanlage zu. Lediglich die Anlieferung des im näheren Umfeld von Köln anfallenden Rest- und Industriemülls ist möglich.

Die Verwaltung soll aufzeigen, wie durch eine Kapazitätsreduzierung (Stilllegung von Ofenlinien) und sonstigen Maßnahmen die Müllgebühren stabil gehalten werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat stimmt der Anlieferung und Verbrennung von internationalem Müll in der Restmüllverbrennungsanlage Köln (RMVA) zu. Voraussetzung hierfür ist, dass hierdurch die Auslastung der RMVA sichergestellt werden kann oder das Verbrennungsentgelt für diese Abfälle über den deutschen Marktpreisen für Gewerbeabfälle liegt.

Des Weiteren genehmigt die Stadt Köln, dass seitens der AVG auch eine Verarbeitung von Haus- und Sperrmüll aus anderen Gemeinden / Städten und dem benachbarten Ausland, insbesondere aus den Benelux-Staaten und Frankreich zulässig ist.

Ziffer 2 des Ratsbeschlusses vom 24.04.2008 (TOP 2.1.11) wird insoweit teilweise aufgehoben.

Voraussetzung für die Annahme von Fremdabfällen gleich jedweder Art ist auch weiterhin, dass durch die jeweilige Maßnahme die Entsorgungssicherheit der Stadt Köln nicht beeinträchtigt ist und Abfälle aus NRW bzw. unmittelbar benachbarten Bundesländern / Ausland Vorrang haben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 2. Fortführung von „Win-Win für Köln“ – ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
1055/2012

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP.

Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die weitere Fortführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, im Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Arbeitsmarktförderung.

Er beauftragt die Verwaltung, die drei Stellen, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlich und bisher bis zum 30.06.2012 befristet eingerichtet wurden, zu verlängern. Es handelt sich dabei um

1 Stelle StOI BGr. A10 BBO bzw. VA VGr. IVb, Fg. 1a BAT (EG 9 TVöD), befristet bis zum 31.12.2013,

1 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD), befristet bis zum 31.12.2013 und

1 Stelle Techn. Ang. VGr. IVa/III + TZ, Fg. 1/1c BAT (EG 11 TVöD), befristet bis zum 31.12.2012.

Die Deckung der zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von 83.750 € in 2012 und 101.200 € in 2013 sowie der zusätzlichen Sachaufwendungen in Höhe von 19.200 € in 2012 und 25.600 € in 2013 erfolgt im Haushaltsjahr 2012 durch Wenigeraufwendungen der im Haushalt 2012 im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - in Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen des Stadtverschönerungsprogramms. Zum Haushaltsplan 2013 werden entsprechende Aufwendungen im Wege der Umveranschlagung zulasten des Aufwandsbudgets des Stadtverschönerungsprogramms bereitgestellt.

Im Haushaltsplan 2008/2009 wurden zur Durchführung des Projektes im Teilfinanzplan 1501 investive Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 8040-1501-0-5000 im Jahr 2008 in Höhe von 1.000.000,00 EUR und in 2009 in Höhe von 3.500.000,00 EUR veranschlagt. Die bisher nicht verausgabten Mittel stehen bis zum Abschluss des Programms weiterhin zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2010 -Beteiligungsbericht 2010-
2080/2012

Hier geht es um Kenntnisnahme. Wir müssen dazu einen Beschluss fassen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir danken für die Fleißarbeit!)

Ich nehme das gerne entgegen – um das noch einmal zu Protokoll zu geben –: Der Fraktionsvorsitzende der SPD – und

(Martin Börschel [SPD]: Der Finanzausschuss!)

ich glaube, die anderen werden sich ihm anschließen – bedankt sich ausdrücklich für die intensive Arbeit, die gemacht worden ist. Ich sehe, Sie nehmen das alles zustimmend zur Kenntnis. – Dann ist das so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
0533/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dies einstimmig angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich. Und wenn heute Deutschland noch gewinnt, ist der Tag gut gelaufen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud auf dem Grundstück Martinstraße 34-42, und zwar mit der Maßgabe, dass zunächst ein europaweit auszulobender Architektenwettbewerb (Realisierungswettbewerb) mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren durchgeführt wird. Ziel ist die Errichtung des Erweiterungsbaus durch einen

Investor in Öffentlich Privater Partnerschaft – ÖPP.

Der Rat ist dankbar für das großzügige Angebot des Stifterrates Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud e. V. vom 23.1.2012, sich an der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud durch die europaweite Auslobung des Architektenwettbewerbs und dessen Finanzierung bis zu einer Höhe von 450.000 Euro zu beteiligen. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass dieser Betrag dem städtischen Sonderkonto „Stifterrat" entnommen wird.

Der Rat ist damit einverstanden, dass der Finanzierungsbeitrag des Stifterrates Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud e. V. bei Nichtrealisierung des Erweiterungsbaus wieder dem städtischen Sonderkonto „Stifterrat" zugeführt wird.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Stifterrat Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud e. V. die für die europaweite Auslobung und die Durchführung des Architektenwettbewerbs notwendigen Hilfestellungen zu leisten. Der Auslobungstext, soweit er öffentlich bekannt gemacht werden darf, ist dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.27 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012
2233/2012

Diese Angelegenheit wurde wegen Beratungsbedarfs bis zur folgenden Sitzung des Rates am 20.09.2012 zurückgestellt (siehe hierzu auch Ziffer V – vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11:

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 155. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
hier: Feststellungsbeschluss
1686/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu einer Reihe von Bauleitplänen unter Tagesordnungspunkt 12:

Der Rat

1. *stellt fest, dass gegen die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;*

2. *stellt die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes – Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll – mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
0998/2012

Keine Wortmeldungen. – Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt,

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70420/02 für das Gebiet zwischen dem Poller Damm und der Siegburger Straße und zwischen der nördlichen Autobahnauffahrt Köln-Poll und den rückwärtigen Grundstücksgrenzen Auf dem Sandberg 2 bis 99 sowie nördlich der Siegburger Straße zwischen Auf dem Sandberg 90 und 92 und der rückwärtigen Grundstücksgrenze Im Forst 453 (ehemaliger Bunker), rückwärtige Grundstücksgrenzen Im Forst 453 bis 13, nördlich des Grundstücks Im Forst 13 bis zur KVB-Strecke von Köln-Deutz nach Köln-Porz und östlich der Schule Auf*

dem Sandberg 120 in Köln-Poll – Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 7;

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 66/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64457/02
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld
1126/2012

Wir stimmen ab wie im StEA, wie in der Vorlage. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. So abgestimmt.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 64457/02 für das Gebiet südlich der Grundstücke Grüner Weg 2 und 4, östlich der Flurstücke 294 (Vulkangelände), 290, 289, 2349/58 und 2421/58, nördlich der Weinsbergstraße, nordwestlich des Flurstücks 447 (Baumarkt), nordwestlich der Grundstücke Melatengürtel 117-121, westlich des Melatengürtels und südlich der Flurstücke 1985/51, 51/10 und 379 in Flur 72 der Gemarkung Ehrenfeld in Köln-Ehrenfeld – Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 64457/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (Bau GB) zu ändern;*

3. *den Bebauungsplan 64457/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09. 2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Der Beschluss wird nicht in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67511/02
Arbeitstitel:
Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
1135/2012

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir auch da zur Abstimmung. Stimmt jemand dagegen? – Die Fraktion pro Köln stimmt dagegen. Wer enthält sich? – Keiner. Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so beschlossen.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67511/ 02 für das Gebiet südlich der Pastor-Wolff-Straße beziehungsweise der Straße Im Grund in Köln-Niehl, Flurstücke 2855, 1637, 1979, 2060 und eine Teilfläche aus 1916, alle Flur 99, Gemarkung Longerich – Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67511/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7*

Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07/00/03
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung
1182/2012

Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07/00/03 mit gestalterischen Festsetzungen für die Baufelder des allgemeinen Wohngebietes (WA 1) zwischen der öffentlichen Grünfläche im Zentrum des Wohngebietes, dem Nesselweg, der Hopfenstraße (Haupterschließungsstraße 2) und dem Salbeiweg in Köln-Merheim – Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59470/02
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf
2231/2012

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion pro Köln, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann so zugestimmt.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 59470/02 für das Gebiet südlich des Neubaugebietes Widdersdorf Süd (neu) zwischen Strohblumenweg und der geplanten öffentlich zugänglichen Golfanlage Widdersdorf westlich der Bundesautobahn (BAB) A 1 betreffend die Flurstücke 1246, 1745, 1805, 1872, 2194, 2196, 2413, 2414 sowie 2571 bis 2578 in der Gemarkung Lövenich, Flur 55, in Köln-Widdersdorf – Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan 59470/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0971/2012

Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das auch so beschlossen.

Der Rat beschließt den Erlass der 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1873/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Der Rat beschließt den Erlass der 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 17:

17. Wahlen

17.1 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in die Fachausschüsse
1733/2012

Wir stimmen ab, wie der Integrationsrat beschlossen hat in der Anlage 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Der Rat entsendet auf Vorschlag des Integrationsrates folgende Mitglieder des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerin/sachkundigen Einwohner bzw. stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner in die Fachausschüsse.

<u>Ausschuss Anregungen und Beschwerden</u>

- *Herr Abdullah Aydik als sachkundiger Einwohner (Herr Özkücük tritt zurück)*
- *keine Stellvertretung*

<u>Ausschuss Bauen</u>

- *Frau Filiz Kalaman als sachkundige Einwohnerin*
- *keine Stellvertretung*

<u>Ausschuss Jugendhilfe</u>

- *Frau Lydmyla Beysorina als sachkundige Einwohnerin (bislang Stellvertretung)*

- *Frau Yeliz Karadeli-Yasar als Stellvertretung*

Ausschuss Kunst und Kultur

- *Herr Turan Özkücük als sachkundiger Einwohner*
- *Frau Minu Nikpay verbleibt als Stellvertretung*

Ausschuss Schule und Weiterbildung

- *Frau Ebru Coban verbleibt als sachkundige Einwohnerin*
- *Herr Ekrem Ceylan als Stellvertretung*

Ausschuss Sport

- *Herr Ali Esen verbleibt als sachkundiger Einwohner*
- *Herr Ahmed Altinova als Stellvertretung*

Ausschuss Stadtentwicklung

es werden keine sachkundige Einwohnerin/ kein sachkundiger Einwohner und keine Stellvertretung benannt

Ausschuss Umwelt und Grün

- *Frau Minu Nikpay als sachkundige Einwohnerin (bislang Stellvertretung)*
- *keine Stellvertretung*

Ausschuss Verkehr

- *Herr Abdullah Aydik als sachkundiger Einwohner*
- *keine Stellvertretung*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
2111/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist so angenommen.

Der Rat nimmt Kenntnis, dass die Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Marianna Seyda

als beratendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt (als Nachfolgerin von Frau Isabella Farkas).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Akademie der Künste der Welt gGmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
2184/2012

Benannt sind der Oberbürgermeister sowie sieben Vertreter der Fraktionen. Dazu gibt es eine Liste. Für die SPD sind zwei Vertreter benannt: Frau Dr. Bürgermeister und Frau Scho-Antwerpes; für die CDU zwei Vertreter: Herr Dr. Elster und Frau Henk-Hollstein; für die Grünen zwei Vertreter: Frau von Bülow und eine noch zu benennende Person; für die FDP ein Vertreter: Herr Görzel.

Jetzt gibt es eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich möchte noch mit einer eigenen Liste kandidieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann haben wir zwei Listen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Listen: zum einen über die Liste 1, die ich gerade vorgelesen habe, und zum anderen über die Liste 2, auf der Herr Zimmermann kandidiert.

Wer ist für die Liste 1? – Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der OB. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen.

Wer für die Liste 2, auf der Herr Zimmermann kandidiert, ist, bitte ich um das Handzeichen. –

Das sind Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln. Das ist nicht die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen.

Damit sind die auf der Liste 1 stehenden Personen benannt.

Für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Akademie der Künste liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Vorschlag der Verwaltung:

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Vorschläge des Rates:

Liste 1 (SPD/CDU/Grüne und FDP)

1. RM Dr. Eva Bürgermeister
2. RM Elfi Scho-Antwerpes
3. RM Dr. Ralph Elster
4. RM Anna-Maria Henk-Hollstein
5. RM Brigitta von Bülow
6. NN (Vorschlag durch Grüne folgt)
7. RM Volker Görzel

Liste 2 (RM Thor-Geir Zimmmermann)

1. Thor-Geir Zimmermann

Auf die Liste 1 entfallen die Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie die Stimme des Oberbürgermeisters

Auf die Liste 2 entfallen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde).

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Liste 1 (SPD/CDU/Grüne und FDP)

1. RM Dr. Eva Bürgermeister
2. RM Elfi Scho-Antwerpes
3. RM Dr. Ralph Elster
4. RM Anna-Maria Henk-Hollstein
5. RM Brigitta von Bülow
6. NN (Vorschlag durch Grüne folgt)

Liste 2 (RM Thor-Geir Zimmmermann)

1. Thor-Geir

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt gGmbH:

Oberbürgermeister Jürgen Roters

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Des Weiteren entsendet der Rat folgende 7 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt gGmbH:

1. RM Dr. Eva Bürgermeister
2. RM Elfi Scho-Antwerpes
3. RM Dr. Ralph Elster
4. RM Anna-Maria Henk-Hollstein
5. RM Brigitta von Bülow
6. NN (von Bündnis 90/ Die Grünen noch vorzuschlagen)
7. RM Thor-Geir Zimmermann (nimmt die Wahl nicht an)

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln sowie der Fachbeigeordneten ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister gibt zunächst irrtümlich bekannt, dass die Liste 1 komplett gewählt worden sei. Später stellt er aber klar, dass die Auswertung der Abstimmung noch nicht abgeschlossen ist und das Ergebnis erst nach dem nichtöffentlichen Teil mitgeteilt werden kann. Um das korrigierte Wahlergebnis bekannt zu geben, eröffnet der Oberbürgermeister nach Beendigung der nichtöffentlichen Sitzung nochmals den öffentlichen Teil. Hier stellt er fest, dass aus der Liste 1 die Positionen 1-6 sowie Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann von der Liste 2 gewählt worden seien.

Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) erklärt darauf hin, dass er die Wahl nicht annehme, da er von einem Teil der Stimmen, die auf ihn abgegeben worden seien, keinen Gebrauch machen wolle.

Der Oberbürgermeister erklärt anschließend, dass nun geprüft werde, welche Auswirkungen es habe, dass Herr Zimmermann die Wahl nicht angenommen habe. Das Ergebnis werde dem Rat in seiner Sitzung am 20.09.2012 vorgelegt. Ggf. müsse neu gewählt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds
2349/2012

Es geht um die Nachfolge von Herrn Streitberger. Vorgeschlagen ist unser neuer Beigeordneter Herr Franz-Josef Höing. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG vor,

Herrn Franz-Josef Höing

mit Wirkung zum 13.08.2012 in den Aufsichtsrat zu wählen.

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt, d. h. dem Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Wahl eines Vertreters in der Zweckverbandsversammlung
2350/2012

Auch hier die gleiche Situation. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln entsendet

Herrn Franz-Josef Höing

mit Wirkung zum 13.08.2012 als Nachfolger von Herrn Bernd Streitberger als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt, d. h. dem Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Umbesetzung Sportausschuss“
AN/1144/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so beschlossen.

Anstelle von Frau Iwana Blaszkiewicz wählt der Rat auf Vorschlag der Fraktion pro Köln,

Herrn Tony-Xaver Fiedler,

wohnhaft Heidberweg 36 in 50703 Köln-Porz, als Mitglied in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Mitgliedes des Integrationsrates
AN/1159/2012

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln bestellt anstelle von Herrn Henk von Benthem,

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut,

als stimmberechtigtes Mitglied für den Integrationsrat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung Kulturausschuss
AN/1173/2012

Anstelle von Frau Rita Krause benennt die Fraktion pro Köln Herrn Markus Wiener. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln anstelle von Frau Rita Krause

Herrn Markus Wiener

als Mitglied in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der Fraktion die Linke.
hier: Rechnungsprüfungsausschuss: Benennung eines Mitgliedes mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 1 Satz 7–12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Auf Anschlag der Linken –

(Heiterkeit und Beifall – Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Roters, da nehmen wir Sie nicht ernst!)

- Ich bitte um Nachsicht. Es soll natürlich kein Anschlag sein, sondern ein Antrag. Sie benennen anstelle von Herrn Torsten Löser für den Rest der aktuellen Wahlperiode Herrn Manfred Hoffmann als Mitglied mit beratender Stimme im Rechnungsprüfungsausschuss.

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich darf damit Herrn Hoffmann ganz herzlich gratulieren.

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke. anstelle von Torsten Löser für den Rest der aktuellen Wahlperiode

Manfred Hoffmann

als Mitglied mit beratender Stimme des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zu gestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend Nachbesetzung von Gremien
AN/1175/2012

Dabei geht um eine Empfehlung für die Hauptversammlung des Kölner Zoos. Anstelle von Herrn Michael Neubert wird Herr Dr. Ralph Heinen benannt. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln empfiehlt der Hauptversammlung der Kölner Zoo AG, anstelle von Herrn Michael Neubert

Herrn Dr. Ralf Heinen

in den Aufsichtsrat der Zoo AG zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal zurückkommen zu TOP 17.4, Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt. Aufgrund der abgegebenen Stimmen wird derzeit berechnet, wie die künftige Sitzverteilung aussieht. Das Ergebnis werden wir Ihnen nach der jetzt folgenden nichtöffentlichen Sitzung bekannt geben.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von 18.18 bis 18.32 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, wir nehmen jetzt die unterbrochene öffentliche Sitzung wieder auf. Das Ergebnis der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Akademie der Künste liegt nun vor. Die Berechnung erfolgte nach dem Verfahren Hare/Niemeyer. Dazu haben wir die Abstimmungsergebnisse in eine entsprechende Software eingegeben. Ergebnis ist, dass der letzte Platz der Liste 1, auf den sich Herr Görzel beworben hatte, nicht von ihm wahrgenommen werden kann, sondern stattdessen Herr Zimmermann gewählt ist.

(Zurufe: Bravo!)

Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Dazu möchte ich eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Meine Kandidatur sollte natürlich in erster Linie ein Zeichen setzen. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass bei der Besetzung von Aufsichtsräten, Ausschüssen etc. deren Größe, in der Regel immer ohne Nachfrage von den Kollegen im Rat, so bemessen wird, dass nur – ich sage mal – die mittelgroßen und großen Fraktionen dort vertreten sind. Das ist mir, wenn man so will, gelungen. Aber da ich natürlich nicht mit diesen Stimmen gewählt werden wollte, nehme ich die Wahl nicht an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Dadurch zieht die Liste 1 wieder. Damit ist Herr Görzel gewählt.

(Martin Börschel [SPD]: Dann muss neu gewählt werden! – Weitere Zurufe)

- Ich kann es jetzt von hier aus nicht beurteilen.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Neu wählen!)

- Eine Sekunde! Wir prüfen das in Ruhe. Wir liegen ja gut in der Zeit, sodass wir in Ruhe und mit der nötigen Solidität prüfen können, ob wir neu wählen müssen oder ob damit automatisch Herr Görzel gewählt ist. Ich kann es so nicht sagen. Das wird gerade geprüft. Da wir noch alle da sind, sollten wir diese Möglichkeit wahrnehmen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich wirklich um eine nicht einfache Prüfung, die im Augenblick in aller Ruhe und Seriosität durchgeführt wird. Deswegen schlage ich vor, dass wir Ihnen das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Rates mitteilen. Unter Umständen muss neu gewählt werden. Das müssen wir in Ruhe prüfen.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich für die langen Sitzungsdebatten, die wir heute geführt haben, und wünsche Ihnen einen schönen Urlaub und gute Erholung. Wir verzichten heute aus ganz besonderem Grund darauf, uns noch vor der Sommerpause hier zu einem Umtrunk zu versammeln. Wir werden das im Herbst nachholen.

(Beifall bei der SPD – Andreas Köhler [CDU]: Als Europameister!)

(Schluss: 18.36 Uhr)

36. Sitzung

vom 20. September 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Für Transparenz – gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. stadtnahen Betrieben“

(zurückgezogen)

1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Hilfe für die Severinstraße“

AN/1601/2012

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord

2974/2011
(zurückgezogen)

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig

hier: Spende in Höhe von 20.000,00 € zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ im Museum Ludwig

2901/2012

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Weitere Vorschläge für Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung“

AN/1529/2012

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen“

AN/1549/2012

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke., Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Nachtflug abschalten“

AN/1548/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1607/2012

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Schluss mit den Luxusrenten bei städtischen Unternehmen – Rente mit 67 auch für Großverdiener in den Vorständen der Stadtwerke“

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln

AN/1609/2012

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Untersuchung des Leistungsspektrums von Städten durch Focus-Money: Bürgerorientierung und Kundenfreundlich-keit in der Kölner Stadtverwaltung“

AN/1530/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1599/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2012

3427/2012

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution: Rettet die Jahnwiese!“

(zurückgezogen)

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln“

AN/1536/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1611/2012

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplan der Stadt Köln“

(zurückgezogen)

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Prüfantrag zur Einrichtung einer Peter-Fechtner-Straße“

AN/1332/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abführung der Sitzungsgelder aus Aufsichtsräten an die Stadt Köln“

AN/1526/2012

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kampagne des Bundesinnenministeriums gegen radikale Islamisten auch in Köln“

AN/1541/2012

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Vorzeitige in Betriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Serverinsstraße und dem Kölner Süden“

AN/1545/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Umsetzung des Ratsbeschlusses „Räumung des AZ in der Wiersbergstraße in Köln-Kalk“

AN/1580/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09.2012

3448/2012

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Situation am Brüsseler Platz“

AN/1581/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09.2012

3439/2012

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd“

AN/1584/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09.2012

3437/2012

4.4 Anfrage Die Linke. betreffend „Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013“

AN/1589/2012

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Abruf von Leistungen aus dem Bildungspaket“

AN/1588/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09.2012

3414/2012

4.6 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Anpassung der Geschäftsordnung – Einberufung des Rates und seiner Ausschüsse“

AN/1592/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012

3425/2012

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mittelabfluss in der Wohnungsbauförderung“

AN/1598/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012

3444/2012

4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung“

AN/1089/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012

2482/2012

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

1357/2012

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden

0909/2012

6.1.3 5. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung (Neufassung)

1704/2012

6.1.4 Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011

3009/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Rückwirkende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroßmarkt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln

1867/2012

6.2.2 Städtische Tiefgaragen und Parkhäuser

hier: Änderung der Kurzparkergebühren in den Garagen der Innenstadt

2327/2012

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln

2816/2012
(zurückgezogen)

6.3.2 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Eigelstein, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Roden-

kirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Nippes, Longerich, Chorweiler, Worringen, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/ Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Kalk, Mülheim, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide,

2813/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1594/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2012

3426/2012

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 in analoger Anwendung

3278/2012

8. Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Weitere überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2011

2689/2012

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben für das Haushaltsjahr 2011

2168/2012

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Entgeltpauschale für Stromentnahme auf den Kölner Wochenmärkten

2055/2012

10.2 Mitteilung über die weitere Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Maßnahme Generalsanierung Bandanbau des Museum Schnütgen

2198/2012

10.3 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012

2233/2012

10.4 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2012/2013

2578/2012

10.5 Umsetzungskonzept der Energieanalysen 2007 und 2010

2766/2012

10.6 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2925/2012
(zurückgezogen)

10.7 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen

3132/2011
(zurückgezogen)

10.8 Internetstadt Köln

0687/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1555/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1605/2012

10.9 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere

3039/2012

10.10 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014

2665/2012

10.11 Umsetzung des Neubau- und Sanierungsprogramms für städtische Sozialhäuser. Begrenzung der Bau- und Folgekosten.

1356/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1613/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1614/2012

10.12 Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

Planungsbeschluss sowie außerplanmäßige Auszahlung für den Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55 / Östlicher Zubringerstraße A559

2544/2012

10.13 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium

hier: Baubeschluss Bauphase 1

2266/2012

10.14 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock

3799/2011

10.15 Handlungskonzept Behindertenpolitik – „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“

hier: 1. Folgebericht – „2010/2011 Bilanz und Ausblick“

1771/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/1608/2012

10.16 Neubau Mensa an der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/ Lustheiderstraße 47, 51103 Köln-Höhenberg

Baubeschluss

1909/2012

10.17 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung/Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln

3219/2012

10.18 Baubeschluss für den Umbau der Berliner Straße als Geschäftsstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans; hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9-5540 (Mülheim 2020 – Ausbau Berliner Straße) im Haushaltsjahr 2012

2873/2012

10.19 Baubeschluss für den Ausbau der Frankfurter Straße von Wiener Platz bis Bahnhof Mülheim sowie Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans; hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-5530 (Mülheim 2020 – Frankfurter Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012

2872/2012

10.20 Baubeschluss für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße entsprechend RABT

2807/2012

10.21 Hauswirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache, alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe

3132/2012
(zurückgezogen)

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65483/02

Arbeitstitel: Reutlinger Straße in Köln-Bilderstöckchen

1283/2012

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70430/04

Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll

2100/2012

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 6742/02

Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in Köln-Neustadt/Süd

2174/2012

12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 7643/02

Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar

2436/2012

12.5 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 D (74394/03)

Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/KVB in Köln-Porz

2449/2012

12.6 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 E (74391/04)

Arbeitstitel: Porz-Mitte/Bennauer Straße in Köln-Porz

2450/2012

12.7 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 A (74393/02)

Arbeitstitel: Porz-Innenstadt in Köln-Porz

2451/2012

12.8 Satzungsbeschluss betreffend die zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 B (74391/02)

Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/Mühlenstraße in Köln-Porz

2453/2012

12.9 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6456/06

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/-Merkenich, 6. Änderung

3013/2012

13. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen

Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen

1799/2012

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl

Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl

1800/2012

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd

Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd

1805/2012

36. Sitzung vom 20. September 2012

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 225. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2839/2012

17. Wahlen

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

2532/2012

17.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

2577/2012

17.3 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin und ihres Stellvertreters für den Stadtentwicklungsausschuss

2595/2012

17.4 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln

2627/2012
(zurückgezogen)

17.5 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

2943/2012

17.6 Mitglieder des Institutsausschusses des Rhein. Studieninstituts für kommunale Verwaltung

2956/2012

17.7 Bestellung von Opernintendantin Frau Dr. Birgit Meyer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

3000/2012

17.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Wechsel in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse Köln-Bonn“

AN/1284/2012

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Wahlen: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und Rechnungsprüfungsausschuss

AN/1448/2012

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DieGrünen

Wahlen: Ausschuss Schule und Weiterbildung

AN/1455/2012

17.11 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

2406/2012

17.12 Akademie der Künste der Welt gGmbH

hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

3112/2012
(zurückgezogen)

17.13 RheinCargo GmbH u. Co. KG

Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

3365/2012

17.14 Antrag der SPD-Fraktion zur Nachbesetzung von Gremien

AN/1602/2012

17.15 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Nach- und Umbesetzung in Ratsausschüssen

AN/1603/2012

17.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün

AN/1604/2012

17.17 Antrag der Fraktion Die Linke.

hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“

AN/1610/2012

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

2514/2012

18.2 MÜLHEIM 2020: Mittelfreigabebeschluss zu Maßnahme Gestaltung der Waldecker Straße in Köln-Buchforst

2588/2012

18.3 Chinafest Nordrhein-Westfalen – Der Drache tanzt in Köln, 14.-16. September 2012

2810/2012

19. …

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Möller, Sandra Dr.; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.*

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenografen:
Herr Becker
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bosbach, Wolfgang; Hoffmann, Klaus; Kretschmer, Karsten; Senol, Sengül*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Hela; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus*

(Beginn: 15.37 Uhr – Ende: 21.54 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kol-

36. Sitzung vom 20. September 2012

leginnen und Kollegen! Ich eröffne die 36. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie ganz besonders unseren neuen Beigeordneten, Herrn Höing, zu seiner ersten Ratssitzung

(Beifall)

- er wird gleich kurz das Wort ergreifen – und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich, insbesondere Frau Halberstadt-Kausch, die zu Beginn der Sitzung als neues Ratsmitglied verpflichtet wird.

Ganz herzlich begrüße ich heute auch – jetzt werfe ich meinen Blick auf die Zuschauertribüne – die Schülerinnen und Schüler, die am 5. Dezember, also in wenigen Monaten, am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen werden. Das sind Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 der Ursulinenrealschule sowie des Hansa-Gymnasiums, das am Samstag das 111. Kölsche Jubiläum feiert. Ein herzliches Willkommen allen dort oben!

(Beifall)

Ich wünsche unseren jugendlichen Zuhörern und Zuschauern gute, interessante Eindrücke von der Arbeit des Rates. Sie werden ja im Dezember selbst diese Aufgabe wahrnehmen.

Besonders begrüßen möchte ich Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, die gestern ihren 60. Geburtstag gefeiert hat. Alles Gute!

(Beifall)

Zu Beginn möchte ich Frau Inge Halberstadt-Kausch als neues Ratsmitglied einführen. Herr Michael Neubert hat mit Wirkung zum 19. September sein Mandat niedergelegt. Frau Halberstadt-Kausch wurde als Nachfolgerin gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen. Ich darf Sie jetzt bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, und bitte Sie, Frau Halberstadt-Kausch, zu mir nach vorn zu kommen.

Sehr geehrte Frau Halberstadt-Kausch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohl der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz, und begrüßen Sie Frau Halberstadt-Kausch ganz herzlich in Ihrem Kreis.

(Beifall – Glückwünsche)

Jetzt geht es weiter mit den Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Bosbach, Herr Kretschmer, Herr Dr. Welpmann, Frau Senol und Herr Hoffmann entschuldigt. Sie sind heute nicht anwesend.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Mucuk, Herrn Koke und Herrn Wolter.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sehr gute Auswahl!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag zum Thema „Hilfe für die Severinstraße“ eingebracht; dieser Antrag trägt im Entwurf die Ziffer 1.2. Im Antrag der Fraktion pro Köln geht es um die Transparenz in stadtnahen Betrieben; im Entwurf trägt er die Ziffer 1.1.

Unsere Geschäftsordnung sieht grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine Einigung erzielt werden? – Das ist wohl nicht der Fall.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Doch!)

Dann lasse ich gemäß § 5 abstimmen. – Bitte schön, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor Sie abstimmen, wollen Sie bestimmt wissen, worum es geht.

(Widerspruch von der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, nein. Wir sind –

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist ja sehr interessant. Sie wollen nicht wissen, worum es geht. Tolle Stadträte haben wir.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, wir sind jetzt bei der Festlegung der Tagesordnung und des Themas der Aktuellen Stunde.

Jörg Uckermann (pro Köln): Genau. Sie wollen abstimmen. Dann müssen Sie wissen, worüber wir abstimmen.

(Zurufe: Nein!)

Bei der Aktuellen Stunde –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ergibt sich aus der –

Jörg Uckermann (pro Köln): –, die wir gestern fristgemäß eingereicht haben, geht es um Transparenz gegen die Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. stadtnahen Betrieben. In der Sendung *Frontal 21* vom 18. September –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, in der Tagesordnung ist die Überschrift Ihres Antrags aufgeführt. Das reicht, um uns ein Bild zu machen. Ich bitte Sie, jetzt wieder Platz zu nehmen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Sie haben doch nichts zu verbergen, Herr Oberbürgermeister?)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, aber das Thema –

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das Thema ist formuliert. Wir brauchen keine zusätzlichen Ausführungen mehr.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich wollte aber erklären, dass –

(Anhaltender Widerspruch von der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, zur Geschäftsordnung)

Ein Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister, wenn Sie uns einfach den einen Satz hätten zu Ende führen lassen, hätten wir erklären können, dass wir unseren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde aufgrund des ebenfalls dringlichen Antrags zur Severinstraße – es sind ja hier heute auch viele Anwohner da – zwar schweren Herzens, aber mit der Einsicht zurückziehen, dass es dabei auch um ein sehr brisantes Thema geht. Wir wollen nicht, dass sich die Bürger den Weg umsonst gemacht haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hätten Sie das sofort gesagt, hätten wir ein Problem weniger gehabt.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Also: Wir haben nur noch einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde, und dieser ist als solcher damit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 10.18, 10.19, 10.20, 10.21 – dieser wird gleich wieder abgesetzt –, 17.13, 17.14, 17.15, 17.16 und 17.17 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.6 und 24.7.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, was ist 17.7?)

- Punkt 17.17 beinhaltet eine Ausschussbesetzung auf Antrag der Linken; das wird gleich nachgereicht.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 2.1, 3.1.6, 3.1.8, 6.3.1, 10.6, 10.7, 10.21, 17.4 und 17.12.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Tagesordnung: Ich vermisse in der Version von 11 Uhr, die hier ausliegt, unseren Ergänzungsantrag zu 3.1.4. Er ist zwar als Tischvorlage verteilt worden, aber in der Tagesordnung selbst ist er noch nicht vermerkt. Wir haben in diesem Ergänzungsantrag den Inhalt unseres ursprünglichen Antrags unter 3.1.10 dem Tagesordnungspunkt 3.1.4 zugesetzt. Wenn das seine Ordnung hat, würden wir 3.1.10 natürlich zurückziehen und diese beiden Anträge gemeinsam begründen und behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Alles klar. Das wird gemacht.

Markus Wiener (pro Köln): Noch eine Sache: Pro Köln bittet auch darum, dass, so wie es eigentlich immer gängige Praxis bei der Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung ist, unser Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf den frei gewordenen Platz von 3.1.6 aufrückt. Dort war ja ursprünglich ein Antrag von uns verortet. Ich denke, es ist gängige Praxis, das so zu händeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das wird auch so gemacht. Okay.

(Markus Wiener [pro Köln]: Vielen Dank!)

Wer gegen die Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen? – Wer enthält sich? – Damit ist sie so beschlossen.

Für die Reihenfolge der Tagesordnung schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.2, 3.1.12 und 4.3 zusammen unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. – Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Thematisch würde doch auch noch unser Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.12 dazugehören.

(Zuruf)

- Dann habe ich das akustisch wohl überhört. Alles klar.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann haben wir es so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass Herr Michael Neubert sein Ratsmandat niedergelegt hat. Als seine Nachfolgerin wurde Frau Inge Halberstadt-Kausch festgestellt.

Der Oberbürgermeister verpflichtet Frau Halberstadt-Kausch gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.

II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Mucuk, Herrn Koke und Herrn Wolter vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Der Oberbürgermeister erläutert, dass vor Beginn der Beratungen zunächst die Tagesordnung festzulegen sei. Diesbezüglich verweist er auf den vorliegenden Entwurf. Dieser enthalte unter anderem auch die nachträglich eingegangen Änderungsanträge, die bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt seien.

IV. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge zur Durchführung einer aktuellen Stunde fristgerecht vorgelegt worden seien. Es handelt sich um

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Für Transparenz - gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. stadtnahen Betrieben“

sowie um

1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde bereffend „Hilfe für die Severinstraße“ AN/1601/2012

Der Oberbürgermeister verweist auf § 5 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen (GeschO), wonach bei mehreren Anträgen zur Durchführung von aktuellen Stunden die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern möglich sei, welches der Themen behandelt werden solle.

Ratsmitglied Wiener erwidert darauf, dass seine Fraktion die eigene aktuelle Stunde zugunsten des Themas „Hilfe für die Severinstraße“ für die heutige Sitzung zurückziehe.

V. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Umsetzung Des Ratsbeschlusses „Räumung des AZ in der Wiersbergstraße in Köln-Kalk“
AN/1580/2012

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Situation am Brüsseler Platz2
AN/1581/2012

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd“
AN/1584/2012

4.4 Anfrage Die Linke. betreffend „Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013“
AN/1589/2012

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Abruf von Leistungen aus dem Bildungspaket“
AN/1588/2012

4.6 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Anpassung der Geschäftsordnung – Einberufung des Rates und seiner Ausschüsse“
AN/1592/2012

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mittelabfluss in der Wohnungsbauförderung“
AN/1598/2012

4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung“
AN/1089/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.18 Baubeschluss für den Umbau der Berliner Straße als Geschäftsstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans; hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9-5540 (Mülheim 2020 – Ausbau Berliner Straße) im Haushaltsjahr 2012
2873/2012

10.19 Baubeschluss für den Ausbau der Frankfurter Straße von Wiener Platz bis Bahnhof Mülheim sowie Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans; hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-5530 (Mülheim 2020 – Frankfurter Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012
2872/2012

10.20 Baubeschluss für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße entsprechend RABT
2807/2012

10.21 Hauswirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache, alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
3132/2012

17. Wahlen

17.13 RheinCargo GmbH u. Co. KG Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
3365/2012

17.14 Antrag der SPD-Fraktion zur Nachbesetzung von Gremien
AN/1602/2012

17.15 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nach- und Umbesetzung in Ratsausschüssen
AN/1603/2012

17.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün
AN/1604/2012

17.17 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“
AN/1610/2012

24. Allgemeine Vorlagen

24.6 RTZ Rechtsrheinisches Technologie- und Gründerzentrum Köln GmbH: Betrauung und Kapitalerhöhung
2940/2012

24.7 RheinEnergie AG
hier: Erwerb von Geschäftsanteilen an der VoltTerra GmbH
3361/2012

Absetzungen:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen/ Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution: Rettet die Jahnwiese!“

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplan der Stadt Köln“

6. Ortsrecht

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2816/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.6 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2925/2012

10.7 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011

10.21 Hauswirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache, alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
3132/2012

17. Wahlen

17.4 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
2627/2012

17.12 Akademie der Künste der Welt gGmbH
hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
3112/2012

VI. Ratsmitglied Wiener weist auf den vorliegenden Änderungsantrag seiner Fraktion zu Punkt 3.1.4 (AN/1609/2012) hin und erklärt, dass sich aufgrund dessen Punkt 3.1.10 (AN/1526/2012) erledigt habe.

Herr Wiener erläutert, unter Hinweis auf den zurückgezogenen Antrag seiner Fraktion, er gehe davon aus, dass unter diesen Umständen, ihr Antrag unter Punkt 3.1.9 an die Stelle von Punkt 3.1.6 aufrücke. Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Berücksichtigung bei der Reihenfolge zu.

VII. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Vorlagen unter TOP 3.1.2; 3.1.12 und 4.3 (Thema „Nord-Süd-Stadtbahn) wegen ihres Sachzusammenhangs unter dem Punkt 3.1.2 gemeinsam zu behandeln. Der Rat stimmt einer gemeinsamen Behandlung einvernehmlich zu.

VIII. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich möchte jetzt Herrn Höing zu einer kurzen Rede das Wort geben.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte

Damen und Herren! Zu Beginn ein paar vielleicht eigenwillige erste Gedanken:

Durch eine Stadt zu gehen, ist, wie ein Buch zu lesen,

> das nie zu Ende geht, ein Buch, dessen Kapitel und Buchstaben aus Gebäuden, Standbildern, Straßen, Autobussen und Menschen bestehen, vor allem vielen Menschen.

Wenn man durch die Stadt geht, dann staunt man vor allem

> über die Vielseitigkeit von Städten, über die merkwürdige Art und Weise, wie sie plötzlich irgendwo mitten auf einer Fläche beginnen, über die täglich wiederkehrende Ebbe und Flut ihrer Bevölkerung, über die Tatsache, daß aus allen Hähnen Wasser fließt, daß man immer wieder in allen Restaurants etwas zu essen bekommt, daß man sich so gut in ihnen verbergen kann, daß sie manchmal schon fast vor dem Tode stehen und dann doch nicht sterben, daß sie Kriege überleben, daß sie sich auf dem Untergrund ihrer eigenen Geschichte selbst in einem fort weiterbauen, daß man in ihnen in aller Öffentlichkeit albern sein kann, unbemerkt sterben kann, seine Botschaften von Haß und Liebe an Mauern schreiben kann, daß sie unendlich arm sind und die größten Schätze beherbergen, daß sie die Vergangenheit in ihren Straßennamen bewahren, daß sie ihre Bewohner mal kosen und dann wieder strafen und daß diese Bewohner immer wieder namenlos verschwinden und die Stadt einfach weitergeht, eine Passage, ein Durchgangshaus, eine Seele, die ihre Bewohner dazu benutzt, um sich selbst zu behaupten.

Diese schönen Sätze stammen leider nicht von mir, sondern vom niederländischen Autor und Flaneur Cees Nooteboom.

> (Martin Börschel [SPD]: Wir dachten schon, Sie wollten Kulturdezernent werden! – Heiterkeit)

Ich habe sie zufällig gelesen, vor etwa 20 Jahren, und ich wüsste bis heute nicht, wer das je besser beschrieben hat, das Wesen der Städte. Was die Sätze vor allen Dingen zum Ausdruck bringen, ist die unbändige Neugierde auf die Stadt und ein fast kindliches Staunen über die Vielfalt dessen, was unsere Städte ausmacht: Banales und Bedeutungsvolles, Beständiges und Flüchtiges, Existenzielles und Nichtiges, Karges und Überbordendes, Gehöriges und Unerhörtes.

(Götz Bacher [SPD]: Das sind jetzt aber Ihre Worte!)

Dieses Staunen über die Städte hat mich eigentlich immer begleitet, hat nie nachgelassen, war immer ständiger Begleiter in meinem beruflichen Werdegang durch die Städte: durch das Ruhrgebiet, durch Wien, durch Hamburg, Münster und zuletzt Bremen – trotz allen Wissens und trotz aller Rationalität, die man sozusagen von Hause aus als Stadtplaner haben und an den Tag legen sollte.

Wir Stadtplaner versuchen ja manchmal auch und eigentlich immer vergeblich, die Stadt präzise zu beschreiben. Manchmal denkt man trotzdem, dass unsere Städte so aussehen wie sie aussehen, weil wir immer noch so arbeiten wie wir arbeiten, noch immer viel zu sehr nebeneinander statt miteinander. Wir wollen unsere Städte viel zu vorschnell vereinnahmen, berechnen, mit Normen versehen, sie in ihre Themen und Bestandteile zerlegen, um sie vielleicht besser zu verstehen und sie dann vielleicht auch besser planen zu können. Dabei sind vor allem dann und dort gute Orte entstanden, wo fachliche Grenzen und Zuständigkeiten übersprungen wurden, und dort, wo ökonomische, ökologische, kulturelle und gesellschaftliche Belange sich ausgewogen artikulieren konnten und ihren sprichwörtlichen Raum bekommen haben.

Ich bin kürzlich und verständlicherweise gefragt worden, was denn die wichtigsten Projekte meiner Amtszeit sein würden. Die Frage ist dann meist mit der Hoffnung oder wahlweise auch mit der Befürchtung verbunden, ich würde die ohnehin lange, lange Liste der Themen und Vorhaben noch um einige Seiten erweitern wollen. Um ganz ehrlich zu sein: Das ist nicht meine Absicht.

Ich habe in den zurückliegenden Wochen in zahlreichen Runden, Vorstellungen und Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass es nicht in erster Linie darum geht, noch eine Vielzahl neuer Vorhaben zu erfinden und auf den Plan zu rufen. Im Gegenteil: Aus meiner bisherigen Sicht geht es eher darum, sich zu konzentrieren, Prioritäten zu formulieren und sich mit Maß, aber höchstem Anspruch auf die Orte und Projekte zu fokussieren, die für die

36. Sitzung vom 20. September 2012

Stadtentwicklung von strategischer Bedeutung sind.

Das mag zunächst etwas defensiv anmuten, vielleicht sogar etwas zu defensiv. Denn natürlich muss eine Stadt wie Köln, eine der vier größten deutschen Städte, sich etwas vornehmen. Man muss selbstbewusst nach vorne schauen. Man muss sich im Wettbewerb um Köpfe und Talente behaupten. Man muss im wahrsten Sinne des Wortes eine anziehende Großstadt sein wollen. Und natürlich müssen wir den Anspruch haben, dass für die wichtigen Fragen heutiger und künftiger Großstadtentwicklung nicht nur in Köln und für Köln plausible Antworten zu finden sind, sondern wir sollten auch nach außen deutlich als die Stadt wahrgenommen werden, die sich offensiv in die Debatte einbringt, mit klugen und vielleicht unkonventionellen neuen Ansätzen und letztlich mit einer ganzen Reihe von im wahrsten Sinne des Wortes hoffentlich sehr vorzeigbaren Projekten.

Viele davon kennen Sie; sie werden teilweise schon lange oder zumindest seit längerem diskutiert. Ich nehme aber eine große Sehnsucht wahr, dass einige dieser Dinge jetzt endlich umgesetzt werden müssen. Das ist verständlich, auch wenn man ehrlicherweise sagen muss, dass es im Städtebau zwischen dem Blitz des Entwurfes und dem Donner der Baustelle auch ein wenig Zeit und Geduld braucht. Ein paar wenige Stichworte nur:

- Wir werden in den kommenden Jahren mit langem Atem aus dem heutigen Großmarktareal ein lebendiges Stück Stadt des 21. Jahrhunderts machen. Dazu gehören auch Freiräume.

- Wir werden eine neue Perspektive für den Deutzer und den Mülheimer Hafen entwickeln und schrittweise umsetzen und dafür die organisatorischen und planungsrechtlichen Weichenstellungen vornehmen müssen.

- Wir wollen die Mitte der Stadt, im besonderen Maße das Domumfeld neu gestalten.

Es geht aber nicht nur um die prominenten zentralen Räume der Stadt. Wir müssen den Fokus auch auf andere Bereiche legen. Dafür bestehen große Möglichkeiten.

Die Tatsache, dass die Menschen wieder in den Städten leben wollen, nachdem wir als Stadtplaner jahrzehntelang eigentlich nur Seismographen waren, die den Exodus aus der Großstadt kartiert und im Nachgang dafür schlaue Erklärungen gefunden haben, ist eine Chance, die wir endlich ergreifen müssen. Davon profitieren nicht nur die zentralen Lagen, sondern, wenn wir es geschickt machen, die ganze Stadt.

Wir werden der wachsenden Stadt die notwendigen Spielräume eröffnen müssen. Das Wohnen ist eine konstituierende Größe in der Stadt. Neben allen Quantitäten, die wir in den kommenden Jahren diskutieren müssen und um die wir uns kümmern müssen, geht es mir auch um die Frage der Qualität im Wohnungsbau.

Dennoch: Trotz aller großen und kleinen Projekte, die wir uns vornehmen sollten, die das Gesicht und die Kontur dieser Stadt in den nächsten Jahren schrittweise verändern, profilieren und bereichern werden: Die Stadt des 21. Jahrhunderts, das Köln des 21. Jahrhunderts ist in seinen wesentlichen Zügen gebaut. Trotz aller baulichen, freiräumlichen, infrastrukturellen Ergänzungen, die es geben sollte: Eine zentrale und wesentliche Aufgabe wird es in den kommenden Jahren sein, die bestehende Stadt instand zu halten und instand zu setzen. Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um den Modernisierungsstau schrittweise zu beheben.

Wir stehen vor einem Jahrzehnt, in dem es darum gehen wird, die städtischen großen Infrastrukturen zu erneuern. Sie sind das Grundgerüst und das Grundgesetz und das Rückgrat der Stadt. Natürlich geht es dabei um unsere Brücken, um unsere Tunnel und Straßen, unsere Schulen, aber auch – und das ist für Köln vielleicht in besonderem Maße bedeutsam – um das grüne Rückgrat dieser Stadt und um ihre historischen Schichten und Spuren, mit denen wir nicht bilderstürmerisch umgehen wollen.

(Beifall von Götz Bacher [SPD] und Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Weil die Mittel begrenzt sind, müssen wir wahrscheinlich noch viel effizienter planen, enger zusammenarbeiten, kooperieren innerhalb und außerhalb der Stadt. Vielleicht müssen wir auch noch neue Formen und Verantwortlichkeiten organisieren. Wir brauchen eine Lust am Experiment und eine Bereitschaft zur Veränderung. Dafür müssen wir nicht nur besser werben, sondern auch mit einem veränderten Verständnis von Planung einladen. Wir werden in den kommenden Jahren das Thema von Beteiligung durch neue Formate anreichern, auch wenn der Werkzeugkasten dafür eigentlich

heute schon gut gefüllt ist. Es geht aber nicht nur um das Endprodukt, sondern es geht um den Weg dahin. Es geht nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern um eine Einladung zu einem kultivierten und respektvollen neuen Miteinander im Diskurs um die Großstadt.

Zum Schluss noch ein paar Worte von Cees Nooteboom zur Frage, wie man bauen sollte, und zur Verantwortung, die wir dabei haben. Nooteboom sagt:

> Um das, was sie bauen, wenn sie bauen, kommt man im wahrsten Sinne des Wortes nicht herum, es steht da. Und auch wenn der Planer und Architekt ein Produkt der Geschichte und der Gesellschaft ist, so macht die relative Unumgänglichkeit des von ihm erstellten Produktes ihn im besten wie im schlechtesten Fall zu einem ziemlich gebieterischen Mitbürger. Wir können seinem Werk nicht ausweichen. Es steht immer und überall um uns herum. Wir sehen es sogar, wenn wir nicht hinschauen. Wer in eine Bibliothek, ein Krankenhaus, eine Kirche, ein Postamt, eine Zelle, einen Bahnhof, ein Kaufhaus, ein Theater geht, tritt in einen gedachten, entworfenen und schließlich gebauten Raum und hat in gewisser Weise zu gehorchen ... ob er oder sie in einen hellen oder dunklen Raum kommt, sich vor einem Schalter bücken oder strecken muß, ob er oder sie erst eine gigantische Treppe ... hinaufsteigen muß, bevor man überhaupt hineingehen kann.
>
> Wer mit dem menschlichen Maß seiner Schritte durch eine Stadt geht, ist Perspektiven, ..., Panoramen, über ihm aufragenden steilen Wänden, leeren und gefüllten Räumen ausgesetzt, die nicht er, sondern ein anderer erdacht ... hat. Er sieht glanzvolle und wohlproportionierte Plätze und Gebäude. Er sieht aber auch die Architektur der Not und des schnöden Mammons, der Hoffnung und der Niederlage, er ... sieht Architektur, die sich in ihrer eigenen Geschichte verirrt hat, und solche, die gute oder schlechte Politik ihrer eigenen oder einer anderen Zeit widerspiegelt.

So weit Cees Nooteboom.

Ich fände es richtig und schön, wenn wir über die Frage, wie zeitgenössische Architektur in den kommenden Jahren diese Stadt bereichern kann, noch einmal nachdenken, dazu kluge und mit Augenmaß entwickelte Verfahren auf den Weg bringen und das Thema der Kosten nicht als ein leidiges, sondern als ein besonders wichtiges betrachten.

Ich habe große Lust auf die Aufgabe und große Lust auf die Stadt. Und es ist für mich ein großes Privileg, in den kommenden Jahren an den Geschicken dieser Stadt mitwirken zu dürfen. Dafür vielen Dank.

> (Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beigeordneter Höing.

Bevor wir jetzt zum Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde kommen, darf ich Ihnen noch mitteilen, dass in unseren Reihen zwei weitere Geburtstagskinder weilen. Es sind zwei runde Geburtstage, wobei ich Ihnen jetzt nicht verraten will, wer 50 und wer 60 Jahre alt geworden ist. Es sind Frau Katharina Welcker, die am 19. September, also gestern, Geburtstag hatte, und Frau Ursula Gärtner, die am 16. September ihren runden Geburtstag gefeiert hat. Von mir und von uns allen: Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall)

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Für Transparenz - gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. stadtnahen Betrieben“

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.2 auf:

36. Sitzung vom 20. September 2012

1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Hilfe für die Severinstraße“
AN/1601/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass dieser Aktuellen Stunde ist eine aktuelle Entscheidung, in deren Genese ein Blick lohnt.

„Die CDU möchte eine Entlastung der belasteten Anlieger an der Severinstraße“, so lautete der Eingangssatz, als die BV-Fraktion der CDU in der Bezirksvertretung I 2009 den Antrag stellte, die Anlieger der Severinstraße nicht noch mit KAG-Beiträgen zusätzlich zu belasten. Die Verwaltung hat damals gesagt:

> Die angeregte Befreiung von der Abgabe kann wegen der eindeutigen Rechtslage nicht erfolgen. ... Ein Verzicht darauf wäre rechtswidrig.

Das war 2009.

Im Jahr 2010 haben wir uns hier – auch nach einigem Drängen – mit der Frage befasst, ob eine solche Befreiung nicht doch möglich sei. Anlass dafür war eine Zusage, die der Stadtdirektor bei einer Veranstaltung im Gürzenich gegeben hatte. Auf den Protest der Anlieger, die geltend machten, sie wären schon geschädigt genug, sodass man sie jetzt nicht auch noch zur KAG-Abgabe heranziehen sollte, hatte er ihnen zugesagt: Nein, die Vorlage würde zurückgezogen; sie würde nicht zur Beschlussfassung kommen.

Es dauerte dann einige Zeit, bis wir hier im Rat über eine Vorlage entscheiden konnten, die eine solche Befreiung festschrieb. Den Beteiligten war damals ziemlich klar, dass dieser Weg ein, um es vorsichtig auszudrücken, höchstproblematischer Weg ist. Wir haben damals darauf hingewiesen und gesagt: Wir wollen eine Entlastung, aber wir wollen eine rechtssichere Entlastung. Diese Warnung war durchaus berechtigt. Sie hat seinerzeit dazu geführt, dass der zuständige Beigeordnete die Vorlage nicht mitzeichnen wollte, weil er der Auffassung war, sie sei rechtlich nicht haltbar. Aber Sie, Herr Stadtdirektor Kahlen, haben uns versichert, dass eine Auslegung der Rechtsvorschriften wegen des atypischen Vorgangs zulässig ist und wir einen solchen Beschluss fassen können. Mangels Alternativen und im Vertrauen auf diese Aussage haben wir dem zugestimmt, weil es unserer Intention entsprach, eine Entlastung für die in der Tat hoch belasteten Anlieger zu schaffen.

Wir haben damals auch vorgetragen, dass das nicht auf Kosten des städtischen Geldbeutels gehen sollte, sondern diese Mindereinnahme in Höhe von 800 000 Euro durch den Schadensverursacher ausgeglichen werden sollte. Das schien uns ebenfalls rechtlich sehr problematisch. Wir hatten Sie gebeten, mit der Kommunalaufsicht zu klären, ob die Rechtslage das zulässt.

Zwei Jahre später – heute – und nach einer klaren Aussage der Bezirksregierung und des Innenministeriums von Anfang dieses Jahres, dass diese Auffassung rechtlich nicht haltbar ist, haben wir ein zweites Mal die Aussage bescheinigt bekommen – in diesem Fall durch einen Gutachter des Innenministeriums, von einem pensionierten Richter, der wohl weiß, wovon er spricht –, dass wir einen rechtswidrigen Beschluss gefasst haben.

Einen rechtswidrigen Beschluss zu fassen, ist keine sehr angenehme Sache. Wir haben damals befürchtet, dass es so sein könnte. Ich selbst habe hier an dieser Stelle davor gewarnt, dass das Verfahren nicht rechtssicher sei, und Sie aufgefordert, einen rechtssicheren Vorschlag zu machen. Ich behalte gerne recht; aber ich gestehe, dass ich in diesem Zusammenhang heute überaus unglücklich bin, dass ich mit dieser Warnung recht behalten habe.

Denn wir haben ein Dilemma: Wir müssen uns, wenn wir unsere Intention umsetzen wollen, eine Entlastung herbeizuführen, sehr anstrengen, um etwas zu finden, was nicht als Präzedenzfall ausgelegt werden kann, was nicht gegen die Gemeindefinanzordnung oder andere Vorgaben verstößt, aber trotzdem das Ziel erreicht. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass die KVB die nachgewiesenen Umsatzeinbußen ausgeglichen hat und Ähnliches mehr. Es ist ein relativ schwieriges Unterfangen, das zu tun.

Ich muss leider sagen, Herr Kahlen, dass Sie uns in eine juristische Sackgasse geführt haben. Die zwei Jahre, die wir jetzt verloren haben, hätten wir besser für andere Zwecke nutzen sollen. Jetzt lese ich in einem Interview von *Radio Köln*, dass Sie der Auffassung sind, auch das jetzige Gutachten ließe noch Spielraum für juristische Möglichkeiten. Lieber Herr Kahlen, vertun Sie Ihre Zeit nicht länger mit rechthaberischem juristischen Scharmützel!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Verwenden Sie Ihre Energie lieber auf den einen entscheidenden Punkt: Machen Sie uns einen rechtssicheren Vorschlag für eine Entlastung! Dann können Sie hier im Haus einer breiten Mehrheit dafür sicher sein.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. – Ich gebe das Wort an Herrn Kron.

Peter Kron (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Herr Möring, ist ja schon in die Geschichte eingetaucht und hat eben sehr ausführlich erzählt, wie die Bezirksvertretung beraten und entschieden hat

(Reinhard Houben [FDP]: Sie!)

und wie es dann zu dieser Vorlage kam.

Ich beginne im Jahr 2010 mit der Vorlage der Verwaltung, die die Intention hatte, den Anwohnerinnen und Anwohnern der Severinstraße zu helfen, die jahrelang den U-Bahn-Bau ertragen und dann auch noch das bekannte Unglück verkraften mussten. In der Vorlage ging es um den Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Umgestaltung der Severinstraße. Darüber haben wir beraten, und wir haben sie – ich erinnere Sie daran – einstimmig beschlossen. Wir waren uns einig: Wir wollen denen helfen, die durch den Einsturz des Historischen Archivs unverschuldet zu Schaden gekommen sind. Die Verwaltung hatte nämlich damals diese Möglichkeit intensiv rechtlich geprüft und war zu dem bekannten Ergebnis gekommen, dem wir uns anschließen konnten, und zwar nicht nur meine Fraktion, sondern – ich wiederhole es – der Beschluss war einstimmig.

Ich will hier nicht in juristische Feinheiten und Tiefen einsteigen; aber jetzt ist die Lage so, dass die Landesregierung uns gesagt hat: Wir haben eine andere Rechtsauffassung. Das kennen wir ja schon, dass es in der Juristerei unterschiedliche Auffassungen gibt. Die Landesregierung vertritt jetzt also diese Auffassung; aber wir sollten das nicht einfach so hinnehmen. Natürlich erwarten wir, dass die Stadtspitze das Rechtsgutachten und die Anweisung, den Befreiungsbeschluss aufzuheben, intensiv überprüft. Das muss natürlich geklärt werden. Man kann jetzt nicht sagen, Herr Möring, schon damals gab es dazu unterschiedliche Auffassungen, die letztlich dazu geführt haben, dass wir jetzt nicht zum gewünschten Ergebnis kommen. Vielmehr müssen wir jetzt prüfen, ob es noch juristische Spielräume gibt. Denn es geht ja – ich wiederhole es noch einmal – um die Anwohnerinnen und Anwohner der Severinstraße und nicht darum, wer hier jetzt juristisch recht hat.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wer soll das prüfen?)

Es bleibt unser Wille, den Menschen zu helfen. Deshalb sollten wir – und damit meine ich nicht nur die Verwaltung – jetzt darüber nachdenken, auf welche Art und Weise wir den Menschen helfen können. Denn wenn diese Rechtsauffassung Bestand hat – das ist ja nicht auszuschließen – und wir den Menschen nicht über eine Beitragsbefreiung helfen können, müssen wir inklusive die Verwaltung darüber nachdenken, welche anderen Möglichkeiten es gibt. Spontan fallen mir Möglichkeiten wie Stundungen oder auch Ratenzahlungen ein. Das habe ich in einem Radiobericht gestern Nachmittag auch schon als Vorschlag von Betroffenen gehört. Es gibt aber sicherlich noch andere Möglichkeiten. Die Verwaltung muss all diese Alternativen prüfen und sie uns entsprechend vorlegen.

Was passiert, wenn es endgültig bei dieser Rechtsauffassung bleibt und es keine Gebührenbefreiung gibt? Diese 800 000 Euro sind ja weder im Haushaltsplan noch im Wirtschaftsplan als Einnahme ausgewiesen. Sie kämen ja dann, wenn auch in Ratenzahlungen. Wir sind in diesem Fall klipp und klar der Auffassung, dass diese Einnahmen dafür verwendet werden sollten, den Menschen in der Severinstraße zu helfen. Der Herr Oberbürgermeister hat in seiner gestrigen Pressemitteilung gesagt: Die Vitalität und Attraktivität der Severinstraße muss gefördert werden. – In diesem Sinne sollten wir die 800 000 Euro verwenden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Kron. – Für die Grünen Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und

36. Sitzung vom 20. September 2012

Herren! Herr Kahlen, als Sie damals im Gürzenich den Vorschlag gemacht haben, haben alle gedacht: Wenn das geht, wäre das toll. Denn dass die Bürgerinnen und Bürger, die Anlieger und Geschäftsleute in der Severinstraße „gebeutelt“ sind, wie die CDU in Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde schreibt, und zwar nicht nur durch das Unglück, sondern auch durch die lange Zeit der Baumaßnahme, die ja nicht mit einer normalen Baustelle vergleichbar ist, dieser Meinung waren wir, glaube ich, alle. Wir hätten uns gewünscht, dass das juristisch wasserdicht ist. Obwohl von Anfang an Zweifel geäußert wurden, haben wir gehofft, dass diese Zweifel an Substanz verlieren. Jetzt ist das Gegenteil eingetreten.

Ich als juristische Laiin kann Ihnen hier keine guten Ratschläge erteilen, was Sie noch machen können. Wenn es noch Spielräume geben sollte, müssen Sie sie selbstverständlich ausloten. Ein Vorschlag, von dem ich gehört habe, ist, die Straße anders zu kategorisieren, um so das Volumen der Belastung zu reduzieren. Ob das möglich ist, weiß ich nicht; das ist aber auch nicht meine Aufgabe.

Nachher steht ein Punkt auf der Tagesordnung, der auch mit Belastung bzw. Entlastung der Severinstraße zu tun hat. Wenn hier alle so bereit sind, den Leuten entgegenzukommen, haben Sie heute also noch genug Gelegenheit dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

So der Bedarf besteht, hier darüber nachzudenken, was man der Severinstraße Gutes tun könnte, falls man 800 000 Euro mehr hat als gedacht, folgende Anregung, die ich auch schon in der Masterplan-Lenkungsgruppe gemacht habe: Mich, aber auch die Leute in der Severinstraße und die Menschen in ganz Köln regt immer wahnsinnig auf, dass Köln, wenn es etwas Tolles macht, das nie hundertprozentig zu Ende macht. Die Severinstraße ist richtig toll geworden. Aber schauen Sie sich doch mal an, wie das Stück Severinsplatz aussieht: Das sieht wie Sau aus. Da stehen rot-weiß gestreifte Poller. Der Severinsplatz ist eine Perle in der Kette, wie es im Wettbewerb Georgsplatz hieß. Mit einer solchen Perle geht man nicht so um. Das ist nur eine Idee, wie man der Severinstraße etwas Gutes tun könnte.

Wir schließen uns allen guten Vorschlägen der Stadtspitze an, wenn die Menschen und die Eigentümer finanziell entlastet werden. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. – Wir kommen dann zu Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen:

> Kommunale Selbstverwaltung heißt auch, Farbe zu bekennen und zu den eigenen Entscheidungen zu stehen. ... Der reine Hinweis auf die Bezirksregierung scheint mir aber nicht ausreichend zu sein.

So Herr Stadtdirektor Kahlen – Herr Kahlen, Sie werden sich erinnern – heute fast genau auf den Tag vor zwei Jahren zu diesem Thema und den Problemen, die hier gerade angesprochen wurden. Herr Kahlen, Sie haben sicherlich gleich Gelegenheit, Farbe zu bekennen und zu eigenen Fehlern zu stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es eben gehört: Bedenken, die vorgetragen wurden, wurden beiseitegewischt. Wir hören heute von Herrn Kron, das Gesetz – welches Gesetz, wird gar nicht erwähnt – müsse ausgedehnt und geprüft werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einem Rechtsstaat, und in einem Rechtsstaat gibt es Gesetze, und diese Gesetze sind einzuhalten und können nicht eigenmächtig von uns aufgeweicht werden. Das werden wir nicht durchgehen lassen.

Herr Stadtdirektor, wir haben es ja hier nicht mit einem Einzelfall zu tun, in dem Sie bzw. das Rechtsamt sich über Rechtspositionen fast schon in Gutsherrenart hinweggesetzt haben. Ich wundere mich, dass das Stichwort „Bettensteuer“ hier noch nicht genannt worden ist. Auch beim Thema Bettensteuer haben Sie sich als Rechtsdezernent und Leiter des Rechtsamtes über sämtliche rechtlichen Bedenken hinweggesetzt. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil hierzu eine klare Sprache gesprochen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Zulässig, Herr Görzel!)

Ich appelliere an Rot-Grün: Versuchen Sie hier nicht, die rechtlichen Bedenken von oben her-

ab wegzudiskutieren. Ändern Sie die Bettensteuer!

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es hier nicht mit einem Einzelfall zu tun. Es ist geradezu symptomatisch.

(Unruhe bei der SPD)

- Herr Börschel, wenn der Kuchen spricht, hat der Krümel Sendepause. Das gilt auch für Sie.

(Heiterkeit – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ihnen hätte ich ein bisschen mehr Gelassenheit zugetraut. – Es werden hier Gesetze weggewischt, als gäbe es sie nicht. Es wird hier so getan, als wäre der ehemalige Präsident des Oberverwaltungsgerichts ein Niemand. Das wird nicht gutgehen.

Ich wundere mich aber insbesondere über die Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass gerade Sie diesen Antrag einbringen und hier öffentlich Krokodilstränen vergießen, wohl auch unter dem Eindruck der vielen Bürger auf der Tribüne.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach du Schreck!)

Warum, Herr Granitzka? Weil es Ihre Partei, Ihre Fraktion war, die vor zwei Wochen den Bewohnern der Südstadt in den Rücken gefallen ist,

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

indem Sie die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn abgelehnt haben. Sie sind umgefallen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Dummes Zeug erzählen Sie! Ich werde Ihnen gleich noch etwas dazu sagen!)

Sie sind den Mitbürgern aus der Südstadt in den Rücken gefallen. Und dies darf hier auch adressiert werden, Herr Granitzka. Sie zeichnen dafür verantwortlich.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

– Ich hätte Ihnen mehr Gelassenheit zugetraut, als hier mit dummem Zeug zu kommen. Ganz herzlichen Dank.

(Widerspruch bei der CDU)

- Er hat gesagt: „dummes Zeug“.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sie sind möglicherweise ein Kuchen!)

- Wir können das nachher gerne bei einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen weiter vertiefen. Guter Hinweis!

Deswegen ist es völlig richtig, die Frage zu stellen – Frau Moritz hat das auch getan –: Was können wir tun, um den Mitbürgern in der Südstadt entgegenzukommen? Wir könnten darüber nachdenken, die Nord-Süd-Bahn doch vorzeitig einzusetzen. Wir könnten auch darüber nachdenken, die Grundsteuer, die wir erst kürzlich erhöht haben, möglicherweise mit dieser Abgabe nach Kommunalabgabengesetz zu verrechnen. Wir könnten aber auch darüber nachdenken, in der Südstadt wie schon im Jahre 2009 einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag zu gestatten.

(Lachen bei der SPD – Henk van Benthem [CDU]: Bleiben Sie mal bei der Sache!)

- Es geht hier darum, wie den Mitbürgern in der Südstadt geholfen werden kann. Es ist mir unbenommen, etwaige Vorschläge zu machen. Herr van Benthem, Sie haben nachher Gelegenheit, ebenfalls Vorschläge zu machen.

(Henk van Benthem [CDU]: Habe ich schon! Einsparungen!)

Der Vorschlag Steuerstundung wurde eben angesprochen.

Ich darf zusammenfassen: Es ist das Versäumnis des Stadtdirektors, dass wir vor dieser juristischen Megapanne stehen. Diese juristischen Megapannen sind symptomatisch für die Arbeit des Rechtsamtes. Ich kann nur die dringende Empfehlung aussprechen: Lassen Sie uns gemeinsam nach kreativen Lösungen für die Südstadt suchen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Görzel, lassen Sie eine Frage von Möring zu?

Volker Görzel (FDP): Sehr gerne.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Möring.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Karsten Möring (CDU): Herr Görzel, ich vermute oder ich unterstelle, dass Sie Ohren zum Hören und Augen zum Lesen haben.

(Volker Görzel [FDP]: Das ist richtig! – Heiterkeit)

Auch wenn Sie bei der Diskussion im Verkehrsausschuss nicht dabei waren: Ist Ihnen entgangen, dass wir dort einen Beschluss gefasst haben, in dem es heißt: Die Beratung über die vorzeitige Inbetriebnahme wird „in die Haushaltsplanberatungen vertagt“, um eine belastbare Entscheidung treffen zu können? Ihren Worten war zu entnehmen, wir hätten das Projekt abgelehnt.

Volker Görzel (FDP): Ich danke recht herzlich für die Erhellung. Gleichwohl ist nicht entscheidend, wie etwas kommuniziert wird, sondern entscheidend ist, was hinten herauskommt, Herr Möring.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und das von einem Juristen!)

Und was bei Ihnen hinten herauskommt, ist eine 180-Grad-Wende, die Sie auch dadurch nicht entkräften können.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. – Wir kommen dann zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Aktuelle Stunde bedeutet: vorläufiger Austausch zwischen der Verwaltung und der Politik. Vonseiten der Verwaltung habe ich heute noch gar nichts gehört; das ist an sich sehr schade. Aber ich habe die Kollegen gehört und muss sagen: Was Sie hier an den Tag gelegt haben, ist schlicht und ergreifend eine Schande. Sie haben kommuniziert, Sie wollten eine Aktuelle Stunde abhalten, und den Anwohnern damit suggeriert, dass sie, wenn sie ins Rathaus kommen, etwas zu hören bekommen, was ihnen weiterhilft.

Die Anwohner des Severinsviertels haben enorm gelitten. Man hat ihnen gesagt: Wir bauen eine Nord-Süd-U-Bahn. Aber davon werdet ihr nichts merken; denn sie wird mit dem sogenannten Schildvortrieb gebaut. Das heißt, da bohrt sich die Bahn sozusagen selber unter der Straßendecke hindurch; davon werdet ihr ganz wenig merken. Und was ist dann passiert? Das wissen Sie selber: Das Stadtarchiv ist eingestürzt, ein Kirchturm ist fast eingestürzt, es gab Dreck, Staub, Umsatzverlust, Verkehrsbehinderungen. Und was geschieht jetzt? Jetzt bekommen die Anwohner die Quittung in Form einer Rechnung. Sie müssen KAG-Gebühren bezahlen, weil die Straße wiederhergestellt werden musste.

Eine Partei, die sich noch vor der Kommunalwahl Liebkind machen wollte, hat gesagt: Das werden wir verhindern, indem wir einen Beschluss fassen, der für euch eine Ausnahmeregelung ermöglicht. Jetzt wird offenbar, dass das rechtlich nicht möglich ist. Man hat also auf Zeit gespielt. Langsam kommt heraus, Herr Stadtdirektor Kahlen, dass Ihre Auffassung, Ihr Versprechen nicht zu halten ist. Das, finde ich, ist das Traurige: dass man hier keine ehrliche Politik macht. Erst gaukelt man den Menschen vor, wir helfen euch, und dann kommt nichts dabei heraus.

(Beifall bei pro Köln)

Es wird hier nur Politik für die Medien gemacht. Wir haben gerade die Redner der haushaltstragenden Parteien gehört. Aber es war im Prinzip nur die Rede von Kaffee und Kuchen, von einer Bettensteuer. Wie hilft das denn konkret den Anwohnern? Ich hätte schon erwartet, dass zumindest die antragstellende Fraktion einen konkreten Vorschlag macht, zu dem die Verwaltung sagen kann, ob das rechtlich tragbar und ob das umsetzbar ist. Nichts haben wir gehört. Stattdessen haben wir Streitereien gehört, was im Verkehrsausschuss los war. Ich war selber dabei und kann deshalb sagen: Die Teilinbetriebnahme ist von der CDU ganz klar abgelehnt worden. Sie wollen diese Nord-Süd-Bahn nicht. Stattdessen wollten Sie einen Posten bei der Rheinenergie. Dafür haben Sie das quasi eingetauscht. Das müssen Sie schon mit dazu sagen. Wenn Sie hier eine Aktuelle Stunde abhalten und die Anwohner deswegen hier vor der Tür stehen, müssen Sie ihnen auch die komplette Wahrheit sagen.

Wir sagen ganz klar: Wenn es nach dem Verursacherprinzip geht, dann müssten Sie alle hier zahlen; denn letzten Endes haben Sie das verursacht. Ganz konkret schlagen wir von der Bürgerbewegung pro Köln vor, dass die Entschädigungssumme, die die Stadt Köln vom Verursacher zu bekommen hat – im Hauptausschuss wurde ja auf meine Nachfrage hin immer gesagt: wir sind daran nicht schuld; für all diese Schäden kommt der Verursacher, also

die Baufirmen oder wer auch immer, finanziell auf –, in einen Fonds fließt und dieses Geld dann den Anwohnern zur Verfügung gestellt wird, damit sie diese KAG-Gebühren tilgen können.

(Beifall bei pro Köln)

Ich hätte von der Verwaltung gerne gewusst, ob sich dieser Vorschlag umsetzen lässt. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Jetzt Herr Stadtdirektor Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedauere, dass wir nach Auffassung der Landesregierung die aus meiner Sicht berechtigte Forderung von Anliegern der Severinstraße nicht erfüllen können. Ich bedauere, dass die Diskussion, die Sie und wir hier am 14. September 2010 äußerst intensiv, nachdenklich und problemlösungsorientiert geführt haben, nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Wir haben damals im Dialog die Fragen angerissen und auch vertieft erörtert, welche Ausnahmen im Erschließungsbeitragsrecht überhaupt möglich sind; das wurde ja auch von Ihnen, Herr Möring, abgefragt. Ich habe Ihnen damals zu dem von Ihnen vorgelegten OVG-Urteil auch die entsprechenden Kommentierungen gegeben; denn – das ist klar –: Ausnahmen sind möglich. Was wir aber damals, glaube ich, gemeinsam besprochen haben, war eine Besonderheit, nämlich: Rechtsprechung und Literatur haben sich zu der Frage von Ausnahmen von der Beitragserhebungspflicht immer nur auf Einzelfälle bezogen, und zwar – das sage ich dazu – auf Einzelfälle von deutlich geringerer Tragweite als die Fernwirkungen in der Severinstraße durch den Großschaden, das große Unglück am 3. März 2009.

Wir wussten – das haben Sie eben zu Recht gesagt –: Diese Fragestellung, die wir mit dem Ratsbeschluss hier beantworten, ist bisher in der Rechtsprechung und in der Literatur noch nie Anlass zu Überlegungen gewesen. Eine Baumaßnahme in dieser Dimension – das ist ja eben schon angesprochen worden –, die noch vor zwei Jahren mit dem Ziel Vollendung 2016 oder 2017 lief und nach heutiger Erkenntnis mit der positiven Erwartungshaltung Start 2019 angegangen wird, gibt es weder in Köln noch sonst in der Bundesrepublik. Wenn Sie bedenken, dass die Bauarbeiten für den U-Bahn-Bau in der Severinstraße 2003 begonnen haben, werden Sie feststellen: Eine dermaßen langwierige Beeinträchtigung der Anwohner gerade dieser Straße gab es seit 1968 nirgendwo beim U-Bahn-Bau in Köln und gibt es meines Erachtens auch bei keiner anderen Baumaßnahme in der Bundesrepublik.

Es war uns von Anfang an vor zwei Jahren klar, dass wir nur ein Argument für diese Befreiung geltend machen können, nämlich die nicht vergleichbare Dimension und die Fernwirkung dieses Großschadensereignisses. Bitte bedenken Sie auch, dass ich Ihnen damals gesagt habe: Wir sind in der Frage der Alternativen bisher zu keiner Erkenntnis gekommen, die uns besser auf diesem Wege begleiten könnte. Und ich gestehe auch freimütig: Auf eine entsprechende Anfrage im Landtag, ob denn die Landesregierung möglicherweise Ideen für eine Entlastung hätte, kam die Antwort: Es ist noch nicht die Frage geklärt, ob es überhaupt zu einer Entlastung kommen kann. Ein alternativer Weg ist nicht aufgezeigt worden. Aufgezeigt wurde allenfalls die Frage: Was kann man unter Betrachtung der individuellen Situation einer einzelnen Person in diesem Bereich untersuchen lassen und dann möglicherweise an Lösungen finden? Das geht auch in Richtung Grundsteuer, die Sie, Herr Görzel, angesprochen haben.

Wir waren uns damals alle im Klaren, dass durch dieses Großschadensereignis, auf einen Schlag, innerhalb von zwei Minuten, die Menschen einer ganzen Straße betroffen worden sind. Bedenken Sie bitte, wir haben in der Konsequenz damals zwei Monate lang 460 Grundstücke vom TÜV untersuchen lassen, ob an diesen Grundstücken entlang der Nord-Süd-Stadtbahn möglicherweise statische Probleme aufgetreten sind. Dieses Ereignis hatte eine Fernwirkung über die gesamte Strecke, insbesondere aber für die Nord-Süd-Stadtbahn.

Wir sind uns über ein Weiteres im Klaren gewesen. Hat es in dieser Fernwirkung Einbußen für Eigentümer gegeben und auch für die Mieter? Ich hatte Ihnen damals berichtet, dass es bei uns für dieses Großschadensereignis den Begriff „Waidmarkt“ gibt. Den kennt in der Bundesrepublik keiner. Das Unglück wird verbunden mit dem Begriff „Einsturz des Historisches Archivs, zwei Tote und Severinstraße“, nicht

aber mit dem Begriff „Waidmarkt“. Deshalb war auch die Stigmatisierung der Anwohner und Eigentümer an der Severinstraße ein Punkt, mit dem wir uns beschäftigt haben.

Ich komme zurück zu der Frage der Ausnahmen. Ich darf aus dem Gutachten zitieren. Auf Seite 34 heißt es:

> Verschafft die Gemeinde wegen der Atypik der Maßnahmen oder wegen sonstiger Besonderheiten den Grundstückseigentümern nur einen geringen Vorteil

- „geringer Vorteil“ ist unterstrichen -

> oder einen Vorteil, dessen Umfang und Dauerhaftigkeit sich nicht hinreichend sicher abschätzen lässt, dann ist der Ermessensspielraum für eine vom Regelfall abweichende Entscheidung eröffnet.

(Henk van Benthem [CDU]: Sie haben einen Fehler gemacht!)

Ich wiederhole: „wegen Atypik der Maßnahmen oder wegen sonstiger Besonderheiten ... nur einen geringen Vorteil oder einen Vorteil, dessen Umfang und Dauerhaftigkeit sich nicht hinreichend sicher abschätzen lässt, dann ist der Ermessensspielraum ... eröffnet.“ – Die Gemeinde kann dann von einer Beitragserhebung abweichen. Wörtliches Zitat: „kann von einer Erhebung abweichen“.

(Zuruf von Karsten Möring [CDU])

Ich versuche ja, Ihnen darzustellen, dass sich der Gutachter nach meiner Einschätzung in dem engen Bereich der Rechtsprechung und der Literatur des Erschließungsbeitragsrechts bewegt. Von daher kann ich nachvollziehen, dass er zu diesem Ergebnis kommt.

Unsere Grundlage war eine andere: Wir haben die Fernwirkung eines Großschadensereignisses zur Grundlage unserer Betrachtung gemacht. Sie haben völlig recht, Herr Görzel: Ich habe damals gesagt, dass wir, wenn wir Erkenntnisse haben, auch den Mut haben müssen, in der kommunalen Selbstverwaltung diesen Weg zu gehen, und vorbehaltlos zu bescheiden.

Deshalb würde ich gerne den an sich von uns angebotenen Dialog mit dem Gutachter suchen und mit ihm die Frage klären, warum er seinem Gutachten nicht unsere ausführlichen Sachverhaltsdarstellungen – 13 Seiten lang – zugrunde gelegt hat. Ich glaube, hier hätte ein Dialog vorher möglicherweise hilfreich sein können. Dieser Dialog ist uns allerdings nicht gewährt worden.

(Karsten Möring [CDU]: Sie haben ihn abgelehnt!)

- Nein, ich habe ihn nicht abgelehnt. Wir haben ihm extra noch geschrieben, dass wir gerne den Weg im Dialog mit dem Gutachter finden würden.

> (Karsten Möring [CDU]: Das Angebot des Innenministers auf einen gemeinsamen Gutachter haben Sie abgelehnt!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir stehen jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Ich bedauere das sehr, weil wir eine gewisse Erwartungshaltung hatten. Ich hatte geglaubt, dass die Argumente überzeugend sein könnten, allein schon wegen dieser Dimension, für die es keinen Präzedenzfall gibt. Wir arbeiten alle daran, dass so etwas nie mehr passieren kann. Das hätte möglicherweise der Weg sein können: dass uns hier im Erschließungsbeitragsrecht und in der Frage von kommunalaufsichtlichen Maßnahmen ein bestimmtes Ermessen hätte zugebilligt werden können. Das ist nun nicht der Fall.

Die Frage ist jetzt, ob wir das noch hinkriegen. Ich arbeite daran. Sie sind eben selbst im Dialog mit den Betroffenen gewesen und haben erfahren, dass wir aufgefordert sind, Lösungen zu finden. Wir arbeiten daran. Ich bin aber genauso sicher, dass es sehr schwierig wird, eine wirklich tragfähige Lösung, wie von Ihnen gefordert, zu entwickeln. Die Maßstäbe, die uns hier zugebilligt werden, sind leider nicht so groß, wie wir sie hier sicherlich zugrunde zu legen hätten. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Kahlen.

Die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Wie ich vernommen habe, können wir den Beschluss fassen, dass die Fragen, die hier angesprochen worden sind, zur weiteren Beratung in die Verwaltung überwiesen werden, um dann den Rat und die Ausschüsse erneut damit zu befassen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe kein abweichendes Votum. Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Nach einer ausführlichen Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt „Röggelchen“ des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 20.000,00 € zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ im Museum Ludwig
2901/2012

Gibt es Bedenken, dies anzunehmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei dem Spender ganz herzlich.

(Beifall)

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 20.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Weitere Vorschläge für Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung“
AN/1529/2012

Es spricht zunächst Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Frau Kämmerin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion geht heute konsequent den Weg weiter, den sie schon seit einem Jahr verfolgt, nämlich konkrete Maßnahmen zur Sanierung bzw. zur Konsolidierung der Stadtfinanzen vorzuschlagen.

Uns ist bewusst, dass die vorliegenden Prüfaufträge, in Euro ausgedrückt, nur einen minimalen Konsolidierungsbeitrag in Anbetracht eines strukturellen Haushaltsdefizits von jährlich 250 Millionen Euro leisten können. Worum es uns insbesondere bei der Umsetzung dieser Maßnahmen geht, ist deren Symbolkraft in der Öffentlichkeit.

Zu Punkt 1 unseres Antrags, der Bildung eines Fahrerpools: Hier wird nicht wie sonst üblich eingespart bei Personal oder Institutionen, die gegebenenfalls Transfer- oder sonstige Leistungen von der Stadt erhalten, sondern hier soll zum ersten Mal die Leitung der Stadt einen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen leisten,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Deswegen auch die Fahrer!)

- die werden weiter bezahlt; das wissen Sie doch, Herr Detjen; für so blöd halte ich Sie nicht –, indem sie nicht mehr auf eigene Fahrzeuge und eigene Fahrer beharrt, sondern die notwendigen Leistungen aus einem Fahrerpool bezieht. Ich bin davon überzeugt, dass neben erheblichen Synergieeffekten eine positive Außenwirkung erzielt wird, wenn auch bei den obersten Führungsebenen gespart wird. Denn hiermit wird klar zum Ausdruck gebracht, dass auch die Führungskräfte der Stadt sich aktiv am Konsolidierungsprozess durch Einsparungen in ihrem persönlichen Umfeld beteiligen.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Damit werden Einsparungen in anderen Bereichen erleichtert.

Auch Punkt 2 unseres Antrags soll als Symbol verstanden werden, die Reorganisation der Verwaltung voranzutreiben, nämlich dort eine Zentralisierung und Zusammenfassung von Aufgaben vorzunehmen, wo es wirtschaftlich und rechtlich sinnvoll ist, ohne dass Denkverbote bestehen. Als Beispiel für die Reorganisation der Verwaltung haben wir die Zusammenführung von Bereichen, in denen Klagen gegen die Stadt bearbeitet werden, mit denen, wo die Stadt als Klägerin auftritt, angeführt. Neben den finanziellen Mitteln, die eingespart werden können, steht auch hier im Vordergrund, das Bewusstsein für strukturelle Veränderungen zu schärfen und diese dann in weiteren Bereichen der Verwaltung vorzunehmen.

Demgegenüber steht das Verhalten der Kämmerin bei der Aufstellung des Haushalts 2013/2014. Wenn die Kämmerin in der Mitteilung zum Finanzausschuss und gleichzeitig per Pressemitteilung des Oberbürgermeisters bekannt gibt, dass es Zielsetzung bis 2017 sei, die Einnahmen aus der Rücklage auf 4,5 Prozent zu reduzieren bzw. zu begrenzen, damit man nicht in ein Haushaltssicherungskonzept komme, dann ist es ein Hohn, meine Damen und Herren, davon zu sprechen, es handle sich hierbei um eine Konsolidierung der Finanzen bzw. um einen Fortschritt bei den Konsolidierungsbemühungen. Dieser Handhabung der Defizite fehlt der Mut, Aufgaben zu überprüfen, notwendige strukturelle Einsparmöglichkeiten zu benennen und in den Haushalt einzuführen, da anscheinend die Politik dem nicht folgen will.

Noch lächerlicher ist die Aussage, dass bis 2017 eine Beseitigung des Defizits um 250 Millionen Euro jährlich erfolgen soll und gleichzeitig das Eigenkapital aufgefüllt sowie Vermögen gebildet und Infrastruktur weiterentwickelt wird. – Das ist nicht von mir, sondern das ist die Aussage der Kämmerin in der Pressemitteilung. – Für wie dumm hält man eigentlich die Bevölkerung der Stadt, die in den letzten fünf Jahren einen Werteverzehr von mehr als 1 Milliarde Euro hinnehmen musste und die in der mittelfristigen Finanzplanung den weiteren Verbrauch von Rücklagen in dreistelliger Millionenhöhe hinnehmen soll? Soll dieses Verfahren etwa als Sanierung der Stadtfinanzen herhalten, ganz abgesehen davon, dass die Stadt über Jahrzehnte angehäuftes Vermögen – der Bestand war zum 31. Dezember 2009 aufgrund der Genehmigung des Haushaltes mit 5,907 Milliarden Euro beziffert – in kürzester Zeit stark verbraucht hat?

Wenn sich diese Politik der Kämmerin und des Oberbürgermeisters bis 2018 fortsetzt, dann ist der Bestand nach Verbrauch der gesetzlich vorgeschriebenen und der freiwilligen Rücklage auf knapp 4 Milliarden Euro geschrumpft. Das bedeutet: Wir haben ein Defizit in Höhe von 2 Milliarden Euro zwischen 2009 und 2018. Meine Damen und Herren, damit wird aufgebraucht, was Generationen, selbst in den schweren Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg, aufgebaut haben. In kürzester Zeit wird es zulasten zukünftiger Generationen verbraucht.

Wir von der CDU halten diese Art der Haushaltsplanung nicht für einen Beitrag zur Konsolidierung, sondern für ein Weiterwurschteln wie bisher, ohne dass überhaupt erkennbar ist, wo die Konsolidierung erfolgen soll. Nach unserer Auffassung ist es völlig unzureichend, den Haushalt 2013/2014 nach bewährtem Muster aufzustellen, ohne gravierende strukturelle Verbesserungen vorzunehmen. Dies gilt genauso für die mittelfristige Finanzplanung mit Einsparvolumina von 92,1 Millionen Euro im Jahr 2016 – ich zitiere aus der Pressemitteilung – und von 66,3 Millionen Euro im Jahr 2017. Damit erreichen Sie lediglich, dass nur 4,5 Prozent aus der Rücklage genommen werden. Das ist aber noch keine Konsolidierung oder gar ein Vermögensaufbau. Unberücksichtigt bleiben die Risiken aus der misslungenen Satzung für die Bettensteuer, die Risiken einer möglichen Zinserhöhung gegenüber dem heute äußerst günstigen Zinsniveau, die Belastungen in Zusammenhang mit den zusätzlichen Aufwendungen für den U-Bahn-Bau einschließlich des Einsturzes des Historischen Archivs und die unterlassenen Infrastrukturmaßnahmen.

Ich darf heute schon sagen, dass wir alle seriösen Möglichkeiten – ich betone: seriöse Möglichkeiten –, die vorgeschlagen werden, ernsthaft begutachten und für eine Konsolidierung der Stadtfinanzen eintreten werden. Faule Kompromisse aber, die keine strukturellen Veränderungen in den Haushalten bieten, werden wir wie in der Vergangenheit ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Böllinger, bitte.

Werner Böllinger (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag und auch die heutige Wortmeldung von Herrn Klipper zeugen davon, dass sich die CDU-Fraktion offensichtlich ernsthaft und aktiv in die Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung einbringen möchte.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Es freut uns sehr, dass wir Sie, meine Damen und Herren von der CDU, in der Verantwortung für die Finanzen der Stadt an unserer Seite wissen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Auch ist ausdrücklich zu begrüßen, dass alle vier großen Fraktionen im Rat der Stadt Köln sich an einen Tisch setzen und in einem gemeinsamen Effizienzteam daran mitarbeiten wollen, Köln aus der Haushaltskrise herauszuführen, um baldmöglichst wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Auf die im Antrag genannten konkreten Vorschläge der CDU-Fraktion möchte ich hier und heute nicht im Einzelnen eingehen. Wir sollten damit genauso umgehen, wie wir dies im Finanzausschuss bei vergleichbaren Vorschlägen zum Haushalt bereits getan haben. Danach prüft und bewertet zunächst die Verwaltung die aus der Politik eingebrachten Einsparvorschläge, und danach sind wir am Zug.

Unser beachtliches strukturelles Defizit und der damit verbundene Vermögensverzehr zwingen uns aber unstreitig zu einschneidenden Konsolidierungsmaßnahmen. Wir stehen daher zu unserer Aussage, dass im Rahmen der notwendigen Einsparüberlegungen alles auf den Prüfstand gehört. Ich bin der festen Überzeugung, dass die bisher vorgebrachten Einsparvorschläge vom Volumen her noch nicht ausreichen. Es darf dabei sicherlich keine Tabus und keine Denkverbote geben. Jeder Vorschlag muss auch nach unserer Auffassung ernsthaft geprüft werden. Wir stimmen daher dem Antrag der CDU-Fraktion zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Böllinger. – Wir kommen dann zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lieber Herr Klipper, Ihre „alternative Haushaltsrede“ passte nicht so ganz zum Inhalt des Antrags; denn so schwerwiegend ist der Antrag nicht. Aber gut, warum soll man das nicht prüfen? Sicherlich ist die Überlegung, die Klagebearbeitung zusammenzuführen, wirklich einer Prüfung wert, weil das Konsolidierungspotenzial auch nach meiner Auffassung vor allem in Geschäftsoptimierungen innerhalb der Verwaltung liegt. Von daher gehört das sicherlich dazu.

Ich stelle auch fest, dass die CDU mit diesem Antrag offenbar einen Kurswechsel, einen Paradigmenwechsel vollzieht. Mit den Anträgen, die Sie in dieser Wahlperiode gestellt haben, haben Sie ja oft noch eins draufgesetzt und für dieses und jenes mehr Mittel gefordert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nee, nee, haben wir nicht gemacht!)

Das scheint sich jetzt zu ändern, obwohl Sie – mit Blick auf die heutige Tagesordnung – das nicht ganz durchhalten. Unter 3.1.5 findet sich Ihr Antrag zur Untersuchung des Leistungsspektrum, in dem der denkwürdige Satz steht: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln. – Ich kann mir jetzt schon vorstellen, wie viele Ressourcen es binden wird, nur um festzustellen, ob man vielleicht zu besseren Ergebnissen kommt als die nichtvalide Untersuchung des Magazins *FOCUS-MONEY.* Wenn solche Anträge demnächst wegfallen, dann wird sicherlich die Haltung, die Herr Klipper hier ausgedrückt hat, glaubwürdiger. Man wird sehen.

Auf jeden Fall ist das schon mal ein Anfang. Die Prüfung dieser beiden Vorschläge ist sicherlich sinnvoll. Deshalb unterstützen wir sie. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Frank. – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. Das ist ja ein Prüfauftrag. Schön, dass wir darüber gesprochen haben. Insbesondere der Vorschlag zum Fahrerpool ist bemerkenswert.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Beim zweiten Punkt war ich allerdings sehr überrascht. Ich kann mich noch erinnern, es gab einmal – lange, lange ist es her – eine Koalition von CDU und FDP, die die zentrale Organisation abgeschafft und es stattdessen dezentral organisiert hatten, um Kosten einzusparen. Als das noch zentralisiert war, haben Verfahren insbesondere bei Ausländerangelegenheiten zum Teil über vier Jahre gedauert, was uns natürlich Geld gekostet hat. Als wir das dezentralisiert hatten, ist es schneller gegangen. Wir können das gerne noch einmal überprüfen, liebe CDU. Was interessiert uns die Reform, die wir gestern schon gemacht haben?

Das wird uns vielleicht auch noch der eine oder andere Punkt lehren, den wir heute noch behandeln werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich bestätigen würde, dass unsere damalige Maßnahme, das zu dezentralisieren, richtig war; aber das wird die Prüfung der Verwaltung dann ja zeigen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt läuft unter dem Rubrum „Vorschläge für weitere Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung“. Die Fraktion pro Köln unterstützt so etwas.

Die antragstellende Fraktion hat um Prüfung gebeten. Stichwort „Fahrerpool“: Das hört sich alles sehr gut an. Wir meinen aber, in Anbetracht der enormen Belastungen, die die Stadt Köln zu tragen hat – auch durch die verfehlte Politik der Altparteien –, sollte man diesen Antrag noch ein bisschen konkretisieren. Deshalb bringen wir jetzt einen Änderungsantrag ein, den ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gleich schriftlich übergeben werde. Ich werde ihn jetzt vorlesen.

Wir wollen die Nr. 1 ersetzen. Wir möchten eine Abschaffung der Dienstwagen für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, für die Fraktionen sowie für die Dezernentinnen und Dezernenten und stattdessen den Abschluss eines Rahmenvertrages mit dem Taxiruf Köln. Wir halten das für sinnvoller. Wenn Sie nämlich die Dienstwagen abschaffen, tun Sie etwas für den Taxiruf Köln und Sie tun etwas für die Haushaltskasse.

Es ist ja so: Bei den Dienstwagen hat es in den letzten zehn Jahren eine enorme, geradezu inflationäre Ausweitung gegeben. Selbstverständlich muss der Oberbürgermeister – das haben wir auch in unserem Änderungsantrag so formuliert –, müssen Sie, Herr Roters, Ihren entsprechenden Wagen behalten. Das ist vollkommen richtig. Aber der Rest, Ihre Vertreter, brauchen keinen Dienstwagen.

(Beifall bei pro Köln)

Die können wie jeder andere selbstverständlich die KVB nehmen – meinetwegen auch Rollschuhe oder die Mitfahrzentrale. Es ist uns so gesehen egal, wie Sie sich fortbewegen.

(Zuruf von Manfred Wolf [FDP])

- Wir brauchen auch keine vier ehrenamtlichen Bürgermeister. Das verschlingt nur Geld; jeder Einzelne kostet uns jedes Jahr 300 000 Euro.

(Lachen von Manfred Wolf [FDP])

- Ja, Herr Wolf, da können Sie lachen. Aber erklären Sie doch mal, dass Sie eine Kindertagesstätte nicht weiter ausbauen können, weil wir hier in Köln so viele Bürgermeister haben. Wir haben 90 Ratsmitglieder, die den Oberbürgermeister bei repräsentativen Angelegenheiten vertreten können. Das machen andere Räte doch auch. Darum haben wir ja so viele Stadträte in Köln. Dafür brauchen wir nicht noch vier Bürgermeister. Das wäre richtig, wenn man hier schon Sparvorschläge macht.

Wir haben hier eben gehört – und das haben wir gerne gehört –, dass Sie das alles prüfen wollen. Die Fraktion pro Köln wird gleich noch ein paar viel gewichtigere Sparvorschläge einbringen. Ich nehme an, Sie alle werden denen dann wohlwollend zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU glänzt heute mit Streichungs- und Kürzungsvorschlägen. Es ist völlig klar, dass diese nicht sozial ausgewogen sind. Es ist ja schon bezeichnend, dass bei den Fahrern, nicht aber bei den Beifahrern gekürzt werden soll. Daran können Sie erkennen, dass das nicht sozial ausgewogen ist. Das nur mal in den Raum ge-

stellt; aber das wollte ich noch einmal deutlich sagen.

Herr Klipper hat ja extra gesagt, das seien symbolische Anträge. Ich möchte diesen Gedanken aufgreifen und darlegen, welche Symbolik dahintersteht. Diese Symbolik bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, dass die CDU Sie vor sich her treibt. Das ist ja im Moment der Vorgang. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen sind bereits ähnliche Vorschläge gemacht worden; Stichwort: Zusatzversorgungskasse, die geplündert werden soll. Das war auch ein Vorschlag vonseiten der CDU. Darauf haben Sie, Herr Börschel, gesagt: super Vorschlag, den müssen wir mal prüfen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unbelegt, Herr Kollege!)

Also: Im Moment wird alles geprüft. Das ist ja alles schön und gut; interessant ist aber, dass Sie sich zu dieser Prüfung außerhalb der Ratsstrukturen treffen. Sie nennen sich jetzt Effizienzteam; in Fachkreisen nennt man Sie „Streichquartett“. Die Frage ist nur: Wer spielt hier die Geige und wer spielt den Bass? Das würde mich schon interessieren. Aber das werden wir ja nach ihrer zweiten Sitzung feststellen können.

Der Vorgang, der jetzt stattfindet, ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass eine Art Bleimatte über die Stadtgesellschaft gehüllt wird, welche diese langsam nach unten drückt, immer unter dem Motto: Wir müssen überall kürzen, anders geht es nicht. Die Frage der Einnahmen wird überhaupt nicht diskutiert. Diese Bleimatte wird sie irgendwann ersticken oder zumindest auseinandertreiben. Es ist ja schon seit einiger Zeit zu beobachten, dass Rot-Grün im Prinzip gar nicht mehr besteht. Es gibt keine Anträge, es gibt keine Vorschläge, es gibt nur Streit, und dieser Streit wird auch weitergehen. Das ist die Situation.

Ich spreche das auch wegen der Vorgaben des Oberbürgermeisters und seiner Beigeordneten an, den Bereich Soziales, Integration und Umwelt um 9,7 Millionen Euro und den Bereich Bildung, Jugend und Sport 14,3 Millionen Euro zu kürzen. Das sind dramatische Zahlen. Da der Anteil der freiwilligen Sparanstrengungen in den Dezernaten relativ gering ist, wie wir alle wissen, müssen wir uns ernsthafte Sorgen machen, wie wir die sozialen Strukturen aufrechterhalten und die freiwilligen Leistungen in dieser Stadtgesellschaft weiterführen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, vor zwei, drei Tagen hat die Bundesregierung – in Klammern: CDU und FDP – einen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Dieser Bericht besagt, dass die Reichen immer reicher werden. Das thematisieren Sie hier gar nicht. Ich möchte mich hier positiv auf eine Aussage Ihrer Bundesregierung beziehen. Auf Grundlage des Armuts- und Reichtumsberichts wird in der *FAZ* geschrieben –

(Zurufe von der CDU – Henk van Benthem [CDU]: Welche Ausgabe?)

- Warum darf ich denn nicht mal Ihre Bundesregierung loben? Das kann ich doch mal machen, oder?

(Henk van Benthem [CDU]: Ich habe doch nur eine Frage gestellt!)

- Mein Gott, haben Sie Probleme, wenn ich mal Ihre Bundesregierung lobe. Meine Güte! – Ich zitiere aus der *FAZ:*

> Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Das heißt: Ihre Bundesregierung denkt darüber nach, und Sie denken darüber überhaupt nicht nach. Fakt ist: Sie wollen ein Streichorchester zusammenstellen; denn bei einem Quartett wird es nicht bleiben. Das ist doch die Situation.

Meine Damen und Herren, deshalb freuen wir uns, dass am 29. September in Köln eine Demonstration unter dem Motto „umFAIRteilen – Reichtum besteuern!“ stattfindet. „umFAIRteilen“ bedeutet: umverteilen zugunsten der Armen in dieser Gesellschaft. So lautet der Vorschlag dieses Bündnisses, dem auch die SPD und auch die Grünen angehören. Es ist ja nicht so, dass wir da alleine demonstrieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre dann ein bisschen mickrig!)

- Ja, das wäre natürlich etwas mickrig. –

(Heiterkeit)

Wenn man in dieser Gesellschaft die Vermögenssteuer einführen will – und das wollen

wir –, dann gehen wir breite Bündnisse ein. Dann werden wir mit den Gewerkschaften, mit der SPD, mit den Grünen, mit Sozialinitiativen, mit Attac, mit verschiedenen Organisationen gemeinsam demonstrieren. Unser Vorschlag für die Vermögensteuer bewirkt, dass Köln 70 Millionen Euro bekommen kann. Das ist zwar noch Zukunftsmusik; aber im Gegensatz zur CDU-Ratsfraktion denkt die CDU-geführte Bundesregierung immerhin schon darüber nach. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt beendet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab, der ja eben hier vorgetragen und begründet worden ist. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über den Antrag der CDU. Wer gegen den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Der unter Nummer 1 aufgeführte Satz ist wie folgt zu ersetzen:

(1) Durch die Abschaffung der Dienstwagen für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Fraktionen sowie der Dezernentinnen und Dezernenten und stattdessen den Abschluss eines Rahmenvertrages mit dem Taxruf Köln".

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Synergien und Einsparpotentiale sich für den städtischen Haushalt erzielen lassen

1. durch die Bildung eines Fahrerpools unter Berücksichtigung der den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Fraktionen sowie den Dezernentinnen und Dezernenten bisher zur Verfügung stehenden Fahrerinnen und Fahrer sowie der entsprechenden Fahrzeuge. Der Oberbürgermeister wird als erster Repräsentant der Stadt hiervon ausgenommen.

2. durch die Zusammenführung aller Stellen in der Verwaltung, die der Klagebearbeitung dienen. Zu bewerten ist zudem eine zentrale Anbindung beim Rechts- und Versicherungsamt (30). Einzubeziehen sind z.B. die zentrale Klagebearbeitung beim Kassen- und Steueramt (21/1), die Rechtsstelle beim Amt für Soziales und Senioren (501/21) oder die Prozessvertretung in der Abteilung für Ausländerangelegenheiten (323/11).

Eventuelle Auswirkungen für die jeweiligen Geschäftsprozesse sind zu berücksichtigen. Dem Rat ist das Ergebnis der Prüfung bis zum Ende des Jahres mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung vorgelegt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen"
AN/1549/2012

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Severinstraße und dem Kölner Süden"
AN/1545/2012

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd"
AN/1584/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012

Wir hatten zu Beginn der Ratssitzung beschlossen, im Rahmen der Diskussionsrunde zu diesem Tagesordnungspunkt auch die Anträge zu 3.1.12 und 4.3 zu behandeln. Ich mache folgenden Vorschlag: Es liegt eine Anfrage der Grünen vom 17. September vor, mit der wir uns als Erstes beschäftigen sollten. Danach wird die Rednerrunde eröffnet. – Bitte schön, Herr Wiener, zur Geschäftsordnung.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da ein Antrag meiner Fraktion hier mitbehandelt wird, würde ich darum bitten, dass uns entgegen der sonst üblichen Aufteilung – Rednerfolge nach Größe – zugestanden wird, den zweiten Redner zu stellen. Ich denke, das wäre nur fair.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es vonseiten der Grünen, die eine Anfrage gestellt haben, weitere Fragen? – Sie wissen, Sie dürfen zwei Nachfragen stellen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Antwort der Verwaltung ist ja eine Tischvorlage. Deshalb werden wir sicherlich darauf noch zurückkommen. Aber ich möchte schon jetzt auf zwei Dinge eingehen bzw. die Verwaltung dazu befragen.

Die Verwaltung hat uns vor einigen Monaten eine Vorlage vorgelegt, in der sie uns vorgeschlagen hat, die Teilinbetriebnahme nicht durchzuführen. Das hat sie mit haushaltswirtschaftlichen Vorteilen begründet. Ich kann in dieser Vorlage nicht eine Stelle entdecken, die auf die Risiken, die wir unserer Anfrage dargestellt haben, hinweist; dazu wird nichts gesagt. Jetzt stellen Sie selbst fest, dass es zu Risiken kommen kann; zum Teil werden sie auch benannt, zum Teil nicht.

Meine Frage an die Verwaltung: Wie konnten Sie denn überhaupt zu einem solchen Vorschlag, nämlich die Ablehnung der Inbetriebnahme, kommen, wenn Sie noch nicht einmal eine Gesamtrisikobewertung für den Stadthaushalt gemacht haben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu vonseiten der Verwaltung eine Wortmeldung? – Dann will ich Folgendes dazu sagen: Natürlich hat die Verwaltung, bevor die Kämmerin und der Oberbürgermeister gemeinsam diese Vorlage in die Beratung eingebracht haben, eine Einschätzung der Belastungen, der Finanzierungsmöglichkeiten und auch möglicher Risiken vorgenommen. Im Verlauf der Diskussion sind weitere Informationen und Anregungen vonseiten der KVB eingegangen, die einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden; zum Teil ist dies bereits geschehen. Das ergibt sich aus der Antwort, die Ihnen heute vorgelegt worden ist. Es sind aber noch weitere differenzierte Prüfungen notwendig. Diese sind unmittelbar eingeleitet. Sie werden in die Haushaltsplanberatungen, so wie vom Verkehrsausschuss beschlossen, mit einbezogen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe noch eine weitere Frage! Ich darf ja zwei stellen! Das steht so in der Geschäftsordnung!)

Bitte, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, Sie werden verstehen, dass mich diese Antwort nicht so recht befriedigt. Denn eigentlich müsste man die Dinge prüfen, bevor man einen so gravierenden Vorschlag macht.

In der Antwort haben Sie auch ausgeführt, dass sich die Gefährdung von GVFG-Mitteln auf die gesamte Nord-Süd-Stadtbahn bezieht. Nach meiner Kenntnis ist es aber so, dass die Teilinbetriebnahme Nord durch den Rat beschlossen worden ist und somit auch ein Teilverwendungsnachweis bereits in 2014 erfolgen kann. Somit ist nicht mehr der gesamte Bereich Teil eines etwaigen Risikos. Dieses bezieht sich aus meiner Sicht ausschließlich auf den Südabschnitt und auf den Waidmarkt. Meine Frage ist: Sehen Sie das auch so, oder welche Gründe haben Sie bewogen, jetzt plötzlich die Gesamtstrecke in die Risikobewertung zu nehmen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Diese Formulierung musste so gewählt werden, weil durch die KVB noch keine Abrechnung der Zuwendungen für den Nordteil erfolgt ist. Der Nordteil ist ja zunächst einmal nur durch den Bahnhof Breslauer Platz in Gang gesetzt. Die übrigen Dinge sind noch nicht umgesetzt, sodass noch keine Abrechnung stattfinden konnte. Da sie noch nicht vorliegt, wissen wir nicht,

ob die KVB dies entsprechend zügig macht oder nicht. Wir können – das will ich mit aller Deutlichkeit unterstreichen –, wenn es zu einer Umsetzung des Entflechtungsgesetzes kommen sollte, davon ausgehen – dafür gibt es belastbare Aussagen –, dass die angefangenen und begonnenen Maßnahmen auch durchfinanziert werden. Sonst könnte man sich den Bahnhof Stuttgart 21 überhaupt nicht vorstellen. Von daher werden wir natürlich weiterhin intensive Gespräche mit dem Zuschussgeber führen mit der Zielsetzung, dass dann auch die gesamte Fördermaßnahme entsprechend finanziert wird.

So weit die Antworten auf die beiden Nachfragen. – Wir kommen jetzt zur Debatte. Als ersten Redner rufe ich Herrn Breite auf.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geisterzüge! Geisterzüge kannten wir bisher nur aus dem Karneval. Sollte aber heute keine weitere Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn beschlossen werden, gibt es demnächst in Köln davon eine neue Variante. Dann fahren demnächst zwischen Rodenkirchen und Severinstraße alle zwei bis drei Monate auf der funkelnagelneuen Nord-Süd-Stadtbahn Geisterzüge nur zu einem Zweck: damit die Gleise nicht zurosten – und das in einer Stadt, deren Bewohnerinnen und Bewohner durch ein Bauunglück bei der Errichtung der Nord-Süd-U-Bahn mehr als nur gebeutelt und mit der Konsequenz bestraft sind, dass die neue Stadtbahn statt auf der ganzen Strecke nur in einen Teilbetrieb gehen kann. Nun werden die Bewohnerinnen und Bewohner zum zweiten Mal von SPD und CDU bestraft, die ihnen auch noch den heißersehnten Teilbetrieb verwehren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen dürfen die Kölnerinnen und Kölner alle zwei Monate Geisterbahnen belauschen, die den Rost von den Gleisen putzen. Das darf nicht sein!

(Beifall bei der FDP – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hast du doch gerade schon einmal gesagt!)

Gerade werden die Rolltreppen in der U-Bahn-Station eingebaut. Eine Ablehnung der Teilinbetriebnahme würde bedeuten, dass ein am heutigen Tage geborenes Kind schon das erste Schuljahr hinter sich und der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters längst seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, bevor diese Rolltreppe einen einzigen Kunden sieht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch einfach grotesk. Wir machen uns doch zum Running Gag jeder Kabarettbühne und zum Gespött in jeder deutschen Tageszeitung, wenn diese Teilinbetriebnahme nicht kommt. Das ist sicher.

Kommen wir nun zum lieben Geld. Die Teilinbetriebnahme wird selbstverständlich Geld kosten. Die Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn – das werden SPD und CDU gleich sagen – wäre defizitär. Darum wollen SPD und CDU die Teilstrecke über Jahre einmotten. Aber was wollen Sie uns als neue Wahrheit verkaufen? Der gesamte ÖPNV in Köln ist defizitär.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Logik von SPD und CDU könnten wir gleich noch die Linien 3 oder 4 streichen, weil sie genauso defizitär sind.

Spätestens jetzt käme der Einwand von SPD und CDU, die Stadt sei so klamm und die finanzielle Bürde so große, dass die Stadt diese Maßnahme, so wünschenswert sie sei, nicht tragen könne. Aber ist dieser Einwand auch wahr und richtig? Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Denn in der Führung der Stadtwerke und in der KVB sitzen kluge Köpfe, die erkannt haben, welcher Imageschaden eine Nichtinbetriebnahme für Köln und auch für ihre Unternehmen entsteht. Ein Herr Steinkamp und ein Herr Fenske denken da weiter, wo bei SPD und CDU das Denken aufhört.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Darum machen diese klugen Herren ein verbindliches Angebot. Ich darf aus der zurückgezogenen Vorlage, Seite 9, zitieren:

> Finanzierung: ... Sollte eine Investitionsfinanzierung wegen der angespannten Haushaltslage der Stadt ganz oder teilweise nicht möglich sein, könnte alternativ eine Deckung nur aus der allgemeinen SWK-Rücklage erfolgen.

Und jetzt kommt es, meine Damen und Herren:

> SWK und KVB erklären, dass die jährliche Mehrbelastung aus der Teilinbe-

triebnahme gemäß Variante 1 oder Variante 2 die mit der Stadt vereinbarte Ausschüttung der SWK in Höhe von 60 Mio. € p. a. nicht gefährdet.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt nach Adam Riese: Die Teilinbetriebnahme kostet den städtischen Haushalt keinen Cent.

(Lachen bei der SPD und der CDU)

Die Stadt hat keinerlei finanzielle Nachteile durch die Teilinbetriebnahme.

(Michael Zimmermann [SPD]: Lies doch mal die nächsten beiden Sätze! – Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Selbst die vereinbarte Ausschüttung – Herr Klipper, Sie können anscheinend nicht lesen – hätte für die Stadt keine Auswirkungen. Ich darf konstatieren: Die Argumentation von SPD und CDU bricht zusammen, wenn man die Vorlage genau liest.

Darum fordern wir Kölner Liberale SPD und CDU auf: Lasst die Bahnen für die Menschen fahren, statt den Rost zu putzen! Die Teilinbetriebnahme gehört beschlossen.

Herr Oberbürgermeister, ich bin der Meinung, Sie sollten nicht in die Geschichte eingehen als der Oberbürgermeister, der dafür war, dass die Bahnen nur den Rost wegputzen. Die Bahnen müssen fahren. Ich wünsche Ihnen ein langes Leben; aber bis zu Ihrem 70. Geburtstag ist es noch weit. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. Darum laufe ich ja regelmäßig. – Wir kommen zu Herrn Schiele.

Karel Schiele (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürger auf der Zuschauertribüne! Nord-Süd-Stadtbahn und kein Ende. Ich bin seit einigen Jahren Mitglied in städtischen Gremien. Im Verkehrsausschuss begleite ich schon von Anfang an dieses Thema. Es sorgt immer wieder für tolle Überraschungen.

Ich möchte Herrn Oberbürgermeister Roters in Verantwortung nehmen. Nach diesem Unglück, dem Einsturz des Archivs, wurden neue Alternativen in Aussicht gestellt. Seit zwei Jahren versucht sich der Oberbürgermeister an einem Befreiungsschlag, an einer Entschuldigung bei den Bürgern für die Pannen, für die auch die KVB und andere Unternehmen verantwortlich sind. Anfangs hat er die Inbetriebnahme einer Teilstrecke auch forciert, selbstverständlich in Absprache mit der KVB. Die KVB hat sich immer wieder dafür eingesetzt, weil eine Teilinbetriebnahme für die KVB eine anständige Lösung war. Und was macht er jetzt, nach zwei Jahren?

In sämtlichen Gremien und bei den interfraktionellen Zusammenkünften wurde uns immer wieder erklärt – ob von Herrn Höing, von Herrn Fenske oder von Herrn Streitberger –, dass man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine Teilinbetriebnahme nicht viel kosten würde und es wesentlich schlimmer wäre, das Teilstück nicht in Betrieb zu nehmen. Uns wurde zugesichert: Wir verfolgen diese Sache. Dadurch wurden die Fraktionen auf das Ergebnis eingestimmt und haben das Vorhaben zwei Jahre lang unterstützt. Jetzt ist urplötzlich alles vergessen. Ich war fast bei jeder Gremiensitzung anwesend und habe das aufmerksam verfolgt. Jetzt aber hat man den Eindruck, als hätte man die ganze Zeit gefehlt; denn jetzt kommt etwas ganz anderes.

Herr Roters, das liegt in Ihrer persönlichen Verantwortung. Ich weiß, dass sich die Zahlen, die die KVB auf den Tisch gelegt hat, im Wesentlichen nicht geändert haben. Die Haushaltslage der Stadt Köln ist auch nicht neu; sie ist seit mindestens sechs bis acht Jahren angespannt. Urplötzlich wollen Sie jetzt von einer Teilinbetriebnahme absehen. Das ist eine Sache des Oberbürgermeisters. Die KVB hat zwar gesagt, eine Teilinbetriebnahme wäre besser, aber die Zahlen, die jetzt präsentiert werden, haben sich bei der interfraktionellen Sitzung vor knapp zwei Jahren von Herrn Streitberger noch ganz anders angehört.

Jetzt will ich mich gerne noch an die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der CDU wenden. Jeder von uns nutzt die sitzungsfreie Zeit dazu, sich zu entspannen, in Urlaub zu fahren, auf andere Gedanken zu kommen, nicht aber die Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Herr Möring hat in der letzten Verkehrsausschusssitzung mitgeteilt – ich zitiere –, in den letzten Wochen habe seine Fraktion diese Frage intensiv diskutiert. Wow! Die CDU

diskutiert intensiv in der sitzungsfreien Zeit, während alle anderen Urlaub machen. Die fleißigste Fraktion dieses Stadtrates ist die CDU-Fraktion. Die bemüht sich tatsächlich, auch in der Ferienzeit, in der Urlaubszeit Politik zu machen. Danke schön!

(Unruhe)

Ich habe noch eine Minute und 44 Sekunden, um unseren Antrag zu begründen. Wir waren die ersten, die einen Antrag zu diesem Thema gestellt haben. Die Fraktion der FDP hat nachgezogen. Ihr Antrag ist auch nicht schlecht. Ich freue mich – das sage ich auch im Namen meiner Fraktion –, dass die FDP so bodenständig geblieben ist. Wir werden den FDP-Antrag unterstützen; denn unser gemeinsames Anliegen ist es, dafür zu sorgen, dass die Bahn endlich wenigstens auf einem Teilstück fährt. Das haben unsere Bürger verdient und nicht, dass alles ins Stocken gerät und sie weiterhin nicht vorankommen. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorwegschicken: Es gab in den acht Jahren, seit ich dem Stadtrat von Köln angehören darf, keine Entscheidung, die mir persönlich so schwer gefallen ist wie diese. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten viele Diskussionen, sowohl innerparteilich als auch öffentlich mit den Menschen aus der Südstadt, geführt. Ich habe leidenschaftliche Diskussionen erlebt, ich habe lange Diskussionen erlebt, ich habe aber immer auch seriöse und faire Diskussionen erlebt. Ich erlebe heute zum ersten Mal eine polemische, unseriöse und letztlich nicht angemessene Debatte, die von der FDP angestoßen worden ist. Das ist ein einmaliges Erlebnis in dem ganzen Prozess. Deshalb muss ich das hier einmal sagen.

Selbstverständlich stehen wir als SPD-Fraktion zur Nord-Süd-Stadtbahn. Wir stehen zu ihr in ihrer gesamten Länge, und genau darin liegt die Krux. Das Unglück am Waidmarkt hatte ja nicht nur die tragischen Folgen, die der Stadtdirektor bei einem anderen Tagesordnungspunkt bereits in Erinnerung gerufen hat; es hat letztlich auch das Herzstück der Nord-Süd-Stadtbahn kaputtgemacht und damit den großen Nutzen der schnellen Anbindung an den Hauptbahnhof sowie den noch größeren Nutzen für das öffentliche Verkehrsnetz in Köln durch den weiteren Tunnel Richtung Neumarkt, der Entlastung und auch Alternativrouten bieten kann, wenn es einmal zu Störungen kommt. Genau dieses Herzstück können wir eben nicht in Betrieb nehmen. All dies gilt es in die sachliche Abwägung für eine Entscheidung einzubeziehen und sehr genau mit zu betrachten.

Lassen Sie mich noch einmal zu den Finanzen kommen. Es ist heute schon mehrfach und auch zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Köln vor enormen finanzpolitischen Herausforderungen steht. Bei aller Notwendigkeit, zu investieren und zu sanieren: Wir kommen nicht drum herum, Einsparungen in gewaltiger Größenordnung vorzunehmen. Wenn wir das seriös und belastbar machen wollen, dann muss alles, was von Gewicht ist, in die Haushaltsplanberatungen kommen und dort gegeneinander abgewogen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich das Zitat von Ulrich Breite vervollständigen. Er hat eben eine Passage aus der Vorlage des Oberbürgermeisters zitiert. Vergessen hat er – wahrscheinlich mit Absicht –, dass direkt danach ein weiterer Absatz folgt, der lautet – ich zitiere –:

> Auch wenn eine haushaltsneutrale Finanzierung seitens der KVB bzw. des Stadtwerke-Konzerns gewährleistet werden kann, würde ein Verzicht auf die Teilinbetriebnahme das Ergebnis des Konzerns um die jeweiligen Folgekosten abzüglich der notwendigen Instandhaltungsaufwendungen ... verbessern. Hiermit könnten z. B. andere Verbesserungen des Verkehrsangebots finanziert oder auch die Ausschüttung des Konzerns an die Stadt Köln erhöht werden.

(Beifall bei Teilen der SPD sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Ich weiß nicht, was passieren wird; aber ich kann mir vorstellen, dass wir eines Tages darauf angewiesen sein werden, wenn wir mit den notwendigen Einsparungen nicht das komplette soziale, jugendpolitische, kulturelle und andere Bereiche umfassende Netz in Köln kaputtmachen wollen. Also: Wir müssen uns das schon alles sehr genau überlegen. Und es ist

seriös und letztlich auch fair gegenüber der gesamten Stadt, wenn wir genau dies tun.

Lassen Sie mich allein aus dem Verkehrsbereich zwei Punkte aufgreifen, die sicherlich nicht beide auf einmal, aber in den kommenden Jahren auf uns zukommen. Wir haben im Bereich der Straßen einen Generalsanierungsbedarf von rund 200 Millionen Euro. Dazu kommen rund 260 Millionen Euro im Bereich der Brücken und Tunnel. Wir wissen noch nicht, wie wir das bezahlen werden; wir wissen aber, dass das auf uns zukommt, nicht alles auf einmal, aber in einer Abfolge. Wir werden uns dem nicht verweigern können; denn wir stehen in der Verantwortung für die gesamte Stadt.

Insofern glaube ich, dass es korrekt, fair und verantwortlich gegenüber der gesamten Stadt ist, wenn wir diese Entscheidung nicht heute endgültig treffen, sondern in die Haushaltsplanberatungen in den kommenden Monaten mitnehmen, um dann entscheiden zu können: Schaffen wir die Herausforderung der Einsparungen im Haushalt und gibt es Spielräume, um eine Teilinbetriebnahme doch noch möglich zu machen, oder gibt es sie nicht? Dann gilt es den verkehrlichen Nutzen dieser Maßnahme zu betrachten. Dazu habe ich gerade etwas gesagt; ich kann es aber noch einmal wiederholen: Die Nord-Süd-Bahn hat einen großen Nutzen für die Stadt. Sie wird ihn haben, wenn sie einmal auf ganzer Strecke fahren kann. Sie hat ihn in diesem Teilstück leider nicht in dem Maße. Unter den Umständen, unter denen wir nun einmal sind, ist es eben nicht verantwortlich, zu sagen: Wir beschließen, mal eben 30 Millionen Euro zusätzlich auszugeben für einen verkehrlichen Nutzen, der – ich muss es leider so sagen – eher gering ausfällt.

Ich habe großes Verständnis für die Menschen in der Südstadt, die natürlich ihre Interessen vertreten. Ich habe in den Diskussionen und Auseinandersetzungen immer auch deutlich gemacht: Wir machen das nicht aus Spaß, wir wollen niemanden beuteln, wir wollen eine verantwortungsvolle Entscheidung für die gesamte Stadt treffen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen können, diesen Punkt in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Breite, ich höre mir sehr gerne polemische Reden an, schon weil mein eigener Stil ja eher nüchtern ist. Während Sie Beifallsstürme ernten, habe ich Zuhörer.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie haben eben gesagt: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Ich möchte das ergänzen: Wer denken kann, ist klar im Vorteil, und wer rechnen kann, noch mehr. Das Zitat, das Sie hier vorgetragen haben – das hat Frau dos Santos schon erläutert –, ist ja nur die halbe Wahrheit. Natürlich ist jede Form von zusätzlichem Defizit wirksam für die Stadt: entweder über SWK oder direkt im Haushalt.

In dieser Vorlage ist bei „Haushaltsmäßige Auswirkungen“ angekreuzt: Nein. Das stand immer drin; ganz klar. Die Finanzierungsform der Nord-Süd-Stadtbahn bedingt das. Aber das ist hier nicht das eigentliche Thema, sondern die eigentliche Frage ist: Können wir in der Situation, in der wir heute sind, entscheiden, die Inbetriebnahme jetzt zu beschließen, ja oder nein? Sie haben erfreulicherweise nicht den Versuch gemacht, zu sagen: Der verkehrliche Nutzen ist so groß. In der Tat, das ist er nicht.

Wir waren und wir sind uns, glaube ich, aber einig, dass es natürlich eine schwierige Sache ist, eine solche U-Bahn-Teilstrecke jahrelang ungenutzt im Untergrund liegen zu lassen. Natürlich könnte man dafür sorgen, dass die Stationen wöchentlich von Schulklassen besucht werden, um die Rolltreppen in Gang zu halten. Man könnte auch die Eingänge zumauern, aber das ist auch nicht das Wahre. Darin sind wir uns alle völlig einig. Aber um diese Frage geht es heute gar nicht.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein?)

- Nein, um diese Frage geht es heute nicht. Und durch Wiederholungen wird es nicht wahrer.

Wir haben nicht die Abschaffung oder die Nichtverlängerung beschlossen, sondern wir haben beschlossen, diese Entscheidung erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu treffen.

(Widerspruch bei der FDP)

- Bitte sehr, das können Sie sagen.

Verantwortliche Haushaltspolitik für die Stadt Köln zu machen, heißt, zu einer Entscheidung zu kommen: Was wollen wir und was können wir uns leisten, und was nicht?

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist kaum jemand hier im Saal – jedenfalls keiner, der die Thematik verfolgt –, der nicht weiß, dass ich eigentlich eine sehr hohe Sympathie für diese Form der Verlängerung habe; die Gründe habe ich genannt. Ich kann auch verstehen, dass die KVB sehr dafür wirbt, das zu machen. Ich kann auch die Südstadt-Bewohner verstehen, die sagen: Wir wollen, dass das jetzt endlich fertig wird, auch wenn der verkehrliche Nutzen insgesamt nicht so groß ist. Das ist alles richtig und sinnvoll. Wir haben aber über sehr viele Dinge nachzudenken, ehe wir entscheiden können.

Herr Oberbürgermeister, ich muss jetzt leider noch eine Kritik anbringen, die mit dieser Frage eng zusammenhängt. Hätten wir zum jetzigen Zeitpunkt eine einigermaßen belastbare Aussage, auf welche Weise wir kurz- und mittelfristig unseren Haushalt ausgleichen können, oder zumindest eine Aussage, wie wir den Eingriff in die Rücklagen minimieren können, oder eine Strategie, wie wir den Haushalt in einem überschaubaren Zeitrahmen strukturell ausgeglichen fahren können, dann könnten wir natürlich eine solche Entscheidung heute schon treffen. Aber all dies haben wir nicht. Diesen Vorwurf muss ich Ihnen und der Kämmerin machen. Denn das trägt mit dazu bei, dass wir heute nicht in der Lage sind, guten Gewissens einen solchen Beschluss zu fassen. Wir müssen abwägen können: Was können und was wollen wir uns leisten?

Die Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn ist die zentrale Frage zur Lösung unserer verkehrspolitischen Probleme; denn sie wird in Zukunft das Rückgrat sein. Es ist auch richtig, sich zu fragen: Wo stünden wir denn, wenn das Unglück am Waidmarkt nicht passiert wäre? Dann gäbe es in absehbarer Zeit die Fertigstellung. Dann hätten wir eine tolle Strecke, wenngleich sie Defizite einfahren würde. Wir wissen, dass das Ergebnis der KVB aufgrund von Investitionen und Ausweitungen in der nächsten Zeit geringer ausfallen wird. Auch das ist schon eine Belastung. Ich will nicht so weit gehen wie Frau dos Santos, die eben gesagt hat: Wir müssen abwägen zwischen den sozialen Netzen und deren Reißfestigkeit und dem Verkehrs- und ÖPNV-Netz und dessen Reißfestigkeit, letztlich also deren Funktionsfähigkeit gegeneinander stellen. Der Abwägungsprozess wird schwierig genug. Dabei werden sicherlich unterschiedliche Prioritäten gesetzt und Gewichtungen vorgenommen.

Aber noch einmal: Wir wollen diese Frage heute nicht entscheiden, weil sie heute nicht verantwortbar entschieden werden kann. Ich lege Wert darauf, zu sagen, dass wir diese verantwortliche Entscheidung erst dann treffen, wenn uns über das Umfeld, in dem diese Entscheidung getroffen werden muss, belastbare Zahlen vorliegen. Und dies wird leider erst im Zusammenhang mit der Vorlage des Haushaltsplans der Fall sein. Ich bitte, dafür auch den Verstand einzusetzen und die Ohren, um zu hören, was ich gesagt habe. In einem Vierteljahr bzw. einem halben Jahr, zur Jahreswende bzw. im Frühjahr, sprechen wir uns wieder, und dann werden wir verantwortlich entscheiden müssen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg: Ich glaube nicht, Herr Möring, dass das eine Frage für die Haushaltsverhandlungen ist, sondern ich glaube, dass das eine prinzipielle Frage ist. Ich werde in meiner Rede versuchen, das zu entwickeln.

Köln, neben Hannover der Prototyp der autogerechten Stadt aus den 60er-Jahren, hat sich 1992 ein Gesamtverkehrskonzept gegeben – das leider immer noch nicht fortgeschrieben worden ist, obwohl es mehrmals beantragt wurde –, welches sich zum Ziel gesetzt hat, den Umweltverbund zu stärken. Umweltverbund steht für öffentliche Verkehrsmittel wie Bahnen und Busse sowie nichtmotorisierte Verkehrsträger wie Fußgänger oder Fahrräder. Ein großer Investitionsbedarf bestand damals für die Schaffung leistungsstarker Schienenverbindungen, um eine Alternative zum Autoverkehr anbieten zu können.

Das Grundgerüst des Kölner Schienensystems ist eine starke Ost-West-Achse und eine ebenso starke Nord-Süd-Achse, die wiederum an den Ringen und an den Gürteln durch konzentrische Linien verbunden sind. Dieses System weist heute, Herr Oberbürgermeister, eine

schmerzhafte Lücke auf, nämlich die Anbindung der Innenstadt an die südlichen Stadtteile, die Stadtteile, die aufgrund von siedlungspolitischen Entscheidungen zuzugstarke Gebiete sind und in denen sich eine große Zahl von Neueinwohnern angesiedelt hat.

(Zuruf von der CDU: Da fährt die Linie 16!)

- Wer mit der Linie 16 fährt, weiß, dass sie völlig überbelastet ist.

Schlimm genug, dass sich CDU und SPD 1996 für den Bau dieser Schiene als U-Bahn entschieden haben; denn dadurch wird der Kostendeckungsgrad der KVB nicht höher. Noch schlimmer ist natürlich, dass 2009 dieses furchtbare Unglück passierte, was die Fertigstellung um Jahre verzögert. Völlig absurd ist aber, dass heute ausgerechnet SPD und CDU, also genau dieselben Parteien, meinen, durch eine Nichtinbetriebnahme des wichtigen Südabschnitts, der so gut wie fertiggestellt ist, Einsparungen generieren zu können. Wohl gemerkt, nicht im Stadthaushalt, sondern im KVB- bzw. Stadtwerke-Haushalt, in dessen mittelfristiger Finanzplanung diese Maßnahme bereits eingestellt war.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört!)

Ich komme jetzt zu dem, was ich anfangs angekündigt habe. Eine weitere Steigerung der Fahrgastzahlen ist ohne eine Taktverdichtung und die Einrichtung zusätzlicher Streckenverbindungen nicht mehr zu erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das weiß die KVB, und das wissen die Vertreter des Rates im KVB-Aufsichtsrat. Die Mehrerlöse der KVB aus den vergangenen Jahren müssen dringend in die Infrastruktur des Unternehmens gesteckt werden. Sie müssen investiert werden, um die Fahrgastzahlen weiter zu steigern und damit das Betriebsergebnis zu verbessern. Dieses Geld für den Stadthaushalt abzuschöpfen, für welche Maßnahme auch immer, halte ich für völlig verkehrt. Das ist verkehrspolitischer Nonsens, wenn wir die Stadt im Hinblick auf Mobilität zukunftssicher gestalten wollen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

und zwar sowohl vor der Haushaltsberatung als auch währenddessen und danach.

Die betroffenen Menschen schütteln ungläubig die Köpfe ob dieser abstrusen Kehrtwende vonseiten der SPD und insbesondere vonseiten der CDU. Sie haben nämlich der Zusage vertraut, gerade nach der Katastrophe am Waidmarkt – Herr Kahlen hat sie als Katastrophe von der Severinstraße bezeichnet –, dass die zusätzlichen Belastungen so gering wie möglich gehalten werden, vor allem auch deshalb, weil die Teilinbetriebnahme des Nordabschnitts für 4 Millionen Euro Invest völlig geräuschlos über die Bühne ging.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Ich bezweifle, ob diese Teilinbetriebnahme einen höheren Verkehrswert hat als die des Südabschnitts. Ich habe das zwar in einer Tabelle so gelesen; das hat mich aber überhaupt nicht überzeugt. Diese Entscheidung untergräbt das Vertrauen in die Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Erinnern wir uns kurz: Am 4. Dezember 2002, am Tag der Heiligen Barbara, die ja die Schutzheilige der Bergleute ist,

(Heiterkeit)

wurde feierlich der virtuelle Spatenstich für die Nord-Süd-Stadtbahn getätigt. Kurz darauf wurde mit den Vorarbeiten begonnen. Hatten die Menschen geglaubt, dass sie den Schildvortrieb kaum bemerken würden, wie mir Anwohner berichteten, wurden sie dann eines Schlechteren belehrt. Von da an war es nämlich einfach der Horror. Allein die Vorbereitungsarbeiten, zum Beispiel zum Verlegen der Rohre und Leitungssysteme in den engen Straßen, erreichten die Grenzen der Zumutbarkeit. Ein Kind, das 2002 geboren wurde, besucht mittlerweile die weiterführende Schule und wird erst nach dem Abitur mit dieser U-Bahn – hoffentlich! – fahren können.

(Heiterkeit)

- Wir lachen darüber, aber ich finde das ziemlich ernst.

Wenn Sie die menschliche Dimension dieses Dramas wenig beeindruckt, dann vielleicht die ökonomische. Bei allen Entscheidungen, die wir hier treffen, müssen zukünftige finanzielle Risiken deutlich in die Abwägung einbezogen werden. Wenn Sie das damals beim Grund-

satzbeschluss zum U-Bahn-Bau getan hätten, hätten wir heute dieses Problem nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da wäre vor allem die Gewährleistungsproblematik. Natürlich stellt der Echtbetrieb ganz andere Anforderungen an die Leistungen der Gewerke als ab und zu ein Probelauf. Erfahrungsgemäß tritt bei größeren Bauvorhaben eine Vielzahl von Mängeln auf. Die KVB beziffert dieses Risiko auf circa 4,3 Millionen Euro. Hinzu kommen die jährlichen Kosten ohne Betrieb von 1,7 Millionen Euro. Wenn man das bis 2020 aufrechnet – in der Vergangenheit haben wir ja die Erfahrung gemacht, dass sich das in Halbjahresabständen ungefähr um ein Jahr verlängert –, kommt man locker auf Kosten in Höhe von 8,5 Millionen Euro, die verloren gehen. Sie sind einfach weg! Man könnte das Geld auch gleich in den Gully kippen. Welch ein Hohn in einer Zeit, in der an allen Ecken und Enden gespart wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

- Ich freue mich über den Beifall von der FDP. Das ist ein bisschen ungewohnt für mich.

Die Risiken, die sich aus der Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ergeben, vermag ich nur sehr schwer einzuschätzen. Bekommt die Stadt eine Fristverlängerung aufgrund des Unglücks? Ich hoffe es sehr. Immerhin geht es um 43 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister will sich dafür einsetzen. Aber gelingt ihm das? Sicher ist da gar nichts. Wir haben ja schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt heute gemerkt, dass trotz bester Absichten nicht alles gelingt, was man will.

(Zuruf von der FDP: Fast gar nichts!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, gehen Sie in sich und revidieren Sie Ihre falsche Entscheidung! Ich möchte noch einen Satz hinzufügen, Herr Oberbürgermeister. Wenn Sie sich bis zu den Haushaltsberatungen besinnen, wäre das lange nicht so schlimm, als wenn Sie tatsächlich heute die U-Bahn begraben. Tun Sie den Leuten das nicht an! Denken Sie darüber nach, dass verlorenes Vertrauen für die Politik insgesamt auch eine verheerende Wirkung für uns alle hat. Ohne das Vertrauen der Menschen, für die wir hier stellvertretend sitzen, deren Geld wir hier stellvertretend ausgeben, geht es nicht. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein sonderbares Mittelklasse-Bündnis und Besserverdienenden-Bündnis von FDP und Grünen,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

das eine vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn einfordert: Zum einen die FDP, die am liebsten schon eine weitere U-Bahn bauen würde und die erheblichen Belastungen für die Kölner Wirtschaft beklagt, und zum anderen die Grünen, die gegen den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn waren und sich damit brüsten, schon vor Jahren eine kostengünstigere, weitergehende, oberirdische Lösung vorgeschlagen zu haben, und bis 2019 gleich zwei Bahnen fahren lassen wollen, nämlich eine oberirdische und eine unterirdische. Das soll einer verstehen, angesichts der Vergangenheit und der Geschichte!

Die rot-grüne Bündnispolitik wird immer kruder und undurchschaubarer. Kritisierte der grüne Finanzchef Jörg Frank im Rahmen der Haushaltsberatungen die Verwaltung, dass es nicht nachhaltig sei, die Sanierung von Museen und Brücken zu verschieben, stellte Rot-Grün zusätzliche Millionen Euro ein, obwohl die Verwaltung dieses Geld gar nicht ausgeben kann. Gleichzeitig wurden der KölnAgenda, die sich seit Jahren für nachhaltige Politik in der Stadt engagiert, 76 000 Euro gestrichen, sodass sie keine nachhaltige Politik mehr organisieren kann.

Deshalb meine Damen und Herren von den Grünen frage ich Sie: Ist es nachhaltig, wenn Sie leere Bahnen durch die Tunnelröhre schicken? Denn nur 10 Prozent der Bahnen werden ausgelastet sein. Ist es nachhaltig, wenn zwei Stadtbahnen nach Rodenkirchen fahren? Ist es nachhaltig, 40 Millionen Euro für die vorzeitige Inbetriebnahme auszugeben, wenn das Geld an anderer Stelle fehlen wird? Ist es nachhaltig, wenn Sie Gelder dem ÖPNV entziehen, wo man sie an anderer Stelle effektiver ausgeben könnte?

(Zuruf von der FDP: Wo denn?)

Ist es nachhaltig, dass wir dann zwei Querungen der Rheinuferstraße bekommen, die Autos die Umwelt also noch mehr verpesten, und gleichzeitig der Ruf nach einer neuen unterirdischen Querung in der Stadtgesellschaft wieder Auftrieb bekommen wird, gegen die Sie ja zu Recht waren? Das ist, wie ich finde, keine nachhaltige Politik, meine Damen und Herren.

Sicher ist es nicht schön, eine unfertige Stadtbahn in der Südstadt zu haben; gar keine Frage. Aber das Begehren von FDP und Grüne halte ich für populistisch,

(Lachen bei der FDP)

anmaßend und arrogant, wenn man sich die derzeitige Haushaltslage der Stadt Köln vergegenwärtigt. Diese Politik halte ich für falsch. Wir wissen doch alle, wie das bei den freiwilligen Leistungen ist: Wenn man sie einmal kürzt, dann sind sie weg auf alle Ewigkeit. Das will ich nicht. Ich will, dass diese Leistungen erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie sagen: Das könnte alles im Rahmen des Stadtwerkekonzerns abgewickelt werden. Das ist doch einfach Unsinn; das wissen Sie auch selber; denn Sie sitzen ja in den Aufsichtsräten. Wenn der Stadtwerke-Konzern Gewinn an die Stadt abführt, können wir froh sein, dass dem so ist. Wir wissen, dass auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden müssen. Das ist auch richtig so; gar keine Frage. Aber diese Gewinnabführung wird in Zukunft geringer ausfallen – das ist gar nicht die Frage –, wenn wir weiterhin diese Politik machen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was erzählst du für einen Blödsinn?)

Deswegen sind wir dagegen, diesen Weg einzuschlagen.

Ich finde es sehr unglücklich, Herr Fenske, dass sich die KVB in diese politische Auseinandersetzung einmischt. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen. Ich finde es schade, denn bislang war es ein gutes Verhältnis. Dieses Einmischen finde ich nicht gut, nicht richtig.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Das muss in den Aufsichtsräten besprochen und diskutiert werden, aber nicht in der Öffentlichkeit und auf großer Bühne. Das geht nicht.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, haben hier betont, das Thema in den Haushaltsberatungen weiter diskutieren zu wollen. Das ist nun wirklich unglaubwürdig. Frau Moritz, Sie müssten das doch eigentlich wissen; denn Sie sind ja auch in dieser Expertenkommission.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Effizienz! Aber das ist ein schweres Wort!)

- Effizienzkommission. Genau. – Deshalb müssten Sie eigentlich wissen, dass das Blödsinn ist. Wir werden noch ganz andere Haushaltsprobleme kriegen, die es erforderlich machen werden, in den Haushaltsberatungen ganz andere Fragen zu diskutieren als eine Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken. – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da können wir ja in Zukunft auf Ihre Kompetenz zurückkommen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Detjen. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann, danach Herr Sterck und Herr Uckermann.

Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen. Aber nach all dem, was ich jetzt in der letzten halben Stunde gehört habe, will ich doch spontan etwas dazu sagen.

Klar ist: Es geht hier um Geld, es geht um Auslastungszahlen etc. Es geht aber auch um dieses furchtbare Unglück am Waidmarkt, und es geht um die enormen Belastungen an der Severinstraße. Diese U-Bahn wird ja früher oder später sowieso fahren. Angesichts dieser Tragödie finde ich es durchaus legitim, die Entscheidung emotional zu fällen. Ich denke, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt und entlang der Severinstraße diese U-Bahn verdient haben, und zwar so früh wie irgend möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der FDP)

Natürlich kostet das Geld. Man kann es hin und her rechnen: Höchstwahrscheinlich wer-

den es ein paar Millionen Euro jährlich sein, die dann an anderer Stelle fehlen werden. Aber – ich wiederhole mich – die Bewohner haben das verdient, gerade nach dieser Tragödie außerordentlichen Ausmaßes. ÖPNV kostet immer Geld. Hier kostet er leider ein bisschen mehr Geld. Aber die Stadt sollte das ausgeben. Sie ist ja vermutlich oder höchstwahrscheinlich oder eventuell – das werden die Gerichte noch zu klären haben – selbst darin verstrickt. Gerade deshalb haben es die Bewohner besonders verdient, dass man ihnen diese U-Bahn so schnell wie möglich zur Verfügung stellt. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Die nächste Wortmeldung kam von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wird immer so getan, als stehe die Ausschüttung der Stadtwerke in Höhe von 60 Millionen Euro in der Bibel, als könne man daran nichts ändern. Natürlich habe ich Verständnis dafür, dass die Stadtwerke ihr Geld zusammenhalten und nicht mehr als diese 60 Millionen Euro an die Stadt abführen wollen. Aber wir alle wissen auch, dass die „Kriegskasse“ dort voll genug ist, um der Stadt Köln 65 oder 70 Millionen Euro geben zu können, wenn das politisch vom Anteilseigner, der Stadt Köln, entsprechend gewollt ist. Dass Herr Detjen jetzt die Arbeitnehmer ins Spiel bringt, als wenn die eine Gewinnbeteiligung erhielten, also mehr ausgeschüttet bekämen, wenn an die Stadt weniger abgeführt würde, ist wirklich abenteuerlich.

Ich will das Argument, das Uli Breite eben angeführt hat, aufgreifen. Wenn man das Defizit der KVB reduzieren will, kann man natürlich auch ganz andere Wege beschreiten. Wir haben zum Beispiel gerade den Nachtverkehr erweitert. Das kostet uns auch viel Geld; aber wir haben gesagt: Das braucht die Stadt nun mal. Man kann auch viele Linien ausdünnen, um Geld zu sparen. Nur, auf diesen Linien fährt die Bahn schon, in der Südstadt fährt sie eben noch nicht. Und genau das wird jetzt den Bewohnern der Südstadt und den Anwohnern der Severinstraße zum Verhängnis.

Ich wundere mich, dass die CDU den Vorschlag gemacht hat, das Thema in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Damit haben wir als Stadt, haben wir als Rat, hat aber auch die CDU-Fraktion sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Letzte, der auf die Idee gekommen ist, ein großes Projekt in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen, war der Kollege Klipper, als er die Flora in irgendeiner Sitzung in die Haushaltsplanberatungen verwiesen hat. Man müsste einmal die Kämmerin befragen, welchen zweistelligen Millionenbetrag diese Verweisung in die Haushaltsplanberatungen die Stadt gekostet hat. Denn eines ist natürlich klar: Es wird nie billiger. Wenn wir jetzt die Entscheidung ein Dreivierteljahr aufschieben und dieser Teilabschnitt dadurch noch später in Betrieb geht, wird es immer noch teurer werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das erste Jahr, in dem sich das rechnen würde, schon durch die Diskussion verloren. In der ersten Vorlage war noch von 2014 die Rede. In der Vorlage, die jetzt zurückgezogen worden ist, war von 2015 die Rede. Wenn das irgendwann einmal beschlossen wird, wird vielleicht von 2016 ausgegangen. Das heißt: Uns geht immer wieder Zeit verloren, in der sich die Sache eigentlich schon rentieren könnte. Schuld daran ist diese Verzögerungstaktik. Schuld ist aber auch die Verwaltung; denn die Vorlage, die Sie, Herr Oberbürgermeister, uns im Frühsommer dieses Jahres zur Kenntnis gegeben haben, lag ja im Grunde schon seit letztem Jahr bei Ihnen vor. Wir hätten sie also schon viel früher diskutieren können.

Natürlich sind wir enttäuscht, dass gerade die Kollegen der CDU, mit denen wir ja auch in Sachen Nord-Süd-Stadtbahn eine ganze Reihe von Gefechten gemeinsam bestritten haben, jetzt ausweichen. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie ohne Probleme bereit waren, 50 Millionen Euro für die Querung der Rheinuferstraße zu investieren und dafür sogar Anzeigen in den Kölner Zeitungen geschaltet haben. Das war auch einmal eine Position der CDU.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dass Sie jetzt diese vergleichsweise wenigen Millionen Euro – das ist viel Geld; ich will das um Gottes Willen nicht kleinreden – dazu veranlasst haben, im Grunde über Nacht eine 180-Grad-Wende zu vollziehen, das schmerzt sehr. Ich hoffe, dass Sie, obwohl es angesichts der heutigen Debatte nicht so aussieht, noch die Kurve bekommen.

Ich hoffe auch, dass die Dinge, die aufgrund der sehr guten Anfrage der Grünen zutage gekommen sind bzw. noch zutage kommen werden, dazu führen werden – ich kenne ja auch die Diskussionen in der Südstadt, nicht nur die meiner eigenen Partei; ich weiß auch, dass die Kollegen der SPD vor Ort das ganz anders sehen –, den Druck so zu erhöhen, dass wir die Teilinbetriebnahme spätestens im nächsten Jahr beschließen können.

Barbara Moritz hat gesagt: Leider sind die Eröffnungstermine immer weiter nach hinten geschoben worden, und keiner hier möchte die Hand ins Feuer legen, dass es bei 2019 bleibt. Von daher hoffe ich, dass Sie sich bis zur nächsten Debatte darüber – dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen – eines Besseren belehren lassen. Wir würden Ihnen auch über diese Hürde hinweghelfen und nicht hämisch nachtreten, wenn Sie bis dahin zu neuen Erkenntnissen gekommen sind. Aber das wäre, glaube ich, sehr wichtig für die Südstadt und für die Stadt Köln insgesamt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. – Es liegen noch zwei Wortmeldungen vor, zum einen von Herrn Uckermann und zum Zweiten von Herrn van Benthem.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für die antragstellende Fraktion pro Köln habe ich noch einiges zu resümieren. Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass die Verwaltung und die KVB in der ganzen Debatte noch gar nicht Stellung bezogen haben. Sie haben das zwar in der Zeitung getan, aber hier in dieser Debatte haben wir von Ihnen kein Wort dazu gehört. Darum war es natürlich wichtig, dass unsere Fraktion das in einem Antrag noch einmal vorgebracht hat.

Ich möchte auch mit einem Missverständnis aufräumen: Es geht hier nicht um eine vorzeitige Inbetriebnahme. Es geht um eine verspätete Inbetriebnahme; denn die U-Bahn sollte ja auf der gesamten Strecke längst fahren. Das muss klar gesagt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben im letzten Jahr einen Strategiewechsel beschlossen und gesagt: Auch wenn es insgesamt länger dauert, die Teilinbetriebnahme ist so wichtig, dass wir dafür auch höhere Kosten in Kauf nehmen. Dazu bitte ich auch noch einmal um Stellungnahme. Dieser Strategiewechsel hat sich jetzt als falsch herausgestellt. Die Verantwortlichen sagen in der ganzen Debatte dazu keinen einzigen Ton. Wenn man auf Ihre Expertise hört, fühlt man sich als Ratsmitglied veräppelt. Das muss klar gesagt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Es hat mir überhaupt nicht gefallen, dass Sie in der Debatte immer wieder den Sinn dieses Verkehrsprojekts in Zweifel ziehen. Was sollen denn jetzt die Anwohner, was sollen denn jetzt die Kölner Bürger sagen, wenn Sie hier jetzt daran zweifeln, ob es überhaupt sinnvoll ist, dass dort eine U-Bahn fährt? Warum haben Sie sie dann überhaupt gebaut? Das ist die Frage, die wir hier stellen müssen.

(Beifall bei pro Köln)

Eine weitere Frage ist offen – sie ist im Verkehrsausschuss gestellt worden; ich will sie hier auch noch einmal stellen –: Was ist denn überhaupt mit der Gewährleistung? Wenn Sie jetzt die niegelnagelneue Strecke vollendet haben, sie tatsächlich aber nicht benutzen, was ist dann mit der Gewährleistung? Sie können doch eine Garantieleistung nur dann in Anspruch nehmen, wenn Sie die Strecke unter Volllast getestet haben, und das nicht erst in fünf Jahren. Dann wird Ihnen der Bauausführer natürlich sagen: Tut mir leid, Ihre Garantiezeit ist verstrichen. All diese Dinge, die im Vorfeld auch schon im Verkehrsausschuss besprochen worden sind, sind nicht geklärt. Das finde ich bitter enttäuschend.

Bleiben Sie bitte jetzt bei Ihren Planungen, bei Ihrem Strategiewechsel und machen Sie das, was Sie immer empfohlen haben! Bitte stimmen Sie dem zu. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper hatte sich gemeldet. Eigentlich wäre jetzt erst Herr van Benthem dran.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich hatte eine direkte Frage! Das geht in diesem Zusammenhang nicht!)

36. Sitzung vom 20. September 2012

- Ja, okay. – Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Sache korrigieren. Herr Sterck, bei der Flora sind wir lange Zeit von weniger als 20 Millionen Euro ausgegangen. Letztlich hat das Projekt 35 Millionen Euro gekostet,

(Ralph Sterck [FDP]: Teile gehen auf Ihr Konto!)

weil Ihre Extra-Wünsche nicht klar durchgerechnet waren. Wir mussten noch ein paar Millionen Euro draufsetzen, damit Sie Ihr Tonnendach bekommen.

(Widerspruch von Ralph Sterck [FDP])

Der Grund, dass es letztlich zu einem Betrag von 35 Millionen Euro kam, war, dass Sie unbedingt das Tonnendach haben wollten, nichts anderes.

Lassen Sie mich noch einige Fakten nennen, die hier bisher nicht erwähnt wurden. Mit dem, was zu der U-Bahn hier in der Vorlage steht, versucht man, den Menschen vorzugaukeln, die U-Bahn würde nächste Woche oder in drei Wochen in Betrieb gehen. Wenn wir heute eine Entscheidung für die Teilinbetriebnahme treffen, ginge die U-Bahn auf diesem Teilstück erst am 1. Januar 2016 in Betrieb, nicht früher.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Herr Sterck, lassen Sie mich doch einfach mal ein paar Fakten nennen.

Zweiter Fakt: Es geht bei dieser Entscheidung um rund gerechnet 30 Millionen Euro, die im Stadtwerkekonzern ausgeglichen werden müssten, sei es durch irgendwelche Erträge, durch Minderausgaben oder durch geringere Ergebnisabführungen an die Stadt.

Wenn Sie sich diese Zahl einmal vor Augen führen und dabei die Flut von Anträgen, die auch heute wieder auf der Tagesordnung stehen, berücksichtigen, dann werden auch Sie feststellen, dass wir als Stadt außerstande sein werden, die Probleme, die in Zukunft noch auf uns zukommen, ohne höhere Abführungen vonseiten des Stadtwerkekonzerns zu lösen. Ich zumindest glaube nicht, dass uns das gelingen wird. Sie drängen jetzt darauf, eine Entscheidung zu treffen, die uns 30 Millionen Euro kosten wird. Das heißt, wir unterhalten uns nicht über Mehrkosten, sondern über einen Nettobetrag von 30 Millionen Euro. Das ist die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt.

Lassen Sie mich auch zum Inhaltlichen etwas sagen. Die Vorlage, die von Herrn Fenske mit eingebracht wurde, besagt, dass die Linie 17 ab Rodenkirchen abgeht.

(Ulrich Breite [FDP]: Oder Sürth!)

– Nein, dann wäre es schon wieder teurer; denn das würde wieder ein paar Millionen Euro mehr kosten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat sich denn die U-Bahn ausgedacht?)

- Schauen Sie doch in die Vorlage! Wir sprechen hier über die Vorweginbetriebnahme. Sie wissen doch, dass entweder in Rodenkirchen ein Gleiswechselbauwerk gebaut werden kann oder die Bahn über Godorf fahren muss; anders geht es nicht. Diese Mehrkosten hat Herr Fenske in der Vorlage bereits aufgelistet.

Also: Wenn die U-Bahn erst ab Rodenkirchen entgegenkommt,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber im 5-Minuten-Takt!)

wie im Vorschlag der Verwaltung vorgesehen, dann werden all die Menschen, auf die man in der Severinstraße Wert legt, nämlich die aus Sürth, aus Weiden, aus Godorf, aus Meschenich, nicht einsteigen, weil die Linie 17 gar nicht bis dorthin fährt. Glauben Sie denn, meine Damen und Herren, es würde jemand von Sürth zwei Stationen bis nach Rodenkirchen fahren, dort umsteigen, über die Straße gehen, um dann auf einem anderen Bahnsteig in die Linie 17 einzusteigen? Seien Sie doch mal ein bisschen realistisch bei der ganzen Sache!

Spinnen wir diesen Gedanken weiter. Sie fahren von Rodenkirchen ab – ich kenne mich dort ein bisschen aus; denn ich wohne dort seit 15 Jahren –, fahren bis zur Schönhauser Straße gemeinsam auf den gleichen Gleisen

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- das ist egal; Sie können auch mit der Linie 16 fahren –,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht im Fünf-Minuten-Takt!)

fahren also mit der Linie 16 über den Ubierring und treffen dort auf die Linie 17, nur eben oberirdisch, nämlich am Chlodwigplatz. Das ist der Unterschied: oberirdisch am Chlodwigplatz. Unterirdisch

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist echt unterirdisch!)

- Frau Moritz, da können Sie reden, was Sie wollen – geht es von der Schönhauser Straße nur zu einer weiteren Haltestelle, nämlich dem Bonner Wall, und dann kommen Sie mit der Linie 17 unterirdisch am Chlodwigplatz an. Dort treffen Sie wieder auf die Linie 16, die oberirdisch über den Ubierring gefahren ist, und zwar alles zur gleichen Zeit. Danach folgen gerade einmal noch zwei Haltestellen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tut ja richtig weh!)

nämlich Karthäuserwall und Severinsbrücke. Das ist der Mehrwert, den Sie haben. Ich würde es den Leuten in der Severinstraße wirklich gönnen, aber das würde innerhalb von nur drei Jahren 30 Millionen Euro mehr kosten. Das heißt: Nur damit zwei Haltestellen mehr angefahren werden können, sollen wir 30 Millionen Euro ausgeben – und das angesichts der Finanzknappheit dieser Stadt. Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Punkt zur Sprache bringen, und dafür stehe ich. Ich würde gerne einen Antrag einbringen, der darauf abzielt, den Geschäftsinhabern an der Severinstraße in den nächsten drei Jahren ein Programm anzubieten, um die Attraktivität dieser Straße erheblich zu erhöhen. Das würde ich gerne machen. Das würde ihnen in den nächsten drei Jahren viel mehr helfen, als wenn wir heute die Entscheidung über eine Teilinbetriebnahme der U-Bahn treffen, die selbst dann erst am 1. Januar 2016 in Betrieb gehen würde. Vielleicht gibt es ja auch wieder, wie Herr Sterck immer sagt, eine kleine Verzögerung, sodass sie erst am 1. Juli 2016 in Betrieb gehen kann. Das könnte ja auch sein, Herr Sterck. Bei Ihren hervorragenden Planungen ist das nicht auszuschließen.

Meine Damen und Herren, von der Politik wird immer gefordert, seriöse Entscheidungen zu treffen. Deshalb kann seriös nur sein, diese Entscheidung in die Haushaltsberatungen zu verweisen; denn da wird es nicht nur um das Jahr 2013 gehen, sondern auch um die Zukunft, nämlich die Jahre 2014, 2015, 2016, 2017. Das müssen wir in diesem Zusammenhang abwägen und dann beschließen. Dann kann man immer noch sehen, ob es unter dem Aspekt der Verschuldung dieser Stadt seriös ist, zu sagen: Vielleicht schaffen wir es doch, die U-Bahn vorzeitig in Betrieb zu nehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Also, Herr Klipper, ich finde, man sollte hier oben nur reden, wenn man weiß, worüber man redet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Rede hat gezeigt, dass Sie von der oberirdischen wie von der unterirdischen Linienführung der Kölner Stadtbahn überhaupt keinen Schimmer haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Richtigstellung: Die Vorlage enthält einen Vorschlag, dass in der Hauptverkehrszeit bis Sürth gefahren wird. Das würde die im Moment notwendigen Fahrgastzuwächse aus Sürth abdecken, solange das Sürther Feld nicht bebaut ist. Danach müsste man überlegen, die Bahnen regelmäßig bis Sürth fahren zu lassen. Dafür muss man natürlich irgendwo ein Gleiswechselbauwerk bauen. Wir sind dafür, dass es in Sürth gebaut wird, und zwar schon jetzt, weil wir der Argumentation, dass die Linie in Rodenkirchen enden soll, nicht folgen können.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist der Vorschlag von Herrn Fenske!)

- Ich weiß, dass der Vorschlag von Herrn Fenske kommt. Aber in dieser Vorlage werden verschiedene Alternativen genannt. Und wir wären für eine Verlängerung bis nach Sürth,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Fenske hat ja keine Ahnung davon!)

weil wir erwarten, dass aufgrund des Zuzugs von Menschen nach Sürth noch weitere Fahrgäste dazukommen.

Und: Die Linie 17 trifft nicht die Linie 16 am Chlodwigplatz; das ist überhaupt nicht der Punkt. Diese Linie 17 erschließt mehrere Punk-

te auf der Strecke: Sie erschließt nicht nur den Chlodwigplatz und damit die Verbindung über die Ringe; sie erschließt an der Severinstraße auch die Ost-West-Achse, ebenfalls eine wichtige Verbindung. Insofern hat diese Linie durchaus einen eigenen Verkehrswert, weil eben nicht alle Leute zum Neumarkt oder zum Hauptbahnhof fahren. Es gibt auch eine ganze Menge Leute, die ins Rechtsrheinische wollen, und das ist ohne Auto von Rodenkirchen extrem schwierig, wie Sie vielleicht wissen. Aber wahrscheinlich wissen Sie das nicht, weil Sie nie ohne Auto fahren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist eine Ihrer bevorzugten objektiven Aussagen!)

Außerdem – Frau Moritz hat es schon erwähnt – ist die Linie 16 chronisch überlastet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Fahren Sie nie mit der Linie 16?)

Das heißt: In den Hauptverkehrszeiten würden überhaupt keine neuen Fahrgäste mehr reinpassen. Rodenkirchen ist aber ein Zuzugsgebiet. Was machen Sie denn mit den Leuten, die mit der Bahn fahren wollen, aber nicht mehr in die Bahn hineinkommen? Diese Situation gibt es an verschiedenen anderen Stellen der Stadt auch, unter anderem an den Haltestellen der Uni-Buslinie. Sie können die Linie nicht verstärken, weil der U-Bahn-Tunnel zwischen Poststraße und Appellhofplatz keine weiteren Steigerungen zulässt. Sie können auch keinen Kurzzug fahren lassen. Was machen Sie dann? Es gibt keine Möglichkeit, weitere Fahrgäste mitzunehmen. Auch aus diesem Grund brauchen wir die Linie 17, nicht allein wegen der Fahrgäste, die dort zusteigen, sondern unter anderem auch, um die Linie 16 zu entlasten und so für die Linie 16 neue Fahrgäste zu generieren.

Insofern hat die Linie durchaus einen sehr hohen eigenen Verkehrswert, insbesondere für das enge Kölner U-Bahn-System, was damals unglücklicherweise nicht als Metrosystem angelegt worden ist, sondern als Unterpflasterbahn.

(Beifall bei der FDP)

Auch diese Entscheidung war eine Fehlentscheidung. Im Prinzip kann man sagen: Die ganze U-Bahn-Geschichte in Köln ist eine Aneinanderkettung von Fehlentscheidungen. Und das, was Sie hier heute vorhaben, nämlich die Teilinbetriebnahme nicht zu beschließen, ist der Höhepunkt in dieser ganzen Entscheidungskette. Ich bin sehr darüber enttäuscht, dass das so läuft und dass es so wenig Einsicht gibt.

Abgesehen davon will ich noch einmal kurz auf die Finanzen zu sprechen kommen. Jeder, der sich ein bisschen mit den Abschlüssen der städtischen Gesellschaften beschäftigt, weiß, dass die KVB letztes Jahr über 20 Millionen Euro durch Fahrgastzuwächse und Fahrpreiserhöhungen über Plan eingenommen hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie hoch war denn das Defizit?)

Trotzdem haben die Stadtwerke nur 60 Millionen Euro ausgeschüttet. Eigentlich hätten sie 80 Millionen Euro ausschütten sollen, nach dieser Rechnung. Das ist völlig unverständlich. Deswegen ist auch völlig absurd, im Umkehrschluss zu sagen: Wenn die das Geld einfach so kassieren und weitere 60 Millionen Euro ausschütten, ist für die Nord-Süd-Stadtbahn kein Geld mehr da. Das ist wirklich eine völlig abstruse Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann gebe ich das Wort an Herrn Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass wir im politischen Alltag mit unseren konkurrierenden Parteien, Fraktionen gelegentlich nicht mit Samthandschuhen umgehen. Ein aktuelles Vorkommnis, meine Damen und Herren, hat mich aber so getroffen,

(Zuruf von der FDP: Oh!)

- ja, Sie werden das noch hören –, dass ich hier heute eine Erklärung dazu abgeben will. Es geht um den öffentlichen Vorwurf der FDP im Zusammenhang mit der Wiederwahl von Thomas Breuer.

Ich habe bereits gegenüber den Medien erklärt, dass zwischen den Entscheidungen im Verkehrsausschuss zur Inbetriebnahme der Nord-Süd-U-Bahn und der Wiederwahl des RheinEnergie-Personalvorstands und Arbeitsdirektors Thomas Breuer keinerlei Zusammen-

hang besteht. Es gibt diesbezüglich keinerlei Absprachen mit der SPD. Martin Börschel, der Fraktionsvorsitzende der SPD, hat das ebenfalls in den Medien bestätigt.

In der Zwischenzeit hat sich Ralph Sterck bei mir persönlich für sein Fehlverhalten entschuldigt. Diese Entschuldigung habe ich für meine Person angenommen. Ich möchte aber an dieser Stelle doch noch einmal deutlich machen, welchen Schaden Sie, Herr Sterck, durch die völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen angerichtet haben.

In erster Linie haben Sie Thomas Breuer beschädigt. Seine fachliche Kompetenz ist unbestritten. Er bräuchte keinen politischen Deal für seine Wiederwahl. Er genießt bei den Arbeitnehmern, beim RheinEnergie-Konzern und in der gesamten Kölner Unternehmerschaft ein außerordentlich hohes Ansehen. Quer durch alle Fraktionen gilt er als überaus kompetent. Schließlich wurde er mit Ihren Stimmen von der FDP einstimmig wiedergewählt. Das zeigt ja, dass seine Kompetenz unbestritten ist. Ich hoffe, Herr Sterck, dass Sie sich bereits bei Herrn Breuer entschuldigt haben für diese Attacke, diesen Anschlag auf seine Kompetenz. Das war unfair.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Mindestens genauso verheerend ist aber, dass Sie mit Ihren Anschuldigungen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine seriöse und sachgerechte Entscheidung der politischen Parteien beschädigt haben. Es gibt nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür – und es gab ihn zu keiner Zeit, Herr Sterck –, dass sich die CDU die Vertagung der Entscheidung über die Inbetriebnahme durch eine Personalie eingehandelt hat, die sie durchsetzen wollte. Es gab und es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass die SPD so etwas angeboten hätte. Solch sachfremde Erwägungen haben in der Zeit, die ich als Fraktionsvorsitzender der CDU überblicken kann, zu keiner Zeit eine Rolle gespielt. Sie, Herr Görzel – das will ich auch noch sagen –, führen diese Unterstellungen hier im Rat noch fort. Ich weise das auf das Schärfste zurück.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Ich appelliere an Sie, Herr Sterck, und ich appelliere an Sie, Herr Görzel, und an alle Kolleginnen und Kollegen: Bei allen inhaltlichen Differenzen, die wir haben mögen, sollten wir uns Schlammschlachten in der Öffentlichkeit ersparen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Setzen wir uns inhaltlich fair auseinander. Setzen wir uns auseinander, aber in der Wahl der Mittel sollten wir fair bleiben; denn sonst beschädigen wir das Ansehen aller politisch Aktiven. Und das gilt es zu verhindern. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. Das war eine persönliche Erklärung. Damit ist die zweite Rederunde jetzt beendet.

(Bernd Schöppe [pro Köln]: Hallo!)

- Herr Schiele und Herr Uckermann haben bereits Stellung genommen. Wir wollen jetzt keine dritte Runde eröffnen.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Nein, das war eine persönliche Erklärung von Herrn Granitzka.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben einen Antrag der FDP-Fraktion, den wir gemeinsam behandelt haben mit dem Antrag von pro Köln unter 3.1.12. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Will die FDP nicht! – Weitere Zurufe)

- Ja, über den FDP-Antrag. – Ich will das noch einmal erklären. Ich habe eben aus der Rede von Herrn Schiele herausgehört, dass er bzw. seine Fraktion sich dem Antrag der FDP anschließt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Roters, wir waren zuerst da! Gucken Sie mal auf das Datum! Unser Antrag ist der Ursprung dieser Debatte hier!)

- Okay. Dann fangen wir an mit der Abstimmung über den Antrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln, die Fraktion der Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von pro Köln. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln macht von seinem Rückholrecht (§ 41 Abs. 3 GO NRW) Gebrauch und hebt den Beschluss des Verkehrsausschusses von 04.09.2012, die Entscheidung über die Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen, Beschlussvorlage 3132/2011, in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen, auf und beschließt die in der Beschlussvorlage 3132/2011 vorgesehene Alternative 1 (Teilinbetriebnahme zwischen Servinstraße und Rodenkirchen).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Vorzeitige in Betriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Serverinsstraße und dem Kölner Süden“ AN/1545/2012

und

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd“ AN/1584/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke., Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Nachtflug abschalten“
AN/1548/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1607/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mal wieder wollen alle angeblich die fluglärmgeplagten Menschen entlasten, und mal wieder ändert sich nichts, außer dass der Flugverkehr weiter zunimmt. Die gute Nachricht des heutigen Tages haben Sie ja sicherlich gelesen: Die neue Tochtergesellschaft der Lufthansa wird sich in Köln ansiedeln. Das heißt, es wird noch mehr Flüge geben, auch in der Nacht. Sie wird aber viel billigere Flüge als die Lufthansa anbieten und verärgert damit übrigens auch die Kollegen, die gerade einen neuen Tarifvertrag aushandeln. Das ist aber nur eine Nebengeschichte.

Angeblich sind sich alle etablierten, auf verschiedenen Ebenen regierenden Parteien einig: Ein Nachtflugverbot für Passagierflüge muss kommen. Doch genau hier liegt das Problem; denn Sie vertreten im Kern keine klaren politischen Positionen. Sie priorisieren nicht das Recht auf Gesundheit, sondern agieren parteitaktisch. Diejenigen aus den etablierten Parteien, die den Druck der Wählerinnen und Wähler rund um den Flughafen verspüren, sind für ein Nachtflugverbot. Doch ihre Parteifreunde, die was zu sagen haben, halten die Interessen der Flugverkehrslobby für wichtiger und setzen Profite vor Gesundheit. So kann man sich schön den Ball zuschieben: Die einen simulieren Kampf für ein Nachtflugverbot, die anderen blockieren.

Das beste Beispiel dafür ist die CDU, die für jede und jeden etwas bietet. Ursula Heinen-Esser, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, meint:

> Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass sich der Bundesverkehrsminister gegen das Nachtflugverbot für Passagiermaschinen stellt. Das ändert nichts daran, dass die Landesregierung, nicht die Bundesregierung, für den Erlass des Nachtflugverbots zuständig ist. Wir fordern die Landesregierung auf, das Nachtflugverbot zu

erlassen, die rechtlichen Bedenken auszuräumen und gegebenenfalls die Rechtsfrage gerichtlich klären zu lassen.

Absolut korrekt. Frau Heinen-Esser und weitere Bundestagsabgeordnete der CDU fordern auch den Aufsichtsrat der Flughafen GmbH auf, tätig zu werden. Die CDU könnte fast ein Bündnis mit uns Linken und den Bürgerinitiativen gegen Fluglärm bilden, wären da nicht die anderen Ebenen in der CDU. Herr Ramsauer bremst von ganz oben. Und Sie, Herr Granitzka, welche Initiative haben Sie im Aufsichtsrat ergriffen, um das Nachtflugverbot für Passagiermaschinen durchzusetzen?

Die Grünen hingegen waren schon immer mit vollem Herzen für ein Nachtflugverbot – bis sie an die Regierung kamen; dann wurde es ein bisschen schwieriger. Sie haben hier heute zusammen mit der SPD einen Änderungsantrag vorgelegt, der den Ratsbeschluss vom März dieses Jahres bestätigen soll. Wir nehmen damit zur Kenntnis: Ohne unseren Antrag von der Linken, von Herrn Hoffmann und von Herrn Zimmermann hätten Sie heute nichts getan. Sie hätten auch im März nichts getan; denn auch damals haben nicht SPD und Grüne, sondern andere die Aktuelle Stunde beantragt.

Ihnen scheint es allerdings wichtig zu sein, dieses Thema nicht uns zu überlassen. Sie wollen unsere Forderungen aber nicht mittragen. Der Ratsbeschluss vom März mit seiner Forderung, eine Entlastung in der Nacht über die Gebührengestaltung zu erreichen, war sicher nicht schädlich, war vielleicht besser als nichts. Deswegen haben wir dem damals zugestimmt. Aber es war schon im März kein großer Wurf. Seitdem hat sich die Sachlage jedoch entscheidend geändert. Die Landesregierung hat endlich Farbe bekannt. Wahrscheinlich haben auch die Bürgerproteste und der zeitgleich stattfindende Landtagswahlkampf dabei eine unterstützende Rolle gespielt. Die Bundesregierung hingegen blockiert.

Deshalb ist es schlicht albern, wenn der Rat heute sagt: Wir erinnern noch mal daran, dass man den Nachtflug vielleicht auch ohne Verbot lösen kann. – Nein! Das ist doch ein Scheingefecht. Es geht heute nur um das Verbot, ja oder nein. Dazu kann der Rat natürlich schweigen, wenn es den hier Etablierten zu unbequem ist, eine Entscheidung zu fällen. Aber wenn er sich äußert, muss er sich auch zur veränderten Sachlage äußern. Das heißt, der Rat müsste sich im Sinne unseres Antrags äußern, nämlich sagen:

Erstens. Wir bekräftigen unsere Beschlüsse aus grauer Vorzeit, zum Beispiel 1997 und 2000, dass ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen gelten soll.

Zweitens. Wir fordern, wir appellieren und zur Not bitten wir die Landesregierung, an ihrem Kurs festzuhalten und die Sache politisch und juristisch auszufechten.

Drittens. Es muss endlich ein Beschluss im Aufsichtsrat – in dem SPD und Grüne die Mehrheit haben – gefasst werden, die Abschaffung von Nachtflügen für Passagiermaschinen durchzusetzen und das zu einem Fakt zu machen.

Mit Blick auf die Grünen muss ich allerdings feststellen, dass denen wichtiger zu sein scheint, im Bundestagswahlkampf 2013 auf die Pauke zu hauen und mit der Forderung nach einem Nachtflugverbot in den Wahlkampf zu ziehen, obwohl man heute, wenn man denn wirklich wollte, Fakten schaffen und die Lage für die Leute rund um den Flughafen Köln/Bonn verbessern könnte. Voraussetzung wäre allerdings, dass Sie statt taktischer Spielchen klare, eindeutige Politik machen. Viel Hoffnung habe ich nicht, aber man kann es ja mal versuchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken. sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt nicht viele Themen, die in dieser Stadt so emotional diskutiert werden wie der nächtliche Fluglärm. Das ist verständlich. Einerseits geht es um ein elementares menschliches Grundbedürfnis, nämlich um gesunden Schlaf. Auf der anderen Seite geht es um die wirtschaftliche Existenz zig Tausender Menschen in dieser Stadt. Ich brauche Ihnen nicht zu erläutern, wie bedeutsam der Flughafen für die Wettbewerbsfähigkeit einer Vielzahl von Unternehmen in dieser Stadt ist.

Das Bedürfnis der Menschen nach ungestörter Nachtruhe einerseits und dringend notwendige Arbeitsplätze andererseits gegeneinander auszuspielen, verbietet sich eigentlich von selbst. Dennoch machen wir immer wieder die Erfah-

rung, dass es Politiker und Politikerinnen gibt, die der Versuchung nicht widerstehen können, sich auf dem Rücken der Betroffenen zu profilieren. Erinnert sei an die unsägliche nächtliche Showveranstaltung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-Esser.

Man beachte: Frau Heinen-Esser gehört derselben Bundesregierung an wie Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, und sie gehört derselben Partei an wie der ehemalige Landesverkehrsminister Wittke, der während seiner Amtszeit ohne Not die Betriebserlaubnis für den Nachtflugverkehr am Flughafen Köln/Bonn vorzeitig bis 2030 verlängert hat. Es ist wirklich unredlich, wenn Frau Heinen-Esser von der CDU die jetzige Landesregierung auffordert, das Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge umzusetzen und gegebenenfalls die juristische Auseinandersetzung zu suchen – und dies in Kenntnis der Weisung des Bundesverkehrsministers von der CSU.

Insofern sehen wir den gemeinsamen Antrag von der Linken, von Herrn Zimmermann und von Herrn Hoffmann als nicht zustimmungsfähig an. Deshalb haben wir konsequenterweise einen Änderungsantrag vorgelegt. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist der Weg, den wir mit dem Ratsbeschluss dieses Jahres gewiesen haben, der richtige. Wer etwas für besseren Lärmschutz erreichen will, muss sich auf eine konsequente Umsetzung des rechtlich und wirtschaftlich Machbaren konzentrieren. Hierzu hatten wir im damaligen Beschluss die Flughafen Köln/Bonn GmbH unter anderem aufgefordert, eine Neujustierung der Gebühren und Entgelte für Starts und Landungen in den Nachtstunden vorzunehmen. Wie wir hören, wurde seitens des Flughafens seit unserem Ratsbeschluss eine Reihe von Abstimmungsgesprächen geführt. Das begrüßen wir. Wir erwarten aber auch, dass man nunmehr zeitnah zu konkreten Ergebnissen kommt.

Eine langwierige rechtliche Auseinandersetzung können und wollen wir uns nicht leisten. Wir Sozialdemokraten wollen zügig konkrete Verbesserungen für alle Seiten erreichen: Die Mitarbeiter des Flughafens – das geht insbesondere an die Adresse der Linken – müssen Klarheit über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze haben, die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen, und für die Anwohner muss es zu spürbaren Entlastungen kommen. Deshalb setzen wir auf einen ehrlichen und intensivierten Dialog und auf konkrete, belastbare Maßnahmen. Politischer Aktionismus ist dabei fehl am Platz. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr van Geffen. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wenn Herr Ramsauer nicht ein solches Schmierenstück aufführen würde, hätten wir längst ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen, wie es die Landesregierung beantragt hat. Das ist zunächst festzuhalten.

Die Landesregierung selbst hat sowohl damals noch als Minderheitsregierung als auch jetzt als Mehrheitsregierung die richtigen Schritte gewählt. Wir haben dies mit dem Ratsbeschluss unterstrichen, den wir am 27. März hier mehrheitlich gefasst haben.

Ramsauer hat erst einmal geschaut, wie er bei der damals anstehenden Landtagswahl möglichst Schaden vom Spitzenkandidaten Röttgen abwenden kann. Das kann man in verschiedenen Zeitungen nachlesen. Unter anderem hat er damals in der *Kölnischen Rundschau* über seinen Staatssekretär verlautbaren lassen, es gäbe gar keinen Genehmigungsvorbehalt des Bundes, und er wüsste eigentlich gar nicht, was er tun sollte. Als sich der Druck auf ihn erhöhte, hat er zwei Tage vor der Landtagswahl erklärt: Ja, er würde das jetzt prüfen, und er würde das auch zügig tun.

Inzwischen wissen wir, dass das alles Herrn Röttgen nichts genutzt hat, der ja in dieser Frage eh ein doppeltes Spiel betreibt: Einerseits unterstützt er die Landesregierung in der Frage des Nachtflugverbots nicht; andererseits hat er im Wahlkreis erklärt, natürlich sei seine CDU auch für ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen. Gut, das Ergebnis ist klar: Es wurde ihm nicht abgenommen, und er und seine CDU haben eine krachende Niederlage erlebt.

Was passiert jetzt? Jetzt erklärt Ramsauer einfach, es sei rechtlich überhaupt nicht möglich, eine Betriebsgenehmigung zu ändern. Etwas Dümmeres habe ich selten gelesen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass das Bundesverwaltungsgericht zum Beispiel in der Frage Flughafen Dresden am 15. September 1999 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass flug-

lärmbetroffene Flughafenanwohner einer Steigerung der Fluglärmbelastungen auch unterhalb der Schwelle zur Gesundheitsgefährdung nicht schutzlos ausgeliefert seien, da sie Betriebsbeschränkungen verlangen können. Das Gericht hat formuliert:

> Insofern ist darauf hinzuweisen, daß ein Anspruch auf nachträgliche Betriebsbeschränkungen im Wege eines teilweisen Widerrufs nach § 6 Abs. 2 Satz 3 LuftVG in Betracht kommen kann.

Das heißt: Die rechtliche Zurückweisung von Herrn Ramsauer wird wenig Bestand haben, weil selbst die Rechtsprechung inzwischen weiter geht. Insofern werden wir diese Auseinandersetzung weiterführen. Ich begrüße, dass die Landesregierung jetzt prüft, weitere rechtliche Schritte einzuleiten.

Trotzdem kann es natürlich ein ziemliches Hin und Her werden. Insofern ist der Hinweis auf die Bundestagswahl überhaupt nicht falsch; denn diese Entscheidung ist ja nicht aus rechtlichen Gründen gefallen, sondern aus profanen politischen. Herr Ramsauer bedient in dieser Frage Lobbyinteressen und nicht die Interessen der von Lärm geplagten Anwohnerinnen und Anwohner. Insofern ist klar, dass es eben nicht zu schnellen Entscheidungen kommt, wie es der Sprecher von der Linken hier gefordert hat.

Ihre Forderung macht deutlich, dass Sie von der Linken sich nie mit diesem Thema befasst haben. Der Kampf um Nachtflugbeschränkungen und -entlastungen wird, was den Flughafen Köln/Bonn angeht, schon seit 20 Jahren geführt; wir führen ihn seitdem mit Vehemenz. Da ist es nicht mit einem einfachen Hinweis auf den Aufsichtsrat getan. Der Aufsichtsrat hat in dieser Frage gar nichts zu entscheiden. Er ist der völlig falsche Adressat. Das ist eine Angelegenheit, die letztendlich von den Regierungen getroffen werden, weil es hier um Betriebsgenehmigungen geht. Betriebsgenehmigungen werden nicht im Aufsichtsrat verändert.

Deshalb ist der Antrag, den die Linke uns hier vorlegt, völlig überflüssig. Es bedarf keiner wie auch immer gearteten Hinweise der Linken. Diese Auseinandersetzung wird nach wie vor unvermindert fortgeführt. Ich bin zuversichtlich, dass man, wenn man den nötigen Nachdruck nicht vermissen lässt, letztendlich auch zum Erfolg kommt. Aber diesen Erfolg wird man nicht von heute auf morgen erreichen können.

Abschließend zu den Entgelten für Starts und Landungen: Es gibt die Möglichkeit, Lärmentgelte zu erheben. Wir haben am 27. März beschlossen, in diese Richtung weiter Druck auszuüben. Auch diese Entscheidung trifft aber nicht der Stadtrat. Leider ist in dieser Frage bisher wenig passiert. Das liegt einfach daran, dass der Flughafenchef etwas anderer Auffassung ist. Dass die Erhebung von Lärmentgelten möglich ist, zeigen andere Flughäfen. Tatsächlich lässt sich mit einem entsprechenden Lärmentgelt Druck auf die Gesellschaften ausüben, lärmärmere Flugzeuge einzusetzen. Ich halte diesen Schritt für durchaus richtig, wenn auch nicht alleinseligmachend. Aber diesen Weg weiterzuverfolgen, ist völlig korrekt. Wir sind uns auch mit der SPD einig, dass es in dieser Frage weiter Druck geben muss. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen zu Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Möchte die CDU nichts sagen, Herr Oberbürgermeister? – Das würde mich überraschen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir überlassen der FDP mal den Vortritt!)

- Danke, Herr Granitzka, das sind ja richtig freundliche Worte.

Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Dies ist ein Lehrstück, wie man mit bestimmten politischen Themen auf der Zeitschiene umgeht. Als wir hier im März hochengagiert darüber gesprochen haben, ging es vor allen Dingen darum, die gute Position, die man auf Landesebene eigentlich schon gefunden hatte, koalitionskonform hier im Rat irgendwie über die Bühne zu wuppen. Deswegen ist auch der Verweis auf den Beschluss vom März interessant. Darin steht nämlich nicht, dass sich der Rat explizit für eine Kernruhezeit für Passagiermaschinen ausspricht. Die Formulierung ist sehr viel charmanter. Man spricht davon – lassen Sie mich kurz nachschauen –, dass man das äußerst interessant findet und dies positiv begleitet.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das steht da nicht!)

- Herr Zimmermann, die Formulierung war damals so weich. Ich sage nur: Aufgepasst und

erwischt! – Nach der Landtagswahl wurde Herr Becker vom Verkehrsministerium ins Umweltministerium umgesetzt, vielleicht auch, damit sich das Thema beruhigt. Die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann haben es jetzt wieder aufgegriffen. Und wieder bekommen wir einen Antrag als Alternativantrag, der noch wachsweicher formuliert ist als der vom März. Deswegen: Herzlichen Glückwunsch an die SPD, dass der Konflikt heute so aufgelöst wird!

Wir hatten seinerzeit den Antrag eingebracht, eine Kernruhezeit für Passagiermaschinen einzurichten, und zwar konkret von 0 bis 6 Uhr. Dieser Vorschlag ist damals abgelehnt worden.

(Martin Börschel [SPD]: Der Ramsauer hat es verboten!)

- Gesetze zum Flughafen, Herr Börschel, beschließen wir hier sowieso nicht. Das hat Herr Frank vollkommen richtig ausgeführt.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat es trotzdem verboten!)

Aber unser politischer Wille war nicht nur vor der Wahl, sondern auch jetzt nach der Wahl, eine Kernruhezeit für Passagierflüge von 0 bis 6 Uhr vorzusehen. Sie haben sich dem damals nicht anschließen können.

Wir waren nicht so naiv, zu glauben, dass Sie Ihre Meinung in dieser Frage plötzlich geändert haben. Deswegen haben wir uns nicht die Mühe gemacht, einen Änderungsantrag einzubringen. Es stehen, glaube ich, heute genug Themen auf der Tagesordnung, über die wir uns auseinandersetzen können. Deswegen: Man kann Ihrem Antrag zustimmen, weil er so allgemeingültig und freundlich formuliert ist, aber die Realität für die von Fluglärm belasteten Menschen in keiner Weise verändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Jetzt Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der uns mit dem provokanten Titel „Nachtflug abschalten“ vorgelegte Antrag präsentiert mal wieder alten Wein in neuen Schläuchen.

(Martin Börschel [SPD]: Alter Wein in alten Schläuchen!)

Doch nicht nur dies: Es ist zudem ein gefährlicher Antrag, da er selbst im Titel etwas suggeriert, was er dann im Beschluss überhaupt nicht verlangt. Die dort aufgestellte altbekannte Forderung nach einem Nachtflugverbot für Passagiermaschinen am Flughafen Köln/Bonn führt nämlich nicht zum Abschalten von Fluglärm. Vielmehr birgt sie die Gefahr, dass das Problem für die Menschen noch größer wird. – Ich komme später noch darauf zurück.

Worum geht es? Es geht um den bekannten Konflikt – Herr van Geffen hat das hier trefflich ausgeführt – zwischen dem berechtigten Wunsch der Anwohner nach erholsamem Nachtschlaf einerseits und den Interessen des Flughafens Köln/Bonn als bedeutendem Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in unserer Region mit Tausenden von Arbeitsplätzen andererseits. Schon diese Beschreibung zeigt, dass es nicht einfach sein wird, eine Entweder-oder-Lösung zu finden. Wir wollen nicht die Leute, die rechtsrheinisch in der Einflugschneise wohnen, umsiedeln; aber wir wollen auch nicht den Betrieb am Flughafen einstellen.

Die CDU im Rat der Stadt Köln setzt sich seit jeher für einen allgemein verträglichen, aber auch wirtschaftlich vernünftigen Betrieb des Konrad-Adenauer-Flughafens ein. Unser Ziel ist es, den Anwohnern möglichst weitgehend entgegenzukommen und sie vor den Beeinträchtigungen durch Fluglärm zu schützen, aber gleichzeitig auch die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens zu erhalten. Wir unterstützen das Unternehmen Flughafen in Abstimmung mit der Fluglärmkommission auf dem beschrittenen Weg, gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Fluglärm zu vermindern, zum Beispiel durch Verteuerung des Flughafens für lärmintensive Maschinen – das war ja eine der Forderungen, über die wir damals gesprochen haben und die im Änderungsantrag von SPD und Grünen heute erneut erhoben wird –, durch Optimierung der Anflugverfahren sowie durch schnellere Verfahren zur Gewährung passiver Lärmschutzmaßnahmen.

Hier sind erste Fortschritte gemacht worden. Ich erinnere daran – Sie alle haben das zur Kenntnis genommen –, dass von FedEx zwei laute Maschinen bereits durch zwei leisere ersetzt worden sind. Der Flughafen versichert, diesen Weg weiter beschreiten zu wollen, nämlich über Gebührenerhöhungen für lärmende Maschinen zu erreichen, dass die Fluggesellschaften – es geht um UPS und FedEx – das

Interesse verlieren, solche Maschinen einzusetzen, weil sie dann höhere Landegebühren bezahlen müssen.

Das von der rot-grünen Landesregierung vor der Wahl aus rein populistischen Gründen geforderte Nachtflugverbot für Passagiermaschinen lehnen wir dagegen ab. Für den Immissionsschutz bietet das sowieso nur weiße Salbe. Ich darf daher betonen, dass wir als CDU-Fraktion die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums begrüßen, mit der der Landesregierung diese unsinnige Maßnahme untersagt wurde.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine kurze Bemerkung zur „Gefährlichkeit“ des von der Linken gestellten Antrags. Was wäre denn das Ergebnis, wenn tatsächlich ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge am Flughafen Köln/Bonn erlassen würde? Es wäre so, dass die Slots, die Abflugzeiten, die dann frei würden, nach der Betriebserlaubnis des Flughafens Köln/Bonn an die weitergegeben werden müssten, die sie beantragen und die bereits am Flughafen Köln/Bonn operieren. Das heißt: Wenn es die leiseren Nachtflugmaschinen nicht mehr gäbe, an wen dann? An die lärmenden, noch immer viel zu lauten Frachtmaschinen. Das heißt, wir würden den Lärm eher verstärken als vermindern. Jedenfalls besteht die Gefahr, dass diese Slots dann natürlich ausgenutzt werden. Wir haben es ja erlebt, dass die Lufthansa uns von Frankfurt aus schon mal eben Frachtflieger herübergeschickt hat. Dagegen konnten wir uns gar nicht wehren. Und das würde auch weiterhin so geschehen.

Von daher sagen wir: Dieser Antrag macht viel Lärm um nichts. Die Linke betreibt reine Symbolpolitik, indem sie noch mal etwas aufwärmt, was vor der Landtagswahl aktuell war, heute aber durch den definitiven Entscheid des Bundesverkehrsministers keine Relevanz mehr hat.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum vorliegenden Änderungsantrag sagen. Ich bitte hier um getrennte Abstimmung und will das nachfolgend begründen.

Mit Absatz 2, in dem Sie sagen, dass es zügig entsprechende Schritte zu ergreifen gilt, den Lärm durch Maßnahmen wie passiver Lärmschutz und Erhöhung der Entgelte für lärmende Maschinen zu vermindern, sind wir voll einverstanden. Das liegt voll auf unserer Linie. Das können wir gerne mittragen.

Wir hätten gerne den ganzen Antrag unterstützt, wenn Sie den ersten Absatz anders formuliert hätten. Aber hier ist das Dilemma, in dem Sie mit Ihrem Koalitionspartner stehen, deutlich ablesbar. Sie haben nämlich im Ratsbeschluss vom 27. März, den Sie ja jetzt bekräftigt wissen wollen – da muss ich auf Herrn Houben zurückkommen –, eine Resolution an den damaligen Verkehrsminister, Herrn Voigtsberger, versteckt. Und darin steht ebendiese Kernruhezeit von 0 bis 6 Uhr. Dass Sie von der SPD diese selber gar nicht wollen, wissen wir ja; aber Sie können sich aus diesem Dilemma nicht herauslösen. Wir aber können dem jetzt nicht im Nachhinein zustimmen, sondern wir sagen: Der Bundesverkehrsminister hat das entschieden.

Von daher bitten wir um getrennte Abstimmung. Wir würden dem zweiten Absatz – Lärmminderung usw. – gerne zustimmen, weil das voll auf unserer Linie liegt und auch richtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Nur zwei kurze Anmerkungen vom Platz aus. – Zum Ersten: Pro Köln hat sich immer schon für mehr Lärmschutz rund um den Flughafen eingesetzt. Wir werden deswegen diesem Antrag auch zustimmen.

Zum Zweiten ist es sehr gut, dass dieser Antrag gestellt wurde, weil er zwei Mechanismen wieder deutlich gemacht hat: zum einen, dass das, was vor der Wahl gesagt wird, nach der Wahl selten noch Gültigkeit hat und umgesetzt wird; zum anderen, dass die etablierten Parteien mit gespaltener Zunge sprechen, und zwar immer dort, wo sie nah am Bürger sind. In den Bezirksvertretungen und Ortsvereinen wird den Bürgern nach dem Munde geredet; da wird Verständnis geheuchelt; da wird suggiert, man werde sich für die Bürger einsetzen, man nehme ihre Belange ernst. Aber dort, wo dann wirklich entschieden wird – im Stadtrat, in den Gremien auf Landes- und Bundesebene –, wird anders entschieden. Das ist ein doppeltes Spiel, das schon immer so läuft. Manche Bürger wachen langsam auf und merken das.

In diesem Bereich ist das auch so. Deswegen ist es gut und richtig, dass dieser Antrag ge-

stellt wurde, auch wenn er von der Linkspartei gestellt wurde. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister! Eigentlich war meine Wortmeldung als Zwischenfrage an Herrn Granitzka gedacht. Insofern ist die Dramaturgie jetzt ein bisschen kompliziert.

Ich wollte an einen Punkt anknüpfen, den ich so verstanden habe, dass die CDU-Fraktion gegen ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge ist. Ich wollte interessehalber nur noch einmal nachfragen, was denn nun gilt, da es ja Ihre Parlamentarische Staatssekretärin ist, die noch jüngst gefordert hat, ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge zur Not sogar gerichtlich durchzusetzen, und sich damit an die Seite der rot-grünen Landesregierung gestellt hat. Ich möchte einfach nur die Position der CDU wissen, damit ich das für die nächsten Debatten verstehen kann. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka direkt dazu.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Börschel, Sie wissen ganz genau: Für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln spreche ich. Und ich habe eben das gesagt, was die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln beschlossen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr.

Ich will diesen Tagesordnungspunkt nutzen, mich bei der Lufthansa AG für die Standortentscheidung ihrer neuen Tochtergesellschaft herzlich zu bedanken.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Das stärkt den Wirtschaftsstandort Köln. Wir schätzen es sehr, dass die Lufthansa AG uns das Vertrauen entgegengebracht hat. Vielen Dank!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wir haben einen Ersetzungsantrag von SPD und Grünen. Von der Fraktion der CDU wurde beantragt, über den ersten Absatz sowie die beiden nachfolgenden Absätze getrennt abstimmen zu lassen.

Zunächst zur Abstimmung über den ersten Absatz. Wer für diesen ersten Absatz stimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen sowie der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Enthaltungen bei der Fraktion der Linken und Herrn Zimmermann. Damit ist der erste Absatz angenommen.

Jetzt zur Abstimmung über den zweiten Absatz: Wer für diesen zweiten Absatz ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltungen von Herrn Zimmermann und der Fraktion Die Linke ist auch dieser zweite Absatz angenommen.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung über den Ersetzungsantrag. Wer für den Ersetzungsantrag in der soeben beschlossenen Form ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der SPD sowie der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Bei Enthaltungen von der Fraktion Die Linke und Herrn Zimmermann ist der Antrag so angenommen.

I. Beschluss gemäß Absatz 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der vorliegende Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Anlässlich der Ablehnung der von der NRW-Landesregierung beantragten Einschränkung der Betriebsgenehmigung am Flughafen Köln/Bonn für ein Passagier-Nachtflugverbot zwischen 0 und 5 Uhr durch Bundesverkehrsminister Raumsauer bekräftigt der Rat der Stadt Köln seinen Beschluss vom 27. März 2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Absatz 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der vorliegende Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Bestandteil dieses Ratsbeschlusses ist auch der Auftrag an die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung sowie die vom Rat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates in der Flughafen Köln/Bonn GmbH gegenüber der Geschäftsleitung darauf hinzuwirken, zügig die notwendigen Schritte zu ergreifen, um durch eine veränderte Gestaltung der Lande- und Startentgelte eine deutliche Verminderung der Fluglärmemissionen – insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 6 Uhr – zu erreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig und in der Folge kontinuierlich über die Umsetzung dieses Auftrags dem Hauptausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung:

Anlässlich der Ablehnung der von der NRW-Landesregierung beantragten Einschränkung der Betriebsgenehmigung am Flughafen Köln/Bonn für ein Passagier-Nachtflugverbot zwischen 0 und 5 Uhr durch Bundesverkehrsminister Raumsauer bekräftigt der Rat der Stadt Köln seinen Beschluss vom 27. März 2012.

Bestandteil dieses Ratsbeschlusses ist auch der Auftrag an die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung sowie die vom Rat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates in der Flughafen Köln/Bonn GmbH gegenüber der Geschäftsleitung darauf hinzuwirken, zügig die notwendigen Schritte zu ergreifen, um durch eine veränderte Gestaltung der Lande- und Startentgelte eine deutliche Verminderung der Fluglärmemissionen – insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 6 Uhr – zu erreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig und in der Folge kontinuierlich über die Umsetzung dieses Auftrags dem Hauptausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Granitzka beantragte Einzelabstimmung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich die Tagesordnungspunkte 3.1.4 und 3.1.10 gemeinsam auf:

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Schluss mit den Luxusrenten bei städtischen Unternehmen – Rente mit 67 auch für Großverdiener in den Vorständen der Stadtwerke“
Änderungsantrag der Fraktion pro Köln
AN/1609/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abführung der Sitzungsgelder aus Aufsichtsräten an die Stadt Köln“
AN/1526/2012

Dazu hat sich Herr Wiener gemeldet.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Besuchertribüne, die bis jetzt ausgehalten haben! Unser Antrag behandelt ein sehr ärgerliches Thema, das seit Jahrzehnten angeprangert wird, an dem bisher aber nie etwas wirksam geändert wurde. Es geht um den Missbrauch städtischer und stadtnaher Betriebe zur Versorgung von Kommunalpolitikern und ihren Amigos.

Wir haben hier in Köln, aber auch in anderen Städten ein Phänomen, das die Bürger zutiefst ärgert, weil sie das Ganze auch noch bezahlen müssen.

Es geht darum, dass in städtischen und stadtnahen Betrieben lukrative Geschäftsführerposten zur Versorgung von Politikern und anderen Amigos geschaffen werden.

Es geht darum, dass diese Geschäftsführerposten teilweise mit astronomischen Gehältern honoriert sind und zum Teil mit einer Luxusrentenversorgung garniert sind.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Es geht auch darum, dass sich in den Aufsichtsratsgremien und Verwaltungsratsgremien dieser städtischen Betriebe etablierte Kommunalpolitiker zusätzlich die Taschen mit astronomischen Sitzungsgeldern füllen.

(Lachen bei der CDU – Henk van Benthem [CDU]: Das ist doch besser als Versicherungsbetrug!)

- Ja, da lachen Sie. Dann will ich Ihnen einmal ein paar Zahlen nennen. Vielleicht finden Sie das dann immer noch witzig. Aber die Bürger draußen finden es sicherlich nicht witzig, wenn sie hören, dass Herr Martin Börschel, SPD-Fraktionsvorsitzender, als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse mal so nebenbei 47 000 Euro im Jahr 2011 verdient hat.

(Henk van Benthem [CDU]: Dafür hat er die Versicherung nicht betrogen!)

Des Weiteren: Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Winrich –

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Seien Sie doch mal ruhig und lassen mich ausreden. Wissen Sie nicht, was demokratischer Anstand ist? Haben Sie zu Hause keinen Anstand gelernt?

(Henk van Benthem [CDU]: Ich schon! Aber Sie können es noch lernen!)

Herr Winrich Granitzka, CDU-Fraktionsvorsitzender, hat im selben Gremium 37 623 Euro verdient – nebenbei. Das sind ja keine Hauptjobs, sondern ehrenamtliche Nebenverdienste, die man teilweise auch noch in verschiedenen Aufsichtsräten erzielt. Ich weiß gar nicht, in wie vielen Aufsichtsräten Herr Börschel inzwischen schon sitzt. Er hat ja den Spitznamen „König der Kölner Aufsichtsräte“.

Ich frage mich immer, wie man die Chuzpe haben kann, dann in einen SPD-Ortsverein zu gehen, in dem einem hart arbeitende Familienväter gegenübersitzen, die das ganze Jahr schuften und in ihrem Hauptberuf noch nicht einmal die Hälfte dessen verdienen, was Herr Börschel nebenbei mitnimmt.

(Henk van Benthem [CDU]: Aber die haben ihn gewählt!)

Das ist ein Unding. Das ist ein Skandal. Den prangern nicht nur wir an. Den prangert auch der Bund der Steuerzahler an. Den prangern auch andere Institutionen an. Schauen Sie nur ins Schwarzbuch der Steuergeldverschwendung. Hätten Sie mal vor zwei Tagen *Frontal 21* geguckt! Dort wurde berichtet, dass hier astronomische Gehälter gezahlt werden – angeblich marktüblich, obwohl die städtischen Betriebe teilweise Monopolisten sind und gar keinen Wettbewerb haben, weshalb die Manager auch überhaupt keinen Anspruch haben, astronomische Gehälter zu bekommen, zumal es sich sowieso um Versorgungsposten handelt: ohne Konkurrenz, ohne Gefahr auf Abberufung. Das muss in Köln ganz dringend geändert werden.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Da können Sie schreien, wie Sie wollen.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habe ich von Ihnen gelernt!)

Wir lassen uns da nicht den Mund verbieten. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei pro Köln – Henk van Benthem [CDU]: Ich gucke andere Fernsehberichte! Darin kommen Sie vor! Und hier spielen Sie sich als Retter auf! Sie sollten sich schämen!)

- Herr van Benthem, ich kann verstehen, dass Ihnen dieses Thema zutiefst unangenehm ist. Das ist mir schon klar. Daher kann ich Ihre Empörung gut verstehen. Ich weiß auch, wie die CDU-Basis und die SPD-Basis über diese Dinge denken. Wir haben auch einen Feldversuch gemacht und diese Zahlen mal etwas gestreut. Es ist wirklich sehr interessant, welche Reaktionen man da bekommt und wie viele Leute gar nicht gewusst haben, wie sie mit ihren Gebühren und Steuern Politiker der Altparteien finanzieren.

Das ist ein Phänomen, das in Sonntagsreden immer wieder mal angesprochen. Es wird aber nie etwas geändert. – Das ist unsere Position dazu.

Deswegen haben wir zum einen den Antrag gestellt, dass die Sitzungsgelder, die Ratsmitglieder in Aufsichtsratsgremien und Verwaltungsratsgremien erhalten, in denen sie nur dank ihrer Ratsmitgliedschaft sitzen, die über 50 Euro pro Sitzung hinausgehen, an die Stadt Köln abzutreten sind.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist immer noch ein schönes Sitzungsgeld. Es ist das Dreifache der 17,50 Euro, die wir hier im Stadtrat bekommen. Das ist gut.

Es wird auch niemand gezwungen, in solche Aufsichtsratsgremien zu gehen. Sie tun ja immer so, als sei es ein Dienst für die Allgemeinheit und als würden Sie sich aufopfern. Herr Börschel opfert sich auf und nimmt das Geld wahrscheinlich nur widerwillig an. Herr Granitzka opfert sich auf. Er will ja gar nicht in diesem Gremium sitzen. Er tut das für die Allgemeinheit, für das Allgemeinwohl – und natürlich nicht für das eigene Wohl. Das ist selbstverständlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Wiener (pro Köln): Wenn Sie mir sagen, dass die Redezeit abgelaufen ist, komme ich gerne zum Ende. – Deswegen beantragen wir, diese Sitzungsgelder abzutreten.

Wir beantragen ferner, dass es in Zukunft keine Geschäftsführerverträge mehr mit einer Luxusrentenversorgung geben kann, mit der man nach fünf Jahren, egal wie alt man ist, bis zum Lebensende ausgesorgt hat. Wo sind wir denn? Das darf es auf gar keinen Fall geben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt eine gewisse Schmerzgrenze, Herr Wiener.

Die meisten von uns wissen ja – das ist auch kein Geheimnis –, dass man in den normalen Aufsichtsgremien 250 Euro pro Sitzung bekommt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Bis zu 1 000 Euro!)

- Moment. – In manchen Gremien, zum Beispiel bei der RheinEnergie als einem „kleinen“ Unternehmen, das mehrere Milliarden Euro Umsatz macht, sind es 500 Euro. Der Vorsitzende – das wundert mich nicht, weil er auch ein bisschen mehr tun muss als die anderen – bekommt das Doppelte, dann also 1 000 Euro.

Herr Wiener, diese Beträge sind auch zu versteuern. Das melden wir alle ganz brav an.

Ich finde es schon etwas merkwürdig, zum Beispiel bei der RheinEnergie, einem Unternehmen mit mehreren Milliarden Euro Umsatz, trotz der Tatsache, dass Sie in der freien Wirtschaft niemanden bekämen, der für 250 oder 500 Euro überhaupt nur den Brief mit der Sitzungseinladung öffnen würde, hier einen derartigen Popanz aufzubauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Sie als pro Köln die Stadtkasse wirklich entlasten wollen, dann sparen Sie sich Ihre Monstersitzungsmarathons, die Sie durchführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann oder Herr Wiener; einer von beiden. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur das, was Herr Houben hier gesagt hat, in Teilen richtigstellen.

Es ist natürlich Fakt, dass diese städtischen Betriebe oder stadtnahen Betriebe nicht mit der freien Wirtschaft vergleichbar sind. Das waren früher ganz normale Ämter der Stadt Köln, die von Beamten verwaltet wurden, die nach A13 und A14 oder vielleicht mal nach A15 und A16 bezahlt wurden – aber niemandem, der 800 000 Euro bekommt wie der Chef des Stadtwerke-Konzerns; niemandem, der 200 000 und noch mehr Euro bekommt. Das waren teilweise ganz normale Beamten des gehobenen bzw. des höheren Dienstes.

Außerdem gibt es in den meisten Bereichen keinen Wettbewerb. Zum Beispiel ist der Dienstleister für die Wasserversorgung im Prinzip ein Monopolist. Er hat hier ganz klar ein Monopol und steht nicht im Wettbewerb. Deswegen haben die Manager auch nicht diesen Erfolgsdruck. Das ist nicht vergleichbar.

Der Bund der Steuerzahler hat das auch ausdrücklich festgestellt. Die Spirale nach oben – dass immer geguckt wird, wer denn noch mehr verdient, und damit begründet wird, deswegen müsse man auch so viel haben, weil das angeblich marktgerecht sei – ist Humbug. Das wissen Sie auch. Herr Houben, Sie sind intelligent. Sie wissen das genauso gut wie ich. Das

sagt der Bund der Steuerzahler. Das sagen auch andere.

Wir müssen damit aufhören. Wenn wir überall in der Stadt sparen, wenn wir überall an den Bürgern sparen und ständig neue Opfer verlangen, dann muss hier bei der politischen Klasse mit dem Sparen angefangen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Antrag der Fraktion pro Köln unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist er abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Antrag der Fraktion pro Köln unter Tagesordnungspunkt 3.1.10 ab. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Der Rat weist alle Aufsichtsratsmitglieder in stadteigenen Betrieben an, in den zuständigen Gremien der stadteigenen Betriebe und Gesellschaften vertragliche Veränderungen über die Vorstandsbezüge so zu regeln, dass Ruhegehälter erst ab 67 Jahren bezogen werden können. Vorstandsmitglieder mit laufenden Verträgen sollen bei einer Verlängerung ihres Vertrages auf die neue Regelung umgestellt werden bzw. unter der Berücksichtigung der Punkte 1) und 2) geregelt werden.

1) Kein Vertrag, der zukünftig abgeschlossen wird, darf ein höheres Gehalt als das 6-fache der Beitragsbemessungsgrenze enthalten.

2) Kein Ruhegehalt darf das 6-fache der aktuellen Höchstrente für Arbeitnehmer (BFA/LVA) überschreiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkungen:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abführung der Sitzungsgelder aus Aufsichtsräten an die Stadt Köln“ AN/1526/2012

behandelt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Untersuchung des Leistungsspektrums von Städten durch *Focus-Money:* Bürgerorientierung und Kundenfreundlichkeit in der Kölner Stadtverwaltung“
AN/1530/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1599/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2012
3427/2012

Ich bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, mich kurz zu vertreten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Jung, bitte.

Helmut Jung (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag aufgrund der Untersuchung durch *Focus-Money* gestellt. Pünktlich zu dem heutigen Antrag bekommen wir als Tischvorlage eine dreiseitige Stellungnahme der Verwaltung, die vielleicht suggerieren mag, dieser Antrag sei damit hinfällig. Das ist allerdings nicht der Fall. Im Gegenteil: Wir erhalten diesen Antrag aufrecht und bitten schon jetzt um Unterstützung und Zustimmung.

Diese Studie hat für Köln ein – in Anführungsstrichen – „hervorragendes“ Ergebnis. Uns wird nämlich konstatiert, die zweitschlechteste Stadtverwaltung zu haben, mit der die Bürgerinnen und Bürger mehr als unzufrieden sind.

Damit ist dies eine ernüchternde Bilanz der rot-grünen Pläne für diese Stadtverwaltung. Hier ist wieder einmal viel gewollt, aber wenig erreicht worden. Werte wie Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung, die durchgängige Leitmotive

im rot-grünen Koalitionsvertrag darstellen, finden überhaupt nicht statt. Die Bürger halten den hochgesteckten Zielen der rot-grünen Ratsmehrheit und ihrem OB einen deutlichen Spiegel vor.

Dies sind deutliche Signale für die Notwendigkeit einer Verbesserung. Die Kölner Verwaltung darf sich nicht mit den schlechten Ergebnissen zufriedengeben, sondern muss sich einer ehrlichen Diskussion stellen und ernsthaft ihre Leistungen optimieren.

Herr Frank, Sie haben eben gesagt, hier komme ein Antrag, der wieder nur Geld koste. Aus diesen Optimierungen heraus kann sich natürlich auch ein Einsparpotenzial ergeben.

Zweifelsohne sind die rund 400 befragten Kölnerinnen und Kölner nicht repräsentativ. Ihr vernichtendes Urteil ist aber ein Gradmesser dafür, dass etwas getan werden muss.

Ausgangspunkt für Verbesserungen soll eine breite Basis an Meinungen sein. Hier ist es wichtig, nicht nur nach außen zu blicken, sondern auch nach innen. Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger? Und vor allen Dingen: Wo stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung? Sie können in einer Befragung am besten Auskunft über den Zufriedenheitsgrad geben, den sie selbst in dem Unternehmen Stadtverwaltung haben.

Es müssen also Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine spürbare Verbesserung zu erreichen. Deswegen stehen wir zu unserem Antrag. Daher erwarten wir auch, wie in Punkt 3 dieses Antrags steht, von der Verwaltung bis zum 18. Dezember 2012, also bis zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr, ein entsprechendes Konzept.

Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Jung. – Frau Möller, bitte.

Monika Möller (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU, mit Ihrem Antrag wollen Sie durch die Verwaltung Bürger- und Mitarbeiterbefragungen durchführen lassen. Als Anlass führen Sie die Untersuchung des Leistungsspektrums von Städten durch eine Studie von *Focus-Money* zur Bürgerorientierung und Kundenfreundlichkeit der 15 größten Städte Deutschlands an. In diesem Ranking belegt Köln den vorletzten Platz.

Wie ist ein solches Ergebnis dieser Studie zustande gekommen? Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Einwohnerzahlen Kölns stetig wachsen. Wie ist ein Bevölkerungswachstum denn möglich, wenn eine Stadt angeblich so bürgerunfreundlich und damit unattraktiv sein soll?

In der besagten Onlinestudie wurden insgesamt 2 800 Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Leistungskategorien befragt. Diese Zahl erweckt zunächst den Eindruck von Repräsentativität. Wie viele Personen in den einzelnen Städten tatsächlich befragt wurden, ist der Veröffentlichung allerdings nicht zu entnehmen. Waren es 150? Waren es 200? Wir wissen es nicht. Somit ist diese Studie unseres Erachtens nicht seriös. Bei einer solchen Größenordnung lässt sich der Maßstab einer repräsentativen Umfrage wohl kaum anlegen.

Was zur empirischen Sozialforschung und Ergebnisrepräsentativität im Einzelnen gesagt werden kann, ist der Verwaltungsvorlage von heute zu entnehmen. Es sollten schon mindestens 400 Befragte vorhanden sein, um unter bestimmten Voraussetzungen ein akzeptables Ergebnis zu erzielen.

Ergänzend zum Antrag der CDU möchte die FDP darüber hinaus zur Verbesserung der Leistungen einen intensiveren Erfahrungsaustausch mit anderen Städten initiieren und ein Konzept zur Verbesserung des Leistungsspektrums entwickeln lassen.

Meine Damen und Herren, die beiden Anträge von CDU und FDP suggerieren, dass es in Köln weder Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern noch Beschäftigtenbefragungen und auch keinen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten gibt.

Das entspricht jedoch nicht der Realität. Die Verwaltung bietet bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, ihre Ideen und Anliegen in das Unternehmen Stadt Köln einzubringen. Beispielhaft seien hier genannt:

- die Lärmaktionsplanung. Hier hat die Stadt Köln das vorgeschriebene Verfahren der Bürgerbeteiligung zur Lärmaktionsplanung auch über ein Onlineportal durchgeführt. Dabei wurden von einer überaus hohen Zahl von

Bürgerinnen und Bürgern Maßnahmenvorschläge zur Lärmminderung eingereicht.

- die Bürgerbeteiligungen zu Gereonsviertel und Helios-Gelände.

- die Befragungen zu Schulformen. 8 768 Eltern von Drittklässlern wurden in 2009 zum Wechsel ihrer Kinder auf weiterführende Schulen befragt. Alle 144 städtischen Grundschulen wurden beteiligt. Bei einer Rücklaufquote von 56 Prozent sind die Ergebnisse der Umfrage eindeutig repräsentativ.

- das Einzelhandelskonzept. Stadtweit haben sich mehr Menschen an der Umfrage dazu beteiligt als bei der Umfrage von *Focus-Money.*

- nicht zuletzt die Dialogplattform des Bürgerhaushalts. Beispielsweise haben sich beim zweiten Verfahren 10 000 Kölnerinnen und Kölner beteiligt. Sie haben insgesamt 1 254 Vorschläge eingereicht, woraus schließlich ein Ranking zur weiteren Entscheidung abgeleitet werden konnte.

Außerdem wird das Instrument der Kundenbefragung in repräsentativen Bereichen der Verwaltung schon regelmäßig genutzt. So werden zum Beispiel Kundenbefragungen durch das Callcenter seit 2006 jährlich und durch den Unternehmensservice durchgeführt. Das Callcenter erreichte 2011 bei rund 22 000 Befragten die Schulnote 1,37.

Auch Befragungen der Beschäftigten werden schon heute bedarfs- und ergebnisorientiert durchgeführt. Beispielhaft hierfür sind die Erhebungen zur Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie zu geschlechterrelevanten Bedürfnissen, Ansprüchen und Erwartungen im Kontext der beruflichen Rahmenbedingungen, die regelmäßigen Kundenbefragungen des Amtes für Informationsverarbeitung oder auch die Mitarbeiterbefragung bei der Gebäudewirtschaft erst im vergangenen Monat. Abgeschlossen sind ebenso Befragungen bei der Versorgungsverwaltung, dem Callcenter und dem Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

Mit jeder Befragung ist ein hoher Auswertungsaufwand verbunden, der Kapazitäten bindet. Nicht zuletzt deshalb steht die Verwaltung schon heute im intensiven interkommunalen Erfahrungsaustausch. Positive Erfahrungen anderer Städte fließen bereits jetzt in die Optimierungsüberlegungen der Kölner Stadtverwaltung ein.

Fazit: Aufgrund dieser Begründungen können wir den Anträgen der CDU und der FDP nicht zustimmen.

Ich möchte gerne noch eine abschließende Bemerkung zu *Focus-Money* machen. Nach der Resonanz der Bürgerinnen und Bürger im Internet zu urteilen, werden die Ergebnisse der Studie auch in den Siegerstädten vor Ort kritisch gesehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Möller. – Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag von CDU und FDP las, dachte ich mir: Oh, was ist los? Gefordert werden hier eine Kundenbefragung, eine Mitarbeiterbefragung, ein Städteerfahrungsaustausch und von der FDP zum Schluss eine generelle Leistungsverbesserung der Verwaltung, um bei einem Ranking beim nächsten Mal besser dazustehen. Diese Aktivitäten fußen einzig und allein auf einem Zeitschriftenbericht in *Focus-Money,* einem anerkannten Medium der wissenschaftlichen Ausarbeitung,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

der wiederum auf einer Studie basiert, die wahrscheinlich nicht sehr seriös ist.

Der nächste Schritt wäre gewesen, erst einmal bei der Verwaltung nachzufragen, was dort eigentlich schon an Mitarbeiterbefragungen, an Kundenbefragungen und an Prozessoptimierungen läuft – dort hätten Sie das gehört, was unsere Kollegin Frau Möller ausgeführt hat –, bevor Sie einen Antrag stellen, um generell miesepetrig darin einzelne Botschaften zu verstärken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, es gibt einen anerkannten Bedarf an Verbesserungen in der Verwaltung. Aber seit zwölf, 15, 18 Monaten laufen viele Bausteine, viele Mosaiksteine zur Verbesserung. Zu nennen sind hier die Befragung der Mitarbeiter, das Servicetelefon 115, das EC-Cash-System und zahlreiche weitere Punkte, die den Bürgern direkt zupasskommen.

Jetzt einen neuen Antrag zu stellen und die Ressourcen zu binden – gerade mit Mitarbeiterumfragen, die hoch betreuungsintensiv sind –, widerspricht den vielen Vorreden, die wir heute noch zwischen 17 und 18 Uhr gehört haben, als wir über Finanzen gesprochen haben.

Fazit: Auf einem schwachen fachlichen Fundament wurde ein Schnellschussantrag gestellt, und zwar aufgrund eines Zeitschriftenberichts, ohne in Kenntnis der zahlreichen laufenden Maßnahmen zu sein, die zur Verbesserung der Abläufe in der Verwaltung laufen, und unter Missachtung der Ressourcennutzung.

Diesem Antrag kann auch die Fraktion der Grünen nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Richter. – Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Richter, ich bin ein bisschen erstaunt, dass Sie als eine Ihrer Prämissen angeführt haben, der Antrag sei auf einem wackeligen, unrobusten Fundament gestellt worden.

(Michael Zimmermann [SPD]: 135 Befragte!)

Jeder von uns hat einen Internetanschluss. Wir sind ja auch bald Internetstadt. Im Internet wäre es seit etwa sechs Wochen möglich gewesen, eine PowerPoint-Präsentation des Kölner Unternehmens, das diese Befragung durchgeführt hat, abzurufen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Man kann seine Zeit sinnvoller nutzen!)

- Man hätte sich diese Zeit sicherlich auch nehmen können und lesen können, Frau dos Santos. Sie wissen am besten: Bildung hilft, und Lesen hilft weiter.

(Michael Zimmermann [SPD]: Kommt drauf an, was!)

Wenn wir gelesen hätten, hätten wir nämlich zur Kenntnis genommen, dass in Köln etwa 640 Personen befragt wurden. In den kleineren Großstädten, die weniger Einwohner haben als Köln, wurden weniger Leute befragt und in den größeren Großstädten mehr Leute. Deswegen ist es keinesfalls so, dass man die 2 800 Befragten jetzt durch 15 dividieren kann.

Insofern versuchen wir die Sache so anzugehen, wie sie es verdient, nämlich sachlich.

Ich bin der Auffassung, dass diese Befragung selbstverständlich Gegenstand von Kritik sein kann. Man kann sich natürlich immer fragen: Was wurde hier im Einzelnen abgefragt?

Möglicherweise versteckt sich hinter den Antworten, die uns alle zum Teil auch sehr überrascht haben, auch eine diffuse Kritik an den jeweiligen Städten oder Stadtverwaltungen. Warum ist es denn gerade so, dass Köln und Berlin als – in Anführungsstrichen – „relativ arme“ Städte so schlecht abschneiden? Warum ist es so, dass andere – in Anführungsstrichen – „wohlhabendere“ Städte besser abschneiden? Möglicherweise hat das auch etwas damit zu tun, wie die Einwohner generell zu ihrer Stadt stehen und welches Image sie von ihrer Stadt haben. Alle, die Befragungen durchführen, wissen, dass sich dadurch oftmals wiederum ein anderes Abbild ergibt.

Das alles sollte uns jedoch nicht dazu veranlassen, übereinander herzufallen, Herr Richter und Frau dos Santos, sondern dazu, in uns zu gehen und zu fragen: Warum ist es denn so, dass Köln durch die Bank als Vorletzter, zum Teil sogar mit der Note „ungenügend“, abschneidet?

Wir sind der Auffassung, dass die Prozesse, die heute angestoßen werden, nämlich der Prozess zur Internetstadt Köln oder auch der Prozess zur Markenbildung der Stadt Köln, eine immens wichtige Rolle spielen. Deswegen unterstützen wir sowohl diesen Antrag als auch nachher das Thema Internetstadt, weil wir der Meinung sind, dass gerade im Komplex Internetstadt unwahrscheinlich viele Themen abgebildet sind, die hier in der Befragung als angeblich mangelhaft oder ungenügend deklariert wurden.

Das heißt: Es ist nicht fair, zu erklären, wir hätten überhaupt kein Problem, wenn wir einige Tagesordnungspunkte später genau die Probleme, die in dieser Umfrage angesprochen werden, zu lösen versuchen. Deswegen möchten wir dafür plädieren, die Scheuklappen heute zur Seite zu legen und zu sagen: Ja, wir haben einen Verbesserungsbedarf.

Natürlich brauchen wir E-Government. Das beschließen wir nachher auch. Natürlich brau-

chen wir Livestreaming – Stichwort: Transparenz. Das haben wir hier vor drei Jahren aufgrund eines Antrages meiner Fraktion auch beschlossen. Wir sind ja überall dabei.

Nur: Wir sollten das hier als Aufforderung verstehen, sachlich, konzentriert und abseits von parteipolitischen Geplänkeln und Ränkespielen gemeinsam mit der Verwaltung den sehr guten Weg der Internetstadt einzuschlagen. Auf diesem Weg sollten wir versuchen, Köln für die Bürger unserer Stadt und die Bürger, die noch nicht Bürger unserer Stadt sind, attraktiv zu machen und eine starke Marke Köln zu bilden.

Herr Kollege Jung, gestatten Sie mir noch ein letztes Wort zu Ihrer Ablehnung unseres Ergänzungsantrags. Unser Ergänzungsantrag ist kein Änderungsantrag, wie die Überschrift vielleicht suggeriert, sondern ein Ergänzungsantrag. So steht das auch im Antragstext. Er ist ein Add-on, eine Unterstützung, eine zusätzliche Maßnahme, die in die gleiche Richtung wie Ihr Antrag geht. Er ersetzt ihn nicht, sondern ist sogar noch eins obendrauf.

Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, sind auch kostenneutral – zumal sich ohnehin schon eine Taskforce im Amt des Herrn Stadtdirektors ständig mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben also die personellen Ressourcen.

Liebe Freunde von der CDU, bitte überdenken Sie also, ob Sie hier nicht noch einen Schritt weiter gehen wollen, der in die gleiche Richtung wie Ihr Grundantrag zielt, aber noch eine kleine Nuance draufsetzt, die uns alle obendrein nichts kostet. – In diesem Sinne: Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Görzel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Antrag der CDU zurück. Wer ist dafür? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

1. Die Stadtverwaltung möge mit anderen Städten einen intensiveren Erfahrungsaustausch initiierten, um ihre Leistungen zu verbessern. Dabei wird die besondere Aufmerksamkeit auf die Konzepte der Siegerstädte des o. g. Rankings Düsseldorf, Hannover und Nürnberg gelegt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, um ihr Leistungsspektrum zu verbessern und den Kölner Bürgerinnen und Bürgern bessere Leistung zu bieten und damit beim nächsten Ranking eine bessere Position zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

1. durch Kundenbefragungen regelmäßig zu ermitteln, wie zufrieden die Kölner Bürgerinnen und Bürger mit den Leistungen ihrer Stadtverwaltung sind. Gleiches gilt für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Blick auf die Zufriedenheit mit den verwaltungsinternen Arbeitsbedingungen sowie der Führungskultur im „Unternehmen“ Stadt Köln.

2. zu dem o. g. Zweck zu prüfen, welche Verwaltungsbereiche sich aufgrund ihrer besonderen Bürgernähe sowie Kundenorientierung für Kundenbefragungen anbieten. Dies gilt auch für die Form und Häufigkeit mit der die Befragungen durchgeführt werden sollen, um eine möglichst hohe Aussagekraft sicherzustellen und eine effektive Auswertung zu gewährleisten. Für die Mitarbeiterbefragung ist ein stadtweit geltendes System zu entwickeln. Der erforderliche Aufwand (Personal- und Sachmittel) ist ebenfalls zu ermitteln.

3. dem Rat spätestens zur Sitzung am 18. Dezember 2012 ein Konzept für Befragungen gemäß den Ziffern 1. und 2. vorzulegen, nach dem ab dem Jahre 2013 entsprechende Erhebungen durchgeführt werden können.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.9, den wir auf den Platz von Tagesordnungspunkt 3.1.6 vorgezogen haben:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Prüfantrag zur Einrichtung einer Peter-Fechter-Straße“
AN/1332/2012

Herr Wiener, ich erteile Ihnen gleich das Wort. Zunächst möchte aber der Oberbürgermeister sprechen. – Bitte schön, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, gehe ich selten während der Debatte hier ans Rednerpult. Ich glaube aber, dass wir einen Zeitpunkt erreicht haben, zu dem es richtig und wichtig ist, dass der Oberbürgermeister das Wort ergreift, um zum Verhalten der Gruppierung pro Köln Stellung zu nehmen.

Pro Köln stellt heute zwei Anträge, zu denen ich Grundsätzliches sagen möchte. Es geht um den Antrag zur Peter-Fechter-Straße und um den Antrag zur Unterstützung des Bundesministers des Innern bei seiner Informationskampagne gegen extremistische Gewalt. Das sind die Tagesordnungspunkte 3.1.9 und 3.1.11.

Beide Anträge sind zutiefst unglaubwürdig und scheinheilig.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Unverschämtheit!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, halten Sie sich bitte zurück.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das Auftreten von pro Köln gerade in den letzten Monaten ist das genaue Gegenteil von Aufklärung, Dialog und Engagement für die Menschenrechte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Für uns steht fest: Der tragische Tod von Peter Fechter war das Ergebnis einer menschenverachtenden Haltung in einem Regime, das die Menschenwürde und die unveräußerlichen Menschenrechte an unzumutbare Bedingungen knüpfte.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Demokratinnen und Demokraten aller Couleur haben unter diesen Bedingungen gelitten. Sie haben viele Opfer auf sich genommen. Zu viele haben ihr Leben verloren. Ihnen allen gelten unser Respekt und die Erinnerung an ihren Mut und ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Respektlos ist allerdings das Ausnutzen des Opfers Peter Fechter für die parteipolitischen Zwecke einer Gruppierung, die schon oft unter Beweis gestellt hat, dass sie die Menschenrechte eben nicht bedingungslos akzeptiert.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Dieser Antrag von pro Köln ist nichts anders als ein Deckmantel für eine sonst auf Vorurteile, Misstrauen und Hass setzende Politik, die weder unserer Stadt noch dem Lande dient.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken – Zurufe von pro Köln: Unverschämtheit! – Pfui! – Die Mitglieder der Fraktion pro Köln verlassen den Ratssaal)

Ebenso scheinheilig ist der zweite Antrag von pro Köln. Ich möchte die Aktion des Bundesinnenministeriums hier nicht im Einzelnen beurteilen. Aber das Letzte, was der Minister braucht, ist eine Unterstützung von pro Köln.

Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz der sogenannten pro-Bewegung – das muss man gerade heute noch einmal betonen – gipfeln in der beabsichtigten öffentlichen Vorführung des Mohammed-Schmähfilms. Pro Köln und pro

36. Sitzung vom 20. September 2012

Deutschland sind in ihren üblen Zielen deckungsgleich. Sie provozieren ganz gezielt. Sie schüren Gewalt und gewalttätige Konflikte, weil sie hoffen, Profit aus den Ängsten und Sorgen der Menschen ziehen zu können. Wir haben die Folgen derartiger Brandstiftung, die Bilder gewalttätiger Auseinandersetzungen und Anschläge weltweit, vor Augen. Dazu gehört auch der Brandanschlag auf die deutsche Vertretung im Sudan.

Wenn wir immer schon der Anmaßung widersprochen haben, pro Köln sei eine Bürgerbewegung: Jetzt haben wir den Beweis. Was die sogenannte pro-Partei in diesem Fall betreibt, grenzt in meinen Augen an geistige Brandstiftung und an Volksverhetzung.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

In einer zusammenwachsenden Welt können wir nur friedlich und gedeihlich zusammenleben, wenn wir uns als Menschen mit je eigener Kultur und Religion gegenseitig respektieren und uns als Mitmenschen wahrnehmen. Darum haben Fanatismus und aggressiver Fundamentalismus bei uns keinen Platz.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Das Schmähvideo stachelt Fanatismus an. Unter dem Deckmantel der so wichtigen Meinungsfreiheit will der Film andere Menschen in ihrer Würde verletzen. Dieser Film bricht mit dem Prinzip des friedlichen Zusammenlebens.

Zweifellos hält unsere freiheitliche Demokratie auch solche Machwerke aus. Aber dessen öffentliche Vorführung in brandstifterischer Absicht werden wir nicht akzeptieren, und zwar aus Gründen der Menschlichkeit sowie aus Gründen der globalen Orientierung und Verantwortung in unserer Zeit.

Wir, Köln, sind eine tolerante und weltoffene Stadt. Wer unter dem vermeintlichen Schutz der Grundrechte Streit und Gewalt sät, der will den Dialog und den Wunsch der Menschen nach einem friedlichen Zusammenleben zerstören. Wir werden nicht zulassen, dass sich der Charakter unserer Stadt durch Menschenverächter ändert. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken – Die Mitglieder der Fraktion pro Köln betreten den Ratssaal)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie hätten gar nicht eindrucksvoller unter Beweis stellen können, dass Sie nicht der Oberbürgermeister aller Kölner sind.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben sich mit Ihren Worten selbst disqualifiziert. Sie haben 20 000 Kölnerinnen und Kölner, die pro Köln in den Stadtrat gewählt haben, hier und heute eine schallende Ohrfeige verpasst.

(Winrich Granitzka [CDU]: Richtig so!)

Sie haben in wirklich menschenverachtender Weise hier eine Gruppierung diskriminiert und herabgewürdigt. Ich kann nur sagen: Mein Oberbürgermeister sind Sie mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei pro Köln – Henk van Benthem [CDU]: Darüber kann er sich ja freuen! – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

- Ich glaube, Sie haben alle den Sinn und Zweck der Demokratie nicht verstanden: Demokratie mit Minderheitenrechten, mit Rechten der demokratischen Opposition. Herr van Benthem, da können Sie offensichtlich Nachhilfe gebrauchen. Aber Sie sind ja lernresistent und verschließen Ihre Ohren.

Nur anhand dieser Anträge zu so einer Aussage zu kommen, ist wirklich hanebüchen. Das ist hanebüchen und absurd.

In der Sache ist es übrigens auch völlig falsch. Da muss man sich auch noch überlegen, ob das nicht abmahnfähig ist. Pro Köln und pro NRW haben niemals angekündigt, dieses Schmähvideo, diesen Anti-Islam-Film, zu zeigen.

(Beifall bei pro Köln)

Da werden Sie auch noch von unseren Anwälten Post bekommen, denke ich. Sie müssen da schon genau unterscheiden und differenzieren.

Von pro Köln und pro NRW gibt es keinerlei Ankündigung, dass wir diesen Film zeigen wollen. Es ist also auch in der Sache falsch. Es ist bösartig konstruiert und sachlich falsch. Wir werden da auch rechtliche Schritte prüfen. Das kann ich Ihnen hier und jetzt auch schon ankündigen.

(Beifall bei pro Köln – Manfred Wolf [FDP]: Bisher haben Sie immer verloren!)

Es ist verleumderisch – ganz klar verleumderisch.

Ich halte es auch hinsichtlich der Opfer des DDR-Unrechtsregimes für eine schallende Ohrfeige, dass diese Debatte hier abgewürgt werden soll, dass diese Debatte hier überlagert werden soll, dass hier eine Gedenkkultur, die auch an Opfer des DDR-Unrechts erinnert, nicht gewünscht ist, dass hier die CDU fast geschlossen den Ratssaal verlassen hat. Ich frage mich immer: Was denken da wohl die CDU-Mitglieder? Was würden denn ältere CDU-Mitglieder, die ja in dem Geist aufgewachsen sind: „Die CDU ist das Bollwerk gegen Kommunismus; die CDU ist das Bollwerk gegen Linksextremismus“, denken, wenn sie sehen könnten, wie hier mit Detjen und Co. gekuschelt wird, wie hier mit Linksradikalen gekuschelt wird? Ein Konrad Adenauer würde sich mit Sicherheit dreimal im Grabe herumdrehen.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Detjen, gerade Sie und andere Freunde der DDR sollten jetzt einmal gut zuhören.

Peter Fechter steht symbolisch für alle, die an der innerdeutschen Grenze aufgrund des Schießbefehls gezielt vom DDR-Regime getötet worden sind.

Am 17. August 1962 wurde das erst 18 Jahre alte Leben des Maurergesellen Peter Fechter jäh beendet. Zusammen mit einem Arbeitskollegen versuchte Fechter die Mauer in unmittelbarer Nähe zum Checkpoint Charlie zu überqueren. Während es seinem Kollegen gelang, wurde auf Fechter von DDR-Grenzsoldaten ohne Vorwarnung geschossen.

Der mehrfach getroffene Fechter fiel wieder auf DDR-Territorium und begann eine Stunde lang nach Hilfe zu schreien. Durch die Schreie bildete sich auf beiden Seiten der Mauer eine Menschenmenge, die immer wütender wurde. Während auf DDR-Seite schnell die Menschen auseinandergetrieben wurden, blieben sie auf westdeutscher Seite weiter direkt an der Grenze stehen.

Weder die heraneilende Polizei noch die US-Grenztruppen konnten sich dazu durchringen, den Todesstreifen zu betreten und Fechter zu helfen. Man warf dem 18-Jährigen zwar Verbandsmaterial zu; aber durch seine schweren Verletzungen war es ihm nicht möglich, sich zu helfen.

Die durch die immer größer werdende Menschenmenge auf westdeutscher Seite und deren „Mörder, Mörder!“-Rufe unter Druck gesetzten DDR-Grenztruppen konnten sich erst gegen 17 Uhr dazu durchringen, auf den Todesstreifen zu gehen und Fechter in ein Krankenhaus zu bringen. Da war es jedoch zu spät. Der Maurergeselle verstarb an seinem starken Blutverlust.

Peter Fechter war nur einer von vielen Toten, nur eines von vielen Opfern dieses sozialistischen Unrechtsregimes. Und da gibt es in der Linkspartei tatsächlich heute noch Betonköpfe, die sagen: Die DDR war doch auch ein Rechtsstaat; die DDR war doch auch demokratisch.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Detjen, schämen Sie sich für solche Gesinnungsfreunde.

(Beifall bei pro Köln)

Wir fordern, dass in unserer Erinnerungspolitik, die auch über die Benennung von Straßen und Plätzen organisiert ist, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Markus Wiener (pro Köln): – auch an diese Opfer erinnert wird und dass in absehbarer Zeit hier in Köln eine Straße oder ein Platz nach Peter Fechter umbenannt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Keine.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist dafür? – Das ist pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Zurufe von pro Köln: Hört, hört! – Pfui!)

- Ich bitte Sie noch einmal, von diesen Äußerungen Abstand zu nehmen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

- Herr Uckermann, Sie haben sich eben auch sehr unflätig geäußert, während unser Oberbürgermeister hier gesprochen hat.

(Zurufe von pro Köln)

- Ich kann Sie auch abmahnen. Wenn Sie das lieber wollen, können wir das gerne machen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Dann machen Sie das doch! – Weitere Zurufe von pro Köln)

- Ich bitte Sie jetzt das letzte Mal, sich zurückzuhalten. Sonst werde ich Sie abmahnen, und zwar alle vier.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ja, alle vier!)

Die Verwaltung wird beauftragt, baldmöglichst zu prüfen, ob bei einer der vorhandenen Straßen oder Plätzen in Köln eine Umbenennung in Peter-Fechter-Straße oder Peter-Fechter-Platz möglich ist. Alternativ soll die Verwaltung den Namen Peter Fechter für die Benennung neuer Straßen und Plätze vormerken.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und im Anschluss an Punkt

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Untersuchung des Leistungsspektrums von Städten durch Focus-Money: Bürgerorientierung und Kundenfreundlichkeit in der Kölner Stadtverwaltung“
AN/1530/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1599/2012

behandelt.

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution: Rettet die Jahnwiese!“

Diese Angelegenheit wurde von der Fraktion pro Köln vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe als nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln“
AN/1536/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1611/2012

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt es etwas schwer, jetzt zur sachlichen Debatte zurückzukommen.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte Ihnen ganz persönlich für diese wunderbare Rede

(Lachen bei pro Köln)

und für diese guten Worte sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Kommen wir also zu unserem Antrag zum Diversity Management. Frau Bürgermeisterin, Sie werden morgen hier im Rathaus den Preis „Vielfalt gewinnt“ verleihen. 16 Unternehmen und Institutionen werden morgen diesen Preis entgegennehmen. Das hat natürlich viel mit Diversity Management zu tun. Vielleicht darf ich einmal kurz berichten, wie es sich überhaupt entwickelt hat.

Diversity Management, das man auch Vielfaltsmanagement nennen kann, kommt aus den USA. Dort wurde es in den 90er-Jahren entwickelt. Dann kam es nach Europa. Hier wurde es vor allen Dingen von Unternehmen aufgenommen.

16 DAX-notierte Unternehmen in Deutschland haben Diversity Management inzwischen in ih-

re Leitlinien integriert. Eines der großen Unternehmen in Köln, die Ford AG, hat dieses Managementsystem schon lange in seinen Leitlinien stehen.

Meine Damen und Herren, wenn man als Firma dieses System einrichtet und es lange Zeit beibehält, dann tut man das sicherlich, weil man damit Erfolg hat. Diesen Erfolg wollen wir auch in der Stadt Köln haben.

Im Jahr 2006 kam das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Im Jahr 2007 gab es von Rot-Grün eine Ratsinitiative zur Chancengleichheit. Sie ist damals auch so beschlossen worden. Am 13. März 2008 ist Köln als erste Stadt der Charta der Vielfalt beigetreten – einer Charta, die von vier internationalen Unternehmen ins Leben gerufen wurde. Seitdem ist viel Entwicklungsarbeit geleistet worden, was Migration betrifft, was Lesben, Schwule und Transgender betrifft, was Seniorenarbeit betrifft und was den Bereich der Frauenförderung betrifft.

Was uns aber noch fehlt, ist, dass das Managementsystem jetzt implantiert wird. Im Jahr 2010 hat der Rat schon den Auftrag bekommen, dies zu tun. Wir denken, dass jetzt genau der richtige Zeitpunkt ist, ein solches System für die Stadt Köln zu entwickeln. Es geht nämlich einerseits darum, die Ziele der Vielfalt zu verfolgen. Unser Ziel ist aber auch, dass die verschiedenen, die unterschiedlichen, die diversen Engagements in der Stadtverwaltung zusammengeführt werden. Wir haben eben viel über den Haushalt und die Finanznot unserer Stadt gesprochen. Ich glaube, dass man mit diesem Konzept zwei Ziele verfolgen kann: zum einen, dass die Belange des Diversity Managements weiter vorangetrieben werden können, und zum anderen, dass sie dann, wenn sie zusammengeführt sind, auch mehr Erfolg in der Stadtverwaltung haben können.

Deshalb haben wir heute diesen Antrag gestellt, bei dem es sich übrigens um einen Prüfauftrag handelt.

Hierzu hat die FDP einen Änderungsantrag vorgelegt. Meine Damen und Herren von der FDP, ich denke, dass Sie einfach den falschen Zeitpunkt für Ihren Antrag gewählt haben. Wahrscheinlich haben Sie unseren Antrag auch nicht verstanden. Jetzt geht es nämlich nicht darum, einem Bereich dieses Managementsystems Stellen zuzusetzen oder wegzunehmen, sondern darum, ein Gesamtkonzept zu entwickeln und dabei die Personalpolitik auch im Fokus zu haben.

Deshalb werden wir als CDU diesen Änderungsantrag ablehnen. Wir denken nämlich: Es ist der falsche Zeitpunkt. Es ist der falsche Ort. Dieser Änderungsantrag passt auch überhaupt nicht zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Manderla. – Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Manderla, im Grundsatz können wir Ihrem Antrag zustimmen. Es hat vor einigen Jahren hier im Stadtrat schon einmal einen Antrag von Rot-Grün zu genau diesem Thema gegeben. Der Preis „Vielfalt gewinnt“, den Sie erwähnt haben und der morgen zum dritten Mal in dieser Stadt verliehen wird, geht auch auf diesen Antrag zurück.

Sie haben völlig recht: Vielfalt nutzbar zu machen, das Betriebsklima zu verbessern, die guten Ideen zu fördern, aber auch Chancengleichheit und Gleichberechtigung voranzubringen, ist ein wesentlicher Teil der Verwaltungsaufgabe in dieser und für diese Stadt. Insofern sehen wir in der Tat die Notwendigkeit, zu überprüfen, wie das in der Verwaltung organisiert und vorangetrieben wird.

Es gab in den vergangenen Jahrzehnten sicher aus guten Gründen die Notwendigkeit, bestimmte Referate und bestimmte Stellen einzurichten, die besondere Belange in den Blick genommen haben, die aus unterschiedlichen Gründen bis zu diesem Zeitpunkt nicht oder zu wenig in den Blick genommen worden sind.

Heute sind wir an einem Punkt, an dem es darum geht, zu schauen: Ist diese Form der Organisation des Managements der Vielfalt noch zeitgemäß? Oder müssen wir nicht einen Schritt weiter gehen? – An dieser Stelle stimme ich Ihnen völlig zu.

Wir glauben, dass eine Behandlung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen und damit auch der Stellenplanberatungen der richtige Zeitpunkt ist, und würden die Verwaltung bitten, diesen Auftrag so aufzunehmen.

Jetzt an bestimmten Punkten zusätzliche Stellen einzufordern, wie es die FDP gemacht hat, halten wir im Moment für nicht richtig. Das gehört, wenn überhaupt, in den Rahmen der Prü-

fung. Dann kann man bewerten, was man konkret tut und an welchen Stellen.

Insofern plädieren wir dafür, diesen Punkt im Rahmen der Haushaltsplan- bzw. Stellenplanberatungen mit einzubringen – mit einem Konzept, das uns einen Schritt weiter bringt. Wir sind da, glaube ich, auf einem guten Weg, aber noch nicht weit genug. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau dos Santos. – Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Frage, warum Städte Diversity brauchen, sagt der Ökonom Richard Florida:

> Cities without gays and rock bands are losing the economic development race.

Viele europäische Metropolen konkurrieren heute darum, zum Ansiedlungsgebiet der kreativen Klasse zu werden. Köln zählt zu den bedeutendsten Räumen für diese Kreativwirtschaft.

Kern dieses im Wesentlichen ökonomischen Ziels ist ein funktionierendes Diversity Management. Das gilt für Unternehmen – Frau Manderla hat es gesagt – genauso wie für Städte.

In Köln leben viele Migranten, viele Lesben und viele Schwule. Wir haben gute Hochschulen, viel Medienwirtschaft und viel Tourismus. Tolerant und weltoffen – der Oberbürgermeister hat es eben ausgeführt – sind wir. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen.

Diese Unterschiedlichkeit bringt das Potenzial von Kreativität und Innovation mit sich. Zentrale Aufgabe eines Diversity Management ist, diese Diversität sichtbar und fruchtbar zu machen.

Wir sind der Meinung, dass der Antrag der CDU in die aktuell kritische Phase der Stadt Köln passt, in der bedingt durch die defizitäre Haushaltslage Aufgaben, Verpflichtungen und Ziele hinterfragt werden müssen. Insofern unterstützen wir diesen Prüfauftrag an die Verwaltung.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Die Antragsteller wollen Diversity. Das entnehme ich der Begründung. Sie wollen prüfen lassen, ob Parallelstrukturen aufgelöst werden können, um zu sparen. Aber auch aus dem Diversity-Gedanken heraus spricht einiges dafür, die unterschiedlichen Diversity-Gruppen zusammenzuführen. Das hat allerdings auch Grenzen. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Wie im Antrag beschrieben, hat der Stadtrat bereits im Jahr 2008 beschlossen, ein Diversity-Konzept zu erarbeiten. Herr Kahlen, wir sind es zwar gewohnt, dass die Mühlen der Verwaltung langsam mahlen. Aber vier Jahre sind dann doch ein bisschen lang für ein noch wenig aussagekräftiges Zwischenergebnis. Ich hätte mir gewünscht, dass der Stadtvorstand da ein bisschen schneller in die Puschen kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen konkrete Fortschritte sehen – nicht nur aufgrund der nüchternen Erkenntnis, dass Zuwanderung und Buntheit in der Stadt Realität sind, sondern auch, weil Vielfalt eine kulturelle und wirtschaftliche Ressource ist und unser Engagement über die Abwehr von Diskriminierung deutlich hinausgehen muss.

Was ich nicht glaube, ist, dass Fragen von Lesben und Schwulen demnächst von der Behindertenbeauftragten und frauenpolitische Belange von der Integrationsbeauftragten behandelt werden können. Das sollten sie auch nicht.

In einer Stadt wie Köln muss das Referat für Lesben, Schwule und Transgender endlich in einen arbeitsfähigen Zustand gebracht werden. Genau das bezweckt der Antrag der FDP ja. Es ist sehr bedauerlich, dass die beschlossenen und im Stellenplan festgehaltenen Stellen noch nicht umgesetzt sind. Wer mit Offenheit und Vielfalt wirbt, darf dieses zentrale Thema nicht so stiefmütterlich behandeln.

Trotzdem sähen wir – so haben wir uns in der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender auch geäußert – dieses Thema in den Haushaltsplanberatungen erst einmal richtig aufgehoben. Dieser Antrag bringt jetzt auch noch mehr in Bewegung. Im Effizienzteam ist die FDP ja mit dabei. Vielleicht kommen wir da ein bisschen voran und können die Verwaltung an diesem Punkt ein Stück weit mitnehmen. Denn daran hat es gehapert – und nicht an einem Beschlussdefizit.

Wir bitten die Verwaltung, zu prüfen, ob und inwiefern die Diversity-Bereiche – ich zähle sie jetzt einmal auf, damit sie auch noch einmal genannt werden: das Referat für Lesben, Schwule und Transgender, das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, das Interkulturelle Referat, die Behindertenbeauftragte und der Wettbewerb „Vielfalt gewinnt“ – unter einem Dach zusammengefasst werden können.

Klar ist, dass keiner der Bereiche benachteiligt bzw. vereinnahmt werden darf. Jeder Bereich muss für sein Thema auch weiterhin funktionsfähig bleiben.

Gleichzeitig sehen wir Diversity-Politik aufgrund eines hohen Anteils der Kreativwirtschaft, eines hohen Migrantenanteils und einer starken Lesben- und Schwulenszene in Köln als Baustein des Zusammenlebens und damit auch als Stärkung der ökonomischen Kräfte in Köln an. Wir wollen Diversity Management für die Verwaltung, und wir wollen Diversity-Politik für die Stadt. Ich hoffe und erwarte, dass nicht wieder vier Jahre vergehen, bis die Verwaltung dem Rat ein verwertbares Ergebnis vorlegt. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Wolter. – Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Damen und Herren! In der Tat beschäftigt uns das Thema Diversity schon lange. Trotz mancher Kritik an der Umsetzung, die hier auch geäußert worden ist, möchte ich für meine Fraktion feststellen, dass es in Köln wirklich viele schöne Beispiele für Vielfalt und Diversity gibt. Darauf dürfen wir im Vergleich zu anderen Städten auch ruhig ein Stück weit stolz sein.

(Beifall bei der FDP)

Es ist bereits gesagt worden, dass Köln 2008 als erste deutsche Stadt die Charta der Vielfalt unterzeichnet hat. Frau Manderla hat außerdem den Preis „Vielfalt gewinnt“ erwähnt, der morgen vergeben wird. Aber auch die Tatsache, dass Köln eine Stadt ist, in der sich Menschen aus anderen Ländern sowie Schwule und Lesben zu Hause fühlen, ist ein Beleg für gelebte Vielfalt.

Meine Damen und Herren, Vielfalt ist ein Wettbewerbsfaktor. Damit sind wir auch schon beim CDU-Antrag, in dem darauf verwiesen wird, dass immer mehr Unternehmen auf das sogenannte Diversity Management setzen. Wer sich die Literatur zu diesem Thema anschaut, sieht ganz schnell, dass der entscheidende Erfolgsfaktor die Vielfalt ist. Auch ich bin überzeugt: Wer die vielfältigen Talente und Erfahrungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nutzt und wertschätzt, wird langfristig erfolgreicher sein.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich möchte für die FDP aber auch noch einmal nachdrücklich unterstreichen: Dreh- und Angelpunkt eines Diversity Managements ist die Wertschätzung der Vielfalt. Daran haben sich Fragen der Organisation und Umsetzung zu orientieren – und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt konkret für die Stadt Köln: Wenn sich zeigt, dass durch ein Diversity Management Stellen eingespart werden können, soll das natürlich erfolgen. Dabei werden Sie auch von der FDP unterstützt. Wenn aber bei den Akteuren der verschiedenen Zielgruppen der Eindruck entsteht, vorrangiger Zweck eines Diversity Managements seien Stellenkürzungen, ist das meines Erachtens fatal.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das Diversity Management in der Stadt Köln zum Erfolg führen wollen, sind wir auf die Unterstützung aller dieser Zielgruppen angewiesen, die sich sowohl haupt- als auch ehrenamtlich in der Gleichstellungs-, Senioren-, Behinderten- und Migrationspolitik sowie in der Schwulen-, Lesben- und Transgenderpolitik engagieren.

Um bei diesen Gruppen den Eindruck zu vermeiden, der Politik ginge es mit diesem Antrag vorrangig um Stellenkürzungen, hat die FDP den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht. Liebe Frau Manderla, Sie sind der Meinung, ich hätte Ihren Antrag nicht richtig verstanden. Vielleicht versuche ich ja, ihn ein bisschen anders auszulegen; denn ich glaube schon, dass in den Zielgruppen die Besorgnis besteht, wir würden mit dem Hebel Diversity Management vielleicht Stellenkürzungen durchsetzen. Und wir können – das hat auch Herr Wolter ausgeführt – Zielgruppenarbeit nicht durch Diversity Management ablösen.

Deswegen halte ich es für wichtig, dass wir hier einer Zielgruppe gerecht werden, der wir schon im Jahr 2009 etwas versprochen haben, und zwar mit einem Ratsbeschluss, der von allen Fraktionen gefasst worden ist. Liebe Frau Manderla, dieser Ratsbeschluss war hauptsächlich von Ihrem damaligen Oberbürgermeisterkandidaten Peter Kurth in die Diskussion gebracht worden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass wir diesem Referat, das heute genau die gleichen Anforderungen und Anstrengungen erfüllen muss wie im Jahr 2009, eine halbe Stelle zugestehen.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Hoyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann?

Katja Hoyer (FDP): Ja, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Frau Hoyer, der ganze Diskussionsverlauf und auch das, was Sie jetzt ausgeführt haben, zeigen ja, dass hier im Rat großes Einvernehmen darüber besteht, in welche Richtung wir gehen sollten.

Meine Frage ist nur: Sind Sie der Meinung, dass es Sinn macht, Ihren Antrag zu einem Zeitpunkt zu beschließen, zu dem wir eine Untersuchung des Ganzen in Auftrag geben? Dann wäre dieser Prüfauftrag doch im Grunde überflüssig.

Katja Hoyer (FDP): Ich verstehe Ihr Anliegen schon, lieber Herr Zimmermann. Aber dann könnte man im Grunde genommen sagen: Im Rahmen des Diversity Managements können wir auch einmal über die Stellen bei den anderen Zielgruppen nachdenken. Ich glaube, da sind wir beide etwas unterschiedlicher Meinung. Wir haben einen Stand, von dem wir ausgehen. Beim Referat für Lesben, Schwule und Transgender beträgt dieser Stand anderthalb Stellen. Wir haben aber nur eine Stelle. Von diesem Stand ausgehend – wenn also alle Stellen so besetzt wären, wie wir das in diesem Rat beschlossen haben – können wir gerne diskutieren. Diese halbe Stelle haben wir aber versprochen. Nach dem Motto „versprochen – gehalten“ halte ich diesen Antrag auch für richtig.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, die FDP sieht die Chance, dass durch ein gelungenes Diversity Management effizienter, erfolgreicher und im Interesse einer vielfältigen Stadtgesellschaft gearbeitet werden kann. Deshalb unterstützen wir den Prüfauftrag – wohlgemerkt: Prüfauftrag – der CDU.

Wir sehen aber auch – das habe ich eben noch einmal ausgeführt –, dass wir im Interesse der Vielfalt auf eine erfolgreiche Zielgruppenarbeit angewiesen sind. Diese Zielgruppen müssen wir angemessen personell ausstatten. Deshalb bitten wir Sie, auch wenn es schwerfällt, unseren Änderungsantrag zu unterstützen. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Hoyer. – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Ich möchte ein bisschen an die Rede von Frau Hoyer anknüpfen, sehe das aber noch kritischer. Die Kollegen von der CDU haben die Managementmethoden dargestellt. Das ist ja richtig. Bei Ford ist es so gewesen. In den 60er-Jahren hat man dort einen Personalchef eingestellt, der einen türkischen Migrationshintergrund hatte. Er hat dann managementmäßig dafür gesorgt, dass viele Türken ausgebildet worden sind usw. usf. Das ist völlig in Ordnung. Es ist auch vernünftig gelaufen. Das will ich gar nicht infrage stellen.

Allerdings halte ich es für unsinnig, diese Methode auf uns zu übertragen, weil die Geschichte von Köln in Bezug auf den Umgang mit Minderheiten eine ganz andere ist. Hier haben sich nämlich Gruppen gebildet – Feministinnen, Schwule und Lesben usw. – und ein Bündnis geschlossen. Sie sind auf die Stadtgesellschaft zugegangen und haben irgendwann erreicht, dass es ein Referat XY gab. Im Referat XY, im Frauenamt, im Interkulturellen Referat und wie sie alle heißen sind auch Leute tätig, die aus der Bewegung kommen und in ihr aktiv sind. Das ist der Werdegang dieser Referate, sage ich einmal allgemein.

Wenn man das jetzt von oben herab alles zusammenschließen will, versucht man ja, einem Prozess, der sich von unten entwickelt hat, einfach die Klatsche zu geben.

Dass Personalabbau stattfinden soll, ist dabei doch ganz klar. Die CDU hat drei Anträge ge-

stellt. Alle drehen sich um Kürzungen. Hier geht es auch um eine Kürzung. Das ist gar keine Frage. Man muss ja ziemlich blind sein, wenn man das nicht erkennt.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Geschichte der Stadt Köln, der Bewegungen von Minderheiten und der Art und Weise, wie sie ihre Referate geschaffen haben und in der Stadtgesellschaft vertreten sind, kann man das nicht von oben herab verändern. Wenn man das verändern will, muss man mit diesen verschiedenen Bewegungen und Gruppen reden. Anders geht es gar nicht. Man muss es ja von unten her verändern. Ich würde jedenfalls vorschlagen, es so zu machen, wenn Sie das ernsthaft wollen.

Ich glaube, dass das so, wie Sie es möchten, nicht stattfinden wird. Dieser Antrag bringt uns inhaltlich nicht weiter.

Es gibt einen Ansatz, wie man das machen könnte, und zwar, indem man sagt: Wir wollen mit allen darüber reden, wie wir den Gedanken der Inklusion, der nämlich alle diese Minderheiten betrifft, als Rat gemeinsam mit diesen Bewegungen voranbringen können. – Auf dieser Grundlage könnte man dann eine neue Konzeption entwickeln.

Das wird aber keine Konzeption von Managementmethoden sein, sondern eine Mischung. Denn wie wollen Sie damit umgehen? Wollen Sie, wie es auf Landesebene beschlossen worden ist, den Integrationsrat abschaffen? Das betrifft ja das alles. Dabei handelt es sich aber um Verbindungen, die sich über 20 oder 30 Jahre entwickelt haben. Man kann sie nicht auf einen Schlag wegräumen. So funktioniert das nicht.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Manderla. Lassen Sie sie zu?

Jörg Detjen (Die Linke.): Ja, natürlich.

Gisela Manderla (CDU): Herr Detjen, sind Frauen für Sie eine Minderheit? Das haben Sie eben gesagt.

(Beifall bei pro Köln)

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein. Entschuldigung, Frau Manderla; da haben Sie recht. Frauen sind keine Minderheit. Sie machen 52 Prozent der Gesellschaft aus. Also stellen sie die Mehrheit. Das ist gar keine Frage.

Ich glaube aber, dass Sie schon ungefähr verstanden haben, worum es mir ging: dass die feministische Frauenbewegung das Gleichstellungsamt historisch geschaffen hat und dass man das nicht von oben herab einfach wegwischen kann, indem man beschließt, das alles zusammenzulegen. Die ganzen Kompetenzen brauchen wir doch. Das ist das Problem, das ich sehe. Deswegen glaube ich, dass Ihr Antrag so, wie er vorliegt, ein Flop ist.

Wenn man an die Sache ernsthaft herangehen wollte, müsste man den Gedanken der Inklusion entwickeln und sagen: Jeder Mensch leistet in unserer Gesellschaft einen Beitrag. Wie können wir diesen Gedanken fördern? – Das wäre ein Ansatz, wie man es machen könnte. Dafür müsste man aber von unten beginnen, mit allen Stadtarbeitsgemeinschaften und allen anderen Akteuren reden und dann einen Prozess einleiten.

Man kann es aber nicht so machen, wie Sie das wollen, meine Damen und Herren. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. Ich glaube auch, dass er völlig unrealistisch ist.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte etwas zum Verfahren sagen – abgesehen davon, dass ich, was Herrn Detjen angeht, den Eindruck habe, dass die Diskussion in den Stadtarbeitsgemeinschaften und sonstigen Gremien schon längst begonnen hat. Aber da ist er halt nicht dabei.

Zu dem Antrag der FDP: Wir sind uns offensichtlich darüber einig, dass dieser Prüfauftrag beschlossen werden soll. Wenn der Prüfauftrag beschlossen wird, bekommt man ein Prüfergebnis. Ich hoffe, dass die Verwaltung dieses Prüfergebnis zeitnah vorlegen wird. Erst nach Vorlage des Prüfergebnisses ist es sinnvoll, über den FDP-Antrag zu entscheiden. Das ist eben auch schon zum Ausdruck gekommen, denke ich.

Deshalb möchten wir – auch in Abstimmung mit der SPD-Fraktion – beantragen, den FDP-

Antrag in den zuständigen Fachausschuss – das wird der AVR sein – zu verweisen und ihn dort dann zu behandeln, wenn die Verwaltung das Ergebnis der gleich zu beschließenden Prüfung dem Ausschuss vorlegt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Herr Frank, das können Sie von der SPD und von den Grünen gerne machen. Wir bleiben aber bei unserem Antrag. Es geht um ein Versprechen aus dem Jahr 2009. Das ist auch umgesetzt worden. Nur die Stellen sind nicht alle besetzt worden. Im Übrigen finde ich es interessant, dass hier Frau dos Santos Herrmann und Frau Manderla sprechen; denn gerade die Frau ist nicht eingestellt worden. Wir haben ein Referat für Lesben, Schwule und Transgender, das für den Schwulenbereich besetzt ist. Der Lesbenbereich ist aber einfach ausgeklammert worden. In mehreren Haushalten wurde das, was der Rat beschlossen hat, nicht umgesetzt.

Daher kann ich schon verstehen, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender sauer ist, was die Referatsarbeit angeht. Das weiß die Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes selber; denn sie war bei der Diskussion dabei. Herr Wolter weiß das auch. Und Herr Wolter hat mehrmals selbst gesagt, die Grünen wollten, dass dieser Punkt sofort umgesetzt wird. Denn die Arbeitsfähigkeit ist einfach nicht gewährleistet. Darum ist dieser Antrag zustande gekommen.

Wenn Sie von Rot-Grün uns noch weiter vertrösten wollen, dann können Sie das gerne machen. Es wird aber schon seit 2009 vertröstet. Dabei, das noch einmal zu machen, kann die FDP nicht mitstimmen. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. – Ich würde jetzt gerne der zuständigen Dezernentin, Frau Reker, das Wort erteilen.

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie in Bezug auf die Umsetzung des Ratsbeschlusses aus dem Jahre 2009 zunächst darauf hinweisen, dass er eine haushaltsneutrale Umsetzung vorsieht. Dieses Unterfangen ist in unserer Stadt kaum zu erledigen. Das wird sich in der weiteren Prüfung auch ergeben, denke ich.

Ich möchte aber, dass Ihnen nicht länger verborgen bleibt, dass es hier einen Gleichklang zwischen Politik und Verwaltung gibt. Der Oberbürgermeister hat die Prüfung dieser Sache bereits in Auftrag gegeben, sodass wir auch bald mit einem Ergebnis rechnen können.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Reker. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über die Verweisung des FDP-Änderungsantrags in den AVR abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die SPD, die Grünen und die CDU. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag der CDU abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und – da sind Sie ja wieder, Herr Zimmermann; ich habe Sie eben schon vermisst – Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat verweist den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Antrag wird um folgenden Absatz ergänzt:

Die Stellen, die für das Referat „Lesben, Schwule und Transgender“ beim Dezernat V nach einem Ratsbeschluss ausdrücklich eingerichtet wurden, aber immer noch mit einem Sperrvermerk versehen sind, werden im Sinne der Erledigung der Aufgaben des Diversity-Management unverzüglich entsperrt und schnellstmöglich mit geeignetem Personal besetzt.

zur weiteren Beratung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales. Die Angelegenheit soll allerdings erst dann behandelt werden, wenn das Ergebnis aus dem nachfolgendem Prüfauftrag vorliegt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Vorteile und Synergien sich durch die Zusammenfassung verschiedener Dienststellen, deren Aufgabenbereiche die Themen Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung sowie Interessenvertretung im weiteren Sinne für verschiedene Personengruppen umfassen, zu einer zentralen Stelle für „Diversity Management“ erzielen lassen. Ziele des Diversity Managements sind, eine positive Gesamtatmosphäre zu schaffen, soziale Diskriminierungen zu verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern. Weiterhin ist darzustellen, ob sich durch die Schaffung eines einheitlichen Ansprechpartners die Umsetzung der gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen (u. a. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Landesgleichstellungsgesetz, Behindertengleichstellungsgesetz, Charta der Vielfalt) innerhalb der Verwaltung sowie für die Stadtgesellschaft optimieren lässt. Gleiches gilt für die Leistungserbringung der Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Kölns. Letztlich ist auch das Einsparpotential für den städtischen Haushalt, z. B. durch den Wegfall von Leitungsstellen, zu beurteilen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Rat bis zum Ende des Jahres mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend ´“Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplan der Stadt Köln“

Diese Angelegenheit wurde von der Fraktion pro Köln vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

Anmerkung:
Ratsmitglied Gey verlässt nach der Behandlung dieses Punktes die Sitzung endgültig.

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Prüfantrag zur Einrichtung einer Peter-Fechter-Straße“
AN/1332/2012

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und im Anschluss an Punkt

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Untersuchung des Leistungsspektrums von Städten durch Focus-Money: Bürgerorientierung und Kundenfreundlichkeit in der Kölner Stadtverwaltung“
AN/1530/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1599/2012

behandelt.

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abführung der Sitzungsgelder aus Aufsichtsräten an die Stadt Köln“
AN/1526/2012

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Alle Ratsmitglieder, die vom Rat in Aufsichtsräte, Verwaltungsräte und ähnliche Gremien entsandt sind, treten ihre Sitzungsgelder, die über 50 EUR pro Sitzung hinausgehen, an die Stadt Köln ab.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Schluss mit den Luxusrenten bei städtischen Unternehmen - Rente mit 67 auch für Großverdiener in den Vorständen der Stadtwerke“

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln
AN/1609/2012

behandelt.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kampagne des Bundesinnenministeriums gegen radikale Islamisten auch in Köln“
AN/1541/2012

Spricht jemand dazu? – Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Sehr geehrte Frau – Wie geht es denn jetzt weiter? Die Uhr ist noch nicht eingestellt.

(Andreas Köhler [CDU]: Für Sie ist die Zeit immer schon abgelaufen!)

Die Uhr läuft? Alles klar. Darf man sich das Wort selber erteilen? Das ist ja wunderbar. So stelle ich mir Sitzungsleitung vor. – Ich sehe, OB Roters geht, Uckermann kommt. Das finde ich auch ein gutes Zeichen.

Man kann natürlich die Sachen nicht so stehen lassen, die wir eben vom ersten Bürger unserer Stadt gehört haben – den wir natürlich auch respektieren. Wir sind Kölner. Wir wollen stolz auf unseren Oberbürgermeister sein. Aber auf einen solchen Oberbürgermeister kann man nur ganz schwer stolz sein. Darum sind wir rausgegangen. Jeder blamiert sich, so gut er kann, und OB Roters hat heute eine Meisterleistung in dieser Disziplin abgelegt.

(Beifall bei pro Köln)

Das muss gesagt werden. Ich muss mir als Ratsmitglied keine Unterstellungen von jemandem gefallen lassen, der die Unwahrheit gesagt hat. Und OB Roters hat gesagt – das haben wir draußen gehört –

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zur Sache, zu Ihrem Antrag.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist die Sache. Er hat ja auch zu unseren Anträgen gesprochen. Also spreche ich zur Stellungnahme der Verwaltung. OB Roters hat eben für die Verwaltung zu unseren Anträgen gesprochen. Das mache ich auch. Ich gehe davon aus, dass das sein sachlicher Beitrag war und nicht irgendeine Beleidigung, obwohl man das so missverstehen könnte. Das muss gesagt werden.

Dann gilt es natürlich auch, richtigzustellen, dass die Bürgerbewegung pro Köln/pro NRW alle Religionen gleich respektiert und dass wir nicht beleidigen wollen, was anderen heilig ist. Selbstverständlich gilt das auch für den Islam, dem wir als Weltreligion den notwendigen Respekt zollen. Aber wenn hier in unserem Land Dinge auftreten, die besorgniserregend sind, dann muss das eine Kraft ansprechen können. Das ist eben die Bürgerbewegung pro Köln.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn das den Politikern, egal welcher Couleur, nicht mehr möglich ist, dann muss es eine neue politische Kraft geben. Darum sitzen wir im Stadtrat.

Ich erwarte natürlich auch, dass ein Oberbürgermeister seine Stadträte respektiert. Das gehört in der Demokratie dazu. Sonst sind wir eben in der DDR. Da hat die SPD ja auch 40 Jahre lang in der SED mitgewirkt. Es kann sein, dass das ein Überbleibsel ist.

(Widerspruch bei der SPD)

- Fragen Sie Herrn Lafontaine, Ihren ehemaligen Parteivorsitzenden, Herr Börschel. Der hat sich dazu geäußert. Es gibt historische Quellen dafür, dass die SPD damals auf die KPD zugegangen ist und darum gebeten hat, eine Einheitspartei zu gründen. Dafür kann ich doch nichts. Das sind Ihre Parteifreunde.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung! Das ist eine Frechheit!)

Darum geht es heute aber nicht, Herr Börschel, sondern um unseren Antrag.

(Götz Bacher [SPD]: Dummschwätzer!)

- Wie, Dummschwätzer? Ich habe das gehört, Herr Bacher. Mehr haben Sie zur Sache nicht zu sagen. Das habe ich von Ihnen auch nicht erwartet. Aber bei uns stehen Sie ohnehin unter einem gewissen Artenschutz. Daher ist das kein Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Wir haben heute einen Antrag gestellt, der unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung schützen soll. Wir möchten, dass die Sicherheitspartnerschaft von Bundesinnenminister Friedrich von der CSU zur Aufklärung und Prävention von radikal-islamistischen Umtrieben beispielsweise durch Salafisten von der Stadtverwaltung Köln unterstützt wird.

Dazu hat der Bundesinnenminister gemeinsam mit den beteiligten Verbänden eine Plakatkampagne vorgeschlagen, um Betroffenen eine Möglichkeit zu geben, auszusteigen und wieder zurück in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Es ist ein Infotelefon eingerichtet worden. Außerdem hat man Beraterteams geschaffen.

Es wäre für die Stadt Köln sicherlich ein Gewinn, wenn wir unseren Bürgern auch die Möglichkeit geben könnten, wenn sie betroffen sind, mit dem Innenministerium Kontakt aufzunehmen und wieder zurück in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Das möchten wir mit unserem Antrag erreichen.

Dazu haben wir von der Verwaltung dankenswerterweise auch eine Stellungnahme bekommen. In vielen Dingen stimmen wir mit der Verwaltung überein. Das muss man auch dazusagen. Herr Roters hat das ja eben verschwiegen. Hier steht klipp und klar, dass das eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung ist.

Man muss natürlich auch auf Folgendes hinweisen: Die Verwaltung schreibt, dass der NRW-Verfassungsschutz von circa 500 Salafisten ausgeht. Tatsächlich sind es nach neuesten Mitteilungen des Ministeriums 1 000 Salafisten.

Das müsste uns doch alle hier aufhorchen lassen. Wenn Sie Demokraten sind, dann müssen Sie auch alles dafür tun, dass diese Demokratie erhalten bleibt, und diesem Antrag zustimmen. Darum bitte ich Sie. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Über den Ticker ist gerade die Nachricht gekommen, dass Bundesinnenminister Friedrich das Ganze sowieso zurückgestellt hat.

(Markus Wiener [pro Köln]: Traurig genug!)

- Diese Wertung steht Ihnen jetzt nicht zu. Das können Sie höchstens für sich selbst beurteilen.

Wir stimmen jetzt natürlich trotzdem ordnungsgemäß über diesen Antrag ab. Wer ist dafür? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative „Sicherheitspartnerschaft“ von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zur Aufklärung und Prävention von radikalislamischen Umtrieben (bspw. durch Salafisten) und bittet die Verwaltung das Projekt nach allen Kräften zu unterstützen.

Der Rat der Stadt Köln bittet den Oberbürgermeister beim Bundesinnenminister vorstellig zu werden, mit der Bitte, dass die geplante Plakatkampagne des Ministeriums auch in Köln durchgeführt wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Vorzeitige in Betriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Serverinsstraße und dem Kölner Süden“
AN/1545/2012

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die schnellstmögliche Einrichtung eines U-Bahn-Betrieb zwischen der Haltestelle Severinstraße und dem Stadtteil Rodenkirchen und beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit es zu einer schnellstmöglichen Betriebaufnahme kommt.

Alle Ratsmitglieder im Aufsichtsrat der KVB werden angewiesen, die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn im Unternehmen voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen“
AN/1549/2012

und

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd“

AN/1584/2012

behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Umsetzung des Ratsbeschlusses „Räumung des AZ in der Wiersbergstraße in Köln-Kalk“
AN/1580/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3448/2012

Gibt es dazu Nachfragen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat geantwortet, dass der Stadt keine Kosten für Strom, Wasser etc. für das besetzte Haus in der Wiersbergstraße entstanden seien, weil das Gebäude noch im Eigentum der Sparkassentochter war.

Meine Nachfrage lautet: Sind denn städtischen oder stadtnahen Betrieben offene Rechnungen und Kosten für Wasser, Strom und Sonstiges entstanden?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Berg, bitte.

Beigeordnete Ute Berg: Dazu kann ich Ihnen keine Antwort geben. Ich denke allerdings, dass Frau Klug das sicherlich machen könnte; denn hier ist ja die Beteiligungsgesellschaft auch zuständig.

Das ist aber nicht die Frage, die Sie gestellt haben. Ihre Frage haben wir sehr wohl beantwortet. Jetzt weitergehende Fragen zu stellen, ist sehr unüblich, glaube ich.

Markus Wiener (pro Köln): Das ist natürlich eine Nachfrage, die ganz eng mit der Frage zusammenhängt. Eigentlich hätte ich gedacht, dass man hier keine Buchstabenklauberei macht und dass dann, wenn man von der Stadt Köln spricht, auch städtische und stadtnahe Betriebe impliziert sind. Aber wir werden in Zukunft vorher einen Literaturwissenschaftler daransetzen, damit das so präzise formuliert ist.

Ich bitte also um die Beantwortung dieser Nachfrage, so wie es auch vorgesehen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wiener, wir werden das schriftlich beantworten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Hinsichtlich der Nachfragen von Ratsmitglied Wiener, die nach der Erklärung der Beigeordneten Berg noch unbeantwortet sind, sagt Stadtdirektor Kahlen eine schriftliche Antwort zu.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Situation am Brüsseler Platz“
AN/1581/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3439/2012

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unter dem Tagesordnungspunkt 4.2 hat die Bürgerbewegung pro Köln eine Anfrage zur Situation am Brüsseler Platz gestellt. Die Verwaltung stellt in ihrer Antwort richtig fest, dass wir fünf differenzierte Fragen zu diesem Thema gestellt haben. Wir haben hier eine Beantwortung in Prosaform bekommen – mit dem einen Satz, dass Sie im Prinzip Näheres auch nicht wissen. Ich fasse das jetzt einmal ein bisschen zusammen. Sie können ja noch einmal darauf eingehen.

Wir möchten jetzt konkret wissen: Was sagen die neuen Lärmmessungen?

Wir möchten wissen: Wie hat sich die Situation aktuell entwickelt?

Wir möchten wissen: Welche Klagemöglichkeiten gibt es tatsächlich?

Wir haben auch nach den Einsätzen des Ordnungsamtes gefragt. Ist es wirklich richtig, dass das Ordnungsamt zwar versucht, Maßnahmen durchzusetzen, dass die Beamten bzw. Mitarbeiter aber tätlich angegriffen werden? Es ist die Rede davon gewesen, dass sie bespuckt werden. Das stand auch in der Zeitung. Stimmt das alles in dieser Form?

Des Weiteren hätten wir gerne gewusst: Ist die Verwaltung gerade dabei, ein anderes Einsatzkonzept für diesen Ordnungsdienst zu erarbeiten, wenn die Mitarbeiter hier in Gefahr kommen?

Last, but not least: Wie sieht es beim Brüsseler Platz mit der aktuellen Lärmmessung aus? Ist das eine private Lärmmessung gewesen? Oder hat die Stadt diese Lärmmessung veranlasst?

Ansonsten meint die Fraktion pro Köln mit Blick auf das, was am Flughafen gelten soll, wo es Kernzeiten von 24 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens gibt: Es sollte doch möglich sein, einen solchen Innenplatz, wo Sie selber zuständig sind –

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, Sie sollen keine Rede halten. Sie können eine Nachfrage stellen. Die war, glaube ich, eben abgeschlossen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich weiß; Meinungsfreiheit schätzen Sie nicht sehr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, möchten Sie darauf antworten?

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, wir arbeiten täglich am Brüsseler Platz und versuchen täglich, den angestrebten Kompromiss umzusetzen. Es ist richtig; wir haben seit Mitte März 2012 an 31 Tagen unser Ziel nicht erreicht. Auf der anderen Seite mögen Sie erkennen: An den übrigen Tagen haben wir das Ziel erreicht.

Insofern bitte ich Sie einfach, mitzunehmen, dass wir einen Bericht vorbereiten, bei dem insgesamt auch die Bewertungen, die Sie haben möchten, vorgenommen werden. Wir haben es bisher immer so gehandhabt, dass wir den Versuch unternehmen, spätestens in der letzten Sitzung des AVR im Dezember des Jahres diesen Bericht vorzulegen. Wir haben den Beirat, in dem dieser Bericht auch diskutiert wird.

Insgesamt habe ich den Eindruck – auch aus einer Diskussion im Studio DuMont –, dass wir durch den sehr guten und anstrengenden Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes, auch verstärkt durch die Polizei, mittlerweile doch eine wesentlich höhere Akzeptanz erreicht haben als noch im letzten Jahr. Sehr dankbar bin ich den Kolleginnen und Kollegen, die sich dort jede Nacht engagieren und einen schweren Job machen. Ich glaube aber, dass die Situation insgesamt besser gewesen ist.

Sie bekommen alle Daten. Auch die nächtlichen Lärmwerte kriegen Sie von uns übermittelt. Das wird in diesem Bericht ebenfalls dokumentiert.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor.

(Jörg Uckermann [pro Köln] meldet sich zu Wort)

- Herr Uckermann, Sie haben zwei Nachfragen gestellt. Damit hat es sich für Sie erledigt.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln] – Volker Görzel [FDP] meldet sich zu Wort)

- Bitte schön.

Volker Görzel (FDP): Herr Uckermann, irgendwo ist echt eine Grenze erreicht. – Der Kollege hat gerade auf Ihren Hinweis erwidert, für Sie habe es sich schon lange erledigt. Damit hat er, glaube ich, Sie gemeint, Frau Bürgermeisterin.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich hätte gerne mal das Mikrofonprotokoll!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vorhin habe ich mich zurückgehalten, Herr Uckermann. Ich hatte Ihnen aber schon angekündigt, dass es beim nächsten Mal einen Ordnungsruf gibt. Den erteile ich Ihnen jetzt hiermit.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bezug nehmend auf Nachfragen von Ratsmitglied Uckermann kündigt Stadtdirektor Kahlen einen Bericht der Verwaltung an, der zurzeit erstellt werde. Er gehe davon aus, dass die Angelegenheit dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales spätestens in seiner Dezember-Sitzung vorgelegt werden könne.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes hatte Ratsmitglied Uckermann schon im vorherigen Sitzungsverlauf wegen unangemessener Äußerungen ermahnt und ihm für den Wiederholungsfall einen Ordnungsruf angedroht. Nachdem Ratsmitglied Uckermann sich nunmehr beleidigend zu ihrer Sitzungsleitung geäußert hat, erteilt ihm die Bürgermeisterin deshalb einen Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll verwiesen).

4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn: Finanzielle Risiken des Verzichts auf die Teilinbetriebnahme Süd“
AN/1584/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3437/2012

Die Nachfragen von Ratsmitglied Frank werden durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen“
AN/1549/2012

und

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Vorzeitige in Betriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Severinsstraße und dem Kölner Süden“
AN/1545/2012

behandelt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013“
AN/1589/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine.

Da in dieser Angelegenheit noch eine verwaltungsinterne Abstimmung erforderlich ist, wird die Antwort zur kommenden Sitzung des Rates – am 15.11.2012 – nachgereicht.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt rufe ich auf:

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Abruf von Leistungen aus dem Bildungspaket“
AN/1588/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3414/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

4.6 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Anpassung der Geschäftsordnung – Einberufung des Rates und seiner Ausschüsse“
AN/1592/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3425/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen oder Nachfragen? – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mittelabfluss in der Wohnungsbauförderung“
AN/1598/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
3444/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen oder Nachfragen? – Ich sehe keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung“
AN/1089/2012

Antwort der Verwaltung vom 20.09. 2012
2482/2012

Gibt es dazu Nachfragen? – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich glaube, Herr Quander ist ansprechbar.

(Heiterkeit)

- Ich möchte doch, dass Herr Quander qualifiziert antworten kann. Dafür muss ich ihn ja vorher aufmerksam machen.

Es geht um die Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung. Dort hat sich ein Mitarbeiter beurlauben lassen. Im Februar 2012 hat ein Stellenbesetzungs-verfahren stattgefunden. Dieses Verfahren ist dann gestoppt worden. Später ist es wieder aufgenommen worden. Wir haben dann danach gefragt. – Nun meine Nachfragen:

Erstens. Warum ist der Kulturausschuss nicht von vornherein in die ganze Sache eingebunden worden?

Zweitens. Wie kann man jetzt erreichen, dass in der Kulturverwaltung der laufende Betrieb in Bezug auf Förderanträge etc. schnell wieder aufgenommen werden kann?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. – Herr Beigeordneter Professor Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Detjen, da ich die Tagesordnung immer verfolge, war ich schon darauf gefasst, dass ich möglicherweise eine Nachfrage erhalte. – An sich steht alles in unserer Beantwortung, die Ihnen vorliegen müsste.

Die Ausschreibung ist damals auch deshalb gestoppt worden, weil die interne Stellenbesetzungsausschreibung kein befriedigendes Ergebnis erbracht hatte. Sie wurde also erst gestoppt. Dann ist die Besetzung wieder freigegeben worden. Wir haben aber gesagt, dass das keinen Sinn macht, weil wir über diese Stelle nicht frei verfügen können; denn es kann sein, dass der Stelleninhaber, der sich auf eigenen Wunsch hat beurlauben lassen, zum 31. März des kommenden Jahres wieder zurückkehrt. Dann müsste ein anderer ausscheiden. Wenn wir die Stelle jetzt im Herbst besetzen, dauert es so lange, bis er sich eingearbeitet hat, dass das nichts bringt.

Was die Abarbeitung des laufenden Geschäfts angeht, verhält es sich folgendermaßen: Die Anträge für 2012 sind seinerzeit noch von dem Stelleninhaber im vorgesehenen Verfahren bewertet worden. Sie werden jetzt, nachdem die Haushaltssatzung 2012 durch Genehmigung der Bezirksregierung Gültigkeit erhalten hat, durch die Fachreferate im Kulturamt abgearbeitet und umgesetzt.

Dort wird auch die Bewertung nach den Förderrichtlinien für das Jahr 2013 vorbereitet. Das wird sich auch eine Weile verzögern; denn der Haushalt ist, wie Sie selbst wissen, weder eingebracht noch beschlossen noch genehmigt. Daher wird sich das bis ins Frühjahr hineinziehen, sodass wir die Fragestellung, ob der Stelleninhaber zurückkommt und dann die gewachsene Aufgabe wieder übernimmt oder ob er nicht zurückkommt und sich weiter beurlauben lässt, klären können und dann über die Frage der Nachbesetzung entscheiden können.

Das laufende Geschäft ist aber sichergestellt. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Professor Quander.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Beigeordneter Prof. Quander beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
1357/2012

Der AVR hat dieser Änderung einstimmig zugestimmt.

Ich sehe dazu keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Änderung der Hauptsatzung so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.1.2 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
0909/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese Änderungssatzung so beschlossen.

Der Rat beschließt die in Anlage 2 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

6.1.3 5. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung (Neufassung)
1704/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU und pro Köln. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese Satzung so beschlossen.

Der Rat beschließt den Erlass der 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.1.4:

6.1.4 Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011
3009/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt, die allgemeine Vorschrift gemäß § 11a ÖPNVG NRW (Satzung) der Stadt Köln vom 30.08.2011 (in Kraft getreten am 15.09.2011) durch Nachtrag in Form der aktualisierten Anlage 1 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Rückwirkende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroßmarkt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln
1867/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt den Erlass der rückwirkenden Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. April 2010 über die Aufhebung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln und der Satzung für den Schlachtviehgroßmarkt, den Schlachthof und den Fleischgroßmarkt der Stadt Köln (s. Anlage).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Städtische Tiefgaragen und Parkhäuser
hier: Änderung der Kurzparkergebühren in den Garagen der Innenstadt
2327/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Pro Köln wird eine weitere Erhöhung der Kosten für das Parken in der Stadt natürlich ablehnen. Köln ist ohnehin schon eine der teuersten Städte, was Autoverkehr insgesamt und auch Parkgebühren betrifft. Andere Kommunen gehen den entgegengesetzten Weg. Zum Beispiel bieten viele Städte eine Stunde freies Parken an, um den Konsum und die Geschäfte zu unterstützen.

Köln macht das andersherum. Man macht es den Menschen immer schwieriger, in die Stadt zu kommen, und benutzt die Kölner Autofahrer und auch die Autofahrer aus dem Umland als Melkkühe der Nation. Pro Köln wird das selbstverständlich ablehnen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist es angenommen.

Der Rat beschließt folgende Änderung der Kurzparkgebühren in den Tiefgaragen Am Dom, Philharmonie, Hauptbahnhof/Breslauer Platz, Groß St. Martin und Kaiser-Wilhelm-Ring in der Zeit von 9.00 Uhr – 19.00 Uhr:

TG Am Dom:

Von 0,60 € je angefangene 20 Minuten (1,80 €/Std.) auf

0,70 € je angefangene Minuten (2,10 €/Std.)

Tageshöchstgebühr von 18,00 € auf 21,00 €

TG Philharmonie, TG Hbf/Breslauer Platz und TG Groß St. Martin:

Von 0,50 € je angefangene 20 Minuten (1,50 €/Std.) auf

0,60 € je angefangene 20 Minuten (1,80 €/Std.)

Tageshöchstgebühr von 15,00 € auf 18,00 €

TG Kaiser-Wilhelm-Ring:

Von 0,40 € je angefangene 20 Minuten (1,20 €/Std.) auf

0,50 € je angefangene 20 Minuten (1,50 €/Std.)

Tageshöchstgebühr von 12,00 € auf 15,00 €

Alle Parkgebühren enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Die Umsetzung erfolgt zum 01.11.2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2816/2012
(zurückgezogen)

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

6.3.2 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Eigelstein, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Nippes, Longerich, Chorweiler, Worringen, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Kalk, Mülheim, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide
2813/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1594/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2012
3426/2012

Herr Dr. Schulz.

Dr. Walter Schulz (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie bitte, dass ich meinen Ausführungen ein Bekenntnis voranstelle: Ich schätze unsere Landesregierung.

Ganz besonders schätze ich natürlich, dass die Landesregierung die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren will und dazu die Anzahl der zur Öffnung freigegebenen Kalendersonntage gesetzlich begrenzen will. Das ist bekannt gegeben worden und wird in der nächsten Zeit erfolgen. Dafür werden dann mindestens sieben – Entschuldigung: zehn – Kölner Abgeordnete im Landtag stimmen, und das ist gut so. Damit kommen wir einem brennenden Interesse von Kirchen, Gewerkschaften und übrigens auch Sportvereinen entgegen, und das ist gut so.

Noch besser ist, dass die Verwaltung uns hier die Vorlage gibt, im Jahr 2013 bei Sicherung der Zeiten für die City die Zahl der Verkaufsöffnungen an Sonntagen weiter zu reduzieren, ohne die jährlich genehmigten drei Sonntagsöffnungen je Stadtteil weiter zu verringern. Das ist eine Leistung, die wir ausdrücklich anerkennen und loben wollen. Da geht die städtische Entwicklung auf die Landesentwicklung ein – ein altbekanntes Motto: Stadt und Land Hand in Hand.

Im CDU-Antrag steht, dass Befürchtungen bestehen, die Stadtteilöffnungen würden sich allzu sehr überschneiden und zu wechselseitiger Konkurrenz führen. Das kann man einmal nachprüfen.

Lindenthal öffnet am 17. März, am 7. Juli und am 3. November 2013. Dann dürfen auch Marsdorf und Ossendorf offen halten. Ich denke, das überleben die alle spielend.

Nippes öffnet am 26. Mai und am 8. Dezember 2013. Das fällt im Mai mit dem Severinsviertel und im Dezember mit Sürth zusammen. Sie glauben doch nicht wirklich, dass die sich irgendetwas wegnehmen.

Wenn am 7. Juli 2013 sowohl in Holweide als auch in Kalk geöffnet ist, kann der brennend Interessierte sicherlich sogar beide Öffnungen goutieren. Zur selben Zeit gibt es noch in Longerich die Kunstmeile und in Porz einen Autosalon. Ich glaube, das überschneidet sich überhaupt nicht.

Ich will jetzt nicht die ganze Liste durchgehen. Wir sind aber sicher, dass weder der Einzelhandel noch der Ruf der Stadt unter dem Sonntagsschutz leiden werden. Ich glaube sogar, auch Sie werden dann entdecken: Köln hat in kultureller, sportlicher und sogar spiritueller Hinsicht relativ viel zu bieten – selbst dann, wenn die Läden geschlossen sind.

Insofern werden wir der Vorlage zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Dr. Schulz. – Herr Dr. Strahl, bitte.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Naturgemäß bin ich anderer Meinung.

In der Begründung der Beschlussvorlage zu den verkaufsoffenen Sonntagen im nächsten Jahr stellt die Verwaltung zu Recht fest, dass durch die Auflösung und Neuwahl des Landtags die Evaluation und das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen beendet wurden. Des Weiteren berichtet sie, dass im Koalitionsvertrag der neuen regierungstragenden Fraktionen eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes hinsichtlich der Sonntagsöffnungen festgeschrieben sei.

Meine Damen und Herren, nun kommt es: Das ist der Grund, warum die Anzahl der zur Verfügung stehenden Sonntage von 20 im Jahr 2012 auf 15 im nächsten Jahr zurückgeführt werden soll. Ohne Not und sichtbaren Vorteil für die Bevölkerung und die Angestellten im Einzelhandel – es bleibt bei 15 Stunden jährlich – wird hier in vorauseilendem Gehorsam massiv in die Darstellungsmöglichkeiten und das eigenständige Profil des Handels in den Vororten mit vorhersehbar negativer Auswirkung eingegriffen.

Noch im Vorwort zur Präsentation des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts heißt es richtungsweisend – ich zitiere –:

> Kleine und große Geschäftszentren sollen in ihrer Versorgungsfunktion sowie als Mittelpunkte des öffentlichen Lebens, der Identifikation und der Kommunikation gesichert und gestärkt werden. Das Ziel sind lebendige Geschäftszentren mit einem vielfältigen Angebot, wo man sich gerne trifft.

Diesem so formulierten und von meiner Fraktion in jeder Hinsicht unterstützten Anliegen läuft der Antrag auf Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage entschieden entgegen. Er führt in seiner Konsequenz dazu, dass letztlich die Vororte gegen die City konkurrieren sollen – ein blauäugiges Vorhaben – und dass Haupt- und Nebenzentren im selben Stadtbezirk oder in benachbarten Stadtbezirken sich um dieselben Kunden bemühen müssen.

So werden an einem Sonntag im November des nächsten Jahres neun Vororte miteinander konkurrieren, von denen vier im Stadtbezirk Lindenthal liegen. Dabei handelt es sich um eine unzumutbare Situation – und das beschreibt nur den derzeitigen Stand, dass es bei der freiwilligen Selbstbeschränkung der Händler in Köln auf nur drei und nicht auf die gesetzlich möglichen vier Termine pro Vorort im Jahr bleibt.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein Interview des Kaufhof-Chefs Lovro Mandac im *Kölner Stadtanzeiger* vom 11. September 2012 hinweisen, in dem er seine Wunschvorstellungen für die Sonntagsöffnungen ausbreitet. Ich zitiere:

> Zumindest hätten wir immer gerne einen verkaufsoffenen Sonntag im Monat sowie vier offene Adventssonntage.

Was diese Zielrichtung für die Vororthändler im Verhältnis zu den Händlern der Innenstadt bedeuten würde, brauche ich nicht im Einzelnen zu erklären.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Meine Damen und Herren, diese neue Regelung ist kontraproduktiv. Sie führt letztlich zur Kannibalisierung der Termingestaltungen im Einzelhandel, bringt den Angestellten nichts und hat für die Kirchgänger keinen weiteren Vorteil.

Die rot-grüne Koalition hat immer noch nicht verstanden, dass Einkaufen den meisten Menschen Spaß macht und schon lange nicht mehr nur ein notwendiges Übel ist. Das gilt insbesondere für das Einkaufsverhalten an Wochenenden mit der ganzen Familie.

Der Stadtdirektor weist in seinem Schreiben an die IGs zu Recht darauf hin, dass die Diskussionen über die entsprechenden Regelungen noch nicht abgeschlossen sind und derzeit niemand weiß, wann mit einer Verabschiedung des neuen Ladenöffnungsgesetzes im nordrhein-westfälischen Landtag gerechnet werden kann.

Deshalb fordere ich Sie auf: Versagen Sie der vorgeschlagenen Verordnung Ihre Zustimmung, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu.

Ich kann auch in der Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Änderungsantrag, die mir heute hier überreicht wurde, keine weiteren Gründe finden. Dort heißt es zum Beispiel – ich zitiere –:

> Die Erweiterung der Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage für 2013 in der jetzigen Beschlussvorlage könnte zur Folge haben, dass die Landesregierung sich nicht für eine entsprechende Übergangsregelung im neuen LÖG NRW einsetzt …

Das verstehe ich nicht.

Im nächsten Absatz steht – ich zitiere –:

> Darüber hinaus haben die Interessengemeinschaften zwischenzeitlich auch die für die Verkaufsstellenöffnungen erforderlichen Veranstaltungen geplant.

Natürlich haben sie geplant. Sie bekamen die Termine vorgegeben. Dann müssen sie sich bemühen. Aber ich kenne eine ganze Menge, die liebend gerne bereit wären, für eine Entzerrung der Termine die Planung neu zu organisieren.

Es geht darum, dass das Ladenöffnungsgesetz davor verschont bleibt, dass es sich unter Ihrer tätigen Mithilfe zum Ladenschlussgesetz zurückentwickelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Strahl. – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da lacht er!)

- Ja, ich lache; denn manche Dinge kann man auch nur lachend ertragen.

Herr Dr. Schulz, ich fange einmal bei Ihnen an. Sie haben einen Bruder, der einen relativ europäischen Blick hat. Das ist doch zutreffend? – Ich war vor zwei Wochen in einem Land unglücklicher Menschen, unterdrückter Verkäuferinnen und Verkäufer, Ungläubiger, die nicht in die Kirche gehen konnten; einer Gesellschaft, in der die Gewerkschaften nichts zu melden haben und alle sonntags ganz beschwert den Tag verbracht haben. Ich war in Frankreich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Schulz, fragen Sie einmal Ihren Bruder, wie das in Frankreich läuft. Ich glaube, dass es den Menschen dort insgesamt etwas besser geht als uns – zumindest, was das Gefühl angeht; nicht unbedingt, was das Geld angeht. Aber vielleicht ist das Gefühl ja gar nicht so unwichtig.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: In Frankreich gibt es auch eine andere Regierung!)

Zweitens. Herr Kahlen, warum gehen wir hier in eine vorauseilende Erfüllung, obwohl die Diskussion auf Landesebene noch gar nicht abgeschlossen ist? Eben haben Sie uns dargestellt, dass man durchaus noch prüfen könne, ob es bei der Severinstraße nicht doch noch Möglichkeiten gäbe, den Menschen irgendwie entgegenzukommen. Hier bekommen wir nun eine Vorlage, mit deren Umsetzung wir vielleicht schon mehr tun, als die Landesregierung jemals beschließen wird. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Möglicherweise sind da auch bestimmte Versprechungen zu erfüllen. Herr Kossiski hat uns ja vor der Landtagswahl gesagt: Eigentlich müsste samstags um 20 Uhr Schluss sein; sonntags geht sowieso nichts; an den anderen Tagen ist auch spätestens um 21 Uhr Schluss. – Das ist alles schon relativ eingedampft worden. Deswegen sollte man vielleicht noch ein bisschen abwarten, meine Damen und Herren.

Aber nun lassen Sie uns doch einmal auf unsere Stadt schauen. Durch unseren heute zu fassenden Beschluss werden es – das ist schon ausgeführt worden – nicht weniger Veranstaltungen werden. Deswegen wird also kein einziger Verkäufer, keine einzige Mitarbeiterin im Einzelhandel entlastet. Nur: Es gibt eine stärkere Konkurrenz untereinander – mit dem Ergebnis, dass wir über kurz oder lang weniger Veranstaltungen bekommen werden. Da müssen wir uns fragen: Wollen wir das?

Eben ist der Kollege Görzel angegriffen worden, als er gesagt hat: Lasst uns doch einmal etwas für die Severinstraße tun. Gebt dem hier so bejammerten geschundenen Einzelhandel an der Severinstraße doch die Chance, noch einmal an einem Sonntag zu öffnen. – Was ist denn daran so verkehrt?

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Wollen die das denn überhaupt?)

- Aber man sollte ihnen zumindest die Möglichkeit geben. Entscheiden müssen sie das doch selber, nicht wir.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind hier doch nicht der VEB Einzelhandel, der genau festlegt, wer wann und wie aufmacht. Frau Stahlhofen, das muss nun wirklich nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Warum räumen wir dem Einzelhandel also diese Möglichkeit nicht ein? Wie Sie ganz genau wissen, steht unser Einzelhandel natürlich im Wettbewerb mit dem Umland.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich dachte, die FDP sei für Wettbewerb!)

- Ja, sicher. Deswegen müssen wir unserem Einzelhandel doch genauso viele Möglichkeiten geben wie die Kommunen Hürth oder Rösrath.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Durch einen solchen Beschluss verhindern Sie doch, dass der Wettbewerb wirklich stattfindet, Herr Frank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Für die Nachbarkommunen gilt doch auch das Landesgesetz! Das gilt bei denen doch genauso!)

Was Sie hier wollen, ist doch organisierter Wettbewerb. Die haben überhaupt keine fairen Chancen. Sie können doch davon ausgehen, dass die Umlandgemeinden ihre Sonntage natürlich auf die Tage legen, an denen in Köln nichts gemacht werden darf. Die sind doch nicht blöd.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Houben, gestatten Sie eine Nachfrage von Herrn Dr. Schulz?

Reinhard Houben (FDP): Ich habe noch 50 Sekunden. Wenn mir das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, darf Herr Dr. Schultz gerne eine Frage stellen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich halte die Uhr an. – Bitte.

Dr. Walter Schulz (SPD): Herr Houben, können Sie zum Ersten nachvollziehen, dass mein Bruder immer sagt, wie schön es ist, wenn er an einem ruhigen Sonntag in Deutschland ist?

Können Sie zum Zweiten nachvollziehen, dass es auch in den vorherigen Vorlagen drei Beschränkungen gab, dass wir die drei Beschränkungen auch weiter haben möchten, dass wir aber mehr Sonntagsruhe wollen?

Können Sie zum Dritten nachvollziehen, dass Konkurrenz das Geschäft belebt?

Reinhard Houben (FDP): Herr Dr. Schulz, Ihr Bruder hat ja schon allein durch seine Wohnungswahl in Würselen gezeigt, dass er nun nicht besonders an quirligem Großstadtleben interessiert ist, sondern eher an einem beschaulichen Leben im Aachener Land.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

36. Sitzung vom 20. September 2012

Natürlich bin ich für Wettbewerb. Die Bedingungen müssen aber überall gleich sein. Das ist doch der Ansatz. Wenn im Rhein-Erft-Kreis und im Rheinisch-Bergischen Kreis an vier Sonntagen geöffnet werden darf, dann ist das ein Nachteil für die Kölner Wirtschaft. Und besonders – da kann ich Herrn Dr. Strahl nur zustimmen – trifft es doch nicht das Zentrum, sondern es trifft selbstverständlich vor allen Dingen die immer etwas schwächelnden kleineren Zentren in der Fläche. Deswegen können wir Ihrer Vorlage nun wirklich nicht folgen.

Eine letzte Bemerkung: Viele dieser Straßenfeste werden ehrenamtlich organisiert. Alle diese Veranstalter haben Probleme, Geld zu bekommen. Gerade bei den kleinen Veranstaltungen – beim Kaufhof und bei IKEA ist das nicht der Fall – werden Sponsoren gesucht. Und wenn ein Sponsor in einem Stadtbezirk vier Alternativen hat, wird er sie nicht alle vier bedienen wollen, weil er nicht die entsprechende Werbewirksamkeit hat. Das bedeutet: Über kurz oder lang werden von den vier Veranstaltungen maximal zwei übrig bleiben.

Deswegen lehnen wir das hier entschieden ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. – Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Es ist doch schön, dass wir uns bei der Ladenschlussdebatte alle noch einmal wiederfinden.

Herr Houben, im Koalitionsvertrag von Rot-Grün steht – Zitat –:

> Die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes werden wir korrigieren.

SPD und Grüne wollen zu der Anlassbezogenheit zurückkehren und sie im Detail überprüfen.

Hintergrund ist nämlich – das hat keiner von Ihnen überhaupt erwähnt – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Arbeitsschutz. Darum geht es eigentlich. Das heißt: Der Anlass muss auf die Frage der Sonntagsruhe bezogen werden, und zwar bezogen auf dieses Urteil und bezogen auf den Arbeitsschutz. Das ist der zentrale Knotenpunkt für die Betrachtung dieser Diskussion.

Herr Dr. Strahl, ich wundere mich, dass Sie als IG dieses Thema gar nicht auf der Platte haben. Das habe ich jedenfalls nicht gehört. Ich würde ich Ihnen doch dringend empfehlen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

(Dr. Jürgen Strahl [CDU] meldet sich zu Wort)

- Ich halte einmal meine Rede. Wenn ich dann noch Zeit habe, machen wir das.

Die Anlassbegründungen in der Anlage 3 zur Kölner Vorlage kann man nur als grotesk bezeichnen. Dort steht zum Beispiel: „Autosalon“, „Autofrühling“, „Model-Casting“, „Spuk im Veedel“ und „Nikolaustag“. Es gibt auch eine große Zahl von Festen usw. usf. Wir haben gar nichts gegen die Feste. Sie können auch stattfinden. Die Frage ist nur: Muss man das mit einer Sonntagsöffnung koppeln?

Sie bejahen diese Frage und haben jetzt ein Argument entwickelt, dem ich nicht folgen kann; denn Sponsorengelder sind auf jeden Fall nachrangig gegenüber der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Arbeitsschutz.

Und das ist das Entscheidende, über das wir diskutieren müssen, wenn wir irgendeinen Konsens finden wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Es mag ja sein, dass Sie das nicht interessiert. An Ihrer Stelle würde es mich aber doch interessieren, weil das der rechtliche Rahmen ist, über den wir reden werden. Und das ist das Problem an der ganzen Entscheidung.

Im Übrigen halten wir es für peinlich, dass allein zwölf Sonntagsöffnungen in der Vorweihnachtszeit stattfinden sollen. Das muss doch auch nicht sein.

Diese Fragen müssen wir meines Erachtens in den nächsten Wochen diskutieren.

Herr Dr. Strahl, ich finde es schade, dass das Votum des Katholikenausschusses und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung – KAB –, mit deren Vertretern ich mich sehr oft treffe, in Ihrer Betrachtung überhaupt keine Rolle spielt.

Jetzt habe ich noch 1:56 Minuten übrig, Herr Dr. Strahl.

> (Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Hör doch auf! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schenken!)

- Er hat noch eine Zwischenfrage.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Das geht ganz schnell. – Sie wissen, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sich auf eine Situation in Berlin an vier aufeinanderfolgenden Adventssonntagen bezog – und allein darauf. Das hat mit der Thematik, über die wir hier sprechen, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Jörg Detjen (Die Linke.): Da liegen Sie falsch, weil der Arbeitsminister sich mit genau diesem Thema auseinandersetzen wird. Wir werden es ja auf Landesebene sehen, wenn die entsprechenden Regelungen kommen. Da wird genau dieses Urteil eine große Rolle spielen – und nicht irgendwelche Fragen von irgendwelchen Festen in Köln oder wo auch immer. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie schon in den vergangenen Jahren spreche ich mich auch heute gegen jede Öffnung an einem Sonntag aus.

Der Sonntag gehört nicht den Kirchen und nicht den Gewerkschaften, aber schon gar nicht dem Konsum. Wie arm ist es eigentlich, dass man Stadtteilfeste nur noch ausrichten kann, wenn man sie mit Öffnungszeiten von irgendwelchen Autohäusern kombiniert? Bei uns in der Körnerstraße kriegen wir das auch so ganz gut hin. Wir brauchen da nicht irgendwelche komischen Sponsoren.

Der Sonntag gehört den Müßiggängern und der Kontemplation. Der Sonntag bietet Zeit, einen Freund zu besuchen, ein Gespräch zu führen und einen Spaziergang zu machen. Er dient dazu, lange auszuschlafen, ein gemütliches Frühstück zu genießen und mit den Kindern zu spielen. Es gibt noch viele andere schöne Dinge, die man am Sonntag machen kann.

Der Sonntag sollte aber nicht dem Konsum dienen – an keinem Tag im Jahr und in keinem Stadtteil. Deswegen, also aus anderen Gründen, werde ich diese Vorlage ablehnen. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich gerne den Stadtdirektor sprechen lassen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mit einem Vorurteil aufräumen. Wir haben nicht in vorauseilendem Gehorsam gehandelt. Sie haben leider ausgeblendet, dass Koalitionsvereinbarungen auf gesellschaftliche Diskurse zurückgehen.

Sie werden sich erinnern: Im Jahr 2003 ist hier im Wirtschaftsausschuss eine Konsensrunde zu diesem Thema einberufen worden. Diese Konsensrunde ist dann auseinandergegangen, weil der Kurs nicht mehr konsensual verabredet war.

Was war der Grund für den Austritt beispielsweise der Repräsentanten der katholischen Kirche und der Laienorganisation der katholischen Kirche aus dieser Konsensrunde? Das Tempo, mit dem wir die Zahl der bespielten Sonntage reduzieren wollten.

Ein Blick auf die Anlage 2 a macht Ihnen sehr schnell deutlich, dass wir hier, auch gestützt durch die Konsensrunde, die Zahl der Sonntage, an denen Veranstaltungen stattfinden, heruntergefahren haben. Im Jahr 2008 hatten wir noch 32 Sonntage, also mehr als die Hälfte aller Sonntage im Jahr. Wir sind 2009 auf 28 und 2010 und 2011 auf 24 heruntergegangen. Im letzten Jahr hatten wir für 2012 eine Vorlage mit 19 Sonntagen. Aufgrund des Wunsches eines einzelnen Stadtbezirks ist die Zahl noch um eins erhöht worden; dann haben wir 20 gehabt.

Es war aber immer das Ziel, sowohl die Vielfalt in den Veedeln zu erreichen als auch gleichzeitig zu einer Selbstbeschränkung zu kommen – im Sinne der Konsensrunde, die damals schon beschlossen hatte: Wir nutzen nicht alle vier bespielbaren Sonntage aus, sondern beschränken uns auf drei.

Sie erinnern sich, dass der Diskurs über die Frage, welches Tempo wir vorlegen und welchen Kurs wir einschlagen, maßgeblich auch aus Köln bestimmt worden ist. Ich habe den Eindruck, dass das ursprüngliche Gesetzgebungsverfahren und der jetzt abgeschlossene Koalitionsvertrag maßgeblich mit durch die Diskussion in Köln bestimmt worden sind und dass wir mit dem Kurs, den wir hier in den letzten sechs Jahren fortsetzen, richtig liegen und

die Chance haben, den Kölner Weg stabil hinzukriegen.

Das bedeutet nämlich – das sehen Sie an der Zahl der Veranstaltungen, die andernorts öfters kritisiert worden ist –: Im Jahr 2008 haben wir im Ergebnis 62 Veranstaltungen gehabt. Mit den 73 Veranstaltungen, die wir jetzt erreichen können, spiegeln wir die Vielfalt in den Quartieren, in den Veedeln wider.

Herr Dr. Strahl, es gab auch nie einen Grundsatz, dass die Veranstaltungen in der City isoliert stattfinden müssen. Wir hatten in den letzten Jahren immer auch Veedel, die gesagt haben: Wir wollen Veranstaltungen parallel zu den Veranstaltungen in der City planen; wir gehen durchaus in Konkurrenz zu der City.

Daher kann ich Ihnen nur empfehlen, die vorliegende Verordnung anzunehmen. Das ist eine Möglichkeit, wieder den Pfad der Konsensrunde zu erreichen. Ich habe jedenfalls im Vorfeld dieser Vorlage den Eindruck gewonnen, dass das ein Weg ist, wie wir die unterschiedlichen Interessen in dieser Stadt wieder auf einen gemeinsamen Nenner im Sinne der Konsensrunde bündeln können. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Stadtdirektor. – Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Stadtdirektor, ich möchte Sie ein bisschen zur Mäßigung aufrufen. Was Sie machen, erinnert mich ein wenig an Pippi Langstrumpfs Motto: „Ich mach mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt."

Sie beten Bettensteuern gesund, die gerichtlich schon für null und nichtig erklärt worden sind.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie versprechen Entlastungen, die nach KAG nicht möglich sind.

Hier gestalten Sie Gesetze. Es gibt ein Ladenöffnungsgesetz, das bestimmte Möglichkeiten einräumt. Was Sie jetzt machen wollen, haben Sie gerade auch wieder gesundgebetet. Sie haben ja einmal gesagt, am liebsten würden Sie den Kommentar zu den Gesetzen selber schreiben; dann könnten Sie sie auch entsprechend auslegen Ich kenne Ihr Zitat. Es gibt aber eine klare Gesetzesgrundlage. Sie ist auch für die Stadt Köln bindend. Die Mehrheit im Land ist frei, diese Gesetzesgrundlage zu ändern. So ist das in der Demokratie. Das müssen wir dann auch akzeptieren. Aber noch ist die Gesetzeslage eine andere.

Ich sehe keinen Grund, warum die Stadt Köln hier neue Regeln erfinden sollte. Die Konsensrunde ist übrigens auch daran gescheitert. Wir haben mit den drei offenen Sonntagen nämlich schon immer weniger gemacht, als möglich gewesen wäre.

Herr Kahlen, deswegen bitte ich Sie, hier nicht immer ein Lex Colonia zu machen, auch wenn Ihnen das gefällt. Es gibt eine Landesgesetzgrundlage. Auf die können sich auch die Einzelhändler in unserer Stadt verlassen. Da sollte die Stadt Köln nicht ein eigenes Gesetz oder neue Regeln erfinden und den Landesgesetzgeber konterkarieren.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Sterck. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Sterck, wenn hier jemand zur Mäßigung aufgerufen werden müsste, dann wären das Sie und der Kollege von der CDU. Denn wer hat denn die Konsensrunde gesprengt? Die Konsensrunde ist doch deshalb gesprengt worden, weil – so haben es jedenfalls die Kirchen und die Gewerkschaften empfunden – Maßlosigkeit geherrscht hat. Die Öffnungen sollten immer mehr ausgeweitet werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Alles im gesetzlichen Rahmen!)

Die Kirchen und die Gewerkschaften hatten das Interesse, das wieder einzufangen. Das ist doch der eigentliche Grund. CDU und FDP haben letztendlich den Konsens untergraben. So ist die Historie.

Jetzt ist es so – da muss ich dem Stadtdirektor recht geben –, dass der gesellschaftliche Trend nicht darauf hinausläuft, die Sonntagsöffnungen immer mehr auszuweiten.

(Ralph Sterck [FDP]: Wie der gesellschaftliche Trend ist, legen weder Sie noch der Stadtdirektor fest!)

Dem folgt letztendlich die Landesregierung.

Das jetzige Gesetz lässt uns auch die Flexibilität. Das Ganze ist eine politische Entscheidung dieses Rates und nichts anderes. Daran ist nichts illegal. Daran ist auch nichts erfunden. Man kann das so entscheiden. Ich weiß, dass es dazu andere politische Auffassungen gibt. Die soll es auch geben. Auf dieser Ebene sollte man es dann aber auch belassen und nicht den Eindruck erwecken, wir handelten hier nicht gesetzeskonform.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. – Herr Dr. Strahl, bitte.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ich habe dazu noch zwei Anmerkungen.

Herr Stadtdirektor, wir haben immer von 15 + 3, 21 + 3 usw. gesprochen. Die Innenstadt war in den Köpfen also immer ausgeklammert. Es mag sein, dass da mal eine IG mitgegangen ist. Es war aber nie ein Bestreben, das in irgendeiner Weise weiterzuentwickeln. Das ist dann falsch kolportiert worden.

Herr Frank, wenn wir, wie der Stadtdirektor eben gesagt hat, die Zahl der Sonntage, an denen ein verkaufsoffener Sonntag möglich war, über die Jahre immer weiter zurückgefahren haben, kann es nicht an der Maßlosigkeit der Händler gelegen haben. Dann hat es einzig und allein am falschen Verständnis von Gewerkschaften und Kirchen gelegen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Strahl. – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Frank, ich habe an diesen Konsensrunden teilgenommen. Das Problem war, dass wir eine bestimmte politische Linie hatten. Während die Landesregierung – und nichts anderes hat Herr Sterck gesagt – einen Rahmen vorgegeben hat, haben wir in Köln von Anfang an gesagt, dass wir unter dem gesetzlichen Rahmen bleiben. Und Herr Sterck hat nicht dazu aufgefordert, dass wir uns ungesetzlich verhalten, sondern dafür plädiert, dass wir die Möglichkeiten ausnutzen. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied. Ich finde Ihre Argumentation auch unfair, Herr Frank.

Die Konsensrunde ist doch darüber kaputtgegangen, dass man mit drei Sonntagen angefangen hat und dann vor allen Dingen von der katholischen Kirche, vertreten durch Frau Bartscherer, und die Gewerkschaften der Versuch unternommen wurde, sogar von drei auf zwei herunterzugehen. Als dann klar war, dass das keiner mehr mitmacht, sind sie rausgegangen. Also bitte keine Geschichtsklitterung!

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die ursprüngliche Vorlage. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Die Linke. enthält sich. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Beschlussvorlage 2813/2012 vorgeschlagene ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahre 2013 dahingehend zu ändern, dass entsprechend der für das Jahr 2012 getroffenen Entscheidung eine Verteilung der Sonntagsöffnungen auf 20 statt 15 Sonntage vorgesehen wird. Unberührt hiervon bleibt die Festlegung, dass jährlich nur drei der gesetzlich möglichen vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage für jeden Stadtteil freigegeben werden. Die Termine für die Sonntagsöffnungen 2013 sind auf der Basis von 20 Sonntagen mit den Interessengemeinschaften des Einzelhandels in der Innenstadt und der Stadtteile abzustimmen. Eine entsprechende Vorlage ist dem Rat in der nächsten Sitzung zum Beschluss vorzulegen, so dass die gebotene Planungssicherheit erhalten bleibt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Ge-

setzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2013 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Der Rat bittet die Landesregierung für die Kommunen, die bereits vor der Änderung des LÖG NRW eine deutliche Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage für 2013 beschlossen haben, im neuen Ladenöffnungsgesetz NRW eine Übergangsregelung vorzusehen. Diese sollte die Gültigkeit entsprechender kommunaler Rechtsverordnungen für 2013 vorsehen, wenn die Zahl der möglichen freizugebenden Sonn- und Feiertage im neuen LÖG NRW unter 15 liegen sollte.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2010/2011 in analoger Anwendung
3278/2012

Das nehmen wir nur zur Kenntnis – wie Finanzausschuss.

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 01.05.2012 bis 05.09.2012 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *2.396,56 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie*

   1.437,94 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.834,50 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

2. *50.000,00 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 50.000,00 EUR in Teilplan 0301 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

3. *1.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.000,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 3 (sonstige Transfererträge)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlungen für Investitionen

1. *50.000,00 EUR in Teilplan 0606 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen);*
   Finanzstelle 0000-0606-0-0001
   veraltete PC's ausgetauscht und notwendige Softwareumstellungen vorgenommen.

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 50.000,00 EUR in Teilplan 0603 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. *18.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen);*
   Finanzstelle 0000-0111-0-0001

   Deckung:
   Wenigerauszahlungen i. H. v. 18.000,00 EUR in Teilplan 1401 in Zeile 9 (Auszah-

lung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. 4.000,00 EUR in Teilplan 0202 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen);
Finanzstelle 0000-0202-0-0001

Deckung:
Wenigerauszahlungen i. H. v. 4.000,00 EUR in Teilplan 0209 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Auszahlungen für Investitionen für die im Haushaltsjahr 2012 keine Mittel veranschlagt sind (außerplanmäßige Auszahlungen)

1. 148.143,61 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 18 (Tilgung von Darlehen);
Finanzstelle 2301-1601-0-0001

Deckung:
Wenigerauszahlungen i. H. v. 148.143,61 EUR in Teilplan 0108 in Zeile 7 (Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden); Finanzstelle 2301-0108-0-5000

2. 13.375 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 18 (Tilgung von Darlehen);
Finanzstelle 2301-1601-0-0001

Deckung:
Wenigerauszahlungen i. H. v. 148.143,61 EUR in Teilplan 0108 in Zeile 7 (Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden); Finanzstelle 2301-0108-0-5000

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

8. Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Weitere überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2011
2689/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

Im Finanzausschuss wurde schon einstimmig zugestimmt. Dann machen wir das hier noch einmal. Daher frage ich: Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen von pro Köln und Herrn Zimmermann. Damit ist das so angenommen.

Der Rat beschließt weitere überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 207.200 Euro im Teilergebnisplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst in den Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen im Haushaltsjahr 2011.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0404 – Rautenstrauch-Joest-Museum, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011 in entsprechender Höhe.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben für das Haushaltsjahr 2011
2168/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte, Herr Dr. Schlieben.

Dr. Nils Helge Schlieben (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 12. September 2012 erschien in einer großen Kölner Tageszeitung ein Bericht unter dem Motto „Vertuschte Kölner Kämmerin 26 Millionen Euro Miese?“, als es um die Diskussion über die Schulmieten ging.

Am selben Tag fühlte sich die Stadtverwaltung aufgerufen, in einer Pressemitteilung eine eigene Darstellung zu diesen Schulmietzahlungen vorzulegen. Ebenso liegen uns der Beschluss vom Juli 2012 und mittlerweile auch eine ergänzende Sachstandsmitteilung von Anfang September dieses Jahres vor.

Diese Informationen bieten genug Stoff für einen weiteren Artikel in einer Tageszeitung. Ich

erlaube mir, diesen fiktiven Artikel in der fiktiven Zeitung *Blitz Köln* hier einmal kurz vorzustellen. Zugegebenermaßen ist er auch nach meiner eigenen Einschätzung etwas reißerisch aufgemacht. Aber bilden Sie sich selbst ein Urteil.

Blitz Köln – 20. September 2012

Chaos in Köln – Was geschah wirklich mit den 25 Millionen Euro?

Das Chaos in der Kölner Stadtverwaltung geht weiter. Als ob das Haushaltsloch von 250 Millionen Euro und fehlende Sparvorschläge des Oberbürgermeisters nicht reichen würden: Jetzt wird aktuell auch noch über die Verwendung von 25 Millionen Euro im Bereich der Schulverwaltung gestritten.

Was ist passiert? Es geht um 25 Millionen Euro, die die Kölner Schulen an Mieten für 2011 nachzahlen müssen (*Blitz* berichtete). Obwohl die Verwaltung nach *Blitz*-Recherchen bereits zum Jahresende 2011 von dieser Riesensumme wusste, hat sie den Millionenbetrag bis heute noch nicht im Haushalt 2011 verbucht.

Die steigenden Verbindlichkeiten der Schulen wurden zwar dem Finanzausschuss ab Mai 2011 nach und nach präsentiert; der zuständige Fachausschuss für Schule und Weiterbildung erhielt hierüber aber keinerlei Kenntnis.

Die Politik ist entsetzt und hat in der letzten Schulausschusssitzung die Verwaltung aufgefordert, die Verteilung der 25 Millionen Euro auf die einzelnen Projekte offenzulegen. Hierzu war die Schulverwaltung bis heute nicht in der Lage.

Die zuständige Schuldezernentin Dr. Klein erklärt – Zitat –: „Die objekt-/projektgetreue Darstellung ist aus den Finanzsystemen der Schulverwaltung nicht ablesbar."

Auf Nachfrage zeigten sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karl-Jürgen Klipper, die Schulausschussvorsitzende, Gisela Manderla, und der CDU-Sprecher im Schulausschuss, Dr. Schlieben, fassungslos (siehe Exklusivinterview unten).

Für *Blitz Köln* bleiben folgende Fragen nach wie vor offen:

Warum ist der Verwaltung bis heute nicht bekannt, für welche Projekte sie 25 Millionen Euro bezahlt hat?

Warum wurde der Schulausschuss nicht über die Mehrausgaben informiert?

Warum wurden die 25 Millionen Euro bisher noch nicht für das Haushaltsjahr 2011 verbucht?

So weit der Bericht von *Blitz Köln.*

Nun möchte ich Ihnen noch das Exklusivinterview mit Karl-Jürgen Klipper, Gisela Manderla und Dr. Schlieben vorstellen, das kurz vor dieser Ratssitzung aufgenommen wurde. Mit Blick zur Uhr beschränke ich mich auf die wesentlichen Auszüge aus diesem Interview.

Blitz Köln fragt: „Frau Manderla, Sie waren live dabei, als die Vorlage am 3. September 2012 im Schulausschuss eingebracht wurde. Wie bewerten Sie das Verhalten der Schulverwaltung und die vorgenommenen Rechtfertigungsgründe?" Dazu Gisela Manderla: „Ich bin sprachlos darüber, dass wir als Schulausschuss bis zum Herbst 2012 nicht über die Mietzahlungen in Millionenhöhe aus dem Jahre 2011 informiert wurden. Ebenso ist es ein Skandal, dass die Schulverwaltung und auch Schuldezernentin Dr. Klein offensichtlich bis heute nicht wissen, für welche Projekte die 25 Millionen Euro überhaupt ausgegeben wurden."

Blitz Köln fragt weiter: „Herr Klipper, der Finanzausschuss wurde doch informiert. Ist damit nicht alles in Ordnung?" Dazu Karl-Jürgen Klipper: „Überhaupt nicht. Es ist zwar für meinen Beritt

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

formal korrekt, dass der Finanzausschuss im Jahr 2011 nach und nach informiert wurde. Ich halte es aber genauso wie Frau Manderla für unglaublich, dass der Schulausschuss hier nicht zeitnah unterrichtet wurde. Ebenso verstehe ich nicht, warum die Mehrausgaben, die ja seit Ende 2011 bekannt waren, nicht schon längst

verbucht wurden. Wieso kommt die Vorlage erst jetzt, im Herbst 2012? Den Hinweis auf die personelle Unterbesetzung im Amt für Schulentwicklung kann ich als Entschuldigung nicht akzeptieren."

Blitz Köln fragt zum Schluss: „Herr Dr. Schlieben, schließen Sie sich der Kritik von Karl-Jürgen Klipper und Gisela Manderla an Kämmerin Klug, Schuldezernentin Dr. Klein und damit letztendlich auch am Oberbürgermeister an?" Hierzu Dr. Schlieben: „Absolut. Ich halte das gesamte Verfahren für hochgradig intransparent und für finanztechnisch schwer nachzuvollziehen. Hier sieht man, wohin fehlendes Controlling in der Kölner Stadtverwaltung führt. Da die Mietzahlungen aber alternativlos sind und aufgebracht werden müssen, werden wir im Sinne der Schulen und auch im Sinne der Schüler heute in der Ratssitzung der Verwaltungsvorlage zustimmen. Wir hoffen, dass sich aufgrund unserer Kritik solche Vorgänge nicht wiederholen."

Meine Damen und Herren, das ist das Ende des Interviews. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Schlieben. – Herr Philippi, bitte.

Franz Philippi (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das von hier unten. Da oben ist mir zu viel rhetorischer Qualm.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

In der Tat haben wir uns vor zweieinhalb Wochen im Schulausschuss die Augen gerieben, als diese Vorlage zur Beschlussfassung in den Schulausschuss kam. Aus unserer Sicht bringt aber die ergänzende Sachstandsmitteilung der Verwaltung doch ordentlich Licht ins Dunkel bei der Suche nach den Ursachen für die Höhe der Mietforderungen bzw. der Nachforderungen der Gebäudewirtschaft.

Lassen Sie mich zunächst einen positiven Aspekt aufgreifen. Wer vordergründig über die Höhe dieser Zahlen erschrickt, der sollte sich klarmachen, dass diese Zahlen ein Beleg dafür sind, welche enormen Anstrengungen wir unternommen haben und welche gewaltigen Summen wir seit 2008 in den Neubau und die Sanierung Kölner Schulen gesteckt haben. Das muss man zunächst einmal sehen.

Dann ist festzustellen, dass die Gemengelage offensichtlich von drei Faktoren unterschiedlicher Gewichtigkeit bestimmt wird.

Zum einen scheint es in der zuständigen Fachabteilung im Amt für Schulentwicklung ein Personalproblem zu geben.

Für uns ist auch durchaus nachvollziehbar, dass Daten, die von einem modernen computergesteuerten System ausgewertet werden, anders und genauer sind als Daten, die herkömmlich auf Papier in Form von Zeichnungen, Skizzen oder Ähnlichem ausgewertet werden.

Die Krux scheint uns aber in der zeitlichen Diskrepanz der Kostenschätzungen zu Baubeginn und der eigentlichen Abrechnungen nach Monaten oder sogar nach Jahren zu liegen. Bei Schulneubauten können das, wie wir wissen, bis zu fünf Jahre sein. Wenn dann die endgültigen Abrechnungen kommen, können die Diskrepanzen in der Höhe so gewaltig sein.

Selbstverständlich brauchen wir geeignete Steuerungsinstrumente, die zeitnah ein zuverlässiges Controlling der Kostenentwicklungen ermöglichen und auch ein Gegensteuern möglich machen.

Wir von der SPD-Fraktion sind ganz sicher, dass der rot-grüne Ratsauftrag vom letzten Jahr zur Analyse und Optimierung der Vorgänge bei der Gebäudewirtschaft gerade auch an diesem Punkt die richtigen Ergebnisse bringen wird. Daher stimmen wir dieser überplanmäßigen Aufwendung auch zu. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Philippi. – Ich würde jetzt gerne der zuständigen Beigeordneten das Wort erteilen. Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Schlieben, ich möchte der Zei-

tung *Blitz* gerne noch ein bisschen bei der Recherche behilflich sein und etwas zum Verfahren sagen.

Sie wissen, dass das Amt für Schulentwicklung Mieter ist. Vermieter ist die Gebäudewirtschaft. Normalerweise läuft es so, dass uns die jeweiligen Mietsummen von der Gebäudewirtschaft angegeben werden, damit sie in den dann folgenden Haushalt eingestellt werden können. Dieses Verfahren hat sich auch bewährt. Sie haben ja eine derartige Vorlage – Gott sei Dank, muss man sagen – noch nie hier im Rat vorgefunden.

Was geschah im Jahre 2011? Da gab es einige Dinge, die besonders waren. Wir hatten nämlich einen sprunghaften Mehrbedarf bei den Mieten. Im Finanzausschuss ist das auch regelmäßig berichtet worden. Und wie kam es zu diesen Erhöhungen?

Ein wesentlicher Punkt ist – mein Kollege von der Gebäudewirtschaft, der hier anwesend ist, wird das gleich noch näher schildern können, als ich das kann –, dass Neuvermessungen stattgefunden haben. Die Flächen wurden neu vermessen.

Des Weiteren wurden bestimmte Nebenentgelte erhoben. Das ist vielleicht eher nachrangig zu betrachten. Es wurden aber Mietforderungen der letzten zehn Jahre geltend gemacht. Auch bei der Gebäudewirtschaft bestand nämlich ein Personalproblem. Das kann aber von meinem Kollegen noch näher ausgeführt werden.

Diese Mehrbedarfe waren aufgelaufen und schlugen im Jahre 2011 schlagartig zu Buche. Dabei beliefen sich – damit Sie eine Größenordnung kennen – allein die PPP-Lose 1, 2 und 4 auf 10 Millionen Euro.

Diese Summen werden per Lastschrift abgebucht. Daher waren wir natürlich gezwungen, dann auch damit umzugehen.

Das eine ist das, was der *Blitz* und Herr Dr. Schlieben zu Recht beschrieben haben: Das Ganze muss aufgearbeitet werden. Wir haben -ich will sie hier nicht ganz ausrollen – eine riesige Controllingliste aller Baumaßnahmen, die wir inzwischen erstellt haben, damit sich diese Fälle nicht wiederholen. – Das ist das Erste.

Das Zweite, was aber mindestens genauso wichtig war, ist Folgendes: Für diesen Punkt musste natürlich eine Deckung beigebracht werden. Wegen verschiedener personeller Probleme können wir unseren Jahresabschluss für das Amt für Schulentwicklung erst Mitte Mai/Ende Mai realisieren. Mit Mitzeichnung usw. hat sich das alles ein bisschen hingezogen. Das verschlägt aber nichts; denn es geht um die Reparatur des Jahres 2011.

Für *Blitz* kann ich also auf Folgendes hinweisen:

Erstens. Es gibt eine Menge Ursachen. Das ist nicht allein dem Amt für Schulentwicklung geschuldet.

Zweitens. Wir haben – das ist vielleicht die gute Nachricht – ein Controllingsystem entwickelt, damit sich diese Fälle nicht wiederholen.

Drittens. Der Rat hat an dieser Stelle sehr zu Recht und sehr wohlbegründet beschlossen, dass gerade diese Abläufe zwischen den einzelnen Organisationseinheiten der Verwal-tung noch einmal sehr intensiv untersucht werden. Diesen Beschluss haben Sie ja hier im Rat gefasst.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Dr. Klein. Sie haben sehr ausführlich Stellung genommen. Herr Klipper hat aber noch eine Nachfrage. Oder?

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ich möchte festhalten, dass wir im Finanzausschuss im letzten Jahr keine gesonderte Mitteilung über diese Mehraufwendungen bekommen haben. Das möchte ich ganz klar feststellen. Eine solche Mitteilung haben wir nicht bekommen. Vielmehr haben wir eine Mitteilung – sie setzt sich aus ungefähr 50 Positionen zusammen – über den Vergleich zwischen Sollbeträgen im Haushalt und Effektivbeträgen bekommen. Darin war ein bestimmter Betrag enthalten – ohne weitere Erläuterung, ohne dass es dazu eine sonstige Vorlage gab –, der hier mehr aufzuwenden ist. Das war zum Beispiel im November oder Dezember – ich weiß es nicht mehr – letzten Jahres der Fall. Es gab keine nähere Begründung; sonst stand nichts dabei. Das Einzige war eine Klammer: 10 Millionen Euro für PPP-Modelle.

Das war keine Mitteilung, die gesondert für den Finanzausschuss erstellt worden ist, sondern es ist einfach im Rahmen eines Controllings, das eine ganz andere Funktion hatte, gesagt worden, woraus sich die Abweichung gegenüber dem Haushaltsplan zum Jahresende ergibt.

Daraus eine Mitteilung des Amtes für Schulverwaltung abzuleiten, dass wir 25 Millionen Euro Mehrbedarf haben, überfordert doch auch uns ein bisschen, die wir meistens nur freundlicherweise von der Kämmerin eine Übersicht darüber bekommen, wo sich Abschreibungen ergeben.

Wir hatten also überhaupt keinen Hinweis darauf, Frau Klein. Warum hat man denn, wenn es der Kämmerei bekannt war, dem Schulausschuss und dem Finanzausschuss im letzten Jahr nicht eine gesonderte Mitteilung über die 25 Millionen Euro gegeben? Das fehlt hier doch vollkommen. – Das war der erste Punkt.

Zweitens. Frau Klein, wenn 25 Millionen Euro von Ihrem Konto abgebucht werden und Sie nicht wissen, wofür, dann besteht beim Controlling ein wahnsinniges Defizit.

(Michael Zimmermann [SPD]: Wofür, wissen wir doch!)

- Wofür denn? Sie wissen es doch nicht. Das steht ja in der ergänzenden Sachstandsmitteilung von Frau Klein. Dort lautet der erste Satz zu den 25 Millionen Euro:

> Die objekt-/projektgetreue Darstellung ist aus den Finanzsystemen der Schulverwaltung nicht ablesbar.

Es kann doch selbst bei Personalknappheit nicht sein, dass bei Ihnen im Amt für Schulentwicklung 25 Millionen Euro abgebucht werden und Sie noch nicht einmal wissen, wofür. Das kann nicht sein. Ich sage das noch einmal. Für mich ist vollkommen unverständlich, wie so etwas passieren kann. Es könnte ja auch sein, dass bei Ihnen eine Abbuchung vorgenommen wird, die gar nicht durch die Gebäudewirtschaft erfolgt, sondern durch irgendeinen Fremden. Dann merken Sie das doch gar nicht.

Frau Klein, man kann das auch nicht damit begründen, dass man im Finanzbereich eine Unterdeckung hat und deswegen nicht kontrollieren kann, wofür das Geld abgebucht wird – nicht bei 180 Millionen Euro. Das muss man sich einmal vorstellen. Die Mieten betragen 180 Millionen Euro.

Wenn Sie ein Defizit in Ihrer Finanzverwaltung haben – das kann ich alles nicht beurteilen –, hätten Sie doch direkt Alarm schlagen müssen oder vielleicht auch, wie das der Stadtwerke-Konzern und andere machen, fremde Hilfe einkaufen müssen.

Das ist doch kein Controlling. Es geht einfach nicht, dass Sie sich von Ihrem Konto im Endeffekt 25 Millionen Euro abbuchen lassen und nur sagen: Gut, das war vielleicht die Gebäudewirtschaft; aber wir haben keine Ahnung, wofür.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Was das Abbuchungsverfahren angeht, würde ich gerne den Kollegen von der Gebäudewirtschaft bitten, etwas zum Verfahren zu sagen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rummel, bitte.

Engelbert Rummel (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln): Vielleicht kann ich ja für ein bisschen Klarheit sorgen.

Tatsächlich sind von den hier betroffenen 26 Millionen Euro noch 12 Millionen Euro offen. Sie sind noch nicht überwiesen worden. Sie sind auch nicht per Lastschrift eingezogen worden. Aufgrund der Höhe dieser Summe hatten wir Gespräche mit der Schulverwaltung aufgenommen und ihr mitgeteilt, dass das noch gezahlt werden muss.

Zum einen hatten wir ebenfalls Personalprobleme. Wir haben 2009 festgestellt, dass wir durch Krankheiten, aber auch durch Wechsel und Nichtwiederbesetzung von Stellen sehr viele offene Fragen zu Mietforderungen hatten. Daraufhin haben wir Ende 2009 in diesem Bereich vier Leute eingesetzt, die die ganzen Rückstände aufgearbeitet haben, sodass es in 2010/2011 dann zu erheblichen Sollstellungen gekommen ist.

Zum anderen – dieser Punkt war sehr viel gewichtiger – ist das Finanzierungssystem verändert worden. Bis 2010 haben wir die Teilinvestitionen aus der Schulbaupauschale gedeckt. Das ist verändert worden. Dadurch stimmten die Mieten, die in den Beschlussvorlagen angegeben wurden, nicht mehr, weil die Investitionssumme der Gebäudewirtschaft höher war. Das hat auch zu eklatanten Mehrforderungen geführt.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Daraus setzen sich diese Summen zusammen: Änderung des Finanzierungssystems und Aufholen dessen, was wir ein, zwei Jahre lang versäumt haben. Deshalb kam es zu dieser hohen Forderung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber das muss man doch untereinander abstimmen! – Weiterer Zuruf)

- Nein, Sie haben die Investitionen beschlossen. Als Information wird Ihnen in den entsprechenden Beschlussvorlagen immer auch die Höhe der kalkulierten Miete mitgeteilt. Diese kalkulierte Miete hat sich dadurch verändert, dass der Investitionszuschuss seitens der Kämmerei nicht mehr gezahlt wurde, weil wir seit 2010 ein anderes Finanzierungssystem haben. Wir bekommen also in der entsprechenden Höhe Miete, die dann direkt mit der Schulbaupauschale bezahlt wird. Das hat natürlich auch zu den hohen Forderungen geführt.

Bei den angesprochenen PPPs hat es erst zu diesem Zeitpunkt Nachforderungen gegeben, weil in Bezug auf die bilanzielle Aktivierung bis dahin nicht geklärt war, wie die Rechnungen, die wir durch den PPP-Partner erhalten, dann auch weitergeleitet werden können. Das waren schon schwierige Abstimmungen mit der Kämmerei. Da war viel Bilanzrecht dabei. Deshalb sind diese Mietnachforderungen dann auch erst im Jahr 2010 erhoben worden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Rummel. – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Kahlen, ich habe eine juristische Frage. Zwar habe ich das eigentlich nicht gelernt; aber ich frage einmal. Nach meiner Kenntnis ist es doch so, dass Mieten genauso wie andere Forderungen nach drei Jahren und Nebenkosten nach einem Jahr verjähren. Wie stellt sich denn die Schulverwaltung im Verhältnis zur Gebäudewirtschaft zu dieser Frage?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Houben, wir haben eine interne Grundlage. Das ist –

(Lachen bei der FDP)

- Dann fange ich mit einer Vorbemerkung an. Wir haben mit der Gebäudewirtschaft eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Sie hat keine eigene Rechtspersönlichkeit.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben wir aber Glück gehabt!)

Das frühere Schulverwaltungsamt – heute heißt es Amt für Schulentwicklung – hat 1999 einen „Vertrag“ – ich sage bewusst: „Vertrag“ in Anführungszeichen – geschlossen, in dem auch Ihre Fragen geregelt worden sind. Herr Kollege Rummel wird das ja bestätigen können – oder dementieren. Dieser „Vertrag“ – in Anführungszeichen – gilt heute noch.

Damals ist zum Beispiel festgelegt worden, dass erst nach Abschluss aller Rechnungsgrundlagen die „Mietzahlung“ – bitte setzen Sie auch „Mietzahlung“ in Anführungszeichen – von dem heutigen Amt für Schulentwicklung zu bezahlen ist. Das heißt, dass wir hier keine Verjährungsfristen haben, sondern die klare Regelung: Die Gebäudewirtschaft sammelt alle für die Mieten relevanten Größen. Erst dann, wenn diese Rechnung zusammengestellt ist, wird die Mietforderung fällig.

Gestatten Sie mir noch folgende Anmerkung: Dieses System ist ein System mit interner Leistungsverrechnung. Das ist ein Regelwerk, wie wir es hier festgelegt haben. Ich will nicht verhehlen, dass dieser „Vertrag“ – in Anführungszeichen – sogar den Passus enthält, dass er gekündigt werden kann.

Wir führen aber, wie Frau Kollegin Dr. Klein schon angesprochen hat, eine Organisationsuntersuchung durch. In dieses Programm sind natürlich auch diese bilateralen oder multilateralen Verhältnisse aufgenommen worden. Selbstverständlich werden wir das noch einmal prüfen.

Allerdings dürfen wir uns nichts vormachen: Das Geld ist ausgegeben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, 12 Millionen Euro fehlen noch! Das hat er gesagt!)

- Es geht jetzt doch um eine Mietzahlung, die für die Gebäudewirtschaft nachher wiederum die Investitionen ermöglicht. Das ist ja der schlichte Hintergrund.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist eine Abbuchung von 25 Millionen Euro auf Treu und Glauben!)

- Nein, nach Rechnungsstellung durch die Gebäudewirtschaft.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann wüssten sie das doch!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Houben hat noch eine Nachfrage. Bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Stadtdirektor, darf ich Ihre Äußerungen so verstehen, dass die Gebäudewirtschaft und die Schulen einen Vertrag haben, der im Ergebnis dazu führen kann, dass in 20 Jahren noch einmal 5 Millionen Euro nachgefordert werden können, weil man irgendetwas gemerkt hat? In diesem Sinne muss ich Ihre Äußerungen doch verstehen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sie haben völlig recht. Aber wenn Sie berücksichtigen –

(Ralph Sterck [FDP]: Keine weiteren Fragen!)

- Doch. Ich muss Folgendes in Erinnerung rufen:

Erstens. Es gibt einen Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft, in dem das gesamte Auftragsvolumen fixiert ist.

Zweitens. Wir haben es in der Tat mit dem Phänomen zu tun, dass hier ein Eigentümer- und Vermieterverhältnis besteht. Das Phänomen – ich sage das bewusst – ist: In dieser Konstruktion ist die Gebäudewirtschaft Eigentümerin der Grundstücke. Im Ergebnis ist die Gebäudewirtschaft dann auch Bauherrin der Maßnahmen. Wenn Sie sich einmal die Darstellung der Gebäudewirtschaft anschauen, werden Sie feststellen, dass dort steht:

Nutzer: Amt für Schulentwicklung

Das heißt, dass wir dort ein komplett anderes Rollenverhältnis haben als im Bereich der Kultur.

(Widerspruch bei der CDU)

- Bei der Kultur ist es anders.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein!)

- Doch.

(Henk van Benthem [CDU]: Damit lenken Sie ja schön ab!)

- Ich weiß, dass das für Sie unangenehm ist.

(Lachen bei der CDU)

Bei der Kultur ist es wie folgt: Eigentümer ist das Kulturdezernat, Bauherr ist das Kulturdezernat, und Dienstleistungsunternehmen ist die Gebäudewirtschaft.

Sie haben zu Recht gefragt, wie so etwas möglich sein konnte. Wie Sie sich sicherlich gut vorstellen können, ergeben sich aus diesem Rollenverständnis heraus – Eigentümer und Bauherr ist die Gebäudewirtschaft – dann auch solche Konstruktionen, die dazu führen, dass die Rechnungen erst sehr viel später an das Amt für Schulentwicklung weitergegeben werden können.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Stadtdirektor. – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hier sehr angeregt geführte Debatte zeigt doch eins: dass sich zumindest die Kollegen der CDU – bei der FDP weiß ich, ehrlich gesagt, gar nicht genau, wie sie sich seinerzeit verhalten hat – eigentlich sehr darüber ärgern müssten, dass sie den rot-grünen Antrag zur Evaluation der Gebäudewirtschaft aus dem letzten Quartal 2011 nicht unterstützt haben.

Das Problem liegt doch, wie wir jetzt aus den vielen Fragen wissen – die letzten Fragen von Herrn Houben waren ja absolut berechtigt –, viel, viel tiefer. Hier haben wir es nämlich mit folgendem Problem zu tun: Wir haben eine Gebäudewirtschaft mit einer internen Leistungsverrechnung gegenüber einer anderen Dienststelle, nämlich dem größten Auftraggeber, dem Schuldezernat, genauer dem Amt für Schulentwicklung. Die Dienststellen spielen untereinander Marktwirtschaft, obwohl wir eigentlich einen Monopolbetrieb haben.

Teil des Problems ist doch, dass wir es hier nicht nur mit irgendwelchen imaginären Leistungsverrechnungen zu tun haben, sondern auch mit der Situation, dass die Gebäudewirtschaft sowohl Bauherr als auch Eigentümer der Schulen ist, aber der Auftraggeber, nämlich

das Amt für Schulentwicklung, so gut wie keine Rechte hat.

Die wenigen Rechte, die dem Amt für Schulentwicklung zustehen, hat es auf Grundlage des Rahmenvertrags über die Vermietung von Schulen aus dem Jahr 1999, in dem beispielsweise steht:

> Der Vermieter

- also die Gebäudewirtschaft -

> hat die Neufestsetzung der Kostenmiete so rechtzeitig vorzunehmen, dass der Mieter

- also das Amt für Schulentwicklung -

> sie bei seiner Haushaltsplananmeldung gegenüber der Kämmerei für das auf die Neufestsetzung folgende Haushaltsjahr berücksichtigen kann.

Der Mieter ist dann wiederum verpflichtet,

> die neue Miete ab Beginn des auf den Zugang der Neufestsetzung folgenden Haushaltsjahres zu zahlen.

Wir lernen jetzt in dieser Debatte, dass das in keiner Weise berücksichtigt wird. Das passiert nämlich viel, viel später. Es passiert unter anderem deswegen viel, viel später, weil die Gebäudewirtschaft ihre Mietanforderungen an das Amt für Schulentwicklung immer erst dann schreibt – oder abbucht, wie wir gerade gelernt haben, oder zur Not, wenn es zu viel ist, vorher auch mal darüber redet –, wenn die Baumaßnahme nicht nur abgeschlossen, sondern sogar abgerechnet ist.

In diesem Zusammenhang muss man berücksichtigen, dass die Gebäudewirtschaft üblicherweise – bei vielen Großmaßnahmen ist das bis zu einem bestimmten Grad auch nachvollziehbar – sehr lange baut. Dann muss sie auch noch abwarten, bis die allerletzte Rechnung bezahlt ist. Ein Schulbau kann mehrere Jahre dauern. Erst wenn die allerletzte Rechnung für diesen Bau bezahlt ist, darf die Gebäudewirtschaft ihre Rechnung schreiben – obwohl im Rahmenvertrag steht:

> Der Vermieter hat die Neufestsetzung der Kostenmiete so rechtzeitig vorzunehmen, dass der Mieter sie bei seiner Haushaltsplananmeldung gegenüber der Kämmerei … berücksichtigen kann.

So erfolgt es aber nicht mehr. Das heißt: Wir spielen hier Marktwirtschaft, können es aber nicht, weil die wenigen Möglichkeiten, die dem Besteller geblieben sind, noch nicht einmal eingehalten werden.

Das zeigt doch eins ganz deutlich: Wir müssen diesen großen Tanker Gebäudewirtschaft evaluieren. Der Rat hat das im letzten Quartal 2011 zu Recht beschlossen.

Wir gehen davon aus, dass die Stadtverwaltung uns so schnell wie irgend möglich Ergebnisse, und seien es auch noch Zwischenergebnisse, dieser Prüfung vorstellt. Wir erwarten sie spätestens im Jahr 2013. Das will ich hier noch einmal ganz nachdrücklich einfordern.

Denn es bleibt ein weiteres Problem: Die Gebäudewirtschaft hat noch nicht einmal Anreize, günstig zu bauen. Sie darf nach HOAI abrechnen – und jeder weiß: Je teurer, desto mehr Knete gibt es.

Auch das zeigt, dass wir einen Fehler im System haben. Als es 1999 in Kraft gesetzt wurde, waren ja alle dafür, glaube ich – jedenfalls die SPD. Das muss man ganz ehrlich sagen. Dieses Instrument hat sich aber so, wie wir es jetzt leben, nicht bewährt. Deswegen muss man dringend, dringend, dringend daran herangehen.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Granitzka direkt dazu.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, Ihr langes Plädoyer hat mich jetzt völlig verwirrt, muss ich ganz ehrlich sagen. Den Sachverhalt, den Herr Dr. Schlieben hier dargestellt hat, habe ich darin gar nicht mehr wiedergefunden.

Es geht schlichtweg darum, dass 25 Millionen Euro beim Amt für Schulentwicklung von Frau Dr. Klein abgebucht werden und dass man dort nicht weiß, warum man diese Gelder bezahlen muss. Das ist der Punkt, den wir hier deutlich machen wollen. Wie Frau Dr. Klein gesagt hat, versucht sie ja schon, auf einem Quadratmeter Papier ein Controlling aufzuzeichnen. Wir müssen dann auch noch sehen, wie das weiter funktioniert.

Darum geht es doch. Dass die Gelder zu Recht abgebucht werden und dass die Gebäudewirtschaft sich da nicht bereichern will, haben wir einmal unterstellt. Deswegen habe ich von einer Abbuchung auf Treu und Glauben gesprochen. Beim Amt für Schulentwicklung weiß man aber gar nicht, für welchen Zweck diese Gelder erforderlich sind. Das haben wir beanstandet – und nichts anderes.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Granitzka, es ist auch Ihr Recht, Dinge zu beanstanden. Das Ganze ins rechte Licht zu rücken, ist aber genauso berechtigt.

Wenn wir hier von Frau Dr. Klein hören, dass noch zehn Jahre später von der Gebäudewirtschaft aufgelaufene Mieten für drei von vier PPP-Losen abgerechnet werden, müssen wir doch sofort erkennen, dass da etwas nicht in Ordnung sein kann.

Sie haben recht mit Ihrer Kritik. Das Amt für Schulentwicklung muss auf Grundlage der heutigen Konstruktion selbstverständlich wissen, wofür was in Rechnung gestellt wird. Die Gebäudewirtschaft muss es aber auch wissen. Sie muss es vor allem schneller tun, wenn sie schon so lange mit dem Bauen braucht.

Das Ganze zeigt doch nur – und darauf wollte ich hinaus –: Das Problem, das wir haben, ist viel tiefer gehend als die Frage, ob man hier drei Monate früher oder später etwas gewusst oder erfahren hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Darum geht es gar nicht!)

- Das sagen Sie zu Recht, Herr Klipper. Darum geht es in der Tat gar nicht, sondern darum, dass wir hier ein ganz tief gehendes strukturelles Problem haben. Und das schadet der Stadt. Das schadet den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften in den Schulen. Es dauert zu lange, ist zu teuer und nicht transparent. Das ist das Problem.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Schöppe.

Bernd Schöppe (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja alles ein Irrsinn. Wie schon gesagt wurde, versucht man, Marktwirtschaft zu spielen, schafft es aber nicht. Auf der anderen Seite fehlt überall Personal. Gelder fehlen uns auch. Es stellt sich die Frage: Lassen wir das mit dem Marktwirtschaft-Spielen nicht lieber sein und setzen das Personal sinnvoller ein?

Mich würde einmal interessieren, was denn das Rechnungsprüfungsamt zu dieser ganzen Geschichte sagt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Hemsing, bitte.

Hans-Jochen Hemsing (Rechnungsprüfungsamt): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schöppe, das RPA ist auch an der vom Rat beschlossenen Organisationsuntersuchung interessiert. Das ist ja wohl klar.

Ansonsten sind die Vorgänge so, wie sie beschrieben wurden. Das ist eine Tatsache.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, leider!)

Daran kann auch das Rechnungsprüfungsamt wenig machen. Der Veränderungsbedarf ist wohl da, sowohl bei der Gebäudewirtschaft als auch beim Amt für Schulentwicklung. Natürlich müssen sie wissen, wofür sie zahlen. Aber letztendlich ist es in diesem System egal. Und das ist das Problem.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hemsing. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Enthaltungen? – Von Herrn Zimmermann und pro Köln. Damit ist diese Vorlage angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, für Mieten an die Gebäudewirtschaft, in Höhe von 22.215.913 € für das Haushaltsjahr 2011.

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch zahlungswirksame Mehrerträge im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft,

Teilplanzeile 01, Steuern und ähnliche Abgaben, Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Der Oberbürgermeister übernimmt.

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter mit:

10. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Entgeltpauschale für Stromentnahme auf den Kölner Wochenmärkten
2055/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann kann ich direkt darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. So angenommen.

Der Rat beschließt die Erhöhung der Entgeltpauschale für Stromentnahme auf den Kölner Wochenmärkten von 2,77 € (3,30 € inkl. 19 % MwSt.) auf 4,20 € (5,00 € inkl. 19 % MwSt.) pro Anschlussbenutzungstag ab dem 01.10.2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Mitteilung über die weitere Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Maßnahme Generalsanierung Bandanbau des Museum Schnütgen
2198/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

1. *Der Rat beschließt die Erhöhung der Gesamtbaukosten der Maßnahme „Sanierung Bandanbau“ um rd. 444.000 €. Die Gesamtbaukosten betragen nunmehr rd. 1.860.000 € statt bisher 1.416.000 €.*

2. *Der Rat beschließt überplanmäßige Auszahlungen im Sinne des § 83 GO NRW im Teilfinanzplan 0407 – Museum Schnütgen in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 4516-0407-0-2000 – Ge-neralsanierung Bandanbau in Höhe von 444.000 € im Haushaltsjahr 2012.*

Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für d. Erwerb von bewegl. Anlagevermögen, Finanzstelle 4500-0401-0-1000 – Ankaufsetat Museen, in entsprechender Höhe, Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012
2233/2012

Wortmeldungen? – Keine. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig.

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 GemHVO Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten beabsichtigten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2012/2013
2578/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so angenommen.

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig.VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/2013 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Umsetzungskonzept der Energieanalysen 2007 und 2010
2766/2012

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in dem Umsetzungskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen als Ergebnis der Energieanalysen 2007 und 2010 für folgende Objekte durchzuführen:

Energieanalyse 2007

- *Bezirksrathaus Kalk, Kalker Hauptstraße 247-273*
- *Joseph-DuMont-Berufskolleg, Meerfeldstraße 50-52, Köln-Longerich*

Energieanalyse 2010

- *Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumer Straße 254-256*
- *Gemeinschaftsgrundschule Pfälzer Straße 30-34*
- *Berufskolleg Humboldtstraße 41*
- *Berufskolleg Kartäuser Wall 30*

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2013. Darüber hinaus sind die Maßnahmen angesichts ihrer Refinanzierungswirkung zu evaluieren. Die Höhe der Aufwendungen für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt insgesamt 1.232.500,- €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.6 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2925/2012
(zurückgezogen)

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

10.7 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011
(zurückgezogen)

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Internetstadt Köln
0687/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1555/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1605/2012

Herr Schöppe.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Bernd Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mir ist soeben aufgefallen, dass wir bei der Nord-Süd-Stadtbahn nicht die Vorlage unter TOP 10.7 beschlossen haben. Wir haben zwar etliche Anträge beschlossen. Die Vorlage unter TOP 10.7 ist aber nicht beschlossen worden. Die Thematik ist natürlich behandelt worden; gar keine Frage. Über die Vorlage ist jedoch nicht abgestimmt worden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als wir die Tagesordnung beschlossen haben, habe ich darauf hingewiesen, dass der Punkt 10.7 abgesetzt ist. Das haben Sie mit beschlossen.

Wir sind jetzt also bei Tagesordnungspunkt 10.8.

(Martin Börschel [SPD]: In der Fassung der aktuellen Vorlage! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit der neuen Vorlage!)

- In der vorgelegten Neufassung, ja.

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Herr Detjen.

(Unruhe)

Jörg Detjen (Die Linke.): Sachte, sachte! Ich halte keine Rede. – Wie ich gehört habe, sind SPD und Grüne damit einverstanden, dass die beiden Anträge von FDP und Linken zu der Vorlage dazugepackt werden und dann als Material an die Verwaltung überwiesen werden. Ist das so, oder ist das nicht so? Ist das okay?

(Martin Börschel [SPD]: Als Material! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Material!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Material an die Verwaltung. – Dann gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Es wundert mich ein bisschen, dass ich offensichtlich der Einzige bin, der hierzu sprechen möchte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon in den Ausschüssen gemacht!)

- Ja, aber in Ausschüssen, in denen ich leider nicht sitze. – Ich möchte trotzdem noch einige Anmerkungen dazu machen.

Als ich vor ein paar Monaten den ersten Entwurf des Konzepts zur Internetstadt Köln erhalten habe, hatte ich zunächst nicht viel erwartet. Dann war ich aber doch sehr überrascht von einem geradezu revolutionären Paradigmenwechsel.

(Martin Börschel [SPD]: Toll, nicht wahr?)

- Ja. – Ich wusste nicht – vielleicht war ich zu naiv –, dass nur als öffentlich gekennzeichnete Dokumente auch tatsächlich öffentlich sind. Ich hatte gedacht, dass alles öffentlich ist, es sei denn, es ist als vertraulich gekennzeichnet. Dass dies in Zukunft tatsächlich so gehandhabt werden soll, ist einer der erfreulichsten Bausteine der „Internetstadt Köln“.

Konzepte sind natürlich erst einmal nur nette Ideen. Entscheidend wird die Umsetzung sein.

Die konkreten Aktivitäten sind im Wesentlichen in das Multi-Stakeholder-Projekt verlegt. Hier wird wichtig sein, wie dieses Projekt strukturiert ist, von wem es gesteuert wird und welche Themen von welchen Leuten beackert werden.

Einen Partner für das Multi-Stakeholder-Projekt möchte ich Ihnen heute schon vorschlagen. Ich weiß, dass in der Zusammenfassung bzw. in der Anlage schon mehrere Partner genannt sind. Offenes Köln konnte ich da aber noch nicht entdecken. Die Netzaffinen unter Ihnen werden die ehrenamtlich betriebene Website offeneskoeln.de vielleicht schon kennen. Was Offenes Köln nicht nur für die bessere Auffindbarkeit von Dokumenten aus unserem Ratsinformationssystem leistet, ist für die Stadt schon fast beschämend. Erfreulicherweise hat man seitens der Verwaltung nun auch begonnen, Offenes Köln zu unterstützen.

Die Umsetzung von Konzepten kostet auch Geld. Doch anders als etwa beim ebenfalls hehren Kulturentwicklungsplan können manche Ideen aus dem Konzept „Internetstadt Köln“ mit geringen Kosten umgesetzt werden. Als Beispiel nenne ich den vorhin schon erwähnten Paradigmenwechsel in der Frage, ob Dokumente und Akten nun öffentlich oder vertraulich behandelt werden. Es können sogar enorme Kosten eingespart werden, wenn der

Bürgerservice der Internetstadt verbessert wird, wie das aktuell beispielsweise beim Aufbau der Onlineplattform für die Kita-Bewerbungen der Fall ist.

Es gibt aber auch Kleinigkeiten, die man im Sinne von neuer Durchsichtigkeit – das sage ich lieber als Transparenz – längst ohne viel Aufwand hätte erledigen können. Warum sind zum Beispiel die Wortprotokolle der Ratssitzungen erst nach Wochen und dann auch nur schwer auffindbar? Und warum gibt es auf der Website meines Lieblingsausschusses – Anregungen und Beschwerden – für die Bürgerinnen und Bürger kein Onlineformular zur Eingabe ihrer Anliegen? Auf der Website findet man viel Juristisches, was den Bürger eher abschreckt.

Wenn Rat und Verwaltung mittels Transparenz für mehr Vertrauen und Verständnis in der Kölner Bevölkerung sorgen wollen, gehört auch etwas mehr Mut dazu. Es ist schade, wenn Bedenkenträger viele Ideen kaputtmachen. Was ist zum Beispiel aus unserem Prüfauftrag zu Livestreaming aus Rat und Ausschüssen geworden? Während in Köln seit rund zweieinhalb Jahren geprüft wird, wird nicht nur in Bonn die Ratssitzung live und in Farbe im Internet übertragen. In Köln dagegen: nichts. Glaubhaftes Anpacken sieht anders aus.

Deine Freunde halten Livestreaming weiterhin für unsere Informationspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Art, wie die Öffentlichkeit der Ratssitzungen bislang hergestellt wird, ist antiquiert. Sie ist nicht nur diskriminierend im Sinne von baulicher Barrierefreiheit. Es geht auch darum, dass wir es unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten dürfen, sich umständlich Platzkarten für die Tribüne zu reservieren und sich aus Porz-Urbach auf den Weg zu machen, um dann stundenlang hier zu sitzen, ohne Bier und Schnittchen,

(Henk van Benthem [CDU]: Porzer sind hart im Nehmen!)

obwohl sie vielleicht nur an ein, zwei Punkten auf der Tagesordnung wirklich interessiert sind. Auf die Vorlage zum Livestreaming warten wir weiterhin ungeduldig.

Die Vorlage zur Internetstadt Köln finden wir toll. Es gilt: Aber auch machen! – Herzlichen Dank.

PS: Falls Sie noch ein paar Entwickler brauchen – wir haben da noch ein paar Freunde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir dürfen den Zuhörern auf der Tribüne keine falschen Hoffnungen machen, was Bier und Schnittchen anbelangt. Ansonsten danke ich für den Hinweis.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wie ich von Herrn Breite gehört habe, ist er damit einverstanden, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion ebenso, wie die Linken das für ihren Änderungsantrag angekündigt haben, als Material an die Verwaltung überwiesen wird, um das – eventuell – entsprechend zu berücksichtigen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke., die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, die FDP-Fraktion und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Damit ist das so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *das Gesamt-Konzept „Internetstadt Köln, Ziele – Strukturen – Zusammenarbeit – Unterstützung“ (siehe Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung, die im Konzept genannten konzeptionellen Ansätze, Zielvorstellungen und Projekte zu realisieren.*

2. *gemäß Beschluss des Rates der Stadt Köln am 28.06.2012 (Haushaltsplanberatungen) für die Realisierung des Konzeptes Internetstadt im HH-Jahr 2012 Mittel in Höhe von 250.000 Euro für Investitionen, Projekte, Betrieb aus den Einnahmen aus der Kulturförderabgabe in den Produktgruppen 0101 Umsetzung „Internetstadt Köln“ und 0104 Umsetzung „Internetstadt Köln“ zur Verfügung zu stellen.*

3. *die Zusetzung einer Stelle A 12 bei 1300 für die Wahrnehmung der dauerhaften Aufgaben Open Data, Open-Government, mobile Dienste, Apps, KölnAPI, etc. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2013 / 2014 wird eine entsprechende Verrechnungsstelle verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.*

4. *die Zusetzung einer Stelle A 11 bei 40 zum Aufbau des Bildungsnetzwerkes (siehe Seiten 10 ff. des Konzeptes). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2013/2014 wird eine entsprechende Verrechnungs-*

stelle verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

5. die Reaktivierung/Einrichtung der Stabstelle für Medien- und Internetwirtschaft bei Dez. III. Die ursprüngliche Medienstabsstelle wurde seinerzeit aufgrund des Taskforce-Maßnahmenkataloges im Amt für Wirtschaftsförderung eingegliedert, wodurch die Leitungsstelle entfiel. Die neue, in Ihrem Aufgabenumfang erheblich veränderte „Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft“ (siehe Seite 24 ff. des Konzeptes) bedarf einer eigenständigen Leitung und wird bei Dezernat III direkt angebunden. Durch die Einrichtung der „Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft“ wird der der Task-Force-Beschluss aufgehoben.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

Der Wirtschaftsausschuss möge beschießen:

3.1 Die Verwaltung setzt ihre Priorität auf die Optimierung des Bürgerservices durch die Entwicklung und Realisierung von Strukturen, durch die Verwaltungsdienstleistungen komplett ohne persönliche Vorsprache online abzuwickeln und notwendige Unterlagen postalisch zuzusenden bzw. zu erhalten sind und Bürgerinnen und Bürger sich auf Wunsch beispielsweise ihren Bewohnerparkausweis zuhause ausdrucken können. Dabei werden Verwaltungsvereinfachungen auch in Verbindung mit QR-Codes überprüft.

3.2 Die Verwaltung stellt die Ergebnisse der Auswertung der Evaluation zur „Optimierung Bürgerservice in den Stadtbezirken“ und der repräsentativen Nutzerbefragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit (Ratsbeschluss vom 25.09.2008) und die daraus resultierenden Konsequenzen vor.

Sowie der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der da lautet:

Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Prüfung,

ob der Stadtteil Chorweiler geeignet ist, bei der Testphase für ein stadtweites, öffentliches WLAN-Netz einer der teilnehmenden Stadtteile zu sein und in diesem Rahmen die Bezirksvertretung des Stadtbezirks Chorweiler, wenn sie es wünscht, in einer Pilotphase mit einem WLAN-Netz zu Optimierung und Kostensenkung interner Prozesse kostenneutral ausgestattet werden kann.

werden zur Prüfung an die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Denkmalensemble Bahnhof Belvedere
3039/2012

Es freut mich sehr, dass die Art der Behandlung dieses Themas in den Ausschüssen sehr gelobt worden ist. Ich kann das nur unterstreichen. – Das war meine Wortmeldung.

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1) die Überlassung der Liegenschaft Bahnhof Belvedere für die Dauer des vom Rat in seiner Sitzung am 24.11.2011 beschlossenen, mindestens 2jährigen Moratoriums, im Rahmen eines Überlassungs- und Nutzungsvertrages an den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. zu regeln.

2) eine Sanierungsvereinbarung mit dem Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. abzuschließen, die den Förderkreis ermächtigt, die bereits in diesem Winter notwendige Dachsanierung im Auftrag der Stadt durchzuführen.

3) die zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und zur auf das Notwendigste beschränkten Erhaltung des Denkmalensembles bis zur geplanten Vollsanierung erforderlichen Kosten weiterhin aus dem Haushalt der Stadt Köln zu finanzieren.

4) in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis Bahnhof Belvedere die Beantragung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm „Initiative ergreifen – Bürger machen Stadt“ des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

(MBWSV) vorzubereiten und in diesem Rahmen den Förderkreis Bahnhof Belvedere e.V. bei der Qualifizierung des Sanierungs-, Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes weiter zu unterstützen.

5) zur endgültigen Entscheidung über die Beantragung der Fördermittel, die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils und die Übertragung des Objekts im Wege des Erbbaurechts den Rat erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12. 2014
2665/2012

Wir stimmen ab in der Fassung des Finanzausschusses vom 17. September 2012: Umsetzung der Maßnahmen III. a) bis d) und Verweisung der Maßnahme III. e) an den AVR zur weiteren Beratung.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 17.09.2012:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die unter III. a) bis d) aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Die Maßnahme III. e) wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergaben/Internationales verwiesen.

Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung – die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 14.850 € im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze – in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), Hj. 2012. Folgekosten sind im Rahmen des HPL-Aufstellungsverfahrens für die Jahre 2013 und 2014 zu berücksichtigen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den Anstoß zur Konzeptentwicklung gegeben hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Umsetzung des Neubau- und Sanierungsprogramms für städtische Sozialhäuser – Begrenzung der Bau- und Folgekosten
1356/2012
Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1613/2012
Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1614/2012

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich gerne zuerst Frau Reker das Wort geben.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Beschlussvorschlag der Verwaltung ist in Ziffer 2 zweiter Spiegelstrich missverständlich formuliert. Ich bitte um Nachsicht.

Dieser Spiegelstrich kann auch ganz entfallen, weil die einem Beschluss über ein Neubau- und Sanierungsprogramm immer – wir brauchen ja die Mittel des Landes – zugrunde liegende Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in § 49 Abs. 2 formuliert:

> In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein.

Wenn wir uns zuvor entschließen, keine Aufzüge einzubauen, wird das das Erdgeschoss sein.

Damit ist meiner Meinung nach auch die Forderung im letzten Spiegelstrich des Änderungsantrages von SPD und Grünen vollständig erfüllt, sodass dieser Spiegelstrich ebenfalls entfallen könnte.

Als Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung verblieben damit die beiden vorletzten Spiegelstriche dieses Änderungsantrages.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann Frau Gordes, bitte.

Birgit Gordes (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich fände es jetzt ganz interessant, zu hören, ob der Änderungsantrag der Roten und der Grünen aufrechterhalten wird. Oder reagieren Sie auf die Worte von Frau Reker?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf vernünftige Argumente reagieren wir immer! – Michael Zimmermann [SPD]: Wir streichen beide Male das „rollstuhlgerechte“, weil sich das durch die Landesbauordnung erledigt hat!)

- Okay. Dann könnten wir dem auch folgen. Wir würden dann diesen Änderungsantrag mittragen.

Unseren eigenen Änderungsantrag ziehe ich hiermit zurück. Wir behalten uns aber vor, ihn im Fachausschuss noch einmal zu stellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr schön. – Dann stimmen wir darüber ab, ob wir der Vorlage in der geänderten Fassung zustimmen, und zwar mit der Maßgabe, dass der zweite Spiegelstrich von Ziffer 2 gestrichen wird.

(Jörg Detjen [Die Linke.] meldet sich zu Wort)

- Ich habe gerade schon die Abstimmung aufgerufen, Herr Detjen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir würden gerne über die Alternative 2 abstimmen!)

- Okay. Dann stimmen wir zunächst über diesen Antrag der Linken ab. Wer für die Alternative 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Antrag von SPD und Grünen in der geänderten Fassung, wie sie eben von Frau Reker vorgeschlagen worden ist. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das so angenommen.

Nun müssen wir noch endgültig über die Beschlussvorlage ohne den zweiten Spiegelstrich von Ziffer 2 abstimmen. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist sie in der geänderten Fassung angenommen. – Herzlichen Dank.

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Detjen:

Ratsmitglied Detjen beantragt, Alternative 2 zur Abstimmung zu stellen, die da lautet:

Der Rat fasst folgenden Grundsatzbeschluss zum bestehenden Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser:

1. *Das Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser wird fortgesetzt.*

2. *Die Qualität und der Standard der Baumaßnahmen werden durch die Anforderungen der Bauordnung NRW und durch die Wohnraumförderbestimmungen NRW festgelegt. Folgende Standards werden entsprechend der Anlage 1, Variante 1 berücksichtigt:*

   - *Der Einbau eines barrierefreien und eines rollstuhlgerechten Aufzuges wird vorgesehen.*

   - *Die Errichtung von rollstuhlgerechten sowie barrierefreien Wohneinheiten wird sichergestellt.*

   - *Die energetische Ausstattung erfolgt in Erfüllung der Vorgaben der Energieleitlinien der Stadt Köln als Passivhaus.*

3. *Ein kostendeckendes Bauprojekt ist im öffentlich geförderten Wohnungsbau im Rahmen der vom Land NRW festgelegten monatlichen Bewilligungsmiete von 5,55 € pro m² Wohnfläche (0,30 € Zuschlag Passivhaus) unter Einbeziehung der Stellplatzmieten nicht ohne weiteren Zuschussbedarf zu erstellen. Um die Voraussetzungen eines Passivhauses und die Erstellung behindertengerechter und barrierefreier Wohnungen auch in den Obergeschossen (Einbau Aufzug) zu gewährleisten, wird für weitere Bauvorhaben*

auf Grundlage der Kostenberechung Anlage1, Variante 1 ein Zuschussbedarf von 0,81 € pro m² Wohnfläche monatlich anerkannt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige Baubeschlüsse auf Grundlage der An-lage 1 so vorzubereiten, dass Entscheidungen über den Einbau eines Aufzugs, die Einbeziehung der Energieleitlinien der Stadt Köln in die energetische Planung und die Herrichtung rollstuhlgerechter Wohnungen in Kenntnis der daraus resultierenden Mehraufwendungen getroffen werden können. Der vom statistischen Bundesamt jährlich neu festgelegte Baupreisindex ist in der jeweiligen Kostenkalkulation ab 2013 zusätzlich einzubeziehen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Beschluss über den modifizierten Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll in Ziff. 2 wie folgt ersetzt werden:

2. Der bauliche Standard der Bauvorhaben wird durch die Anforderungen der Bauordnung NRW und der Wohnraumförderbestimmungen NRW festgelegt. Entsprechend der Anlage 1, Varianten 3 a und 3 b werden auf folgende darüber hinausgehende Ausstattungen verzichtet

- *Die energetische Planung der Gebäude erfolgt auf Grundlage der Energieinsparverordnung 2009 (EnEV). Von einer Annäherung an die höheren energetischen Vorgaben der Energieltlinien der Stadt Köln ist abzusehen.*
- *Der Einbau von Aufzügen entfällt (zur Einhaltung der Förderfähigkeit reicht der planerische Nachweis zur Nachrüstung eines Aufzugs in der Baugenehmigungsplanung)*

Außerdem ist Folgendes zu berücksichtigen:

- *Unter Ausschöpfung der Spielräume der jeweils geltenden Landesbauordnung soll eine Reduzierung von Stellplätzen angestrebt werden.*
- *Der Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes (Anlage 4 Verwaltungsvorlage), wonach die Kosten pro qm Bruttogrundfläche bei Anwendung eines einfachen Standards um bis zu 7% zu reduzieren sind, ist bei der zukünftigen Planung zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Beschluss über die geänderte Verwaltungsvorlage:

Der Rat fasst folgenden Grundsatzbeschluss zum bestehenden Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser:

1. Das Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser wird fortgesetzt.

2. Der bauliche Standard der Bauvorhaben wird durch die Anforderungen der Bauordnung NRW und der Wohnraumförderbestimmungen NRW festgelegt. Entsprechend der Anlage 1, Varianten 3 a und 3 b werden auf folgende darüber hinausgehende Ausstattungen verzichtet

- *Die energetische Planung der Gebäude erfolgt auf Grundlage der Energieeinsparverordnung 2009 (EnEV). Von einer Annäherung an die höheren energetischen Vorgaben der Energieltlinien der Stadt Köln ist abzusehen.*
- *Der Einbau von Aufzügen entfällt (zur Einhaltung der Förderfähigkeit reicht der planerische Nachweis zur Nachrüstung eines Aufzugs in der Baugenehmigungsplanung)*

Außerdem ist Folgendes zu berücksichtigen:

- *Unter Ausschöpfung der Spielräume der jeweils geltenden Landesbauordnung soll eine Reduzierung von Stellplätzen angestrebt werden.*
- *Der Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes (Anlage 4, Verwaltungsvorlage), wonach die Kosten pro qm Bruttogrundfläche bei Anwendung eines einfachen Standards um bis zu 7% zu reduzieren sind, ist bei der zukünftigen Planung zu berücksichtigen.*

3. Ein kostendeckendes Bauprojekt ist im öffentlich geförderten Wohnungsbau im Rahmen der vom Land NRW festgelegten

monatlichen Bewilligungsmiete von 5,25 pro m² Wohnfläche unter Einbeziehung der Stellplatzmieten ohne weiteren Zuschussbedarf zu erstellen. Für weitere Bauvorhaben sind die vom städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüften Kostenberechnungen 2012 des Referenzobjektes Morkener Str. 20, 50676 Köln (Anlage1, Variante 3a) zu Grunde zu legen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige Baubeschlüsse auf Grundlage der Anlage 1 so vorzubereiten, dass Entscheidungen über den Einbau eines Aufzugs, die Einbeziehung der Energieleitlinien der Stadt Köln in die energetische Planung und die Herrichtung rollstuhlgerechter Wohnungen in Kenntnis der daraus resultierenden Mehraufwendungen getroffen werden können. Der vom statistischen Bundesamt jährlich neu festgelegte Baupreisindex ist in der jeweiligen Kostenkalkulation ab 2013 zusätzlich einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

- *Die CDU-Fraktion zieht im Laufe der Beratung ihren Änderungsantrag zurück.*
- *Nach den Ausführungen der Beigeordneten Reker verzichten die Antrag stellenden Fraktionen auf die Übernahme des letzten Spiegelstrichs ihres Änderungsantrages (zu den Einzelheiten siehe Seite 78 und 79 des Wortprotokolls).*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Planungsbeschluss sowie außerplanmäßige Auszahlung für den Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55/ Östlicher Zubringerstraße A559
2544/2012

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig so beschlossen.

Der Rat stellt den Bedarf zur Planung für den Abbruch und Neubau der Brücke im Zuge des Deutzer Rings (B55) über den Östlichen Zubringer (A559) in Köln-Deutz fest und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planung für den Abbruch und Neubau der Brücke eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 25.000,00 Euro im Teilfinanzplan 2012 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-1-0250 Neubau Brücke Deutzer Ring / Östlicher Zubringerstraße A 559, Hj. 2012. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6901-1202-1-0200, Brücke Auenweg Hj. 2012.

Außerdem beschließt der Rat eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung nach § 85 GO NRW von 758.020,00 Euro für das Haushaltsjahr 2013 bei neuer Finanzstelle 6901-1202-0250 Neubau Brücke Deutzer Ring / Östlicher Zubringerstraße A559, Hj. 2012. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch die entsprechende Reduzierung der bei Finanzstelle 6901-1202-1-0500, Umgestaltung Dionysoshof, veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2013. Die Veranschlagung der zusätzlichen Kassenmittel in Höhe von 758.020,00 Euro ist im Hpl. 2013 sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium
hier: Baubeschluss Bauphase 1
2266/2012

Wir stimmen ab, wie im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen.

Gibt es eine Wortmeldung? – Bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, abzustimmen, wie im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen.

Dazu möchten wir nur noch eine nähere Erläuterung geben. Die Platane, die gefällt werden soll, soll ersetzt werden – nicht so klein, sondern in einem größeren Umfang –, und zwar im Umfeld von Dom oder Bahnhof. Das würden wir als Ergänzung mit einbringen, um es etwas näher zu präzisieren. Mit den Zuständigen ist das ohnehin so abgesprochen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bahnhof heißt also Hauptbahnhof, nicht Ehrenfeld oder sonst irgendein Bahnhof.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach so!)

Das ist eine Präzisierung, die von Herrn Klipper eingebracht worden ist.

Dann sollten wir jetzt abstimmen. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt

1. *die bauliche Umsetzung der vorgelegten Entwurfspläne der Bauphase 1 des Planungskonzeptes zur städtebaulichen Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium mit Gesamtkosten in Höhe von 7.432.256 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der zeitnahen Umsetzung der Baumaßnahme;*

2. *die von der Baumaßnahme betroffenen Bäume werden gefällt;*

3. *die Fachverwaltung zu beauftragen, bis Ende 2013 ein Konzept vorzulegen, in dem Standorte für Ersatzpflanzungen in der Innenstadt nachgewiesen sind;*

4. *vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 für den Baubeginn der Bauphase 1 die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Höhe von 100.000 € bei Finanzstelle 6901-1202-1-0500 Umgestaltung Dionysoshof, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen – Haushaltsjahr 2012. Die Realisierung der Gesamtmaßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.*

Für die Platane, die gefällt werden muss, soll ein Baum größeren Umfangs im Umfeld von Dom oder Hauptbahnhof nachgepflanzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Ergänzung zum Standort der Ersatzpflanzung wurde durch Ratsmitglied Klipper vorgetragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Vorbereitende Untersuchung gemäß § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock
3799/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ebenfalls so angenommen.

1. *Der Rat nimmt die vorbereitende (Sanierungs-)Untersuchung (VU) gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für den Entwicklungsbereich südliche Innenstadt-Erweiterung in Bayenthal, Raderberg, Zollstock zur Kenntnis und*

2. *beschließt das Entwicklungskonzept südliche Innenstadt-Erweiterung unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 2 zur vorbereitenden Untersuchung gem. § 137 BauGB als Entwicklungsplanung nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.*

3 *Der Rat beauftragt die Verwaltung, für das als Ergebnis der VU vorgeschlagene Sanierungsgebiet (Karte 8 der VU) eine Beschlussvorlage zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes gem. § 142 Abs. 3 BauGB vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Schöppe verlässt nach der Behandlung diesen Punktes die Sitzung endgültig.

36. Sitzung vom 20. September 2012

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Handlungskonzept Behindertenpolitik – „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“
hier: 1. Folgebericht – „2010/2011 Bilanz und Ausblick“
1771/2012
Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1608/2012

Dazu hat sich Frau Stahlhofen gemeldet.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich muss das Mikrofon am Rednerpult nehmen. Sonst könnten Sie mich nämlich leider nicht verstehen. Das mag der eine oder andere vielleicht begrüßen. Trotzdem wäre es nett, wenn Sie mir einen kleinen Moment zuhören würden. – Es tut mir leid. Vielleicht kann der Tontechniker die Lautstärke etwas hochregeln. Oder ich muss meinen Kollegen bitten, das für mich abzulesen. – Es macht keinen Sinn. Man kann mich nicht verstehen. Jörg, darf ich dich bitten?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn es Ihnen keine allzu großen Schwierigkeiten bereitet, tragen Sie doch bitte trotz Ihrer Heiserkeit vor. Wir hören dann aufmerksam zu.

(Martin Börschel [SPD]: Sie könnten das ja zu Protokoll geben, wenn Sie es schriftlich vorliegen haben!)

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Ich möchte Sie aber rühren. Das kann ich nicht, wenn ich es nur zu Protokoll gebe.

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde das Protokoll auch lesen!)

- Das sagen Sie jetzt so.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Das finde ich, ehrlich gesagt, sehr unhöflich von Ihnen. Aber ich bin von Ihnen nichts anderes gewöhnt.

Den Änderungsantrag, den Sie eingebracht haben, finde ich ausgesprochen enttäuschend; denn Sie zeigen darin mit einer kleinen Ouvertüre auf, dass Sie sich hier als Streichquartett etablieren wollen. Was Sie vorschlagen, ist keine Behindertenpolitik. Sie machen Politik nach Kassenlage. Ein Handlungskonzept sieht anders aus. Die Behindertenpolitik hat ein solches Konzept vorgelegt.

Auf der einen Seite spielen Sie mit großen Summen. Ich bin immer noch ein bisschen von den 25 Millionen Euro geschockt, die einfach irgendwo verschwinden oder auftauchen.

Hier geht es darum, dass wir auch wegweisend sein müssen. Bisher sind wir – ich kann mich erinnern, dass der Herr Oberbürgermeister das bei einer Veranstaltung noch einmal besonders betont hat – bei der Behindertenpolitik auf einem sehr hohen Rang. Mit Ihrem Vorschlag machen wir einen Rückschritt.

Ich appelliere an dieser Stelle an Sie, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen und hier nicht schon vorweg eine Priorität zu setzen und damit einer Kürzung Vorschub zu leisten. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann es von hier aus machen. – Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das erste Handlungskonzept Behindertenpolitik haben wir hier im Rat vor längerer Zeit einstimmig verabschiedet. Alle Mitglieder des Rates haben wohl auch erkannt, dass wir seitdem bezogen auf Inklusion und Barrierefreiheit große Erfolge zu verzeichnen haben. Das ist nicht zuletzt der inzwischen geschaffenen Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowie der Behindertenbeauftragten zu verdanken. Beide Seiten haben sehr viel zu diesem Engagement und Erfolg beigetragen.

Jetzt liegt der 1. Folgebericht vor. Im Stadtentwicklungsausschuss – das ist Ihnen auch als Material zur Verfügung gestellt worden – haben wir eine Debatte über die Frage der Priorisierungen geführt. Die priorisierten Handlungsempfehlungen sind Ihnen jetzt als Exzerpt aus dem 1. Folgebericht vorgelegt worden. Dabei handelt es sich um zwölf Handlungsfelder und 52 Handlungsempfehlungen.

Uns geht es beim Änderungsantrag der vier Fraktionen überhaupt nicht um irgendein Kür-

zungsprogramm, sondern um das weitere Vorgehen. Man muss hier nämlich differenzieren.

Auf der einen Seite gibt es Handlungsempfehlungen, die Selbstläufer sind, beispielsweise die Inklusionspolitik an Schulen. Dazu haben wir grundsätzliche Beschlüsse. Da brauchen wir keine weiteren Handlungsempfehlungen durch Ratsbeschlüsse umzusetzen.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Handlungsempfehlungen, bei denen die Verwaltung gezwungen sein wird, uns Ratsbeschlüsse vorzulegen. Ich nenne nur ein Beispiel, das eventuell auf uns zukommen wird: der Arbeitsmarkt für Behinderte und die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Behindertenwerkstätten. Das ist, wie wir festgestellt haben, in Köln ein Manko. Da kann man mehr machen. Dies könnte ein Punkt sein, bei dem eine Handlungsempfehlung von der Verwaltung in eine Ratsvorlage umgesetzt werden müsste.

Wir bitten darum, dass diese möglichen Ratsvorlagen dann auch in einer überschaubaren Zeit, spätestens in einem halben Jahr, den entsprechenden Ausschüssen und dem Rat vorgelegt werden.

Ich fasse zusammen: Es geht hier nicht um Kürzungen, sondern darum, zu unterscheiden. Einige Handlungsempfehlungen sind Selbstläufer. Bei anderen Handlungsempfehlungen muss es Ratsbeschlüsse geben, damit sie in die Wirklichkeit übertragen werden können. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir darüber abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der vier Fraktionen ab. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Dann kommen wir zu der Vorlage. Wer gegen die so geänderte Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Ersetzung des ersten Absatzes der Beschlussvorlage wie folgt:

Der Rat begrüßt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen den Fachausschüssen sowie dem Finanzausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Der Rat begrüßt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen den Fachausschüssen sowie dem Finanzausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Neubau Mensa an der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/Lustheider Straße 47, 51103 Köln-Höhenberg
Baubeschluss
1909/2012

Wir stimmen ab wie Schulausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung eines Neubaus für die Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/ Lustheiderstraße 47 als Ersatz für das vorhandene Mensagebäude, mit Gesamtkosten in Höhe von insgesamt 2.912.400 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung/Einführung eines Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
3219/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

1. *Der Rat beschließt den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK Köln) gemäß der als Anlage 1 beigefügten Fassung und empfiehlt ihn den städtischen Beteiligungsgesellschaften zur Anwendung.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung sowie die Vertretung des Gesellschafters Stadt Köln in den Haupt- bzw. Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften und die vom Rat in die jeweiligen Aufsichtsräte entsandten bzw. auf seinen Vorschlag oder auf seine Veranlassung in die Aufsichtsräte gewählten städtischen Vertreterinnen und Vertreter mit der Umsetzung des PCGK Köln.*

3. *Der Rat beschließt im Rahmen des rechtlich Zulässigen die entsprechende Anwendung von Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses für rechtlich selbstständige Unternehmen in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Baubeschluss für den Umbau der Berliner Straße als Geschäftsstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9-5540 (Mülheim 2020 – Ausbau Berliner Straße) im Haushaltsjahr 2012
2873/2012

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? – Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Somit beschlossen.

Der Rat beschließt im Rahmen des Strukturprogramms „Mülheim 2020“ die Gestaltung der Berliner Straße entsprechend der durch den Verkehrsausschuss am 15.02.2011 beschlossenen Planung und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Vergabeverfahren wird verzichtet.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 790.499,67 € und die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 622.078 € im Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9-5540 (Mülheim 2020 – Gestaltung Berliner Straße) im Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Kienitz ist bei der Beratung der Punkte 10.19 bis 12.2 nicht anwesend.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Baubeschluss für den Ausbau der Frankfurter Straße von Wiener Platz bis Bahnhof Mülheim sowie Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-5530 (Mülheim 2020 – Frankfurter Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012
2872/2012

Wer ist dagegen? – Die Fraktion der CDU ist wieder dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist das so beschlossen.

Der Rat beschließt im Rahmen des Strukturprogramms „Mülheim 2020“ den Ausbau der Frankfurter Straße von Wiener Platz bis Bahnhof Mülheim entsprechend der durch den Verkehrsausschuss am 15.02.2011 beschlossenen Planung und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Vergabeverfahren wird verzichtet.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.241.734,53 € und die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 995.606,43 € (davon Verpflichtungsermächtigung 2013: 750.000 €; Verpflichtungsermächtigung 2014: 245.606,43 €) im Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9-5530 (Mülheim 2020 – Flaniermeile Frankfurter Straße) im Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Baubeschluss für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße entsprechend RABT
2807/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit so beschlossen.

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Generalsanierung und Ertüchtigung des Tunnels Grenzstraße mit voraussichtlichen Kosten in Höhe ca. 30 Mio. € (brutto) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung und mit der Baudurchführung. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren und der Bauausführung auszuschöpfen.

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.21 Hauswirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache, alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
3132/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

12. Bauleitpläne – Anregungen/Satzungen

Da können wir zügig durchgehen, wenn ich so sagen darf. Wir wollen einmal sehen, ob ich noch schneller sein kann als Frau Scho-Antwerpes.

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 65483/02
Arbeitstitel: Reutlinger Straße in Köln-Bilderstöckchen
1283/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Beschlossen.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65483/02 für das Gebiet zwischen Escher Straße und Reutlinger Straße, östlich der Reutlinger Straße und südlich der Ravensburger Straße in Köln-Bilderstöckchen – Arbeitstitel: Reutlinger Straße in Köln-Bilderstöckchen – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65483/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Kienitz nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70430/04
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
2100/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Beschlossen.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70430/04 für das Gebiet zwischen der östlichen Zubringerstraße L 124, der Rolshover Straße, der nördlichen Grenze des Verkehrsübungsplatzes und den westlichen Grenzen des TÜV-Parkplatzes – Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan 70430/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Der Beschluss wird nicht in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 6742/02
Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in Köln-Neustadt/Süd
2174/2012

Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Gegenstimmen der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Somit zugestimmt.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 6742/02 für das Gebiet für ein Teilgebiet des Bezirksteilzentrums „Südliche Innenstadt – Severinstraße/Bonner Straße“ beidseitig der Bonner Straße zwischen den Hausnummern 25 und 98 – Arbeitstitel: „Sicherung des Bezirksteilzentrums entlang der Bonner Straße“ in

Köln-Neustadt/Süd – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09. 2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 7643/02
Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar
2436/2012

Wer ist dagegen? – Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. So beschlossen.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nummer 7643/02 für das Gebiet auf der Nordseite der Rösrather Straße zwischen Hausnummer 566 und Eiler Straße 147 unter Einbeziehung der Westseite der Eiler Straße zwischen Hausnummer 147 und 141 (siehe Anlage 1) – Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09. 2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

12.5 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 D (74394/03)
Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/KVB in Köln-Porz
2449/2012

Wer ist dagegen? – Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Der Rat beschließt die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 D (74394/03) für das Gebiet zwischen der Bahnhofstraße östlich der KVB-Trasse und westlich der Bundesbahn entlang der Friedrichstraße und Goethestraße in Köln-Porz – Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/KVB in Köln-Porz – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09. 2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

12.6 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 E (74391/04)
Arbeitstitel: Porz-Mitte/Bennauer Straße in Köln-Porz
2450/2012

Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Der Rat beschließt die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 E (74391/04) für das Gebiet zwischen der Bahnhofstraße, Hauptstraße, dem Fi-scherweg und Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz – Arbeitstitel: Porz-Mitte/Bennauer Straße in Köln-Porz– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –

jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.7:

12.7 Satzungsbeschluss betreffend die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 A (74393/02)
Arbeitstitel: Porz-Innenstadt in Köln-Porz
2451/2012

Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Der Rat beschließt die erste vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 A (74393/02) für das Gebiet zwischen dem Rhein und der Straße An der Sparkasse, nördliche Begrenzung entlang der Karlstraße und südliche Begrenzung der Bahn-hofstraße in Köln-Porz – Arbeitstitel: Porz-Innenstadt in Köln-Porz – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09. 2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.8:

12.8 Satzungsbeschluss betreffend die zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 B (74391/02)
Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/Mühlenstraße in Köln-Porz
2453/2012

Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Nicht, dass Sie meinen, hier säße ein Papagei! Es ist tatsächlich so.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ein Papagei hätte vorhin nicht eine so gute Rede gehalten!)

Der Rat beschließt die zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 66 B (74391/02) für das Gebiet zwischen Bahnhofstraße/Mühlenstraße und Hauptstraße in Köln-Porz – Arbeitstitel: Teilbereich Porz, Bahnhofstraße/Mühlenstraße in Köln-Porz – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.9:

12.9 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6456/06
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/-Merkenich,
6. Änderung
3013/2012

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6456/06 – einschließlich seiner 1. bis 5. Änderung – für das Gebiet nordwestlich und südwestlich des Gewerbegebietes Feldkassel bis zur Robert-Bosch-Straße (Brücke Industriestraße/Robert-Bosch-Straße), westliche Böschung der noch nicht ausgebauten Verlänge-rung der Industriestraße bis Kasseler Weg, östlich Grundstück Kasseler Weg 52 in Richtung Norden bis zur Kanaltrasse, in Richtung Westen bis zum Wirtschaftsweg und nördlich bis Am Kutzpfädchen, westlich des Sportplatzes bis zum Mohlenweg, Wirtschaftsweg in Richtung Nordwesten, östliche Grenze Grundstück Heinrichshof, circa 50 m östlich des Heinrichshofsweges bis südlich des Mennweges bis zum Kreuzungsbereich Mennweg, Neusser Landstraße, Blumenbergsweg, nörd-

lich des Mennweges in Richtung Osten, westlich, südlich und östlich der Reitanlage am Mennweg, Mennweg, Hitdorfer Fährweg bis zum nächsten Wirtschaftsweg, Mennweg, Wirtschaftsweg/Alte Römerstraße in Richtung Südosten bis zur Kläranlage, westlich der Kläranlage bis zur südwestlichen Grenze des Gewerbegebietes Feldkassel in Köln-Fühlingen/-Merkenich – Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/-Merkenich, 6. Änderung – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

14. Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen
Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen
1799/2012

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Fraktion pro Köln enthält sich. Angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen – Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen – für die Grundstücke beidseitig der Nievenheimer Straße zwischen Escher Straße und Geldernstraße in Köln-Bilderstöckchen in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Beschluss wird in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
1800/2012

Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Enthaltung von pro Köln. Ebenfalls angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl – Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl – für die Grundstücke beidseitig des Niehler Kirchweges zwischen Friedrich-Karl-Straße und Niehler Straße, beidseitig des Drosselweges, beidseitig der Niehler Straße zwischen Niehler Kirchweg und der Grünfläche nördlich der Spechtstraße, die Grundstücke am Finkenplatz und die auf der Westseite der Spechtstraße in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Beschluss wird in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd
1805/2012

Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit so angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd – Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd – für das Gebiet zwischen Severinstraße, An St. Katharinen, Achterstraße, Rosenstraße, westliche Grenze des öffentlichen Parkplatzes, Achtergäßchen, östliche Grenze der Severinstraße, Kartäuserhof, westliche Grenze der Flurstücke 469 und 139/4, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 139/2, westliche Grenze der Severinstraße, südliche und westliche Grenze der Flurstücke 112/4, 112/1 und 247, westliche Grenze des Flurstücks 758/115, Jakobstraße, westliche Grenze der Flurstücke 376, 363 und 362, Josephstraße, westliche Grenze der Flurstücke 351 und 341, Im Dau, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 741/30, westliche Grenze der Flurstücke 447 und 304 bis 312 (alle Gemarkung Köln, Flur 12), Karl-Berbuer-Platz, westliche Grenze der Flurstücke 426 und 409 (beide Gemarkung Köln, Flur 10) und Perlengraben (B 55) in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Beschluss wird in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 225. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2839/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? – Gegenstimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? – Keine. Damit so angenommen.

Der Rat beschließt den Erlass der 225. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe jetzt auf:

17. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
2532/2012

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Die Fraktion pro Köln beantragt für alle 17er-Punkte geheime Abstimmung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bislang nicht der Brauch gewesen, dass wir dann, wenn es um Nachbesetzungen geht, auch nur ansatzweise darüber nachdenken, geheime Wahlen vorzusehen. Das ist jetzt so beantragt worden. Wir können es aber von den Vorbereitungen her nicht mehr hinbekommen, für die vielen Wahlen hier die entsprechenden Stimmzettel zur Verfügung zu stellen; denn – ich muss es noch einmal sagen – dieser Antrag, jetzt eine Vielzahl von Wahlen geheim vorzunehmen, ist völlig unerwartet gekommen, weil diese Dinge hier bislang immer reibungslos und ohne Beanstandung gelaufen sind.

(Oberbürgermeister Jürgen Roters hält Rücksprache)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade festgestellt, dass im Hinblick auf die organisatorischen Vorbereitungen, die im Augenblick nicht geleistet werden können, eine übereinstimmende Auffassung dahin gehend besteht, für nächsten Mittwoch eine Sondersitzung des Rates einzuberufen, bei der wir alle Wahlen, die heute vorgesehen sind, entsprechend abhandeln werden.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass wir eine solche Sondersitzung durchführen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen, der SPD, der Linken und der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 17 Uhr!)

- Uhrzeit von Amts wegen. Wir hoffen, dass wir die Sitzung für 17 Uhr einberufen können. Aber wir werden Sie ganz schnell darüber informieren, wann die Sitzung stattfindet.

(Oberbürgermeister Jürgen Roters hält Rücksprache)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade noch einmal in die aktuelle Geschäftsordnung geschaut. Daraus ergibt sich möglicherweise, dass das nötige Quorum für die Durchführung von geheimen Wahlen nicht erzielt worden ist. Deswegen können wir –

(Ralph Sterck [FDP]: Das fällt Ihnen nach drei Jahren ein?)

- Das wird gerade noch geprüft. – Ist das so? – Geben Sie mir noch einmal die Geschäftsordnung.

Ich lese das einmal vor. Dann ersparen wir uns vielleicht eine Sondersitzung. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, dass wir das jetzt in Ruhe machen. In § 23 der Geschäftsordnung heißt es:

> Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates erfolgt geheime Abstimmung, …

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht bei Personalfragen!)

- Einen Moment, bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das gerade noch einmal geschäftsordnungsmäßig geprüft. Bei Personalentscheidungen genügt die Beantragung der geheimen Abstimmung durch eine Stimme.

Das heißt: Es bleibt dabei, dass wir, wie wir eben beschlossen haben, eine Sondersitzung für nächsten Mittwoch, voraussichtlich 17 Uhr, vorsehen.

Damit sind alle 17er-Punkte auf diese Sondersitzung vertagt.

Hinweis:
Die Fraktion pro Köln beantragt geheime Wahl zu allen 17er- Punkten. Da dies aus organisatorischen Gründen in der Sitzung nicht zu realisieren ist, beschließt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. die Wahlen zurückzustellen. Die Entscheidungen sollen in einer Sondersitzung des Rates – am 26.09.2012 um 17.00 Uhr – gefasst werden.

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
2532/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2577/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.3 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin und ihres Stellvertreters für den Stadtentwicklungsausschuss
2595/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.4 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
2627/2012
(zurückgezogen)

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

17.5 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
2943/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.6 Mitglieder des Institutsausschusses des Rhein. Studieninstituts für kommunale Verwaltung
2956/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.7 Bestellung von Opernintendantin Frau Dr. Birgit Meyer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln
3000/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Wechsel in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse Köln-Bonn“
AN/1284/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wahlen: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und Rechnungsprüfungsausschuss
AN/1448/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wahlen: Ausschuss Schule und Weiterbildung
AN/1455/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.11 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2406/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.12 Akademie der Künste der Welt gGmbH
hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
3112/2012
(zurückgezogen)

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V).

17.13 RheinCargo GmbH u. Co. KG

Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
3365/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.14 Antrag der SPD-Fraktion zur Nachbesetzung von Gremien
AN/1602/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.15 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nach- und Umbesetzung in Ratsausschüssen
AN/1603/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün
AN/1604/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

17.17 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“
AN/1610/2012

Die Behandlung des Punktes wurde zurückgestellt (siehe Hinweis zum Oberpunkt 17).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
2514/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Doch.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Demokratin bin ich wirklich persönlich entsetzt über den Vorgang, den wir hier gerade erlebt haben. Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin ganz zu Recht etwas ausgeführt. Das hat sich jetzt nochmals bewiesen. Hier ist eine Gruppierung im Stadtrat, die offensichtlich nicht bereit ist, Grundrechte und demokratische Institutionen zu respektieren. Sie versucht immer und immer wieder, diese Institutionen zu missbrauchen und uns quasi als – ich zitiere bewusst – „Quatschbude“ darzustellen.

Ich weise das für mich persönlich und, denke ich, auch für SPD-Fraktion und die gesamten demokratischen Fraktionen im Stadtrat deutlich zurück und muss wirklich sagen: Ich bin entsetzt über dieses Verhalten.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Dann kommen wir zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18.1. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die FDP und die Linken enthalten sich. Damit so beschlossen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 06.08.2012:

Der Hauptausschuss beschließt die Annahme der Schenkung einer Evaluierung der Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung durch die Unternehmensberatung The Boston Consulting Group GmbH, Köln.

Die Beschlussvorlage wird als vierte Frage auf Seite drei der Vorlage ergänzt:

> *„Konnten durch die neue Betriebsform die Betriebs- und Verwaltungsabläufe verbessert werden? Welche Effekte sind gegenüber der vorherigen Rechtsform eingetreten?*

Ausgangsthesen, Vorgehen und Ziele der Evaluation werden dem Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause 2012 durch die Boston Consulting Group vorgestellt.

Bei den zu untersuchenden Fragen soll auch geprüft werden, wie die die Betriebsabläufe optimiert werden können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 MÜLHEIM 2020:
Mittelfreigabebeschluss zu Maßnahme Gestaltung der Waldecker Straße in Köln-Buchforst
2588/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 06.08.2012:

Der Hauptausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.992.900,33 € und die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 14.203,00 € im Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-5560 (MÜLHEIM 2020 – Gestaltung Waldecker Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Chinafest Nordrhein-Westfalen – Der Drache tanzt in Köln, 14.–16. September 2012
2810/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 06.08.2012:

Der Mittelfreigabe der für das Internationale Fest der Städtepartnerschaften vorgesehenen Mittel in Höhe von 25.000,- € für das "Chinafest Nordrhein-Westfalen – Der Drache tanzt in Köln", 14.-16. September 2012, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 21.54 Uhr)

37. Sitzung

vom 26. September 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

A) Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Für Transparenz – Gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -nahen Betrieben“

1. Wahlen

1.1 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

2532/2012

1.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

2577/2012

1.3 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin und ihres Stellvertreters für den Stadtentwicklungsausschuss

2595/2012

1.4 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

2943/2012

1.5 Mitglieder des Institutsausschusses des Rhein. Studieninstituts für kommunale Verwaltung

2956/2012

1.6 Bestellung von Opernintendantin Frau Dr. Birgit Meyer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

3000/2012

1.7 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Wechsel in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse Köln-Bonn

AN/1284/2012

1.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Umbesetzung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / internationales und im Rechnungsprüfungsausschuss

AN/1448/2012

1.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Ausschuss Schule und Weiterbildung

AN/1455/2012

1.10 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

2406/2012

1.11 RheinCargo GmbH u. Co. KG

Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

3365/2012

1.12 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Nachbesetzung von Gremien

AN/1602/2012

1.13 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Nach- und Umbesetzung in Ratsausschüssen

AN/1603/2012

1.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Umbesetzung im Ausschuss Umwelt und Grün

AN/1604/2012

1.15 Antrag der Fraktion Die Linke.

hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“

AN/1610/2012

37. Sitzung vom 26. September 2012

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Bezirksbürgermeister:
Homann, Mike

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenografin:
Frau Mennekes

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Bosbach, Wolfgang; Bürgermeister, Eva Dr.; Köhler, Andreas; Ludwig, Claus; Müller, Sabine Dr.; Schöppe, Bernd; Senol, Sengül; Welpmann, Matthias Dr.; Wolter, Andreas*

Bezirksbürgermeisterin:
Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie

Bezirksbürgermeister:
Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.*

(Beginn: 17.05 Uhr - Ende: 19.13 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 37. Sitzung des Rates und begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Presse und Sie alle zu dieser Sondersitzung. Für heute haben sich entschuldigt Herr Bosbach, Frau Dr. Bürgermeister, Frau Dr. Müller, Herr Noack, Herr Dr. Welpmann und Herr Wolter.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Noack ist da!)

– Natürlich, ich habe ihn doch eben schon gesehen.

Die Anzahl der Stimmenauszähler für die heutige Sitzung, da die Fraktion pro Köln in der letzten Sitzung geheime Wahl beantragt hat, haben wir auf sechs erhöht. Ich schlage vor, dass Frau Paffen, Herr Paetzold, Frau Manderla, Herr Marx, Herr Dr. Albach und Herr Görzel die Auszählung vornehmen. Ich darf Sie bitten, sich seelisch schon einmal darauf einzustellen.

Um ein paar Sätze zum Ablauf der Wahlen zu sagen: Wir wollen, um in einem zeitlich erträglichen Rahmen zu bleiben, alle Wahlen in einem Durchgang durchziehen. Dazu haben wir im Theodor-Heuss-Saal nebenan Wahlkabinen aufgebaut, in denen Sie später nach namentlichem Aufruf wählen können. Sie erhalten – ich bitte um Aufmerksamkeit – 15 verschiedenfarbige Stimmzettel, einen für jeden Tagesordnungspunkt. Die zugehörigen Beschlusstexte bzw. Wahlvorschläge oder Listen können Sie in den Kabinen selbst noch einmal einsehen. Wenn Sie gewählt haben, werfen Sie die Stimmzettel bitte in die jeweils farblich gekenn-

zeichnete Wahlurne ein. Ich werde die einzelnen Punkte gleich aufrufen. – So viel vorweg.

Wir müssen noch die Tagesordnung für heute festlegen. Die Fraktion pro Köln hat einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Für Transparenz – Gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -nahen Betrieben“ eingereicht. Um die Zeit während der Auszählung der heutigen Wahlen sinnvoll zu nutzen, schlage ich vor, dass wir die Aktuelle Stunde nach den Wahlen und vor Verkündung des Ergebnisses abhalten. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

(Beifall)

Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so.

Wir haben noch einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln zum Thema „Keine Klüngelpartys während der Ratssitzungen im Konsilium“.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer ist für die Dringlichkeit?

(Zurufe)

– Das spricht für sich selbst. Wer für den Dringlichkeitsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Alle anderen sind dagegen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann müssen wir über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Wahlen. Noch einmal der Hinweis darauf, Ihr Kreuz eindeutig zuzuordnen, wenn Sie wählen. Wenn Sie sich der Wahl enthalten wollen, dann werfen Sie den Stimmzettel bitte ohne jede Kennzeichnung oder jeden Vermerk blanko in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen bei der Berechnung nicht mit. Ich werde gleich die einzelnen Punkte aufrufen, damit jeder weiß, worum es geht.

Vorher will ich Herrn Uckermann gemäß § 22 unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit zu einer persönlichen Erklärung geben. Diese Erklärung darf drei Minuten nicht überschreiten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine persönliche Erklärung, die ich auch im Namen meiner Fraktion abgebe, ist notwendig geworden, nachdem wir in der letzten Sitzung einige unschöne Dinge vonseiten des Oberbürgermeisters erlebt haben. Sie haben sich ohne ersichtlichen Grund in die Debatte eingeschaltet – das soll Ihnen nicht verwehrt sein – und unsere Fraktion verunglimpft. Unter anderem haben Sie uns als unglaubwürdig bezeichnet.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

– Danke für den Applaus, dass Sie mir auch mal recht geben.

Des Weiteren haben Sie unsere Fraktion in Ihren Ausführungen als extremistisch bezeichnet.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

– Danke für Ihren Applaus. Das weise ich zurück. Wir sind eine demokratische, eine seriöse Kraft, die sich mit ganzem Herzen

(Lachen bei der SPD und der CDU)

für Köln einsetzt. Das sehen Sie immer wieder an unseren Sachanträgen. Wir sind auch nicht nachtragend. Sie können immer auf uns zählen, wenn es um Sachpolitik geht.

Des Weiteren muss ich rügen, dass Sie in Ihrer Einladung geschrieben haben: „Grund für die Einberufung der Sondersitzung war der Antrag der Fraktion pro Köln in der Sitzung des Rates am 20.09.2012 auf geheime Abstimmung zu allen Wahlen.“ Das ist ja nicht der Grund für die Sitzung, sondern Grund für die Sitzung ist, dass Sie alle runter zum Buffet, zum Freibier und eine kurze Sitzung haben wollten.

(Beifall bei pro Köln – Winrich Granitzka [CDU]: Das ist falsch!)

Das ist der wahre Grund, warum wir heute –

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist unglaublich! Das kann doch nicht wahr sein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, das weise ich mit Nachdruck zurück. Sie haben uns die Abstimmung mit einem ungewöhnlichen Hinweis unmöglich gemacht. Deswegen weise ich das mit Nachdruck zurück und erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jörg Uckermann (pro Köln): Lieber Herr Roters, Sie können ja gleich auch eine Erklärung abgeben.

(Zurufe)

Das ist meine persönliche Meinung, die Meinung unserer Fraktion. Andere Fraktionen haben das schon des Öfteren beantragt. Es war auch so, dass eine halbe Stunde vorher die Listen für ein zweites Sitzungsgeld ausgelegen haben.

(Henk van Benthem [CDU]: Da kennen Sie sich ja bestens aus!)

– Ja, da kenne ich mich bestens aus. Wir wissen auch, Herr van Benthem, was es heißt, entsprechende Regeln einzuhalten. Nur in der DDR gab es keine geheimen Abstimmungen. Ich weise darauf hin, dass beispielsweise die FDP, Herr Breite, das auch schon beantragt hat, und wir brauchten keine Sondersitzung. Das ist ein reiner Vorwand, um unsere Fraktion wieder zu verleumden, Herr Roters. Wir lassen uns diese Verleumdung von Ihnen nicht bieten. Merken Sie sich das! – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktion pro Köln in der letzten Sitzung des Rates beantragt hatte, alle Wahlen geheim durchzuführen. Aufgrund dessen werde er anstelle der üblichen drei Stimmzähler die folgenden sechs Ratsmitglieder als Stimmzähler vorschlagen:

Die Ratsmitglieder Frau Paffen, Herr Paetzold, Frau Manderla, Herr Marx, Herr Dr. Albach und Herr Görzel.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Zum Ablauf der Wahlen gibt der Oberbürgermeister noch verschiedene organisatorische Hinweise (die Einzelheiten sind dem Wortprotokoll zu entnehmen).

II. Der Oberbürgermeister erläutert, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung noch festgelegt werden müsse. Dies bezüglich weist er darauf hin, dass die Fraktion pro Köln fristgerecht die Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Für Transparenz – Gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -nahen Betrieben“ beantragt habe. Um die Zeit während der Auszählung der Wahlergebnisse sinnvoll zu nutzen, schlägt der Oberbürgermeister vor, die aktuelle Stunde im Anschluss an die Wahlen und noch vor der Verkündung der Ergebnisse durchzuführen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag zu.

III. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die Fraktion pro Köln ihm soeben noch einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Keine Klüngelparty während der Ratssitzung im Consilium“ übergeben habe.

Der Rat lehnt die Aufnahme des Antrages wegen der fehlenden Dringlichkeit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

IV. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einvernehmlich fest.

Hinweis:
Nachdem, Ratsmitglied Uckermann, sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet hat, in der er sich in beleidigender Weise gegenüber den anderen Fraktionen äußert, erteilt ihm der Oberbürgermeister einen Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll verwiesen).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu den einzelnen Wahlen.

1. Wahlen

Hinweis:
Wegen eines unaufschiebbaren dienstlichen Termins, gibt der Oberbürgermeister, nachdem er seine Wahlentscheidungen (soweit stimmberechtigt) getroffen hat, die Sitzungsleitung an die Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes ab.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
2532/2012

Wir haben die Nachbesetzung. Als Nachfolgerin von Herrn Stephan Otten im JHA wird Frau Judith Gövert vorgeschlagen.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Frau Judith Gövert

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: 2
Enthaltungen: --

Damit liegen 79 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 78
Nein: 1

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Herrn Stephan Otten als stellvertretendes, stimmberechtigtes Mitglied

Frau Judith Gövert

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie für den „DGB Jugend Köln – Bonn.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.2:

1.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2577/2012

Als Nachfolgerin von Frau Sina Werner im JHA wird Frau Rosemarie Ertunc vorgeschlagen. Dabei stimme ich nicht mit.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Frau Rosemarie Ertunc

Bei der geheimen Wahl werden 80 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: 2
Enthaltungen: --

Damit liegen 78 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 78
Nein: --

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Sina Werner

Frau Rosemarie Ertunc

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den „Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)“ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Ertunc

nimmt die Stellvertretung von Herrn Dr. Wolfgang Zaschke wahr.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.3:

1.3 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin und ihres Stellvertreters für den Stadtentwicklungsausschuss
2595/2012

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird als Nachfolgerin von Frau Marie-Theres Meuter im Stadtentwicklungsausschuss Frau Barbara Röttger-Schulz vorgeschlagen. Auch da stimme ich nicht mit.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik:

Als Sachkundige Einwohnerin:

Frau Barbara Röttger-Schulz

Als ihre Stellvertretung:

Herr Bahri Gülsen

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 78
Nein: 2

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Barbara Röttger-Schulz

als sachkundige Einwohnerin und

Herrn Bahri Gülsen

als ihre Stellvertretung in den Stadtentwicklungsausschuss gem. § 58 Abs. 4 GO NRW.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1.4:

1.4 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
2943/2012

Als Nachfolger von Herrn Wolfgang Wegener wird Herr Harald von der Stein bzw. Herr Christof Behr-Heyder vorgeschlagen. Auf dem Stimmzettel ist erkennbar, wen der Naturschutzbund als Ersten und wen als Zweiten vorgeschlagen hat.

Als Nachfolgerin von Herrn Werner Löwenstein wird entweder Frau Judith Langer, als erste Wahlempfehlung, oder Frau Bettina Boos vorgeschlagen.

Der Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 6. September die Wahl von Herrn von Stein und Frau Langer empfohlen.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Wegener:

a) Herrn Harald von der Stein

alternativ

b) Herrn Christof Behr-Heyder

Für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Löwenstein:

a) Frau Judith Langer

alternativ

b) Frau Bettina Boos

Bei der geheimen Wahl werden 82 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: 3
Enthaltungen: 4

Damit liegen 75 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

a) Herrn Harald von der Stein: 72 Stimmen

alternativ

b) Herrn Christof Behr-Heyder: 3 Stimmen

Für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Löwenstein:

a) Frau Judith Langer: 44 Stimmen

alternativ

b) Frau Bettina Boos: 32 Stimmen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Wegener auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.

Herrn Harald von der Stein.

Für das stellvertretende Beiratsmitglied Herrn Löwenstein

Frau Judith Langer

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 1.5:

1.5 Mitglieder des Institutsausschusses des Rhein. Studieninstituts für kommunale Verwaltung
2956/2012

Als Nachfolger von Herrn Giesen-Weirich wird Herr Jörg Dicken vorgeschlagen.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Herr Jörg Dicken

Bei der geheimen Wahl werden 82 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: --

Damit liegen 82 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 80
Nein: 2

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat bestellt gem. 113 Abs. 2 GO den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates

Herrn Jörg Dicken

als Vertreter der Stadt Köln im Institutsausschuss.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.6:

1.6 Bestellung von Opernintendantin Frau Dr. Birgit Meyer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln
3000/2012

Als Nachfolgerin von Herrn Laufenberg soll Frau Dr. Birgit Meyer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen bestellt werden. Der Betriebsausschuss hat den Vorschlag in seiner Sitzung am 4. September einstimmig angenommen.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Frau Dr. Birgit Meyer

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 77
Nein: 3

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln bestellt

Frau Dr. Birgit Meyer

mit sofortiger Wirkung und zunächst bis zum Ablauf der Spielzeit 2014/2015 als Opernintendantin in der Nachfolge von Herrn Uwe Eric Laufenberg zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 1.7:

1.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wechsel in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse Köln-Bonn
AN/1284/2012

Frau Laufenberg soll die Nachfolge von Herrn Houben antreten. Auf Antrag der FDP-Fraktion soll Herr Houben als Nachfolger von Frau Gebauer zum Mitglied der Zweckverbandsversammlung gewählt werden. Auf den frei gewordenen Platz von Herrn Houben soll dann Frau Laufenberg nachrücken.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der FDP-Fraktion:

Als Mitglied der Zweckverbandsversammlung:

Herr Reinhard Houben

Als Stellvertreterin für Herrn Ralph Sterck:

Frau Sylvia Laufenberg

Bei der geheimen Wahl werden 82 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: --

Damit liegen 82 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 77
Nein: 5

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Als Mitglied der Zweckverbandsversammlung wird

Herr Reinhard Houben, MdR

in Nachfolge von Frau Yvonne Gebauer und bisher Stellvertreter von Herrn Ralph Sterck, MdR, bestellt.

Frau Sylvia Laufenberg, MdR

wird an Stelle von Herrn Houben als Stellvertreterin für Herrn Ralph Sterck, MdR, bestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.8:

1.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales und im Rechnungsprüfungsausschuss
AN/1448/2012

Herr Richter soll als Nachfolger von Herrn Dr. Welpmann in den AVR gewählt werden. Herr Dr. Welpmann soll im Gegenzug als Nachfolger von Herrn Richter Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss werden. Stimmen Sie also mit Ja oder Nein.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Manfred Richter: Mitglied AVR
Mitglied IuK

Dr. Matthias Welpmann:
Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 79
Nein: 1

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

1. Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Der Rat benennt anstelle von Ratsmitglied Dr. Matthias Welpmann für diese Wahlperiode das Ratsmitglied

Manfred Richter

als Mitglied des Ausschusses Allgemeine Verwaltung u. Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR).

Herr Richter

wird zudem anstelle von Herrn Dr. Welpmann als Mitglied in den Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechnologien entsendet.

2. Rechnungsprüfungsausschuss

Der Rat benennt anstelle von Ratsmitglied Manfred Richter für diese Wahlperiode das Ratsmitglied

Dr. Matthias Welpmann

als Mitglied des Rechungsprüfungsausschusses.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.9:

1.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Ausschuss Schule und Weiterbildung
AN/1455/2012

Herr Gerson Wirth wird anstelle von Herrn Daniel Dahm als sachkundiger Einwohner bestellt.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herrn Gerson Wirth

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 79
Nein: 1

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt anstelle von Herrn Daniel Dahm als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herrn Gerson Wirth.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 1.10:

1.10 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2406/2012

Auch hier gibt es eine entsprechende Zustimmung zu der Ihnen vorgelegten Auflistung. In der neuen Fassung ist als Vertreter für den Sportausschuss Herr Michael Lohaus vorgesehen. Er kann dort nicht mehr kandidieren, weil er Mitglied der Verwaltung ist.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt.

Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender:

Ausschuss	***Sachkundige/r Einwohner/in***
Gesundheitsausschuss	*Michaela Diers Aidshilfe Köln*
Stadtentwicklungsausschuss	*Marco Malavasi LSVD*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Marco Malavasi LSVD*
Sozialausschuss	*Carolina Brauckmann Rubicon Beratungszentrum*
Sportausschuss	*Dagmar Ziege SC Janus*
AVR	*Markus Danuser KLuST e.V.*
Jugendhilfeausschuss	*Thomas Haas anyway*
Wirtschaftsausschuss	*Markus Danuser KLuST e.V.*

Ausschuss	***Vertreter/in***
Gesundheitsausschuss	*Thilo Fussen SchwIPS e.V.*
Stadtentwicklungsausschuss	*Sabine Arnolds LSVD*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Anni Hausladen Amigas*
Sozialausschuss	*Jochen Saurenbach Bartmänner e.V.*
Sportausschuss	*Armin Lohrmann Völklinger Kreis*
AVR	
Jugendhilfeausschuss	*Dagmar Ziege SC Janus*
Wirtschaftsausschuss	*Jochen Saurenbach Bartmänner e.V.*

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 76
Nein: 4

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:*

37. Sitzung vom 26. September 2012

Ausschuss	***Sachkundige/r Einwohner/in***
Gesundheitsausschuss	*Michaela Diers Aidshilfe Köln*
Stadtentwicklungsausschuss	*Marco Malavasi LSVD*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Marco Malavasi LSVD*
Sozialausschuss	*Carolina Brauckmann Rubicon Beratungszentrum*
Sportausschuss	*Dagmar Ziege SC Janus*
AVR	*Markus Danuser KLuST e.V.*
Jugendhilfeausschuss	*Thomas Haas anyway*
Wirtschaftsausschuss	*Markus Danuser KLuST e.V.*

Ausschuss	***Vertreter/in***
Gesundheitsausschuss	*Thilo Fussen SchwIPS e.V.*
Stadtentwicklungsausschuss	*Sabine Arnolds LSVD*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Anni Hausladen Amigas*
Sozialausschuss	*Jochen Saurenbach Bartmänner e.V.*
Sportausschuss	*Armin Lohrmann Völklinger Kreis*
AVR	
Jugendhilfeausschuss	*Dagmar Ziege SC Janus*
Wirtschaftsausschuss	*Jochen Saurenbach Bartmänner e.V.*

2. *Gleichzeitig hebt er die Entsendung der auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender mit Ratsbeschluss vom 23.03.2010 (Vorlage 0717/2010) gewählten sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf.*

3. *Die Mitgliedschaft der neu gewählten sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner im jeweiligen Fachausschuss endet mit der Wahl eines neuen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender.*

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.11:

1.11 RheinCargo GmbH u. Co. KG
Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
3365/2012

Hier gibt es eine Listenwahl. Liste 1 wird von Herrn Zimmermann, Herrn Koke, Herrn Frank und Herrn van Geffen gebildet. In Liste 2 wird von der FDP Herr Dietmar Repgen benannt.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Verwaltung:

Frau Beigeordnete Ute Berg

Vorschläge des Rates:

Liste 1 (SPD/CDU/Grüne):

1. Herr Michael Zimmermann (MdR.)
2. Herr Klaus Koke (MdR.)
3. Herr Jörg Frank (MdR.)
4. Herr Jörg van Geffen (MdR.)

Liste 2 (FDP)

Herr Dietmar Repgen

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: 1
Enthaltungen: 1

Damit liegen 79 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Liste 1: 68
Liste 2: 11

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1. Herr Michael Zimmermann (MdR.)
2. Herr Klaus Koke (MdR.)
3. Herr Jörg Frank (MdR.)
4. Herr Jörg van Geffen (MdR.)
5. Herr Dietmar Repgen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der der Häfen und Güterverkehr Köln AG vor, folgende 6 Mit-

glieder in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG zu entsenden:

1. Frau Beigeordnete Ute Berg

(gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln als Mitglied)

2. Herr Michael Zimmermann (MdR.)
3. Herr Klaus Koke (MdR.)
4. Herr Jörg Frank (MdR.)
5. Herr Jörg van Geffen (MdR.)
6. Herr Dietmar Repgen

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 1.12:

1.12 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Gremien
AN/1602/2012

Für den Aufsichtsrat der GEW Köln wird Frau Inge Halberstadt-Kausch vorgeschlagen. Als stellvertretendes Mitglied des Polizeibeirates soll Frau Polina Frebel benannt werden. Außerdem soll als Nachfolger von Herrn Dr. Fladerer Herr Wilfried Becker zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat der StEB gewählt werden. Auch da Ja oder Nein.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied des Aufsichtsrates der GEW Köln AG:

Frau Inge Halberstadt-Kausch

Stellvertretendes Mitglied des Polizeibeirates:

Frau Polina Frebel

Stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe:

Herrn Wilfried Becker

Bei der geheimen Wahl werden 82 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 2

Damit liegen 80 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 78
Nein: 2

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

1. Herr Michael Neubert scheidet aus dem Aufsichtsrat der GEW Köln AG aus.

Zu seiner Nachfolge schlägt der Rat der Stadt Köln der Hauptversammlung der GEW Köln AG

Frau Inge Halberstadt-Kausch

zur Wahl in den Aufsichtsrat vor.

2. In Nachfolge für Herrn Michael Neubert benennt der Rat

Frau Polina Frebel

zum stellvertretenden Mitglied des Polizeibeirates

3. In Nachfolge für Herrn Dr. Alexander Fladerer benennt der Rat

Herrn Wilfried Becker

zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 1.13:

1.13 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nach- und Umbesetzung in Ratsausschüssen
AN/1603/2012

Neues Mitglied im AVR soll nach dem Ausscheiden von Herrn Neubert Frau Halberstadt-Kausch werden. Frau Halberstadt-Kausch wird zudem anstelle von Frau Mucuk als Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgeschlagen. Schließlich soll Herr Wilfried Becker als Nachfolger von Herrn Dr. Fladerer sachkundiger Bürger im Umweltausschuss werden.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied im AVR:

Frau Inge Halberstadt-Kausch

Zweite stellvertretende Vorsitzende im AVR:

Frau Susana dos Santos-Herrmann

Mitglied im Ausschuss Schule und Weiterbildung:

Frau Inge Halberstadt-Kausch

Sachkundiger Bürger im Ausschuss

Umwelt und Grün:

Herrn Wilfried Becker

Bei der geheimen Wahl werden 80 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 79 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 77
Nein: 2

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Der Rat benennt in Nachfolge für Herrn Michael Neubert für diese Wahlperiode

Frau Inge Halberstadt-Kausch

zum Mitglied des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Frau Susana dos Santos-Herrmann

nimmt in Nachfolge für Herrn Michael Neubert die Funktion der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wahr.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Der Rat benennt anstelle von Frau Gonca Mucuk für diese Wahlperiode

Frau Inge Halberstadt-Kausch

zum Mitglied für den Ausschuss Schule und Weiterbildung

Ausschuss für Umwelt und Grün

Der Rat benennt in Nachfolge für Herrn Dr. Alexander Fladerer für diese Wahlperiode

Herrn Wilfried Becker
(Berrenrather Str. 420, 50937 Köln)

zum sachkundigen Bürger für den Ausschuss Umwelt und Grün.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1.14:

1.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Umbesetzung im Ausschuss Umwelt und Grün
AN/1604/2012

Herr Simon Burger wird anstelle von Herrn Michael Gybas als sachkundiger Einwohner in den Umweltausschuss entsandt.

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Als sachkundiger Einwohner des Ausschusses Umwelt und Grün:

Herrn Simon Burger

Bei der geheimen Wahl werden 80 Stimmen abgegeben:

Davon ungültig: --
Enthaltungen: 1

Damit liegen 79 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja: 78
Nein: 1

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt anstelle von Herrn Michael Gybas als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Umwelt und Grün

Herrn Simon Burger.

Hinweis:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 1.15:

1.15 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
AN/1610/2012

Herr Nijat Bakis soll anstelle von Herrn Dr. Manfred Hoffmann als sachkundiger Einwohner in den AVR entsandt werden.

Das sind die vor uns liegenden Wahlen. Wir können jetzt zur Abstimmung kommen. Ich bitte Sie, sich jeweils in Fünfergruppen – Sie werden entsprechend aufgerufen – in den Theodor-Heuss-Saal zu begeben und da die entsprechende Stimmabgabe vorzunehmen.

Wir müssen noch eine kleine Nachbenennung vornehmen. Ich schlage vor, dass sich die Stimmzähler – Frau Paffen, Herr Paetzold, Frau Manderla, Herr Marx, Herr Dr. Albach und Herr Görzel – schon in den Theodor-Heuss-Saal begeben; dann können Sie sich schon ein bisschen orientieren. Frau Kramp als Schriftführerin wird Sie gleich in der alphabetischen Reihenfolge, wie wir es kennen, aufrufen. Die Stimmzähler wählen zum Schluss.

Ich habe die Bitte, dass ich als Erster wählen darf, wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben, weil ich um 18:30 Uhr den Deutschen Archivtag, der seit 100 Jahren zum ersten Mal in Köln mit über 800 Teilnehmern stattfindet, eröffnen darf. Für die Zeit der Auszählung möchte ich mich dann durch Frau Scho-Antwerpes vertreten lassen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen.

(Namensaufruf)

Anmerkung:
Die Wahl findet gemäß Antrag der Fraktion pro Köln geheim statt:

Vorschlag der Fraktion Die Linke.:

Als sachkundiger Einwohner des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales:

Herrn Nijat Bakis

Bei der geheimen Wahl werden 81 Stimmen abgegeben:

Davon	*ungültig:*	*--*
	Enthaltungen:	*2*

Damit liegen 79 Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Ja:	*77*
Nein:	*2*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt anstelle von Dr. Manfred Hoffmann für den Rest der aktuellen Wahlperiode

Nijat Bakis

als Sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

Hinweise:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Wahl nicht teil.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes stellt nach Hinweis von Ratsmitglied Granitzka fest, dass die Mitglieder der Fraktion pro Köln, auf deren Veranlassung die Sondersitzung erforderlich wurde, die Ratssitzung noch vor Bekanntgabe der einzelnen Wahlergebnisse verlassen haben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zur Aktuellen Stun4de:

Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Für Transparenz – Gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -nahen Betrieben“

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ja.

37. Sitzung vom 26. September 2012

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Sitzungsleiterin! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie sind daran interessiert, dass wir jetzt in die Sacharbeit einsteigen, nachdem wir die Wahlen hinter uns gebracht haben.

Wir haben ein sehr interessantes Thema. Unsere Aktuelle Stunde heißt: „Für Transparenz – Gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -stadtnahen Betrieben“. In der letzten Woche hat das TV-Magazin *Frontal 21* einen Beitrag über Machenschaften bei städtischen Betrieben aufgegriffen. Wir haben – Sie sicherlich auch – sehr viele Rückmeldungen bekommen. Es wurde gefragt: Warum lässt der Stadtrat so etwas zu? Er ist im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung dafür zuständig.

Die stadteigenen Betriebe sind notwendig, damit die Stadtgesellschaft funktioniert und Aufgaben solidarisch erfüllen kann. All das fand früher im Rahmen der Stadtverwaltung statt. Man hat sich dann dazu entschlossen, es in anderen Betriebsformen fortzuführen. Dem Bürger wurde versprochen: Dann wird alles günstiger, effizienter und hat eine bessere Qualität. Das heißt, die Strompreise werden günstiger, Wasser wird günstiger, der Service bei der KVB wird verbessert.

Aber was erlebt der Bürger tatsächlich? Tatsächlich erlebt der Bürger: Alles wird teurer, Leistungen und Qualitätsstandards werden zurückgefahren. Eins aber wird nicht zurückgefahren, das sind die Gehälter. In den meisten Betrieben, die früher im Rahmen der Verwaltung organisiert wurden, gab es die höchste Beamtenstufe, zum Beispiel A 16 beim Sport- und Bäderamt. Das hatte seinen Sitz im Stadion. Die Räume sind jetzt leider verwaist, weil man den Bereich der Schwimmbäder aus diesem Amt herausgebrochen hat. Man hat eine GmbH gegründet, in den Stadtwerkekonzern eingegliedert und gesagt: Wenn wir da einen Geschäftsführer einsetzen, dann wird in den Schwimmbädern alles viel besser.

Auch der Geschäftsführer ist in der Sendung *Frontal 21* zu Wort gekommen. Die Aussagen waren leider nicht sehr überzeugend; das sollten wir im Sportausschuss noch einmal aufgreifen. Empörend und irritierend ist, dass dieser Geschäftsführer jetzt 200.000 € im Jahr verdient, um 15 Schwimmbäder zu verwalten. Das leuchtet niemandem mehr ein. Gleichzeitig haben wir ein Sportamt bzw. einen Sportausschuss, der fast überflüssig ist, weil der wichtige Bereich leider herausgebrochen ist.

Wir als Rat haben da eine Verantwortung. Es kann nicht sein, dass die Bürger immer mehr bezahlen müssen, sich das Schwimmen kaum noch leisten können. Schwimmen im Hallenbad in Köln kostet, wenn Sie nur eine halbe Stunde reingehen – denken Sie an die Rentner, die sich bewegen wollen, die unter der Entlastung von Wasser etwas für ihre Gesundheit tun wollen – 4,80 €. Denken Sie an eine Mutter mit Kind. Die kann sich das überhaupt nicht mehr leisten. Daran muss doch gedacht werden. Der Stadtrat kann doch nicht einfach so tun, als würde uns das nichts angehen.

(Beifall bei pro Köln)

Einige Kollegen sind interessegeleitet, es interessiert sie überhaupt nicht. Sie sitzen in den Aufsichtsräten. Es ist in der letzten Sitzung von dem Kollegen Wiener angesprochen worden. Da gibt es nicht mehr 17,50 € für eine Sitzung, sondern 500 €. Für 250 € machen die Leute, wie Herr Houben gesagt hat, noch nicht einmal den Briefumschlag auf. Das Phänomen ist, dass wir bei der GEW automatische Gehaltssteigerungen von 84.000 € haben, und Oma Meier kann sich das Heizen nicht mehr leisten.

(Beifall bei pro Köln)

Das sind Zustände, meine Damen und Herren, die wir nicht einfach ignorieren dürfen. Wir sind dafür verantwortlich, dass die Leistungen in der Stadt günstig angeboten werden, und zwar für jeden. Sie dürfen Ihren Auftrag nicht missbrauchen, um in die eigene Tasche zu wirtschaften.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben heute die Möglichkeit und die Zeit – darum haben wir es noch einmal vorgebracht, heute gibt es kein Freibier, kein Buffet –, konstruktiv darüber zu diskutieren. Ich hätte gerne von der Verwaltung eine Antwort auf meine Frage: Wie können wir all das transparenter machen? Wir machen einen konstruktiven Vorschlag: Wir fordern ein Vetorecht für den Rat bei allen Gehaltsabschlüssen über 100.000 €.

(Beifall bei pro Köln)

Das Problem ist nicht nur die Gehaltssumme, das Problem ist, dass Sie früher einen Verwaltungsmitarbeiter in dem Bereich hatten, und heute sind es auf einmal fünf. Das muss kontrolliert werden. Die Fraktion pro Köln freut sich, dass Sie ein so reges Interesse zeigen. Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge, wie wir die Leistungen für unsere Bürger verbessern können. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Ich sehe keine. Wir stimmen noch ab. Wer ist für den Antrag?

(Zurufe – Unruhe)

Markus Wiener (pro Köln): Es ist doch noch gar kein Antrag gestellt. Wir sind in der Aktuellen Stunde. Wenn keine anderen Wortbeiträge mehr kommen, beantragen wir, dass das in die zuständigen Ausschüsse überwiesen wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann hat sich das Thema erledigt.

Markus Wiener (pro Köln): Jetzt gibt es einen Antrag, Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir können aber trotzdem abstimmen.

Markus Wiener (pro Köln): Ja, jetzt schon. Richtig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wer ist dafür?

(Ursula Gärnter [CDU]: Für was?)

– Für die Überweisung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die Aktuelle Stunde ist erledigt!)

Lassen Sie uns abstimmen. Wer ist dafür? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das erledigt.

Zum Schluss lasse ich darüber abstimmen, dass sich die Sache erledigt hat. Wer ist dafür, dass sich die Sache erledigt hat? – Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Dann ist das sehr deutlich.

Es wird noch ausgezählt, das wird noch ungefähr eine Dreiviertelstunde dauern. Zur Verkündung des Ergebnisses werde ich dann läuten.

Jetzt unterbrechen wir die Sitzung. – Danke schön.

(Unterbrechung von 18.24 Uhr bis 19.00 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Hiermit eröffne ich um 19 Uhr wieder die Sitzung und verkünde das Ergebnis der Wahl, die wir eben vollzogen haben.

Ich beginne mit Tagesordnungspunkt 1.1 und gebe bekannt, dass Frau Judith Gövert in den Jugendhilfeausschuss gewählt worden ist. Jetzt gebe ich das genaue Ergebnis bekannt: Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig 2, Enthaltungen keine, Anzahl gültige Stimmen 79. Davon entfallen auf Ja 78, auf Nein 1.

Tagesordnungspunkt 1.2: Ich gebe bekannt, dass Frau Rosemarie Ertunc als stellvertretendes, beratendes Mitglied für Jugendhilfe und Schule e. V. in den Jugendhilfeausschuss gewählt worden ist. Anzahl der abgegebenen Stimmen 80, davon ungültig 2, Enthaltungen keine, Anzahl der gültigen Stimmen 78. Davon entfallen auf Ja 78 und damit keine auf Nein.

Tagesordnungspunkt 1.3: Frau Barbara Röttger-Schulz ist als sachkundige Einwohnerin und Herr Bahri Gülsen als ihr Stellvertreter in den Stadtentwicklungsausschuss gewählt worden. Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen damit 80. Davon entfallen auf Ja 78, auf Nein 2.

Tagesordnungspunkt 1.4: Gewählt wurden Herr Harald von der Stein als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herr Wegener und Frau Judith Langer als Nachfolgerin für das stellvertretende Beiratsmitglied Herr Löwenstein. Anzahl der abgegebenen Stimmen 82, ungültig keine, Enthaltungen keine, Anzahl der gültigen Stimmen damit 82. Davon entfallen – in der Nachfolge von Herrn Wegner – auf Herrn Harald von der Stein 72, auf Herrn Christof Behr-Heyder 3 und – in der Nachfolge von Herrn Löwenstein – auf Frau Judith Langer 44 Stimmen, auf Frau Bettina Boos 32 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 1.5: Der Rat bestellt den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats, Herrn Jörg Dicken, als Vertreter der Stadt Köln im Institutsausschuss. Anzahl der abgegebenen Stimmen 82, ungültig keine, Enthaltungen keine, Anzahl der gültigen Stimmen 82. Davon

entfallen auf Ja 80 Stimmen, auf Nein 2 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 1.6: Der Rat der Stadt Köln bestellt Frau Dr. Birgit Meyer mit sofortiger Wirkung und zunächst bis zum Ablauf der Spielzeit 2014/2015 als Opernintendantin. Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 80. Davon entfallen auf Ja 77 Stimmen, auf Nein 3 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 1.7: Der Rat bestellt Herrn Reinhard Houben in Nachfolge von Frau Yvonne Gebauer und Frau Sylvia Laufenberg anstelle von Herrn Houben als Stellvertreterin für Herrn Ralf Sterck. Anzahl der abgegebenen Stimmen 82, ungültig keine, Enthaltungen keine, Anzahl der gültigen Stimmen 82. Davon entfallen auf Ja 77, auf Nein 5.

Tagesordnungspunkt 1.8: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/ Internationales. Der Rat benennt anstelle von Ratsmitglied Dr. Welpmann für diese Wahlperiode das Ratsmitglied Manfred Richter als Mitglied des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR). Herr Richter soll zudem anstelle von Herrn Dr. Welpmann als Mitglied in den Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechnologien entsendet werden.

Rechnungsprüfungsausschuss: Der Rat benennt anstelle von Herrn Manfred Richter für diese Wahlperiode das Ratsmitglied Dr. Matthias Welpmann als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 80. Davon entfallen auf Ja 79, auf Nein 1.

Tagesordnungspunkt 1.9: Der Rat benennt anstelle von Herrn Daniel Dahm als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Schule und Weiterbildung Herrn Gerson Wirth. Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 80. Davon entfallen auf Ja 79 und auf Nein 1.

Tagesordnungspunkt 1.10: Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: siehe vorgegebene Liste. Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, davon ungültig keine, Enthaltungen eine. Davon entfallen auf Ja 76, auf Nein 4.

Tagesordnungspunkt 1.11: Der Rat schlägt der Häfen und Güterverkehr Köln AG vor, folgende sechs Mitglieder in den Aufsichtsrat der Rhein-Cargo GmbH & Co. KG zu entsenden: erstens Frau Berg, zweitens Herrn Michael Zimmermann, drittens Herrn van Geffen, viertens Herrn Koke, fünftens Herrn Frank und sechstens Herrn Repgen. Auszählung: Anzahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig eine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 79. Davon entfallen auf Liste 1 68 Stimmen und auf Liste 2 11 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 1.12: Erstens. Herr Michael Neubert scheidet aus dem Aufsichtsrat der GEW Köln AG aus. Zu seiner Nachfolge schlägt der Rat der Stadt der Hauptversammlung Frau Inge Halberstadt-Kausch zur Wahl in den Aufsichtsrat vor.

Zweitens. In Nachfolge von Herrn Michael Neubert benennt der Rat Frau Polina Frebel zum stellvertretenden Mitglied des Polizeibeirates.

Drittens. In Nachfolge von Herrn Dr. Fladerer benennt der Rat Herrn Wilfried Becker zum stellvertretenden Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe.

Anzahl der abgegebenen Stimmen 82, ungültig keine, Enthaltungen 2, Anzahl der gültigen Stimmen 80. Davon entfallen auf Ja 78, auf Nein 2.

Tagesordnungspunkt 1.13: Erstens. Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen. In Nachfolge von Herrn Neubert für diese Wahlperiode wird Frau Inge Halberstadt-Kausch zum Mitglied des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen benannt. Frau Susana dos Santos Herrmann nimmt in Nachfolge für Herrn Michael Neubert die Funktion der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wahr.

Zweitens. Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Der Rat benennt anstelle von Frau Gonca Mucuk für diese Wahlperiode Frau Inge Halberstadt-Kausch zum Mitglied für den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Drittens. Der Rat benennt in Nachfolge von Herrn Dr. Fladerer für diese Wahlperiode Herrn Wilfried Becker zum sachkundigen Bürger für den Ausschuss Umwelt und Grün.

Anzahl der abgegebenen Stimmen 80, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 79. Davon entfallen auf Ja 77, auf Nein 2.

Tagesordnungspunkt 1.14: Der Rat benennt anstelle von Herrn Michael Gybas als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Umwelt und Grün Herrn Simon Burger. Anzahl der abgegebenen Stimmen 80, ungültig keine, Enthaltungen eine, Anzahl der gültigen Stimmen 79. Davon entfallen auf Ja 78, auf Nein 1.

Tagesordnungspunkt 1.15: Der Rat benennt anstelle von Dr. Manfred Hoffmann für den Rest der aktuellen Wahlperiode Nijat Bakis als sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales. An-zahl der abgegebenen Stimmen 81, ungültig keine, Enthaltungen 2, Anzahl der gültigen Stimmen 79. Davon entfallen auf Ja 77 Stimmen, auf Nein 2 Stimmen.

Damit habe ich alle Ergebnisse verkündet. – Herr Granitzka hat das Wort. Bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Wir danken Ihnen erst einmal herzlich für Ihre Geduld, die Sie aufgebracht haben, um all das vorzulesen.

Zweitens bitte ich, für das Protokoll festzuhalten, dass die Fraktion, die die geheime Abstimmung beantragt hat, überhaupt nicht mehr im Saal ist.

(Beifall)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Granitzka. Damit haben Sie mir den Punkt schon vorweggenommen. Das wird selbstverständlich in das Protokoll aufgenommen. Ich halte das auch für sehr wichtig.

I. Der Rat beschließt gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen (GeschO), die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Der Rat erklärt die Sache gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) GeschO als erledigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich danke Ihnen allen sehr herzlich, dass Sie bis 19.13 Uhr hiergeblieben sind und das Ergebnis zur Kenntnis genommen haben.

Hiermit schließe ich um 19.13 Uhr die Sitzung.

Herzlichen Dank und noch einen schönen Abend.

(Schluss: 19.13 Uhr)

38. Sitzung

vom 15. November 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Pannenserie bei der Firma Shell“

AN/1759/2012
(zurückgezogen)

1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“

AN/1800/2012

2. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig

hier: Schenkung von 6 Zeichnungen des Künstlers Prof. Siegfried Anzinger

3641/2012

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung: Überprüfung städtischer Mitgliedschaften“

AN/1778/2012

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine Klüngelpartys während der Ratssitzung im Consilium“

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“

AN/0975/2012

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“

AN/1780/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln

AN/1793/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1799/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

AN/1820/2012

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Transparente Darstellung der städtischen Leistungen und Gebühren“

AN/1773/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1824/2012

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Free Tommy Robinson“ – Für Meinungsfreiheit, Toleranz und Demokratie in ganz Europa“

AN/1774/2012

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Zwischennutzung städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte“

AN/1698/2012

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Öffentliches Symposium mit dem Berliner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, Autor des Buches „Neukölln ist überall“

AN/1771/2012

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Baulückenprogramm erhalten“

AN/1775/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Reduzierung der Dezernate“

AN/1772/2012
(zurückgezogen)

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Hilfe für Opfer von Zwangsheiraten“

AN/1770/2012

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013“

AN/1589/2012

Antwort der Verwaltung vom 15.11. 2012

3739/2012

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Altkleidercontainer im Kölner Stadtgebiet“

AN/1742/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.11. 2012

3998/2012

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verzögerungen bei der Öffnung der Gleueler Straße“

AN/1804/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.11. 2012

4140/2012

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung

3455/2012

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln

(Parkgebührenordnung)

1306/2012

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012

3982/2012

8. Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Genehmigung von überplanmäßiger Auszahlung

3653/2012

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe

hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen

0637/2012
(zurückgezogen)

10.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz

hier: Planungsbeschluss zur Nachrüstung von Aufzügen sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz – Einbau von Auf.

2303/2012

10.3 Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Planungsbeschluss für die Bahnsteiganhebung an der Haltestelle Venloer Straße/Gürtel, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-2-6010

Hst. Venloer Str./ Gürtel – B.anhebung

2575/2012

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln

2920/2012
(zurückgezogen)

10.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens

hier: Beschaffungsbedarf zur Lieferung von Ersatzteilen für Parkscheinautomaten

2951/2012

10.6 Stadtentwässerungsbetrieb Köln, AöR (StEB), Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln

3241/2012

10.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens

hier: Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln

3357/2012

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

Wirtschaftsplan 2013

3422/2012

10.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2011 des Gürzenich-Orchesters Köln

3498/2012

10.10 Feuerwehrtopf Förderkonzepte

hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen

3460/2012

10.11 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse

3386/2012

10.12 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013

3298/2012

10.13 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln

3142/2012
(zurückgezogen)

10.14 Abschluss von Ergebnisabführungsverträgen zwischen der Sparkasse Köln-Bonn und 100%-igen Tochtergesellschaften

3664/2012

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010

3226/2012

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

3224/2012

10.17 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3515/2012
(zurückgezogen)

10.18 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen

0321/2012
(zurückgezogen)

10.19 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2925/2012

10.20 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2012

2579/2012

10.21 Ankauf eines Kunstwerks für das Museum Ludwig

4070/2012

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes

hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss

1137/2012

11.2 189. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim

Arbeitstitel: Schanzenstraße-Nord in Köln-Mülheim

hier: Feststellungsbeschluss

3451/2012

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65362/02

Arbeitstitel: Südstraße in Köln-Meschenich, 1. Änderung

2446/2012

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03

Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden,

2. vereinfachte Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch westlich Ignystraße

2758/2012

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67441/09

Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln Altstadt/Süd

3559/2012

13. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim

Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße

2601/2012

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/ Nord

Arbeitstitel: 3. Änderung nördlich S-Bahn/Eigelstein

2604/2012

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2840/2012

17. Wahlen

17.1 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln

2627/2012

17.2 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes, Wechsel der Vertretung und Vorschlag zur Neuwahl

3413/2012

17.3 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses

3416/2012

17.4 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses

3507/2012

17.5 Bestellung des kommissarischen Museumsdirektors Herrn Dr. Roland Krischel zum kommissarischen geschäftsführenden Betriebsleiter des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud

3548/2012

17.6 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

3665/2012

17.7 MÜLHEIM 2020

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat

3393/2012

17.8 Akademie der Künste der Welt gGmbH

hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

3112/2012

17.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Bestellung von Herrn Frank Höller zum geschäftsführenden Betriebsleiter

2941/2012

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für die Häfen und Güterverkehr Köln AG“

AN/1798/2012

17.11 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur

4087/2012

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der NEC Display Solutions Europe GmbH, München, zur Unterstützung der Sonderausstellung „David Hockney. A Bigger Picture“ im Museum Ludwig

3456/2012

18.2 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe

3465/2012

19. …

Anwesend waren:

Vorsitzender: *Oberbürgermeister Jürgen Roters*

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Bezirksbürgermeister: *Wirges, Josef; Schößler, Bernd*

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.*

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenografen:
Herr Becker
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Görzel, Volker; Schöppe, Bernd; Uckermann, Jörg;*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Hupke, Andreas; Homann, Mike; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus*

(Beginn: 15.41 Uhr – Ende: 19.49 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 38. Sit-

zung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich.

Ein ganz besonders herzliches Willkommen gilt auch den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 der Ursulinenrealschule und der Katharina-Henoth-Gesamtschule, die sich auf der Tribüne befinden und die wir mit einem Beifall begrüßen wollen.

(Beifall)

Diese Schülerinnen und Schüler werden in drei Wochen, am 5. Dezember, dem Tag der Jugend im Rathaus, hier anwesend sein und dann selbst als Ratsmitglieder Anträge stellen und Entscheidungen treffen. Ich wünsche Ihnen und uns allen eine spannende Sitzung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Görzel heute entschuldigt. Nicht anwesend ist Herr Uckermann.

(Zurufe: Oh!)

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Noack, Herrn Dr. Schlieben, Frau Hoyer, Frau Paffen, Frau Nesseler-Komp und Frau Kirchmeyer.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: zum einen ein CDU-Antrag vom 30. Oktober und zum anderen ein Antrag von der FDP vom 9. Oktober. Wie Sie wissen, ist in der Geschäftsordnung nur eine Aktuelle Stunde vorgesehen. Deshalb frage ich: Gibt es dazu Erklärungen? – Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei unserem Thema ging es um die Lecks bei der Shell, den Ölteppich und anderes mehr. Darüber ist in der Bezirksvertretung Rodenkirchen sehr ausführlich erörtert worden. Es ist dann in den Ausschuss Umwelt und Grün verschoben worden und wurde dort in sehr nachdenklicher Weise beraten und untersucht. Von daher erübrigt sich das. Alle Fraktionen, die dort beteiligt waren, waren mit diesen Beratungen und den Ergebnissen zufrieden, sodass wir unseren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zurückziehen können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. – Damit verbleibt nur noch ein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde. Gibt es Gegenstimmen gegen die Durchführung einer Aktuellen Stunde auf der Grundlage des FDP-Antrages? Ich bitte um das Handzeichen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Dann wird die Aktuelle Stunde zu dem von der FDP beantragten Thema durchgeführt.

Wir kommen jetzt zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.3, 10.21, 17.9, 17.10 und 17.11 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.5. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.4, 10.13, 10.17 und 10.18. Weiterhin ist mir mitgeteilt worden, dass die Fraktion pro Köln ihren Antrag unter 3.1.10 zurückzieht. Ist das richtig?

(Zustimmung von Markus Wiener [pro Köln])

- Ich sehe Kopfnicken. – Punkt 3.1.10 ist ebenfalls zurückgezogen. Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? – Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.1, Haushaltskonsolidierung, zu behandeln.

Des Weiteren liegt ein Antrag der Fraktion pro Köln auf geheime Abstimmung vor. Dies betrifft alle Tagesordnungspunkte unter Punkt 17, Wahlen. Wird dieser Antrag aufrechterhalten? – Es muss nicht sein; wir reißen uns nicht darum.

Markus Wiener (pro Köln): Dieser Antrag ist mir in der Form nicht bekannt, und er wird auch nicht aufrechterhalten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. – Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen. Gibt es gegenteilige Meinungen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder

Herrn Noack, Herrn Dr. Schlieben, Frau Hoyer, Frau Paffen, Frau Nesseler-Komp und Frau Kirchmeyer vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde fristgerecht vorgelegt worden seien. Es handelt sich um die Punkte:

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Pannenserie bei der Firma Shell“
AN/1759/2012

und

1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“
AN/1800/2012

Ratsmitglied Granitzka nimmt im Namen seiner Fraktion Bezug auf TOP 1.1. Er erklärt, dass die Angelegenheit bereits in den Sitzungen der Bezirksvertretung Rodenkirchen und des Ausschusses Umwelt und Grün erörtert worden seien. Damit erübrige sich die heutige aktuelle Stunde zu diesem Thema, seine Frak-tion ziehe aus diesem Grunde die Angelegenheit zurück.

Der Rat spricht sich danach einvernehmlich dafür aus, dass Thema der FDP-Fraktion in der heutigen Sitzung zu behandeln.

III Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verzögerungen bei der Öffnung der Gleueler Straße“
AN/1804/2012

10. Allgemeine Vorlagen

10.21 Ankauf eines Kunstwerks für das Museum Ludwig
4070/2012

17. Wahlen

17.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Herrn Frank Höller zum geschäftsführenden Betriebsleiter
2941/2012

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für die Häfen und Güterverkehr Köln AG“
AN/1798/2012

17.11 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur
4087/2012

24. Allgemeine Vorlagen

24.5 Teilnahme am geplanten Rahmenvertrag des KDN mit der Fa. Oracle und beabsichtigte Bestellung neuer Datenbanklizenzen
3857/2012

Absetzungen

10. Allgemeine Vorlagen

10.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe

hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln
2920/2012

10.13 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
3142/2012

10.17 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3515/2012

10.18 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012

IV. Der Oberbürgermeister erklärt, ihm sei aus der Fraktion pro Köln mitgeteilt worden, dass sie ihren Antrag unter TOP 3.1.10 betreffend „Reduzierung der Dezernate“ für die heutige Sitzung zurückziehe. Ratsmitglied Wiener bestätigt diese Aussage.

V. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Punkte

1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“
AN/1800/2012

und

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung: Überprüfung städtischer Mitgliedschaften“
AN/1778/2012

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister erklärt, dass ihm aus der Fraktion pro Köln angekündigt worden sei, für alle Wahlen geheime Durchführung beantragen zu wollen. Ratsmitglied Wiener entgegnet, dass ihm dieser Antrag nicht bekannt sei, dieser aber auch nicht aufrecht erhalten wird.

VII. Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einvernehmlich zu.

1. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Pannenserie bei der Firma Shell“
AN/1759/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen worden (siehe hierzu auch Ziffer II vor Eintritt in die Tagesordnung)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Aktuellen Stunde in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 3.1.1.

1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“
AN/1800/2012

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung: Überprüfung städtischer Mitgliedschaften“
AN/1778/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einleitend die Vorbemerkung: Nach der Vorstellung der Einsparvorschläge des Stadtvorstandes kann ich konstatieren: Erstens. Die Haushaltslage der Stadt Köln ist noch ernster als zum Zeitpunkt der Antragstellung der FDP auf Durchführung der Aktuellen

Stunde zu diesem Thema. – Zweitens. Damit es überhaupt zu einer Einsparliste kam, mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei bis hin zur Amtsleitung Außerordentliches leisten; da war an Urlaub nicht zu denken. Meine Fraktion zollt dieser Arbeit ihren Respekt. Bitte geben Sie unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, Herr Oberbürgermeister!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei sind bestimmt nicht der Adressat unserer Kritik. Unsere Kritik zielt vielmehr auf das handwerkliche Vermögen der Kämmerin ab, mit der Haushaltskrise umzugehen. Sie baut Luftschlösser und will uns diese als Realität verkaufen. Wir fragen uns: Wann werden sie zerplatzen? Nach Adam Riese ist eins plus eins gleich zwei. Verehrte Frau Klug, ich habe die ernsthafte Sorge, Sie glauben wirklich daran, dass Sie mit Powerpoint-Präsentationen doch noch eine drei daraus machen können.

(Beifall bei der FDP)

Dazu ein Beispiel: Genau vor 20 Wochen haben wir hier in diesem Hause den Haushalt 2012 verabschiedet. Dieser Haushalt sah in der mittelfristigen Finanzplanung für 2013 ein Defizit in Höhe von 240 Millionen Euro vor. Nun wird uns wieder eine mittelfristige Finanzplanung für das kommende Jahr präsentiert. Diese Planung sieht ohne Einsparungen für 2013 ein Defizit von astronomischen 419 Millionen Euro vor. Das heißt: weitere ungedeckte Mehrausgaben von 179 Millionen Euro für 2013 seit der Haushaltsverabschiedung im Juni. Aber auch alle anderen Zahlenangaben sind nur die rosa Hülle eines Knallbonbons. Übrig bleibt nur Schall und Rauch.

Der Haushalt 2012 ist aus den Fugen geraten. Statt der beschlossenen 219 Millionen Euro beträgt das Defizit jetzt 330 Millionen Euro, Tendenz steigend. Auch in den kommenden Jahren wird das Defizit bei weit über 300 Millionen Euro liegen. Damit steht Köln mit beiden Beinen in einem Nothaushalt. Das ist die Realität: nackte, schonungslose, unbarmherzige Zahlen!

Und was macht unsere Kämmerin? Sie macht wieder eine Powerpoint-Präsentation, und mit einem Klick sind alle Sorgen weg. Mit fiktiven Ausgabekürzungen, hinter denen keine realen Einsparungen stehen, wird Köln bis 2017 unter die 5-Prozent-Grenze der Entnahme aus der Rücklage gedrückt. Nur, bei 2013 versagte wohl das Programm, da bleibt Köln nämlich oberhalb dieser 5-Prozent-Grenze. Das ist eine schöne, aber eine virtuelle Realität. Im wahren Leben, meine Damen und Herren, sind aber all diese Schulden immer noch da.

Wohl weil die Bezirksregierung mit dieser Art der Aufstellung eines Doppelhaushaltes für 2013 und 2014 nicht zu überzeugen gewesen wäre, musste dann doch ein Sparprogramm mit realen Zahlen für diese Jahre her. Das vorgestellte Sparprogramm ist schmerzlich, aber viel zu mager. Nach Ihren eigenen Angaben, nach Angaben des Stadtvorstandes, sind für das Jahr 2013 Einsparungen in Höhe von 102 Millionen Euro und für das Jahr 2014 weitere 70 Millionen Euro nötig, um nicht in den Nothaushalt zu fallen. Das macht nach Adam Riese – ich hoffe, dass der Mann auch für Sozialdemokraten unverdächtig ist – 172 Millionen Euro. Die Sparliste führt für 2013 aber nur Einsparungen in Höhe von 40,9 Millionen Euro auf. Das sind nur 40 Prozent der benötigten Summe, meine Damen und Herren. Für 2015 sind sogar nur 25 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Erfüllungsquote von schlappen 36 Prozent. Es fehlen, wiederum nach Adam Riese, in den Jahren 2013 und 2014 Einsparungen in Höhe von 105 Millionen Euro, um dem Nothaushalt zu entkommen. Bei dem Klick in der Powerpoint-Präsentation sah das natürlich anders aus.

Hören wir auf, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns selbst zu belügen und uns an Grafiken zu berauschen, die mit der wahren Realität nichts zu tun haben! Wir stehen aufgrund der Haushaltssituation vor einer großen Herausforderung. Werden wir uns dem Ernst der Lage endlich bewusst! Was wir in Köln wieder brauchen, ist Wahrheit und Klarheit in der Haushaltsführung, und dazu ruft die FDP-Fraktion in dieser Aktuellen Stunde auf. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe das Wort an Frau Stadtkämmerin Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Breite, der Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde lautete: „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Ge-

werbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“, und dazu, lieber Herr Breite, möchte ich mich äußern.

Es sind in der Vergangenheit einige Behauptungen aufgestellt worden, die so nicht stehen bleiben können; denn sie zeichnen ein falsches Bild von der Situation unseres Kölner Haushalts. Insbesondere zeichnen sie auch ein falsches Bild dessen, was sich geändert hat zwischen der Verabschiedung des Haushalts 2012 und der Einbringung des Doppelhaushaltes 2013/2014 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung, die am 18. Dezember erfolgen wird.

In der Tat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sowohl die Aufstellung eines Haushaltes als auch der Haushaltsvollzug ein dynamischer Prozess. Und in der Tat ist auf *keiner* politischen Ebene die Entwicklung der Dynamik dieses Prozesses so stark abhängig von dem, was die Konjunktur uns bringt oder nicht bringt, wie auf kommunaler Ebene.

In der Tat haben wir letzten Montag im Finanzausschuss über eine Summe von 100 Millionen Euro diskutiert, die als Verschlechterung in der Haushaltsplanung dieses Jahres eingetreten ist: eine Gewerbesteuerrückzahlung – für den Profi, die Kämmerin, eine bedauerliche, aber nicht auszuschließende Entwicklung, die etwas mit der Dynamik des Haushaltes zu tun hat, für die Öffentlichkeit natürlich ein erklärungsbedürftiger Tatbestand. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stehe nicht an, weitere Informationen über die Entwicklung des Haushaltes zu geben. Denn mir ist es eine Verpflichtung, Wahrheit und Klarheit die Ehre zu geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Danke sehr.

100 Millionen Euro sind kein Pappenstiel. Und auch der Haushalt der Stadt Köln muss damit ringen, diese zusätzliche Belastung einzubringen. Der Stadtvorstand hat sich – Herr Breite, Sie haben die Kommunikation eben als „Powerpoint-Präsentation“ diffamiert – mit diesen Problemen auseinandergesetzt und in der Tat Maßnahmen vorgeschlagen. Wir haben zwar in der letzten mittelfristigen Finanzplanung zum Teil noch pauschalierte Maßnahmen vorgestellt dürfen – darüber haben wir uns bereits im Juni ausführlich auseinandergesetzt -; die von uns jetzt vorgestellten Maßnahmen sind jedoch sehr viel konkreter. Diese werden wir alle gemeinsam vor der Öffentlichkeit zu vertreten haben. Sie sind notwendig, um ein scharfes, aber notwendiges Konsolidierungsprogramm auf die Beine stellen zu können.

In der Tat ist es so, dass wir auch die genannte Summe stemmen müssen. Und in der Tat werden wir den Haushalt so einbringen, wie wir es jetzt angekündigt haben. Wie Sie am letzten Montag – Sie waren ja anwesend – genau gehört haben, handelt es sich um eine Skizzierung verschiedener Schwerpunktmaßnahmen. Das sind aber noch längst nicht alle Maßnahmen.

Ich will auf eine weitere Verschlechterung der Haushaltssituation eingehen, die wir kurzfristig – das betrifft vor allem das Haushaltsjahr 2013, in dem wir die 5-Prozent-Grenze der Rücklageentnahme nach derzeitiger Planung überschreiten – bewältigen und für die wir Maßnahmen ergreifen müssen. Dabei handelt sich um die bilanzielle Behandlung des StEB-Trägerdarlehens. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch diese Bereinigung ist noch in der Öffentlichkeit. Sie muss noch stattfinden; denn wir haben uns bisher nur im Finanzausschuss und noch nicht hier darüber unterhalten. Es gibt zum StEB-Trägerdarlehen einen Vermerk aus dem Jahr 2008. Ich habe im letzten Finanzausschuss dazu vorgetragen, wie wir es in der Vergangenheit behandelt haben und wie wir künftig damit umgehen müssen.

Nachdem uns das Rechnungsprüfungsamt davon in Kenntnis setzte – übrigens war das kein Thema bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz im Rechnungsprüfungsausschuss; an den Sitzungen habe ich ja bereits seit Ende 2010 teilgenommen –, haben wir diese 70 Millionen Euro, die zu bereinigen waren, als Mindereinnahme in der Haushaltsplanung 2013 ff. für das Jahr 2013 mit 70 Millionen Euro und für das Jahr 2014 mit 14 Millionen Euro berücksichtigt. Auch das ist mit in unsere mittelfristige Finanzplanung eingeflossen, und auch das wird durch Minderausgaben kompensiert. Das Maßnahmenpaket des Stadtvorstandes reagiert eben auf die aktuelle Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir haben am letzten Montag die Planungen für den Haushalt vorgestellt. Schwerpunkt war der Doppelhaushalt 2013/2014 und die daran anschließende mittelfristige Finanzplanung. Selbstverständlich unterliegt dieses Zahlenwerk der gesellschaftlichen Realität; das heißt: Entwicklung und Haushaltsdynamik. In Kenntnis dieses Zahlenwerks werden Sie feststellen, dass die 5-Prozent-Grenze für uns eine Anregung ist, unsere Konsolidierungsanstrengungen hier und

heute auch unter dem Eindruck der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung zu verstärken.

Ich glaube, es ist ein Luxusproblem, der Kämmerin oder dem Oberbürgermeister vorzuwerfen, die Dynamik des Haushalts zu verkennen. Darum kann es jetzt nicht gehen. Wir stehen in einer Zeit, wo wir gegenläufige Tendenzen haben: zum einen geht es der Wirtschaft schlechter, und die Gewerbesteuereinnahmen gehen zurück; zum anderen wachsen die Sozialausgaben.

(Zurufe von der FDP – Henk van Benthem [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Und beides muss auf kommunaler Ebene mit den Mitteln der Kommune kompensiert werden.

Deswegen – ich komme zum letzten Punkt – ist es hanebüchen, dass die FDP-Fraktion immer noch der Meinung ist, wir sollten froh darüber sein, dass die Satzung der Kulturförderabgabe, auch „Bettensteuer“ genannt, für nichtig erklärt wurde. Ich finde, heute kann es sich keine Kommune mehr leisten, auf ihre Steuerfindungsrechte zu verzichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegenteil, wir müssen weiterhin jede Möglichkeit ergreifen. Deswegen wird es eines nicht geben: dass wir uns hier kampflos zurückziehen. Wir werden weiterhin daran festhalten und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen,

(Ulrich Breite [FDP]: Die sind doch ausgeschöpft!)

um die kommunalen Einnahmemöglichkeiten zu verbessern und zu verstärken. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe das Wort Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Seitdem die Stadtspitze vor wenigen Tagen die Eckpunkte für den Haushaltsentwurf 2013 vorgelegt hat, haben wir eine Menge Forderungen gehört, die alle in eine Richtung zielen: Wo bleibt eigentlich der große Wurf? Wer ist jetzt der Retter bzw. die Retterin, die endlich zeigen können, wo es wirklich langgeht? Ich finde, mit dieser Begrifflichkeit muss man beginnen; denn all diejenigen, die jetzt lautstark den großen Wurf fordern, sind entweder grenzenlos naiv oder versuchen aus politischen Gründen, die Hürde bewusst so hoch zu legen, dass ein Scheitern per se vorprogrammiert ist.

Wir alle wissen doch: Nicht nur über Köln, sondern über alle Kommunen der Republik schwappt seit vielen Jahren eine Sparwelle nach der anderen. Es wäre doch vermessen, zu glauben, die heutige Politikergeneration, die heutige Verwaltungsgeneration wäre so viel klüger als alle anderen Generationen vor uns, man müsse uns nur mal heranlassen, oder es sei nur eine Frage des politischen Willens oder des Mutes, dann würden wir ganz leicht den Stein der Weisen finden.

Ich finde, zur Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Selbstkritik gehört auch dazu, zuzugeben: Nein, wir sind nicht klüger als die anderen, wir sind nicht besser als diejenigen, die das vor uns viele Jahre und Jahrzehnte versucht haben. Auch wir, wir alle miteinander, sei es im Rat, in der Verwaltung oder in der Bürgerschaft, kochen nur mit Wasser. Wir müssen trotz der großen Fesseln, die uns angelegt worden sind, das Bestmögliche daraus machen. Deswegen rufe ich denen, die nach dem großen Wurf schreien, zu: Lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

- Daran habe ich keinen Zweifel, Herr Kollege Houben.

(Beifall bei der FDP)

Sie alle wissen, dass allein in unserem städtischen Haushalt weit über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr an Sozialtransferleistungen enthalten sind, die schlicht und einfach in kommunale Haushalte nicht hineingehören; denn dabei geht es um die Folgen allgemeiner Lebensrisiken, die eigentlich vom Bund getragen werden müssten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen reden die Länder und Kommunen ja auch so intensiv darüber. Diese Sozialtransferkosten in Höhe von jährlich mehr als einer halben Milliarde Euro hängen auch der Stadt Köln wie ein Mühlstein um den Hals und machen uns das Leben schwer, wenn wir versuchen, uns freizuschwimmen.

38. Sitzung vom 15. November 2012

Ich habe schon in meiner Rede zur Haushaltsverabschiedung 2012 gesagt: Es sind fast 80 Millionen Euro jedes Jahr, die die Stadt Köln schuldenfinanziert in den Solidarpakt Ost einzahlen muss. Auch das ist ein Punkt, der in Zukunft verändert werden muss. Oder: Es werden 60 Millionen Euro weniger Erträge erzielt, weil der Bund seit 2008 allein 14 steuerentlastende Gesetze beschlossen hat. Dafür haben wir hier in Köln eine Zeche im Wert von etwa 60 Millionen Euro zu zahlen. Und dies sind nur zwei Beispiele von vielen, worüber andere auf hohen Ebenen zwar die Klappe aufreißen und Dinge versprechen, wir aber müssen jetzt dafür büßen. Das müssen wir hier offen und ehrlich sagen.

Viele Kommunen ziehen daraus den Schluss: Wir sind in der Vergeblichkeitsfalle. Es nützt nichts. Wir warten darauf, dass der Bund uns hilft oder dass das jeweilige Bundesland uns hilft oder dass der liebe Gott uns hilft; am liebsten alle drei zusammen. – Wir sind hier im Rat – so sagt es zumindest die Übereinkunft der vier großen Fraktionen, die sich im Effizienzteam zusammengeschlossen haben – gottlob schon einen Schritt weiter. Obwohl wir die große Problematik dieser Bundeslasten in unserem Haushalt erkennen, sagen wir nicht, wir werfen die Flinte ins Korn und tun nichts, sondern versuchen wir das Menschenmögliche, um unseren eigenen Haushalt bestmöglich in den Griff zu bekommen. Und das muss auch weiterhin unsere Mahnung und unsere Aufgabe sein, nämlich das, was möglich ist – bei allen berechtigten Forderungen in Richtung Bund und Land –, selbst zu machen.

Wenn die FDP, Herr Kollege Breite, jetzt sagt: „Wir fordern Wahrheit und Klarheit“, kann man, was die Überschrift angeht, nicht viel dagegen sagen. Aber der Offenlegung von Wahrheit und Klarheit sollte sich auch derjenige stellen, der dies fordert. Ich will Ihnen mal eines ganz offen und ehrlich sagen: Die teuerste Fraktion, die der Stadtrat hier in Köln hat, ist die FDP.

(Beifall bei der SPD)

Klipp und klar! Einiges von der folgenden Aufzählung begrüßt die SPD ebenfalls.Aber Ihnen kann es doch gar nicht groß und teuer und schön genug sein. Sie denken immer in Beton und immer maximal:

- die Flora: 35 Millionen Euro,
- der Rheinboulevard: städtischer Anteil 7 Millionen Euro,
- die Maximallösung bei der Oper: 253 Millionen Euro,

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- dazu komme ich gleich –
- die Archäologische Zone: städtischer Anteil 37 Millionen Euro,
- der Wiederaufbau des Roten Hauses, also eine schöne Hülle um den Aufzug herum: 10 Millionen Euro,
- die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: bis zu 100 Millionen Euro, wenn man alle Kosten ehrlich mit einrechnet,

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- dazu komme ich gleich -
- die Erhöhung des Opernetats: 5 Millionen Euro pro Jahr,
- die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn: über 20 Millionen Euro,
- der Rheinufertunnel: über 80 Millionen Euro.

Das ist Ihre Zeche, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Wenn es nach Ihnen gehen würde – darauf will ich hinaus –, steckten wir noch sehr viel tiefer im Schlamassel, als wir es ohnehin schon tun. Deswegen ist das, was Sie hier heute fordern, Heuchelei.

(Beifall bei der SPD)

Ihre haushaltspolitische Solidität grenzt in der Tat an das, was sonst die Linken haushaltspolitisch machen. Es gibt eigentlich nur zwei Unterschiede: Sie geben das Geld für Beton aus und die Linken für schöne Projekte, für die wir allerdings auch wenig Geld haben. Der zweite Unterschied ist: Die Linke sagt wenigstens ehrlich, dass ihr die Schulden egal sind, während Sie so tun, als könne man das alles ausgeben und trotzdem den Stadtetat sanieren. Das ist einfach unseriös, Herr Kollege Breite.

Bei der CDU ist es nur mittelprächtig anders. Immerhin muss man den Kollegen zugutehalten, dass sie sich seit einigen Monaten um Differenzierung bemühen, dass sie bei etlichen Projekten den Mut bewiesen haben, sie kritisch infrage zu stellen, dass sie sich gemeinsam mit uns im Effizienzteam – übrigens wie auch die FDP; ich bin auf die Beratungen gespannt –

um Konsolidierung bemühen wollen. Trotzdem bleibt auch da festzuhalten:

- Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: wie gesagt, fast 100 Millionen Euro,

- Rheinufertunnel: mindestens 80 Millionen Euro.

Diese Punkte muss sich auch die CDU ins Stammbuch schreiben lassen, wenn sie sich jetzt als der große Sparapostel darstellen will.

Man kann über jeden einzelnen Punkt, den Sie oder andere vorschlagen, trefflich diskutieren. Daran haben wir, glaube ich, auch alle miteinander Spaß; es geht ja darum, gemeinsam zu überlegen. Ein schwieriger Stadtetat muss ja nicht zwangsläufig dazu führen, dass man keine inhaltlichen Schwerpunkte mehr setzt. Wenn die CDU andere Schwerpunkte setzt als zum Beispiel die Sozialdemokratie, dann ist das in Ordnung. Darüber kann man diskutieren; da kann man um eine Lösung ringen. Sie wollten zum Beispiel bei der Opernsanierung die Maximalvariante; wir hätten uns das ein bisschen preiswerter vorstellen können. Sie wollen die Archäologische Zone nicht; wir glauben, sie gehört zum Thema Zukunftsfähigkeit der Stadt dazu.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habt ihr der FDP vorgeworfen!)

Über all diese Punkte können wir offen und ehrlich diskutieren. Das sollten wir, glaube ich, auch tun. – Damit ein Missverständnis, Herr van Benthem, gar nicht erst aufkommt: Mir ging es bei der Aufzählung in Richtung FDP um die Maximalsumme. Die FDP-Fraktion fordert immer alles, während die anderen Fraktionen hier im Rat, die der demokratischen Sektion angehören, sich wenigstens die Mühe machen, zu sagen: Dieses können, wollen und werden wir uns mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit einer Stadt leisten und jenes nicht. Da gibt es Unterschiede. Aber es gibt nur eine Fraktion, die immer alles will, und die heißt FDP. Das wollte ich damit eben gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Verwaltung. Auch wenn es vielleicht angesichts der Kritik, die wir geäußert haben, ein bisschen merkwürdig klingen mag, möchte ich zunächst der Verwaltung Respekt zollen. Der Umstand, dass die Stadtverwaltung bis in die Tiefen der Amtsstuben und Büros hinein – das war ein gemeinsamer Kraftakt – sich die Mühe gemacht hat, uns jetzt ein Eckpunktepapier 2013/2014 vorzulegen, aus dem ein erklecklicher Einsparbetrag hervorgeht, ist aller Ehren wert. Ich finde, diese Kraftanstrengung muss auch gewürdigt werden. Ich will damit allerdings die Bemerkung verbinden, dass wir selbstverständlich nicht akzeptieren würden, wenn sich jetzt oder in der weiteren Debatte einzelne Dezernate bzw. einzelne Dezernentinnen oder Dezernenten aus den weiteren Sparanstrengungen verabschieden wollen sollten. Alle müssen mitmachen. Jedes Dezernat, jeder Bereich muss seinen Beitrag leisten. Wir würden nicht akzeptieren, wenn einzelne ausscheren. Das will ich ganz offen und ganz ehrlich sagen.

Trotz dieses Lobs, Frau Stadtkämmerin, kommt man nicht umhin, sich auch mit dem auseinanderzusetzen, was Sie uns im Vorfeld dieser Haushaltsdebatte zugesagt hatten. Gemessen an Ihren Ankündigungen wie Wirkungsorientierung, Aufgabenabbau und Weiteres mehr, die uns ja zähneknirschend dazu bewogen haben, in den Haushaltsberatungen 2012 eine Art Übergangsszenario zu sehen und darauf zu warten, was für 2013 und 2014 vorgelegt wird, gemessen also an Ihrem eigenen Anspruch, kann das, was jetzt hier vorgelegt worden ist, noch nicht befriedigen, noch nicht zufriedenstellen.

Natürlich – das haben wir schon im Vorfeld gesagt – sind einige Punkte enthalten, die die sozialdemokratische Fraktion ohne weiteres mittragen kann, auch wenn wir uns inhaltlich durchaus manches anders wünschen würden:

- die Verschiebung der Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: angesichts der Größenordnung der Kosten traurig, aber akzeptabel;

- die Konzentration des Masterplans auf wichtige Kernpunkte: schöner wäre anders, aber akzeptabel angesichts dieser Rahmenbedingungen;

- keine Sanierung, gegebenenfalls sogar Verkauf des alten Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring: schade um dieses Objekt, aber akzeptabel, wenn Sie das vorschlagen.

Auf der anderen Seite stehen jetzt schon in diesen Eckpunkten Dinge, wo wir sagen: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Das betrifft die Verschiebung von Sanierungsaufwendungen für Infrastruktur, also für Straßen, Tunnelbauwerke, Brücken. Da fragen wir uns: Sind, wenn man solche Sanierungen verschiebt, die Fol-

gekosten nicht höher als der Ertrag, den wir jetzt erzielen? Wir mahnen dringend, das noch einmal zu überdenken.

Alles in allem – auf den Punkt muss man es, glaube ich, bringen –: trotz der positiven Anstrengungen, die bereits geleistet wurden, doch noch zu viel Rasenmäher und zu wenig Strategie. Wo ist denn der Aufgabenabbau, über den wir diskutieren müssen? Wo ist denn die Anstrengung, auch die Pflichtaufgaben kritisch zu hinterfragen und zu überlegen, wie man sie effizienter machen kann? Welche Möglichkeiten gibt es bei den riesigen Posten, die ich anfangs angesprochen habe, bei denen der städtische Anteil einfach von Gesetzes wegen bei 100 Prozent liegt? D'accord; das will ich überhaupt nicht relativieren. Trotzdem ist denkbar, auch da effizienter und kostengünstiger zu arbeiten.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird das möglicherweise eine enorm schwierige Diskussion. Aber wir müssen und wir werden uns ihr stellen, wenn es entsprechende Überlegungen und Vorschläge gibt. Deswegen hat der Oberbürgermeister völlig recht, wenn er sagt: Das entscheidende Ziel ist, unsere Haushaltssanierung an der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt auszurichten.

Köln wächst. 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr werden uns prognostiziert. Wenn dem so ist, müssen wir aber auch die Rahmenbedingungen schaffen: für Arbeitsplätze, für eine ordentliche Infrastruktur in Bildung und Betreuung, für eine hohe Lebensqualität in dieser Stadt, für preiswerten Wohnraum und andere Dinge mehr. An diesen Dingen wollen, werden und müssen wir die Debatten in den nächsten Wochen ausrichten. Auch die SPD wird Sie daran messen.

Abschließend will ich sagen: Wir glauben, dass wir mit dem Haushalt 2013/2014 noch nicht am Ende sind. Angesichts der Hinweise, die aus verschiedenen Bereichen gekommen sind, gehen wir davon aus, dass die Stadtverwaltung bis zur Einbringung am 18. Dezember, aber auch in den Wochen danach bis zur Beschlussfassung – ich tippe mal auf April oder Mai – weiter daran arbeitet und weitere Vorschläge macht. SPD, CDU, Grüne und FDP haben angeboten, im Effizienzteam die Verwaltung dabei zu unterstützen, auch bisher tabuisierte Themen kritisch infrage zu stellen. Sie bekommen von uns Rückendeckung, auch solche Dinge infrage stellen zu dürfen. Ohne Ihnen für jeden Fall schon jetzt zusagen zu können, dass Sie den Rat mit einer Mehrheit im Rücken haben, sichern wir Ihnen klare Rückendeckung zu, was Gedankenfreiheit angeht. Deswegen ist meine herzliche Bitte: Lassen wir das reflexhafte Handeln sein! Die Aufgabe ist stark und groß genug für uns alle. Wir tragen die Verantwortung für diese Stadt, und wir sollten sie gemeinsam tragen. Das ist mein Appell und meine Bitte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte keine Haushaltsrede halten, sondern auf das eigentliche Thema der Aktuellen Stunde zurückkommen, nämlich die Haushaltslage zum heutigen Tag. Lassen Sie mich dennoch drei, vier Sätze vorab zu meinen Vorrednern verlieren.

Herr Börschel, es ist immer schön, wenn man daran erinnert, welchen Vorhaben der Einzelne zugestimmt hat oder wo er seine Schwerpunkte setzt. Deshalb möchte Sie jetzt auch einmal daran erinnern, dass die CDU die einzige Partei ist, die in den letzten 18 Monaten keine den Haushalt zusätzlich belastenden Forderungen gestellt hat, sondern, im Gegenteil, Einsparvorschläge gemacht hat. Wir sind die Einzigen, die diese Kombination gewählt haben. Keine andere Partei hat das so gehandhabt.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie auf die Bundesebene abgehoben haben: Ich kann das ja vollkommen verstehen. Sie waren am Montag in Berlin und haben dort mit den Länderministern zusammengesessen und darüber beraten, wie man die finanzielle Situation der Länder, insbesondere auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen, verbessern kann. Aber ich darf Sie daran erinnern, dass Sie dem Ausgleich mit den Ländern des Ostens zugestimmt haben, und zwar sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag. Diesem Transfer, der bis 2019 gilt, haben Sie damals zugestimmt, auch wenn Sie das heute kritisch sehen.

(Martin Börschel [SPD]: Wollen Sie das verändern, oder nicht?)

- Ab 2019 wird das automatisch verändert. Heute bekommen wir dank Ihnen keine Mehrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, automatisch läuft da nichts!)

- Doch, dann läuft er aus. Herr Börschel, der Solidarpakt Ost gilt bis 2019.

(Martin Börschel [SPD]: Wollen Sie das streichen?)

- Herr Börschel, wir können uns darüber gerne unterhalten, wenn es um eine Flasche Sekt geht.

Ein weiterer Punkt liegt mir sehr am Herzen. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, überlegen Sie sich noch einmal, ob Sie die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau verschieben wollen. Ich habe mich in Koblenz kundig gemacht. Der städtische Anteil von Koblenz betrug ungefähr 35 Millionen Euro, die restlichen Mittel kamen durch Landes- und Bundeszuschüsse zusammen. Die Bundesgartenschau ist *das* städtebauliche Instrument, mit dem wir die Stadt zukunftsfähig machen können. Eine Verschiebung ist nicht so einfach, wie Sie denken; denn dann müsste man sich in das ganze Verfahren wieder neu einklinken; vermutlich würde es erst wieder 2030 oder 2035 möglich sein. Mit einer Verschiebung vergeben Sie extrem viele Chancen für diese Stadt. Ich sage es noch einmal, Herr Börschel: Überlegen Sie sich das! Eine Verschiebung wäre einfach fatal.

Frau Kämmerin, bevor ich anfange,

(Heiterkeit)

will ich Ihnen noch sagen: Sie haben offenbar ein falsches Bild von dem, was wir im Finanzausschuss diskutiert haben. Wir haben nicht darüber diskutiert, ob wir die Bettensteuer haben wollen oder nicht, sondern wir haben darüber gesprochen, ob sie überhaupt noch anzusetzen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben hier gerade so getan, als sei darüber diskutiert worden, eine neue Steuer einzuführen bzw. die Bettensteuer zu beizubehalten. Dem ist nicht so. Wir haben Sie nach dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes darauf hingewiesen, dass Sie darauf reagieren müssen. Wir haben nicht gesagt, dass wir darauf verzichten wollen, eine Bettensteuer zu erheben. Aber nach dem, was bisher bekannt ist, hat diese Bettensteuer – Herr Bacher, das ist die Kulturförderabgabe – rein rechtlich eigentlich gar keine Chance auf Bestand für die Jahre bis einschließlich 2012.

Lassen Sie mich jetzt zum eigentlichen Thema der Aktuellen Stunde kommen. Nach den Zahlen, Frau Kämmerin – erneut bemühe ich den Finanzausschuss vom Montag –, liegt der aktuelle Fehlbetrag nicht nur bei 220 Millionen Euro, wie verabschiedet, sondern eher bei 325, 330 oder 340 Millionen Euro. Darüber kann man sich streiten; aber unter 325 Millionen Euro liegt der Fehlbetrag für 2012 auf keinen Fall. Selbst wenn man richtig gebucht hätte – Konjunktiv –, wäre die magischen Grenze von 5 Prozent gerissen worden. Wenn Sie das nämlich schon im Haushalt 2012 – ich komme nachher noch auf den Zeitpunkt zu sprechen – richtig berücksichtigt hätten, lägen wir für 2012 bei 5,5 Prozent und für das Jahr 2013 bei 5,71 Prozent. Folge wäre das Haushaltssicherungskonzept. Das wäre notwendig geworden. Nur durch diese Trickserei – so will ich es einmal nennen – war es möglich, dass wir dem in diesem Jahr aufgrund eines Fehlbetrages in Höhe von 220 Millionen Euro noch einmal entgehen, und das obwohl Sie wussten, dass der Fehlbetrag höher ausfällt.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Das, was Sie, Frau Kämmerin, als grüne Tugend – so will ich es einmal nennen – bezeichnen, nämlich Transparenz, Offenheit, Klarheit, Nachhaltigkeit, ist bei Ihrem Verhalten in Bezug auf den Haushalt nämlich nicht festzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das anhand von drei Punkten erläutern.

Erstens. Laut Ihrer Aussage, Frau Kämmerin – so steht es auch in der Mitteilung –, ist die Kämmerei, die Stadt Köln und wohl auch der Oberbürgermeister im Jahr 2012, und zwar im April, nicht erst im Juni, über ein riesengroßes Problem im Steuerbereich informiert worden. Das Risiko beträgt mehr als 100 Millionen Euro. Aber im Haushaltsplan 2012 – diejenigen, die ein kurzes Gedächtnis haben, will ich daran erinnern: der Haushalt wurde erst am 28. Juni 2012 verabschiedet – ist dieses Risiko mit keinem Euro berücksichtigt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

38. Sitzung vom 15. November 2012

Weder die Fraktionsvorsitzenden – ich habe das mit Herrn Granitzka besprochen – noch die finanzpolitischen Sprecher – da kann ich mich selbst mit einbeziehen – sind mit einem Wort von Ihrer oder von anderer Seite darüber informiert worden, dass dieses Risiko besteht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Die Gemeindeordnung fordert ausdrücklich eine Berücksichtigung im Haushalt, sofern Risiken bestehen. Wir hätten also Rückstellungen einbuchen *müssen*. Über die Höhe hätten wir uns gerne unterhalten können; 50, 80 oder 100 Millionen Euro hätten auf jeden Fall ausgewiesen werden müssen. Allerdings wäre dann Ihre Haushaltsplanung mit einem Fehlbetrag von 220 Millionen Euro obsolet gewesen. Ergänzend will ich hinzufügen – jetzt kommt es, meine Damen und Herren –: Die Zinsen, die die Stadt – es ist wie das Amen in der Kirche – auf voraussichtlich 116 Millionen Euro Steuerrückzahlungen zahlen muss, werden weder in der Haushaltsaufstellung, noch in der Mitteilung im Finanzausschuss noch mündlich als Aufwendungen des Jahres 2012 erwähnt. Eine abstruse Situation!

(Winrich Granitzka [CDU]: 22 Millionen Euro!)

Ich wiederhole: Eine abstruse Situation! Die Steuerrückzahlung in Höhe von 116 Millionen Euro wird anerkannt. Der Betrag soll, um Zinsen zu sparen, gegebenenfalls noch in diesem Jahr zurückgezahlt werden. Aber die Zinsen, die nach dem Gesetz gezahlt werden müssen, sollen nicht berücksichtigt werden.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Diese Rabulistik im Denken ist mir sehr fremd. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Kämmerin, Sie werden sicherlich gleich versuchen, mir das Gegenteil zu beweisen,

(Zuruf von der FDP: Powerpoint!)

nämlich dass Ihr Handeln transparent ist, dass es klar ist, dass es offen ist und dass es wahr ist. Frau Kämmerin, darunter verstehe ich etwas anderes.

Ich will jetzt auf die Fehlbuchung in Zusammenhang mit der Rückzahlung des StEB-Trägerdarlehens zu sprechen kommen. Dass Sie das heute noch einmal erwähnt haben, Frau Kämmerin, verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Wir können uns gerne darüber unterhalten, wessen Schuld das war. Sie haben uns im Finanzausschuss erklärt, das gehe auf das Jahr 2002 zurück, und Herr Soénius habe seinerzeit gesagt, man könne das so oder so behandeln. Dazu sage ich Ihnen: 2002 lebten wir noch im Zeitalter der Kameralistik und damit in einer ganz anderen Situation als heute. Mit der Umstellung des kommunalen Rechnungswesens von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement per 1. Januar 2008 ist der Fall völlig anders zu sehen.

(Götz Bacher [SPD] ist im Begriff, den Ratssaal zu verlassen)

- Herr Bacher, da können Sie ruhig zuhören. – Und noch eines, Frau Kämmerin – seien Sie mir nicht böse –: Dazu, dass man jedes Jahr Erträge in Höhe von 70 Millionen Euro übernimmt, ohne irgendwann einmal zu überprüfen, ob das richtig bilanziert ist, kann ich nur sagen: Das wäre Ihre Aufgabe gewesen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja erst herausgekommen – das müssen Sie sich einmal überlegen –, als Frau Henk-Hollstein in einer Finanzausschusssitzung festgestellt hat, dass zwischen den Zahlen in der StEB-Bilanzierung und den Zahlen in der städtischen Bilanz eine Differenz besteht. Sie haben im September versucht, das herunterzuspielen, und gesagt, es gebe ein Wahlrecht und man könne es auch in die Bilanz reinpacken.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Das ist falsch!)

- Nein, das ist so. Das haben Sie so gesagt. Das kann man ja nachlesen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Zurufe)

Frau Kämmerin, dieses Problem ist aber noch ein bisschen weitgehender. Warum? Weil seit 2008 das strukturelle Defizit falsch dargestellt worden ist. Es geht ja nicht darum, dass Sie das Geld nicht bekommen hätten. Das strukturelle Defizit ist um jeweils 70 Millionen Euro zu gut dargestellt worden. Deshalb können Sie nicht sagen, dass Sie, wenn Sie jetzt sparen müssen, Herr Oberbürgermeister, diese 70 Millionen Euro zusätzlich noch draufsatteln müssen. Wir haben in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012 falsche Zahlen gehabt. Das heißt, der Aufwand war um 70 Millionen Euro zu gering. Damit hätten wir aber – ich

wiederhole es noch einmal –, Frau Kämmerin, die 5-Prozent-Klausel für das Jahr 2012 gerissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Immer ein bisschen für Gleichberechtigung sorgen, ja? – Danke schön. Ich bin auch bald am Ende.

Als Resümee dieser Punkte, Frau Kämmerin, bin ich der Überzeugung – ich sage das ganz vorsichtig –, dass Sie einen Nachtragshaushalt einbringen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Egal, ob Sie die 3-Prozent-Klausel oder ob Sie die 1-Prozent-Klausel gemäß § 81 Gemeindeordnung anwenden: Ich würde Ihnen empfehlen – mehr kann ich nicht tun; ich bin nicht die Verwaltung –, zu prüfen, ob bis zum Dezember ein Nachtragshaushalt gemacht werden muss. Nach den Zahlen, Frau Kämmerin, die ich bisher gesehen habe – ich habe sie einmal zusammenaddiert –, ist das eindeutig. Wir können ja gerne noch einmal darüber diskutieren. Wenn Sie die 3-Prozent-Klausel anwenden, macht das bei 3,4 Milliarden Euro ungefähr 90 Millionen Euro, also nicht weit bis 100 Millionen Euro. Bei Anwendung der 1-Prozent-Klausel sieht es noch anders aus. Ich rate Ihnen nur: Überprüfen Sie das! Nicht, dass nachher vonseiten der Regierungspräsidentin das Urteil gefällt wird: Die Stadt Köln hat einen Fehler gemacht und keinen Nachtragshaushalt aufgestellt. Ich bitte Sie darum, das bis zur nächsten Sitzung zu prüfen.

Kommen wir nun zum Haushalt 2013 ff. Sie haben bisher Sparvorschläge – ich werde das jetzt nicht alles wiederholen, Herr Oberbürgermeister – in Höhe von 102 Millionen Euro gemacht. Wir stehen zu diesen Sparvorschlägen. Herr Börschel hat eben gesagt: Es gibt keine Denkverbote in diesem Bereich. Dem stimme ich voll und ganz zu. Aber: Wie nervös müssen Sie sein, Frau Kämmerin, und wie nervös müssen Sie, Herr Oberbürgermeister, sein, wenn Sie einen Monat vor der Haushaltseinbringung, nicht etwa vor der Verabschiedung, eine Pressekonferenz abhalten, um schon mal ein bisschen Dampf herauszunehmen? Das ist schon sehr enttäuschend.

Sie haben ja gesagt: Die Einsparungen summieren sich auf 102 Millionen Euro. Ich habe das auch mal zusammenaddiert. Mein Rechner zeigt aber nur 28 Millionen Euro. Das heißt: Es fehlen noch Einsparungen in Höhe von 74 Millionen Euro, die noch konkretisiert werden müssen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, das ist schon eine merkwürdige Sache.

Lassen Sie mich abschließend sagen: In den Gedanken, die Sie vorgetragen haben, findet sich kein einziger konkreter Gedanke zur Strukturveränderung. Es finden sich keine Anzeichen für die Reduzierung von Personal in der Verwaltung – ich sage nicht: in Hilfsdiensten, in Kindergärten oder sonst wo –, keine konkreten Standardreduzierungen und keine Bemühungen für die Aufhebung von sinnlosen, aber teuren Beschlüssen. Nur drei Beispiele hierfür:

- Die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten: Wir zahlen zurzeit ein halbes Jahr zusätzlich, ohne dass wir dazu verpflichtet wären und ohne eine Refinanzierung vonseiten des Landes zu bekommen.

  (Martin Börschel [SPD]: Natürlich bekommen wir die Gegenfinanzierung!)

  Viele Leute, die gutes Geld verdienen, sagen: Das können wir selber bezahlen; das brauchen wir von euch nicht.

- Die Aufwendungen für ein kommunales Wohnungsbauprogramm, das völlig am Markt vorbeigeht: Selbst in Düsseldorf bekommt man mittlerweile ein Darlehen um 0,5 Prozent billiger. Wir stocken die Mittel dafür nochmals auf, ohne dass es eine Wirkung zeigt.

- Der Umbau einer gut funktionierenden Straße in Millionenhöhe: Ich meine die Nord-Süd-Fahrt vor der Oper, die jetzt mit Millionenbeträgen umgebaut wird, obwohl das keinen Sinn macht. Das kann man auch noch im Jahr 2017 oder im Jahr 2019 machen. Aber heute muss das auf keinen Fall sein.

Ich könnte Ihnen Dutzende von Projekten nennen. Aber ich glaube, dass das, was ich bisher vorgetragen habe, ausreicht.

Ich schlage Ihnen, Frau Kämmerin, vor: Bringen Sie in den nächsten Finanzausschuss bzw. in den nächsten Rat einen Nachtragshaushalt ein. Dann entsteht wieder Klarheit,

dann entsteht Transparenz und Offenheit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Zur Geschäftsordnung: Ich wollte nur feststellen, dass wir jetzt zweimal eine ganz erhebliche Redezeitüberschreitung erleben mussten, ohne dass irgendwie eingegriffen worden wäre. Wenn die Fraktion pro Köln das macht, wird sofort das Mikro abgestellt.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist richtig so!)

- Das ist bezeichnend für Ihr Demokratieverständnis.

Ich wollte nur darauf hinweisen und nachfragen, ob die Geschäftsordnung heute in Bezug auf die Redezeitbegrenzung außer Kraft gesetzt ist. Kann man das so verstehen, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine Redezeitbegrenzung. Aber vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Themas muss man auch mal zugestehen, dass der Redner ein oder zwei Minuten länger ausführen kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, heute hat sich mal wieder erwiesen: Der zweite Aufguss schmeckt immer besonders fade. Die Debatte, die Sie hier führen, haben wir bereits am Montag in aller Ausführlichkeit geführt. Viel Neues ist heute nicht herausgekommen.

Mich ärgert – das gilt auch für Herrn Klipper –, dass hier teilweise schlicht mit Unwahrheiten operiert wird. Nehmen wir uns einmal die einzelnen Stichworte, die in der Aktuellen Stunde gefallen sind, vor:

Das erste Stichwort lautet „Fehlbuchung“. Die Verwaltung und insbesondere die Kämmerin haben eine Korrektur der Bilanzierung des StEB-Trägerdarlehens vorgenommen. Als ich nachgeschaut habe, warum denn diese Rückzahlung bisher ergebniswirksam in der GuV gebucht worden ist, bin auf eine Mitteilung aus dem April 2008 gestoßen, unterschrieben vom damaligen Kämmerer, der Peter-Michael Soénius hieß und – wenn ich mich recht erinnere – Mitglied der CDU war. Er hat damals vorgeschlagen:

> Im Hinblick auf die Tatsache, dass in der Ratsvorlage über die Ausgliederung der StEB ausdrücklich ausgeführt wird, dass das sogenannte Trägerdarlehen eine Kompensation für den Wegfall der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen aus dem städtischen Haushalt darstellt, erscheint es vertretbar, die Zahlungen der StEB weiterhin als Schuldendiensthilfe einzustufen und die ergebniswirksame Veranschlagung in voller Höhe beizubehalten.

Herr Klipper, das ist der Fakt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Man muss es überprüfen!)

Und dieses Faktum wurde über Jahre befolgt. Es ist weder von Bezirksregierung kritisiert worden – in keinem Prüfvermerk finden Sie dazu eine negative Aussage –, noch ist es in der Eröffnungsbilanz erwähnt worden. Sie finden an keiner Stelle eine Aussage dazu, obwohl, wie Sie selbst wissen, die Eröffnungsbilanz im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich rauf und runter debattiert worden ist. Das heißt: Diese Entscheidung wurde damals als Möglichkeit gesehen. Ich sage das, weil Sie ja jede Art von bilanzieller Auswahlfreiheit kritisieren. Deshalb halte ich das, was hier aufgebaut worden ist, für typischen Popanz, der uns aber nicht weiterbringt. Es mag natürlich zum politischen Sport gehören, zu versuchen, eine Beigeordnete zu beschädigen. Das kommt auch in anderen Stadträten vor.

(Henk van Benthem [CDU]: Das machst du doch gerade selber! Das brauchen wir doch gar nicht zu tun!)

Aber ob es zielführend ist in einer Stadt, die vor einer Haushaltskrise steht, das wage ich doch zu bezweifeln, insbesondere wenn hier mit Platzpatronen geschossen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum Stichwort „Steuerrückzahlung“. Zumindest die Mitglieder des Finanzausschusses – und die haben hier eben gesprochen – bekommen ja in jeder Sitzung eine Mitteilung über den Sachstand der Gewerbesteuer, aufgeteilt in Vorauszahlungen, Nachforderungen und Insgesamt. Dazu sind zwei wichtige Dinge zu bemerken: Erstens ist das immer eine stichtagsbezogene Betrachtung. Zweitens dürfte jeder hier wissen, dass Vorauszahlungen eben Vorauszahlungen sind und kein abschließender Anspruch darauf besteht; dieser wird nämlich erst viel später festgehalten. Auch das ist am Montag ausgeführt worden.

Vor dem Hintergrund der Bundesgesetzgebung, die ein Gewerbesteuersplitting vorsieht bei großen Unternehmen, die verschiedene Betriebsstätten haben, kann es natürlich dazu kommen – das ist auch gang und gäbe –, dass Unternehmen ihre Betriebsstätten danach aussuchen, wo sie sich am besten einen Steuervorteil verschaffen können. Das ist so. Ich kann dazu, ohne das Steuergeheimnis zu brechen, eine Firma nennen, die in Bergisch Gladbach tätig ist und sehr viel mit Kaffee und mit Krüger zu tun hat. Sie hat es fertiggebracht, ihre Betriebsstätten so zu verteilen, dass sie die Gewerbesteuer in den ostdeutschen Bundesländern entrichtet, wo wesentlich geringere Gewerbesteuersätze gelten, sodass Bergisch Gladbach dumm aussieht. Das ist Fakt. Das ist eine Form von legaler Steuerflucht, mit der Betonung auf „legal“.

Daran kommt kein Kämmerer bzw. keine Kämmerin in der Bundesrepublik, aber auch kein Stadtvorstand vorbei. Man kann darüber diskutieren, die Gewerbesteuergesetzgebung zu novellieren. Aber wir wissen ja, wie das bei der Föderalismusreform ausgegangen ist. Damals musste von SPD und Grünen eine Abwehrschlacht geführt werden, um zu verhindern, dass die Gewerbesteuer ganz abgeschafft wird. Solche Vorschläge kamen ja damals vonseiten der CDU, aber insbesondere auch vonseiten der FDP. Kurz und gut: Außer Spesen nichts gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum Stichwort „Kulturförderabgabe“, die ja gerne als „Bettensteuer“ denunziert wird. Dazu noch einmal ein kleiner Hinweis: Diejenigen, die am lautesten schreien, sind die Funktionäre der DEHOGA, die zwar in legaler, aus meiner Sicht aber in korruptiver Form den Wahlkampf der FDP unterstützt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Wenn das ein Kommunalpolitiker gewesen wäre, hätte er längst vor dem Staatsanwalt gestanden. Das war sicherlich auch ein Auslöser für den damaligen Kämmerer, Walter-Borjans, etwas kreativer zu sein. Das kann ich überhaupt nicht schlecht finden. In einer Zeit, in der den Kommunen über Jahre hinweg Geld entzogen wird, ist das Recht der Steuerfindung durch Art. 105 des Grundgesetzes fast schon zu einem heiligen Gut geworden. Ich kann die Kämmerin darin nur unterstützen. Wir werden um jede Aufwandssteuer, die sinnvoll ist, kämpfen müssen. Wir werden auch vor Gericht kämpfen müssen. Denn solange es die Bundesregierungen eher darauf anlegen, Aufgaben an die Städte zu verteilen, ohne sie zu finanzieren, müssen wir als Kommune eine eigene Einnahmepolitik kreieren.

Dazu noch ein kleiner Hinweis: Bekanntermaßen wird von einem strukturellen Defizit in Höhe von 250 Millionen Euro gesprochen. Vergegenwärtigen wir uns doch einmal, wie es dazu kam: Wir haben in den letzten zehn Jahren Lasten, also Aufgaben, vom Bund übertragen bekommen, die im Haushalt zusammengerechnet 160 Millionen Euro ausmachen. Wenn man dann noch die 75 Millionen Euro berücksichtigt, die wir jährlich in den Solidarpakt Ost einzahlen müssen – Martin Börschel hat schon darauf hingewiesen –, dann macht das fast schon das strukturelle Defizit aus. Ich glaube, das kann jeder, der eins und eins zusammenrechnen kann, erkennen. Sie sehen daran, wie Bundes- und Landespolitik die Kommunen in Schwierigkeiten bringen.

Deshalb ist es völlig richtig, hier nicht klein beizugeben. Zudem gilt immer noch der Grundsatz: Briefe eines Gerichtes sind noch keine Urteile. Warten wir das erst einmal ab. Dann können wir weiterschauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Dezember werden wir ja sehen!)

Kommen wir zum Schluss noch zum Haushalt. Ich denke, es ist gut, dass die Verwaltung bereits jetzt einige Vorschläge gebracht hat. Das spricht für Transparenz. Das spricht auch dafür, dass sie das mit uns und mit der Öffentlichkeit diskutieren will. Ich weiß, das ist nicht üblich. Das steht auch nicht in der Gemeindeordnung. Normalerweise wird der Haushalt eingebracht, und dann ist gut. Erst danach

fängt die Debatte an. Dies jetzt zu kritisieren, halte ich für falsch. Im Gegenteil: Wir alle, auch der Rat, sollten diese Chance nutzen. Es kommt darauf an, was wir daraus machen.

Eines ist natürlich wichtig: Letztendlich kann eine Kämmerin nur so gut sein, wie es das Gesamtteam ist. Eine Politik des Wegduckens oder ein „Bei-mir-bitte-nicht“ steht keinem Beigeordneten gut. Davor möchte auch ich warnen. Das wird ja gemeinhin als „Warlord-System“ kritisiert. Letztendlich kann nur durch Geschlossenheit im Verwaltungsvorstand eine Situation geschaffen werden, die dazu führt, dass wir aus dieser Krise wieder herauskommen. Das gelingt nicht, wenn jeder nur in seinem eigenen Schrebergarten arbeitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend noch ein Hinweis, der mir wichtig ist: Es wird ja immer gerne über Standards geredet. Ja, wir müssen die Standards überprüfen. Nur, es wird mir in diesem Zusammenhang zu viel von Sozialstandards gesprochen. Ich möchte, dass alle Standards überprüft werden. Wenn ich mir anschaue, welche Ausgaben wir zum Beispiel im Bereich der Feuerwehr haben, kann ich nur sagen: Die Feuerwehr ist mir lieb, aber sie ist mir viel zu teuer. Auch hier halte ich es für notwendig, zu überprüfen, welche Standards gesetzlich vorgegeben und welche freiwillig sind. Das gilt für alle Bereiche.

Deshalb, Herr Klipper, wird auch nicht der „große Wurf“ kommen, frei nach dem Motto: Wir sparen 200 Millionen Euro ein, und dann ist die Welt wieder in Ordnung. Nein, es sind die Mühen der Ebene. Wir müssen durch jeden einzelnen Aufgabenpunkt durch. Wir müssen bei jeder Aufgabe, bei jeder Leistung hinterfragen: Welchen Nutzen hat sie für die Bürger? Kann sie anders wahrgenommen und ausgeführt werden? Da müssen wir durch. Das ist viel Arbeit. Dafür wird man sicherlich keine Lorbeeren ernten, höchstens blutige Nasen. Aber wer Kommunalpolitik richtig versteht und wer die Handlungsfähigkeit Kölns erhalten will, dem bleibt nichts anderes übrig. Auch Sie sind dazu aufgerufen. Ich bin gespannt, ob außer großspurigen Reden auch etwas Praktikables dabei herauskommt. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. – Wir kommen zu Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Werte Besucher auf der Zuschauertribüne! Die Haushaltslage der Stadt Köln ist dramatisch, und das nicht erst seit kurzem. Ich erinnere mich an eine der letzten Ratssitzungen, wo von dieser Stelle aus Jörg Uckermann zu Ihnen gesprochen

(Zurufe: Oh!)

und Ihnen vorgehalten hat, in finanzieller Hinsicht werde die Stadt Köln zur „nördlichsten Stadt Griechenlands“.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich kann nur sagen: Wo Jörg Uckermann recht hat, hat er recht. Köln ist leider wirklich zur nördlichsten Stadt Griechenlands geworden, wenn man sich die finanziellen Machenschaften bei der Haushaltsführung anguckt.

Ich kann Ihnen auch im Detail die Parallelen aufzeigen. Angefangen hat es, als man sich vor einigen Jahren die Bilanz schöngerechnet hat. Schon damals stand die Stadt im Prinzip kurz vor dem Nothaushalt und wurde nur durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für einige Jahre sozusagen wieder gesundgerechnet.

Ich will den Zuschauern, die vielleicht nicht so im Detail damit befasst sind, das kurz erklären: Die Stadt war vor Jahren schon strukturell völlig überschuldet. Man hat damals aber zu dem „genialen“ Trick gegriffen und gesagt: Die Stadt ist eigentlich sehr reich. Wir haben Brücken, wir haben öffentliche Plätze, wir haben Straßen. – Das alles ist dann zu Vermögen geworden, um zu begründen, dass man weiterhin Schulden aufnehmen kann – ganz so, als könne man, wenn es hart auf hart kommt, Brücken oder öffentliche Plätze verkaufen. Das ist Humbug. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Das sollte eigentlich auch jeder verstehen. Nur, man hat diesen Trick gerne genutzt. Auf diese Weise hat sich anno dazumal Griechenland in die Euro-Zone hineingemogelt.

Es gibt noch eine weitere Parallele zu Griechenland – Herr van Benthem, hören Sie ruhig zu;

(Henk van Benthem [CDU]: Nein, danke schön!)

das wird Ihnen sicherlich weiterhelfen –, dessen Staatshaushalt auch deshalb völlig ruiniert ist, weil man den öffentlichen Dienst, die staatsnahen Unternehmen und Betriebe zu

Versorgungsposten für eine ganze Politikerkaste und ihre Amigos umfunktioniert hat. Das Gleiche bzw. Ähnliches erleben wir auch in deutschen Großstädten und in deutschen Kommunen, so auch in Köln. Städtische Gesellschaften und stadtnahe Konzerne werden regelrecht ausgeschlachtet für Managerverträge für Amigos, für Freunde der etablierten Parteien. Geschäftsführer verdienen da zum Teil mehr als Mitglieder der Bundesregierung. Da werden Jahresgehälter von mehreren Hunderttausenden Euro gezahlt. Wir reden da über Millionen und Abermillionen Euro. Über solche Beträge reden wir hier. Deswegen sollten Sie, Herr van Benthem, da gut zuhören.

Auch aus diesem Grund ist diese Stadt leider finanziell schon lange vor die Wand gefahren worden, und zwar von allen hier sitzenden Parteien. In der Diskussion zwischen FDP, Grünen, CDU und SPD meint man ja immer, wenn es um die Finanzen geht, gäbe es zwischen den Parteien Konflikte, es würde um unterschiedliche Konzepte gehen, es wäre der eine schuld und der andere nicht. Ich sage Ihnen eines: Mich erinnert das bildlich immer an eine Alkoholiker-WG, die schon jahrelang zusammenwohnt, sich jeden Abend volllaufen lässt und am nächsten Tag darüber streitet, wer die letzte Flasche Schnaps ausgetrunken hat. Ich kann Ihnen sagen: Sie alle waren das! Sie alle haben sie ausgetrunken! Das ist der Punkt.

(Beifall bei pro Köln – Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte die Besucher auf der Tribüne, von Beifallsbekundungen und sonstigen Äußerungen Abstand zu nehmen. Nach unserer Geschäftsordnung ist das unzulässig.

Markus Wiener (pro Köln): Ja, nach unserer Geschäftsordnung sind auch Redezeitüberschreitungen eigentlich unzulässig.

(Manfred Wolf [FDP]: Sie sind auch schon drüber!)

Das nur als Anmerkung von meiner Seite.

(Manfred Wolf [FDP]: Dann braucht man das bei Ihnen ja nicht zu tolerieren!)

- Es gilt kein Gleichbehandlungsgrundsatz, wenn es gegen rechts geht, Herr Wolf. Das ist Ihre Einstellung. Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist dann außer Kraft gesetzt. Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie sich für die unter anderem auch von Ihnen mitgetragene Entscheidung, missliebigen Politikern keine städtischen Grundstücke zu verkaufen, eine schöne Klatsche vom Verwaltungsgericht eingefangen haben? Das wurde damals als grundgesetzwidrig eingestuft. Mit dieser Einstellung, mit solchen und noch schlimmeren Methoden werden hier unliebsame Parteien bekämpft. Aber Sie werden uns damit nicht still bekommen. Wir werden hier trotzdem weiter streiten. Wir werden hier trotzdem die Finger in die Wunden legen und als Einzige auch mal Tacheles reden. Sie alle haben sich hier schön eingerichtet, und wir stören.

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Genau!)

Pro Köln stört. Das ist uns bewusst. Wir stören Sie. Wir wurden dafür gewählt, dass wir Sie stören. Wenn den Bürgern alles gepasst hätte, dann gäbe es uns nicht. Wir sind dafür da, auch mal gegen den Strich zu argumentieren und zu opponieren. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unser Wählerauftrag, und den nehmen wir wahr, auch in Sachen Haushaltspolitik.

Dazu sage ich jetzt auch noch etwas. Es wird immer so getan, als könne man an dem wahnsinnig hohen Schuldenberg Kölns von weit über 2 Milliarden Euro – allein dieses Jahr kommen wahrscheinlich über 300 Millionen Euro zusätzliche Schulden dazu – nichts ändern, daran wäre die Gesamtlage schuld, das sei alles so gemein, alles werde immer auf die Kommunen abgewälzt und gerade Köln sei sowieso am Schlimmsten dran. – Köln ist eine strukturell reiche Stadt. Köln ist eine Stadt mit starkem Gewerbe und Einzelhandel, einer vielfältigen Industrie, einer reichen Finanzwirtschaft, sowie ein bundesweit führender Medienstandort. Köln ist also strukturell nicht arm. Köln hat kein Einnahmeproblem; Köln hat ein Ausgabenproblem. Und für die Ausgaben waren in den letzten Jahrzehnten alle hier im Rat vertretenen Parteien zuständig: in wechselnder Verantwortung mal die SPD mit den Grünen, mal die CDU mit der FDP. Das heißt: Sie alle tragen dafür die Verantwortung.

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo kleine Schritte gar nicht mehr aus dem Desaster herausführen können. Ich habe vorhin die Tricks erwähnt, mit denen man sich noch einmal einige Jahre Luft verschafft hat. Auch das ist jetzt verpufft. So, wie die Zahlen jetzt aussehen, werden wir in wenigen Jahren unwiderruflich in den Nothaushalt hineinschlittern. Für

die Zuschauer zur Erklärung, was das bedeutet: Die Stadt Köln kann, wenn es so weit kommt, nur noch ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen. All das, worüber der Stadtrat eigentlich entscheidet wie freiwillige Leistungen, Schwerpunktsetzungen usw., ist ihm aus der Hand genommen. Das übernimmt dann die Bezirksregierung. Man könnte den Stadtrat dann eigentlich nach Hause schicken. So sieht es aus.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wir werden, wenn kein Wunder passiert, in wenigen Jahren im Nothaushalt sein. Da helfen jetzt auch kleinere Maßnahmen wie Blitzer-Abzockanlagen, Erhöhung der Parkgebühren, Gewerbesteuererhöhung oder Ausplünderung der RheinEnergie-Kunden über ständig steigende Gebühren, mit denen dann der Haushalt wieder querfinanziert wird, nicht mehr weiter. All das wird Sie nicht mehr retten. Der finanzielle Offenbarungseid wird kommen. Und dann stellt sich die Frage, wie die Bürger reagieren werden, wenn die Rechnung endlich auf dem Tisch liegt.

Meine Damen und Herren, pro Köln wird Sie auf diesem Wege weiter begleiten, ob Sie das wollen oder nicht. Einzig und allein die Bürger haben 2014 das Votum, zu sagen, wer hier wieder im Rat vertreten ist und wer nicht. Die Bürger haben in einer Demokratie das letzte Wort. Wir fürchten uns im Gegensatz zu Ihnen vor dem Bürgervotum nicht. – Vielen Dank. Wir werden uns wiedersehen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Bündnis „Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau“ hat zu den Streichvorschlägen der Verwaltung Stellung genommen. Ich möchte das kurz zitieren, weil es die Sache auf den Punkt bringt:

> Ging es in den vergangenen Jahren darum, gegen eine drohende Standardabsenkung zu protestieren, geht es jetzt darum zu verhindern, dass die vorgeschlagenen Einsparungen bestehende und notwendige soziale Strukturen komplett zerstören und damit die Zukunftsperspektiven unserer Stadt Köln nachhaltig beschädigt werden.

So weit das Zitat aus dem Protestbrief dieses Kölner Bündnisses.

Die Verwaltung und das selbst ernannte Effizienzteam, im Volksmund auch „Streichquartett“ genannt, setzen im Prinzip den Rasenmäher an.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die haben doch noch gar nicht angefangen!)

Mit diesem Rasenmäher, Herr Granitzka, werden die sozialen Strukturen zerstört, wie es das Kölner Bündnis in seiner Stellungnahme ausgeführt hat. Das ist das riesige Problem. Ich finde es schon interessant, meine Damen und Herren, dass die großen Parteien dazu gar nichts gesagt haben. Ich möchte das anhand mehrerer Beispiele deutlich machen:

Erstes Beispiel: Wegfall der Sozialraumkoordination und Einstellung dieses Modellprojekts. Wer länger im Kölner Stadtrat ist, weiß, dass dieses Modell 2006 mit der Prämisse eingeführt worden ist, Sozialraumstrukturen zu erhalten und so zu koordinieren, dass Doppelstrukturen vermieden werden. Dieses Projekt hat sich bewährt. Es hat einen Beitrag geleistet, dass in der Stadtgesellschaft etwas gegen Armut gemacht worden ist. Dieses Projekt soll jetzt gestrichen werden. Das ist eine der Strukturen, die vernichtet werden sollen.

Zweites Beispiel: Die Kölner SeniorenNetzwerke sollen zerstört werden. Auch das, meine Damen und Herren, ist eine ganz wichtige Struktur. Wenn Sie die weghauen, wird das dazu führen, dass die Leute in die stationäre Unterbringung gehen müssen und nicht mehr wie jetzt ambulant wohnen können. Gerade diese ambulante Wohnform hat doch den erheblichen Vorteil, dass sie zu niedrigeren Kosten führt.

Drittes Beispiel: Sie wollen den Wohlfahrtsverbänden die Globalmittel streichen. Unseres Erachtens ist das der Mega-GAU. Denn diese Mittel treiben die Drehscheibe der Wohlfahrtsverbände an und machen die vielfältigen Leistungen, Koordination und Netzwerke mit der Stadt erst möglich. Wenn Sie diese Mittel streichen, wird das dazu führen, dass die verschiedenen Tätigkeiten, die die Wohlfahrtsverbände organisieren – zum Beispiel unterstützen sie Eltern bei der Beantragung von Geldern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket –, nicht mehr funktionieren. Es sind diese Strukturen, die Sie

mit Ihren Vorschlägen schlicht und ergreifend zerschlagen.

Ich will das anhand eines Beispiels für einen Stadtbezirk deutlich machen, nämlich dem Stadtbezirk Ehrenfeld, wo ich wohne. Das führt dazu, dass Sie zwei Sozialräume zusammenhauen, dass Sie eventuell drei Bürgerhäuser zusammenhauen und damit die ganze Bezirksstruktur einschließlich Bürgeramt zur Disposition stellen. Das sind aber die Strukturen, die wir in dieser Stadt brauchen. All dies soll jetzt weggekürzt werden.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Sie spielen mit sozialem Sprengstoff. Das, was Sie vorhaben, ist äußerst gefährlich. Es interessiert Sie aber scheinbar gar nicht. In den Reden ist das nicht einmal thematisiert worden, von niemandem.

Interessant finde ich bei den Vorschlägen, die die Verwaltung gemacht hat, dass nur die Dezernate I und IV Ertragssteigerungen zu verzeichnen haben. Das Dezernat II, die Kämmerei, hat überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Das finde ich schon ein starkes Stück. Wir sind der Meinung, dass große Projekte, die in der Stadt angedacht sind und heute noch zu diskutieren sein werden, so lange zurückgestellt werden müssen, bis dieser Haushalt ernsthaft diskutiert worden ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Aktuelle Stunde nur dafür nutzen, um Propaganda zu machen, die darauf hinausläuft, sich jeweils als der „bessere Sparer“ darzustellen, kann ich nur sagen: Das wird uns nicht weiterführen. Sie müssen zu sozialpolitischen Fragen und dem Erhalt von sozialen Strukturen Stellung nehmen.

Herr Börschel, Sie haben gesagt, die FDP fordert immer, viel Geld in die Hand zu nehmen. Das ist wahr. Nur: Mindestens 50 Prozent der Vorhaben, die Sie eben aufgeführt haben – ich habe mir sie nicht alle so schnell merken können –, haben Sie Sie zugestimmt.

(Ulrich Breite [FDP]: Die waren ja gut! Super waren die!)

- Die waren nicht gut, Herr Breite. Das Tonnendach der Flora hätten wir uns wirklich schenken können. Das machte einen erheblichen Betrag aus. Die Kritik von Herrn Börschel war berechtigt, aber er hat – das war der Vorgang – dem allen zugestimmt.

Sie, Herr Börschel, haben Probleme mit Ihrem Koalitionspartner. Die Grünen wollten ja in der letzten Ratssitzung – das ist ja gerade einmal ein paar Wochen her – die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn durchsetzen; die SPD wollte das nicht. Sie sind doch noch nicht einmal in der Lage, hier geschlossen aufzutreten.

(Martin Börschel [SPD]: Ich trete immer geschlossen auf!)

Wir haben den Vorschlag der Grünen zum Glück abgelehnt. Das war gut. Aber nehmen wir einmal an, der Rat hätte das hier beschlossen: Dann hätte die grüne Kämmerin eine Haushaltssperre verhängt und diesen Beschluss einkassiert. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Das, was Sie hier veranstalten, ist auch keine seriöse Haushaltspolitik.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Trag doch erst mal einen Haushalt mit! Dann reden wir weiter!)

Wir als Linke werden uns in den nächsten Wochen darauf konzentrieren, dass die sozialen Strukturen, die Sie zerschlagen wollen, erhalten bleiben. Wir werden gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Gewerkschaften dafür eintreten, dass das nicht passiert. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das mit dem Trägerdarlehen der StEB haben andere zu verantworten. Die Information über die Rückzahlung von Gewerbesteuereinnahmen plus Zinsen hätten wir eigentlich nicht jetzt bekannt geben müssen. Dass die erwarteten Gewerbesteuereinnahmen unterhalb der veranschlagten Marke liegen, war so nicht zu erwarten. Das mit der Kulturförderabgabe, die sogenannte „Bettensteuer“, kriegen wir noch hin. – Alles in allem: Et hät noch emmer joot jejange.

Ich komme mir vor wie in alten Zeiten in der Schule. Wenn ich fragte: „Wie konnte das passieren?“, hieß es: Der Fritz war schuld; der Jürgen hat das gesagt; die Barbara meinte das so. – Sie verfahren nach genau derselben Art

und Weise. Dieses Déjà-vu-Erlebnis hatte ich im letzten Finanzausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was ich immer noch vermisse, Frau Klug, ist ein Konzept mit einer Strategie – Sie hatten das ja mal versprochen –, wie das strukturelle Defizit in dieser Stadt abgebaut werden kann. Das ist vor Monaten schon einmal von der CDU angemahnt worden. Was ist damit? Vielleicht ist das an mir vorbeigegangen; vielleicht existiert dieses Papier ja irgendwo.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, da ist nichts!)

Ich habe es bisher noch nicht gesehen. Ich habe auch noch nichts darüber gehört. Aber vielleicht bekommt es ja dieses Effizienzteam demnächst vorgelegt.

Wie vermeiden wir eine Neuverschuldung? Auf eine Antwort darauf bin ich gespannt. Wie bauen wir die alten Schulden ab? Darüber redet ja schon gar keiner mehr, die werden immer höher. Ein gutes Management hat meiner Meinung nach immer auch einen Plan B für den Fall, dass es mal nicht so gut läuft. Und den haben Sie – jedenfalls nach meiner Meinung; einige können sich dem, glaube ich, anschließen – nicht, zumindest nicht erkennbar.

Was Sie eigentlich nicht wollten – auch Sie, Herr Oberbürgermeister, wollten das nicht –, war, nach dem Rasenmäherprinzip – Beispiele dafür konnten wir jetzt ausführlich in der Presse nachlesen – überall zu kürzen, ohne transparent zu machen, welche Auswirkungen das auf die Nachhaltigkeit der betroffenen Bereiche hat.

Ein Beispiel: Wir haben heute Nachmittag hier Schülerinnen und Schüler aus Kölner Schulen begrüßt. Sie sollen endlich einmal sehen, wie es in einer Ratssitzung zugeht. Das ist bestimmt hoch anzurechnen. Das verstehe ich; darum haben wir gekämpft. Nicht verstehen kann ich jedoch, warum solche Projekte jetzt auf der Streichliste stehen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von Andreas Köhler [CDU] und Jörg Detjen [Die Linke.])

Welchen Wert hat diese Streichung bzw. Kürzung für unsere Gesellschaft? Angekommen bei den Menschen in dieser Stadt ist die Tatsache, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss. Sagen Sie doch auch, warum! Das wurde heute auch schon angesprochen. Es müssen Großprojekte finanziert werden. Sie wären zwar sehr schön für die Stadt; aber im Grunde genommen ist dafür kein Geld da. Hauen Sie auf den Tisch – das können Sie ruhig auch mal tun – und sagen Sie uns definitiv, was wir uns noch leisten können! Sie haben den Überblick oder sollten ihn zumindest haben. Machen Sie endlich Vorschläge, aus denen hervorgeht, dass geklotzt und nicht gekleckert wird!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Im Übrigen habe ich sehr bedauert – das ist heute noch gar nicht zur Sprache gekommen –, dass die Beiratssitzung zum Kölner Bürgerhaushalt 2013, die in dieser Woche stattfinden sollte, einen Tag vorher abgesagt wurde. Sie war gedacht für eine weitere Abstimmung des Konzeptes für das Bürgerhaushaltsverfahren. Die Begründung lautete: Zeitprobleme wegen der Aufstellung des Haushaltes. Ist der Bürgerhaushalt für Sie mittlerweile nur noch ein Anhängsel? Wenn das der Fall sein sollte, müssen wir uns, glaube ich, schwer anstrengen, den Bürgern zu vermitteln, dass er kein Anhängsel ist. Ich hätte es gut gefunden, wenn man sich parallel zu den sogenannten Sparvorschlägen schon einmal an die Bürgerinnen und Bürger mit dem Hinweis auf das zukünftige Verfahren gewandt hätte. Vieles andere ist schon gesagt worden. – Ich danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Es gab noch eine Wortmeldung von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man muss am Ende einer solchen Debatte natürlich die Gelegenheit nutzen, das eine oder andere Argument noch einmal aufzugreifen. Wir wollen uns ja nicht nur die Schlagworte um die Ohren hauen, sondern wollen ja auch in der Sache vorankommen. Deswegen lassen Sie mich das eine oder andere Argument, das meine Vorredner genannt haben, noch einmal ansprechen.

Frau Klug, Sie haben bedauert, dass die FDP sich freut, dass die Bettensteuer jetzt wegfällt. Ja, wir haben sie von Anfang an bekämpft. Wir haben alle Steuern, die Sie oder Ihre Vorgänger und die Mehrheit hier im Hause erfunden haben, abgelehnt, die Bettensteuer, die Sex-Steuer, die Schneesteuer. Gerade Ihre Bet-

tensteuer hat neben dem finanziellen Schaden, den wir als Stadt Köln durch Mindereinnahmen erlitten haben, auch einen enormen Imageschaden für die Wirtschaft der Stadt, insbesondere für das Gastgewerbe, gebracht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Absoluter Blödsinn!)

Wie viele Leute gar nicht erst nach Köln gereist sind, weil es diese Bettensteuer gab, ist gar nicht zu beziffern. Sie kennen die Boykottaufrufe der Bayer-Werke, in denen es hieß: Wir buchen in Köln nicht mehr. Wie groß der wirtschaftliche Schaden ist, kann man gar nicht ermessen.

Natürlich können Sie als Kommune weitere Steuern erfinden. Dafür gibt es ja tolle Beispiele: Sie können noch eine Nahverkehrsabgabe beschließen.

(Beifall von Claus Ludwig [Die Linke.])

Sie können noch eine Sonnenbanksteuer erfinden oder eine Getränkesteuer erheben. Das können Sie alles machen. Aber seien Sie sicher: Die Stimmen der FDP bekommen Sie dafür nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu Ihnen, Herr Frank. Man merkte bei Ihrer Rede, wie weh es Ihnen immer noch tut, dass Sie nicht da oben auf dem Platz der Kämmerin sitzen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Das wird immer wieder deutlich. Aber ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Thema Gewerbesteuer angesprochen haben. Ja, es ist richtig: Die FDP favorisiert hier andere Modelle. Wir wollen die Gewerbesteuer nicht ersatzlos streichen, sondern wir wollen die Gemeinden mit anderen Instrumenten ausstatten, die, so glaube ich, auch der Stadt Köln ein sicheres Fundament für ihre Finanzen geben würden.

Sie haben von „legaler Steuerflucht“ gesprochen; das heißt, dass Unternehmen ihre Gewerbesteuern auf Städte verteilen, die günstigere Sätze haben. Hier gilt wieder der alte Satz: Nach ganz fest kommt ganz locker. Auch das Unternehmen, das jetzt diese 116 Millionen Euro anders verteilt hat, hat sich vielleicht überlegt: Die Kölner haben gerade die Gewerbesteuer erhöht. Wie können wir unsere Aktivitäten anders verteilen, um Gewerbesteuern zu sparen? – Es müsste mal – das unterliegt leider dem Steuergeheimnis – untersucht werden, was Ihre Gewerbesteuererhöhung die Stadt Köln wirklich gekostet hat, sprich: Wie viel hat uns die Steuerflucht oder Steuervertreibung, die Sie dadurch verursacht haben, gekostet?

Herr Börschel, nun ein Wort zu Ihnen; das kam aber auch in anderen Reden zur Sprache. Wir sind uns sicherlich darin einig: Leider verteilen alle Regierungen, ob Landes- oder Bundesregierung, die Aufgaben immer weiter nach unten, ohne die Kommunen dafür finanziell entsprechend auszustatten. Da sind wir auf jeden Fall einer Meinung. Aber man muss auch anerkennen, dass der Bund mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter einen wichtigen Schritt gemacht hat, der auch die Stadt Köln entlastet. Im Jahr 2013 bringt uns das eine Entlastung in Höhe von 51 Millionen Euro, im Jahr 2014 von 80 Millionen Euro. Sie können sagen: Das muss mehr sein; alles klar. Aber auch das muss man anerkennen.

Man muss natürlich auch sagen, dass die Stadt Köln von der guten Wirtschaftslage profitiert. Wer sie verursacht hat, darüber werden wir uns hier sicherlich nicht einig werden. Vielleicht haben Sie ja irgendwann, wenn es eine andere Regierungskonstellation gibt, auch einmal die Möglichkeit, eine so gute Wirtschaftslage für Köln und für Deutschland zu erzeugen. Wir haben immerhin Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer von 26 Millionen Euro. Die fallen ja nicht vom Himmel, sondern sie wurden in dieser Stadt erwirtschaftet. Das hat ja seine Gründe.

Lassen Sie mich noch ein letztes Argument von Ihnen, Herr Börschel, aufgreifen. Es ehrt uns ja, dass Sie die Stadtentwicklungsprojekte, die Sie eben genannt haben, mit der FDP verbinden. Da will ich Ihnen gar nicht widersprechen; um Gottes willen. Ich bin ja froh, dass es eine Fraktion in Köln gibt, die diese Projekte vorantreibt. Lassen Sie mich aus Ihrer Liste ein Projekt herausgreifen, und zwar die Bundesgartenschau. Diese ist zeitlich noch ganz weit weg: 2025. Mich hat es gewundert, dass der Herr Oberbürgermeister diese Sache mit aufgelistet hat; denn im Haushalt 2013/2014 sind dafür überhaupt noch keine Mittel vorgesehen. Das heißt, das ist eine langfristige Investition, die uns zurzeit in unserer aktuellen Haushaltskrise überhaupt nicht betrifft, uns also überhaupt nicht schadet.

Herr Börschel, weil Sie vorhin die Zahl 100 Millionen Euro in den Raum geworfen haben, habe ich eben mal recherchiert – es ist ja schön,

dass man mithilfe der neuen Technik schnell im Internet nachgucken kann –: So schreibt die *Rhein-Zeitung Koblenz* am 13.11.2012 unter dem Titel „Buga-Gewinn entlastet den Steuerzahler in Stadt und Land“:

> Koblenz – Rechnet man öffentliche und private Großinvestitionen zusammen, werden die wahren Dimensionen der Buga als regionales Konjunkturprogramm sichtbar: 439 Millionen Euro sind im Zuge der Bauarbeiten rund um die Gartenschau ausgegeben worden.

Weiter heißt es:

> Die Bearbeiter gehen davon aus, dass sich die Ausgaben für die Bundesgartenschau in Koblenz über Gewerbesteuerrückläufe und andere Einnahmen deutlich früher amortisieren werden als in den von der Verwaltung angesetzten sieben Jahren.

Das heißt: Das Geld, das Koblenz ausgegeben hat, ist nach nicht einmal sieben Jahren schon wieder im Stadtsäckel drin.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, das ist so, Herr Börschel! Das ist so!)

Das sind Investitionen in die Zukunft, die wir nicht auslassen dürfen, Herr Börschel. Deswegen würde ich es schade finden, wenn wir jetzt, nur weil es sich gut anhört, auf solche Zukunftsprojekte verzichten. Die 100 Millionen Euro sind ja im Haushaltsplan gar nicht vorgesehen. Rechnen Sie das noch einmal durch! Eine Bundesgartenschau kann ein großes Geschäft für Köln werden. Es wäre ein Fehler, das jetzt schon zu verhindern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gestatten Sie mir einen Hinweis zur Klarstellung: Sie dürfen dabei natürlich nicht vergessen und müssen das auch deutlich machen, dass wir die Bundesgartenschau auf einem Gelände planen, das uns nur zur Hälfte gehört, und dass wir jetzt und nicht irgendwann 2025 die Grundstücke erwerben und auch im Haushalt die Mittel dafür einstellen müssen,

(Martin Börschel [SPD]: Und zwar überteuert!)

und zwar vor dem Hintergrund, dass in den Augen derjenigen, die noch Eigentümer der Grundstücke sind bzw. die teilweise Pachtverhältnisse haben, die weit über das Jahr 2030 hinausgehen, die Dollarzeichen aufleuchten und wir die alle erst mal auszahlen müssen. Das ist die Vorfinanzierung, die wir jetzt leisten müssen und nicht erst in 2025. – Das wollte ich noch einmal zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD – Martin Börschel [SPD]: Sie haben alles gesagt, Herr Oberbürgermeister! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, das ist aber doch ein Aktivtausch!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben ja den Tagesordnungspunkt 3.1.1 zusammengefasst mit dem Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde.

Deswegen kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung“. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Was den Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde anbelangt, schlage ich vor, dass wir diesen Antrag in den Finanzausschuss verweisen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so geschehen.

Gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung, in den zuständigen Fachausschuss, d. h. den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung: Überprüfung städtischer Mitgliedschaften“
AN/1778/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort.

2. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung von 6 Zeichnungen des Künstlers Prof. Siegfried Anzinger
3641/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Annahme der Schenkung? – Niemand. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Das ist einstimmig angenommen.

Wir bedanken uns ganz herzlich beim Schenker, Herrn Professor Siegfried Anzinger.

(Beifall)

Der Rat nimmt die Schenkung von sechs Zeichnungen, 2012 von Prof. Siegfried Anzinger durch Prof. Siegfried Anzinger an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3. Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Die Stadt Köln unterhält laut Verwaltungsmitteilung 2166/2012 insgesamt in 159 Vereinen, Verbänden und Arbeitsgemeinschaften Mitgliedschaften und zahlt dafür pro Haushaltsjahr Beiträge. In 2012 beträgt das gesamte Beitragsvolumen 1.317.872 Euro. Nur in 17 Vereinen ist die Mitgliedschaft beitragsfrei. Allerdings fällt für alle Mitgliedschaften administrativer Aufwand an.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat die Verwaltung, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Nutzen und Kosten (Beitrag, sonstiger Aufwand) der jeweiligen Mitgliedschaft zu prüfen und die Gründe für die Fortführung oder Aufgabe von Mitgliedschaften darzulegen.

Das Prüfergebnis soll den zuständigen Fachausschüssen und dem Finanzausschuss so zeitnah vorgelegt werden, dass ggf. Entscheidungen im Rahmen der Beschlussfassung zum Hpl 2013/2014 möglich sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt"
AN/1800/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.2:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine Klüngelpartys während der Ratssitzung im Consilium“

Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag mit dem Titel „Keine Klüngelpartys während der Ratssitzung im Consilium“ ist ein Dringlichkeitsantrag aus der letzten Ratssitzung, den wir nichtsdestotrotz heute auf der Tagesordnung haben stehen lassen.

Warum haben wir das gemacht? Zur Erläuterung für diejenigen, die das nicht wissen: Das Consilium ist der Restaurantbetrieb im Rathaus, der auch als Ratskantine dient. Nun ist es so, dass wir in den letzten Monaten vermehrt feststellen mussten, dass dort zeitgleich zu Ratssitzungen Partys als geschlossene Gesellschaften stattfanden, teilweise auch aus dem politiknahen Bereich oder zumindest aus wirtschaftlich oder medialen Institutionen, die

an einem guten Draht zur Kommunalpolitik Interesse haben könnten. Wir sehen darin die Gefahr einer unzulässigen Interessenvermengung, vor allem auch deshalb, weil wir mitbekommen haben, dass diese für die Öffentlichkeit abgeschotteten Partys in der Ratscafeteria für die Ratspolitiker durchaus zugänglich sind, was die Möglichkeit eröffnet, dass man, anstatt hier seiner Ratstätigkeit nachzugehen, lieber mal in die geschlossenen Veranstaltungen geht, um dort exklusive Kontakte in beiderseitiger Richtung zu pflegen. Das halten wir von pro Köln gerade aufgrund der Geschichte des Klüngels, die es ja unbestritten in der Domstadt gibt, für bedenklich.

Wir müssen uns ja nur einmal vor Augen halten, wohin eine zu große Nähe zwischen bestimmten Leuten aus der Wirtschaft und der Kommunalpolitik führen kann. Wir haben ja in Köln erlebt, zu welch horrenden Mehrausgaben das für die Bürger dieser Stadt geführt hat. Ich erinnere hier nur an den Themenkomplex Oppenheim-Esch. Da wurden auch mit guten bis sehr guten Kontakten in die Stadtspitze und in die Ratsfraktionen hinein Geschäfte zum Laufen gebracht haben, die sich im Nachhinein – ich will es vorsichtig formulieren – nicht unbedingt zum finanziellen Vorteil dieser Stadt herausgestellt haben.

Ein Beispiel ist das Messegeschäft, von dem unabhängige Experten sagen, dass die Stadt Köln, wenn sie das anderweitig finanziert hätte und nicht über das Konstrukt mit Oppenheim Esch, mehrere Hundert Millionen Euro hätte sparen können. Es gibt auch noch andere Beispiele im öffentlichen Bereich, die von Oppenheim-Esch vorfinanziert wurden, weswegen die Bürger dieser Stadt überteuerte Mietverträge über Jahre und Jahrzehnte zahlen müssen. Das alles sind Dinge, die sich entwickeln können wegen einer zu engen Nähe zwischen Kommunalpolitik und Akteuren, die privatwirtschaftliche Interessen und ihren eigenen finanziellen Vorteil im Auge haben. Da sollte es eine klare Trennung geben.

Ich finde, es ist ein Unding, dass die Kölner Bürger oben auf der Zuschauertribüne sich jeder Beifallsbekundung enthalten müssen und streng abgeschottet werden, während in der Ratscafeteria Partys mit direktem, wechselseitigem Kontakt zu den Ratspolitikern stattfinden, auf denen während der laufenden Ratssitzungen Kontakte geknüpft werden, Sachen besprochen werden, also ein direkter, unmittelbarer Zugang besteht.

Ich sage ganz deutlich: Wir fordern detaillierte Aufklärung darüber, um welche Veranstalter es sich handelt. Das ist ganz wichtig. Denn wir müssen aufdecken, ob es da eventuell nichtzulässige Lobbyansinnen gibt, ob dort nichtlegitime Versuche in diese Richtung stattfinden. Das muss man aufklären. Wir wollen die Namen genau wissen. Wir wollen auch wissen, wie das im Detail geregelt ist. Ich sage: Prinzipiell sollte man darauf verzichten. Selbst wenn nichts dran sein sollte, sollte man darauf verzichten, um nicht in den Geruch dieser Möglichkeit zu kommen.

Deswegen haben wir unseren Antrag auf der Tagesordnung belassen: Keine Klüngelpartys im Consilium. Wir stellen diesen Antrag zur Abstimmung, wohl wissend, wie die Abstimmung ausgehen wird. Aber wir haben die Alternative aufgezeigt. Wir dokumentieren das. Wir werden das auch den Bürgern näher bringen. In diesem Sinne bedanke ich mich zumindest für die Aufmerksamkeit auf der Zuschauertribüne. Dort werden meine Worte nicht ganz so vergebens gewesen sein wie bei Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist er abgelehnt.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf den Betreiber der Ratshauskantine einzuwirken, dass dieser es zukünftig unterlässt, zeitgleich bzw. während der Sitzung des Rates der Stadt Köln im sog. „Consilium“ Festivitäten oder Partys abzuhalten, die geeignet wären, Ratsmitglieder von ihrer Sitzungstätigkeit abzuhalten und als Kontakthof für korruptive Beziehungen mit Nutznießern von Ratsentscheidungen zu dienen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Demokratische Beteiligung stär-

ken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“
AN/0975/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Wir hatten den Antrag mit dem Titel „Demokratische Beteiligung stärken – Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“ bereits im Juni eingebracht und darum gebeten, das Verhalten von Nichtwählern zu untersuchen.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Wir haben die Zeit von Juni bis heute dafür genutzt, intensive Gespräche mit der Verwaltung und mit Herrn Dr. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung zu führen. Das waren sehr spannende Diskussionen. Ich möchte dazu ein paar Anmerkungen machen.

Die Verwaltung arbeitet zusammen mit dem Fraunhofer-Institut seit einigen Monaten an einem Sozialmonitoring. Dieses Konzept wurde im September dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis gegeben. Wir halten dieses Konzept für gut, progressiv und ausbaufähig.

Die bearbeiteten Indizes für das Monitoring sind bisher die beiden Gruppen „demografischer Wandel“ und „Benachteiligung“. Ein Unterpunkt des zweiten Index ist die politisch-kulturelle Benachteiligung, die unter anderem über den Nichtwähleranteil bei der Kommunalwahl gemessen wird. Das bedeutet, dass bei der Errechnung und der Darstellung von Benachteiligung das Nichtwählen in Zukunft als Faktor bei sozialen Analysen berechnet und gewichtet wird. Das finden wir gut und richtig. Das war auch ein Grundanliegen unseres Antrags.

Damit werden allerdings nicht die Gründe für das Nichtwählen erfasst, sondern nur die Tatsache an sich. Man wird also über kurz oder lang nicht umhinkommen, die Gründe zu erfassen, warum Leute nicht wählen. Da wir inzwischen wissen, dass in einer ähnlich großen Stadt wie Köln eine solche Befragung von Nichtwählern stattfindet, sollten wir diese Befragung abwarten und die Ergebnisse dann in die Diskussion zum Kölner Sozialmonitoring mit einbeziehen.

Im Übrigen ist eine Befragung der Nichtwähler sehr komplex, sehr zeitaufwendig und sehr teuer. Ich will Ihnen sagen, warum. Sie können diese Befragung nicht am Tag der Wahl durchführen; denn sie gehen ja dort nicht hin. Man muss also eine andere Form der aufsuchenden Befragung wählen. Deswegen ist das relativ komplex. Zu überlegen wäre, ob nicht mit kleinräumigen Befragungen in Köln begonnen werden kann, um herauszufinden, warum die Leute in bestimmten Stadtbezirken nicht wählen.

Wir werden das Projekt der Verwaltung, das Sozialmonitoring, auch deshalb unterstützen, weil das vorliegende Konzept faktisch unserem Ratsbeschluss zu einem Armutsbericht sehr nahe kommt und praktisch einer Umsetzung dieses fünf Jahre alten Ratsbeschlusses gleichkommt.

Dieses Sozialmonitoring ist dann auch aktuell. Das sind aktuelle Daten und nicht ein Bericht, der uns erst nach ein, zwei Jahren vorgelegt wird, wenn die Daten schon wieder veraltet sind. Das ist dann wirklich sehr modern und sehr aktuell. Man wird die erhobenen Daten nicht nur auf Bezirke, sondern auch auf Stadtteile genau bewerten können.

Insofern sind wir mit dieser Entwicklung relativ zufrieden. Deshalb werden wir unseren Antrag zurückziehen, aber an diesem Thema auf jeden Fall intensiv weiterarbeiten. Wie gesagt, die Befragung und die Motive der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind damit noch nicht erfasst. Ich glaube, wir werden auch einen Weg finden, wie wir das mit relativ wenig Geld hinbekommen können. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Detjen, dass Sie Ihren Antrag zurückgezogen haben?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja!)

Dann brauchen wir auch keine weiteren Erklärungen vonseiten der Verwaltung. Der Antrag ist zurückgezogen. Wir schließen damit die Rednerliste.

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion nach einem Wortbeitrag von Ratsmitglied Detjen zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“
AN/1780/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln
AN/1793/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1799/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/1820/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute auf Antrag von SPD, Grünen und FDP korrespondierend im Landschaftsverband Rheinland und hier im Rat der Stadt Köln über einen weiteren Fortgang des Projektes „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ in Köln sprechen, debattieren und hinterher abstimmen können.

Sie werden sich vielleicht dunkel erinnern, dass ich in meiner Rede zur Haushaltsverabschiedung im Juni dieses Jahres angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt für die SPD die mit Mühen zustande gekommene Position dargestellt habe.

Dieses einzigartige Projekt – auf ein paar Einzelheiten komme ich gleich noch zu sprechen – muss sich gerade in Zeiten knapper Kassen einer besonders kritischen Würdigung unterziehen lassen, egal wie begeistert man von dem Projekt ist. Das gilt bei aller Euphorie, die wirklich angezeigt ist. Wir haben hier an einem absolut authentischen Ort, den es nördlich der Alpen kein zweites Mal gibt, römisches Leben, mittelalterliches Leben, jüdisches Leben, das man mit einer modernen Ausstellungskonzeption in ganz beeindruckender und nahebringender Weise darstellen kann. Wenn man sich einmal vorstellt, was man dann, wenn das einmal steht, mit modernen Techniken am authentischen Ort, also auch mit alten Mauern, Fundstücken und Ausstellungsstücken, machen kann, kann man sich dieser Begeisterung eigentlich gar nicht entziehen.

Trotzdem ist Begeisterung alleine immer ein schlechter Ratgeber. Man muss genau überlegen: Kann und will man sich das in einer solchen Situation leisten? Die Position der SPD war damals – ich habe lange ausgeholt, um das darzustellen –: Wenn es uns nicht gelingen sollte, den Landschaftsverband insoweit mit ins Boot zu holen, als dass er den Betrieb der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums übernimmt und die Stadt Köln die Baukosten tragen muss, wären wir schweren Herzens bereit gewesen, dieses Projekt einer nächsten Generation zu übergeben.

Jetzt kann ich sagen, dass nach vielen schwierigen, aber im Verlauf immer konstruktiven Gesprächen der Landschaftsverband sich glücklicherweise bereit erklärt hat, den Betrieb und die Betriebskosten der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums zu übernehmen. Sie werden – je nachdem, was man genau einrechnet – mit ungefähr 6,5 Millionen Euro pro Jahr kalkuliert. Die reinen Baukosten, die bisher von der Stadtverwaltung prognostiziert worden sind, werden am Ende im städtischen Haushalt mit gut 37 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Damit ist die Anforderung, die wir formuliert hatten, erfreulicherweise erfüllt. Wir danken ganz herzlich allen beteiligten Partnern im Landschaftsverband Rheinland, die auch Schwierigkeiten haben, die Argumente für sich zu wägen, die sich aber von der Begeisterung für dieses Projekt, für diese enorme Leistung nicht nur für Köln, sondern für die Region und darüber hinaus noch für weitere Kreise, haben anstecken lassen und deswegen mitgegangen sind. Unser Dank geht auch an die Fraktionskolleginnen und -kollegen von Grünen und FDP hier im Rat sowie an die Stadtverwaltung; denn sie haben kräftig mitgewirkt.

Auch wenn es – in Anführungszeichen – „nur“ noch 37 Millionen Euro sind, die die Stadt Köln als Baukosten übernehmen muss – 14 Millionen Euro zahlt das Land Nordrhein-Westfalen als Zuschüsse; die Betriebsübernahme erfolgt durch den Landschaftsverband Rheinland –, gilt gleichwohl abzuwägen, ob es sich um ein richtiges Projekt zur falschen Zeit handelt. Ich will gar nicht auf die alten Ideen der CDU eingehen, die das Ganze einmal für ein falsches Projekt gehalten hat. Immerhin sind Sie in Ihren Überlegungen insoweit weiter gediehen, als dass Sie das Projekt nicht mehr als solches infrage stellen, was ich absolut für einen Schritt in die richtige Richtung halte.

Vorhin haben wir darüber diskutiert, für welche Projekte es sich in Zeiten knapper Kassen eigentlich noch lohnt, Geld auszugeben. Das sind die Projekte, die dem Kriterium entsprechen, eine Stadt zukunftsfähig zu machen. Wir sind aus tiefster Überzeugung der Meinung: Das ist ein solches Projekt – ein Projekt, das nicht nur unser kulturelles Erbe wahrt, das nicht nur unser kulturelles Erbe am authentischen Ort für die Kölnerinnen und Kölner, die Bürgerinnen und Bürger der Region und alle, die hierhin kommen wollen, erlebbar und begehbar macht – das ist ja das Tolle daran –, sondern das auch ein Touristenmagnet werden wird. Ich wiederhole noch einmal den Hinweis, dass es sich um ein einzigartiges Projekt nördlich der Alpen handelt. Fragen Sie einmal Interessierte aus Ihrem Bekanntenkreis, warum sie nach Trier, nach Xanten oder auch in andere große deutsche oder internationale Städte fahren. Das ist ein entscheidender Grund mehr, hier für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum zu sprechen und zu stimmen; denn es wird am Ende wirklich ein Touristenmagnet sein. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Bei allem Positiven in der Bewegung der CDU haben Sie am Ende leider, nur weil Sie es per se in die Konsolidierung bringen wollen, einen höchst inkonsequenten Änderungsantrag gestellt. Das will ich hier zum Abschluss nur noch einmal sagen. Wenn Sie konsequent gewesen wären, hätten Sie sagen müssen: Das ist tatsächlich etwas für die nächste Generation. Wir sind auch nach Darstellung dieser guten Gründe nicht bereit, das Geld auszugeben. Wir schütten das Ganze zu und machen es, wenn wir das Geld haben, in 25 Jahren wieder auf.

Sie tragen aber tatsächlich wieder vor, dass Sie dort ein paar hübsche Schutzhüttchen bauen wollen – für die Sie nicht nur die Zuschüsse des Landes verlieren werden, sondern auch die komplette Planung neu machen müssen, die Statik noch einmal überprüfen lassen müssen und viele Millionen Euro Architekten- und andere Vorlaufkosten einfach in den Wind schreiben. Über 5 Millionen Euro verlorene Kosten würde Ihr Antrag nach sich ziehen. Es entstehen also mehr Kosten bei weniger Zuschüssen. Das ist wirklich absurd und insofern inkonsequent. Deswegen kann man Ihren Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Entweder ganz oder gar nicht! Ich möchte hier ganz ausdrücklich für die SPD sagen: Nachdem der Landschaftsverband sich so toll eingesetzt hat, stimmen wir eindeutig mit Begeisterung für ganz. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Peil, bitte.

Stefan Peil (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Gäste auf der Tribüne! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es in der Haushaltssituation, in der sich die Stadt befindet, legitim und geboten, zu prüfen, ob sich nachhaltige Konsolidierungsmöglichkeiten finden lassen. Sie haben sich nun, liebe CDU und Freie Wähler, auf die Archäologische Zone gestürzt und meinen, sie dort zu finden. Ich glaube das nicht, sondern habe eher den Eindruck: Sie haben die Frage der Nachhaltigkeit, also der Zukunftsfähigkeit, nicht geprüft, oder es ist Ihnen egal, und es gibt hier ein bisschen vorgezogenes Wahlkampfgetöse.

Wenn Sie das geprüft hätten, hätten Sie nämlich berücksichtigen müssen, was dieses Projekt für die Zukunft der Stadt, aber auch für die Tourismuswirtschaft, die Arbeitsplätze und die Steuerkraft bedeutet. Ich will nicht das wiederholen, was Herr Börschel im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen bereits gesagt hat. Es geht hier nicht um 52 Millionen Euro, die wir sparen könnten, wie oft suggeriert wird, sondern um einen weitaus geringeren Betrag.

Von Bedeutung ist aber auch, dass es gelungen ist, mit dem Landschaftsverband Rheinland einen Partner zu finden, der der Stadt ein Angebot macht, die fachliche und wissenschaftliche Kompetenz des LVR einzubringen und die Betriebskosten zu tragen. Zu dem Angebot gehört ausdrücklich auch die Bereitschaft, dieses Museum in das Museumsnetzwerk des LVR einzubringen und vor Ort die Vernetzung mit den Kölner Museen, insbesondere dem Römisch-Germanischen Museum und dem Kölnischen Stadtmuseum, auf kollegialer Ebene zu entwickeln.

Im LVR jedenfalls sind die Verhältnisse klar. Die Gestaltungsmehrheit von SPD, Grünen und FDP hat gegen die Stimmen von CDU und Freien Wählern/Deine Freunde die Bereitschaft des LVR erklärt, nach Fertigstellung durch die Stadt das Jüdische Museum mit der Archäologischen Zone als LVR-Museum zu betreiben. Damit ist ein in Europa einzigartiges,

großartiges historisches und archäologisches Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Wie schon der Kulturausschuss des LVR entschieden hat, wird auch der Landschaftsausschuss am 23. November 2012 endgültig entscheiden.

Worum geht es? In der Archäologischen Zone vor dem Historischen Rathaus dokumentiert sich vor allem der Grabungsbefund des jüdischen Lebens im mittelalterlichen Köln unmittelbar vor dem Praetorium, dem Römischen Statthalterpalast. Bereits im 4. Jahrhundert ist für die Provinzhauptstadt Köln eine lebendige jüdische Stadtgemeinde historisch belegt. Wo sonst können Besucherinnen und Besucher durch freigelegte antike und mittelalterliche Mauern schlendern und so die Geschichte der provinzialrömischen und mittelalterlichen rheinischen Metropole derart anschaulich und authentisch erleben? Die Bedeutung der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Kultur für das Rheinland kann damit in einmaliger Eindringlichkeit vermittelt und erlebt werden.

Diesen authentischen Ort kann nichts ersetzen – auch nicht mehr oder minder hervorstechende Abteilungen anderer Museen. Den Grabungsfund wieder zuzuschütten und lediglich eine Auswahl von Fundstücken in bestehenden Museen zu zeigen, wie man es als ernst gemeinte Forderung der CDU vernimmt, wäre ein Zeugnis grober Unverantwortlichkeit und vertaner Chancen.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Warum macht der LVR dieses Angebot? Die Landschaftsverbände haben den gesetzlichen Auftrag, die kulturelle Identität der Regionen zu wahren und zu vermitteln. Die Archäologische Zone auf dem Boden der Stadt Köln in ihrer untrennbaren Verknüpfung von provinzialrömischem und mittelalterlichem Bodendenkmal mit der jüdischen Geschichte in Stadt und Region ist beim LVR bestens aufgehoben. Sie entspricht seiner Kernaufgabe und unbestrittenen Expertise in der Kulturpflege, seinem Auftrag und seiner Verantwortung.

Mit dem LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen in Titz, aber auch mit der Unterstützung der Alten Synagoge in Essen und vielen kleineren Projekten hat sich der LVR bereits erfolgreich für Vermittlungsorte jüdischen Lebens, jüdischer Kultur und jüdischer Religion sowie für die Erforschung und Darstellung von Verfolgung und Unterdrückung der jüdischen Menschen im Rheinland starkgemacht.

Das eindeutige Bekenntnis zu einem jüdischen Museum von zumindest europaweiter Geltung kommt auch zur richtigen Zeit, um der zunehmenden Gewalt gegen jüdische Gläubige und den unterschwelligen Vorurteilen, die infolge des Beschneidungsurteils in die öffentliche Debatte getragen wurden, ein Leuchtturmprojekt entgegenzusetzen, das sich zur mitprägenden Rolle und Leistung des Judentums im Rheinland durch Anschauung, Aufklärung und Wertschätzung bekennt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der LVR wird das Museum im Rahmen seiner Museumslandschaft übernehmen. Der LVR wird die Kosten für den Betrieb tragen.

Nach Beschluss des Rates wird es ein gemeinsames Steuerungsgremium aus Mitgliedern der Landschaftsversammlung und des Rates geben, die am Prozess beteiligt sind. Wir denken, dass das ein demokratisches Moment in diesem Verfahren ist.

Wir wünschen uns sehr, dass die CDU ihre Haltung vielleicht noch einmal überdenkt. Es wäre gut, wenn wir zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen würden. Ich denke, klüger zu werden, ist keine Schande. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen zu Herrn Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

> Vom Sparen wird niemand verschont …
>
> Wir müssen die Konsolidierung unserer Finanzen jetzt in Angriff nehmen. Daran führt kein Weg vorbei. …
>
> Wir haben die politische Verantwortung, den Haushalt jetzt in Ordnung zu bringen. Und nicht erst im Jahr 2020.

Meine Damen und Herren, jeder dieser Sätze könnte von mir stammen. Jeden dieser Sätze würde nicht nur ich, sondern auch jedes ande-

re Mitglied der CDU-Fraktion sofort unterschreiben.

Das Problem ist: Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern von unserem Oberbürgermeister. Er hat sie in einem Interview gegenüber dem *Kölner Stadt-Anzeiger* gesagt. Sie scheinen aber – zu diesem Schluss muss ich kommen, wenn ich diesen Antrag sehe – bloße Lippenbekenntnisse zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Andernfalls hätte der Oberbürgermeister bei seinen Genossen, aber auch bei den grünen Juniorpartnern geworben, um sie davon abzubringen, den Antrag zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Museum heute zu stellen. Er hätte sich ansonsten nach Kräften bemüht, deutlich zu machen, dass Köln zwar durchaus ein Jüdisches Museum vertragen kann und dass es wünschenswert ist, dass aber eine Realisierung bei der jetzigen Finanzlage, über die wir eben noch gesprochen haben, überhaupt nicht machbar ist, weil es in der jetzigen Finanzsituation nicht möglich ist, das zu tun.

Sie haben hier ganz toll darüber hinweggehudelt, was die Stadt dennoch bezahlen wird. Ich werde es Ihnen gleich sagen, Herr Peil.

Sehr geehrte Damen und Herren, Fakt ist, dass weder der Oberbürgermeister noch die Kämmerin noch Rot-Grün zum Sparen bereit sind – und in diesem Falle auch die FDP leider nicht. Herr Breite, ich habe Ihnen eben Applaus gezollt; denn ich fand das eine gute Rede in der Aktuellen Stunde – mit Sparwillen. Wo ist Ihr Sparwille denn jetzt geblieben? Das hätte ich gerne gewusst. Jetzt sind Sie auf einmal bereit, Jahr für Jahr Gelder auszugeben, die ich gleich noch benennen werde.

Das Haushaltsdefizit beträgt mindestens 330 Millionen Euro. Wir brauchen also Sparvorschläge.

> Man erwartet von der Stadtverwaltung jetzt, dass entsprechende Vorschläge gemacht werden. Das werden wir tun. Dann wird man sehen, ob die Fraktionen mitziehen.

Das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, vor drei Monaten in dem eingangs erwähnten Interview gesagt.

> Ich habe ganz klare Sparvorstellungen, die vom Stadtvorstand noch beschlossen und natürlich auch vom Rat mitgetragen werden müssen.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister: Meinen Sie das angekündigte Sparkonzept, das die Kämmerin – sie ist gar nicht da -

> (Andreas Köhler [CDU]: Sie hat wohl Urlaub! – Weitere Zurufe von der CDU – Beifall bei der CDU)

und die Stadtspitze vorgestellt haben? Dieses Papier können Sie doch überhaupt nicht meinen; denn es lässt jedenfalls keinesfalls die dringend notwendige Bereitschaft erkennen, nachhaltig, strategisch und strukturell zu sparen. Davon ist nichts, aber auch gar nichts zu sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie denn, dass die Fraktionen, die heute bereit sind, so viel Geld auszugeben, dann mit Ihnen gemeinsam dieses Sparkonzept tragen werden? Ich glaube nicht daran.

Ich glaube wirklich nicht daran; denn ein solches Museum wird uns selbst mithilfe des Landschaftsverbandes jährlich 5 bis 6 Millionen Euro kosten. Diese Zahlen sind auch nicht gegriffen. Das habe ich mit dem Herrn Kulturdezernenten besprochen. Er hat das so bestätigt. Diese 5 bis 6 Millionen Euro kommen auf den Haushalt obendrauf, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Da frage ich einmal, wie weit wir denn kommen, wenn es darum geht, die Grenze von 5 Prozent nicht zu reißen. Diese Summen sind dabei doch noch gar nicht eingepreist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Peil, ich will hier noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass der Kulturausschuss des Landschaftsverbandes beschlossen hat:

> Die Stadt Köln trägt, …, den gesamten baulichen Investitionsaufwand. …
>
> Eine Refinanzierung über Miete oder Abschreibungen zu Lasten des LVR erfolgt nicht.
>
> Die Stadt Köln ist, …, für den kompletten Unterhalt des Gebäudes und ggf. Außenanlagen verantwortlich.

Verantwortlich ist die Stadt Köln natürlich auch für die Finanzierung der Kosten, die, wie wir glauben und wie uns alle Experten sagen, bei mindestens 60 Millionen Euro liegen werden –

und nicht schöngerechnet, wie das hier wieder gesagt worden ist, bei 37 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Ich jedenfalls halte es für einen Skandal, sich auf der einen Seite zu bemühen und im Effizienzteam zu sagen, dass wir keine weiteren Ausgaben tätigen wollen, die wir nicht abgesprochen haben, und dann diesen Vorschlag vorzulegen, der uns rund 5 bis 6 Millionen Euro jährlich kosten wird. Das halte ich für nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Herr Kollege, das ist die Unwahrheit!)

- Nein, das ist nicht die Unwahrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt keine diesbezügliche Absprache im Effizienzteam!)

- Wir haben gesagt: Wir wollen keine neuen Ausgaben vornehmen, die wir nicht abgesprochen haben.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, das ist nicht die Wahrheit!)

Wie vermitteln wir denn den von dem Sparpaket, das wir jetzt bekommen haben, betroffenen Bürgern beispielsweise, dass OGS-Plätze und Seniorennetzwerke gestrichen werden, dass über Jahre hinweg aufgebaute Strukturen zerschlagen werden?

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug betritt den Ratssaal)

Ich gebe Herrn Detjen ja nicht sehr oft recht. An dieser Stelle könnte ich alles wiederholen, was er hier vorgetragen hat. Man kann doch keinem mehr erklären, dass wir dort 300 000 Euro einsparen und damit die Netzwerke kaputtmachen, aber auf der anderen Seite jedes Jahr 5 bis 6 Millionen Euro zusätzlich für ein Museum ausgeben, das man auch später bauen kann.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Belegen Sie das einmal! Sie können es nicht belegen!)

Ich kann jedenfalls den Menschen, die von diesen Sparmaßnahmen betroffen sein werden, nicht deutlich machen, warum wir diese Gelder auf der einen Seite einsparen und sie auf der anderen Seite mit vollen Händen in die Baugrube vor dem Rathaus werfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, deshalb bitte ich Sie, sich das Ganze noch einmal zu überlegen. Herr Peil, ich kann es auch umgekehrt formulieren. Es ist keine Schande, wenn Sie nun einsichtig werden und sagen: Wir können uns das jetzt nicht leisten. Wir wollen es uns leisten und werden das dann machen, wenn das Geld dafür da ist.

Ich sehe überhaupt nicht, dass die 14 Millionen Euro, die uns für die Archäologische Zone zugesagt sind, vom Land nicht gezahlt werden, wenn wir das Jüdische Museum nicht mehr bauen.

Natürlich können wir die Archäologische Zone schützen. Dazu brauchen wir sie weder zuzuschütten, noch brauchen wir irgendwelche kleinen Schutzbauten, die Sie genannt haben, zu errichten, Herr Börschel. Es gibt bereits Entwürfe dafür. Kaspar Kraemer, einer der maßgeblichen Architekten dieser Stadt, hat das schon vor vielen Jahren gesagt. Er ist jetzt auch wieder bereit, darüber nachzudenken, wie man vernünftige Schutzbauten realisieren kann.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die sind doch nicht umsonst, Herr Granitzka! Ohne Fördermittel müssen Sie das bezahlen!)

- Nein, das müssen wir nicht. Wir haben 14 Millionen Euro. Die werden wir dafür einsetzen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die sind doch weg! Die sind doch für etwas völlig anderes!)

Die CDU hat einen Änderungsantrag gestellt. Wir bitten Sie sehr herzlich, im Sinne der Finanzierung dieser Stadt diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Darüber würden wir uns sehr freuen; denn damit sparen wir Millionen Euro, die wir dann dort ausgeben können, wo die Menschen es brauchen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herzlichen Dank. – Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe die Rede meines Kollegen Granitzka extra abgewartet, damit es nicht dazu kommt, dass wir uns am Anfang zu sehr einig sind und seine Ausführungen am Ende unwidersprochen bleiben.

Was die Initiativen angeht, ist Folgendes festzustellen: Mit den Reden, die von der FDP und auch von mir selber zugunsten dieses Projektes gehalten worden sind, könnte man mittlerweile wahrscheinlich zwei Bände füllen. Seit der ersten Pressemitteilung von Werner Hoyer im Jahre 1985 für das Projekt können Sie das alles auf unserer Homepage nachlesen. Damit will ich Sie gar nicht langweilen.

Heute ist ein neuer Aspekt dazugekommen. Deswegen diskutieren wir hier auch darüber. Heute haben wir nämlich einen Betreiber für das Museum, der uns als Stadt Köln finanziell massiv entlastet. Wir haben immer gefordert – diese Forderung besteht nach wie vor –, zu berücksichtigen, dass wir als Oberzentrum hier Aufgaben für das ganze Land wahrnehmen, ohne dass eine landesweite Kultureinrichtung entsprechend gefördert würde. Da haben wir noch eine Forderung an das Land Nordrhein-Westfalen für unsere Kultureinrichtung.

Hier wird aber wenigstens schon einmal etwas getan, weil vom LVR festgestellt wird, dass es bei dem Jüdischen Museum nicht um die Darstellung der jüdischen Gemeinde in Köln geht, sondern um die Juden im Rheinland und deren Kulturgeschichte, die weit über die Stadtgrenzen der Stadt Köln hinaus gestrahlt hat.

Daher kann ich mich den Ausführungen von Herrn Börschel und Herrn Peil vollumfänglich anschließen. Wie Herr Börschel schon gesagt hat, geht unser herzlicher Dank an den LVR. Dort hat man es auch nicht leicht. Der LVR hat ebenfalls Haushaltsprobleme. Außerdem gibt es eine Kampagne, die leider auch von der CDU und den Freien Wählern im ganzen Rheinland gegen das Projekt betrieben wird.

An dieser Stelle muss man aber die Frage stellen: Was bekommt die Stadt Köln denn bisher heraus? Bisher sind wir Einzahler beim LVR. Jede andere Kommune im Land Nordrhein-Westfalen bekommt mehr heraus als die Städte Köln und Düsseldorf. Daher ist es nur richtig, dass eine solche Investition jetzt auch hier in Köln gefördert wird.

Herr Professor Quander, nun liegt der Ball bei Ihnen, bei der Verwaltung. Die Politik hat sich in dieser Sache sehr engagiert. Wie Herr Börschel schon in einem Halbsatz angedeutet hat, haben wir als Fraktionen von SPD, Grünen und FDP in der Sommerpause mit unseren Kollegen der Landschaftsversammlung getagt, um den Karren irgendwie aus dem Dreck zu ziehen. Eigentlich ist das nicht die Aufgabe ehrenamtlicher Kommunalpolitiker. An sich wäre es die Aufgabe der Verwaltung gewesen, diese Einigung herbeizuführen.

Damit haben wir eine gewisse Vorlage für Sie geschaffen, Herr Professor Quander. Sie und Ihre Verwaltung werden jetzt daran gemessen, dass das Projekt auch wirklich realisiert wird, dass wir einen unterschriftsreifen Vertrag mit dem LVR hinbekommen. Da sind noch viele Hürden zu nehmen und noch viele Detailgespräche zu führen. Ich setze aber auf Sie und hoffe, dass Sie diese Probleme lösen.

Was den Änderungsantrag der CDU angeht, muss ich Folgendes sagen: Lieber Winrich Granitzka, die CDU ist nicht glaubwürdig, wenn sie jetzt in Sachen Jüdisches Museum Krokodilstränen vergießt. Die CDU hat sich nämlich – so ist es leider nun einmal; ich habe das immer bedauert – aus dem großen Konsens, den wir in diesem Hause gehabt haben, vor Jahren verabschiedet und bedauerlicherweise nie den Weg zurück zur Mehrheit dieses Hauses gefunden, um dieses Projekt mit zu unterstützen.

Da wurden vielfältige Argumente angeführt – vom Lichteinfall in die Büros der CDU-Fraktion bis hin zum Vorwurf, hier würde ein jüdischer Gürzenich gebaut, was man nicht wolle. Außerdem wurde infrage gestellt, ob das der richtige Ort für ein Jüdisches Museum sei; es musste ein Symposion durchgeführt werden, damit das nachgewiesen wurde. Dann wurde bezweifelt, ob es einen entsprechenden Inhalt gibt, mit dem man dieses Museum füllen kann.

Immer wieder hat die CDU neue Aspekte aufgeworfen, um dieses Projekt infrage zu stellen. Heute sind es nun die Finanzen, lieber Winrich Granitzka. Das ist nicht glaubwürdig.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es! – Ursula Gärtner [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Hätten Sie in Sachen Sparen und in Sachen Haushaltskonsolidierung wirklich etwas tun wollen, hätten Sie das ins Effizienzteam gebracht. Dort stehen viele Dinge auf dem Prüfstand. Da wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, auf welche Projekte wir verzichten müssen.

38. Sitzung vom 15. November 2012

(Markus Wiener [pro Köln]: Aha!)

Eben haben Sie vom Kollegen Börschel ja gehört, dass dort auch Dinge, die mir wirklich wehtun würden, wie die Bundesgartenschau zur Disposition gestellt werden. Das wird im Effizienzteam beraten. Dort hätten Sie es machen können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben doch noch gar nicht darüber beraten! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir haben doch noch gar nicht getagt!)

Wenn Sie es hier beantragen, ist das aber nur eine weitere Showveranstaltung der CDU gegen das Jüdische Museum. Ich finde es verwerflich, dass Sie das in diesem Gremium tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben doch noch nicht ein einziges Mal zur Sache getagt! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben doch noch gar keinen Ton dazu gesagt!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Herr Sterck hier gerade zum Besten gegeben hat, ist schon entlarvend. Man soll Sachen von Relevanz also gar nicht im Stadtrat beantragen. Solche Dinge bespricht man lieber hinter verschlossenen Türen. Das ist Demokratie à la FDP. Man kann nur jedem empfehlen, sich das immer wieder vor Augen zu führen und gut zuzuhören, wenn die Damen und Herren gerade im Redefluss sind, weil dann ab und zu auch mal die Wahrheit herauskommt. Immer gut zuhören! Relevante Sachen bespricht man also nicht im Stadtrat vor der Öffentlichkeit. Relevante Sachen werden im Hinterzimmer ausgekungelt. Dahin gehören sie nach Vorstellung der FDP.

Meine Damen und Herren, pro Köln war schon immer aus städtebaulichen und auch aus finanziellen Gründen gegen das Jüdische Museum am Rathausvorplatz. Die städtebaulichen Argumente wurden anfangs von der CDU, aber auch von anderen geteilt. Die finanziellen Argumente, die dagegensprechen, sind aufgrund der neuen Haushaltslage jetzt mehr als eindeutig. Gerade haben wir gehört, was wir uns alles nicht leisten können und dass überall der Rotstift angesetzt werden muss. Dieses Projekt scheint aber heilig zu sein. Bei diesem Projekt darf man nicht nachdenken, sondern muss anscheinend das Gehirn abschalten – warum auch immer.

Pro Köln hat sich immer gerade auch im Hinblick auf die jüdische Gemeinde in Köln gegen Verschwörungstheorien ausgesprochen. Pro Köln hat die jüdische Gemeinde auch in Schutz genommen, gerade auch gegenüber dem neuen Antisemitismus aus dem muslimischen Bereich, aus dem islamistischen Bereich.

Nur sollte man auch Folgendes bedenken: Wenn bei solchen Fragen nicht mehr nachgedacht werden darf, wenn etwas offensichtlich sakrosankt ist, leistet man damit auch Leuten Vorschub, die vielleicht nichts Gutes im Sinn haben.

Vorhin wurde – von Herrn Börschel, glaube ich – gesagt, bei allen Dingen, die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt von allergrößter Wichtigkeit seien, dürfe nicht gespart werden. Ich bin aber wohl nicht der Einzige, der vehement bestreitet, dass es für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Köln von entscheidender Bedeutung ist, ob ein bestimmtes Museum jetzt sofort an einem bestimmten Ort gebaut wird. Das ist doch Humbug. So etwas ist doch wirklich schwachsinnig. Anders kann man es nicht bezeichnen. Für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Köln sind ganz andere Dinge ausschlaggebend – Dinge, die für die wirtschaftliche Entwicklung und die demografische Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Das sind die Kategorien, die für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt wichtig sind.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt ist aber nicht, ob man eventuell – worüber man noch streiten müsste – ein touristisch besonders interessantes Projekt voranbringt. Da kann man auch geteilter Meinung sein. Wir haben ja sogar Politiker wie den Herrn SPD-Bezirksbürgermeister Wirges aus Ehrenfeld, der die neue Scheußlichkeit an der Venloer Straße für eine touristische Attraktion hält. Später fahren die Leute vielleicht mit Bussen direkt vom Dom dorthin, um sich dieses reaktorähnliche Gebäude anzusehen. Da kann man sehr wohl geteilter Meinung sein, denke ich.

Überall sollte man einen klaren Kopf behalten, das Nachdenken nicht verbieten und Diskussionen nicht tabuisieren. Dann kommt man auch zu den richtigen Ergebnissen. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Archäologische Zone ist eine großartige Ausgrabung. Sie hat uns viel über die Geschichte unserer Stadt gelehrt. Schon jetzt, da die Ausgrabungen noch im Gange sind, ist sie ein Besuchermagnet, weil sie ein Fenster in die Vergangenheit ist. Unsere Fraktion hat sich immer dafür ausgesprochen, die Archäologische Zone auszubauen, sodass sie auf Dauer unseren Kölnern und Kölnerinnen und den Gästen unserer Stadt zugänglich ist.

Aber der politische Beschluss, den Sie heute hier fassen wollen, meine Damen und Herren, ist schon eine Farce. Das Ganze wird zum Lippenbekenntnis degradiert. Sie alle kennen die Liste der Kürzungen und Streichungen, die unsere Stadt treffen sollen. Interkulturelle Zentren und die freie Jugendarbeit – vieles hier in Köln steht in der Gefahr, zerstört zu werden. Auch die Archäologische Zone wird deshalb auf den Prüfstand zu stellen sein – mit dem Resultat, dass wir uns das zurzeit nicht leisten können. Es ist zu befürchten, dass das Geld für die Archäologische Zone einfach kurzfristig weggespart wird und dadurch erheblicher Schaden für unsere städtische Außenwirkung entsteht oder, wie Sie es zurzeit immer auf Neudeutsch bezeichnen, die Zukunftsfähigkeit infrage gestellt ist. Es kann nicht sein, dass der Kölner Rat die Ausgaben für Bildung, Jugend und Soziales zusammenstreicht und im gleichen Moment den Bau eines Objektes beschließt, das die Stadtkasse durch die Kreditfinanzierung und die jährlichen Kosten der Instandhaltung auf Dauer belasten wird.

Sie werden mir jetzt entgegenhalten, dass unsere Fraktion im Kulturausschuss der Landschaftsversammlung die Vorlage zur Archäologischen Zone mitgetragen hat. Ja. Damit wird aber auch deutlich, dass der LVR, also das Kölner Umland, für dieses Projekt nach heftigen Diskussionen Verantwortung mittragen will. Aber auch hier ist da Zeitfenster nicht unendlich.

Dass das so ist, wissen Sie von der CDU nur zu gut. Ihr Änderungsantrag liest sich im ersten Moment zwar ganz nett. Wir wissen aber alle, was Sie im Hintergrund dazu alles treiben – angefangen von Ihrer unsäglichen Broschüre, dem Weißbuch „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“, bis hin zu den entrüsteten Schreiben Ihrer Parteimitglieder aus Mönchengladbach, Kleve, Neuss usw. an den LVR. Darum werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, so sehr uns, wie auch Ihnen, dieses Projekt am Herzen liegt – die Fraktion Die Linke. kann sich unter den jetzigen Voraussetzungen an Ihrer Beschlussfassung nicht beteiligen und wird sich bei der Abstimmung enthalten. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Ich bitte Sie für einen kleinen Augenblick um besondere Aufmerksamkeit; denn gerade ist unsere Kollegin Barbara Moritz eingetroffen. Frau Moritz hat heute aus den Händen unserer Ministerpräsidentin das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Darüber freuen wir uns sehr. Ich gratuliere ihr ganz herzlich zu dieser großen, ganz besonderen Auszeichnung und glaube, alle anderen hier im Saal schließen sich an. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall – Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen] überreicht Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] einen Blumenstrauß – Oberbürgermeister Jürgen Roters und Winrich Granitzka [CDU] gratulieren Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] – Beifall)

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Ich rufe Herrn Hoffmann auf. Bitte schön.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vorweg: Ich bin für ein Jüdisches Museum. Wir sollten es dann in Angriff nehmen, wenn der städtische Haushalt es hergibt. So denken, glaube ich, viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. In Bezug darauf, welchen Wert dieses Museum hat, gehe ich mit vielen Ausführungen, die wir heute gehört haben, vollkommen d’accord – in jeglicher Hinsicht. Zurzeit haben wir das Geld aber nicht. Deswegen können wir es, wenn wir der Stadt und uns selbst gegenüber ehrlich sind, nicht bauen.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie dem Änderungsantrag entnehmen können, geht es hierbei in erster Linie um Kosteneinsparungen, sowohl im Investitionsbereich als auch bei den prognostizierten Folgekosten.

Die Stadt kann die Betriebskosten nicht stemmen und sucht dafür Mitstreiter. Das ist auch zu verstehen. Was liegt da näher, als den Landschaftsverband anzusprechen? Allerdings befinden sich in diesem auch eine Reihe von Gebietskörperschaften – 22 von 26 –, die vorne und hinten nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen. Würde das Projekt in dieser Form genehmigt, müssten Mülheim an der Ruhr jährlich 115 000 Euro und Essen jährlich 500 000 Euro anteilig als Mitbetreiber bezahlen – vorausgesetzt, dass die Zahlen, die ich Ihnen gleich nenne, so bleiben. Und wir wissen ja: Investitionskosten und Betriebskosten bleiben in dieser Stadt nie gleich; gerade Investitionskosten steigen enorm.

Betrachten wir das doch einmal. 2009 waren es noch 45 Millionen Euro. 2012 sind wir schon bei 81,8 Millionen Euro. Das kann man noch verstehen. 2013/14/15 werden wir das Ganze mit diesen Mitteln aber nicht gestemmt bekommen, glaube ich. Es gibt ganz wenige Projekte in dieser Stadt, bei denen das tatsächlich gelungen ist.

Ich behaupte an dieser Stelle: Auch wenn die Planung noch so gut ist, müssen wir auch beim Opernquartier schauen, was in einigen Jahren sein wird. Da steht schon, dass das weiterentwickelt werden muss. Mit Bestimmtheit wollen wir dann auch wieder etwas tun.

Deswegen sollten wir dieses Projekt, so wichtig es ist und so sehr es auch mir am Herzen liegt, etwas verschieben, und zwar, bis wir das Geld haben und vernünftig planen können.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich doch nur Folgendes an: 2009 war man sich noch nicht ganz sicher und sprach von 2,5 Millionen Euro Betriebskosten. 2012 ist man wesentlich weiter. Eben habe ich die Zahl von 5,8 oder 5,9 Millionen Euro gehört. Mir liegt eine andere Zahl vor, nämlich 6,2 oder 6,8 Millionen Euro im Jahr. Wenn das stimmt, sind die Betriebskosten in sieben Jahren genauso hoch wie die Investitionskosten.

Eigentlich brauchen wir aber gar nicht über die Betriebskosten des Jüdischen Museums zu diskutieren. Wir können uns den Bau zurzeit einfach nicht leisten. Und andere Gebietskörperschaften finanziell belasten, das will ich nicht, und das kann ich nicht. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hoffmann. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Die Archäologische Zone ist ein sehr komplexes Projekt. Seit Jahrzehnten beschäftigt man sich schon damit. Ich bin seit drei Jahren auch damit befasst – nicht nur im Kulturausschuss des Rates, sondern auch im Kulturausschuss des Landschaftsverbands Rheinland. Es ist bedauerlich, dass sich so wenige Menschen tatsächlich dafür interessieren. Allerdings ist das Ganze auch schwer zu verstehen. Dennoch versuche ich, meine Sicht der Dinge hier darzustellen und zu erläutern, warum ich gegen den Bau zum jetzigen Zeitpunkt bin.

Die Archäologische Zone und das Jüdische Museum sind zweifelsohne faszinierende Projekt. Ich möchte dies mit keiner Silbe infrage stellen oder so verstanden werden. Daher fällt mir die Entscheidung schwer, beide Projekte in ihrer geplanten Form weiterhin abzulehnen.

Das Paket, das unsere Ampelkoalition im LVR und hier im Rat geschnürt hat, klingt zunächst verlockend: eine neue, spannende, qualitativ höchstwertige Kultureinrichtung und ein Touristenmagnet zugleich; wir, die Stadt Köln, bauen Archäologische Zone und Jüdisches Museum, und den Betrieb zahlt später der Landschaftsverband Rheinland – für Köln dank günstiger Bauzinsen ein gutes Geschäft.

Doch diese Rechnung stimmt nicht. Blicken wir kurz etwas zurück, um unsere heutige Situation besser verstehen zu können. Die Planung des Projektes wurde vor wenigen Jahren konkret angegangen. Wie das oft so ist, wurde bei der Finanzierung erst einmal vom günstigsten aller Fälle ausgegangen: Fördermittel überall; Köln wird nur ein Viertel der Baukosten zu tragen haben; für den Rest gibt es Fördertöpfe.

Es ist anders gekommen. Wir zahlen den größten Teil der Baukosten, und die Betriebskosten sind kontinuierlich angestiegen. Da schien die

Idee, Verhandlungen mit dem LVR aufzunehmen, naheliegend zu sein. Der LVR kennt sich mit Bodendenkmälern bestens aus, ist erfahren im Betrieb von Museen und hat zum Beispiel auch den Archäologischen Park Xanten zum Erfolg geführt. Doch die Verhandlungen der beiden Verwaltungen verliefen äußerst schleppend. Auf der einen Seite machte es den Eindruck, als wolle die Stadt Köln ihr Projekt nicht wirklich abgeben. Auf der anderen Seite wollte man aufseiten des LVR erst einmal wissen, was Sache ist. Es gibt kein inhaltliches Konzept. Man weiß höchstwahrscheinlich bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht einmal, wie groß dieses Museum in Quadratmetern werden wird.

Heute sind wir nun beim Antrag von SPD, Grünen und FDP. Das ist der politische Versuch, den Verhandlungsknoten zu lösen, um endlich entscheidende Schritte in Richtung Realisierung und sicherer Finanzierung der Betriebskosten zu machen. Doch im Grunde geht es in diesen Wochen nur darum, ein seit langer Zeit verkorkstes Projekt noch irgendwie zu retten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dies wird Ihnen damit nicht gelingen. Das ist schade, weil das Projekt so toll ist. Zu dem Zeitpunkt, als bekannt wurde, dass der Bau teurer wird, als klar war, dass die Fördermittel nicht so üppig fließen, und als man merkte, dass die kalkulierten Betriebskosten steigen, hätte man doch ernsthaft beginnen müssen, auch über Alternativen nachzudenken. Doch am eigentlichen Projekt wurden bis heute keinerlei Abstriche gemacht.

Bei den Alternativen geht es im Übrigen nicht nur um das ins Lächerliche gezogene Zuschütten mit Sand – was fachlich gar nicht einmal so schlimm ist, was vollkommen okay wäre.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist schon einmal passiert!)

Was ist mit einem kleineren, kostengünstigeren Bau? Warum kann man in diesen finanziell miserablen Zeiten nicht ganz auf einen Bau verzichten

(Beifall bei der CDU)

und die Funde im Römisch-Germanischen Museum und im Kölnischen Stadtmuseum präsentieren? Warum werden diese Alternativen noch nicht einmal ernsthaft durchgerechnet? Da hat Herr Professor Quander natürlich recht; er hat bis heute keinen Auftrag dazu. Ich denke, wir sollten der Verwaltung endlich diesen Auftrag geben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Manche politisch Verantwortlichen denken nun: Alles halb so wild; der LVR übernimmt ja die Betriebskosten; in dessen Milliardenhaushalt wird das später kaum noch auffallen. – Der LVR ist aber umlagefinanziert. Jeder Euro, der hier in Köln später anfallen wird, wird zum allergrößten Teil von den anderen Mitgliedskörperschaften finanziert.

Nun könnte man denken: Das Rheinland ist groß; das kann doch in einer einzelnen Kommune nicht so viel sein. – Weit gefehlt! In der Stadt Essen rechnet man mit 500 000 Euro anteiliger Kostenübernahme und im Rhein-Kreis Neuss mit 290 000 Euro. Es mag sein, dass diese Zahlen noch nicht präzise sind. Der eigentliche Irrsinn dahinter ist aber doch: Kommunen im Rheinland, die sich im Nothaushalt befinden und soziale und kulturelle Einrichtungen schließen müssen – man denke nur an Wuppertal –, sollen den Bau eines neuen Museums in Köln finanzieren – in einer Stadt, die sich noch nicht einmal ansatzweise die Mühe macht, die Kosten des Projektes zu reduzieren.

Nun argumentieren viele, der LVR engagiere sich ja auch in anderen Kommunen kulturell; man denke nur an die Zeche Zollverein in Essen. Das ist aber wirklich eine vorgestrige Argumentation – nach dem Motto: Die anderen haben doch auch etwas; jetzt sind wir auch mal dran. – Dieses kindische Argument darf in finanziell desaströsen Zeiten wie den heutigen nicht mehr gelten. Da sind wir einfach zu spät und haben Pech gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Fast 7 Millionen Euro Betriebskosten sind nicht zu stemmen – egal woher sie kommen. Es sind in jedem Fall Steuergelder, die an anderen, wichtigeren Stellen fehlen werden.

Selbst wenn man auf Solidarität in der kommunalen Familie pfeift, muss man sich aber der Tatsache stellen, dass es auch für Köln nicht umsonst wird. Herr Granitzka hat das gerade schon angesprochen. Zum einen sind wir per Umlage indirekt wieder an den eigentlichen Betriebskosten beteiligt. Zum anderen zahlt der LVR auch längst nicht alles. Im Punkt 1 des Beschlusses des Kulturausschusses der Landschaftsversammlung ist festgehalten – das wurde schon zitiert –, dass wir weiterhin für die ganzen baulichen Geschichten zuständig sind,

und zwar auch in Zukunft. Aber wie viel beträgt diese Summe eigentlich jedes Jahr genau? Bevor wir heute möglicherweise Ihren Antrag beschließen, sollten wir im Rat doch erst einmal volle Kostentransparenz erhalten. Köln wird das Projekt weiterhin Millionen Euro im Jahr kosten. Man sollte meinen, dass das bei unserer Haushaltslage nicht zu finanzieren ist.

Wenn es um bedürftige und förderungswürdige Projekte geht, egal ob aus dem sozialen oder kulturellen Bereich, wird oft mit besorgter Stimme gemahnt, man dürfe diese Projekte nicht gegeneinander ausspielen. In der Haushaltsrealität findet aber natürlich doch eine notwendige Priorisierung statt.

Da frage ich die SPD: Schauen Sie doch einmal auf die aktuelle Sparliste im sozialen Bereich. Bürgerhäuser, OGTS etc. – überall muss schmerzhaft gespart werden. Wollen wir dann wirklich ein neues Museum bauen?

Meine Frage an die Grünen lautet: Was ist mit der freien Szene? Was ist mit dem Sanierungsstau in den bestehenden Museen?

Die FDP, die Gralshüterin der solide aufgestellten Haushalte, frage ich: Wo ist die Gegenfinanzierung?

So bedauerlich es ist: Wir können uns als Stadt Köln und als Rheinland das Projekt „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ zurzeit nicht leisten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Roters, sehr geehrter Herr Börschel, Sie hatten mit Ihrer Vermutung recht. Das Projekt ist in der Tat nicht finanzierbar. Es ist ein Projekt für künftige Generationen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, das zu teure Projekt zu stoppen. Ziehen Sie bitte die Notbremse. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Ich gebe Herrn Professor Quander das Wort.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur inhaltlichen Bedeutung, zur herausragenden kulturellen Bedeutung dieses Projektes brauche ich wohl nicht zu sprechen. Darüber besteht im Hause ja Konsens. Ich möchte aber gerne drei Anmerkungen machen, und zwar zu dem Antrag der CDU, zu dem Antrag von Herrn Hoffmann und zu dem Redebeitrag von Herrn Zimmermann.

Angesichts der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Köln habe ich durchaus Verständnis für den Antrag der CDU. Dennoch gilt es, einiges zu bedenken. Das muss man klar im Auge haben. Der Vorschlag, hier eine Art Moratorium zu verhängen und zu sagen, dass das Projekt nicht in der vorgesehenen Form errichtet wird, ist so einfach nicht umsetzbar. Herr Börschel hat vorhin kurz darauf hingewiesen.

Herr Granitzka, in Ihrem Beschlussvorschlag steht unter Punkt 2:

> Über der Archäologischen Zone werden im Rahmen der bewilligten Landeszuschüsse Schutzbauten dergestalt errichtet, dass der Bedeutung der Fundstätten, aber auch der zentralen Lage vor dem Historischen Rathaus Rechnung getragen wird.

Das ist inhaltlich sicherlich nachvollziehbar. Davon auszugehen, dass die bewilligten Landeszuschüsse automatisch dafür zur Verfügung gestellt werden, wäre aber blauäugig. Man kann sicherlich mit dem Land darüber verhandeln. Diese Zuschüsse sind aber nicht abstrakt für ein Projekt X gewährt worden, sondern für ein ganz bestimmtes Bauvorhaben und für ein bestimmtes Betriebskonzept, nämlich mit integriertem Jüdischem Museum. Dafür sind sie bewilligt worden. Dafür haben wir von der Regionale-2010-Agentur den A-Stempel bekommen. Alles das steht im Bewilligungszusammenhang für dieses Projekt.

Wie gesagt: Man kann nicht ausschließen, dass man von der Landesregierung auch für etwas anderes Zuschüsse bekommen kann.

(Andreas Köhler [CDU]: Aha!)

Davon auszugehen, dass die 14 Millionen Euro automatisch zur Verfügung stehen, ist aber illusorisch, glaube ich.

Des Weiteren – auch darauf wurde schon hingewiesen – handelt es sich um ein Projekt, das schon einen langen Vorlauf hat. Es wurde hier im Haus beschlossen. Durch Aufträge, die vergeben worden sind, ist schon eine Menge Geld gebunden. Man wird auch zur Sicherung und Erhaltung der Grabungen Gelder aufwenden müssen. Die Platzgestaltung wird ebenfalls nicht umsonst sein. Welche Bauten man dort

errichtet, muss dann auch vollkommen neu geplant werden – mit ungewissem Ausgang, was die Frage betrifft, zu welchen Kosten. Möglicherweise wird es preiswerter sein als das, was jetzt geplant ist. Es ist aber schwer, hier eine konkrete Aussage zu treffen.

Was die Folgekosten angeht, weiß ich nicht, wie Sie auf die von Ihnen genannten 5 bis 6 Millionen Euro kommen. Richtig ist aber, dass nach dem jetzt vom Landschaftsverband vorgeschlagenen Modell sowohl die Abschreibungen als auch die Bauunterhaltung bei der Stadt Köln bleiben. Das sind nach unserer überschlägigen Hochrechnung zwischen 3 und 3,5 Millionen Euro im Jahr.

> (Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und die Zinsen! Sie haben die Zinsen vergessen!)

- Die sind in der Tat bislang auch noch nicht veranschlagt. – Das waren meine Hinweise hierzu.

Dann würde ich gerne eine Anmerkung zu dem gemeinschaftlichen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP machen. Es obliegt uns als Verwaltung natürlich nicht, politische Anträge zu korrigieren. Herr Sterck hat aber zu Recht darauf hingewiesen, dass noch Hürden und Detailgespräche vor uns liegen. Wir sollen das, was hier politisch gewollt ist, in Beschlussvorschläge umsetzen. Diese Beschlussvorschläge müssen wir aufseiten der Verwaltung der Stadt Köln mit der Verwaltung des Landschaftsverbandes abstimmen.

Deswegen bitte ich herzlich darum, dass man noch eine kleine Modifikation des Beschlusstextes vornimmt. Der letzte Satz von Punkt 3 beginnt mit den Worten:

> Der Rat der Stadt Köln erkennt die Voraussetzungen des als Anlage beigefügten beschlossenen Antrages im Kulturausschuss des LVR an und beauftragt die Verwaltung, …

Meine Bitte ist, den folgenden Halbsatz wie folgt zu ändern:

> … auf der Basis der dort enthaltenen Voraussetzungen für die Beteiligung des LVR die entsprechenden Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Oder:

> … vorzulegen.

Denn es ist auch eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen zu klären, und im Lauf der Gespräche mag sich herausstellen, dass das eine oder andere nicht so wie im politischen Beschlussvorschlag formuliert umsetzbar ist.

Ich möchte nur vermeiden, dass wir dann in eine Situation hineinkommen, in der es heißt, wir blockieren, weil wir gar nicht anders können. Wir werden natürlich auf dieser Basis handeln und das alles so sorgfältig prüfen, wie es da steht. So habe ich es auch mit meiner Kollegin Karabaic vom Landschaftsverband vorbesprochen. Das wäre aber meine herzliche Bitte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine Nachfrage. Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Quander, ich habe das nicht ganz verstanden. Sie haben gesagt, dass die Kosten, die auf die Stadt Köln zukommen, die Abschreibungen und die Bauunterhaltung umfassen. Was die Größenordnungen betrifft, bin ich übrigens nicht mit 37 Millionen Euro einverstanden. Nach dem, was man hier hört, gehe ich davon aus, dass das Objekt eher auf 50 Millionen Euro für die Stadt kommen wird. Das wird sich also erhöhen.

Ich finde es aber nicht richtig, Herr Quander, dass Sie die Zinsen nicht mit einrechnen. Sie müssten einen durchschnittlichen Zinssatz von 3 bis 4 Prozent nehmen, und zwar über einen sehr langen Zeitraum. Wenn Sie das über 50 Jahre machen, sind Sie ausgehend von 50 Millionen Euro bei 2 Millionen Euro jährlich.

Insgesamt kommen Sie dann auf den Betrag, den Herr Granitzka eben genannt hat, von 5,5 bis 6 Millionen Euro. Ich streite mich nicht um eine halbe Million mehr oder weniger.

Sie haben jetzt den Eindruck erweckt – deswegen frage ich, warum Sie die Zinsen nicht eingerechnet haben –, dass das, was Herr Granitzka sagt, falsch sei und Ihre Aussage richtig sei. Der Ehrlichkeit halber wäre es schon richtig, die Abschreibungen, die Bauunterhaltung und die Zinsen einzurechnen. Das gäbe das Gesamtbild. Dann sind Sie bei den 5,5 bis 6 Millionen Euro. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bestätigen könnten.

(Beifall bei der CDU)

38. Sitzung vom 15. November 2012

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Klipper, das muss natürlich alles mit einfließen. Ich habe jetzt nur gesagt, was erst einmal nicht veranschlagt ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber doch ein wesentlicher Punkt, Herr Quander! – Winrich Granitzka [CDU]: Das ist doch viel Geld!)

- Herr Klipper, die Finanzierung wird von der Kämmerei durchgeführt.

(Zurufe)

- Nein, natürlich. Ich sage nur das, was jetzt zunächst einmal daraus erkennbar ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Quander, uns ist es wichtig – da will ich Herrn Zimmermann ausdrücklich im Tenor seiner eben gehaltenen Rede recht geben –, dass wir mit diesem Ratsbeschluss eindeutig zum Ausdruck bringen, in welche Richtung unsere Verwaltung hier arbeiten soll. Das bitten wir mit allem Nachdruck zu beherzigen. Wenn es dann einer Formulierung oder Auslegung bedarf, die Ihnen das rechtlich Mögliche möglich macht, haben die Antragsteller nichts dagegen. Wir wollen aber nicht, dass das hinterher wieder uminterpretiert und gebogen wird. Das will ich einmal ganz ausdrücklich sagen.

Herr Zimmermann, ich kann Ihnen allerdings nicht recht geben – und auch nicht der CDU –, wenn Sie immer wieder fordern, das, was man da finde, solle man doch nehmen und in anderen Museen ausstellen. Sie haben zumindest nicht die Intention der Antragsteller verinnerlicht. Zwar könnte man das so machen. Es geht uns aber gerade nicht darum, dass man gefundene Exponate in irgendein Museum stellt, sondern darum, dass man eine einzigartige Verbindung aus Ort, Geschichte und Exponaten schafft. Das geht eben nur an diesem Ort. Das ist auch das Einzigartige, was es nirgendwo nördlich der Alpen so geben wird wie hier in Köln.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Herr Granitzka, wenn Sie hier einfach in den Raum stellen, es seien jährlich 5 bis 6 Millionen Euro Kosten zu kalkulieren, ist das eine völlig haltlose Behauptung. Das hat Herr Quander Ihnen gerade noch einmal widerlegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat er bestätigt! – Weitere Zurufe von der CDU)

- Dann hören Sie einmal zu. Ich werde Sie ganz konkret durch alle einzelnen Zahlen führen.

Sie haben selbstverständlich insoweit recht, als dass man alle Kosten ehrlich einkalkulieren muss – als da wären: Abschreibung für das Gebäude, Abschreibung einer etwa erforderlichen Einrichtung – darüber verhandeln wir ja noch mit dem Landschaftsverband –, Zinsbelastung, Tilgung und Bauunterhaltung; selbstverständlich tutti completo.

Selbst wenn wir – was ich für völlig überhöht halte –, wie es die Verwaltung derzeit zu tun scheint, mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent rechnen, landen wir bei einer Summe, die bei etwa 4 Millionen Euro liegt. Ich persönlich glaube, dass diese 4,5 Prozent viel zu hoch gegriffen sind. Wenn man jetzt Kredite dieser Größenordnung selbst für eine lange Laufzeit abschließt, bekommt man sie für deutlich weniger als diese 4,5 Prozent. Damit fallen auch für jährliche Abschreibungen, Zinsen, Tilgung und Bauunterhaltung deutlich weniger als diese 4 Millionen Euro an.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU] schüttelt den Kopf)

- Da Herr Klipper den Kopf schüttelt, will ich nur einmal Folgendes sagen: Man sieht ja, wie offenkundig geneigte Teile der Verwaltung das mal so, mal so rechnen. Das Ihnen am Herz liegende Bezirksrathaus Rodenkirchen kalkuliert die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit einem Zinssatz von 2,9 Prozent. Da sehen Sie, wie das plötzlich geht, wenn es Projekte sind, die Ihnen am Herzen liegen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Hier kalkuliert man mit 4,5 Prozent – was viel zu hoch ist, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

Nächster Punkt: Wenn Sie jetzt erklären, dass Sie mit Kaspar Kraemer einen wirklich über jeden Zweifel erhabenen Architekten haben, der Ihnen gesagt hat, dass das mit den Schutzhütten geht, haben wir daran keinen Zweifel. Aber

selbst ein Kaspar Kraemer wird sich mithilfe der CDU-Fraktion nicht darüber hinwegsetzen können – und auch nicht wollen; so gut kenne ich ihn dann auch wieder –, dass es für eine völlig neue Konzeption an diesem Ort selbstverständlich auch eines neuen Architekturwettbewerbes bedürfen würde. Man kann doch nicht einfach irgendjemanden herholen, der uns dann da etwas baut. Das mag Ihre stadtentwicklungspolitische Vorstellung sein. Unsere ist es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Umsetzung Ihres Antrags ist – das hat Herr Quander gerade noch einmal eindrucksvoll dargelegt – im Ergebnis bei erheblich geringerer Qualität und bei einer völlig minderwertigen Ausstellungskonzeption am Ende fast so teuer wie das, was Landschaftsverband und Stadt Köln gerade ausgehandelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Warum ist das so? Herr Quander hat eben auf einige Punkte hingewiesen. Wir haben eine Menge verlorener Kosten. Über 5 Millionen Euro wären einfach weg, weil wir sie vergeblich ausgegeben hätten, wenn man Ihrer Konzeption folgte, jetzt ein paar Schutzhütten dahin zu setzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt sind es 50 Millionen Euro!)

Wie ich gerade schon gesagt habe, wäre ein neuer Architektenwettbewerb erforderlich.

Auch die Fördermittelanträge müssten neu gestellt werden. Definitiv und so sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass der bestehende Förderbescheid aufgehoben werden müsste. Ob Sie mit einer Konzeption wie der Ihren, die längst nicht so einzigartig ist wie das, was jetzt auf dem Tisch des Hauses liegt, überhaupt noch die Chance auf Fördermittel in dieser Größenordnung hätten, wage ich sehr zu bezweifeln. Das muss man bei Ihrem Antrag also auch subtrahieren.

Was die Frage betrifft, was denn teurer wird oder wie es eventuell billiger zu kriegen wäre, will ich Sie schon noch einmal an Folgendes erinnern: Das größte kulturelle Bauprojekt, das sich die Stadt Köln derzeit leistet, ist die Sanierung von Schauspielhaus und Oper – übrigens in einer Maximalvariante, die Sie von der CDU damals mit Grünen und FDP gegen die SPD durchgesetzt haben. So ist das Leben. Das kann passieren. Wir haben damals dafür plädiert – das tun wir auch heute noch –, in Bezug auf den einen oder anderen Standard zu überlegen, ob man das nicht doch noch günstiger hinbekommt. Das Projekt ist sehr weit fortgeschritten; das ist uns klar. Für die 253 Millionen Euro, die Sie bei einer Maximalvariante ausgeben wollen, könnten Sie sich nach dem Antrag von SPD, Grünen und FDP aber fast sieben Archäologische Zonen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt: Herr Kollege Granitzka, insofern bitte ich Sie, sehr ehrlich zu sein. In einer früheren Phase war das die CDU-Fraktion auch einmal. In Wahrheit wollen Sie das Jüdische Museum nicht. Sie trauen sich nur nicht mehr, es zu sagen. Das ist das Bedauerliche an dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Granitzka vor.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, dass ich das natürlich nicht so stehen lassen kann.

Herr Börschel, die Semantik, die Sie hier hineinbringen, ist wirklich wunderbar.

(Martin Börschel [SPD]: Zahlen und Fakten!)

- Nein, nicht Zahlen und Fakten. Sie werfen mir vor, ich hätte die 5 bis 6 Millionen Euro mal eben so gegriffen. Das habe ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Dann belegen Sie es doch einmal!)

- Erstens haben wir sie berechnet. Zweitens habe ich sie mit dem Herrn Kulturdezernenten in der letzten Woche rückgekoppelt.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat Ihnen doch widersprochen!)

- Nein, er hat mir nicht widersprochen. Er hat die Zinsen hier und heute nicht einberechnet.

(Martin Börschel [SPD]: Ich aber!)

38. Sitzung vom 15. November 2012

Daher stelle ich fest: Ich habe die entsprechende Sorgfalt walten lassen. Auch wenn Sie hier noch so viel reden und herunterrechnen, werden diese 5 bis 6 Millionen Euro auf den Haushalt der Stadt zukommen – wenn nicht noch mehr; denn ich habe hier noch kein Projekt erlebt, das für die Baukosten fertiggestellt worden ist, die vorher projektiert worden sind. Wie Herr Thor-Geir Zimmermann gesagt hat, nehmen wir immer die billigste Variante und landen im günstigsten Fall fast beim Doppelten. Ich könnte Ihnen jetzt einige Beispiele nennen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Feuerwehr!)

Außerdem insinuieren Sie, ich hätte gesagt, wir müssten da jetzt ein paar Schutzhütten bauen, weil Kaspar Kraemer das gesagt habe. Das hat er überhaupt nicht gesagt. Ich habe so etwas hier auch nicht behauptet. Ich habe nur gesagt: Er hat gesagt, dass es geht.

Natürlich muss man dann untersuchen, wie das sauber gemacht werden kann und wie der Platz gestaltet werden kann. Natürlich kostet das auch Geld. Es kostet aber nicht jedes Jahr 5 Millionen Euro, und zwar bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Ohne Fördermittel schon!)

Und das mit den Fördermitteln reden Sie sich doch nur ein. Sie erzählen das jetzt hier. Es gibt überhaupt –

(Martin Börschel [SPD]: Fragen Sie doch den Kulturdezernenten! Das hat er gerade gesagt! – Gegenruf von Andreas Köhler [CDU]: Das hat er nicht!)

- Er hat gerade gesagt, wir könnten das in Düsseldorf auch anders beantragen, wenn wir es denn nur wollten. Aber Sie wollen es nicht. Das ist doch klar.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Danke schön. – Ich könnte noch stundenlang etwas zu diesem ganzen Prozess erzählen. Das muss jetzt aber nicht sein.

Herr Börschel, trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass ich diese Rechnungen nicht verstehe. Herr Quander hatte das auch schon einmal im Kulturausschuss gesagt. Natürlich verliert man dadurch Planungskosten usw. Das müsste aber einmal beziffert werden. Man kann das nicht einfach nur kritisieren und so tun, als ob es teurer wäre, ein Museum nicht zu bauen.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn man es gar nicht baut, wie die CDU das will, ist es natürlich billiger!)

Dann ist zwar Geld verloren. Folgt man Ihrem Antrag, kommen auf die Stadt aber weitere Kosten zu, obwohl der LVR einen Großteil der Betriebskosten übernimmt. Jetzt kommt langsam heraus, dass Sie trotzdem 5 Millionen Euro pro Jahr zahlen. Selbst wenn es nur 3 Millionen Euro sein sollten, handelt es sich doch um enorme Summen. Man muss den Verlust, den man hat, wenn man diese Planung jetzt dummerweise einstampfen muss, doch einmal dagegenrechnen. Dann wird man feststellen, dass man nach sehr kurzer Zeit doch günstiger davonkommt, wenn man kleiner oder sparsamer baut, auch wenn man bisher entstandene Kosten in den Wind geschrieben hat.

Weil Sie es angesprochen haben, will ich auch noch ganz kurz etwas zu der Debatte um das Schauspielhaus sagen. Uns wird ja immer wieder aufs Neue entgegengehalten: Wir haben euch von Anfang an gesagt, dass die Sanierung teurer wird; das ist ein dummes Luxusprojekt, das ihr verfolgt habt. – Dabei wird überhaupt nicht mehr der Neubau erwähnt, den Sie geplant haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Neubau war mit 300 Millionen Euro veranschlagt. In der Vorlage war von einem Kostenrisiko von plus/minus 20 Prozent die Rede. Dann wäre man eventuell bei 360 Millionen Euro gelandet. Wir haben seinerzeit nicht nur deshalb für die Sanierung plädiert, weil sie a) günstiger ist als der damals geplante Neubau, sondern auch, weil damit b) ein Denkmal in Köln geschützt wird. Sie tun jetzt so, als wollten Sie damals gar nichts gebaut haben und als hätten wir uns die 250 Millionen Euro sparen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Elbphilharmonie Hamburg verweisen, die immer gerne als Beispiel dafür genannt wird, wohin solche Neubauten führen.

Weil hier immer so getan wird, als habe der Landschaftsverband jetzt dieses Projekt dan-

kenswerterweise übernommen, möchte ich zur Klarheit auch noch Folgendes sagen: Es ist ein politischer Beschluss. Dieser Beschluss ist bislang auch nur im Kulturausschuss gefallen. Er ist noch gar nicht rechtsverbindlich. Zuerst muss es nämlich auch noch der Landschaftsausschuss beschließen. Da müssen Sie sich noch ein paar Tage gedulden.

(Martin Börschel [SPD]: Das steht doch im Antrag drin!)

- Ja, das steht im Antrag drin. Aber es ist nicht so, dass die Verwaltung des LVR jetzt vor Freude aufgesprungen wäre. Sie war ja wohl überhaupt nicht an diesen Verhandlungen beteiligt, die die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP von LVR und Stadt Köln tatsächlich im Hinterzimmer – oder wo auch immer getroffen – geführt haben. Es gibt in der Verwaltung des LVR also große Vorbehalte dagegen, dieses Projekt zu übernehmen.

Zur Wahrheit gehört zum Beispiel auch – das wurde heute noch gar nicht erwähnt –, dass die Stadt Köln für Bodendenkmalpflege hier selber zuständig ist, dass das also gar nicht in die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes fällt.

Weil so viele Dinge bei diesem ganzen Projekt krumm laufen, möchte ich Sie und auch den Herrn Oberbürgermeister doch bitten, wirklich zu gucken, ob das Projekt in dieser Form finanziert werden kann, und darüber nachzudenken, es günstiger zu machen. Das Römisch-Germanische Museum möchte sich vergrößern, wie wir neulich im Kulturausschuss gehört haben. Das Kölnische Stadtmuseum möchte sich ebenfalls ein bisschen ausdehnen und auch neue Räume bekommen, nachdem der letzte Sponsor verprellt wurde. Warum denken wir nicht jetzt darüber nach, wie wir die Funde aus der Archäologischen Zone neu in die vergrößerten Museen integrieren können?

Was mich am allermeisten ärgert, ist die Situation der armen Direktoren der anderen Museen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Diese Direktoren müssen im Kulturausschuss und in anderen Ausschüssen immer zu Kreuze kriechen, weil sie ihre Budgets nicht einhalten können. Die ganzen Museen sind seit Jahren unterfinanziert. Gleichzeitig bauen wir ein neues Museum, womit vollkommen klar ist, dass wir den bestehenden Museen keinen Cent mehr geben können.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag.

Dazu liegen Änderungsanträge vor. Ich schlage vor, dass wir zuerst über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann, dann über den Änderungsantrag der CDU, danach über den Änderungsantrag von pro Köln und anschließend über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP mit der von Herrn Professor Quander formulierten Modifizierung abstimmen. – Bitte schön.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir haben gerade geklärt, dass wir von der CDU-Fraktion unseren Antrag gemeinsam mit dem Antrag von Herrn Hoffmann stellen. Das wird also zusammengefasst.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben also einen gemeinsamen Änderungsantrag von Herrn Hoffmann und der CDU.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen zusammengefassten Antrag. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU, die Fraktion pro Köln, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von pro Köln. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Dann ist er abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dieser Antrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion und von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln):

38. Sitzung vom 15. November 2012

1. Angesichts der Finanzlage der Stadt Köln spricht sich der Rat dagegen aus, zum jetzigen Zeitpunkt ein Jüdisches Museum zu errichten und hebt daher den Baubeschluss auf.

Der Rat bekräftigt diesen Beschluss insbesondere auch vor dem Hintergrund enormer finanzieller Probleme in den meisten Kommunen im Rheinland, die durch die von der Landschaftsverbandsumlage zu bestreitenden Betriebskosten weiter belastet würden.

2. Die Verwaltung wird stattdessen beauftragt, für die Archäologische Zone ein belastbares Betriebskonzept unter Berücksichtigung der folgenden Rahmenbedingungen zu erstellen:

Über der Archäologischen Zone werden im Rahmen der bewilligten Landeszuschüsse Schutzbauten dergestalt errichtet, dass der Bedeutung der Fundstätten, aber auch der zentralen Lage vor dem Historischen Rathaus Rechnung getragen wird.

Die bedeutenden Funde, die im Verlauf der Ausgrabungen gemacht worden sind, und ggf. weitere, aus anderen Sammlungen stammende Exponate werden zunächst im Rahmen der Möglichkeiten der bestehenden Museen ausgestellt.

Die dabei zu beteiligenden Museen – das Römisch-Germanische Museum (Schwerpunkt: Praetorium und römische Geschichte) und das Stadtmuseum (Schwerpunkt: integrative Darstellung der jüdischen Geschichte im Gesamtkontext der Kölner Stadtgeschichte) – sind bei der Erarbeitung dieses neuen Ausstellungskonzeptes von Anfang an einzubinden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Zu ändern ist der Beschluss wie folgt:

1. Der Rat begrüßt die politische Initiative in der Landschaftsversammlung im LVR.

2. Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, unter folgender Prämisse mit dem LVR über eine Trägerschaft zu verhandeln:

a) Der Stadt Köln werden alle Kosten, insbesondere auch der baulichen Einrichtungskosten, in der tatsächlichen Höhe erstattet oder alternativ wird eine Refinanzierung der Investitionskosten, zum Beispiel über die Miete oder die Abschreibung zu Lasten des Museumsträgers, vereinbart.

b) Der Landschaftsverband oder ein anderer Träger kommt für den Unterhalt des Gebäudes und ggf. die Außenanlagen sowie vollständig auf.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion in der durch Prof. Quander geänderten Fassung:

1. Der Rat begrüßt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE und FDP im Landschaftsverband Rheinland über die „Mögliche Beteiligung des LVR an der Archäologischen Zone/dem Jüdischen Museum“. Der Kulturausschuss der Landschaftsversammlung hat den Antrag am 24.10.2012 beschlossen. Der Landschaftsausschuss wird den Antrag am 23.11.2012 abschließend beraten und beschließen.

2. Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Beteiligung einzuleiten und den betroffenen Ausschüssen und dem Rat die notwendigen Beschlussvorlagen kurzfristig vorzulegen, damit der Rat der Stadt Köln am 18.12.2012 entscheiden kann.

3. Die Voraussetzungen zur Realisierung der Beteiligung des LVR gehen aus dem Beschluss des gemeinsamen Antrages der o. a. LVR-Fraktionen im Kulturausschuss der Landschaftsversammlung hervor. Der beschlossene Antrag ist dieser Beschlussempfehlung beigefügt. Der Rat der Stadt Köln erkennt die Voraussetzungen des als Anlage beigefügten beschlossenen Antrages im Kulturausschuss des LVR an und beauftragt die Verwaltung, auf der Basis der dort enthaltenen Voraussetzungen für die Beteiligung des LVR die

entsprechenden Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Transparente Darstellung der städtischen Leistungen und Gebühren“
AN/1773/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1824/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Henk-Hollstein, bitte.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Mitbürger und Mitbürgerinnen! Spätestens mit der Vorstellung der Sparvorschläge der Stadtverwaltung in dieser Woche ist hoffentlich auch beim letzten Bürger unserer schönen Stadt angekommen, dass wir sparen müssen. Dafür benötigen wir Akzeptanz, Verständnis und vor allen Dingen Transparenz in der in den nächsten Wochen und Monaten anstehenden Haushaltsdiskussion.

Diese Akzeptanz, die wir Kommunalpolitiker von den Bürgern unserer schönen Stadt benötigen, können wir nur erhalten, wenn wir auch transparent sind, und zwar in unserem politischen Handeln und in unserer Gebührenstruktur;

(Beifall bei Teilen der CDU)

denn der Bürger ist der Leistungsempfänger vieler städtischer Angebote – Bildung und Kultur, Soziales, Ver- und Entsorgung, Freizeit und Erholung, Transport und Verkehr und vieles andere mehr.

Bei Teilen dieser Angebote ist die Stadt gesetzlich verpflichtet, kostendeckende Gebühren zu verlangen, zum Beispiel bei Abwassergebühren und KAG-Maßnahmen. Andere Leistungen werden durch Steuergelder bezuschusst, damit sie für den Bürger überhaupt erschwinglich werden.

Nur durch die Darstellung des Kostendeckungsgrades sowie der spezifischen Zuschüsse kann auch ehrlich diskutiert werden, was wir uns als Stadtgesellschaft leisten wollen und können. Jetzt höre ich Sie schon sagen: Das Projekt der Darstellung können wir uns aber nicht leisten; das sind schon wieder neue Ausgaben. – Ich sage Ihnen: Das ist im Sinne von Transparenz und Bürgerfreundlichkeit eine notwendige Ausgabe und somit auch eine notwendige Aufgabe.

Es muss ja nicht gleich die Broschüre wie in München sein. Auch eine ansprechende übersichtliche Darstellung im Internet würde uns genügen. In unserem Beschluss steht deutlich:

> Die Verwaltung wird beauftragt, … eine transparente Darstellung der kommunalen „Daseinsvorsorge“ Kölns aufzuzeigen.

Wie die Verwaltung das macht, ist ihr freigestellt. Insofern bedarf es auch nicht einer Prüfung dieser Darstellung; denn die Verwaltung wird uns schon sagen, was geht und was nicht geht.

Der Verwaltungsaufwand dürfte auch nicht zu hoch sein, da die Daten im Rahmen des Kostencontrollings und des NKF bereits vorliegen müssten. Es bedarf lediglich einer redaktionellen Aufarbeitung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, daher ist Ihr Ersetzungsantrag überflüssig. Man könnte glatt den Eindruck gewinnen, dass Sie das nur machen, weil wir eine gute Idee hatten und Sie den Fuß mit in der Tür haben möchten. Deshalb bitten wir Sie, diesen Ersetzungsantrag zurückzunehmen und unserem Beschlussentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen dann zu Frau dos Santos.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz. In der Tat, Frau Henk-Hollstein – das gebe ich zu –, hatten Sie eine gute und richtige Idee. Aber selbst

bei guten und richtigen Ideen kommt es immer darauf an, Maß und Ziel im Auge zu behalten. Wir bleiben dabei, dass Ihr Antrag aus unserer Sicht – zumindest so, wie er formuliert ist – der Verwaltung deutlich überdimensionierte Aufgaben zuweist.

Wir wollen Ihrem Ziel, Transparenz herzustellen, folgen. Diese ist ja durchaus gegeben, aber sie ist in der Tat für viele Bürgerinnen und Bürger nicht auf den ersten Blick oder auf einen Klick, wenn Sie so wollen, sichtbar. Deswegen ist die Bündelung dieser Informationen, wie Sie sie vorschlagen, auch völlig in Ordnung. Das tragen wir gerne mit. Aber wir möchten die Verwaltung beauftragen, uns das in einem Rahmen zu ermöglichen, dass Kosten und Verwaltungsaufwand dafür nicht in einem unangemessenen Verhältnis stehen. Denn am Ende kommt es darauf an, dass wir die Leistungen erbringen können, und nicht, dass wir in vielen Tabellen darstellen, was sie kosten und welche Gebühren wir dafür erheben müssen. Selbstverständlich sollen die Bürgerinnen und Bürger das wissen. Die Frage ist aber: In welchem Verhältnis steht das Ausmaß zur eigentlichen Aufgabe?

Wir sind der Auffassung, dass unser Prüfauftrag hier deutlich präziser ist und dennoch Ihrem Anliegen entgegenkommt. Deswegen sage ich: Wenn Sie Ihr Ziel wirklich ernst nehmen, dann folgen Sie unserem Ersetzungsantrag; denn er präzisiert die Aufgabe und macht es der Verwaltung deutlich leichter, einen vernünftigen Vorschlag zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir kommen zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Henk-Hollstein, ich möchte noch einmal an die Aktuelle Stunde von eben erinnern. Wenn es darum geht, über Sparen und Konsolidieren zu reden, dann sind die Vorschläge aus Ihrer Fraktion immer mit sehr viel Bombastik und Brimborium versehen. Wenn es aber in die Niederungen der Praxis geht, spielt Geld offenbar keine Rolle. Das ist bei fast allen Ihren Anträgen so, so auch hier. Das läuft doch auf nichts anderes als eine Hochglanzbroschüre hinaus, statt die Dinge so präzise und knapp zu fassen – dafür dient ja auch das Internet – und dem Bürger in schlanker Form die wesentlichen Kennziffern und Daten an einer Stelle zu präsentieren. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen Ihrem Ursprungsantrag und unserem Änderungsantrag. Wenn in der Debatte in der Aktuellen Stunde nur ein Funken Ernst enthalten war, sollten Sie unserem Änderungsantrag folgen und nicht umgekehrt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auf meiner Liste steht noch Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten hier nicht zu scharf schießen; denn das ist ja originär ein Produkt von Roten und Grünen, insbesondere denen aus München. Die machen übrigens gute Arbeit, auch Herr Oberbürgermeister Ude.

Ich habe hier eine interessante Broschüre.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich kenne sie schon.

Ulrich Breite (FDP): Sie kennen sie schon? – Gut. Dann werden Sie mir sicherlich zustimmen, dass insbesondere die Art der Darstellung der Gebühren sehr interessant ist. Das hat schon einigen Informationswert. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger würde das schon interessieren. Es sieht dort beispielsweise auch nicht so gut aus für die Kultur. Anhand dieser Broschüre lässt sich nämlich feststellen, wie viel Geld von städtischen Beteiligungen in diesen Bereich fließt.

Ich würde dem Antrag der CDU gerne zustimmen. Wir können ja auch von München lernen. Man kann durchaus auch mal von Rot und Grün lernen; so sind wir ja nicht.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Was denn nun? Wo soll es denn hingehen? – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach allen Seiten offen!)

- Eine solche Broschüre zu machen, sollte uns bei unserer Erfahrung mit den Katalogen für die vielen Ausstellungen hier nicht schwerfallen; seien wir doch mal ehrlich.

Sollte der Antrag der CDU nicht angenommen werden, würde ich auch dem Änderungsantrag

von SPD und Grünen zustimmen. Denn sie haben ja jetzt gelernt: Im Internet kann man das auch machen. Wir sind ja innovativ. Uns geht es darum, den Informationswert weiterzugeben. Da sind wir als Liberale ganz offen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Henk-Hollstein hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Kollege Frank, auf Ihren Wortbeitrag muss ich jetzt doch noch einmal eingehen; denn ich hatte gerade den Eindruck, dass Sie mir nicht zugehört haben.

(Karsten Möring [CDU]: So ist es!)

Ich habe sehr deutlich gesagt, dass wir uns vorab mit einer Internetversion einverstanden erklären können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

In der Tat, wer sich die Internetseite von München und diese Broschüre ansieht – ich habe sie mir sogar in Farbe ausgedruckt –, stellt fest: Das ist wirklich sehenswert, auch das Zahlenwerk ist sehr sehenswert.

Ich habe außerdem gesagt, dass es eigentlich keiner großen Ausgaben bedarf, weil diese Informationen längst in der Verwaltung vorhanden sind.

Ich kann aber gerne im Gegenzug den Vorschlag unterbreiten, dass wir im ersten Satz den Teil „vergleichbar mit der von der Landeshauptstadt München herausgegebenen Broschüre“ streichen. Damit ist der Verwaltung völlig frei gestellt, wie sie die Darstellung aufbereitet und realisiert. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass das Internet der beste Weg ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Zur Frage, ob man zu einem gemeinsamen Antrag kommt? – Dann lasse ich abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken und der FDP sowie Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Enthaltung vonseiten der Fraktion der CDU und der Fraktion pro Köln.

(Reinhard Houben [FDP]: Herr Oberbürgermeister, es tut mir leid, wir konnten leider nicht erkennen, wie die CDU-Fraktion abgestimmt hat!)

- Ich habe es aber gesehen von hier oben: Die CDU hat sich enthalten. – Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag der CDU. Ich sehe, damit sind Sie einverstanden. Der Änderungsantrag von SPD und Grünen ist somit angenommen.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen und darzustellen, wie eine übersichtliche und für die Kölner Bürgerinnen und Bürger verständliche und nutzbare Zusammenstellung über die wichtigsten Leistungen und Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge in Köln gestaltet sein könnte, um eine sinnvolle und bürgernahe Informations- und Kostentransparenz über die kommunalen Leistungen zu erhalten.*

   Mit dieser Zielsetzung möge die Verwaltung insbesondere darauf eingehen, welche Darstellungsform und welche Darstellungsinhalte als sachgerecht angesehen werden. Eine Veröffentlichung und kontinuierliche Pflege der Informationen soll über den städtischen Internet-Auftritt erfolgen.

2. *Aufwand und Kosten für die Realisierung einer solchen Übersicht sind darzustellen. Dabei ist auch zu prüfen, ob und inwieweit mit der Erstellung einer geeigneten Zusammenstellung entweder über ein Stufenmodell oder durch Benennung geeigneter Pilotbereiche bereits kurzfristig und weitgehend kostenneutral begonnen werden kann.*

3. *Die Verwaltung wird um Berichterstattung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie den Finanzausschuss gebeten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Free Tommy Robinson“ – Für Meinungsfreiheit, Toleranz und Demokratie in ganz Europa“
AN/1774/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen von der Situation der politischen Opposition in einem europäischen Land erzählen, von systematischer Benachteiligung, Kriminalisierung und Ausgrenzung. Ich bin mir sicher, dass Sie empört über diese Zustände sein werden.

In dem besagten Land findet eine einmalige und systematische Hetze gegen die Opposition statt. Diese fängt damit an, dass man sie inhaltlich in eine politische Ecke drängt, die sie selbst bekämpft und von der sie sich distanziert. Zeitungen, Fernseh- und Radiosender, Vereine und staatliche Institutionen sind involviert.

Der besagten politischen Opposition werden zum Beispiel von staatlichen Banken die Konten gekündigt bzw. eine Kontoeröffnung nicht gewährt, obwohl diese Institute dazu verpflichtet sind. So wird ihr die Teilhabe am Giroverkehr nicht ermöglicht und die Arbeit erschwert.

Der besagten Opposition werden Veranstaltungsräume nicht genehmigt, bzw. es wird Druck auf Besitzer und Vermieter ausgeübt, ihr keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Teilweise wird mit einer Existenzvernichtung gedroht.

Die angesprochene Opposition wird in den Medien gezielt diffamiert und benachteiligt. Anzeigen in Zeitungen können nicht geschaltet werden. Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen. Es finden regelrechte Hetzkampagnen statt. Allgemein lässt sich sagen, dass ein gerechter Zugang zu den Medien nicht gegeben ist.

Die besagte Opposition wird gezielt von staatlicher Stelle kriminalisiert. Unter fadenscheinigen Behauptungen werden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es werden Politiker festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Druck auf Mitglieder wird ausgeübt. Es wird versucht, öffentliche Veranstaltungen zu verhindern. Teilweise wird die Versammlungsfreiheit nicht gewährleistet.

Meine Damen und Herren, Sie werden wahrscheinlich denken, ich spreche über die Verhältnisse in der Ukraine, Weißrussland oder Russland. Nein, dies sind Zustände in Deutschland und Großbritannien im Jahre 2012.

(Beifall bei pro Köln)

Die politische Opposition wird in Deutschland systematisch benachteiligt, kriminalisiert und ist de facto vogelfrei. Das Gleiche gilt offenbar für England, wie man an der Inhaftierung des friedliebenden Islamkritikers Tommy Robinson erkennen kann.

(Lachen bei Claus Ludwig [Die Linke.])

In den letzten Wochen hat sich die politische Benachteiligung der Opposition in Deutschland noch spürbar verschärft. Mit Jörg Uckermann ist ein Politiker unserer Bürgerbewegung grundlos in Untersuchungshaft genommen worden.

(Lachen bei der Linken.)

Dieses Vorgehen verfolgt nur den Zweck, politische Oppositionsarbeit zu kriminalisieren und die Menschen, die sich für diesen Weg entschieden haben, einzuschüchtern.

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Wie viele Sitzungen haben Sie denn abgerechnet, Frau Wolter?)

Pluralismus im politischen Bereich ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Herrscht bloß eine Meinung, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis daraus eine Diktatur entsteht. Schon heute existieren in Deutschland und Europa große Demokratiedefizite. Wir brauchen nicht mit dem Finger auf Russland, China, die Ukraine oder Nordkorea zu zeigen, sondern müssen die Defizite erst einmal in unserem eigenen Land bekämpfen.

Die US-Regierung um Barack Obama hat in einem Bericht über die Meinungsfreiheit in Europa den Umgang mit uns stark kritisiert. Dies sollte Ihnen allen zu denken geben.

Unsere Resolution richtet sich gegen diese Entwicklungen. Politische Gegner müssen politisch bekämpft werden und nicht, indem man sie kriminalisiert und einschüchtert oder gar inhaftiert.

Tommy Robinson, der mit bürgerlichem Namen Stephen Lennon heißt, gilt als einer der profiliertesten Islamkritiker Europas. Wir halten es daher für unerlässlich, uns für seine Freilassung einzusetzen. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will das nicht unkommentiert lassen und deutlich machen, dass der Haftrichter, der hier die Entscheidung getroffen hat, nicht grundlos jemanden in Haft genommen hat. Vielmehr haben gute Gründe vorgelegen, dies so zu tun.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das wissen Sie?)

Das ist eine Diffamierung unserer Justiz.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? – Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien, Herrn Tommy Robinson unverzüglich aus britischer Haft zu entlassen.

Der Rat der Stadt Köln bittet den Oberbürgermeister, folgende Resolution an die Repräsentanten des Vereinigten Königreiches in Deutschland und alle überregionalen politischen Gremien, in denen die Stadt Köln vertreten ist, weiterzuleiten und sich engagiert für die Freilassung von Tommy Robinson einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Anmerkungen:

- *Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.*
- *Ratsmitglied Herbert Gey trifft zur Sitzung ein.*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Zwischennutzung städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte“
AN/1698/2012

Für die Antragsteller Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In 2008 wurde die ehemalige Schnapsfabrik in Köln-Kalk von jungen, engagierten Menschen zu einem selbstverwalteten Kulturzentrum umgewandelt.

(Lachen bei der FDP)

Ausstellungen, Konzerte, Kunsthandwerk fanden dort statt. Aber dieses Kulturzentrum wurde nach einem halben Jahr von der Bauaufsicht geschlossen. Die jungen Menschen suchten nach einer Alternative. Sie wandten sich an die Stadtverwaltung und an die Fraktionen, aber ohne Erfolg. Um irgendeine Möglichkeit zu haben, ihr Projekt umzusetzen, besetzten sie schließlich die KHD-Kantine in Kalk. Das ist ein Gebäude – derzeit noch im Eigentum der Sparkasse, in Zukunft im Eigentum der Stadt –, das seit zehn Jahren leer stand.

Die KHD-Kantine ist instand besetzt, Heizung Strom und Wasser sind angestellt, und eine Versicherung ist abgeschlossen, nachdem die Sparkasse mit dem selbstverwalteten, also autonomen Zentrum einen Mietvertrag vereinbart hatte.

(Reinhard Houben [FDP]: Mieterhöhungen!)

Mit einem Konzept zur Zwischennutzung von Leerständen hätte man diese einvernehmliche Lösung deutlich früher erreichen können – ohne Stress und Streit.

(Lachen und Zurufe von pro Köln)

Diese Initiative zur Schaffung eines selbstverwalteten Kulturzentrums ist aber nicht das einzige derartige Projekt, es gibt viele Projekte mehr. Wir alle wissen: Es gibt Künstler und Kulturgruppen, die an solchen Objekten interessiert sind und immer wieder die Stadtver-

waltung fragen, ob sie dafür Gebäude zur Verfügung stellen kann.

Gleichzeitig gibt es ungenutzte Flächen und Leerstände bei der der Stadt Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Dürfen wir die auch besetzen, Herr Detjen?)

Laut Bericht der Verwaltung vom 17. April 2012 gibt es 49 000 Quadratmeter stadteigene Leerstandsflächen und leerstehende angemietete Flächen von 3 500 Quadratmetern. Es gibt insgesamt 200 leerstehende Objekte. 29 Prozent diese Leerstandsflächen gelten als „nicht vermarktbar“, so sagt es die Verwaltung. Diese Leerstände ergeben Kosten in Höhe von insgesamt 280 000 Euro pro Jahr. Die Stadt muss mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll umgehen – gerade in Zeiten knapper Kassen. Das bedeutet aber auch, die städtischen Ressourcen nicht ungenutzt zu lassen oder zuzusehen, wie sie verfallen.

Die Fraktion Die Linke will, dass diese Flächen genutzt werden. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag „Zwischennutzungen städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte“ eingebracht haben. Im ersten Schritt sollen auf diese Weise städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden. In einem zweiten Schritt sollen auch das Land, der Bund und private Eigentümer einbezogen werden.

Für uns überraschend haben am selben Tag, an dem wir unseren Antrag in den Rat eingebracht haben, SPD und Grüne einen ähnlichen Antrag in Sachen Zwischennutzung gestellt. Dieser Antrag mit dem Titel „Zwischennutzung als Instrument der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung“ zielt auf die Förderung kleiner, neu gegründeter Unternehmen. Sie haben Ihren Antrag in den Wirtschaftsausschuss eingebracht; auch die anvisierte Zwischennutzungsbörse soll im Wirtschaftsdezernat angesiedelt werden.

Zwischennutzungen nur als Instrument der Wirtschaftsförderung zu betrachten, ist uns aber zu kurz gedacht. Wir haben die Förderung von Initiativen und Projekten in den Bereichen Kultur, Umwelt und Soziales im Blick. Wir wollen ihnen die Ressourcen zur Verfügung stellen, die die Stadt bislang ungenutzt leer stehen lässt. Wir sind nicht dagegen, auch gewerbliche Projekte mit Zwischennutzungen zu bedienen. Es müssen aber klare soziale, kulturelle und ökologische Prioritäten gesetzt werden. Unser Antrag setzt in der Beziehung die richtigen Schwerpunkte. Deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. – Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Ratsantrag der Linken zur Zwischennutzung leerstehender städtischer Flächen und Gebäude steht inhaltlich unserem rot-grünen Antrag zur Zwischennutzung leerstehender Gewerbe- und Büroräume sehr nahe, den wir bereits im letzten Wirtschaftsausschuss gestellt und beschlossen haben; Herr Detjen hat das eben erwähnt. Auch von den lokalen Medien wurde dieses Thema bereits positiv aufgenommen. Ich möchte Ihnen aber noch ganz kurz erläutern, was wir im Wirtschaftsausschuss beschlossen haben und welche Aspekte aus Sicht der SPD-Fraktion besonders wichtig waren.

Zunächst einmal: Es ist ein Prüfauftrag. Wir möchten von der Verwaltung wissen, ob es sich hierbei um ein geeignetes Instrument der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung handelt, und zwar für Köln. Wir haben auch von positiven Beispielen in anderen Städten gehört. Wir fragen uns, ob das eins zu eins auf Köln übertragbar ist. Ganz wichtig ist uns auch, dass die vorgesehene Nachnutzung durch die Zwischennutzung nicht gefährdet ist und ohne Einschränkungen erfolgen kann.

Wenn diese Aspekte geprüft wurden und uns das Ergebnis im Wirtschaftsausschuss präsentiert worden ist, werden wir über das Ob und das Wie zu Zwischennutzungen in Köln entscheiden – genau dann erst. So steht es im ersten Satz des Beschlusstextes, und so ist es unsererseits auch gemeint. Deswegen halten wir es für verfrüht, wenn heute der Antrag der Linken beschlossen würde. Es ist der Verwaltung natürlich unbenommen, die Anregungen aus dem Antrag der Linken in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Herr Detjen, Sie sagten eben, Ihr Antrag für den Rat sei zeitgleich mit dem Antrag von SPD und Grünen für den Wirtschaftsausschuss veröffentlicht worden. Herr Detjen, so einfach ist die Geschichte nicht. In unserem Newsletter haben wir im Juni 2012 unter dem Titel „Neue Gestaltungschancen auf Zeit – Zwischennutzungen“ auf einer Seite unsere Vorstellungen, was geleistet werden muss, dargestellt. Was uns, gelinde gesagt, etwas verwundert hat, ist, dass Sie in Ihren Antrag weite Passagen aus unserem Artikel einfach übernommen haben.

(Reinhard Houben [FDP]: Guttenberg!)

Bei allem politischem Wettbewerb: Ich finde, das ist nicht die richtige Art und Weise, so billige Plagiate zu produzieren. Allein schon deshalb ist Ihr Antrag schlicht und einfach überflüssig.

Fakt ist, dass wir einen entsprechenden Beschluss im Wirtschaftsausschuss gefasst haben – Herr van Geffen hat eben darauf hingewiesen – und es insofern nicht noch eines Nachkartens hier im Rat bedarf, schon gar nicht von Ihnen, wenn Sie sich mit Textbausteinen aus unserem Newsletter bedienen. Ich finde, das ist eine seltsame Art, Politik zu machen.

Ich will aber noch auf einen weiteren, mir sehr wichtigen Gesichtspunkt hinaus. Unser Antrag schlägt kein Subventionsvorhaben für Kultur- oder sonstige Förderung vor, einfach weil es die schon gibt. Aus dem Etat des Liegenschaftsdezernats werden jährlich etwa 1 Million Euro an Miet- und Pachtsubventionen für Gebäude und Ateliers ausgekehrt, die von kulturellen Einrichtungen genutzt werden. Das ist eine gute Geschichte; dazu stehen wir. Das jetzt noch weiter auszubauen, halte ich auch angesichts der Haushaltslage für kaum machbar.

Uns geht es darum, in erster Linie städtische, aber auch andere leerstehende Objekte einer Zwischennutzung zuzuführen. Aufgabe der Stadt kann es dabei nur sein, dies zu systematisieren und öffentlich darzustellen. Natürlich wäre es ideal, wenn auch Grundstücke und Gebäude dazugehörten, die nicht im städtischen Besitz sind, und sie so darzustellen – wir wissen ja, dass es ein breites Interesse gibt –, dass Angebot und Nachfrage zusammentreffen. Was die beiden Seiten dann vertraglich vereinbaren, ist Angelegenheit von Mieter und Vermieter, nicht aber Sache der Stadt. Dieses Verfahren ist insbesondere eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung, richtet sich aber nicht allein an Handwerksbetriebe, Freiberufler und die Kreativwirtschaft, sondern an jeden, der etwas nachfragt. Deshalb erwähnen wir explizit in unserem Antrag auch all diejenigen, die sich in der Bewegung Mobile Gärten engagieren; das gibt es ja schon an mehreren Orten in Köln.

Das heißt: Unser Antrag beinhaltet die gesamte Bandbreite von Zwischennutzungen und bedarf keiner Zusetzungen, wie Sie sie jetzt vorschlagen. Insbesondere ist das, denke ich, kein Instrument einer speziellen Subventionierung. Da haben Sie, glaube ich, etwas gründlich missverstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Äußerlich sieht es so aus, als hätten sich die Linken mit ihrem Antrag sehr viel Mühe gemacht – dazu hat ja mein Vorredner schon etwas gesagt –, aber in der Begründung zeigt sich dann, wohin die Reise gehen soll: Im Wesentlichen sollen illegale Besetzungen legalisiert werden. Da können wir Liberalen natürlich nicht mitmachen; denn unseres Erachtens muss Recht Recht bleiben.

Wie eben schon erwähnt, sind am 22. Oktober zwei Anträge zeitgleich im Büro des OB eingegangen. Da stellt sich natürlich die Frage: Wer hat von wem abgekupfert?

(Jörg Detjen [Die Linke]: Das Autonome Zentrum hat das alles gesteuert!)

- Ich wusste, dass Sie gesteuert werden, Herr Detjen. Das ist nichts Neues für mich.

(Beifall bei der FDP)

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Herr van Geffen hat recht, wenn er sagt: Der Antrag von Rot-Grün wurde im Wirtschaftsausschuss angenommen. Wir sollten erst einmal das Ergebnis abwarten, ehe wir weiterdenken. – Deshalb kann ich der Linken an sich nur vorschlagen, ihren Antrag zumindest zurückzustellen. Ansonsten werden wir den Antrag ableh-

nen, zumal er unseres Erachtens in Abschnitt II. gegen § 107 GO verstößt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Wolf. – Dann kommen wir zu Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Falls dieses kombinierte Vorgehen der diversen Linksparteien hier im Kölner Rat tatsächlich dazu führen sollte, dass die linksextreme Hausbesetzung in Köln-Kalk doch weitergeht und damit der anders lautende Ratsbeschluss aus dem Februar letztendlich ausgehebelt wird, falls das der Weg sein sollte, den die Mehrheit hier einschlagen will, dann werden wir im nächsten Jahr auf jeden Fall unsere Demonstrationstätigkeit im Stadtbezirk Kalk wieder aufnehmen und das dann natürlich zu einem zentralen Punkt in unserem Kommunalwahlkampf 2014 in Kalk machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch einmal.

Jörg Detjen (Die Linke.): Lieber Kollege Frank, den Newsletter lese ich nicht. Ich habe den noch nie gesehen. Insofern ist mir das sozusagen fremd.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür hast du deine Leute!)

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Wir haben unseren Antrag das erste Mal im Juni dieses Jahres in der Fraktion beschlossen. Wir haben ihn damals nur deshalb nicht eingebracht, weil zu diesem Zeitpunkt die Haushaltsberatungen stattfanden. Das hätte nicht gepasst. Das ist der Hintergrund. Wir werden den Teufel tun, bei Ihnen etwas abzuschreiben.

Wenn man die beiden Anträge etwas genauer liest, stellt man die Unterschiede fest. Wir wollen etwas ganz anderes als Sie. Ich will schon eine Subventionierung: eine Nullsubventionierung bei zur Verfügung stehenden Flächen zur Zwischennutzung. Sie dagegen schlagen etwas ganz anderes vor. Sie wollen diese Flächen im Rahmen der Wirtschaftsförderung – vielleicht noch mit einem kleinen Obolus oder sogar einem kleinen Gewinn – vermieten. Dagegen bin ich zwar nicht grundsätzlich; aber mir geht es vor allem darum, dass ein Teil der Flächen von sozialen Projekten genutzt werden kann. Sie wissen aus dem Liegenschaftsausschuss, dass auch jetzt schon Künstlerateliers für einen Appel und ein Ei vermietet werden. Das heißt, es gibt solche Subventionierungen zum Teil schon.

Insofern kann ich nur sagen: Wir haben gut recherchiert für unseren Antrag. Das hat der Kollege von der FDP auch bestätigt. Lesen Sie den Artikel zur Zwischennutzung, der im *Stadt-Anzeiger* veröffentlicht worden ist. Sie werden feststellen: Da wurde aus unserem Antrag abgeschrieben – beispielsweise wurde die Zahl der Freiflächen genannt – und nicht aus Ihrem Antrag. – Danke schön.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Mitteilung der Gebäudewirtschaft!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann ist der Antrag abgelehnt.

I. Die Stadt Köln strebt an, Flächen und Gebäude, die sich in städtischem Besitz befinden, die aber aktuell nicht genutzt werden und für die auch kurzfristig keine Nutzung vorgesehen ist, prinzipiell für kulturelle, soziale, sportbezogene und grüne Zwischennutzungen zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung möge ein Konzept für derartige Zwischennutzungen entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen.

Hierbei möge sich die Verwaltung an folgenden Punkten orientieren:

1. Die Verwaltung stellt die städtischen ungenutzten Brachflächen und Gebäude im Internet dar. Dabei werden Lage, Größe, Infrastruktur und (veränderbare wie nicht veränderbare) Beschränkungen für mögliche Nutzungen aufgeführt.

2. Die Verwaltung bestimmt einen Ansprechpartner für Interessenten für die Zwischennutzung.

3. Ziel des Konzeptes ist es, ist es Zwischennutzungen zu ermöglichen. Die Bedingungen der Gebrauchsüberlassung und insbesondere die Höhe des Mietzinses orientieren sich an diesem Ziel.

Bei kommerziell ausgerichteter Zwischennutzung kann ein Mietzins bis in marktüblicher Höhe vereinbart werden.

4. Die Verwaltung berät den Zwischennutzer, auf welche Weise Vorschriften des Brandschutzes, des Gesundheitsschutzes, der Verkehrssicherung usw. erfüllt werden können.

5. Die Verwaltung berät den Zwischennutzer hinsichtlich eventuell in Frage kommender Förder-mittel für die Zwischennutzung, z. B. aus dem Programm „Stadtumbau West“.

6. Zur Umsetzung des Zwischennutzungskonzeptes möge die Verwaltung die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, wie sie zum Beispiel in § 9 Abs. 2 BauGB (Baurecht auf Zeit), §11 BauGB (Städtebaulicher Vertrag), § 12 BauGB (Vorhaben und Erschließungsplan), § 31 BauGB (Ausnahmen und Befreiungen), § 171c BauGB (Stadtumbauvertrag) sowie in § 73 BauO NRW gegeben sind.

7. Die Verwaltung möge den Einsatz an personellen und finanziellen Mitteln darstellen, der zur Umsetzung des Zwischennutzungskonzeptes notwendig wäre.

II. In einem zweiten Schritt soll die Vermittlung von Zwischennutzungen auf nichtstädtische Flächen und Gebäude ausgedehnt werden.

Das betrifft zum einen nicht genutzte Flächen und Gebäude im Eigentum stadteigener Betriebe, des Landes und des Bundes (insbesondere Konversionsflächen) und zum anderen Immobilien in privatem Besitz.

1. Die Stadt fungiert hierbei als Vermittler zwischen Eigentümer und möglichem Zwischennutzer. Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit hierfür das einzurichtende Internetportal genutzt werden kann (siehe I.2)

2. Die Verwaltung bietet ihre Expertise an, wie die Interessen beider Seiten berücksichtigt und vertraglich gesichert werden (um z. B. Befürchtungen der mangelnden Vermarktbarkeit oder Nutzbarkeit der Immobilie durch eine Zwischennutzung entgegenzutreten).

3. Die Verwaltung möge prüfen, ob und in welchen Fällen die Stadt Köln über die Rolle als Makler und beratende Instanz hinausgehen und als Generalmieter zwischen Eigentümer und die Zwischennutzer treten sollte.

4. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit ein Leerstandskataster zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich übergebe die Sitzungsleitung an Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Öffentliches Symposium mit dem Berliner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, Autor des Buches ‚Neukölln ist überall‘ “
AN/1771/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln beantragt, ein öffentliches Fachsymposi-

um zum Thema Integration und Integrationsprobleme mit dem Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, Autor des Buches *Neukölln ist überall*, hier in Köln durchzuführen. Ich denke, kaum ein Autor, kaum ein fachkundiger Kommunalpolitiker hat so plastisch und auch eindrucksvoll geschildert, wo es bei der Integration in Großstädten hakt, wo es Probleme gibt, insbesondere welche Probleme es mit bestimmten Zuwanderergruppen gibt, die in Stadtteilen eine Majorisierung in die Wege leiten, sodass es eben keine klassische Integration mehr gibt und sich eher die Frage stellt, wer sich eigentlich bei wem integrieren soll.

Die klassische Frage, die auch Bürgermeister Buschkowsky stellt, ist: Ist das noch meine Stadt, meine Heimat? Das denken viele Menschen, gerade auch in immer mehr Stadtvierteln und Stadtteilen in den Ballungsgebieten in Deutschland. Köln ist davon sicherlich nicht ausgenommen. Ich denke, es wäre ganz gut, wenn man sich auch mal aus sozusagen unverdächtiger Ecke kritische Gedanken anhört und Anregungen geben lässt, wie es vielleicht besser gehen kann.

Buschkowsky ist ja keiner, dem man Rassismus oder gar rechtsextreme Tendenzen unterstellen kann, sondern Buschkowsky ist ja einer, dem die Integration am Herzen liegt. Er will ja, dass es funktioniert. Aber er benennt auch ehrlich – das ist ja das Geheimnis seines Erfolges – die Probleme. Es soll nichts tabuisiert und immer nur mit der gutmenschlichen Kuscheldecke zugedeckt werden in der Hoffnung, dann sei alles top und alles schön, wenn wir uns nur alle lieb haben, dann passiere auch nichts und keiner müsse mit negativen Entwicklungen rechnen. Mit dieser Mär hat Buschkowsky aufgeräumt.

Wahrheit tut weh. Jeder möchte Schmerzen vermeiden, auch die Gesellschaft. Die Politik bevorzugt eine schläfrige und eher träge Betrachtungsweise dieses Themas. Buschkowsky macht es anders. Buschkowsky geht es um das Zusammenleben zwischen – stark vereinfacht ausgedrückt – In- und Ausländern in seinem Bezirk. Zur Einordnung: Laut offizieller Statistik hat Berlin-Neukölln derzeit 315 000 Einwohner. 40,7 Prozent sind Migranten; das bedeutet 128 359 Personen. Das sind Menschen mit ausländischem Hintergrund, aber durchaus mit deutschem Pass.

Ich denke, in Köln gibt es einige Stadtteile, wo es von den Proportionen her in die gleiche Richtung geht, wo wir also ähnliche Situationen vorfinden können. Auf fast 400 Seiten reitet der Bürgermeister sein Lieblingsthema: die aus seiner Sicht verfehlte Integration vieler dieser fast 130 000 Menschen, wenn auch natürlich nicht aller. Er schreibt auch immer wieder über die zahlreichen gelungenen Beispiele, die übrigens auch wir von pro Köln hier in Köln niemals abgestritten haben. Auch in unserer Bürgerbewegung machen Menschen mit, die zugewandert sind und sich hier integriert haben. Sie machen gerade deswegen bei pro Köln mit, weil sie gerne nach Deutschland gekommen sind, weil sie ein bestimmtes Bild von Deutschland haben und weil sie wollen, dass das auch so bleibt. Sie haben sich integriert und erwarten das auch von anderen Zuwanderern. Genau so müsste es sein. Nur leider sieht die Realität oft eben anders aus.

Dieses Gefühl, dass bei der Integration gerade bestimmter Zuwanderergruppen etwas Grundlegendes nicht stimmt – dieses Gefühl haben ja viele Menschen –, zieht sich wie ein roter Faden durch Buschkowskys Buch, etwa wenn er an einem Beispiel beschreibt, was er die „alltägliche Ohnmacht“ nennt, nämlich die Furcht, in einen Unfall mit einem migrantischen Autofahrer verwickelt zu werden. Er beschreibt das als ganz plastisches Beispiel aus dem Leben: Dieser rufe per SMS-Rundruf Zeugen herbei, die aussagen, man sei schuld, auch wenn sie es gar nicht gesehen haben können. Was nach einem wertfreien Streit aussieht, ist für den Bürgermeister Ausdruck eines ernsthaften Konflikts. Im Zweifel gelte für den Zeugen nämlich, dem ethnischen Bruder zu helfen, so Buschkowsky. Denn: Was wahr ist und was nicht, hat bei einem Ungläubigen keine Bedeutung, so Buschkowsky weiter. Vielmehr – Zitat Buschkowsky – gelten Deutsche als leichte Opfer.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Markus Wiener (pro Köln): Ich habe es vernommen, vielen Dank. Das Wesentliche ist auch gesagt, denke ich. – Ein solches Fachsymposium mit Buschkowsky wäre eine Bereicherung. Deswegen stellen wir diesen Antrag. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über 3.1.8 abstimmen. Wer ist für

diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt den Oberbürgermeister, den bekannten Buchautor und Berliner SPD-Bürgermeister, Herrn Heinz Buschkowsky, zu einem öffentlichen Fachsymposium in das Kölner Rathaus einzuladen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Baulückenprogramm erhalten“
AN/1775/2012

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Heute besteht zum letzten Mal die Chance, das Baulückenprogramm zu erhalten und nicht plattzumachen, wie es die Verwaltung plant. Es ist eine politische Entscheidung von Ihnen, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, hier eine andere Richtung einzuschlagen. Aufgrund der aktuellen Wohnungssituation wäre es fatal, wenn Sie die bisherigen Kenntnisse, Erfahrungen und Erfolge bei der Schließung der Baulücken praktisch auslöschen würden.

Inzwischen kümmern sich nur noch drei Mitarbeiter – früher waren es elf – in der Verwaltung um die Schließung von Baulücken, und dennoch machen sie eine erfolgreiche Arbeit. In den letzten Jahren konnten durch die Arbeit der Kollegen jährlich 500 Wohnungen zusätzlich gebaut werden.

Wir müssen doch einmal ehrlich eingestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen – wir haben damals gemeinsam das Wohnungsbauprogramm verabschiedet; ich bin auch weiterhin dafür –: Das Wohnungsbauprogramm hat im Gegensatz zum Baulückenprogramm bisher keine Wohnungen geschaffen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was habe ich Ihnen denn gesagt?)

- Das ist so. Man muss der Realität ins Auge sehen. – Wenn wir ein Programm beschließen und 30 Millionen Euro als Kreditmasse zur Verfügung stellen und dann passiert nichts, gleichzeitig schließt man aber ein Programm, das sich über Jahre bewährt hat, dann ist das – das muss ich sagen – nicht nur ziemlich fatal, sondern auch ziemlich dumm.

Ich möchte hier auch betonen, dass wir nicht die Einzigen sind, die den Erhalt des Baulückenprogramms fordern. Auch der Mieterverein und sogar der Haus- und Grundbesitzerverein fordern das. Das ist ein sonderbares Bündnis; das gebe ich zu. Aber daran können Sie erkennen, dass es angesichts der guten Arbeit, die die Mitarbeiter machen, fatal wäre, hier den Kahlschlag anzusetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal drauf hinweisen, dass die Verwaltung im Juni dieses Jahres in einer Anfrage selbst mitgeteilt hat – Herr Höing –, dass es noch 2 200 Baulücken gibt, die man schließen könnte. Nur, die Verwaltung wird diese Baulücken nicht schließen können, wenn sie die Abteilung, die sich um dieses Programm kümmert, auf eine Person reduziert. Dann kann man es gleich lassen. Das ist meine Position dazu.

Deswegen treten wir dafür ein, dass dieses Programm zumindest so lange fortgeführt wird, bis die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind. Das muss natürlich im Haushalt stehen. Wenn die Mittel nämlich nicht im Haushalt eingestellt sind, dann ist eine klare Entscheidung getroffen. Aber noch kann es fortgesetzt werden. Zumindest bis April/Mai könnten drei Fachleute weiterhin an dem Thema arbeiten. Es ist davon auszugehen, dass bis dahin noch ein paar Wohnungen auf diesem Wege gebaut werden, auf jeden Fall mehr als die, die mit dem Wohnungsprogramm nicht gebaut werden.

Ich möchte mit einem Zitat aus einer Presseerklärung der Verwaltung aus dem Jahr 2011 zum Baulückenprogramm enden – ich zitiere –:

> Bundesweit keine andere Stadt hat einerseits so viele neue Wohnungen in Baulücken oder auf minder genutzten Grundstücken geschaffen und andererseits dadurch eine so große Zahl städtebaulicher Missstände beseitigt wie Köln.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag. Wie gesagt, wir haben überhaupt kein Problem, das im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beraten. Uns ist wichtig, dass diese drei Personen ihre Arbeit fortsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. – Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen. Mit diesem Antrag der Linken haben wir ein Novum erreicht: Die Kämmerin hat den Haushalt überhaupt noch nicht eingebracht, und die Linken stellen schon den Antrag, einen Posten wieder zurückzunehmen. Das können wir natürlich zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht ernsthaft diskutieren, weil uns der Haushaltsplanentwurf noch gar nicht vorliegt. Das können wir erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutieren. So lautet auch mein Plädoyer, nämlich zu beschließen, diesen Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Da kann man das ernsthaft diskutieren.

Herr Detjen hat eben gesagt, das müsse heute unbedingt beschlossen werden. Dazu noch ein Wort: Die drei Leute, die dort arbeiten, lösen sich ja nicht in Luft auf, sondern sie werden weiterhin dort arbeiten. Ich vermute, dass die Verwaltung die Stellen mit einem kw-Vermerk, „künftig wegfallend“, versieht. Das heißt, das wird irgendwann vollzogen. Also: Es gibt überhaupt keinen Grund, das heute zu beschließen, auch weil wir noch gar nicht genau wissen, was vorgeschlagen ist.

Ich will noch einen Punkt zur Sache selbst sagen. Wir alle sind uns einig – Sie haben das ja sehr engagiert hier vorgetragen, Herr Detjen –, dass dieses Baulückenprogramm ein sehr erfolgreiches Programm war.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: War!)

- Ja, es war ein sehr erfolgreiches Programm. Wir haben über 20 000 Wohnungen damit neu geschaffen. Es sind sicherlich noch Potenziale vorhanden; aber es wird immer schwieriger werden, diese Potenziale zu heben.

Ich will nur sagen: Für uns ist es schon wichtig, dass die Aufgabe „Baulückenprogramm“ weiterhin von der Verwaltung wahrgenommen wird. In welcher Form sie wahrgenommen wird, darüber kann man diskutieren: ob es sinnvoll ist, es so zu machen wie bisher, oder ob es sinnvoller ist, es in Zukunft anders zu machen. Einige Vorschläge konnte man ja schon der Presse entnehmen. Ich habe es so verstanden, dass diese Aufgabe zwar erhalten bleibt, Sie sie aber neu organisieren wollen. Deswegen meine Frage an Herrn Höing mit der Bitte um Beantwortung: Gibt es künftig auch weiterhin eine Baulückenberatung und, wenn dem so ist und es zu einer Neuorganisation kommt, reicht das dann aus Ihrer Sicht zur Deckung des Bedarfs aus?

Ansonsten sollten wir dieses Thema, denke ich, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen intensiv diskutieren und eine Entscheidung treffen. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Zimmermann. – Herr Höing, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Detjen, wir werden dort nichts inhaltlich plattmachen. Natürlich wird es nach wie vor eine wichtige Aufgabe sein, die freien Räume in der Stadt, diese Zahnlücken, wie groß sie auch immer sein mögen, schrittweise zu füllen. Wir werden das ein bisschen straffen. Wir werden das ein bisschen anders organisieren. Aber die Aufgabe, Herr Zimmermann, wird nicht wegfallen, sondern kontinuierlich fortgeführt. Wir müssen uns weiterhin damit auseinandersetzen. Es ist richtig: Das Thema Wohnen wird uns in den nächsten Monaten und Jahren intensiv beschäftigen. Die Suche nach Orten und Flächen wird eine wichtige Aufgabe bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen noch einmal, bitte.

(Ralph Sterck [FDP]: Gibt es eine Rednerliste?)

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Höing, ich habe eine Frage. In der Antwort der Verwaltung im Juni hieß es, das wird auf eine Person reduziert. Jetzt sagen Sie: Es bleibt inhaltlich erhalten, was ja lobenswert ist. Da haben wir ja schon mal die Hälfte der Miete. Jetzt meine Frage: Wie viele Personen arbeiten dann an diesem Inhalt bis zum nächsten Haushalt?

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Linksfraktion!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Höing, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Wir werden das neu zuordnen und es in den Aufgabenbereich Bauberatung eingliedern. Dort werden dann zwei Personen dieses Thema mitverfolgen.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Dann sind wir schon bei zwei! Ich wollte gerne drei!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Höing. – Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Linke hat heute nicht so richtig Glück mit ihren Anträgen, so auch mit diesem nicht. Wir freuen uns natürlich, Herr Detjen, dass die Linke jetzt ihre Liebe zum Baulückenprogramm entdeckt hat. Es gibt Fraktionen hier in diesem Hause, die sich schon etwas länger mit diesem Phänomen beschäftigen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Da gab es die Linke noch gar nicht!)

Wir haben uns insbesondere für die Verringerung der Stellplatzablöse eingesetzt – das haben wir im Stadtentwicklungsausschuss gemeinschaftlich getragen –, um es attraktiv zu machen, gerade in Baulücken Wohnraum zu schaffen. Dafür haben wir ein Instrument gewählt, das ich Herrn Höing – er genießt ja in diesem Haus die Gnade der späten Geburt – bei seinen weiteren Überlegungen mit auf den Weg geben will. Sie haben das Stichwort eben schon genannt, Herr Detjen, nämlich den Haus- und Grundbesitzerverein. Diesen haben wir in der Frage der Schaffung von Wohnraum in Baulücken mit in die Pflicht genommen. Er ist bereit, gewisse Beratungsleistungen, die bisher von der Verwaltung erbracht worden sind, mit zu übernehmen. Das entspricht ja genau dem, was der Oberbürgermeister in seinen Sparüberlegungen formuliert hat: Es muss nicht immer alles die Stadt selber machen; wir können uns auch dritte Partner suchen, die bestimmte Aufgaben wahrnehmen.

Wenn Sie als Linke jetzt noch Ihre Liebe zum Haus- und Grundbesitzerverein entdecken, dann wird das – das prognostiziere ich – ein ganz tolles Programm werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Sterck.

Herr Detjen, nachdem Sie jetzt zahlreiche Argumente dazu gehört haben, sind Sie damit einverstanden, das in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben? – Ja. Vielen Dank. Das erleichtert es uns.

Wer ist damit einverstanden? – SPD, CDU, FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, Grüne und Linke. Wer enthält sich? – Pro Köln.

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Michael Zimmermann beschließt der Rat den Antrag, der da lautet:

„Das bestehende Baulückenprogramm wird fortgeführt. Die bisherige An-zahl von drei Mitarbeitern bleibt erhalten.“

zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Dezernate"
AN/1772/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen wor-den (siehe hierzu auch Ziffer IV – vor Eintritt in die Tagesordnung)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3.1.11:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Hilfe für Opfer von Zwangsheiraten“
AN/1770/2012

Bitte.

Karel Schiele (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Studie „Living in forced isolation“ befasste sich im Auftrag der Stadtverwaltung Amsterdam mit der Lebenssituation sogenannter versteckter Frau-

en. Circa 200 bis 300 von ihnen leben in der niederländischen Metropole. Versteckte Frauen leben sehr oft in streng religiösen Familien. Größtenteils gehören diese dem Islam an. Die Situation dieser Frauen kann man nur mit einem Wort beschreiben: menschenunwürdig. Sie dürfen ohne männliche Begleitung nicht das Haus verlassen, weder einkaufen gehen noch zum Arzt oder zu Freunden. Ein solcher Zustand ist für uns nicht hinnehmbar.

Versteckte Frauen sind aber nur ein Symptom einer Gesamtproblematik, und das ist die Unterdrückung der Frauen. Vor allem unter unseren muslimischen Mitbürgern ist es sehr verbreitet, den Frauen gewisse Grundrechte nicht zuzugestehen. Dies fängt bei der Verschleierung an und hört bei dem Phänomen der sogenannten versteckten Frauen auf.

Die Gleichberechtigung der Frau ist eine der größten Errungenschaften in unserem Land. Frauen dürfen bei uns wählen, den Führerschein machen, sind in hohen Positionen tätig, haben freien Zugang zu Hochschulen. In manchen Bereichen wird sogar über eine verbindliche Frauenquote diskutiert, um die absolute Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu erreichen.

Was für uns so selbstverständlich klingt, ist leider selbst in der heutigen Zeit nicht überall selbstverständlich. In kaum einem anderen Kulturkreis werden die Frauen so systematisch unterdrückt wie in der islamischen Welt. In Saudi-Arabien ist es Frauen nicht gestattet, ohne männliche Begleitung in die Öffentlichkeit zu gehen oder den Führerschein zu machen. Im Iran wurde im Oktober an 36 Hochschulen und Universitäten den Frauen der Zugang verweigert. Das heißt, dort können Frauen zukünftig nicht mehr studieren. Viele Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Zustände sehr scharf.

Durch die vermehrte Zuwanderung aus diesen Religionen müssen wir uns auch in unserer Stadt mit der Situation unterdrückter Frauen beschäftigen. Wir dürfen nicht untätig danebenstehen, wenn Freiheits- und Grundrechte in unserem Land mit Füßen getreten oder schlimmstenfalls abgeschafft werden.

Wir als politische Vertreter dieser Stadt sind gefordert, die Situation der hier lebenden Frauen zu analysieren. Unsere Daseinsvorsorge müssen wir erfüllen und unterdrückten Frauen hier in Köln helfen. Um das genaue Ausmaß zu kennen, beantragen wir von pro Köln, nach dem Vorbild der Stadt Amsterdam eine vergleichbare Studie zum Leben in gezwungener Isolation durchzuführen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: So weit Herr Schiele. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rat der Stadt Köln sinnvolle und geeignete Vorschläge zu unterbreiten, wie Opfern von Zwangsheiraten durch Verwaltungshandeln – zum Beispiel durch Erstellung von Aufklärungsmaterial, Einrichtung einer Internetseite oder Betreuung einer Telefon-Hotline - geholfen werden kann.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei den zuständigen Landesministerien Mittel einzuwerben, um in Köln eine Studie zu sog. „versteckten Frauen“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013“
AN/1589/2012

Antwort der Verwaltung vom 15.11.2012
AN/1589/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann ist das erledigt.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Altkleidercontainer im Kölner Stadtgebiet“
AN/1742/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2012
3998/2012

Die Antwort der Verwaltung liegt bereits vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verzögerungen bei der Öffnung der Gleueler Straße“
AN/1804/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2012
4140/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Frau Bürgermeisterin! Herr Höing, ich habe zu dieser Antwort zwei Nachfragen.

Zum einen geht es um die Antwort auf die Frage 2. In unserer Frage hatten wir eigentlich nicht intendiert auf Komplikationen, die sich zwischen Auftragnehmern abspielen könnten, sondern auf Komplikationen generell. Die Frage ist eigentlich: Geht die Verwaltung, wenn sie eine solche Zeitangabe macht, davon aus, dass das nur unter günstigsten Umständen einzuhalten ist? Muss nicht auch aus Erfahrung einkalkuliert werden, dass man zumindest einen Zeitkorridor nennen muss, weil das eine oder andere ja auch schiefgehen kann, wie in diesem Fall auch? – Das war die Nachfrage zur Frage 2.

Zum anderen habe ich eine Nachfrage zur Antwort auf die Frage 3. Sie schreiben uns, dass der Baustellenzeitplan vom Unternehmer vorgelegt werden soll mit der Maßgabe, den Fertigstellungstermin Ende Februar einzuhalten. Hat die Stadt überhaupt die Mittel, den Unternehmer dazu zu zwingen, ist sie also in diesem Sinne Herr des Verfahrens? Ich frage das deswegen, weil bei der Diskussion in der Ratssitzung im Juni zum Thema Zeithorizont meine Kollegin dos Santos die Bemerkung machte, der mögliche Damm, den wir ins Spiel gebracht hatten, sei ja wahrscheinlich erst fertig, wenn die ganze Maßnahme schon beendet ist. Wir sehen jetzt, dass das nicht so ist.

Auf diese beiden Zusatzfragen hätte ich gerne eine Antwort.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Beigeordneter, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Möring, Ihre Anfrage ist ja berechtigt; denn wir haben dort einen deutlichen Zeitverzug. Ich glaube, das ist jedem bekannt. Es stellt sich die Frage: Haben wir realistisch geplant, oder waren wir zu optimistisch? Meine Kollegen sagen mir: Wir haben realistisch geplant. Ich will jetzt auch nicht die Gnade der späten Geburt, von der Sie vorhin an anderer Stelle gesprochen haben, in Anspruch nehmen. Unser Eindruck war, wir haben dieses Bauprojekt realistisch zeitlich eingepreist.

Zu Ihrer zweiten Frage: Welche Druckmittel haben wir? Ich hatte ja bereits am Rande des Stadtentwicklungsausschusses über das Problem berichtet und gesagt, wir haben jetzt einen Bauzeitenplan eingefordert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo ist er denn?)

Bislang – Herr Klipper – ist dafür Ende Februar avisiert. Ich glaube, ehrlich gesagt, es ist sportlich, das bis Ende Februar zu schaffen. Wir sind in intensiven Verhandlungen mit dem Bauunternehmer. Ob wir nachher obsiegen oder ob wir in der Tat feststellen müssen, dass es doch etwas länger dauert, will ich heute gar nicht definitiv beantworten.

Ich will aber anhand dieses Beispiels an dieser Stelle deutlich machen, dass wir uns zukünftig noch einmal über genaue Vertragsgestaltungen Gedanken machen müssen. Wir müssen auch prüfen, wie Verlässlichkeit in Vertragswerke eingepreist werden kann. Wir werden auch noch einmal darüber nachdenken müs-

sen, wie die Stadt diese großen Bauprojekte, die gesamten Sanierungsprojekte, die jetzt vor uns liegen, so steuert, koordiniert und auch über Verträge in den Griff bekommt, damit wir nicht immer sozusagen zuschauen müssen, wenn sich Unternehmer und Subunternehmer nicht vertragen und dies auf Kosten der Bürger dieser Stadt austragen.

Karsten Möring (CDU): Darf ich noch eine Spezifizierung nachfragen?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Ich würde es sehr erfreulich finden, wenn das so gelingt. Denn das ist ja bisher ein Problem.

Zur Ergänzung noch einmal nachgefragt: Gibt es Unwägbarkeiten bei dieser Baustelle, die noch in fehlenden Erkenntnissen über den Sanierungsumfang liegen? Sprich: Wann wissen wir wirklich, welche Arbeit dort noch zu leisten ist, und welche Auswirkungen hat das auf den Zeitplan? – Herr Kahlen weiß, wovon ich spreche. Darüber haben wir schon im Sommer geredet.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wird es dort nicht zu einer Endlosbaustelle kommen. Die Sanierungsmaßnahmen sind benannt. Wir als Verwaltung gehen nach wie vor davon aus, dass wir nahe dem bislang genannten Termin landen werden.

(Karsten Möring [CDU]: Dann hoffe ich mit Ihnen, dass Sie recht behalten!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sind alle damit zufrieden? – Herr Beigeordneter, schönen Dank für die Darstellung.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Beigeordneter Höing beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Möring.

5. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und kommen zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung
3455/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das genehmigt.

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2013 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den*

Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung)
1306/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP, Herr Ludwig von der Linken, pro Köln und Herr Hoffmann. Enthaltungen? – Keine. Das ist so beschlossen.

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Ludwig (Fraktion Die Linke.) zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

7. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012
3982/2012

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nehmen wir nur zur Kenntnis!)

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 06.09.2012 bis 31.10.2012 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

<u>Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen</u>

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *80.000,00 EUR in Teilplan 0418 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 80.000,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

2. *700,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 700,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

3. *30.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 30.000,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. *6.462,00 EUR in Teilplan 1202 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 6.462,00 EUR in Teilplan 1601 in Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlungen für Investitionen

1. 33.000,00 EUR in Teilplan 0605 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0606-0-0001

Deckung:
Wenigerauszahlungen i. H. v. 33.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 11 (Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Nächster Tagesordnungspunkt ist 8.1:

8. Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Genehmigung von überplanmäßiger Auszahlung
3653/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig.

Der Rat beschließt eine weitere überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 50.000 € im

Teilfinanzplan 0606 (Hilfe für junge Menschen und ihre Familien) in

Teilplanzeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) im

Haushaltsjahr 2012 (Finanzstelle 0000-0606-0-0001, Finanzposition 5103.578.3100.5)

sowie die Freigabe in gleicher Höhe.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen (Finanzstelle 5100-0604-0-AZ01, Finanzposition 5106.578.1800.9).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/ Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.2 auf:

10.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz
hier: Planungsbeschluss zur Nachrüstung von Aufzügen sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz – Einbau von Auf.
2303/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Planungen zur Aufzugsnachrüstung an der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz aufzunehmen. Die Planung soll vor Beantragung der notwendigen Genehmigungen zur abschließenden Entscheidung dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 120.000,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Auf, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen, Hj. 2012.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf:

10.3 Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Planungsbeschluss

für die Bahnsteiganhebung an der Haltestelle Venloer Straße / Gürtel, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-2-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel – B.anhebung
2575/2012

Abstimmung wie Verkehrsausschuss bzw. Finanzausschuss. – Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 30.10. 2012:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Planungen zur Bahnsteiganhebung an der oberirdischen Stadtbahnhaltestelle Venloer Straße / Gürtel aufzunehmen. Die Planung soll vor Beantragung der notwendigen Genehmigungen zur abschließenden Entscheidung dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für Planungsleistungen in Höhe von 120.000,00 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-4-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel - B.anhebung, Teilplanzeile 8, Hj. 2012.

Die Verwaltung wird gebeten, die Anregungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus ihrer Sitzung vom 17.09.2012 (Punkt 10.3) - vgl. hierzu Anlage 3 der Vorlage - im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln
2920/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.5 auf:

10.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffungsbedarf zur Lieferung von Ersatzteilen für Parkscheinautomaten
2951/2012

Abstimmung wie Verkehrsausschuss. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat stellt die Notwendigkeit des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Ersatzteilen für Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
3241/2012

Gibt es Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem fünften Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 10.7 rufe ich auf:

10.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens

hier: Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln
3357/2012

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Das ist einstimmig.

Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe der Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren durchzuführen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2013
3422/2012

Keine Wortmeldungen? – Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.8 einstimmig.

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 2 beigefügten Wirtschaftsplan 2013 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann."

Gleichzeitig nimmt der Rat den aktualisierten Tilgungsplan des Trägerdarlehens ab 01.01. 2013, der als Anlage 3 beigefügt ist, zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.9 auf:

10.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2011 des Gürzenich-Orchesters Köln
3498/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Neinstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist 10.9 einstimmig angenommen.

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 29.06.2012 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG versehene Jahresabschluss zum 31.08.2011 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2010 bis 31.08.2011 festgestellt.*

2. *Der Bilanzverlust für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2010 bis zum 31.08.2011 in Höhe von EUR 60.333,40, der sich aus dem Jahresüberschuss 2010/2011 in Höhe von EUR 408.498,69 nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag von EUR 474.145,09 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 5.313,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Feuerwehrtopf Förderkonzepte
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
3460/2012

Bitte schön, Herr Beigeordneter Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Zum Thema „Feuerwehrtopf Förderkonzepte" hatten wir am Montag im Finanzausschuss Diskussionen und Nachfragen. Wir haben Ihnen nach nochmaliger Rücksprache mit dem Rechnungsprüfungsamt auch unsere Stellungnahme für die Fraktionssitzungen zur Verfügung gestellt.

Wir müssen also darauf achten, dass die Zwecksicherung gegeben ist. Deswegen schlagen wir vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Passus zu ergänzen:

> Die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung an das Theater Der Keller e. V. wird an die Auflage gebunden, dass das Insolvenzverfahren mit einer positiven Entscheidung zum Fortbestand des Theaters endet.

Damit wäre die Zwecksicherung sichergestellt. Dann könnte die Vorlage unter Wahrung aller Aspekte beschlossen werden, glaube ich.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin, ich habe Herrn Hemsing vom Rechnungsprüfungsamt zwar nicken sehen, möchte aber nur der guten Ordnung halber für das Protokoll fragen, ob das einheitliche Verwaltungsmeinung – inklusive des Amtes des Rates, also des RPA – ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Hemsing, bitte.

Hans-Jochen Hemsing (Rechnungsprüfungsamt): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist auch die Sicht des RPA. Wir hatten das im Vorfeld abgestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.10 mit der eben vorgetragenen Ergänzung abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Die FDP enthält sich. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Der Rat nimmt die einmalige Abweichung von dem im Theaterförderkonzept festgelegten Vergabeverfahren zur Kenntnis und beschließt die Verwendung der im Teilergebnisplan 0416-Kulturförderung in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen bei der Position „Feuerwehrtopf Förderkonzepte“ veranschlagten 200.000 € zur einmaligen Existenzsicherung folgender Theater:

Theater Der Keller e. V.	*100.041,67 €*
ARTheater e. V.	*28.000,00 €*
Cassiopeia-Theater (Mierke/Hann GbR)	*6.300,00 €*
Horizont-Theater e. V.	*15.751,96 €*
Theater am Sachsenring (Knipp/Honnen GbR)	*9.067,59 €*
Theater Tiefrot e. V	*3.570,00 €*
a.tonal.theater (Fürst/Berger GbR)	*11.472,22 €*
Deutsch-griechisches Theater e. V.	*12.055,56 €*
Futur 3 (Kraft/Erlen GbR)	*8.361,11 €*
TKO Theater (Kokotovic/Osman GbR)	*4.083,33 €*

Die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung an das Theater Der Keller e. V. wird an die Auflage gebunden, dass das Insolvenzverfahren mit einer positiven Entscheidung zum Fortbestand des Theaters endet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse
3386/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2011 wird zum Ausgleich der in den Vorjahren erzielten Jahresfehlbeträge herangezogen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
3298/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2013 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2013 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,60 % für Beihilfen Beamte/Beamtinnen
(Vorjahr 8,07 %)

0,09 % für Pflegeversicherung Beamte/Beamtinnen
(Vorjahr 0,08 %)

0,12 % für Beihilfen Beschäftigte
(Vorjahr 0,12 %)

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 21.309.396 Euro (Vorjahr 19.953.785 Euro) für Beihilfen an Versorgungsempfänger/Versorgungsempfängerinnen.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
3142/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Abschluss von Ergebnisabführungsverträgen zwischen der Sparkasse KölnBonn und 100%igen Tochtergesellschaften
3664/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung von pro Köln. Damit ist das angenommen.

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010
3226/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.15 abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

1. *Der Rat der Stadt Köln befürwortet die von der Sparkasse KölnBonn beabsichtigten Abschlüsse von Ergebnisabführungsverträgen mit den nachfolgend genannten Tochtergesellschaften.*

   - *GKS-Gesellschaft für KontoService mbH*
   - *MittelstandsKapital KölnBonn GmbH*
   - *ProBonnum GmbH*

- *RheinEstate GmbH*
- *BeteiligungsKapital KölnBonn GmbH*

2. *Die vom Rat der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder werden angewiesen, die für die Abschlüsse der Ergebnisabführungsverträge notwendigen Beschlüsse in der Sitzung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn am 11. Dezember 2012 zu fassen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage
3224/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2005 stammenden Verlustes von 4.505.980,98 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.17 Einsatz von Fondmanagern für die Immobilienanlage bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3515/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

10.18 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2925/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

1. *Der Rat stellt. gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i. V .m. § 4 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln den Jahresabschluss 2011 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln fest.*
2. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*
3. *Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag 2011 beträgt 1.337.572,03 €. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2012
2579/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt vorbehaltlich der Freigabe der Mittel aus der Kulturförderabgabe durch den Fachausschuss und den Finanzausschuss (siehe Vorlagen-Nummer 3369/2012) sowie auf der Grundlage der Entscheidung des Integrationsrates über die Verwendung der Haushaltsmittel 2012 in Höhe von 400.000 € gemäß Anlage.

Der im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen veranschlagte Aufwandsbetrag in Höhe von insgesamt 409.000 € ist in voller Höhe für die Förderung der Zentren (404.000 €) und Weiterentwicklung der Zentrenarbeit (5.000 €) einzusetzen.

Im Jahr 2012 neu anerkannte Zentren können nur unter der Maßgabe gefördert werden, dass Zuschüsse für bisher geförderte Zentren entfallen und dadurch Mittel frei werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der derzeit nicht zur Förderung vorgesehenen Restmittel in Höhe von 4.000 € - auf der Grundlage einer vertieften Prüfung vorliegender Förderanträge – für die nächste Sitzung des Rates ein neu anerkanntes Zentrum, das den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entspricht, zur Förderung oder Anschubfinanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Ankauf eines Kunstwerks für das Museum Ludwig
4070/2012

Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Es sind ja oft die kleinen Anträge, die so viel Freude bereiten. Als ich in der Vorlage das erste Mal las: „Kunstwerk ‚Sympathische Kommunistin'„, dachte ich natürlich sofort an Frau Stahlhofen.

(Heiterkeit bei Henk van Benthem [CDU])

Aber darum geht es ja wohl nicht.

Meine Damen und Herren, allerdings bieten auch solche kleinen Anträge dem interessierten Ratsmitglied die Möglichkeit, einige Fragen zu stellen.

Herr Frank, wir haben eben sehr breit darüber diskutiert, wie wenig wünschenswert es ist, dass Unternehmen die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, ihre Gewerbesteuerzahlungen so zu verteilen, dass es für das Unternehmen günstig ist, wodurch es für eine Stadt mit einem besonders hohen Gewerbesteueransatz wie Köln dann vielleicht zu negativen Effekten kommt. Nun finde ich es schon interessant, dass wir hier einen Vorschlag der Verwaltung bekommen, der es in einer relativ komplizierten Konstruktion einem Verkäufer ermöglicht, über einen Zeitraum von zehn Jahren möglichst steueroptimiert aus einer Mischung von Spende und Verkauf an unterschiedliche Gemeinnützige und an die Stadt Köln selbst uns ein sicherlich ganz wertvolles Kunstwerk zur Verfügung zu stellen.

Erstens möchte ich die Ratsmehrheit einmal fragen, ob es vor dem Hintergrund der eben geführten Diskussion wirklich schlüssig ist, in der gleichen Ratssitzung hier so etwas zu beschließen. Es geht zwar nur um insgesamt 1 Million Euro. Aber wenn wir transparent und klar in der Argumentation nach außen sein wollen, können wir es doch nicht um 17 Uhr als verwerflich bezeichnen, wenn steuerliche Möglichkeiten ausgenutzt werden, und andererseits hier eine Konstruktion unterstützen, die bis zum Jahr 2023 läuft, damit der Veräußerer dieses Bild steueroptimiert verkaufen kann. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Aber ich habe damit ein gewisses Problem.

Zweitens wollte ich der Kämmerin gerne eine Frage stellen. Leider ist sie schon wieder nicht da. Im Urlaub wird sie ja nicht sein. Eigentlich wollte ich die Kämmerin fragen, wie sie denn diesen Kauf verbucht. Vielleicht wird die Antwort dann nachgereicht. Ich finde es schade, dass die Kämmerin bei dieser finanzpolitisch doch sehr interessanten Konstruktion nicht im Saal ist.

Drittens möchte ich, um das vielleicht freundlich abzuschließen, auf Folgendes hinweisen: Sicherlich ist Herr Kippenberger ein sehr bekannter moderner Künstler. Wenn Sie in Wikipedia recherchieren, stoßen Sie darauf, dass es den meisten Aufruhr um ein Kippenberger-Projekt gab – Herr Zimmermann, Sie können mir das vielleicht bestätigen –, als im Museum Ostwall in Dortmund sein Kunstwerk „Wenn's anfängt durch die Decke zu tropfen" durch das intensive Putzen einer Mitarbeiterin des Muse-

ums zerstört wurde und der Stadt Dortmund 800 000 Euro verlorengingen.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn wir bei diesem Kaufantrag heute noch nicht zu einem Ergebnis kämen. Wir als FDP-Fraktion würden es begrüßen, wenn wir zumindest diese finanztechnisch äußerst fragliche Konstruktion noch einmal an die Verwaltung zurückgäben, damit uns dann eine andere Vorlage angeboten wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Houben. – Bitte, Herr Professor Quander.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das Modell ist nicht ganz klar!)

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Houben, ich will nur zwei Punkte richtigstellen.

Es handelt sich nicht um einen steueroptimierten Verkauf. Was steuerlich zu Buche schlägt, ist die Schenkung von 2 Millionen Euro an die Stiftung. Das ist die Umsetzung dessen, was mit der Novellierung des Stiftungsrechts durch die aktuelle Bundesregierung vor zwei oder drei Jahren auf den Weg gebracht wurde – mit dem Ziel, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und die Bürger zu Stiftungen anzuregen. 2 Millionen Euro werden in die Kunststiftung im Museum Ludwig eingebracht. Das ist in der Tat steuerlich über einen Zeitraum von zehn Jahren, glaube ich, geltend zu machen.

Der Verkauf ist natürlich steuerlich nicht optimiert. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 1 Million Euro. Von dieser Summe muss die Stadt Köln lediglich 334 000 Euro tragen, weil das zweite Drittel von der Kulturstiftung der Länder und das dritte Drittel von der Peter und Irene Ludwig Stiftung kommt. Das heißt: Über 600 000 Euro sind hierbei Stiftungsgelder, die dann dem städtischen Besitz zugutekommen.

Wir haben im Übrigen bei verschiedenen Kunstwerken in unseren Häusern den Fall – nicht allzu oft; es kommt aber hin und wieder vor –, dass der Besitz zwischen einem Stifter und der Stadt Köln geteilt ist. Ein Drittel gehört hier der Stadt Köln, läuft dort unter Investment und kommt dem städtischen Vermögen zugute. Der andere Teil bleibt in der Kunststiftung im Museum Ludwig, die ihn aber auch nicht veräußern kann und die einen einzigen Zweck erfüllt, nämlich Ankäufe zu finanzieren und die angekauften Kunstwerke dem Museum zu Ausstellungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Insofern wäre ich dankbar, wenn wir heute doch zu einer positiven Entscheidung kommen könnten. – Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Professor Quander. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist der Ankauf dieses Kunstwerks für das Museum Ludwig angenommen.

Der Rat beschließt den Ankauf eines 1/3 Miteigentumsanteils am Kunstwerk „Sympathische Kommunistin“ von Martin Kippenberger aus dem Jahre 1983 für 1,0 Mio. € sowie die erste Freigabe in Höhe von 667.000 € im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

11. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
1137/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen.

Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat

1. *beschließt über die während der Offenlage zur 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;*

2. *stellt die 179. Änderung des FNP – Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes – mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Möring verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

11.2 189. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Schanzenstraße-Nord in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
3451/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat

1. *stellt fest, dass gegen die 189. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;*

2. *stellt die 189. Änderung des FNP – Arbeitstitel: Schanzenstraße-Nord in Köln-Mülheim – mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

12. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65362/02
Arbeitstitel: Südstraße in Köln-Meschenich
1. Änderung
2446/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt

1. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65362/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für die Wegeverbindungen zwischen der Pfarrer-Heinrich-Fuchs-Straße und Südstraße/Im Rheintal in Köln-Meschenich – Arbeitstitel: Südstraße in Köln-Meschenich, 1. Änderung – zu ändern;*

2. *die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65362/02 nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03
Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden
2. vereinfachte Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch westlich Ignystraße
2758/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem einstimmig zugestimmt.

Der Rat beschließt

1. *über die zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 59440/03 eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet der noch unbebauten Fläche zwischen Bistritzer Straße, Kronstädter Straße, Ignystraße und Beller Weg in Köln-Weiden – Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden, 2. vereinfachte Änderung westlich Ignystraße – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67441/09
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln Altstadt/Süd
3559/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 67441/09 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Ulrichgasse, Paulstraße, Schnurgasse und Ankerstraße – Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

14. Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße
2601/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim – Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße – für den Bereich beiderseits der Berliner Straße vom Clevischer Ring bis zu dem Gebäude Hausnummern 140 bis 158, beiderseits der Von-Sparr-Straße von

Hacketäuerstraße bis zur Berliner Straße und die Grundstücke Clevischer Ring 114 bis 122 in Köln-Mülheim in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: 3. Änderung nördlich S-Bahn/Eigelstein
2604/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls angenommen.

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord – Arbeitstitel: 3. Änderung nördlich S-Bahn/Eigelstein – für das Gebiet S-Bahn-Strecke Köln Hauptbahnhof-Hansaring, Maybachstraße, Krefelder Straße, Weidengasse, Gereonswall, Im Stavenhof, Eigelstein, S-Bahn-Strecke Köln Hauptbahnhof - Hansaring, Am Salzmagazin und Eintrachtstraße in Köln-Altstadt/Nord in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

16. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2840/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt den Erlass der 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

17. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
2627/2012

Dazu gibt es eine Liste. Ich darf vorlesen:

Gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke

1. Frau Monika Schultes
2. Frau Polina Frebel
3. Herr Herbert Gey
4. Herr Jochem Falkenhorst
5. Herr Arif Ünal
6. Herr Klaus Jünschke
7. Herr Karl Wolters

8. Frau Britta Schüßler

Gibt es weitere Vorschläge? – Ich sehe keine.

Dann schreiten wir zur Wahl. Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

1. *Der Rat beschließt, die Wahl für die Mitglieder des Beirats der Justizvollzugsanstalt Köln entsprechend dem Verfahren zur Zusammensetzung der Ausschüsse gem. § 50 III GO NW vorzunehmen.*

2. *Der Rat schlägt dem Präsidenten des Justizvollzugsamtes für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln folgende Personen vor:*

   1. *Frau Monika Schultes*
   2. *Frau Polina Frebel*
   3. *Herr Herbert Gey*
   4. *Herr Jochem Falkenhorst*
   5. *Herr Arif Ünal*
   6. *Herr Klaus Jüntschke*
   7. *Herr Karl Wolters*
   8. *Frau Britta Schüssler*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes, Wechsel der Vertretung und Vorschlag zur Neuwahl
3413/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat wählt

Frau Christine Kupferer

als ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied für die „Sportjugend Köln“ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Die bisher als ordentliches Mitglied tätige

Frau Erika Weber

soll ab der Wahl Frau Kupferers als deren Stellvertreterin fungieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3416/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat wählt

Frau Kristin Goetze

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den Kölner Jugendring in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Frau Goetze wird die Vertretung von Frau van Dawen wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3507/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt

Frau Monika Reisinger

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/HKS) e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Frau Reisinger wird die Vertretung von Frau Wöhler wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Bestellung des kommissarischen Museumsdirektors Herrn Dr. Roland Krischel zum kommissarischen geschäftsführenden Betriebsleiter des Wallraf-Richartz-Museums&Fondation Corboud
3548/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat bestellt gemäß § 5 Absatz 1 Buchstabe a) der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum&Fondation Corboud der Stadt Köln Herrn Dr. Roland Krischel, kommissarischer Museumsdirektor, bis auf Weiteres kommissarisch zum geschäftsführenden Betriebsleiter des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
3665/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 13.11.2012:

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das ordentliche Beiratsmitglied Herr Bahn auf Vorschlag des Imkerverbandes Rheinland e.V.*

   Herrn Jürgen Meder

2. *Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herr Meder auf Vorschlag des Imkerverbandes Rheinland e.V.*

   Frau Marion Eickler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat
3393/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim in der Nachfolge von Frau Wilhelmine Streuter folgende Person als stellvertretendes Mitglied für die Bürgerdienste Mülheim in den Veedelsbeirat MÜLHEIM 2020:

Frau Maria Fichte

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Akademie der Künste der Welt gGmbH

hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
3112/2012

Dazu gibt es einen Vorschlag der FDP; sie schlägt Herrn Görzel vor. Herr Thor-Geir Zimmermann möchte ebenfalls kandidieren.

Dann rufe ich die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge auf. Wer ist für Herrn Görzel? – Das sind die SPD, die Grünen und die FDP. Wer ist für Herrn Zimmermann? – Das sind die CDU, die Linken, pro Köln, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Damit ist Herr Görzel gewählt. Glückwunsch!

Für die Wahl liegen zwei Vorschläge vor:

Vorschlag 1:
RM Volker Görzel

Vorschlag 2:
RM Thor-Geir Zimmermann

Für den Vorschlag 1 werden die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion abgegeben.

Für den Vorschlag 2 werden die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgegeben.

Gewählt ist daher mit Stimmenmehrheit Ratsmitglied Volker Görzel. Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt gGmbH folgendes Mitglied:

Ratsmitglied Volker Görzel

Die Entsendezeit gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln sowie der Fachbeigeordneten ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Herrn Frank Höller zum geschäftsführenden Betriebsleiter
2941/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Der Rat der Stadt Köln bestellt

Herrn Frank Höller

mit sofortiger Wirkung zum Mitglied der Betriebsleitung (geschäftsführender Betriebsleiter) der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für die Häfen und Güterverkehr Köln AG“
AN/1798/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Der Rat beschließt:

Frau Christtraut Kirchmeyer, MdR

wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Häfen und Güterverkehr Köln AG entsandt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung eines sachverständigen Bürgers in den Ausschuss Kunst und Kultur
4087/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beruft

Herrn Michael Hauck

als für die Denkmalpflege sachverständige Bürger mit beratender Stimme zur Beratung von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der NEC Display Solutions Europe GmbH, München, zur Unterstützung der Sonderausstellung „David Hockney. A Bigger Picture“ im Museum Ludwig
3456/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeister und eines Ratsmitgliedes:

Wir stimmen dem Abschluss eines Sponsoringvertrages zwischen dem Museum Ludwig und der NEC Display Solutions Europe GmbH, München, zur Unterstützung der Sonderausstellung „David Hockney. A Bigger Picture“ im Rahmen der „Allgemeinen Rahmenbedingungen für Sponsoringleistungen im Bereich der Stadtverwaltung Köln“ (Sponsoringrichtlinie) in der dieser Vorlage beiliegenden Fassung zu.

Köln, den 05.10.2012

gez. Jürgen Roters *gez. Winrich Granitzka*
Oberbürgermeister *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
3465/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeister und eines Ratsmitgliedes:

Wir beschließen die Beschäftigungsförderung von 45 langzeitarbeitslosen Menschen mit dem Tätigkeitsbereich Hauswirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache Menschen, denen aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder/und einer Behinderung die selbstständige Haushaltsführung im erforderlichen Umfang ohne Unterstützung nicht möglich ist. Gleichzeitig beschließt der Rat für das Haushaltsjahr die Freigabe von Haushaltsmitteln in Höhe von 225.000 €.

Die Schwerpunkte der Maßnahme liegen:

1. *auf einer Soforthilfe bis zur abschließenden Klärung von Regelleistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung nach dem SGB XI / SGB XII für einen Zeitraum von maximal 4 Wochen im Einzelfall.*

2. *der Unterstützung von Menschen ohne Ansprüche nach dem SGB XII mit haus-*

wirtschaftlichen Hilfen, die hierzu einen zumutbaren Eigenanteil zahlen.

Die Förderung der Stadt Köln erfolgt unter der Maßgabe, dass langzeitarbeitslose Menschen nach Tariflohn sozialversicherungspflichtig bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege und den Sozial-Betrieben-Köln (SBK) beschäftigt werden und die notwendige Qualifizierung und Unterstützung zur erfolgreichen Eingliederung in die Beschäftigung durch den Arbeitgeber/Anstellungsträger sichergestellt wird. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erfolgt ausschließlich durch das Jobcenter Köln.

Für diese Förderung werden vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2012 ab 01.10.2012 zunächst befristet bis zum 30.09. 2014 für zwei Jahre maximal 900.000,-- EUR jährlich zur Verfügung gestellt.

Im Haushaltsplan 2013/14 sind für das Jahr 2013 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 900.000 €, für das Jahr 2014 in Höhe von 675.000 € vorzusehen.

Die Wirkung der Dienstleistung wird von der Fachverwaltung evaluiert. Nur bei einer für die Stadt Köln günstigen wirtschaftlichen Berechnung wird die Fördermaßnahme nach zwei Jahren weitergeführt.

Köln, den 05.10.2012

gez. Jürgen Roters	*gez. Ossi Helling*
Oberbürgermeister	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.49 Uhr)

39. Sitzung

vom 18. Dezember 2012

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat

4283/2012

A) Haushaltsangelegenheiten

1.1 Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

4515/2012

1.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2013/2014

Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

3754/2012

B) Allgemeiner Teil

2. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn – Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien“

AN/2016/2012
(Diese Angelegenheit wird nicht behandelt)

2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“

AN/2021/2012

3. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

3.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig

hier: Schenkung eines Werkes der Künstlerin Klara Lidén

4083/2012

3.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig

hier: Schenkung eines zweiteiligen Werkes des Künstlers Tony Matelli

4085/2012

4. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

4.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung“

AN/1947/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/2030/2012

4.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine Preiserhöhung bei der KVB“

AN/1925/2012

4.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell“

AN/1948/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/2014/2012

4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur“

AN/1949/2012

4.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Resolution für unabhängigere Oberbürgermeister“

AN/1891/2012

4.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine neuen Asylantenheime in Köln“

AN/1956/2012

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“

AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

AN/2028/2012

4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe“

AN/2029/2012

4.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Gründung eines Konsortiums zur Erwerbung von 1.199 Wohnungen in Köln-Chorweiler“

AN/1847/2012

Antwort der Verwaltung vom 03.12. 2012

4341/2012

5.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Steigende Zahl der Asylbewerber – Folgen für die Stadt Köln“

AN/1848/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12. 2012

4473/2012

5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes“

AN/2015/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12. 2012

4603/2012

6. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

6.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.4.1 Antrag des Integrationsrates zu den geplanten Kürzung der Finanzmittel im Bereich Integration

4419/2012

6.4.2 Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung

4436/2012

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

7. Ortsrecht

7.1 Satzungen

7.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln

3732/2012

7.1.2 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten

3778/2012

7.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010

4301/2012

7.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

7.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung – AbfGS –)

4218/2012

7.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS –)

3999/2012

7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen

3121/2012

7.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

7.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln

2816/2012

7.4 Sonstige städtische Regelungen

8. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012

4509/2012

9. Überplanmäßige Aufwendungen

9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 – Museum Ludwig – für das Haushaltsjahr 2012

4417/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/2032/2012

10. Außerplanmäßige Aufwendungen

11. Allgemeine Vorlagen

11.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 399 in Köln-Poll

2516/2012

11.2 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)

hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011

2952/2012

11.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013- 31.12.2014

3223/2012

11.4 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe

Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages

3431/2012

11.5 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln – Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -

3672/2012

11.6 Feststellung des Wirtschaftplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln – Versicherungszweig Pflichtversicherung –

3674/2012

11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags

3799/2012
(zurückgezogen)

11.8 Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße inkl. Sanierung der Außenanlagenbeleuchtung und der Sanierung des Flachdaches über dem Probensaal

3835/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/2031/2012

11.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln

2920/2012

11.10 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen

0321/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1894/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1984/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/2006/2012

11.11 Neues Übergangssystem Schule – Beruf / Kommunale Koordinierung

4179/2012

11.12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3382/2012

11.13 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Betrauung

2842/2012

11.14 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln

3142/2012

11.15 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012

hier: Neubau Buchholzstraße 14, 51061 Köln (Mülheim)

4203/2012

11.16 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012

hier: Neubau Bonner Straße 413, 50968 Köln (Marienburg)

4230/2012

11.17 KölnMusik GmbH

hier: Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen aus Vorjahren

4338/2012

11.18 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler

hier: Baubeschluss

3801/2012
(zurückgezogen)

11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013

4198/2012
(zurückgezogen)

11.20 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbh

4289/2012

11.21 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

1199/2012

11.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln (Weidenpesch) zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0999/2012

11.23 Rheinboulevard – Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard

hier: Baubeschluss
2. Bauabschnitt/Ufertreppe

4191/2012

11.24 Förderung des Zentrums Magnet – Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V. aus Restmitteln in 2012

3603/2012

11.25 Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße

Baubeschluss

3333/2012

11.26 Aufnahme dreier neuer Schulen in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen

3695/2012

11.27 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11 zum Schuljahr 2013/2014

3793/2012

11.28 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden)

3401/2012

11.29 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf)

3407/2012

11.30 VRS-SozialTicket: Köln-spezifischer Preis für das MonatsTicket

3729/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/2020/2012

11.31 Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines „Frauen helfen Frauen e.V."

3796/2012

11.32 Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an Archäologischer Zone/Jüdischem Museum

4468/2012

11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk

Baubeschluss

3504/2012

11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 – Übergangsregelung – TVgG – Binnenmarktrelevanz

4566/2012

12. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

12.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld

Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld

hier: Feststellungsbeschluss

3450/2012

13. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

13.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7344/01

Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Ostheim" in Köln-Ostheim

3862/2012

13.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69450/10

Arbeitstitel: „Deutzer Feld" in Köln-Kalk

3736/2012

13.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/07

Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/ Nord

4163/2012

14. Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

15. Erlass von Veränderungssperren

16. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16.1 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse

Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

hier: Auftrag zur Entwurfsplanung – Planungsbeschluss

4201/2012

17. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

18. Wahlen

18.1 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebietes Stöckheimer Hof

4089/2012

18.2 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss

AN/1852/2012

18.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

4368/2012

18.4 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln

4430/2012
(zurückgezogen)

18.5 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Wahl eines Mitglieds für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln

AN/1937/2012

18.6 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

AN/1967/2012

18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.

hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss

AN/1981/2012

18.8 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren

AN/2017/2012

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

18.9 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Jugend/ Beruf/Wissenschaft

AN/2023/2012

18.10 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

AN/2024/2012

19. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19.1 Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn

4192/2012

Anwesend waren:

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder: *Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir*

Bezirksbürgermeister: *Homann, Mike*

Verwaltung: *Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.*

Schriftführerin:
Frau Kramp

Stenographen:
Herr Becker
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder: *Hoffmann, Klaus; Senol, Sengül*

Bezirksbürgermeisterin: *Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie*

Bezirksbürgermeister: *Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus*

(Beginn: 14.11 Uhr – Ende: 20.22 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 39. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter diesmal die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialwissenschaft der Liebfrauenschule.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie natürlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

als Mitglieder des Rates zu unserer letzten Sitzung in diesem Jahr.

Zu Beginn der Sitzung haben wir einen Beschluss zu fassen – das betrifft den Punkt vor TOP 1 der Tagesordnung –, um Frau Müller als weitere Schriftführerin zu bestellen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Frau Müller ist jetzt die weitere Schriftführerin. Erheben Sie sich doch einmal, damit wir Sie alle sehen!

(Beifall)

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt – vor Eintritt in die Tagesordnung – behandelt (siehe Ziffer I).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben heute viel vor. Nach Einbringung des Doppelhaushaltes steht noch eine komplette Ratssitzung mit Aktueller Stunde, Anträgen und zahlreichen Vorlagen auf der Tagesordnung. Insgesamt stehen – das sage ich mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler – über 100 Punkte zur Beratung an. Wenn wir die alle erfolgreich hinter uns gebracht haben, darf ich Sie, wie es guter Brauch zum Jahreswechsel ist, zu einem kleinen Empfang in den Lichthof bitten, wo wir bei einem Getränk – es können auch mehrere sein – auf das vergangene Sitzungsjahr zurückschauen können.

Auf Ihren Tischen finden Sie neben den Tischvorlagen auch einige Weihnachtspräsente, die man getrost annehmen darf: zum einen den Kalender des Historischen Archivs

(Martin Börschel [SPD]: Die Tüte ist besonders schön!)

- ja, die Stofftasche kommt von der StEB – und zum anderen eine nützliche Übersicht über die Sitzungsdaten von Rat und Ausschüssen für 2013.

Nun zu unserer Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Hoffmann und Frau Senol entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Herrn Möring und Frau Laufenberg.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Er ist in Teil A, Haushaltsangelegenheiten, und Teil B, Allgemeiner Teil, gegliedert.

Zur EinbringungF des Haushaltsentwurfes für die Jahre 2013/2014 werde ich selbst zunächst das Wort ergreifen. Danach wird sich die Kämmerin an Sie wenden. Wie üblich werden wir damit – ich setze Ihr Einverständnis voraus – die Rednerliste zu diesem Punkt schließen und die beiden Vorlagen sowie die dazu gestellten Anträge in die Haushaltsplanberatungen, und zwar in die Fachgremien, verweisen. Das ist in jedem Jahr so der Fall gewesen; ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Im Anschluss daran behandeln wir die Aktuelle Stunde, deren Thema wir gleich festlegen werden.

Die nachträglichen Zu- und Absetzungen zur Tagesordnung sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Kommen wir zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: Im Antrag der FDP-Fraktion geht es um eine Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser von Köln und Bonn; Ziffer 2.1. Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen thematisiert die „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“; Ziffer 2.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer ist dafür, dass heute zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit wird heute nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt.

Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll.

Wer für das von der FDP beantragte Thema, Opernfusion Köln und Bonn, ist, bitte ich aufzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CDU,

der FDP und pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Wer für das von SPD und Grünen beantragte Thema, Verkehrsknoten Köln, ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit wird die Aktuelle Stunde zum Thema „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“ durchgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 5.3, 9.1, 11.33, 11.34, 18.6, 18.7, 18.8, 18.9 und 18.10 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.11, 24.12, 24.13 und 26.2.

Abgesetzt wurden im öffentlichen Teil die Punkte 11.7, 11.18 und 11.19 sowie im nichtöffentlichen Teil der Punkt 23.4.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 6. Dezember 2012 betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“; das ist TOP 4.1.7: Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter TOP 4.1.8 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom heutigen Tag vor. Es geht um die „Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe“. Gibt es Wortmeldungen hierzu? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmen gegen diesen Dringlichkeitsantrag? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag unter 4.1.8 ebenfalls in die Tagesordnung aufgenommen.

Kommen wir nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 4.1.4 und 4.1.7 gemeinsam zu beraten. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung in geänderter Fassung –

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe noch einen Antrag! – Winrich Granitzka [CDU]: Herr Oberbürgermeister!)

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Zunächst möchte ich Sie darauf hinweisen, dass auf Seite 11 die Punkte 18.8 und 18.7 ganz offensichtlich gedoppelt sind. Bei 18.8 kann es nicht noch einmal um die Wahl eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss gehen. Da sollte es um den Sozialausschuss gehe, und zwar um die Wahl eines Sachkundigen Einwohners. Soweit ich weiß, hat der auch nicht nur beratende Stimme, sondern ist dort stimmberechtigt. Wenn Sie das bitte prüfen und vermerken wollen!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

Winrich Granitzka (CDU): Des Weiteren würde ich Sie bitten, folgende Punkte zu vertagen, weil wir da noch Beratungsbedarf haben: zum einen Punkt 7.2.3 – da geht es um den Großmarkt – und zum anderen Punkt 24.7. Bei letzterem geht es um einen zu gründenden Aufsichtsrat beim Butzweiler Hof. Es hat sich uns noch nicht erschlossen, welche Aufgaben dieser Aufsichtsrat hat. Deswegen würden wir bitten, das heute zu vertagen, damit wir das noch prüfen können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich wiederhole es noch einmal, damit es allen klar ist. Die Punkte 7.2.3 und 24.7 sollen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

(Martin Börschel [SPD]: 7.2.3 möchten wir auf der Tagesordnung lassen! Das andere ist okay!)

Frau Berg, bitte.

Beigeordnete Ute Berg: Nur ein kurzer Zusatz. Sie müssen das natürlich entscheiden; aber ich bitte zu bedenken, dass das Gros der Jahreskarten natürlich Anfang des Jahres vergeben wird und wir ein Jahr verlieren würden. Wir wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss dazu aufgefordert, kostendeckend zu arbeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen sind wir gegen die Vertagung!)

Ich kann das auch noch einmal ausführlicher begründen, wenn Sie wünschen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Berg.

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer dafür ist, den Tagesordnungspunkt 7.2.3 zu vertagen, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Dann ist der Vorschlag auf Vertagung abgelehnt. Der Punkt bleibt auf der heutigen Tagesordnung.

Nun zur Abstimmung über die Vertagung von Tagesordnungspunkt 24.7. Wer dafür ist, dass dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird, bitte ich um das Handzeichen. – Es ist eindeutig. Die Mehrheit ist dafür, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt wird.

Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte vorschlagen, TOP 18.4 zu vertagen. Da besteht noch Klärungsbedarf.

(Helmut Jung [CDU]: Der ist sowieso schon zurückgezogen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, 18.4 ist nicht zurückgezogen. – Also, es besteht noch Klärungsbedarf bei 18.4. Gibt es gegen den Vorschlag der Vertagung Stimmen? – Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? – Damit ist auch Tagesordnungspunkt 18.4 von der Tagesordnung genommen.

Jetzt kommen wir endgültig zur Abstimmung über unsere heutige Tagesordnung. Wer gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Damit ist sie so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Auf Vorschlag es Oberbürgermeisters bestellt der Rat Frau Petra-Maria Müller einstimmig zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin der restlichen Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014.

II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Philippi, Herrn Möring und Frau Laufenberg vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde fristgerecht vorgelegt worden seien. Es handelt sich um die Punkte:

2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn – Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien“ AN/2016/2012

und

2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“ AN/2021/2012

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren Anträgen bestehe nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklären die Antragsteller, dass eine diesbezügliche Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Rat lehnt die Durchführung von zwei aktuellen Stunden, wie dies gemäß § 5 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung grundsätzlich möglich wäre, mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der Rat lehnt es mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln ab, das Thema der FDP-Fraktion betreffend „Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn – Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien“, in der heutigen Sitzung als aktuelle Stunde zu behandeln.

Der Rat beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke., das Thema „Durchführung ei-

ner Aktuellen Stunde zum Thema „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“, in der heutigen aktuellen Stunde zu behandeln.

IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

5. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes“
AN/2015/2012

9. Überplanmäßige Aufwendungen

9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 – Museum Ludwig – für das Haushaltsjahr 2012
4417/2012

11. Allgemeine Vorlagen

11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk
Baubeschluss
3504/2012

11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 – Übergangsregelung – TVgG – Binnenmarktrelevanz
4566/2012

18. Wahlen

18.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/1967/2012

18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/1981/2012

18.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren
AN/2017/2012

18.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft
AN/2023/2012

18.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/2024/2012

24. Allgemeine Vorlagen

24.11 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
hier: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens
4476/2012

24.12 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Gesellschafterdarlehen
4511/2012

24.13 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf dem Alter Markt/ Heumarkt (auf dem Heumarkt mit integrierter Eislaufbahn) im Zeitraum 2013-2017
4552/2012

26. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

26.2 Geschäftsprozessoptimierung
Einführung von SAP ESS („Personal-Kiosk“ inklusive Automatisierter Zeiterfassung [AZE])
4475/2012

Absetzungen

11. Allgemeine Vorlagen

11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012

11.18 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012

11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012

23. Grundstücksangelegenheiten

23.4 Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Schillingsrotter Str. 36 in Köln-Rodenkirchen
4308/2012

V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien.

Es handelt sich um TOP

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

Der Rat stimmt der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

Des weiteren um TOP

4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe“
AN/2029/2012

Auch hier stimmte der Rat der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Wegen ihres Sachzusammenhangs sollen folgende Punkte gemeinsam behandelt werden:

4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur“
AN/1949/2012

und

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Ratsmitglied Granitzka bittet die Behandlung folgender Punkte zu vertagen, da hier noch Beratungsbedarf bestehe:

7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen
3121/2012

und

24.7 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG
4382/2012

Nach einer kurzen Begründung der zuständigen Beigeordneten Frau Berg, lehnt der Rat die Vertagung von Punkt 7.2.3 mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

Bezüglich TOP 24.7 beschließt der Rat einstimmig, die Angelegenheit zu vertagen.

VIII. Ratsmitglied Frank beantragt TOP

18.4 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Nachbenennung von zwei Abgeordneten der Stadt Köln
4430/2012

wegen Beratungsbedarfs ebenfalls zu vertagen

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IX. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich darf meine Kollegin Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bitten, mich freundlicherweise für die Dauer meiner Rede hier zu vertreten.

1.1 Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2013 und 2014
4515/2012

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

1.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2013/2014

Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
3754/2012

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Heute wird der Entwurf des Doppelhaushalts 2013/14 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2017 eingebracht. Damit begeben wir uns auf einen schwierigen, steinigen Weg der längerfristigen Haushaltskonsolidierung. Wir wollen den aus den Fugen geratenen städtischen Haushalt wieder in Ordnung bringen. Manche glauben noch heute, dies sei möglich ohne zum Teil ernsthafte Einschnitte in das vorhandene Leistungsspektrum. Nein, jeder Bürger wird mehr oder weniger spüren, dass er als Teil unserer Stadtgesellschaft notwendige Sparanstrengungen mittragen muss.

Nach dem Beschluss des Stadtvorstandes ist der Entwurf in seinen Zielsetzungen und Eckpunkten der Öffentlichkeit – recht frühzeitig – vorgestellt worden. Wir haben den offenen Dialog mit Meinungsträgern, Interessengruppen und Sozialpartnern gesucht, um zu informieren, zu überzeugen und auch Vorschläge aufzunehmen. Für die sachliche und ernsthafte Diskussion möchte ich mich heute schon bedanken.

Natürlich fiel das Echo auf die Konsolidierungsvorschläge unterschiedlich aus: Für die einen gingen die Maßnahmen zu weit oder waren sie in den Auswirkungen nicht ausgewogen genug. Andere vermissten den durchschlagenden Spareffekt, sozusagen den „großen Wurf"; oder ihnen wurde die Systematik des Konsolidierungskurses nicht hinreichend deutlich. Wir arbeiten auch weiterhin daran, die Konturen und Leitplanken des Sanierungsprozesses noch deutlicher werden zu lassen. Gemeinsam mit der Kämmerin werden wir über die nächsten Jahre an dieser Aufgabe arbeiten.

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, klare Signale gesetzt:

Erstens. Das Abgleiten in eine pflichtige Haushaltssicherung, das heißt in eine Zwangsverwaltung durch die Kommunalaufsicht, werden wir vermeiden.

Zweitens. Der Defizitabbau durch Sparen und Ertragssteigerung wird auch über 2017 hinaus kontinuierlich fortgesetzt werden, sodass im Jahre 2022 ein vollständiger Haushaltsausgleich realisiert wird.

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Ausführungen machen: Bis auf wenige Ausnahmen ist die Situation der Kommunalfinanzen in der Bundesrepublik, vor allem aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen, prekär und dramatisch. Eine jüngste Befragungsstudie der Unternehmensberatung Ernst & Young führt uns dieses für Nordrhein-Westfalen deutlich vor Augen. Sie zeigt, dass wir hier in Köln mit unseren Sorgen nicht allein sind; dass es eine Vielzahl von Städten gibt, denen es sogar noch erheblich schlechter geht. Danach schreiben vier von fünf Kommunen rote Zahlen, im Übrigen auch die Landeshauptstadt Düsseldorf; das heißt, 81 Prozent der Kommunen schlossen das Haushaltsjahr mit einem Defizit ab. Danach dreht sich die Schuldenspirale weiter. Fast jede zweite Gemeinde in Nordrhein-Westfalen erwartet für die kommenden drei Jahre einen Anstieg ihrer Gesamtschulden. Und das besonders Erschreckende: Jede zweite Kommune kann Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen; diese Städte und Gemeinden glauben nicht durch eigene Anstrengungen der Verschuldungsfalle entkommen zu können.

Wir als größte Stadt im Lande wollen beweisen, dass wir *aus eigener Kraft* den Weg aus der Krise finden und das drückende Haushaltsloch überwinden.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen nicht zu den Städten gehören, die ihre Selbstverwaltungshoheit bei der Kommunalaufsicht abgeben und auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten, auch bei der Konsolidierung, verzichten. Es gibt Städte, die haben sich über viele Jahre an diese Zwangsverwaltung gewöhnt, teilweise haben sie resigniert. Mit dem Stärkungspaket Stadtfinanzen der Landesregierung haben die besonders gebeutelten Städte jetzt wieder einen Hoffnungsschimmer. Wir als im Vergleich „reichere" Stadt profitieren nicht von diesen Landeshilfen; es ist vielmehr nicht ausgeschlossen, dass wir beim Paket II im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs selbst zur Hilfestellung für andere Kommunen herangezogen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Abwarten!)

Wir sind nicht auf Rosen gebettet, unsere finanzielle Schieflage ist bedrohlich und zwingt uns jetzt zum Handeln. Aber ich halte es – das möchte ich hier noch einmal deutlich un-

terstreichen – angesichts dieser Beispiele für überzogen, davon zu sprechen, unsere Stadt sei pleite oder stehe vor dem finanziellen Ruin. Solche Bemerkungen sind sachlich nicht gerechtfertigt. Sie schaden dem Wirtschafts- und Wachstumsstandort Köln.

Wir gehören zu den bevorzugten Wachstumsräumen in Deutschland; man kann sogar sagen: in Europa. Der Motor im Wohnungsbau rollt; am Waidmarkt, im Gerlingquartier, an der Gaedestraße oder im Waldbadviertel in Ostheim – um nur einge zu nennen – entstehen neue große Wohngebiete. Der Neubau mehrerer großer Hotels erweitert die Beherbergungskapazitäten ganz erheblich.

(Martin Börschel [SPD]: Trotz Kulturförderabgabe!)

Das vergangene Jahr war ein Rekordjahr in der Immobilienvermittlung; neue Bürostandorte entstehen am Weichserhof, rund um den Hauptbahnhof einschließlich der ehemaligen Eisenbahndirektion. Viele Städte beneiden uns um die Unternehmensansiedlungen der letzten Zeit; Lanxess, Detecon, Peugeot/Citroën, die neue Germanwings sind Ansiedlungserfolge, die die Wirtschaftskraft erhöhen und Beschäftigung fördern.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt auch die Entscheidung der Deutschen Bahn, das größte und mordernste ICE-Instandhaltungswerk Deutschlands in Köln-Nippes zu errichten, ist ein Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Vertrauen verpflichtet; mit unserem Haushaltskonzept nehmen wir die Verpflichtung auf. Das gelingt aber nur, wenn uns Bund und Land von den kommunalfernen Belastungen befreien. Das gilt vor allem für Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen. Die Kosten für soziale Aufwendungen steigen dynamisch an. Der Anstieg der sozialen Aufwendungen ist seit 40 Jahren ungebrochener Trend.

Demgegenüber erleben wir einen drastischen Rückgang bei den Investitionen, nicht nur bei uns in Köln, sondern bundesweit. Die Haushalte entwickeln sich bundesweit von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten. Lag der Anteil der Investitionen vor drei Jahrzehnten noch bei etwa einem Drittel des Haushaltsvolumens, so liegt er heute gerade einmal bei einem Zehntel. Bund und Land übertragen uns immer mehr Aufgaben, ohne vollständig für die damit verbundenen Kosten aufzukommen. Wir als Kommune haben uns die sozialen Leistungen ja nicht selbst auferlegt. Sie werden von Bund und Land beschlossen, wir müssen die Umsetzung garantieren.

Ich bin sehr dankbar, dass der Präsident der IHK Köln, Paul Bauwens-Adenauer, immer wieder auf die strukturelle Unterfinanzierung unserer Stadt hinweist und letztlich auch auffordert, dies stärker nach außen zu artikulieren. Wir müssen im engen Schulterschluss gegenüber Bund und Land auftreten. Folgende Punkte erscheinen mir dabei von besonderer Wichtigkeit:

Erstens. Die ab 2014 vom Bund zu übernehmende Grundsicherung im Alter darf nicht durch das Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets konterkariert werden.

Zweitens. Die uns besonders finanziell belastende Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich vom Bund getragen werden.

Drittens. Nicht zuletzt wegen der steigenden Energiekosten brauchen wir eine größere Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Unterkunft.

Viertens. Der Ausgleich für die zusätzlichen Lasten, zum Beispiel für die U-3-Betreuung und die Umsetzung der Inklusion, muss ehrlich und fair erfolgen. Für Personal, Umbau und Ausstattung der Inklusionsschulen werden wir Kommunen bundesweit schätzungsweise 660 Millionen Euro jährlich ausgeben müssen. Gleichzeitig müssen wir uns auch gegen die schleichende Aushöhlung der Konnexität zur Wehr setzen.

Fünftens. Die Modernisierung und Sanierung unserer Infrastruktur, insbesondere der Brücken, Wege und Tunnel, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe; wir werden gleich in der Aktuellen Stunde darüber diskutieren. Da dürfen wir Kommunen nicht allein gelassen werden. Ich will noch einmal meinen Vorschlag erneuern, den Solidaritätsbeitrag Ost, der uns bis 2019 jährlich über 70 Millionen Euro kostet, in einen Infrastruktur-Soli für ganz Deutschland umzuwandeln.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Denn die Infrastruktur ist in allen Landesteilen erneuerungsbedürftig, nicht nur im Osten Deutschlands.

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so berechtigt unsere Forderungen auch sind und so nachdrücklich wir sie auch erheben müssen, so darf uns dies nicht davon abhalten, unsere *eigenen Hausaufgaben* zu machen: „Eigene Kraft“ heißt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um aus der Finanzkrise herauszukommen. Wir wollen unsere Stadt zukunftsfähig erhalten. Alle Aufgaben, die der Zukunftssicherung dienen, genießen im Finanzhaushalt besondere Priorität.

Dazu gehört: Wir wollen unser Erziehungs-, Schul- und Bildungssystem weiter ausbauen. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, weil dies Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichert. Wir wollen unsere städtische Infrastruktur in überschaubarer Zeit modernisieren, damit wir den Anschluss an andere Metropolen nicht verlieren. Wir wollen dem Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, zwischen wohlhabenden und benachteiligten Stadtteilen tatkräftig entgegenwirken. Für uns in Köln ist der soziale Friede ein Grundrecht.

(Beifall bei SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Um dies zu erreichen – und anderes mehr –, müssen wir unser Finanzierungssystem neu justieren. Wir müssen uns von Aufgaben trennen, die für die Zukunftsfähigkeit keine höchste Bedeutung haben. Wir haben dazu einzelne Vorschläge gemacht; weitere kommen dazu. Die Reduzierung von Qualitätsansprüchen und Standards ist bei dieser Haushaltssituation unverzichtbar. Wir können uns vieles, was wünschenswert und erstrebenswert ist, schlicht und einfach nicht mehr leisten. Weniger architektonische Wettbewerbe im Schul- und Kitabau, dafür mehr serielle Fertigung! Ansprüche an Ausstattungen sind auf einfache und kostengünstige Leistungen zu überprüfen. Zudem ist bei allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen der künftige Unterhaltungsaufwand im Voraus und in vollem Umfang zu untersuchen und vor der Entscheidung hier im Rat mit entsprechender Umsetzung zu benennen. Für alle baulichen Großvorhaben werden obligatorisch eine Projektsteuerung und ein striktes Kostencontrolling vorgeschrieben.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr gut! – Karl, da kannst du applaudieren!)

Dies sind nur einige Ansätze zur Neuaufstellung unserer städtischen Finanzpolitik. Insgesamt müssen Aufgabenabbau und Standardreduzierung auch zu einer Entlastung unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Haushaltssanierung darf nicht auf dem Rücken unserer Beschäftigten vollzogen werden. Ich möchte, dass wir die Konsolidierung nicht gegen, sondern mit den Beschäftigten erfolgreich fortführen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir sind damit beschäftigt, innerhalb der städtischen Verwaltung Geschäftsprozesse zu optimieren, Verwaltungsabläufe zu straffen und dabei Hierarchien abzubauen. Wie Sie wissen, haben wir einen extrem hohen Anteil an Pflichtaufgaben. Auch diese Aufgaben werden einer Effizienzkontrolle unterworfen und auf mögliche Einsparungseffekte überprüft. Zeitliche Begrenzungen von Modellvorhaben und Pilotprojekten werden in Zukunft strikt eingehalten. Eine Weiterführung dieser Projekte wird dann nicht mehr automatisch erfolgen.

Gelegentlich wird die Forderung erhoben, wir sollten ab sofort auf größere Investitionsvorhaben und größere Bauprojekte verzichten. Ich halte diese Aussage für zu pauschal. Denn wir können uns keinen Stillstand erlauben, das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit. Die Entwicklung des Deutzer und des Mülheimer Hafens ist eine Zukunftsaufgabe von überragender Dimension.

(Beifall von Karl Klipper [CDU])

Ich bin auch überzeugt davon, dass die zukünftige Archäologische Zone eines der großen Zukunftsprojekte unserer Stadt ist.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Andere Projekte, wie etwa die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2025 oder der Umbau des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums, sollten wir uns bei der derzeitigen Finanzsituation zurzeit nicht zumuten.

Konsolidierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das beharrliche Wahrnehmen von Aufwandsreduzierungen. Auch wenn man an vielen kleineren Stellen schraubt, kann dies im Ergebnis eine nachhaltige Wirkung, einen großen Wurf erzeugen. Eine Reihe von Konsolidierungszielen lassen sich nur mittelfristig umsetzen. Sie bedürfen einer gründlichen und systematischen Vorbereitung. Ich erwarte mir von dem eingesetzten Effizienzteam Impulse und Aufträge. Die Idee, die großen Aufgabenblöcke einer finanzkritischen Betrachtung zu unterziehen, kann uns ein gutes Stück nach vorn bringen.

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadt wird durch eine Vielzahl von Projekten gesichert, die aus unterschiedlichen, ja, unterschiedlichsten Quellen finanziert werden. Die soziale Stadt wird nicht allein daran gemessen, wie hoch der Sozialetat ist. Entscheidend ist, ob die Mittel zielgenau und effizient eingesetzt werden. In Zukunft müssen wir die Jugend- und Familienpolitik, die Sozial- und Seniorenarbeit stärker als Einheit sehen und alle diesbezüglichen Fördermaßnahmen stärker bündeln. Die Förderung muss auf das überschaubare Quartier bezogen sein: nahe an den Menschen und ihren Bedürfnissen.

Ein hervorragendes Beispiel für moderne Quartiersarbeit ist die Kalkschmiede in Kalk Nord. Hier arbeiten Wohnungsbauunternehmen, örtliche Initiativen, Anwohner, die Schulen und soziale Einrichtungen ganz eng und integrativ zusammen. Eine solche Quartiersarbeit ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Stadt.

Trotz der bedrohlichen Lage werden wir auch weiterhin in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und damit in ihre Infrastruktur investieren. Beispielsweise haben wir für die reine Bausanierung unserer Rheinbrücken bereits über 150 Millionen Euro und für die Sanierung unserer Tunnel und Haltestellen 60 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum in den Haushalt eingestellt. Für Straßen, Wege und Plätze sind darüber hinaus im Zeitraum von 2013 bis 2017 190 Millionen Euro für Baumaßnahmen vorgesehen. Aufgrund der steigenden Kinder- und Geburtenzahlen in Köln werden wir in der U-3-Betreuung im Kindergartenjahr 2012/13 insgesamt 2 500 neue Plätze schaffen. Damit werden wir insgesamt einen Ausbau auf 11 000 Plätze erzielen, was einer Versorgungsquote von 38 Prozent entspricht. Damit nehmen wir eine führende Position in Nordrhein-Westfalen ein. Die zur Verfügung stehende Landes- und Bundesförderung wird dabei in vollem Umfang ausgeschöpft.

Auch die Nachfrage nach Plätzen in der Offenen Ganztagsschule ist gerade in Köln enorm. Wir planen einen Ausbau auf 24 000 Plätze bis zum neuen Schuljahr, was einer Versorgungsquote von 70 Prozent entspricht. Die Stadt Köln wird einen Eigenanteil von rund 25 Millionen Euro erbringen.

Köln erlebt derzeit einen massiven Einbruch im geförderten Wohnungsbau. Angesichts der sich verschärfenden Situation auf dem Wohnungsmarkt, die insbesondere Studierende sowie Haushalte mit geringem Einkommen betrifft, stellt die Stadt für das kommunale Wohnungsbauprogramm 35 Millionen Euro als revolvierende Finanzmittel zur Verfügung. Auch das Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser zur Unterbringung und Integration von Obdachlosen wird weiter fortgesetzt. Die Investitionen ab 2012 betragen hier insgesamt 34 Millionen Euro.

Aufgrund des drastischen Anstiegs von Menschen, die in unserer Stadt Hilfe und Unterschlupf suchen, erbringen wir für deren Unterbringung – also Flüchtlingsunterbringung – seit 2012 Investitionen in Höhe von annähernd 10 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wir werden unsere Haushaltsplanungen transparent halten; denn den beschwerlichen Weg können und wollen wir nicht alleine gehen. Wir sind dabei auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger und der politisch Verantwortlichen, die Konsolidierung ernsthaft anzupacken, ist erkennbar. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in dieser Stadt, mit ihrer Stärke und ihrer Tradition, zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Bis der Beamer angeworfen ist, kann ich die Zeit für eine Klarstellung nutzen: Ich bin verschiedentlich darauf angesprochen worden – Herr Oberbürgermeister, auch wir haben uns eben unterhalten –, was denn im Zeitraum einer möglichen vorläufigen Haushaltsführung unter Anwendung des § 82 GO NRW mit den Freien Trägern passiert.

Es war selbstverständlich – darüber waren wir uns immer einig –, dass aus Anlass der vorläufigen Haushaltsführung und auf diesen Rahmen beschränkt keine strukturellen Einbrüche in die Finanzierung der Tätigkeit der Freien Träger erfolgen sollen. Insofern bleibt es bei dem, Herr Oberbürgermeister, was Sie bereits zum Doppelhaushalt 2010/2011 mitgeteilt haben und wir in unseren gemeinsamen Gesprächen mit den Freien Trägern immer gesagt haben: § 82 GO NRW soll die Tätigkeit der Freien Träger nicht zunichte machen.

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Das bedeutet aber nicht, dass man aus dieser vorübergehenden Situation irgendwelche grundsätzlichen, langfristigen Erwartungshaltungen ableiten könnte.

Ich wollte die Zeit nutzen, um dies klarzustellen, weil diese Frage ja auch gestern im Finanzausschuss nicht angesprochen wurde und weil sich die Verwaltung der Öffentlichkeit gegenüber noch nicht positioniert hatte – wohl aber in jedem einzelnen Gespräch, das wir mit Freien Trägern hatten.

So viel, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem auch sehr wichtigen, grundsätzlichen Element. „Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen.“, soll Konfuzius vor 2000 Jahren einmal gesagt haben. Vielleicht ist das ein gutes Motto in diesem „Jahr des Drachen“ für die Kennzeichnung des Haushaltes und den Weg des Prozesses, auf den wir uns gemacht haben.

Krise – Eurokrise – Haushaltskrise – Konzentration auf das Wesentliche – manche reden von „neuer Bescheidenheit“. Diese Schlagworte waren in den letzten Wochen zu hören und zu lesen. Sie machen deutlich, dass erkannt ist: „Business as usual“ ist nicht ausreichend, es bedarf einer sehr grundlegenden, radikalen Änderung in der Haltung zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Das gilt auch und in besonderem Maße für die kommunale Ebene. Was ist das Wesentliche einer Kommune? Wo müssen Schwerpunkte gesetzt werden? Was ist entbehrlich, was veränderbar? Was bedeutet das für diesen Doppelhaushalt?

Diese Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, begleiten die Einbringung des Doppelhaushalts 2013/2014 in Köln.

Eines steht für die meisten Teilnehmer an der öffentlichen Debatte fest: Kernaufgabe, Kerngeschäft der Kommune ist die Gewährleistung der Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerschaft. Wie die Leistungen organisiert werden, wo die Schwerpunkte liegen und wie sie bedarfsgerecht entwickelt werden müssen, ist Gegenstand eines strategischen und sehr politischen Prozesses.

Es liegt auf der Hand, dass die Fragen zur strategischen Entwicklung nicht in ein, zwei Jahren beantwortet werden können; Herr Oberbürgermeister Roters hat darauf bereits hingewiesen. Vermessen wäre die Behauptung, *dieser* Haushalt böte bereits Lösungen. Aber er lässt erkennen, wie dieser politische Prozess geführt wird und er bietet Reibungsfläche für alle, die sich für die Fortentwicklung der öffentlichen Aufgaben engagieren. So ist der Haushaltsprozess in Köln auch in diesem Jahr angelegt worden.

Der heute eingebrachte Haushaltsplanentwurf ist gekennzeichnet von Konsolidierungsmaßnahmen über die gesamte Breite des Haushalts, um Spielräume für Schwerpunktsetzungen zu gewinnen – nicht nur für den wichtigen, kurzfristig wirksamen fiskalischen Effekt, die Pflichtkonsolidierung zu vermeiden; sondern dieser Haushalt enthält darüber hinaus, worauf Herr Oberbürgermeister Roters eben sehr ausführlich hingewiesen hat, Schwerpunkte bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge in Köln.

Es stellt sich die Frage, wie Daseinsvorsorge in Köln in den nächsten Jahren gestaltet werden soll, wie eine stabile Finanzierung von Sozialem, Bildung, Kultur sowie Energie, Mobilität und Klimaschutz am Standort Köln und im Konzern Stadt Köln aussehen muss, wie Infrastruktur in all diesen Bereichen finanziert werden soll; wie – neben den kernstädtischen Akteuren – die städtischen Beteiligungen zur Lösung der anstehenden Aufgaben beitragen.

Der Haushalt beantwortet diese Fragen nicht, aber er spiegelt auch die Arbeitsteiligkeit im Konzern Stadt bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge in Köln wider. Ob es die richtigen Schwerpunkte sind, ob sie so bleiben, ob es andere Lösungen gibt, werden die weiteren Beratungen im Rat und mit der Bürgerschaft zeigen.

„Es ist Krise, da geht nichts mehr“, meinen manche. Falsch, es geht noch eine Menge. Aber es geht nicht mehr alles, nicht mehr alles sofort und es muss geteilt und eingeteilt werden.

Das setzt höhere Ansprüche an die Qualität städtischen Handelns. Planungskompetenz und Controlling werden bedeutender. Die Verwaltung braucht ergänzendes Handwerkzeug, um die mittel- und langfristigen Aufgaben im Spannungsverhältnis von Fach- und Finanzverantwortung praktisch zu lösen. Es ist gut, dass dies viele so sehen. Das ist die Voraussetzung, damit in Köln der nächste Schritt geschafft wird: raus aus dem jahresbezogenen Kraftakt. Stetigkeit, Planungssicherheit, Stabilität heißen die Leitgedanken, die auch diesen Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/14 und den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2017 prägen.

Stärkere Priorisierung und damit auch stärkere Posteriorisierung waren gefragt. Dazu hat der Stadtvorstand mit diesem Doppelhaushalt 2013/2014 einen Aufschlag gemacht.

Sanierung ist und bleibt ein sehr konfliktreicher Prozess. Viele Gespräche und zuletzt die Stadtkonferenz haben gezeigt: An der Frage, wie und wo konsolidiert werden soll, scheiden sich die Geister. Die einen sagen, wir hätten zu wenig gespart, andere sagen, wir hätten zu viel gespart, wieder andere, wir hätten an den falschen Stellen gespart. Aufgabenausweitungen oder neue Projekte werden infrage gestellt. Alles das ist richtig und gut und bildet die Grundlage für eine Fortentwicklung – ein radikales Umdenken ist nötig.

Das richtige Vorgehen liegt eben nicht auf der Hand. Nicht nur in Köln fehlen einvernehmliche Methoden und Spielregeln, die von allen Beteiligten als gerecht und fair empfunden werden.

Wie wird ein solcher Prozess des Umsteuerns gestaltet? Welche Prioritäten sind zu setzen? Darüber muss in den nun folgenden Wochen eine Verständigung erfolgen: zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft. Erforderlich ist eine strategische Ziele- und Wirkungsdebatte. Das hat die Stadtkonferenz am vergangenen Donnerstag ganz deutlich gemacht. Es muss gelingen, die Aufwendungen besser zu steuern im Hinblick auf die Wirkungen, die erzielt werden müssen und auf den Zeitpunkt, zu dem die Leistungen erbracht werden sollen. Unter dem Stichwort „wirkungsorientierter Haushalt“ laufen die Vorarbeiten zu Verbesserung dieses Steuerungsprozesses.

Eine so bedeutende Stadt wie Köln muss sich weiterentwickeln. Vorhandene Strukturen einzufrieren, nicht an Altbewährtem zu rütteln, kann nicht die Lösung sein. Deshalb sind gerechte und neue Wege durch Verwaltung, Rat und Bürgerschaft weiterhin erforderlich.

Es geht darum, die kommunale Handlungsautonomie zu verteidigen. Mehr noch, es geht darum, Kommunalautonomie darüber hinaus mit Leben zu erfüllen. Das bedeutet vor allem, die Bürgergesellschaft zu stärken, den Rahmen für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln, Dialog und Diskurs weiterzuentwickeln.

Dieser erforderliche Diskurs hat begonnen, es folgen die Konsultationsphase im Bürgerhaushaltsverfahren vom 7. Januar bis zum 1. Februar 2013 und die Beratungen in den Ausschüssen des Rates. Den Abschluss bilden die Entscheidung des Rates über die Schwerpunktsetzung in der Stadtpolitik für die nächsten zwei und fünf Jahre und der Ausblick für die nächsten zehn Jahre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist ein Sanierungshaushalt, aber er ist nicht von einem nominalen Abbau der Ressourcen geprägt. Mit Aufwendungen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro ist dies der größte Haushalt, den die Stadt Köln je aufgestellt hat.

Dieser Haushalt ist auch genehmigungsfähig. Mit viel Anstrengung wurde erreicht, die Aufstellung eines pflichtigen Haushaltssicherungskonzepts zu vermeiden. Mit viel Anstrengung wurde das Defizit im Planungszeitraum verringert.

(Schaubild: „Modellrechnung Haushaltsausgleich bis 2022“)

Die Folie veranschaulicht, wie die Entwicklung der Erträge und der Aufwendungen sich aufeinander zubewegen.

Die Entwicklung, die in diesem Haushalt 2013/2014 angelegt worden ist – nämlich die Wachstumsrate der Aufwendungen so zu begrenzen, dass sie 1 Prozentpunkt unter der Wachstumsrate der Erträge verläuft –, führt bei einer Fortschreibung nach 2017, zu einem Ausgleich des Haushalts in 2022.

Dieses Ziel liegt vor Augen. Damit die Zahlen Wirklichkeit werden, sind allerdings weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Zu dem eingeschlagenen Weg gibt es keine Alternative. Dies wird bei der längerfristigen Betrachtung deutlich:

(Schaubild: „Ergebnis der Tragfähigkeitsanalyse“)

Ein erstes Ergebnis der Tragfähigkeitsanalyse, die wir beim Finanzwissenschaftlichen Institut an der Universität in Köln in Auftrag gegeben haben, zeigt, dass die Finanzierungslücke, also die Kluft zwischen Erträgen und Aufwendungen, größer wird und infolgedessen die Verschuldung bis 2030 von jetzt 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf über 25 Prozent ansteigt, wenn nicht gegengesteuert wird.

Die finanziellen Handlungsspielräume sind begrenzt. Jedes Jahr werden aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung durchschnittlich circa 80 Millionen Euro mehr Steuern eingenommen. Davon sind die Umlagen – Landschaftsverband, Gewerbesteuer, Fonds

„Deutsche Einheit“ – zu finanzieren und die Tariferhöhungen für das Personal. Zudem ist ein Teil für den Abbau des Defizits zu verwenden. Diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass nicht sehr viel zusätzlich zu verteilen ist und jeder gewünschte Mehraufwand an einer Stelle nur durch eine Kürzung an anderer Stelle finanziert werden kann. Das ist die aktuelle Dynamik der Haushaltslage: Die Erträge steigen zwar, aber sie reichen nicht aus, um neue Aufgaben bzw. die Ausweitung von Aufgaben und den Ausbau der Infrastruktur bzw. die dringende Sanierung vorhandener Infrastruktur zu finanzieren.

Ich komme zu den Eckdaten.

(Schaubild: „Entwicklung der Fehlbeträge und Entnahme aus der Rücklage“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits zu Anfang ausgeführt, ist der Entwurf zum Doppelhaushalt 2013/2014 mit einem Gesamtvolumen bzw. Gesamtaufwendungen von 3,77 Milliarden Euro in 2013 und 3,83 Milliarden Euro in 2014 der größte Haushalt, den die Stadt Köln jemals aufgestellt hat.

Diesen Aufwendungen stehen Erträge in Höhe von 3,46 Milliarden Euro in 2013 und rund 3,6 Milliarden Euro in 2014 gegenüber.

Das daraus resultierende Defizit beträgt in 2013 317,8 Millionen Euro und in 2014 233,3 Millionen Euro. Der auffällig hohe Fehlbetrag in 2013 resultiert insbesondere aus der Bilanzierung des StEB Trägerdarlehens in Höhe von 73 Millionen Euro – eine Erhöhung des Eigenkapitals ist die Folge. Im Ergebnisplan verringern sich entsprechend die Erträge.

Aufgrund der Defizite verringert sich die in der Bilanz ausgewiesene allgemeine Rücklage in 2013 um 5,71 Prozent und in 2014 um 4,45 Prozent.

Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – 2015 bis 2017 – führt die Entwicklung der Defizite zur einer weiteren Reduzierung der allgemeinen Rücklage: in 2015 um 4,64 Prozent, in 2016 um 4,29 Prozent und in 2017 um 4,34 Prozent.

Der Haushaltsplanentwurf 2013/2014 zeigt: Es ist möglich, auch unter den harten gegenwärtigen Bedingungen, den Ausgleich zwischen Konsolidieren und Investieren zu schaffen. Köln wird nicht kaputtgespart, es wird mehr Geld ausgegeben als im Vorjahr, um, untechnisch gesprochen, in die Zukunft der Stadt zu investieren. Aber – und das zeigte die Modellrechnung – auf den Gesamtaufwendungen liegt ein Deckel, sie müssen langsamer wachsen als die Erträge. Nur so können wir den Haushaltsausgleich erreichen.

Ich komme zur Ertragssituation. Wie bereits gesagt, verläuft die Entwicklung der Gesamterträge im Planungszeitraum 2013 bis 2017 mit durchschnittlich 3 Prozent Zuwachs positiv.

(Schaubild: „Gesamtertrag“)

54 Prozent der Gesamterträge sind Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben – immerhin. Hierzu zählen unter anderem die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Insgesamt werden aus Steuern und Abgaben 1,83 Milliarden Euro in 2013 und 1,9 Milliarden Euro in 2014 erzielt.

(Schaubild: „Entwicklung der wichtigsten Steuern“)

Das Gewerbesteueraufkommen der Stadt Köln, in 2013 etwa 1 Milliarde Euro brutto, hat bislang nicht die Zuwachsraten erreicht, die in manchen Kommunen erzielt werden. Das Steueraufkommen wächst derzeit auf reduziertem Niveau. Im Ergebnis liegt die Aufkommenserwartung bei der Gewerbesteuer ohne Sondereffekte für das Jahr 2013 nur geringfügig über dem Niveau des Jahres 2008. Basierend auf dem Ergebnis 2012 – ohne Berücksichtigung des Einmaleffekts – wurde auf Basis der Vorauszahlungen mit Zuwachsraten von nominal 1,5 Prozent in 2013, 3,5 Prozent in 2014, 3,4 Prozent in 2015, 3,1 Prozent in 2016 und 2,9 Prozent in 2017 gerechnet. Diese Zuwachsraten basieren auf der Steuerschätzung vom November 2012.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt sich in 2012 überplanmäßig gut. Es zeichnet sich ein zweistelliger Mehrertrag – 32 Millionen Euro – gegenüber der Veranschlagung ab, sodass in 2012 circa 414 Millionen Euro vereinnahmt werden. Für das Jahr 2013 wird gemäß der Steuerschätzung ein Zuwachs von nominal 5,8 Prozent und für 2014 ein weiteres Ansteigen um 5,7 Prozent eingeplant. In den Jahren 2015 bis 2017 liegen die Zuwachsraten bei 5,5 Prozent, 5,3 Prozent und 4,9 Prozent.

Über 400 Millionen Euro aus Steuererträgen werden zur Finanzierung von Landschaftsverbandsumlage, Gewerbesteuerumlage und der Kosten der deutschen Einheit aufgewendet.

(Schaubild: „Entwicklung der gesamten Steuererträge“)

Die Grafik zeigt: Die Entwicklung der gesamten Steuererträge abzüglich Gewerbesteuerumlage, Kosten der deutschen und Landschaftsverbandsumlage in Millionen Euro. Sie macht deutlich, welch beachtliches Volumen aus diesen Steuern in die Umlagen fließen.

Die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab; das ist bekannt. Die Konjunktur hat sich in 2012 verlangsamt. Der Sachverständigenrat geht in seinem jüngsten Gutachten davon aus, dass die Lage sich in 2013 nicht sonderlich aufhellen wird. Er rechnet mit einem realen Wachstum von 0,8 Prozent, die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute ebenfalls, die Bundesregierung erwartet 1 Prozent reales Wachstum.

Da das Wirtschaftswachstum in Köln unter dem Bundesdurchschnitt und unter dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen liegt, werden möglicherweise die Zuwächse bei den Gewerbesteuereinnahmen weiterhin hinter denen anderer Städte zurückbleiben. Köln ist deshalb gezwungen, die Möglichkeiten zur Erzielung von Erträgen voll auszuschöpfen. Hierher gehören die Stichworte Steuerfindungsrecht und Kulturförderabgabe. Das Grundgesetz gewährt den Kommunen ein beschränktes eigenes Steuerfindungsrecht. Nach Art. 106 Abs. 6 GG können die Kommunen örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern selbst durch Satzung einführen und erheben.

Aus diesem Grund halten wir an der Kulturförderabgabe fest. Die Beurteilung der damit zusammenhängenden Rechtsfragen ist bedeutend, insbesondere die verfassungsrechtliche Beurteilung. Wir werden zu diesem Thema später noch kommen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen – GFG: 11 Prozent der Erträge bezieht Köln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, dem Finanzausgleich der Kommunen mit dem Land. In 2013 stellt das Land seinen Kommunen 235 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

(Martin Börschel [SPD]: Bravo! Sehr gut!)

Davon profitiert auch die Stadt Köln. Die Erträge aus dem GFG steigen von 350 Millionen Euro in 2012 auf 415 Millionen Euro in 2014.

Herr Börschel, wir sind von der positiven Erwartung ausgegangen, dass die Kölner Fraktion es schafft, dass wir nicht unter der zweiten Phase des GFG-Stärkungspakets leiden müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir arbeiten dran!)

- Danke sehr.

Die Erstattung der Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entwickelt sich ebenfalls sehr positiv. Im Jahr 2013 wächst sie von circa 77 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro ab 2014, sodass wir bis 2017 circa 150 Millionen Euro durch Erträge aus dieser Erstattung verbuchen können. Somit trägt die Erstattung der Grundsicherung erheblich zur Haushaltsentlastung bei.

Weiterhin sind zusätzliche Mittel vom Land für den Ausbau der Kindertagesstätten zu verbuchen. Im Planungszeitraum 2013 bis 2017 können 21 Millionen Euro Mehrerträge verbucht werden. Betrachtet man den Zeitraum ab 2012, sind es sogar 44 Millionen Euro Mehrerträge.

Diese Verbesserungen sind sehr willkommen, weil sie zur Haushaltsentlastung beitragen. Aber sie sind nicht ausreichend. Steigende Aufwendungen an anderer Stelle führen dazu, dass die positiven Effekte auf das Haushaltsdefizit der Stadt Köln wieder zunichte gemacht werden, insbesondere durch die Entwicklung der Aufwendungen im Bereich Bildung und Soziales.

Ob und mit welchen weiteren Entlastungen zukünftig seitens des Bundes oder des Landes zu rechnen ist, bleibt abzuwarten. In der Abstimmung über den Fiskalpakt ist den Kommunen eine Entlastung bei der Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt worden; es war von 4 Milliarden Euro die Rede. Noch aber gibt es darüber keine ernst zu nehmenden Beschlüsse. Die kommunalen Spitzenverbände fordern zudem eine Entlastung bei den Kosten der Unterkunft. Eine sich hieraus ergebende Entlastung käme auch Köln in erheblichem Maße zugute.

Ich komme zu den Entwicklungen der Aufwendungen. Bevor ich auf einzelne Fachgebiete eingehe, möchte ich den Blick gerne auf die einzelnen Aufwandsarten richten.

(Schaubild: „Gesamtaufwand“)

Die Folie zeigt: Von den 3,77 Milliarden Euro Gesamtaufwendungen werden 1,34 Milliarden Euro – das sind 34 Prozent der gesamten Aufwendungen – für Transferzahlungen aufge-

wendet. 432 Millionen Euro werden für Umlagen aufgewendet, darüber habe ich bereits weiter oben gesprochen – Landschaftsverband, Gewerbesteuer, Fonds „Deutsche Einheit“ –, für den Bereich Kinder, Jugend, Familie werden insgesamt 378 Millionen Euro aufgewendet; für soziale Hilfen 328 Millionen Euro, um zwei weitere wesentliche Positionen zu benennen.

Die nächste größere Gruppe bei den Transferaufwendungen sind die Personalaufwendungen mit einem Anteil von 23 Prozent bzw. 862 Millionen Euro. Darin enthalten sind unter anderem Rückstellungen in Höhe von circa 155 Millionen Euro. Das ist die rote Markierung in der Säule. Zudem werden 57 Millionen Euro für die Versorgung der städtischen Beamten aufgewendet. Das ist die gelbe Markierung.

In dem Anstieg der Personalaufwendungen von 2012 nach 2013 sind 38 Millionen Euro für Tarifsteigerungen – 16 Millionen Euro – sowie Rückstellungszuführungen in Höhe von 22 Millionen Euro berücksichtigt sowie Mittel für zu erwartende Stellenmehrbedarfe in Höhe von 21 Millionen Euro.

(Schaubild: „Personal- und Versorgungsaufwand“)

Unter der Überschrift „sonstige ordentliche Aufwendungen“ werden insgesamt 796 Millionen Euro verbucht. Hier finden sich etwa Mietzahlungen in Höhe von 267 Millionen Euro – darin enthalten auch ungefähr 214 Millionen Euro für Schulmieten – sowie die Kosten der Unterkunft in Höhe von 296 Millionen Euro. Also knapp 300 Millionen Euro jedes Jahr!

Für Sach- und Dienstleistungen werden 402 Millionen Euro oder 11 Prozent der Gesamtaufwendungen aufgewendet. In dieser Position finden sich unter anderem neben rund 55 Millionen Euro für Schülerbetreuungsmaßnahmen auch 45 Millionen Euro für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens.

Die bilanziellen Abschreibungen – im Wesentlichen für Straßen und Grundstücke – schlagen mit 183 Millionen Euro zu Buche und stellen 5 Prozent der Gesamtaufwendungen dar.

Ich komme nun zu Schwerpunkten im Haushalt, zu den größten Zuschuss- und Zuwachsbereichen. Die größten Zuschussbedarfe haben die beiden Bereiche Jugend und Bildung mit 740 Millionen Euro und Soziales mit knapp 600 Millionen Euro in 2013.

(Schaubild: „Zuschussbedarf 2013 je Dezernat“)

Die nächste Folie zeigt die jeweiligen Produktgruppen, also die sachliche Zuordnung: Im Bereich Jugend und Bildung sind es die Produktgruppen Schulträgeraufgaben, Kindertagesbetreuung und Hilfen für junge Menschen und ihre Familien und im Bereich Soziales die Produktgruppen kommunale Leistungen nach dem SGB XII, die Leistungen nach dem SGB II.

(Schaubild: „Produktgruppen mit den absolut höchsten Zuschussbedarfen“)

Die Folie zeigt auch die Zuwächse bei diesen Produktgruppen im Verlauf von 2010 bis 2017. Auffällig sind die starken Zuwächse bei den Schulträgeraufgaben und den Hilfen für junge Menschen und ihren Familien. Auffällig wegen ihres Knicks sind aber auch die Verläufe bei den kommunalen Leistungen nach dem SGB XII und der Kindertagesbetreuung infolge der Konnexitätserstattungen vom Bund bzw. der Zuwendungen des Landes für die Kindertagesbetreuung.

In der stark nach unten gerichteten – hier lila gezeichneten – Linie drückt sich die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund aus; in der dunkelroten Linie drücken sich die Zuwendungen des Landes für die Kindertagesbetreuung aus.

Im Einzelnen möchte ich einige wesentliche Gruppen herausgreifen:

Für den Schulhausbau sind für den Planungszeitraum 2013 bis 2017 erhebliche zusätzliche Mittel vorgesehen. Der Aufwand steigt von 369 Millionen Euro in 2013 auf 403 Millionen Euro in 2017. Abzüglich der Erträge, die diesem Bereich zufließen, verbleibt in 2013 ein Zuschussbedarf in Höhe von 303 Millionen Euro und 340 Millionen Euro in 2017. Dies bedeutet eine Steigerung von 37 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum.

In diesen Zahlen stecken nicht die Investitionen selbst, sondern der Mietaufwand, der aus Investitionen in den Schulen resultiert, zum Beispiel für den Ausbau des Offenen Ganztags.

Im Offenen Ganztag des Primarbereiches stehen seit dem Schuljahr 2012/2013 insgesamt 24.000 Plätze zur Verfügung. Ein Ausbau der Platzkapazität erfolgt vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation und des hohen freiwilligen kommunalen Anteils nur durch Verschiebungen im Rahmen dieses Gesamtkon-

tingentes an Schulstandorten in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf.

Ich komme zu den Kindertagesstätten. Für den Ausbau der Kindertagesstätten sind im Planungszeitraum ebenfalls erheblich zusätzliche Mittel vorgesehen. Der Aufwand steigt von 382 Millionen Euro in 2013 auf 421 Millionen Euro in 2017. Aufgrund der zusätzlichen Mittel vom Land entwickelt sich der Zuschussbedarf von 184 Millionen Euro in 2013 auf 203 Millionen Euro in 2017.

Auch in diesen Zahlen sind keine Investitionen enthalten, sondern Mieten oder Transferleistungen, die der städtische Haushalt an Dritte leistet, die die Kitas führen.

Mit zusätzlichen Aufwendungen von 39 Millionen Euro wird das Platzangebot für U 3 und Ü 3 ständig verbessert. Im laufenden und im nächsten Kindergartenjahr werden weitere 3 658 Ü-3-Plätze geschaffen. Im Bereich der unter Dreijährigen werden in 2013 2 553 zusätzliche Plätze eingerichtet.

Ich komme zur wirtschaftlichen Jugendhilfe. Ein weiterer stark wachsender Bereich ist die wirtschaftliche Jugendhilfe. Die Aufwendungen steigen von 197 Millionen Euro in 2012 auf 236 Millionen Euro in 2017. Der Zuschussbedarf steigt von 184 Millionen Euro in 2012 auf 220 Millionen Euro in 2017. Im Zeitraum 2007 bis 2017 werden sich die Fälle, in denen wir Hilfe leisten, von circa 4 000 auf 7 600 fast verdoppelt haben.

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII: Im Bereich SGB XII steigen die Aufwendungen von 316 Millionen Euro in 2013 auf 377 Millionen Euro in 2017. Immer mehr ältere Menschen in Köln brauchen Unterstützung. Während in 2008 noch knapp 27 000 Menschen die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Hilfen zur Pflege oder andere Hilfeleistungen des SGB XII in Anspruch genommen haben, werden es in 2017 41 500 Menschen sein. Insbesondere die Aufwendungen für die Grundsicherung haben sich in den letzten Jahren von 76 Millionen Euro auf 152 Millionen Euro verdoppelt. Allerdings steigen auch die Fälle, in denen Hilfe zur Pflege gewährt werden muss. Im Vergleich von 2011 und 2012 sind die Aufwendungen um 20 Millionen Euro gestiegen. In 2017 wenden wir knapp 100 Millionen Euro für die Hilfen zur Pflege auf.

Allerdings: Aufgrund der Erstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund bleibt der Zuschussbedarf von 209 Millionen Euro im Planungszeitraum nahezu stabil.

Ich komme zur Kultur: Mit der Sanierung von Opernhaus, Schauspielhaus und Opernterrassen am Offenbachplatz hat der Rat die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen beauftragt. Die Bruttobaukosten sind auf 253 Millionen Euro limitiert worden.

Ab 2016 wird die neue Oper geöffnet werden, und der Eigenbetrieb Bühnen wird mit Abschreibungen in Höhe von 20 Millionen Euro zusätzlich belastet. Die höheren Verluste des Eigenbetriebs werden durch einen höheren städtischen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen.

Darüber hinaus sind im Kulturbereich investive Mittel in Höhe von 21,6 Millionen Euro in 2013 und 21,8 Millionen Euro in 2014 vorgesehen, unter anderem für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum, die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums und das Kölnische Stadtmuseum. Nach Fertigstellung der Museen werden die Abschreibungen die Ergebnisrechnung der folgenden Jahre belasten. In welcher Höhe diese Investitionen spätere Haushalte belasten werden, wird noch im Einzelnen zu berechnen sein.

Ich komme zum Straßenbau: Im Bereich der städtischen Infrastruktur liegt ein Hauptaugenmerk weiterhin auf der Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze. In der Ergebnisrechnung 2013 werden 176 Millionen Euro aufgewendet, in 2014 168 Millionen Euro; so viel ist dem Teilplan 1201 zu entnehmen.

Für den Bereich Brücken und Tunnel, sowie Stadtbahn und ÖPNV – das ist der Teilplan 1202 – werden noch einmal 133 Millionen Euro jährlich aufgewendet. Hinzu kommen investive Mittel in Höhe von 70 Millionen Euro in 2013 und 83 Millionen Euro in 2014, die im Finanzplan zu Buche schlagen. Die Abschreibungen dieser Investitionen sind zukünftige Belastungen der Ergebnisrechnung.

Es bleibt erklärtes Ziel, auch mit reduzierten Mitteln einen vertretbaren Standard zu bewahren. Im Vergleich zur Mittelfristplanung der Vorjahre wurden ab 2014 Einsparungen vorgenommen. Dennoch wird die Stadt Köln weiterhin alles Erforderliche für die Verkehrssicherheit tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Brücken sind Großprojekte verkehrlicher Infrastruktur. Diese Projekte kann heute im erfor-

derlichen Umfang keine Metropole allein stemmen. Welche Wege im Straßen- und Brückenbau zu gehen sind, wird im Benehmen zwischen Bund, Land und Stadt zu regeln sein, die Diskussion wird unter den Stichworten „Maut für Pkw“ und „Citymaut“ geführt. Unabhängig davon gilt: Die Kölner Rheinbrücken bedürfen einer kurzfristig wirksamen Sanierungsförderung durch den Bund, wenn nicht durch die Europäische Union.

Weitere Investitionen tätigen wir mit diesem Doppelhaushalt: Insgesamt werden in 2013 und 2014 jeweils 297 bzw. 280 Millionen Euro investiert. Davon werden jährlich 32,5 Millionen Euro in den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden investiert, 140 Millionen Euro in 2013 und 137 Millionen Euro in 2014 in Baumaßnahmen, und circa 62,5 Millionen Euro in 2013 bzw. 56,7 Millionen Euro in 2014 in bewegliches Anlagevermögen.

Ich komme zur Entwicklung der Verschuldung: Die Kreditaufnahme für Investitionen beträgt in 2013 109 Millionen Euro, in 2014 163 Millionen Euro. Die Nettoneuverschuldung beträgt in 2013 5,5 Millionen Euro und 52 Millionen in 2014. Im Planungszeitraum bleiben die Kapitalmarktschulden bei circa 2,7 Milliarden Euro nahezu konstant.

(Schaubild: „Voraussichtliche Schuldenstände zum jeweiligen Jahresende“)

Die Kassenkredite betragen zum 31. Dezember 2012 aus heutiger Sicht etwa 330 Millionen Euro kalkuliert, unter Berücksichtigung sämtlicher Sonderentwicklungen.

Strategische Haushaltsplanung – strategische Konsolidierung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielfach wurde gefragt, warum sind keine fachlichen Schwerpunkte der Konsolidierung erkennbar? Die Antwort ist einfach: Die Haushaltssituation erforderte eine starke Konzentration auf die kurzfristig ergebniswirksam zu konsolidierenden Leistungen einerseits, um das Eintreten der doppelten 5-Prozent-Entnahme aus der Rücklage zu vermeiden bzw. zu unterschreiten und andererseits die Bereitstellung der im positiven Sinne unabdingbaren Schwerpunkte im Bildungs- und Sozialbereich. Das führt zu dem in diesem Haushalt vorgesehenen breiten Konsolidierungsspektrum, das primär von den kurzfristig finanzwirksamen Maßnahmen getragen ist. Unverändert bleibt die Entwicklung der strategischen Ziele und der Managementziele auf der Tagesordnung.

Erstmals sind in diesem Doppelhaushalt Budgetvorgaben gemacht worden, um die Zuwächse zu begrenzen. Die Ermittlung der Zuschussbudgets erfolgte nach transparenten Regeln. Die Regeln hierfür werden unter Berücksichtigung der vorliegenden Erfahrungen weiterentwickelt. In diesem mehrstufigen Kommunikationsverfahren in der Verwaltung sind die in den Haushalt eingeflossenen Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt worden.

Was ist zu tun? Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sanierung des Kölner Haushalts – eine nachhaltige Sanierung – ist, wie ausführlich dargestellt, möglich. Aber sie setzt voraus, dass Verwaltung, Rat und Bürgerschaft ihre gemeinsamen Sanierungsanstrengungen weiter verstärken und eine mittel- und langfristig wirksame Sanierungsstrategie mit Zielen und Prioritäten entwickeln. Es ist ein mühsamer Weg, auf den sich Köln gemacht hat. Wichtige strukturelle Eckpunkte sind in diesen Haushalt bereits eingeflossen: Der fiskalische Rahmen ist erkannt und wird fortentwickelt.

Dabei tragen folgende Erkenntnisse:

Erstens. Es gibt Handlungsspielräume. In diesem Haushaltsplanentwurf gehen wir von jährlich steigenden Steuererträgen in Höhe von durchschnittlich 80 Millionen Euro aus. Das bedeutet: Nicht alles geht gleichzeitig. Wir müssen uns sehr genau überlegen, wie wir diese Mittel verteilen wollen. Wir können uns vieles leisten, aber nicht unbegrenzt. Nicht alle Schulen können gleichzeitig saniert werden und daneben noch neue gebaut werden. Hinzu kommen der Kitaausbau, der Wohnungsbau, Straßensanierung usw. Das wird gründlich angepackt. Ziel muss es sein, den Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten dauerhaft zu berücksichtigen. Hier setzt das Erfordernis der strategischen Priorisierung an.

Zweitens. Aus fiskalischer Sicht sind verschiedene neue Instrumente entwickelt und zur Erprobung im Finanzplanungszeitraum vorgesehen. Hierzu gehören Budgets und Budgetierung. Sie helfen, den erforderlichen Deckel zu definieren und einzuhalten. Gemeinsam mit der nun verstärkten Anstrengung bei der Fortentwicklung der IT bieten sie bei der unterjährigen Bewirtschaftung des Haushalts ein gutes Instrument zur Unterstützung der Sanierungsbemühungen, die wirkungsorientierte Steuerung. Sie ermöglicht einen zielgenaueren Mitteleinsatz. Denn: Mehr Geld bedeutet eben nicht zwangsläufig mehr Wirkung.

Drittens. Über allem steht aus fiskalischer Sicht die Aufgabe, finanzielle Stabilität zu schaffen, unter der Überschrift „Nachhaltige Finanzen – nachhaltige Infrastruktur“. Das setzt eine vermögensorientierte Betrachtung voraus, deren Ziel ist, langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten und zu vermeiden, dass das Vermögen aufgezehrt wird. Hierzu ist die Tragfähigkeitsanalyse ein geeignetes Instrument, gemeinsam mit einer langfristigen konzernbezogenen Finanzstrategie. Erste Erkenntnisse liegen in einer vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Institut der Uni Köln für die Stadt Köln erarbeiteten Vorstudie vor.

Wenn nicht umgesteuert wird, besteht die Gefahr, dass in den nächsten 20 Jahren zwei Drittel des Vermögens aufgezehrt werden, wie die Grafik zeigt. Nicht zuletzt deswegen war eine Gesetzesänderung, die eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zugelassen hätte, aus Kölner Sicht konsequent abzulehnen!

(Schaubild:
„Entwicklung des Eigenkapitals“)

Allerdings ist mehr erforderlich: Ein langfristig ausgeglichener Haushalt bedingt auch, so zu investieren, dass man morgen noch Erträge erzielt. Erforderlich sind zügig strategische Ziele für Köln. Die Gemeindeordnung sieht diesen Strategieprozess beim Rat. Es ist seine Aufgabe, diese Ziele festzulegen, und zwar unter Berücksichtigung der Ressourcen. So sieht das § 41 Abs. 1 Buchstabe t der Gemeindeordnung vor. Der Stadtvorstand hat erste Vorarbeiten dazu geleistet. Eine Bürgerkonsultation muss auch diesen Teilprozess begleiten.

„Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen“ – diese chinesische Weisheit erinnert auch daran, wie eng die Verknüpfung zwischen strategischem Handeln und tagtäglichen Aufgaben ist.

Abschließend möchte ich dem Oberbürgermeister sowie meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtvorstand, die sich unermüdlich mit den Vorgaben der Finanzpartie auseinandersetzen mussten, danken. Einen ganz besonderen Dank möchte ich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadtverwaltung richten. Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der Leitung der Kämmerei, die in diesem Jahr gleichzeitig Krisenmanagement, Sanierungsprozess unter NKF-Bedingungen, zwei Haushaltsverfahren und das alltägliche Geschäft unter einen Hut bekommen mussten, und dies unter schwierigen personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, möchte ich darüber hinaus neben dem Dank meinen großen Respekt vor dieser Leistung ausdrücken.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP)

Ich wünsche Ihnen, meine sehr geehrte Damen und Herren, gute Beratungen über den jetzt eingebrachten Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Stadtkämmerin Klug.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung:

TOP 1.1.: Kenntnisnahme und Überweisung des soeben vorgestellten Entwurfs des Doppelhaushalts für das Haushaltsjahr 2013/2014 und Überweisung an die Fachausschüsse. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschluss so gefasst.

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 mit ihren Anlagen nach Grundsatzreden des Oberbürgermeisters und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun zur Beschlussfassung über TOP 1.2. Da geht es um die Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 Gemeindeordnung. Gibt es Stimmen dagegen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Beschluss so gefasst.

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden wie folgt fest:

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 werden die Mittel auf jeweils 504.000 Euro festgesetzt.

Von diesen Beträgen entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	*60.400 €*
2 Rodenkirchen	*51.600 €*
3 Lindenthal	*65.100 €*
4 Ehrenfeld	*52.300 €*
5 Nippes	*55.400 €*
6 Chorweiler	*43.800 €*
7 Porz	*53.600 €*
8 Kalk	*55.300 €*
9 Mülheim	*66.500 €*

je Haushaltsjahr. Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GONRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

2. Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn – Alleingang des Oberbürgermeisters ohne Kenntnis des Rates der Stadt Köln und seiner Gremien“
AN/2016/2012

Der Rat hat es vor Eintritt in die Tagesordnung abgelehnt, diese Angelegenheit im Rahmen einer aktuellen Stunde zu behandeln (siehe Ziffer III).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2.2 auf:

2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema ‚Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln’“
AN/2021/2012

Ich hoffe, Sie haben keine Einwände dagegen, dass Herr Dr. Reinkober, Geschäftsführer des VRS, heute anwesend ist und unter Umständen für Antworten zur Verfügung steht.

Als erste Rednerin rufe ich Frau dos Santos auf.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mitten im Jahrzehnt der Infrastruktur. Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen uns damit auseinandersetzen, Straßen, Brücken und Eisenbahnwege zu sanieren und instand zu halten und damit unsere Zukunftsfähigkeit und die Kraft unserer Wirtschaft zu sichern.

Dass die Autobahnbrücke über den Rhein bei Leverkusen für Lkw-Verkehre ab 3,5 Tonnen teilgesperrt werden musste, zeigt die Dramatik. Erlauben Sie mir, eine Zahl aus der Sendung „Westpol“ zu zitieren. Die Redakteure haben in einem am vergangenen Sonntag ausgestrahlten Beitrag dargestellt, dass allein die Umwegekilometer, die tagtäglich wegen der Sperrung dieser Brücke entstehen, „nach vorsichtigen Schätzungen bei 560 000 Kilometer pro Tag“ liegen. 560 000 Kilometer! Diese Zahl muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das entspricht 14 Umrundungen des Äquators oder anderthalb Mal die Strecke bis zum Mond. Und das Tag für Tag! Man mag sich gar nicht vorstellen, welch volkswirtschaftlicher Schaden dahintersteckt. Man mag sich auch nicht vorstellen, wie groß der Umwelt- und Klimaschaden ist, der allein dadurch entsteht.

Und noch etwas: Der dringend notwendige Ausbau auch der Wasserstraßen, insbesondere für die Güterverkehre, wird ohne gute Straßeninfrastruktur nicht funktionieren. Die letzten Kilometer vom Hafen zum Endverbraucher müssen in der Regel mit Lkw überwunden werden. Schauen wir uns noch einmal das Beispiel Leverkusener Autobahnbrücke an, so bedeutet das: Der kurz angebundene Niehler Hafen kann im Augenblick nicht so gut genutzt werden; denn die Autobahnbrücke ist ja gesperrt und der kürzeste Weg zum Endverbraucher von dort aus eben nicht nutzbar.

Kurzum: Wir brauchen Investitionen in unsere Infrastruktur: auf der Straße, auf der Schiene und letztlich auch auf dem Wasser. Ich bin froh, dass die SPD-Fraktion bereits im August darauf aufmerksam gemacht hat, dass dies keineswegs nur Land und Bund trifft, sondern gerade auch die Kommunen. In unserer Stadt

haben wir einen Investitionsstau von circa 200 Millionen Euro auf den Straßen, und wir haben einen noch höheren Bedarf an Investitionen bei unseren Brücken und Schienenwegen, nämlich rund 260 Millionen Euro.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, das ist ja die Sache. – Wir können das nicht alleine stemmen. Wir brauchen Hilfe von Land und Bund. Das Land ist bereit, uns zu unterstützen. Der Bund in Person von Verkehrsminister Ramsauer hat zwar großmundig angekündigt, 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen; aber nach meinen Informationen ist dem Minister vor nicht allzu langer Zeit da die Luft ausgegangen, weil die die Koalition tragenden Fraktionen diese 1 Milliarde Euro mal eben halbiert haben. Also: Liebe Freundinnen und Freunde der CDU und der FDP, wir brauchen da auch Ihre Unterstützung!

(Zurufe von der CDU: Oh! – Martin Börschel [SPD]: Nur bis September!)

Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung für die gesamte Verkehrsinfrastruktur, wenn wir nicht am Ende untergehen wollen in einem Investitionsstau, der uns alle nicht nur Wirtschaftskraft, sondern auch Lebensqualität kostet. Fragen Sie die Menschen in den Stadtteilen, die mit steigenden Lkw-Verkehren zu kämpfen haben. Das geht inzwischen bis in kleinste Nebenstraßen.

Mit unserer Resolution wollen wir das unterstützen, was das Land letzte Woche bereits deutlich zum Ausdruck gebracht hat: Wir brauchen zusätzliche Mittel für die Sanierung unserer Straßen, unserer Brücken und der Eisenbahnwege. Wir brauchen aber auch die Unterstützung des Bundes. Und wir brauchen die eigene Kraftanstrengung in der Kommune.

Herr Oberbürgermeister und die Stadtkämmerin haben ja vorhin in Ihren Reden zum Haushalt deutlich gemacht, dass sie diese Notwendigkeit erkannt haben und sich der Herausforderung stellen wollen. Das sollten wir gemeinsam angehen. Wir sollten uns auch die Frage stellen: Wie bekommen wir das hin? Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für Ihre deutlichen Worte, dass der Solidaritätsbeitrag, der seit nunmehr über 20 Jahren geleistet wird, in einen Infrastrukturfonds umgewandelt werden sollte. Das ist gut und richtig. Das Geld sollte dort eingesetzt werden, wo der Bedarf ist.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieser Infrastrukturfonds in den nächsten Jahren zu einem Gutteil im Westen der Republik gebraucht werden wird, steht außer Frage.

Ich bin allerdings auch der Auffassung, dass es einer fairen Beteiligung derjenigen bedarf, die die Infrastruktur besonders stark nutzen: zu ihrem eigenen wirtschaftlichen Wohl, aber auch zum volkswirtschaftlichen Wohl. Eine fair ausgestaltete Lkw-Maut auch für Bundesstraßen und andere Straßen halte ich für sinnvoll, solange wir uns der Verpflichtung und der Zusage stellen, das Geld, was dort eingenommen wird, für die Instandsetzung, für die Sanierung und dort, wo notwendig, auch für den Neubau einzelner Projekte einzusetzen, damit wir unsere Wirtschaftskraft und unsere Zukunftsfähigkeit erhalten – und das mit einer Aufteilung der Verkehrsnutzung, die auch den Ansprüchen von Umwelt- und Klimaschutz gerecht wird. – Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Herr Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Erst einmal vielen Dank für die Initiative, die Sie gemeinsam mit den Landräten und dem OB von Leverkusen zur schnellen Sanierung und Beseitigung der Mängel an der Leverkusener Brücke gestartet haben. Wie eben schon anklang: Es bedarf einer Allianz für Sanierung und Infrastruktur, für Köln und auch für das Umland.

Bei aller Schwierigkeit, die von dieser Brücke ausgeht: Diese wichtige Brücke, dieses Nadelöhr ist gleichermaßen Signal und Symbol für die marode Infrastruktur im Land. Sanierung und Erhalt werden die zentrale Verkehrsinfrastrukturaufgabe der nächsten 15 bis 20 Jahre sein. Wie verheerend sich Störungen auf den nationalen Verbindungen im Stadtgebiet auswirken können, erleben wir derzeit im Kölner Norden und in Mülheim. Wir haben das aber auch schon vergangenes Jahr im Kölner Westen bei der Sanierung bzw. dem Neubau des Lövenicher Tunnels erlebt. Deshalb sind wir der Meinung: Lkw-Transit durch die Stadt muss unterbunden werden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil Köln Folgekosten durch den Sanierungsaufwand entstehen, weil es dadurch mehr Staus in der Stadt gibt und dies zu Problemen für die heimische Wirtschaft führt und weil die Umweltbelastung für die Stadt steigt. Deshalb brauchen wir eine verbindliche Regelung für den Lkw-Transit, der über den Kölner Autobahnring geführt wird.

Und: Wir wollen den Modal Split im Güterverkehr verändern. Wir wollen die Straßen und Brücken entlasten. Wir wollen mehr Güter auf dem Schiff und auf der Schiene transportieren.

(Winrich Granitzka [CDU]: Godorfer Hafen!)

Aber, Herr Granitzka, der Eisenbahnknoten Köln ist an seiner Kapazitätsgrenze, und viele Brücken sind sehr marode. Sie weisen akute Mängel auf. Vielleicht kann Herr Dr. Reinkober zum Schluss noch ein paar Takte dazu sagen. Die Bahn hat zum Beispiel letztes Jahr ihre Planungen für den zweiten Zugang von der Zülpicher Straße zum Bahnhof Süd gestoppt mit der Begründung, dass nahezu alle Bogenbrücken in Köln erneuert werden müssen. Seitdem hat sie auch die dringend erforderliche barrierefreie Sanierung der Bahnhöfe West und Süd gestoppt.

Wenn wir Köln als Drehkreuz für den Nord-Süd- bzw. Ost-West-Güter- und Fernverkehr attraktiv halten wollen, wenn wir einen funktionierenden SPNV wollen und wenn wir den Verkehrskollaps verhindern wollen, dann bedarf es einer schnellen Sanierung der Kölner Brücken, einer zügigen Umsetzung der Knoten-Köln-Maßnahmen für die Bahn, wie von Rat und NVR schon beschlossen, einer Verknüpfung der Sanierung der Brücken mit sechsgleisigem Ausbau zwischen Hansaring und Eifeltor und je zwei Gleisen für Güter-, Nah- und Fernverkehr auf dieser Trasse, einem Überwerfungsbauwerk in Kalscheuren und einer guten Koordination der Maßnahmen zwischen Stadt, Land, NVR und Bahn, Herr Beigeordneter.

Die Stadt muss sicherstellen, dass die Umsetzung der überregional bedeutsamen Projekte effizient begleitet wird. Verzögerungen durch die Stadt müssen vermieden werden. Wir müssen zum Treiber statt zum Bremser für diese Projekte werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits jetzt werden Container aus den sogenannten ZARA-Häfen – Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen – nur bis Gent per Binnenschiff transportiert. Dann werden sie auf Lkws umgeladen, weil ein Weitertransport per Bahn wegen des Engpasses im Knoten Köln nicht möglich ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir wollen das doch nicht in Köln haben!)

Die wichtigen Verkehrsprojekte, die der Bund plant, liegen mehrheitlich im Süden der Republik; so weit zur Aktualität dieses Punktes. Aber auch hier im Westen muss mehr saniert werden, nicht nur in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen hätte das Bundesverkehrsministerium einen Sanierungsfonds auflegen müssen und die Mittel in Erhaltungsmaßnahmen investieren sollen. Wir können uns in Zukunft eine solche Politik und übrigens auch Großprojekte mit fehlerhafter Planung, die finanziell völlig aus dem Ruder laufen wie Stuttgart 21 oder den Bau des Berliner Großflughafens, nicht mehr leisten, wenn gleichzeitig durch Rost und Risse in Stahl und Beton die Verkehrsinfrastruktur förmlich unter der Last des Verkehrs zusammenbricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mehrere hundert Autobahn- und Eisenbahnbrücken sind sanierungsbedürftig. Laut VDV-Studie brauchen wir in NRW für die Sanierung der U- und Stadtbahnsysteme in den nächsten fünf Jahren 1,1 Milliarde Euro für Ersatzinvestitionen. Wir haben in unserem Resolutionsentwurf einen Vorschlag gemacht, wie wir meinen, das notwendige Geld zusammenzubekommen. Wir brauchen eine nutzerorientierte Finanzierung und damit eine Lkw-Maut auf allen Straßen, und zwar für alle Lkws ab mindestens 7,5 Tonnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, der sehr ärgerlich ist. In letzter Zeit wurde ja viel darüber geschrieben, und man wurde auch oft angeschrieben. Zum Beispiel haben wir einen Brief von der IHK Köln erhalten, in dem es im Zusammenhang mit der Leverkusener Brücke heißt, es soll Schaden von der Wirtschaftsregion abgewendet werden. Aber die gleiche IHK in Person von Herrn Bauwens-Adenauer, der uns ständig in seinen Reden und Pressekonferenzen erklärt, wir müssten die Steuer- und Abgabenlast senken, die Neuverschuldung müsse gesenkt werden, wir soll-

ten mehr Geld in die Bildung investieren, fordert jetzt hierfür mehr Geld. Und diese Eier legende Wollmilchsau können wir nicht bieten. Deshalb müssen wir sehen: Woher kommt das Geld für die Sanierung der Straßen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Punkt: Wir brauchen jetzt auch Gespräche von Bund und Land sowie mit den Häfen von Rotterdam und Amsterdam. Wir wollen eine klare Zielvorgabe für den Modal Split, nämlich die Verschiebung bis 2030 einschließlich einer entsprechenden Ausgabe der Verkehrswege. Denn wenn wir jetzt nicht konzentriert und klug handeln, drohen uns massive Schäden in den nächsten Jahren, insbesondere für den Wirtschaftsstandort Köln, aber auch für den ganzen Westen der Republik.

Herr Oberbürgermeister, diese Herausforderung liegt nicht nur im Kölner Interesse, sondern ist von nationaler Bedeutung, egal wer in Düsseldorf oder Berlin regiert. Wir laden alle Fraktionen zur Mitwirkung ein und bitten Sie, diese Resolution mit zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Von Herrn Möring, Frau Kirchmeyer und Herrn Uckermann. Bitte, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau dos Santos, lieber Herr Wolter, ein bisschen wundere ich mich jetzt.

(Lachen und Beifall bei pro Köln)

Liebe Frau dos Santos, die Dramatik, die Sie in Ihrem Vortrag deutlich gemacht haben, teile ich. Nur, die Konzentration und die Beschränkung des Themas allein auf die Leverkusener Brücke und deren Umfeld sowie auf Themen, die überwiegend vom Bund aus gesteuert werden, irritieren mich angesichts der Situation, in der wir uns hier befinden, doch ernsthaft.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist bedauerlich!)

Sie haben über das Problem der Substanzerhaltung und der Investitionen gesprochen. Ich habe das Wort „Investitionen“ vernommen; das habe ich seit Jahren von Ihnen hier kaum noch gehört.

(Martin Börschel: Dann haben Sie immer weggehört! – Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Da waren Sie im Urlaub!)

Wir sollten über dieses Problem aber auch im Bereich der Stadt Köln sprechen. In den letzten Jahren habe ich eigentlich immer nur erlebt, dass wir in diesem Bereich wesentlich zu wenig Mittel eingesetzt haben. Von Investitionen im Sinne von Neubau war so gut wie nie die Rede.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Zwischenfrage!)

- Bitte schön.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Verehrter Herr Kollege Möring, vielleicht können Sie sich erinnern: Es gab bei der Einbringung des Haushalts 2012 einen Vorschlag des damaligen Beigeordneten Streitberger, Gelder aus dem Bereich der Brückensanierung zur Einsparung vorzusehen. Stimmen Sie mir zu, dass das eine falsche Einschätzung war und dass es richtig war, dass Rot-Grün das zurückgenommen hat?

(Beifall bei der SPD – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da müssen Sie den Herrn Streitberger fragen!)

Karsten Möring (CDU): Liebe Frau dos Santos, selbstverständlich. Auch wir waren der Auffassung, dass wir die Mittel dafür nicht reduzieren dürfen. Nur, Sie hatten in diesen Haushalt so viele Giftpillen gepackt,

(Martin Börschel [SPD]: Uns kommen die Tränen!)

dass wir dem deshalb nicht zustimmen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutete nicht, dass wir im Einzelfall zu einigen Punkten sehr wohl Ja sagen. Es gibt ja viele Punkte im Haushalt, zu denen wir Ja sagen, ohne dass wir dem insgesamt zustimmen können.

Zurück zum Thema. Wenn Sie mich mit Ihrer Zwischenfrage aus dem Konzept bringen wollten,

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

(Martin Börschel [SPD]: Welches Konzept?)

dann kann ich nur sagen: Das ist Ihnen nicht gelungen. Hier geht es ja nicht um die Frage, ob wir irgendwo keine Einsparungen vornehmen sollten. Vielmehr geht es darum, was wir in unserem eigenen Beritt machen sollten, um das zu vermeiden, was jetzt mit der Leverkusener Brücke passiert ist. Es geht nicht nur um die Kölner Straßenbrücken, sondern auch um die Kölner Straßen. Und da haben wir einige Baustellen, die wir bearbeiten sollten. Ich erinnere mich, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, vor zwei Jahren angekündigt hatten, ein 10-Jahres-Programm aufzulegen, um den Rückstand in diesem Bereich aufzuarbeiten. Ich glaube, das ist der aktuellen Lage zum Opfer gefallen.

Insofern befinden wir uns sehr wohl in der gleichen Situation wie Bund und Land mit deren jeweiligen Infrastrukturbereichen einschließlich Schiene. Deswegen macht es wenig Sinn, den Finger bei anderen in die Wunde zu legen, wenn wir ihn nicht auch bei uns selbst in die Wunde legen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichwohl sind die meisten Punkte, die Sie in dem Resolutionsvorschlag aufgelistet haben, richtig und zutreffend. Die Punkte 1, 2, 3, 4 und 5 sind Punkte, die wir genau so mittragen. Man könnte sogar noch einige mehr nennen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur zu!)

Aber dann fügen Sie noch einen Punkt an, in dem Sie sagen: Okay, lieber Bund, wir sagen dir jetzt auch, wie du das finanzieren sollst: Mach einfach eine Maut für Lkws über 7,5 Tonnen auf allen Straßen!

(Martin Börschel [SPD]: Ist doch gut!)

Abgesehen davon, dass dieser Punkt sehr wohl sehr intensiv diskutiert wird und dass dies nicht nur Vorteile bringt, sondern auch Nachteile hat – Wie hoch ist der Aufwand? Wie hoch ist der Ertrag? Ist das der richtige Weg, um zusätzliche Gelder einzunehmen? –, ist das nicht ein Punkt, den wir hier beschließen sollten. Bedauerlicherweise haben Sie darauf bestanden, diesen Punkt in der Resolution zu belassen. Ansonsten hätten wir zu einem gemeinsamen Beschluss kommen können. So wird es uns wahrscheinlich nicht gelingen.

(Martin Börschel [SPD]: Macht doch getrennte Abstimmung!)

- Das werden wir tun.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen, die in diesem Zusammenhang wirklich wichtig sind, und auch paar Legenden aus der Welt schaffen. Es klang eben auch bei Herrn Wolter so an, als würde das Land Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Teilen des Bundesgebietes schlechter wegkommen.

(Martin Börschel [SPD]: Allerdings!)

Das ist nicht ganz falsch. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Summen bzw. Beträge, die hier genannt werden, völlig überzogen sind. Das Ministerium in Berlin hat ganz klar festgelegt, nach welchen Kriterien die Mittel verteilt werden.

(Martin Börschel [SPD]: CSU heißen die!)

Eines der zentralen Kriterien ist die verkehrliche Bedeutung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Von Traunstein? – Heiterkeit bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Alle Projekte – das werden Ihre Leute in Berlin auch bestätigen können –, die vom Bund gesteuert werden, werden über die standardisierte Bewertung priorisiert. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, liebe Freunde, ist, dass wir nur dann solche Investitionen tätigen können, wenn wir einen Planungsstand haben, der eine Realisierung zulässt. Das 740-Millionen-Euro-Zusatzprogramm, was jetzt als Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II auf den Weg gebracht wird, soll nach der Länderquote verteilt werden. Das heißt: Nordrhein-Westfalen erhält seinen üblichen Anteil,

(Martin Börschel [SPD]: Der ist ja schon zu schlecht!)

wenn es genug umsetzbare Projekte hat. Aber: Unsere Landesregierung hat vor einiger Zeit die Liste der zu planenden Maßnahmen massiv zusammengestrichen mit der Begründung, dass sie in absehbarer Zeit sowieso nicht realisiert werden können. Auch nicht ganz falsch; aber man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wenn nämlich plötzlich aus irgendeinem Grund Gelder avisiert werden, muss man etwas in der Hand haben, um sagen zu können: Dafür hätten wir es gerne. Und daran hapert es bei uns auch.

Der letzte Punkt in diesem Zusammenhang betrifft das Thema „Hausaufgaben machen“. Es wurde ja hier eben nur angedeutet, dass es bei der Finanzierung von Straßen- und Brückenbauprojekten auch auf die Hilfe des Bundes und des Landes ankommt. Ja, im GVFG, das 2019 ausläuft, ist zwischen Bund und Ländern vereinbart worden, dass die Länder bis 2019 jährlich 1,33 Milliarden Euro bekommen – Nordrhein-Westfalen hat die Zweckbindung erhalten, erfreulicherweise; denn nicht alle Länder haben sie –, aber das hatte ein Gegengeschäft zur Folge, nämlich dass diese Aufgabe zukünftig von den Ländern wahrgenommen wird. Ich sehe im Augenblick noch nicht, dass das Land Nordrhein-Westfalen seine Hausaufgaben macht, was die Möglichkeit der Finanzierung von solchen Projekten angeht.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch nach 2013!)

Ich erwähne das hier nur deswegen, damit uns klar wird, dass es zwar richtig ist, dass wir bei solch großen Projekten in Infrastrukturerhalt und -ausbau auf allen politischen Ebenen des Landes agieren müssen; aber es macht keinen Sinn – oder, sagen wir vorsichtig, es macht nur partiell Sinn –, so wie heute zu sagen: Ich nehme die Dramatik der Leverkusener Brücke zum Anlass und haue jetzt mal auf den Bund ein, er soll uns mehr Mittel geben. – Das soll er in diesem Fall tun. Tut er auch; das haben die Minister Ramsauer und Groschek vereinbart; das wird geschehen. Das ist auch notwendig, keine Frage. Das darf uns aber nicht so viel Sand in die Augen streuen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, zu sehen, was wir vor unserer eigenen Tür kehren müssen. Dort haben wir genügend Aufgaben.

(Martin Börschel [SPD]: Tragt mal dazu bei!)

Deswegen: Wir werden den Punkten 1 bis 5 der Resolution zustimmen. Den Punkt 6 werden wir ablehnen. Hoffen wir, dass wir damit ein Stück weiterkommen und dass das zur Kenntnis genommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Überraschung war genauso groß wie die von Karsten Möring, als ich heute den Titel der Resolution gelesen habe, hatten wir doch schon im Verkehrsausschuss eine ähnliche Diskussion wie diese Aktuelle Stunde zur Leverkusener Autobahnbrücke, bei der auch der Landesbetrieb Straßen zu Gast war. Ich hatte im ersten Moment das Gefühl, hier hat sich der Bock zum Gärtner gemacht; denn die Töne, die Sie in Ihrer Resolution anschlagen, höre ich sonst hier fast nie. Straßenverkehr, Pkw-Verkehr oder überhaupt das Autofahren auf Straßen sind ja Unworte im Kölner Rat; sie dürfen hier eigentlich nicht ausgesprochen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Da sind Sie ideologisch verblendet!)

Umso überraschender finde ich die Resolution, die uns heute hier vorliegt. Allerdings haben wir ja – das muss ich auch sagen – einiges schon mehrfach beraten und beschlossen, darunter auch eine Resolution zum Bahnknoten Köln, datiert vom 2. Februar 2010. Fakt ist: Wir haben über den Bahnknoten hier schon mehrfach debattiert; aber da die Bundesbahn in diesem Punkt scheinbar beratungsresistent ist, müssen wir immer wieder darauf zurückkommen.

Die Teilsperrung der Leverkusener Brücke ist selbstverständlich ein akuter Fall; das haben wir im Verkehrsausschuss auch schon festgestellt. Aber dieser Fall kann ja, wie ich dort auch schon gesagt habe, nicht vom Himmel gefallen sein. Wenn die Prüfungen dieser Brücke nämlich regelmäßig durchgeführt worden wären – ich gehe davon aus, dass sie erfolgt sind –, dann muss ja irgendjemand, der mit den Prüfergebnissen befasst ist, geschlafen bzw. den Straßenbetrieb und das Land nicht rechtzeitig gewarnt haben: Freunde, an der Brücke muss unbedingt was getan werden! – Das hatte ich schon im Verkehrsausschuss an Herrn Dewes so weitergeleitet.

Die Brückensanierungen der Bahn sind seit langem überfällig; das wissen wir. Aber auch in dieser Hinsicht ist die Bahn ziemlich beratungsresistent. Es bleibt uns nicht anderes übrig, als weiter zu bohren und sie aufzufordern, daran zu arbeiten.

Da wir beim Thema Brücken sind: Auch hier muss ich mit Blick auf die Kollegen von Rot-Grün eine leichte Kritik aussprechen. Im letzten Verkehrsausschuss haben wir, wenn ich mich recht erinnere, über die Weiterleitung des Bundesverkehrswegeplans über den Regionalrat gesprochen. Darin war eine weitere Rheinquerung im Kölner Süden vorgesehen. Diese ist

freundlicherweise aufgrund der Stimmenmehrheit von Rot-Grün jetzt herausgenommen worden.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Martin Börschel [SPD]: Wir müssen erst mal sanieren, Frau Kollegin, bevor wir neu bauen!)

Insofern verstehe ich nicht, dass Sie heute hier so ein Theater machen, es sei ja alles so furchtbar und in Köln klappe das mit den Brücken nicht. Außerdem, meine Damen und Herren, habe ich mich am Freitag im Regionalrat ausgesprochen gewundert über das Abstimmungsverhalten der Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, die dort einige Dinge aus dem Bundesverkehrswegeplan, der dort zur Weitergabe beschlossen wurde, abgelehnt hat, die insbesondere den Verkehrsknoten Köln betreffen. Auch aus diesem Grunde wundere ich mich, dass heute eine solche Resolution zur Abstimmung gestellt wird. Vielleicht fehlt da intern die Abstimmung, aber das kann man ja nachholen; das ist sicherlich kein Problem.

Zu den Punkten, die Sie in Ihrer Resolution aufgelistet haben: Auch wir werden den Punkten 1 bis 5 zustimmen. Dem Punkt 6 können wir nicht zustimmen, weil die Diskussion auch bei uns in eine andere Richtung zielt als bei Ihnen. Deswegen beantrage ich für die FDP-Fraktion, die Punkte einzeln abstimmen zu lassen, vielleicht ohne endgültige Abstimmung der gesamten Resolution. Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, dies bei der Abstimmung zu beachten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat den denn rausgelassen? – Martin Börschel [SPD]: Freigänger! – Heiterkeit)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie haben heute eine Aktuelle Stunde zur Verkehrsinfrastruktur in Köln beantragt. Da hat wieder jemand Fernsehen gesehen und sich gedacht: Jetzt musst du was tun. Das alles, was wir da gesehen haben, ist ja schlimm. – Wir fragen uns nur: Warum ist das nicht schon viel früher aufgegriffen worden? Sie regieren doch in Nordrhein-Westfalen seit 40 Jahren und tun nichts. Sie müssen erst „Westpol“ schauen, um sagen zu können: Jetzt muss ich etwas tun, damit unsere Infrastruktur erhalten wird. Konkret bedeutet das: Man wartet so lange, bis der Statiker sagt, es geht nicht mehr. Man ist nicht bereit, in den Werterhalt unserer Infrastruktur, die der Steuerzahler bezahlt hat, zu investieren.

Stellen Sie sich mal vor, ein Einfamilienhausbesitzer würde so vorgehen: Wenn er die Gelder, die er für den Werterhalt des Hauses braucht, immer nur dafür ausgäbe, um in den Urlaub zu fahren, würde er irgendwann vor einem Desaster stehen, nämlich dann, wenn sein Haus zusammenkracht. Genau dasselbe tun Sie und meinen noch, der Bürger würde das nicht merken.

Eben wurde ein Haushalt eingebracht, wo die Stadt Köln gedenkt, 3 800 Millionen Euro auszugeben. Da frage ich mich: Ist wirklich kein Geld da für den Werterhalt? Muss immer erst der Statiker kommen und sagen: Hier muss gesperrt werden, das geht nicht mehr? Ich erinnere nur an die Zoobrücke. Da musste man eine Baustelle simulieren, damit nicht mehr so viele Leute über die Brücke fahren, weil man Angst hatte, dass sie einkracht. Und mit einstürzenden Neubauten haben wir ja in Köln auch Erfahrung, Stichwort Stadtarchiv und Ähnliches.

Genau das wollen wir verhindern. Wir von der Fraktion pro Köln wollen, dass hier eine Bestandsaufnahme gemacht wird. Wir wollen für die Bürger den Werterhalt unserer Infrastruktur gewährleisten. Da versagen Sie als Altparteien auf ganzer Linie. Bedenken Sie bitte, dass ein Drittel des Kölner Trinkwassers im Rohrnetz bzw. im Erdreich versickert, ohne den Verbraucher zu erreichen! Auch dort gibt es Probleme. Auch über die gehen Sie einfach hinweg, indem Sie den Leuten sagen, das wäre ein Naturgesetz. – Nein, Sie brauchen noch mehr Einnahmen. Zu den 3 800 Millionen Euro, die Sie ausgeben wollen, brauchen Sie noch mehr Einnahmen; da wollen Sie den Bürgern jetzt in die Tasche greifen. Dazu sagen wir: Nein, so geht es nicht. Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Die Bürger haben einen Anspruch darauf. Dafür steht die Fraktion pro Köln. Wir werden jetzt immer genau hingucken. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Wolter, Sie wollen noch einmal etwas sagen?

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich hätte noch eine Frage an den Vertreter des NVR, Herrn Dr. Reinkober. Können Sie uns noch einmal kurz die Zusammenwirkung der Förderprojekte, die jetzt geplant sind, erläutern?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kennen wir doch schon alles! Das können wir im Verkehrsausschuss machen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich würde auch vorschlagen, diese Dinge im Einzelfall im Verkehrsausschuss zu klären.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie darauf bestehen, kann ich es nicht verhindern. Mein Vorschlag ist, diese Dinge im Verkehrsausschuss zu beraten, weil sie von hohem Spezialisierungsgrad sind. Deswegen sollten wir jetzt auf eine Erörterung hier verzichten. Im Übrigen begleitet mich Herr Dr. Reinkober zum Gespräch bei Verkehrsminister Groschek, der morgen, 8.30 Uhr, dazu eingeladen hat, dieses Thema in einer Gemeinschaftsrunde mit anderen Betroffenen zu erörtern. Dort werden wir uns wiedersehen. Okay? – Ja.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Resolution. Wie eben gehört, treffen die Punkte 1 bis 5 auf große Zustimmung. Deswegen lassen wir zunächst über die Punkte 1 bis 5 abstimmen. Wer für die Punkte 1 bis 5 der Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann. Also: einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beschlussfassung über Punkt 6 der Resolution. Wer für Punkt 6 ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und die Grünen natürlich. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch Punkt 6 der Resolution angenommen.

Wir kommen damit zur Beschlussfassung über die Resolution insgesamt. Wer für die Punkte 1 bis 6 dieser Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der CDU, der FDP und der Fraktion pro Köln ist die Resolution damit – einstimmig – angenommen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

I. Beschluss zu Ziffer 1 bis 5 des Resolutionstextes:

Resolution zur Aktuellen Stunde des Rates am 18.12.2012

Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln

Der Zustand der Brückenbauwerke von Bundesfernstraßen und der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist in vielen Fällen besorgniserregend. Ursache für diesen Zustand ist eine seit vielen Jahren stattfindende Unterfinanzierung der Bundesfernstraßen und des Schienennetzes und damit einhergehend eine mangelnde Unterhaltung der Bauwerke. Die Situation erfordert umgehendes Handeln, damit die Verkehrsinfrastruktur wieder verkehrssicher und leistungsfähig wird. Dafür ist ein umfassendes Sanierungsprogramm in NRW aufzulegen, für das der Bund als Baulastträger und das Land als durchführende Planungsbehörde die notwendigen Mittel bereitstellen müssen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

1. *Die Planungen zum Neubau der Leverkusener Brücke zeitnah anzugehen und die Baumaßnahmen zügig durchzuführen. Die Stadt Köln wird dazu im Rahmen ihrer Verantwortung die bestmögliche Unterstützung leisten.*

2. *Ein Baustellenmanagement für die konkreten Erneuerungs- bzw. Ertüchtigungsphasen von Brückenbauwerken in Abstimmung mit den Kommunen durchzuführen und im Vorfeld jeweils Ausweichrouten für den Straßen- und Schienenverkehr zu gewährleisten und zu priorisieren.*

3. Eine umgehende Sanierung der teils über 100 Jahre alten Eisenbahnbrücken in Köln, um den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu garantieren, damit der erheblichen Bedeutung des Knoten Kölns für die Wirtschaftsregion Rechnung getragen wird. Im Rahmen der Brückensanierung ist durch verschiedene kleinere Ausbaumaßnahmen eine Trennung des Güterfern- und Nahverkehrs zu realisieren, um weiterhin die europaweiten Ost-West- und Nord-Süd-Güterverkehre zu ermöglicht und ein Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Nur so kann eine Veränderung im Modal Split im Verkehrsaufkommen – insbesondere für den Güterverkehr – erreicht werden.

4. Gegenüber dem Bund die Interessen des Landes und der Gemeinden im Hinblick auf ein zukunftsfähiges und auskömmliches Finanzierungskonzept für die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Deutschland einzubringen, welches auch Gewähr bietet, künftig mehr Güter auf Schienenwegen und Wasserstraßen zu transportieren.

5. Als erster Schritt ist eine kurzfristige Bereitstellung von Planungsmitteln für den Eisenbahnknoten Köln zur Kapazitätsausweitung im Schienengüter- und Personenverkehr erforderlich. Insbesondere für das Überwerfungsbauwerk/Brückenbauwerk in Hürth-Kalscheuren und den Ausbau der Nord-West-, der West- und der Süd-Westspange im Knoten Köln (angemeldete BVWP-Maßnahmen) sowie der S11 mit dem Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke (aufgenommene GVFG-Maßnahme). Die Verwaltung der Stadt Köln stellt dazu einen zentralen, ämterübergreifenden Ansprechpartner für die Beteiligten aus Bund, Land, NVR und der DB.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 6 des Resolutionstextes:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

6. Sich für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Fahrzeuge über 7,5 t auf allen Straßen der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, deren Aufkommen zweckgerichtet zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt gemäß §5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Ra-tes und der Bezirksvertretungen, die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung und zur Weitergabe des nachfolgenden Resolutionstextes an die Verwaltung zu überweisen:

Resolution zur Aktuellen Stunde des Rates am 18.12.2012

Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln

Der Zustand der Brückenbauwerke von Bundesfernstraßen und der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist in vielen Fällen besorgniserregend. Ursache für diesen Zustand ist eine seit vielen Jahren stattfindende Unterfinanzierung der Bundesfernstraßen und des Schienennetzes und damit einhergehend eine mangelnde Unterhaltung der Bauwerke. Die Situation erfordert umgehendes Handeln, damit die Verkehrsinfrastruktur wieder verkehrssicher und leistungsfähig wird. Dafür ist ein umfassendes Sanierungsprogramm in NRW aufzulegen, für das der Bund als Baulastträger und das Land als durchführende Planungsbehörde die notwendigen Mittel bereitstellen müssen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kurzfristig von Bund und Land getroffenen Vereinbarungen zur Sanierung und Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke. Mit großer Sorge sieht der Rat der Stadt Köln den weiteren großen Sanierungsbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur und den Bundesfernstraßen im Großraum Köln. Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von den beteiligten Aufgabenträgern bei Bund, Land, NVR und der Bahn:

1. Die Planungen zum Neubau der Leverkusener Brücke zeitnah anzugehen und die Baumaßnahmen zügig durchzuführen. Die Stadt Köln wird dazu im Rahmen ihrer

Verantwortung die bestmögliche Unterstützung leisten.

2. *Ein Baustellenmanagement für die konkreten Erneuerungs- bzw. Ertüchtigungsphasen von Brückenbauwerken in Abstimmung mit den Kommunen durchzuführen und im Vorfeld jeweils Ausweichrouten für den Straßen- und Schienenverkehr zu gewährleisten und zu priorisieren.*

3. *Eine umgehende Sanierung der teils über 100 Jahre alten Eisenbahnbrücken in Köln, um den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu garantieren, damit der erheblichen Bedeutung des Knoten Kölns für die Wirtschaftsregion Rechnung getragen wird. Im Rahmen der Brückensanierung ist durch verschiedene kleinere Ausbaumaßnahmen eine Trennung des Güterfern- und Nahverkehrs zu realisieren, um weiterhin die europaweiten Ost-West- und Nord-Süd-Güterverkehre zu ermöglicht und ein Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Nur so kann eine Veränderung im Modal Split im Verkehrsaufkommen – insbesondere für den Güterverkehr – erreicht werden.*

4. *Gegenüber dem Bund die Interessen des Landes und der Gemeinden im Hinblick auf ein zukunftsfähiges und auskömmliches Finanzierungskonzept für die gesamte Verkehrsinfrastruktur in Deutschland einzubringen, welches auch Gewähr bietet, künftig mehr Güter auf Schienenwegen und Wasserstraßen zu transportieren.*

5. *Als erster Schritt ist eine kurzfristige Bereitstellung von Planungsmitteln für den Eisenbahnknoten Köln zur Kapazitätsausweitung im Schienengüter- und Personenverkehr erforderlich. Insbesondere für das Überwerfungsbauwerk/Brückenbauwerk in Hürth-Kalscheuren und den Ausbau der Nord-West-, der West- und der Süd-Westspange im Knoten Köln (angemeldete BVWP-Maßnahmen) sowie der S11 mit dem Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke (aufgenommene GVFG-Maßnahme). Die Verwaltung der Stadt Köln stellt dazu einen zentralen, ämterübergreifenden Ansprechpartner für die Beteiligten aus Bund, Land, NVR und der DB.*

6. *Sich für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Fahrzeuge über 7,5 t auf allen Straßen der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, deren Aufkommen zweckgerichtet zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Kirchmeyer beantragte Einzelabstimmung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Werkes der Künstlerin Klara Lidén
4083/2012

Gibt es Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Das ist angenommen. Wir bedanken uns bei der Künstlerin ganz herzlich.

Der Rat nimmt die Schenkung des Werkes „Untitled (Bench)“, 2011 von Klara Lidén als Schenkung durch Klara Lidén an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

3.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung eines zweiteiligen Werkes des Künstlers Tony Matelli
4085/2012

Keine Wortmeldungen. – Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. – Damit ist diese Schenkung so angenommen.

Der Rat nimmt die Schenkung des zweiteiligen Werkes „Abandon“ von Tony Matelli als Schenkung durch die Buchhandlung Walther König GmbH & Co.KG an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu den Punkten unter Tagesordnungspunkt 4:

4. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1.1:

4.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung“
AN/1947/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2030/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Philippi, bitte.

Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt ja nicht allzu häufig vor, dass die vier großen demokratischen Fraktionen dieses Hauses einen gemeinsamen Antrag einbringen. Das dokumentiert hier und heute die besondere Bedeutung der Ihnen vorliegenden Resolution, vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler an unseren Kölner Schulen, aber darüber hinaus auch für alle an der Bildung beteiligten und interessierten Menschen hier in unserer Stadt.

Für die Bildungslandschaft in Köln war es ein entscheidender Impuls, die kommunale Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung auf insgesamt 129,5 Stellen zu erweitern. Im Zuge der Veränderungen der Schullandschaft von reinen Lerninstitutionen hin zu bildungsfreundlichen Lebens- und Lernräumen ist es wichtig, unsere Schulen für andere Berufsgruppen zu öffnen, deren Arbeit für die Entwicklungsprozesse junger Menschen relevant ist. Die rechtsverbindliche Forderung nach schulischer Inklusion beinhaltet geradezu den Einsatz von Teams unterschiedlicher Professionen. Nur mit ihnen zusammen lässt sich jedes einzelne Kind gezielt und sachgerecht fördern.

Meine Damen und Herren, wir müssen anfangen, die Bereiche Ganztag, Inklusion und Schulsozialarbeit zusammenzudenken. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein für eine individuell zugeschnittene sozialpädagogische Beratung und Aufarbeitung von sozialen und familiären Problemsituationen bei jungen Heranwachsenden.

Ich möchte auf die fachlich-inhaltliche Darstellung der Schulsozialarbeit hier nicht weiter eingehen. Wer sich dafür interessiert, empfehle ich einen Blick auf den neu eingestellten Internetauftritt der Landesarbeitsgemeinschaft der Schulsozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen, nämlich: *schulsozialarbeit.eu*. Sie hat sich gerade erst vor vier Wochen gegründet, auch dies ein Hinweis auf die Aktualität und die Wichtigkeit dieses Themas.

Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind vor Ort präsent. Sie können verlässliche Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen aufbauen und mit ihren Angeboten präventiv wirken. Dadurch können teure Hilfen nachgehender Jugendhilfe erspart und Folgeerscheinungen wie Kriminalität oder Suchtabhängigkeit verhindert werden.

Meine Damen und Herren, die derzeit an unseren Schulen beschäftigten, qualifizierten Fachkräfte arbeiten sehr erfolgreich. Es gibt zahlreiche positive Rückmeldungen von Schulleitungen, die deutlich machen, dass Schule aufgrund der Unterstützung durch Schulsozialarbeit dem Erziehungsauftrag besser gerecht werden kann. Die Zahl der Schulabbrecher in Köln sinkt, erfreulicherweise.

Die Startphase wurde nun erfolgreich eingeleitet. Wichtig ist aber die dauerhafte und nachhaltige Förderung. Neben der fachlichen Qualifikation ist die personelle Kontinuität ein wesentlicher Garant für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit. Deshalb brauchen wir die 88 befristeten Stellen selbstverständlich über den 31. Dezember 2013 hinaus. Angesichts der Botschaften, die wir eben über den städtischen Haushalt gehört haben, geht unser gemeinsamer Appell somit nach Berlin: Wir brauchen qualifizierte und nachhaltige Schulsozialarbeit für unsere Schülerinnen und Schüler, und wir wünschen uns im gleichen Zug eine sichere berufliche Perspektive für die in Köln arbeitenden Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Den Änderungsantrag der Linken lehnen wir ab. Es geht uns in unserer Resolution dezidiert um Schulsozialarbeit. Wir glauben, jede weite-

re Forderung nach anderen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verwässert nur unser wichtiges Anliegen hier in Köln.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine breite Zustimmung zu unserer gemeinsamen Resolution. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Dann Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 4. Oktober 2011 schrieb eine große Kölner Zeitung einen interessanten Artikel unter dem Titel „Schulen bekommen Schulsozialarbeiter“.

> Das Bildungspaket des Bundes macht's möglich: Die Stadt kann ab November 87 zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter an Schulen einrichten. Ein wahrer Geldsegen in Zeiten knapper Kassen versetzt die Kommunen in die Lage, etwas zur Verbesserung der Chancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu tun. ...
>
> Der Haken des Bundesprogramms: Das Geld fließt nur bis Ende 2013. Wie es danach mit den befristeten Arbeitsverhältnissen weiter geht, ist unklar. Der Bund geht davon aus, dass dann die Kommunen in die Finanzierung einsteigen. Köln wie andere Städte halten das für ausgeschlossen. „Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass man die Stellen dann alle wegspart“, so Schul- und Jugenddezernentin Agnes Klein. „Wir werden mit dem Bund verhandeln müssen.“

Ich hoffe, unsere Resolution trägt dazu bei, dass die Verhandlungsposition unserer Jugenddezernentin in Berlin erfolgreich sein wird, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über diesen einvernehmlich gestellten Antrag haben wir schon vieles gehört. Es freut mich sehr, dass wir das als Vierer-Antrag stellen. Nichtsdestotrotz ist es für mich nicht leicht, hier als Dritte zu reden, ohne Sie langweilen. Wir sind uns ja alle einig; das ist wunderbar. Hier muss man keinen überzeugen; das ist sehr schön.

Meine Vorredner haben schon viel Richtiges gesagt und die Bedeutung und den Umfang der Schulsozialarbeit, die wir in Köln haben, hervorgehoben. Es geht um knapp 130 Stellen, die wir Köln in Gänze behalten wollen. Wir wollen dieses Programm in Gänze fortsetzen.

Um Ihnen noch einmal klarzumachen, worüber wir hier eigentlich reden und warum wir als Schul- und als Jugendpolitiker das für besonders wichtig halten, ein kurzer Exkurs: Schulsozialarbeit ist keine Erfindung des frühen dritten Jahrtausends. Sie ist auch kein Instrument allein der Schulbehörde. Bereits in den 70er-Jahren haben zahlreiche Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe wie das Deutsche Jugendinstitut die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe erkannt, gefordert und diskutiert. Und darum geht es heute: um die bessere Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen Schule und Jugendhilfe.

Sie sehen, Schulsozialarbeit leistet genau das, nämlich bessere Zusammenarbeit. Das ist nicht neu. Das ist auch kein neuer Trend, der mal ausprobiert werden sollte, um festzustellen, welche Effekte er hat. Das ist ein bewährtes Instrument gegen Bildungsarmut, gegen die Folgen wirtschaftlicher Armut wie soziale Exklusion von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien. Schulsozialarbeit ist somit ein Teil von Integration. Deswegen brauchen wir in Köln auch weiterhin dieses verlässliche, gut ausgebaute Netz an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern.

Aber warum brauchen auch wir als Politik das? Warum ist es aus Sicht der Politik wichtig? Damit können wir Synergien herstellen; denn mit Schulsozialarbeit ist eine bessere Vernetzung möglich. Die verschiedenen personellen und finanziellen Ressourcen können besser ausgeschöpft werden. Der Brückenschlag zwischen Schule und Jugendhilfe kann endlich gelingen. Dazu trägt Schulsozialarbeit bei. Ich finde es wichtig, dass der Bund dies auch anerkennt und die nun angestoßenen wesentlichen Strukturverbesserungen nicht wieder auf

die kommunale Ebene abwälzt, sondern dies als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wertet, bei der sich der Bund nicht wegducken und sagen kann: Nach 2013 müsst ihr als Kommune das selbst stemmen.

Ich finde es schön, dass der Rat der Stadt Köln diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt und heute diesen Vierer-Antrag beschließen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen von SPD und CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Jahn. – Wir kommen zu Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Redebeiträgen von Rot und Grün, von Herrn Philippi und Frau Jahn, und deren Lob für die Schulsozialarbeit muss ich sagen: Ein bisschen kann man heute an ein Weihnachtswunder glauben; denn schließlich wird die Schulsozialarbeit durch das Bildungspaket der schwarz-gelben Bundesregierung finanziert. Ich habe mich wirklich darüber gefreut, dass Sie einmal anerkannt haben, was dieses Bildungspaket geleistet hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist nämlich genau dasselbe Bildungspaket, das SPD und Grüne nach seiner Einführung mit großer Häme und scharfer Kritik überzogen und stattdessen den KölnPass wie eine sozialpolitische Monstranz vor sich her getragen haben.

(Beifall bei der FDP)

Zugegeben: Es gab Schwierigkeiten bei der Einführung des Bildungspaketes, insbesondere bei dessen Umsetzung. Aber geärgert hat es mich schon, dass Rot-Grün mit dem fast ständigen Verweis auf den KölnPass dafür gesorgt hat, dass die Möglichkeiten des Bildungspaketes, insbesondere dessen finanzielle Möglichkeiten, nur zögernd genutzt worden sind. Das wurde uns im Sommer dieses Jahres sogar von der rot-grünen Landesregierung bestätigt. In einem Schreiben des Sozialministeriums wurde festgestellt, dass die Stadt Köln die Mittel des Bildungspaketes im Vergleich zu anderen nordrhein-westfälischen Städten nur unterdurchschnittlich nutzt.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört! – Reinhard Houben [FDP]: Hochmut ist so etwas!)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist der Meinung: Angesichts der angespannten Haushaltssituation – das haben wir ja heute noch einmal belegt bekommen – kann es sich Köln nicht leisten, Gelder, die die Bundesregierung zur Verfügung stellt, liegen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn an diesem Punkt jetzt ein Umdenkprozess in der Verwaltung und vielleicht auch bei der rot-grünen Ratsmehrheit stattgefunden hat, ist das ein schöner Erfolg: sowohl ein finanzieller Erfolg, weil es sich Köln in Zeiten knapper Kassen, wie gesagt, nicht leisten kann, Finanzmittel liegen zu lassen, aber auch ein sozialpolitischer Erfolg, weil durch das Bildungspaket soziale Maßnahmen in dieser Stadt finanziert werden können; ich nenne nur das Stichwort „Lernförderung“. All dies würde es ohne das Bildungspaket nicht geben.

Ich könnte jetzt noch einmal auf die Bedeutung von Schulsozialarbeit eingehen; das werde ich aber nicht tun. Stattdessen will ich einen Punkt aufgreifen, den Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede angesprochen haben, nämlich dass man nicht davon ausgehen dürfe, dass zeitlich begrenzte oder Pilotprojekte automatisch weiter verlängert werden. – Wenn es aber um ein zeitlich begrenztes Projekt der Bundesregierung wie die Finanzierung von Schulsozialarbeit geht, dann heißt es bei Rot-Grün sofort: Kein Thema, das muss verlängert werden! Ich glaube, wenn wir das fordern, dann muss auf allen Ebenen mit gleichen Maßstäben gemessen werden. Das würde ich mir auch in diesem Fall wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen diese Forderung und werden uns auch bei unseren Abgeordneten dafür einsetzen. Nur: Gleiches Maß für alle!

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Änderungsan-

trag zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht. Ich beziehe mich sowohl darauf als auch auf eine Anfrage unserer Bundestagsabgeordneten sowie auf die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage hier im Rat, die Ihnen als Tischvorlage vorliegt.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Änderungsantrag die Sache nicht – wie Sie gesagt haben – verwässern würde. Ganz im Gegenteil, er würde unsere Position stärken. In den Beiträgen hier hat man sich eigentlich gar nicht mehr mit der Schulsozialarbeit befasst, sondern nur auf das Bildungspaket an sich hingewiesen.

Unseren Abgeordneten wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, dass die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket 2012 spitz abgerechnet werden und die Kommunen ab 2013 nur noch Gelder in Höhe der in 2012 abgerufenen Mittel erhalten werden. Das konterkariert all unsere Bemühungen und all unser Werben für diese Maßnahmen. Auch wenn wir das Bildungspaket von Frau von der Leyen für handwerklich schlecht gemacht halten, gibt es uns als Kommune doch die Möglichkeit, Bildung für Kinder, die sonst ausgegrenzt werden, zu finanzieren.

Leider machen immer noch viel zu wenig arme Kinder bzw. deren Eltern ihre Ansprüche geltend. Hier ist auch Bürokratieabbau gefordert. Bei der Kürzungsorgie, die im sozialen Bereich ansteht, werden selbst beim Mittagessen fast 50 Prozent der Kinder zurückgelassen. Frau Kraft hatte es sich ja einmal groß auf die Fahne geschrieben, kein Kind zurücklassen zu wollen. In anderen Leistungsbereichen haben wir zum Teil nur eine Inanspruchnahme im einstelligen Bereich.

Deshalb werbe ich für die Erweiterung Ihres Antrags. Die Kommunen müssen die Mittel im bisherigen Rahmen zur Verfügung gestellt bekommen, damit auch künftige Antragstellerinnen und Antragsteller nicht zurückgelassen werden.

Zu Ihrem Antrag: Wir unterstützen ihn natürlich. Schulsozialarbeit ist sinnvoll. Die nach ihrer Einarbeitungszeit jetzt gut vernetzten und gut angenommenen Schulsozialarbeiter auszutauschen, würde die Strukturen zerstören und an den Schulen ein großes Loch hinterlassen. Aber Bildung ist auch Ländersache. Darum wollen wir die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Das Land hatte, zumindest was die Inklusion betrifft, den richtigen Weg eingeschlagen. Doch dann stellte das rot-grüne Schulministerium in einem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes klar, dass Inklusion keine Pflichtaufgabe ist, sondern dass die Kommunen, die Inklusion ernst nehmen, dies selbst tragen müssen. So geht es natürlich nicht. Es reicht nicht aus, in der Bildungspolitik zu behaupten, dass man alle Schüler mitnehmen will – das tut man ja mit diesem Gesamtschulkurs ohnehin nicht –; die Landesregierung muss sie auch so finanzieren, dass an den Schulen qualitätsbewusste Arbeit möglich ist.

Als Fazit: Es ist richtig und notwendig, die Beteiligung des Bundes einzufordern, ebenso aber auch eine stärkere Beteiligung des Landes. Im Interesse der Kinder bitte ich Sie, unserem Ergänzungsantrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Stahlhofen. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag von SPD, CDU, Grünen und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Keiner. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist er einstimmig angenommen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Beschluss wird um einen 3. Punkt ergänzt

- *Darüber hinaus bittet der Rat die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund auch dafür einzusetzen, die Mittel für alle übrigen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht zu deckeln, sondern sie den Kommunen im bisherigen Umfang auszuzahlen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Resolution:

- *Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Bildungs- und Teilhabepaket beschlossene Bundesbeteiligung zur Refinanzierung von Schulsozialarbeit über 2013 hinaus fortzuführen.*

- *Weiterhin bittet der Rat die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die gegenwärtige Befristung der Mittelbereitstellung aufgehoben wird und der Bund auch über den 31.12.2013 hinaus Finanzmittel bereitstellt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

4.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine Preiserhöhung bei der KVB“
AN/1925/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Bürger auf der Zuschauertribüne! Nach so viel Harmonie wie beim letzten Antrag kommen wir jetzt zu einem etwas strittigeren Thema, wobei die Intention unseres Antrags nach meiner festen Überzeugung auch mehrheitsfähig in der Kölner Bevölkerung wäre. Ob er hier mehrheitsfähig ist, werden wir gleich erleben.

„Alle Jahre wieder“ möchte man fast sagen. Pünktlich zum Jahreswechsel werden die Preise bei der Bahn erhöht. Dem darf selbstverständlich der Nahverkehr in deutschen Städten nicht nachstehen und hat, bundesweit gesehen, eine durchschnittliche Erhöhung der Fahrpreise um 3,5 Prozent angekündigt. Hier wiederum kann auch die Kölner KVB nicht fehlen. Sie kündigt sowohl für das Jahr 2013 als auch für das Jahr 2014 Preiserhöhungen an: 2013 um 3,9 Prozent, 2014 um mindestens 3,6 Prozent. Dies trifft vor allem Pendler und Geringverdiener.

Die Begründung für diese Preiserhöhungsorgie ist zudem mehr als abenteuerlich. Hauptgrund seien gestiegene Benzin- und Energiekosten, wird angeführt. Diese Kosten steigen zwar in der Tat für jeden Normalbürger, aber nur unwesentlich für Bahn und KVB; denn die Steigerung der Energiepreise ist in der Erhöhung der EEG-Umlage begründet. Diese steigt um rund 50 Prozent. Jedoch ist die KVB von dieser Abgabe vollständig befreit. Für sie entstehen in diesem Bereich überhaupt keine neuen Kosten. Zudem gaben mehrere Nahverkehrsbetriebe und selbst die Deutsche Bahn zu, dass für sie als Großkunden die Strompreise insgesamt gesehen sogar rückläufig seien. Dies bedeutet: Die Nahverkehrsunternehmen zahlen sogar weniger Energiekosten als früher. Die Preiserhöhung dient also in erster Linie zur Ausweitung der Gewinnmarge. Das muss man einfach mal zu den Hintergründen festhalten.

Auch bei den Benzinkosten sind Nahverkehrsbetriebe privilegiert. Zusätzlich zum Mengenrabatt als Großkunden kommen deutliche Steuervorteile. Wo in diesem Bereich also eine Verteuerung für Nahverkehrsunternehmen bestehen soll, ist nicht ersichtlich.

Auf der anderen Seite – das muss man auch festhalten, wenn die Bürger mal wieder zur Kasse gebeten werden sollen – leistet sich die KVB sehr teure Vorstände und Luxusrentner wie den skandalträchtigen Christdemokraten Walter Reinarz, der auf unser aller Kosten hier sein Pensionärsdasein führt, nachdem er sowohl als CDU-Chef als auch als KVB-Vorstand gescheitert ist. Wieso spart man nicht erst einmal in diesem Bereich?

Die Verhältnismäßigkeit bei kommunalen Betrieben bzw. stadtnahen Konzernen im gesamten Bereich der Managementvergütung ist schon länger aus den Fugen geraten. Die Bürger werden immer mehr zur Kasse gebeten, während Politiker der Altparteien in den Aufsichtsräten – auch da gibt es ein Missverhältnis – und diversen Aufsichtsgremien stadtnaher Konzerne oder städtischer bzw. kommunaler Betriebe oder auch bei der Sparkasse Köln-Bonn teilweise hohe fünfstellige Summen pro Jahr einfach mal so nebenbei bekommen. Erinnert sei hier nur an die 47 000 Euro, die zum

Beispiel der SPD-Multifunktionär Martin Börschel im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln-Bonn einstreicht.

Der KVB und den anderen stadtnahen Dienstleistern der kommunalen Daseinsvorsorge sei abschließend ins Stammbuch geschrieben: Wenn wenigstens Service, Angebot, Sicherheit und Komfort im gleichen Maße steigen würden wie die Preise alljährlich, dann wären wir ja schon fast zufrieden. Doch bekanntlich verhalten sich diese Parameter zumeist leider ungekehrt proportional zur Höhe der Preise.

Die Fraktion pro Köln spricht sich deshalb klipp und klar gegen diese neue Preisrunde bei der KVB aus und fordert die anderen Parteien im Kölner Stadtrat auf, dies ebenfalls zu tun. Dafür haben wir heute hier diesen Antrag eingereicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln! – Ralph Sterck [FDP]: Freie Fahrt nach Ossendorf! – Heiterkeit!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die vom Stadtrat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsrat der KVB sich für eine Rücknahme der geplanten Preiserhöhungen im Jahr 2013 und 2014 einsetzen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.3:

4.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell“
AN/1948/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/2014/2012

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Zimmermann das Wort.

Michael Zimmermann (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon 2006 hat der Rat auf rot-grüne Initiative beschlossen, Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte Bodennutzung festzulegen. Geschehen ist bisher leider wenig. Der lange Jahre zuständige Bau- und Planungsdezernent hat dies leider nicht zu seiner Sache gemacht. Wir bedauern das. Deshalb heute unsere erneute Initiative.

Was ist das Ziel? Investoren und Bauherren, die in größerem Umfang von einer städtischen Bauplanung profitieren, sollen einen Beitrag zur Entwicklung Kölns leisten. Mit der Einführung einer Baulandrichtlinie können klare und transparente Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Begünstigten werden angemessen am Planungsaufwand beteiligt. Leere städtische Kassen bieten den Kommunen immer weniger Spielraum für städtebauliche Investitionen und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur, was bisher dazu führt, dass selbst vorhandene Bauflächen nur mit großer Verzögerung entwickelt werden können.

Gemeinsam mit den Grundstückseigentümern wollen wir neues Bauland mobilisieren, indem kurzfristig finanzielle Mittel auch für die Erschließung verfügbar gemacht werden. Wir erhoffen uns eine Erhöhung der Bautätigkeit sowie schnellere Planungs- und Umsetzungsverfahren. Im Gegenzug können alle Investoren darauf vertrauen, dass sie verbindliche Zusagen erhalten und durch klare Rahmenbedingungen auch eine Gleichbehandlung erfahren.

Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass dadurch preisbewusster und transparenter geplant werden kann. Das einheitliche Verfahren zwingt alle Beteiligten zur frühen Kostenermittlung. Für Grundeigentümer und Investoren werden die Forderungen der Stadt ebenfalls transparenter, da auch hier die Kosten belegt werden müssen.

Die Einführung einer solchen Richtlinie wird insbesondere dem Kölner Wohnungsmarkt zugutekommen. Sie wissen ja, dass sich der Druck auf den Wohnungsmarkt in den letzten Jahren erheblich verstärkt hat, wie auch auf unsere Haushaltslage. Das Baulandmodell ist unserer Einschätzung nach ein geeignetes und wirkungsvolles Instrument, um dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum in Köln zu begegnen – einer Stadt, deren Bevölkerung in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter wachsen wird, einer Stadt aber auch, wo jeder zweite Haushalt Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat. Schon Durchschnittsverdie-

ner müssen heute einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben; nach Untersuchungen des Mietervereins über 34 Prozent. In einkommensschwächeren Haushalten liegt die Belastung bei über 45 Prozent. Dazu kommt: Ende 2011 gab es in Köln nur noch 41 600 öffentlich geförderte Wohnungen; das sind gerade mal 7,7 Prozent am Gesamtwohnungsbestand. Das ist natürlich entschieden zu wenig. Im Vergleich: 1990 standen noch über 100 000 Sozialwohnungen zur Verfügung.

Wir haben in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen ergriffen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen, wie zum Beispiel das „Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau“. Im letzten Jahr haben wir den Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm beschlossen. Damit wollten und wollen wir die Landesförderung ergänzen und dem geförderten Wohnungsbau Darlehen zur Verfügung stellen. Doch diese Maßnahmen – das zeigt sich mittlerweile – reichen nicht aus. Wir wissen: Niedrige Zinsen und Mieten jenseits von 10 Euro pro Quadratmeter machen für Investoren – zumindest derzeit – den Bau von Sozialwohnungen in Köln unattraktiv. Da helfen Förderprogramme von Land und Stadt noch zu wenig.

Wie können wir vor diesem Hintergrund unser Ziel erreichen, in Köln jährlich 1 000 bezahlbare, öffentliche geförderte, neue Wohnungen zu schaffen? Das ist ja unser aller Ziel; das ist einvernehmlich. In 2012 haben wir gerade mal ein Drittel geschafft; das ist viel zu wenig. Ich denke, wir müssen unsere Instrumente schärfen. Unserer Meinung nach ist ein wichtiges Instrument das kooperative Baulandmanagement. Dazu wird meine Frau Moritz

(Heiterkeit)

- wir müssen uns das ein bisschen aufteilen – in ihrer Rede sicherlich gleich noch weitere Einzelheiten nennen. Daher will ich mich jetzt darauf beschränken, zu sagen: Leider haben wir sechs Jahre verloren. 2006 waren wir mit dieser Idee – neben München – noch Vorreiter. Inzwischen gibt es andere Städte in vergleichbarer Situation wie Köln, die dieses Modell bereits erfolgreich eingeführt haben, darunter das damals CDU-regierte Hamburg, das damals CDU-regierte Stuttgart und andere Städte mehr. Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen.

Wir erwarten kurzfristig einen Vorschlag der Verwaltung. Ich bin zuversichtlich, dass unser neuer Baudezernent engagiert und zügig an dieser Richtlinie arbeiten wird.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist eine Drohung!)

Gemeinsam mit der Bauwirtschaft, Investoren und Interessenverbänden wollen wir ein erfolgreiches Modell für Köln erarbeiten. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unserer Antragsinitiative. – Danke schön.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein Satz zum Ergänzungsantrag der CDU: Die CDU möchte noch einen Punkt 4 hinzufügen. Dieser lautet wie folgt:

> Die vorgenannten Planungen dürfen weder zu Mietsteigerungen im frei finanzierten Wohnungsbau, noch zu höheren Preisen für Eigentumswohnungen bzw. Einfamilienhäusern führen. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die die Einkommensgrenzen für einen Wohnungsberechtigungsschein nicht erreichen, muss Wohnen in Köln attraktiv und leistbar bleiben.

Das ist ein Punkt, den wir gerne übernehmen können. Ich freue mich, dass wir dieses Projekt gemeinsam angehen. Denn je breiter das Ganze getragen wird, desto besser ist es und desto erfolgreicher sind wir. – Danke schön.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich ein bisschen Eigenwerbung machen? Unsere allseits beliebte Zeitung

(Die Rednerin hält die Zeitschrift *Rathaus Ratlos* hoch)

macht ganz groß auf mit „Eigentum verpflichtet“. Ich will das mal vorausschicken; denn das ist die eigentliche Idee, die dahintersteht. Die sozial gerechte Bodennutzung, hier „Kooperatives Baulandmodell“ genannt – das ist im Prinzip dasselbe, nur in einem anderen Gewand –, setzt auf § 1 Abs. 6 des Baugesetzbuches auf, in dem davon die Rede ist, dass mit der Bau-

leitplanung eine soziale Verantwortung verbunden ist. Darauf setzen wir.

Ich will jetzt nicht alles wiederholen, was Herr Zimmermann schon gesagt hat; denn ein Teil dessen, was ich sagen wollte, hat er schon vorgetragen. Ich möchte hier keinen langweilen. Daher möchte ich auf den Prozess eingehen. Warum hat es eigentlich so lange gedauert: von 2006 bis heute?

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist nur die Schuld vom Beigeordneten! Das haben Sie doch gehört!)

- Also, wollen Sie meine Meinung hören oder nicht?

(Ralph Sterck [FDP]: Sie wollen doch dem Kollegen nicht widersprechen!)

Ich sage Ihnen, was ich glaube, warum das so lange gedauert hat. Wir haben nämlich großen Wert darauf gelegt, eine lange Debatte darüber zu führen: mit den Akteuren des Wohnungsmarktes und auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften, die nicht gerade im rot-grünen Lager angesiedelt sind, beispielsweise mit der IHK. Wir wollten, dass die IHK das unterstützt; denn wir wollen ja nichts gegen die Wirtschaft machen, sondern wir wollen mit der Wirtschaft im Prinzip eine Kooperation eingehen, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Ich kann mich gut daran erinnern, wie dieses Hearing damals abgelaufen ist. Ich weiß nicht, ob Sie damals beim Hearing dabei waren, Herr Sterck. Bevor die Verwaltung ihre Gäste auffordern konnte, Erfahrungen aus anderen Ländern vorzutragen, wusste die IHK schon, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Das ist sehr interessant. Man geht in ein Hearing, man hört –

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ach, ist das anstrengend, wenn einer immer dazwischen quatscht.

(Ralph Sterck [FDP]: Wie in der Schule!)

- Ich mache das auch immer, deswegen nehme ich Ihnen das nicht übel. Trotzdem ist das anstrengend, weil ich nämlich gerade versuche, Ihnen nicht meine schriftlich vorbereitete Rede zuzumuten, sondern frei zu sprechen. Sie aber quasseln dauernd dazwischen. Herr Oberbürgermeister, ich finde das anstrengend.

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde den Sterck in die Ecke stellen! Oder auf die stille Treppe!)

Ich wollte gerade von diesem Hearing erzählen. Die Verwaltung hatte aus verschiedensten Städten – kleinen und großen, darunter auch Hamburg und München – Verwaltungsmitarbeiter eingeladen, die vorgetragen haben, welche Erfahrungen mit diesem Modell bereits gemacht worden sind. Die IHK wusste vorher schon, welche Schlüsse man aus diesen Erfahrungen ziehen muss. Das finde ich ausgesprochen traurig, und das hat mich sehr enttäuscht.

Anders war es dann im Wohnungsbauforum; denn in der Zeit von 2005 – als sich die einjährige Große Koalition glücklicherweise dem Ende zuneigte – bis heute, gab es sechs unterschiedliche Beschlüsse zu einem ganzen Instrumentenkoffer der Wohnungspolitik. Es war also hier immer ein Thema, das uns alle sehr umgetrieben hat, ein Thema, das übrigens jeden Tag in den Medien in allen Wachstumsstädten Deutschlands ist.

Noch eine Randbemerkung: Köln ist übrigens die letzte der Wachstumsstädte in Deutschland, die noch kein Modell der sozial gerechten Bodennutzung hat. Auch das ist interessant.

Dann sind wir mit dem Thema ins Wohnungsbauforum gegangen. Das war wiederum interessant, auch weil sich die Akteure, das heißt Investoren und Finanziers, gegenüber diesem Modell sehr viel aufgeschlossener gezeigt haben. Was haben sie daran so geschätzt? Sie haben sich davon drei Dinge versprochen: erstens gleiche Bedingungen für alle – das ist in Köln nämlich noch lange nicht der Fall –, zweitens Planungssicherheit und drittens Transparenz. Das war es, was sie sich erhofften, und das ist gut.

Ich bin auch dafür, den Änderungsantrag der CDU zu beschließen. Ich finde, er schadet nichts, aber er nützt auch nichts, weil man das, was die CDU vorschlägt, gar nicht überprüfen kann.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenigstens ehrlich sind Sie!)

- Ich bin ehrlich. Im Ziel sind wir uns einig, Herr Sterck. Wenn man sich im Ziel einig ist, dann kann man das unterstützen, muss aber überlegen, mit welchen Maßnahmen man sein Ziel am besten erreichen kann.

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Eines steht fest, Herr Klipper: Je mehr Wohnungen wir bauen, umso positiver wirkt sich das auf die Mietentwicklung aus. Das ist einfach so. Das Angebot muss ausgeweitet werden, insbesondere für Menschen, die das nicht selber bezahlen können, und auch für diejenigen – das sage ich in Richtung Verwaltung; das könnte auch in ein für Köln maßgeschneidertes Programm aufgenommen werden –, die knapp über den Transferleistungsgrenzen liegen, damit auch sie preiswerte Wohnungen beziehen können. Das sind nämlich die Menschen, die am meisten gekniffen sind. Auch für sie wollen wir ein Angebot vorhalten. Das würde allerdings bedeuten, dass die Miete deutlich unter der 10-Euro-Marke liegen muss. Zwischen 5,25 Euro und der 10-Euro-Marke ist ja noch ein sehr großer Unterschied.

Ein Schlusssatz: Meine Damen und Herren, wir möchten dieses Instrument auch dafür einsetzen, damit sich die Mischung in den Stadtteilen verbessert. Deshalb wollen wir auf jeden Fall auch eine sozialräumliche Betrachtung in dieses maßgeschneiderte Kölner Modell einfließen lassen. Ich hoffe, dass die Verwaltung es schafft, dass wir wirklich Mitte des Jahres 2013 einsteigen können. Wir hoffen natürlich, dass wir damit wirklich auch alle Ziele – wir sind uns ja eigentlich alle einig, dass wir das wollen – treffsicher erreichen. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Moritz. – Dann Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen die ganze Sache unter dem Aspekt betrachten: Sind Wohnungen in Köln überhaupt noch bezahlbar? Unter Beachtung dieses Aspekts werden wir beurteilen können, ob Ihr Antrag hilfreich ist, den Mietpreisanstieg und den Preisanstieg für Wohnungen in Köln zu dämpfen, ja oder nein. Sollte das nämlich nicht gelingen, werden wir der Vorlage, die ja im März, April oder Mai vorgelegt werden soll, nicht zustimmen. Ich sage das nur, weil die Erfahrungen, die Stuttgart, München und Hamburg mit diesem Modell gemacht haben, bezüglich der Mietpreisentwicklung äußerst negativ ausfallen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick. Seit Jahren wird in der Stadtgesellschaft beklagt, dass es in Köln – Frau Moritz und Herr Zimmermann haben es schon gesagt – zu wenig preiswerte Wohnungen gibt. Der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus an der Gesamtzahl ist zu gering. Insbesondere in den letzten fünf Jahren – das muss man klar feststellen – haben sich die Mietpreise im frei finanzierten Wohnungsbau extrem nach oben entwickelt. Die Preissteigerungen bei Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und Mietwohnungen sind so extrem, dass die Leute das kaum noch bezahlen können.

Aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, das war abzusehen. Ich habe im Wohnungsbauforum – es gab ja mehrere – immer wieder das Problem benannt, nämlich: Wenn wir nicht an Planungsgeschwindigkeit zulegen – das heißt, wenn Bauland ausgewiesen wird, müssen sofort Grundstücke zur Verfügung gestellt werden –, können wir so viel beschließen wie wir wollen, dann passiert nichts. Das ist nach meiner Auffassung der entscheidende Punkt, an dem wir etwas ändern müssen.

Seit 2006 hat Rot-Grün – Barbara Moritz hat es eben erwähnt – jedes Jahr einen Antrag zum Wohnungsbau gestellt. Meist kam er im November/Dezember; das war der Jahresaufschlag.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und im September!)

- Ja, einmal kam er schon im September.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sommer!)

- Einmal kam er sogar schon im Mai, nämlich als das neue Modell vorgestellt wurde. Ja, auch das gab es.

Lassen Sie mich aber über diese Ihnen ja scheinbar unheimlich wichtigen Termine hinweggehen und stattdessen festhalten, was aus Ihrer Forderung „Wir wollen jedes Jahr 1 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen schaffen“ geworden ist. Ergebnis: Dies wurde kein einziges Mal erreicht. Die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen lag bei jährlich 300 bis 400 – mehr nicht.

Wir wollten insgesamt jährlich 3 500 neue Wohnungen – als Einfamilienhaus, Eigentumswohnung oder Mietwohnung – schaffen. Auch diese Zahl ist in der Zeit von 2006 bis heute nie erreicht worden. Nie! Eher waren es 500 bis 600 Wohnungen weniger. Es waren teilweise unter 3 000 wie in 2007. Aber das Ziel, 3 500

Wohnungen im Jahr zu schaffen, ist nie erreicht worden.

Wir wollten alle Wohnungsbaufördermittel in Düsseldorf abrufen. Auch dies ist nicht erfolgt. Das lag am System: dreimal gefordert, aber nie passiert. Für das Wohnungsbauprogramm, das Sie aufgelegt haben, ist keine müde Mark abgeflossen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also, bitte bei der Wahrheit bleiben!)

- Als ich das abgefragt habe, habe ich genau diese Auskunft erhalten. Das ist so. Wenn es anders ist, muss die Verwaltung sagen, wie viel abgeflossen ist. Ich will damit nur sagen, dass von dieser Seite nicht viel passiert ist.

Infolge des enormen Ansturms von Studenten haben wir frühzeitig gefordert – uns allen war bekannt, dass die doppelten Abiturjahrgänge kommen –, dass Studentenwohnungen geschaffen werden. Was ist passiert? Nichts.

Also: Von diesen fünf, sechs Initiativen, die gestartet worden sind, hat Rot-Grün nichts umgesetzt. Zusammenfassend lässt sich sagen: Viel Wind erzeugt, Hoffnungen geweckt, Ergebnisse dürftig und Problemlösungen nicht vorhanden. Grund dafür ist, dass es keinerlei politische Konzeption von SPD und Grünen gibt, mit deren Hilfe die Probleme gelöst werden können.

Ich will das an ein paar Beispielen aus den letzten zwölf Monaten deutlich machen: Man reibt sich an kleinsten – kleinsten! – Bebauungsplänen, weil Klientelpolitik im Vordergrund steht, wie zum Beispiel bei der Ohmstraße in Porz. Man verzögert in Mülheim die Wohnbebauung wegen einer schrägen Ebene. SPD und Grüne lehnen in der BV Rodenkirchen – ich sage extra BV – die Hinterlandbebauung ab, weil fünf Häuser in einem Gebiet von 6 000 Quadratmeter Grundfläche zu viel sind.

(Michael Zimmermann (SPD): Ihr aber auch!)

- Nein, wir haben zugestimmt. Die Grünen lehnen die weitere Bebauung im Sürther Feld ab. Das sind die Beschlüsse aus der letzten BV; Sie können das ja noch einmal nachlesen.

Für mich stellt sich daher die Frage: Wie soll dann ein so massives Problem wie das der fehlenden Wohnungen gelöst werden? Ich sage es noch einmal ganz deutlich, auch wenn ich mich jetzt wiederhole: Das kann nur durch verbesserte und schnellere Abläufe in der Verwaltung sowie mehr Grundstückausweisungen gelöst werden. Ich sage hier ganz klar: Auch Randbebauung bzw. Erweiterung der Ränder an der Stadtgrenze muss einbezogen werden. Es müssen Innenverdichtungen durchgesetzt werden, auch gegen die eigene Klientel. Ich sage auch mit Blick auf Frau Berg: Wir müssen uns ebenso über Umnutzungen bei Brachen unterhalten, nämlich darüber, ob es nicht sinnvoller ist, Wohnungsbau im Innenstadtbereich zu realisieren, statt alte Strukturen zu erhalten. Auch das muss einbezogen werden. Ansonsten werden wir das Problem nicht lösen können.

Nun kommt ein neuer Antrag zur Wohnraumförderung in Form des kooperativen Baulandmodells. Wir stehen diesem Modell, Frau Moritz, das aus München abgekupfert ist, äußerst kritisch gegenüber, weil in München die höchsten Mieten und Mietpreissteigerungen in den letzten Jahren festgestellt wurden, trotz und gerade wegen der Einführung der sozialen Wohnraumordnung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Och nö!)

Um dies einzudämmen – Frau Moritz, ich kann Ihnen gleich noch ein paar Zahlen nennen –, hat selbst der Deutsche Bundestag eine Mietpreisbegrenzung beschlossen – im Deutschen Bundestag als Lex München bezeichnet – und die Steigerung von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren und auf 15 Prozent heruntergesetzt.

Die Mietpreissteigerungen sind so extrem, dass auch immer mehr Menschen mit mittlerem Einkommen gezwungen sind, aus ihrem Viertel wegzuziehen und weit ins Umland auszuweichen. Neben der Spekulation in einen boomenden Markt ist auch die Überwälzung der Kosten, wie Planungskosten, Bereitstellungskosten, Übernahme sozialer Infrastruktur, dafür verantwortlich, dass die Belastung der Bauträger und Grundstückseigentümer mit allgemeinen Kosten dazu führt, dass diese an die Wohnungseigentümer bzw. anschließend an die Mieter weitergeben werden müssen.

Dies – das sage ich ganz deutlich; das bringen wir auch in unserem Antrag zum Ausdruck- wollen wir nicht. Das Modell, das im April/Mai hier vorgestellt wird, muss ganz klar eine solche Zielsetzung haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis April!)

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

- Von mir aus bis April. – Ich sage das deswegen, weil wir es nicht mehr verantworten können, dass diese Preissteigerung letztlich dazu führen wird, dass es auch hier in Köln zu einer Gentrifizierung kommt.

Ich will noch einige Sätze zu München verlieren. In 15 Jahren sind nach diesem Modell auf Grundlage von über 100 Bebauungsplänen zwischen 1994 und 2005 insgesamt 8 450 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden. Wenn Sie das umrechnen, stellen Sie fest: Das sind noch nicht einmal 550 Wohnungen pro Jahr. Auf diesem Modell basierte damals die gesamte Bauplanung in München. Das heißt, aufgrund dieses Modells –

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ohne wären gar keine gebaut worden!)

- Das weiß ich nicht, ob dann keine gebaut worden wären. Die extreme Preissteigerung, Frau Moritz, dürfen Sie nie vergessen. München ist, gemessen an Mieten, an Preisen für Grundstücke, für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen der teuerste Fleck, den es in ganz Deutschland gibt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch nichts mit sozialem Wohnungsbau zu tun!)

- Doch, das hat auch damit zu tun, weil die Kosten überlagert werden. Sie blenden das immer aus, Frau Moritz. Fragen Sie doch mal die Leute, wie die Kosten entstehen. Alle diese Posten werden hinzuaddiert. Das ist der Anfangspreis, auf den der Gewinnaufschlag kommt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist doch widersprüchlich!)

- Natürlich, das ist so. Wir werden uns ja noch im Einzelnen damit zu beschäftigen haben.

Unsere Zielsetzung ist, jede Möglichkeit auszuloten, um neuen preiswerten Wohnraum zu schaffen, sowohl für Studenten als auch für die anderen. Da Sie unseren Ergänzungsantrag übernommen haben, werden wir Ihrem Antrag heute zustimmen, werden aber – das sage ich heute auch ganz klar –, sobald der Vorschlag von der Verwaltung vorliegt, ganz genau prüfen, welche Effekte damit erzielt werden. Erst dann werden wir entscheiden, ob wir diesem Modell zustimmen, ja oder nein. – Danke.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber vorher schon dagegen stimmen!)

- Nein, ich habe nicht dagegen gestimmt.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. – Wir kommen dann zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir den Antrag das erste Mal bei uns in der Fraktion beraten haben, hat Ulrich Breite gesagt, bei „kooperativ“ falle ihm direkt ein, das könne eigentlich nur Sozialismus bedeuten. – Viel anders hört es sich hier jetzt auch nicht an.

Ich bin Ihnen ja dankbar, Frau Moritz, für die sehr ehrliche Rede, die Sie hier gehalten haben. Sie haben gesagt: Das ist genau dasselbe, was wir schon 2006 beschlossen haben. Es ist halt alter Wein in neuen Schläuchen. Jetzt wurde nur der Begriff ausgetauscht: 2006 hieß es: Entwicklung einer Kölner Richtlinie zur „Sozialgerechten Bodennutzung“, jetzt, 2012: Entwicklung einer „Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell“. Wenn nur der Titel ausgetauscht wurde und auch in Ihren Forderungen im Grunde keine neuen Aspekte genannt werden,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die CDU stimmt jetzt dem Sozialismus zu!)

ist das eigentlich zu wenig, uns davon zu überzeugen, plötzlich doch zuzustimmen, nachdem wir im Jahre 2006 den entsprechenden Antrag abgelehnt haben. Denn die Bedenken, die wir haben, sind nach wie vor die gleichen. Das Modell, das Sie hier vorschlagen, macht den Investitionsstandort Köln ohne Grund teurer gegenüber unseren Mitbewerbern, insbesondere gegenüber denen hier auf der Rheinschiene.

(Beifall bei der FDP)

Die Effekte, die in München zu verzeichnen sind – Karl Klipper hat es eben angesprochen –, nämlich teures Bauen, teure Eigentumswohnungen, hohe Mieten, werden einfach von Ihnen ignoriert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und in Frankfurt und in Stuttgart und in Hamburg!)

Sie blenden das einfach aus und sagen, ohne dieses Modell wäre alles noch schlimmer. Möglicherweise ist ja dieses Modell ein Grund dafür, dass sich die Situation in München entsprechend verschlechtert hat.

Der Beschlussvorschlag, den SPD und Grüne hier vorlegen, besagt eigentlich nichts Neues. Man fragt sich: Muss man alten Ratsbeschlüssen immer wieder neue hinterherwerfen, um die Verwaltung endlich zum Arbeiten zu bekommen? Sie haben ja Gott sei Dank mit Herrn Streitberger einen CDU-Mann in der Verwaltung gefunden, dem Sie die Schuld dafür, dass sechs Jahre nichts passiert ist, in die Schuhe schieben können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe dem gar nicht die Schuld gegeben!)

- Entschuldigung, dieser Vorwurf kam in der Co-Rede von Herrn Zimmermann. – Aber eigentlich ist es doch Ihr SPD-Oberbürgermeister, der das alles zu verantworten hat, was in den letzten Jahren hier passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt stellen Sie hier wirklich kraftvoll neue Forderungen für das kooperative Baulandmodell.

(Martin Börschel [SPD]: Sag doch einfach, dass du dagegen bist!)

Sie sagen, es soll ein Vertragsmodell entwickelt werden. Sie wollen noch einmal bei den Institutionen darum werben, unter anderem auch bei der IHK, die Sie hier eben so gescholten haben. Sie wollen also noch einmal viel Liebesmüh investieren,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist wahrscheinlich umsonst!)

um die IHK doch noch von Ihrem Modell zu überzeugen. Und Sie wollen auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgreifen. Ja, meine Damen und Herren, all das, was hier beschlossen werden soll, ist doch eine Selbstverständlichkeit! Wenn wir ein Modell entwickeln, bei dem wir auf Erfahrungen anderer Städte wie München verweisen, ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass die Verwaltung die entsprechenden Erfahrungsberichte einholt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss man wahrscheinlich schon zu einer Pressekonferenz einladen, um diesen alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen zu können und die Presse darauf aufmerksam zu machen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur kein Neid!)

Mit diesem Antrag allein hätten Sie es wahrscheinlich nicht geschafft, in die Presse zu kommen, wobei die eigentliche Nachricht die Notwendigkeit ist, hier einen neuerlichen Antrag – jetzt mit einem anderen Titel – einzubringen; denn das ist eigentlich eine Ohrfeige für die Verwaltung, das ist eigentlich eine Ohrfeige für Ihren eigenen Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

(Martin Börschel [SPD]: Das sieht nur keiner außer dir so!)

Zum Änderungsantrag der CDU. Herr Klipper, Ihnen müssen ja die Ohren geklingelt haben, als Frau Moritz eben gesagt hat, dass sie den CDU-Antrag mit beschließen will, weil das ja nachher sowieso keiner überprüfen kann. Wenn Sie hier heute zustimmen und sich damit in die Verantwortung begeben, sind Sie Rot-Grün auf den Leim gegangen.

(Beifall bei der FDP)

„Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ – das ist das Motto. Hier soll massiv eingegriffen werden. Hier sollen massive Auflagen für Investitionen in Köln auferlegt werden. Aber das soll bitte keine zusätzlichen Kosten verursachen für die Nutzer, für Eigentümer, für Mieter. Meine Damen und Herren, das ist doch Augenwischerei!

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Willst du das denn haben?)

Dass Rot-Grün so leicht Ihren Änderungsantrag zu übernehmen bereit ist, Herr Klipper, das sollte Ihnen zu denken geben,

(Michael Zimmermann (SPD): Die CDU ist sozialistisch geworden! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich will wenigstens Einfluss haben! – Martin Börschel [SPD]: Du bist ja nur neidisch, dass du nicht dabei bist – Lachen bei der FDP)

wie billig Sie hier eingekauft werden. So billig war die CDU schon lange nicht mehr zu haben.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Das ist der enttäuschte Liebhaber!)

Natürlich sind es fromme Wünsche, die Sie hier formulieren. Deswegen können wir uns da guten Gewissens enthalten.

(Martin Börschel [SPD]: Enthalten?)

Man kann ja gar nichts dagegen haben.

(Zurufe: Oh!)

Aber Sie können sicher sein: Bei der Endabstimmung über diesen geänderten Antrag werden Sie die Stimme der FDP nicht bekommen. Wir werden das ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Wir haben eine weitere Wortmeldung von Herrn Detjen.

(Martin Börschel [SPD]: Ralph, jetzt lernst du mal, was Sozialismus ist!)

Jörg Detjen (Die Linke.): Genau. – Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Rede von Herrn Sterck war wenigstens ehrlich. Oder glauben Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dass bei den Kollegen von der CDU das Ahlener Programm durchgedrungen ist? Ich glaube es nicht. Vielmehr glaube ich, dass die CDU die ganze Zeit über Herrn Streitberger die Umsetzung dieses Programms verhindern konnte. Jetzt schaltet sie um, weil sie keinen Dezernenten mehr hat, mit dessen Hilfe sie das verhindern kann

(Lachen bei der CDU)

- so ist es doch! –, und will Sand ins Getriebe streuen. Das ist doch im Prinzip die Strategie der CDU. Ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, damit gut fahren, müssen Sie selber wissen. Wir würden den CDU-Antrag ablehnen, einfach weil er blödsinnig ist. Er ist so gesehen völliger Unsinn, weil Sie von der CDU gar nicht erfasst haben, um welches Problem es hier geht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben es nicht kapiert!)

Herr Klipper, Sie haben es wahrscheinlich erfasst. Es geht nämlich um eine gewisse Umverteilung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

- Genau.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Deshalb hat die CDU natürlich gesagt: Wir wollen, dass die Einfamilienhäuser –

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Ja, natürlich. Klar haben Sie recht. Klar wird es, wenn es um ein Grundstück geht und die Verwaltung mit dem Investor verhandelt, gewisse Bestimmungen geben müssen. Herr Breite, wir sind doch völlig einig; wir haben nur völlig verschiedene Meinungen.

(Martin Börschel [SPD]: Oh, ihr seid euch einig mit der FDP! Das ist ja skandalös!)

- Wir sind uns im Dissens völlig einig.

Auch ich möchte das Beispiel München nennen. In München haben die Investoren gesagt: Liebe Verwaltung von München, unsere Grundstücke werden zum Teil von Gewerbefläche umgewidmet in Wohngrundstücke. Wir wollen einen Ausgleich dafür haben. – Daraufhin hat die Verwaltung gesagt: Okay, dann verzichten wir darauf, 30 Prozent geförderte Wohnungen zu bekommen; das machen wir anders. Das hat die Fraktion der Linken im Münchner Stadtrat erfragt. Die Verwaltung hat das sogar zugegeben. Ergebnis bzw. Quintessenz der Umsetzung der Verwaltung war, dass der Anteil von sozial geförderten Wohnungen auf den entsprechenden Grundstücken nur noch circa 10 Prozent betrug. Daran können Sie erkennen, meine Damen und Herren, dass man sehr wohl Einfluss nehmen kann.

Frau Moritz, Sie haben gesagt, das kann man nicht überprüfen. – Selbstverständlich kann man gewisse Sachen überprüfen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht das, was Sie gesagt haben!)

- Nein, das natürlich nicht. – Aber man kann natürlich nach Abschluss von bestimmten Bauprojekten fragen, wie viele geförderte Wohnungen auf diesen Grundstücken gebaut worden sind. Das ist die Realität. Und deswegen versucht die CDU, jetzt Sand ins Getriebe zu streuen. Die FDP lehnt es gleich ganz ab; damit ist sie außen vor. Das ist ja auch ihr gutes Recht. Die CDU versucht, eine andere Strategie zu fahren. Aber ich glaube, Herr Klipper,

Sie werden damit scheitern. Die Verwaltung wird nämlich in einigen Wochen bzw. Monaten – angestrebt ist im nächsten Vierteljahr – eine Verwaltungsvorlage vorlegen, in der sie die entsprechenden Auflagen festhalten wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Schauen wir uns an!)

Dann werden wir uns darüber streiten. Denn die von Ihnen vorgeschlagene Passage kann in der Verwaltungsvorlage gar nicht so drinstehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Warten wir mal ab!)

- Ich bin mir sicher, dass sie da nicht drinstehen wird.

Insofern können Sie von SPD und Grünen der CDU in dieser Frage nachgeben; das können Sie gerne machen. Ich würde es nicht machen, allein schon deshalb, um klar sagen zu können: So geht es nicht. Herr Klipper hat ja über sieben Jahre lang die Umsetzung dieses Projekts verhindert. Aber Frau Moritz hat immer gesagt: Wir müssen die CDU dabei haben, wir müssen die CDU dabei haben. Sicher ist es gut, wenn man bei großen Entscheidungen die CDU dabei hat. Aber so ist es ja nicht. Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, freue ich mich, dass Sie jetzt langsam aufwachen und sagen: Das muss jetzt endlich vorangebracht werden.

Aber wir müssen auch die Fakten feststellen. Ich finde, es ist ein Skandal, dass im Jahre 2012 nur 210 geförderte Mietwohnungen in Köln gebaut worden sind – 210! –,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herzlichen Glückwunsch, dass Sie das auch schon erkannt haben!)

während im letzten Jahr noch 663 geförderte Mietwohnungen gebaut worden sind. Das ist doch eine Katastrophe! Ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, die Sie doch im Aufsichtsrat der GAG sitzen: Was findet denn da statt? Ich glaube Ihnen sogar, wenn Sie sagen: Die GAG hat von diesen 210 Wohnungen 180 gebaut. Aber die GAG hat auch schon mal mehr Wohnungen gebaut. Da muss sich doch was tun. Deswegen sind wir dafür, die GAG zu stärken. Es muss geklärt werden, wie die GAG stärker auftreten kann. Außerdem brauchen wir weitere Programme für studentisches Wohnen, Programme für die Unterbringung von Flüchtlingen und andere zusätzliche Programme.

Wenn es uns nicht gelingt, dieses Programm umzusetzen, und wir mit der sozialgerechten Bodennutzung in die Krise geraten, dann werden wir noch einmal darüber nachdenken müssen. Wir müssen aber auch darüber nachdenken, wie wir die GAG stärken und wie wir die GAG eventuell mit weiterem Eigenkapital so aufrüsten, dass sie mehr geförderte Wohnungen bauen kann. Das ist doch ganz klar. Ich glaube, wir sind da zeitlich deutlich im Verzug. Deswegen würde ich Ihnen den heißen Tipp geben: Hoffen Sie nicht auf Leute, die Sand ins Getriebe streuen wollen! Das ist nämlich nichts für Sie. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz wollte gerne noch eine Bemerkung dazu machen, bevor wir zur Abstimmung kommen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist mir ein inneres Bedürfnis, dazu jetzt noch etwas zu sagen. Wir wollen nicht gegen Investoren oder gegen Leute, die Wohnungen schaffen, etwas durchsetzen, sondern wir wollen mit diesen Leuten zusammen Wohnungen schaffen. Deshalb kommt es sehr wohl darauf an, wie man das macht. Das macht man nicht in einem Durchmarsch. Vielleicht unterscheidet uns das, Herr Detjen. Wir wollen ausdrücklich auch, dass diejenigen, die sich an solche Richtlinien und Verfahren halten, einen Vorteil gegenüber denen haben, die unter Eigentumsbildung immer nur verstehen: Raffen, raffen, raffen und nicht zurückgeben! Das ist ein Unterschied. Das steht sogar in unserem Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Danke schön noch mal. – Herr Bürgermeister Wolf will noch eine Bemerkung machen.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier wird sich ja immer auf die Stadt München berufen. Ich bin sicher, dass Herr Ude, der dort Oberbürgermeister ist, selber nicht daran glaubt. Ich erinnere an den letzten Hauptausschuss des Deutschen Städtetages – Herr Ude ist ja Vorsitzender des Deutschen Städtetages –, wo er einen Beschluss zur Begrenzung von Miet-

preissteigerungen ausdrücklich ergänzt hat um die Zielstellung, die Investitionsbereitschaft der Investoren zu fördern. Das heißt, an sein eigenes Modell, nämlich das in München, glaubt er wohl selber nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Vielen Dank, Herr Wolf. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen –

(Martin Börschel [SPD]: Den haben wir mit einem Satz davor übernommen! – Michael Zimmermann [SPD]: „Dabei ist darauf zu achten, dass ...“!)

- Der Änderungsantrag ist übernommen worden. Das heißt: Wir haben einen gemeinsamen Antrag. Dann lasse ich jetzt abstimmen über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen, der CDU sowie Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall)

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung bis 01.04.2013 ein auf die spezifische Kölner Situation bezogenes städtebauliches Vertragsmodell zu entwickeln, welches der Zielsetzung des Ratsantrages vom 30.11.2006 folgt sowie die räumliche Segregation differenziert berücksichtigt.*

2. *Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, Bauwirtschaft, Investoren und Interessenverbände (z. B. IHK) weiterhin zu beteiligen und um Kooperationsbereitschaft für das kommunale Baulandmodell zu werben.*

3. *Nützliche Erfahrungen anderer Städte wie z. B. München, Hamburg und Stuttgart sind bei der Entwicklung einer Kölner Richtlinie in geeigneter Form auszuwerten und zu berücksichtigen.*

4. *Dabei ist darauf zu achten, dass die vorgenannten Planungen weder zu Mietsteigerungen im frei finanzierten Wohnungsbau, noch zu höheren Preisen für Eigentumswohnungen bzw. Einfamilienhäusern führen. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die die Einkommensgrenzen für einen Wohnungsberechtigungsschein nicht erreichen, muss Wohnen in Köln attraktiv und leistbar bleiben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Änderungsantrag mit einer modifizierten Einleitung übernommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.4:

4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur“
AN/1949/2012

Wie eingangs beschlossen, werden wir diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag zu TOP 4.1.7 beraten und beschließen, den ich nun ebenfalls aufrufe:

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“
AN/1966/2012

Bei mir sind keine Wortmeldungen eingegangen. Ich gehe davon aus, dass hier keine Personaldebatte geführt werden soll. Deswegen kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den CDU-Antrag –

(Zuruf von pro Köln: Herr Oberbürgermeister! – Gegenruf von Andreas Köhler [CDU]: Wir sind in der Abstimmung! – Weitere Zurufe von pro Köln)

- Wir sind in der Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich habe mich gemeldet!)

- Ich habe Sie von hier aus nicht sehen können. Wir sind schon mitten in der Abstimmung. Dann hätten Sie sich früher offen melden müssen. Ich habe es nicht gesehen.

(Weitere Zurufe von pro Köln)

Ich habe in Ihre Richtung geschaut und habe kein –

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Also: Wir sind in der Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Enthaltungen bei der Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann unter 4.1.7. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Keiner. Enthaltungen? – Keine. Damit abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD, Grünen und FDP zu TOP 4.1.7. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Grünen und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist der Antrag so angenommen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wie hat denn der Oberbürgermeister abgestimmt?)

- Er ist mit dafür.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Für was?)

- Für den Antrag, der zum Schluss abgestimmt worden ist und die Mehrheit gefunden hat.

Der Rat wählt Herrn Prof. Georg Quander erneut für die Dauer von acht Jahren zum Beigeordneten der Stadt Köln. Als Geschäftskreis wird ihm das Dezernat VII (Archäologische Zone, Kulturamt, Stadtbibliothek, Historisches Archiv, Museen der Stadt Köln, Bühnen der Stadt Köln, Orchester und Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege) übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Es werden Bezüge nach der Besoldungsgruppe B 8 Bundesbesoldungsordnung (BBO) gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 4.1.5:

4.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Resolution für unabhängigere Oberbürgermeister“
AN/1891/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht ja um Sie, Herr Oberbürgermeister. Ich weiß, nicht mehr viele hier im Saal erinnern sich an die alte, sogenannte britische Verfassung mit Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Die war gut! Die war sehr gut!)

- Herr Waddey, vonseiten des Rates sind wir vielleicht mit die letzten, die das noch mitbekommen haben.

(Lachen bei Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen))

- Ja, so ist das. Der Kollege Bacher war noch dabei, vielleicht auch noch Herr Jung und Herr Ensmann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich auch! Aber da waren Sie gerade nicht mehr da!)

Aber es ist eindeutig eine Minderheit, die sich daran noch erinnern kann.

Und, wer hat's gemacht: die SPD. Sie hat damals die Änderung in der Gemeindeordnung umgesetzt, um einen stärkeren Oberbürgermeister zu installieren, der sich stärker gegen die Oberstadtdirektoren durchsetzen kann, die in den Städten ja häufig das eigentliche Geschäft in der Hand hatten.

Ich habe den Eindruck, dass diese Änderung in der Gemeindeordnung in den Städten unterschiedlich ausgelebt worden ist und auch die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten sehr unterschiedlich gehandhabt worden ist. Wir haben – das möchte ich doch zu bedenken geben – es hier mit einem ganz besonderen Status zu tun; denn der Oberbürgermeister ist im Gegensatz zur Bundeskanzlerin oder zur Ministerpräsidentin direkt gewählt. Es gibt eigentlich keinen größeren politischen Vertrauensvorschuss als den, den ein Oberbürgermeister durch die direkte Wahl in seiner jeweiligen Stadt oder Gemeinde erhält. Ich finde, das ist ein sehr hohes Gut.

Ich finde es unehrlich, dass gerade SPD und Grüne im Landtag diese Unabhängigkeit durch die Zusammenlegung der Termine wieder schwächen möchte.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Herr Houben, mir kommen die Tränen!)

Es geht ja darum, meine Damen und Herren, dass man offensichtlich nicht mehr möchte, dass sich eigenständige Persönlichkeiten neben der jeweiligen Ratsmehrheit entwickeln können. Man ist natürlich immer gerne bereit, wie gerade bei der Wahl des Bundespräsidenten, lauthals zu fordern: Ja, wir brauchen eine Direktwahl; aber an der einzigen Direktwahl, die wir in diesem Lande haben, wird herumgefummelt.

(Beifall bei der FDP)

Da wird geändert und dadurch die Reputation der zu Wählenden reduziert. Deswegen haben wir im Landtag den Antrag eingebracht – ich bin mir sicher, wir werden für unseren Antrag hier im Rat keine Mehrheit bekommen; deswegen bin ich völlig entspannt –, die Amtszeit der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zu verlängern. Wir glauben, dass man durch eine Verlängerung auf acht Amtsjahre durchaus auch andere Persönlichkeiten und Menschen mit einer anderen Entwicklung dafür gewinnen kann, sich für dieses wichtige Amt zur Verfügung zu stellen.

Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen zur Kölner Situation; denn ich glaube, in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens muss man das anders diskutieren als vielleicht in Hückeswagen-Kobenhofen. Wir stellen hier die Frage in den Raum – das ist in der Presse auch breit diskutiert worden –: Wie ist eigentlich die Vergütung des obersten Repräsentanten der Stadt Köln im Verhältnis zur Bezahlung der Kollegen Steinkamp und Fenske zu sehen? Sie sitzen jetzt gerade hier; tut mir leid, dass Sie dafür zur Verfügung stehen müssen. Aber diese Frage muss natürlich in der politischen Diskussion gestellt und unter Umständen auch beantwortet werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Stadt Köln früher – Herr Granitzka, Sie wissen es? Nein, Sie wissen es nicht –, zum Beispiel mit Konrad Adenauer, die Vergütung frei ausgehandelt hat. Das war eben keine Position eines oberen Verwaltungsbeamten,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, es geht um Geld!)

sondern es war eine Managementaufgabe, deren Vergütung frei ausgehandelt wurde, wie zum Beispiel mit dem Chef der Stadtwerke oder dem der KVB oder dem der Sparkasse, also durchaus ein anderes Modell.

Wir von der FDP sind ja nun wirklich nicht vom Neidkomplex geplagt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich finde, man sollte auch diese Frage durchaus offen diskutieren dürfen und welche Verantwortung größer ist: diese Stadt zu führen oder den Schwimmbadbetrieb in unserer Stadt zu organisieren. Ich finde, das muss man diskutieren dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Börschel, Ihre Partei hat ja über Jahre hinweg eine äußerst interessante Konstruktion gewählt. Ich finde es ein wenig bedenklich, dass im Kraftzentrum dieses Rates der Fraktionsvorsitzende über eine Tätigkeit im Landtag und weitere Aufgaben durchaus finanziell freier

und vielleicht weniger belastet ist als der Oberbürgermeister unserer Stadt Köln. Auch das muss man mal diskutieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Letzte Bemerkung: Das ist eine persönliche Bitte an Sie, Herr Oberbürgermeister. Es gibt nun die Diskussion – und die halte ich für wirklich gefährlich –, zu sagen: Um Termine zusammenzulegen, finden wir einen mehr oder minder eleganten Weg, dass die Oberbürgermeister irgendwann zurücktreten, freiwillig. – Vor dem Hintergrund des Vertrauens, das Sie von den Kölner Bürgern bekommen haben, bitte ich Sie, unabhängig von der juristischen Betrachtung, darauf zu verzichten, von Ihrem Amt zurückzutreten, nur um eine terminliche Trickserei zu erleichtern. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg, weil sich Herr Houben ja Gedanken bzw. Sorgen um die Einkommenssituation des Oberbürgermeisters gemacht hat: Sie können sicher sein, dass der Oberbürgermeister wie auch ich selbst nach dem Einkommensteuertarif, den die SPD auf Bundesebene vorgeschlagen hat, den Spitzensteuersatz bezahlen müssen, und das täten wir auch gerne, wenn die SPD die Bundesregierung stellt.

Man muss bei Ihrem Antrag, Herr Kollege Houben, ein Stück weit in die Vergangenheit schauen. Ob man allerdings so weit zurückschauen muss, wie Sie es gemacht haben, nämlich bis zur Übernahme der britischen Komunalverfassung, sei dahingestellt. Eines aber ist richtig: Zu dem besten, was die britische Kommunalverfassung uns in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat, gehörte und gehört es, dass Rat und Oberbürgermeister eine Verantwortungsgemeinschaft bilden. Das war nämlich das Sinnbild der britischen Kommunalverfassung, das wir hier in Nordrhein-Westfalen übernommen haben.

Zur Stärkung der Verantwortungsgemeinschaft von Oberbürgermeistern und Räten gehört eben, auch gegenüber dem Wahlvolk zu dokumentieren, dass man das, was man wählt, am besten an einem Tag macht, weil man damit zeigt: Da steht nicht der eine über den anderen, sondern wir arbeiten gemeinsam für das Wohl dieser Stadt. Und das können, glaube ich, die Bürgerinnen und Bürger in einem Wahlakt sehr, sehr gut auseinanderhalten. Das haben sie in all den Jahren und Jahrzehnten in anderen Bundesländern immer wieder ordentlich dokumentiert.

Ich will etwas weniger weit in die Vergangenheit zurückblicken. Es beginnt nämlich mit einem klassischen Fehler bzw. einem klassischen Kuhhandel, den, wenn ich mich recht erinnere, die schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2007 verbrochen hat. Da haben nämlich CDU und FDP zwei Dinge verabredet und damit den – übrigens seit Jahrzehnten bestehenden – breiten Konsens in kommunalverfassungsrechtlichen Fragen im Land verlassen: Sie haben zum einen gemeinsam gegen die rot-grüne Opposition durchgeboxt, dass die Stichwahl für die Wahlen von Oberbürgermeistern und Landräten abgeschafft wird, und sie haben zum anderen verabredet, dass die Wahlen von Räten und Hauptverwaltungsbeamten entkoppelt werden.

Ich habe ja eben gesagt: Das war ein Kuhhandel. Ja, ganz klassisch. Das eine wollte nämlich unbedingt die CDU: Die CDU wollte die Stichwahl abschaffen, weil sie ganz minutiös errechnet hatte,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber falsch!)

über viele Jahre rückwärts, dass die Abschaffung der Stichwahl für die CDU in der Wahl der Hauptverwaltungsbeamten einen Wahlvorteil bringt. Deswegen wollte sie das unbedingt haben und hat dafür die FDP eingekauft. Und was hat die FDP dafür bekommen? Die Entkopplung der Wahlen. Diese wollte die CDU eigentlich nicht so richtig, hat sie aber der FDP zuliebe dann gemacht, damit diese vielleicht in einer der 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auch mal einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin stellen kann. Das Schöne daran ist: Beides wird korrigiert.

Allerdings ist es mit dem Korrigieren nicht so einfach. Man stellt auch an dieser Stelle mal wieder fest, dass Kaputtmachen schneller und leichter geht als Reparieren. Immerhin: Die Wiedereinführung der Stichwahl haben wir in der Minderheitsregierung gemeinsam – SPD, Grüne und FDP – hinbekommen. Herzlichen

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Dank dafür, dass Sie sich damals aus diesem Kuhhandel entlassen haben! Die CDU hat jetzt im Landtag freundlicherweise signalisiert, dass sie sich vorstellen kann, gegen die FDP wieder eine Zusammenlegung der Wahlen von Oberbürgermeistern und Räten hinzubekommen. Insofern haben wir also diesen schwarz-gelben Knubbel jetzt wieder entwirrt. Mit den einen machen wir das eine, und mit den anderen das andere. Das ist doch gut, und darüber freue ich mich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Das wird ein bisschen kompliziert, wie gerade schon angedeutet. Insofern hat die rot-grüne Regierung angekündigt, dass wir in einer Expertenanhörung sehr offen überlegen werden, welchen Weg wir am besten wählen müssen, um dieses Ziel – gemeinsame Wahl von Oberbürgermeistern und Räten – hinzubekommen. Dazu liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch.

Der Vorschlag der CDU lautet: Sie möchte eine Zusammenlegung der Wahlen, will diese aber erreichen, indem die jetzt gerade laufende Wahlperiode der Räte um ein Jahr, nämlich bis 2015, verlängert wird. Dann hätten wir also 2015 die gemeinsame Wahl von Oberbürgermeistern und Räten – übrigens schlägt die CDU eine Amtszeit von sechs Jahren vor – und dann kontinuierlich wieder die gleiche Amtszeit. Das wird geprüft. Das haben wir versprochen. Ich bekenne ganz offen, dass wir verfassungsrechtliche Bedenken haben, weil wir es für ein großes Problem halten, in eine bereits laufende Wahlperiode einzugreifen. Das tut man eigentlich nicht. Üblicherweise sagt man, wenn man etwas am Wahlrecht ändert: immer nur für die Zukunft, nie für die laufende Periode. Aber wir werden ja hören, was die Experten dazu sagen.

Demgegenüber liegt der rot-grüne Vorschlag auf dem Tisch. Er wird genauso geprüft. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU im Landtag haben gesagt, das gehen sie genauso ergebnisoffen an. Wir schlagen vor, erst im Jahr 2020 die erste zusammengelegte Wahl durchzuführen, eben weil – ich wiederhole mich da – Reparieren schwerer ist als Kaputtmachen. Daraus folgt, wenn es denn so kommt: Einmalig wird der nächste Rat auf sechs Jahre und ein paar Zerquetschte gewählt, sodass wir dann im Jahr 2020 die Wahlen wieder auf einem Termin haben.

Es gäbe zwar theoretisch die Möglichkeit, das auch schon 2014 hinzubekommen. Darauf hat Herr Kollege Houben eben hingewiesen. Aber ob das möglich ist, ist zum einen eine Frage, die der Gesetzgeber beantworten muss – das müssen wir sehen; auch das wird in der Expertenanhörung geprüft –, und zum anderen ist es natürlich eine autonome Angelegenheit der jeweiligen Amtsinhaber, wie sie damit umgehen wollen.

Wenn Sie aber, Herr Kollege Houben, für die Begründung Ihrer Überlegung, die Wahlen zu trennen, anführen, durch die bisherige Trennung sei ermöglicht worden – ich zitiere aus Ihrem Antrag –, „dass sich die Bürgerinnen und Bürger für parteiunabhängige Bewerberinnen und Bewerber entscheiden konnten“, dann ist das eine völlig substanzlose Behauptung. Sie können keinen Beleg dafür anführen, dass das tatsächlich so gekommen ist, sondern Sie stellen hier in Ihrer Begründung einen Zusammenhang dar, den es in der Realität überhaupt nicht gibt. Deswegen muss man das auch zurückweisen.

In einem haben Sie vom Grundanliegen allerdings recht – auch das wird im Rahmen der Expertenanhörung im Landtag mit überprüft werden können –: Es gibt auch aus unserer Sicht aus vielen Gründen einen eindeutigen Vorteil bei Bewerberinnen und Bewerbern, die sich für das Amt eines Hauptverwaltungsbeamten bewerben, die aus dem öffentlichen Dienst kommen. Das liegt vermutlich an der versorgungsrechtlichen Situation, weil es eine absolute Privilegierung derjenigen gibt, die sich aus dem öffentlichen Dienst heraus auf ein solches Spitzenamt bewerben. Im Sinne einer Gleichheit, im Sinne einer möglichst optimalen Kandidatenauslese ist es natürlich richtig, über eine Dienstrechtsreform – das ist unser Alternativvorschlag – zu überlegen: Wie bekommt man über ein eigenständiges Dienstrecht von Hauptverwaltungsbeamten, das eben nicht mehr das Dienstrecht des öffentlichen Dienstes ist, tatsächlich eine wirklich breite Auswahlmöglichkeit für alle Berufsgruppen hin? Ich glaube, das ist in der Tat eine Diskussion wert. Das ist aus meiner Sicht aber auch der einzige richtige Gedanke, der aus Ihrem Antrag bzw. der Antragsbegründung hervorgeht. Dazu stehen wir auch zur Diskussion bereit. Die rot-grüne Regierung hat ja angekündigt, in der Expertenanhörung auch diese Fragen mit in die Überprüfung zu geben.

Was wir auf Bitte der CDU – das habe ich gerade angedeutet – mit in die Überprüfung neh-

men werden – das ist ein genereller Vorschlag –, ist: Will man tatsächlich die Wahlzeiten von Räten und Oberbürgermeistern gemeinsam auf sechs Jahre verlängern? Da spricht etwas dagegen, vielleicht spricht aber auch etwas dafür. Das sollten wir abwägen und schauen, was wir für richtig halten. Die CDU hat außerdem vorgeschlagen, wieder eine Sperrklausel für kommunale Räte einzuführen. Das hat sie übrigens in ihrer damaligen Regierungszeit noch abgelehnt; aber sei's drum. Da werden wir in erster Linie verfassungsrechtliche Themen prüfen müssen. Sie wissen, dass aufgrund einer alten Kölner Initiative SPD, CDU, Grüne und FDP einem solchen Gedanken durchaus offen gegenüberstehen. Aber wir werden verfassungsrechtliche Probleme überwinden müssen. Wenn das gelingt, ist es gut; wenn es nicht gelingt, dann wird es so bleiben müssen, wie es ist.

Lange Rede, kurzer Sinn. Es ist gut, dass wir über eine Stichwahl wieder eine möglichst breite Mehrheit für Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in den Wahlen haben. Es ist gut, dass die Verantwortungsgemeinschaft durch einen gemeinsamen Wahltermin von Oberbürgermeistern und Räten betont wird. Und es ist gut, dass wir im Landtag wieder dazu zurückkehren, in all diesen kommunalverfassungsrechtlichen Fragen eine möglichst breite, auf Expertise gestützte Mehrheit zu suchen, und genau das sollten wir jetzt auch angehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Börschel. – Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Resolution der FDP greift einen Entschließungsantrag auf, den die FDP-Landtagsfraktion Ende November in den Landtag eingebracht hat, als die Änderung des Kommunalwahlrechts behandelt worden ist. Der Überschrift dieses Antrags „NRW braucht unabhängige und qualifizierte Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte“ wird niemand widersprechen mögen; aber der Teufel steckt ja bekanntlich im Detail. Oder sollte man diese Überschrift vielleicht populistisch nennen?

Blicken wir kurz zurück. Herr Börschel hat ja auch schon Rückblicke gemacht. Ich möchte das aus unserer Sicht tun. Der Koalitionsvertrag, den CDU und FDP in 2005 geschlossen hatten, enthielt den Auftrag, zu prüfen, ob die Amtszeit der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte auf acht Jahre verlängert und damit von den Ratswahlen entkoppelt werden soll. Dies mündete dann tatsächlich 2007 in einen Kompromiss. Die Entkopplung kam.

(Martin Börschel [SPD]: Es war eher ein Kuhhandel!)

Die Amtszeit wurde auf sechs Jahre festgesetzt, nicht zuletzt, weil es viele Stimmen in der Union gab, die eine Entkopplung überhaupt nicht für sinnvoll hielten. Das war schon eine sehr lebhafte Diskussion.

Die neue rot-grüne Mehrheit im Landtag dreht das Rad wieder zurück. Die Stichwahl wurde inzwischen wieder eingeführt, und der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, die Amtszeit wieder auf fünf Jahre zurückzuführen. Durch die Verlängerung der kommenden Ratswahlperiode auf sechs Jahre sollen ab 2019 – Sie hatten eben gesagt: 2020; mal schauen, was herauskommt – die Amtszeiten der Oberbürgermeister und der Räte wieder synchronisiert werden. Die ursprüngliche Überlegung der Koalition, Bürgermeister einen vorzeitigen Amtsverzicht zu ermöglichen, um bereits im Jahre 2014 zu gemeinsamen Wahlen zu gelangen, ist hingegen rechtlich äußerst fragwürdig. Wir sehen das schon als ein Problem an.

Die CDU urteilt über die Pläne im Lande sehr differenziert. Auch wir sehen, dass die Wahlen der Räte und der Bürgermeister wieder zusammengeführt werden sollen. Die Erfahrungen mit isolierten Bürgermeisterwahlen haben genau das Gegenteil von dem ergeben, was die FDP mit ihrem Antrag suggerieren will.

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass Sie das einsehen!)

Die isolierten Bürgermeisterwahlen haben nicht dazu geführt, dass sich mehr parteiunabhängige Kandidatinnen und Kandidaten beworben haben.

Schlimmer noch: Die getrennte Wahl hat die Bürgerinnen und Bürger nicht gerade vom Hocker gerissen, im Gegenteil. In den isolierten Wahlen der letzten Jahre war die Wahlbeteiligung vielfach so gering, dass man oft schon fast die demokratische Legitimation der dabei gewählten Bewerberinnen und Bewerber infrage stellen musste. Bei Wahlbeteiligungen von 25 bis 33 Prozent konnte der jeweils erfolgrei-

che Bewerber oft nur noch 13 bis 18 Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen. Das kann überhaupt nicht sinnvoll sein. Wir müssen nach sinnvollen Maßnahmen suchen, die für eine höhere Wahlbeteiligung sorgen. Das kann nur gelingen, wenn die Wahlgänge zusammengeführt werden. Die Wahlberechtigten sind leider oft wahlmüde. Eine zusätzliche Wahl motiviert sie nicht gerade. Eine gleichzeitige Wahl mit attraktiven Spitzenkandidaten und profilierten Programmen der sich zur Wahl stellenden Parteien ist dagegen interessanter für die Bürgerinnen und Bürger.

Auch wenn wir die Pläne zur Zusammenführung der Wahlen unterstützen, sehen wir die von Rot-Grün geplanten Amtszeiten von nur fünf Jahren allerdings kritisch. Sie sind aus unserer Sicht zu gering, um das Amt insbesondere für hochqualifizierte Führungspersönlichkeiten attraktiv zu machen. Diese Überlegungen – Zusammenführung der Wahlen und Attraktivität des Spitzenamtes – führen die CDU zu der Forderung, die Amtszeiten der Räte und der Bürgermeister gleichermaßen auf sechs Jahre festzulegen, wie es übrigens in Bayern seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert wird. Das Ansinnen der FDP, die Amtszeit der Oberbürgermeister auf acht Jahre zu verlängern, würde dagegen dazu führen, dass weiterhin getrennte Wahlen stattfinden mit den beschriebenen negativen Folgen. Deshalb können wir der Resolution von der FDP nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der umkehrt, als über 99 Gerechte! Frau Gärtner, ich bin begeistert!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zwei, drei Anmerkungen machen.

Eine Anmerkung vorweg zur Begründung von Frau Gärtner, warum die CDU-Landtagsfraktion eher für eine Amtszeit von sechs Jahren als für eine von fünf Jahren wäre: Sie argumentieren ja, man könne ein solches Führungsamt nicht in fünf Jahren wirklich ausfüllen. Dann frage ich mich, warum im GmbH- und Aktienrecht für Geschäftsführung und Vorstände eine Amtszeit von fünf Jahren vorgesehen ist. Das scheint mir nicht ganz konsistent zu sein.

(Widerspruch bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Bringe die nicht auf Gedanken!)

- Vielleicht auf Lebenszeit.

Ich will noch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Das Modell von 2007, das ja, wie Herr Börschel plastisch dargestellt hat, auf einem Kuhhandel beruhte, hat nur Nachteile gebracht. Der entscheidende Nachteil ist, dass es tatsächlich nicht zu mehr Wahlbeteiligung geführt hat, im Gegenteil. Es muss eigentlich unser aller Hauptanliegen sein, dass kommunale Demokratie dadurch gestärkt wird, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an Wahlen beteiligen. Dies wird durch das Zurückführen auf das alte Modell eher gewährleistet.

Zum Dritten: Es ist auch für die Kommunen kostengünstiger, weil sie einen Wahlgang sparen.

Ich will noch auf ein letztes Argument hinaus. Das ist hier durch diverse Zwischenrufe auch schon deutlich geworden. Das alte Modell, das auf der Einführung der Demokratie durch die damalige britische Besatzungsmacht fußte, hat natürlich eminent große Vorteile gehabt, weil es nicht darauf abzielte, zwischen Oberbürgermeister und Rat einen hierarchischen Unterschied zu machen. Wir kommen jetzt wieder in die Richtung, dass die Verbindung zwischen Rat und Oberbürgermeister auf gleicher Ebene gestärkt wird. Was sich sicherlich nicht bewährt, ist, zu versuchen, hier in NRW ein Präsidialsystem einzuführen. Allerdings hatten alle, die an dieser Gemeindeordnung herumgebastelt haben, bei der Stärkung der Position des Oberbürgermeisters eher im Sinn, Präsidialsysteme einzuführen, wobei der Rat dann stark zurücktritt. Ich denke, in der kommunalen Demokratie hat sich gezeigt, dass die enge Verbindung zwischen Rat und Wählerschaft eigentlich die ideale Form ist.

Das bedeutet von der Tendenz her: Wir brauchen starke Räte und nicht noch unabhängigere Oberbürgermeister. Es hat mich eh gewundert, Herr Sterck, dass Sie den Antrag aufrechterhalten haben. Nach der Kritik der letzten Tage war das überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vonseiten von pro Köln nur zwei Anmerkungen: Der Antrag der FDP ist in der Sache natürlich völliger Quatsch.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Es ist eine der wenigen guten Ideen von Rot-Grün, die Wahlen endlich wieder zusammenzulegen und die Entkopplung zu beenden. Wir alle wissen, wie gering die Wahlbeteiligung ohnehin schon bei Kommunalwahlen ist. Durch diese künstliche Aufsplittung wurde sie noch einmal geringer. Die demokratische Legitimation wurde aufgrund dieser geringen Wahlbeteiligung beschädigt. Es ist ganz klar, dass es eine gute Idee ist, die Wahl der Räte und der Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister wieder zusammenzulegen. – Das zum Antrag.

Eine zweite Anmerkung, und zwar zur Antragsbegründung durch Herrn Houben: Ich war schon baff, als er das Missverhältnis zwischen der Besoldung des Oberbürgermeisters und der Gehälter der Manager der stadtnahen Konzerne ansprach. Herr Houben, da haben Sie wirklich sehr gut aufgepasst bei unseren letzten Redebeiträgen und bei den letzten Anträgen von pro Köln. Das ist ja eins zu eins Pro-Köln-Argumentation. Nur, da habe ich von Ihnen nie etwas gehört. Da haben Sie ebenso wie jetzt nur wenig aussagekräftig den Kopf geschüttelt. Jetzt übernehmen Sie eins zu eins unsere Argumentation. Das nenne ich Heuchelei. Das ist Politik im Stile der Altparteien: wenig glaubwürdig. Die Bürger merken das auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Anmerkung von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man sollte nicht alles so stehen lassen, was Kollege Frank hier gesagt hat. Sonst denken die Zuhörer noch, es sei alles wahr, weil man dem nicht widersprochen hat.

Ich musste erst überlegen, was Sie damit meinen, es sei nicht nachvollziehbar, dass wir unseren Antrag aufrechterhalten haben, auch wegen der Presse in den letzten Tagen. Mir ist dann eingefallen, was Sie möglicherweise gemeint haben könnten. Dass wir Kritik am Vorgehen des aktuellen Oberbürgermeisters der Stadt Köln haben, hat aber nichts mit der grundsätzlichen Frage zu tun, wie wir die Auswahlprozesse gestalten sollten, um die richtigen Persönlichkeiten zu bekommen, die diese großen Städte wie Köln führen können.

(Martin Börschel [SPD]: Haben wir doch!)

Herr Houben hat eben geschildert, wie die Stadt Köln zu Konrad Adenauer gekommen ist. Das war ja kein Zufall. Man muss eben andere Kriterien anlegen, um Personen zu finden, die sich ein bisschen von Parteien freischwimmen. Da ist diese Entkopplung, glaube ich, genau das Richtige.

Wenn wir sagen: Die Beigeordneten wählen wir auf acht Jahre, damit sie in ihrem Bereich etwas bewegen können – das hat Herr Houben ebenfalls angesprochen –, dann halte ich es für durchaus angemessen, auch den Oberbürgermeister als Chef aller dieser Beigeordneten für den entsprechenden Zeitraum zu wählen.

Auslöser dafür, dass ich mich gemeldet habe, war aber, dass Sie hier gesagt, das von Ihnen favorisierte Modell würde eine Wahl einsparen. Das ist falsch. Deswegen muss ich das auch deutlich machen und hier zu Protokoll geben. Wir sehen in unserem Modell vor, dass die Kommunalwahl vollkommen unschädlich mit der Europawahl zusammengelegt wird und die Oberbürgermeisterwahl entsprechend davon getrennt ist. Von daher gibt es hier keinen Unterschied von Wahlterminen oder von Mehrkosten oder weniger Kosten für die Kommunen oder für das Land. Die Anzahl der Wahltermine wäre gleich; es ist nur eine andere Gewichtung. Ich glaube, es ist richtig, wenn wir sagen: Die Europawahl und die Kommunalwahl tun sich politisch nichts; daher kann man sie an einem Tag durchführen. Man sollte den Oberbürgermeister, der, wie Herr Houben richtig gesagt hat, als Einziger in der deutschen Demokratie direkt gewählt wird, stärken, indem man ihm einen eigenen Wahltermin gibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Das ist ja sehr rührend, diese Sorge!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind alle Wortmeldungen abgearbeitet. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer

enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert den Landtag auf, wie folgt zu beschließen:

- *Die Entkoppelung der Kommunalwahl von der Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters soll erhalten bleiben, da dadurch vermehrt auch unabhängigere Persönlichkeiten durch die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger an die Spitzen der Stadt Köln gewählt werden können.*
- *Die Wahlzeit der Hauptverwaltungsbeamten soll auf acht Jahre verlängert und insofern mit den Amtszeiten von Beigeordneten kompatibel gemacht werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Antrag unter Tagesordnungspunkt 4.1.6:

4.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine neuen Asylantenheime in Köln“
AN/1956/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Schiele.

Karel Schiele (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Mitbürger auf der Zuschauertribüne! Im Jahr 2010 gingen insgesamt 41 332 Asylanträge beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein, ein Zuwachs von mehr als 50 Prozent gegenüber 2009. Bereits damals standen hinter dem Zuwachs der Asylbewerberzahlen vermehrt Personen aus Serbien und Mazedonien. Seit Dezember 2009 brauchen Bürger dieser beiden Staaten für eine Einreise nach Deutschland kein Visum mehr. Im Jahr 2011 wurden 44 741, bis November 2012 dann 59 441 Asylanträge gestellt. Die Tendenz ist, wie man sehen kann, steigend.

Dieser Tendenz stehen allerdings gefallene Anerkennungsquoten gegenüber. Die Quote der stattgegebenen Asylanträge nach Art. 16 a des Grundgesetzes, der die Asylgründe großzügig und klar formuliert, liegt langfristig nur knapp über dem 1 Prozent, nämlich bei 1,2 Prozent. Ebenso ist für die sogenannte Duldung, also die Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, eine drastisch sinkende Quote zu verzeichnen: von 33,9 Prozent im Jahr 2008 auf 13 Prozent im Jahr 2012, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Die Entscheidungen wurden nach dem großzügigen, im Jahre 1993 beschlossenen und später durch die rot-grüne Regierung liberalisierten Ausländergesetz gefällt.

Bereits am 17. Januar 2011 hat der damalige Innenminister Thomas de Maizière zu den Serbien- und Mazedonien-Flüchtlingen erklärt: Da hier aber die Asyl-Kriterien nicht erfüllt seien, würden derartige Anträge – ich zitiere – „auch künftig konsequent und schnell abgelehnt“. Im gleichen Tenor ruft der heutige Innenminister Hans-Peter Friedrich nach schärferen Regeln für Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien. Friedrich plädiert sogar für eine Gesetzesänderung. Ich zitiere: „Wer aus einem sicheren Herkunftsland kommt, soll künftig abgesenkte Barleistungen bekommen.“ Diese Entwicklungen und Aussagen von hochrangigen Politikern dieses Landes deuten an, dass fast alle der sogenannten Flüchtlinge binnen kürzester Zeit wieder in ihre Heimatländer werden zurückkehren müssen.

Diese nicht widerlegbaren Fakten führen die Absicht der Stadt Köln, trotz der Haushaltschieflage allein für den Bau von neuen Unterkünften für die sogenannten Flüchtlinge 15 Millionen Euro auszugeben, ad absurdum. Das ist ein nicht nachvollziehbares Vorgehen, das keine Resonanz bei den Bürgern Kölns finden wird. Die Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln wird im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 auf diese Umstände noch einmal deutlich hinweisen. Dann kann nämlich der Bürger seine Stimme erheben.

Für unsere Senioren, die die Zeiten von Entbehrung erlebt und für den Wiederaufbau gesorgt haben, werden keine Seniorenheime mehr gebaut. Diese Menschen, die den Wohlstand Deutschlands mit ihrem Fleiß erarbeitet haben, sollen jetzt ihre Unterbringung und ihre Pflege teuer aus privaten und familiären Ressourcen finanzieren. Für die Studenten, die keine Unterbringung in Studentenwohnheimen finden und in Turnhallen übernachten müssen, da sie nicht über genug Mittel verfügen, um sich eine teure Wohnung in Köln leisten zu können, für die Kinder, die in maroden Schulgebäuden unterrichtet werden müssen, für die

unzähligen Obdachlosen, für die es keine Unterkunft und keine Verpflegung gibt, weil die Stadt Köln sie im Stich lässt, für all die Frauen, die vor häuslicher Gewalt flüchten müssen und zusammen mit ihren Kindern unter erbärmlichen Zuständen in den viel zu wenigen Frauenhäusern leben müssen – für alle diese Menschen will pro Köln auf diesem Posten kämpfen.

Meine Damen und Herren, diese sogenannten Flüchtlinge erwarten keine Unterkunft unter dem Niveau ihrer Herkunftsländer. Eine solche brauchen sie hier auch nicht zu befürchten; eine solche bekommen sie bei uns nicht. Ebenso wenig können sie eine Unterbringung im Senatshotel erwarten. Ich selbst bin durch die zentrale Stelle des Bundes in Hamm gegangen, eine umfunktionierte alte Kaserne, dann durch die Landeszentrale des Landes NRW in Unna-Massen, eine schäbige Baracke mit Etagenbetten, ohne Verpflegung, wo sich die Wasch- und Kochmöglichkeit in einem anderem Gebäude befand, dann zwei Monate lang durch die Unterbringung in einem Gymnastiksaal der Freiherr-vom-Stein-Schule in Rösrath. Schaut bitte mal her! Ich habe das Ganze wohl überstanden.

(Beifall bei pro Köln)

Es war beschwerlich, aber nicht lebensbedrohlich oder unmenschlich. Mit diesem Wissen sollten wir den uns zugewiesenen Flüchtlingen entgegentreten: zuvorkommend, aber emotionslos und realistisch. Von diesem Platz aus bitte ich um Ihre Unterstützung. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln lehnt den Bau weiterer Asylbewerberheime ab. Statt neuer Heime zu bauen, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit leerstehende Kasernen oder andere im öffentlichen Eigentum befindliche Liegenschaften zur kostengünstigen Sammelunterbringung von Asylbewerbern genutzt werden können. Zudem wird die Verwaltung angehalten, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber schnellstmöglich abzuschieben, damit die vorhandenen Plätze für tatsächlich Asylberechtigte frei werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII – Kunst und Kultur“
AN/1966/2012

Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/2028/2012

I. Beschluss über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

1. Der Bereich Kultur wird künftig von der Schuldezernentin mit geleitet. Die Stelle eines(r) Kulturdezernenten/in wird nicht mehr ausgeschrieben.

2. Die Aufgabenverteilung der Dezernate IV und V sind neu zu ordnen. So kann der Bereich Jugend kann durch das Dezernat V übernommen und verwaltet werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des aktuellen Zuschnitts des Dezernats VII – Kunst und Kultur – ein Profil für die Beigeordnetenstelle zu erstellen und unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen für das Besetzungsverfahren auszuwählen. Das Personalberatungsunternehmen ist mit der öffentlichen Ausschreibung gemäß §71 GO NRW sowie der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen und der Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen. Sofern dem Personalberatungsun-

ternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden.

2. *Das Verfahren ist zeitlich so zu gestalten, dass eine Einstellung spätestens zum 01.06.2013 erfolgen kann. Der Hauptausschuss wird vorab darüber unterrichtet, welches Personalberatungsunternehmen mit dem Besetzungsverfahren beauftragt wird; er kann auf dieser Grundlage bei Bedarf über das weitere Verfahren entscheiden.*

   Dem Rat obliegt gemäß §41 GO NRW die Wahl der/des Beigeordneten.

3. *Die Verwaltung wird gebeten, die für die Ausschreibung der Stelle zur Leitung des Kulturamtes erforderlichen Voraussetzungen – inklusive etwaiger organisatorischer Veränderungen – baldmöglichst zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP

4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wiederwahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur“
AN/1949/2012

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.8:

4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe“
AN/2029/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Resolution ist im Aufsichtsrat des Stadtwerke-Konzerns vorberaten worden. Vereinbart wurde, dass alle fünf Parteien im Stadtwerke-Aufsichtsrat diesen Antrag im Rat einbringen. In der Öffentlichkeit dagegen will die Kölner CDU ihr Sektierertum weiter pflegen und hegen. Sie hat den Antrag nicht gemeinsam mit den Linken eingebracht und Gepflogenheiten, wie sie in Landtagen, im Bundestag und auch im Europaparlament inzwischen üblich sind, nicht wahrgenommen. Wir als die Linke können nur sagen: Wir sind nicht sektiererisch und werden der Resolution zustimmen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist er also einstimmig angenommen.

Resolution

zum Europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe

Kontext

Köln ist eine der vielen deutschen Städte, die die Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge über ihre kommunalen Unternehmen erfüllt. Der Stadtwerke Köln Konzern bezeugt durch seine erfolgreiche Arbeit für Köln und die Kölner Region als ein besonderes Beispiel unter vielen den Erfolg dieses Modells.

Dieses erfolgreiche Modell könnte durch den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe vom 20.12.2011 (KOM (2011) 897 endgültig) gefährdet sein. Derzeit werden im Binnenmarkt-Ausschuss des Europäischen Parlaments (IMCO) Kompromissvorschläge zu 991 Änderungsanträgen erarbeitet. Die Abstimmung im IMCO-Ausschuss soll in der Zeit vom 23. bis 24. Januar 2013 stattfinden. Parallel dazu berät der Europäische Rat den Richtlinienvorschlag. Obwohl das endgültige Votum des Europaparlaments noch aussteht, ist davon auszugehen, dass der Kommissionsvor-

schlag mit Änderungen angenommen werden wird.

Bei Verwirklichung dieses Gesetzesvorhabens wären viele Dienstleistungen, die derzeit durch kommunale Unternehmen in Köln erbracht werden, ausschreibungspflichtig. Das könnte etwa die Wasserversorgung oder die Netzbetriebe der RheinEnergie AG, Hafenanlagen der HGK oder Flughafendienstleistungen betreffen. Eine Ausschreibungspflicht besteht insbesondere dann, wenn eine private Beteiligung vorliegt. Besondere Durchschlagskraft erhält der Richtlinienentwurf dadurch, dass die Kommunen zu Ausschreibungen dieser Dienstleistungen gezwungen werden könnten, weil sehr weitgehende Klagerechte Dritter bestehen. Würden kommunale Unternehmen wegen einer Ausschreibung das Recht zur Erbringung ihrer Dienstleistungen verlieren, bedeutete dies für die Stadt Köln den Verlust ihrer direkten Einwirkungsmöglichkeiten auf kommunale Infrastrukturdienstleister und auch erhebliche finanzielle Einbußen.

Durch diese Richtlinie würde das durch das kommunale Selbstverwaltungsrecht verfassungsrechtlich abgesicherte Wahlrecht der Kommunen, wie sie die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge auf ihrem Territorium organisieren wollen, eingeschränkt. Zudem würde sich das Verhältnis zwischen Kommune und Dienstleister stark verändern: Die Stadt könnte sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr direkt ihrer eigenen Unternehmen bedienen, sondern wäre auf ein rein vertragliches Verhältnis reduziert.

In der Folge wäre die Stadt nicht mehr selbst Herrin des Verfahrens entsprechenden Zugriffs- und Mitwirkungsrechte, sondern sie wäre auf die Rolle als Auftraggeberin reduziert. Während der Vertragslaufzeit wäre sie auf die Kontrolle der Vertragserfüllung beschränkt. In allen Konfliktfällen würden wahrscheinlich häufig Gerichte bemüht. Hinzu kommt, dass durch eine Betrauung Dritter mit Infrastrukturaufgaben das Know-how der Stadt und ihrer kommunalen Unternehmen verloren geht.

Angesichts dieser Folgen legt die Stadt Köln Wert darauf, dass sie auch weiterhin, die im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts verfassungsrechtlich zustehende volle Wahlfreiheit bei der Organisation der städtischen Daseinsvorsorgeleistungen behält.

Forderungen

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Gestaltungsspielräume bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen der Stadt Köln ist die Stadt Köln der Auffassung, dass der Richtlinie nur dann zugestimmt werden kann, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1) Die Richtlinie darf nicht in die Organisationsfreiheit der Kommunen in Bezug auf ihren Daseinsvorsorgeauftrag eingreifen, indem sie von kommunalen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen ausschreibungspflichtig macht.

2) Die Richtlinie darf nicht zu einer erzwungenen Leistungserbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch Dritte führen.

3) Kommunale Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, sind daher vom Geltungsbereich der Richtlinie auszunehmen, soweit die öffentliche Hand zumindest die Mehrheit der Anteile an dem Unternehmen hält und einen dominanten Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann.

4) Gleiches gilt für eine Kooperation zweier oder mehrerer Kommunen bei der gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen.

5) Die Anwendbarkeit der Rechtsmittelrichtlinien darf nicht dazu führen, dass Kommunen sich ständig Vergabeüberprüfungen ausgesetzt sehen. Zur Schaffung von Rechtssicherheit sollten entweder die tatbestandlichen Voraussetzungen solcher Überprüfungen klarer geregelt und eingegrenzt oder auf die Anwendung der Rechtsmittelrichtlinien verzichtet werden.

Der Rat der Stadt Köln fordert alle politischen Instanzen dazu auf, ihren Einfluss in diesem Sinne bei der laufenden politischen Debatte zur Geltung zu bringen.

Insbesondere wird die Landesregierung NRW dazu aufgefordert, ihren Einfluss des Landes NRW im Bundesrat zu nutzen, um die Interessen der deutschen Kommunen und ihrer Stadtwerke in diesem europäischen Gesetzgebungsverfahren zur Geltung zu bringen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir die Anträge abgearbeitet. Wir kommen zu den Anfragen unter Tagesordnungspunkt 5:

5. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.1:

5.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Gründung eines Konsortiums zur Erwerbung von 1.199 Wohnungen in Köln-Chorweiler“
AN/1847/2012

Antwort der Verwaltung vom 03.12.2012
4341/2012

Gibt es Nachfragen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beantwortet.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 5.2:

5.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Steigende Zahl der Asylbewerber – Folgen für die Stadt Köln“
AN/1848/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012
4473/2012

Gibt es dazu Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie ebenfalls erledigt.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 5.3:

5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes“
AN/2015/2012

Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012
4603/2012

Gibt es dazu Nachfragen? – Keine Nachfragen. Dann ist auch diese Anfrage erledigt.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

6. Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

6.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nord-rhein-Westfalen

6.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung weiter fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.4.1 auf:

6.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.4.1 Antrag des Integrationsrates zu der geplanten Kürzung der Finanzmittel im Bereich Integration
4419/2012

Dazu gibt es vom Vorsitzenden des Integrationsrates eine Wortmeldung, der ich nach § 15 Abs. 8 Satz 4 der Geschäftsordnung gerne nachkomme. Es spricht Herr Keltec.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! In der letzten Sitzung des Integrationsrates wurde der Ihnen vorliegende Antrag verabschiedet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen diesen Antrag zu den geplanten Kürzungen der Finanzmittel im Bereich Integration zu erläutern.

Die Gesamtthematik Integration hat sich im Laufe der Jahrzehnte gewaltig geändert. Wir müssen daher aufpassen – diese Gefahr besteht –, dass wir dieses Thema nicht immer wie noch vor 20 Jahren diskutieren. Ich bin mir manchmal unsicher, ob die aktuellen Anforderungen an eine zeitgemäße Integrationsarbeit unter Berücksichtigung des demografischen Wandels tatsächlich in der Öffentlichkeit angekommen sind. Manchmal muss man den Eindruck gewinnen, dass bei einigen Diskutanten immer noch der Gedanke im Hinterkopf herumschwirrt, irgendwann würde sich das Thema Integration in Luft auflösen und die Migranten würden schon wieder nach Hause zurückkehren.

Meine Damen und Herren, die junge Generation mit Integrationshintergrund in Köln hat keine andere Heimatstadt außer Köln. Sie ist fester Bestandteil der Zukunft dieser Stadt.

(Beifall bei Teilen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.)

Die öffentliche Diskussion wird leider immer wieder zu sehr von älteren Herren beeinflusst, die ihre Meinung und ihre unseriösen Analysen über vermeintlich gescheiterte Integration in Buchform verbreiten müssen. Dabei bedienen sie sich der altbekannten rassistischen Methoden und ethnisieren bestehende soziale Probleme. Sie versuchen, die Ursachen der sozialen Probleme mit der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit der Migranten zu erklären. Das ist billiger Populismus, der bis jetzt kein Problem gelöst hat, aber zur weiteren Entwicklung des Rassismus in unserer Gesellschaft auf Kosten der Gebote unseres Grundgesetzes beiträgt. Es ist skandalös, wenn sich solche Menschen mit dieser Art von geistiger Brandstiftung auf Kosten des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens auch noch bereichern.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier allerdings auch das von allen Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedete Teilhabe- und Integrationsgesetz lobend hervorheben. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf:

> Mit diesem Gesetz soll diese integrationspolitische Infrastruktur gesichert und weiter optimiert werden. Es soll eine vorausschauende, aktivierende und unterstützende Integrationspolitik für alle Generationen ermöglicht werden, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichert und dem Auseinanderdriften präventiv begegnet. Ob Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort.

Also: in den Kommunen. Als zentrale inhaltliche Ziele werden unter anderem genannt – ich zitiere –:

1. eine Grundlage für ein gedeihliches und friedvolles Zusammenleben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu schaffen,
2. jede Form von Rassismus und Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen zu bekämpfen,
3. eine Kultur der Anerkennung und des gleichberechtigten Miteinanders auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu prägen,
4. Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, ihrer Religion oder Weltanschauung insbesondere bei ihrer Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen und zu begleiten,
5. die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern.

Heute hat die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen in Köln einen Migrationshintergrund. Die Zukunft unserer Stadt hängt davon ab, ob wir es schaffen, diesen 50 Prozent unserer Stadtgesellschaft das Gefühl zu geben, dass sie vollwertige Kölnerinnen und Kölner sind, dass sie hier ernst genommen werden und gleichberechtigt sind. Aus meiner Sicht haben wir dieses Ziel noch nicht erreicht. Hier gibt es noch viel zu tun.

Es wachsen hier mehrheitlich gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten voller Tatendrang heran, die in dieser Stadt ihren Platz finden wollen, aber regelmäßig mit unfairen Mitteln

der Diskriminierung daran gehindert werden. Eine aktuelle Untersuchung der Uni Essen hat ergeben, dass zum Beispiel 51 Prozent aller türkischstämmigen jungen Menschen Diskriminierung bei der Arbeitssuche und 47 Prozent Diskriminierung bei der Wohnungssuche erlebt haben.

Dies bedeutet zum Beispiel, dass Menschen mit fremdländisch klingenden Namen trotz sehr guter Zeugnisse oftmals erst gar nicht zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden. Junge Farbige erhalten am Telefon eine Zusage zur Wohnungsbesichtigung und werden bei der persönlichen Vorsprache vom Vermieter direkt abgewiesen. Eine interne Abfrage des Netzwerkes NRW unter jungen Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund hat ergeben, dass nur 6 Prozent von ihnen in der 4. Klasse von ihren Grundschulen eine Gymnasialempfehlung erhalten haben.

Es wachsen hier Kinder heran, die bereits in der Grundschule neben ihrer jeweiligen Muttersprache auch gut Deutsch sprechen und mit Englisch bereits ihre zweite Fremdsprache erlernen. Gleichzeitig wird ihnen aber verboten, ihre Muttersprache auf dem Schulhof zu gebrauchen, anstatt das ungeheure Potenzial an Sprachkompetenz dieser Kinder zu fördern. Dies können und dürfen wir hier in Köln nicht akzeptieren.

Meine Damen und Herren, früher ging es immer darum, Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Dies ist sicherlich auch weiterhin erforderlich. Das Ziel jetzt ist aber, die Früchte der bisherigen Integrationsarbeit zu nutzen und das brachliegende Potenzial der jungen Migrantinnen und Migranten aktiv auszuschöpfen. Dies geht allerdings nur dann, wenn wir ihre Teilhabemöglichkeiten an der Entwicklung unserer Stadt verbessern.

Ein Paradigmenwechsel, ein komplettes Umdenken in der Integrationspolitik ist erforderlich. Wir müssen wegkommen von der defizitorientierten Sichtweise und stattdessen die Potenziale der Migrantinnen und Migranten erkennen und nutzen. Dies ist für den globalen Wettbewerb von großer Bedeutung.

Diesen Perspektivwechsel haben der Landtag und die Landesregierung mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz vorgenommen. Köln versäumt diesen Wechsel, wenn es das Interkulturelle Referat mitsamt einem großen Teil der dort verwalteten Fördergelder einspart, statt den Schwung des neuen Teilhabe- und Integrationsgesetzen zu nutzen und die städtische Integrationsarbeit nach den demografischen Gegebenheiten völlig neu aufzustellen.

Es ist wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die darauf hinweist, dass es zum Beispiel in den Erziehungsberatungsstellen schlauer ist, anstelle der zusätzlichen Finanzierung eines Dolmetschers direkt einen Erziehungsberater mit Migrationshintergrund einzustellen. Dasselbe gilt für die Sozialarbeiter und die Mitarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst usw.

Es ist wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die darauf hinweist, dass Schulungen der städtischen Mitarbeiter, insbesondere der Mitarbeiter in ständigem Bürgerkontakt und mit interkultureller Kompetenz äußerst wichtig sind.

Es ist äußerst wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die immer wieder auf die Gefahren von Diskriminierung hinweist und Maßnahmen ergreift, dies zu verhindern und Rassismus zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie als Ratspolitiker auf, diesen vom gesamten Landtag Nordrhein-Westfalen einmütig vollzogenen Perspektivwechsel weg von der früheren Integrationspolitik hin zu einer Inklusions- und Teilhabepolitik auch auf kommunaler Ebene weiter fortzuführen, damit die vorhandenen Potenziale der 50 Prozent junger Leute mit Migrationshintergrund gefördert und genutzt werden.

Ich fordere Sie, meine Damen und Herren Ratspolitiker, auf, darauf achtzugeben, dass die Stadt nicht heute bei den freiwilligen Aufgaben einspart, die sie vielleicht morgen als Pflichtaufgabe doppelt und dreifach finanzieren muss.

Um dies sicherzustellen und den Prozess adäquat zu begleiten, brauchen wir weiterhin eine Steuerungsstelle wie das Interkulturelle Referat, das auch den Schwung aus dem Landtag als Querschnittsaufgabe in die Fläche der Verwaltung und in die Stadtgesellschaft transportiert. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, den Antrag des Integrationsrates in diesem Sinne aufzufassen und ihn zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Jung.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir von der CDU-Fraktion hatten im Integrationsrat den Antrag gestellt, dies in die Haushaltsplanberatungen zu schieben. Gegen unsere Stimme ist das zunächst heute in den Rat gekommen. Es ist ja sehr gut, dass im Rat darüber gesprochen wurde. Aber wir halten unseren Antrag aufrecht, das in die Hpl-Beratungen zu schieben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Keltec hat mit dieser Rede seiner Sache sicher keinen guten Dienst erwiesen. Vielmehr hat er meiner festen Überzeugung nach eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er mental nicht in dieser Stadtgesellschaft angekommen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr solltet nicht von euch auf andere schließen!)

Integration ist in allererster Linie immer eine Bringschuld der Migranten und nicht eine Frage irgendwelcher finanziellen Anreize. Das ist meine feste Überzeugung. Es ist in allererster Linie eine Bringschuld.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja widerlich!)

Wir alle haben vorher gehört, wie die finanziellen Zwänge hier in Köln sind und dass – ich zitiere da sinngemäß den Oberbürgermeister – alle in dieser Stadt ihren Beitrag dazu zu leisten haben. Wie man in einer solchen Situation auf die Idee kommen kann, sich selbst oder seine Lobbygruppe davon ausklammern zu wollen, sich angesichts dieser ernsten Lage hier sozusagen Extrawürste braten zu wollen, das ist mir völlig unverständlich. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass das vielen, vielen Bürgern dieser Stadt völlig unverständlich ist.

(Beifall bei pro Köln – Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie müssen das gerade sagen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab wie Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat vorgeschlagen: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur Kenntnisnahme!)

- Nur Kenntnisnahme?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir wollen so beschließen, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, vorgeschlagen haben!)

- Noch einmal: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann lassen Sie uns abstimmen!)

Das Entscheidende ist – ich will es noch einmal deutlich machen –: Ich habe eben gesagt: Abstimmung, wie im Finanzausschuss vorgeschlagen worden ist, nämlich Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Martin Börschel [SPD]: Meines Erachtens haben wir das im Finanzausschuss nicht beschlossen!)

In der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses lese ich: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Dann stimmen wir zunächst über den Antrag der CDU ab, wie von Herrn Jung vorgetragen, nämlich: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Die FDP, die CDU und die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das abgelehnt.

Wir kommen dann zur Alternative, nämlich: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis, so wie im Finanzausschuss vorgeschlagen. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür ist. – Das sind: Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion der Grünen, Fraktion der CDU, Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion pro Köln. Damit ist dieser Antrag so angenommen.

I. Beschluss über den Verweisungsantrag von Ratsmitglied Jung:

Der Rat beschließt, die Angelegenheit in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 17.12.2012:

Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 6.4.2 auf:

6.4.2 Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung:
4436/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Jung.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir haben im Integrationsrat länger über dieses Thema diskutiert und dann die Resolution einstimmig beschlossen wie die Alternative, ohne diese Spiegelstriche auf Seite 2 – keine Visumspflicht usw. –, das heißt: nur die reine Resolution auf Seite 1. So würden wir auch hier heute beschließen wollen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie Alternative!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, wie Alternative. – Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss meinem Kollegen aus dem Integrationsrat widersprechen. Wir haben das nicht einstimmig beschlossen. Die FDP-Fraktion hat gegen diese Resolution gestimmt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was?)

Ich möchte hier kurz die Gründe dafür darlegen. Diese Resolution ist leider nichtssagend und aus Sicht der Liberalen eigentlich peinlich für den Rat der Stadt Köln. Sie stellt die gesamte Ausländergesetzgebung und damit auch die jahrelangen Bemühungen der Integrationspolitik in Deutschland infrage. Die Forderung an die Bundesregierung besteht lediglich darin – das sage ich den Mitgliedern des Rates, die nicht dem Integrationsrat angehören und diese Resolution vielleicht nicht konkret gelesen haben –, sämtliche Regelungen der Ausländergesetzgebung zu überprüfen, um den seit vielen Jahren in Deutschland lebenden und nicht aus Ländern der EU kommenden Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann nicht unser Ernst sein! Was ist die Botschaft an unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin? Vor allem: Wo ist das deutliche Signal an die Bundesregierung, wie es in der Überschrift der Resolution noch steht? Wir können es nicht erkennen. Was möchten wir damit aussagen?

Wir haben heute bereits zwei Resolutionen mit breiter Mehrheit verabschiedet: eine zur Schulsozialarbeit und eine zur Verkehrsinfrastruktur. In beiden Resolutionen haben wir ganz klar dargelegt und benannt, was Köln möchte, welche Wünsche und Vorstellungen der Kölner Rat an die Bundesregierung hat. Da haben wir Maßnahmen vorgelegt. Hier sagen wir eigentlich nichts. Und das sollen wir weitergeben nach Berlin? Das können wir nicht mitmachen. Diese Resolution muss weg. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie der Resolution nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Keltec, bitte.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte lieber als Erster hierzu geredet. Wenn das alles in Ordnung wäre, Frau Laufenberg, bräuchten wir darüber nicht reden. In dem Sinne haben Sie recht. Aus diesem Grund will ich dazu noch einiges sagen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, vor einem Jahr wurde die Täterschaft des Nationalsozialistischen Unter-

grunds, NSU, bei den Morden an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, und der Polizistin Michèle Kiesewetter sowie bei zwei Sprengstoffanschlägen in Köln aufgedeckt. Jahrelang verdächtigten die ermittelnden Behörden das Umfeld der Ermordeten. Migrantinnen und Migranten wurden von den Ermittlungsbehörden als Personen mit Verbindungen ins kriminelle Milieu diffamiert und kriminalisiert.

Der NSU beabsichtigte, in inhaltlicher Fortsetzung der Brandanschläge von Rostock, Hünxe, Mölln und Solingen mit gezielten Morden und Sprengstoffanschlägen ein Klima der Verunsicherung und Angst bei den Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Das ist ihnen teilweise gelungen; denn nicht zuletzt aufgrund des migrantenunfreundlichen Klimas in unserem Land verlassen zunehmend gut ausgebildete und qualifizierte junge Menschen dieses Land.

Der Versuch der Bundesregierung, mit der blauen Karte qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland zu holen, kommt nicht voran. Nach meinem Wissen haben bis vor kurzem bundesweit nur 71 Fachkräfte dieses Angebot angenommen. Betrachtet man Deutschland einmal aus der Sicht des Auslandes, kann dies angesichts der Morde und Anschläge des NSU, der Unfähigkeit der ermittelnden Behörden und dem nicht nachvollziehbaren Schreddern von Unterlagen niemanden ernsthaft verwundern.

Bei der Aufklärung dieser Morde wird in fast jeder Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages ein neuer Skandal bekannt. Ich möchte mich im Namen der Migrantinnen und Migranten bei den Mitgliedern dieses Ausschusses für die parteiübergreifende Arbeit bedanken.

Der Verdacht, dass Personen innerhalb der Behörden in die Sache verwickelt sind, ist leider nicht weithergeholt. Dass diese rassistischen Morde aus niederen rassistischen Motiven nicht verhindert werden konnten, kann nicht mit den Worten „Schlamperei“ oder „Pannen“ beschönigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Morde müssen lückenlos aufgeklärt und das zerstörte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt wiederhergestellt werden. Das ist nicht nur eine menschliche und moralische Pflicht gegenüber den Opfern und ihren Nächsten, sondern das entspricht auch den Prinzipien eines Rechtsstaates und ist damit eine Aussage darüber, wie ernst der Staat sich selber nimmt.

Ich gehe davon aus, dass unsere Stadt auch im eigenen Interesse mit dieser rechtlichen Herausforderung fertig wird. Aber eine politisch klare Antwort auf die Rechtsradikalen, die Migrantinnen und Migranten aus Deutschland vertreiben wollen, fehlt seit dem Brandanschlag in Solingen 1993. Ich möchte daran erinnern, dass nach den Anschlägen auf Migrantinnen und Migranten in Mölln und Solingen zwar allgemeine Betroffenheit herrschte, aber durch die anschließende Verschärfung des Asylrechtes unterschwellig der Eindruck transportiert wurde, man müsse nur den weiteren Zuzug von Ausländern beschränken, dann würde die Fremdenfeindlichkeit nachlassen. Ein Signal, welches die hier seit vielen Jahren lebenden Migrantinnen und Migranten ratlos machte.

Meine Damen und Herren, in Norwegen ermordete im Juli letzten Jahres ein Rechtsextremist 77 Menschen mit der Begründung, man müsse Norwegen gegen den Islam und den Kulturmarxismus verteidigen. Die Reaktion des norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg bei der Trauerfeier für die Opfer des Anschlages war: Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit. – Mehr Demokratie, Offenheit, Menschlichkeit sollte auch in Deutschland die Antwort auf die NSU-Morde sein.

Es darf nicht beim Verbot der NPD und der Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen bleiben. Die Ungleichbehandlung von Menschen aus ethnischen und religiösen Gründen muss beseitigt werden. Dies ist das größte Handicap für die Integration. Es ist dringend an der Zeit, dass Bundestag und Bundesregierung, ergänzend zu ihren Worten des Bedauerns und der Betroffenheit, jetzt ein klares und eindeutiges politisches Signal als Erwiderung auf den rechtsradikalen Terror setzen und unmissverständlich deutlich machen, was ihnen Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in diesem Land bedeuten und wert sind.

Der Integrationsrat fordert daher die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages auf, die restriktiven Regelungen der Ausländergesetzgebung zu überprüfen und die hier seit vielen Jahren in Deutschland lebenden, nicht aus EU-Ländern

stammenden Migrantinnen und Migranten mit diesen gleichzustellen. Ich erwarte von der Politik in diesem Sinne ein politisches Signal und eine Antwort auf die rechtsradikalen Morde und Anschläge sowie die Erfüllung folgender Forderungen:

Abschaffung der Optionspflicht für junge Menschen,

- Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit für alle,
- ein kommunales Wahlrecht für alle,
- Abschaffung der restriktiven Regelungen des Zuwanderungsgesetzes.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, noch ein Hinweis: Am 29. Mai 2013 jährt sich der Mordanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen zum 20. Mal. Ich rufe Sie alle hier auf, am 29. Mai 2013 eine Veranstaltung oder eine Gedenkfeier, zum Beispiel in unserem Rathaus, als Antwort auf die Entwicklung des Rassismus in unserem Land zu organisieren.

Ich bitte Sie, den Antrag des Integrationsrates, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein eindeutiges politisches Signal als Erwiderung auf den rechtsradikalen Terrorismus zu setzen, in diesem Sinne aufzufassen und ihn zu unterstützen,. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Alternative: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, die CDU, die FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Wir kommen dann –

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Ich möchte gern zu Protokoll geben, dass dieser Antrag nicht angenommen worden ist, sondern wir haben das nur zur Kenntnis genommen. Sie hatten „das“ gesagt. Es ist mir nach dieser Rede sehr wichtig, festzuhalten, dass wir das nur zur Kenntnis genommen haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Genau so habe ich es gesagt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist angenommen worden! – Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss gemäß Alternative:

Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:
- Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

- Ratsmitglied Gey verlässt die Sitzung nach diesem Punkt endgültig.

7. Ortsrecht

7.1 Satzungen

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 7.1.1:

7.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln
3732/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Dr. Albach, bitte.

Dr. Rolf Albach (FDP): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Verehrte Gäste! Frau Moritz hat in ihrer Rede eben von einem Hearing berichtet. Darauf beziehe ich mich auch. Der Stadtwerke-Konzern hat 2006 ein Hearing zum Thema „Abfallwirtschaft“ veranstaltet, bei dem Professor Wegmann über Optionen für die zukünftige Positionierung des SWK-Konzerns in der Entsorgungswirtschaft

gesprochen hat. Ich zitiere aus den Seiten 12 und 16. Darin heißt es:

> Kommunalisierung der Abfallwirtschaft bedeutet: Einflussnahme auf regionale Marktstrukturen, Sicherung des Managements über Stoffströme, Erschließung neuer Geschäftsfelder.
>
> Professor Wegmann wies auch darauf hin, dass dieser Weg für die Kommune eine große finanzielle Belastung darstellen könne, Abfallentsorgung als kommunale Dienstleistung nicht mehr zeitgemäß sei und im Wettbewerb zu erbringen sei und Kommunalisierung zur Verdrängung von privaten Unternehmen führe.

2006 wurde eine Strategie beschrieben, die wir heute in kleinen Scheibchen im Rahmen der Abfallsatzung präsentiert bekommen. Das Nachsortieren von Abfall ist eine Innovation von kleinen Dienstleistungsunternehmen, die davon profitieren, dass Mülltrennung zu einer Wissenschaft geworden ist. Die städtischen Abfallwirtschaftsbetriebe AWB sind selbst nicht auf die Idee gekommen, im Gegenteil: Sie haben jahrelang versucht, diese Idee mithilfe der Satzung zu bekämpfen.

Kaum sieht die AWB, dass sich dieses Geschäftsmodell mehr und mehr durchsetzt und Unternehmen, die das anbieten, wachsen, schon geht sie zum Verdrängungswettbewerb über. Sie lässt sich diese neue Dienstleistung aus ihrer Sicht, nämlich aus Sicht des Marktes, nicht nur als einfache Dienstleistung vom Aufsichtsrat absegnen, sondern sie lässt sie sich auch noch ausgerechnet über die hoheitliche Satzung bestätigen. Das geht relativ weit. Das sieht eindeutig nicht nach fairem Wettbewerb aus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Die AWB hat ein Monopol in ihrem Kerngebiet der Abfallentsorgung.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist gewollt!)

Mit dem kann sie gelassen ihre Fixkosten decken. Dafür ist das Kommunalabgabengesetz da. Das verpflichtet sie aber auch zur Zurückhaltung. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die Monopolrendite über die Gewinnabführung auch anders genutzt werden kann, als zu Grenzkosten kleine Firmen aus dem Markt zu drängen. Wenn das so weitergeht, ersticken wir langfristig Innovationen und kleine Unternehmen, die diese in den Markt bringen. Auch die heute noch privat organisierte Altkleidersammlung scheint ins Visier der AWB gerückt zu sein.

Wir sind nicht gegen kommunale Unternehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Na, na, na?)

Aber wir sind dagegen, dass die kommunalen Unternehmen Monopole ausnutzen, um kleine Unternehmen zu verdrängen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind überzeugt, dass sich die AWB zuerst in ihren Kernaufgaben dem Wettbewerb stellen muss, innerhalb und außerhalb von Köln. Wir sehen in der Abfallsatzung genau das Gegenteil, nämlich einen Trend zur Verdrängung von Wettbewerb. Ich nenne das einen kleinen Schritt zum Kommunalmonopolkapitalismus oder zum Kuschel-Stamokap. Und deswegen lehnen wir die Abfallsatzung heute ab.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Das ist doch eure Gesetzgebung!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Brust, wollen Sie noch reden? – Bitte.[1]

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muss mich hier zu Wort melden, damit später im Protokoll solche Aussagen nicht unwidersprochen als Wahrheit auftauchen.

Die FDP schreibt in ihrer Presseerklärung, dass die AWB das Monopol auf die Entsorgung des Verpackungsmülls habe. – Zur Richtigstellung: Herr Albach, die Gelbe Tonne unterliegt der Ausschreibungspflicht. Die AWB hat nur, weil sie in diesem Wettbewerb mithalten kann, diese Ausschreibung gewonnen.

(Martin Börschel [SPD]: Ups, das ist aber peinlich, Herr Albach!)

Sie schreiben in Ihrer Presseerklärung auch, die AWB habe ein Monopol auf die Entsorgung von Verpackungsmüll. – Das stimmt einfach

[1] Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

nicht. Wir haben die Ausschreibung gewonnen, weil wir besser waren als Remondis und andere private Mitanbieter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das mit Tariflöhnen!)

Sie von der FDP können es anscheinend nicht ertragen, wenn kommunale Unternehmen im Wettbewerb mithalten und Ausschreibungen gewinnen können.

(Martin Börschel [SPD]: Sogar mit Tariflöhnen!)

Weiter behaupten Sie, das neue Angebot Nachsortierung könne nur deswegen angeboten werden, weil die AWB einen Wettbewerbsvorteil habe, da sie keine Mehrwertsteuer zahlen müsse. – Wir haben Sie im Umweltausschuss extra darauf hingewiesen, dass das Unsinn ist. Sie haben dazu heute noch einmal schriftliche Unterlagen bekommen. Die AWB zahlt auf ihre Leistungen den vollen Mehrwertsteuersatz und hat deswegen überhaupt keinen Vorteil,

(Martin Börschel [SPD]: Autsch, das tut weh!)

wenn sie jetzt auch in das Geschäft mit der Nachsortierung einsteigt.

Wenn Sie wirklich an Wettbewerb interessiert wären, müssten Sie sich doch freuen, dass ab 1. Januar ein weiterer Wettbewerber auf dem Markt präsent sein wird und die Kunden so noch mehr Möglichkeiten zur Auswahl haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Zum letzten Punkt: Altkleider. Die Stadt Köln will nicht, wie es in der Presse heißt, in den Altkleidermarkt einsteigen und dann möglichst viel Geld machen.

(Birgit Gordes [CDU]: Was denn sonst? – Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Hören Sie mal zu! Er erklärt Ihnen das jetzt!)

Vielmehr gibt es dafür zwei Gründe: Ein Grund ist das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Wertstoffgesetz. Darin ist vorgesehen, dass demnächst 65 Prozent der Müllmengen recycelt werden müssen. Wir müssen also alle Möglichkeiten ausschöpfen, unter anderem auch Altkleider, soweit möglich, wiederverwerten, recyceln usw.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist euer schwarz-gelbes Bundesgesetz!)

Dazu gibt es einen Pilotversuch, wie man das in Köln am besten machen kann.

Der zweite Grund, warum wir das in Köln machen müssen, ist die Verschandelung der Landschaft durch illegal aufgestellte Container. Die können wir nur abbauen lassen, wenn wir ein Gegenangebot aufstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, liebe Kollegen und Kolleginnen.

(Martin Börschel [SPD]: Da schweigt die FDP!)

- Dazu könnte ich ja noch etwas sagen.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Satzung so genehmigt.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 7.1.2:

7.1.2 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten
3778/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist auch diese Satzung angenommen.

Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten

im Gebiet der Stadt Köln vom 16.12.2005 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 7.1.3:

7.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010
4301/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Klipper, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bin ich der Einzige?)

- Nein, aber der Erste.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Lassen wir mal die anderen anfangen!)

- Gut. – Herr Frank, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ziehe ich zurück! Wir müssen nicht dazu sprechen!)

Herr Breite.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Wer bietet mehr?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann stimmen wir ab!)

- Herr Breite spricht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist wieder der gleiche Streit hier! – Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! – Weiterer Zuruf von der CDU: Wie schnell Herr Breite da oben ist!)

Ulrich Breite (FDP): Danke schön, Frau Bürgermeisterin.

(Zuruf)

- Ich doch nicht. Bei meinen Augen? Das geht doch gar nicht.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss werde ich immer von Götz Bacher kritisiert, wenn ich statt von der Kulturförderabgabe von der Bettensteuer rede. Ich muss zugeben: Ich habe diesen Begriff mit erfunden.

(Zurufe: Oh!)

- Ja. Er passt auch, meine Damen und Herren;

(Götz Bacher [SPD]: Wer hat die Bettensteuer denn wirklich erfunden?)

denn es geht gar nicht nur um die Übernachtung. So steuererfindungsreich ist unsere Stadtverwaltung nämlich. Sie hat auch einen § 2 Abs. 2 eingeführt. Wenn Sie tagsüber zum Schäferstündchen gehen, müssen Sie die Steuer nämlich auch bezahlen. Auch tagsüber, wenn Sie gar nicht übernachten, müssen Sie diese Steuer bezahlen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Man sieht: Hauptsache, das Bett ist mit im Spiel. Dann wird in Köln abkassiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ich will doch hoffen, dass das bei Ihnen noch ohne Geld geht.

(Beifall bei der FDP)

Da bin ich mir auch ziemlich sicher. Sie müssen dann aber auch die Bettensteuer zahlen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ein Ordnungsruf, bitte!)

Da gibt es auch keinen Abschlag für Sozialdemokraten. Da bin ich mir hundertprozentig sicher.

(Henk van Benthem [CDU]: Kein Köln-Pass!)

Aber ich muss auch sagen –

(Winrich Granitzka [CDU]: Der Rat muss sauber bleiben!)

- Das weiß ich jetzt nicht. Dazu möchte ich mich auch nicht äußern. – Ich möchte aber noch einmal auf das Oberverwaltungsgericht eingehen, das uns schon schriftlich erklärt hat, dass unsere Satzung nichtig ist und auch nicht mehr verbessert werden kann. Trotzdem bleibt

die Stadtverwaltung bei ihrer Meinung. Man will vielleicht sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist Kölner Landrecht!)

- Das kann man durchaus als Kölner Landrecht bezeichnen.

Es ist auch sehr interessant, welche Begründung jetzt dafür herangezogen wird, dass man das machen kann. Da wird doch tatsächlich diese Satzung zur Bettensteuer mit der Hundesteuersatzung verglichen und argumentiert, bei der Hundesteuersatzung gebe es auch keine Ausnahmen für betriebsbedingte Hunde.

(Heiterkeit bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man bloß auf diese Idee kommen? Sie füllen wahrscheinlich alle Ihre Steuererklärung selbst aus und wissen darum, was es heißt, Werbungskosten zu haben, wenn man beruflich tätig ist. Das gibt es bei Hunden noch nicht. Darum hinkt dieser Vergleich auch. Ich weiß nicht, ob man das Oberverwaltungsgericht oder auch das Bundesverfassungsgericht überzeugen kann, indem man hier mit betriebsbedingten Hunden ankommt.

Wenn man schon solche Argumente anführen muss, weil man einfach nicht zugeben will, dass man mit dieser Satzung auf dem falschen Dampfer ist, dann können wir uns nur blamieren, muss ich sagen. Die FDP will – genauso wie die CDU, glaube ich – verhindern, dass wir von der Stadt Köln diesen Weg gehen.

Im Finanzausschuss höre ich dann immer, auch das letzte Mal, vom Ausschussvorsitzenden Martin Börschel, vor Gericht und auf hoher See sei man in Gottes Hand. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man schon mit einem leckgeschlagenen Dampfer auf hohe See geht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn man kentert. Das hat nichts mehr mit dem lieben Gott zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie das also bitte sein. Ich kann es in dieser Form nicht mehr hören.

Ich kenne auch – insbesondere aus anderen Fällen – die rechtlichen Fantasien, um das noch irgendwie hinzubekommen. Man meint, man habe in rechtlichen Fragen mehr Know-how als das Oberverwaltungsgericht und die dort tätigen Richter und als das Bundesverwaltungsgericht und seine Richter; denn diese Richter haben die Unterscheidung zwischen privat und beruflich veranlassten Übernachtungen deutlich gemacht.

Hier steht jetzt in der Begründung, die wir weitergeben wollen, jede berufsbedingte Übernachtung enthalte auch einen Privatanteil, weil man ja immer schlafen müsse.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie beim Frühstück!)

Darum stimme das, was der Bundesgerichtshof geschrieben hat, gar nicht; es sei immer privat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu diesen Kuriositäten kommt es, weil man einfach nicht anerkennen will, dass man hier etwas Falsches geschaffen hat.

Ich habe heute bei der Einbringung unseres Haushalts schon etwas über das Steuerfindungsrecht der Kommunen gehört. So weit sollten wir aber nicht gehen, glaube ich. Schließlich lernt man schon als Kind: Nicht alles, was man findet, sollte man in die Hand nehmen.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Das gehört auch dazu. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Breite, eine solche Rede ist eigentlich kaum noch zu toppen. Dennoch erlaube ich mir, ergänzend noch einmal auf einige Dinge aus der Vergangenheit hinzuweisen.

Jetzt einmal Spaß beiseite: Wir haben schon damals gesagt, als das hier durch den Hauptausschuss und den Rat gepeitscht wurde, dass wir große Zweifel an der Gesetzeskonformität dieser Satzung haben. Aber das galt natürlich alles nicht. Man wurde mit dem Bundesverfassungsgericht konfrontiert.

Eines Tages kamen dann doch zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, und zwar zu Bingen und zu Trier. Darin wurden deren Satzungen, die ähnlich aufgebaut waren und ähnlich strukturiert sind, in vollem Umfang für nich-

tig erklärt. Welch ein Schreck für die Kämmerin, dass eine Satzung, die über den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 64 Millionen Euro einbringen sollte, dann auf einmal für nichtig erklärt wurde! Damit war die mittelfristige Finanzplanung obsolet und gar nicht mehr wirkungsvoll.

Anschließend hat man geglaubt, man könne das immer noch retten – bis das Verwaltungsgericht sich so geäußert hat, wie Herr Breite das schon geschildert hat. Eigentlich war es schon bereit, einen Beschluss zu fassen und das Ganze zu stoppen. Dann hat die Verwaltung aber noch einmal darauf reagiert.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen heute schon: Dies hat überhaupt keine Bedeutung. Denn wie soll das gehen? Ich zitiere einmal § 2 Abs. 4 des Satzungsentwurfs:

> Der Beherbergungsgast kann die zwingende berufliche Veranlassung auf amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklären und belegen, z. B. durch Arbeitgeber- oder Dienstherrenbescheinigung oder bei einer selbstständigen gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit mit einer amtlich vorgeschriebenen Eigenbescheinigung. Die zwingende berufliche Veranlassung ist für jeden Beherbergungsgast gesondert zu belegen.

Nur dann ist man von dieser Abgabe befreit.

Jetzt überlegen Sie sich einmal Folgendes: In der Stadt Köln haben wir 4 Millionen Übernachtungen. Das Hotelpersonal muss jetzt anfangen, bei jedem einzelnen Gast nachzufragen – vielleicht auf Englisch, Französisch oder Spanisch. Schließlich kommen auch etliche Gäste aus Spanien. Sie werden ebenfalls damit konfrontiert.

(Ulrich Breite [FDP]: Aus China!)

Das muss in jedem Fall gemacht werden. Das Ganze muss auch belegt werden. Es reicht nicht aus, es zu behaupten und ein Kreuzchen zu machen. Nein, das muss belegt werden. Höchstwahrscheinlich werden einige Gäste aus China auch eine chinesischen Bestätigung mitbringen, dass das der Fall ist.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich kann mir vorstellen, dass wir hochqualifizierte Hotelfachleute, die mehrsprachig sind, damit beschäftigen werden, diese Bescheinigungen einzuholen. 4 Millionen Übernachtungen!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in allem Ernst feststellen, dass eine Steuer nur dann rechtswirksam ist, wenn ihre Erhebung auch kontrolliert werden kann. Sagen Sie mir einmal, wie Sie das bei 4 Millionen Übernachtungen im Jahr durch die Stadt kontrollieren wollen. Sie sagen, das gehe alles. Sie haben ja Erfahrung darin. Wir haben auch unendlich viele Steuerprüfer, die so etwas machen können. 4 Millionen Belege! Man darf sie natürlich auch nicht in Kopie einreichen, sondern muss sie im Original vorlegen. Es könnte ja einer etwas daran gefummelt haben.

Meine Damen und Herren, diese Bettensteuer – ich will sie so nennen; die andere Bezeichnung geht mir nicht so richtig über die Lippen – ist überflüssig. Sie wird gestoppt werden.

Lassen Sie mich noch einmal die Gründe nennen: Sie ist wirtschaftsfeindlich. Sie ist tourismusschädigend. Gerade für den Messe- und Kongressstandort ist sie extrem schädlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wettbewerbsverzerrungen mit dem Umland, die wir schon haben, sind gegeben. Deswegen wird es auch bei anderen Steuern zu Mindereinnahmen kommen. Die Bettensteuer ist überhaupt nicht überprüfbar. Einnahmen und Kosten stehen in keiner Relation zueinander.

Ich schwöre Ihnen schon heute: Die Bettensteuer ist nicht gerichtsfest. Aber was will man machen? Die Mehrheit von Rot-Grün hat hier im Rat eine Mehrheit; der Oberbürgermeister macht es ja mit. Wir sollten uns so schnell wie möglich von diesem Beschluss trennen. Wenn wir es nicht tun, werden die Gerichte die Entscheidung für Sie von SPD und Grünen treffen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Klipper. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Gegnerinnen und Gegner der Bettensteuer! Ich muss erst einmal mit einer Mär aufräumen. Ist Herr Breite wirklich der Erfinder des Begriffs Bettensteuer?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist ja ein wichtiger Beitrag! – Winrich Granitzka [CDU]: Wahrscheinlich hat Herr Breite abgeschrieben!)

Die Antwort lautet leider: Nein. Der Erfinder ist die Stadtverwaltung Rom; denn Rom hatte zum 1. Januar 2011 für Touristen und Geschäftsreisende eine, wie man es dort nennt, Bettensteuer eingeführt, von der übrigens nur Kinder bis zu zwei Jahren usw. befreit sind. Dieses Verdienst kommt also Rom zu.

Ich will aber auf eines hinweisen, was wir hier vergessen, weil Köln – und insbesondere dieser Stadtrat – sich immer selbst genug ist: Über die Kulturförderabgabe oder über eine Abgabe in dieser Form zu lästern, ist auch Ausdruck von Provinzialität.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Städte Amsterdam, Rotterdam, Gent, Paris, Rom, Budapest, Barcelona, Luzern, Buenos Aires und Sydney haben sie längst eingeführt. Sie hat dort den schlichten Namen City-Tax und wird im Wesentlichen als Tourismusabgabe erhoben. Keiner regt sich groß darüber auf. Wir wissen auch, dass diese Städte in ihrer Wirtschaftskraft nicht gerade im unteren Bereich der Skala liegen. Dafür brauche ich hier wohl keine Belege anzuführen. Daran wird deutlich, dass es sich bei der hier geführten Debatte wirklich um Kirchturmpolitik handelt. Wir sollten aufhören, uns in dieser Frage nur besoffen zu reden, und wirklich einmal die Fakten sprechen lassen. Insgesamt erheben derzeit zehn deutsche Städte eine solche Abgabe.

Natürlich ist sie rechtlich umstritten. Das wissen wir. Bei Aufwandsteuern ist das aber in der Historie immer so gewesen. Wie oft wurden denn hier die anderen Aufwandsteuern durch Satzungsänderungen angepasst? Damit kann man mehrere Aktenordner füllen. Es wird immer wieder auf die Rechtsprechung eingegangen, um die entsprechende Satzung rechtssicher zu machen. Bei einer neuen Satzung ist das erst recht so.

Der Konflikt hat für uns aber vor allem einen politischen Hintergrund. Deshalb sind wir, insbesondere wir Grüne, der Meinung, dass diese Sache durchgefochten werden muss. Es geht um nichts anderes als um die Frage, inwieweit die Städte tatsächlich ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf kommunale Selbstverwaltung und auf die Erhebung von Steuern haben. Das ist gemäß Art. 28 des Grundgesetzes gewährleistet. Es muss aber auch in der Praxis umgesetzt werden. Diese rechtliche Garantie muss aufrechterhalten und verteidigt werden. Insofern ist es schon allein aus diesem sehr essenziellen Grund wichtig, dieses Gefecht zu führen. Da wird das Bundesverwaltungsgericht sicherlich auch noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, denke ich.

Es gibt noch einen zweiten Grund. In einer politischen Situation, in der das Konnexitätsprinzip in aller Regel untergraben wird, bleibt den Städten gar nichts anderes übrig, als tatsächlich ihr Steuerfindungsrecht zu nutzen. Das ist hier geschehen, und zwar in sinnvoller Art und Weise. Deshalb muss man vor allem einen langen Atem haben. Es kann aber auch sein, dass sich die Sache schon im nächsten Jahr endgültig entscheidet.

Lassen Sie mich noch mit einer letzten Mär aufräumen. Geht Köln als Tourismusstandort unter? Auch das trifft nicht zu. Ein schlichter Blick auf die Tourismuszahlen, die KölnTourismus dankenswerterweise regelmäßig veröffentlicht, aber auch auf die Daten des Landes NRW zeigt: Wir haben wachsende Städte. Unsere Stadt wächst nicht nur von der Einwohnerzahl her sondern auch beim Tourismus. Wir haben in Nordrhein-Westfalen auch eine hohe Attraktivität für den Städtetourismus. Das wird sich auch durch die Kulturförderabgabe nicht ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Breite, dass Sie nicht mehr hören können, was ich sage, gibt mir einen Stich ins Herz. Deswegen will ich es zumindest einmal anders probieren und auf Sie eingehen. Wenn man Ihrer Rede lauschte, hatte man das Gefühl, die Gerichte hätten völlig anders entschieden, als Sie das hier dargestellt haben.

Ich will noch einmal zur Genese unserer Debatten, die wir auch hier im Rat geführt haben, zurückkommen. Wenn ich mir ins Gedächtnis zurückrufe, mit welchen Argumenten Sie uns immer entgegengetreten sind, was die Unzulässigkeit dieser Kulturförderabgabe angeht, schlottern mir heute noch die Knie. Sie haben gesagt, das sei alles in Bausch und Bogen ver-

fassungswidrig. Es sei ein Verstoß gegen die Bundestreue – einen Verfassungsgrundsatz, den es tatsächlich gibt. Das hat mir treuem Staatsbürger wirklich die Angst in die Glieder fahren lassen. Sie haben gesagt, das sei ein Verstoß gegen das Abstandsgebot zur Umsatzsteuer, nämlich wegen der Gleichartigkeit, und andere Dinge mehr. Aufgrund Ihrer Behauptung, wer überhaupt auf diese Idee kommen könne, mache sich ohne Zweifel der Verfassungsfeindlichkeit schuldig, haben wir damals sogar ernsthaft überlegt, ob wir das Ganze vielleicht lassen sollten.

Wir haben es trotzdem gewagt und haben vom Bundesverwaltungsgericht, nachdem auch viele einzelne Vorgerichte in dieser Weise entschieden hatten, zumindest gehört, dass diese neue Aufwandsteuer als solche rechtmäßig ist. Das darf man hier nicht durch Geschichtsklitterung wegreden. Das Bundesverwaltungsgericht hat klipp und klar gesagt: Eine solche neue Aufwandsteuer ist rechtmäßig und genügt den diversen Geboten der Verfassung.

(Volker Görzel [FDP]: Aber!)

Es hat unsere konkrete Ausgestaltung – davon gehen wir nach den Urteilen für Trier und Bingen aus – in einem entscheidenden Punkt korrigiert – der finanziell wehtut; das muss man ganz klar sagen –, indem es zwischen zwingend beruflich veranlassten Übernachtungen und allen übrigen Übernachtungen differenziert hat.

Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder bleiben wir, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden haben wird, bei unserer bisherigen Auffassung – natürlich mit dem Risiko, dass wir dann möglicherweise, wenn das Bundesverfassungsgericht der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts folgen sollte, bestimmte Einnahmen nicht erzielen können. Oder wir korrigieren den Weg nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – das schlägt die Verwaltung hiermit auch vor – und schauen, ob wir hinterher beim Bundesverfassungsgericht doch noch zu unserem Recht kommen.

Wir glauben, dass dieser Kampf sich lohnt, weil – das habe ich im Finanzausschuss auch schon einmal gesagt – die Rechtsprechung sich über die Jahre und Jahrzehnte auch mal ändern kann. Entweder tut sie das auch hier, oder sie tut es nicht. Wir sind genau in der Phase, das herauszufinden.

Das Bundesverwaltungsgericht ist in der Frage des Aufwandsbegriffs jetzt zu einer neuen Rechtsprechung gekommen. Das Bundesverfassungsgericht hält allerdings bisher in ständiger Rechtsprechung am alten Aufwandsbegriff fest, der die alte Kölner Satzung stützt.

Jetzt ist die ganz einfache Frage: Wird das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung von Jahren und Jahrzehnten ändern und der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts anpassen? Dann haben wir Pech gehabt. Oder wird das Bundesverfassungsgericht – was wir hoffen – bei seiner bisherigen Rechtsprechung bleiben? Dann würde es die neue Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts aufheben. Das mag für Juristen spannender sein als für den Rest der Welt. Aber so ist nun einmal das Leben.

Wir meinen, gute Argumente zu haben, dass das Bundesverfassungsgericht bei seiner bisherigen Rechtsprechung bleibt. Dann wird es sicherlich auch noch einmal zu einer erneuten Änderung der Satzung kommen müssen, weil wir die Rechtsprechung dann natürlich in der bestmöglichen Art und Weise auslegen werden.

In Ergänzung von Herrn Frank möchte ich aber auch noch kurz auf Herrn Klipper eingehen, der hier einige Informationen gegeben hat, die nicht so stehen bleiben können. Herr Klipper, Sie haben gesagt, die Kulturförderabgabe sei wirtschaftsfeindlich, für den Tourismus- und Kongressstandort schädlich und im Übrigen auch überflüssig.

Eines kann man doch einmal festhalten: Wenn wir mit mindestens 7 Millionen Euro Erträgen kalkulieren können – und das wohlgemerkt schon nach der neuen, veränderten Satzung –, können Sie bei unserer Finanzlage doch nicht ernsthaft behaupten, dass es sich dabei um eine überflüssige Einnahme handelt. Wir sichern mit diesen Einnahmen das Renovierungsprogramm für Kulturbauten. Wir sichern mit diesen Einnahmen einen bestimmten Teil des Etats für den Kongressstandort Köln, für KölnTourismus und für die Wirtschaftsförderung. Wir sichern mit diesen Einnahmen unser Stadtverschönerungsprogramm. Alle diese Maßnahmen wären nicht möglich, wenn wir eine solche Einnahme nicht hätten.

Angesichts zweier Umstände kann ich auch überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie tatsächlich von Schädigung sprechen. Was die Übernachtungszahlen angeht, eilen wir in Köln – übrigens seit Einführung der Kulturförderab-

gabe – von Rekord zu Rekord. Die Beherbergungsbetriebe, also die Hotels, bauen ihre Kapazitäten in Köln aus. Glauben Sie denn, dass sie das machen würden, wenn das alles so schädlich wäre und wenn es so schrecklich wäre, hier in Köln zu übernachten? Diese Märchen glauben nur Sie selbst. Selbst der DEHOGA hält sie nicht mehr aufrecht. Es übernachten so viele Menschen in Köln wie nie zuvor.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Zuwachsraten in Düsseldorf sind höher!)

Daran hat die Kulturförderabgabe nichts geändert. Insofern glaube ich, dass Sie sich an dieser Stelle korrigieren sollten. Wir versuchen jedenfalls, zu unserem Recht zu kommen, solange es noch diese Möglichkeiten gibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Klipper, wollen Sie jetzt doch keine Nachfrage mehr stellen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich hatte eine Nachfrage an Herrn Börschel!)

- Bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt hat er das Rednerpult ja verlassen!)

- Er kann auch von seinem Platz aus antworten.

(Martin Börschel [SPD]: Dann muss er mir die Frage doch stellen!)

- Das macht er ja jetzt.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, was Sie sagen, ist immer ein bisschen einseitig. Das ist Ihre Argumentationsart. Wir kriegen vielleicht 6 oder 7 Millionen Euro. Wir werden noch herausfinden, was dabei herauskommt. In diesem Zusammenhang muss aber auch berücksichtigt werden, was das Ganze überhaupt kostet. Ich habe eben dargestellt, was in der Satzung steht. Und es ist ein Grundsatz einer Steuer wie dieser Aufwandsteuer, dass ihre Erhebung überprüfbar sein muss, dass es also eine Steuergerechtigkeit gibt und nicht jemand einfach durchläuft.

Um die 7 Millionen Euro zu erheben, von denen Sie ausgehen, müssen die Belege von 4 Millionen Übernachtungen überprüft werden – zumindest stichprobenartig. Eine solche Überprüfung kostet enorm viel Geld. Wie ich die Verwaltung kenne, wird sie das auch sehr akribisch machen. In den Haushalt dürfen Sie also nur den Betrag einstellen, der dann noch übrig bleibt. Ich hoffe, dass das überhaupt ein siebenstelliger Betrag sein wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich die Frage, ob sich die ganze Sache lohnt.

Herr Börschel, haben Sie denn einmal darüber nachgedacht, welcher Aufwand in diesem Zusammenhang auf die Hotels zukommt?

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Diesen Aufwand haben die Hotels schon seit der Reform der Mehrwertsteuer!)

- Den haben sie nicht. Das bedeutet nämlich einen besonderen Aufwand. Sie müssen differenzieren. Das gibt es sonst gar nicht. Sonst ist es einheitlich. Hier müssen sie aber differenzieren. – Erstens stellt sich also die Frage, ob Sie das dabei berücksichtigt haben.

Zweitens. Sie sagen, es gebe mehr Übernachtungen. Haben Sie sich einmal die Zahlen im Umkreis von Köln angesehen? Dort gab es erheblich größere Steigerungen als in Köln. Das ist der Beweis dafür, dass es hier schlechter geworden ist. – Diese beiden Fragen wollte ich Ihnen einmal stellen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Klipper, auf Ihre beiden Fragen will ich Ihnen auch die erbetenen zwei Antworten geben.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Übernachtungszahlen – das haben Sie auch bei der Formulierung Ihrer Frage nicht negiert – sind hier in Köln wirklich rekordverdächtig.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie stehen aber nicht im Verhältnis zu den Zahlen in den anderen Kommunen!)

Solange eine Taxifahrt von einem Ort außerhalb Kölns in die Stadt teurer ist als unsere Kulturförderabgabe, habe ich keine Angst davor, dass es durch unsere Abgabe tatsächlich

zu einem Rückgang der Übernachtungszahlen in Köln kommt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Zu Ihrer ersten Frage: Wenn Sie sich die Mühe machen würden, die wirklich gut bearbeitete Vorlage der Verwaltung einmal akribisch durchzulesen, würden Sie auf Ihre Fragen auch selbst Antworten finden und sie nicht mir stellen müssen. Auf Seite 9 der Vorlage hat die Verwaltung – akribisch; da haben Sie vollkommen recht – auch den Kostenaufwand aufgelistet, der der Erhebung dieser neuen Steuer gegenübersteht. Er beträgt – daran sehen Sie, wie akribisch die Verwaltung das gemacht hat – 369 600 Euro.

(Helmut Jung [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das muss man natürlich von den Einnahmen abziehen; da haben Sie recht. Im Saldo ergibt sich aber noch eine erhebliche Einnahme. Darüber sollten wir doch froh sein.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, die Zahl, die Sie gerade genannt haben, beruht auf dem Vergleich zur Hundesteuer. Die Hundesteuer vom Aufwand her mit der Bettensteuer zu vergleichen, ist nicht der richtige Ansatz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper, das ist zwar nicht wahr; ich lasse es aber einmal so stehen!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Klug, bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich möchte festhalten, dass das der spitz gerechnete Betrag in diesem Zusammenhang der Kulturförderabgabe ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Klug. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann und der Oberbürgermeister.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo ist der Oberbürgermeister denn?)

- Er sitzt da hinten und hebt die Hand. – Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

7.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 7.2.1:

7.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-)
4218/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? Es sind keine angemeldet. – Ich sehe auch keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Die FDP enthält sich. Damit ist das so angenommen.

1. *Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4–6).*

2. *Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 7.2.2:

7.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS -)
3999/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem so zugestimmt.

Der Rat beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung -StrReinS-) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 7.2.3:

7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen
3121/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Bitte, Frau Berg.

Beigeordnete Ute Berg: Ich habe noch eine Nachfrage. Ich gehe davon aus, dass die Alternative 1 beschlossen wurde. Entschuldigung; das ging so schnell, und ich war verblüfft, dass jetzt nicht weiter diskutiert wurde. Ist also die Alternative 1 beschlossen?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ja.

Beigeordnete Ute Berg: Gut. – Danke.

Der Rat beschließt die Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

7.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 7.3.1:

7.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
2816/2012

Hier ist Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss vorgesehen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 13.12.2012:

Der Rat nimmt den Inhalt der Anlage 1 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Landschaftsplan gemäß den unter den Ziffern 2.2 bis 2.7 aufgeführten Vorschlägen fortzuschreiben.

Der Rat beschließt, für die Harmonisierung des Landschaftsplans mit der Kölner Grünflächenordnung entsprechend der Ziffer 2.1 in Anlage 1

- *gem. § 29 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG NRW) in der zur Zeit geltenden Fassung, die 11. Änderung des Landschaftsplans Köln einzuleiten,*

- *den Einleitungsbeschluss gem. § 27b LG NRW ortsüblich bekannt zu machen,*
- *die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 27b LG NRW in Form einer öffentlichen Darlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 27a Abs. 1 LG NRW durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

7.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

8. Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012
4509/2012

Das nehmen wir zur Kenntnis. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 01.11.2012 bis 07.12.2012 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *410.000,00 EUR in Teilplan 0417 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 410.000,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

2. *230.000,00 EUR in Teilplan 0505 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)*

   Die Deckung erfolgt durch Erstattungen in gleicher Höhe durch das Land.

   Deckung:
   Mehrertrag i. H. v. 230.000,00 EUR in Teilplan 0505 in Zeile 06 (Kostenerstattungen und Umlagen)

3. *1.230,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) sowie*

   4.000,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.230,00 EUR in Teilplan 0416 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. *1.597,71 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie*

   958,62 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

   Deckung:
   Wenigeraufwendungen i. H. v. 2.556,33 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

9. Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 – Museum Ludwig – für das Haushaltsjahr 2012
4417/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2032/2012

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte gar nicht dazu reden, sondern nur Ihr

Augenmerk auf den Zusatzantrag lenken, der jetzt verteilt worden sein müsste und der dann natürlich mitbeschlossen werden müsste.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

(Helmut Jung [CDU]: Wir müssen den Antrag erst einmal lesen!)

- Sie müssen ihn erst einmal lesen.

(Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind doch auch Antragsteller!)

- Dann sollte die CDU ihn eigentlich gelesen haben – bis auf Einzelne.

(Winrich Granitzka [CDU]: Entschuldigung! Wir haben zusammen mit anderen Fraktionen einen neuen Antrag formuliert! Der ist gerade umgedruckt worden! Den haben wir noch nicht gelesen, Frau Bürgermeisterin!)

- Okay. Darf ich denn dann den Beschlusstext vorlesen, Herr Granitzka?

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, wunderbar!)

Er lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist neu! Jetzt können wir abstimmen!)

- Gut. – Dann lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist er angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung, wie eben verlesen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist sie so angenommen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 1.460.000 € im Teilplan 0402 – Museum Ludwig in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2012.

Der überplanmäßige Aufwand wird durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in entsprechender Höhe gedeckt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10. Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

11. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 399 in Köln-Poll
2516/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat ordnet die Umlegung gemäß § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 20.07.2004, bekannt gemacht am 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung für das Gebiet des vom Rat der Stadt Köln am 28.06.2012 unter TOP 12.1 (Vorlage-Nr. 0998/2012) beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 70420/02 (Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll) mit dem Umlegungsgebiet Nr. 399 an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

11.2 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
2952/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie JHA?)

- Wie Finanzausschuss, Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und AVR.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit haben alle dem zugestimmt.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 29.10.2012 und des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 06.11.2012:

In Abänderung seines Beschlusses vom 20.12.2011 (DS 2715/2011) beschließt der Rat der Stadt Köln gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) daher, dass der gebundene Ganztag an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße nicht zum 01.08.2013 sondern zum 01.08.2015 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 eingeführt wird. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

11.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013 – 31.12.2014
3223/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2014. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der beteiligten Kreise und der Stadt Köln.

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11, 13 und 16, die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 und 6 des Teilergebnisplanes 1501 – Wirtschaft und Tourismus - des Doppelhaushaltes 2013/2014 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.4:

11.4 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe Mitteilung über eine Kostenerhöhung für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz und Übernahme der Mehrkosten im Rahmen des § 7 des Nord-Süd-Stadtbahnvertrages
3431/2012

In Verkehrsausschuss und Finanzausschuss war es einstimmig.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Mehrkosten in Höhe von rund 213.500 EUR für die Verschiebung des Entrauchungsschachtes am Kurt-Hackenberg-Platz zur Kenntnis.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 213.500 EUR sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) und dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV NRW) aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 213.500 EUR im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.5:

11.5 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln – Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
3672/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

		Ansatz 2013 Euro
Erträge und Aufwendungen		
Beiträge und sonstige Erträge		*3.795.100*
Zulagen		*294.200*
Erträge aus Kapitalanlagen		*1.232.000*
Aufwendungen für Versicherungsfälle	*./.*	*303.400*
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	*./.*	*140.800*
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*./.*	*4.146.300*
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	*./.*	*84.800*
Aufwendungen für Kapitalanlagen	*./.*	*5.600*
Versicherungstechnisches Ergebnis		*640.400*
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		*6.200*
Jahresüberschuss / Einstellung in die Verlustrücklage		*646.600*
Bilanzgewinn		*0*

Vermögensplan:

	Ansatz 2013 Euro
Mittelherkunft	
Tilgung von Wertpapieren	*1.000.000*
Abschreibungen	*0*
Jahresüberschuss	*646.600*
Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*4.146.300*
Mittelverwendung	
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	*5.792.900*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.6:

11.6 Feststellung des Wirtschaftplanes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln – Versicherungszweig Pflichtversicherung –
3674/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 11.7 wurde zurückgezogen.

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 im Versicherungszweig der Pflichtversicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

		Ansatz 2013 Euro
Erträge und Aufwendungen		
Umlagen und sonstige Erträge		*74.514.200*
Zusatzbeiträge		*40.522.600*
Erträge aus Kapitalanlagen		*28.752.000*
Aufwendungen für Versicherungsfälle	*./.*	*90.874.600*
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	*./.*	*1.418.700*
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*./.*	*48.549.300*
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	*./.*	*2.425.600*
Aufwendungen für Kapitalanlagen	*./.*	*458.600*
Versicherungstechnisches Ergebnis		*62.000*
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	*./.*	*62.000*
Jahresüberschuss		*0*

Vermögensplan:

Mittelherkunft	*Ansatz 2013 Euro*
Tilgung Darlehen Mitglieder	*8.811.021*
Tilgung von Wertpapieren	*16.000.000*
Abschreibungen	*154.629*
Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*48.549.300*
Mittelverwendung	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	*146.620*
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	*73.514.950*

11.7 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.8:

11.8 Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße inkl. Sanierung der Außenanlagenbeleuchtung und der Sanierung des Flachdaches über dem Probensaal
3835/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2031/2012

Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Zu der Vorlage unter Punkt 11.8, Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße, gibt es jetzt einen Änderungsantrag, der sich damit auseinandersetzt

(Zurufe)

- ich sage jetzt ja etwas dazu –, dass in der Vorlage der Verwaltung tatsächlich eine große Kostenexplosion enthalten ist. Wir möchten diese Kostenexplosion im Vorfeld begrenzen. Deswegen möchten wir zwei Punkte in der Beschlussvorlage verändern. Ich referiere das kurz, weil ich gerade gehört habe, dass es noch nicht bekannt ist.

Der Rat spricht sich natürlich noch einmal dafür aus, dass saniert wird, auch entsprechend dem alten Ratsbeschluss, allerdings dann entsprechend der Empfehlung des RPA. Das heißt, dass das Gebäude tatsächlich nachhaltig saniert werden soll. Die Erhaltung der bauli-

chen Substanz ist in unserem Änderungsantrag extra unter Ziffer 1 aufgenommen und soll dann auch umfänglich erfolgen. Allerdings soll der Innenausbau so weit reduziert werden, dass das Notwendige gemacht wird und die Kosten deutlich gesenkt werden.

Was uns auch noch wichtig ist, ist die Ziffer 2 des Änderungsantrags, die vor allem enthält, dass –

(Unruhe bei der CDU)

- Wollen Sie zuhören oder erst einmal selber diskutieren? – Die Ziffer 2 ist uns wichtig. Wir haben festgestellt, dass der Raum bei weitem nicht ausgenutzt ist und viele Tage leer steht. Daher möchten wir die Betriebsleitung auffordern, in den Leerzeiten die Vermietung an Dritte zu ermöglichen, weil dadurch Einnahmen generiert werden können, sodass die entstehenden Kosten in der Gesamtschau langfristig etwas reduziert werden können.

Wir sprechen uns also für die Sanierung aus. Das ist ja Teil des Sanierungsbeschlusses. Sie wissen alle, dass es damals, als wir den Sanierungsbeschluss zu Schauspiel und Oper gefasst haben, um einen Kostendeckel ging. Es ging um die Stolberger Straße und gleichzeitig darum, auch zu sagen, dass die Kosten nicht steigen dürfen – und zwar von Anfang an nicht. Wir müssen schauen, dass in einem frühen Stadium alles getan wird, um die Kosten eher zu reduzieren bzw. zu deckeln und nicht von Anfang an schon höhere Kosten zu haben.

Insofern bitten wir um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau von Bülow. – Bitte, Frau Welcker.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir lehnen diesen Änderungsantrag ab – nicht etwa, weil wir in dieser Stadt nicht gerne sparen wollten, sondern, weil man uns im Kulturausschuss und auch an anderer Stelle schon ziemlich deutlich gemacht hat, dass das das Äußerste ist, was zu planen ist.

Das bedeutet: Wir können jetzt gerne ganz darauf verzichten, den Konzertsaal in der Stolberger Straße zu renovieren. Das ist dann ehrlich. Dann haben wir das Geld auch gespart. Ob es sinnvoll ist, die dritte Kultursparte in dieser Stadt auch noch so zu ruinieren, wie Sie das bei den beiden anderen Kultursparten bereits gemacht haben, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine Frechheit!)

Angesichts der Tatsache, dass wir in der Stolberger Straße schon die günstigere Variante gewählt haben – ich will nicht von preiswert sprechen; preiswert ist es nicht; es ist aber günstiger als der zunächst geplante Neubau einer solchen Probenhalle –, und angesichts der Tatsache, dass man uns vonseiten des Orchesters immer wieder entgegengekommen ist, indem man immer wieder unseren Sparvorschlägen nachgekommen ist und noch einmal überlegt hat, wie man das machen kann, ist jetzt einfach keine Musik mehr drin – weder in der Stolberger Straße noch in den Sanierungskosten, wenn wir weiterhin über den Innenraum reden.

Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob man bei der Außenhautsanierung nur so weit geht, dass man nur das tut –

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Innen schick, und oben regnet es rein!)

- Ich will auch gar nicht ganz darauf verzichten. Vom Prinzip her kann man aber durchaus überlegen, ob man da noch einmal etwas reduzieren kann. Wir beteiligen uns auch gerne daran, darüber noch einmal nachzudenken – aber nicht über die Frage des Innenraums. Dem können wir nicht zustimmen.

Deshalb entscheiden wir uns für die Alternative. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Welcker. – Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Verehrte Frau Welcker, ich muss Ihnen Folgendes sagen: Wir haben das Rechnungsprüfungsamt. Das ist unser Amt des Rates. Herr Hemsing als Amtsleiter sitzt hier. Wenn er uns etwas schreibt, sollten wir das besonders genau lesen – vielleicht auch im Kulturausschuss. Darin wird nämlich deut-

lich, dass man den Innenraum zwar hervorragend ausbaut, dass es aber weiterhin in den Probenraum reinregnen kann, weil man außen etwas einsparen will.

Die Erfahrenen hier wissen schon, dass es nachher genauso kommen wird wie beim Museum Ludwig. Weil es reinregnet, müssen wir das dann nämlich trotzdem noch zusätzlich machen.

Da haben wir gesagt: Vorsicht! Sanieren wir doch lieber erst einmal die Außenhülle – dann regnet es auch nicht rein – und schauen anschließend, was wir mit dem Probenraum machen. – So herum wird ein Schuh daraus, glaube ich. Das versuchen wir mit diesem Änderungsantrag deutlich zu machen.

Wir haben schon ganz häufig erlebt, dass wir nachher wieder zubuttern mussten. Deshalb sollten wir lieber einmal auf das Rechnungsprüfungsamt hören. Wir glauben, dass wir hier den richtigen Weg gehen. Darum haben wir diesen Änderungsantrag gestellt. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Das ist die Fraktion der CDU.

(Zuruf: Zaghaft!)

- Zaghaft.

(Katharina Welcker [CDU]: Sollen wir auch noch aufstehen? Sollen wir dazu singen?)

- Bisher war die Stimmung hier eigentlich ganz friedlich. Diese Bemerkung kam auch aus Ihren eigenen Reihen. Ich habe das nur wiederholt. Ein bisschen Spaß können wir ja alle noch vertragen. – Die CDU stimmt also dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Pro Köln und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über die gesamte Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die CDU. Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung von Herrn Zimmermann ist die Vorlage so angenommen.

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion:

1. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt modifiziert:

Ziffer 1 und 2 werden ersetzt durch:

Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Sanierung des Orchesterprobenraums Stolberger Str.

Zur Erhaltung der baulichen Substanz erfolgt die Sanierung nach Maßgabe der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes in seiner Stellungnahme vom 12.10.2012.

Mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gesamtprojektkosten ist der Innenausbau neu zu planen und auf die notwendigen Maßnahmen zu beschränken. Diese Planungen sind den zuständigen Fachausschüssen schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen, um Verzögerungen in der Angelegenheit auszuschließen und Interimskosten zu begrenzen.

2. Die Betriebsleitung wird darüber hinaus beauftragt, nach erfolgreicher Sanierung des Gebäudes die Vermietung der Leerzeiten an Dritte im Orchesterprobenzentrum zu optimieren, um so zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Sanierung des Orchesterprobenraums Stolberger Str.

Zur Erhaltung der baulichen Substanz erfolgt die Sanierung nach Maßgabe der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes in seiner Stellungnahme vom 12.10.2012.

Mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gesamtprojektkosten ist der Innenausbau neu zu planen und auf die not-

wendigen Maßnahmen zu beschränken. Diese Planungen sind den zuständigen Fachausschüssen schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen, um Verzögerungen in der Angelegenheit auszuschließen und Interimskosten zu begrenzen.

2. *Die Betriebsleitung wird darüber hinaus beauftragt, nach erfolgreicher Sanierung des Gebäudes die Vermietung der Leerzeiten an Dritte im Orchesterprobenzentrum zu optimieren, um so zusätzliche Einnahmen zu generieren.*

3. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Interimsunterbringung des Gürzenich-Orchesters die entsprechenden Anmietungen als Geschäfte der laufenden Betriebsführung vorgenommen werden.*

4. *Die in der Bauphase benötigten Mittel werden in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt, durch vorgezogene Kreditaufnahmen vorfinanziert und in die endgültige Finanzierung der Maßnahme „Sanierung Orchesterprobenzentrum“ eingerechnet.*

5. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Sanierung der Bühnenwerkstätten als letzter Baustein zur Sanierung der Bühnen der Stadt Köln gehört. Für diese Maßnahme wird seit dem Jahr 2009 mit Kosten in Höhe von 9 Mio. Euro gerechnet. Anfang 2011 hat der Rat beschlossen, dass diese Summe reduziert werden soll.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.9:

11.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln
2920/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2010 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 01.09.2009 bis 31.08.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 30.08.2011 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG fest.*

2. *Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr vom 01.09.2009 bis 31.08.2010 in Höhe von 6.135.571,75 € wird wie folgt verwendet:*

   - *Auflösung der Betriebsmittelrücklage in Höhe von 1.154.151,27 €*
   - *Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 4.981.420,48 €*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.10:

11.10 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen
0321/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1894/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1984/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2006/2012

Bitte schön, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Vorlage der Verwaltung geht es um verschiedene Aspekte.

In der korrigierten Fassung ist ein Problem, das vielfach Diskussionen ausgelöst hat, schon gelöst worden. Die Frage der Platzmöblierung soll jetzt nämlich aus diesem Beschluss ausgekoppelt werden und einer eigenen Beschlussfassung unterliegen. Das begrüßen wir außerordentlich.

Wir sind der Auffassung, dass bei den Maßnahmen, die im Bereich des Opernquartiers durchgeführt werden müssen, eine Straße nicht zwingend aufgenommen werden muss, und zwar die Glockengasse. Die Gestaltung des Opernumfeldes hat etwas damit zu tun, wie viel Fußgängerverkehr es dort gibt, wie groß die Schauseite ist bzw. ob es sich um eine Schauseite handelt und welche Funktion diese Straße hat. Wir sind der Auffassung, dass die Glockengasse nach wie vor als Verkehrsstraße genutzt werden muss, und vertreten daher die Meinung, dass wir sie nicht verengen müssen.

Unser Änderungsantrag zielt deswegen darauf, diese Straße aus der Planung herauszunehmen und einige andere Punkte in diesem Zusammenhang mit aufzuführen, und zwar die Gestaltung der Fahrradstellplätze ebenso wie die Frage, ob man die Parkplätze in dem vorgesehenen Umfang entfallen lassen muss. Da bitten wir, zu prüfen, ob das in etwas geringerem Umfang geht. Das sind alles weiche Faktoren, die keine zentrale Rolle spielen. Man sollte aber die Glockengasse insgesamt nicht angehen. Das ist unsere Intention. Das würde auch einiges an Geld sparen.

Damit komme ich auch zum zweiten Aspekt. Der Änderungsantrag, den die SPD vorlegt, sieht eine Deckelung auf 2,1 Millionen Euro vor. Vom Grundsatz her sind wir ebenfalls dafür, diese Deckelung vorzunehmen. Nur: Wenn wir die Glockengasse herausnehmen, müsste man diesen Betrag noch einmal etwas absenken – ohne dass ich jetzt sagen kann, auf welchen Betrag.

Wesentlich ist für uns aber auch – das ist Bestandteil unseres Änderungsantrags –, dass wir den freilaufenden Rechtsabbieger behalten. Wir sind der Auffassung, dass er dem Verkehrsfluss dient, und zwar deutlich, und dass es keine unzumutbare Belastung für die Fußgänger ist, wenn sie dort eine zweite Fahrspur queren müssen. Denn die Frage, wie viel Fußgängerverkehr über den Offenbachplatz läuft, kann man vermutlich so beantworten, dass er sich, vorsichtig ausgedrückt, in Grenzen hält, selbst wenn die Platzqualität deutlich besser wird und eine Aufenthaltsqualität bekommt.

Das sind unsere Wünsche im Zusammenhang mit diesem Änderungsantrag.

Wir teilen die von der FDP in ihrem Änderungsantrag, der auch Bestandteil des Änderungsantrags der SPD ist, formulierte Forderung, den Punkt 4 aus der Vorlage herauszunehmen, der die Platzkonzeption betrifft, also die Frage, welche Veranstaltungen dort stattfinden können.

Wir stimmen auch dem Änderungsantrag der SPD insoweit zu, als dass die Regelung zur Außengastronomie der Stadt die Arbeit abnehmen soll, was die Möblierung in diesem Bereich angeht. Da sind wir ebenfalls der Meinung, dass wir es so machen können.

Wir werden also sowohl dem Änderungsantrag der SPD als auch dem Änderungsantrag der FDP zustimmen und bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag in Bezug auf die Glockengasse. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Möring. – Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Ich brauche gar nicht mehr viel zu sagen, weil Herr Möring im Prinzip die Punkte unseres gemeinsamen Antrages schon angesprochen hat. Wir freuen uns, dass es da vorangeht. Das ist wichtig.

Wir halten es für notwendig, im Sinne der allgemeinen Finanzsituation, die wir heute sehr genau beschrieben bekommen haben, dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes folgen und die Kosten auf ein Maximum von 2,1 Millionen Euro festsetzen.

Uns ist auch wichtig – das ist auch im Antrag beschrieben –, dass man noch einmal sondiert, ob es weitere Einsparmöglichkeiten gibt, zum Beispiel bei der Bestuhlung oder bei den weiteren gestalterischen Elementen.

Durch die von uns geforderte Satzung für die Außengastronomie kann ein einheitliches Erscheinungsbild gewährleistet werden, ohne dass hierfür städtische Gelder fließen müssen.

Wichtig ist uns – das haben wir im Stadtentwicklungsausschuss auch lange und ausführlich diskutiert –, dass man sehr sorgfältig prüfen sollte, welche Nutzungen dort möglich sind.

Deswegen sollte man diesen Punkt zunächst einmal streichen und das in aller Ruhe und Sorgfalt diskutieren, damit man diesen Platz, der ein ganz zentraler Kulturplatz ist, auch angemessen nutzt.

Die Barrierefreiheit ist uns ebenfalls wichtig. Sie sollte so weit wie möglich sichergestellt werden.

Zu den verkehrspolitischen Fragen wird Frau Tull noch etwas sagen, glaube ich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. – Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Ich halte den Antrag der CDU eher für einen untauglichen Versuch, die Beschlüsse zur Tunisstraße wieder zurückzufahren. Der freilaufende Rechtsabbieger hat mit der Vorlage zum Offenbachplatz eigentlich nichts zu tun. Das war Gegenstand der Beschlussvorlage zur Tunisstraße. Dort haben wir auch entsprechende Änderungen vorgenommen. Wer sich die Parkhausdichte in dieser Gegend anschaut, weiß auch, warum wir an dieser Stelle gut auf die oberirdischen Stellplätze verzichten können.

Ich hoffe, dass die CDU in den nächsten Jahren irgendwann doch einmal zu einer Großstadtpartei wird und darauf verzichtet, alles immer nur durch die Autofahrerbrille zu sehen.

(Henk van Benthem [CDU]: Was Sie da sagen, ist aber langweilig!)

Geben Sie sich einfach einmal einen Ruck. Es gibt doch noch mehr Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir versuchen, gerade dieses Quartier zu beleben und es für Menschen attraktiv zu machen,

(Helmut Jung [CDU]: Womit?)

damit Menschen sich dort aufhalten. Da müssen andere ein bisschen zurückstecken. Das ist aber auch nicht schlimm, weil an dieser Stelle weder der Verkehr noch die Parkplätze wirklich ein Problem sind.

Gehen Sie doch einmal ein bisschen in sich. Das würde der Stadt guttun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt auch ein Leben außerhalb des Autos!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Tull. – Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Tull, wenn Sie hier von Verkehrsthemen sprechen und die CDU rügen, frage ich mich schon, warum Sie sich bei Ihrem Koalitionspartner beim Thema Nord-Süd-Stadtbahn nicht durchsetzen durften.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Wir sollten also doch sachlich bleiben, denke ich.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, bei aller Polemik, die Ihnen ja manchmal ganz gut zu Gesicht steht, doch einige Sätze zur Sache zu sagen.

Erstens. Die Beschlussfolge, die die Verwaltung hier eingehalten hat, muss ausdrücklich gelobt werden. Im Unterausschuss Kulturbauten wurde von allen Fraktionen darum gebeten, dass diese Vorlage bzw. das Thema „Gestaltung des Offenbachplatzes und seiner Umgebung“ durch alle Gremien geht, nicht zuletzt den Gestaltungsbeirat und die Bezirksvertretung Innenstadt. Wie wir den Sitzungsunterlagen entnehmen können, hat sich die Verwaltung hier auch die Mühe gemacht, sämtliche Anmerkungen und Bedenken aufzunehmen und in das Verfahren einzuspeisen. Ganz herzlichen Dank!

Frau Kollegin Tull, anders als Sie werden wir dem Änderungsantrag der CDU folgen, weil wir der Auffassung sind, dass es niemals schadet – und dafür ist der Kopf auch rund –, in verschiedene Richtungen zu denken

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU – Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr Kopf dreht sich aber ziemlich im Kreis!)

und auch manche Themen wie etwa den Rechtsabbieger noch einmal neu zu überdenken.

Im Übrigen steht es auch ausdrücklich so in der Vorlage. Auch hier gilt, Frau Kollegin Tull: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Was die Stellplätze angeht, haben Sie selbstverständlich insofern recht, als dass es in der Innenstadt Gebiete gibt, in denen ein größerer Parkdruck herrscht als hier. Gleichwohl sollte man nichts unversucht lassen, um auch diesbezüglich gegebenenfalls Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen; denn es verbietet sich, hier mit Scheuklappen immer wieder die gleichen Sätze nachzuplappern und nicht auf die Sache zu schauen, Frau Kollegin Tull.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Nun komme ich zu der Bespielung des Offenbachplatzes. Dieses Thema hat Frau Kollegin Dr. Bürgermeister dankenswerterweise schon angesprochen. Es wurde auch im Unterausschuss Kulturbauten thematisiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich soll am Offenbachplatz kein Ballermann stattfinden – und auch keine Weinbörse. Aber zur WM 2006 gab es dort einen WM-Ball. Auch in der Vergangenheit – Stichwort: Passagen – haben wir auf dem Offenbachplatz qualitativ hoch anspruchsvolle Veranstaltungen gehabt.

Wir wollen hier die Möglichkeit eröffnen – Liebe Frau Tull, Sie haben sehr hübsche Augen; aber auch hier müssen Sie einfach einmal nachdenken.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja. Die Kollegin hat mich gerade sehr charmant angeschaut.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habe ich noch nie erlebt!)

Wir wollen hier die Möglichkeit eröffnen, eine dem Offenbachplatz angemessene Platzgestaltung zu schaffen.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt, der sich nun auch in dem Änderungsantrag von SPD und Grünen widerspiegelt.

Gestatten Sie mir last, but not least noch ein Wort zu der Möblierung. Es haben sich, glaube ich, in allen Gremien, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, sehr große Vorbehalte bezüglich der jetzt geplanten Möblierung bzw. des aktuellen Standes gezeigt. Ich nenne hier nur den Riegel, der Gott sei Dank inzwischen weg ist. Ehrlich gesagt, hat das, was hier bisher abgeliefert wurde, niemanden überzeugt. Deshalb sind wir sehr froh, dass dieses Thema heute aus der Beschlussvorlage herausgenommen wurde, damit wir uns im neuen Jahr mit frischer Fantasie und frischer Energie alle gemeinsam überlegen können, welche Möblierung wir brauchen bzw. ob wir eine Möblierung brauchen.

In diesem Sinne werden wir auf einem guten Weg sein. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Görzel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltung von pro Köln. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, wie im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen? – Niemand ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die CDU. Gibt es Enthaltungen? – FDP und pro Köln enthalten sich. Damit ist diese Vorlage so beschlossen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt, folgende Punkte im Rahmen der Beschlussfassung zu berücksichtigen:

1) Auf die Umgestaltung der Glockengasse auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung ist entsprechend zu verzichten.

2) Die im Zuge der Entwurfsplanung vorgeschlagene Platzmöblierung des Offenbachplatzes soll nicht im Rahmen der oben angegebenen Beschlussvorlage beschlossen werden. Die Verwaltung soll ein überarbeitetes Konzept ohne feste Möblierung vorlegen.

3) Es soll ein entsprechendes Konzept für die Errichtung von Fahrradabstellplätzen festgelegt werden. Die im Bedarfsfall benötigten 70 Abstellanlagen sollen entsprechend platziert werden.

4) Der freilaufende Rechtsabbieger von der Glockengasse auf die Tunisstraße soll in den weiteren Planungen weitere Berücksichtigung finden. Ein Entfall ist nicht weiter zu berücksichtigen.

5) Es soll überprüft werden, ob der Umfang der Stellplätze, die im Rahmen der Gesamtmaßnahme entfernt werden sollen, reduziert werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Punkt 4. der Beschlussvorlage „Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Offenbachplatz grundsätzlich von Veranstaltungen freizuhalten. Wenn Veranstaltungen genehmigt werden, sollen sie möglichst einen Bezug zur Oper und dem Schauspiel haben“ wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt.

III. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der geänderte Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt modifiziert:

1. Ziffer 1 wird am Ende des zweiten Absatzes wie folgt ergänzt:

(...) Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf maximal netto 2,1 Mio. Euro festzuschreiben.

Zugleich beauftragt der Rat die Verwaltung, weitergehende Kosteneinsparungen über mögliche Standardreduzierungen zu erreichen, beispielsweise bei der Auswahl der Platzmöblierung und der gestalterischen Elemente auf der Platzfläche. Die Entscheidung über die Möblierung und gestalterische Ausgestaltung des Platzes mit z.B. Pflanztrögen wird deshalb aus der aktuellen Beschlussfassung ausdrücklich abgekoppelt und zur gesonderten Beschlussfassung vorgelegt. (…)

In diesem Zuge soll die Verwaltung ihre Möglichkeiten ausschöpfen, statt durch eigenes Tun über eine Außengastronomiesatzung für den Offenbachplatz ein einheitliches Erscheinungsbild auf der Platzfläche sicherzustellen.

2. Ziffer 4 des Beschlussvorschlages wird gestrichen.

3. Bei der Gestaltung der Platzoberfläche ist sicherzustellen, dass der Offenbachplatz barrierefrei zu begehen ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

1. Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln auf der Grundlage der Entwurfsplanung mit der Ausführung der Freianlagen innerhalb des Projekts „Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz“. Hierbei handelt es sich um den Offenbachplatz sowie die Wiederherstellung der an Oper und Schauspiel angrenzenden Gehwegbereiche ohne die Möblierung auf dem Offenbachplatz gemäß Anlage 1.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Objektplaner WES und Partner, Hamburg die Bruttogesamtkosten der Freianlagen auf der Grundlage der Entwurfsplanung mit 2.432.473 € berechnet hat. Das Ergebnis der Kostenberechnung ist vom externen Projektsteuerer geprüft worden, die Einhaltung der Kostenobergrenze wurde bestätigt. Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf maximal netto 2,1 Mio. Euro festzuschreiben.

Zugleich beauftragt der Rat die Verwaltung, weitergehende Kosteneinsparungen über mögliche Standardreduzierungen zu erreichen, beispielsweise bei der Auswahl der Platzmöblierung und der gestalterischen Elemente auf der Platzfläche. Die Entscheidung über die Möblierung und gestalterische Ausgestaltung des Platzes mit z.B. Pflanztrögen wird deshalb aus der aktuellen Beschlussfassung ausdrücklich abgekoppelt und zur gesonderten Beschlussfassung vorgelegt.

In diesem Zuge soll die Verwaltung ihre Möglichkeiten ausschöpfen, statt durch eigenes Tun über eine Außengastronomiesatzung für den Offenbachplatz ein einheitliches Erscheinungsbild auf der Platzfläche sicherzustellen.

Die Kosten der Freianlagen sind in den limitierten Bruttobaukosten der Gesamtmaßnahme von 253.000.000 € enthalten, diese werden nicht überschritten.

Die benötigten Mittel für die Freianlagen in Höhe von 2.432.473 € sind innerhalb des Gesamtbudgets von 253.000.000 €, das durch Kreditaufnahmen vorfinanziert wird, in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt. Kreditaufnahmen werden als Zwischenfinanzierung in die Finanzierung der Gesamtmaßnahme eingerechnet.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung für die Umgestaltung der umliegenden Straßen (Glockengasse, Krebsgasse und Brüderstraße) auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung die Ausführungsplanung zu erstellen und nach Sicherstellung der Finanzierung die Maßnahme umzusetzen. Gleichzeitig stellt der Rat den Bedarf zur Umsetzung der vorgenannten Maßnahme fest. Der Rat folgt dem Vorschlag des Rechungsprüfungsamtes, die geprüften Kosten auf netto 1,25 Mio. Euro festzusetzen.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegte Straßenplanung im Rahmen einer Anliegerinformationsveranstaltung vorzustellen.*

4. *Bei der Gestaltung der Platzoberfläche ist sicherzustellen, dass der Offenbachplatz barrierefrei zu begehen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.11:

11.11 Neues Übergangssystem Schule – Beruf/Kommunale Koordinierung
4179/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales(MAIS) die Einrichtung einer „Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf“ beim Regionalen Bildungsbüro des Amtes für Schulentwicklung und beauftragt die Verwaltung mit der organisatorischen Umsetzung und der Beantragung der hierfür vom Land bereit gestellten Mittel.

Der Rat beschließt darüber hinaus die Stellenausstattung der Kommunalen Koordinierungsstelle im Umfang von

1,00 Stelle Verwaltungsangestellte/r für die Leitung,

2,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für das Übergangsmanagement,

1,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für die Mitarbeit.

Die Einbringung des kommunalen Eigenanteiles erfolgt aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplanes 0301 Schulträgermaßnahmen und des Teilergebnisplanes 0604 Kinder- und Jugendarbeit.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.12:

11.12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3382/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.13:

11.13 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Betrauung
2842/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage macht mir etwas Angst. Deswegen möchte ich der Kämmerin zwei Fragen stellen.

Wir bewegen uns – da haben wir ja sehr zwiespältige Erfahrungen gemacht – auf dem sehr dünnen Eis des EU-Beihilferechts. Sie gehen – das ist bei BioCampus ja richtig – schon einmal nicht von Daseinsvorsorge aus, sondern berufen sich auf die besondere Begrifflichkeit der sogenannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gemäß Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

In der Vorlage wird einerseits ausgeführt, dass ein Freistellungsbeschluss nur dann gilt, wenn die Gesellschaft nicht mehr als 15 Millionen Euro Ausgleichsleistungen pro Jahr erhält. Gleichzeitig lese ich in der Vorlage aber auf Seite 3 im zweiten Absatz, dass wir langfristig jährliche Fehlbeträge von 2,8 bis 2,9 Millionen Euro aus dem laufenden Betrieb erwarten dürfen. Weiter heißt es dort:

> Damit verbunden sind auch erhebliche Zahlungsmittelabflüsse. Die hieraus resultierende Liquiditätsunterdeckung …

Das geht also nicht ohne die Stadt. – Dann folgt eine Formulierung, die mich besonders beunruhigt:

> Insbesondere die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft hängt langfristig von der Unterstützung des Gesellschafters ab.

Frau Klug, deswegen frage ich Sie erstens: Ist denn sichergestellt, dass wir wirklich jedes Jahr unter diesen 15 Millionen Euro bleiben?

Aus der Vorlage ergibt sich für mich noch eine zweite Frage. Zumindest für mich wird die Aufgabe darin nämlich neu definiert. Bei BioCampus bin ich immer davon ausgegangen – das wird auch vorne in der Vorlage so ausgeführt –, dass es um die Förderung des Biotechnologiestandortes Köln geht. Das ist ja allgemein Konsens. Natürlich könnte man das möglicherweise auch im RTZ oder an anderen Stellen machen. Aber dann heißt es dort:

> … und in der Folge als hochattraktivem Wohn- und Lebensstandort im Allgemeinen.

Meine Damen und Herren, alle diese Formulierungen verunsichern mich und die FDP-Fraktion. Wir fragen uns in der Tat:

Erstens. Laufen wir über die 15-Millionen-Euro-Schwelle wieder in einen Beihilfetatbestand – mit dem ganzen Kladderadatsch, den wir bei den Messehallen ja schon hatten – hinein?

Zweitens. Ist es überhaupt miteinander vereinbar, sich einerseits auf die besondere Begrifflichkeit der sogenannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zu berufen und andererseits gleichzeitig zu schreiben, dass man mit einem Biostandort anfängt und dann Wohnungen daraus macht? Dass eine normale Erschließung eines Grundstücks für hochwertige Wohnungen in den Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse fällt, kann ich mir zumindest im Moment nämlich nicht vorstellen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir dazu etwas sagen könnten. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Houben. – Frau Klug, würden Sie die Fragen bitte beantworten?

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich will mich zumindest bemühen. Allerdings bin ich nicht sicher, ob ich alle Fragen richtig verstanden habe. Dann können Sie gerne nachfragen.

Vorab: Daseinsvorsorge ist im Europarecht kein einheitlicher Begriff. Ein Teilaspekt der Daseinsvorsorge sind die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. So erklärt sich das Wording hier. Der Kernbereich

sind natürlich die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Zu der Frage, ob wir unter der Schwelle bleiben werden: Es sieht so aus. Im Zusammenhang damit ist auch die Nutzung des Geländes zu sehen. Wir gehen also davon aus. Das ist auch Teil der Planung. Für den Fall, dass wir nicht unter dieser Schwelle bleiben könnten, stünde dann – und nur dann – die Frage einer anderweitigen wirtschaftlichen Nutzung des Geländes zur Debatte. So ist das miteinander in Einklang zu bringen.

Was die Frage der Definition der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse anbelangt, so stützt sich diese Aussage allein auf die Wirtschaftsförderung. Der Umstand, dass hier Wirtschaftsförderung betrieben werden soll, ist der Zweck des Unternehmens. Das allein legitimiert die europa- und beihilferechtliche Behandlung so, wie sie hier vorgesehen ist. Nur: Dieser Zweck der Wirtschaftsförderung wird konkretisiert durch das, was Sie gesagt haben – dass ein bestimmter Bereich von Wirtschaft, Existenzgründung usw. gefördert werden soll. Das ist hier mit Bio usw. usf. näher beschrieben. So herum wird also ein Schuh daraus.

Was die kaufmännische Frage anbelangt, gehen wir davon aus, dass wir das halten können.

Im Übrigen ist die Vorlage auch durch Fachanwaltssachverstand in Bezug auf die Auslegung der beihilferechtlichen Vorschriften, die Sie zu Recht als sehr kompliziert und komplex beschrieben haben, unterstützt worden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank für die Beantwortung, Frau Klug.

(Reinhard Houben [FDP]: Vielen Dank!)

- Gut. – Gibt es weitere Fragen dazu? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Wer ist dagegen? – Die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Der Rat der Stadt Köln betraut die BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG (BCC KG) mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Betrauungsregelung.

Der Rat weist die Vertreterin bzw. den Vertreter des Gesellschafters Stadt Köln in den Gesellschafterversammlungen der BCC KG und der BioCampus Cologne Management GmbH an, durch entsprechende Beschlussfassung in der jeweiligen Gesellschafterversammlung die Umsetzung des Betrauungaktes in der BCC KG sicherzustellen, insbesondere durch Anweisungen an die Geschäftsführung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des Betrauungsaktes laufende Unterstützungsleistungen für und/oder Eigenkapitalzuführungen in die BCC KG zu erbringen sowie Ausfallbürgschaften zu übernehmen und/oder Patronatserklärungen abzugeben, wobei sich Zahlungen an die Gesellschaft im Rahmen der Haushaltsplanermächtigungen und Ausfallbürgschaften sowie Patronatserklärungen im Rahmen des vom Rat genehmigten Volumens bewegen müssen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.14:

11.14 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
3142/2012

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Vorlage zur Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln beinhaltet drei Beschlussmöglichkeiten. SPD und Grüne möchten die Beschlussalternative 2, die im Folgenden als Generalsanierung tituliert wird, vorschlagen und zur Abstimmung stellen. Wir möchten also für die Beschlussalternative 2 votieren.

(Zurufe von der CDU: Wir auch!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank. – Ich habe auf der Liste noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster stehen. Halten Sie sie aufrecht?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Herr Frank hat schon alles dazu gesagt!)

- Sie möchten jetzt also nicht noch einmal dazu sprechen. Umso besser! Ich wollte Sie nur der guten Ordnung halber noch einmal fragen.

(Helmut Jung [CDU]: Wir sind so was von dafür!)

- Es besteht Einigkeit. Das ist wunderbar.

Dann lasse ich, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, darüber abstimmen. Wer ist gegen die Beschlussalternative 2, Generalsanierung? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen. – Vielen Dank.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Beschluss gemäß Alternative 2

Der Rat beschließt die Vergabe eines Planungsauftrags der pflichtigen, synergetischen und weiteren, insbesondere energetischen Sanierungsmaßnahmen (im Folgenden Generalsanierung) der Stadtbibliothek / Zentralbibliothek; der vollständige Planungsauftrag umfasst die Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung inklusive einer Kostenschätzung und wird voraussichtlich Kosten in Höhe von 281.000 € verursachen. Diese werden vollständig aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vorfinanziert; eine Mittelbereitstellung ist derzeit nicht erforderlich.

Eine Übersicht der voraussichtlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen, die sich aus den drei unterschiedlichen Planungsaufträgen ergeben, ist in der Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.15:

11.15 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Buchholzstr. 14, 51061 Köln (Mülheim)
4203/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln nimmt bei dem städtischen Wohnungsbauvorhaben Buchholzstr. 14, 51061 Köln, eine weitere Kostenerhöhung um 195.800 € zur Kenntnis. Bereits im Jahr 2011 wurde dem Rat mit Vorlage 4932/2010 eine Kostenerhöhung von 427.000 € zur Kenntnis gegeben, so dass die gesamte Kostensteigerung der vg. Baumaßnahme 622.800 € beträgt.

Die ursprünglich bewilligten Kosten in Höhe von 1.300.000 € erhöhen sich damit auf 1.922.800 €.

Die Finanzierung der Mehrkosten in Höhe von 195.800 € erfolgt in 2012 durch Umschichtung innerhalb des Teilfinanzplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, aufgrund freier Mittel beim nicht weiter verfolgten Bauvorhaben Kyllburger Str. 1-3.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.16:

11.16 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012
hier: Neubau Bonner Str. 413, 50968 Köln (Marienburg)
4230/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln nimmt bei dem städtischen Wohnungsbauvorhaben Bonner Str. 413, 50968 Köln, eine weitere Kostenerhöhung um 451.000 € zur Kenntnis. Bereits im Jahr 2011 wurde dem Rat mit Vorlage 4932/2010 eine Kostenerhöhung von 285.000 € zur Kenntnis gegeben, so dass die gesamte Kostensteigerung der vg. Baumaßnahme 736.000 € beträgt.

Die ursprünglich bewilligten Kosten in Höhe von 5.600.000 € erhöhen sich damit auf 6.336.000 €.

Die Finanzierung der Mehrkosten in Höhe von 451.000 € erfolgt in 2012 durch Umschichtung innerhalb des Teilfinanzplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, aufgrund freier Mittel beim nicht weiter verfolgten Bauvorhaben Kyllburger Str. 1-3.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.17:

11.17 KölnMusik GmbH
hier: Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen aus Vorjahren
4338/2012

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der KölnMusik GmbH den Restbetrag der Zuschussüberzahlung aus den Jahren 2008 und 2009 in Höhe von 62.100,82 € zu überlassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11.18 **Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler**
hier: Baubeschluss
3801/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

11.19 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013
4198/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.20:

11.20 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbh
4289/2012

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Neufassung von § 2 des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbH in Form der Anlage 1 vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung zu.

Sofern sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus sonstigen Gründen Änderungen am Gesellschaftsvertrag als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch nicht der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.21:

11.21 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität
1199/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Der Rat beschließt zum Abbau der Jugendkriminalität und Delinquenz folgende Handlungsfelder mit Gesamtkosten von 729.800 €/Jahr ab dem 01.01.2013 dauerhaft weiterzuführen:

. *Befristungsverlängerung der präventiven Schulsozialarbeit*

Hierfür werden beim Amt für Schulentwicklung

4 Stellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. S 12 bis zum 31.12.2013

zur Verfügung gestellt.

Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen)

- *Steuerung und Intervention durch Streetwork*

Hierfür werden beim Amt für Kinder, Jugend und Familie

1 Fachstelle für Gewaltprävention
Dipl. Soz. Arb. Vgr. S 15 65.700 €

sowie 4 Streetworkerstellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. S 11

zur Verfügung gestellt.

Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen)

Sachkostenpauschale Fachstelle
Gewaltprävention/Streetwork 12.800 €

Für 2 weitere Stellen erhält die Arbeiterwohlfahrt im Kreisverband

Köln einen Zuschuss in Höhe von 114.400 €

Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)

- *Aufnehmendes Suchtclearing*

Hierfür werden beim Gesundheitsamt

1 Stelle Dipl. Soz. Arb., Vgr. S11

zur Verfügung gestellt. 54.500 €

Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen)

Sachkostenpauschale
Aufnehmendes Suchtclearing 12.800 €

2 Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen

bei der Drogenhilfe Köln gGmbH und dem Sozialdienst Katholischer Männer e.V. gefördert. 121.100 €

Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)

- *Darüber hinaus erhält die Brücke e.V. Zuschussmittel für eine weitere Stelle 51.300 €*

Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)

- *Mitternachtssport*

Für gewaltpräventive Sportangebote erhält der Stadtsportbund e.V.

und die Sportjugend Köln Projektmittel in Höhe von 79.200 €

Teilergebnisplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten,

Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) 218.000 €
Gesamt: 729.800 €

Die Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen erfolgt bezüglich der notwendigen Zuschuss- und Projektmittel aus bereits zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln der Teilergebnispläne 0604, Kinder- und Jugendarbeit, 0701, Gesundheitsdienste und 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten. Die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen des Hpl-Entwurfs 2012 sieht für die Jahre 2013-2015 entsprechende Ansätze bereits vor. Die zur Umsetzung erforderlichen Stellen werden jährlich im Zuge des Stellenplans berücksichtigt.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist bis zum 31.12.2013 über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sichergestellt. Eine Beschlussfassung über die Weiterverlängerung der Schulsozialarbeit wird nach Auslaufen der Refinanzierung über eine gesonderte Vorlage zum Haushaltsjahr 2014 getroffen. Daher wird aktuell ausschließlich eine Befristungsverlängerung der vier Stellen Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2013 (Ende der Refinanzierung) beantragt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.22:

11.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6 – 34, 50737 Köln (Weidenpesch) zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
0999/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Frau Bürgermeisterin, lassen Sie abstimmen wie Finanzausschuss?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sozialausschuss, ja; wie die Vorlage.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie Finanzausschuss!)

Birgit Gordes (CDU): Wie Finanzausschuss?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Genau.

Birgit Gordes (CDU): Okay; alles klar. Dann werden wir zustimmen. – Danke sehr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Fein. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das wie Finanzausschuss angenommen.

Der Rat beschließt, die Planung zur Sanierung der 15 Häuser der städtischen Wohnanlage Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln (Weidenpesch), zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Architekturbüro gemäß HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) - Leistungsphase 2 bis 3 für die Objektplanung und Leistungsphasen 1 bis 3 für die übrigen Fachplaner (Vermessungsingenieur, Statiker, Bauphysik) zu beauftragen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rund 161.000 € brutto.

Die zur Deckung der Planungskosten erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplanentwurf 2013/1014 für das Haushaltsjahr 2013 berücksichtigt

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.23:

11.23 Rheinboulevard – Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Baubeschluss 2. Bauabschnitt/ Ufertreppe
4191/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt den Bau der Ufertreppe des Rheinboulevards mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 11,5 Mio. €.

Er beschließt für die Ausbaukosten eine Teilfreigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 2.153.389 € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2012.

Die Freigabe erfolgt gem. § 82 GO NW (Fortführungsmaßnahme und förderrechtliche Verpflichtung).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.24:

11.24 Förderung des Zentrums Magnet – Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e. V. aus Restmitteln in 2012
3603/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt vorbehaltlich der Freigabe der Mittel aus der Kulturförderabgabe durch den Fachausschuss und den Finanzausschuss (siehe Vorlagen-Nummer 3369/2012) und vorbehaltlich der Entscheidung über die Verwendung der Haushaltsmittel 2012 (siehe Vorlagen-Nr. 2579/2012) die Teilförderung des Zentrums Magnet – Deutsch-russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V. in Höhe von 4.000 € nicht verwendeter Zentrenmittel.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.25:

11.25 Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße/Nachtigallenstraße
Baubeschluss
3333/2012

Frau Gordes, bitte.

Birgit Gordes (CDU): Ich habe noch einmal die gleiche Frage. Stimmen wir hier ab wie Bauausschuss?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein, wie die Alternative.

Birgit Gordes (CDU): Meine Damen und Herren, bei der Alternative habe ich dann schon ein paar Probleme. Um effektiv 4 000 Euro zu sparen, werden wir nicht nachhaltig heizen können. Ich bitte, doch noch einmal darüber nachzudenken, die Dämmung so wie vorgesehen durchzuführen.

Ich kann mir an dieser Stelle auch nicht vorstellen, dass man wirklich sparen wollte, da in der Bezirksvertretung die SPD-Fraktion sogar noch die Platzbeleuchtung mit installieren wollte.

(Henk van Benthem [CDU]: Wie Bauausschuss!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen wie die Alternative.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Aber das Weitergehende ist doch der Verwaltungsvorschlag, wie er in die Ausschüsse gegangen ist! Da gibt es ein klares Votum! Alle haben wie die Verwaltungsvorlage abgestimmt! Alle haben mit Votum wie die Verwaltung und nicht wie die Alternative abgestimmt! Deshalb muss man doch darüber abstimmen, um das Votum der Ratsmitglieder in den Ausschüssen auch ernst zu nehmen! Oder sehe ich das falsch?)

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich glaube, wir können den Kriminalfall ein bisschen aufklären, indem wir Ihnen sagen, dass diese 4 000 Euro 0,6 Promille der Gesamtsumme ausmachen. Außerdem geht es um die Heizkosten. Es wird gedämmt, damit effizienter geheizt werden kann. Das ist also gut investiertes Geld. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen so abstimmen wie die anderen Ausschüsse und nicht wie die Alternative. – Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um die 4 000 Euro, sondern schon um die Frage: Gehen wir über gesetzliche Standards hinaus? Das tut die Verwaltung in diesem Fall, und zwar ohne Begründung. Wir machen hier eine Kölner Regelung, die teurer ist. Es ist in keiner Weise begründet, wie sich diese Standardüberschreitung am Ende rechnet. Deswegen wollen wir – Sie erinnern sich sicherlich an die Diskussion, die in allen Fraktionen geführt worden ist – nicht über die Standards hinausgehen.

(Beifall bei der FDP)

An diesem Punkt hat die Verwaltung in keiner Weise begründet, wie sich das denn rechnen könnte. Das steht nirgendwo in der Vorlage. Deswegen möchten wir das machen, was die gesetzlichen Standards vorsehen, und kein Stück mehr. Da geht es nicht darum, ob das 4 000, 5 000 oder 10 000 Euro sind.

Wenn die Verwaltung uns darlegen könnte, dass wir am Ende Geld einsparen würden, hätten wir eine andere Diskussion. Das hat sie aber nicht getan. Das kann sie in diesem Fall auch nicht, glaube ich.

(Birgit Gordes [CDU]: Das kann man mit drei Fingern ausrechnen!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Keine. Dann schlage ich vor, dass wir zuerst über den Beschlussvorschlag in der Vorlage abstimmen.

Wer ist dafür? – Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über die Alternative in der Vorlage abstimmen. Wer ist für diese Alternative? – Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann, die FDP, pro Köln und die CDU. Damit ist das so beschlossen. – Vielen herzlichen Dank.

I. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße / Nachtigallenstraße nach „Kölner Standard“ mit Gesamtkosten in Höhe von 587.500 € brutto für das Funktionsgebäude sowie 75.100 € brutto für den Maschinenunterstellplatz und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss über den alternativen Verwaltungsvorschlag:

Der Rat verzichtet auf eine Ausführung im „Kölner Standard“ zugunsten einer Ausführung nach EnEV 2009 und genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße / Nachtigallenstraße mit Gesamtkosten in Höhe von 583.500 € brutto für das Funktionsgebäude sowie 75.100 € brutto für den Maschinenunterstellplatz und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.26:

11.26 Aufnahme dreier neuer Schulen in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen
3695/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt in Anlehnung an seine Beschlüsse vom 14.11.2006 und vom 10.09.2009 folgenden drei Schulen den Titel „Kölner Europäische Grundschule“ zu verleihen und sie in den „Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufzunehmen:

GGS Geilenkircher Straße

Katholische Offene Ganztagsgrundschule Trierer Straße

Förderschule Sprache Ossietzkystraße

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.27:

11.27 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11 zum Schuljahr 2013/2014
3793/2012

Wie Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einführung des offenen Ganztags (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der gem. Beschluss vom 28.06.2012 neu zu errichtenden Grundschule am Standort Mommsenstr. 5-11, 50935 Köln-Sülz, zum Schuljahr 2013/2014, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung der außerunterrichtlichen Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für den offenen Ganztag ausspricht.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an den Träger, vorbehaltlich der Gewährung von Landeszuschüssen, im Rahmen des am 28.06.2012 beschlossenen gesamtstädtischen Kontingents von 24.000 Plätzen bereit zu stellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.28:

11.28 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden)
3401/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Ulrich Breite [FDP]: Wie Sozialausschuss!)

- Wie Sozialausschuss, ja, und Bauausschuss.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 29.11.2012 und des Bauausschusses aus seiner Sitzung am 10.12.2012:

Der Rat beschließt, die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden) mit einem Wohngebäude in Fertigbauweise zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz- zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) einzuholen.

Die Belegung des Hauses Potsdamer Straße 1a liegt bei 70 Personen. Die Obergrenze der Belegung für die Häuser Potsdamer Straße 1a und 1b liegt bei maximal 140 Personen.

In den Häusern erfolgt keine Erstaufnahme.

Die Belange des sozialen Umfeldes werden berücksichtigt. So steht den Anwohnerinnen und Anwohnern ein Ansprechpartner in der Verwaltung zu Verfügung. Durch ausreichendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Bewachungsdienst etc.) wird eine effiziente Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern gewährleistet.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 180.000 €.

Im Haushaltsjahr 2012 stehen im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5121 – Potsdamer Str. 1a, ausreichende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.29:

11.29 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf)
3407/2012

Wie Sozialausschuss und Bauausschuss.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? –

Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 29.11.2012 und des Bauausschusses aus seiner Sitzung am 10.12.2012:

Der Rat beschließt, die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf) mit einem Wohngebäude in Fertigbauweise bzw. Systembauweise zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung mit hoher Priorität umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis vier, Mindestsatz- zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) einzuholen.

Die Obergrenze der Belegung für die Häuser Kuckucksweg 8 bis 10 liegt bei jeweils maximal 70 Personen pro Haus.

In den Häusern erfolgt keine Erstaufnahme.

Die Belange des sozialen Umfeldes werden berücksichtigt. So steht den Anwohnerinnen und Anwohnern ein Ansprechpartner in der Verwaltung zu Verfügung. Durch ausreichendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Bewachungsdienst etc.) wird eine effiziente Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern gewährleistet.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 180.000 €.

Im Haushaltsjahr 2012 stehen im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5120 – Kuckucksweg 10 – ausreichende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.30:

11.30 VRS-SozialTicket: Köln-spezifischer Preis für das MonatsTicket
3729/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2020/2012

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt. Ich bitte Sie, über den Änderungsantrag zuerst abzustimmen.

Damit da kein falscher Zungenschlag hineinkommt, möchte ich am Anfang kurz erwähnen, dass wir natürlich froh sind, dass der Köln-Pass immer noch günstiger ist als das Sozial-Ticket.

Wenn Sie sich die Debatte im Sozialausschuss angucken, sehen Sie, dass sowohl CDU als auch FDP gesagt haben, sie wollten diese Vergünstigung nicht mehr haben.

Wenn Sie sich die Debatte im Sozialausschuss genau angeguckt haben, werden Sie aber auch gesehen haben, dass sowohl die Sprecher von SPD und Grünen als auch viele soziale Träger bemängelt haben, dass der Kostenrahmen mit 33 Euro jetzt relativ hoch ist. Wir haben mit 25 Euro angefangen. Somit ist es über diesen Zeitraum zu einer Steigerung um 30 Prozent gekommen. Das ist natürlich ein bisschen schade.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die KVB im Rahmen des SozialTickets jetzt das erste Mal einen Zuschuss von 1,7 Millionen Euro bekommen hat, fänden wir es gut, auf diese Erhöhung zu verzichten bzw., wenn das nicht möglich ist, zumindest in nächster Zeit keine Erhöhungen mehr durchzuführen und den Preis für dieses Ticket stabil zu halten.

Das ist unser Anliegen, weil wir wissen, dass es bei einem gewissen Preis der SozialTickets auch keine Nachfrage mehr gibt. Im Ruhrgebiet hat man dieses Phänomen. In Köln haben wir es nicht; denn der Köln-Pass hat eine Tradition und ist günstiger. Diese günstige Tarifstruktur sollten wir erhalten.

Wenn man weiß, dass im Monat 25 Köln-Pässe im ÖPNV verkauft werden, weiß man auch, dass das für die KVB echt Bares ist. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Linke und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? Das sind die CDU und die FDP. Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist die Vorlage so angenommen.

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Die Beschlussvorlage 3729/2012 soll wie folgt geändert werden:

1. *Im Beschlusstext, Zeile 2, wird die Formulierung*

   … „ab dem 01.01.2013 auf 33 € festzusetzen.“

   durch die Formulierung

   … „auch nach dem 01.01. 2013 das Mobilitätsticket weiterhin für 31,80 € anzubieten.“

   ersetzt.

   In der vierten Zeile wird der Betrag von 33,00 € in 31,80 € abgeändert.

   Danach schließen sich als weitere Beschlüsse an:

2. *Auf den Preisanstieg von 0,20 € beim Vierterticket 1b ist ebenfalls zu verzichten. (Siehe Tabelle Seite 3 der Beschlussvorlage)*

3. *Das Preisniveau für das Kölnpassticket ist in den nächsten Jahren stabil zu halten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Preis für das MonatsTicket MobilPass ausschließlich für das Stadtgebiet Köln (Preisstufe 1b) ab dem 01.01.2013 auf 33,00 € festzusetzen. Die sich aus der Preisdifferenz zum VRS-Monats Ticket MobilPass (Preisstufe 1b) ergebenden, nicht realisierten Verkaufserlöse (Differenz zwischen 35,80 € und 33,00 €) der Kölner Verkehrs-Betriebe AG sind vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.31:

11.31 Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines „Frauen helfen Frauen e. V.“
3796/2012

Wie Sozialausschuss und Finanzausschuss. – Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin. – Ich möchte etwas zu Protokoll geben, weil der Konsens, der sich in dieser Vorlage widerspiegelt, nicht ganz so konsensual ist, wie er sich im Moment hier darstellt.

Wir haben das im Sozialausschuss diskutiert. Dort habe ich auch folgende Frage aufgeworfen: Die erwerbstätigen Frauen verfügen meist nur über ein geringes Vermögen. Sie können den Tagessatz von 64 Euro manchmal nicht leisten. Nur wenigen Frauen ist das möglich. Diejenigen, die es nicht können, starten damit in ein neues Leben, das wieder von Armut und Abhängigkeit von staatlicher Leistung geprägt ist.

Das ist dem Brief der autonomen Frauenhäuser des Vereins „Frauen helfen Frauen“ entnommen, den Sie heute alle zugestellt bekommen haben.

Auch wenn in der Vorlage ausdrücklich steht, keine Frau dürfe wegen eines fehlenden oder ungesicherten Leistungsanspruchs abgewiesen werden, bleibt diese Frage offen. Jetzt müssen schon Frauen abgewiesen werden. Zu welchen Abweisungen wird es unter diesen Voraussetzungen möglicherweise erst kommen? – Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass die Darstellung von Frau Stahlhofen über die Debatte im Sozialausschuss an einer Stelle verkürzt ist. Der Sozialausschuss hat nämlich ausdrücklich festgehalten, dass diese Problematik, ob es zu Zurückweisungen im Frauenhaus kommt oder nicht, die ja umstritten ist, nach einem halben Jahr evaluiert wird, damit dann möglicherweise, falls es zu den befürchteten negativen Folgen kommt – was aber, wie gesagt, noch offen ist –, gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden können.

Dem Ausschuss war diese Problematik also durchaus bewusst. Mit der Überprüfung nach einem halben Jahr haben wir auch ein probates Gegenmittel gefunden, glaube ich. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Helling. – Frau Schmerbach, bitte.

Cornelia Schmerbach (SPD): Herr Helling hat es jetzt vorweggenommen. Das wollte ich auch sagen. Wir haben nämlich einstimmig beschlossen – leider ist die Protokollnotiz nicht dabei –, dass man den Beschluss nach sechs Monaten noch einmal Revue passieren lässt, um zu klären, ob die Probleme, die hier befürchtet werden, wirklich aufgetreten sind.

Ich denke, dass wir das noch einmal ganz konkret vermerken müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Schmerbach, ich könnte den Beschluss jetzt noch einmal vorlesen.

(Zurufe: Wie im Ausschuss!)

- Da war es einstimmig. – Frau Reker, bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zum einen möchte ich Ihnen sagen, dass wir diese Probephase brauchen; denn die Regelung, die jetzt existiert, entspricht unserem Sozialhilferecht. Es ist der Grundsatz des Sozialhilferechts, dass jemand, der aufgrund seines Einkommens selber für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, das auch tun muss.

Mir haben die Damen von den Frauenhäusern ausdrücklich versichert, dass die Möglichkeiten der Eigenzahlung nicht das entscheidende Kriterium für die Aufnahme der Frauen sein wird, die dort vor der Tür stehen und Hilfebedarf haben. Und das ist das Wichtige, denke ich.

Wenn sich die hier befürchtete Problematik abzeichnet, werden wir das sehen. Dann müssen wir überlegen, wie wir es ändern können. Heute haben wir dazu keine Möglichkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich habe das vorsichtshalber noch einmal nachgelesen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig – wie Sozialausschuss und Finanzausschuss – angenommen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt ab 2013 die institutionelle Förderung von zwei autonomen Frauenhäusern des Vereins „Frauen helfen Frauen e. V.“ einzustellen und statt dessen die Erstattung der Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Frauenhäuser einschließlich der nachgehenden Beratung der ehemaligen Bewohnerinnen auf der Basis einer individuellen Einzelfallhilfe vorzunehmen.

Die anerkennungsfähigen Personal- und Sachkosten ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Kostenplan.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.32:

11.32 Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an Archäologischer Zone/Jüdischem Museum
4468/2012

Dazu ist ein Wortbeitrag von Herrn Granitzka angemeldet. Bitte.

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Winrich Granitzka (CDU): Sehr verehrte, liebe Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr seid alle schon ein bisschen müde. Das wird sich jetzt ändern.

(Lachen bei der SPD)

Verantwortung, die, Substantiv, Femininum.

Bedeutungen:

1. a) [mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Stellung verbundene] Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass (innerhalb eines bestimmten Rahmens) alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige u. Richtige getan wird u. möglichst kein Schaden entsteht: …

b) Verpflichtung, für etw. Geschehenes einzustehen [u. sich zu verantworten]: …

2. Verantwortungsbewusstsein, -gefühl: …

Synonyme:

Gewissenhaftigkeit, Moral, Pflichtbewusstsein, Pflichttreue usw. usf.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün und FDP, vielleicht hilft Ihnen dieser Blick in den Duden, um Sie daran zu erinnern, welche Verpflichtungen Sie mit dem Ratsmandat eingegangen sind. Sie haben nämlich Verantwortung übernommen. Sie haben Verantwortung für diese Stadt übernommen. Sie haben Verantwortung für die Bürger und auch für deren Vermögen übernommen.

Die Kämmerin und der Oberbürgermeister haben uns heute an die Wand geworfen, wie es um den städtischen Haushalt steht. Ich kann es schon auswendig: 2013 ein Fehlbetrag von 317 Millionen Euro, 2014 ein Fehlbetrag von 233 Millionen Euro – bei einem Schuldenstand, der Ende Dezember dieses Jahres bei 2,6 Milliarden Euro liegen wird.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Summen sollte jeder verantwortlich handelnde Politiker nur noch ein Ziel im Auge haben: Sparen.

Stattdessen wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein neues Museum schaffen – ein Museum, das unsere Stadt jedes Jahr mehrere Millionen Euro kosten wird. Wir können uns jetzt streiten, ob es 4 oder 6 Millionen Euro sind. Jedenfalls kostet es Geld, das Frau Klug nicht hat, Geld, das die Stadt nicht hat, Geld, das wir alle nicht haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

- Jetzt aber richtig!

(Martin Börschel [SPD]: Das mit dem Aufwachen hat aber noch nicht ganz geklappt!)

- Es ist etwas müde; ich gebe es ja zu.

Sehr verehrte Kollegen von SPD, FDP und Grünen, ich bitte Sie sehr herzlich, nun endlich zur finanzpolitischen Vernunft zu kommen und den Bau des Jüdischen Museums auszusetzen, bis sich die Finanzlage dieser Stadt erholt hat. Noch ist es nicht zu spät.

Unsere Kämmerin hat ihren Vortrag mit einem netten Spruch aus der kleinen Konfuzius-Fibel beendet. Ich habe dann auch einmal nachgeguckt, weil sich das so gut macht.

Einen Fehler begangen haben und ihn nicht korrigieren: Erst das ist ein Fehler.

Also korrigieren Sie ihn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas überrascht. Ich bin auch ein bisschen aufgewacht. Dass wir gerade zum jetzigen Zeitpunkt von der CDU und von Ihnen, Herr Granitzka, so viel über Verantwortung und Moral hören

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe den Duden zitiert!)

und uns anhören müssen, was Sie unter Verantwortung und Moral verstehen, ist schon etwas deplatziert. Das finde ich zum jetzigen Zeitpunkt unangemessen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – Martin Börschel [SPD]: Ausgerechnet von der CDU!)

Sie haben von historischer Verantwortung gesprochen. Genau aus dieser Verantwortung heraus handeln wir so, wie wir handeln. Die Archäologische Zone mit dem Haus der jüdischen Kultur ist ein Projekt von überragender Strahlkraft und eines der ganz großen Projekte, die wir hier in Köln an den Start bringen. Es ist ein Projekt, das nicht nur für Köln, sondern auch über Köln hinaus für unsere Region, unser Land und seine Geschichte von großer Bedeutung ist. Wir haben hier direkt neben dem Rathaus die einzigartige Chance, an einem wahrlich authentischen Ort auf engstem Raum über Jahrhunderte verdichtet unsere Geschichte erlebbar zu machen. Diese Konzentration der Geschichte an einem Ort in Europa gibt es zumindest nördlich der Alpen nicht ein weiteres Mal.

Deswegen fühlen wir uns verantwortlich, wenn wir diese Entscheidung treffen. Dieses Potenzial wollen und müssen wir für die Kölnerinnen und Kölner, die Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt und insbesondere auch für die uns nachfolgenden Generationen nutzen. Es verspricht auch eine weitere Attraktion für unsere Stadt.

Wir freuen uns daher sehr, dass der Landschaftsverband Rheinland dieses – übrigens vom Land Nordrhein-Westfalen auch schon mit 14 Millionen Euro geförderte – Projekt unterstützt.

(Beifall von Götz Bacher [SPD])

Durch die geplante Übernahme des dauerhaften Betriebs durch den LVR wird der städtische Haushalt um über 6 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

(Helmut Jung [CDU]: Das wird er doch gar nicht! Wir zahlen ja Umlage an den Landschaftsverband!)

Stadt und Landschaftsverband sollen nun über die Einzelheiten der Kooperation verhandeln, wie es in der Vorlage vorgeschlagen wird.

Das ist übrigens das erste Mal, dass in der Stadt Köln als einem der großen Nettozahler ein großes Projekt dauerhaft finanziert wird. Es freut uns sehr, dass wir das in den Gesprächen erreicht haben.

Neben der Darstellung der inhaltlichen Gründe möchte ich Ihnen auch vorschlagen, einmal nachzurechnen, wie viel die mit Ihren Forderungen verbundene Umplanung kosten würde.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Weniger als der Betrieb!)

Auf welche Höhe belaufen sich verlorene Planungskosten? Sie reden immer von Schutzhütten. Schutzhütten sind doch nicht umsonst zu bekommen. Sie müssten auch geplant werden und würden ebenfalls etwas kosten. Deshalb stellt sich schon die Frage, ob Sie da nicht eine Milchmädchenrechnung aufmachen.

(Beifall bei der SPD sowie von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Es ist aber, wie gesagt, nicht nur das. Ihre Argumentation ignoriert auch die Bedeutung dieses herausragenden Kulturprojekts für Köln und die ganze Region.

Daher freuen wir uns, dass wir diese Vorlage haben und werden ihr zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein starkes Stück, was man sich hier bieten lassen muss.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach, hör auf! – Weitere Zurufe von der CDU)

- Jetzt sind Sie wach. – Herr Sterck, Sie lachen, wenn jemand ehrlich ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie lachen auch!)

Aber eigentlich müsste man schreien, wenn jemand so tut, als gehe es hier um Verantwortung, und dies wieder nur nutzt, um ein Projekt zu denunzieren, das Sie von der CDU von Anfang an – von Anfang an – nicht wollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann sagen Sie das auch, und blubbern Sie hier nicht von Verantwortung herum. Diese Scheinheiligkeit ist ja unerträglich.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann ja wohl nicht wahr sein! Ihre Aussagen sind unerträglich!)

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Das ist eine unerträgliche Scheinheiligkeit, die uns hier geboten wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Von Ihnen!)

Jetzt möchte ich gerne auf den Vortrag der Kämmerin eingehen, weil Herr Granitzka ja an unsere finanzielle Vernunft appelliert hat. Die Lage, in der wir sind, erfordert es, dass wir kreativere Lösungen finden als früher.

Wir haben neun kommunale Museen. Allein das ist schon ein Alleinstellungsmerkmal. Das leistet sich keine andere Stadt in Deutschland.

Wir sind wirklich sehr froh darüber und dem Landschaftsverband sehr dankbar dafür. Das ist gerade auch schon gesagt worden. Anders als die CDU-Kommunen im Land sind wir als Stadt Köln nämlich – mit Düsseldorf zusammen – Nettozahler.

Deswegen ist auch das verlogen. Aber Sie lassen nichts aus. Wir versuchen hier, durch Kooperationen etwas für diese Stadt zu schaffen, von dem wir sehr profitieren, weil es nämlich ein Alleinstellungsmerkmal ist. Keine andere Stadt in Deutschland verfügt über einen dermaßen authentischen Ort.

Sie haben die Gelegenheit heute noch einmal benutzt, sich dagegen zu wenden. Immer und immer wieder versuchen Sie es.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir werden auch immer wieder den Finger in die Wunde legen!)

Jedes Mal wird es in ein anderes Gewand gekleidet. Das ist Doppelmoral.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was die ganzen Zitate von Konfuzius angeht, weiß ich gar nicht, wie oft er sich im Grabe umdrehen muss und ob er das wirklich alles gesagt hat. Ich muss nur Folgendes feststellen, lieber Winrich Granitzka: Das Zitat, das Sie hier angeführt haben, richtet sich im Grunde am meisten gegen die CDU selber.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie hat leider den Fehler begangen, am Anfang der Debatte in der Koalition, die wir 1999 mit ihr eingegangen sind, auf die skeptische Bahn zu geraten. Ich habe immer gehofft, dass die CDU, bis das Projekt in trockenen Tüchern ist, irgendwann die Kurve bekommt.

(Martin Börschel [SPD]: Bei der CDU ist jede Hoffnung vergebens!)

Leider hat sie es aber nicht geschafft, die Kurve zu kriegen.

Im Grunde ist von der CDU – das habe ich hier schon in diversen Reden gesagt – alles in die Waagschale geworfen worden.

Erst musste der Ort noch einmal mit einem Symposion untersucht werden. Man hat sieben Orte in der Kölner Innenstadt geprüft und gefragt: Wo können wir das Jüdische Museum am besten bauen?

Als das nicht ausreichte, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende, dessen Namen ich hier gar nicht erwähnen will: Jetzt müssen wir noch ein Symposion über den Inhalt durchführen, um herauszufinden, ob wir das überhaupt entsprechend füllen können.

Dann wurde gegraben. Dabei ist man auf sensationelle Funde gestoßen. Wir haben hier wirklich sensationelle Funde.

(Beifall bei der FDP)

Dass das so ist, haben auch Symposien nachgewiesen.

Und jetzt kommt die CDU mit dieser Rede an. Vielleicht ist das ja die Musterrede dieser Kampagne, die die CDU im ganzen Rheinland fährt. Wir hören doch von überall her, dass die CDU entsprechende Anträge stellt und dass Reden gegen dieses Projekt gehalten werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Peinlich!)

Dass das dann auch noch im Kölner Rat passiert und hier die gleichen Reden gehalten werden, die die Vertreter der CDU sonst im Grunde als Gegner der Stadt Köln halten, finde ich aber – Es tut mir auch wirklich weh, das mit anhören zu müssen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sehe es genauso wie Frau Moritz.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das müssen Sie auch bezahlen! Mit 20 Prozent zahlen Sie das mit!)

- Das ist doch auch okay. Das ist eine gute Investition.

Damit bin ich auch bei der Verantwortung. Der OB hat eben in seiner Rede gesagt, dass wir auch noch Investitionen vornehmen müssen, die unsere Stadt weiterbringen.

(Martin Börschel [SPD]: Richtig!)

Das sind Abwägungen, die wir treffen müssen. Hier sagt die Mehrheit von SPD, Grünen und FDP: Dabei handelt es sich um eine Investition in die Zukunft von Köln. Wir sind es der Geschichte der Stadt Köln schuldig, etwas Derartiges zu machen. Das können wir nicht wieder zuschütten.

Bei der letzten Ratssitzung hat die CDU dafür plädiert, die Planung wegzuschmeißen und ein paar Schutzhütten zu bauen; das reiche auch aus. Das ist doch Quatsch; denn dann müssen wir zum einen die Zuschüsse zurückzahlen und zum anderen eine entsprechende neue Planung aufsetzen.

Die von der CDU hier erhobene Forderung, das Ganze auszusetzen, ist auch nicht glaubwürdig. Schließlich ging es seit 1999 im Grunde immer darum, das Ganze zu verschieben und weiter in die nächste Generation zu verschieben, um es nicht zu machen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da war ich noch Polizeichef! Da war ich noch nicht in der Politik!)

Deswegen ist diese Forderung nicht glaubwürdig. Wir werden diesem Irrweg, der hier vonseiten der CDU aufgezeigt wird, auch nicht folgen.

Ich kann zu dieser Vorlage nur Folgendes sagen, Herr Professor Quander: Ich wünsche Ihnen für diese Verhandlungen eine glückliche Hand. Es ist sowohl nach innen als auch nach außen nicht einfach, diese Sache wirklich in trockene Tücher zu bringen. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Helmut Jung [CDU]: Pharisäer!)

Wir werden ja dann über die Ergebnisse informiert werden. Das steht auch so in der Vorlage. Ich glaube, dass wir bei diesem Projekt im Sinne der Geschichte unserer Stadt zum Erfolg verpflichtet sind. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Sterck. – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach dem, was wir hier gehört haben, haben die Wörter „Zynismus“ und „Heuchelei“ vollkommen neue Bedeutungen bekommen.

Ich fange mit dem Vorredner an. Herr Sterck wendet sich an unseren hochverehrten Kulturdezernenten, den wir heute mit einem tollen Mandat versehen haben. Er soll jetzt für die Stadt Köln verhandeln. Herr Sterck, wer nimmt Ihnen das denn ab? Wir hätten erwartet, dass Sie ihn heute mit einem starken Mandat ausstatten,

(Beifall bei pro Köln)

anstatt ihn hier auf eine ganz komische Art und Weise, die auch menschlich fies ist, in einem parteipolitischen Ränkespiel vorzuführen.

Dann sagen Sie auch noch: Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für die Verhandlungen. – Das glauben Sie doch selber nicht. Vielleicht kennen Sie die im Amerikanischen gebräuchliche Bezeichnung „lame duck“.

(Der Redner spricht das Wort „duck“ nicht korrekt aus, sodass man auch „lame dog“ verstanden haben kann – Lachen bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken zu vernehmen

Das haben Sie heute daraus gemacht. Das ist hier der Fall.

(Ulrich Breite [FDP] imitiert eine Ente)

- Herr Breite, in dieser Rolle gefallen Sie mir. Es ist ein herrliches Bild, Sie heute so zu sehen. Richtig wunderbar; echt tierisch!

Kommen wir nun zum Beginn der Debatte. Eröffnet wurde sie vom lieben Herrn Granitzka, dessen Partei von Anfang an dafür war. Wir haben auch gesagt, dass ein Jüdisches Museum selbstverständlich ein Gewinn für diese Stadt ist, wenn es selbst sich trägt und durchfinanziert ist. Dass das von Anfang an nicht der

39. Sitzung vom 18. Dezember 2012

Fall war, war vielen Beteiligten klar. Aber man hat Hoffnungen gemacht. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Klipper bei einer der Vorlagen gesagt hat: Wir werden mit der Landesregierung verhandeln; sie wird das ganze Defizit übernehmen; die Stadt Köln kostet das gar nichts, was die Betriebskosten angeht.

Dann haben Sie natürlich die Landtagswahl verloren. Da haben Sie nichts mehr auf die Reihe bekommen. Jetzt, wo es die Defizite gibt, sagen Sie: Wir sind dagegen.

Dann kommen wir zu den anderen. Die kriegen auch ihr Fett ab.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Haben Sie vielleicht einen Kopfschuss?)

- Nein, aber Sie vielleicht, Herr Klipper. Ist das Ihr Beitrag? Damit zeigen Sie ja selber, wie hilflos Sie in der Debatte sind.

Die anderen – Grüne, SPD und FDP – rennen dann zum Landschaftsverband, wo sie die Mehrheit haben. Dort verhandeln sie zum Nachteil der Stadt Köln. Jetzt steht auf diesem Museum nämlich nicht mehr „Stadt Köln“, sondern „Landschaftsverband Rheinland“. Die Kölner Bürger müssen aber dafür blechen.

Das ist Ihr Fehler. Hier haben Sie sich nicht für Köln eingesetzt. Köln ist Nettozahler und muss auch noch das vor Ort entstehende Defizit zahlen. Es ist Ihre Schuld, dass die Kölner das alles ausgleichen müssen.

Dann kommen wir zum Museumskonzept. Von Anfang an hat die Bürgerbewegung pro Köln immer wieder gefragt: Wo ist denn eigentlich das Museumskonzept für ein Jüdisches Museum? – Nein, Sie wollten immer diesen Standort haben, weil Sie ein Dach für die Archäologische Zone brauchten. Sie dachten: Da machen wir ein Schild „Jüdisches Museum“ dran, und schon kommt irgendwer und gibt uns einen Zuschuss.

Diese ganzen Dinge sind nicht aufgegangen. Ihre ganzen Träumereien sind heute bankrottgegangen, und die Kölner Bürger müssen es zahlen. Da macht pro Köln nicht mit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Granitzka, Sie haben verantwortungsvolles Handeln eingefordert. Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie verantwortungsvoll und klug gehandelt haben, als Sie die Debatte über die Archäologische Zone im Landschaftsverband und die Debatte über die Archäologische Zone im Stadtrat einfach verrührt haben und nicht überlegt haben, wer welchen Standpunkt und welche Interessen hat.

Die Kölner CDU war dann auch noch so feige, diese Broschüre

(Der Redner hält das Weißbuch „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ hoch)

nicht einmal selber herauszubringen. Sie musste von der LVR-Fraktion herausgebracht werden. Sie waren zu feige, diesen eigenen Standpunkt zu entwickeln.

Ihre dumme Argumentation und Ihre dumme Verhaltensweise führen dazu, dass SPD und Grüne überhaupt nicht mehr zurückkönnen. Dieses Problem haben wir doch. Sie kommen aus der ganzen Situation gar nicht mehr heraus. Das sehe ich als Problem an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, am heutigen Tag wäre es doch an der Zeit, innezuhalten und zu überlegen: Geht es denn so weiter? Ich finde es ja interessant, dass der Oberbürgermeister in Sachen Archäologische Zone im Stadtvorstand keine Mehrheit mehr hat. Das müsste Ihnen doch eigentlich zu denken geben. Das ist nun einmal eine Tatsache. Darüber muss man nachdenken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sind die Beigeordneten, die ihren jeweiligen Etat vertreten müssen, nicht mehr für die Archäologische Zone. Das finde ich schon spannend. Darüber wird ja gar nicht diskutiert. Es ist aber schon interessant, dass wir eine solche Entwicklung haben.

Meine Damen und Herren, dann haben Sie angekündigt, dass jetzt eine Verwaltungsvorlage kommt. Was steht denn in dieser Verwaltungsvorlage? Im Prinzip steht darin: Wir treffen uns mit dem LVR. – Gegen diese Verwaltungsvorlage habe ich nichts. Sich mit dem LVR zu treffen, ist bestimmt nützlich, weil der LVR eine sehr gute Verwaltung hat, von der man sehr viel lernen kann. Ich glaube ganz sicher, dass das sinnvoll ist. Zu konkreten Zahlen bezüglich der Folgekosten, die zum Beispiel das Jüdische Museum verursachen wird,

steht in der Verwaltungsvorlage allerdings überhaupt nichts. Es ist aber angekündigt worden, dass diese Zahlen jetzt endlich vorgelegt werden. Sie stehen einfach nicht darin.

Meine Damen und Herren, deswegen ist das, was Ihnen hier vorliegt, auch gar kein richtiger Beschlussvorschlag. Es ist ja nicht so, dass wir heute das Museum verwaltungstechnisch beschließen würden, sondern wir beschließen, dass der LVR und die Stadt Köln sich auf Verwaltungsebene mal treffen sollen. Okay.

Insgesamt halte ich diese Vorlage für eine sehr schwache Vorlage und für eine Vorlage, die sozusagen strauchelt. Man überlegt. Warten wir einmal ab, wie es weitergeht. Vielleicht braucht der Oberbürgermeister in seinem Stadtvorstand erst einmal eine Mehrheit, um weiter vorgehen zu können. Es kann sein, dass das ein Hintergrund ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht darum herumkommen werden, über diese Frage erneut zu diskutieren.

Wenn Sie sich die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen, Gruppen und Initiativen anschauen, sehen Sie auch, dass man sehr intensiv über die Archäologische Zone diskutiert und die Frage stellt: Ist das zum jetzigen Zeitpunkt noch zu machen?

Damit Sie mich richtig verstehen: Ich habe dieses Projekt von Anfang an immer unterstützt. Ich unterstütze es auch weiterhin. Man muss aber den jetzigen Zeitpunkt nutzen, um darüber nachzudenken, wie das Ganze fortgesetzt werden kann.

Dann muss man zumindest ein Museumsgesamtkonzept vorlegen und sagen, wie die Museen saniert werden, wie gebaut wird usw. usf. Auch das liegt nicht vor. Es gibt kein Museumsgesamtkonzept. Man müsste doch wenigstens so ehrlich sein und sagen: Okay, dann muss das beschlossen werden, damit es neu erstellt werden kann.

Alles das diskutiert man aber nicht, sondern geht einfach in die Situation hinein – komme, was wolle. Da sind die Zahlen der Kämmerin wenigstens etwas. Man kann ihre Haushaltsrede ja beurteilen, wie man will. Zumindest hat die Kämmerin einige Zahlen zu Archäologischer Zone und Jüdischem Museum für den laufenden Haushalt bekannt gegeben. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. – Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Detjen hat natürlich vollkommen recht. Diese Vorlage beinhaltet in der Tat lediglich die Aufforderung, sich mal zu treffen und nett zusammenzusetzen.

Deswegen bin ich auch etwas überrascht, dass sich die Debatte hier noch einmal wiederholt. Weil das so ist, möchte ich aber auch noch einige Punkte zu bedenken geben.

Was mich ein bisschen stört, ist die Tatsache, dass es bei Ihnen von der Ampelkoalition bei der Archäologischen Zone nur ein Entweder-oder gibt. Entweder ist man dafür, oder man ist dagegen. Und wenn man dagegen ist, wird man diffamiert.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten Debatten im Kulturausschuss des Landschaftsverbands Rheinland, bei denen ich mich schon gewundert habe, was für Keulen da rausgeholt wurden – Herr Elster kann das bestätigen –, wenn man sich gegen die Archäologische Zone und den Bau des Jüdischen Museums ausgesprochen hat.

Mich stört auch, dass wir mit dem letzten Beschluss, den wir durch diesen schwachen Beschluss heute noch einmal bekräftigen, weiter nur die teuerste aller möglichen Varianten betreiben und zu keinem Zeitpunkt bereit sind, darüber nachzudenken, ob es kostengünstigere Alternativen gibt.

Ich kann hier nur aus dem LVR berichten. Dort ist man natürlich auch ganz interessiert daran, wie teuer das nun eigentlich wird, wie groß es wird, wann das inhaltliche Konzept kommt usw. Der LVR ist sich, glaube ich, gar nicht sicher, dass er Betriebskosten in jeder Höhe bezahlen möchte. Vielleicht möchte der LVR auch einen Bau haben, der etwas kleiner ist oder etwas günstiger wird und dann niedrigere Betriebskosten erzeugen wird.

Es ist sehr bedauerlich, dass wir es hier in Köln nicht schaffen, selbst Alternativen zu entwickeln. Stattdessen werden die Gegner des Baus eines Jüdischen Museums in dieser Größe immer nur diffamiert – nach dem Motto, sie wollten da nur Schutzhütten hinstellen und ein bisschen Sand reinkippen; dann sei das gut.

Darum geht es nicht. Es geht um eine andere, bessere Alternative zu der jetzigen Beschlusslage.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diesen Beschluss weiter so vorantreiben, hat er natürlich immense finanzielle Auswirkungen. Die Größenordnung ist auch jetzt schon klar. Schließlich übernimmt der LVR nicht alle Kosten. Der LVR ist übrigens auch nur umlagefinanziert und damit steuerfinanziert. Das ist ja kein Geschenk des Himmels; das sind alles Steuergelder. Auch an der Stadt Köln bleiben jedes Jahr Millionen Euro hängen.

Mir kann keiner hier im Saal und auch keiner der kulturpolitischen Sprecher der Ampelkoalition versichern, dass das ohne jeden Einfluss auf die restliche Kölner Kulturpolitik bleiben wird. Haben Sie weiterhin noch Geld für alle anderen städtischen Museen? Müssen wir dann vielleicht irgendwann ein anderes städtisches Museum schließen? Darüber wird nicht offen gesprochen. Das weiß man alles überhaupt nicht.

Jetzt muss ich noch etwas zu der Bedeutung dieses Projekts sagen. Es wird immer so getan, als sei vollkommen unbestritten, dass dieses Projekt das sensationellste Highlight ist, das man aktuell in diesem Kulturbereich in Deutschland entwickeln kann.

Natürlich würden ein solches Museum und eine solche Archäologische Zone, wenn sie denn so gebaut würden, ein touristisches Highlight werden. Das ist vollkommen klar.

Aber auch aus den Koalitionsreihen im Kulturausschuss hört man die Bemerkung: Im Wissenschaftlichen Beirat sitzen doch nur Jasager.

Auch die beiden Studien bestätigen Herrn Dr. Schütte erst einmal nur, dass er eine hervorragende Grabungsarbeit leistet. Zu der Frage, ob die dort gemachten Funde tatsächlich so wichtig sind, dass sie einen Bau in dieser Größenordnung rechtfertigen, steht darin aber eigentlich nicht viel.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen tut man der Sache meines Erachtens keinen Schaden an, wenn man weiterhin über mögliche Alternativen nachdenkt. Wir haben hervorragende andere Einrichtungen in Köln. Sie wurden alle schon in früheren Debatten erwähnt. Ich nenne hier nur das Römisch-Germanische Museum und das Kölnische Stadtmuseum sowie das EL-DE-Haus. Dort könnte man selbstverständlich auch Teile dieser Funde präsentieren und das jüdische Leben in Köln hervorragend darstellen.

Warum muss es ausgerechnet ein Bau in dieser Größenordnung und mit diesen Kosten sein? So etwas wird man nicht ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Köln realisieren können. Das Geld muss anderswo eingespart werden. Um diese Projekte tut es mir dann auch leid.

Abschließend möchte ich noch etwas zu Ihnen sagen, Herr Quander, weil Herr Sterck Ihnen gerade gutes Verhandlungsgeschick gewünscht hat. Ich weiß natürlich, dass Frau Karabaic und Sie im Vorfeld schon seit längerer Zeit verhandelt haben und dass die Verhandlungen dann abgebrochen wurden. Natürlich hatten Sie immer viele Konflikte – über die Übergabe der Unterlagen, über die inhaltlichen Konzepte etc. pp. Aber zurück zu den guten Wünschen von Herrn Sterck: Das ist schon etwas eigenartig. Der LVR geht davon aus, dass die Verhandlungen sich mindestens ein Jahr hinziehen werden. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass Sie, Herr Quander, diese Verhandlungen auch zu Ende führen können, und bedaure sehr, dass Ihnen das nicht möglich sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. – Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz mit einer kleinen Geschichte aufräumen, die Herr Sterck hier zum wiederholten Male vorgetragen hat. Er hat nämlich gerade wieder behauptet, nur die CDU-Fraktionen in den Landschaftsverbandskreisen seien gegen dieses Projekt.

Meine Damen und Herren, am 11. Dezember 2012 hat eine Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises stattgefunden. Ich zitiere aus dem Protokoll dieser Sitzung:

> Der Finanzausschuss des Rhein-Sieg-Kreises spricht sich gegen die Übernahme von Betriebskosten für das Projekt Archäologische Zone/ Jüdisches Museum Köln durch den Landschaftsverband Rheinland aus und fordert deshalb die Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland

auf, die Übernahme von Betriebskosten für das oben genannte Projekt abzulehnen.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren von der FDP, genauso, wie Ihre Kollegen im Rhein-Sieg-Kreis abgestimmt haben, ist auch in Mettmann sowie in anderen Kreistagen abgestimmt worden. Das ist nämlich keine Kampagne der CDU oder der Freien Wähler, sondern eine Kampagne aller, die Verantwortung übernehmen – genau wie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Winrich Granitzka, das hier gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Es ist einfach ein Skandal, zu sagen, dass der Landschaftsverband Rheinland 6 Millionen Euro in unseren Haushalt pumpt. Sie haben vergessen, zu erwähnen, dass auch wir trotzdem noch 5 Millionen Euro für diesen Neubau ausgeben müssten, meine Damen und Herren – 5 Millionen Euro, die wir definitiv nicht verfügbar haben.

(Andreas Köhler [CDU]: Fünf? Mindestens!)

Gerade ist wieder einmal angeklungen, dass eventuell eines der anderen Museen geschlossen werden müsste. Vielleicht müssen aber auch zwei Museen geschlossen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben hier gerade noch darauf hingewiesen, dass die Stadt Köln neun Museen betreibt, und unsere Museumslandschaft als wunderbar bezeichnet. Wenn das neue Museum kommt, sind es aber plötzlich nur noch sieben. Das ist doch keine sinnvolle, nachhaltige Politik, meine Damen und Herren.

Warum denken wir denn nicht über Alternativen nach? Wir haben die Möglichkeit, ohne einen Neubau zum Beispiel im Ratskeller jederzeit 1 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche für den Beginn einer Sammlung zu realisieren. Wenn wir dann irgendwann einmal Geld für den Neubau haben – in zehn oder 15, vielleicht in 20 Jahren –, können wir ihn immer noch errichten.

(Beifall bei der CDU)

Wie irre ist es eigentlich – das hört man auch immer wieder von der rot-grünen Seite –, dem LVR vorzuwerfen, er investiere hier nicht in Museen? Hat jemand von Ihnen einfach einmal einen Blick auf die andere Rheinseite geworfen, meine Damen und Herren? Der LVR hat seine Zentrale hier bei uns in Köln. Hier sind 2 000 hochwertige Arbeitsplätze angesiedelt. Die Provinzial Rheinland hat ihren Sitz in Köln. Das ist das, was der LVR uns gibt. Wir sind gar kein Nettozahler, meine Damen und Herren. Wir empfangen vom LVR 2 000 hochwertige Arbeitsplätze im Zentrum unserer Stadt. Diese Argumentationsweise, mit der Sie hier ankommen, ist schon ziemlich lächerlich.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

- Sie finden es wohl lustig, dass wir hier nur 2 000 Arbeitsplätze haben. Vielleicht fragen Sie den LVR ja, ob er weitere Zentralen in Köln ansiedeln kann.

Abschließend will ich noch einen Punkt klarmachen. Mitgliedskommunen des LVR müssen, wie das in Wuppertal der Fall gewesen ist, Kunstmuseen schließen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Betriebskosten zu finanzieren. Mitgliedskommunen des LVR müssen, wie das im Oberbergischen Kreis jetzt vielfach geschehen ist, ihre Schwimmbäder schließen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ein Schwimmbad zu betreiben, sodass die Schulkinder keinen Schwimmunterricht mehr bekommen können. Die Kommunen sind einfach pleite und haben kein Geld mehr. Wenn Sie diesen Kommunen mit Ihrer Ampelmehrheit im LVR auferlegen, jetzt für ein weiteres, neues Museum, das zum jetzigen Zeitpunkt niemand braucht, Geld an die Stadt Köln zu zahlen, dann weiß ich, was Sie unter Verantwortung verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Peil, bitte.

Stefan Peil (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist eine spannende Debatte. Natürlich muss man über solche Fragen sprechen. Ich will auch nicht meine Rede von der letzten Ratssitzung wiederholen, in der ich die inhaltlichen Argumente noch einmal genannt habe. Ich möchte Sie nur auf einige Punkte hinweisen – auch im Zusammenhang mit dem LVR, aber zunächst einmal im Zusammenhang mit

dem Jüdischen Museum, das auf Kölner Boden entstehen soll.

Ich finde, es ist ein Unterschied, ob man Exponate irgendwo ausstellt oder ob man am Originalschauplatz einen Blick in fast 2 000 Jahre Kölner Geschichte werfen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

In Krakau gibt es übrigens auch eine Archäologische Zone. Da kann man sich viele Ideen holen. Ich war vor ungefähr vier Wochen dort und habe mir das einmal angesehen.

Man sollte im Übrigen nicht nur zurückblicken, sondern auch in die Zukunft schauen. Das ist hier schon einmal gesagt worden. Es handelt sich um eine Investition in die Zukunft. Wir fassen hier viele Beschlüsse, die eine relativ geringe Halbwertszeit haben. Das liegt daran, dass wir Erfolg haben oder dass sie sich aus anderen Gründen erledigen. Ich bin aber sicher: Noch in 100 Jahren wird man die Mehrheit in diesem Rat dafür loben, dass dieses Museum entstanden ist, weil es für Jahrhunderte von Bedeutung ist. Deswegen glaube ich, dass es eine richtige Entscheidung ist, das zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Lassen Sie mich auch noch etwas zu den Zahlen sagen. Wir kennen nicht die genauen Zahlen. Wir wissen zwar, welche Investition für die Errichtung des Museums geplant ist. Was die Betriebskosten angeht, sind uns aber nur wenige Zahlen bekannt.

Wir kennen natürlich das Weißbuch der CDU-Landschaftsverbandsfraktion. Das wird sie berichtigen müssen. Darin steht ganz viel Falsches. Das ist unglaublich. Wir Grünen haben es selber –

(Henk van Benthem [CDU]: Sie haben gerade selber gesagt, dass Sie auch keine Zahlen kennen!)

- Ja, genau. Aber die CDU hat Zahlen genannt. Das ist doch interessant. Aber egal; das werden wir schon sehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir können ja rechnen – im Gegensatz zu Ihnen!)

Ich glaube aber, dass es an der Zeit ist, diese Zahlen zu ermitteln. Dazu dient jetzt auch die Zusammenarbeit zwischen dem LVR und der Stadt Köln.

Wir kennen die genauen Zahlen zu den Betriebskosten noch nicht. Wir haben aber relativ gute Schätzungen, die übrigens sehr stark von denen der CDU abweichen.

(Helmut Jung [CDU]: Es geht auch um die Baukosten, nicht nur um die Betriebskosten!)

Meines Erachtens muss es jetzt darum gehen, die Konzeptentwicklung voranzutreiben. Dazu dient diese Zusammenarbeit. Ich glaube, dass sie jetzt auch erfolgreich ist. Der Beschluss hat den Weg geebnet.

Ich will die CDU noch einmal daran erinnern, dass die Kampagne, die sie mit den Freien Wählern im Lande betrieben hat, dazu geführt hat, dass ganze sieben Mitgliedskörperschaften – übrigens alle aus dem ländlichen Raum – Einwendungen gegen den Haushalt des Landschaftsverbandes geführt haben. Sie kennen die Vorlagen selber, Herr Dr. Elster. Es waren genau sieben, mehr nicht – alles Kommunen aus dem ländlichen Bereich; alles Kommunen, die von der Umlage profitieren und durch die Umlage große Gewinne haben.

Liebe CDU, ich habe den Eindruck, dass das, was Sie heute hier vorführen, tatsächlich ein Aufstand von Kleinbürgern ist. Sie denken nicht wirklich an die Zukunft. Sie versuchen, mit wirtschaftlichen Argumenten, die natürlich immer eine Rolle spielen, ein Leuchtturmprojekt zu verhindern.

Es ist immer noch Zeit, umzukehren. Ich wünsche Ihnen den Mut und die Kraft dazu. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Peil. – Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht alles hier so stehen lassen. Deswegen möchte ich einige Aspekte noch einmal aufgreifen.

Herr Dr. Elster, Sie werden es nicht glauben: Ja, Sie haben recht. Es hat wirklich FDP-Fraktionen im Rheinland gegeben, die anders abgestimmt haben. Wir haben sehr dafür geworben, dass sie das nicht tun. Wir sind aber

eine liberale Partei. Ich kann es doch nicht verordnen. Ein Fraktionsvorsitzender hat mir am Telefon gesagt: Es tut mir leid; wir sind in der Koalition. – Das ist eben so. Es ist auch okay. Ich bin ja liberal. Daher kann ich auch damit leben, dass jemand eine andere Meinung hat.

Das sage ich auch Ihnen, Herr Zimmermann. Ich kann Ihre Position gut verstehen. Das ist eine andere Abwägung. Dagegen sage ich gar nichts. Im Gegensatz zu Ihnen setze ich mich aber mit den Kollegen der CDU bzw. deren Vorgängern seit 13 Jahren über dieses Thema auseinander und musste mir in verschiedensten öffentlichen Sitzungen und kleinen Runden alle möglichen Argumente anhören, warum das jetzt gerade nicht gehe und warum wir es bitte noch einmal verschieben müssten. Sie müssen verstehen, dass ich dann sage – da hört meine Liberalität vielleicht irgendwann auf –: Irgendwann muss eine Entscheidung getroffen werden. Dann wird das auch entsprechend gemacht.

Daher ist das richtig, was Herr Peil ebenfalls gesagt hat. Dann ist es halt so, dass sieben Kommunen sich dagegen ausgesprochen haben, drei davon möglicherweise auch mit Stimmen der FDP. Trotzdem ist es ein wichtiges Projekt für die Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Mein Fokus ist auch nicht in erster Linie auf die Interessen von Wuppertal oder Mettmann gerichtet. Mein Interesse ist es vielmehr, hier für die Stadt Köln etwas zu bewegen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Zimmermann, Sie haben dafür plädiert, noch einmal andere Standorte zu suchen. Wenn Sie die Broschüre über das Symposion zur Standortsuche nicht haben, gebe ich sie Ihnen gerne. Es sind sieben Standorte untersucht worden, auch die von Ihnen genannten – von der Glockengasse über das Römisch-Germanische Museum bis zum Spanischen Bau. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich nach 13 Jahren dieser Diskussion heute nicht sage: Wunderbar, dass Herr Zimmermann jetzt kommt und noch einmal für eine Standortsuche plädiert; fangen wir doch wieder ganz von vorne an.

Leider ziehen sich die Entscheidungen in dieser Stadt immer sehr hin. Wir könnten in dieser Sache schon viel weiter sein. Jetzt sind wir aber zumindest so weit, dass wir mit dem Landschaftsverband Rheinland einen Partner haben, mit dem wir das Ganze entwickeln können. Diese Chance sollten wir jetzt auch ergreifen. Sie ist aus meiner Sicht einmalig für Köln.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Sterck. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade in der Diskussion erlebt, dass die Gegner des Projekts, egal was Herr Sterck jetzt gesagt hat, natürlich diffamiert werden. Wir haben doch mit eigenen Ohren den Vorwurf gehört, die Gegner seien kleinbürgerlich und Schlimmeres. Wenn man sich hier gegen dieses Projekt ausspricht, ist bei den Reaktionen darauf auch immer eine unterschwellige Drohung dabei. Damit werden auch ganz andere Sachen transportiert. Ich glaube, jeder weiß, was ich damit meine.

Wenn es hier aber schon zu einer Grundsatzdiskussion ausartet, würde mich noch viel mehr eine Stellungnahme des zuständigen Fachdezernenten interessieren, dem hier auch der Schwarze Peter in Form der Verhandlungsführung mit dem LVR zugeschoben wird. Diese undankbare Aufgabe hat man Professor Quander gelassen, nachdem man vorher sehr, sehr nett mit ihm umgegangen ist. Mich würde schon auch eine Stellungnahme des Fachdezernenten dazu interessieren, wenn wir hier schon in aller Breite über diesen Vorgang diskutieren.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Dinge können hier nicht unwidersprochen stehen bleiben; da halte ich es mit Herrn Sterck und Herrn Peil.

Erstens. Kollege Elster, ich muss doch einmal die Frage stellen, was für ein Demokratieverständnis Sie eigentlich haben. Die Haltung des Landschaftsverbandes Rheinland wird in den Gremien des Landschaftsverbandes Rheinland festgelegt und nicht im Rhein-Sieg-Kreis. Das

müssen wir an dieser Stelle in allem Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen dort noch einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie als CDU im Rheinland, jeweils mit lokaler Unterstützung des einen oder anderen, eine Kampagne fahren, ist doch völlig unbestritten. Ich weiß auch gar nicht, warum Sie das jetzt so kleinmütig bestreiten. Geben Sie es doch zu. Sie machen das. Sie überzeugen aber die Mehrheit in den demokratischen Gremien des Landschaftsverbandes Rheinland und des Rates der Stadt Köln nicht. So einfach ist die Angelegenheit.

Zweitens will ich ein hier gerne verbreitetes Missverständnis nur der guten Ordnung halber noch einmal ansprechen, nämlich die ständige Argumentation, man könne doch die Funde einfach irgendwo anders präsentieren. Das wäre eine völlig andere Konzeption als das, was sich die Mehrheiten im Landschaftsverband Rheinland und im Rat der Stadt Köln vorstellen. Es ist legitim, wenn Sie das vorschlagen. Tun Sie dann aber bitte nicht so, als sei das dasselbe, nur an anderem Ort. Es ist eben nicht dasselbe, weil aufgrund der Einzigartigkeit des Ortes nur die Errichtung an dieser Stelle möglich ist. Insofern sollten Sie dann schon zugeben, dass Sie ein völlig anderes Ziel im Auge haben und verfolgen. Dieses Ziel liegt natürlich eher auf der Linie Ihrer grundsätzlichen Ablehnung, die Sie über all die Jahre diesem Projekt gegenüber aufgebracht haben.

Drittens möchte ich noch etwas zu den Kosten sagen, wenn Sie sich schon für andere zukunftsgerichtete Themen nicht so recht interessieren. Immerhin stimmt die Richtung bei der CDU schon einmal. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Herr Klipper beim letzten Mal noch von Kosten für den städtischen Haushalt in Höhe von ungefähr 6 Millionen Euro geredet. Herr Dr. Elster spricht heute von 5 Millionen Euro. Wenn das in diesem Tempo weitergeht, stimmt zumindest Ihre Richtung. Ich glaube, wenn wir uns hier die Zinsen, die Abschreibungen und die Bauunterhaltung vor Augen führen – dazu hat Herr Quander beim letzten Mal ja schon Aussagen gemacht –, werden wir deutlich unterhalb dieser Summe für den städtischen Haushalt liegen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein!)

Eines ist aber natürlich klar: Niemand behauptet, dass das für den städtischen Haushalt eine kostenlose Veranstaltung ist. Insofern ist es unlauter, dass Sie uns hier immer mal wieder unterstellen, irgendjemand von SPD, Grünen oder FDP hätte das ernsthaft behauptet. Es wird in der Tat Kosten nach sich ziehen.

Diese Lösung, die SPD, Grüne und FDP jetzt anstreben, ist aber – und damit komme ich zum entscheidenden Punkt – die für den städtischen Haushalt preiswerteste Lösung, die irgendjemand vorgeschlagen hat. Das will ich ganz ausdrücklich feststellen.

Ihre Schutzhütten-Variante würde selbst erhebliche Kosten für den Bau produzieren. Sie müssten nämlich die Archäologische Zone und Ihre komische Hüttenlandschaft rein baulich finanzieren. Sie würde verlorene Kosten für Architektenwettbewerbe und andere Dinge produzieren. Sie würde den Verlust von Landeszuschüssen in Höhe von 14 Millionen Euro produzieren; denn diese Zuschüsse gibt es selbstverständlich nur im Rahmen der bisherigen Beantragung. Außerdem würde sie Betriebskosten produzieren.

Stellen Sie dem nun einmal die Ampel-Variante gegenüber, die beim letzten Mal zur Abstimmung stand. Der entscheidende Vorteil der Ampel-Variante für den städtischen Haushalt ist, dass wir um die Betriebskosten entlastet sind. Das macht diese Variante erheblich preiswerter als die Schutzhütten-Variante der CDU. Das muss man hier noch einmal klipp und klar festhalten.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Abschließend will ich Ihnen eines ehrlich sagen. Es gibt noch eine dritte Variante, die unter dem Strich preiswerter wäre, wenngleich auch sie verlorene Kosten produzieren würde – diese Variante muss man erwägen, wenn es ganz schlimm ist; dann muss man es aber auch ehrlich sagen –, nämlich die Zuschüttungsvariante. Dann hätten Sie in der Tat verlorene Kosten für Architektenwettbewerbe. Dann bekämen Sie auch die Landeszuschüsse nicht. Außerdem müssten Sie dann bestimmte konservatorische Themen angehen. Summa summarum wäre diese Variante für den städtischen Haushalt aber in der Tat günstiger als die Variante, die SPD, Grüne und FDP jetzt vorschlagen – allerdings um den Preis, dass wir der Nachwelt nicht jetzt schon etwas präsentieren könnten.

Diese Variante schlägt – ich wiederhole es – noch nicht einmal die CDU vor. Wenn das Ihre Variante ist, dann müssen Sie es ehrlich sa-

gen. Sie schlagen aber die Schutzhütten-Variante vor. Und diese Variante ist – ich wiederhole es – für den Haushalt der Stadt Köln teurer als die Variante von SPD, Grünen und FDP.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Jetzt sind wir auch bald durch, glaube ich. Ich möchte Herrn Börschel aber gerne noch einmal antworten. – Natürlich ist das, was wir vorschlagen oder was ich in diesem Fall vorschlage, nicht dasselbe wie Ihre Variante. Es wäre aber günstiger; das schon.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] – Martin Börschel [SPD]: Eben nicht! Nicht für den städtischen Haushalt!)

- Man kann die Betrachtung aber nicht nur auf den städtischen Haushalt beschränken, sondern muss schon sehen, welche Investitionskosten und Betriebskosten das Projekt insgesamt nach sich zieht.

Sie haben auch gesagt, die Haltung des Landschaftsverbandes Rheinland werde in dessen Gremien festgelegt und nicht in Wuppertal oder sonst wo. Die hier in Rede stehende Haltung des LVR ist aber doch nicht in diesen Gremien festgelegt worden, sondern durch einen politischen Beschluss. Die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP im Landschaftsverband Rheinland und die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP im Rat haben sich getroffen – ich stelle mir jetzt vor, zu sechst; oder vielleicht waren die Fraktionsgeschäftsführer auch noch dabei – und überlegt, wie sie das Projekt Archäologische Zone retten können. Dann haben sie im LVR – wie auch hier – einen politischen Beschluss herbeigeführt. Dieser Beschluss ist nicht aus dem LVR selbst heraus entstanden. Davor gab es im Landschaftsverband Rheinland doch auch einen Beschluss. Die Verhandlungen zwischen Frau Karabaic und Herrn Quander liefen ja schon. Sie haben diese Verhandlungen abgekürzt, weil Sie gemerkt haben, dass das Projekt für die Stadt Köln viel zu teuer würde, und weil Sie gemerkt haben, dass die beiden sich vielleicht nicht wirklich einigen können.

Was die Landeszuschüsse angeht, stehen auch noch ein paar ganz interessante Dinge im Bescheid, die wir jetzt nicht alle ausdiskutieren können. Der Bewilligungsbescheid enthält nämlich Auflagen. Dort geht es natürlich um Denkmalschutz und Bodendenkmäler, aber auch um ein inhaltliches Konzept, das immer noch fehlt. Diese Zuschüsse sind noch nicht unter Dach und Fach, glaube ich. Das muss ebenfalls gesagt werden. Darüber muss offensichtlich auch noch verhandelt werden. – Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Zimmermann. – Nach fast einstündiger Diskussion würde ich nun sehr gerne abstimmen lassen. Deswegen rufe ich die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 11.32 jetzt zur Abstimmung auf.

(Markus Wiener [pro Köln]: Frau Bürgermeisterin, wir hatten hier noch um eine Stellungnahme des zuständigen Dezernenten gebeten! Es ist doch wohl guter Brauch, dass der zuständige Dezernent dann etwas dazu ausführt!)

- Wir sind bereits in der Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich habe es doch gerade in der Debatte gesagt! Das ist auch ein völlig üblicher Vorgang!)

- Der zuständige Dezernent hat sich nicht gemeldet. Insofern sehe ich da jetzt keine Notwendigkeit.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage. Wer ist gegen diese Vorlage? – Das sind die CDU und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? – Die Linke enthält sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat stimmt folgendem mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) abgestimmten Vorschlag zur Umsetzung der mit Beschlüssen des Rates vom 15.11.2012 und des Landschaftsausschusses vom 23.11.2012 angebotenen und begrüßten Beteiligung des LVR an der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum zu:

1. *Die Verwaltung stellt dem LVR unverzüglich den aktuellen Sachstand des Projekts (Bestandsaufnahme: Bau, Grabung, Konzept, Zeit-Maßnahmen-Plan, Verträge) dar.*

2. *Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme lädt der LVR für Januar zu einem Workshop mit allen planungsbeteiligten Dienststellen der Stadt Köln und des LVR ein. Dort werden die Arbeitsgruppen zur Prüfung und Konkretisierung der im Beschluss des Landschaftsausschusses vom 23.11.2012 formulierten Beteiligungsvoraussetzungen und zum Entwurf der notwendigen vertraglichen Regelungen festgelegt.*

3. *Die Prüfungsergebnisse und darauf fußende Vertragsentwürfe werden dem Rat und dem zuständigen Beschlussorgan des LVR vor der Sommerpause 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verwaltung wird den Ausschuss Kunst und Kultur regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen unterrichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.33:

11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk
Baubeschluss
3504/2012

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216 in Köln-Kalk mit Gesamtbaukosten inkl. Auslagerung in Temporärbauten (Container) in Höhe von 3.189.600 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 11.34:

11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 – Übergangsregelung – TVgG – Binnenmarktrelevanz
4566/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

1. *Die Wertgrenzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge nach den Festlegungen zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens, die mit Beschluss des Rates vom 26.03.2009 unter TOP 9.26 getroffen wurden, gelten – vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung des Landes – bis zum 30.04.2013 fort.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW, ein neues Konzept zu den städtischen Wertgrenzen zu entwickeln. Neben den rechtlichen Vorgaben sind hierbei die wirtschaftlichen Vorteile eines möglichst breiten Wettbewerbs sowie eine Verfahrensbeschleunigung durch die e-Vergabe zu berücksichtigen. Dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) ist eine entsprechende Beschussvorlage bis zur Sitzung am 19.03.2013 zur Entscheidung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

12. Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
hier: Feststellungsbeschluss
3450/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat

1. *stellt fest, dass gegen die 182. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;*

2. *stellt die 182. Änderung des FNP – Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld – mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung und Umweltbericht fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

13. Bauleitpläne – Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

13.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7344/01
Arbeitstitel: „Stadtteilzentrum Ostheim“ in Köln-Ostheim
3862/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 7344/01 für das Gebiet umfassend die Grundstücke Zehnthofstraße 2 und 4 mit den Gebäuden bis Frankfurter Straße 705, Frankfurter Straße 664 bis 716 einschließlich, Bruchsaler Straße 22, Rösrather Straße 2 bis 89 einschließlich, Hardtgenbuscher Kirchweg 127 und den Kreuzungsbereich Rösrather Straße, Servatiusstraße, Werntgenstraße und Pfarrer-Krautwig-Straße in Köln-Ostheim – Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Ostheim" in Köln-Ostheim – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

13.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69450/10
Arbeitstitel: „Deutzer Feld“ in Köln-Kalk
3736/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 69450/10 für das Gebiet zwischen den erhöht liegenden Bahnanlagen im Nordwesten und Südwesten, dem Walter-Pauli-Ring und dem westlich der Straße des 17. Juni gelegenen Baugebiet im Osten und der das Plangebiet im Norden begrenzenden Bahnflächen – Arbeitstitel: „Deutzer Feld“ in Köln-Kalk – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan 69450/10 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntma-*

chung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung. Der Geltungsbereich erstreckt sich über die Flurstücke 793, 847, 848, 862, 863, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 882, 883, 948, 947 der Gemarkung Deutz, Flur 33 und teilweise über Flurstück 389 der Gemarkung Kalk, Flur 21 und teilweise über Flurstück 961 Gemarkung Deutz, Flur 33.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

13.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/07 Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/Nord
4163/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Die FDP enthält sich. Damit ist das angenommen.

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 67458/07 für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Domstraße, Altenberger Straße und Johannisstraße sowie für den Bereich Johannisstraße 43 bis 47 und Breslauer Platz 2 (Flurstücke 575, 576, 460, 461, 462, 463, Gemarkung Köln, Flur 28) in Köln-Altstadt/Nord – Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord – abgegebene Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 67458/07 – Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/ Nord – in Teilbereich A und Teilbereich B gemäß Anlage 1 aufzuteilen;*

3. *den Bebauungsplan Nummer 67458/07 – Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/Nord – für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Domstraße, Altenberger Straße und Johannisstraße mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a Bau GB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;*

4. *das Bebauungsplanverfahren für Teilbereich B entsprechend dem Abwägungsvorschlag in Anlage 3, Nummer 3 und Nummer 4, als separates Verfahren fortzuführen;*

5. *die Teilaufhebung des unterliegenden Durchführungsplanes A Nummer 6644 Nb 1/03 (67457/03) für das Gebiet zwischen Brandenburger Straße, Johannisstraße, Altenberger Straße, Maximinenstraße und Domstraße – Arbeitstitel: Baublock zwischen Jakordenstraße, Johannisstraße, Brandenburger Straße und Domstraße in Köln-Altstadt/Nord –, der im Bereich des Planungsgebietes keinen qualifizierten Bebauungsplan, sondern einen Fluchtlinienplan darstellt, als Satzung.*

Abstimmungsergebnis:<

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

14. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

15. Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

16. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse

Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung
hier: Auftrag zur Entwurfsplanung – Planungsbeschluss
4201/2012

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Anlage 5.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Das ist die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlungen des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 04.12.2012 und des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 13.12.2012:

Der Rat beschließt,

1. *kurzfristig auf der Grundlage der vom Architekturbüro Allmann, Sattler und Wappner im Rahmen der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes für die Domumgebung bislang vorgelegten Planungsstudien die weitere Entwurfsplanung für den Bauabschnitt 2 (Bereich Trankgasse) zu erarbeiten. Ziel ist es, die notwendigen Abriss- und Rohbaumaßnahmen zusammen mit den Leistungen für Bauabschnitt 1 auszuschreiben. Diese Ausschreibung ist für Frühjahr 2013 geplant;*

   Zur Finanzierung der benötigten Mittel in Höhe von 138.375 Euro beschließt der Rat für das Jahr 2012 die Bereitstellung und Freigabe einer außerplanmäßigen Auszahlung in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-1-0510 Domumgebung II BA. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6901-1202-1-0500 Umgestaltung Dionysoshof (I BA).

2. *die im Bauabschnitt 2 angedachten baulichen Änderungen für den Domtreppentunnel zurückzustellen;*

3. *die Entwurfsplanung inklusive Kostenberechnung in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses zeitnah vorzulegen, damit eine gemeinsame Ausschreibung mit Gewerken des Bauabschnitts 1 erreicht werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

17. KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

18. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebietes Stöckheimer Hof
4089/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt Herrn Wolfgang Büscher als Nachfolger für Herrn Bernd Streitberger und entsendet ihn als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof.

Die Wahl gilt für die dafür in der Satzung vorgesehene Zeit und für die laufende Wahlzeit des Rates, jedoch höchstens für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss
AN/1852/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Frau Zeynep Alraqeb,
Rotterdamer Str. 31, 50735 Köln

zur Sachkundigen Einwohnerin des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4368/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 18.4 wurde zurückgezogen.

Der Rat nimmt Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Köln

Herrn Christopher Meier

als beratendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.5:

18.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
AN/1937/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Frau Monika Möller,
Elsdorfer Gasse 22, 51143 Köln

an Stelle von Frau Polina Frebel zum Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.6:

18.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/1967/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die SPD-Fraktion

Frau Dagmar Paffen

an Stelle von Herrn Franz Philippi als 2. Stellvertreterin für den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorschlägt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.7:

18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/1981/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthal-

tungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat benennt anstelle von Franz-Albert Krämer, der aus Köln verzogen ist, für den Rest der aktuellen Wahlperiode

Michael Weisenstein

als Sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.8:

18.8 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Soziales und Senioren
AN/2017/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist die Korrektur!)

- Ja. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Herrn Michael Plückthun
Koburger Str. 91, 51103 Köln

als Sachkundigen Bürger für den Ausschuss für Soziales und Senioren – anstelle von Herrn Peter Krücker.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.9:

18.9 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wahl eines Mitglieds für die RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft
AN/2023/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion

Frau Sylvia Laufenberg,
Mainstraße 29, 51149 Köln

an Stelle von Frau Yvonne Gebauer – zum Mitglied der RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Zu Tagesordnungspunkt 18.10:

18.10 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
AN/2024/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die FDP-Fraktion

Herrn Franz Philippi

an Stelle von Frau Yvonne Gebauer – als 1. Stellvertreter für den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorschlägt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

19. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 19.1:

19.1 Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn
4192/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat entsendet die folgenden drei Ratsmitglieder als Delegierte zur Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20./21. November 2012 in Bonn:

1. Frau Bürgermeisterin Spizig
2. Frau Gärtner
3. Frau Laufenberg

und überträgt Frau Bürgermeisterin Spizig vier Stimmrechte und jeweils zwei Stimmrechte auf Frau Gärtner und Frau Laufenberg.

Köln, den 19.11.2012

gez. Jürgen Roters	*gez. Jörg Frank*
Oberbürgermeister	*Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Hiermit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 20.22 Uhr)

A

Abiturjahrgang 2013

- Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs 2013 377, 378, 562

Abschlagszahlung

- Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012 84, 108-113, 117

Aktuelle Stunde

- Das aktuelle personelle Ausbluten in den städtischen Kulturbetrieben 292, 294-311
- Droht Köln der Nothaushalt 509, 510, 510-528, 529
- Für Transparenz - gegen Selbstbedienung bei stadteigenen bzw. -nahen Betrieben 374, 376, 381, 488, 497-499
- Haushalt / Nothaushalt 10-26
- Hilfe für die Severinstr. 374, 376f., 382-389
- Kölner Kultur-Chaos 160f., 162, 163ff.-176
- Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser Köln und Bonn 589, 591, 606
- Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn 81ff.-84, 85-98, 131-108
- RheinEnergie AG Strompreiserhöhungen 82, 99-108
- Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln 589, 591, 606-615

Altkleider-Container 114-116, 562f.

Archäologische Zone und Jüdisches Museum 531-548, 683-696

Asylantenheim 638f.

Asylbewerber 642

Aufsichtsratsmandate 129f.

Autonome Zentrum Kalk

- Räumung 375, 377, 438

AWB

- Abfallwirtschaftskonzept 2012 213
- Jahresabschluss 2011 375, 378, 463, 571
- Wirtschaftsplan 2012 213

B

Bahnhof Belvedere

- Denkmalensemble 466f.

Baubeschluss

- Frankfurter Str. 375, 377, 475
- Offenbachplatz 508, 510, 571, 666-671
- Tunnel Grenzstr. 375, 377, 475

Bauland

- Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell 621-630

Bauleitpläne

- Gewerbepark Poll 357, 476
- Bahnhofstr. / Mühlenstr. 475, 478
- Bahnhofstr./KVB 477
- Bennauer Str. 477f.
- Brandenburger Str. 698
- Deutzer Feld 697
- Gewerbegebiet Langel 478f.
- Hugo-Junkers-Str. 573
- Madausstr. 358f.
- Mischgebiet Grüner Weg 358

Sachregister

- Pastor-Wolff-Str. 358
- Poller Damm 357
- Porz-Innenstad 478
- Reutlinger Str. 476
- Rösrather Str. / Eiler Str. 477
- Schanzenstr. 573
- Sicherung des Bezirksteilzentrums Bonner Str. 477
- Stadtteilzentrum Ostheim 697
- Südstr. 574
- Ulrichgasse 575
- Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West 574f.
- Widdersdorf Süd 359

Baulückenprogramm 558-561

Bauprojekte und Vergabeprozesse

- Geschäftsprozessoptimierung 10, 56

Bebauungsplan

- Odemshof 223
- Stadtteilzentrum Urbach 68f.
- Vitalisstr./Girlitzweg 9, 68f.

Behindertenpolitik

- Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle 472-474

Beihilfekasse

- Jahresabschlusses und Lageberichte - Wirtschaftsjahr 2011 569
- Wirtschaftsplan 2013 569f.

Bildung und Teilhabe

- Bundeszuwendungen 81, 83, 135

Bildungspaket

- Abruf von Leistungen 375, 377, 440f.
- Fortführung der Schulsozialarbeit 616-620
- Nicht verausgabte Mittel 590, 592, 642

BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG 672f.

Brüsseler Platz 375, 377, 438-440

Bühnen der Stadt Köln

- Jahresabschlusses zum 31.08.2010 508, 509, 567, 666
- Veränderungsnachweis 2012 279
- Wirtschaftsplan 83, 134f., 270f.

Bürgerhaushalt

2012 - Umsetzung 266f.

- Hallenbad Nippes und Weiden 9, 50

Bürgerzentrum Vingst

- Bauliche Erweiterung 162, 221

C

Chinafest Nordrhein-Westfalen

- Der Drache tanzt in Köln 484

D

Decksteiner Weiher

- Gleueler Str. 509, 563f.

Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V

- Förderung des Zentrums Magnet 677f.

Diversity Managemen

- Stadt Köln 428-435

Domumfeld

- Dionysoshof/Baptisterium 471
- Trankgasse 698f.

Dringlichkeitsentscheidungen / Antrag

- Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 483f.
- Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Str. und Zülpicher Str. 72f.
- Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur 590f., 593f., 630f., 639f.
- David Hockney. A Bigger Picture 579f.
- Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 702
- Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B 74
- Ermächtigungsgrundlage für die Spielzeit 2012/13 der Bühnen 173, 187, 227f.
- Hauswirtschaftliche Hilfe 580
- Kreditaufnahme und Ermächtigungsgrundlage für die Opernspielzeit 2012/2013 173, 187, 227
- Landtagswahl 2012 - Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss 83, 154
- Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe 590f., 593, 640-641.
- SozialTicket 226f.
- Verlängerung der Wertgrenzenregelung KP II für 2012 74
- VRS / SozialTicket 73f., 226f.
- Weihnachtsmärkte 290, 294, 330-332

E

Einzelhandel

- Ladenöffnungszeiten 39-49

Energieanalysen

- Umsetzungskonzept 463

Entwicklungskonzept (§ 141 BauGB)

- Südliche Innenstadt-Erweiterung 471f.

Extremismus und Salafismus

F

Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

- Wirtschaftsplan 2012 146

Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete 345f.

Feuerwehr

- Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Chorweiler 590, 592, 675

Feuerwehrtopf Förderkonzepte 568f.

Filmbereich

- Strukturförderung 268

Flughafen Köln/Bonn

- Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte 84f., 85-98
- Nachtflug abschalten 410-417

Sachregister

Fraktionszuwendung

- Kürzung 267

Frauenförderung

4. Frauenförderplan 2011 - 2013 62-64

- Bericht zur Frauenförderung 162, 218, 340

Frauenhaus

- Frauen helfen Frauen e.V. 682f.

Free Tommy Robinson

- Meinungsfreiheit, Toleranz und Demokratie in Europa 551-553

Freie Träger

- Vorläufige Haushaltsführung 84, 108-113

Freiluft-u.Gartenbauschule (Freiluga)

- Fortsetzung Baumaßnahme 340

Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten

- Symposium 323-329

Fußgängerbrücke

- Militärringstr. und Tollerstr. 61f.

G

GAG Servicegesellschaft mbh

- Gesellschaftsvertrag 675

Gebäudewirtschaft

- Jahresabschlusses zum 31.12.2010 213

- Stellenplan 2012 280

- Wirtschaftsplan 271

Großmoschee

- Bauausführung 50

- Straßenschäden 329f.

Gürzenich-Orchester

- Stelleplan 2012 279

- Jahresabschlusses zum 31.08.2011 568

- Wirtschaftsplan 463

Güterbahnhof Mülheim 126-129

H

Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG)

- Kooperation HGK AG und Neuss-Düsseldorfer Häfen (NDH) 346f.

Hausbesetzerszene 332f.

Haushalt

- Abführung an den städtischen Haushalt für 2012 83, 144, 162, 214

- Beteiligungsbericht 2010 356

- Einbringung Entwurf Doppelhaushaltes 2013 / 2014 593-605

- Ermächtigungsübertragung Haushaltsjahr 2012 288f., 292, 357, 463

- Eröffnungsbilanz 2008 347-349

- Folgen der vorläufigen Haushaltsführung 83, 135

- Gebührensicherungskonzept 38f.

- Haushaltsplan-Entwurf 2012 267f.

- Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2013/2014 589, 594-605

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012 280f.

- Keinen Doppelhaushalt 2013/14 316-321

- Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung 272-274

- Konzeptionsförderung Freier Tanz 268f.

- Mehraufwendung 2010/2011 143f,

Hauswirtschaftliche Hilfen 375f., 377, 378, 475

Historisches Archiv

- Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter 343

Hochschulgründernetz Cologne e.V. 269

Hochwasserschutz

- Planfeststellungsabschnitt Worringer Bruch 146f.

- Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen 201

HyCologne

- Wasserstoff Region Rheinland e. V. 269

I

Inklusionsplan der Stadt Köln 375, 378, 435

Integration

- Kürzungen 642-646

Interkulturellen Zentren

- Förderung 2012 571

Internetstadt Köln 464-466

Islamisten in Köln 424, 436f.

J

Jahnwiese 130, 375f., 378f., 424, 428

Jugendkriminalität 675f.

K

KAG-Satzungen

221. Satzung 151

222. Satzung 224

223. Satzung 286

224. Satzung 286

225. Satzung 480

226. Satzung 576

Katharina Henoth

- Rehabilitation 334-338

Katharina-Henoth-Gesamtschule

- Neubau Mensa 474

Kindertagesstätten

- Akquise von Grundstücken 161, 198f.

- Benutzungsordnung 339

- Elsa-Brandström-Str./Oppenheimstr. 55

- Elzstr. 161, 222

- Essensgeld 59f.

- Herler Ring 55f.

- Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben 193-197

- Sanierung Kita Kalk-Mülheimer Str. 590, 592, 696

- Taubengasse 56

- Übertragung auf freie Träger 341

Sachregister

Kölner Haus der Innovationen

- Gründungsprozess 145, 213

Kölner Oper

- Einschaltung eines Schlichters 162, 163-176

Kölner Sportstätten GmbH

- Ausfallbürgschaften 346

KölnMusik GmbH

- Betriebskostenzuschuss 2013 274f.
- Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen 675

Koordinationszentrums der Kinder- u. Jugendpädagogischen 64f.

Kulturverwaltung

- Interkulturelle Projekte 266, 267, 375, 377, 441f.

Künste der Welt gGmbH

- Gründung 65-67

KVB AG

- Buserschließung Kalk-West 341f.
- Elektro-Buslinie 26-32
- Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln 341f., 344, 349f.
- Keine Preiserhöhung bei der KVB 620f.
- Nachtverkehr der Stadtbahnlinie 7 344
- Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe 508, 509, 566
- Umbau Haltestelle Barbarossaplatz 54f.
- Umbau Haltestelle Liebigstr. 145
- Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 343

L

Landschaftsplan 375, 378, 444

Landtagswahlen

- Mittelbewilligung und Bedarfsfeststellungsbeschluss 83, 154
- Wahlwerbung 83, 149f.

Leistungen und Gebühren 549-551

Logistikforum Köln 145f.

M

Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet 177-186

Mehraufwendungen

- Haushalt 2011/2012 53f., 452-453
- Haushalt 2012 565, 659

MÜLHEIM 2020

- Gestaltung Waldecker Str. 484

Müllverbrennungsanlage

- Annahme von ausländischen Abfällen 83, 145, 161, 213, 289, 350-355

Museum Ludwig

- Ankauf eines Kunstwerks 508, 509, 571-573
- Peter und Irene Ludwig Stiftung 218

Museum Schnütgen

- Generalsanierung 462

MusikTriennale GmbH

- Musikfestival 162, 218

N

Naturwaldbestattung 797f.

Nachhaltigkeit in Köln 9,14f., 27,51

Neukölln ist überall

- Öffentliches Symposium 557f.

Nichtraucherschutzgesetz 188-193

Nippes 197f.

Nord-Süd Stadtbahn

- Abriss und Neubau der Brücke Perlengraben 60
- Bürgschaftsrahmen 342
- Entrauchungsschacht Kurt-Hackenberg-Platz 662
- Frühzeitige Inbetriebnahme 118-123
- Teilinbetriebnahme zwischen Severinstr. und Rodenkirchen 232f., 266, 274, 376, 378, 394ff.-410
- Vorzeitige Inbetriebnahme zwischen Serverinstr. und dem Kölner Süden 376, 378, 394ff.-410

NS-Dokumentationszentrum

- Freier Eintritt 200

O

Öffentlicher Dienst

- Solidarität 123

Orchesterprobenzentrum Stolberger Str.

- Sanierung 663-666

P

Peter-Fechtner-Str. 376, 378, 425-428

Public Corporate Governance Kodex

- Grundsätze kommunaler Unternehmensführung 162, 222, 288f., 289, 342, 474

Puppenspiele

- Vorverkaufsgebühr 2012/2013 56

R

Rat / Ausschüsse

- Anpassung der Geschäftsordnung 375, 377, 441

Ratssitzung

- Keine Klüngelpartys im Consilium 529f.

Reinigung

- Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen 161, 199

Resolution

Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung 646-648

- Ausbau des Eisenbahnknotens Köln 217
- Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge 52
- Europäischer Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe 590f., 593, 640f.
- Ladenöffnungszeiten 39-49
- Neue städtebauliche Perspektiven durch ein IWZ 312-316

Rheinboulevard

- Ufertreppe und Boulevard 677

Sachregister

Rheincharta Version 1.0 67

Römerkanalcharta 218f.

S

Satzungen

- Abfallgebührensatzung 657f.
- Abwassergebührensatzung 564
- Benutzungs- und Entgeltordnung für Museen 200
- Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 161, 200
- Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen 338f.
- Friedhofsgebührensatzung 52f.
- Großmarkt 590f., 591, 593, 658
- Hauptsatzung 200, 442
- Kulturförderabgabe 651-657
- Parkgebührenordnung 564f.
- Sanierungssatzung Eigelstein 83, 136, 199f.
- Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten 650f.
- Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden 160, 162, 200, 288, 293, 339, 442
- Schlachthof 443
- Sondernutzungssatzung 443
- Straßenreinigungssatzung 658
- Verleihung der Jabach-Medaille 52
- Zuständigkeitsordnung 53

Schenkungen

- Ratssilber 26, 312

20.000,00 € "Langen Donnerstag" im Museum Ludwig 389

- Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle 312
- Dogon-Skulptur durch Dr. Hans Henrici 177
- Gürzenich-Orchester Köln 176
- JuSch – Jung und Schwanger 176
- Kunstobjekt "Röggelchen" 375, 378, 389
- Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter 83, 108
- Museum Ludwig / Tony Matelli 615f.
- Museum Ludwig / Klara Lidén 615
- Museum Ludwig / Prof. Siegfried Anzinger 529
- Wallraf-Richartz-Museum 311f., 483f.

Schule - Beruf

- Übergangssystem / Kommunale Koordinierung 671

Schulen

Grundschule Mommsenstr. 679f.

- Eichendorff-Realschule 661
- Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium 221
- Fertigbaueinheiten - Auf dem Sandberg 344f.
- Gemeinschaftsgrundschule Fühlinger Weg 67
- Grundschule Mommsenstr. 335
- Kaiserin-Augusta-Schule 219f.
- Offene Ganztagsschule im Primarbereich 232, 266, 275
- Realschule Neusser Str. 346
- Stadtgymnasium Porz 288, 293, 346
- Umwandlung Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen 343f.
- Verbund Kölner Europäischer Grundschulen 679

Sitzungsgelder

- Abführung aus Aufsichtsräten an die Stadt Köln 417ff.-420, 435

Sozialer Wohnungsbau 288, 292, 333

Sozialhäuser

- Sanierungsprogramms 467-470, 674

Sparkasse KölnBonn

- Ergebnisabführungsverträge Tochtergesellschaften 570

Sperrbezirk

- Verlängerung des temporären Sperrbezirkes 147f.

Sportagenda 2015

- Vereinsgründung Sportstadt Köln e.V. 60f.

Stadtbibliothek Köln

- Sanierung 508, 510, 570

Stadtentwässerungsbetriebe Köln

- Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 567
- Investitionsprogramm Abwasser NRW 148
- Jahresabschluss 219
- Wirtschaftsplan 2013 567f.

Stadtteilbibliotheken

- Selbstverbuchung 217f.

Stadtwerke Köln GmbH

- Änderung des Gesellschaftsvertrags 288, 293, 342
- Rente mit 67 376, 378, 417-420
- Verwendung des Jahresüberschusses 2011 222

Stellenplan

2012 278f.

Suchtstelle

- Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige 81, 83, 149

Systembauweise

- Errichtung eines Wohnhause / Flüchtlinge 680

T

Tag des offenen Denkmals ab dem Jahr 2012 56f.

Task Force

- Stadtbibliothek 55

Tausend-Bomber-Angriff 116f.

Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

- Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55 470
- Haltestelle Friesenplatz 566
- Venloer Str. / Gürtel 566f.

Tiefgaragen und Parkhäuser

- Parkgebühren 443f.

Toilettenkonzept 232, 266, 272, 467

Türkischer Rechtsextremismus 49f.

Sachregister

TVgG - Binnenmarktrelevanz

- Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 590, 592, 696

Überplanmäßige Aufwendungen

- Museum für Angewandte Kunst 453
- Museum Ludwig 590, 592, 659f.
- Rheinische Musikschule 340
- Schulträgeraufgaben 453-462

U

Überplanmäßiger Auszahlung

- Genehmigung 565f.

Umlegungsanordnung

- Hahnwald 10, 55
- Umlegungsanordnung Köln Poll 661

Unterausschusses Kulturbauten

- Neuaufstellung 57-59

V

Veränderungssperren

- Bergisch Gladbacher Str./Steyler Str. 151
- Berliner Str. 575
- Bonner Str. 224
- Buchheimer Str. 223
- Drosselweg/Finkenplatz 479f.
- Gewerbepark Poll 223
- Max-Wallraf-Str. 150f.
- Nievenheimer Str. 479
- Nördliche SeverinStr. 480
- S-Bahn/Eigelstein 575f.

Veranstaltungszentrum Köln

- Auflösung der Kapitalrücklage 67f., 221, 570f.
- Jahresabschluss 2008 67
- Jahresabschluss 2009 221f.
- Jahresabschluss 2010 508, 509, 567
- Wirtschaftsplan 2012 83, 148, 220

Vergabeverfahren

- Ersatzteile für Parkscheinautomaten 564f.
- Geschäftsprozessoptimierung 10, 56
- Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten 567

Verkaufsoffener Sonntag

1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2013 444-452
2. Quartal 53
3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 201-203

Verwaltung

- Focus-Money: Bürgerorientierung und Kundenfreundlichkeit 391, 420-425
- Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung 389-394
- Reduzierung der Dezernate 508, 510, 561

Verwaltungsvorlagen

- Alternativvorschläge 186-188

VHS

- Gesamtschule Burgwiesenstr. 22f.
- Sanierung 220

Volkshochschule Köln

- Benutzungsordnung 143

VRS

- Anpassung der Zweckverbandssatzung 144f.
- VRS-SozialTicket 81, 83, 84, 150, 681f.

W

Waffenrecht

- Rechtsextreme Kölner 50

Wahlen

- Akademie der Künste der Welt gGmbH 361f., 375, 378, 482, 578f.
- Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 482, 492, 500
- Ausschuss für Anregungen und Beschwerde 10, 70
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung 69, 482, 492f., 500
- Ausschuss für Soziales und Senioren 590f., 592, 701
- Ausschuss Kunst und Kultur 508, 509, 579f.
- Ausschuss Umwelt und Grün 375, 377, 483, 496f., 501
- Beigeordneten für Kunst und Kultur 590, 593, 630f., 640
- Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln 375, 378, 482, 576f., 700
- Beirat der Unteren Landschaftsbehörde 84, 152f., 224, 360, 490, 499
- Betriebsleitung von Bühnen der Stadt Köln 375, 482
- Bühnen der Stadt Köln 491, 500
- Deutscher Städtetag 591f., 593, 700
- Dezernat Planen und Bauen 160f., 162f.
- Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern 10, 70f.
- Häfen und Güterverkehr Köln AG 508, 509, 579
- Integrationsrat 360f.
- Jugendhilfeausschuss 83, 153, 361, 480f., 488f., 499, 577, 699f.
- Kölner Verkehrs-Betriebe AG 288, 292, 362f.
- Kreiswahlausschuss 160, 161, 226
- Kulturausschuss 288, 292, 364
- moderne stadt GmbH 224f.
- Rechnungsprüfungsausschuss 288, 292, 364
- RheinCargo GmbH u. Co. KG 375, 377, 482, 494f., 500
- RheinEnergie Stiftung 590, 592, 701
- Rheinische Studieninstitut 482, 491, 499
- Sparkasse KölnBonn 225f., 482, 491f., 500
- Sportausschuss 288, 292, 363
- Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 482
- Stadtentwicklungsausschuss 160, 161, 226, 482, 489f., 499
- Städtetag NRW 152
- Stöckheimer Hof 699
- Unteren Landschaftsbehörde 482, 578
- Veedelsbeirat 69, 578
- Veranstaltungszentrum Köln 508, 509, 579
- Verkehrsausschuss 590f., 592, 700f.
- Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud 578
- Wirtschaftsausschuss 70
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg 288, 292, 363

Wahlen

- Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz 290, 293, 330, 530f.

Wallraf-Richartz-Museum

- Erweiterung 288, 292, 356f.

Sachregister

- Stellenplan 2012 279f.

- Wirtschaftsplan 218 590, 592, 675

Weihnachtsmarkt 32-38, 290, 294, 330-332

Win-Win für Köln 355f.

Wochenmarkt

- Entgeltpauschale für Stromentnahme 462

Wohnhäuser auf dem Ginsterberg

- Sanierung 677

Wohnraum

- Chorweiler 642

Wohnungsbauförderung

- Mittelabfluss 375, 377, 441

Wohnungsbauförderungsprogramm

- Wiedereinstieg 160, 162, 203-212, 220

Z

Zentralbibliothek

- Sanierung 508, 510, 570, 673f.

Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

- Aufhebung der Kostenordnung 200

- Einsatz von Fondmanager 508, 510, 571

- Jahresabschlusses / Lageberichtes 2011 671f.

- Wirtschaftsplanes 2013 662

Zwangsheiraten

- Hilfe für Opfer 562f.

Zweckentfremdungsverordnung 136-143

Zwischennutzung städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte 553-557

Dr. Rolf Albach, Ratsmitglied (FDP): 354, 648f.

Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister CDU): 152f.

Benthem van, Henricus, Ratsmitglied (CDU): 89

Berg, Ute, Beigeordnete: 333, 590f., 658f.

Böllinger, Werner Ratsmitglied (SPD): 318, 391

Börschel, Martin, Ratsmitglied (SPD): 20f., 41f., 48f., 87-89, 89, 97, 102f., 107, 111, 112, 225, 233-241, 289f., 416, 459f., 461, 513f.-516, 532f., 544f., 568, 633f.-635, 654f.-656, 656f., 693f.-695

Breite, Ulrich, Ratsmitglied (FDP): 11f., 82, 97, 105f., 112, 175, 176, 181f,-183, 201, 202, 289ff., 318f., 391f., 396f., 434, 510f., 550, 651f., 664f.

Brust, Gerhard, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 103-105, 353f., 649f.

Bülow, Brigitta von, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen: 168f.-170, 299f., 663f.

Bürgermeister, Dr. Eva, Ratsmitglied (SPD): 166f.-168, 295f., 296f., 667f., 684

Detjen, Jörg, Ratsmitglied (Die Linke.Köln): 8, 18f., 46f., 57, 58, 99f., 109f., 112ff., 121f., 126f., 128, 171f., 186f.-186, 197f., 209f., 258-261, 277, 290, 301ff.-303, 319f., 392f.-394, 402f., 432ff.-433, 441, 448ff.-449, 464, 524f., 531, 553f., 556, 559, 560, 628f., 640, 681, 688f.

Elster, Dr. Ralf, Ratsmitglied (CDU): 163f., 297f.-299, 690f.

Fenske, Jürgen (KVB): 30f., 122, 184f.

Frank, Jörg, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 8f., 16f., 44f., 90f., 94f., 95, 108f., 140, 160, 191f., 204, 215f., 276, 391, 395, 412f., 433f., 450f., 520f.-522, 550, 554f., 591, 636, 653f., 659f., 673

Gärtner, Ursula, Ratsmitglied (CDU): 137f., 204, 205, 635f.

Geffen, Jörg van, Ratsmitglied (SPD): 33f., 201, 202f., 411f., 554

Gey, Herbert, Ratsmitglied (CDU): 190f.

Görzel, Volker, Ratsmitglied (FDP): 65, 74, 165f., 294f., 325f., 384ff.-385, 386, 423f., 440, 668f.

Gordes, Birgit, Ratsmitglied (CDU): 214f., 216, 468, 677ff., 678ff.

Granitzka, Winrich, Ratsmitglied (CDU): 49, 81, 85-87, 97f., 115, 177f., 241-244, 276, 281f., 310´, 310, 321, 336, 338, 408f., 414f., 416, 460f., 501, 508, 534f.-536, 545f., 547, 590f., 678, 684

Heinen, Dr. Ralf, Ratsmitglied (SPD): 194, 324

Helling, Ossi, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 138f., 141, 180ff-181, 472f., 683

Hemsing, Hans-Jochen (Rechnungsprüfungsamt): 461, 569

Henk-Hollstein, Anna-Maria, Ratsmitglied (CDU): 549, 550f.

Dr. Cornelia Herbers, Ratsmitglied (CDU): 335f.

Franz-Josef Höing, Beigeordneter: 378f.-381, 560f., 563, 564

Hoffmann, Klaus, Ratsmitglied (Freie Wähler Köln): 19f., 262f.-264, 289, 290ff., 303f., 316f., 328, 350f., 525f., 539f.

Houben, Reinhard, Ratsmitglied (FDP): 22f., 40f., 91f., 95ff., 117, 142, 188f., 190, 206f., 331f., 413f., 419, 446ff.-447, 448, 451, 458, 459, 572, 631f.-633, 672

Hoyer, Katja, Ratsmitglied (FDP): 115, 139f., 141, 181, 208f., 431ff.-432, 618

Jahn, Kirsten, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 195f., 617f.

Jung, Helmut Ratsmitglied (CDU): 219, 347f., 420f., 645, 646

Kahlen, Guido, Stadtdirektor: 199, 201ff-202, 387f., 438, 439, 449f., 458f., 459

Keltek, Tayfun (Integrationsrat): 642f.-644, 646f.-648

Kirchmeyer, Christtraut, Ratsmitglied (FDP): 29f., 611f.

Klein, Dr. Agnes, Beigeordnete: 64, 135, 198, 341, 456, 457

Rednerverzeichnis

Klipper, Karl-Jürgen, Ratsmitglied (CDU): 14f., 56, 65, 101f., 103, 110f., 141, 201, 289, 314, 389f., 406f., 456f., 471, 516f.-518, 519, 543, 597f.-605, 624f.-626, 652f., 656, 657

Klug, Gabriele C., Stadtkämmerin: 12f., 113, 321, 511f.-513, 518f.

Koke, Klaus, Ratsmitglied (CDU): 34f.

Kron, Peter, Ratsmitglied (SPD): 383

Kronenberg, Christine, Gleichstellungsbeauftragte: 62f.

Laufenberg, Sylvia, Ratsmitglied (FDP): 196, 646

Ludwig, Claus, Ratsmitglied (Die Linke.Köln): 23f., 93f., 124ff., 351f., 410f.

Manderla, Gisela, Ratsmitglied (CDU): 114, 323f., 428f., 433

Marx, Werner, Ratsmitglied (CDU): 330

Möller, Monika, Ratsmitglied (SPD): 237f., 421f.

Möring, Karsten, Ratsmitglied (CDU): 26f., 96, 97, 118, 349f., 382f., 386, 399f., 563ff., 609f-611, 666f.

Moritz, Babara, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 96, 127, 206f.-208, 245-248, 249-250, 314, 325, 383f., 400f.-402, 622f.-624, 629, 685f.

Neubert, Michael, Ratsmitglied (SPD): 114

Paetzold, Michael, Ratsmitglied (SPD): 136f., 204f.

Peil, Stefan, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 533f., 691f.

Philippi, Franz, Ratsmitglied (SPD): 455f., 616f.

Quander, Prof. Georg, Beigeordneter: 56, 134, 174f., 305f.-308, 441f., 542ff.-543, 568, 572f.

Reker, Henriette, Beigeordnete: 142f., 434, 467f., 683

Richter, Manfred, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 422f.

Roters, Jürgen, Oberbürgermeister: 7-8, 9, 10, 12, 13, 14, 16ff.-20, 22ff.-24, 26ff.-41, 43ff.-45, 47ff.-75, 80ff.-82, 85, 87, 89ff.-103, 104ff.-130, 134f.-135, 160f.-161, 162, 163, 165, 166, 168, 170ff.-172, 174ff.-178, 180ff.-181, 183, 184, 186, 188, 189, 214ff.-228, 231f.-233, 241, 244, 248, 250, 253, 258, 261, 262, 264, 265ff.-272, 274ff.-281, 288ff.-292, 294ff.-297, 299, 301ff.-305, 308ff.-312, 314ff.-315, 338ff.-351, 353ff.-361, 363ff.-365, 373-374, 375ff.-376, 378, 381, 383ff.-392, 394, 395, 397ff.-405, 407ff.-417, 419ff.-420, 425ff., 462ff.-468, 470ff.-481, 483, 484, 486, 487, 507ff.-508, 510ff.-511, 513, 516, 519ff.-520, 521ff.-526, 528ff.-534, 536ff.-540, 542ff.-557, 588ff.-591, 593ff-597, 605ff.-607, 609, 611ff.-613. 614ff.-622, 624, 626, 628ff.-631, 633, 635ff.-640, 642, 645, 647ff.-649

Salim, Ruba („Mut zu Kultur“): 273

Santos Herrmann dos Susana, Ratsmitglied (SPD): 27f., 81, 119, 178f.-180, 313, 398f., 429f., 483, 549f., 606f., 609

Schiele, Karel, Ratsmitglied (pro Köln): 121, 397f., 561f., 638f.

Schlieben, Dr. Nils Helge, Ratsmitglied (CDU): 195, 337, 454f., 617

Schmerbach, Cornelia, Ratsmitglied (SPD): 189f., 683

Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin (SPD): 136ff.-154, 188ff-206, 208ff-210, 213, 316ff.-338, 420ff.-434, 436ff.-453, 455ff.-462, 488ff.-497, 499ff.-501, 557ff.-580, 650ff.-654, 656ff.-669, 671ff.-675, 677-693, 695ff.-702

Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister Nippes:

Schöppe, Bernd M. (pro Köln): 461, 464

Dr. Walter Schulz, Ratsmitglied (SPD): 444f., 447f.

Senol, Sengül, Ratsmitglied (Die Linke.Köln): 135, 193f.

Stahlhofen, Gisela, Ratsmitglied (Die Linke. Köln): 315, 327f., 472ff., 538f., 618f., 682

Steinkamp, Dr. Dieter (RheinEnergie AG): 100, 106

Sterck, Ralph, Ratsmitglied (FDP): 32f., 37f., 47f., 49, 58, 120f., 250-255, 309, 310f., 314f., 404f., 450, 526f.-528, 536f.-538, 560f., 626f.-628, 637, 686f., 692f.

Strahl, Dr. Jürgen, Ratsmitglied (CDU): 445f., 449, 451

Streitberger, Bernd, Beigeordneter: 61, 127f., 128

Thelen, Elisabeth, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 35f., 36f., 38

Thelen, Horst, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 334f.

Tull, Bettina, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 28f., 119f., 407f., 668

Uckermann, Jörg, Ratsmitglied (pro Köln): 24f., 26, 37, 39, 52, 60, 61f., 92f., 106, 112, 115, 117, 123, 125, 129, 130, 146, 149f., 161, 170ff.-171, 232, 233, 255-258, 290, 291, 301, 320, 326ff.-327, 329f., 354f., 374ff.-375, 386f., 392, 405, 436, 439, 487, 488, 498, 612, 687f.

Welcker, Katharina, Ratsmitglied (CDU): 664

Wiener, Markus, Ratsmitglied (pro Köln): 8, 17f., 49f., 183f., 291, 310, 332ff.-333, 336f., 375, 376ff., 395, 415, 417ff.-420, 426ff.-427, 438ff., 443, 480, 499f., 508, 520, 522f., 529f., 538, 555f., 557f., 620f., 637, 645, 693

Wolf, Manfred, Ratsmitglied (FDP): 348f., 555, 629f.

Wolter, Andreas, Ratsmitglied (Bündnis 90/Die Grünen): 114f., 430f., 607f.-609, 613

Wolter, Judith, Ratsmitglied (pro Köln): 58, 116f., 322f., 323, 551f.

Zimmermann, Michael, Ratsmitglied (SPD): 127, 141, 432, 559f., 621f., 678f.

Zimmermann, Thor-Geier, Ratsmitglied (Deine Freunde): 172f.-174, 198, 264-265, 304f., 317f., 361, 365, 403f., 540f.-542, 546f., 689, 695

Ratsmitglieder

Albach, Rolf	FDP
Bacher, Götz	SPD
Bürgermeister Bartsch, Hans-Werner	CDU
Benthem van, Henk	CDU
Blömer-Frerker, Helga	CDU
Böllinger, Werner	SPD
Börschel, Martin	SPD
Bosbach, Wolfgang	SPD
Breite, Ulrich	FDP
Brust, Gerhard	GRÜNE
Bülow von, Brigitta	GRÜNE
Dr. Bürgermeister, Eva	SPD
Detjen, Jörg	DIE LINKE.
Dr. Elster, Ralph	CDU
Ensmann, Bernhard	CDU
Frank, Jörg	GRÜNE
Frebel, Polina	SPD
Fuchs, Norbert	SPD
Gärtner, Ursula	CDU
Gebauer, Yvonne	FDP
Geffen, Jörg van	SPD
Gey, Herbert	CDU
Gordes, Birgit	CDU
Görzel, Volker	FDP
Granitzka, Winrich	CDU
Dr. Heinen, Ralf	SPD
Helling, Ossi Werner	GRÜNE
Henk-Hollstein, Anna-Maria	CDU
Dr. Herbers-Rauhut, Cornelia	CDU
Halberstadt-Kausch, Inge	SPD
Hoffmann, Klaus	Freie Wähler Köln
Homann, Mike	SPD
Houben, Reinhard	FDP
Hoyer, Katja	FDP
Hupke, Andreas	GRÜNE
Jahn, Kirsten	GRÜNE
Jung, Helmut	CDU
Kara, Efkan	CDU
Karaman, Malik	SPD
Kaske, Axel	SPD
Kienitz, Niklas	CDU
Kirchmeyer, Christtraut	FDP
Klipper, Karl-Jürgen	CDU
Koch, Jürgen	CDU
Köhler, Andreas	CDU
Koke, Klaus	CDU
Kretschmer, Karsten	GRÜNE
Kron, Peter	SPD
Laufenberg, Sylvia	FDP
Ludwig, Claus	DIE LINKE.
Manderla, Gisela	CDU
Marx, Werner	CDU
Möller, Monika	SPD
Dr. Möller von, Sandra	CDU
Möring, Karsten	CDU
Moritz, Barbara	GRÜNE
Mucuk, Gonca	SPD
Dr. Müller, Sabine	GRÜNE
Nesseler-Komp, Birgitta	CDU
Neubert, Michael	SPD
Noack, Horst	SPD
Paetzold, Michael	SPD
Paffen, Dagmar	SPD
Peil, Stefan	GRÜNE
Philippi, Franz	SPD
Reinhardt, Kirsten	GRÜNE

Ratsmitglieder

Richter, Manfred	GRÜNE
Oberbürgermeister Roters, Jürgen	
Santos Herrmann, Susana dos	SPD
Schiele, Karel	pro Köln
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU
Schlitt, Gabriele	GRÜNE
Schmerbach, Cornelia	SPD
Schneider, Frank	SPD
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, Elfi	SPD
Schöppe, Bernd	pro Köln
Schößler, Bernd	SPD
Schultes, Monika	SPD
Dr. Schulz, Walter	SPD
Senol, Sengül	DIE LINKE
Bürgermeisterin Spizig, Angela	GRÜNE
Stadoll, Willi	SPD
Stahlhofen, Gisela	DIE LINKE.
Sterck, Ralph	FDP
Dr. Strahl, Jürgen	CDU
Tempel, Lutz	SPD
Thelen, Elisabeth	GRÜNE
Thelen, Horst	GRÜNE
Thiele, Markus	SPD
Tull, Bettina	GRÜNE
Uckermann, Jörg	pro Köln
Dr. Unna, Ralf	GRÜNE
Waddey, Manfred	GRÜNE
Welcker, Katharina	CDU
Dr. Welpmann, Matthias	GRÜNE
Wiener, Markus	pro Köln
Wirges, Josef	SPD
Wittsack-Junge, Cornelie	GRÜNE
Bürgermeister Wolf, Manfred	FDP
Wolter, Andreas	GRÜNE
Wolter, Judith	pro Köln
Zimmermann, Michael	SPD
Zimmermann, Thor-Geir	DEINE FREUNDE